This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

BS1142

LELAND STANFORD JUNIOR UNIVERSITY
ORGANIZED 1891
STANFORD UNIVERSITY LIBRARIES

URKUNDEN UND ACTENSTÜCKE

ZUR GESCHICHTE

DES

KURFÜRSTEN FRIEDRICH WILHELM VON BRANDENBURG.

AUF VERANLASSUNG SEINER HOCHSELIGEN MAJESTÄT DES KAISERS FRIEDRICH ALS KRONPRINZEN VON PREUSSEN.

ZWÖLFTER BAND.

BERLIN.
DRUCK UND VERLAG VON GEORG REIMER.
1892.

URKUNDEN UND ACTENSTÜCKE

ZUR GESCHICHTE DES

KURFÜRSTEN FRIEDRICH WILHELM

VON BRANDENBURG.

POLITISCHE VERHANDLUNGEN.

ACHTER BAND.

HERAUSGEGEBEN

VON

DR. FERDINAND HIRSCH,

PROFESSOR AM KÖNIGSTÄDTISCHEN REALGYMNASIUM ZU BERLIN.

BERLIN.

DRUCK UND VERLAG VON GEORG REIMER.

1892.

Vorwort.

Mit dem vorliegenden Bande erhält die den politischen Verhandlungen der Jahre 1660—1672 gewidmete Abtheilung dieses Werkes ihren Abschluss. Entsprechend dem in dem 9. und 11. Bande dargelegten Plane führt derselbe zunächst die auf die Unterwerfung Magdeburgs 1666 bezüglichen Akten vor und behandelt dann in dem zweiten Abschnitt den Antheil, welchen Kurfürst Friedrich Wilhelm an den durch den Angriff Schwedens gegen die Stadt Bremen veranlassten norddeutschen Händeln während der Jahre 1665—1668 genommen hat. In dem umfangreichen dritten Abschnitt werden die Beziehungen Brandenburgs zu Polen in den letzten Jahren König Johann Kasimirs (1664—1668), während des Interregnums und während der Regierung König Michaels (1669—1673) dargelegt. Der vierte behandelt die vergeblichen Versuche, welche der Kurfürst in den Jahren 1666—1668 gemacht hat, sich mit Oesterreich über ein gemeinsames Vorgehen in den polnischen Händeln und zugleich gegenüber den in dem Angriffe Ludwigs XIV. gegen die spanischen Niederlande zu Tage getretenen ehrgeizigen Absichten des französischen Königs zu verständigen. Der fünfte und der sechste Abschnitt veranschaulichen die Haltung, welche der Kurfürst inmitten der unter den westeuropäischen Mächten 1669—1672 schwebenden Conflicte, des englisch-holländischen Seekrieges, des

Devolutionskrieges und des seit dem Abschluss der Tripelallianz hervortretenden, sich mehr und mehr verschärfenden Gegensatzes zwischen Frankreich und Holland eingenommen hat, und zwar ist der erstere speziell den Verhandlungen mit England gewidmet, während in dem letzteren gleich die mit den verschiedenen anderen Mächten ausserhalb und innerhalb des Reiches geführten Verhandlungen, welche sich um den Devolutionskrieg und die Tripelallianz drehen, im Zusammenhange vorgeführt sind. Da die von Ludwig XIV. in den Jahren 1670—1672 gemachten Versuche, den Kurfürsten zum Bundesgenossen für den damals vorbereiteten Krieg gegen Holland zu gewinnen, schon in dem 13. Bande dargelegt sind, so ist es hier nur nöthig gewesen, die Verhandlungen mit demselben bis zum Abschluss des Vertrages vom 31. December 1669 zu führen. In dem letzten Abschnitte sind endlich wieder die aus den Jahren 1668—1671 erhaltenen vertraulichen Schreiben des Kurfürsten an seinen vertrautesten Rathgeber, den Oberpräsidenten Otto v. Schwerin, in denen neben seinen persönlichen auch die verschiedenartigsten politischen Angelegenheiten zur Sprache kommen und welche höchst interessante Einblicke in die Verhältnisse an seinem Hofe und in die Sinnesweise und die Anschauungen des Kurfürsten gewähren, mitgetheilt. Seine ursprüngliche Absicht, ähnlich wie in dem 11. Bande in einem besonderen Abschnitte die Verhandlungen des Regensburger Reichstages während der Jahre 1665—1671 und die Haltung, welche der brandenburgische Kurfürst in den dort zur Sprache kommenden allgemein europäischen sowie in den speziell deutschen Fragen eingenommen hat, vorzuführen, hat der Herausgeber aus äusseren Gründen, um diesen schon ziemlich starken Band nicht noch mehr anschwellen zu lassen, aufgeben und sich darauf beschränken

müssen, in einer Unterabtheilung des 6. Abschnittes die durch den Angriff Ludwigs XIV. auf die spanischen Niederlande veranlassten Verhandlungen des Reichstages über die burgundische Frage in den Jahren 1667 und 1668 darzulegen.

Ausser den Akten des Königl. Geheimen Staatsarchivs zu Berlin, von denen nur die Geheimenrathsprotokolle, deren Herausgabe inzwischen die Königl. Archivverwaltung selbst in Angriff genommen hat, ihm nicht zugänglich gewesen sind, hat der Herausgeber auch die Akten des Königl. Staats- und des Stadtarchivs zu Magdeburg sowie diejenigen des Danziger Stadtarchivs herangezogen. Erstere haben für den ersten, letztere für den dritten Abschnitt werthvolle Ergänzungen geliefert. Zur Erläuterung einiger in den Briefen des Kurfürsten an O. v. Schwerin vorkommender Punkte haben auch die Akten des Kgl. Hausarchivs verwerthet werden können. Den Vorstehern und Beamten dieser Archive, welche in liebenswürdigster und zuvorkommendster Weise ihn bei seinen Arbeiten unterstützt haben, namentlich Herrn Archivar Dr. Meinardus hierselbst sowie den Stadtarchivaren Herrn Dr. Dittmar in Magdeburg und Herrn Archidiakonus Dr. Bertling in Danzig erlaubt sich der Herausgeber auch an dieser Stelle seinen herzlichsten Dank auszusprechen.

Berlin im Juli 1892.

Ferdinand Hirsch.

Inhalt.

Seite

Vorwort . . . . . V—VII

Inhalt . . . . . VIII—X

I. Die Unterwerfung von Magdeburg 1666.

Einleitung 3

Acten 8

II. Der bremische Krieg, die Quadrupelallianz und die engere Vereinigung zu Braunschweig 1665—1668.

Einleitung 59

Acten 72

a. Der bremische Krieg 72. b. Die Allianz mit Dänemark 116. c. Die Quadrupelallianz 124. d. Die engere Vereinigung mit K. Cöln, den braunschweigischen Herzogen, Hessen-Cassel und Schweden 136. e. Gesandtschaft v. Crockows in Stockholm 167.

III. Brandenburg und Polen 1664—1673.

Einleitung 217

Acten 236

a. Schriftwechsel mit König Johann Kasimir (September bis November 1664) 236. b. Gesandtschaft v. Hoverbecks und v. Bonins (December 1664—Mai 1665) 240. c. Verhandlungen mit Lubomirski (August 1665 — Februar 1666) 276. d. Gesandtschaft v. Hoverbecks (März 1666 bis October 1668) 288. e. Verhandlungen während des Interregnums 384. f. Gesandtschaft v. Hoverbecks und v. Jena's zu dem Wahlreichstage (Mai — Juli 1669) 395. g. Eusebius v. Brandt in Warschau (Juli 1669—December 1670) 422. h. Sendung Opacki's (Februar 1671) 496. i. Sendungen des Scultetus nach Polen. Verhandlungen

Seite

wegen der Türkenhülfe (Februar—December 1671) 506. k. Gesandtschaft v. Hoverbecks und v. Tettau's (December 1671—März 1672) 522. l. Der Türkenkrieg (Mai 1672 bis November 1673) 534.

IV. Brandenburg und Oesterreich 1666—1668.

Einleitung 565
Acten 569

a. Allianz vom 10. Mai 1666 569. b. Erste Gesandtschaft v. Blumenthals nach Wien (December 1666 — Februar 1667) 573. c. Zweite Gesandtschaft v. Blumenthals nach Wien (November 1667—April 1668) 585.

V. Brandenburg und England 1664—1669.

Einleitung 607
Acten 614

a. Erste Sendung Christoph v. Brandts (Juli 1664—Juni 1665) 614. b. Sendungen Lucas von Achens (März—Juli 1666) 628. c. Zweite Sendung Christoph v. Brandts (August 1666 — August 1667) 633. d. Dritte Sendung Christoph v. Brandts (November 1667 — September 1668) 657. e. Gesandtschaft des Gabriel Silvius zum Kurfürsten (Juni 1669) 672.

VI. Brandenburg und Frankreich (Devolutionskrieg und Tripelallianz) 1666—1669.

Einleitung 677
Acten 691

a. Verhandlungen wegen der polnischen Angelegenheit. 1. Anbringen des jüngeren v. Schwerin in Paris (März bis Mai 1667) 691. 2. Verhandlungen mit Millet in Berlin (Mai 1667) 696.

b. Der Devolutionskrieg. 1. Verhandlungen mit Millet (Juni 1667) 698. 2. Verhandlungen mit den anderen Kurfürsten (Mai—Juli 1667) 699. 3. Verhandlungen mit den braunschweigischen Herzogen (Juni 1667) 706. 4. Verhandlungen mit dem Bischof von Münster (Juni 1667) 707. 5. Verhandlungen mit Pfalz-Neuburg (April bis September 1667) 711. 6. Verhandlungen mit Holland (Mai 1667—März 1668) 722. 7. Verhandlungen mit Castel Rodrigo (Juni 1667—Februar 1668) 760. 8. Verhandlungen mit Kur-Sachsen (August—November 1667) 784. 9. Verhandlungen mit den braunschweigischen Herzogen (October—December 1667) 797. 10. Verhandlung mit Kur-Baiern (November 1667) 804. 11. Der Convent zu Cöln. Gesandtschaft de Beyers nach Frankreich (Juli 1667—Juni 1668) 806. 12. Der Reichstag zu Regensburg (Mai 1667 — Mai 1668) 830. 13. Gesandt-

Seite

schaft v. Pölnitzs und Meinders' nach Paris (November 1667—April 1668) 849.

c. Gesandtschaft v. Blumenthals (August 1668—December 1669) 865.

d. Verhandlungen über den Eintritt des Kurfürsten in die Tripelallianz (November 1668—April 1670) 895.

e. Gesandtschaft Vaubruns (April 1669—Februar 1670) 906.

VII. Eigenhändige Briefe des Kurfürsten an den Oberpräsidenten Otto v. Schwerin 917

Personenverzeichnis 953

I.

Die Unterwerfung von Magdeburg. 1666.

Einleitung.

Durch den Westfälischen Frieden war dem Kurfürsten von Brandenburg auch die Anwartschaft auf das Erzstift Magdeburg zugesprochen worden[1]), er sollte die Regierung dort erst nach dem Tode oder Zurücktreten des bisherigen Administrators, des Herzogs August von Sachsen, antreten, aber die Huldigung sollte ihm sogleich von dem Domkapitel, den Ständen und den Unterthanen des Erzstiftes geleistet werden. Demgemäss hatte der Kurfürst, welcher sich zu Anfang des Jahres 1650 nach den ihm ebenfalls durch den Frieden zuerkannten Stiftern Minden und Halberstadt begeben hatte, um von denselben Besitz zu ergreifen, beschlossen, im Anschluss daran auch die Huldigung des Erzstiftes entgegenzunehmen, und hatte durch die ihm beigegebenen kaiserlichen Kommissare, die Freiherren v. Blumenthal und v. Plettenberg, das Domkapitel und die Stände desselben, unter diesen auch die Stadt Magdeburg, behufs Ableistung derselben zum 30. März nach Magdeburg selbst entbieten lassen. Die Stadt Magdeburg aber[2]), welcher durch das Friedensinstrument[3]) der Genuss aller ihrer Rechte und Privilegien, darunter auch ausdrücklich des von dem Kaiser zu erneuernden angeblichen Privilegs Kaiser Otto's I. vom 7. Juni 940, aus welchem sie ihre Reichsfreiheit herleitete, zugesagt worden war, welche darauf hin gehofft hatte, jetzt das Ziel ihrer ehr-

[1]) Instr. pacis Osnabr. Art. XI. § 6. 7.

[2]) S. F. Hirsch, Der Grosse Kurfürst und die Altstadt Magdeburg bis zum Jahre 1666 (Forschungen zur brandenb. u. preussischen Geschichte. IV, 2).

[3]) Instr. pacis Osnabr. Art. XI. § 8: Civitati vero Magdeburgensi pristina sua libertas et privilegium Ottonis primi die septimo Junii anno 940, quod etiamsi temporum iniuria deperditum ad preces eiusdem humiliter porrigendas a Caesarea Maiestate renovabitur, tum etiam privilegium muniendi et fortificandi ab imperatore Ferdinando secundo concessum, quod cum omnimoda iurisdictione et proprietate ad quadrantem milliaris germanici extendatur, sicut et reliqua illius privilegia et iura in ecclesiasticis et politicis salva et inviolata maneant cum inserta clausula, quod in praeiudicium civitatis reaedificari non debeant suburbia.

geizigen Bestrebungen, die volle Reichsunmittelbarkeit, zu erlangen, und daher nach wie vor dem Administrator die Huldigung verweigert hatte, war nicht geneigt gewesen, sich dieser Forderung zu fügen, sie hatte[1]) unter Hinweis auf das Ottonische Privileg, auf das Friedensinstrument und darauf, dass die Verhandlungen über die zwischen ihr und dem Administrator sowie den Ständen des Erzstiftes streitige Auslegung der Bestimmungen desselben noch am kaiserlichen Hofe schwebten, bestritten, dass sie überhaupt zu den Ständen und Unterthanen des Erzstifts gehöre, und die Huldigung abgelehnt. Verhandlungen, welche der Kurfürst damals durch seinen Oberkämmerer Conrad v. Burgsdorf und den Geheimen Rath Johann Fromhold, welche sich zusammen mit dem einen kaiserlichen Kommissar v. Plettenberg in die Stadt begaben, mit dem Rathe hatte führen lassen, waren ganz erfolglos gewesen, auch die Drohung, welche seine Abgesandten äusserten, dass im Weigerungsfalle Gewalt würde angewendet werden, hatte nichts gefruchtet, sondern nur dahin geführt, dass der Rath Vertheidigungsanstalten traf, die Hülfe der damals noch auf dem Friedensexecutionsconvent zu Nürnberg befindlichen kaiserlichen und schwedischen Bevollmächtigten anrief und sich schliesslich sogar weigerte, den Huldigungsakt überhaupt innerhalb ihrer Mauern zu gestatten. Der Kurfürst hatte diesen daher nach einem anderen Orte, nach Gr. Salze, verlegen müssen, wo er auch[2]) am 14. April, aber ohne dass die Stadt trotz wiederholter Aufforderung daran theilgenommen hätte, stattgefunden hat. Der Kurfürst hat damals keine Gewaltmassregeln gegen die Stadt versucht, er hat sich nur darauf beschränkt, dem Kaiser von dem Vorgefallenen Anzeige zu machen und ihn zu ersuchen, er möchte den Magdeburgern befehlen, das zu leisten, was der Friedensschluss vorschreibe und was sie auch früher den Erzbischöfen geleistet hätte. Er hat sich auch in den nächstfolgenden Jahren damit begnügt, am kaiserlichen Hofe und auf dem 1653—1654 versammelten Reichstage den Bemühungen der Magdeburger, die Anerkennung ihrer Reichsunmittelbarkeit durchzusetzen, entgegenzuwirken. Erst zu Anfang des Jahres 1658[3]) hat er, jedenfalls veranlasst durch die ihm damals von Schweden her drohende Gefahr, einen neuen Versuch gemacht, die Stadt zur Huldigung zu bewegen. Er liess dieselbe zunächst Mitte Februar durch den damals in seinen Diensten stehenden Generalwachtmeister v. Uffeln zur Ableistung derselben auffordern und schickte dann, obwohl der Rath nur unter gewissen, schon vorher dem Administrator gestellten, aber von diesem nicht bewilligten Bedingungen (Huldigung nicht nach der zum letzten Male 1579, sondern nach der bei der angeblichen ersten Huldigung der Stadt 1333 gebrauchten Eidesformel und Ausstellung von speziellen, der Stadt die Zusicherungen des Friedensinstrumentes gewährleistenden Reversalen) sich dazu bereit erklärte und Verhandlungen, welche derselbe

[1]) S. Hertel, Magdeburg und die Eventualhuldigung des Erzstifts 1650 (Geschichtsblätter für Stadt und Land Magdeburg XV. S. 130ff.); Hirsch a. a. O.

[2]) S. v. Dreyhaupt, Ausführliche diplomatisch-historische Beschreibung des Saal-Kreyses I. S. 451ff.

[3]) S. Hirsch a. a. O.

darüber durch zwei Ende März nach Berlin geschickte Deputierte führen liess, ohne Erfolg waren, doch Anfang April die beiden Geheimen Räthe v. Somnitz und Tornow nach Magdeburg, um die Huldigung abzunehmen. Dieselben konnten aber nichts ausrichten, da der Rath hartnäckig auf jenen auch von dem Kurfürsten verworfenen Bedingungen bestand, und mussten schliesslich ohne Erfolg wieder abreisen. Der Rath aber, welcher jetzt wiederum von dem Kurfürsten Gewaltmassregeln befürchtete und von denjenigen Reichsständen, an welche er sich bisher gewendet hatte, den Hansestädten, dem Herzog von Braunschweig-Wolffenbüttel und dem Kurfürsten von Sachsen, wenig Unterstützung durch die That erwarten konnte, rief die Verwendung und Hülfe des Schwedenkönigs an und König Karl Gustav, welcher damals nach der glücklichen Beendigung des Krieges gegen Dänemark sich eine Zeit lang mit dem Gedanken trug, den Krieg in Deutschland gegen Brandenburg und Oesterreich zu führen, ging wirklich[1]) darauf ein und liess durch einen nach Magdeburg geschickten Gesandten Wolfsberg weitere Verhandlungen darüber führen. Der Kurfürst aber hat sich damals wohl gehütet, durch feindliche Schritte gegen Magdeburg demselben einen gewiss willkommenen Anlass zum Angriff gegen ihn zu geben. Die Wendung, die bald darauf der Krieg durch den neuen Angriff Karl Gustavs gegen Dänemark nahm, hat dann Magdeburg in den nächsten Jahren vor kriegerischen Verwickelungen bewahrt und der Kurfürst hat auch nach dem Olivaer Frieden noch mehrere Jahre aus Rücksicht auf die allgemeine gespannte Lage der Dinge im Reiche die Stadt unbehelligt gelassen. Er ist zwar wiederholt[2]) in die weiteren Streitigkeiten derselben mit dem Administrator August hineingezogen worden, hat sich aber dabei darauf beschränkt, seine Rechte zu wahren, hat sogar, als der Administrator bei Gelegenheit der Erfurter Wirren 1664 und dann auch im folgenden Jahre ihn zu gemeinschaftlichem Vorgehen gegen die Stadt aufforderte, denselben davon zurückgehalten.

Erst im Frühjahr 1666 schien ihm die Zeit gekommen, gegen die Stadt einzuschreiten und dieselbe im Nothfall mit Waffengewalt zur Unterwerfung zu bringen. Der Münstersche Krieg hatte[3]) ihm Veranlassung gegeben, eine grössere Armee zusammenzubringen und selbst an der Spitze derselben nach seinen rheinischen Gebieten zu ziehen; nachdem dieser Krieg durch den Frieden zu Cleve (19. April) glücklich beendet war, schienen sowohl die eigenen Besitzungen des Kurfürsten als auch das übrige Reich vorläufig vor kriegerischen Verwickelungen gesichert und hatte der Kurfürst seine Armee zu seiner Verfügung. Mit Frankreich stand er damals in freundlichem Verhältnisse, aber auch mit Schweden hatte er sich inzwischen ausgesöhnt und eben diese Macht, auf deren Fürsprache und Unterstützung sich die Magdeburger bisher am meisten verlassen hatten, war damals in einen ähnlichen Streit mit der Stadt Bremen[4]) verwickelt, welche ihren Ansprüchen gegenüber die Reichs-

[1]) S. Hirsch a. a. O.
[2]) S. Hirsch a. a. O.
[3]) S. Urk. u. Act. XI. S. 615ff.; Hirsch a. a. O.
[4]) S. unten Abschn. 2.

freiheit zu behaupten suchte, und schickte sich an, dieselbe mit Waffengewalt zu bezwingen, musste aber befürchten, bei einem Theile der deutschen Fürsten, namentlich bei den braunschweigischen Herzogen, und auch bei dem Kaiser auf Widerstand zu stossen, sie suchte sich daher der Bundesgenossenschaft des Kurfürsten zu versichern und liess diesem geradezu[1]) ein gemeinschaftliches Vorgehen sowohl gegen Bremen als auch gegen Magdeburg vorschlagen. Auch von anderer Seite aber war Widerstand kaum zu fürchten, der Herzog von Braunschweig-Wolffenbüttel, bei dem die Stadt früher Schutz gesucht hatte, war, auch wenn er wirklich jetzt Neigung verspüren sollte, sich derselben anzunehmen, ebenso wie seine Vettern in Celle und Hannover durch die bremischen Händel behindert, der Administrator August hatte selbst neuerdings zu wiederholten Malen den Kurfürsten zu gemeinschaftlichem Einschreiten gegen die widerspänstige Stadt aufgefordert, von dem Kurfürsten von Sachsen aber, dem der Kurfürst selbst Absichten auf Magdeburg zutraute[2]), und von dem Kaiser war zwar vorauszusetzen, dass sie ihm einen Erfolg gegen Magdeburg wenig gönnen, nicht aber, dass sie, zumal einer vollendeten Thatsache gegenüber, ihm Widerstand entgegensetzen würden. So erhielt denn der Feldmarschall v. Sparr, welcher Ende Mai mit dem grössten Theil der Armee nach den Marken zurückkehrte, den geheimen Befehl, sich unterwegs gegen Magdeburg zu wenden, und es wurden zugleich die Geheimen Räthe v. Platen und v. Jena ausgesendet, um zunächst mit dem Administrator und dann, womöglich unter dessen Mitwirkung, mit der Stadt Unterhandlungen zu führen und diese zur Ableistung der Huldigung und Aufnahme einer kurfürstlichen Besatzung zu vermögen, im Weigerungsfalle sollte die Armee mit Gewalt gegen die Stadt und gegen solche, die etwa versuchen sollten, derselben Hülfe zu leisten, vorgehen. Der Plan zu dem Unternehmen scheint von dem Kurfürsten schon Ende März oder Anfang April[3]), sobald sich die Aussicht auf eine friedliche Beendigung des Münsterschen Streites eröffnet hatte, gefasst zu sein, die Ausführung desselben wurde erst Ende April, nachdem der Friede zustande gekommen war, in Angriff genommen[4]), das Geheimnis ist nicht so streng gewahrt worden, wie der Kurfürst es wünschte, doch war die Ausführung

[1]) S. unten v. Crockows Relation aus Stockholm vom 23. Mai 1666. Vgl. Droysen, Gesch. der preuss. Politik III. 3 S. 101.

[2]) S. die Relation des kaiserlichen Gesandten de Goess vom 5. Juni 1666 (Urk. u. Act. XIV, 1. S. 275).

[3]) Der kaiserliche Gesandte de Goess meldet schon 14. April 1666: „Der Churfürst gestellt sich zwar, dass er facta pace disarmiren wolle, ich zweifle aber doch daran; videtur quod coquat aliquid, was es auch endlich sein mag; ich höre etwas susurriren, als wann er sich wohl an Magdeburg machen wollte. Er ist diesen Leuten sehr feind." (S. 263.)

[4]) Als erste Dokumente dafür liegen die Ordre des Kf. vom 7. April, durch welche v. Sparr nach Cleve entboten wird, und ein Schreiben des Oberpräsidenten v. Schwerin an den Archivar Görling in Berlin vom 20. April, in welchem diesem die Uebersendung der auf die Magdeburger Angelegenheit bezüglichen Akten aufgetragen wird, vor.

eine so rasche und geschickte, dass die Voraussetzungen, von denen man ausgegangen war, sich sämmtlich erfüllt haben und das Unternehmen, ohne dass es zur Anwendung von Gewalt gekommen wäre, von einem vollständigen Erfolge gekrönt worden ist.

Die im Folgenden zusammengestellten Actenstücke führen den Verlauf dieses Unternehmens vor Augen. Ausser den Materialien des Berliner Geh. Staatsarchivs haben auch diejenigen des Magdeburger Stadt- sowie die des dortigen Staatsarchivs verwerthet werden können. Die ersteren, die Rathsprotocolle und die Instruktionen für die Magdeburgischen Deputierten, lehren die Vorgänge in der Stadt, das Verhalten des Raths und der Bürgerschaft kennen, von den letzteren ergänzen die Relationen der Bevollmächtigten des Administrators in sehr erwünschter Weise die Berichte der Gesandten des Kurfürsten über die mit der Stadt geführten Verhandlungen, während andere Dokumente das doppelte Nachspiel, welches der Unterwerfung Magdeburgs folgte, die langwierigen und unerquicklichen Verhandlungen mit dem Administrator und den Ständen des Erzstifts über den von diesen zum Unterhalt der Besatzung der Stadt zu zahlenden Beitrag, und den Streit über die Ernennung des Herzogs August von Holstein zum Gouverneur der Festung veranschaulichen.

I. Die Unterwerfung von Magdeburg. 1666.

Des Herrn von Jena Bedenken auf einige von I. Churf. D. selbst geschriebene Fragen wegen der Stadt Magdeburg. D. Cleve 30. April 1666.

[Beantwortung der vom Kf. gestellten Fragen in betreff des Unternehmens gegen Magdeburg.]

30. April. Ew. Ch. D. gnädigstem Befehl zu gehorsamster Folge ist soviel ich verstehe mein — Bedenken auf die von Ew. Ch. D. selbst geschriebene und mir aufgegebene Fragen nachfolgendes:

Und zwar bei der ersten Frage halte ich dafür, dass zwar die Stadt Magdeburg nochmals in der Güte zu der Huldigung und was daran hanget durch Schickung zu erinnern, dass aber solches nicht ehe geschehe, als wann die Armee in der Nähe und wann Ew. Ch. D. albereit jenseits der Elbe Posto gefasset, auch sonsten alle Zubereitung — in Bereitschaft seie, dan ich halte ferner dafür, dass der Stadt nicht viel Zeit zu gönnen, damit sie die Sache durch Schickung und Sollicitiren nicht weitläufiger und schwerer mache.

Bei der anderen Frage, da glaube ich Ew. Ch. D. Intention sei bei dieser Sache, zu dem Recht, so derselben an der Stadt Magdeburg gebühret, zu gelangen und dann auch derselben künftig auf alle Fälle gesichert zu sein, ich glaube auch ferner, dass es mit Einnehmung der Guarnison schwer daher gehen werde, dabei aber gleichwohl glaube ich auch dieses, dass bei gegenwärtigen Conjuncturen Ew. Ch. D. ein mehres als sonsten bei der Stadt zu erhalten suchen müssten und könnten, und würden vielleicht Ew. Ch. D. bei diesem Punct einige temperamenta zulassen können, als dass der Stadt dabei auch einige Völker zu der

Guarnison zu geben verstattet, Ew. Ch. D. aber die Bestellung des Commendanten allein gelassen werde; wollte Ew. Ch. D. noch etwas mehr nachgeben, so könnte der Commendant auf gewisse Maasse mit in der Stadt Pflicht stehen und die ganze Guarnison gleichfalls derselben mit schweren; vielleicht findeten sich bei Fortgang der Sache mehr Mittel, auf welche man ietzo nicht eben gedenken, aber Rechnung darauf machen kann.

Zum dritten so bin ich der — Meinung, dass Ew. Ch. D. an des H. Administrators F. D. zu schicken, aber auch nicht ehender als wann die Armee nicht mehr weit von Magdeburg und wann von Ew. Ch. D. die Anstalt gemachet, dass keine fremde Völker in Magdeburg kommen können. — Des H. Administratoris F. D. könnte vorgestellet werden, dass ihro vorhin bekannt, wie wiederich sich die Stadt Magdeburg nach geschlossem Frieden bezeuget — und sich fast embsig dahin bearbeitet, damit, wann es ihr angehen wollte, sie sich gar aller Subjection entziehen könnte, dieweil nun Ew. Ch. D. nicht gemeinet wären, die Sache länger anstehen zu lassen, so wären Sie ietzo in Werk begriffen, die Huldigung und was davon dependiret in der Güte nochmals zu begehren, bei fernerer Opposition aber in Gottes Namen resolviret, dasjenige, was ihro aus dem Friedenschluss zukäme — durch ihre eigene Execution zu erhalten, — demnach aber auch Ew. Ch. D. sich dabei erinnerten, was I. F. D. an dem Herzogthumb Magdeburg, bis sich die Fälle, welche in dem Friedenschluss ausgedrücket, begeben, zu geniessen, so versicherten Ew. Ch. D. I. F. D., dass ihro daran durch Ew. Ch. D. oder die Ihrigen nicht das geringste sollte entzogen werden, zweifelten nicht, I. F. D. würde zugleich ihro gefallen lassen, das Werk — zu befodern, auch gerne geschehen lassen, dass Ew. Ch. D. Armee die Magdeburgische Fürstliche Aempter berühre. Wollte Ew. Ch. D. nachdem sich des H. Administratoris F. D. bezeugen ihro etwas mehres einräumen, so stünde es zu bedenken und müsste dergestalt beschaffen sein, dass es weiter nicht ginge als es einem usufructuario gebühret.

4) Die Bürgerschaft zu sinceriren, das meine ich — sei wohl nöthig, ich halte aber dafür, dass solches nicht schriftlich zu thun. — Eine mündliche Sinceration würde zu wenig sein und keinen Glauben finden, es stünde aber zu Ew. Ch. D. gnädigsten Resolution, ob etwa demjenigen, welcher von Ew. Ch. D. an die Stadt geschicket wird, eine Bestätigung und Versicherung ihrer Privilegien und dass in Religionssachen keine Enderung sollte gemachet werden, unter Ew. Ch. D. Hand

und Siegel mitgegeben würde, welche nicht allein vorzuzeigen, sondern auch, da es nöthig, zu extradiren, und müsste — das Werk wohl überleget werden, damit auch Ew. Ch. D. damit nicht präjudiciret werde.

Es würde auch — zum fünften nicht undienlich sein, dass Ew. Ch. D., wann es rechte Zeit, sowohl Ihrer Keys. M. als auch anderen Potentaten von dero Intention Apertur und Remonstration thun liesse, absonderlich — sich dahin zu bemühen, damit Sie H. Hertzog Georg Wilhelms und des H. Bischofs zu Ossnabrugg FF. DD. recht und wohl versichert, weil ich glauben muss, das F. Haus Braunschweig möchte Ew. Ch. D. die Stadt Magdeburg nicht gerne gönnen, und habe ich mir wohl vor diesem sagen lassen, dass die Stadt Magdeburg von der Kron Schweden eine absonderliche Versicherung, dass die Kron die Stadt auf solchen Fall nicht lassen wollte, hätten aber Ew. Ch. D. das Haus Braunschweig, so würden auch der Schweden consilia desto schwächer werden. Es würde auch die Noturft der Gesandtschaft zu Regensburg zu befehlen sein, auch C.-Cöln, C.-Maintz, Newburg und Münster wo nicht gar zu gewinnen, doch dahin zu divertiren sein, dass sie wieder Ew. Ch. D. Vorhaben weder zu Regensburg votiren noch auch sonst andere secundiren, und zu solchem Ende würde auch die Schickung an Cuhr-Sachsen zu thun sein. — Es würde auch — der Sache keinen geringen Vortheil bringen, wann Ew. Ch. D. dieselbe dem Könige in Franckreich dahin recommendiren könnten, dass sich derselbe solcher so weit mit annehme, damit nicht allein auf dem Reichstag und in dem Alliantzraht durch dem Gravelli[1]) dieselbe secundiret, sondern auch auf solche Art von dem Könige selbst an die Potentaten auch Reichs-Cuhrfürsten und Fürsten geschrieben werde.

Dieses — ist es, so auf Ew. Ch. D. gnädigsten Befehl ich — mit wenigen anzeigen soll, und weil ich zugleich daraus sehe, dass Ew. Ch. D. die Sache wieder die Stadt Magdeburg resolviret und festgestellet, so wünsche ich, dass der Allmächtige gute Gott wie bis anhero noch ferner mit Ew. Ch. D. beständig sei. —

---

[1]) Robert de Gravel, französischer Gesandter in Regensburg.

Des Herrn von Platen Gutachten auf unterschiedene puncta wegen der Stadt Magdeburg. D. Cleve 1. Mai 1666.

[Beantwortung der von dem Kf. inbetreff des Unternehmens gegen Magdeburg gestellten Fragen.]

Demnach Ew. Ch. D. mir unterschiedene puncta betreffend die Stadt 1. Mai.
Magdeburg zustellen lassen, darüber Ew. Ch. D. mein — Gutachten schriftlich zu ertheilen mir gnädigst anbefohlen, so habe ich solchem gn. Befehl schuldigstermassen nachleben wollen und mit Fleiss überleget, was vor jura Ew. Ch. D. an die Stadt haben und was Sie von der Stadt fodern und dieselbe zu leisten schuldig, als dem Fundament, daraus die mir zugestellte puncta ihre Erledigung erlangen müssen, und rühret solches aus dem Münsterischen und Ossnabruggischen Friedenschluss her, da[1]) Ew. Ch. D. die Expectanz auf das Erzstift Magdeburg mit dieser Condition ertheilet, dass inmittelst und bei Lebzeiten des jetzigen H. Administratoris F. D. das Capitul sampt besagtes Erzstiftes Ständen und Unterthanen gleich nach beschlossenem Frieden Ew. Ch. D. und dero ganzen Churf. Hause die Unterthänigkeit, Pflicht und Huldigung ablegen sollen, dessen sich aber die Stadt Magdeburg bis dato verweigert und sich vielmehr zu ihrer Keys. M. und dero Reichshofrath gewendet und unter dem Schein, dass der Stadt ihre alte Freiheit wiedergegeben und das privilegium Ottonianum renovirt werden soll, sich ihrer Schuldigkeit zu entziehen und sich gänzlich von dem Erzstift zu eximiren suchet, wodurch es dann auch dahin gelanget, dass es uffm offnen Reichstag[2]) zur Umfrage gestellet und I. Keys. M. der gesampten Stände Gutachten begehret, so auch erfolget, und ist die Stadt ihre Schuldigkeit abzulegen condemniret, in welchen terminis es denn noch beruhet, und stehet nun nurtt zu deliberiren, wie die Stadt zum Gehorsam zu bringen. Da ich dann der unvorgreiflichen Meinung sein muss, dass, ehe man ad arma greifen könne, man zufoderst die gütliche Handelung reassumiren und ob die Stadt in Güte ad praestanda zu prästiren gebracht werden könne, versuchen müsste, — es ist doch dabei billig zu bedenken, dass es eine wichtige Sache ist, daraus leicht Weiterung erfolgen kann, dass es ohne Blutvergiessen nicht geschehen kann, dass man nicht weiss, wie I. Keys. M., die Könige in Frankreich und Schweden als mitpaciscirende

[1]) Instr. pacis Osnabr. XI. § 6. 7. S. oben S. 3.

[2]) 1654, s. Hirsch, Der Grosse Kurfürst und die Altstadt Magdeburg bis 1666 (Forsch. z. brand. u. preuss. Gesch. IV. 2).

Theile und die benachbarten Chur- und Fürsten dabei gesinnet sein, wobei ich mich erinnere, dass, wie in a. 1654 die Sache im Fürstenrath vorgetragen ward, die Schweden nicht votiren noch sich darüber in ihren votis herauslassen wollten [1]). —

Und diesem zufolge befinde ich nicht, wenn die Stadt sich bequemet und das juramentum fidelitatis et subjectionis in Güte ableget, dass Ew. Ch. D. noch zur Zeit ein mehrers, so die andere Frage betrifft, werden fodern können, angesehen das Instr. pacis Ew. Ch. D. ein mehreres nicht zueignet, wenn sich aber die Stadt opiniatriren und es zu den Waffen sollte kommen lassen, so wird man auch wohl etwas weiter gehen und Versicherung, so nicht anders als das praesidium sein kann, welches sonst etlichermassen der Stadt selbst in dem Instr. pacis attribuiret ist, fodern können.

Was die dritte Frage anlanget, wird es allewege notig sein, dass man vorhero mit dem H. Administratore F. D. daraus communicire, angesehen Sie annoch rechter Landesherr sein, und kann mit der Stadt nichts angefangen werden ohne Ihr Zuthun, und dass das Land nicht etwas dabei leiden sollte, wenn man auch nurtt bloss das Stro zu den Baraquen und Fourage vor die Pferde consideriret, und wird sichs, wenn S. F. D. nur vorerst damit einig sein, dass man die Stadt mit Gewalt angreifen soll, wegen des praesidii wohl finden.

Viertens ob hievon etwas an die Bürger zu bringen, und wie, solches wird sich, wenn man die Handelung mit dem Rath nurtt erst antritt, wohl finden. Es kann die Sache so heimlich nicht tractiret werden, dass die Bürgerschaft davon nichts sollte in Erfahrung bringen, und concerniret die Sache vornemblich die Bürgerschaft selber, ohne deren Vorbewusst und Verwilligung in effectu nichts kann geschlossen werden.

Fünftens wird man aus dieser Sache weder am Keys. Hofe noch bei andern Königen, Republiquen und Potentaten etwas handeln können, ehe man die Stadt wirklich investiret hat, denn, wo man vorhero davon viel sagen wollte, so wird man sich die Sache schwerer machen und der Stadt auf ihre Sicherheit zu gedenken Anlass geben, ja man wird mit der Gewalt nicht einmal der Stadt drewen müssen, ehe und bevor die Armee so nahe stehet, dass sie nurtt bloss vor die Stadt rücken darf.

Wenn man aber die Stadt wirklichen berennet hat, alsdann wird es nicht allein I. Keys. M., sondern auch andern Königen, Chur- und Fürsten

---

[1]) S. v. Meiern, Regenspurgische Reichstagshandlungen I. S. 1130f.

zu notificiren und die Ursach, so Ew. Ch. D. zu dieser Resolution bewogen, zu wissen zu thun sein.

Und eben uff diese Maasse wird auch mit S. Ch. D. zu Sachsen zu handeln sein, dass man derselben von der endlichen Resolution nichts wissen lasse, ehe und bevor man wirklich vor der Stadt stehet. Aber ehe und bevor man hiezu schreitet, wird man die impedimenta, so dazwischen kommen können, und welche den progres hindern können, wohl überlegen und, wie dem zu begegnen und das Werk auszuführen, in reife Consideration ziehen müssen. —

Instruction, wornach S. Ch. D. zu Brandenburg Geh. Kriegsrath und General-Feldmarschalck Otto Chr. Freiherr v. Sparr sich zu achten. D. Cleff 9. Mai 1666.

(Conc. O. v. Schwerin.)

[Gegen Magdeburg vorzunehmende Massregeln, Beschaffung der Kriegsbedürfnisse, Abwehr etwaiger Entsatzversuche, wie die in der Stadt befindliche Besatzung zu behandeln sei.]

Nachdem S. Ch. D. — die Stadt Magdeburg zu verschiedenen 9. Mai.
Malen erinnern und ermahnen lassen, die schuldige Huldigung abzulegen, die Stadt sich aber darunter bishero immerhin unter allerhand gesuchten Prätexten ihrer Schuldigkeit entzogen, und dann S. Ch. D. nicht gemeinet sein, dieses Werk länger in suspenso zu lassen, sondern die Stadt entweder in der Güte, oder in Entstehung derselben mit dero Waffen zur raison zu bringen, als haben Sie dero Geh. Räthen, dem v. Platen und dem v. Jena, gnädigst anbefohlen, sich mit dem fürderlichsten zu des H. Administratoris F. D. zu begeben und deroselben Sentiment über dieses Fürhaben zu vernehmen, auch durch Fürstellung allerhand bewegenden Motiven dieselbe dahin zu persuadiren, dass sie nicht allein das Werk approbiren, sondern auch dero Wohlvermogenheit nach secundiren und zur Execution befordern helfen mögen. Von Hall haben wir unsern Geh. Räthen in Befehl gegeben, nacher Magdeburg zu gehen und daselbst sowohl die Ablegung der Huldigung als dass die Stadt unsere Garnison einnehme zu urgiren und desfalls sowohl dem Magistrat als der Bürgerschaft alle dienliche persuasiones und fundamenta fürzustellen. Sollten sie nun zu beiden in der Güte nicht zu bewegen sein, solchenfalls hat unser Geh. Kriegsrath und G.-Feldmarschalck die Stadt

mit denen in beigehender Specification[1]) benannten Völkern, welche S. Ch. D. inmittelst nach dem Halberstättschen und nach der Alten Mark marchiren lassen wollen, es verwillige des H. Administrators F. D. in dieses Dessein oder nicht, anzugreifen und seiner habenden Kriegsexperienz nach dieselbe mit Gewalt zur raison zu bringen. — Auf was Weise er nun dieses für die Hand zu nehmen und welcher Gestalt er die Execution zu verrichten, solches erachten S. Ch. D. unnöthig ihm weitläuftig fürzuschreiben, sondern Sie lassen es seiner bekannten Dexterität und Kriegsexperienz anheimbgestellet sein und wollen dero Geh. Räthen zu Cölln an der Spree wie auch dero Pommerschen und Halberstättischen Regierung gnädigst anbefehlen, alles, was dero G.-Feldmarschalck von denselben erfordern und begehren wird, ihm — abfolgen zu lassen.

Die Artillerey, welche hie gewesen, nimmt nicht allein der G.-Feldmarschalck wiederümb mit zurück, sondern er hat auch daneben alles aus denen Chur-Brandenburgischen Vestungen, es sei an Stücken, Munition und wie es sonsten Namen haben mag, nach seinem Gutfinden — zu erfordern und sich dessen zu bedienen.

Sollte die Stadt nun bei Fortstellung der Attaque dahin, wie wir verhoffen, gebracht werden, dass sie sich accommodiren müsste, solchenfalls hat der G.-Feldmarschalck den Accord neben unseren Geh. Räthen, welche bei demselben die ihnen mitgegebene Instruction zu beobachten, zu machen und denselben hauptsächlich dahin einzurichten, dass die Stadt uns die schuldige Huldigung praestire und daneben unsere Garnison einnehme, wie und welchergestalt aber dieser Accord in andern Stücken einzurichten, desfalls haben S. Ch. D. theils dero Geh. Räthen bereits gemessenen Befehl gegeben, theils wird man sich hierinnen nach der Zeit Läuften und nachdem sich die Stadt bald oder spät accommodiret, richten müssen, zum Theil kann es auch auf S. Ch. D. — Ratification und Erklärung ausgesetzet werden.

Was den Unterhalt der Armee betrifft, da ist S. Ch. D. G.-Commissario[2]) bewusst, welchergestalt Sie solchen angewiesen, der dann auch fleissige Erinnerung thun und Sorge tragen wird, dass die assignirte

[1]) Eine solche liegt nicht bei, vgl. über die zu dieser Unternehmung gegen Magdeburg verwendeten Truppen (c. 10250 Mann) Hirsch, Die Armee des Grossen Kurfürsten und ihre Unterhaltung während der Jahre 1660—1666 (Hist. Zeitschrift N. F. XVII) S. 266. Der Kurfürst selbst hat dem kaiserlichen Gesandten die Zahl auf 14,000 angegeben (Urk. u. Act. XIV, 1. S. 275).

[2]) Claus Ernst v. Platen.

Gelder, soviel immer müglich, erfolgen mügen. Sollte daran einiger Mangel erscheinen, so wollen S. Ch. D. sonsten andere Mittel schaffen, wie Sie dann auch in eventum ein ansehnliches Magazin in dero Fürstenth. Halberstat und in der Nähe zusammenbringen lassen. Dahingegen wird auch der G.-Feldmarschalck geflissen sein, gute und scharfe Ordre zu halten, alle Plünderung und Excessen, wie auch unnöthiges Ausreiten zu verbieten — wie er dann nicht weiniger auf dem Marsch gute Disciplin zu observiren. —

Dafern die Stadt einigen auswärtigen Succurs bekommen und ihnen entweder einige Völker zu Verstärkung ihrer Garnison, oder gar zu ihrem Entsatz zugesandt werden wollten, solches hat der G.-Feldmarschalck aufs beste er kann, von wem auch solche Völker kommen sollten, anfänglich durch gütliche Fürstellungen, und wenn solche nicht verfangen wollen, mit Gewalt zu verhindern.

Was an Holz, Stroh, Fourrage und dergleichen vonnöthen, solches muss aus denen dem Lager am nächsten und bequemsten Orten genommen werden, und weil solches das Erzstift Magdeburg und das Fürstenthumb Anhalt sehr treffen wird, so muss darunter solche Anstalt gemacht werden, dass alles mit guter Ordre geschehen und dasjenige, was weggenommen wird, entweder gezahlt oder doch liquidiret und die Unterthanen der Zahlung halber versichert werden mögen.

Weil auch über die Elbe eine Schiffbrücke vonnöthen sein wird, so wird der Feldmarschalck dazu alle und jede auf der Elbe, Havel und Spree befindliche Schiffe (allein die Schwedische Schiffe ausgenommen) gebrauchen, wegen Anschaffung der dazu benöthigten Bretter, Balken, Anker und Taue aber bei unserer Amtskammer zu Berlin wie auch bei andern unsern Bedienten, wo dergleichen vorhanden, Erinnerung thun, welche auf sein Gesinnen die Nothdurft von allem herzugeben befehliget sein. — Zu Verfertigung der Brücken kann der Feldmarschalck S. Ch. D. Hofbaumeister Michel Matthias Schmidt verschreiben. —

Der Feldmarschall soll mit den Geh. Räthen alles jedesmal communicieren, damit sie mit einhelliger Cooperation des Kf. Interesse befördern; er soll ferner zwischen hier und Halberstadt reitende Posten einrichten.

Wenn die Stadt sich accommodiret, kann ihre Garnison und geworbene Soldaten abgedancket und was davon zu dienen Lust hat und zu Kriegsdiensten capabel ist, unter S. Ch. D. Armee gestecket werden, wie dann auch dem in der Stadt liegenden Obristwachtmeister[1]) wohl

[1]) Befehlshaber der magdeburgischen Stadt-Soldatesca war seit 1658 der Haupt-

Versicherung gegeben werden kann, dass, wenn er von S. Ch. D. wieder accommodiret werden soll.

Instruction, wonach sich unsere — Geh. Rä von Platen und Friderich von Jena bei Halle zu des H. Administratoris Ld. und aufgetragenen Schickung zu achten. D. Cl (Conc. O. v. Schwerin).

9. Mai. Kf. will der Widersetzlichkeit der Stadt Magde sehen, sondern, da er mit einer ziemlichen Kriegsmach gehörigem Nachdruck zum Gehorsam und Leistung ihre aber hierin ohne vorherige Communication mit dem A nehmen will, so sollen sie demselben dieses vorstellen und Werkes mit anzunehmen, und in Erwägung, dass er es f und dass alles zu seinem eigenen Nutzen und Inter zur raison bringen zu helfen, namentlich mit allerhan Fourage und dergl. aus dem Erzstift der Armee assistieren. Kf. wolle weder die Stadt in ihren Recht bieren, noch viel weniger dürfe der Administrator befür in seine Rechte zu thun gemeint sei. Damit Kf. aber s desto mehr versichert sei, beabsichtige er nicht allein des juramenti fidelitatis et subjectionis anzuhalten, son seinen Völkern zu besetzen und seine Garnison darein Geh. Räthe den Administrator dazu disponiert vermerken. davon Apertur thun und ihn versichern, dass dadurch nichts derogiert, sondern vielmehr ihm in künftigen Fä der Gouverneur auch zugleich in seine Pflicht genomme er sich damit noch nicht vergnügte, können sie weit sprechen, dass die ganze Garnison ihm mitschwören so auch das Erzstift zu Verpflegung derselben mit contrib ministrator ein, dann haben die Geh. Räthe sofort d Schreiben an den Kaiser, an K.-Mainz und nach Stock abgehen zu lassen, auch die Schickungen an K.-Sac Braunschweig und den Feldherrn Wrangel mit Creditiven durch die darin benannten Subjecta (nach an den R.feldherrn v. Podewils, an die Braunschwe

---

mann Gerhard Capauni. S. Hoffmann, Gesch. der S II. S. 255.

[1]) Vgl. Pufendorf IX. § 83 S. 628.

[2]) S. Urk. u. Act. XI. S. 415. Hirsch, Der Grosse Magdeburg (Forsch. IV. 2).

das Domkapitel und die Landstände [1])
ihnen desselben gute Intention und
ult bewogen, ausführlich vorstellen.
ten ihre Handlung bestermassen be-
4 Tage aufhalten, sondern, wofern
n, ihren Abschied nehmen und die

Dat. Cleff 2./12. Mai 1666 [2]).

hlossenen Maassregeln.]

weigert, ihm die durch das Instru- 12. Mai.
leisten.
rsetzlichkeit, welche von Tag
kommen könnte, dass sie sich
n entziehen möchten, länger
den, weil ich auch von aller-
als mir höchst präjudicirlichen
soll, Nachricht erlanget und
der Güte accommodiren und
den Beinen habenden Kriegs-
ministratoris Ld. von Rechts
einen, als zu Ew. K. M. und
erlangen und zu suchen ge-
ich solches nicht allein gnä-
ie Stadt, welche ich sonst in
gsten nicht beeinträchtigen
werde, zu ihrer Schuldigkeit
Fall derselben fernerer Oppo-
er Erlangung meiner Gerecht-
zu assistiren, auch wofern die

darin mit, dass er beabsichtige, die
Gehorsam zu bringen, und fordert sie
lich zu sein.

seinen Residenten in Wien A. Neu-
aiser zu befördern und bei den dortigen
absichtige auf N.'s neuliche Erinnerung
regaliren" und werde nächstens dazu
dienlichen Orten mittheilen und dabei
dieren.

3) einem seiner Söhne ein Canonicat oder
4) gar die Domprobstei geben wollte.

Sie sollen ihm diese Offerten einzeln, auch endlich, wenn er auf andere Weise nicht zur Approbation zu bewegen, alle zusammen anpräsentieren. Sollte er sich dessen ungeachtet nicht resolvieren wollen, so haben sie ihm endlich zu erklären, dass Kf. die Sache nicht länger ansehen, sondern damit ein Ende machen müsste, dabei aber nochmals zu contestieren, dass Kf. ihm in seiner Regierung und Rechten in keinem zu nahe treten wollte, wie sie auch, wenn er es begehren würde, bei Ablegung der Huldigung es dahin zu befördern hätten, dass, weil die Stadt ihm noch nicht gehuldigt, sie solches auch alsdann verrichten möge.

Wenn die Stadt sich mit Kf. accommodieren, aber mit dem Administrator sich nicht einlassen will, so sollen sie bemüht sein, die Sache und des Kf. Interesse zur Richtigkeit zu befördern, sie sollen aber den Administrator versichern, dass dadurch seinen Rechten nicht präjudiciert sein solle und Kf. ihm hiernächst zur Erlangung seiner Befugnis treulich beistehen wolle. Sollte aber die Stadt sich mit dem Administrator allein, unter Exclusion des Kf. abfinden wollen, so sollen sie dieses keineswegs gestatten, sondern alsdann nach ihrer Ordre gegen die Stadt verfahren.

Sollte die Stadt sich zur Einnehmung der Garnison in der Güte bewegen lassen, so können sie mit ihr desfalls einen Recess aufrichten und versprechen, dass Kf., wenn es nicht höher zu bringen, zufrieden sein wollte, wenn sie seinem Commendanten eine freie Wohnung und etwa auf ein paar hundert Mann den behörigen Unterhalt oder was sie jetzt auf die Garnison wenden müssen, herzugeben sich erklärten, im übrigen aber solle ihnen die Soldatesque nicht beschwerlich sein, für ihr Geld zehren, ohne das Quartier nichts prätendieren und dabei gute und scharfe Ordre gehalten werden, auch wolle Kf. Baracquen bauen lassen, damit die Bürgerschaft von der Einquartierung desto weniger Beschwerde empfinden möge. Kf. ist bereit der Stadt und insonderheit der Kaufleute und Bürgerschaft Bestes und Nahrung zu befördern, auch ihnen die Stapelgerechtigkeit, doch dass sie es nicht zu seinem Nachtheil und Präjudiz gebrauchen, zu confirmieren.

Bei Werkstellung der Huldigung sollen sie sowohl in modo et methodo als anderen dabei vorfallenden Sachen sich nach der früher üblich gewesenen Observanz richten und sich danach in Hall erkundigen.

Von dem, was etwa verglichen, wie von allem, was vorgehen wird, haben sie dem Gen.-Feldmarschall zu communicieren, welcher auch die verglichenen puncta mit ihnen zugleich unterschreiben kann.

---

selben als Lehen an das Erzstift Magdeburg gefallen; der Administrator hatte die dazu gehörige Herrschaft Rosenberg seinem ältesten Sohne Johann Adolf übertragen und (d. Halle 21./31. November 1659) den Kf. um Bestätigung dieser Schenkung ersucht, Kf. aber hatte damals (s. l. et d.) dieselbe verweigert, da die Domänen des Erzstifts schon so sehr vermindert wären.

Das beigefügte Schreiben des Kf. an das Domkapitel und die Landstände[1]) sollen sie diesen überliefern und zugleich ihnen desselben gute Intention und was ihn zu dieser Resolution wider die Stadt bewogen, ausführlich vorstellen.

Im übrigen sollen sie an beiden Orten ihre Handlung bestermassen beschleunigen und sich nirgends über 3 oder 4 Tage aufhalten, sondern, wofern sie innerhalb solcher Zeit nicht einig würden, ihren Abschied nehmen und die Execution des Desseins befördern.

Der Kurfürst an Kaiser Leopold. Dat. Cleff 2./12. Mai 1666[2]).

[Anzeige der gegen Magdeburg beschlossenen Maassregeln.]

Die Stadt Magdeburg hat sich bisher geweigert, ihm die durch das Instru- 12. Mai.
mentum pacis vorgeschriebene Huldigung zu leisten.

— Weil ich nun solcher ihrer Widersetzlichkeit, welche von Tag zu Tag zugenommen, und endlich so weit kommen könnte, dass sie sich ganz und gar aller schuldigen Subjection entziehen möchten, länger nachzusehen desto weniger diensamb gefunden, weil ich auch von allerhand nachdenklich und sowohl dem Reich als mir höchst präjudicirlichen Correspondenzen, welche die Stadt pflegen soll, Nachricht erlanget und dannenhero, dafern die Stadt sich nicht in der Güte accommodiren und praestanda praestiren würde, mit meiner auf den Beinen habenden Kriegsmacht dasjenige, was mir und des H. Administratoris Ld. von Rechts wegen competiret, sowohl zu unserer gemeinen, als zu Ew. K. M. und des h. Reichs selbsteigener Sicherheit zu erlangen und zu suchen gemeinet bin, so werden Ew. K. M. verhoffentlich solches nicht allein gnädigst approbiren, sondern auch geneigt sein, die Stadt, welche ich sonst in allen ihren juribus und privilegiis im geringsten nicht beeinträchtigen noch wider das Instr. pacis graviren lassen werde, zu ihrer Schuldigkeit ernstlich und nachdrücklich anzuweisen, im Fall derselben fernerer Opposition auch mir gegen dieselbe zu besserer Erlangung meiner Gerechtsame und Befugniss kaiserlich und gnädigst zu assistiren, auch wofern die

---

[1]) d. Cleff 2./12. Mai 1666, Kf. theilt ihnen darin mit, dass er beabsichtige, die Stadt Magdeburg, im Nothfall mit Gewalt, zum Gehorsam zu bringen, und fordert sie auf, ihm bei Ausführung dieses Desseins behülflich zu sein.

[2]) Kf. beauftragt (d. Cleve 12. Mai 1666) seinen Residenten in Wien A. Neumann, dieses beifolgende Schreiben an den Kaiser zu befördern und bei den dortigen ministris die Sache zu recommendieren, er beabsichtige auf N.'s neuliche Erinnerung den Reichshofrath „mit einiger Discretion zu regaliren" und werde nächstens dazu 2000 Ducaten hinschicken, N. soll dieses an dienlichen Orten mittheilen und dabei diese und andere Angelegenheiten recommendieren.

Stadt bei Ew. K. M. oder dero Reichshofrath ihrer Gewohnheit nach ein und anders wider mich klagen und suchen möchte, sie damit ab und zum schuldigen Gehorsam und Submission an mich verweisen. —

Zwischen des H. Administratoris F. D. und den Kurfürstl. Abgesandten HH. Geheimen Räthen dem von Platen und dem von Jena zu Halle aufgerichtete Vergleichspuncta in puncto der Huldigung wie auch eventualer Belagerung und Besatzung der Alten Stadt Magdeburg. D. Hall 18./[28.] Mai 1666[1]).

28. Mai. S. Ch. D. zu Brandenburg haben des Postulirten Herrn Administratoris des Primat- und Erzstifts Magdeburg Fürstl. Durchl. durch dero endesbenannte Herrn Abgesandten in freundvetterlichen Vertrauen eröffnen lassen, dass Sie die alte Stadt Magdeburg bei fernerer Verweigerung ihrer Schuldigkeit anderer gestalt nicht als durch die Waffen zur Huldigung und was davon dependiret bringen könnte, dannenhero Sie durch dero aus dem Westphalischen Creyse anmarchirende Armée auf solchen Fall gedachte Stadt zur Schuldigkeit anzuweisen gemeinet.

2. Vorhero aber wollten S. Ch. D. Rath und Bürgerschaft nochmals zu gütlicher Accommodirung ermahnen, desgleichen des Herrn Administratoris Fürstl. Durchl. auch thun wollen, und sollten beider Chur- und Fürstl. Durchl.ten Herren Deputirte den 22. Mai zu Wanzleben solche Handlung antreten, dabei sie doch nicht über 4 bis 5 Tage sich mit der Güte aufhalten wollten.

3. Die Güte soll auf Leistung des Homagii, auf Einnehmung einer Guarnison und dass der Rath der alten Stadt Magdeburg mit demjenigen, was in Ecclesiasticis und Politicis richtig hergebracht und dem Instrumento pacis gemäss ist, zufrieden sein soll, bestehen.

4. Das Homagium soll des Herrn Administratoris F. D., Sie nehmen solches nun selbst oder durch Ihre Abgeordnete ein, und hernach Sr. Ch. D. zu Brandenburg, so solches durch dero Abgesandten verrichten lassen wollen, geleistet und zwar beiderlei actus in einem Tage und alsofort auf einander verrichtet und die hergebrachte Reversalen zurückgestellet werden.

---

[1]) Inhaltsangabe bei Pufendorf XI. § 83, S. 628. Theatrum Europ. X. S. 162. Rathmann, Gesch. der Stadt Magdeburg IV. 2 S. 260. Hoffmann, Gesch. der Stadt Magdeburg III. S. 284f., 2. Aufl. II. S. 280f. (irrthümlich als vom 9./19. Mai). v. Mörner S. 280.

5. Die Guarnison soll nach Befindung der Sachen bestehen und sowohl dieselbige, als auch der Commendant in S^r. Ch. D. und Fürstl. D. Diensten, Bestallung und Pflichten sein und darinne stehen bleiben, auch der von S^r. Ch. D. zu Brandenburg fürschlagende Commendant eine dem Herrn Administratori nicht unanständige Person sein.

6. Was selbigen Commendanten hiernegst anbefohlen und aufgetragen wird, das beschieht mit beider hohen Chur- und Fürstlichen Personen Verordnung und durch jedesmalige vertrauliche Communication.

7. Wie wegen Unterhaltung der Soldatesque in der Guarnison es zu halten und wovon selbige zu nehmen, auch wie hoch die Verpflegung zu setzen, desfalls wollen beide hohe Chur- und Fürstliche Personen sich, nachdem die Tractaten laufen, vereinigen.

8. Wegen Munition und Magazin wollen sich beide hohe Chur- und Fürstliche Personen ebenfalls hiernegst vereinigen.

9. Und weiln inzwischen die Churf. Armée heranrücket, so wird sowohl für Reuterei als Fussvolck ein und das andere Lager vor der alten Stadt Magdeburg abgestochen werden müssen.

10. Zu welchem Ende und andern Behuf 200 Bauren von des Herrn Administratoris F. D. aus dem Erzstift gegeben und von S^r. Ch. D. zu Brandenburg aus dem Halberstädtischen ebenfalls eine gute Zahl Bauersleute gesendet werden, die doch zu solcher Arbeit und an solchen Orten, da sie ihres Lebens halber keine Gefahr haben, gebrauchet werden sollen.

11. Von denen Churbrandenburgischen Völckern soll überall gute Ordre und Disciplin gehalten und keine Insolentien gebrauchet, oder da sich deren begeben, sofort exemplarisch abgestrafet, auch denen Unterthanen weder auf der Strassen, auch Städten und Dörfern nichts gewaltthätiges oder sonsten abgenommen werden.

12. Da die alte Stadt Magdeburg die Güte verwerfen und die obengedachte Conditiones nicht annehmen würde, wollen S^e. Ch. D. sie mit den Waffen darzu anhalten.

13. Es soll aber, es geschehe durch Güte oder Waffen, der Vertrag auch überall, wie der 3., 4., 5., 6. und 7. Punct besaget, verbleiben.

14. S^e. Ch. D. haben zu 200 Wispel Getreidich, Mehl zum Proviant und Magazin zu mahlen, Anstalt gemacht, des H. Administratoris F. D. wollen 100 Wispel ebenfalls unverlanget mahlen und gen Wanzleben anschaffen lassen, als woselbst das Magazin sein soll. Sollten diese 300 Wispel bei erlängernden Belagerung nicht zureichend sein, wollen beide

hohe Chur- und Fürstliche Personen nach obiger Proportion was nöthig nachschiessen.

15. Den Sold vor die Armée geben I. Ch. D. ohne Zuthun Ihrer Fürstl. D.

16. Die Tractaten auf erfolgende Belägerung der alten Stadt Magdeburg werden von beider hohen Chur- und Fürstl. Personen Deputirten ebenfalls conjunctim bis zum Beschluss continuiret und seind zu diesem Behuf des H. Administratoris Deputirte in der Nähe.

17. Des Herrn Administratoris F. D. verwilligen, dass dero Fähren von Acken, Barby und Tucheim zu dieser Belagerung gebrauchet werden, wollen wegen der Fähre zu Schönbeck auch bei dero Domcapitul es erinnern.

18. Was ausser denen Militaribus bei der Guarnison und Verwahrung der alten Stadt Magdeburg, es sein Territorialia, Politica, Ecclesiastica oder anderlei, so zu der landesfürstlichen Hoheit gehören, fürkommt, darbei lassen S^e^. Ch. D. auf die Uebergabe der Stadt des Herrn Administratoris F. D. alleine walten und nehmen sich desselben Regierung derer nicht an. Da auch dieselbe zu gefährlichen Zeiten dero Residenz dahin von Hall transferiren müssten, bleiben Sie dessen genugsam befugt.

19. An die Keys. May., die bei itzigem Reichstage versamblete Stände und Gesandten und an einige andere Könige, Chur- und Fürsten wollen beide hohe Chur- und Fürstl. D. dieser ihrer Entschliessung halber nothdürftige Apertur abgehen lassen.

20. Auf erfolgten Vergleich oder Accord mit der Alten Stadt Magdeburg und die geleistete Huldigung, so längstes acht Tage nach dem Vergleich oder Accord erfolgen kann und soll, wollen S^e^. Ch. D. dero sembtliche Völker zu Ross und Fuss sambt der Artillerie aus dem Erzstift Magdeburg mit guter Ordre und ohne einige weitere Beschwer oder Bequartierung anders hin abführen.

Dass dieses alles also abgehandelt und ihm fest nachgelebet werden soll, haben des Herrn Administratoris F. D. selbsthändig und die Churf. Brandenburg. Herren Abgesandten, die desfalls gnugsame Vollmacht zu haben bezeuget, es vollzogen. So geschehen zu Hall den 18. Maii Anno 1666.

Augustus. Claus Ernst von Platen.
Friedrich von Jena.

v. Platen und v. Jena an den Kurfürsten.
D. Halle 19./[29.] Mai 1666.

[Verhandlungen mit dem Administrator, Abschluss des Vertrages. Erscheinen eines k.-sächsischen Abgesandten.]

Sie sind Mittwoch [den 16./26.] hier angelangt[1]) und haben Donnerstag 29. Mai
noch vor der Tafel Audienz gehabt. Dort haben sie den Vortrag in genere gehalten und es dem Administrator anheimgestellt, ob er selbst mit ihnen ferner aus der Sache reden oder jemand seiner Räthe dazu deputieren wolle, derselbe hat darauf v. Alvensleben und v. Katte zu ihnen geschickt. Da sie diese gleich bei der ersten Conferenz zu der Sache „halb dispost" gefunden und durch die gehabte Conferenz „mehr disposter" von ihnen gelassen, so haben sie mit den Offerten ganz an sich gehalten. Bei den anderen Conferenzen hat es zumal wegen der Garnison, wegen Zuschiessung einiges Proviants und Unterhalts der Garnison, Schwierigkeit gegeben. Sie hätten sich auch wohl bemühen wollen, ein mehreres zu erreichen, nachdem sie aber Nachricht erhalten, dass gestern spät per posta der Marschall von Dresden[2]) angekommen und eben

---

[1]) v. Sparr meldet dem Kf. am 17. Mai von Lünen an der Lippe aus, er sei mit v. Platen und v. Jena heute dort eingetroffen; letztere melden (d. Halberstadt 15./[25.] Mai), sie seien dort gestern angelangt, wollten morgen nach Halle weiterreisen. Unterwegs hätten die Leute an allen Orten von dem Vorhaben geredet und hier berichte man auch, die Magdeburger hätten davon Nachricht und hätten beschlossen, sich auf allen Fall zur Gegenwehr zu setzen; sie hätten 200 Deichgräber und andere Leute angenommen, um die Gräben in Stand zu setzen. Auch Kf. schreibt an v. Jena (d. Cleve 26. Mai 1666): „Sonsten will von ein und andern Orten verlauten, ob sollte unser Euch bekanntes Dessein kundbar geworden sein, dafern Ihr nun solches vermerken würdet, so hättet Ihr die Vorsehung zu thun, dass die Cavallerie so viel immer möglich den Marsch beschleunigte und den Ort berennete, damit nichts ein oder auskommen könnte." Dagegen berichtet v. Sparr am 25. Mai von Lippstadt aus, so viel er vermerken könnte, hätten die Magdeburger von des Kf. Dessein keine Nachricht gehabt, auch bisher nicht die geringste Verfassung gemacht, erst gestern hätten sie ihren bisherigen Commandanten wegen einiger Suspicion ab- und an dessen Stelle einen anderen gesetzt, neben ihm auch noch einen commandierenden Officier verordnet und sie stellten sich nunmehr an, als wollten sie eine Gegenwehr vornehmen.

[2]) Der K.-sächsische Hofmarschall v. Kanne; über seine Sendung ist aus den Acten, auch des Dresdener Archivs, nichts Näheres zu ersehen; der Administrator August bemerkt in einem Schreiben an Kurfürst Johann Georg vom 28. Mai/[7. Juni] (Magd. St.-Archiv), in welchem er ihm von dem glücklichen Verlauf der Tractaten mit Magdeburg Anzeige macht: „wie wir uns annoch wohl erinnern, was E. Ld. — durch dero Hofmarschalck — von Cannen kurz verrückter Zeit bei uns wegen des Gerüchtes von einer unser alten Stadt Magdeburg besorgten Belagerung anbringen lassen". Kurfürst Johann Georg selbst theilt dem Herzoge von Sachsen-Altenburg mit (Dresd. A.), er habe Kanne zu dem Administrator geschickt, um demselben von dem Vorhaben des Kf. gegen Magdeburg Nachricht zu geben und, „wohin man Stifts wegen daselbst diesfalls zielen möchte, zu sondiren".

dieser Sache halber an den Administrator abgeschickt sei, haben sie es für das beste gehalten, die Zeit zu mesnagieren und zu verhüten, dass der Administrator nicht wieder irre gemacht würde, daher auf die Sache gedrungen und es dahin gebracht, dass beikommende puncta[1]) aufgesetzt und sowohl von dem Administrator als von ihnen unterschrieben worden sind. Wegen des Unterhalts der Garnison hat der Administrator sich erboten, dass die Stadt, Kf. und er selbst je eine tertiam geben sollten; sie haben aber solches nicht nachgeben wollen, daher steht es auf ferneren Vergleich, der aber, ehe die Garnison hineinzieht, gemacht werden soll, der Administrator wird deshalb einige von den Landständen verschreiben. An den Rath und Innungsmeister der Stadt Magdeburg haben sie geschrieben[2]) und dieselben auf den 23. nach Wansleben beschieden, auch in dem Schreiben etwas von der Materie gedacht, damit sie sich nicht mit der Unwissenheit zu entschuldigen und Zeit zu gewinnen Gelegenheit haben. Sie selbst wollen sich nunmehr an die Instructionen machen und die Schickungen an das Haus Braunschweig, an K.-Sachsen und an Wrangel befördern. Der Administrator hat nach Unterschrift der Punkte wegen Rosenberg[3]) Ansuchung thun lassen, sie haben ihn aber damit an Kf. selbst verwiesen[4]). Sie erfahren von ihm, dass der K.-sächsische[5]) dieser Sache halber abgeschickt, dass sie deswegen in Dresden alarmiert seien und Nachricht begehrten, weil leicht daraus ein Feuer entstehen und der Kreis in Ungelegenheit gerathen könnte, er hätte ihm aber von dem rechten Dessein nichts gesagt, sondern dass man wegen der Huldigung und was davon dependiret, mit der Stadt handeln würde und dass Kf. jemand an K.-Sachsen zu senden beabsichtige, der gewiss speciellere Nachricht bringen würde.

---

[1]) Der vorstehend abgedruckte Vergleich vom 18./28. Mai.

[2]) D. Halle 18./28. Mai 1666: „Aus beikommenden Ihrer Ch. D. — Schreiben haben die Herren zu ersehen, was gestalt jetzthochgedachte I. Ch. D. uns gnädigst anbefohlen, eines und das andere mit Ihnen und gemeiner Bürgerschaft abzuthun. Wann dann unsere habende Commission die schuldige Erbhuldigung und was etwa mehr zu höchstgemelter Ihrer Ch. D. Sicherheit erfordert wird, betrifft, und diese Sache nunmehro länger keinen Verzug leidet, als ersuchen wir die Herren, sie wollen jemand aus ihren Mittel und gemeiner Bürgerschaft mit gnugsamer Instruction und Vollmacht abfertigen, dass dieselbe den 23. dieses gegen Mittag zu Wanssleben sein, dasjenige, was wir ihnen namens mehr höchstgedachter Ihr. Ch. D. vorzustellen, anhören und sich darauf hauptsächlich und ohne langen Verzug erklären können."

[3]) S. oben S. 17.

[4]) Der Administrator schreibt noch am 18./28. Mai deswegen an den Kf., dieser willigt jetzt ein und übersendet ihm (d. Cleve 6./16. Juli 1666) die deswegen ausgefertigte Confirmationsurkunde.

[5]) S. oben S. 23.

Aus den Magdeburgischen Raths-Protocollen[1]).

Den 16./[26.] Mai a. 1666.

Weiln ietzo die Churbrandenb. Völcker[2]) von Cleve aus im Rück- 26. Mai.
march begriffen und gefährliche Reden geführet werden, als ist vermeinet, dass täglich ein Viertel Bürger auf die Wache ziehen solle.

Den 21./[31.] Mai a. 1666.

Ist veranlasset, dass die Elbe oberhalb soll geschlossen werden, 31. Mai.
welches den Fehrambtsherren auffgetragen.

Dessgleichen auch der Gral mit Pfälen verwahret werden soll, so dem Ziegelambt auffgetragen.

Und ist für gut befunden, Herrn Obristleutenant Kochen auff ein Zeit zum Oberhaubtman über die Bürgerschafft zu bestellen, und ihm monatlich 10 Thlr. oder sonst eine Discretion zu reichen, demselben wäre auch ein Leutenant zu adjungiren.

Herrn Haubtman Gerhard Capauni ist auch angedeutet, wie iezo der Stadt etwas zugemuthet würde, derowegen Er seines Orthes aller Orthen vermügsame Anstalt zu machen.

Hierauff ist den Ständen des Erb. Ausschusses[3]) die Bestallung des Oberhaubtmanns und Leutenants eröffnet.

Ist den Ständen auch angezeigt, dass ein jeder selbst auffziehen

---

[1]) Magdeb. Stadt-Archiv. Vergl. H. Hoffmann, Magdeburgs letztes Ringen um seine Reichsfreiheit (Blätter f. Handel, Gewerbe und sociales Leben [Beiblatt zur Magdeb. Zeitung] 1880 N. 21 S. 163ff.)

[2]) Nach der Magdeburger Kämmereirechnung von 1666 erhält am 14./24. März Berend Beuteler, „wie er nacher Zieser laufen müssen und wegen der Churbrand. Artiglerey Nachricht einholen müssen" 20 Gr. (vergl. Dittmar, Neue Urkunden und Dokumente über Otto v. Guericke S. 10), am 16./26. Jörgen Hegerlingen, „dass er wegen der aus Cleve zurückmarchirenden Brandenb. Völcker hin und wieder bei Halberstadt Kundschaft eingezogen" 15 Gr. Botenlohn. Am 21./31. Mai erhält B. Beuteler „abermal, als derselbe umb Einholung Nachricht der aus Cleve anmarchirenden Brandenb. Armee zu Dardessen und der Oerter ausgesendet", 1 Rthlr., am 26. Mai/5. Juni ein vom O.-Lieutenant Koch nach Brandenburg abgeschickter Bote, „umb Kundschaft einzuziehen, ob mehr Völcker und Gestück von Berlin anherogeschicket würden, und dass er deswegen etliche Tage daherumb recognosciret" 1 Rthlr. 18 Gr., ein anderer auch deswegen nach Brandenburg geschickter Bote 15 Gr., ein nach Egeln geschickter Bote 9 Gr., am 2./12. Juni zwei Boten, welche nach Acken und Tangermünde geschickt sind, „wegen Nachricht der Völcker und Gestücke, so besorglichen von Berlin gewesen", 2 Rthlr. 14 Gr.

[3]) Der in 2 Stände gesonderte Ausschuss von 50 Personen, welcher als Vertreter der Bürgerschaft dem Rathe von Magdeburg zur Seite stand, s. Hoffmann, Gesch. der Stadt Magdeburg (2. Aufl.) II. S. 122.

müsse, weiln sich die Bürgerschafft vernehmen lassen, die Aussenbleibende aus den Häussern zu holen.

Es soll ein jeder Bürger auch eingeben, wie viel Mannschafft Er in seinem Hausse.

Die Steine vor beeden Thoren, so auswertig liegen, hereinzuführen, darzu diejenige, so Spannwerk, zu gebrauchen.

Auff dem Neuen Marck würde durch den H. Domdechand und den H. Möllenvoigt zu visitiren und Specification einzuschicken.

In prima classe ist H. Oberstleutenant Koch beliebet und nebst ihm an statt Leutenant Müllers H. Haubtman Sonneman vorgeschlagen.

Matthis Hellwig ist zum Adjutanten verordnet.

Dass ein jeder Wasser ins Hauss und auff den Boden zu setzen.

Den 21./[31.] Mai a. 1666.

31. Mai. Der präsidierende Bürgermeister H. Otto von Guericke berichtet, dass heute ein Trompeter von Halle mit drei Schreiben vom Kf., von dem Administrator und den Herren v. Platen und v. Jena angekommen, worin eine Abordnung nach Wansleben erfordert wird. Es wird beschlossen: 1) Die Abordnung würde geschehen müssen, 2) es den Ständen vorzutragen, daneben ihnen mündlich zu proponieren, dass die Soldatesque soviel möglich zu verstärken[1]).

Den 22. Mai/[1. Juni] a. 1666.

1. Juni. Weil secunda classis erinnert, dass nicht so viele sondern nur 4 Personen abgeschickt werden sollen, so beschliesst der Rath, dass H. Bürgermeister Gottfried Rosenstock, H. Consiliarius D. Dietrich Koch und H. Kämmerer Johannes Schmid, dann ex prima classe H. Peter Kind und ex secunda H. Pascha Thomas abgeordnet werden sollen. Der Ausschuss stimmt dem zu und billigt auch die Instruction und die abgefassten Schreiben.

---

[1]) Der erste Stand in seinem Votum vom 21./31. Mai conformiert sich ganz mit der Proposition des Raths, auch mit der Abordnung nach Wansleben, macht verschiedene Vorschläge wegen Sicherung der Stadt, empfiehlt auch die Diener der Kaufleute und die Handwerksburschen in Pflicht zu nehmen, ferner die Sache durch Expresse an die Stadt Braunschweig und den Herzog von Wolffenbüttel gelangen zu lassen und guten Rath einzuziehen; auch der zweite Stand erklärt sich mit der Abordnung einverstanden, meint aber, da dieselbe ohne völlige Instruction und bloss alles ad referendum anzunehmen abgeschickt werde, so würden 4 Personen, 2 vom Rath und 2 vom Ausschuss, genügen. Auch er macht verschiedene Vorschläge inbetreff der Sicherung der Stadt und Verstärkung der Garnison und empfiehlt Sendung nach Wolffenbüttel und Anweisung an den Bevollmächtigten der Stadt in Regensburg, Dr. P. Iden, fleissig zu vigilieren und an gehörigen Orten das Beste der Stadt zu beobachten.

Den 23. Mai/[2. Juni] a. 1666

wird das Schreiben an den Herzog von Braunschweig[1]) verlesen und ange- 2. Juni.
nommen.

Instruction des Rathes von Magdeburg für die Deputierten. D. 22. Mai/[1. Juni] 1666[2]).

Sie sollen sich am 23. früh nach Wantzleben erheben, sich dort entschul- 1. Juni.
digen, dass sie nicht mit genugsamer Instruction und Vollmacht versehen, da die abgelassenen Schreiben gar generaliter abgefasst, dass daher nothwendig vollständige Relation geschehen müsste. Wegen der begehrten Huldigung sollen sie in antecessum kurz vorstellen 1) den klaren Buchstaben des Instr. pacis, kraft dessen die Stadt aller Huldigung entnommen und in ihre uralte Freiheit gesetzt wäre, 2) die vom Kaiser verordnete Commission, auch hernach gegen Kf.[3]) 1658 schrift- und mündlich zu Ergänzung des Vertrauens und mit Begebung des hierunter zustehenden Rechts bereits gethanene Erklärung, 3) die beim Reichstage noch befindliche, vom Administrator selbst veranlasste Litispendenz.

Sollte unter dem Vorwande mehrerer Sicherheit des Kf. und Administrators der Besatzung im Vortrage erwähnt werden, so haben sie zu remonstrieren, dass das jus proprii praesidii der Stadt von Anbeginn zugestanden, nie bestritten, durch Kaiser Ferdinand II. 1628 und im Instr. pacis ihr auch die Erweiterung des Festungsrechts zugestanden, Rath und Bürgerschaft auch in unterthänigster Devotion verharren und nichts beginnen würden, was der Sicherheit derselben und ihrer Treue und Reverenz entgegenstreben möchte.

Sollten nun über das die HH. Abgesandte einiger harten Bedrohungen, und wie man die Stadt bei entstehender gütlicher Accomodation so woll zuer Erbhuldigung als andern Praestationen armata manu zwingen und nöhtigen würde sich verlauten lassen, haben unsere Deputirte gar glimpfflich zu regeriren, wie E. E. Rath und gemeine Bürgerschafft nicht hoffen wollte, dass Ihre Ch. D. als ein leutseliger und christlicher Potentat, gegen welchen die Stadt sich ja allemahl unterthänigst erwiesen, auch ferner also zue erweisen erbötig, zue solchen Extremitäten greiffen und das garaus machen würde. Vielmehr lebte man der unterthänigsten Confidentz, Ihre Chur- und Fürstl. Durchl. würden äusserst dahin trachten,

[1]) In demselben (d. 23. Mai/[2. Juni] 1666) wird Herzog August von dem Vorgefallenen Mittheilung gemacht, die Befürchtung ausgesprochen, dass die Stadt zur Huldigung, Einnehmung einer kurfürstlichen Besatzung und anderen schweren praestationes gezwungen werden solle, und die Bitte ausgesprochen, sich ihrer anzunehmen. Schreiben ganz ähnlichen Inhalts gehen unter demselben Datum auch an die Städte Lübeck, Hamburg und Braunschweig ab.

[2]) Magdeb. Stadt-Archiv.

[3]) Vgl. Hirsch, Der Grosse Kurfürst und die Altstadt Magdeburg a. a. O.

damit die grösseren theils annoch verödete Stadt dem gemeinen Wesen zuem besten dermahleins zue dero höchstem Vergnügen und unsterblichem Nachruhm reflorescíren möchte.

Was sonst vorkommen sollte, darauf haben die Deputierten nach ihrer Dexterität und pro re nata zu antworten und insonderheit zu bitten, dass ihnen Relation anhero zu thun und fernere Resolution einzuholen unter sicherem Geleit gestattet werde.

Hans Katte und Heinrich Dürfelt[1]) an den Administrator. D. Wanzleben 23. Mai/[2. Juni] 1666[2]).

[Bericht über die Verhandlungen zu Wanzleben.]

2. Juni. Sie sind am 22. Mittags, die K.brandenb. Deputierten Abends ½ 8 Uhr hier angelangt. Mit denselben haben sie heute früh sich über die Proposition geeinigt, als dann die Magdeburgischen Deputierten erschienen, hat sogleich Jena diesen die von ihm schriftlich aufgesetzte Proposition eröffnet und darauf Dr. Koch dieselbe dahin beantwortet, da das, was von ihnen gefordert würde, ein ganz neues sei, auch solches aus dem Notificationsschreiben nicht wohl abzunehmen und sie sich daher darauf nicht hätten genügend informieren können, so bäten sie um Dilation, um solches der Bürgerschaft zu referieren und deren Erklärung darauf einzubringen, auch ihnen sicheres Geleit zu geben. Jena erwiderte nach Unterredung mit uns: Man wollte ihnen bis morgen Frist verstatten, sie liessen alle den Rath freundlich grüssen mit dem Ermahnen, alles wohl zu überlegen, man suche nichts mehr, als schuldigen Gehorsam und Sicherheit. Jene baten, da das Werk die Bürgerschaft anginge, 4 Tage um Dilation, Jena aber erwiderte,

---

[1]) Administrator August beauftragt (d. Hall 20./[30.] Mai 1666) die Hofräthe Hans Katte und Dr. Heinrich Dürfeld, sich nach Wanzleben zu begeben und zusammen mit den k.brandenb. Abgesandten den Magdeburgischen Abgeordneten eindringlich zuzusprechen, dass sie keine extrema durch die Waffen abwarten, sondern sich zur Huldigung nach der Formel von 1579 und zur Einnehmung der Garnison verstehen sollten. Die Verpflegung der Garnison werde ein harter Punkt sein, sie sollen darauf sehen, dass dazu die Stadt vornehmlich herangezogen und die Landschaft nicht zu sehr graviert werde, für diese könnte ohne einen allgemeinen Landtag nur eine Interimsanstalt getroffen werden und habe er sämtlichen Landräthen befohlen, zu diesem Zwecke auch nach Wanzleben zu kommen. Sollten die gütlichen Tractaten abrumpieren und es, was sie aber nach äusserster Möglichkeit zu verhindern haben, zu Thätlichkeiten kommen, so sollen sie in Wanzleben bleiben, an den nachher erfolgenden Tractaten Theil nehmen und dabei namentlich darauf sehen, dass sobald wie möglich nach getroffenem Vergleich die Huldigung angesetzt werde. Beim Einzug der Garnison haben sie neben den K.brandenburgischen den Commandanten und die Garnison in Pflicht zu nehmen. Nach abgelegter Huldigung haben sie darauf zu dringen, dass die K.brandenb. Völker mit guter Ordnung und Disciplin das Erzstift verlassen.

[2]) Magdeb. Staats-Archiv.

das wäre unmöglich, sie möchten fleissig beten, dass ihnen Gott ihre Herzen erleuchtete und alle widrigen impressiones aus ihren Gedanken nehme, dann würde sich alles leicht ergeben, und weil man vernehme, dass sie wenig an die Bürgerschaft brächten, sondern ihnen fürgebildet würde, als trachte man sie zu Bauern zu machen, so möchten sie alles, was vorgegangen, und dass dieses wider die Intention der Fürsten, referieren und ein anderes versichern. Jene erwiderten, die Bürgerschaft hätte einen Ausschuss von 30 Mann bestellt, denen würde alles vorgetragen, und sie beabsichtigten, noch mehr aus der Bürgerschaft zuzunehmen, beriefen sich dann auf das Instr. pacis und dass die Sache an den Kaiser und nach Regensburg gezogen sei, der Punkt wegen der Garnison werde der Gemeine über die Maassen befremd vorkommen, es wäre ja genug, wenn sie huldigten. Sie erwiderten, die merita wären genugsam bekannt, sie hätten keinen Befehl sich einzulassen, diese zwei Punkte könnten unmöglich separiert werden, man wollte ihnen aufs längste bis Freitag Bedenkzeit geben, worauf Katte ihnen noch zu Gemüth führte, wie oft der Fürst sie zu ihrer Schuldigkeit angemahnt und gütlichen Vergleich vorgeschlagen, es hätte nichts gefruchtet, sie möchten nochmals in sich schlagen und das letzte Gnadenzeichen, das ihnen nochmals gewiesen würde, annehmen. Als jene dann von ihren Privilegien geredet und wie die vorige Huldigung ihnen abgenöthigt, auch sie ausser Reichs- und Kreissteuern exemt seien, haben sie ihnen alles, jedes absonderlich, widerlegt und erklärt, davon sollte nach geschehener Huldigung und Einnehmung der Garnison geredet werden.

Darauf erschienen die Landräthe v. Katte, v. Asseburg und v. Schulenburg und haben mit ihrer Zustimmung mit den Magdeburgischen verabredet, dass morgen die Landstände ihre Werbung, zu der sie durch ein Schreiben des Kf.[1]) veranlasst, bei sitzendem Rathe verrichten sollten, auch v. Borgsdorff wurde aufgefordert, wegen des Domcapitels dem mit beizuwohnen.

Ratione homagii scheint nach dem Discurs der Magdeburger kein Bedenken zu sein, aber der Punkt wegen der Garnison dürfte die extrema veranlassen, wiewohl grosser Zwiespalt bereits sich mag spüren lassen und grosse Verbitterung wider O. Goericke, welchem man jetzt nicht mehr traut und ihn für den Urheber des nicht geleisteten homagii hält. Der brandenb. Deputierten Intention geht dahin, den Rath in der Güte zur raison zu bringen, daher sie auch in die Proposition besonders mit einzurücken verlangt, dass die Last der Garnison nicht der Bürgerschaft allein verbleiben soll, mit dem Verstand, dass das übrige von des Raths Intraden erhoben werden sollte. Es ist gut, dass die Landräthe sich eingefunden haben, da man vor Rückkehr der Magdeburger von dem Unterhalt der Garnison zu reden hat, damit die Brandenburgischen auf deren Lamentation nicht bewogen werden, ihnen sofort ein gewisses, wie sie

[1]) S. oben S. 19. Am 24. Mai/3. Juni erscheinen wirklich auf Aufforderung des Domcapitels und der Landstände Deputierte des Rathes und des Ausschusses vor den aus diesen beiden Körperschaften in der Stadt Anwesenden, denen letztere Mittheilung von dem machen, was Kf. an sie geschrieben, und sie auffordern, es nicht auf extrema ankommen zu lassen.

bereits auf 350 Mann zielen, zu determinieren und zu versprechen, und sodann das übrige dem Lande beizutragen überlassen.

Instruction[1]) für die Magdeburgischen Deputierten. D. 25. Mai/[4. Juni] 1666[2]).

4. Juni. 1. Sie sollen sich heute nach Wanzleben begeben und dort vortragen:

2. Der Rath hätte mit höchster Consternation vernehmen müssen, dass ihnen beigemessen werden wollte, ob hätte derselbe aus privat Respect die Bürgerschaft von der schuldigen Submission bisher entzogen, und trachtete,

[1]) Magdeb. Stadt-Archiv.

[2]) Nachdem am 24. Mai/3. Juni die Magdeburger Abgesandten dem Rathe und dem Ausschusse, welche der präsidierende Bürgermeister O. v. Guericke schon in aller Frühe zusammenberufen, Relation abgestattet hatten, wird beschlossen, die Sache der gemeinen Bürgerschaft viertheilsweise durch Deputierte des Rathes und Ausschusses vortragen zu lassen, und ergeht an die Viertheilsherren der Befehl, ihre Viertheilsverwandten zu morgen, Freitag früh, um 5 Uhr zusammenzuberufen. Das Ergebnis der Berathung in den 9 Vierteln ist folgendes:

25. Mai/[4. Juni] 1666.

Hermann Cunoen Viertel: haben sich einhellig erklärt, den Eid von 1579, wenn er nicht zu mildern stünde, abzuleisten, in die Garnison aber könnten sie nicht willigen, der Rath hätte sich deswegen auf das äusserste zu bemühen; sie ersuchen, einen aus dem Viertel mit nach Wanzleben zu nehmen.

Michael Oesterreichs Viertel: zur Huldigung könnten sie sich dergestalt verstehen, dass sie dieselbe ablegen wollten, treu, hold und gehorsam zu sein, die Garnison aber nicht bewilligen, zwei Personen von ihnen (Melchior Richter und Valentin Koch) möchten mit hinausgeschickt und von den Abgeordneten 6 Tage Dilation gesucht werden.

Conrad Bocks Viertel: zu angemutheter Huldigung wollten sie sich verstehen, die begehrte Garnison aber könnten sie nicht willigen, schlugen Hauptmann Sonnemann und Niclaus Bülzingen vor, aus welchen einer nach Kloster Berge mitzunehmen.

Jacob Boeseckens Viertel:

1. Rotte. Die Huldigung könnte wie Joach. Friedrich geleistet werden, die Einnahme der Garnison bäten sie den Rath abzuwenden, oder, da es ja nicht anders sein könnte, dass es möchte auf eine geringe Anzahl, als etwa a. 46 begehrt worden, behandelt werden, im widrigen Fall wollten sie sich wehren.

2. Rotte. Wegen der Huldigung liessen sie es geschehen, dass man solche leistete, wie Joach. Friedrich geschehen, da aber eine schärfere begehrt würde, liessen sie sich begnügen, wie es Rath und Ausschuss für gut erkennen würden, wegen der Garnison conformierten sie sich mit der ersten Rotte ausser der Gegenwehr, bis so lange sie noch einmal vernehmen würden, wie weit es unsre Abgeordnete gebracht hätten, jedoch dafern es nöthig, währender Tractaten sich zu wehren, wollten sie es thun.

3. Rotte. Die Huldigung wollten sie leisten wie sie gelesen, wegen der Garnison stellten sie dem Rathe anheim.

4. Rotte. Die Huldigung wollten sie eingehen, in die Garnison könnten und

solche nur in äusserste Gefahr und Unglück zu stürzen. Der Rath könnte contestieren, dass was bisher in der Huldigungssache vorgegangen, communicato consilio und mit einmüthiger Bewilligung der Stände des Ausschusses, welche der ganzen Bürgerschaft Stelle und Stimme vertreten, allemal geschehen, es wären auch wie vorhin so auch 1658 alle Viertel zur Deliberation pro communi salute gezogen worden. Der Rath glaube seinen Pflichten bisher conform zu sein, hätte auch nebst der Bürgerschaft nie des Kf. und Administrators Autorität und Respect unglimpflich zu berühren sich erkühnt, sondern der Kaiserl. Commission und darauf bei jetzigem allgemeinen Reichstage veranlassten Litispendenz die ganze Sache und deren Event anheimgegeben.

3. Die Huldigung wären Rath und Bürgerschaft gesonnen, so wie sie 1597 abgeleistet worden, dem Kf. und Administrator abzustatten, jedoch dass

---

möchten sie nicht willigen, sondern sich lieber, da es der Rath für gut ansehe, wehren.

Barthelmes Götlings Viertel: Consentit in homagium. Wegen der Besatzung, weil selbige bei letzterer Huldigung nicht begehret, so hätten sie das Vertrauen, Kf. werde auf bittliches Ansuchen die Bürgerschaft dabei lassen. Sie wollten jemand benennen, der mit nach Wanzleben reiste und anhörte, was da vorgetragen würde.

Matthias Wredens Viertel: Die Huldigung soll abgelegt werden, dann hoffen sie, werden Kf. und Administrator gegen die Stadt so strenge und hart nicht verfahren und mit dem 1579 abgelegten Huldigungseide sich begnügen; im Nothfall kann in demselben auch das Wort „gewärtig" mit abgelegt werden.

Wegen der Besatzung soll auf das beste tractiert und dieselbe womöglich abgewendet werden, wenn nicht, soll man sich bei den Tractaten aufs äusserste bemühen, dass es dabei, wie es a. 1646 von dem Administrator begehrt worden, verbleiben möchte. Betreffend die jetzige Garnison hoffen sie, Kf. und der Administrator werden die Stadt mit Herausgehung ihrer Soldatesca noch vor Ankunft ihrer Besatzung nicht so hart anstrengen, dieselbe könnte in deren Eid und Pflicht genommen, in der Stadt und des Raths Pflicht gelassen und soviel Völker, damit die a. 1646 begehrte Anzahl compliert würde, hinzugethan werden.

Aus diesem Viertel soll eine Person, wozu Matthias Hellwig einhellig erkiest wird, mit nach Wanzleben geschickt werden.

Joachim Wilkens Viertel: es könnte wohl nicht anders sein, denn die Huldigung abzulegen, wegen Einnehmung der Besatzung aber, weil es eine weitaussehende Sache, könnten sie sich nicht categorisch erklären, indem ihnen nicht wissend, wie man desfalls fundieret, auch wie Wall und Mauern beschaffen, sonst wäre der Rath entschuldigt, dass er nicht mehr denn was zu gemeiner Stadt Besten angesehen, bisher gethan.

Adam Schröds Viertel: zur Huldigung, wie solche a. 1579 abgelegt, zumal darin nicht enthalten, gewärtig zu sein, wollten sie sich verstehen; das begehrte praesidium aber, weil es niemals gewesen, könnten sie nicht willigen, mit Bitte, aus ihrem Viertel zwei oder wenigstens eine Person mit nach Wanzleben zu nehmen, benannten Matthias Müllern und Heinrich Rudolphen, aus welchen Matthias Müller deputieret.

Heinrich Kölings Viertel bewilligt die Huldigung, der Einquartierung halber aber möchte man bitten, sie zu verschonen. (Magdeb. Stadt-Archiv. Vergl. H. Hoffmann, Magdeburgs letztes Ringen a. a. O. S. 169 ff.)

zuvor zulängliche reversales von beiden Herrschaften in beständigster Form und mit Vorbehalt aller der Stadt sowohl ab antiquo als ex instrumento pacis zustehenden Rechte, Privilegien und Freiheiten ausgereicht würden.

4. Betreffend die Einnehmung der Besatzung, so hätte kein Erzbischof je sich des juris praesidii angemaasst, dasselbe sei ihnen durch das kaiserl. Privileg von 1628 und den Friedensschluss bestätigt und vergrössert worden, sie hofften also, Kf. werde sich mit geschehener Contestierung ihrer Devotion begnügen und nichts wider das uralte Herkommen der Garnison halber der Stadt zumuthen.

5. Sollte aber dieses nicht wohl aufgenommen und die angedrohten Extremitäten wieder vorgestellt werden, so haben sie an die Generosität des Kf. zu appellieren.

6. Sollte aber dessen ungeachtet auf die Besatzung gedrungen und categorische Resolution begehrt werden, haben sie sich höflichst zu entschuldigen, dass sie desfalls sich weiter zu erklären nicht beordert wären.

7. Hiebei haben sie zu sondieren, ob die Chur- und Fürstl. Abgesandten nicht mit näherer Instruction versehen, dadurch das Werk etwas erträglicher einzurichten, sie haben sodann alles ad referendum zu nehmen und um fernere Dilation zu bitten, mit dem Versprechen, man würde diesseits so viel nur möglich und gegen die Posterität verantwortlich sich zum Zweck legen, in der Zuversicht, Kf. und Administrator würden hingegen die Stadt nicht aufs höchste treiben und derselben unerträgliche conditiones aufbürden, man hoffe auch, die Abgesandten würden alles hochgeneigt annehmen und es ad extrema nicht kommen lassen, Rath und Bürgerschaft wären solches gegen sie mit angenehmen Bezeigungen jederzeit zu verdienen so willigst als schuldigst.

8. Was sonst vorkommen sollte, werden sie pro re nata glimpflich zu beantworten und alles besorgliche Unheil durch wehmüthige Vorstellungen abzuwenden wissen.

Aus den Magdeburger Raths-Protokollen[1]).

Den 26. Mai/[5. Juni] 1666.

5. Juni. Thaten die Herrn Abgeordneten in Kegenwart der Stände des E. Ausschusses, auch derjenigen, so aus denen Viertheilen deputiret und mit nacher Wansleben geschicket gewesen, Relation und bestund dieselbe endlich darin, dass die Guarnisoun müsste eingenommen und morgen Resolution eingebracht werden. Wiewohl nun der Punct der Guarnisoun sehr beschwerlich und zu Niederdrückung der Stadt Privilegien gereichete, so stünde doch die Macht dar, welcher zu widerstehen man nicht bestand, alldieweil die Bürgerschaft in Schrecken und sich nicht halten

[1]) Magdeb. Stadt-Archiv. Vergl. H. Hoffmann, Magdeburgs letztes Ringen a. a. O. S. 170.

würde, darumb der Zeit und Gewalt zu weichen, welches denen Ständen des E. Ausschusses proponiret.

Den 26. Mai/[5. Juni] a. 1666.

Adam Schröders Viertel, referirt Herr Cammerer Johann Schmid, H. R. Lüdecke, Ehr Christian Schröder und Matthies Krause, dass sie sich zu Adam Schröders Viertel auf das Seidenkramer Haus erhoben und den Vortrag gethan, sie wären aber unter einander nicht einig gewesen, darumb sie in Joachim Wilckens Viertel auf das Gewandschneider Haus gangen. Bald hernach seind von dem Viertel die reversales gefordert, ihnen auch solche von mir vorgelesen, und haben sie nachhero ihre Erklärung [sic!]

Joachim Wilckens Viertel. H. Cam. Johann Schmid, H. R. Lüdecke, Ehr Christian Schröder und Matthies Krause bringen ein, dass sich Joachim Wilckens Viertel mit E. E. Rathes Meinung verglichen, bäten nur die Guarnison auf 500 oder 600 Mann wo müglich zu behandlen.

Michael Oesterreichs Viertel. Stellen die Tractaten E. E. Rath und E. Ausschuss wie auch denen von der Bürgerschaft darzu geordneten anheim und übergeben ihre Erklärung schriftlich, davon copia genommen.

Barthelmes Göttings Viertel. Stellet es E. E. Rath und E. Ausschuss anheim und hätte das Vertrauen zu demselben, dass sie auf das beste für sie sorgen würden.

Heinrich Kölings Viertel hat ebenergestalt E. E. Rath und E. Ausschuss die Vorsorge überlassen und dabei erinnert, dahin zu sehen, dass die Einquartierung abgewendet werde.

Herman Cunoen Viertel. Bringet Herr Rathman Dieterich Nolte, Herr Rathman Martin Aleman, Ehr Sebastian Gericke und Ehr Hans Kramer in Gegenwart der vom Viertel Deputirten, Christoph Mummend und Matthias Schlüters ein, dass das Viertel E. E. Raths Vorsorge alles anheim stellete, bäte nur die Einquartierung wo müglich abzuwenden, wo nicht, darhin zu sehen, dass die Soldatesque auf dem Wall so lang bleiben müsste, bis die Baraquen fertig, weil es Sommer, wenn es aber ja zur Einquartierung käme, dass dann die geringen für den grossen nicht beschweret würden.

Conrad Bocks Viertel. H. D. Stieler, H. R. Berthold Lindeman, Ehr Johann Friederich Aleman, Ehrn Moriz Schincke in Gegenwart der vom Viertel Deputirten, Herrn Haubtman Ludwig Sonnemanns und Niclaus Bülkings referiren, dass sie sich im Viertel endlich resol-

viret, E. E. Rath würde für sie sorgen und darhin trachten, dass keine Einquartirung geschehe, dann die Stadt bei ihren Privilegien und Nahrung gelassen werden mögte.

Jacob Böseckens Viertel. H. R. Martin Barthels, H. R. Chilian Kühlewein, Ehr Sebastian Müller, Ehr Zacharias Schlüter bringen aus Böseckens Viertel ein, dass sie es zu E. E. Raths und des Ausschusses Vorsorge und Behandelung stelleten, nur dass die Bürgerschaft nicht gar unterdrückt würde.

Matthias Wredens Viertel, bringen vorgenannte Herren eben dergleichen Erklärung aus diesem Viertel.

---

v. Platen und v. Jena an den Kurfürsten. D. Wansleben 26. Mai/[5. Juni] 1666.

[Verhandlungen mit den städtischen Deputierten.]

ni. Sie sind den 22. Abends hier angelangt. Als den 23. die Deputierten der Stadt zu ihnen herausgekommen, haben sie ihnen den Vortrag im Namen des Kf. und des Administrators im Beisein der Hallischen Räthe gethan, und nachdem dieselben geantwortet, sich mit ihnen in Discurs eingelassen, ihnen so viel, als sie für nöthig und zuträglich gehalten, vorgestellt, auch befunden, dass, obwohl theils der härtesten dem eingelangten Bericht nach darunter, sie doch etwas „schmiediger" worden, sie nahmen aber dazumal alles ad referendum, bezeugten grossen Respect gegen Kf. und baten Dilation auf 4 Tage, damit sie die Sache recht überlegen und ihre Resolution zurückbringen könnten. Sie haben ihnen solche endlich auch bis Freitag den 25. eingeräumt, mit dem ausdrücklichen Anhang, dass, wenn sie alsdann nicht zurückkommen und gewierige Erklärung nebst einigen aus der Bürgerschaft mit sich bringen würden, sie das nothwendig zu Werk richten müssten, was ihnen anbefohlen.

Gestern Freitag stellten sich jene wieder ein, brachten 9 Personen aus der Bürgerschaft mit sich und erklärten, dass sie bereit wären, salvis privilegiis die Huldigung nach der Formul von a. 1579 abzulegen, weil aber das Anmuthen wegen der Garnison ausdrücklich wider ihre Privilegia und das Instrumentum wäre, auch Kf. sie vordem so fest sincerieren lassen, dass er ausser der Huldigung nichts prätendierte, so wollten sie hoffen und bitten, man würde mit Einnehmung der Garnison in sie nicht dringen. Sie haben sich darauf wegen der Huldigung nicht einlassen noch ihr Erbieten annehmen wollen, ehe der andere Punkt wegen der Garnison seine vollkommene Richtigkeit hätte; sie haben das, was der Rath von ihren Rechten vorgebracht, widerlegt, dann die Bürger angeredet, ihnen des Kf. Intention und des Rathes Comportement dargelegt und dabei dergleichen Anführungen und Contestationen gebraucht, die, wie sie wissen, das Volk am meisten bewegen, und ob jene gleich im Anfang durch einen ihres Mittels anzeigen liessen, dass, was der Rath vorgebracht, der ganzen Bürgerschaft Meinung wäre, so sind doch endlich und nach geschehener nachdrück-

licher, doch ganz gütiger Remonstration[1]) die Gemüther zusehens in etwas geändert, einer und der andere zu ihnen getreten, von seiner Devotion gegen Kf. contestiert und gebeten. Sie haben ihnen darauf weiter ganz vertraulich zugesprochen, dabei deutlich angezeigt, dass die Huldigung und Einnehmung der Garnison nicht zu trennen, dass nicht die ganze Last des Unterhalts auf die Bürgerschaft kommen, ihre Nahrung nicht geschmälert werden, sondern Kf. für das Beste der Stadt sorgen werde. Denen von dem Rath haben sie auch zugesprochen und sie darauf hingewiesen, welche schwere Verantwortung sie auf dem Halse hätten. Sie haben mit ihnen bis Abends um 9 Uhr zu thun gehabt, so dass jene auch die Nacht hier bleiben mussten. Es ward ihnen ziemlich warm und sie baten Dilation bis auf Montag, damit sie wegen der Garnison rechte Resolution bringen könnten; sie hofften, Kf. werde dieselbe nicht so pure begehren, sondern einige conditiones dabei zulassen, zumal da er früher nie ihnen dergleichen Anmuthung gethan. Sie aber haben erwidert, das wäre ihre Schuld, da sie früher nicht gehuldigt hätten, die Garnison müssten sie annehmen, und könnten sie dieselbe nicht conditionieren lassen, Dilation könnte ihnen nicht mehr verstattet werden, weil die Armee in der Nähe und auf die Weise nicht länger stehen könnte. Darauf sagten jene, man müsste ja wissen, wie stark die Garnison und von wo die Unterhaltung derselben herzunehmen, was es für ein Commendant sein und wie es mit den Schlüsseln gehalten werden sollte, ob auch der Rath bei seiner Administration und Rechten und die Syndici und andere bei ihren Freiheiten bleiben sollten, an wen sie sich halten sollten, wenn sie zwei Herren bekämen, würde einer sie zum andern weisen und sie dergestalt trostlos bleiben, ob nicht die Garnison mixtum sein und die Stadt mit daran participieren könnte. Sie haben erwidert, wegen der Garnison wollten sie mit dem Feldmarschall reden, sie meinten, es würden 1000 Mann genug sein. Kf. würde schon einen Commendanten setzen, mit dem sie zufrieden sein könnten; Kf. und der Administrator würden den Rath bei seiner Administration und dessen Consulenten und Diener bei ihrer Freiheit und Recht lassen; die Besatzung könnte keineswegs von dem Rath dependieren, der Commendant aber sollte wohl dem Rathe in die Hand versprechen, für die Stadt und der Bürgerschaft Wohlfahrt mit zu sorgen und dieselbe gegen alle unbillige Gewalt zu defendieren, sonst aber sich in der Stadt Wesen nicht zu mischen. Sie hätten sich an Kf. sowohl als an den Administrator zu halten und sich zu Kf. alles Schutzes zu versehen, Kf. werde den Administrator bei dem exercitio der landesfürstlichen Hoheit unbeeinträchtigt lassen.

Sie hoffen soviel erreicht zu haben, dass die neun anwesenden Bürger dahin disponiert worden sind, den übrigen in der Stadt gute Relation abzustatten. Auf ihr flehentliches Bitten haben sie denselben endlich bis morgen, Sonntag,

[1]) Nach dem Bericht v. Kattes und Dürfelds an den Administrator vom 26. Mai/5. Juni erklärte Jena, man liesse ihre vorgebrachte Entschuldigung dahin gestellt sein, müsste aber glauben, dass der Rath wenn nicht directo, doch per indirectum sie von ihrer Pflicht abgehalten und sich mit allen Kräften bemüht, sich zu einer Reichsstadt aufzuwerfen.

Nachmittag, Bedenkzeit gegeben und sie werden sich dann nach Kloster Bergen vor Magdeburg begeben, damit auf allen Fall die von der Stadt sobald wieder herein können und sie Gewissheit erlangen, ob die Sache in der Güte zu heben oder ob die Schärfe vorzunehmen.

Instruction für die Magdeburgischen Abgeordneten[1]). D. 27. Mai/[6. Juni] 1666.

6. Juni. Sie sollen sich noch heute nach Kloster Berge begeben und sich gegen die Abgesandten des Kf. und Administrators herauslassen, dass Rath und Bürgerschaft die angebotene Huld und Gnade mit unterthänigstem Dank acceptierten und hofften, es würden die Reversalen, wie sie dieselben eingerichtet, beliebt werden, sie wären gewillt, die Besatzung einzunehmen, lebten aber des gehorsamen Vertrauens, Kf. würde, wann die Gefahr und Ursache, warum die Besatzung etwa erfordert werden möchte, sich geleget und cessierte, dem Rathe und der Stadt wieder ihr eigenes praesidium gönnen und die Besatzung abführen lassen. Und weil der Garnison und anderer Punkte halber auf der Abgesandten Zulassen eine Punctation gemacht, so sollen sie diese überreichen, darauf gewierige Erklärung in versicherter Form verlangen und bitten, dass Rath und Bürgerschaft ihrer weiteren etwaigen Beschwerden halber, die wegen Enge der Zeit und in so geschwinder Eile nicht erinnert werden können, fürders gehört würden. Was etwa bei dem einen oder anderen Punkt oder sonst vorkommen und etwa ferner einzuwenden sein sollte, werden sie pro re nata mit gutem Glimpf beobachten.

---

v. Platen und v. Jena an den Kurfürsten. D. Kloster Berge in höchster Eil den 17. Mai/[6. Juni] Abends um 11 Uhr 1666.

[Abschluss des Vergleiches.]

6. Juni. — Heute haben wir uns alhier wieder der genommenen Abrede nach mit ihnen zusammengethan und hat Gott der Allmächtige Ew. Ch. D. consilia dergestalt gnädigst gesegnet, dass wir morgen, geliebt es Gott, den Vergleich in das reine bringen und vollziehen, übermorgen aber darauf die Garnison einziehen wird. Gott hat auch dabei ferner die Gnade gegeben, dass die Devotion vor Ew. Ch. D. über die Maassen gross und dass wir Mühe gehabt ihnen zuzureden, die Huldigung auch an des H. Administratoris F. D. zu thun. Die Leute sollten mehr vergnüget sein, wann Ew. Ch. D. mit ihnen ohne Zuthun des H. Administratoris F. D. handeln lassen, gestalt wir dann auch mit denen Hal-

[1]) Magdeb. Stadt-Archiv.

lischen wegen der Garnison und derselben Unterhalt halber viel zu thun gehabt, auch desshalb noch nicht mit ihnen richtig, gleichwohl dieser Ursachen wegen den Marsch nicht aufhalten wollen, die Huldigung hoffen wir soll, wills Gott, auf den Donnerstag über vierzehn Tage geschehen. — Ew. Ch. D. gratuliren wir zu dieser abermaligen glücklichsten Expedition und dass der Allerhöchste der Leute Herzen dergestalt regiret, ehe sie die Armee und Macht gesehen, von Grund unserer Seelen. — Die Stadt giebt zur Garnison monatlich 1200 Thaler und zu soviel haben namens Ew. Ch. D. wir uns auch erboten, die Hallischen aber können sich noch nicht finden[1]).

Aus den Magdeburgischen Raths-Protokollen.

28. Mai/[7. Juni] 1666. In Gegenwart des Ausschusses sowie der Viertelherren 7. Juni.
und Deputierten aus den Vierteln wird die Relation erstattet, darauf ihnen angedeutet, dass die consilia nicht könnten so weitläufig tractiert werden, und würde demnach von dem Rath und den Ständen des Ausschusses die Sache zu behandeln sein, und sind die Deputierte damit deputiert. Die Viertelherren erinnerten dabei, dass Johann Lente nomine der Bürgerschaft bei der Handlung bleiben möchte, es ist ihnen aber Remonstration gethan, dass solches nicht sein könnte, und waren die Stände damit einig. Ferner wird beliebt, die Abgeordneten des Rathes und Ausschusses sollten wieder nach Kloster Berge reisen und die Behandlung thun, weil auch der H. Feldmarschall Sparre hereinkommen würde, solle derselbe beneventiret werden.

29. Mai/[8. Juni] 1666. Die Abgesandten thaten fernere Relation, und weil sie 8. Juni.
um 9 wieder nach Kloster Berge beschieden, so ist beliebt, dass sie im Namen Gottes sich dahin verfügen und die Handlung zum Schluss befördern mögen.

Eodem hora 12. Der präsidierende Bürgermeister O. v. Guericke referiert, dass der Generalquartiermeister begehre 1) einen Ort, wo das Regiment sich stellen sollte, 2) wo er den Proviant empfangen würde, 3) Einräumung eines Thores begehrt, denn es müsste an Kf. heute geschrieben werden, darbei

[1]) Nach dem Bericht v. Kattes und Dürfelds an den Administrator vom 26. Mai/[5. Juni] haben dieselben schon an diesem Tage darüber einerseits mit den K.Brandenburgischen, andererseits mit den anwesenden Landständen verhandelt, erstere verlangten, die Stadt sollte monatlich 1500, die Landschaft 2000 und Kf. 500 Rthlr. zum Unterhalt der Garnison geben, die Landstände wollten sich aber nur zu 1000 Rthlr. verstehen, suchten auch mit v. Platen und Jena direct zu verhandeln, die ihnen aber erklärten, sie hätten mit den Ständen nichts zu thun, sondern nur mit dem Administrator zu tractieren, derselbe würde deswegen schon Verordnung machen. — Am 27. Mai/[6. Juni] melden dieselben, die Stadt solle 1200 Rthlr. geben, die Brandenburgischen wollten 1000 Rthlr. übernehmen, die Stände aber sich nicht zu mehr als 1000 erklären, die Brandenburgischen drängen hart auf sie, sich zulänglicher zu erklären, und sie hätten deswegen grosse Beschwerlichkeit.

solches zu advertieren, H. Bürgermeister Rosenstock hätte aber sagen lassen, dass der Revers noch nicht unterschrieben, darum mit der Einräumung des Thores noch einzuhalten. Darauf aber kam Kämmerer Schmid herein, berichtete, H. v. Jena hätte den Vergleich ihnen zugeschickt, welchen sie durchgelesen und richtig befunden, hätte auch versprochen, dass er mundiert, unterschrieben und alles gehalten werden solle, inzwischen wären sie wieder hereingekommen mit dem Verlass, um 1 Uhr wieder draussen zu sein. Weil Obrist Schmid jetzt bei dem Regiment vor dem Thor, meinten sie, dass er hereingenöthigt werden möchte, damit sie mit ihm reden könnten, welches beliebet, ferner wird beliebet, 1) dass das Regiment in die Neustadt geführt, 2) daselbst 2000 Pfund Brot und 7 Fass Bier geliefert werden sollen, 3) die Einräumung des Thors könnte auch geschehen, wenn der Recess vollzogen.

Eod. circa horam sextam vespertinam kamen die Abgeordneten wieder anhero und berichteten, dass der Recess nunmehr expedieret und eine Versicherung von den K.brandenburgischen Abgesandten der Stapelgerechtigkeit halber ausgereicht, und ist hierauf beliebet worden, dass das Kröckenthor ihnen eingeräumt werden solle, was auch geschehen. Und weil verlauten wollen, der Herzog von Holstein[1]) sollte dahin bedacht sein, Gouverneur in der Festung hier zu werden, solches aber der Stadt beschwerlich fallen möchte, würde solches durch eine Supplik zu declinieren sein, welche auch abzufassen befohlen.

---

v. Sparr[2]) an den Kurfürsten. D. Ottersleben 30. Mai/[9. Juni] 1666.

[Abschluss des Vergleichs. Einzug der Besatzung. Bitte um weitere Verhaltungsbefehle.]

9. Juni. Ew. Ch. D. berichte hiermit unterthänigst, dass wir den 28. Mai st. v. uns mit der Stadt Magdeburg auf solche Weise in der Güte verglichen,

---

[1]) Herzog August von Holstein-Plön, Generalwachtmeister und Oberst eines Infanterieregiments, vgl. über denselben Urk. u. Act. XI. S. 296, v. Mülverstedt, Die brandenb. Kriegsmacht unter dem Gr. Kurfürsten S. 250, Liebold in Zeitschr. für Schleswig-Holstein-Lauenb. Gesch. XVIII. S. 269ff. — Kf. erwidert demselben (d. Cleve 6./16. Juni 1666) auf ein Schreiben vom 27. Mai, er entsinne sich seines ihm gegebenen Versprechens, wolle es erfüllen und habe deswegen an G.-Feldm. Sparr Ordre ertheilt. In der an v. Sparr sowie an v. Platen und Jena ertheilten Ordre (d. Cleve 12. Juni 1666) betreffs Reduction der Armee (s. Hirsch in Hist. Zeitschr. N. F. XVII. S. 270) verfügt Kf., das Schmidsche Regiment solle wieder in die Mark in seine früheren Garnisonen zurückkehren, das Holsteinsche aber als Besatzung in Magdeburg bleiben, woselbst er dem Herzog von Holstein das Gouvernement versprochen, Oberst Schmid solle daneben Commandant in der Stadt sein.

[2]) v. Katte und Dürfeld melden (d. Magdeb. 29. Mai/[8. Juni] 1666), sie hätten mit v. Platen und Jena wegen des Abzuges der Armee gesprochen, hätten sich heute früh auch in das Hauptquartier nach Gr.-Ottersleben begeben und v. Sparr

wie es Ew. Ch. D. selbst begehret, und ist des Obristen Schmidts Regiment den 29. zur Besatzung hineinmarschieret, allermaassen Ew. Ch. D. mir zu Cleve — anbefohlen. Ich wollte gerne alsofort die Lista überschicket haben, was an Canons, auch Kraut und Loth darin vorhanden, es ist mir aber die Zeit zu kurz gefallen und soll demnach dieselbe mit nächster Post erfolgen. — Weil auch hier weiter nichts zu thun und des H. Administratoris F. D. uns nach geschehener Huldigung, welche etwan 14 Tage anstehen dürfte, keine weitere Quartiere verstatten wollen, ich aber ohne Ew. Ch. D. expressen Befehl mich nichts unterstehen darf, so wollen Ew. Ch. D. mir gnädigst anbefehlen, wie ich mich weiter zu verhalten. —

---

v. Platen und v. Jena an den Kurfürsten. D. Kloster Berge vor Magdeburg 30. Mai/[9. Juni] 1666.

[Der Vergleich mit Magdeburg. Einzug der Besatzung. Die Stapelgerechtigkeit.]

Sie übersenden die Vergleichspuncta[1]) und bitten, dieselben zu ratificieren. 9. Juni.
Die Garnison sollte schon gestern einziehen, weil aber unmöglich fiel wegen Enge der Zeit alles, was nöthig, einzurichten, so haben sie nur das eine Thor und die dazugehörige Post mit zwei Fahnen Fussvolk besetzen, die übrigen aber in die Neustadt logieren lassen. Jetzt gehen sie hin, um[2]) den Comman-

dazu zu bewegen gesucht, aber vergebens, derselbe hätte erklärt, keine Ordre dazu zu haben. Administrator August erwidert ihnen darauf (d. Halle 30. Mai/[9. Juni] 1666), er sei darüber sehr verwundert, da doch hier verabredet worden sei, dass nach Accommodierung der Stadt binnen 8 Tagen längstens der Abmarsch erfolgen solle, und weist sie an, dort zu bleiben und sich zu bemühen, dass das Land von der unerträglichen Last der Einquartierung befreit werde; am 1./11. Juni schreibt er an Kf., beklagt sich, dass die Armee noch nicht abgeführt sei, und bittet, sofort Ordre dazu zu ertheilen. (Magdeb. Staats-Archiv.)

[1]) Der Vertrag von Kloster Berge vom 28. Mai/7. Juni 1666, abgedruckt bei Hoffmann, Gesch. der Stadt Magdeburg III. S. 289ff. (2. Aufl. II. 284ff.). Inhaltsangabe bei Rathmann IV. S. 262ff., v. Mörner S. 283ff.

[2]) v. Katte und Dürfeld melden dem Administrator (d. Kloster Berge 31. Mai/[10. Juni 1666]), gestern habe die Vereidigung des Schmid'schen Regiments auf dem Neuen Markt und darauf des Obersten selbst in der Capitelstube stattgefunden, dann seien sie nach dem Rathhause gefahren, wo Obrist Schmid dem Bürgermeister Gericke die Hand gegeben und versichert habe, dass er die commercia der Stadt nicht hindern, sondern befördern wolle. Gegen ihren Vorschlag, die Huldigung auf den 8./18. Juni anzusetzen, hätten v. Platen und Jena eingewendet, es würde ihnen sowohl als auch der Stadt ungelegen fallen; da dieselben erklärten, die Abführung der Truppen könnte doch nicht vor Eintreffen der Ordre des Kf. erfolgen, und den 14./24. Juni für die Huldigung vorschlugen, und da auch der Rath darum bat, so hätten sie einwilligen müssen. Wegen der Verpflegung der Garnison hätten sie sich

danten, welchen der Feldmarschall auf des Kf. Specialbefehl bestellt hat, und mit dem die Stadt und Bürgerschaft sehr wohl zufrieden sein soll, in des Kf. und des Administrators Eid und Pflicht zu nehmen und darauf sofort die völlige Garnison in die Stadt marschieren zu lassen. Die Huldigung wird wohl Donnerstag über 14 Tage vor sich gehen, die Magdeburger sind jetzt dazu jedesmal bereit und würden freudiger sein, wenn sie nur dem Kf. allein schwören sollten. Ueber ihre Niederlage oder Staffelgerechtigkeit haben sie ihnen beikommende Versicherung[1]) ausgestellt und zwar um so mehr, weil die Herren Hallischen die Magdeburgische Staffelgerechtigkeit aus dieser Ursach gerne zernichtet sehen, damit sie zu Burg eine anrichten und behaupten möchten, welches doch ohne Zweifel nicht allein der Stadt Magdeburg, sondern auch dem Kf. und dessen Landen zum höchsten präjudicieren würde. Sie bitten Kf., auch diese Versicherung zu ratificieren, die Hallischen haben deswegen difficultiert, sonst wäre es zugleich mit unter die Accordspuncta gekommen. Die Landschaft des Herzogthums Magdeburg hätte wohl lieber gesehen, dass die Stadt mit Gewalt bezwungen und zu Grunde gerichtet wäre, sie aber danken Gott, dass Kf. ohne Blut und Weiterung die Stadt zum Gehorsam gebracht hat.

Gerhardt Jan v. Ledebur an den Kurfürsten. D. Petershagen 31. Mai/[10. Juni] a. 1666.

[Bericht über seine Reise zu den braunschweigischen Herzogen.]

10. Juni. Er ist, nachdem er von des Kf. Räthen in Halberstadt seine Instruction[2]) und die Creditive an die Herzoge zu Wolffenbüttel, Zelle und Hannover empfangen, am 23. Mai zunächst nach Wolffenbüttel gereist, hat dort am folgenden Tage, nachdem der Herzog sich wegen Krankheit entschuldigt, mit dessen Räthen Harenberg und Heimburg conferiert und am nächsten Tage von diesen die Resolution erhalten, dass der Herzog dem Kf. wie sonst so auch diesfalls alle Dienste und Freundschaft zu erweisen willig wäre, da aber in dergleichen Fällen die consilia immer communicato consilio von dem ganzen Hause gefasst würden und eben auf den 28. Mai eine Zusammenkunft zu Braunschweig[3]) an-

vorläufig dahin verglichen, dass die Landschaft 1200 Rthlr. monatlich dazu beitragen sollte. (Magdeb. Staats-Archiv.)

[1]) d. Kloster Berge 29. Mai/[8. Juni] 1666, vgl. oben S. 38. Die Ratification des Kf. d. Clevo 16. Juni 1666.

[2]) In derselben (d. Halberstadt 22. Mai/[1. Juni] 1666) wird er angewiesen, den braunschw. Herzogen anzuzeigen, Kf. und der Administrator hätten sich entschlossen, noch einmal die Stadt Magdeburg durch gütliche Mittel zur Submission anzumahnen und dieselbe ihrer Privilegien zu versichern, sollte dieselbe aber bei ihrer Widersetzlichkeit verharren, Gewalt anzuwenden, Kf. bäte die Herzoge, sich davon keine widrige impressiones machen zu lassen, die Stadt zur Leistung der Schuldigkeit zu vermahnen und, im Falle es zu den Extremitäten kommen sollte, ihn zu unterstützen, auch ihre Gesandten in Regensburg dem entsprechend zu instruieren.

[3]) S. Köcher, Gesch. von Hannover und Braunschweig I. S. 465 ff.

gesetzt wäre, so sollte von dort aus die Erklärung im Namen des ganzen Hauses dem Kf. zugesandt werden. Unterdessen wollten sie nicht unterlassen, an die Stadt Magdeburg ernstliche Ermahnungsschreiben zum Accommodement und Submission abgehen zu lassen, sie wünschten, die kaiserliche Commission wäre, bevor es zu dieser Execution gekommen, vorgenommen worden, da sie fürchteten, dass die Krone Schweden dieses zum Exempel nehmen und der Stadt Bremen nicht ohne sonderlichen Nachtheil des Niedersächsischen und Westfälischen Kreises sich zu bemächtigen desto mehr Anlass bekommen würde. Der Schwedische Abgesandte Kley[1]) sei vorigen Tages bei ihnen gewesen und hätte gesagt, Kf. hätte sich erklärt, dass er ihr Dessein mit Bremen nicht hindern wolle und der Meinung wäre, die Stadt müsste das praedicatum immedietatis fahren lassen, welches sie nicht glauben könnten.

Nachdem er mit solcher dilatorischen Antwort abgefertigt, ist er nach Zelle gegangen, ist aber auch nicht vom Herzog Georg Wilhelm selbst, ebenfalls wegen Krankheit, sondern von dessen Präsident und Marschall[2]) angenommen, mit gleicher Resolution versehen und abgefertigt worden. Den Bischof von Osnabrück und Graf Waldeck hat er nicht dort angetroffen, letzterem aber des Kf. Schreiben nach seinem Quartier bei Nienburg zugesandt. Darauf ist er nach Hannover gereist und hat am 28. Mai bei Herzog Johann Friedrich Audienz gehabt, derselbe erwiderte auf seinen Vortrag, er freue sich, dass Kf. an ihn noch dächte und ihm seine Intention wegen Magdeburg habe notificieren lassen, er wolle die Stadt zur Submission ermahnen lassen, und weil zu Braunschweig jetzt wegen des Interesse des ganzen fürstl. Hauses conferiert würde, so solle diesfalls auch die communicatio geschehen und alsdann die resolutio dem Kf. zugesandt werden. Damit ist er abgefertigt worden, am folgenden Tage ist der Herzog zu seinem Bruder nach Osnabrück gereist[3]).

---

[1]) S. unten Abschn. 2.

[2]) v. Bülow und v. Grapendorf.

[3]) v. Ledebur meldet dem Kf. (d. Bielefeld 13./23. Juni 1666), auf den ihm durch Meinders zugegangenen Befehl habe er sich zu dem Bischof von Osnabrück nach Pyrmont begeben und dort seinen Auftrag ausgerichtet, der Bischof habe sich für die Anzeige bedankt und seinen Glückwunsch, dass die Sache so glücklich geendet, ausgesprochen, ebenso die dort anwesenden Graf Waldeck und Herzog Rudolf August von Wolffenbüttel. Herzog Georg Wilhelm meldet in seinem Glückwunschschreiben auf die Anzeige des Kf. von der Unterwerfung der Stadt (d. Cleve 22. Juni 1666), die zu Braunschweig versammelten Räthe hätten schon Schreiben an die Stadt und an Kf. abgefasst gehabt, da aber gleich damals Nachricht von dem gütlichen Accommodement eingelaufen, so seien dieselben nicht abgeschickt worden.

Der Kurfürst an den Feldmarschall v. Sparr. D. Cleff 12. Juni 1666.

[Verstärkung der Befestigungen von Magdeburg.]

12. Juni. Weil wir dasjenige, was zu Conservation und Sicherheit des Orts von nöthen ist, Eurer Dexterität und Sorgfalt anheimgestellet sein lassen, als werdet Ihr darunter alles gebührend anzuordnen und insonderheit die Anstalt zu machen wissen, damit[1]) die Fortification in guten Stand gesetzet und was schadhaft oder zerfallen ist, nach Notturft repariret werden möge. Insonderheit hielten wir von nöthen, dass die Zollschanze wieder fortificiret, auch das dagegen über liegende Thor wohl verwahret würde, welches wir jedoch Eurem Gutfinden, auf was Weise Ihr solches zu verordnen, anheim gestellet sein lassen, wie Ihr dann auch mit unserm G.-Comm. Platen wegen Anrichtung eines Magazins zu reden und desfalls benöthigte Anstalt zu machen, nicht weniger auch den Ort mit Notturft an Munition und Gewehr versehen zu lassen. —

Otto v. Guericke[2]) an den Kurfürsten. D. Hamburg 2./12. Juni 1666.

[Die Vorgänge in Magdeburg.]

12. Juni. Glückwunsch zur Besetzung von Magdeburg.

Betreffende hienechst die eigentliche Bewandnis, wie diese Sache succediret, so vernehme, dass Ew. Ch. D. an die Stadt gethane gnädigste Gesinnen der Magistrat alda nicht allein mit dem Ausschuss der Burgerey, sondern auch mit allen 9 Vierteln, worein die Bürgerschaft bestehet, communiciret, reiflich überleget und tractiret hat, mein Vater hat im Senatu, als Director, das erste votum geführet, da er dann mit vielfältige circumstantiis, manifestis rationibus, emergentiis und Motiven selbiges dergestalt unterbauen und das Werk also repraesentiren müssen, dass ihme nichts zu imputiren, darauf dann vollents der Magistrat und Ausschuss die Erbhuldigung in forma consueta zu thun sich rotunde

[1]) Ueber die damals in Magdeburg vorgenommenen Befestigungsbauten s. Holzapfel, Des Grossen Kurfürsten Festungsbauten in Magdeburg (Geschichtsblätter für Stadt und Land Magdeburg XV. (1880) S. 215 ff.)

[2]) Der Sohn des Magdeburgischen Bürgermeisters, seit 1663 Resident des Kf. beim Niedersächsischen Kreise in Hamburg. S. Hoffmann, Otto von Guericke, herausg. v. Opel S. 165.

erkläret, hernachmals hat man mit den 9 Vierteln darüber sonderlich tractiret, als welche er uff die Innungshäuser und sonst zusammen kommen lassen, in welches jedes ein Raths- und 2 Ausschussverwandte geschicket worden, die ihnen, was hierzu nöthig, vorgelesen, da dann die Burgerey sich mit dem ersten voto conformiret, aber die Besatzung, die Stadt damit gnädigst zu verschonen, uffs höchste vorzubitten begehret, welches also wiederumb an die höchst- und hochansehnliche Herrn Gesandten gebracht, auch aus jedem Viertel eine Persohn mit ihnen ausgeschicket worden, alleine dieselbe haben cathegoricam resolutionem, oder wieder davon ziehen und die Execution E. Ch. D. in der Nähe stehenden vortrefflichen milice übergeben wollen. Also seind der Stadt Abgefertigte wieder hineingezogen und hat sich der Rath und Ausschuss nach langem Deliberiren und Uberlegen auch zur Besatzung erkläret, sofort ihr conclusum den 5. Junii als am Tag Bonifacii st. n. an die ganze Burgerschaft uffn Nachmittag umb 2 Uhr (nach vorigter Art) abgegeben, da zwart in vielen Vierteln gross Gemurmer entstanden, doch haben sie sich bedeuten lassen und endlich mit dem Rath und Ausschuss sich hierin auch conformiret, unter welcher Zeit man die Garnison im Gewehr stehende gehabt, dan man nicht wissen, was etwa vor innerliche motus und Tumult wider diesen oder jenen, nicht nach ihrem Willen votirenden, entstehen können, worauf sie in gesambt einige puncta aufgesetzet, so vorhero mit denen Herren Gesanten, ehe die Churfürstl. Garnison einzuziehen, abzuhandeln, mit welchen die Deputirten, nehmlich Burgermeister Rosenstock, der Stadt Consulent D. Koch und Kämmerer Schmidt (als vom Magistrat), dan Peter Kind und Pasche Thomas (im Namen des Ausschusses) nebst andern Personen aus den Vierteln am Sonntage Exaudi umb 3 Uhr sich nach Kloster Berge zu die — Herrn Gesanten verfüget und die Punctation mit Ihnen überleget, welche erst in der Nacht umb 10 Uhr wieder in die Stadt zurücke gekommen. Solche ihre zurückbringende Relation nun zu vernehmen, hat man am 28. Maii st. vet. am Tage Wilhelmi den Rath, Ausschuss, Deputirte und Viertelspersonen umb 6 Uhr frühe wieder zu Rathhause erfordern lassen, da sie uber den halben Tag abermals beisahmen gewesen, inzwischen die Leipziger Post von der abgereiset, also dass davon, was ferner passiret ist, nicht weiter Nachricht bishero erhalten können. —

Otto Wilhelm v. Berlepsch an den Kurfürsten. D. Magdeburg 3./[13.] Juni 1666.

[Bericht über seine Reise zu K.-Sachsen.]

13. Juni. Nachdem ihm von des Kf. anhero abgeordneten Geheimen Räthen das Creditiv[1]) an K.-Sachsen und seine Instruction übergeben worden, hat er sich nach Torgau begeben, wo der Kurfürst an demselben Tage, 26. Mai, angekommen, und ist er noch an demselben Abend zur Audienz aufgeholt worden. Nachdem er in seinem Vortrag demselben mitgetheilt, dass Kf. und der Administrator noch einmal in der Güte Magdeburg zu schuldiger Submission ermahnen wollten, dass sie aber, wenn die Stadt auf ihrer Weigerung beharren würde, genöthigt sein würden, vermittelst der auf den Beinen habenden Miliz das Werk auf eine andere Art anzugreifen, Kf. bitte, der Kurfürst möchte dieses billige und rechtmässige Unternehmen secundieren, hat der Kurfürst nach Danksagung auf die Curialien und Anerbieten zu aller freundnachbarlichen Willfährigkeit sich auch in specie dahin erklärt, nicht allein bei diesem Werk mit seinem Rath, sondern auch mit seinen bei Handen habenden Völkern und mit einer guten Anzahl von schweren Stücken, wo es von nöthen sein sollte, zu assistieren. Allein wollte er erinnert haben, man möchte der Stadt nicht viel weitläuftige dilationes einräumen oder sich mit Tractaten amusieren lassen, denn er könnte an dem kaiserlichen Gesandten v. Plettenberg wohl so viel merken, dass man sich am kaiserlichen Hofe gar bald mit mandatis würde vernehmen lassen, auch dabei nicht gar ungerne sehen, wenn sich die Herren Schweden der Stadt annehmen wollten. Als aber sofort hierauf von dem Administrator die Notification eingelaufen, dass man zu Kloster Bergen bereits zum völligen Schlusse gekommen, ist der Kurfürst dessen nicht wenig erfreut gewesen, wie sein eigenhändiges Recreditiv und Gratulationsschreiben[2]) solches mit mehrem contestieren wird. Auch aus der ihm erwiesenen Ehre hat er genugsam verspürt, dass die Notification sehr angenehm und das Dessein keineswegs zugegen gewesen.

Andr. Neumann an den Kurfürsten. D. Wien 3./[13.] Juni 1666.

[Das Unternehmen gegen Magdeburg, Besorgnisse am kaiserlichen Hofe wegen einer Verständigung des Kf. mit Schweden.]

13. Juni. P. S. Auch — empfange ich — heute Ew. Ch. D. gnädigstes Rescript vom 12. Maii, sambt beigeschlossenem Original an Keyserl. May.[3]), die Intention wider die Stadt Magdeburg betreffend, und will ich

[1]) d. Cleve 15./25. Mai 1666.

[2]) d. Torgau 30. Mai/[9. Juni] 1666. Kf. erwidert darauf in einem eigenhändigen Dankschreiben (d. Cleve 23. Juni 1666).

[3]) S. oben S. 19. Frühere Nachrichten über das Unternehmen des Kf. gegen

dieses gebührend übergeben, auch bei den Keyserlichen Ministris Ew. Ch. D. hohe Befugnus aufs beste vorstellen und verhüten helfen, damit im Reichshofrath nichts widriges decretiret werde. Sonsten vernim ich so viel, dass einige diese Imprese nicht gern sehen und darvor halten wollen, es seie zwischen Ew. Ch. D. und der Cron Schweden ein gut Verstendnus wegen Bremen, diesen Ort hinübergehen zu lassen, und dass man auch Magdeburg, als dem Böhmerland gelegen, wohl lieber der Zeit in statu quo sehen möchte. Wie nun was Bremen anlangt, man sich hier wohl abusiren möchte und nicht zu glauben, dass man im Niedersächsischen Kreise gern zugeben wolle, diesen vornehmen Ort, so vor ein alterum tantum des Herzogthumb Bremen zu halten, Frembden zu überlassen, also ist man gleichwol hier nicht wenig betreten, was zu thun. Am verschienen Donnerstag ist der Courier Pancratz an den Herrn Baron de Gois spedirt, dass er alle officia einwenden solle, dieses dessein zu differiren. Im Reichshofrath ist noch nichts angebracht, auch ad protocollum rerum exhibitarum nichts kommen, ist aber nicht zu zweifeln, die Magdeburger werden ihren recours hieher nehmen. Dass Ew. Ch. D. sich gnedigst entschlossen, den Reichshofrath mit einiger Discretion zu regaliren, solches will ich gehöriger Orten kundbar machen, und wird bei jetziger Conjunctur wohl zu statten kommen. —

Andr. Neumann an den Kurfürsten. D. Wien 6./16. Juni 1666.

[Audienz beim Kaiser und dessen Ministern. Nachricht von der Unterwerfung Magdeburgs.]

Er hat des Kf. Schreiben an den Kaiser diesem vorgestern in einer be- 16. Juni.
sonderen Audienz überreicht, dabei zugleich die Nichtigkeit des erdichteten privilegii Ottonis I. dargelegt und den Kaiser gegen Kf. wohl affectioniert gefunden. Das Schreiben ist eben zur rechten Zeit gekommen, da die Magdeburger in höchster Stille praeveniendo sich angemeldet und auf ein protectorium gezielet, das man aber, bis Kf. auch Nachricht geben würde, differiert hat. Er hat gleich nach der Audienz dem Fürsten Lobkowitz aufgewartet, der sehr gern vernahm, dass von Kf. Nachricht eingelangt, er hätte sich wohl einbilden können, dass man dieses Vorhaben ohne Notification nicht würde ins Werk setzen, der Kaiser würde sich durch keinen Respect von des Kf. Freundschaft

---

Magdeburg hatte der Kaiser von Cleve her durch seinen Gesandten de Goess erhalten, s. dessen Relationen vom 14. April u. 15. Mai (Urk. u. Act. XIV. 1. S. 263. 270 f.)

abwendig machen lassen. Auch der R.-Vicekanzler hat sich sehr wohl erwiesen, er sagte, er hätte sich wohl Rechnung machen können, dass es mit den Magdeburgern solche Endschaft nehmen würde, wobei zu verspüren war, dass nicht sowohl K.-Sachsen als dessen Minister diese Impresa nicht gerne sehen. Dem Grafen Nostiz hat Neumann remonstriert, das Interesse des Königreichs Böhmen erforderte mehr, dass dieser vornehme Elbpass in befreundeten Händen bliebe als quocumque modo zu verhelfen, dass andere das Auge darauf richteten, welche ihr Intent, alle teutsche Seehäfen und vornehmste Flüsse direct oder indirect unter sich zu bringen, bisher nicht bergen können. Heute hat ihm bei Hofe der R.-Vicekanzler gesagt, dass die Magdeburger, wie er von dem K.-Sächsischen Residenten erfahren und auch Plettenberg gemeldet hätte, sich unterworfen hätten[1]).

v. Sparr an den Kurfürsten. D. Ottersleben bei Magdeburg 6./[16.] Juni 1666.

[Bielke's Anwesenheit in Magdeburg.]

16. Juni. — Ew. Ch. D. gn. Rescript vom 10. Juni[2]) st. n. habe ich wohl erhalten und daraus ersehen, was dieselbe mir wegen des Schwedischen Abgesandten gnädigst anbefohlen. Worauf deroselben ich berichte, dass der Herr Steen Bielke[3]) gestern incognito zu Magdeburg ankommen und der Obriste Schmid, sobald er dessen inne worden, sich zu demselben verfüget und ihme in Person aufgewartet und sofort eine Schildwache vor dessen Thür setzen lassen, da dann er, der Herr Bielke, dem Obristen Schmid einen Gruss vor mich aufgetragen und ihme zu erkennen gegeben, dass er wünschte, mit mir bekannt zu werden. Sonsten hat gemeldter Steen Bielke seinen Wirth discursweise gefraget, warumb die Stadt sich so leicht ergeben? und sich dabei vernehmen lassen, dass wenn sie sich nur etwas gehalten, sich bald würden Leute gefunden haben, so sich ihrer angenommen, worauf der Wirth geantwortet, dass es nunmehr eine geschehene Sache, zu dem sei die Bürgerschaft froh, dass sie einmal einen beständigen Herrn bekommen. Dafern dieses

[1]) Kf. weist (d. Cleve 16./26. Juni 1666) Neumann an, sich zu erkundigen, ob es wahr sei, dass der schwedische Gesandte Palbitzki in seinem Vortrage der Magdeburgischen Sache, als ob das dort Vorgegangene dem Instr. pacis sehr zuwider sei, erwähnt habe. N. berichtet darauf (d. Wien 4./14. August 1666), er habe davon nichts erfahren können, der R.-Vicekanzler wolle nichts davon wissen und Palbitzki selbst betheuere, seine Krone verlange mit Kf. in beständiger Freundschaft zu leben.

[2]) Fehlt in den Acten.

[3]) Vgl. Mém. de Pomponne II. S. 106f. Auerbach, La diplomatie française et la cour de Saxe S. 210f.

nicht geschehen, würden sie noch allezeit in Furcht stehen und jederzeit grosser Anfechtung gewärtig sein. Gestern Nachmittage ist der Herr Steen Bielke von Magdeburg widerumb aufgebrochen, nimbt seinen Weg auf Halle, Dressden und dann ferner auf Wien. —

G. v. Podewils an den Kurfürsten. D. Halberstadt 9./[19.] Juni 1666.

[Bericht über seine Reise zu Wrangel.]

Nachdem er von des Kf. Abgesandten zu Wansleben 26. Mai/5. Juni an den R.-Feldherrn Wrangel abgefertigt worden[1]), hat er sofort die Reise angetreten und ist 30. Mai/9. Juni in Bremervörde angekommen. Wrangel erwiderte auf seine Proposition, weil ihm bewusst, dass Kf. in seinen Actionen nichts anders als was billig und dem Instr. pacis gemäss, suchte, und das Magdeburgische Wesen eine Sache wäre, die sie nichts anginge, wünschte er dem Kf. einen glücklichen Ausgang zu allen seinen Vorhaben, er werde die Sache seinem Könige auf das beste recommendieren, auch an den Gesandten nach Regensburg schreiben, bat aber, Kf. möchte wiederum seinem Gesandten in Regensburg anbefehlen, ihnen in der Bremischen Sache behülflich zu sein, und bedankte sich für die gute Resolution, die Kf. deswegen an den Präsidenten Kley ertheilt hätte[2]). Auch nach der Tafel sagte Wrangel, dass die procedure der Stadt Magdeburg ihnen zum guten Exempel der Stadt Bremen dienen sollte, mit welcher sie nicht wohl könnten zur Richtigkeit kommen, doch hat er unter der Hand erfahren, dass die Tractaten schon auf friedlichem Schluss ständen, indem der Punkt wegen der Immedietät bis zum Regierungsantritt des Königs ausgestellt sei. 19. Juni.

Am anderen Tage hat er seine Abfertigung erhalten.

V. Sparr an den Kurfürsten. D. Hauptquartier bei Magdeburg 13./[23.] Juni 1666.

[Vorschläge für die Befestigung und Verproviantierung von Magdeburg. Anordnungen für den Einzug des Administrators und dessen Aufenthalt in der Stadt.]

Er hat mit seinem vorigen Schreiben[3]) einen Abriss eingesendet, woraus Kf. hat ersehen können, wie die Stadt inzwischen beschaffen und wie sie inskünftige fortificiert werden könne. Jetzt schickt er einen anderen Abriss, der 23. Juni.

[1]) Seine Instruction (d. Halberstadt 22. Mai/[1. Juni] 1666) ist der für v. Ledebur ausgestellten (oben S. 40) ganz ähnlich.

[2]) S. unten Abschn. 2.

[3]) Fehlt in den Acten. Vgl. über diese Neubefestigungen in Magdeburg Holzapfel a. a. O. S. 222.

Unterschied zwischen beiden besteht darin, dass in dem ersten die Werke ausserhalb der Stadt gelegt sind, zu solcher Arbeit aber wird lange Zeit gehören, und wenn die Stadt, ehe sie fertig, angegriffen werden sollte, so würden die unfertigen Werke nur schädlich sein. Nach dem zweiten Abriss sollen die Bollwerke an den alten Wall angeschlossen werden und könnte auf solche Weise, wenn nur alle Jahr ein Bollwerk verfertigt würde, die Stadt in 10 Jahren zu einer Realfestung gebracht werden. Kf. möge überlegen, ob die Citadelle zuerst gebaut und ob dieselbe ober- oder unterhalb der Stadt gelegt und ob nicht sogleich zum Schutz der Brücke die viereckige Schanze über derselben angelegt werden solle[1]). Wenn ein paar halbe Carthaunen nebst ein paar 12pfündigen Stücken und 16—24 eisernen Stücken, welche etwa 6 oder 8 Pfund schiessen, hineingeschafft würden, so würde die Stadt ziemlich versehen sein. Betreffend das Magazin würden für die gewöhnliche Garnison von 1200 Mann auf ein halbes Jahr 300 Wispel, für 4000 Mann aber, welche mindestens bei einer formalen Belagerung nöthig wären, 1000 Wispel erforderlich sein. An Munition würde für 4000 Mann und die Kanonen, die darin sind, wenigstens ein Vorrath von 2000 Centnern Pulver und ebensoviel Lunten nöthig sein.

Heuren wird der H. Administrator von Halle seinen Einzug in Magdeburg halten mit 600 Pferden, Edelleuten und Edelleute Diener. Dagegen habe ich auch drei Regimenter — nebst dem H. G.-Wachtmeister Pfuehlen commendiret, unter dem Praetext, dass sie dem Fürsten zu Ehren den Einzug begleiten helfen sollen. So lange der Fürst drinnen bleibet, soll allemal ein Regiment ausserhalb am Thore die Wache haben. So werde ich auch die Thore also bewachen, dass wir derselben alzeit mächtig sein können, und verhoffe ich, dass Ew. Ch. D. auf solche Weise der Stadt woll versichert und ungefahret sein werden. —

- -

Fr. v. Jena an den Kurfürsten. D. Magdeburg 16./[26.] Juni 1666.

[Verhandlungen wegen der Huldigung. Einzug des Administrators. Huldigung.]

26. Juni. Am 12. und 13. Juni haben sie mit v. Katte wegen Einrichtung der Huldigungsformel conferiert. Obwohl sie demselben remonstrierten, dass nothwendig dem Administrator nach Anweisung des Friedensschlusses bis einer von den darin enthaltenen Fällen entstünde, geschworen werden müsse, wollte er sich dazu doch nicht bequemen, sondern erklärte, sein Herr nehme sich dieses sehr zu Gemüthe und werde lieber zurückgehen als so die Huldigung einnehmen.

[1]) Kf. erwidert darauf (d. Cleff 23. Juni 1666), die Citadelle solle nach der Elbe wärts, wo die Stadt am schwächsten sei, angelegt werden. Womit anzufangen sei, überlasse er Sparrs Ermessen, derselbe solle dafür sorgen, dass, was am nöthigsten sei, zuerst gebaut, und im übrigen vorläufig die alten Festungswerke nur ausgebessert würden.

Als sie aber bei ihrer Meinung bestanden und erklärten, sie würden nichts desto weniger des Kf. wegen die Huldigung vor sich gehen lassen, ist er am 12. Abends spät zu dem Administrator gereist und am 13. zu rechter Zeit wieder hierher zurückgekehrt, da dann die beiliegenden Eidesformeln[1]) abgefasst worden sind.

Am 13. hielt der Administrator seinen Einzug[2]), sie nebst einem Theil der Generale des Kf. waren ihm entgegengefahren und geritten, G.-Major Pfuhl aber mit 1000 Pferden etwa auf eine Meile entgegengezogen. Da es sich etwas verspätete, so liessen sie bei dem Administrator anfragen, wo sie demselben ihre Complimente ablegen sollten, worauf derselbe ihnen sagen liess, es würde ihm lieber sein, wenn sie dies in der Stadt thäten. Darauf zog G.-Major Pfuhl mit seinen 1000 Pferden voran, dann folgten sie, darauf des Administrators Leibgarde z. Ross, darauf der Landadel, dann einige Cavaliere desselben, dann G.-Feldmarschall v. Sparr und G.-Lieutenant Kannenberg, dann zwei Prinzen, dann Herzog Johann Georg von Mecklenburg und ein Prinz, darauf der Administrator in Begleitung von 12 Trabanten, dann dessen Hofcavalliere und die mit rothem Tuch bezogene Leibkutsche. Während des Einzuges wurden von den Wällen dreimal die Stücke gelöst und, nachdem der Administrator in das für ihn auf dem Domplatze bestellte Haus abgetreten, gaben die auf diesem Platz stehenden Truppen dreimal Salve. Sie machten dem Administrator vor dessen Gemach auf dem Saal ein kurzes Compliment und begaben sich dann sofort (es war fast 11 Uhr in der Nacht) in ihr Logement.

Donnerstag den 14. begab sich der Administrator etwa um 10 Uhr in den Dom und liess dort von seinem Hofprediger die Huldigungspredigt verrichten,

---

[1]) Dieselben lauten:

A. Wir Bürgermeistere, Rathmanne, wie auch Innungsmeister und alle Bürger gemein der Alten Stadt Magdeburg schwören dem Hochwürdigsten Durchlauchtigsten Hochgeborenen Fürsten und Herrn, Herrn Augusto, postulirten Administratori des Primat und Erzstifts Magdeburg, Herzogen zu Sachsen — unseren gnädigsten lieben Herrn, bei Zeit dero dem Instrumento pacis nach führenden fürstlichen Regierung dieses Erzstiftes Magdeburg treu, hold und gehorsam zu sein, Seiner Fürstl. Durchl. und deroselben Erzstifts Bestes zu thun und Schaden zu warnen, als getreue Unterthanen ihren rechten Herrn von Recht pflichtig sein. Als uns Gott helfe und sein heiliges Wort.

B. Wir Bürgermeistere, Rathmanne und alle Bürger gemein der Alten Stadt Magdeburg schwören nach Anweisung des Friedenschlusses in eventum dem Durchlauchtigsten Fürsten und Herrn, Herrn Friederich Wilhelm, Markgrafen zu Brandenburg, des heil. Röm. Reichs Ertz-Kämmerer und Churfürsten — unseren gnädigsten lieben Erbherrn und dessen Erben, Successoren und Nachkommen, Markgrafen und Churfürsten zu Brandenburg, treu, hold und gehorsam zu sein, Ihrer Churf. Durchl. und Deroselben Herzogthumb Magdeburg Bestes zu thun und Schaden zu warnen, als getreue Unterthanen ihren rechten natürlichen Erbherrn von Recht pflichtig seindt, als uns Gott helfe und sein heiliges Wort.

[2]) Vergl. Theatr. Europ. X. S. 162f., Hoffmann, Gesch. der Stadt Magdeburg III. S. 295 ff. (2. Aufl. II. S. 292).

während sie nach der St. Ulrichskirche fuhren, wo D. Böttticher gleichfalls eine Huldigungspredigt hielt. Auf ihre Veranlassung hat der Rath Kf., dessen Gemahlin, Prinzen und ganzes Kurhaus in das Kirchengebet einschliessen lassen. Vor der Predigt waren dem Rath die Reversalen[1]) und der von Kf. ratificierte Vergleich[2]) gegen Ausantwortung ihrer Reversalen zugestellt worden. Nach der Predigt um 12 Uhr ritt der Administrator nach dem zur Huldigung bestimmten Platz, stieg auf die vor dem Wandschneiderhaus errichtete, mit rothem Tuch bekleidete Bühne und liess sofort, ehe sie dazu kommen konnten, mit dem Vortrag den Anfang machen. Sie haben von den Fenstern des Wandschneiderhauses aus die Ableistung des Eides angehört, und nachdem der Administrator sich in dasselbe Haus begeben, haben sie sich auf die Bühne verfügt und haben für Kf. vom Rath und der ganzen Bürgerschaft die Erbhuldigung eingenommen. Auf dem Platz hielten 400 Reiter des Kf., welche mit dem Administrator zugleich dahin kamen, nach der Huldigung liessen sich die Heerpauker und Trompeter so lange hören, bis sich (nach 3 Uhr) der Administrator von dem Wandschneiderhaus nach seinem Quartier begab. Auf dem Wandschneiderhaus war von dem Rath eine lange Tafel mit köstlichem Confect zubereitet, an welcher sich der Administrator, die übrigen fürstlichen Personen und sie etwa eine halbe Stunde niederliessen. Der Administrator hatte Tags vorher sie und die Generale des Kf. nach der Huldigung zur Tafel einladen lassen, woselbst auch v. Platen, v. Sparr, Kannenberg und Pfuhl erschienen sind, während Jena sich entschuldigt hatte. Von des Kf. wegen waren auf dem Brauerhof zwei Tafeln zubereitet, an welchen des Kf. Obristen, Obristlieutenants und andere Cavalliere nebst einigen aus dem Rath gespeist, wobei des Kf. Oberförster v. Mörner das Marschallamt versehen[3]).

---

[1]) Darin versichert Kf.: „Dass wir sie (Rath und Bürgerschaft von Magdeburg) lassen sollen und wollen bei ihrem Rechte, bei ihrer Freiheit und bei ihrer Gerechtigkeit, die sie von alters gehabt haben bis an diesen Tag und nun noch darzu im Friedensschlusse art. 11 § 9 Civitati vero Magdeburgensi sampt zugelegten territorio und was dem anhängig erlanget, und sollen ihnen halten ihre Handfeste und ihre Briefe, die sie von Ertzbischöfen zu Magdeburg haben, und sollen sie auch verthetigen, beschirmen und ihnen behülflich sein wider Fürsten und Herren und wider männiglich zu ihren Rechten, wie ihnen das nöthig ist, als ein Herr seine liebe Manne und Untersassen verthetigen und ihnen helfen soll zu Recht."

[2]) Die Ratification des Kf. ist datiert Cleve 6./[16.] Juni 1666.

[3]) In der Magdeburgischen Kämmerei-Rechnung von 1666 findet sich folgender Titel:

„Ausgabe von allerhand Verehrungen, so vor und bei der Huldigung aufgegangen:

Dem Hallischen Fürstl. Trompeter, der zum allerersten mit Schreiben an E. E. Rath gesandt worden wegen der Huldigung, den 22. Mai	2	Rthlr.
Sechs Brandenb. Constabeln	1	-
Dem Ch.-brandenb. Kriegs-Secretario Gottfr. Preussen pro labore, so er bei den Huldigungstractaten und in Ausfertigung der desfals errichteten Capitulation gehabt, offeriret 30. Mai	100	-
15. Junii	50	-

Hans Katte an den Administrator. D. Cleve 26. Juni/[6. Juli] 1666[1]).

[Bericht über seine Verhandlungen mit dem Kf. und dessen Räthen.]

Er ist am 16. von Halle abgereist und, nachdem er Tag und Nacht gereist, 6. Juli.
am 23. früh in Cleve eingetroffen. Er hat gleich an demselben Vormittag Audienz bei Kf. gehabt; derselbe erwiderte auf seinen Vortrag, betreffend den Herzog von Holstein wollte er eine Conferenz halten und zusehen, wie weit er dem Administrator willfahren könnte; wegen des Regiments erwähnte er, er hätte nicht gemeint, dass es demselben entgegen sein würde, dass das Holsteinische Regiment in die Stadt gelegt würde, worauf Katte antwortete, anfänglich würde es dem Administrator wohl gefallen haben, nachdem es aber einmal mit dem Schmid'schen Regiment so weit gekommen, hielte er es nicht wohl für thunlich, es wäre ihm um die Consequenz zu thun. Kf. behielt ihn dann zur Tafel bei sich, fing an von der Huldigung zu discurrieren, wie er schon vor 6 Jahren an diesem Werk gearbeitet, sonderlich in Gewinnung der Bürger, gedachte auch der Victorie der Holländer[2]). Nach der Tafel sprach Kf. dann noch mit ihm von dem Zustand des Landes, beim Abschied sagte er, er werde das bei der Audienz ihm überreichte Schreiben des Administrators durchsehen und überlegen. Am Sonntag Vormittag erschien H. v. Blumenthal bei ihm, erklärte, es wäre dem Kf. leid, dass dem Administrator das dem Herzog von Holstein aufgetragene Gouvernement entgegen, er hätte solches nicht gemeint, sonst wäre er auf die Gedanken nicht gekommen, weil er aber

---

Des H. Feldmarschalken Sparren Exc: Trompetern verehret 31. Maii . .	12	Rthlr.
Dem H. Obristen u. Commendanten Schmieden zu Einrichtung seiner Haushaltung verehret	100	-
Dem H. Feldmarschalken Sparren durch den H. Bürgermeister Rosenstocken praesentiret 7. Junii alhier	500	-
29. October p. M. Neuhausen	500	-
Dem H. General-Auditeur Eberhard Hyöen offeriret 15. Junii	50	-
Dem H. C. Ehr. v. J. 18. Junii	1000	-
Dem H. C. L. v. P. eod.	300	-
Einem fürnehmen Confidenten an den Churf. Brand. Hofe, der bei denen zu Cleve wegen gemeiner Stadt dieses Jahrs vorgewesenen Sollicitationen unsern Herrn Abgeordneten beirätig gewesen, offeriret den 3. November	150	-
und an späterer Stelle: „Einigem hohen Churf. Brandenb. ministro zu Erlangung dessen hohe Confidence wie auch Ihrer Churf. D. Hulde und Gnade gegen gemeine Stadt zu Grüningen überreichen lassen und offeriret den 1. November	400	-

[1]) Magdeb. Staats-Archiv.

[2]) Die viertägige Seeschlacht zwischen den Engländern und Holländern an den Dünen 11.—14. Juni 1666.

noch nicht absehen könnte, was derselbe für Ursachen dazu hätte, so sollte er sich danach erkundigen. Katte setzte ihm nun die schon bei der Audienz vorgetragenen Gründe nochmals auseinander und, als Blumenthal dieselben nicht gelten lassen wollte, erklärte er, der Administrator wäre hierin anderer Gedanken, er möchte sich die Sache befohlen sein lassen. Nachmittags hatte er Audienz bei dem Fürsten von Anhalt und ersuchte diesen um Assistenz. Der Fürst sagte, Kf. hätte die Sache mit ihm besprochen und begehrt, mit ihm daraus zu reden. Kf. wünschte des Administrators Verlangen zu erfüllen, aber er hätte dem Herzog seine Parole gegeben, könnte daher nicht ohne Beschimpfung wieder zurück. Adm. möchte sich es doch gefallen lassen, der Herzog wäre ein Herr, der sich nach Wunsch accommodieren würde, die meiste Zeit würde er zu Hofe bei Kf. sein, er sollte sich auch mit einem Revers verwandt machen; es geschehe nicht, um dem Administrator einen Eingriff zu thun; wie würde es sich fügen, dass dessen Regiment in der Stadt liege und er davon gesondert, denn dieses müsste zur Garnison hinein. Im Vertrauen wollte er ihm sagen, es wäre von den Gesandten verstossen worden, dieselben hätten alles vor ihrer Abreise wohl gewusst, der Kanzler Jena aber wäre dem Herrn entgegen, der Feldmarschall hätte es auch gewusst und in Zeiten Ordre gehabt, das Holsteinsche Regiment hineinzulegen, es wäre aber von anderen so gespielt worden, um dem Obristen Schmid ein Regiment zu Wege zu bringen, welches er doch sein Tag nicht erlangen würde. Administrator würde erkennen, dass nunmehr nichts weiter zu thun sei. Auf seine ferneren Remonstrationen erbot er sich nach Möglichkeit alles beizutragen, schlug vor, der Herzog möchte selbst nach Halle kommen, man könnte dann versuchen, ihn auf andere Gedanken zu bringen. Am 25. speiste H. v. Canstein mit ihm, mit dem er ausführlich über die Sache redete, derselbe erkannte zwar den Fehler und wie es endlich wohl zu ändern, gab aber schlechte Hoffnung, ebenso v. Blumenthal. Er will versuchen, noch eine Audienz bei Kf. zu erhalten, wiewohl er selbst mehr wünscht als hofft, weil der Herzog von Holstein alhier am Hofe einer Person versichert sein mag, bei der wohl das meiste besteht.

Die Deputierten der Stände sind noch nicht angekommen.

Hans Katte an den Administrator. D. Hall 5./[15.] Juli 1666[1]).

[Weitere vergebliche Verhandlungen.]

15. Juli. Er hat bei Kf. am 26. Juni eine neue Audienz gehabt. Auf seine Bitte um eine gewierige Antwort und nochmalige Vorstellungen erwiderte Kf., es wäre ihm nie in den Sinn gekommen, dem Administrator einen Eingriff zu thun, demselben schiene die Sache anders als sie wäre, er könnte sie daher wohl geschehen lassen, er würde wohl zufrieden sein, wenn er seine Antwort und darin enthaltene rationes lesen würde, er meinte es in rechtem Ernst mit dem

[1]) Magdeb. Staats-Archiv.

Administrator, wollte es nicht allein gegen denselben, sondern auch gegen dessen Kinder in der That erweisen, er hätte neulich durch seine Gesandten den Administrator versichern lassen, wüsste, dass es demselben wohlgefallen, der Herzog von Holstein sollte nicht den geringsten Eingriff thun und sich gegen den Administrator wie gegen ihn verreversieren, auch gar, wenn es begehrt würde, Pflicht ablegen, er würde dahin nicht als ein Fürst, sondern als ein Gouverneur und Generallieutenant gesetzt. Als Katte trotzdem die Bitte erneuerte, Kf. möchte ihm willfahren, auch inzwischen die Ordre wegen des Herzogs und des Regimentes desselben nicht ergehen lassen, damit er vorher dem Administrator referieren könnte, meldete Kf., er hätte die Völker an der Grenze wegen der Polen benöthigt, vertröstete dennoch auf weiteres Anhalten, solches in Acht zu haben. Weil eben der v. Asseburg mit dem Landsyndico angekommen, so that er gleich der Verpflegung Erwähnung, trug die Sache der Landschaft vor und ersuchte um Ausmachung dieses Punktes. Kf. erklärte dieses auch für nöthig und forderte ihn auf zu bleiben, er wolle die Stände hören und mit ihnen eine Conferenz abhalten lassen, er gedachte dabei noch, welchen sonderlichen Vortheil die Stadt jetzt erlangt, sie hätte früher für den Unterhalt der Garnison weit mehr thun müssen, kam dann auf die grosse Menge Getreides, welche in der Stadt jetzt sein sollte, und auf den Zoll. Auf Katte's Vorstellung wegen der Instruction für den Commandanten erklärte er, seines Wissens wäre sie schon vollzogen und fortgesandt. Er wurde dann zur Tafel dort behalten und erhielt nachher durch Canstein ein Schreiben des Kf. Am Abend kam Jena mit Bürgermeister Rosenstock und D. Koch an, letztere kamen am folgenden Tage, den 27., zu ihm und verlangten Nachricht wegen des Gouverneurs, worüber er ihnen aber noch keine Gewissheit berichten konnte. Diesen Morgen hatten die Deputierten der Landschaft bei Kf. und dem Fürsten von Anhalt Audienz, von welchen beiden sie gnädige Vertröstung erhielten. Um 8 Uhr Abends kam H. v. Schwerin mit den Prinzen wieder von Utrecht, dem er sein Creditiv zusandte, aber trotz vielfältigen Erinnerns keine Antwort erhielt. Um 10 Uhr kam der Landsyndicus zu ihm und berichtete über eine Conferenz mit Jena, auf der sie aber wenig ausgerichtet.

Da er weiter keine Hoffnung hatte, so suchte er diesen Morgen um eine Abschiedsaudienz bei Kf. nach, jedoch mit der Absicht, demselben noch einige Vorstellungen wegen des Gouvernements zu thun; nachdem er Mittags bei Fürst Moritz von Nassau gespeist, brachte ihm um halb 3 ein Laquai die Anzeige, dass die Kurfürstin eines jungen Prinzen genesen[1]); auch Jena kam zu ihm, berichtete, er hätte mit Kf. über seine Sache geredet, der ihm geantwortet hätte, es hätte alles seine Richtigkeit. Als derselbe hörte, dass seine Expedition ganz fruchtlos abgegangen, temoignierte er einen sonderbaren regret und dass er sich dessen nicht versehen, er hätte heute nur wenig mit Kf. geredet und diesen dubieux gefunden, rieth ihm, beim Abschied noch eine Instanz zu thun. Obwohl ihm der Fürst von Anhalt melden liess, dass keine Aenderung zu hoffen,

[1]) **Prinz Ludwig**, geb. 8. Juli 1666, gest. 7. April 1687.

hat er doch bei der Abschiedsaudienz bei Kf., zu der er um 9 Uhr geholt wurde, neue Vorstellungen gemacht, Kf. antwortete, er wollte bei Anwesenheit seiner Räthe alles nochmals überlegen und ihm seine Resolution sofort werden lassen. Bald darauf liess ihn Fürst Anhalt in sein Gemach rufen und theilte ihm mit, Kf. hätte sein Anbringen anderweit überlegt, könnte aber keine andere Resolution als vorher finden, seine parole wäre so oft engagiert, damit aber der Administrator sein freundvetterliches Gemüth sehen sollte, so wäre er erbötig, sobald eine andere Occasion für den Herzog von Holstein sich ereignete, denselben wieder fort zu nehmen, es würde dann aber ein anderer in die Stadt gesetzt werden müssen.

Er ist noch an demselben Nachmittag abgereist und heute wieder hier angelangt.

Der Kurfürst an den Administrator August. D. Cleve 5. Juli 1666.

[Rechtfertigung der Bestellung des Herzogs von Holstein zum Gouverneur von Magdeburg.]

5. Juli. — Ich habe sowohl aus Ew. Ld. an mich abgelassenen — Handschreiben als von dero an mich abgeschickten Hofrath Hanssen Katten mit mehrem vernommen, welchergestalt Ew. Ld. etwas ungleich empfunden, dass ich ohne fürhergegangene Communication mit deroselben des Herzogen von Holsteins Ld. das Gouvernement der Stadt Magdeburg conferiret und dieselbe dardurch gleichsamb Ew. Ld. an die Seite gesetzet, mit angehängter freundvetterlicher Bitte, es bei dem angestellten Commendanten bewenden zu lassen und Ew. Ld. denen aufgerichteten Accordspunkten zuwider dergleichen Dinge nicht zuzumuthen. Nun können Ew. Ld. sich versichern, dass ich keine andere als diese beständige Intention habe, mit derselben in aufrichtigem Vertrauen zu leben — Ew. Ld. werden auch aus meinen bisherigen Proceduren verhoffentlich nichts anders judiciren und mir das Zeugnuss geben, dass ich nicht weiniger für Ew. Ld. Respect und Interesse als mein eigenes gesorget, auch nichts in dieser Sache fürgenommen, welches nicht auch zu Ew. Ld. advantage und Nutzen mit gerichtet gewesen und woraus nicht vorhero mit deroselben aufrichtig und offenherzig communiciret worden. Dannenhero mich dann nicht weinig befrembdet, dass meine Räthe und Bediente von dieser Sache Ew. Ld. nichts gemeldet haben sollen, welches ihnen doch in alle Wege obgelegen, anerwogen denselben meine desfalls gehabte Intention nicht unbekannt, worzu mich dann auch allerhand wichtige Ursachen bewogen. Dann anfänglich halte ich die Stadt Mag-

deburg von der Importanz, dass nothwendig das Gouvernement darin zwei Personen und hohen Officieren, deren einer als Gouverneur, der ander als Commendant den Ort beobachte, aufgetragen werden müsse, damit auf alles desto sorgfältigere Achtung gegeben — werden möge, wie dann dergleichen ins gemein bei allen fürnehmen und viel importirenden Orten practizirt wird und ich es fast in allen meinen Festungen auch selbsten also halte. Wie ich nun unter meinen hohen Officieren bei der Infanterie niemand mehr übrig hatte, der nicht bereits mit andern Chargen und Gouvernementen versehen, als eben des Herzogen zu Holstein Ld., welche sich bishero in denen von Ihr bedienten fürnehmen Kriegschargen jedesmal woll und unverweislich comportiret und daneben eine sonderbare Inclination allezeit gegen Mich und Mein Churfürstl. Haus bezeuget, so habe ich keine Ursach sehen können, warumb ich in diesem Fall Ihre Ld. zurücksetzen und deroselben andere fürziehen sollte, dannenhero ich dann Ihre Ld., die auch Ew. Ld. mit naher Anverwandtschaft zugehören und ich desfals desto weiniger vermuthen können, dass Ew. Ld. solches einigermassen zuwieder sein sollte, dieses Gouvernement aus eigener Bewegnuss und ohne einzige Ihre Bitte offeriret und Meinem General-Feldmarschall anbefohlen, sich darnach bei glücklich erfolgter Reduction der Stadt zu achten. Wie ich nun nicht anders vermuthen können, als dass hieraus wie sonsten aus allen anderen Sachen mit Ew. Ld. communiciret wäre, also gereichet Mir zu sonderbarem Missfallen, dass solches meinem Befehl gemäss nicht geschehen, Ew. Ld. werden aber Mir verhoffentlich hierunter nichts imputiren, weiniger von Mir die Gedanken oder Impression fassen, sambt gedächte ich deroselben in dero Regierung einen andern Reichsfürsten an die Seite zu setzen, dann des Herzogs Ld. mit Ew. Ld. und dero Regierungssachen sich im geringsten nicht zu bemengen, weiniger deroselben einigen Eintrag oder Schmälerung in dero jura territorialia und landesfürstliche Hochheit zu thun, sondern sich dessen allen zu enthalten und Ew. Ld. als zeitigem Landsherrn allen schuldigen Respect zu erweisen, auch sich desfals mit einem unter fürstlichen Personen gebräuchlichen Revers gegen Ew. Ld. an Eides statt zu verbinden von mir instruiret ist. — Gestalt Ich auch, wenn Ich dessen nicht versichert gewesen und Ihr. Ld. so woll kennete, nimmermehr Ihro diese Charge würde conferiret haben, worzu Mich dann auch dieses bewogen, weil ich dero Regiment zu Fuss nothwendig in die Stadt zur Besatzung legen, das Schmiedtische aber wieder in Meine Churbrandenburgische Guarni-

sonen und Festungen, als woraus solches genommen [1]), wieder gehen lassen müssen, da dann Ihrer Ld. doch obgelegen, als Obristen und Commendanten Ihres unterhabenden Regiments in der Stadt sich aufzuhalten. Und kann im übrigen Ihr Ld. fürstlicher Stand hierin der Sache nichts geben oder nehmen, allermassen Ihre Ld. nicht als ein Reichsfürst in diesem Werk, sondern als ein Soldat und Mein General-Lieutnandt consideriret werden müssen. Ich hoffe, Ew. Ld. werden diese Beschaffenheit der Sache woll erwägen, die Mich bewegenden Ursachen — erheblich achten und Ihro, zumahlen dieses Regiment alles dasjenige gegen Ew. Ld. praestiren soll, was das Schmiedtische gethan, solches alles mit gefallen lassen, auch nicht begehren, dass Ich Meine einmal des Herzogen Ld. gegebene Churfürstliche parole wiederrufen und die desfals gemachte Anstalt und ergangene Ordren ändern solle, welches Ich auch ohne die höchste confusion meines Militz-Estats nicht thun könnte [2]). —

[1]) Vgl. Hirsch in Hist. Zeitschr. XVII. S. 250, 253; v. Mülverstedt S. 414.

[2]) Administrator August schreibt darauf dem Kf. (d. Halle 14./[24.] Juli 1666), auf sein Schreiben vom 5. Juli und v. Katte's Bericht hin habe er in des Herzogs von Holstein Gouvernement eingewilligt, auch auf dessen Versicherung hin, dass sein Regiment nachträglich den Eid leisten werde, dasselbe einziehen lassen, beklagt sich aber dann bitter darüber, dass diese Eidesleistung „wegen gewisser Ordre nicht angestellt werden will". Kf. erwidert darauf (d. Cleve 25. Juli/4. August 1666), diese Eidesleistung und die Ausstellung des Reverses von seiten des Gouverneurs solle sofort erfolgen, sobald nur wegen der Verpflegung der Garnison beständige Richtigkeit gemacht sei. Die Streitigkeiten darüber haben dann bald darauf ein Ende gefunden. Der Administrator theilt (d. Halle 18./[28.] August 1666) sowohl dem Kf. als auch v. Platen mit, die Landschaft habe auf dem Landtage ad interim bis zu des Kf. Wiederkunft nach diesen Landen monatlich 2000 Thaler vom Juni an für die Magdeburgische Garnison zu zahlen eingewilligt, womit sich Kf. (d. Cleve 5./15. September 1666) auf v. Platen's Rath ebenfalls ad interim zufrieden erklärt.

II.

Der bremische Krieg, die Quadrupelallianz und die engere Vereinigung zu Braunschweig. 1665—1668.

Einleitung.

In ähnlichem Verhältnis wie Magdeburg zu dem Administrator August und dessen künftigem Nachfolger, dem brandenburgischen Kurfürsten, stand die Stadt Bremen zu der schwedischen Krone, seitdem diese durch den Westfälischen Frieden in den Besitz des ehemaligen bremer Erzstifts gekommen war. Auch Bremen war ursprünglich eine zu diesem gehörige Landstadt, hatte aber allmählich eine sehr selbständige, den freien Reichsstädten ähnliche Stellung errungen und hatte endlich durch kluge Benutzung der Umstände in der letzten Periode des dreissigjährigen Krieges die volle Reichsunmittelbarkeit erlangt. Nachdem sie schon 1640[1]) von Kaiser Ferdinand III. zu dem Regensburger Reichstage berufen worden war und unter den Reichsstädten an demselben Theil genommen hatte, war sie durch ein kaiserliches Diplom vom 1. Juni 1646 für eine von Alters her reichsunmittelbare, nicht zu dem Erzstift gehörige Stadt erklärt worden. Doch hatte dann Schweden bei den Friedensverhandlungen zu Osnabrück gegen die Anerkennung der Reichsunmittelbarkeit Widerspruch erhoben, in dem Friedensinstrument war diese Frage nicht entschieden worden, doch lautete dasselbe[2]) insofern für die Stadt günstig, als es bestimmte, dass diese sowie ihr Territorium und ihre Unterthanen in ihrem gegenwärtigen Rechtszustande unangefochten verbleiben und etwaige Streitigkeiten mit dem Bisthum, Herzogthum oder den Capiteln, d. h. eben mit der schwedischen Krone, entweder gütlich oder rechtlich zum Austrag gebracht werden sollten. Die schwedische Regierung aber hatte[3]) bald nach dem Abschluss des Friedens den

[1]) S. Duntze, Geschichte der freien Stadt Bremen IV. S. 4ff.

[2]) Instr. pacis Osnabr. Art. X. § 8: Civitati vero Bremensi eiusque territorio et subditis praesens suus status, libertas, iura et privilegia in ecclesiasticis et politicis sine impetitione relinquantur: si quae autem ipsi cum Episcopatu seu Ducatu aut Capitulo sint aut imposterum enascantur controversiae, eae vel componantur amicabiliter vel iure terminentur salva interim cuique parti sua, quam obtinet, possessione.

[3]) S. Duntze IV. S. 40ff.; Köcher, Geschichte von Hannover und Braun-

Streit erneuert und von der Stadt die Huldigung gefordert, und sie hatte, da diese hartnäckig dieselbe verweigerte und kaiserlicher Einladung Folge leistend auch 1653 wieder den Reichstag beschickte, in demselben Jahre Feindseligkeiten beginnen lassen, welche von der Stadt aus erwidert wurden. Der Kaiser und der Reichstag hatten sich letzterer angenommen, schliesslich war durch ein kaiserliches Mandat vom 6. Juli 1654[1]) dem Bischof von Münster und dem Herzog von Braunschweig-Celle die Kommission ertheilt worden, beide Parteien zur Einstellung der Feindseligkeiten und zum Vergleich zu vermögen, im Weigerungsfalle aber der Stadt Hülfe zu bringen. Dadurch hatte sich freilich der neue schwedische König Karl X. Gustav nicht abschrecken lassen, er schickte vielmehr[2]), gereizt durch die Keckheit, mit welcher die Bremer zum Angriff übergegangen waren, um die durch einige glückliche Unternehmungen derselben verletzte schwedische Waffenehre herzustellen, Verstärkungen und liess die Bremer bis in die Stadt zurücktreiben, doch wünschte er selbst, damals schon mit seinen polnischen Plänen beschäftigt, eine baldige Beendigung dieses Streites. So war es dem Kurfürsten von Brandenburg[3]), welcher nebst den Hansastädten Hamburg und Lübeck seine Vermittlung anbot, gelungen, zunächst einen Waffenstillstand zustande zu bringen, und dann war unter Mithülfe auch noch anderer Reichsstände sowie Hollands und Englands 8. December 1654 der Vertrag von Stade[4]) abgeschlossen worden, durch welchen die Erledigung der Hauptstreitfrage über die Reichsunmittelbarkeit der Stadt wieder auf künftige Verhandlungen ausgesetzt wurde, diese aber im übrigen sich zu ziemlich ungünstigen Bedingungen, Leistung der Huldigung an Schweden in der Form, wie sie dem letzten Erzbischof abgestattet war, Uebernahme der Kriegskosten durch Zahlung einer Geldsumme und Abtretung eines Stückes ihres Landgebiets, und Verpflichtung die Hälfte der Einnahme aus ihrem übrigen Gebiet an die Landeskasse abzuliefern, verstehen musste; am 16. December hatte dann die Stadt wirklich die Huldigung geleistet.

Allein bald kam es zu neuen Streitigkeiten[5]); beiderseits klagte man über Contraventionen und Uebergriffe, trotz des Protestes der schwedischen Regierung leistete Bremen als Reichsstadt dem neuen Kaiser Leopold 16. December 1661 die Huldigung, verweigerte dagegen den von jener nach dem Tode Karls X. Gustav für dessen minderjährigen Sohn Karl XI. geforderten Unterthaneneid und nahm an dem 1663 zusammentretenden Reichstage Theil. Verhandlungen, welche im Frühjahr 1665 angeknüpft wurden, waren ohne Erfolg, da die Stadt, vom Kaiser ermuntert, an ihrer Reichsunmittelbarkeit festhielt und sich zur

schweig I. S. 84 ff. und für das Folgende überhaupt die zusammenfassende Darstellung von Köcher, Bremens Kampf mit Schweden um seine Reichsfreiheit (Hans'sche Geschichtsblätter Jahrg. 1882 S. 87 ff.).

[1]) S. Köcher I. S. 170.

[2]) S. Carlson, Geschichte Schwedens IV. S. 37. Köcher I. S. 175.

[3]) S. Urk. u. Act. VI. S. 618 ff.

[4]) Londorp VII. S. 963 ff.; vgl. Duntze IV. S. 94 f.; Köcher I. S. 183.

[5]) S. Carlson IV. S. 481 ff.; Duntze IV. S. 111 ff.; Köcher I. S. 454 ff.

Ableistung der Huldigung nur in der im Stadeschen Vertrage vorgeschriebenen Form und nach vorhergehender Abstellung ihrer Beschwerden verstehen wollte. So begann man schwedischerseits im Sommer 1665 wieder mit Feindseligkeiten, bedeutendere Truppenmassen wurden theils im Bremischen, theils in Pommern angesammelt, im October 1665 landete der Reichsfeldherr Graf Gustav Wrangel in Pommern und zog im Januar 1666 mit den dortigen Truppen nach dem Bremischen. Er verlangte jetzt von der Stadt Verzicht auf die Reichsunmittelbarkeit und Aufnahme einer schwedischen Besatzung und traf, während darüber fruchtlos verhandelt wurde, weitere Rüstungen, obwohl Kaiser und Reich auf die Hülfsgesuche der Stadt sich derselben annahmen und ein kaiserliches Decret[1]) im Mai 1666 der schwedischen Regierung das Vornehmen von Thätlichkeiten als dem Friedensinstrument zuwiderlaufend untersagte. Allerdings hatte diese damals nicht die wirkliche Absicht, gegen Bremen und um Bremens willen in Deutschland Krieg zu führen, sondern sie verfolgte mit der Aufstellung dieses Heeres, zu welcher der Streit mit der Stadt nur den Vorwand bot, andere Ziele.

Im Frühjahr 1665 hatte der englisch-holländische Seekrieg begonnen, an welchem seit dem Anfang des nächsten Jahres auch König Ludwig XIV. von Frankreich, nachdem die von ihm versuchte Friedensvermittlung gescheitert war, auf Grund des 1662 mit Holland abgeschlossenen Bündnisses auf Seite der letzteren Macht, freilich in sehr lauer Weise, Theil nahm. Mit England im Bunde war im Herbst 1665 der Bischof von Münster in die östlichen niederländischen Provinzen eingefallen und hatte dadurch dort solchen Schrecken erregt, dass die niederländische Regierung auch gegen ihn die Hülfe Ludwigs XIV. in Anspruch nahm und ausserdem in Deutschland den Kurfürsten von Brandenburg und die braunschweigischen Herzoge zu Bundesgenossen zu gewinnen suchte. Von beiden kriegführenden Parteien wurden die nordischen Mächte, Schweden und Dänemark, umworben[2]). Anfangs schien England dort das Uebergewicht zu erlangen. Schweden, ungehalten auf die Holländer wegen verschieder Uebergriffe, welche sich diese in den Colonieen gegen schwedische Schiffe erlaubt hatten, und begierig, die drückenden Vorrechte, welche dieselben durch den Elbinger Vertrag vom 11. September 1656 und die 1660 zu demselben aufgestellten Elucidationen gewonnen hatten, zu beseitigen, ärgerlich auch auf Frankreich, welches, seitdem der zu Anfang des Jahres 1662 vereinbarte Nachtragsartikel zu dem vorjährigen Vertrage von Fontainebleau von der schwedischen Regierung nicht ratificiert worden war, die Freundschaft derselben vernachlässigt, ohne vorhergehende Verständigung mit derselben 1662 mit Holland, 1663 mit Dänemark ein Bündnis geschlossen, 1664 den Kurfürsten von Mainz gegen Erfurt unterstützt hatte, schloss schon im März 1665, noch vor dem Ausbruch des Krieges, mit England ein Defensivbündnis und einen Handelsvertrag, und im October ging auch Dänemark mit England eine Allianz

[1]) S. Pachner v. Eggenstorff, Sammlung der Reichsschlüsse I. S. 220.

[2]) S. Mémoires du Marquis de Pomponne ed. Mavidal II. S. 14ff.; Recueil des instructions. IV. Suède par Geffroy S. LIIff. 32ff.

ein, freilich unter dem Vorbehalte, dass auch Schweden derselben beitreten sollte. Nach dem Ausbruch des Krieges bemühte sich dann England Schweden zum Beitritt zu diesem Vertrage mit Dänemark und zur Theilnahme an dem Kriege gegen Holland zu bewegen, dem gegenüber aber suchte nun Holland durch Zugeständnisse in jenen Handelsfragen Schweden zu versöhnen und auf seine Seite zu ziehen, und diese Bemühungen wurden auch von Frankreich unterstützt. Ludwig XIV. wünschte die alte enge Verbindung mit Schweden wiederherzustellen und dieses zur Unterstützung sowohl seiner Absichten auf die spanischen Niederlande als auch seines Planes, in Polen einen französischen Prinzen auf den Thron zu bringen, zu bewegen. Nachdem er darüber ohne Erfolg durch seinen bisherigen Gesandten Terlon in Stockholm unterhandelt hatte, schickte er Anfang 1666 einen seiner tüchtigsten Diplomaten, den Marquis de Pomponne dorthin, derselbe sollte die schwedische Regierung entweder zu directer oder wenigstens indirecter Unterstützung des beabsichtigten französischen Angriffs auf die Niederlande und zur Mitwirkung zu seinen polnischen Plänen durch Sendung eines Truppencorps dorthin zu bestimmen suchen, ausserdem die Aussöhnung Hollands mit Schweden befördern und letzteres bewegen, entweder mit ihm und Holland vereint England zum Frieden zu zwingen oder sich wenigstens in diesem Seekriege neutral zu verhalten, als Preis dafür sollte er Schweden Subsidien, deren Höhe je nach den Leistungen, zu denen sich dieses verpflichten würde, bemessen werden sollte, anbieten. Die Regentschaft, welche damals in Schweden für den unmündigen König Karl XI. die Regierung führte, hat[1]) diese günstige Lage nicht zu benutzen verstanden, sie hat nicht eine kräftige, zielbewusste Politik verfolgt, sondern in sich uneinig, gespalten namentlich durch den Gegensatz zwischen dem französisch gesinnten Reichskanzler de la Gardie und dem einer Verbindung mit England zuneigenden Reichsrath Biörnklou, ist sie entscheidenden Entschlüssen ausgewichen und hat versucht, ohne für die eine oder die andere Partei wirklich Leistungen zu übernehmen, von beiden her Subsidien einzuernten, um so den zerrütteten Finanzen abzuhelfen und die Armee, auf welcher Schwedens Grossmachtstellung beruhte, zu erhalten. Daher wurden die Unterhandlungen sowohl mit England als auch mit Holland und Frankreich hingezogen, derweile aber jene Armee in Norddeutschland bei Bremen aufgestellt, um den Schein zu erwecken, als ob man sich zum Eingreifen in den Krieg anschicke, und namentlich Holland durch die Besorgnis vor einer etwaigen Verbindung der Truppen Wrangels mit denen des Bischofs von Münster einzuschüchtern und zu weiteren Zugeständnissen zu drängen. Allein ein erster Strich durch diese Rechnung war, dass von Frankreich befördert (Februar 1666) das Bündnis des Kurfürsten von Brandenburg mit Holland gegen den Bischof von Münster zustande kam und dass es dann dem Kurfürsten, ohne zum Schwerte greifen zu müssen, gelang, den Münsterschen Krieg durch den Frieden von Cleve (18. April 1666) zu beendigen. Noch ungünstiger für die schwedische Regierung war, dass es Holland mit Frankreichs Hülfe gelang, Dänemark von der Seite Englands abzuziehen

[1]) S. Carlson IV. S. 481 ff.; Mémoires de Pomponne II. S. 49 ff.

und zu derselben Zeit, wo das Bündnis mit dem Kurfürsten zustande kam, zum Abschluss eines Defensiv- und Offensivbündnisses zu bewegen, in welchem es sich verpflichtete, mit 40 Kriegsschiffen an dem Kampfe gegen England theilzunehmen. Die Kunde davon erregte [1]) in Schweden die grösste Aufregung, die alte Eifersucht gegen Dänemark erwachte, man fürchtete durch dasselbe in den Hintergrund gedrängt zu werden, der schwedische Grosskanzler erklärte, Schweden könne nicht dulden, dass Dänemark die Waffen ergreife, es sei verpflichtet, wenn dasselbe gegen England auftrete, dieser Macht beizustehen. Zugleich wurden kriegerische Maassregeln an der Grenze getroffen und Wrangel machte Miene, mit seiner Armee in Holstein einzufallen. Doch kühlte sich dieser kriegerische Eifer, wenn er wirklich ernst gemeint gewesen war, bald wieder ab. Einerseits nämlich trafen Holland und Dänemark Anstalten, die ihnen von Schweden her drohende Gefahr auf dieselbe Weise abzuwehren wie vorher den Angriff des Bischofs von Münster, nämlich durch Verbindung mit dem Kurfürsten von Brandenburg und den braunschweigischen Herzogen, Dänemark bemühte sich mit dem ersteren ein Bündnis gegen Schweden abzuschliessen, und die holländische Regierung suchte zu derselben Zeit, gleich nach dem Abschluss des Cleveschen Friedens, durch das Anerbieten weiterer Subsidienzahlung ebendenselben und auch die braunschweigischen Herzoge zum Abschluss eines neuen Bündnisses zugleich mit Holland und mit Dänemark, der sogenannten Quadrupelallianz [2]), zu bewegen, welches sowohl diesen beiden Mächten Deckung gegen Schweden gewähren, als auch ein Gegengewicht gegen Frankreich, dessen Bundesgenossenschaft in Holland von vielen als eine drückende Fessel empfunden wurde, bilden sollte. Andererseits bot Ludwig XIV. [3]), welcher das Zustandekommen dieser Allianz zu vereiteln wünschte, seinen Einfluss sowohl in Schweden als auch in Dänemark und in Holland auf, um ersteres zur Ausstellung eines Neutralitätsversprechens und die beiden letzteren Mächte zur Annahme desselben zu bewegen, wirklich gab die schwedische Regierung am 17. Juli 1666 [4]) eine solche Neutralitätserklärung ab, und wenn auch die Verhandlungen mit Holland sich in die Länge zogen, so war doch die Gefahr eines Krieges zwischen Schweden, Dänemark und Holland beseitigt. Jetzt allerdings entschloss sich die schwedische Regierung, in den Hoffnungen, welche sie an die kriegerische Demonstration in Norddeutschland geknüpft hatte, betrogen, um wenigstens jene Rüstungen nicht ganz umsonst gemacht zu haben und ihre dadurch compromittierte Ehre zu retten, ernstlich gegen Bremen vorzugehen, Anfang September schloss [5]) Wrangel die Stadt von allen Seiten ein, bald darauf wurden die bisher noch immer fortgesetzten Unterhandlungen mit derselben abgebrochen und Anfang October die Beschiessung der Stadt begonnen,

[1]) S. Carlson IV. S. 485ff.; Mém. de Pomponne II. S. 91ff.

[2]) S. Droysen, Geschichte der preussischen Politik III.3 S. 98; Köcher I. S. 459ff.

[3]) S. Mém. de Pomponne II. S. 131ff.

[4]) S. Carlson IV. S. 488. Mém. de Pomponne II. S. 198ff.

[5]) S. Duntze IV. S. 165ff.; Carlson IV. S. 489f.; Köcher I. S. 483ff.

aber der Muth und die Ausdauer der Bremer wurde dadurch nicht gebroch
und ihre Hoffnung, Hülfe zu erlangen, ging in Erfüllung. Auf Grund ein
Reichsgutachtens vom 18. September erliess der Kaiser neue Abmahnung
schreiben an die schwedische Regierung und zugleich die Aufforderung an
schon früher zu Kommissaren in dieser Angelegenheit bestellten Reichsstände,
Stadt zu schützen, und wenigstens die braunschweigischen Herzoge und
Kurfürst von Cöln zeigten sich bereit, diesen Auftrag auszuführen. Dieselbe
concentrierten bei Nienburg an der Weser ein Heer, welches schon allein d
Truppen Wrangels bedeutend überlegen war, ebendamals kam jene Quadrupe
allianz wirklich zum Abschluss, Holland schickte als Rückhalt 6000 Mann na
Ostfriesland und auch der Kurfürst von Brandenburg traf Maassregeln, um
Nothfall schnell eine grössere Truppenzahl zusammenzubringen. Unter dies
Umständen musste Wrangel den auf Frieden drängenden Weisungen sein
Regierung Folge leisten, er verstand sich zu neuen Unterhandlungen und
25. November wurde in seinem Hauptquartier zu Habenhausen ein Vertr
abgeschlossen, durch welchen die Stadt sowohl die Landeshoheit in ihrem Geb
als auch, so lange der damals zu Regensburg tagende Reichstag dauern wür
ihre Reichsstandschaft behauptete, während dieselbe nachher bis zu Ende
Jahrhunderts suspendiert bleiben sollte.

Die nachfolgenden Acten veranschaulichen den Antheil, welchen der K
fürst von Brandenburg an diesen und den sich daran anschliessenden Ere
nissen genommen hat. Dieselben zeigen, dass derselbe auch hier ebenso
bei den vorangehenden Wirren im Reich eine sehr vorsichtige, durchaus fri
liche und versöhnliche Politik getrieben hat, dass er allerdings bestrebt gewes
ist, Uebergriffe von Seiten Schwedens zu verhindern, dass er aber dabei s
sorgsam bemüht hat, einen gewaltsamen Zusammenstoss zu verhüten und
einerseits den Frieden im Reiche, andererseits das freundschaftliche Verhält
welches er in den letzten Jahren mit Schweden angeknüpft und welches
dem Allianzvertrage vom 27. März/6. April 1666 seinen formellen Ausdruck
halten hatte, aufrecht zu erhalten, um so Schweden, soviel an ihm lag, ab
halten, sich zum Werkzeug der französischen Politik machen zu lassen, und
allem sich dessen Mitwirkung in der polnischen Frage zu sichern. Eine ers
Gruppe von Actenstücken beleuchtet das Verhalten des Kurfürsten im brem
schen Kriege. Wie schon bemerkt, war der Kurfürst schon in dem frühere
Kriege zwischen Bremen und Schweden 1654 als Vermittler aufgetreten, a
nun infolge der neu ausgebrochenen Streitigkeiten grössere schwedische Truppen
massen sich im Herzogthum Bremen ansammelten und von schwedischer Seit
mit Gewaltthätigkeiten gegen die Stadt begonnen wurde, sandte diese Anfan
Juni 1665 ihren Syndicus Wachmann wie an andere benachbarte Reichsständ
so auch an den Kurfürsten und liess denselben ersuchen, sich ihrer auf de
Reichstage und bei den umliegenden Kreisen anzunehmen, damit das von de
Kaiser zu ihren Gunsten an die ausschreibenden Fürsten derselben erlassen
Conservatorium zur Ausführung käme, und ihr im Nothfall einige Truppen z
überlassen. Der Kurfürst ging darauf nicht ein, sondern erbot sich nur, b
Wrangel sich dahin zu bemühen, dass gegen die Stadt keine Feindseligkeit

vorgenommen würden, sich auch bei den braunschweigischen Fürsten für dieselbe zu verwenden und dahin zu wirken, dass im Nothfall die vom Kaiser zum Schutz der Stadt angeordneten Maassregeln zur Ausführung kämen. Erst ziemlich spät, Ende August, hat der Kurfürst diese Versprechungen erfüllt, er hat an den damals noch in Schweden sich aufhaltenden Wrangel geschrieben und zugleich seinen damals auf der aus Veranlassung des lüneburgischen Erbfolgestreites zu Hildesheim abgehaltenen Versammlung befindlichen Geheimen Rath v. Jena beauftragt, mit den dort anwesenden Gesandten der braunschweigischen Herzoge über die bremische Sache zu verhandeln, aber letzterer fand die Braunschweiger wenig geneigt, sich um der Sache der Stadt willen mit Schweden zu überwerfen, und von Schweden her scheint er damals garkeine Antwort erhalten zu haben. Doch erschien im October in Berlin als Abgesandter der schwedischen Regierung der Präsident Kleihe, um dem Kurfürsten anzuzeigen, dass dieselbe der drohenden Zeitumstände wegen Wrangel mit 4000—5000 Mann nach ihren deutschen Provinzen schicken werde, aber nur um diese zu sichern und um ihren Friedensbemühungen grösseren Nachdruck zu verleihen, Versicherungen, welche von dem Kurfürsten mit ähnlichen allgemein gehaltenen Erbietungen, zur Aufrechterhaltung des Friedens mitwirken zu wollen, erwidert wurden[1]). Im December wandte sich dann die durch die fortgesetzten schwedischen Rüstungen geängstigte Stadt aufs neue an den Kurfürsten und ersuchte ihn, ihr einige hundert Mann zu überlassen, sich beim Kaiser und beim Reichstage ihrer anzunehmen und die Vermittlung ihrer Streitigkeiten mit der schwedischen Regierung in die Hand zu nehmen. Auf das erste liess sich der Kurfürst wieder nicht ein, dagegen schickte er Ende Januar 1666 seinen Kammerjunker v. Podewils zu dem inzwischen im Bremischen angelangten Wrangel, um demselben vertrauliche Eröffnungen über die damalige durch den Münsterschen Krieg veranlasste politische Lage und sein eigenes Verhalten inmitten derselben zu machen und zugleich ihm seine Vermittlung zur gütlichen Beilegung der Streitigkeiten mit der Stadt anzutragen, zugleich aber richtete er an den Rath von Bremen die ernste Mahnung, sich seinerseits versöhnlich zu zeigen und sich aller Eingriffe in die Rechte der schwedischen Krone zu enthalten. Podewils' Sendung hatte keinen Erfolg, Wrangel erklärte, über das Anerbieten des Kurfürsten erst an seine Regierung berichten zu müssen, doch erfuhr Podewils im Lager aus guter Quelle, dass Schweden keinen offenen Krieg beabsichtige. Als darauf aber der Streit sich verschärfte, schwedischerseits von der Stadt Verzicht auf die Reichsunmittelbarkeit gefordert und im Weigerungsfalle mit Gewalt gedroht wurde, schickte der Kurfürst Ende März Podewils zum zweiten Male an Wrangel, doch ohne einen günstigeren Erfolg zu erzielen, er erhielt den gleichen Bescheid wie eine ebendamals zu demselben Zwecke dort anwesende Gesandtschaft der braunschweigischen Herzoge, dass Wrangel erst nähere Weisungen seiner Regierung abwarten müsse.

[1]) Creditiv der schwedischen Regentschaft für Kleihe, d. Stockholm 12./22. Aug. 1665; Recreditiv des Kf. d. Coloniae 2./12. October 1665; Resolution des Kf. auf das undatierte Memorial Kleihe's d. Cöln a. d. Spree 7./17. October 1665.

Bald darauf, Anfang Mai, erschien aufs neue der Präsident der schwedischen Regierung im Herzogthum Bremen, Kleihe, in Cleve beim Kurfürsten, um demselben angesichts des damals sehr gespannten Verhältnisses Schwedens zu Holland und Dänemark ein enges Zusammengehen mit Schweden, eine Allianz, an der auch die braunschweigischen Herzoge und Hessen-Cassel Theil nehmen sollten, vorzuschlagen und auch in der bremischen Sache, in welcher, wie bemerkt, Schweden damals nicht zur Gewalt zu schreiten beabsichtigte, seine Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Der Kurfürst hat das erstere Ansinnen in höflichster Form abgelehnt, in der bremischen Angelegenheit scheint seine Antwort (eine schriftliche Resolution darüber liegt nicht vor) sehr entgegenkommend gelautet, aber doch keine bindende Zusage enthalten zu haben. Wrangel hat dieselbe so gedeutet, als ob der Kurfürst sich erboten habe, der Stadt zu rathen, die Reichsunmittelbarkeit aufzugeben, und falls dieselbe bei ihrer Weigerung verharren würde, Schweden gegen sie Hülfe zu leisten, und hat daraufhin (Ende Juni) den Kurfürsten aufgefordert, ohne ihm geradezu die Vermittlung zuzugestehen, Gesandte an den aufs neue eröffneten Verhandlungen Theil nehmen zu lassen. Der Kurfürst hat dem zunächst noch nicht Folge geleistet, als aber Anfang Juli von seiten des Kaisers an ihn die Aufforderung gelangte, an der zum Schutze Bremens bestellten Reichscommission Theil zu nehmen, und auch die Stadt aufs neue seine Hülfe anrief, bot er in gleicher Weise wie die in derselben Lage befindlichen braunschweigischen Herzoge Wrangel und der schwedischen Regierung an, statt es auf die Reichscommission ankommen zu lassen, seine Vermittlung anzunehmen. Dieselben gingen darauf ein, und so schickte der Kurfürst Ende Juli v. Ledebur und Beyer in Wrangels Hauptquartier, welche dann zusammen mit den schon vorher angelangten braunschweigischen Gesandten an den bis Anfang October fortgesetzten Unterhandlungen Theil genommen haben und deren Berichte über den Verlauf dieser Verhandlungen und über ihre eigene vermittelnde Thätigkeit Auskunft ertheilen. Während dieser Zeit versuchten die braunschweigischen Fürsten, von denen wenigstens Georg Wilhelm von Celle und Ernst August von Osnabrück schon damals im Einverständnis mit dem Kurfürsten von Cöln entschlossen waren, falls die Unterhandlungen scheitern sollten, sich mit Waffengewalt der Stadt anzunehmen, sich seiner Mithülfe zu vergewissern, er wich dem aber vorsichtig aus, beschickte allerdings die von jenen vorgeschlagene Zusammenkunft in Bielefeld, liess aber seinen Gesandten v. Heyden nur weitere Vermittlung zusagen, weitergehende Schritte aber vorläufig unter Hinweis auf die Reichscommission und die übernommene Vermittlung ablehnen, und dieselbe Haltung hat er auch eingenommen, als nach dem Scheitern der Verhandlungen und dem Beginn der wirklichen Belagerung von Bremen der Kurfürst von Cöln, die braunschweigischen Herzoge und auch der Kaiser ihn zum feindlichen Vorgehen gegen Schweden zu drängen suchten, er hat dieses verweigert, wieder vorläufig nur weitere Vermittlung zugesagt, aber allerdings sich erboten, wenn von Reichs wegen seine Hülfe in Anspruch genommen werden sollte, sein Contingent zu stellen, und falls jene Fürsten von Schweden angegriffen würden, ihnen weitere Hülfe zu leisten. Er hat andererseits jetzt an Wrangel die ernste Mahnung gerichtet, die

Feindseligkeiten einzustellen und neue Unterhandlungen, an denen Theil zu nehmen er sich erbot, anzuknüpfen, und er hat auch Vorkehrungen getroffen, um im Nothfall mit Waffengewalt einschreiten zu können. Als Wrangel in seiner bedrängten Lage dieser auch von den schon zum Losschlagen bereiten braunschweigischen Fürsten an ihn gerichteten Mahnung Folge leistete, hat der Kurfürst aufs neue v. Ledebur und Beyer zu ihm gesendet, welche an den folgenden Verhandlungen und dem Abschluss des Habenhausener Friedens Theil genommen haben. Auch bei den neuen durch Pöbelexcesse gegen den ehemaligen Bremer Rathsherrn Speckhan, welcher in schwedische Dienste getreten war und durch sein Erscheinen in der Stadt den Zorn der Bürgerschaft reizte, hervorgerufenen Streitigkeiten, welche der schwedischen Regierung den Vorwand boten, die Ratification und Ausführung des Friedens längere Zeit hinauszuziehen, und welche dadurch noch ein drohenderes Aussehen gewannen, dass sie Ludwig XIV. die vorher durch den schnellen Abschluss des Friedens entzogene Gelegenheit boten, sich in diese Händel mit einzumischen, hat der Kurfürst nach allen Seiten hin zu begütigen und zu vermitteln gesucht.

An zweiter Stelle ist der Allianzvertrag des Kurfürsten mit Dänemark vom 23. Mai 1666 abgedruckt worden. Ueber die demselben vorausgehenden Verhandlungen sind im Berliner Staatsarchiv fast gar keine Aufzeichnungen erhalten, aus dem wenigen, was vorhanden ist, ergiebt sich, dass König Friedrich III. den Entschluss, mit dem Kurfürsten in ein engeres Bündnis zu treten, schon zu Anfang des Jahres 1666 gefasst hat, zu der Zeit als die Spannung zwischen ihm und Schweden den höchsten Grad erreicht hatte und er fürchtete, von diesem angegriffen zu werden, dass die Reise seines Gesandten v. Alefeld aber sich verzögert hat und dass derselbe erst in der ersten Hälfte des April an dem damaligen Hoflager des Kurfürsten in Cleve eingetroffen ist. Es ergiebt sich ferner, dass dieser allerdings auf den Antrag des dänischen Königs eingegangen ist und sich bereit gezeigt hat, Dänemark im Nothfall gegen neue Vergewaltigungen von seiten Schwedens zu schützen, dass er aber keineswegs zu so weit gehenden Verpflichtungen sich hat verstehen wollen, als von dänischer Seite gefordert wurde, dass die Verhandlungen sich daher längere Zeit hingezogen haben und zeitweise durch die Abreise v. Alefelds von Cleve unterbrochen worden sind. Die Hauptschwierigkeiten wurden dadurch bereitet, dass der Kurfürst sich nicht zu einem speciell gegen Schweden gerichteten Bündnis, sondern nur ebenso wie in dem kurz zuvor (6. April) endlich mit Schweden abgeschlossenen Vertrage zu einer ganz allgemein gehaltenen Defensivallianz verstehen wollte, und dass er verlangte, dass in diese ebenso wie alle in Europa gelegenen Besitzungen des dänischen Königs so auch alle seine, und zwar speciell auch die Clevischen und zugehörigen Westfälischen Lande aufgenommen würden, über welche letzteren er eben im Begriff stand, sich mit dem Pfalzgrafen von Neuburg definitiv zu verständigen, welche es aber auch gegen die Ansprüche der anderen Mitbewerber, darunter auch des Königs von Schweden als Mitglied des Pfalz-Zweibrückischen Hauses zu sichern galt. Ende Mai wurde endlich ein den Forderungen des Kurfürsten entsprechendes Vertragsproject vereinbart, dasselbe wurde aber noch nicht unterzeichnet, sondern Ale-

feld reiste mit demselben zunächst nach Dänemark zurück, erst nach einigen Monaten (Ende Juli) hat König Friedrich sich zur Annahme desselben bereit erklärt, wieder aber erst geraume Zeit später (im October) durch einen Secretär den jetzt von Alefeld unterschriebenen Vertrag nach Cleve geschickt und jedenfalls zugleich mit den unter dem gleichen Datum (23. September) ausgestellten Ratificationen gegen das von den kurfürstlichen Kommissaren unterzeichnete Exemplar auswechseln lassen, also zu einer Zeit, wo die Gefahr eines Krieges zwischen Schweden und Dänemark schon längst vorübergegangen war und damit die Bedeutung dieser Allianz sich wesentlich vermindert hatte.

Eine dritte Gruppe von Actenstücken betrifft den Antheil, welchen der Kurfürst an den Verhandlungen über die Quadrupelallianz genommen hat. Wie oben bemerkt, wurde diese von der holländischen Regierung zu derselben Zeit angeregt, als sich Dänemark um die Bundesgenossenschaft des Kurfürsten bemühte; auch sie sollte denselben Zweck erfüllen; um Dänemark und Holland vor dem damals drohenden Angriff Schwedens zu sichern, sollten die braunschweigischen Herzoge und der Kurfürst ähnlich wie im Münsterschen Kriege gegen Zahlung von Subsidien ihre Truppenmacht hergeben. Der Kurfürst, dem es aus den verschiedensten Gründen erwünscht sein musste, in engerer Verbindung mit Holland zu bleiben, ist auch auf diesen Antrag eingegangen, er hat gegenüber Beverning, welcher gleich nach dem Abschluss des Cleveschen Friedens ihm die ersten Eröffnungen darüber machte, und dann in einer Unterredung, welche er gelegentlich eines kurzen Abstechers nach Holland im Mai 1666 mit dem Rathspensionar de Witt hielt, seine Bereitwilligkeit zu einem solchen neuen Bündnisse ausgesprochen und dabei erklärt, dass er Schweden gegenüber freie Hand habe, und er hat dann durch den Oberpräsidenten v. Schwerin, welcher länger in Holland zurückblieb, Verhandlungen darüber führen lassen, aber freilich war es durchaus nicht seine Absicht, ein Bündnis der Art zu schliessen, wie es de Witt im Sinne hatte, durch welches er eng an die holländische Politik gekettet und in Gefahr gebracht worden wäre, eher, als es seine eigenen Interessen erforderten, mit Schweden zu brechen. Er liess daher trotz der Gegenbemühungen de Witts den Haupttheil seiner Armee aus dem Clevischen nach den Marken zurückkehren und sich zunächst gegen Magdeburg wenden und zog die Verhandlungen in die Länge, indem er einerseits jedenfalls (darüber sind wir nicht näher unterrichtet) Einwendungen gegen das holländischerseits vorgelegte Project machte, andererseits aber Gegenforderungen erhob, welche theils die Ausführung gewisser Versprechungen, welche ihm von der holländischen Regierung beim Abschluss des Bündnisses gegen den Bischof von Münster gemacht worden waren, andererseits den alten Streitpunkt, die Räumung seiner von holländischen Garnisonen besetzten clevischen Festungen, betrafen. Das war der holländischen Regierung natürlich sehr unangenehm, und da dieselbe auch bei den braunschweigischen Herzogen[1]), welche sich weder unter sich über eine gemeinsame Politik einigen konnten, noch sich in gewissen Streitpunkten, die sie mit ihnen hatte, gefügig zeigten, auf Schwierig-

[1]) S. Köcher I. S. 463 ff.

keiten stiess, ferner Frankreich[1]) dem Abschluss dieser Allianz entgegenarbeitete und sich zu diesem Zwecke bemühte, Schweden von feindlichen Schritten abzuhalten, ebenso auch der Kaiser[2]), welcher hinter dieser Allianz eine französische Intrigue witterte, dieselbe zu hintertreiben suchte, so brach man holländischerseits die Unterhandlung ab und ertheilte auf jene Forderungen des Kurfürsten nicht einmal eine Antwort. Doch veranlasste[3]) der weitere Verlauf der bremischen Angelegenheit, die Aussicht, dass die seit Ende Juli neu begonnenen Unterhandlungen zu keiner Verständigung führen und dass es bei Ausführung der vom Kaiser angeordneten Reichscommission zum Kriege mit Schweden kommen würde, die Herzoge von Celle und Osnabrück im August die Verhandlungen über die Allianz zunächst nur mit Holland und Dänemark wieder anzuknüpfen, ein neuer Vertragsentwurf wurde aufgestellt, aber man konnte sich nicht einigen, da unter dem Einfluss de Witts die holländische Regierung Subsidien nur für den Fall, dass es wirklich zum Kriege käme, und auch dann nicht bis zur Beendigung desselben, sondern nur auf zwei Jahre bewilligen wollte, und der Kurfürst von Brandenburg, dessen Gesandte im Haag, Romswinckel und Copes, erst nachträglich zur Theilnahme an diesen Verhandlungen aufgefordert wurden, lehnte jetzt unter strenger Rüge der unfreundlichen Behandlung, welche er von holländischer Seite erfahren hatte, seine Betheiligung geradezu ab. So geriethen die Verhandlungen wieder ins Stocken. Erst als nach dem Scheitern der im schwedischen Hauptquartier geführten Verhandlungen Wrangel die Belagerung von Bremen begonnen, die braunschweigischen Fürsten aber im Einverständnis mit der holländischen Regierung sich entschlossen hatten, der Stadt Hülfe zu bringen, und so der Krieg wirklich vor der Thüre stand, kamen dieselben wieder in Fluss. Gerade[4]) die zudringlichen Gegenbemühungen von französischer Seite hatten zur Folge, dass innerhalb der holländischen Regierung die de Witt entgegengesetzte Strömung das Uebergewicht erhielt, dass diese jetzt auf das Zustandekommen der Allianz drängte und auch den Kurfürsten zu begütigen und heranzuziehen suchte. Durch eine Declaration der Generalstaaten vom 4. October wurde demselben Erfüllung der in der früheren Allianz gemachten Zusagen und freundnachbarliche Verhandlungen über seine anderen Forderungen versprochen und er zur Theilnahme an den Allianzverhandlungen eingeladen, jedenfalls auf Veranlassung der oranisch gesinnten Partei[5]) begab sich Romswinckel zur Berichterstattung nach Cleve und nun entschloss sich der Kurfürst, an dieser Verbindung, welche, wenn er sich fern gehalten hätte, doch zu Stande gekommen wäre, dann aber eine seinen Interessen und denen jener ihm befreundeten Partei zuwiderlaufende Richtung erhalten hätte, zu betheiligen. Er schickte Romswinckel mit den nöthigen Instructionen nach dem Haag zurück, und dieser hat dann zusammen

[1]) S. Mémoires d'Estrades IV. S. 387.
[2]) S. Urk. u. Act. XIV. 1. S. 277 f.
[3]) S. Köcher I. S. 475 ff.
[4]) S. Köcher I. S. 497 ff.
[5]) Vgl. Droysen, Gesch. der preussischen Politik III. 3. S. 110.

mit Copes an den Schlussverhandlungen Theil genommen und, nachdem bei diesen die von dem Kurfürsten zu dem früheren Vertragsentwurf gemachten Ausstellungen wenigstens theilweise berücksichtigt worden waren, die Quadrupelallianz am 25. October mit unterzeichnet.

Eine vierte Gruppe von Actenstücken beleuchtet den Antheil, welchen der Kurfürst an den von Ende 1666 bis Anfang 1668 über eine engere Vereinigung einer Anzahl von norddeutschen Fürsten geführten Verhandlungen genommen hat. Dieselben wurden[1]) von den braunschweigischen Herzogen Georg Wilhelm und Ernst August angeregt, welche erschreckt durch die drohende Haltung, welche Schweden gleich nach dem Abschluss des Habenhausener Friedens unter dem Vorwande jenes Speckhanschen Handels annahm, und besorgt gemacht durch die unfreundliche und verdächtige Haltung, zu welcher sich die holländische Regierung durch den jetzt um so mehr zu Frankreich hinüberneigenden de Witt verleiten liess, von der Quadrupelallianz wenig Sicherung erwarteten und statt dessen Schutz gegen die schwedischen Rachegelüste durch ein Bündnis mit ihren norddeutschen Nachbaren, Kurcöln, Kurbrandenburg und Hessen-Cassel zu finden suchten. Der Kurfürst ist auch auf diese Verhandlungen eingegangen, aber wieder von vorneherein in der Absicht, nur dann in eine solche Verbindung zu treten, wenn derselben die von jenen beabsichtigte feindliche Tendenz gegen Schweden genommen werde, und in dem Wunsche, vielmehr Schweden selbst zur Theilnahme an derselben heranzuziehen und so die infolge des bremischen Krieges zurückgebliebene feindliche Spannung in Norddeutschland zu lösen. Dem entsprechend hat er seinen Gesandten Butendach auf den zuerst Ende December 1666 und Anfang Januar 1667 und dann wieder Ende Januar und Anfang Februar 1667 zu Hildesheim und darauf im März zu Braunschweig abgehaltenen Conferenzen wirken lassen und es durchgesetzt, dass das Bündnis, welches dort zwischen ihm, Kurcöln und den braunschweigischen Herzogen am 15./25. März abgeschlossen wurde, nur einen ganz allgemein defensiven Charakter erhielt, er hat sich dann bemüht, die Schwierigkeiten, welche den Beitritt Hessen-Cassels verzögerten, zu beseitigen und nach der Veränderung, welche die politischen Verhältnisse ganz Europas durch das Vorgehen Frankreichs gegen die spanischen Niederlande erfahren hatte, durch die Absendung v. d. Goltzs und Reinhardts (Juli 1667) an die braunschweigischen Herzoge einerseits eine Verständigung mit denselben inbetreff der Frankreich gegenüber einzunehmenden Haltung, andererseits eine Aussöhnung derselben mit Schweden anzubahnen. Wenn auch jene Herzoge sich damals noch sehr zurückhaltend zeigten, so hat er doch erreicht, dass an den neuen Ende August zu Braunschweig gehaltenen Conferenzen auch ein schwedischer Bevollmächtigter Theil nahm und dass in dem neuen dort am 1. September abgeschlossenen Vertrage, dessen Wortlaut hier zum ersten Male publiciert worden ist, eine Stellungnahme zu dem spanisch-französischen Conflict vermieden wurde. Weiter hat er dahin gewirkt, dass die Bedingungen, von denen Schweden seinen Beitritt zu dieser

[1]) S. Köcher I. S. 511 ff.

Allianz abhängig machte, von den Verbündeten bewilligt wurden und dass so Schweden wirklich (der darüber am 20. Februar/1. März aufgerichtete Recess ist hier auch abgedruckt) bei Gelegenheit einer neuen Ende Februar und Anfang März 1668 zu Braunschweig behufs Auswechslung der Ratificationen abgehaltenen Zusammenkunft dem Bündnis beigetreten ist.

Endlich ist hier als Fortsetzung der im 9. Bande dieser Sammlung über die Gesandtschaft v. Crockows in Schweden aus der Zeit vom December 1662 bis zum April 1666 publicierten Actenstücke eine Auswahl aus den weiteren Relationen dieses Gesandten und den an ihn ergangenen Rescripten des Kurfürsten (Mai 1666 — August 1668) mitgetheilt worden. In denselben kommen alle in den früheren Theilen dieses Abschnittes behandelten Gegenstände zur Sprache, zugleich aber auch die anderen politischen Fragen jener Zeit, in denen sich die Interessen Brandenburgs und Schwedens begegneten, vor allem fortgesetzt die polnischen Verhältnisse und zuletzt auch der spanisch-französische Conflict und die an diesen sich anknüpfenden diplomatischen Actionen. Crockows Hauptaufgabe war es, dahin zu wirken, dass Schweden sich nicht zur Unterstützung der französischen Pläne, namentlich nicht zur Beförderung der Erhebung eines französischen Prinzen auf den polnischen Thron bestimmen lasse, vielmehr dasselbe zu engem Zusammengehen mit Brandenburg in Polen zu bewegen. Das erstere wenigstens hat er trotz aller Schwankungen der schwedischen Politik erreicht, mit der Unterzeichnung des Vertrages vom 6./16. Mai 1668 zwischen Schweden, Brandenburg und dem Pfalzgrafen von Neuburg, (derselbe ist hier auch abgedruckt), durch welchen sich die beiden ersten Mächte zur Beförderung der Throncandidatur des letzteren in Polen verpflichteten, über dessen wirkliche Bedeutung er sich selbst allerdings keineswegs trügerischen Illusionen hingegeben hat, findet seine dortige Negotiation ihren Abschluss. Seine Relationen bilden so gewissermassen die Brücke, welche zu dem nächstfolgenden und auch zu den späteren Abschnitten dieses Bandes hinüberführt, zu denen allen dieselben werthvolle Ergänzungen darbieten.

II. Der bremische Krieg, die Quadrupelallianz und die engere Vereinigung zu Braunschweig. 1665—1668.

a. Der Bremische Krieg.

Die vier Haubtpuncta des Stadtbrehmischen Abgeordneten [1]) unterthänigst abgelegter Proposition bestehen hierinne s. l. et. d. [Juni 1665].

[Proposition des bremischen Abgesandten Wachmann.]

c. 10. Juni. 1. Kf. möchte dahin wirken, dass ein tapferes kurfürstliches Gutachten pro conservatione civitatis Bremensis an den Kaiser förderlichst erfolge und auch im Nothfall wirklich ausgeführt werde.

2. Kf. möchte als Mitglied des Obersächsischen, Westfälischen und Niedersächsischen Kreises dahin wirken, dass in omnem necessitatis casum die vom Kaiser bei diesen Kreisen verordnete Reichshülfe [2]) wirklich erfolge, falls dieselbe sich aber verzögere und die Stadt inzwischen ad sustinendum primum impetum mehr Völker als ihre eigene Garnison bedürfen sollte, derselben etwa 500—800 Mann oder mehr überlassen und deswegen sofort die nöthige Ordre ergehen lassen.

---

[1]) Der Syndicus D. Johann Wachmann; das Creditiv des Bremer Rathes für denselben ist vom 24. Mai/[3. Juni] 1665, das Recreditiv des Kf. Cöln a. d. Spree 6./[16.] Juni 1665 datiert; vergl. über denselben Duntze, Geschichte der freien Stadt Bremen IV. S. 65 ff. (irrig wird dort aber S. 68 diese Sendung Wachmanns an den Kf. und andere benachbarte Fürsten in den März 1665 gesetzt, s. dagegen schon Köcher, Gesch. von Hannover u. Braunschweig I. S. 456.)

[2]) Schreiben Kaiser Leopolds an die kreisausschreibenden Fürsten des ober-, niedersächsischen und westfälischen Kreises d. Wien 30. März 1665; s. Köcher l. S. 456.

3. Kf. möchte seine Gesandtschaft für den nächstkommenden Niedersächsischen Kreistag dahin instruieren, dass den kaiserlichen Schreiben an die Kreisstände wegen Zulassung Bremens zu den Kreistagen wirklich nachgekommen werde.

4. Kf. möchte wegen des Oldenburger Zolls[1]) zufolge seiner in Wien eingelegten Protestation darauf halten, dass dem Grafen von Oldenburg nicht gestattet werde, denselben an andere zu alienieren, dass derselbe vielmehr im Falle des Todes des Grafen für erloschen gehalten und gänzlich aufgehoben werde.

Unterthänigstes Memorial [Wachmanns] s. l. et d. [Juni 1665].

[Bitte um Erfüllung der Versprechungen des Kf.]

1. S. Ch. D. haben dem Brehmischen Herrn Abgeordneten bei dessen Abfertigung gnädigst versprochen, an des K. Schwedischen Reichsfeldherrn Graf Wrangels Exc. ein Schreiben ergehen zu lassen, damit wieder die Stadt Brehmen via facti nichts tentiret werde, umb dessen Ausfertigung ged. H. Abgeordneter unterth. Erinnerung zu thun begehret. fiat. c. 16. Juni.

2. Wie auch, dass S. Exc. der Herr von Jena instruiret werden möge, bei beiden Fürstl. Braunschweigischen Lüneburgischen Häusern, insonderheit aber (aus bekannten Ursachen) zu Hannover bei Herzog George Wilhelms F. D. das beste zu thun,

1) pro admissione civitatis Bremensis ad sessionem et votum in diaetis circularibus inferioris Saxoniae,

2) pro eventuali assistentia in casum necessitatis, nach laut kaiserlicher Schreiben an die drei Kreise, aut saltem pro cooperatione ad amoliendam omnem vim armorum. fiat.

3) Dass S. Ch. D. dergleichen Schreiben auch an hochged. Herzogen zu Hannover Fürstl. D. abgehen zu lassen geruhen wollten[2]).

---

[1]) Vgl. Urk. u. Act. XI. S. 173; Köcher I. S. 88 und über Bremens Antheil an diesem Streite Duntze IV. S. 55 ff.

[2]) Erst am 14./24. August 1665 erlässt Kf. ein Schreiben an Wrangel, in welchem er denselben ersucht, bei seiner jetzigen Anwesenheit in Schweden dahin zu wirken, dass gegen die Stadt Bremen, welche sich zu aller Raison und Billigkeit erbiete, nichts via facti vorgenommen, sondern dieselbe bei ihrem statu praesenti nach dem Friedensschluss und Stadischen Vergleich gelassen und die Streitigkeiten via ordinaria abgemacht würden; gleichzeitig befiehlt er dem in Hildesheim (s. Urk. u. Act. XI. S. 584) befindlichen Fr. v. Jena, bei den braunschweigischen Herzogen die Sache der Stadt zu recommendieren.

Friedrich von Jena an den Kurfürsten. D. Hildesheim 22. August/[1. September] 1665.

[Aeusserungen des schwedischen und der braunschweigischen Gesandten inbetreff der Bremer Angelegenheit.]

1. Sept. Er hat nichts verrichten können, da Herzog Georg Wilhelm nach Oesen verreist ist. Der Schwedische[1]) zeigt sich gegen ihn sehr vertraulich, hat ihm alle Beschwerden der Krone gegen Bremen gezeigt, sie werden aber schwerlich in der Sache Interponenten leiden und mit Bremen nicht als einer Immediatstadt zu thun haben wollen. Die braunschweigischen Minister, mit denen er wegen der bremischen Sache geredet, meinen, wegen Bremens Admission sei auf künftigem Kreistage zu reden, sonst würde man Schweden offendieren, doch sehen dieselben sonst wohl ein, wieviel dem Kreise und namentlich dem Hause Braunschweig daran gelegen ist, dass die Stadt nicht untergebracht werde, und sie wünschen gütliche Beilegung des Streites. Auch er hat dem bremischen Syndicus hier bei dessen Durchreise gerathen, die Stadt möchte suchen aus der Sache in der Güte zu kommen. Der Schwedische erklärt auch, die Krone möchte gern aus der Sache sein, sie wollte der Stadt in ihren commerciis aufhelfen, müsste derselben aber auf irgend eine Weise versichert sein. Eine Besatzung begehren sie nicht, aber die Stadt solle sich der Immedietät begeben.

Der Kurfürst an den Kaiser. D. Cöln a. d. Spree 25. September/[5. October] 1665[2]).

[Die schwedischen Rüstungen.]

5. Oct. — Mir [ist] gleichergestalt von unterschiedenen Orten die Nachricht zugekommen[3]), welchergestalt zwar die Chron Schweden eine ziembliche Anzahl Völker unter conduite des Reichsfeldherrn Graff Wrangel herausschicke, dass sie aber und wo selbige angelangt sein solle, habe ich bishero nicht erfahren können, viel weiniger zu was Ende und wohin etwa ihr dessein gerichtet sei, so bald ich davon einige Gewissheit erlange, will ich nicht unterlassen, meiner Schuldigkeit nach

[1]) Der schwedische Regierungspräsident in Stade, Dietrich Schweder Kleihe, s. Urk. u. Act. XI. S. 582 ff.

[2]) Antwort auf ein Schreiben Kaiser Leopolds (d. Salzburg 25. September 1665), in welchem derselbe dem Kf. Mittheilung von den ihm wegen schwedischer Rüstungen gegen Bremen zugegangenen Nachrichten macht und ihn ersucht, ihm seine Meinung darüber und was zur Erhaltung der Ruhe im Reiche zu thun sei, zu eröffnen, sowie auch seine Gesandten in Regensburg darüber zu instruieren.

[3]) Vergl. die Relation v. Crockows aus Stockholm vom 2./12. August 1665 (Urk. u. Act. IX. S. 804).

Ew. K. M. von allem gehorsambste Nachricht zu erstatten. Ich habe sonsten allemahl diese gewisse Nachricht gehabt, dass die Chron Schweden nicht gesonnen gewesen zu armiren, weiniger einige Völker auf des Reiches Boden zu schicken, sobald sie aber die starke Münsterische Armatur vernommen, haben sie zugleich die Resolution ergriffen, einige Völker herauszuschicken, und ist mir nicht wissend, ob sie einige Differentien mit des Bischoffen zu Münster Ld. haben, oder auch gar mit dessen dessein einig sein, viel weiniger habe ich einigen gewissen Grund erlangen können, dass sie wider die Stadt Brehmen etwas Thätliches vornehmen sollten, wiewohl desfals von langer Zeit her starke Gerüchte gegangen. Sonsten hat man auch darfür gehalten, als wenn sie sich nacher Polen derends wenden würden. —

Bürgermeister und Rath von Bremen an den Kurfürsten. D. 16./[26.] December 1665.

[Bitte um Ueberlassung von Truppen und um Vermittlung.]

Sie erneuern das schon im Sommer durch ihren Abgesandten D. Wachmann[1]) dem Kf. vorgetragene Gesuch, da alles[2]) um die Stadt herum seitdem sich in Waffen gestellt hat und sie ihre Garnison zu verstärken wünschen, Kf. möchte aus seinen nächstgelegenen Garnisonen 300 oder 400 Mann auf etliche Monate in ihre Dienste treten lassen. Zugleich ersuchen sie Kf., beim Kaiser, den anderen Kurfürsten und deren Gesandten in Regensburg dahin zu wirken, dass die Stadt bei ihrer Reichsfreiheit geschützt werde, ferner den Grafen Wrangel dahin zu disponieren, dass die Streitigkeiten in Güte geschlichtet würden, und selbst die Vermittlung dabei zu übernehmen[3]). 26. Dec.

Instruction, wornach sich unser Cammerjuncker Georg Wilhelm von Podewilss — zu achten. D. Cleve 10./20. Januar 1666.

[Drohende Aussichten durch den Münsterschen Krieg. Anerbieten des Kf. zur Vermittlung der Streitigkeiten mit Bremen. Stand der Tractaten mit Holland. Anhalten von Getreide in Verden.]

Er soll sich förderlichst auf die Reise zu Graf Wrangel begeben, welchen 20. Jan.

[1]) S. oben S. 72.

[2]) Vgl. Duntze IV. S. 151f.; Köcher I. S. 456f.

[3]) In einem zweiten Schreiben von demselben Datum klagt der Bremer Rath über Sperrung der Schiffahrt auf der Weser durch den schwedischen Zöllner zu Inschede und den Licenteinnehmer zu Verden.

er entweder im Bremischen oder in Vorpommern antreffen wird, demselben ausführlich den Zustand dieser Quartiere[1]) entdecken, dass beide kriegführende Parteien jetzt in den Winterquartieren liegen und neuerdings nichts Hauptsächliches vorgegangen, da aber zu Frieden und gütlichen Tractaten noch wenig Apparenz, wäre zu fürchten, dass im nächsten Frühling die Sache zu grossen Extremitäten und höchst gefährlichen Weiterungen ausschlagen und dass nicht nur der Westfälische, sondern auch der Niedersächsische Kreis und das ganze Römische Reich impliciert werden möchte, Kf. wünsche daher Wr.'s Meinung zu vernehmen, wie man die gegenwärtige Unruhe entweder durch gütliche Mittel und Tractaten dämpfen oder sich dagegen sichern könne, dass man nicht wider seinen Willen in diesen Krieg impliciert werde.

Ferner habe Kf. vernommen, es sollte im Bremischen neue Unruhe zu besorgen und einige Desseins wider die Stadt obhanden sein. Sollte die Krone ein Mecontentement über die Stadt haben, so erbiete sich Kf. zur Interposition, er wolle sich dabei so betragen, dass die Stadt zu allen billigen und raisonnablen Conditionen disponiert werde. Sollte Wr. die Interposition damit ablehnen, dass die Krone die Stadt für mediat hielte, so soll er darauf erwidern, Kf. stelle solches an seinen Ort, es sei aber bekannt, dass auch in solchem Falle Benachbarte sich ins Mittel gelegt, und würde dieses der Krone jura nicht kränken. Sollte der Feldherr versichern, man beabsichtige nichts Thatsächliches wider die Stadt vorzunehmen, so hat er solches zu acceptieren; sollte, wie gerüchtweise verlautet, schon ein Vergleich zustande gebracht sein, so hat er deswegen zu gratulieren.

Sollte der Feldherr sich nach des Kf. Zustand, insonderheit wie es mit dessen holländischen Tractaten[2]) stehe, erkundigen, so kann er antworten, dass diese noch zu keinem Schluss gebracht seien, Kf. hätte auch damit nicht sonderlich eilen wollen, da er keine gewisse Nachricht von der Krone Schweden Intention gehabt, er würde es als ein Zeichen sonderbarer Confidenz aufnehmen, wenn der Feldherr ihm im Vertrauen etwas davon entdecken wollte, er wollte sich gern ihren consiliis conformieren, jedenfalls mit Schweden Freundschaft zu erhalten beflissen sein. Unter der Hand hat er sich auch zu erkundigen, in welcher Postur man sich schwedischerseits befinde, wie viel Völker aus Schweden dort angekommen seien oder noch erwartet würden.

Er soll auch suchen, des Feldherrn judicium von dem braunschweigischen Werke, ob derselbe billige, dass Herzog Georg Wilhelm sich soweit mit Holland engagiert[3]), zu erfahren.

Da Unterthanen des Kf. wegen Anhaltung des Getreides in Verden Klage geführt haben, so soll er darauf dringen, dass dieses abgestellt und die Commercien nicht weiter behindert werden.

[1]) Ueber den damaligen Stand des Münsterschen Krieges s. Urk. u. Act. XI. S. 682 ff.

[2]) S. Urk. u. Act. XI. S. 678 ff.

[3]) a. a. O. S. 635 ff.; Köcher I. S. 440 ff.

Der Kurfürst an die Stadt Bremen. D. Cleve 17./[27.] Januar 1666.

[auf das Schreiben vom 16. December. Abschickung an Wrangel. Ermahnung zu versöhnlichem Verhalten.]

— So haben wir Jemand der Unsrigen[1]) an den Reichsfeldherrn Grafen 27. Jan.
Wrangel abgeschickt, demselben die Gefahr, welche dergleichen Vorhaben nach sich ziehen würde, fürgestellet und unsere Mediation bei den zwischen der Kron Schweden und Euch etwan schwebenden Differentien wohlmeinend offerirt. Ob und welcher Gestalt dieselbe nun beliebet und angenommen werden möchte, solches stehet hiernächst zu vernehmen. Inmittelst aber verstehen wir uns auch zu Euch, wollen Euch auch desfalls in guter Intention ermahnet und erinnert haben, dass Ihr alles, was zu Beibehaltung des Glimpfes und Eintracht und Abwendung aller dergleichen besorglichen Anstalt immer gereichet, mit aller Sorgfalt und Fleiss beobachtet, der Kron Schweden in den ihr zustehenden iuribus und Befugnissen keinen Eintrag noch Schmälerung zufüget, noch unnöthige Streitigkeiten und Disputaten erreget oder dazu Ursach gebet, damit man auch am andern Theil dadurch zu glimpflichen consiliis und gelinden Wegen bewogen werden möge. Dieweil wir auch auf diese Manier uns Eure Sicherheit und Wohlfahrt, so viel an uns, zu befördern angelegen sein lassen, so könnet Ihr selbst urtheilen, dass wir Euch in den anderen petitis nicht deferiren oder uns anderer Gestalt als auf diese Weise des Werks annehmen können. Wegen beschehener Anhaltung des Getreides zu Verden haben sich auch unsere Unterthanen beschweret, und wollen wir bei dem Herrn Grafen Erinnerung thun lassen, dass solche abgestellet und den Commercien ihr freier Lauf gelassen werden möge. —

G. v. Podewils an den Kurfürsten. [s. l. et d. Praes. 24. Februar 1666.]

[Antwort Wrangels. Aeusserungen desselben und Dohna's über die schwedische Politik.]

Er ist am 6. Februar zu Stade eingetroffen und hat am 7. bei Wrangel 24. Febr.
Audienz gehabt. Derselbe erwiderte auf seine Proposition, Schweden bemühe sich, den Frieden im Römischen Reich zu erhalten und neutral zu bleiben, seiner Meinung nach sei höchstnöthig, Herzog Georg Wilhelm von der Allianz

---

[1]) v. Podewils, s. oben S. 75f.

mit den Staaten wieder abzubringen, da sonst der Bischof genöthigt sein würde, andere Hülfe an sich zu ziehen und so den Krieg auf den Reichsboden zu bringen, er wüsste, dass man auf lüneburgischer Seite sehr zur Trennung inclinierte, es mangelte aber an guter Gelegenheit und Mitteln, es werkstellig zu machen, des Grafen Waldeck consilia wären auch an jenem Hofe nicht mehr so angenehm, als sie anfangs geschienen.

Die vom Kf. angebotene Mediation wegen der Stadt Bremen nahm er ad referendum an seinen König und bat, Kf. möchte sich so lange gedulden, bis er deswegen Antwort erhalten. Er erhob grosse Klagen über die Stadt.

Ihr angehaltenes Getreide sollten des Kf. Unterthanen richtig bezahlt erhalten, wenn sie sich nur zu Stade bei der Regierung angeben wollten; er hat wohl merken können, dass es blos geschehen, um der Stadt Bremen die Zufuhr zu benehmen, zu welchem Zwecke sie auch schon den Weserstrom gesperrt haben.

Aus dem ihm nachgeschickten Schreiben des Kf.[1]) hat er mit dem Feldherrn auch geredet, derselbe zeigte sich sehr surpreniert, dass dergleichen Dinge aus Schweden berichtet würden, versicherte, sein König setzte in Kf. keine Diffidenz, er wolle dieses alles demselben berichten, um soviel als möglich die Tractaten zum Schluss zu befördern. So lange er in Schweden gewesen, habe man auf des Kf. Person und Allianz mehr Reflexion gemacht als auf irgend einen anderen Potentaten. Wegen der Hildesheimer Zusammenkunft würde Kley[2]), der schon auf der Rückreise begriffen, Gewissheit mitbringen. Sonst hat er bei dem Feldherrn und anderen wegen ihrer bekannten grossen Verschwiegenheit nicht viel penetrieren können. Nur ergab sich aus Wrangels Discursen, dass man schwedischerseits mehr auf die englische als holländische Partie incliniere. Als P. den Discurs auf die französische und dänische Allianz mit Holland[3]) brachte, äusserte er, Frankreich müsste grosse Desseins vorhaben, wenn man ihm nicht im Anfang widerstände, so dürfte der König wohl suchen den Rhein zur Grenze gegen Deutschland zu setzen, weil auch Dänemark sich in diese Allianz eingelassen, so würden sie sich wohl auf die Länge nicht neutral halten können.

Vom Grafen von Donaw[4]), dessen aufrichtige Treue für Kf. er nur rühmen kann, hat er im Vertrauen erfahren, dass die schwedischen Reichsräthe bei der Minderjährigkeit des Königs nicht gern zum öffentlichen Krieg sich resolvieren wollten, sie hätten auch über diese Armatur zu Anfang im höchsten difficultiert, endlich aber auf des Feldherrn Versprechen, sich so lange als möglich aus dem

[1]) d. Cleve 31. Januar 1666, durch welches ihm Kf. aus Schweden zugegangene Nachrichten, wahrscheinlich v. Crockows Relation vom 20./30. December 1665 (Urk. u. Act. IX. S. 809 f.) zugesendet hatte.

[2]) S. oben S. 74.

[3]) Ueber diesen holländisch-dänischen Allianztractat vom 11. Februar 1666 und die dadurch in Schweden erregte Unzufriedenheit s. Mém. de Pomponne II. S. 91 ff., Mém. d'Estrades IV. S. 107 ff., oben S. 63.

[4]) Graf Christoph Delphicus v. Dohna, s. Urk. u. Act. IX. S. 733.

Kriege zu halten, darein gewilligt. Dass die Tractaten in Schweden mit Krockow[1]) so langsam fortgingen, käme daher, dass derselbe auf die ultimata noch nicht habe Resolution geben können, welche Verzögerung bei der Krone einiges Nachdenken erregt habe. Ihre Allianzen betreffend, stünden sie mit niemand so fest, dass sie nicht mit anderen tractieren könnten. Mit England stünde man in guter Correspondenz, es möchten wohl einige kleine Differenzen mit Frankreich sein, die aber hoffentlich wieder würden gehoben werden[2]).

Bürgermeister und Rath von Bremen an den Kurfürsten.
D. 16./[26.] Februar 1666.

[auf das Schreiben vom 17. Januar. Neue Verhandlungen. Bitte um Vermittlung des Kf.]

Versicherung ihrer friedlichen und versöhnlichen Absichten. Sie haben[3]) 26. Febr.
an Graf Wrangel eine Abschickung gethan und sich zu gütlichen Tractaten erboten, solche sollen Montag den 19. st. v. zu Stade angestellt werden. Als wegen einiger Mediatoren Erwähnung geschehen, hat Wrangel erklärt, darauf nicht instruiert zu sein, es erforderte fünf Wochen Zeit, bis er desfalls Antwort von Stockholm haben könnte, inmittels müsse es mit der Stadt Bremen schon abgethan sein. Sie haben sich darauf, zumal da die schwedischen Völker zunächst um die Stadt in das Herzogthum Bremen verlegt, die Reiterwachen auf ihrem Grund bis auf eine Viertelmeile von der Stadt ausgestellt sind und die Zufuhr zu Wasser und Lande bisher gesperrt worden, entschlossen, diese

---

[1]) S. Urk. u. Act. IX. S. 803 ff.

[2]) Nach einem beiliegenden Verzeichnis der im Herzogthum Bremen stehenden Truppen befinden sich dort:

Obrist Wrangels Regiment z. Pf.	1000 M.
- Kochs - - -	800 -
Des Feldherrn Leibescadron Dragoner	400 -
Escadron des Feldherrn z. Pf.	150 -
Obrist Delvigs Regiment z. F.	1000 -
- Grothausens Regiment z. F.	800 -
Obristlieutenants Horns Escadron z. F.	400 -

ferner wirbt Obrist Gehl ein Regiment z Pf. von 600 M. und Graf Otto Wilhelm Königsmarck eine Escadron z. Pf. von 150 M. Des Feldherrn Leibregiment (2500 M.) und Obrist Plantins Reg. z. Pf. (1000 M.) stehen in Pommern, sollen aber nächsten Monat nach Bremen kommen, 6000 Finnen stehen in Schonen marschbereit, Gen.-Adjutant Lattermann hat P. versichert, er hätte in Schweden auf dem Musterplatz gesehen 15 000 z. Pf., 3000 Dragoner und 18 000 z. F., ob es sich aber so verhalte, will P. an seinen Ort gestellt lassen. Die Garnisonen in Stade und anderen Festungen des Herzogthums sind alle von des Gen.-Majors Königsmarck Regiment, das 2000 Köpfe zählt.

[3]) Vgl. Duntze IV. S. 154.

Tractaten zunächst ohne Mediation anzutreten, doch sich die Adhibition von Mediatoren ausdrücklich reserviert und dadurch soviel erreicht, dass ad interim die commercia in etwas wieder freigegeben sind. Sie bitten Kf., seine Mediation von selbst und gleichsam proprio motu ferner poussieren zu lassen oder ihnen zu gestatten, dass sie dieselbe vorschlagen, falls dieselbe aber vom R.Feldherrn nicht angenommen werden sollte, Jemand seiner Räthe zu committieren, der sich ihrer bei den Tractaten mit annehmen möchte, und falls keine billigen Conditionen zu erhalten sein sollten, dieser des h. Reichs Frontierstadt beizuspringen.

Bürgermeister und Rath von Bremen an den Kurfürsten. D. 23. Februar/[5. März] 1666.

[Die schwedischen Forderungen. Bitte um Vermittlung des Kf.]

5. März. Ihren Abgeordneten ist zu Stade[1]) die Proposition dahin eröffnet worden, dass sie sich einfach der Reichsimmedietät begeben müssten, wo nicht, würden die schwedischen Truppen hieher geführt werden und man sich nicht mehr schuldig erachten, vias armorum et facti anstehen zu lassen. Da daraus zu ersehen, dass sie ohne kräftige hohe Mediation in der Güte nichts ausrichten werden, so bitten sie Kf., mit seiner Interposition, und zwar von selbst geschickt, sie zu soulagieren, auch eventualiter nachdrückliche Anstalt zu ihrer Conservation zu treffen und sich auch auf dem Reichstage ihrer anzunehmen.

Dieselben an den Kurfürsten. D. 21./[31.] März 1666.

[Die Wiederabreise des Gesandten des Kf.]

31. März. Sie danken dem Kf., dass er einen Gesandten[2]) an den schwedischen R.-Feldherrn geschickt. Die Wiederabreise desselben wollen sie nur so deuten, dass derselbe nöthig erachtet, dem Kf. mündlichen Bericht zu erstatten, nicht, wie verlauten will, dass er nicht admittiert worden sei. Sie bitten Kf. auf allen Fall seinen Gesandten wieder abzusenden und die gütliche Pflege mit befördern zu lassen.

[1]) Vgl. über diese neuen Verhandlungen Diarium Europ. XIII. Append. S. 1 ff.; Londorp IX. S. 443 ff.; Duntze IV. S. 154 f.; Köcher I. S. 457.

[2]) Nach dem Geh. Rathsprotocoll vom 15. März wird an diesem Tage nach Verlesung des Schreibens des Bremer Rathes [vom 5. März] beschlossen, jemand an Wrangel abzuschicken. Näheres über diese neue Sendung ist aus den Berliner Acten nicht zu ersehen, nach Köcher I. S. 458, welcher sich auf den Bericht des braunschweigischen Gesandten Spörcke stützt, ist wieder v. Podewils entsendet worden und hat dieselbe Antwort wie die gleichzeitig erschienenen braunschweigischen Gesandten erhalten, Wr. könne das Erbieten der Vermittlung nur ad referendum annehmen. Vgl. auch den Bericht des kaiserlichen Gesandten de Goess vom 15. Mai 1666 (Urk. u. Act. XIV. 1. S. 267).

S^r. Churf. Durchl. auf des Königl. Schwedischen Präsidenten Kleihen Proposition Resolutio. Sign. Cleve 10. Mai 1666.

[Geneigtheit zu einem Bündnis. Schwedische Vermittlung in England. Bündnis Dänemarks mit Holland. Die Zustände in Polen.]

Kf. hat sowohl von Kleihe mündlich als auch aus dessen schriftlicher 10. Mai.
Proposition[1]) vernommen, was derselbe für Contestationen wegen des Vertrauens seines Königs zu Kf. und wegen dessen Begierde zur Erhaltung des allgemeinen Friedens gemacht, auch was er wegen Aufrichtung eines foederis zwischen seinem Könige, Kf., dem Hause Braunschweig-Lüneburg und Hessen-Cassel, ferner wegen Vermittlung zu Hinlegung des englischen Krieges, wegen des Königs von Dänemark und der Polnischen Unruhe vorgetragen hat.

Kf. ist erfreut, dass der König ein so gutes Urtheil von seinen bei der Münsterschen Unruhe geführten consiliis fälle und dass derselbe sich die Erhaltung des westfälischen Friedens und der allgemeinen Ruhe angelegen sein lasse, er hofft, dass um so eher die vorgeschlagenen[2]) tractatus foederis unter ihnen beiden und den Häusern Braunschweig und Hessen-Cassel zu guter Richtigkeit gelangen können; Kf. will, nachdem die darüber mit den letzteren schon begonnenen Unterhandlungen durch die Münsterschen motus unterbrochen sind, sich darum weiter bemühen. Da die G.-Staaten auf gleiche Gedanken gerathen[3]), sich mit den Benachbarten in eine Defensivallianz einzulassen, auch die Krone Schweden gern darin begriffen wissen wollten, so wünscht Kf. des Feldherrn Gedanken darüber zu vernehmen.

Kf. ist erfreut, dass der König eine Ambassade nach England[4]) geschickt hat und sich dort um Vermittlung des Friedens bemüht, Kf. erbietet sich auch, was in seinem Vermögen sein wird, dazu beizutragen.

Das Engagement des Königs von Dänemark[5]) mit den Staaten der Vereinigten Niederlande geht, soviel Kf. Nachricht hat und ihm, namentlich von dem Könige von Frankreich, versichert wird, zu niemandes, am wenigsten der Krone Schweden Offension, sondern bezweckt nur den Gewaltsamkeiten in der See zu steuern und, soviel möglich, während des Seekrieges die Commercien zu salvieren, Kf. hofft daher, die Krone Schweden werde hiervon keine

---

[1]) Nach dem Geh. Rathsprotocoll vom 8. Mai wird an diesem Tage die von Kley eingereichte Proposition 1) wegen einer Allianz mit Schweden, Braunschweig und Cassel, 2) wegen des englischen und staatischen Krieges, verlesen. Vgl. Pufendorf IX. § 82 S. 625, der aber irrthümlich dieselbe vom 23. Juni datiert, und die Relation de Goess' vom 15. Mai 1666 (Urk. u. Act. XIV. 1. S. 270).

[2]) Ueber diese, durch die Erfurter Angelegenheit veranlassten, schon seit dem September 1664 geführten Allianzverhandlungen s. Köcher I. S. 337 ff.; Urk. u. Act. XI. S. 397. 651.

[3]) Ueber die damals von holländischer Seite gegebene erste Anregung zu der sogen. Quadrupelallianz s. unten.

[4]) S. Mém. de Pomponne II. S. 161.

[5]) S. oben S. 78.

Ombrage nehmen. Sollte ihm aber dennoch etwas Speciales an die Hand gegeben werden können, worin Dänemark zu weit gegangen sein sollte, so will Kf. zu Unterhaltung fester Freundschaft zwischen den nordischen Kronen alle dienliche remonstrationes und officia anwenden.

Das Polnische Unwesen betreffend bezieht sich Kf. auf dasjenige, was er hierüber mit Kleihe mündlich geredet, woraus der Feldherr verspüren wird, dass Kf. gleichen Zweck mit der Krone Schweden führe und dabei nichts mehr wünsche, denn dass die Krone Polen eines ruhigen Zustands geniessen und bei ihren privilegiis und Libertät ungekränkt erhalten werden möge.

Graf Wrangel an den Kurfürsten. D. Verden 16./[26.] Juni 1666.

[Die Quadrupelallianz. Des Kf. Erklärung wegen Bremens. Zulassung von Bevollmächtigten des Kf. und anderer Nachbaren zu den Verhandlungen.]

26. Juni. Dank für die dem Präsidenten Kleihe ertheilte Resolution. Betreffend die von den G.-Staaten beabsichtigte Defensivallianz sowohl mit seinem Könige als auch mit Dänemark, Kf. und den Häusern Braunschweig und Hessen-Cassel, so glaubt er nicht, dass es den G.-Staaten mit Comprehendierung seines Königs in dieselbe ein rechter Ernst sei, dass vielmehr es mit dieser Allianz ihrerseits mehr zu Erlangung einer scheinmässigen Befugnis, seinen König dabei zu praeterieren und im übrigen solche zu dessen Gefährde und zu Schwächung gutes Vernehmens mit anderen zu dirigieren als dessen und des gemeinen Besten Sicherheit und Frommen zu befördern gemeint sei, dass sein König daher diese Allianz lieber verhütet als befördert sehen möchte.

Sonsten hat auch obgedachter H. Praesident Kleyhen mir zu hinterbringen nicht vergessen, wessen E. Churf. D. gegen ihn wegen der Stadt Bremen sich vernehmen lassen[1]), indem Sie derselben in ihrer gepraetendirten Immedietät nicht allein keinen Beifall geben, sondern ihr vielmehr gegen Ihre Königl. M. sich darin zu accommodiren gerathen hätten, ja auch auf den Fall sie solches nicht thun und in ihrer Opiniatrität — verharren würde, zu deroselben würklichen Assistenz, wann selbige verlanget werden sollte, sich anerbietig gemachet. Wofür E. Churf. D. schuldiger Dank und eine besondere Obligation von meinem gnädigsten Könige und Herrn billig gebühre. — So kann E. Churf. D. ich hiemit auch woll versichern, dass I. Königl. M. gleichergestalt gegen die Stadt so gütig und billig gesinnet sein, dass Sie wieder gute Befugnus

[1]) Vgl. de Witts Schreiben an Beuningen vom 13. Mai 1666 (Lettres et négociations entre M. Jean de Witt et MM. les plénipotentiaires des provinces unies des Pais-bas. III. S. 438) und unten v. Crockows Bericht vom 23. Mai/[2. Juni] 1666.

derselben nichts werden zumuthen oder angesinnen, massen denn auch Ihr. Königl. M. nicht allein nicht zuwider, sondern vielmehr ganz lieb und angenehmb sein wird, wann sowohl E. Churf. D. als andere benachbarte Fürsten die mit der Stadt angefangene Tractaten durch dero Ministros mit werden beiwohnen lassen wollen [1]). —

Der Kurfürst an Graf Wrangel. D. Cleve 3. Juli 1666.

[Anerbieten zur Vermittlung.]

Ihm nebst anderen Ständen ist eine Reichscommission [2]) zu gütlicher Bei- 3. Juli.
legung der Bremischen Irrungen übertragen worden. Da er nichts mehr wünscht, als dass diese Sache ohne Weiterung und Thätlichkeit zur Richtigkeit gebracht werde, und die Stadt Bremen durch ihren hieher abgeordneten Syndicus D. Eden [3]) ihm hat vorstellen lassen, welche Leiden dieselbe bei diesen Streitigkeiten auszustehen habe und wie sehnlichst sie eine Beendigung derselben wünsche, so fragt er an, in welchen terminis die Sache stehe und was er etwa dazu thun könne. Da er vernimmt, der König habe die Interposition des Hauses Braunschweig angenommen und dasselbe habe Gesandte nach Bremen geschickt [4]), und da er vermuthet, dergleichen Privatinterpositionen möchten demselben lieber sein, als dass die Reichscommission ihren Effect erreiche, so frägt er an, ob Wr. lieber sehen würde, wenn auch er für sich seine Mediation und Interposition anmeldete, er hat deswegen auch in Schweden angefragt [5]). Er versichert, dass er sich dabei als treuer Alliierter und Freund betragen werde, und schlägt zu Beförderung des gütlichen Vergleichs vor, dass die Stadt in ihrem statu quo gelassen, wider dieselbe zu keinen ferneren Thätlichkeiten geschritten, auch was etwa vorgenommen sei, abgestellt werde.

---

[1]) In ganz ähnlichem Sinne hatte Wr. auch (d. Bremervörde 30. Mai/[9. Juni] 1666) an die braunschweigischen Herzoge geschrieben, s. Köcher I. S. 468.

[2]) S. die Reichsgutachten vom 14. und 30. April 1666 und das Schreiben Kaiser Leopolds vom 4. Juli 1666 (Pachner v. Eggenstorff I. S. 203. 214. 230). Vgl. Köcher I. S. 468.

[3]) Das Creditiv des Bremer Rathes für denselben ist vom 1. Juni, das Recreditiv des Kf. Cleve 13./23. Juli 1666 datiert, in letzterem zeigt Kf. an, er habe zunächst die Wünsche der Stadt durch ein besonderes Schreiben Wrangel mitgetheilt, jetzt aber beschlossen, nochmals eine Schickung an denselben zu thun in der Hoffnung, es würden dadurch die Streitigkeiten in der Güte gehoben werden können.

[4]) S. Köcher I. S. 470.

[5]) S. unten v. Crockows Relation vom 11./[21.] Juli 1666.

Graf Wrangel an den Kurfürsten. D. Stade 10./[20.] Juli 1666.

[auf das Schreiben vom 3. Juli. Annahme der Vermittlung des Kf.]

20. Juli. Bisher sind[1]) alle glimpfliche Remonstrationen bei der Stadt Bremen erfolglos gewesen und auch in den drei Wochen, seitdem die Lüneburgische Gesandtschaft erschienen, ist nichts ausgerichtet worden. Dem Könige wird es lieb sein, wenn auch Kf. seine guten officia bei der Sache anwenden wolle, zumal da derselbe versichert sein kann, dass Kf. in causa communi electorum et principum die Stadt zur raison anhalten werde, damit er nicht gemüssigt werde, zu anderen zulänglichen Mitteln zu greifen und die Stadt zu ihrer Schuldigkeit anzuweisen.

Instruction[2]), wornach sich unsere — Geh. Cleff- und Märkischer auch Mindischer Regierungsräthe und Director im Hofgericht, Drost zum Petershagen, auch liebe getreue G. J. Ledebaur[3]) und Johan de Beier[4]) unterthänigst zu achten. D. Cleff 23. Juli 1666.

[Anerbieten der Vermittlung in der bremischen Sache. Vorschläge inbetreff des zu treffenden Vergleiches.]

23. Juli. Sie sollen sich zu Graf Wrangel begeben und demselben salva imperii commissione des Kf. Interposition zur gütlichen Beilegung der Streitigkeiten mit Bremen anbieten.

Ueber die Sache selbst sollen sie sich von allen Parteien genauer informieren lassen, namentlich mit den braunschweigischen Ministern, welche sie dort finden werden, daraus vertraulich communicieren. Da Kf. Ledebaur bereits nach Celle zu Herzog Georg Wilhelm[5]) abgefertigt, so wird derselbe ohne Zweifel alle nöthige Nachricht mitbringen.

Sie haben hauptsächlich dahin zu wirken, dass 1) die Stadt der Krone gegenüber den schuldigen Respect erweise und keine Eingriffe in die königliche jura und Hoheit sich erlaube, 2) dass dieselbe in ihrem Stande und ihren Rechten verbleibe. Sie sollen sich daher bei dem Feldherrn erkundigen, worin die Stadt dem Instr. pacis und dem Stadischen Vergleich zuwidergehandelt hätte, und darüber der Stadt ernstlich zusprechen und sie von dergleichen

---

[1]) Vgl. über diese neuen vergeblichen Verhandlungen Duntze IV. S. 158f.; Köcher I. S. 470f.

[2]) Vgl. Pufendorf IX. § 82. (S. 625f.)

[3]) Ueber dessen Sendung nach Schweden im Jahre 1661 s. Urk. u. Act. IX. S. 733ff.

[4]) S. Urk. u. Act. XI. S. 706.

[5]) S. Köcher I. S. 474.

Contraventionen abmahnen, andererseits aber auch dem Feldherrn vorstellen, Kf. zweifle nicht, die Krone werde die Stadt vermöge des Instr. pacis und Stadischen Vergleichs in dem Zustand, worin sie sich ante hosce novissimos motus befunden, unbeeinträchtigt lassen, und da die Stadt sich hauptsächlich darüber beschwert, dass man in ihre unstreitigen Güter und sogenannte Gohen Kriegsvölker einquartiert und daraus Contributionen erhoben habe, so haben sie darauf zu dringen, dass solche Thätlichkeiten eingestellt und die Stadt mit solchen Beschwerden verschont werde.

Sollte der Feldherr auf der bisher von der Stadt geforderten Renunciation des status immediatus fest bestehen, so haben sie dagegen anzuführen, dass dieselbe auf einigen Reichstagen nach einander admittiert worden und votum et sessionem gleich anderen Reichsstädten gehabt, dass sie dem Kaiser gehuldigt, dagegen nach dem Stadischen Vergleich der Krone Schweden nur ein Gelübde zu Treu und Huld abgestattet, dass im Instr. pacis jedem Theile seine Possession bis zu gütlicher oder rechtlicher Entscheidung gelassen und dass im Stadischen Recess der Stadt einige possessio status immediati, der Krone aber nur ihre Rechte in genere vorbehalten und die Immedietät zu fernerer Handlung ausgesetzt sei. Kf. sei keineswegs gemeint, die Rechte der Krone Schweden in Disputat zu ziehen, und liesse den Ausgang der rechtlichen Entscheidung dahingestellt sein, halte aber inzwischen für nöthig, einen billigmässigen Vergleich allerhand extremis vorzuziehen. Bei Einrichtung dieses Vergleichs müsste das Instr. pacis und der Stadische Vergleich pro norma gesetzt, ein jeder in dem jetzigen Besitzstande gelassen, alle Thätlichkeiten abgestellt und womöglich punctus immediatis und andere im Stadischen Vergleich noch nicht entschiedene streitige Punkte ex aequo et bono verglichen werden, sollte dieses aber nicht zu erreichen sein, so sollen sie sich bemühen, dass wegen solcher übrig bleibenden Streitigkeiten man künftig nicht ad arma und anderen Thätlichkeiten schreiten, sondern dieselben salva cujusque partis possessione bis zu anderweitiger gütlicher oder rechtlicher Entscheidung ausgesetzt bleiben und die Intervenienten Sorge tragen sollten, dass von keinem Theile etwas via facti attentiert werde.

Sollten sie merken, dass sich die Sache in die Länge ziehe, so sollen sie es so einrichten, dass sie mit gutem Glimpf wieder von dannen ziehen mögen. Sie sollen fleissig berichten, wie die Sachen stehen und was sonst dort Neues vorgehe, wie stark die schwedische Armee sei, ob sie noch fernere Werbung vornehmen oder mehr Völker aus Schweden erwarten.

v. Ledebur und Beyer[1]) an den Kurfürsten. D. Bremen 2./12. August 1666.

[Audienz bei Wrangel. Conferenz mit den schwedischen Deputierten. Ankunft in Bremen. Die schwedische Armee. Gerüchte über feindselige Absichten des Kf. gegen Schweden.]

12. Aug. Sie sind, nachdem sie in Verden erfahren, dass zu Stade keine Tractaten mehr stattfinden[2]), sondern der Feldherr sich zu Bremervörde befinde, am 30. Juli/[9. August] dort angelangt, haben aber erst am 1./[11.] August bei Wrangel Audienz erhalten. Derselbe dankte dafür, dass Kf. sich des Werks annehmen wolle, erklärte aber, der Stadt Bremen wäre nun die Gütlichkeit 6 Monate und länger offen gehalten, weil sie sich aber in keinerlei Wege anschicken wollte, so hoffte er, es würde niemand dem Könige verdenken, dass er sich dieser Stadt wegen nunmehr in bestmöglichste Sicherheit setze. Er erklärte schliesslich, er wolle dem Kanzler Nicolai und dem Regierungsrath Marschalck, die er sofort nach ihrer Ankunft von Stade verschrieben, Ordre geben, mit ihnen zu conferieren, könnten sie die Stadt dazu disponieren, gutwillig der Immedietät zu entsagen, so geschehe dem Könige und der Krone ein grosser Dienst. Sie haben darauf ihrer Instruction gemäss repliciert und vorgeschlagen, da die Krone auf Renunciation der Immedietät bestehe, die Stadt hingegen davon nicht weichen wolle, ob dieser Punkt nicht ausgesetzt und über die beiden anderen Punkte, Assecuration und prätendierte Satisfaction, verhandelt werden könnte. Wr. erklärte aber, bevor nicht die Immedietät, als der Stein des Anstosses aus dem Wege geräumt sei, wäre von den anderen nichts zu sagen. Sie haben nachher mit dem Kanzler und Regierungsrath eine Conferenz gehabt, diese deducierten ihnen aus zwei gedruckten Schriften die schwedischen Prätensionen, erklärten, man habe der Stadt zu Stade endlich das alternativum, dass sie entweder nudum titulum immedietatis doch absque effectibus, oder aber renunciata immedietate einige effectus derselben behalten möchte, vorgetragen, ihre Abgesandten seien darauf nach Bremen zurückgekehrt, um nähere Instruction einzuholen, seien aber nicht wiedergekommen, darauf seien die Lüneburgischen Gesandten zum Feldherrn nach Bremervörde gekommen und hätten sich dann auch nach Bremen begeben, denen man aufgegeben, der Stadt dieselbe Alternative vorzustellen, da diese aber in einer durch die Lüneburger dem Feldherrn übersandten Modification (sic!) an der Immedietät festgehalten, so habe derselbe den Lüneburgern zurückgeschrieben, dass er bei solcher Beschaffenheit in der Sache nichts weiter thun und ohne die Renunciation sich nicht weiter äussern könnte. Sie haben darauf vorgestellt, wenn auch

[1]) Dieselben hatten von Petershagen aus am 26. Juli/[5. August] dem Kf. gemeldet, sie gedächten morgen fortzureisen. Die schwedische Werbung gehe über die Maassen stark fort, täglich kämen Neugeworbene zu Lande oder zu Wasser hier vorbei, nach zuverlässigen Nachrichten hätten die Schweden jetzt im Herzogthum Bremen 12000 Mann beisammen.

[2]) S. über den Abbruch derselben Köcher I. S. 471.

dieser Streit wegen der Immedietät nicht in Güte zu heben, so müsste man deswegen doch nicht via facti gegen die Stadt verfahren, sondern den Rechtsweg einschlagen, jene erwiderten, man beabsichtige keineswegs wegen der Immedietät die Stadt mit Waffen anzugreifen, sondern wegen der Contraventionen müsste man endlich, da von der Güte nichts zu hoffen, zu den Waffen schreiten, und wäre die Renunciation der Immedietät das einzige Mittel, wodurch die Krone Sicherheit erlangen könnte. Schliesslich wurde beschlossen, dass die Gesandten sich nach Bremen begeben und versuchen sollten, wie weit sie es dort bringen könnten. Sie sind darauf heute nach Bremen gereist und dort feierlich empfangen worden. Sie haben auch aus den bei Tafel geführten Discursen und sonst verspürt, dass vielleicht nicht mehr res integra, sondern dass nicht nur des Königs und der Krone, sondern auch der dazu gebrauchten Ministrorum Reputation darunter engagiert sei, weshalb sie nicht von der Renunciation der Immedietät abzustehen intentioniert sein dürften.

Die Schweden haben grossen Zulauf, es sollen auch 6000 Mann herunter zu marschieren in Pommern fertig stehen, auch in Schweden Anstalt zu weiteren Truppensendungen gemacht werden, so dass in kurzer Zeit eine Armee von m/20 Mann zusammen gebracht werden könnte. Wrangel hat ihnen erzählt, in Holland sei durch H. Harschholt[1]) Bericht eingekommen, dass Kf. durch Ledebur beim Lüneburgischen Hof hätte proponieren lassen, er gedächte die Stadt zu manutenieren; sie haben ihn dagegen versichert, dass es nur, um der Tractaten jetzigen Zustand zu wissen, geschehen sei, Ledebur hat aber bei der Gelegenheit auch zur Sprache gebracht, was für fremde impressiones von Kf. bei den schwedischen Ministern in Schweden hätten gemacht werden wollen. Der Feldherr bejahte dies, es sei sogar in offenem Druck ausgegangen, dass Kf. der Krone Dänemark das Herzogthum Bremen, und dieselbe hinwiederum dem Kf. das Herzogthum Pommern hinc inde wollten recuperieren helfen; doch versicherte er, dass sowohl der König als auch er selbst von Kf. eines andern versichert wären.

Da nicht zu hoffen ist, dass durch gütliche Tractaten etwas Fruchtbarliches werde ausgerichtet werden können, so fragen sie an, ob sie nicht mit Glimpf unter dem Vorgeben, erst dem Kf. Relation abstatten zu müssen, zurückkehren sollen.

---

v. Ledebur und Beyer an den Kurfürsten. D. Bremen 7./17. August 1666.

[Wrangels Erklärung. Stimmung in Bremen.]

Nachdem Wrangel in seiner am 5./15. Aug. eingetroffenen Antwort in 17. Aug.
die Abhaltung neuer Conferenzen zu Vegesack gewilligt, zugleich aber erklärt hat, dass man schwedischerseits auf der Renunciation der Immedietät bestehen werde, haben sie der Stadt dieses und die ihr drohenden Gefahren vorgehalten

[1]) Der holländische Oberst Haersolte, welcher als Gesandter zu den lüneburgischen Herzogen geschickt war, s. Köcher I. S. 462 ff.

und sie so super puncto immedietatis sondiert. Jene bleiben jedoch beständig dabei, dass sie lieber Ehre, Leib, Gut und Blut daransetzen, ja alles verlieren wollten als der Immedietät renuntiieren, sich ex libro vitae exterminieren und sich zu schwedischen Unterthanen machen zu lassen. Sie wollen daher versuchen, ob nicht absque expressa et pura renuntiatione die Stadt in statu quo erhalten und von den drohenden extremis befreit werden könne.

In Bremen ist man der Meinung, dass Kf. und andere benachbarte Fürsten und Stände sich, falls es zu Extremitäten kommen sollte, ihrer vermittelst wirklicher Assistenz annehmen und nicht dulden werden, dass sie in schwedische Hände fallen, sie haben viel zu thun, ihnen solche eingebildete Hoffnung zu benehmen und sie dazu zu bringen, sich mehr zur Güte anzuschicken.

Der Kurfürst an v. Ledebur und Beyer. D. Cleve 8./18. Aug. 1666.

[auf die Relation vom 2./12. August. Mahnung zu vorsichtigem Verhalten.]

18. Aug. Den punctus immedietatis anbetreffend, sollen sie ihrer Instruction gemäss nur das, was ihnen vom Feldherrn deswegen an die Hand gegeben wird, der Stadt hinterbringen und sich bemühen, dass diese Sache zu beider Theile gutem Contento beigelegt werde, sich aber hüten, dass die Schwedischen nicht auf den Gedanken gebracht werden, als wenn Kf. ihnen ihre prätendierten jura streiten oder missgönnen wollte, noch die Stadt sich beschweren möge, als wenn er sie wider ihren Willen zur Renuntiierung der Immedietät obligieren oder persuadieren wolle. Sollten sie und die lüneburgischen Gesandten zu der Ueberzeugung kommen, dass nichts Fruchtbarliches auszurichten sei, so sollen sie mit guter Manier, ohne dass die Mediation abgebrochen werde, abreisen.

---

v. Ledebur und Beyer an den Kurfürsten. D. Bremen 11./21. August 1666.

[Conferenz zu Vegesack.]

21. Aug. Auf der gestern mit den schwedischen, lüneburgischen und hamburgischen Deputierten zu Vegesack abgehaltenen Conferenz[1]) haben sie dem Wunsche der Bremischen entsprechend verlangt, dass die Schwedischen alle ihre desideria und postulata semel pro semper herausgeben möchten, und dabei rund heraus gesagt, die Stadt werde sich zu der puren Renunciation der Immedietät durchaus nicht verstehen, es könnten aber die jura et effectus derselben durchgenommen und gesehen werden, was der König ihnen lassen und sie dagegen nachgeben sollten. Die Schwedischen erklärten darauf, dass sie zunächst nur Ordre

[1]) Vgl. Köcher I. S. 475.

hätten, ihren Vortrag anzuhören, doch glaubten sie, dass der Feldherr den vorgeschlagenen modum agendi wohl placidieren würde, so dass die renunciatio immedietatis nicht pura sondern qualificata et respectu certorum actuum restricta sein würde. Auch ihren weiteren Vorschlag, dass die quaestio immedietatis auch ferner ad certos annos ausgesetzt und unterdessen die jura und effectus immedietatis festgestellt, auch in puncto assecurationis solche media, durch welche die bisherige Diffidenz beseitigt würde, vorgeschlagen würden, nahmen die Schwedischen ad referendum und bemerkten nur discursweise, dass sie die Versicherung nicht in dem praesidio oder einer Citadelle suchen, sondern dass sich wohl andere media finden lassen würden.

Dieselben an den Kurfürsten. D. Bremen 16./26. August 1666.

[Neue Conferenz. Schwedische Zugeständnisse.]

In einer gestern zu Vegesack abgehaltenen neuen Conferenz[1]) haben 26. Aug.
sich die Schwedischen zur vorläufigen Aussetzung der renunciatio immedietatis verstanden, doch ohne Determinierung einer bestimmten Zeit und unter der Bedingung, dass auch von bremischer Seite bis dahin alle seit 1646 angemaassten Rechte und deren exercitium in suspenso gelassen werde. In puncto assecurationis liessen sie sich vorerst die eidliche Assecuration a senatu et civibus qua singulis gefallen, doch solle der Commandant und die Soldatesque in der Stadt zwar von den Bremern eingesetzt, aber sowohl in des Königs als der Stadt Eid genommen werden. In betreff der Satisfaction werde der König nicht so genau Erstattung für alle Contraventionen suchen, wenn nur die Stadt sich im übrigen gebührend anschickte. Auf ihr starkes Andringen haben die Schwedischen dann auch die von bremischer Seite übergebene Modification punktweise durchgelaufen und daraus die actus et effectus immedietatis examiniert, sie verlangen, dass sessio et votum auf Reichs- und Kreistagen in futurum suspendiert und dass bis zu anderweitigem Vergleich das homagium an den Kaiser nicht geleistet werde, wegen der Immediatcontribution im Reich werde sich wohl ein Mittel finden.

O. v. Schwerin an den Kurfürsten. D. Benrahtt 22. August 1666.

[Die von den lüneburgischen Herzogen vorgeschlagene Zusammenkunft. Empfehlung vorsichtigen Verhaltens in der Bremer Angelegenheit.]

Ich habe das von denen beiden Hertzogen von Lünenburg an 22. Aug.
E. Ch. D. abgelassenes Schreiben[2]) verlesen und ersehen, dass sie eine

---

[1]) Vgl. Köcher I. S. 480.

[2]) Die Herzoge Georg Wilhelm und Ernst August von Braunschweig-

Zusammenschickung der Rhäte wegen der Bremischen und anderen Sachen desideriren, dabei aber garnicht zu verstehen geben, wohin sie etwa zielen mögen. So viel nun die Abschickunge betrifft, können E. Ch. D. ihnen darin meines Ermessens gar wohl fügen, es würden aber E. Ch. D. Rhäte sehr behutsamb gehen müssen, denn das ist gewiss, dass sobald E. Ch. D. sich nur merken lassen werden, dass sie der Chron Schweden in der Bremischen Sache behinderlich sein wolle, so wird alles dasjenige, was E. Ch. D. bisher mit grosser Mühe an der Schwedischen Freundschaft gebauet, mit eins niederfallen und viele Inconvenientien nach sich ziehen. Sehe auch nicht, wie E. Ch. D. das bewusste Werk[1]) nebst der Chron würde ausführen können. Zu wünschen wäre es wohl, dass die Chron von dieser Intention divertiret werden könnte, aber dass sich E. Ch. D. allein in die Spitze setzen sollen, kann ich nicht rahten. Wer kann wissen, ob es den Hertzogen von Lünenburg ein sehr grosser Ernst sei, sich der Chron zu widersetzen, und beständig bei der Resolution verbleiben würden, ich kann mir nicht einbilden, dass der Herr Graf von Waldeck, welcher dem Schwedischen Interesse nimmer entgegen hält, es dazu werde kommen lassen. E. Ch. D. sehen, dass der Kaiser und die Staten, welchen nicht weniger als E. Ch. D. hieran gelegen, keinen Undanck verdienen wollen, denen doch an der Schweden Freundschaft weniger gelegen ist, halte also unmassgeblich davor, dass E. Ch. D. zwar zu schicken, sich aber zu thätliche Oppositionen nicht zu verstehen, besondern es damit zu decliniren hätten, dass, weil E. Ch. D. vom Kaiser und Reich unter andern zum Commissario in dieser Sache verordnet, dieselbe auch überdem mediatoris vices über sich genommen, es derselben nicht anstehen würde, dass sie sich parteilich in der Sache erwiesen, besondern wäre zu erwarten, wann die Schweden die Belägerung beginnen sollten, was der Kaiser und das Reich dazu sagen und hierin verordnen würden, und weil die Hertzogen der andern Sachen halber nichts gewisses erwähnen, so können E. Ch. D. Rhäte nicht anders dann solches zu vernehmen und zu referiren instruiret werden. —

Lüneburg hatten (d. Alten Bruchausen 6./[16.] August 1666) dem Kf., da zu gütlicher Beilegung der Bremischen Sache wenig Aussicht sei, eine Conferenz zu Herford oder Bielefeld, zu welcher auch ihr Vetter Herzog August und ihr Bruder Herzog Johann Friedrich hinzugezogen werden könnten, vorgeschlagen, um über diese und auch über andere Angelegenheiten zu verhandeln, vgl. Köcher I. S. 480.

[1]) Die Beförderung des Pfalzgrafen von Neuburg zur polnischen Königskrone, s. unten v. Crockows Relationen und Abschnitt 3.

Instruction, wonach sich Ihrer Ch. D. — Raht Friederich Freiherr v. Heyden auf der mit den F. Braunschweigisch Lünenburgischen Räthen zu Bielefeld vorseienden Conferenz zu achten. D. Cleve 23. August 1666.

Er soll spätestens am 31. August sich in Bielefeld einfinden und, nachdem 23. Aug.
es zur Conferenz gekommen ist, von den braunschweigischen Gesandten begehren, ihm die Meinung ihrer Herren inbetreff der bremischen Sache mitzutheilen; wenn sie sich darauf herausgelassen, so soll er erklären, dass Kf. sich auch weiter bemühen wolle, dass die Sache in der Güte beigelegt werde. Hätten nun die Braunschweigischen in specie zugleich mit erwähnt, dass, wenn die Schweden ihr Dessein auf die Stadt Bremen mit Gewalt auszuführen gedächten, man dazu nicht stille sitzen und die Stadt nicht lassen müsste, so soll er erklären, da dem Kf. nebst anderen Ständen von Kaiser und Reich in dieser Sache eine Commission aufgetragen wäre und er daneben die wirkliche Interposition übernommen hätte, so würde es sich für ihn nicht schicken, sich weiter zu implicieren und dadurch den Schweden Ursache zu geben, ihn hernachmals gleichsam als interessiert und partialisch von dem ganzen Werke zu excludieren. Die Schweden hätten zur Zeit noch nicht die Stadt feindlich attaquiert, sollten sie es wirklich thun, so müsste man zunächst abwarten, was hierunter Kaiser und Reich für Anstalt zu machen nöthig befinden würden, Kf. werde sich jedesmal als ein getreuer Stand des Reiches bezeigen.

Wenn auch die Braunschweigischen weitere Instanz thun sollten, hat er doch allezeit bei diesem zu verbleiben und alles übrige, was vorgebracht wird, es gehe die bremische oder eine andere Sache an, nur ad referendum anzunehmen.

---

v. Ledebur und Beyer an den Kurfürsten. D. Bremen 22. August/1. September 1666.

[Weitere Conferenzen. Gefahr des Scheiterns derselben. Nachrichten über das Verhalten der lüneburgischen Herzoge.]

Obwohl die Schwedischen mit der am 18./28. August mitgetheilten 1. Sept.
Erklärung der Bremer[1]) übel zufrieden waren, sind die Unterhandlungen doch fortgesetzt worden. Schwedischerseits erklärte man sich bereit, suspensionem immedietatis usque ad finem seculi zu determinieren, verlangte aber, dass sich die Bremer über die 3 Punkte contraventionis, suspensionis, und zwar vornehmlich voti et sessionis, und assecurationis kategorisch erklären sollten. Da diese Erklärung, zumal in den beiden ersten Punkten, ziemlich widrig ausfiel und in einer heute ihnen durch die bremischen Deputierten überbrachten Erklärung Magistrat und Bürgerschaft sich weigern, in die Suspension exercitii

[1]) S. Köcher I. S. 481.

sessionis et voti in comitiis auch ad tempus determinatum einzuwilligen, so fürchten sie, dass die Tractaten zu Ende gehen werden.

P. S. Bei der vorgestrigen Conferenz haben ihnen die schwedischen Commissare vertraulich im Namen des Feldherrn mitgetheilt [1]), derselbe hätte durch den schwedischen Gesandten am kaiserlichen Hofe, Palbitzky, Nachricht von einem Schreiben Herzog Georg Wilhelms an den Kaiser erhalten, in welchem derselbe erklärt habe, im Fall der Kaiser ihm den Rücken halten wolle, sich der Stadt Bremen annehmen zu wollen. Sie haben mit dem lüneburgischen Gesandten davon gesprochen und dieser darauf den Schwedischen erklärt, er wisse davon nichts und könne es nicht glauben, sondern er wäre dahin instruiert, das Werk in Güte zu componieren. Sie vernehmen, dass hier unter dem Magistrat die Meinung herrsche, dass die Stadt vom Kf. im Falle der Noth sich wenig Hülfe zu getrösten hätte, das lüneburgische Haus aber liesse sich ihrer etwas besser angelegen sein, sie hätten von ihrem in Celle anwesenden Syndicus die Nachricht, die Stadt solle nur standhaft sein und von der Immedietät nicht weichen.

Der Kurfürst an v. Ledebur und Beyer. D. Cleve 24. Aug./3. September 1666.

[auf die Relationen vom 16./26. und 18./28. August. Vorschlag einer Geldabfindung.]

3. Sept. — So hättet Ihr, im Fall kein ander Temperament absque praejudicio imperii gefunden werden könnte, dahin zu sehen, ob die Sache bei beiden Theilen dahin zu bringen, dass die Bremer pro redimenda vexa der Cron Schweden entweder semel per semper oder alle Jahr eine gewisse Summe Geldes einwilligten, und woferne solches sowohl von ihnen gewilliget als von der Cron Schweden acceptirt werden und also der ganze Handel geschlichtet und alle praetensiones von schwedischer Seite aufgehoben werden sollten, so seind wir alsdann, weil solcher Vergleich dem Reich nicht präjudicirte, denselben zu guarantiren nicht ungeneigt. —

v. Heiden an den Kurfürsten. D. Bielefeld 6. September 1666.

[Bericht über die Zusammenkunft in Bielefeld.]

6. Sept. Er ist am 31. August in Bielefeld angekommen, erst am Abend des 2. September aber ist der Osnabrücksche Abgesandte, Hofmarschall v. Hammerstein

[1]) S. Köcher I. S. 482.

angelangt und hat ihn am folgenden Tage besucht; sie haben abgemacht, dass die Conferenzen geheim gehalten werden sollten; derselbe empfahl ihm noch 2 absonderliche Angelegenheiten: 1) die streitige Grenzsache zwischen Osnabrück und Minden bei dem Dorfe Löweren, 2) die K. pfälzische Sache[1]), sein Herr hoffe, dass, nachdem die Lothringer in das Gebiet von K. Pfalz eingefallen, Kf. denselben securieren würde. An demselben Abend war der Hannoversche Gesandte v. Elst angekommen; er hat denselben besucht, wobei jener ihm von dem ungünstigen Stand der bremischen Tractaten berichtete. Nachdem am 3. Abends der Cellische Gesandte, Kammerrath und Hofmarschall v. Grobbendorff und am folgenden Morgen der Wolffenbüttelsche, Oberbergrath und Vicehofmeister v. Heimbruck angelangt, haben sie an diesem Tage, den 4. um 10 Uhr die erste Conferenz in seinem Logement gehalten. Die dort auf den Nachmittag verabredete Fortsetzung wurde auf Wunsch der Braunschweigischen auf den folgenden Tag verschoben. Am 5., Sonntag, fuhren sie alle nach der Predigt auf Einladung des Gen.-Majors Eller nach Sparemberg, hielten dort eine neue Conferenz, verabschiedeten sich darauf und reisten am 6. jeder nach Hause.

Aus den Protokollen[2]).

1 Conferenz, 4. Sept. Im Namen der Braunschweigischen weist der Wolffenbüttelsche Abgesandte darauf hin, wie nöthig es sei, sich zu bereden, was auf den Fall, dass die gütlichen Tractaten mit Schweden wegen Bremens erfolglos abliefen, zu thun sei, und schlägt drei Fragen ad deliberandum vor: 4. Sept.

1) Was bei diesen Mediations-Tractaten ferner vorzunehmen?

2) Was zu Regensburg ferner zur Hand zu nehmen?

3) Wenn bei Schweden in der Güte nichts zu erhalten sei und dieses Bremen härter angreifen sollte, was dann zu thun sei?

Er begehrt darüber des Kf. Sentiment zu vernehmen; H. aber seiner Instruction gemäss erklärt, dazu nicht instruiert zu sein. Die erste Frage anbetreffend wünsche Kf. die Verhandlungen mit Schweden continuieren zu lassen, so lange einige Apparenz vorhanden; ihm sei von Kaiser und Reich gewisse Commission aufgetragen, ehe von diesen nicht ein weiteres in dieser Sache verordnet, würde es für ihn sich nicht schicken, denselben vorzugreifen und den Schweden Anlass zu geben, ihn nachher als interessiert und partialisch von dem ganzen Handel zu excludieren. Auf die anderen beiden Fragen könnte er sich ob defectum instructionis garnicht herauslassen, er wolle aber der anderen Meinung und Vorschläge vernehmen. Auch auf weitere Aufforderung beharrt er bei dieser Erklärung, fragt zugleich an, da in dem Fürstl. Schreiben auch andere gemeinnützige Sachen erwähnt würden, ob sie ihm hierüber Eröffnungen machen wollten.

[1]) Vgl. Häusser, Gesch. der rheinischen Pfalz II. S. 624.

[2]) Vgl. Köcher I. S. 480.

2. Conferenz, 5. Sept. Der Wolfenbüttelsche erklärt vertraulich, was sie in commissione hätten eröffnen zu wollen. Wegen des Bremischen Wesens wünschten auch ihre Fürsten die Tractaten fortzusetzen; sollte Schweden auf seiner früheren Forderung wegen Renunciation der Immedietät bestehen, so zweifelten sie, ob es vor dem Reich verantwortlich sein würde, solches der Stadt einzurathen, sie wünschten daher des Kf. Meinung darüber zu vernehmen. Wenn Schweden aber, wie es ja jetzt scheine, auf die suspensio immedietatis einginge, so hielten sie für nöthig, der Stadt zuzureden, soviel möglich nachzugeben, doch müsste dabei libertas commerciorum wohl beobachtet, das praesidium der Stadt verbleiben und auch sonst das Werk so abgefasst werden, dass man nicht über wenig Jahre neue Unruhe zu befahren habe. Wenn es nun auf solche Weise zu einem gütlichen Vergleich kommen sollte, wünschten sie zu vernehmen, was des Kf. Meinung inbetreff der von der Stadt verlangten Garantie sei; wenn Kf. und andere benachbarte Stände sich dazu bereit erklärten, wären auch sie nicht abgeneigt dieselbe zu übernehmen, wenn aber der Vergleich von Kaiser und Reich bestätigt werden sollte, ob dann noch diese Garantie nöthig sei?

Die Fürsten seien bereit, die ihnen von Kaiser und Reich übertragene Commission auszuführen, wünschten aber zu wissen, ob K. Cöln, dem der Vorsitz in dieser Commission übertragen worden, deswegen schon an Kf. etwas mitgetheilt habe und ob Hoffnung vorhanden, dass Schweden sich solcher Commission untergeben werde, ob Kf. meine, dass sonst zu Regensburg dieses negotii halber etwas nützliches könnte negotiiert werden, und was er inbetreff des von der Stadt gewünschten, vom Reich an die Kommissare zu übertragenden Protectorii meine.

Die Fürsten geben zu bedenken, ob nicht nöthig, dass die benachbarten Fürsten sich bemühten, dass die Commercia nicht gehemmt und die beiden niederen Kreise in beständiger Ruhe erhalten würden, sie wollten ungern an ihnen etwas erwinden lassen, wenn nur Kf. sie wissen lassen wolle, wohin seine Intention ziele.

Ausser der Bremischen Sache wünschten ihre Fürsten mit Kf. auch aus dem jetzigen Zustande des Reiches vertraulich zu communicieren, da dann wohl zu beklagen, dass Zeit und Unkosten also vergeblich müssten angewendet werden.

Sie hofften, Kf. werde nicht gemeint sein, jura principum zu schmälern, sie liessen sich nicht in Gedanken kommen, dem Kurfürstlichen Collegio in seinen wohlhergebrachten juribus Eintrag zu thun, es schiene, die Sache werde zu Regensburg von einigen zu hitzig getrieben und man werde durch den bisherigen modum schwerlich zu einem guten Ende gelangen, es würde aber sehr böse Consequenzen nach sich ziehen, wenn man dort ohne einen gewissen Schluss und ohne Verfertigung eines Reichsabschiedes von einander gehen sollte, sie wünschten des Kf. Gedanken auch hierüber zu vernehmen und seien zu aller möglichsten Cooperation bereit.

H. nimmt alles ad referendum an.

v. Ledebur und Beyer an den Kurfürsten. D. Bremen 30. August/9. September 1666.

[Abbruch der Tractaten. Bremische Erklärung. K.pfälzisches Hilfsgesuch. Die Quadrupelallianz.]

Ihre weiteren Vermittlungsversuche sind vergeblich gewesen[1]), Wrangel 9. Sept.
hat ihnen erklärt, bis weitere Resolution aus Schweden einkäme, sich nicht weiter in Verhandlungen einlassen zu können, sie und die anderen Vermittler haben darauf ihren Abschied genommen und ihre Recredentialen[2]) erhalten. Doch haben sie auf Wrangels Wunsch die Stadt noch einmal zu einer näheren Erklärung in puncto suspensionis aufgefordert, welche sie auch gestern erhalten des Inhalts, dass, wenn das jus sessionis et voti in comitiis der Stadt dadurch gewahrt bleibe, dieselbe sich des facti comparitionis auf gewisse Jahre unter einigen näheren Bedingungen enthalten wolle. Sie haben dieselbe den schwedischen Kommissaren zugeschickt.

P. S. Vorgestern hat sich bei ihnen der K.pfälzische Kammerdirector v. Wolzogen angemeldet und ihnen wegen des neulichen Einfalls der Lothringer in K.Pfalz[3]) vorgetragen. Wrangel hat zu Ledebur gesagt, er wolle, sobald ihm die von Wolzogen allegierte Königliche Ordre zugestellt sei, die desiderierte Assistenz thun, wenn nur auch andere Kur- und Fürsten ein gleiches thun würden, da sonst die auf 1500 Reiter und 500 Dragoner bestimmte schwedische Hülfe nicht viel werde nützen können. Appelbom hat aus dem Haag den Abschluss der Allianz[4]) zwischen Dänemark, Kf., den G.Staaten und den Häusern Braunschweig-Lüneburg gemeldet. Wrangel meinte, Kf. und Hessen-Cassel trügen noch darunter einiges Bedenken, er scheint gegen das braunschweigische Haus wegen der bremischen Sache etwas ombrageus zu sein, namentlich gegen Celle und Graf Waldeck.

---

v. Ledebur und Beyer an den Kurfürsten. D. Bremen 6./16. September 1666.

[Zurückweisung des Vorschlages der Geldabfindung. Vorläufiger Abbruch der Verhandlungen.]

Den erst aus dem Rescript des Kf. vom 1./11. September[5]) ihnen bekannt 16. Sept.
gewordenen Vorschlag desselben wegen einer Abfindungssumme haben sie vorgestern dem Kanzler Nicolai mitgetheilt, aber dazu garkeine Apparenz noch Hoffnung verspüren können. Auf einer am 3./13. und 4./14. zu Grambke abge-

---

[1]) Vgl. Köcher I. S. 481.
[2]) d. Vegesack 25. August/[4. September] 1666.
[3]) S. oben S. 93.
[4]) S. unten.
[5]) Gemeint ist das Rescript vom 24. August/3. September 1666 oben S. 92.

haltenen Conferenz[1]) ist ihnen angezeigt worden, der Feldherr habe aus Schweden Nachricht, dass dort die bremische Sache in pleno vorgenommen und darauf der Präsident Kleihe mit einer final- und kategorischen Erklärung hieher abgefertigt werden solle, derselbe werde etwa in 3 Wochen hier anlangen, vor seiner Ankunft könnte in den Tractaten nichts Beständiges geschlossen werden. Sie halten es daher für das rathsamste, mittlerweile die Tractaten zu differieren und abzureisen. Auf Grund der bremischen Erklärung haben sie gestern einen Waffenstillstand und Eröffnung zweier Pässe vorgeschlagen, fürchten aber, dass letzteres nicht zu erlangen sein wird.

Dieselben an den Kurfürsten. D. Bremen 8./18. September 1666.

[Vergebliche Conferenzen. Drohende Aussichten.]

18. Sept. Die Conferenzen sind zwar fortgesetzt worden, aber ohne Erfolg, durch die vorgehenden Feindseligkeiten[2]) wird das Werk immer schwerer gemacht, die Schwedischen lassen es selbst ungewiss, ob es wieder zu Tractaten kommen werde, haben auch bei den Discursen die Forderung renunciandae immedietatis wieder angeregt, den wieder vorgebrachten Vorschlag wegen einer Geldabfindung haben sie zurückgewiesen. Wrangel lässt eifrig graben und schanzen und namentlich die Pässe jenseit der Weser verstärken, zwei Schiffbrücken werden ober- und unterhalb der Stadt über die Weser geschlagen, es sollen auch 3 Regimenter aus Pommern im Anzug sein.

Kurfürst Maximilian Heinrich von Cöln[3]) an den Kurfürsten. D. Arnsperg 17. September 1666.

[Vorschlag einer wegen der Bremischen Sache zu haltenden Zusammenkunft.]

17. Sept. Nachdem er erfahren, dass Wrangel im Werk begriffen ist, Bremen mit Gewalt zu zwingen, auch das kaiserliche Protectorium und Conservatorium nicht angenommen und Notarium insinuantem fast schimpflich tractiert, bittet er Kf., ihm seine Gedanken mitzutheilen, wie man sich bei so gestalten Sachen zu comportieren, und ob er es nicht dienlich ermesse, vermittelst Zusammenschickung ihrer beider, des Hauses Braunschweig und des Bischofs von Münster Deputierten zu Hildesheim oder sonst an einem Ort an der Weser eine Conferenz darüber zu halten, doch möge Kf. diesen Vorschlag so viel möglich geheim halten lassen.

---

[1]) Vgl. Köcher I. S. 483.

[2]) S. Duntze IV. S. 160. 165f.; Köcher a. a. O.

[3]) Ueber die durch Graf Waldeck bewirkte Verbindung desselben mit den braunschweigischen Herzogen s. Köcher I. S. 482.

P. S. Wrangel hat die Belagerung Bremens wirklich begonnen und ist dadurch das Instr. pacis verletzt worden.

Kaiser Leopold an den Kurfürsten. D. Wien 2. Oct. 1666.

[Die zugunsten Bremens getroffenen Maassregeln. Aufforderung, der Stadt Hülfe zu leisten.]

Kf. wird das der Stadt Bremen auf ihr Ansuchen ertheilte Conservatorium empfangen, auch von seiner Gesandtschaft in Regensburg erfahren haben, was die daselbst versammelten Reichsstände wegen der feindlichen Action Schwedens gegen die Stadt am 18. September[1]) an den Kaiser gelangen lassen, dass nächst Auslassung kaiserlicher schärferer Avocatorien und Inhibitorien auch die wirklichen Mittel zu der Stadt Behuf ergriffen und Gewalt mit Gewalt hintertrieben werden solle. Er hat darauf[2]) die Avocatoria und Cohibitoria und auch an die ausschreibenden Fürsten des Nieder- und Obersächsischen und des Westphälischen Kreises die gewöhnlichen Auxiliatoria erlassen und ermahnt auch Kf. in kraft ergangenen Conservatorii, des Instrumenti pacis und der Reichssatzungen, der Stadt in ihrer äussersten Bedrängnis mit aller Macht zu Hülfe zu kommen und nichts unversucht zu lassen, wodurch dieselbe von der feindlichen Gewalt liberiert und dem Reich zum besten erhalten werden möchte[3]). 2. Oct.

---

v. Ledebur und Beyer an den Kurfürsten. D. Petershagen 26. September/6. October 1666.

[Gefangennehmung v. Uffelns. Schwedische Resolution. Abbruch der Verhandlungen.]

Donnerstag den 20./30. September ist es allerdings zur Conferenz gekommen, doch haben die schwedischen Deputierten nur mit Beyer (L. war durch Krankheit behindert) über das novum emergens, des Gen.-Feldzeugmeisters Ufflens[4]) Gefangenschaft, und die daher wider das Haus Braunschweig geschöpfte Ombrage verhandelt. Auf B.'s Vorschlag ist am folgenden Tage die Conferenz mit allen anwesenden Abgesandten fortgesetzt worden, da dort aber[5]) auf Grund der von Kleye mitgebrachten Königlichen Resolution von den Schwedischen wiederum renunciatio immedietatis pro securitate coronae Suecicae der Stadt zugemuthet wurde, die Stadt hingegen bei ihrer früheren Resolution geblieben, so hat man allerseits die Fruchtlosigkeit weiterer Tractaten erkannt 6. Oct.

---

[1]) S. das Reichsgutachten vom 18. September (Pachner v. Eggenstorff I. S. 239.)

[2]) S. Pachner v. Eggenstorff I. S. 241 ff.

[3]) In einem Schreiben vom 15. October wiederholt Kaiser Leopold diese Aufforderung.

[4]) Vgl. Köcher I. S. 487 ff.

[5]) Vgl. Köcher I. S. 489.

und beschlossen, zu den Principalen zur Abstattung mündlicher Relation zurückzureisen. Sonntag 23. September/[3. October] hat die Stadt ihnen durch ihre Deputati feierlich die Abschiedsvisite geben lassen, darauf sind sie vorgestern abgereist, haben bei Wrangel die Abschiedsaudienz gehabt und sind auch von diesem höflich entlassen worden. B. will sich zum Kf. begeben, L., weil noch leidend, in Petershagen bleiben.

Der Kurfürst an den Kurfürsten von Cöln. D. Cleve 8. October 1666.

[auf das Schreiben vom 17. September. Bereitwilligkeit zu einer Zusammenkunft. Vorschlag in betreff der zunächst zu ergreifenden Maassregeln.]

8. Oct. Er ist zu der vorgeschlagenen Zusammenkunft in Hildesheim bereit und wird, sobald ihm nähere Mittheilungen über die Zeit derselben zugehen werden, Gesandte dorthin abschicken. Zunächst möchte K.Cöln in seinem und der anderen vom Kaiser bestellten Kommissare Namen ein Schreiben an Wrangel und an die Bremische Regierung ergehen lassen, in welchem ihnen die kaiserliche Kommission mitgetheilt und sie der Nothdurft nach erinnert würden, er will dasselbe mitvollziehen.

Der Kurfürst an Kaiser Leopold. D. Cleff 12. October 1666.

[Ablehnung der ihm übertragenen Kommission zum Schutze Bremens.]

12. Oct. Dank für das vom Kaiser an ihn und die braunschweigischen Herzoge wegen der Stadt Bremen ausgegangene Conservatorium [1]), gebe aber in schuldigem Respect Ew. K. M. — zu bedenken anheimb, ob ich bei denen gegenwärtigen Conjuncturen und insonderheit bei denen noch währenden höchstgefährlichen Troublen im benachbarten Königreich Polen, welche fast täglich, wie zu besorgen, zu abermaligen extremis ausschlagen werden, mich in diese Sache soweit engagiren könne, und ob nicht Ew. K. M. am diensambsten erachten, dass ich meine meiste auf Beinen habende. Kriegsmacht auf den Polnischen Grenzen einenweg als den andern stehen lassen und sorgfältige Achtung geben müsse, dass dem h. Röm. Reich von dannen nicht einige Gefahr zuwachse. Ich lebe der gehorsambsten Zuversicht, Ew. K. M. werden diese angeführte Consideration erheblich finden und gnädigst geruhen, andern dem Herzogthumb Bremen näher gelegenen und mit gebührender Kriegsmacht — versehenen Reichsständen diese und dergleichen commissiones auftragen, mich aber in kaiserlichen Gnaden entschuldigt halten, dass ich mich so weit in diese Händel zu

[1]) S. oben S. 97.

vertiefen und dadurch mir und meinem Staat allerhand Ungelegenheiten auf den Hals zu ziehen Bedenken tragen muss. Inmittelst werde ich wie bishero also auch ferner es an meinen schuldigen und müglichen officiis nicht ermangeln lassen, um diese Streitigkeiten vermittelst gütlicher Handlung beilegen zu helfen, zu welchem End ich dann meine Räthe nicht allein abermalen an den Schwedischen Reichsfeldherrn, sondern auch nach der zu Hildesheimb zwischen denen Kur-, Fürsten und Ständen, an welche Ew. K. M. gnädigste Commission sub dato des 4. Julii jüngsthin ergangen, beraumten Zusammenkunft abzusenden und, so viel an mir ist, — Fried und Ruhe im h. Röm. Reich erhalten helfen werde. — —

Der Kurfürst an Graf Wrangel. D. Cleve 13. October 1666.

[Aufforderung zur Aufhebung der Belagerung von Bremen und Wiederaufnahme der Unterhandlungen.]

Er hat mit grosser Bestürzung vernommen, dass die Tractaten abgebrochen 13. Oct.
sind und die Feindseligkeiten begonnen haben. Da seine Gesandten wider Verhoffen schon zurückgekehrt sind, so will er das, was diese dem Feldherrn hatten mündlich hinterbringen sollen, demselben schriftlich mittheilen. Er hat es sich bisher auf das eifrigste angelegen sein lassen, diese Sache zu des Königs und der Krone Schweden contento in der Güte zu vermitteln, so dass ihm jetzt fast überall, sonderlich auf dem Reichstag zu Regensburg, vorgeworfen wird, als ob er die Stadt zu intimidieren und zur Annahme unbilliger und dem Reich selbst nachtheiliger Conditionen zu veranlassen getrachtet. Er will trotzdem gern darin fortfahren, da er aber vernimmt, dass nicht allein das Reich dieser Sache sich eifrig annehmen wolle und wegen der Assistenz bereits ein Conclusum zu Regensburg gemacht sei, sondern auch die Kreisstände fast sehr darauf dringen, dass man quovis modo verhüten solle, damit hierdurch das Reich nicht auf's neue beunruhigt, nichts wider das Instrumentum pacis vorgenommen, sondern die entstandenen Differentien demselben gemäss entweder in Güte oder durch den ordentlichen Weg Rechtens ausgeführt werden, zu geschweigen mit was für Augen die auswärtigen Kronen und Republiken dieses Vorhaben ansehen, so stellt Kf. dem Feldherrn anheim, selbst zu urtheilen, ob er nicht Ursache habe, sich sorgfältig in Acht zu nehmen und sich so zu betragen, damit ihm nicht ferner vorgerückt werde, dass er allein sich den gemeinen Reichs- und Kreisconclusis zu entziehen gedächte. Er ersucht ihn daher, die Sache nicht auf Extremitäten ankommen zu lassen, sondern vielmehr durch Aufhebung der Belagerung dem ganzen Röm. Reiche zu zeigen, dass die Krone vielmehr über das Instrumentum pacis halten denn zu neuen motibus Anlass geben wolle, und die gütlichen Tractaten zu reassumieren, wobei er ferner alle guten officia anzuwenden bereit ist.

Kurfürst Maximilian Henrich von Cöln an den Kurfürsten. D. Arnsperg 13. October 1666.

[auf das Schreiben vom 8. October. Aufforderung zur Sendung von Bevollmächtigten nach Hildesheim und zur Bereithaltung von Truppen.]

13. Oct. Auf Aufforderung des Herzogs Ernst August, Bischofs von Osnabrück, und der Brüder desselben hat er seinen Geh. Rath und Kanzler Buschmann nach Hildesheim gesandt, um zusammen mit seinem dortigen Vicekanzler Nicolartz dort der Conferenz beizuwohnen und auf Gutbefinden sich mit den braunschweigischen Bevollmächtigten zu Wrangel zu begeben und denselben zu ermahnen, von den Thätlichkeiten abzustehen, auch der Stadt Bremen zuzusprechen, ob nicht der Streit gütlich beigelegt werden könne. Er ersucht den Kf., auch mit ehestem jemand der Seinigen dorthin zu schicken, ferner, wie er selbst [1]) auf Ersuchen der braunschweigischen Herzoge 1500 Mann z. F. u. R. nach Hildesheim ziehen lässt, ebenso auch seinerseits einige Mannschaft in seine an der Weser gelegenen Plätze zu verlegen.

Der Kurfürst an den Kurfürsten von Cöln. D. Cleff 20. Oct. 1666.

[auf das Schreiben vom 13. October. Bereitwilligkeit zur Beschickung der Hildesheimer Conferenz. Militärische Vorbereitungen.]

20. Oct. Seine Räthe werden sich, sobald sie nochmals bei Wrangel ihr Bestes gethan und versucht, in Hildesheim einfinden. Er hat bereits sowohl am Weserstrom als auch im Halberstädtischen soviel Mannschaft stehen, dass er auf allen Fall sowohl sein Kreiscontingent beibringen als auch seinen Alliierten und Freunden, falls sie feindlich angegriffen werden sollten, gebührende Assistenz leisten kann.

Graf Wrangel an den Kurfürsten. D. Stade 11./21. October 1666.

[auf das Schreiben vom 3./13. October. Einwilligung in die Wiederaufnahme der Unterhandlungen.]

21. Oct. Kf. wird von seinen zurückgekehrten Abgesandten erfahren haben, dass nicht von Seiten des Königs, sondern der Stadt Bremen die Tractaten abrumpiert worden sind; auch dass es zu Hostilitäten gekommen, hat die Stadt selbst verursacht, indem sie auf die königlichen Truppen zuerst Feuer gegeben. Dass nun diese Sache zu Regensburg so hoch getrieben wird, muss sein König dahin gestellt sein lassen und alles Gott befehlen, der zu seiner Zeit wird ausfindig machen, „was unter dem Prätext der Stadt Bremen Reichs wegen sich anzu-

[1]) Vgl. Köcher I. S. 493.

nehmen vor particulieres Interesse latitieren und besorglich Niemand als die Evangelische Partei mit gar zu später Reu treffen dürfte.“ Er ist[1]) nicht abgeneigt, auf Einrathen des Kf. die gütlichen Tractaten zu reassumieren, hat es auch den anwesenden K. Cölnischen und Braunschweigischen Abgesandten[2]), nachdem des Kf. Schreiben eingelangt, zu verstehen gegeben; er stellt dem Kf. anheim, ob dieser jemand seiner Räthe dazu wieder abordnen wolle. Er hat es gegen die anwesenden Gesandten ausdrücklich bedungen, dass er ohne Kf. und die Landgräfin von Hessen-Cassel für bedenklich halte darin fortzufahren, doch könnten dieselben ihm ihre Vorschläge immer eröffnen. Die Blokade kann er bis zu gänzlicher Vergleichung der Sache ohne expresse Ordre des Königs nicht aufheben.

Protocoll[3]) der mit den Kaiserlichen Gesandten[4]) wegen der Bremischen Sache abgehaltenen Conferenzen. [Cleve 21.—26. October.]

1. Conferenz 21. October 1666. 21. Oct.

Legati Caesaris proposuerunt me praes. et D. de Jena: Des Kaisers Absehen bei der Schickung des Grafen Sinzendorf ginge dahin, dass derselbe Kf. disponieren sollte, sich nebst dem Hause Braunschweig der Stadt Bremen anzunehmen, beziehen sich auf die schriftliche Proposition[5]).

2. Conferenz 22. October 1666. 22. Oct.

Den Gesandten wird des Kf. Bescheid mitgetheilt: derselbe habe erhebliche

---

[1]) Vgl. über die damalige Lage Wrangels und die ihm von der schwedischen Regierung zugegangenen Befehle Carlson IV. S. 490.

[2]) S. Köcher I. S. 502.

[3]) Von C. v. Blumenthals Hand.

[4]) Als kaiserlicher Gesandter war Graf Sinzendorf bei dem Kf. erschienen, welcher zusammen mit dem schon seit längerer Zeit bei demselben befindlichen Baron de Goess an den Conferenzen theilgenommen hat. Vgl. Urk. u Act. XIV. 1. S. 282.

[5]) In derselben wird nach Auseinandersetzung der Rechtswidrigkeit des Verfahrens Schwedens in der bremischen Sache und der bisher von dem Kaiser in derselben getroffenen Maassregeln darauf hingewiesen, bevor man sich auf dem Reichstage über die zur Rettung Bremens zu ergreifenden Maassregeln vergleiche und die Nothdurft beschaffe, könne die Stadt schon in die Hände der Schweden gerathen sein, und wird Kf. ersucht, da ein eilendes remedium nöthig sei, dem Kaiser seine Meinung über das, was in dieser Sache zu thun nöthig sei, zu eröffnen. Der Kaiser lasse ihm das auf ihn und andere Fürsten ausgestellte conservatorium (s. oben S. 97) einhändigen und ihn ersuchen, sich desselben zusammen mit jenen anderen Fürsten zu unterfangen und sich dabei versichert zu halten, dass der Kaiser sich mit ihm und allen anderen, welche sich der Stadt annehmen würden, über eine Generalgarantie vergleichen und dafür sorgen werde, dass die Executionskosten von den Reichsständen erstattet würden.

Ursachen sich in die Bremische Sache nicht einzumischen, welche er dem Kaiser schriftlich[1]) eröffnet hat. Er wolle an Wrangel abermals schreiben und ihn zur Aufhebung der Blokade ermahnen, wenn dies nicht geschehe, so werde er Ledebur und Beyer nach Hildesheim schicken, um dort mit den versammelten Räthen die Sache der Nothdurft nach zu überlegen. Unterdessen käme es zuförderst auf das Haus Braunschweig, als alternierenden ausschreibenden Fürsten und Zugeordneten an, Kf. halte es also für rathsam, dass Sinzendorf zu K. Cöln und Braunschweig, an die er auch Creditive habe, reise; im übrigen werde sich Kf. den Reichsconstitutionibus und Kreissachen nicht entziehen.

Darauf erwidert de Goess eodem die, der Inhalt des Schreibens des Kf. an den Kaiser sei ihnen nicht bekannt, sie bäten um Abschrift desselben. Man hätte um so mehr gehofft, Kf. und das Haus Braunschweig würden die Commission nicht von sich abbringen, da der Kaiser sie für allen Schaden zu garantieren erbötig sei, die Commission auch auf Reichskosten geschehe. Sollte Kf. deswegen angefochten werden, so sei der Kaiser ihm auch zufolge der mit ihm abgeschlossenen Allianz[2]) zu helfen schuldig. Dass man sage, man wolle das Seinige pro rata beitragen, das heisse soviel, man wolle, dass Bremen verloren gehen solle. Kf. möchte sich etwas näher herauslassen, denn, wenn der Stadt sollte geholfen werden, müsste es schleunig geschehen. Der Kaiser werde auch die Hand mit Nachdruck ans Werk schlagen, dafern Sinzendorf nur mit guter Resolution zurückkäme und man nur gesonnen wäre, einige andere als die ordinari Mittel, mit denen es langsam daherginge, zu ergreifen.

Die Brandenburgischen nehmen alles ad referendum.

23. Oct. 3. Conferenz 23. October 1666.

Kf. lässt erklären, er hielte davor, es würde dem Kaiser und dem Reiche schimpf- und despectierlich sein, Bremen zu abandonnieren. Er verspricht, nochmals bei Wrangel die Güte zu versuchen und, wenn dieses nichts fruchte, seine Gesandten nach Hildesheim zu schicken, dieselben sollten so nachdrücklich instruiert werden, dass der Kaiser leicht daraus abnehmen könnte, wie Kf. mit demselben in der Bremischen Sache einerlei Sentiment führe, zumal da der Kaiser nur des Reiches Freiheit und Reputation aufrecht erhalten wollte, indessen hielte Kf. für nöthig, einige Truppen in Schlesien beisammen zu halten, um allen besorglichen Inconvenientien fürzukommen.

Die Kaiserlichen Gesandten fragen durch Goess eodem die an, ob Kf. seinen Gesandten nach Hildesheim bevollmächtigt, sich wegen der Auxiliartruppen herauszulassen, sie hofften, Kf. werde vor Sinzendorfs Abreise sich etwas weiter herauslassen, zweifelten auch nicht, des v. Haxthausen[3]) Commission würde in einem und anderen grosses Licht geben.

26. Oct. 16./26. October wurde den Kaiserlichen Gesandten durch mich und H. Jena eben die Antwort gegeben, so dem Lüneburgischen ertheilt worden,

---

[1]) S. oben S. 98

[2]) Vom 10. Mai 1666 unten Abschn. 4, vgl. Urk. u. Act. XIV. 1. S. 267 ff.

[3]) S. S. 103.

mit diesem Anhange, Kf. hoffe, der Kaiser würde gleichermaassen die Hand mit Nachdruck an das Bremische Wesen schlagen.

Propositio Legatorum Ducum Brunsvicensium et Lüneburgensium DD. Haxthausen et Moltken[1]) 14./24. October 1666.

Nachdem dem Gesandten des Kf. v. Heyden zu Bielefeld[2]) in der Bre- 24. Oct.
mischen Sache ein und anderes remonstriert worden und derselbe damals alles ad referendum angenommen, wollten die Herzoge nun vernehmen, was des Kf. Meinung bei dieser Sache und wie ihr zu rathen sei. Sie hätten gemeint, da periculum in mora, man müsse mit Zuziehung K. Cölns jemand an den Schwedischen R. Feldherrn abschicken, hätten auch von dieser Resolution dem Kf. part geben wollen, und weil man nicht versichert, dass durch die Abschickung der intendierte Zweck erreicht werden möchte, so hätten sie bei Kf. um Eröffnung seines Sentiments anhalten und sich erkundigen wollen, ob Kf. vigore des kaiserlichen conservatorii und ertheilten mandati ad exequendum das Werk mit embrassieren wolle.

Nachfolgende Resolution ist den Lüneb. Gesandten durch H. Jena und mich[3]) überbracht worden den 15./25. October 1666. 25. Oct.

S. Ch. D. wollten die Kreishülfe schicken[4]), wenn sie requiriret würde, indessen begehrte man zu wissen, ob dasjenige, so die Gesandten von wegen der Hülfeleistung erwähnet, für ein Requisit[or]ium anzunehmen und in wie viel Mannschaft die Hülfe bestehen solle.

2. Wollte S. Ch. D. ihren Herrn Principalen, wenn sie umb der Bremischen Sache halber angefochten würden, mit aller Macht assistiren, weil aber S. Ch. D. heute ausm Haag per expressum unvermuthet advertiret worden[5]), sambt wollte Braunschw.-Celle S. Ch. D., dafern sie in Preussen attaquiret werden sollte, nicht assistiren, die Ursach aber sol-

[1]) Vergl. über diese Sendung Köcher I. S. 496; Instruction und Creditiv v. Molteke's sind vom 6./16. October ausgestellt. Inzwischen hatte Herzog Georg Wilhelm (d. Nienburg 13./[23.] October) dem Kf. mitgetheilt, er, sowie sein Bruder, Herzog Johann Friedrich, und sein Vetter, Herzog Rudolf August, hätten ihre Völker an der Grenze ihrer Lande aufgestellt, um, falls von Wrangel eine widrige Resolution erfolge, der Stadt Bremen Hülfe zu leisten, und als Kreisoberster des Niedersächsischen Kreises Kf. als Mitglied desselben aufgefordert, seine Kriegsvölker nicht nur in guter Bereitschaft zu halten und in die Nähe zu stellen, sondern auch auf sein ferneres Ersuchen ihm zu Hülfe zu schicken.

[2]) S. oben S. 93 f.

[3]) C. v. Blumenthal.

[4]) Ueber die damaligen militärischen Anordnungen des Kf. s. Hirsch, Die Armee des Grossen Kurf. (Hist. Zeitschr. N. F. XVII.) S. 275.

[5]) S. unten Romswinckels und Copes' Relation vom 19. October 1666.

cher genommen Resolution ihr unbewusst, so hofften S. Ch. D., man werde sich anders und zwart dem in S. F. Gn. zu Celle gesetzten Vertrauen gemäss erklären.

---

25. Oct. Der Chur-Cöllensche Gesandte, Landrost Landsberg[1]), hat den 15./25. October folgenden Vortrag gethan:

K. Cöln wünsche zu vernehmen, wie des Kaisers Respect und des Reiches Ruhestand und Sicherheit bei dieser Kaiserlichen Commission in der Bremischen Sache zu beobachten sei,

2) er desideriere des Kf. Gutachten in causa Bremensi auf den Fall die gütlichen Tractaten nichts verfangen wollten, würde sich selbigen conformieren.

3) Nachdem in Hildesheim beschlossen worden sei, dass die Principalen ihre Soldatesque zusammenzögen, so liesse K. Cölh 1200 z. F. und 300 zu Pferde künftigen Sonntag unter dem Obristen Hell nach der Weser marschieren und bäte, dass des Kf. Truppen sich mit denselben conjungieren möchten,

4) bäte er um Abschickung eines kfl. Ministri nach Hildesheim,

5) um gute Correspondenz und vertrauliche Communication.

Item dafern Bremen in der Schweden Hände gerathen und dieselbe sich an einem oder andern Stande des Reichs revangieren wollten, was alsdann zu thun, ob man nicht mit des Kaisers und der Benachbarten Hülfe dahin zu trachten hätte, die Stadt in vorigen Stand zu setzen.

Diese Resolution ward selbigen Tag dem Chur-Cölnischen durch mich[2]) und H. Jena überbracht:

S. Ch. D. bedanketen sich für die gethane Abschickung, rühmeten Chur-Cöllens Sorgfalt, würden die Kreishülfe schicken und S. Ch. D., dafern sie des Bremischen Wesens halber sollte angefochten werden, mit aller Macht assistiren, einen dero Bedienten nacher Hildesheimb abschicken, auch aus den fürfallenden Sachen mit Chur-Cöllen allemal freundvetter- und brüderlich communiciren.

Instruction[3]), wonach sich unsere — Gerhard Jaen Ledebaur und Johann de Beyer unterthänigst zu achten. D. Cleve 24. October 1666.

[Aufträge an Wrangel und eventuell an die zu Hildesheim Versammelten.]

24. Oct. Beide oder, wenn Ledebur verhindert ist, Beyer allein sollen sich

[1]) Das Creditiv desselben ist Himmelport 22. October 1666 ausgestellt.

[2]) C. v. Blumenthal.

[3]) S. Pufendorf IX. § 82 (S. 626f.). Vgl. de Goess' Bericht an den Kaiser vom 3. November (Urk. u. Act. XIV. 1. S. 282ff.).

schleunigst zu Wrangel begeben und demselben die gefährliche Lage der Dinge vorstellen. Der Kaiser habe durch den an ihn abgeschickten Grafen Sinzendorf[1]) Kf. ermahnt, sich der Bremer Sache mit Nachdruck anzunehmen und die Stadt quovis modo retten zu helfen, derselbe gehe mit gleicher Commission auch an die braunschweigischen Herzoge und andere Reichsstände, Kf. müsse fürchten, Kaiser und Reich möchten endlich gar andere Resolution fassen und diese Commission solchen Ständen übertragen, welche die Execution derselben nicht ablehnen und nicht so behutsam und glimpflich, wie er, darin procedieren würden.

Welchem negst wir dann den Feldherrn nochmaln zum fleissigsten ersuchten, von den extremis und der Blocquade abzustehen und raisonnable und dem Instrumento pacis gemessene gütliche Temperamenta nicht auszuschlagen, die renunciationem praetensae immedietatis bei Seite zu setzen und in suspenso zu lassen, auch die Tractaten in statu quo, wie sie vor des H. Präsidenten Kleye Rückkunft aus Schweden gewesen, weiter continuiren zu lassen. —

Nun würde von den meisten Ständen und fast an allen Orten dafür gehalten, dass man in Schweden selbsten[2]) zu den extremis wider die Stadt nicht Belieben trüge — ja man hätte gar äusserliche Nachricht, dass dem Feldherrn Ordre zugekommen wäre, mit den Hostilitäten gegen die Stadt einzuhalten und die gütliche Handlung zu admittiren, der Feldherr würde sich annoch erinnern, mit was Fürwand wir der Kronen zum besten die Reichscommission bishero aufgehalten, nunmehr aber stünde solches nicht mehr an unsern Kräften und könnten wir uns nicht entbrechen unsere Deputirte nacher Hildesheimb, woselbsten sich alle diejenige, welche von I. Kais. M. in der Commission ernannt wären, bereits versammelt hätten, — zu schicken. —

Sollte sich nun der Feldherr hierauf bewegen lassen, mit den extremis einzuhalten, die Blocquade aufzuheben und die gütliche Tractaten wieder für die Hand zu nehmen, so hätten unsere Räthe solches nacher Hildesheimb denen daselbst versammelten Deputirten zu notificiren und sie dahin zu veranlassen, dass sie sich auch alle oder zum weinigsten die Braunschweigischen bei dem Feldherrn zu Beförderung der Tractaten einfinden möchten. Würden unsere Räthe aber nichts verrichten, so haben sie nach abgelegter Commission sich selbst alle beide oder D. Beyer allein nacher Hildesheimb zu verfügen und denen daselbst anwesenden Räthen von K. Cöln, Paderborn, dem Fürstl. Hause

[1]) S. oben S. 101.
[2]) Vgl. Carlson IV. S. 490.

Braunschweig und den Deputirten der Städte Cöln und Lübeck — anzudeuten, dass, sobald wir von K. Cölns Ld. von dieser Zusammenkunft wären advisiret worden, wir nicht hätten unterlassen wollen, auch die unseren darbei zu senden, gestalt sie dann befehliget wären, dasjenige, was darbei fürkommen — bestes Fleisses zu befördern. Unseres Orts wären wir nicht allein erbietig unser Contingent an Volk wegen Halberstadt dem Kreise beizutragen, sondern dafern auch ein oder ander dieser Sachen halber feindlich angegriffen werden sollte, demselben treulich beizuspringen und mit Nachdruck zu assistiren, wohingegen wir uns auch auf allen Fall gebührender Hülfsleistung von ihnen versehen thäten.

Und[1]) weil die zu Hildesheimb versammelt gewesenen Kur- und Fürstlichen Räte schon wieder von einander, so hat D. de Beyer nach abgelegter Verrichtung bei dem R. Feldherrn seine Rückreise dergestalt anzustellen, damit er entweder S. Churf. D. unterwegens entgegen kommen und mündlich Relation, oder, da die Zeit zu kurz fallen möchte, schriftlichen Bericht abstatten könne.

Ges. erhalten auch ein Creditiv an die Stadt Bremen, sie sollen dieselbe der guten Intention des Kf. und dass er alle mögliche officia zu ihrer Rettung anwenden würde, versichern, doch dabei gebührende Behutsamkeit gebrauchen, damit der Feldherr daraus nicht soupçon fasse[2]).

Der Kurfürst an den Freiherrn v. Schwerin[3]) zu Paris. D. Cleve 26. October 1666.

[Die bremische Angelegenheit.]

26. Oct. Er soll sich sogleich bei Lionne anmelden und demselben zu verstehen geben, Kf. hätte schon längst mit dem Könige wegen der Streitigkeiten zwischen Bremen und Schweden communicieren wollen, es aber bisher aufgeschoben, da er gehofft, diese Streitigkeiten würden durch seine und anderer Interponenten Mediation beigelegt werden. Nachdem aber die Tractaten sich neulich zerschlagen und man bereits beiderseits zu Feindseligkeiten geschritten sei, könne er nicht länger unterlassen, dem Könige vorzustellen, was für präjudicierliche Weiterungen daraus zu befahren stünden. Kf. hätte sich bisher ungeachtet aller nachtheiligen Ausdeutungen bei der Sache so betragen, dass Schweden daraus seine Freundschaft und aufrichtige Intention habe verspüren können,

---

[1]) Dieser letzte Passus ist nachträglich hinzugefügt. — Die Conferenzen zu Hildesheim hatten schon am 3./13. October ihr Ende erreicht, s. Köcher I. S. 491.

[2]) Die Creditive für die Gesandten sind Cleve 25. October 1666 ausgestellt.

[3]) Otto v. Schwerin der jüngere, Sohn des Oberpräsidenten. S. Urk. u. Act. II. S. 421.

was auch Wrangel erkannt und ihm dafür gedankt habe, er wünsche auch in gutem Vertrauen mit Schweden zu verbleiben und das durch die letzte Allianz aufgerichtete Band der Vertraulichkeit zu verstärken, es würde ihm daher herzlich leid sein, wenn er durch das Bremische Wesen zu Actionen, welche zu widrigen Impressionen Anlass geben könnten, verursacht würde. Da aber das Reich sich der Sache nachdrücklich anzunehmen und die Stadt zu entsetzen beschlossen hat, auch der Kaiser diese in seine und des Reiches Protection genommen und zu dessen Effectuierung mandata conservatoria an K. Cöln, Kf. und die Herzoge zu Braunschweig-Lüneburg, ferner mandata excitatoria und nun vollends executorialia an den Niedersächsischen und benachbarte Kreise wegen der Assistenz ergehen lassen, und dabei durch einen extraordinaren Envoyé, den Grafen v. Sintzendorff, von ihm inständig begehrt hat, sich dieses Werkes nach Anleitung der Reichsconstitutionen anzunehmen und die bedrängte Stadt zu retten, so stelle er dem Könige zu bedenken anheim, wie unverantwortlich es ihm gegen das Reich fallen werde, wenn er sich diesem allgemeinen Reichsconcluso zu entziehen und von den anderen Ständen des Reichs zu separieren gedächte, er verlangte daher von dem Könige in Confidenz zu vernehmen, wohin dessen Sentiment bei dieser Bewandnis der Sachen gehen möchte[1]).

O. v. Schwerin der jüngere an den Kurfürsten. D. Paris 5. November 1666.

[auf das Schreiben vom 26. October. Unterredung mit Lionne.]

Er hat Lionne aufgesucht und demselben ausführlich alles, was Kf. ihm 5. Nov.
befohlen, vorgetragen. Jener versprach, dem Könige davon Bericht abzustatten, und versicherte wiederholt, derselbe fühle sich durch das Verfahren des Kf. ihm gegenüber bei dieser Gelegenheit sehr verpflichtet, auch der König wünsche, dass der Frieden in Deutschland erhalten würde und dass dieser bremische Streit keine weitere Ausdehnung gewinne, da, wenn man einmal das Schwert gezogen habe, man es nicht so bald wieder einstecken würde. Der König wäre daher sehr erfreut darüber, dass Kf. die Vermittlung übernommen habe, man kenne hier sehr wohl seine Bemühungen, auch die Schweden hätten darüber ihre Befriedigung bezeugt. Lionne glaubte aber, dass der Vergleich schon getroffen oder wenigstens die Verhandlungen schon weit vorgeschritten wären, und unterliess es daher, näher auf die Sache einzugehen, versprach nur, wenn er dem Könige Bericht abgestattet hätte, dem Kf. zu antworten. Auch auf seine Mittheilungen inbetreff des Vertrages des Kf. mit Dänemark, Holland und dem Hause Braunschweig antwortete L. nur, dass der König davon schon durch d'Estrades unterrichtet sei.

---

[1]) In einem zweiten Schreiben von demselben Datum beauftragt Kf. Otto v. Schwerin, Lionne den Abschluss der Quadrupelallianz (s. unten) anzuzeigen und zugleich zu versichern, dass „solches alles ohne einigen Abbruch der mit dem Könige gemachten Allianz wäre".

Er hat heute auch Turenne gesprochen, dem er schon Mittheilung von dem, was sich in der Bremer Sache zugetragen, gemacht hatte, derselbe versprach, wenn er etwas über die Gedanken des Königs erfahren würde, es ihm mitzutheilen[1]).

Joh. de Beyer an den Kurfürsten D. Bremen 7. November/28. October 1666.

[Ankunft im Hauptquartier. Verhandlungen; günstiger Stand derselben.]

7. Nov. Wie wir hieher geeilet, auch der dunkelen Nächte nicht geschonet, beim R. Feldherrn ankommen sein, die Proposition gn. befohlener Maassen abgelegt, was wir zur Antwort auf unsere abermalige Instanz erhalten und welchergestalt wir die K. Cölnische und Fürstl. Braunschweig-Lüneburgischen Herren Abgesandten auf ihrer Reise nacher Hoya rescontriret, was mit ihnen verlassen, wie wir folgends in die Stadt kommen und bei ihnen auch den Fürtrag gethan haben, dasselbe ist in dem — Ledebur — mitgegebenen Protocollo[2]) begriffen, dahin ich mich

[1]) Ludwig XIV. beglaubigt bei Kf. (d. St. Germain en Laye 10. Nov. 1666) den Marschall Millet, welcher zur friedlichen Beilegung der bremer Angelegenheit mitwirken solle. Das Antwortschreiben des Kf. vom 15./25. December 1666 s. Urk. u. Act. II. S. 422f.

[2]) Danach sind sie am 23. October/2. November in Wrangels Hauptquartier Habenhausen angekommen und haben sofort bei ihm Audienz erhalten. In seiner durch den Kanzler Nicolai ihnen mitgetheilten Antwort auf ihre Proposition protestiert derselbe dagegen, dass man in Schweden das, was er in dieser Angelegenheit thäte, nicht beliebte, und theilt mit, dass er, nachdem er von Schweden her nähere Resolution, namentlich in puncto renunciationis erhalten, auf das Drängen der bei ihm erschienenen K. Cölnischen und Braunschweigischen Gesandten die Tractaten habe reassumieren lassen, doch habe er vor Ankunft der Gesandten des Kf. dieselben nicht zum Schlusse wollen kommen lassen. Man wäre jetzt so weit gekommen, dass, nachdem der König die Renunciation der Immedietät in suspenso gelassen und die Stadt sich wegen der Session und des Votum auf Reichs- und Kreistagen zu des Königs contento erklärt, nur noch inbetreff des forum immediatum und des jus territoriale über die vier Gohen Differenz bestehe, auch über die Satisfaction und Securität sei schon verhandelt worden. Die K. Cölnischen und Lüneburgischen Gesandten wären heute nach Hoya gereist, würden aber in ein bis zwei Tagen wiederkommen, er hoffe, es werde in wenigen Tagen zum Schluss kommen. Heute werde dieser Angelegenheit wegen eine vornehme schwedische Staatsperson an Kf. abgeschickt werden. Nach der Tafel verlassen v. Ledebur und Beyer, da im Hauptquartier keine Gelegenheit zu logieren ist, dasselbe, um sich nach Bremen zu begeben, treffen unweit des Hauptquartiers mit den auf der Reise nach Hoya zu den dort anwesenden Lüneburgischen Herzogen begriffenen K.-Cölnischen und Braunschweigschen Gesandten zusammen, erhalten von diesen nähere Mittheilungen über die bisherigen Verhandlungen und treffen dann in Bremen ein, wo sie von den Deputierten der Stadt Wachmann und

referire. So bald nun erwähnte Kur- und Fürstl. Herren Abgesandten hier wieder angelanget sein, haben wir nicht unterlassen mit denselben zuförderst und darauf gesamter Hand mit den Bremischen Deputirten in Conferenz zu treten, auch des folgenden Tags in aller Frühe uns nach dem Haubtquartier zu erheben, allda wir, falls die ultima Bremensische resolutio nicht angenommen und die Tractaten nicht de praesenti geschlossen werden könnten, zuforderst auf die Aufhebung der Blocquade gedrungen, und, der vorgangen, zu allen fernern guten officiis uns anerboten, endlich so weit es gebracht haben, dass man sich alsofort ans Werk gesetzt und Versuch gethan, ob man eadem opera aus den Tractaten und zu der Bloquade Aufheben gelangen können, wie mein Collega Drost Ledebur verhoffentlich bereits — mündlich berichtet haben wird, der vom Feldherrn und uns seinen Abschied zu der Zeit nahm, als wir uns zur Conferenz wirklich niedersetzten. Wir haben uns auch so eifrig an dieses Werk gehalten, dass wir vor Abends spät nicht wieder in die Stadt kommen sein. Des folgenden gestrigen Tages, nachdem wir zuforderst mit der Stadt abermal communicirt hatten, daran weiter dergestalt continuiret, dass durch Gottes Gnade mit dem Feldherrn wir gestern Abend quoad materialia et ingredientia tractatus ex membris renunciationis, satisfactionis et assecurationis principaliora aus denen von Schwedischer Seiten zu Stade gemachten Postulatis, welche der Aufhebung der Blocquade vorhergehen sollten, fertig worden sein und des Aufsatzes stündlich erwarten, mit dem an Kön. Schwed. Seiten gethanen Versichern, dass die berührten Articuli so bald nicht unterzeichnet sein würden, oder aber auch des nächstfolgenden Tages die Blocquade aufgehoben sein, die Völker abziehen, die occupirte Pässe geräumet und die Zufuhr zu Wasser und zu Lande hinwieder ungehindert gelassen werden sollte.

Wann solche Articuli werden adjustiret sein, werden aus dem Stadischen Vergleich noch eine oder andre Nebenpuncta vorzunehmen sein, daran aber hänget das Haubtwerk zumalen nicht.

B. wartet mit Verlangen auf Resolution des Kf. über die Ledebur mitgegebenen Punkte, namentlich wegen der Garantie, weil die Stadt darauf sehr sehen wird.

Hermes bewillkommt werden. Nachdem am 25. October/4. November die K. Cölnischen und Lüneburgischen von Hoya zurückgekehrt sind, verabreden sie mit diesen, da v. Ledebur zu dem Kf. nach Bielefeld eilt und gern umständlich Rapport thun will, für den Nachmittag eine Zusammenkunft. Vgl. Duntze IV. S. 168f.; Köcher I. S. 502ff.

v. Ledebur und Beyer an den Kurfürsten. D. Bremen 31. October/10. November 1666.

[Unzufriedenheit der Bremischen mit dem schwedischen Project. Verlangen der Aufhebung der Blokade. Ledeburs Zusammentreffen mit Königsmarck.]

10. Nov. Sie haben[1]) das inzwischen von den Schwedischen Commissaren übergebene Project des Vergleiches insgesamt verlesen und darauf den Deputierten der Stadt mitgetheilt, welche darüber aber sehr perplex gewesen und gebeten haben, sich mit dem Wort Tractaten nicht länger amüsieren zu lassen, sondern pure die Aufhebung der Blocquade zu urgieren. Sie haben darauf ein neues Project entworfen und es der Stadt mitgetheilt, welche mit ihren monitis heut einkommen wird, sie wollen dann morgen darüber mit den Schwedischen zu conferieren suchen und also gesamter Hand noch einmal darauf dringen, dass, des Kf. Befehl gemäss, die Tractaten entweder geschlossen, oder, wenn dieselben noch länger anstehen müssten, die Blocquade zuförderst aufgehoben werden möge, im Fall keines von beiden erhalten werde, wollen die Gesandten alle abreisen.

Ledebur war mit dem Grafen Königsmark, der dem Kf. zu Hameln aufgewartet, eben in Petershagen angekommen, als auch dessen Bruder, der bei dem König in Frankreich[2]) gewesen, dort ankam, beide sind nach dem Schwedischen Hauptquartier vorausgeritten und er ist ihnen gefolgt und hat bei dem Feldherrn das angebracht, was Kf. ihm aufgetragen. Es scheint, der Feldherr wäre auch gern bald aus der Sache. —

Kurfürst Maximilian Henrich von Cöln an den Kurfürsten. D. Schloss Liebenburg 16. November 1666.

[Ungünstiger Stand der Verhandlungen mit Wrangel. Weitere vorzunehmende Schritte.]

16. Nov. Der Bischof von Strassburg[3]) hat ihm berichtet, dass Kf. sich bereit erklärt habe, die kaiserliche Kommission wegen Rettung der Stadt Bremen vollziehen zu helfen. Wrangel hat sich allerdings aufs neue auf gütliche Tractaten eingelassen, ist dann aber mit einem Project herausgekommen, welches der genommenen Abrede ganz zuwider ist, und es ist daher dahin gekommen, dass derselbe sich entweder eines anderen erklären oder dass der Entsatz werde vorgenommen werden müssen. Er hofft, Kf. werde mit Hand anlegen, auch mehr Völker nach dem Niedersächsischen Kreise verlegen, und fordert ihn auf, einen Abgesandten zu einer mit Münster, den braunschweigischen Fürsten und Hessen-Cassel zu Hildesheim oder anderswo abzuhaltenden Versammlung zu schicken.

[1]) S. über diese neuen Weiterungen Köcher I. S. 507 f.

[2]) S. Mémoires de Pomponne II. S. 89. 215; Köcher I. S. 507.

[3]) K. Cöln hatte durch diesen (Creditiv d. Winzenburg 8. November 1666) Kf. auf der Durchreise durch sein Gebiet begrüssen lassen.

v. Ledebur und Beyer an den Kurfürsten. D. Bremen 7./17. November 1666.

[Weitere Verhandlungen. Bremens Wunsch in die Quadrupelallianz aufgenommen zu werden. Die K. Pfälzische Sache.]

Ueber das von den sämmtlichen Gesandten aufgestellte Project ist fleissig 17. Nov.
bald im Hauptquartier, bald in der Stadt conferiert worden. Die Hauptschwierigkeit macht noch die Einrichtung des 5. Artikels, namentlich ratione possessionis juris territorialis in den 4 Gohen und der von der Stadt verlangten Einbehaltung der sonst im 10. Artikel des Stadeschen Recesses der Königl. Rentkammer bewilligten halben Contribution und der auch von der Stadt prätendierten Demolition der Burgschanze sowie, dass sie erst, nachdem diese erfolgt sei, den Recess zu beschwören habe. Die K. Cölnischen und Lüneburgischen Abgesandten sind vorgestern nach Nienburg gereist und heute zurückgekehrt. Die dort anwesenden Fürsten und Gesandten, auch der kaiserliche, Graf Zinzendorf, haben das Vertragsconcept gebilligt und die Gesandten instruiert, inbetreff der Forderungen der Stadt wegen der Contribution und der Rasierung der Burg sich nochmals bei Wrangel zu bemühen, wenn dieser dieselben aber verweigere, so seien diese zwei Postulata nicht von der Wichtigkeit, dass man darum im Teutschen Reich einen blutigen Krieg sich anspinnen lassen sollte, vielmehr würde die Stadt sich zu diesem Project zu resolvieren haben. Auch sie haben sich damit ganz conformieren können.

Die städtischen Deputierten haben bei ihnen angefragt, ob sich die Stadt im Haag durch ihren mit Zustimmung des Kf. dorthin geschickten Syndicus Eden wegen Einschliessung in die neu gemachte Allianz [1]) anmelden oder damit noch einige Zeit warten solle, sie sowie die anderen Gesandten haben dieses aber nur ad referendum angenommen, ebenso den von den K. Cölnischen in der K. pfälzischen Sache gemachten Vorschlag, Wrangel zu ersuchen, dass keine schwedischen Völker dorthin geschickt würden.

— —

v. Ledebur und Beyer an den Kurfürsten. D. Bremen 14./24. November 1666.

[Abschluss der Verhandlungen. Bevorstehende Unterzeichnung.]

Nachdem sie in realibus soweit avanciert, dass sie der Stadt zu gute noch 24. Nov.
erhalten haben, was dieselbe wegen Einbehaltung der halben Contribution in den 4 Gohen gefordert und dass sie den Art. 11 verglichenen Eid nicht eher schwören solle, bis die vom Könige desiderierte willfährige Erklärung wegen Demolition und Restitution der Burg eingekommen sei, haben die übrigen Difficultäten meist nur in Worten bestanden, indem zwischen beiden Theilen wenig Vertrauens und daher alles für gefährlich gehalten wird, was von einem oder

[1]) Die Quadrupelallianz.

andern erinnert oder corrigiert werden wollen, endlich gestern Abend ist das Concept vereinbart und zwei Exemplare davon angefertigt worden, das eine ist heute früh der Stadt zugestellt worden, die Deputierten derselben haben noch heute Abend erklärt, dass sie dieses Project prout jacet annähmen, doch über einige Punkte Attestation begehrt, sie erwarten demnach nur noch, wann und wo es dem Feldherrn belieben wird, dass die Unterzeichnung stattfinde. Der Feldherr wünschte wohl (so viel die Discurse es vermerken lassen), dass er den vorigen Tractaten hätte ihren Fortgang gewinnen lassen, in Meinung, damals wohl ein mehrers als itzo von der Stadt erhalten zu haben.

P. S. Soeben haben sie durch einen schwedischen Trompeter Nachricht erhalten, dass der Feldherr morgen Vormittag zur Subscription der Tractaten im Hauptquartier zu Habenhausen bestimmt habe, auch dass zugleich morgen mit der Demolition am Katten- und Wartthurm der Anfang gemacht werden könne.

---

v. Ledebur und Beyer an den Kurfürsten. D. Bremen 17./27. November 1666.

[Unterzeichnung des Vergleichs. Verabschiedung von Wrangel und den Bremern.]

27. Nov. Sie sind am 15./25. in das Hauptquartier herausgefahren, dort ist der beifolgende Recess[1]) allerseits unterschrieben und perfectiert worden, und sie haben noch selbigen Tages vom Feldherrn ihren Abschied genommen. Derselbe hat über diesen Vergleich keine sonderliche Freude erwiesen, auch weder über Mahlzeit, noch auch bei ihrem Abzuge keine Freudenzeichen hören, die Stadt aber hat bei der auf dem Rathhause gestern angestellten Mahlzeit mit Canonieren und sonst dieselbe desto mehr merken lassen. Der Feldherr nahm Ledebur bei Seite und fragte, ob des Kf. Völker, wie er berichtet wäre, bereits im Marsch begriffen wären, worauf er aber geantwortet hat, nichts davon zu wissen. Diesen Morgen haben die Stadtdeputierten bei ihnen ihren Dank gegen Kf. bezeugt und gebeten, dass Kf. wegen der Garantie bei seiner einmal gegebenen willfährigen Erklärung bleiben und sich mit den anderen Kur- und Fürsten super forma et modo verständigen möchte. Sie gedenken morgen abzureisen.

Dieselben an den Kurfürsten. D. Petershagen 20./30. November 1666.

[Abreise von Bremen. Der französische und die holländischen Gesandten.]

30. Nov. Sie sind Sonntag den 18./28. von Bremen abgereist; an der Demolierung des Katzenthurms wurde schon durch von der Stadt dazu commandierte Sol-

---

[1]) Der Vertrag von Habenhausen vom 15./25. November 1666, s. Diar. Europ. XIV. Append. S. 181 ff.; Londorp IX. S. 459 ff.; Roller, Geschichte von Bremen III. S. 339 ff.

daten eifrig gearbeitet; das Rendezvous der schwedischen Truppen sollte Dienstag zu Hamelingen stattfinden und sie von dort nach den verschiedenen ihnen angewiesenen Quartieren ziehen, es scheint, als ob die meisten Völker vorerst noch in den Herzogthümern Bremen und Verden sollen stehen bleiben. Der französische Gesandte Millet[1]) und die Holländischen sollen unterwegs sein. Wahrscheinlich würden die Tractaten mehr Zeit erfordert haben und weitläufiger gewesen sein, wenn diese Gesandten vor deren Schluss dazugekommen wären.

Bürgermeister und Rath von Bremen an den Kurfürsten. D. 1./[11.] December 1666.

[Die Speckhahnsche Angelegenheit. Bitte um Verwendung.]

Sie wiederholen ihren Dank dafür, dass Kf. ihre Stadt aus den Widerwärtig- 11. Dec.
keiten und der schwedischerseits gegen dieselbe vorgenommenen Blocquierung mittelst seiner Interposition durch einen gütlichen Vergleich errettet hat. Da aber in diesen Tagen in der Stadt etwas wider ihren Willen vorgegangen[2]), welches leichtlich bei dem schwedischen Könige und dessen Ministern übel genommen, auch ganz ungleich ausgeschrieen oder ausgeschrieben werden dürfte, so haben sie einen Bericht des wahren Verlaufes ihrem an den R. Feldherrn Wrangel abgeschickten Obristlieutenant v. Bendleben nach Stade nachgesandt, haben denselben dann drucken lassen und übersenden an Kf. ein Exemplar[3]) mit der Bitte, keinem widrigen Bericht Beifall zu geben und bei dem Könige und dem R. Feldherrn das Werk dahin zu recommendieren, dass ihnen und ihrer unschuldigen Bürgerschaft deshalb keine Beschwerung geschehe, viel weniger der jüngst gemachte Friede choquiert werde.

P. S. 3./[13.] December 1666. Da sie hören, dass Speckhan sich auf das äusserste bemüht, den König und den R. Feldherrn zur Ungnade und neuem Unwillen zu commovieren, so sind sie bewogen worden, demselben die Larve abzuziehen und an den R. Feldherrn ein abschriftlich beigelegtes Schreiben abgehen zu lassen.

---

[1]) Derselbe meldet dem Kf. von Bielefeld aus 2. December 1666 seine Ankunft. Kf. dankt (d. Berlin 15./[25.] December 1666) Ludwig XIV. für seine Bemühungen in dieser Sache und für die Absendung Millets und bedauert, dass derselbe zu spät gekommen ist (Urk. u. Act. II. S. 422f.).

[2]) Ueber diese neuen, durch den gegen den ehemaligen Bürgermeister, jetzigen schwedischen Staatsrath Statius Speckhahn 7. December 1666 ausgebrochenen Volkstumult veranlassten Händel s. Duntze IV. S. 171ff.; Köcher I. S. 512.

[3]) „Kurzer Bericht, was wegen des Königl. Schwed. Estats-Raths Herrn Statii Speckhanen — — in der Stadt Bremen, sonderlich in der Nacht vom 27. auf den 28. November a. 1666 sich hat zugetragen“ (Diar. Europ. XIV. Append. S. 169.)

Der Kurfürst an den Magistrat zu Bremen. D. Cöln 8./[18.] December 1666.

[auf das Schreiben vom 11. Dec. Mahnung zur Bestrafung der Uebelthäter.]

18. Dec. Er hat nicht gern ersehen, was mit Plünderung des K. Schwedischen Raths Speckhan dort vorgegangen, räth ihnen, dass sie ihre Displicenz über diese böse und ärgerliche That nicht allein mit Worten und schriftlich, sondern fürnehmlich in der That und mit scharfer Inquisition gegen diejenigen, welche an den verübten Insolentien Theil haben, bezeigen, auch er will nicht unterlassen, was zu Beibehaltung des Glimpfs und Friedens gereichen kann.

Der Kurfürst an Graf Wrangel. D. Cöln 8./[18.] December 1666.

[Die Speckhahnsche Sache. Hoffnung auf Erhaltung des Friedens.]

18. Dec. Er hat sowohl aus den gemeinen Gerüchten als auch aus einem ausführlichen Schreiben der Stadt Bremen von den Insolentien erfahren, welche dort mit Plünderung des Hauses Speckhans vorgegangen. Er zweifelt nicht, die Stadt, welche darüber eine sonderliche Displicenz bezeuge, werde scharfe Inquisition anstellen und die Thäter exemplarisch bestrafen, und hofft, es werde der mit so grosser Mühe jüngsthin aufgerichtete Vergleich dadurch nicht alteriert werden, sondern die Stadt dem Könige und der Krone solche Satisfaction geben, dass dieselben damit zufrieden sein können[1]).

Graf Wrangel an den Kurfürsten. D. Stade 19./[29.] December 1666.

[Mitschuld des Raths von Bremen an den Excessen.]

29. Dec. Der Rath von Bremen hat sich damit entschuldigen lassen, dass er den am 27. November begangenen Excess nicht habe verhindern können. Er schenkt dem aber keinen Glauben, denn der Rath ist an jenem Abend beisammen gewesen und hätte viel leichter dem Anfang steuern können als am folgenden Tage, wo der Pöbel, als er den Ernst gesehen, sich zurückgezogen hat. Dass eine Connivenz des Raths dabei stattgefunden, erhellt auch daraus, dass derselbe in einem ausführlichen Schreiben des Speckhan Person invahiert und dadurch hat bezeugen wollen, dass derselbe ein solches um die Stadt wohl verdient hätte. Er kann sich in einer so wichtigen und dem Könige nachtheiligen Sache nicht erklären, sondern muss abwarten, wie sie von diesem werde aufgenommen werden.

---

[1]) Vgl. das Rescript des Kf. an v. Crockow vom 8./18. December 1666 unten.

de Jeure Millet[1]) an den Kurfürsten. D. Arsfeld 25. Janvier 1667.

[Mahnung, Bremen zur Satisfaction wegen des Speckhahnschen Handels zu bestimmen.]

Nachdem infolge des Speckhahnschen Zwischenfalles sein König von den braunschweigischen Herzogen ersucht worden ist, seine Vermittlung fortzusetzen, um die Auswechslung der Ratificationen des Vertrages zwischen der Krone Schweden und der Stadt Bremen zu befördern, und der König ihn darauf beauftragt hat, zu diesem Zwecke hin zu vermitteln, ersucht er den Kf., seinen Bevollmächtigten auf der Versammlung zu Hildesheim[2]) zu befehlen, die Stadt Bremen dazu zu bestimmen, dass sie der Krone Schweden alle billige Genugthuung leiste und so die Auswechslung jener Ratificationen erleichtere[3]). 25. Jan.

---

de Jeure Millet an den Kurfürsten. D. Arsfeld 2. Avril 1667.

[Mahnung zur Einwirkung auf Bremen.]

Die Bremer haben noch vor 14 Tagen Deputierte zu Wrangel geschickt und erklärt, Speckhahn nur das wenige, was von seinen Sachen sich bei einigen bei der Plünderung betheiligten Privatleuten wiedergefunden hat, nicht aber Ersatz für seinen übrigen Schaden erstatten zu wollen, während sie früher sich dazu, sowie zur Bestrafung der Schuldigen und zur Entschuldigung gegen den König erboten hatten; er ersucht daher den Kf., sich bei der Stadt dahin zu bemühen, dass dieselbe pünktlich dem, was Kf. selbst als billig befunden, Genüge leiste, er selbst will sich bemühen, bei Wrangel und den anderen schwedischen Ministern die Sache zu erleichtern[4]). 2. April.

Der Kurfürst an den Rath von Bremen. D. Cöln a. d. Spree 2./[12.] April 1667.

[Neue Mahnung, in der Speckhahnschen Sache Genugthuung zu leisten.]

Die Krone Schweden beschwert sich immerhin über sie, auch andere Potentaten, die sich des Werkes annehmen, verdenken ihnen nicht wenig, dass sie durch Verweigerung der Speckhahn gebührenden Satisfaction die schliessliche Execution des jüngst getroffenen Vergleichs hindern. Er räth ihnen, lieber wegen des dem Speckhahn zugefügten Schadens raisonnable Satisfaction zu 12. April.

---

[1]) S. über dessen Thätigkeit in dieser Angelegenheit Mém. de Pomponne II. S. 311 ff.; Köcher I. S. 520. 525.

[2]) S. darüber unten.

[3]) Kf. erwidert (d. Berlin 23. Januar/[2. Februar] 1667), er habe den Rath von Bremen ermahnt, Schweden gebührende Satisfaction zu leisten, und auch seine Bevollmächtigten in Hildesheim angewiesen, sich um Beilegung der Sache zu bemühen.

[4]) Kf. sagt (d. Berlin 2./[12.] April 1667) dieses zu.

geben, als es auf die extrema ankommen zu lassen, damit der mit so vieler Mühe soweit gebrachte Vergleich ohne ferneren Verzug seine völlige Endschaft erreiche.

Bürgermeister und Rath von Bremen an den Kurfürsten. D. 23. Mai/[2. Juni] 1667.

[Beendigung der Streitigkeiten mit Schweden.]

2. Juni. Sie theilen mit, dass sie nunmehr mit dem R. Feldherrn und der Königl. Regierung der Herzogthümer Bremen und Verden nicht allein das Speckhahnsche Werk völlig gehoben und verglichen[1]), sondern auch das Abbittschreiben an den König expediert, dagegen die königliche Ratification über den Habenhausenschen Vergleich durch ihre Abgeordneten zu Stade am 15. in originali erhalten und ihre Ratification nach Stade geschickt haben. Sie danken dem Kf. für seinen Schutz und die ihnen erwiesene Gnade.

---

b. Die Allianz mit Dänemark.

Defensivallianz zwischen dem Könige Friedrich III. von Dänemark und dem Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg. D. Cleve 23. Mai 1666[2]).

23. Mai. Nachdem der Durchleuchtigste Grossmächtigste Fürst und Herr, Herr Friederich des Namens der Dritte zue Dennemarck, Norwegen, der Wenden und Gothen König — und dann der Durchleuchtigste Fürst und Herr, Herr Friederich Wilhelm, Marggraff zue Brandenburg, des Heil. Röm. Reichs Ertz-Cämmerer und Churfürst — sowohl wegen der bisanhero zwischen beiderseits König- und Churfürstlichen Häusern gepflogenen Freundschaft und guten Vertrauens, als auch der besorgenden Leufften halber, dero Stat, Erbreichen und Landen verträglich zue sein ermessen, dass vorgemelte Freundschaft und Correspondentz durch eine

[1]) In diesem Vergleich (d. Stade 15./[25.] Mai 1667) verpflichtet sich der Rath von Bremen, unparteiische Justiz wider die schuldig befundenen Personen mittelst Verschickung der Acten an eine Juristenfakultät zu administrieren und deren Urtheilspruch zu exequieren, ferner dem Speckhahn die recuperierte Baarschaft, Bücher und sonstige Mobilien auszuliefern und 8000 Thaler Schadenersatz in drei Terminen zu zahlen, womit alle Forderungen desselben abgethan sein sollen.

[2]) Inhaltsangabe: Pufendorf X. § 26 (S. 662f.); v. Mörner S. 281ff.

nähere Zusammensetzung und defensive Bündnus je mehr und mehr befestiget und dergestalt dero Erbreiche, Lande, Rechte und Gerechtigkeiten soviel müglich auf alle unverhoffende Fälle in nötige Sicherheit gesetzet werden, zue Abhandlung solcher defensive Alliantz auch uns dero Plenipotentiarien, und zwar Ihre Königl. May. zue Dennemarck, Norwegen p. mich dero Landrath und Amptmann auf Flensburg, Detleffen von Ahlefeld[1]), auf Haselaw Rittern, Ihre Churfürstl. Durchl. zue Brandenburg p. aber uns Dero geheime Rähte und Cämmerer Christoff Casparn Freiherrn von Bluhmenthall, des Johanniterordens Rittern und Cumpturen zu Supplingenb., und Friderich von Jena gnädigst verordnet, so haben wir uns in Höchstgedachter Ihrer Churfürstl. Durchl. zue Brandenburg Residentz Statt Cleve zusammengethan und bis auf Ihrer Königl. May. und Ihrer Churfürstl. Durchl. gnädigste Ratification folgende Puncta mit einander abgehandelt und geschlossen.

1. Solchem nach so soll zwischen Ihrer Königl. May. zue Dennemarck, Norwegen p. und Ihrer Churfürstl. Durchl. zue Brandenburg, wie nicht weniger dero beiderseits Erben und Successoren an dero Reiche und Chur eine nähere Vertraulichkeit und Freundschaft und defensive Bündnus zue Erhaltung Friedens, beider Theile Sicherheit und dero erlangten und habenden Rechten wieder alle und jede, wer die auch sein möchten, so einen oder den andern paciscirenden Theil, dessen Erbreiche und Lande feindlich überziehen und angreifen würden, hiermit und kraft dieses sein und von beiden hohen Bundesverwandten mit gutem Glauben und aufrichtig gehalten werden.

2. Dieweil aber diese Bündnus zue keines Offension oder Beleidigung, sondern einzig und allein dahin angesehen, damit Ruhe und Friede erhalten, beide Bundesverwandten, dero Successoren und Erben, auch alle dero Erbreiche, Lande und Leute in Sicherheit und ausser Vergewaltigung sein und bleiben mögen, also, dafern es sich wieder Verhoffen begeben und zutragen sollte, dass eines von beiden Bundesverwandten Erbreiche, Lande, erhaltene oder habende Rechte von jemanden feindlich angefallen und mit Gewalt turbiret würden, so soll das andere dem beleidigten Theile auf geschehene und vorhergegangene

[1]) Creditiv und Vollmacht König Friedrich III. für v. Ahlefeldt sind Kopenhagen 26. Februar/[8. März] 1666 datiert, die Vollmacht des Kf. für v. Blumenthal und Jena Cleve 12. April 1666. Vgl. über die Verhandlungen mit v. Ahlefeldt die Berichte de Goess' an den Kaiser vom 29. Mai und 5. Juni 1666 (Urk. u. Act. XIV.1, S. 272f. 277).

Notification schnldig sein, wie in nachfolgenden Articuln deutlich ge meldet wird.

3. In dieser defensive Alliantz seind ausdrücklich eingeschlosse und begriffen an seiten Ihrer Königl. May. zue Dennemarck, Nor wegen, die Fürstenthümer Schleswig Holstein Königl. Antheils wi auch die Grafschaften Oldenburg und Delmenhorst und Pinnen berg nebst allen und jeden vorgedachter Erbkönigreiche und Fürsten thümer incorporierten Landen und Herrschaften mit allen deren juribus Regalien, Hoh- und Gerechtigkeiten und was Ihre Königl. May. bei dene im Römischen Reiche besitzenden und erwartenden Fürstenthumbern Graf- und Herrschaften und Ländern vor Recht und Gerechtigkeit nac Ausweisung der Reichsconstitutionen und Gesetze und des Westphälische Friedenschlusses bereits jetzo innehaben und besitzen, oder durch recht liche Succession und sonsten erwarten.

An seiten Ihrer Churf. Durchl. zue Brandenburg die Chur un Marck Brandenburg, das Herzogthumb Preussen Churfürstl. Antheil die Clevische und zugehörige Westphälische Lande, das Herzog thumb Hinterpommern, die Fürstenthumber Halberstatt, Minden und Cammin nebst denen in obbemelten Chur- und Fürstenthumber incorporierten Landen, Graf- und Herrschaften, mit allen deren juribus Regalien, Hoh- und Gerechtigkeiten, und was Ihre Churf. Durchl. be denen im Römischen Reich besitzenden oder erwartenden Fürsten thumbern, Graf-, Herrschaften und Landen nach Ausweisung der Reichs constitutionen und Gesetze und des Westphälischen Friedenschlusses be reits jetzo innehaben oder besitzen, oder durch rechtliche Succession un sonsten erwarten. Gestalt dann so viel die Lande betrifft, welche i Heil. Röm. Reich gelegen, wie nicht weniger die Befugnuss, Recht un Gerechtigkeiten, so einem oder dem andern Theil aus denen Reichs constitutionibus oder dem Westphälischen Frieden zustehen und compe tiren, dieses gegenwärtige Bündnus ausdrücklich auf mehrgemelten Wes phälischen Frieden mitgegründet und gesetzet ist.

4. Wann es sich nun Zeit wehrenden dieses Bundes begebe, da Ihre Churf. Durchl. zue Brandenburg, dero Erben und Successoren i vorhergehendem Articul benannte Lande, Rechte und Gerechtigkeiten vo Jemand, wer der auch sein möchte, feindlich angefallen, überzogen, od sie sonsten darinnen mit Gewalt turbiert und beeinträchtiget würde auf solchen Fall geloben und versprechen Ihre Königl. May. zu Denne marck, Norwegen p. für sich, dero Erben und Successoren, dass si

innerhalb dreien Monaten von der Zeit an zu rechnen, da deroselben von Ihrer Churf. Durchl., dero Erben und Successoren die Notification gebührlich geschiehet und Sie requiriret werden, deroselben viertausend Mann zue Fuess (oder da Ihrer Churf. Durchl. mehr mit Reuterei gedienet wäre, anstatt eintausend Mann zue Fuss vierhundert Reuter) guter, tüchtiger und bewehrter Mannschafft ohne Seumnus und unfehlbar zu schicken gehalten sein wollen. Und haben Ihre Churf. Durchl., dero Erben und Successoren, wann es ihnen also gefallen möchte, dieser Hülfe bis zue Ende des Krieges sich zu gebrauchen. Es versprechen auch zugleich Ihre Königl. May. für sich, dero Erben und Successoren, dass, wenn die Hülfe der viertausend Mann, nachdem sie bei dem Herren Requirenten ein Jahr gewesen und gestanden, in Abgang gerathen sollte, sie dieselbe nach Verfliessung des Jahres hinwiederumb gebührlich recruitiren wollen.

5. Gleichergestalt geloben und versprechen Ihre Churf. Durchl. zue Brandenburg für sich, dero Erben und Successoren, dass sie ihrer Königl. May. zue Dennemarck, Norwegen p. dero Erben und Successoren nach geschehener gebührlicher Notification und Requisition innerhalb dreien Monaten viertausend Mann zue Fuesse (oder da Ihrer Königl. May. mehr mit Reuterei gedient wäre, anstatt eintausend Mann zue Fuess vierhundert Reuter) guter, kräftiger und bewehrter Mannschaft, ohne Seumnus und unfehlbar zu schicken gehalten sein wollen, dafern Ihre Königl. May., dero Erben und Successoren im dritten Articul benannte Erbreiche, Lande, Rechte und Gerechtigkeiten von Jemanden, wer der auch sein möchte, feindlich angefallen, überzogen, oder sie sonsten darinnen mit Gewalt turbieret und beeinträchtiget würden. Und haben sich Ihre Königl. May., dero Erben und Successoren, wann es ihnen also gefallen möchte, dieser Hülfe bis zue Ende des Krieges zu gebrauchen. Es versprechen auch zugleich Ihre Churf. Durchl. für sich, dero Erben und Successoren, dass, wann die Hülfe der viertausend Mann, nachdem sie bei dem Herren Requirenten ein Jahr gewesen und gestanden, in Abgang gerathen sollte, sie dieselbe nach Verfliessung des Jahres hinwiederumb gebührlich recruitiren wollen.

6. Dieweil aber, ehe zum Kriege würcklich geschritten wird, billig alle gütliche Mittel zuvorhero zu versuchen, als soll auch demjenigen Theile, welches von dem beleidigten auf gegenwärtige Alliantz und der daraus schuldigen Hülffe requiriret wird, frei stehen und zugelassen sein, durch Schickung, oder wie es sonsten vermeinen möchte, allen Fleiss

anzuwenden, damit der Beleidiger und Invadent von der Gewalt absteh und man nicht nötig habe, demselbigen die Waffen entgegenzusetzer und dem beleidigten Theile die versprochene und schuldige Hülfe würck lich zu leisten. Wann sich aber gleichwohl der Beleidiger und Invaden nicht weisen lassen wollte, und durch gütliche Mittel zue keiner billige und annehmlichen Satisfaction, welches in des beleidigten Theils Be lieben stehet, zu bringen wäre, auf solchen Fall soll ungeachtet de gütlichen Handlung, sobald die drei Monat verflossen, die versprochen Hülfe an den bestimbten Ort würcklich gestellet und damit zugleich so lange operieret werden, bis der beleidigte Theil billige Satisfaction er halten.

7. Was dann die Hülfleistung an sich selbst betrifft, soll das Theil, welches requiriret ist, die Auxiliarvölker bis an des Requirenten Grenzen mit Unterhalt zu versehen schuldig sein. Sobald sie aber an des Requirenten Grenzen kommen, sollen sie von dessen Commissarien angenommen und von der Zeit an, solange sie bei dem Requirenten bleiben ihnen gleicher Unterhalt in allen Stücken wie des Requirenten Truppen gegeben werden. Nächst diesem so soll der Requirent Macht haben und befuget sein, die Auxiliarvölker sowohl bei ihrer Ankunft als auch nach gehends durch seine Commissarien mustern zu lassen, auch bei ihme und dessen darzue bestellten Generalen Commissarien oder denjenigen so der Requirent dazu verordnen wird, die Disposition der Quartiere einzig und allein verbleiben und die Auxiliarvölker dergleichen Disposition ihnen gefallen zu lassen gehalten sein, des Soldes aber hat sich ein jedes Theil mit denen Seinigen nach Belieben zu vergleichen.

8. Im übrigen behält derjenige, welcher die Auxiliarvölker commandiret, auch die Jurisdiction über dieselbe, wann er sich gleich mit des Requirenten Truppen conjungieret, und soll von ihme gute Justiz gehalten und wieder die Delinquenten nach Anweisung des Kriegesrechts verfahren werden. In den Kriegesactionibus aber hat er des Requirenten oder dessen Generals Ordre, jedoch dass er zue allen Kriegsdeliberationibus mitgezogen werde, zu folgen. Sonsten seind die Auxiliarvölker in allen und jeden Kriegsdiensten und Actionen, es sei zue Wasser oder zue Lande, conjunctim oder separatim (welches sie allemahl gleich den Requirenten Völkern, wie es der Requirent oder dessen General gut befinden wird, zu leisten schuldig) sowohl als Quartieren jederzeit gleich zu tractiren.

9. Ferner, wann gleich derjenige, welcher Hülffe schicket, in blosser

terminis der Hülffeleistung verbleibet und über dem nicht weiter in den Krieg implicieret würd, so soll doch derjenige, welchem die Hülffe geschicket wird, mit dem Beleidiger und Invadenten keinen Tractat, Friede oder Stillstand der Waffen machen können, es sei dann, dass der Hülfschickende nicht allein in solche Handlung ausdrücklich eingeschlossen werde, sondern auch seine vollkommene Sicherheit darbei, ohne eintzigen Anhang erlange. Da aber der Hülfleistende darumb, dass er die Hülfe geschicket, mit dem Beleidiger und Invadenten oder jemand anders in offentlichen Krieg gerieth, so soll kein Theil ohne des anderen Rath und ausdrücklicher Einwilligung mit dem Feinde in einige, auch nur praeliminar Tractaten sich einlassen, sondern alles, was dessfalls nöthig, mit beider Theile Gutbefinden und Consens dergestalt negotiieret und tractieret werden, damit beide Theile zugleich dabei ihre gnugsame Sicherheit finden und haben mögen.

10. Auf die Fälle nun, da die Hülfe würklich zu schicken und das Werk zum Krieg ausschlagen müsse, oder aber auch wann nach geführetem Kriege die Sache endlich durch einen Frieden gehoben und beigeleget würde, hat derjenige, welcher vermöge gegenwärtiger defensiven Bündnuss die Hülfe leistet, an denjenigen, dem er zue Hülfe gekommen, noch auch an desselben Landen wegen aufgewendeter Unkosten oder erlittenen Schadens das geringste nicht zu praetendiren, oder von demselbigen zu begehren, ausser dass derjenige, deme die Hülfe zugeschicket, auf den entstehenden Fall, kraft dieser Bündnus zue gleichmässiger versprochener Hülfleistung, auf eben diese conditiones gehalten und verbunden.

11. Als es sich auch begeben und zutragen könnte, dass die in gegenwärtiger defensiv Alliantz verschriebene und ausgedrückte Hülfe nicht zureichend sein möchte, so versprechen zwar beide Theile hiermit einander mit mehrer Macht zue assistieren, doch dass bei solcher Begebenheit beide Theile zuvorhero dieser mehrern und stärkeren Hülfe halber deswegen absonderlich handeln und sich desshalb deutlich vergleichen.

12. Ferner ist auch verglichen, dass alle und jede Länder, Plätze und Vestungen, welche der Requirent mit Zuziehung der ihme zugeschickten auxiliar Völker wider einnehmen und occupieren, oder von dem Invadenten gewinnen und acquirieren möchte, ihme allein pleiben sollen, ohne dass der assistierende Theil an den assistierten deswegen das geringste praetendieren möge.

13. Und damit beider hohen Confoederierten wohlmeinende Intentio bei Aufrichtung dieser Bündnus desto mehr herfürblicke, also soll beider seits Alliierten, dem Kayser, Königen, Fürsten und Republiquen frei stehen, innerhalb vier Monaten mit darein zu treten, auf solche con ditiones, wie man sich deswegen würd am besten vergleichen könner gestalt dann gegenwärtige defensive Bündnus denen mit ihnen vorher aufgerichteten Pacten, Bündnussen und andern Vergleichen keinesweg praejudicieren oder nachtheilig sein, sondern dieselbe in ihrer Kraft un geschmälert verbleiben sollen, jedoch dass gegenwärtiger Bündnus, d in vorgemelten deroselben etwas entgegengesetzet wäre, dadurch dc Effect nicht benommen, sondern dieselbe verglichenermaassen unge krencket verbleibe.

14. Diese Bündnus soll von Dato auf acht nach einander folgend Jahre bestehen und von beiden Theilen treulich und aufrichtig gehalter werden, nach Verfliessung dieser acht Jahre oder auch ehe dieselbe verfliessen, bleibet es in beider Theile Gefallen gestellet, ob sie diese Alliantz erlängern und prolongieren wollen.

15. Die Ratificationes dieser obbeschriebenen und verglichenen Ar ticul sollen von Ihrer Königl. May. zue Dennemarck, Norwegen p. unc von Ihrer Churf. Durchl. zue Brandenburg p. innerhalb vier Monater von Dato an zu rechnen eingeschicket und ausgewechselt werden.

Dessen zue mehrer Urkund haben wir Eingangs benannte vor unsern hohen Herren Principalen zue diesem Tractat gevollmächtigte Commissarii dieses eigenhändig unterschrieben und mit unsern gewöhn lichen Pittschaften besiegelt. So geschehen zue Cleve den 23. Mai Anno 1666[1]).

Detleff von Alfeldt. Christoff Caspar Freiherr von Blumenthal.
Frid. von Jena.

---

[1]) Vermerk in den Acten: „Loco Protocolli NB. Die Allianz zwischen Denne marck und Chur-Brandenburg ist zwar den 23. Maii 1666 datiret, als umb welche Zei der Herr von Ahlefeld von Cleve abgereiset, dieselbe aber damals nicht unter schrieben, sondern es ist der Kön. Dennemärkische Secretarius Hugo Lente m dem von H. Ahlefeld unterschriebenen Exemplar lange hernach nach Cleve komme und dasselbe gegen Empfahung des von den Chur-Brandenb. HH. Plenipotentiarii vollenzogenen Exemplars ausgewechselt zu Cleve den 12. Octobris 1666." — Das Re creditiv des Kf. für v. Ahlefeld ist Cleve 22. Mai/1. Juni 1666 datiert. König Frie drich III. schreibt dem Kf. (d. Kopenhagen 20./[30.] Juli 1666), Ahlefeld habe ihr von seiner Negociation Bericht erstattet, das ihm zugestellte Project überreicht un berichtet, Kf. beharre noch auf seinen vorigen Gedanken und begehre, dass das pro jectierte Bündnis wider alle und jede aggressores insgemein eingerichtet, auch sein

Zu wissen[1]), dass, obwohl in dem 8. Art. der heut dato zwischen Ihrer Königl. May. zu Dennemarck, Norwegen und Ihrer Churfürstl. Durchl. zu Brandenburg durch dero respective darzu verordnete Plenipotentiarius und Commissarien aufgerichteten näheren Alliance enthalten, dass das Commando über die auxiliar Völcker jederzeit bei dem Requirenten oder dessen General sein soll, jedoch beiderseits verglichen und verabschiedet worden, dass im Fall derjenige, welcher bei des Requirenten Trouppen ist, mit welchem sich die auxiliar Völcker conjungiren müssen, geringere Charge bedienete als der, welcher die auxiliar Völcker commandiret, dieser unter jenem zu stehen oder von demselbigen einzige Ordre anzunehmen nicht schuldig oder gehalten sein soll. Urkund dessen haben wir in obgedachter Alliance benannte Plenipotentiarius und Commissarien diesen Nebenarticul gleichfalls unterschrieben, also dass derselbe eben so gültig und kräftig sein soll, als wäre er dem Haupttractat selbsten eingerücket worden. So geschehen zu Cleve den 23. Maii Ao. 1666.

Detleff von Alfeldt. Christoff Caspar Freiherr von Blumenthal.
Fridr. von Jena.

Clevischen Länder mit darein begriffen würden. Er habe trotz vieler erheblicher Ursachen, welche ihn davon abhalten könnten, dem deferiert, jenes Project in etwas, doch in keinen Substantialibus geändert und schicke es durch seinen Sekretär Hugo Lente zurück, nicht zweifelnd, dass auch Kf. es vollziehen werde. Kf. erklärt sich (d. Cleve 12. October 1666) dazu bereit. Seine Ratification ist Cleve 23. September 1666, die König Friedrichs Copenhagen 23. September 1666 ausgestellt.

[1]) Actennotiz: „Cleve d. 28. September/8. October 1666. Ad art. 8 declarabatur, dass zwar derselbe also bleiben möchte, dass der Königliche, wenn er mit dem Cuhrfürstl. in einer charge, ungeachtet er die charge nicht so lange als der Cuhrf. bedienet, dem Cuhrf. commandiren, Ihre Mt. in Dennemarck aber würde auf den Fall der Conjunction auch einen solchen Befehlshaber bestellen, unter welchem der Cuhrf. zu stehen kein rechtmässiges Bedenken haben könnte. Und diese Declaration nahm auch der Königl. Dennemarkische Secretarius Linte ad protocollum."

c. Die Quadrupelallianz.

Der Kurfürst an Herzog Georg Wilhelm von Braunschweig und Lüneburg. D. Cleff 4. Mai 1666.

[Vorschlag eines abzuschliessenden Bündnisses.]

4. Mai. — Dieweil — die Sachen dieserends nunmehr zu völliger Richtigkeit gebracht[1]) und dazu die einmütige Conformität Ew. Ld. und unserer consiliorum und conduite nicht weinig geholfen, so zweifeln wir zwar nicht, Ew. Ld. werden ferner in guter vertraulicher Freundschaft mit uns zu beharren gemeinet sein. — Aldieweil wir aber zu deren — Befestigung auch zu Erhaltung ruhigen Zustandes im Reich, bevorab in dem Niedersächsischen und Westphälischen Kreise kein bequemeres Mittel erachten, als dass zwischen Ew. Ld. und uns eine engere und nähere Vereinigung aufgerichtet würde, wozu Ew. Ld. für diesem selbst Anlass gegeben, so haben wir hiemit Ew. Ld. Gutachten und Gedanken davon vernehmen — wollen. —

Er stellt anheim, ob auch die Landgräfin von Hessen und der Bischof von Osnabrück mit zu diesem Werk invitiert werden sollen.

Romswinckel und Copes an den Kurfürsten. D. Hage 4. Mai 1666.

[Mittheilungen Müllers. v. Bevernings Eröffnungen wegen einer zwischen den Staaten, Dänemark, Kf. und den braunschweigischen Herzogen abzuschliessenden Allianz.]

4. Mai. Der Lüneburgische Gesandte Müller hat sie am Freitag besucht, ihnen ein offenes Schreiben seines Herrn an Kf., das ihm erst nach seiner Abreise von Cleve zugestellt worden, übergeben und sie gebeten, ihn zu entschuldigen, dass er dasselbe nicht habe persönlich überreichen und die Ursachen anführen können, weshalb sein Herr bei den jetzigen gefährlichen Conjuncturen nicht die Abdankung und Reducierung seiner Völker verfügen könnte[2]).

Ferner hat er uns dieses des Herrn Wrangels copeyliches Schreiben[3]) communicirt und dabei angezeigt, dass, weilen von den 1. Decemb. des abgewichenen Jahrs (da der angeregte conventus beschrieben) der Zustand vieler Sachen und sonderlich zwischen den nortschen Cronen und der Stadt Bremen sich sehr geändert und dieser Stat anitzo son-

[1]) Gemeint ist der am 18. April 1666 erfolgte Abschluss des Clevischen Friedens.
[2]) S. Urk. u. Act. XI. S. 719 Anm. 1.
[3]) d. Bremervörde 29. März/[8. April] 1666 s. Köcher I. S. 461 Anm. 4.

derliche Zuneigung hätte, mit den Herren Hertzogen zu Braunschweig und Lünenburg und andern benachbarten Potentaten und Fürsten, sonderlich aber auch mit Ew. Churf. Dchl. in einer nähern Verbintnuss zu treten, worüber höchstgemelte Hertzogen sich vorhin beständig würden besprechen und vereinigen müssen, wozu dann auch Ew. Churf. Dchl. viel wurden contribuiren können, so wollte Ew. Churf. Dchl. er unterthänigst anheimbstellen, ob dieselbe nicht gnädigst gutfinden mogten, die bei den Herrn Wrangel vorgeschlagene anderwerthe Conferentz (wie sein gnädigster Herr gleichfalls zu thun entschlossen) bono modo zu decliniren, bis dass man sehen mogte, wie sich eine und andere Sachen ausschlagen und anschicken würden, inmaassen der Wolffenbüttelsche Abgesandter Herr Heimeburgh, welcher gestern von hier nach Wolffenbüttel ist verreist, dieses also gänzlich approbiret. —

P.S. Der Herr von Beverning hat uns gestern — Visite und secrete Ouverture gegeben, was massen er seine Gedanken darüber hätte gehen lassen, wie diese Provintzien sich gegen alle auswendige machinationes durch eine nähere uniirte defensive Alliance[1]) beständiglich würden versichern können, als mit der Cron Dännemarcke, Ew. Churf. Dchl. und den sämptlichen Fürsten von Braunschweig und Lünenburg, dass er aus sich selbst wohl einige generale Discursen darüber mit Ew. Churf. Dchl. von weitem geführet — mit den Wolffenbüttelschen und Lünenburgischen Abgesandten, Herrn von Heimeburg und Herrn Müllern das Werk etwas näher überlegt und es endlich so weit gebracht, dass er ohne einige Maassgebung unter der Hand davon ein

---

[1]) Graf d'Estrades schreibt an Ludwig XIV. schon 22. April 1666 (Mémoires d'Estrades IV. S. 239), de Witt habe ihm erklärt, man dürfe sich durch Schwedens Drohungen nicht einschüchtern lassen, sondern müsse Dänemark gegen dasselbe mit aller Macht unterstützen, que pour cet effet il proposera à MM. les Etats d'entretenir encore pour quatre mois les troupes de l'Electeur de Brandebourg et des Ducs de Brunswic, qu'il travaillera à faire entrer ces princes dans une ligue contre la Suède, qu'on tâchera d'en engager d'autres pour l'attaquer dans la Pomeranie etc. De Witt selbst schreibt an den holländischen Gesandten in Paris Beuningen 29. April 1666 (Lettres et négociations entre M. Jean de Witt et MM. les plénipotentiaires des provinces unies des Pais bas III. S. 420): Je crois qu'il est de l'interêt de l'Estat d'engager s'il est possible l'Electeur de Brandebourg et les Princes de Lunebourg dans une plus étroite alliance, qui tende à se défendre et se garantir l'un l'autre et le roi de Danemark contre toutes les attaques auxquelles ils pourroient être exposés à présent et à l'avenir; je tâcherai d'y préparer les esprits et je souhaite que vous me marquiez ce que vous en pensez. Vgl. Köcher I. S. 459, aber in der dort citierten, S. 673ff. abgedruckten Relation Müllers vom 4./14. April ist von dieser Allianz noch nicht die Rede.

Project gemachet und gemelten Herrn von Heimeburg, gestalt seinem gnädigsten Herrn zu hinterbringen, zugestellt hätte, begehrend, wir möchten nicht allein einliegendes gleichlautendes Project[1]), welches er uns folgends geschickt hat, Ew. Churf. Dchl. gleichfalls unterthänigst hinterbringen und vernehmen, ob Ew. Churf. Dchl. gnädigst würden gutfinden können, darauf an diesem oder andern Orte durch einige Gevollmächtigte tractiren zu lassen, sondern auch bestergestalt entschuldigen, dass er die Freiheit gebraucht hätte, dieses Concept ohne anderen vorhergehenden Ceremonien — zu entwerfen. —

Der Kurfürst an Romswinckel und Copes. D. Cleve 25. April/6. Mai 1666.

[auf die Relation vom 4. Mai. Geneigtheit zum Abschluss einer Allianz. Schwerins Reise nach Holland.]

6. Mai. Das Schreiben Herzog Georg Wilhems wird er von hier aus beantworten, eine Abschrift seiner Antwort an Wrangel, der auch an ihn wegen der am 1. Mai abzuhaltenden Zusammenkunft geschrieben, schickt er zur Mittheilung an Müller mit[2]), sie sollen denselben versichern, er werde in dieser Sache nichts ohne vorherige Communication mit dem braunschweigischen Hause schliessen.

P.S. Auch — belangend die secrete Ouverture, so Euch der v. Beverning wegen einer engeren Verbindung gegeben, könnet Ihr demselben hinwiederumb hinterbringen, dass wir noch bei der Intention, die wir ihm bei seiner Anwesenheit mündlich selbst angedeutet, beständig zu verbleiben gesonnen wären, dass wir uns nämlich mit dem Staat und andern Benachbarten zu allerseits Lande Sicherheit enger zu verbinden geneigt, jedoch also daferne die H. Staaten ihrerseits sich auch dergestalt hierunter bezeugen wollen, damit wir ihnen bei aller Begebenheit beispringen könnten. Und weil unser Oberpräsident, der Freiherr v. Schwerin ehestes Tages mit unsern Prinzen nacher Iselstein kommen würde, so würde er sich dieser Sache halber mit ihm an einem oder andern Ort weitläufiger besprechen und von ihm unsre Meinung näher vernehmen können. —

---

[1]) Vgl. Köcher I. S. 462 f.
[2]) Vgl. Köcher I. S. 461 Anm. 5.

Herzog Georg Wilhelm von Braunschweig und Lüneburg an den Kurfürsten. D. Zell 5./[15.] Mai 1666.

[auf das Schreiben vom 4. Mai. Die von Kf. und von den Holländern beantragten Allianzen.]

Er zweifelt nicht, des Kf. Absehen bei der vorgeschlagenen näheren Ver- 15. Mai.
einigung werde auch auf seinen Vetter und Bruder, die Herzoge August und Johann Friedrich, gerichtet sein, er wird daher deswegen und wegen des inzwischen von den Staaten gemachten Vorschlages einer mit ihnen und anderen benachbarten Potentaten aufzurichtenden Defensivallianz mit ehestem, dem Herkommen nach, in seinem fürstlichen Hause eine Communication anstellen[1]) und darauf dem Kf. ihre Gedanken darüber mittheilen, fragt inzwischen an, ob Kf. meine, wenn das Bündnis mit den Staaten und anderen seinen Fortgang nehme, dass dennoch die nähere Vereinigung zwischen ihm und dem Braunschweigischen Hause zu befestigen wäre.

Der Kurfürst an den Freiherrn v. Schwerin. D. Amsterdam Mittwochs den 19. Mai 1666[2]).

[Berufung v. Schwerins.]

— Wir lassen Euch hiemit gnädigst wissen, was gestalt wir gestern 19. Mai.
Abend alhie angelanget und bis übermorgen alhie zu verbleiben, alsdann früh von hie auf Vianen zu gehen und daselbst Mittag zu halten ent-

[1]) Vgl. über die am 9. Juni und den folgenden Tagen zu Braunschweig abgehaltene Conferenz des Gesamthauses Köcher I. S. 465ff.

[2]) Dieses einzige von dem Kf. aus der Zeit seines damaligen Aufenthaltes in Holland herrührende Schriftstück befindet sich im Kriegsarchiv des Gr. Generalstabes. Nach de Goess' Bericht an den Kaiser aus Cleve vom 29. Mai 1666 (Urk. u. Act. XIV. 1, S. 271) ist Kf. schon am 22. Mai aus Holland dorthin zurückgekehrt. Ueber seine Unterredung mit Joh. de Witt berichtet dieser selbst an Beuningen 19. Mai 1666 (Lettres III. S. 438 irrthümlich als vom 13. Mai): Mr. l'Electeur de Brandebourg est arrivé ici hier incognito, j'ai eu aujourd'hui une longue conference avec son Altesse Electorale sur l'Alliance proposée entre le Dannemark, son Alt. Electorale et les Princes de Lunebourg suivant le projet que je vous ai envoyé, j'y ai trouvé ce Prince très-disposé, et il me déclara, qu'il étoit déja engagé par un traité avec le Dannemark à assister cette couronne au cas que la Suède l'attaquât, ce qu'il avoit déclaré à Mr. Cley Envoyé de Suède, et comme Mr. d'Estrades m'avoit dit hier, qu'il étoit informé, que Mr. l'Electeur étoit obligé par un traité avec la Suède de l'assister contre Bremen, j'en ai parlé à son Alt. Elect. qui m'a assuré, qu'il n'y étoit engagé ni directement ni indirectement et qu'il ne s'y engageroit pas, quoiqu'il jugeât que la ville de Bremen s'en faisoit un peu trop acroire et qu'elle portoit trop loin ses prétendus droits d'exemption qui n'étoient pas fondez, et qu'il faudroit faire ensorte que Bremen rélâchât quelque chose de ses prétentions à condition qu'on ne l'obligeât

schlossen sein. Wan wir dan mit Euch ein und anders zu sprechen, als wollet Ihr Euch gegen solche Zeit mit unsern Kindern daselbst einfinden und was Ihr etwan bei der Post an Briefen und neuen Zeitungen empfangen, mitbringen, weil wir von der letzten Berlinischen Post noch nichts erhalten. —

Der Kurfürst an Herzog Georg Wilhelm von Braunschweig und Lüneburg. D. Cleff 16./26. Mai 1666.

[auf das Schreiben vom 15. Mai. Trotz der projectierten Quadrupelallianz Wunsch einer näheren Verbindung mit dem braunschweigischen Hause.]

26. Mai. Es ist ihm lieb, dass der Herzog mit seinen Brüdern und Vettern communicieren will, sobald er ihre Erklärung erhalten, wird er seinen Geheimen Rath v. Jena an den Herzog abfertigen und es an nichts ermangeln lassen, was zu Beförderung dieses heilsamen Werkes gereichen kann.

Es ist uns zwar das Project, dessen Ew. Ld. Meldung thun, auch von den Herrn General Staaten der Vereinigten Niederlanden communiciret worden, wir halten aber dafür, es werde noch etwas Zeit erfordern, ehe solches zum Stand und völliger Richtigkeit gebracht werden könne und dass inmittelst beiden Theilen nützlich — sein werde sich derge-

pas à recevoir garnison suédoise. J'ai allégué sur cela quelques considerations qu'il n'est pas nécessaire de vous repeter ici, ce détail n'étant que pour vous aprendre, que Son Alt. Elect. m'a certifié plus d'une fois, qu'elle n'avoit même jamais pensé à aucun engagement avec la Suède qui l'obligeât à l'assister directement ni indirectement contre Bremen, ce dont j'ai sur le champ fait un fidèle rapport à Mr. d'Estrades. Son Alt. Elect. a dessein d'aller demain ou après-demain voir la flotte de Leurs HH. PP. au Texel et ensuite de s'en retourner à Cleves. Graf d'Estrades schreibt an Ludwig XIV. 27. Mai 1666 (Mémoires IV. S. 297f.): Je ne sçaurois pas bien juger à qui des deux, ou du Sieur van Beuningen ou de moi, le Sieur de Wit a déguisé ses sentimens; mais il est bien sûr, qu'il a fait tout son possible auprès de l'Electeur de Brandebourg pour faire rester son armée sur les frontières jusques à ce qu'on ait vu clair aux affaires de Suède, ce qu'il a refusé, et il envoya ses ordres à son général de marcher en Prusse le même jour qu'il partit de la Haye. Il est aussi vrai que depuis sept jours le dit Sieur de Witt a fait donner commission des Etats au Sieur de Beverning pour se trouver à Utrecht à son retour du Tessel pour lui proposer de nouveau cette ligue. Le dit de Beverning a écrit que M. l'Electeur y consentoit et avoit donné pouvoir au Sieur Schwerin de la conclure: il travaille à present avec le dit Schwerin pour en dresser les articles. Il est vrai aussi que M. l'Electeur a dit au Sieur de Wit, lorsqu'il le pressoit à la Haye de conclure la ligue proposée et de retenir ses troupes, que si le Roi de Suède rompoit contre le Roi de Dannemarc, il étoit engagé par un traité de secourir le Dannemarc et qu'il le feroit. Vgl. auch de Witt's Schreiben an Beuningen vom 27. Mai (S. 453).

stalt mit einander zu verbinden, dass die übel Intentionirte Ursach haben möchten, darauf Reflection zu nehmen. —

O. v. Schwerin an den Kurfürsten. D. Amsterdam 18. Juni 1666.

[Die Verhandlungen über die Quadrupelallianz.]

Weil ich mich zur Rückreise fertig mache, habe ich nicht Zeit aus- 18. Juni.
führlich zu schreiben, berichte nur unt., dass wir[1]) unsere conditiones über das Project der vorgeschlagenen Allianz dergestalt eingerichtet, dass E. Ch. D. zu aller Zeit fort oder zurückgehen können, glaube ohne das nicht, dass aus der Sache etwas werden wird. Es ist hie eine treffliche allgemeine Freude über die grosse Victoria, die die Staaten erhalten haben[2]), sie wenden jetzt allen Fleiss an, die Flotte geschwinde wieder in See zu bringen. Meine Frau schreibt mir, dass die Prinzen sich Gott lob sehr wohl befinden. —

Romswinckel und Copes an den Kurfürsten. D. Hage 10. August 1666.

[Wunsch in Holland, dass Kf. den Frieden mit England vermitteln möge. Bemühungen des dänischen Gesandten um die Quadrupelallianz. Erklärung de Witt's wegen der Subsidien.]

Der Rathspensionar de Witt[3]) ist Sonnabend Abend mit einigen Depu- 10. Aug.
tierten nach Seeland gereist, um die Flotte allerförderlichst wieder in See und die Ostindischen Schiffe, welche unterwegs sein sollen, in Sicherheit zu bringen.

Sie verspüren unter der Hand bei den meisten Regenten und anderen Particulieren eine sonderbare Inclination und Confidenz, dass der Friede mit England durch des Kf. Interposition am besten und schleunigsten befördert werden sollte, auch die dänischen Minister haben ihnen dieses sinceriert und als Ort der Composition Cleve vorgeschlagen; da die Engländer sich bei dem letzten

[1]) Romswinckel meldet (d. Hage 15. Juni 1666), die von den Gen.-Staaten bestellten Kommissare, Joh. de Witt und Amerongen, reisten heute nach Amsterdam, um sich dort mit dem Freiherrn v. Schwerin zu besprechen, auch er werde sich heute dorthin begeben. Vgl. de Goess' Berichte vom 5., 12. Juni und 24. Juli 1666 (Urk. u. Act. XIV. 1. S. 276 ff.).

[2]) Die Seeschlacht an den Dünen vom 11.—14. Juni 1666, s. Aitzema V. S. 698 ff.; Lefèvre Pontalis, Jean de Witt I. S. 377 ff.

[3]) S. Lefèvre-Pontalis I. S. 387.

Rencontre[1]) etwas revanchiert, so könnte bei dem Könige jetzt wohl einige nähere Disposition zum Frieden gefunden und zu dessen Vermittelung des Kf. Interposition vor allen anderen acceptiert werden. Die dänischen Minister haben ihnen auch berichtet, dass sie bei dem Staat zu Fortsetzung der Allianz und Einwilligung nöthiger Subsidien alle mögliche Devoiren angewendet, der Rathspensionär aber sich hätte vernehmen lassen, dass die Casse dergestalt erschöpft, dass der Staat jetzt keine Subsidien würde aufbringen können. Damit gleichwohl das angefangene gute Werk fortgesetzt werden möchte, habe er sich erboten, den Staat zu disponieren, dass die Subsidien, wenn es zur Ruptur kommen sollte, auf den Fuss wie vor diesem entrichtet und, damit Kf. inzwischen nicht mehr Kriegsvölker, als er für sich brauchte, desfalls zu unterhalten nöthig hätte, ihm von dem Staat in casum rupturae einige Kriegsvölker überlassen werden möchten. Sie haben geantwortet, dass dieser Vorschlag nicht mit dem, was ihnen mündund schriftlich communiciert, übereinstimmte und dass sie keine Instruction hätten, auf solche Weise zu tractieren. Soviel sie haben penetrieren können, hat de Witt angefangen, diese Allianz oder wenigstens die Subsidien zu declinieren, seitdem der König von Frankreich ein Versicherungsschreiben an d'Estrades gethan[2]), dass Schweden während dieses Krieges gegen Dänemark nichts Feindliches anfangen, sondern neutral bleiben solle; die dänischen Minister aber sagen, mit solchem Schreiben könnten ihre Grenzen nicht defendiert werden, und poussieren die Allianz.

Der Lüneburgische Gesandte Müller dringt[3]) vornehmlich darauf, dass die Subsidien wenigstens auf zwei Monate fortgezahlt und seines Herren Völker noch etwas in Ostfriesland gelassen werden. Dienstag hat[4]) de Witt mit Graf Waldeck und Müller in Wicqueforts Haus in der Stille conferiert, Graf Waldeck ist darauf sofort verreist, auch Müller ist Freitag nach einer Conferenz mit einigen aus dem Staat nach Amsterdam zu dem Fürsten von Osnabrück gefahren[5]).

---

[1]) Die Seeschlacht vom 4. August 1666, s. Aitzema V. S. 729; Lefèvre-Pontalis I. S. 382 ff.

[2]) S. das Schreiben Ludwigs XIV. an Estrades vom 16. Juli und dessen Schreiben vom 17. Juli (Mém. IV. S. 358 ff.).

[3]) S. Köcher I. S. 473.

[4]) S. Köcher I. S. 475.

[5]) Dieselben melden 13. August, durch Klingenberg hätten sie erfahren, Müller, der ihnen noch keine Visite noch die allergeringste Communication gegeben, hätte erklärt, er wäre jetzt capabel mit dem Staat auf den vorgeschlagenen Fuss, dass die Werbe- und Subsidiengelder erst, wenn es zur Ruptur kommen sollte, von dem Staat gezahlt würden, zu tractieren.

Der Kurfürst an Romswinckel und Copes. D. Cleve 14. August 1666.

[auf die Relation vom 10. August. Zurückweisung der holländischen Vorschläge.]

— Nun können wir uns aber auf solche Art, wann uns nicht als- 14. Aug.
bald Subsidiengelder zum Unterhalt unserer Völker gereichet werden, in keinen Tractat einlassen. Dann, was die Lüneburger betrifft, weil dieselbe bis auf diese Zeit und also ein ganzes Jahr hero die Subsidien genossen, darbei auch ohne Zweifel ferneren Unterhalt vor ihre Völker aus Ostfriesland ziehen werden, und es also zwischen uns und ihnen in diesem Stück gar eine andere Bewandnis hat, so können wir uns nach denselben nicht reguliren lassen, sehen auch nicht, warum wir bei so gestalten Sachen so eben auf diese Allianz dringen sollen. —

Romswinckel und Copes an den Kurfürsten. D. Hage 17. August 1666.

[de Witt's Erklärung wegen der Subsidien.]

Nachdem de Witt Sonnabend aus Seeland hieher zurückgekehrt ist, haben 17. Aug.
sie denselben am folgenden Tage aufgesucht und hat er betreffend des Kf. Abschickung nach England zur Vermittlung des Friedens erklärt, dass dem Staate solche ganz lieb sein und derselbe unter gewissen Bedingungen darauf eingehen würde. Darauf fing er selbst von der engeren Allianz und, wie zuträglich dieselbe allen Theilen sein würde, an zu reden, und da sie erwiderten, sie hätten auf die von Kf. gemachten Vorschläge noch keine nähere Erklärung erhalten, nur von Müller und Klingenberg erfahren, er habe diesen gesagt, dass der Staat die Subsidiengelder nicht eher, als wenn es in den beiden Jahren zur wirklichen Ruptur kommen sollte, hergeben würde, dieses sei aber discrepant von dem ihnen Mitgetheilten und Kf. hätte ihnen befohlen, sich auf solche Art in keine Tractaten einzulassen, so erklärte er, was jene Herren berichtet, sei seine eigene und endliche Meinung, er würde noch Mühe haben, die Approbation des Staats dazu zu erhalten, wenn Kf. darauf die Tractaten einzugehen Bedenken trüge, so würde es besser sein davon nichts mehr zu reden. Klingenberg, dem sie davon Mittheilung gemacht, war sehr unzufrieden damit und bat sie, sich zu bemühen, dass diese Tractaten nicht abrumpiert würden. Müller hat ihnen nicht mitgetheilt, dass er befehligt sei, auf jene Bedingungen hin mit dem Staat abzuschliessen, er scheint überhaupt nicht mit ihnen in allem de concert gehen zu wollen.

Der Kurfürst an Romswinckel und Copes. D. Cleve 2. September 1666.

[Weigerung, falls ihm nicht bessere Bedingungen bewilligt werden, die engere Allianz mit abzuschliessen.]

2. Sept. Er hat sich allerdings in die früheren Verhandlungen wegen der engeren Allianz mit eingelassen, da er aber bisher nicht vernommen, dass die Staaten auf seine verschiedenen allerbilligsten Forderungen irgend etwas beschlossen haben, überdies ebenso wie zu Anfang auch jetzt ohne seine Zuziehung das Project zu der Allianz mit den dänischen und lüneburgischen Ministern concertiert und erst nachträglich ihm zugestellt ist, ohne dass ihm angewiesen sei, was eigentlich der Zweck dieser näheren Allianz und worin sein Interesse bestehe, so sieht er nicht ein, weshalb er sich in ein so weitgehendes Bündnis so schlechter Dinge engagieren und bei seinen Freunden nicht weniger als bei Fremden ins Auge stecken soll. Wenn der Staat wünscht, dass er mit eintrete, so wird er ihm anders als bisher begegnen und ihm die Sache so vorlegen müssen, dass er sich darauf einzulassen und auch die Frau Landgräfin von Hessen dazu disponieren zu helfen Ursache haben möge. Sie sollen dieses dem Staat auf das glimpflichste bedeuten, auch mit den dänischen und lüneburgischen Ministern so davon reden, dass diese verspüren, dass er nur aus diesen Gründen sich nicht in die Sache einlassen könnte, sonst aber gern bereit sei, mit ihren Principalen in dieser und anderen vorfallenden Sachen zu concurrieren, auch mit dem schwedischen Minister Appelbom in generalibus doch so davon reden, dass ihm gleichwohl künftig in diese Allianz mit einzutreten unbenommen bleibe[1]).

Instructio für Herrn Romswinckel wegen der Allianzsache. D. [Cleve] 13. October 1666.

[Bevollmächtigung zum Abschluss der Allianz.]

13. Oct. Nachdem Kf. sich von Romswinckel hat referieren lassen, was die Gen. Staaten am 4. geschrieben[2]), worin sie ihm namentlich die Vorsetzung der

---

[1]) Romswinckel und Copes berichten am 7. September, auf ihre Anzeige, dass sie wegen der Allianzsache Ordre erhalten, seien de Witt und zwei andere Deputierte zu ihnen gekommen, hätten aber alles nur ad referendum genommen. Sie hätten auch mit Appelbom und mit Klingenberg von der Sache geredet, ersterer hätte ihnen mitgetheilt, ihm sei durch Amerongen eine generale Notification von der Allianz gemacht und er gefragt worden, ob er Vollmacht habe zu tractieren, was er verneint habe, letzterer sei über ihre Mittheilung etwas alteriert gewesen und hätte sie gebeten, sich zu bemühen, dass der Tractat zustande komme, auch seinerseits versprochen, sich zu bemühen, dass dem Kf. gebührende Satisfaction gegeben werde.

[1]) S. die Declaration der G. Staaten vom 4. October 1666 (Aitzema V. S. 1017). Schon am 28. September hatten Romswinckel und Copes berichtet, ihnen sei baldige Resolution wegen der Reglemente sowie eine freundnachbarliche Erklärung

engeren Allianz recommendiert, erklärt er sich mit dessen bisheriger Negotiierung im Haag zufrieden und befiehlt ihm, wieder dorthin zurückzukehren und zusammen mit Copes die angefangene Negotiierung fortzusetzen. Die Allianz betreffend hat er den Gen.-Staaten oder deren Deputierten sowie nach Befinden auch den dänischen und lüneburgischen Ministris vorzustellen, dass Kf. zwar nicht ungeneigt sei, auf gewisse Maass und Weise darin zu condescendieren, er wolle aber zuförderst von den Staaten zufolge der in diesem Jahre aufgerichteten Allianz[1]) und ihrer Erklärung vom 4. October in puncto der Reglementen, der Spoykribben und Rang gebührende Satisfaction und dann wegen Evacuation der Clevischen Städte eine nähere freundnachbarliche und begnügliche Erklärung des aufgerichteten Secretartikels[2]) erwarten, damit er nicht veranlasst werde, die von dem Röm. Reiche vorgeschlagenen rechtmässigen Mittel an die Hand zu nehmen. Unterdessen aber soll R. nichts desto weniger die Allianz auf des Kf. Ratification und mit Beobachtung der zu den einzelnen Artikeln hier gemachten Considerationen[3]) concertieren.

Romswinckel und Copes an den Kurfürsten. D. Hage 19. October 1666.

[Abschluss der Quadrupelallianz.]

Nachdem sie gestern Nacht hier angekommen, haben sie sofort des Vor- 19. Oct.
mittags mit Klingenberg und darauf den ganzen Nachmittag mit ebendemselben und Joh. de Witt, dem Rathspensionar de Witt und Müller über die

---

wegen der gesuchten Evacuation der Clevischen Städte, sodann über die Ajustierung der Quadrupelallianz zugesagt worden. Die Gen.-Staaten hätten beschlossen, der Krone Schweden ihre Mediation inbetreff der Differenzen mit Bremen anzubieten und desfalls den Kf. und andere Reichsfürsten zu begrüssen. Vgl. Aitzema V. S. 988f.

[1]) Defensiv-Allianz vom 6./16. Februar 1666 Art. XIV. (Aitzema V. S. 999).

[2]) Secretartikel zu ebendieser Allianz ebendaselbst S. 1006.

[3]) Die wichtigeren unter denselben sind: ad Art. III.: Die Verpflichtung zur gegenseitigen Vertheidigung soll auf die in Europa belegenen Besitzungen beschränkt und wegen der mit staatischen Garnisonen besetzten Städte ein dem Separatartikel der Allianz vom 6./16. Februar entsprechender Separatartikel beigefügt werden; ad Art. IV.: Von den Staaten könnten statt 1800 Reiter 3000 und statt 3600 Fussknechte 6000, jedoch endlich 6000 insgesamt (davon $^1/_3$ zu Ross, $^2/_3$ zu Fuss) gefordert werden. Nachher soll dann in Art. IX. gesetzt werden, dass Kf und die Lüneburgischen Fürsten jeder 12000 Mann nach Anleitung der Verträge vom 6./16. Februar 1666 und 21. September 1665 stellen sollen und dass statt des Bischofs zu Münster der künftige aggressor oder aggressores verstanden werden, dieselben aber während dieser Assistenz zu Leistung weiterer Hülfe vermöge anderer Traktaten nicht gehalten sein sollen; ad Art. VI.: Das dort Bestimmte soll nur angenommen werden, insoweit es nach Inhalt der zwischen Kf. und dem Hause Braunschweig vorangeregten Tractaten, welche ihre Kraft behalten sollen, sich auf die künftigen Fälle applicieren lässt; ad Art. XII.:

Allianz conferiert[1]) und sich provisionaliter verglichen; hätten sie sich nicht eingestellt, so wäre die Allianz ohne sie geschlossen worden. Im übrigen sind die Bemerkungen des Kf. berücksichtigt worden, auch Art. 3 ist danach redressiert und soll demzufolge ein Separatartikel darüber ausgefertigt werden, da aber Müller sich namens der Herzoge Georg Wilhelm und Ernst August geweigert, die Defension über des Kf. Preussen anzunehmen, so erwarten sie darüber des Kf. Ordre und stünde zu bedenken, ob Kf. in diesem Fall wollte fordern lassen, dass die G. Staaten die Anreitz- und Subsidiengelder, welche sie sonst für andere zwölftausend Mann den braunschweigischen Fürsten geben sollen, ihm versprechen und existente casu geben sollen. Art. 4 haben sie nicht anders bekommen können, Art. 9 ist nach vielen Debatten zufolge ihrer Nebeninstruction eingerichtet worden, der Rathspensionar will aber namens der Provinz Holland die Wörter geduyrende den tyt hier boven gemelt nicht passieren lassen, und soll dem Kf. von dem Staat ein separater Artikel betreffend die Anreitzgelder gegeben werden.

Ad Art. 12 ist zugestanden, dass Pfalz-Neuburg mit benannt werde, gegen den Bischof von Münster aber ist sowohl vonseiten der Staaten als auch Müllers widersprochen worden.

Sie bitten Kf., ihnen bis Donnerstag seine Befehle zukommen zu lasssen, da, wenn sie die Schliessung der Allianz länger ausstellen oder darin einige substantielle Veränderung machen sollten, die anderen Parteien daraus Anlass nehmen würden, dieselbe unter sich allein zu unterschreiben.

So viel sie abnehmen können, werden die Lüneburgischen, sobald diese Allianz geschlossen sein wird, sich den Schweden widersetzen und die Stadt Bremen zu assistieren suchen.

Man hat ihnen versprochen, dass die Reglementen förderlichst abgethan und wegen der Speukribbe und des Rangs gebührende Satisfaction gegeben werden solle, die gesuchte Evacuation der Clevischen Städte aber wird nach wie vor decliniert und excusiert.

Der Kurfürst an Romswinckel und Copes. D. Cleve 20. October 1666.

[auf die Relation vom 19. October. Bemerkungen zu dem Allianztractat.]

20. Oct. — So viel nun den vierten Articul betrifft, lassen wir solchen endlich dem Aufsatz gemäss passiren, jedoch hättet Ihr bei dem 3. Art. zu be-

Neben der Krone Schweden und K. Cöln sollen auch Münster, Pfalz-Neuburg und Hessen-Cassel benannt werden. In einer Nebeninstruction (d. Cleve 6./16. October 1666) erklärt sich Kf. zufrieden, falls das bei Art. IV. wegen Zahl des holländischen Auxiliarcorps gemachte Notatum nicht durchzubringen wäre, dass Art. IX. wie projectiert adjustiert werde, doch so, dass die Worte „von vollkommener Ruptur" entweder ganz ausgelassen oder doch gemildert werden.

[1]) S. Köcher I. S. 499 f.

dingen, dass, weil die Herzoge zu Braunschweig uns in Preussen zu assistiren sich verweigern, die solchenfalls denselben von dem Staat zu zahlen schuldigen Anreitz- und Subsidiengelder Eurem Fürschlag gemäss uns erlegt werden. Bei dem 9. Art. lassen wir uns gnädigst gefallen, dass die Anreitzgelder uns vom Staat per separatum articulum versprochen und verschrieben werden, jedoch habt Ihr Euch zu bemühen, dass solche auf die Weise als im neulich gemachten Vergleich mit Münster uns promittiret werden. So habt Ihr es auch dahin zu befördern, dass bei dem Schwedischen Residenten Appelbaum communi nomine die Notification dieses Werks geschehe und die Kron Schweden nochmals dazu invitiret werde. —

Romswinckel an den Kurfürsten. D. Hage 23. October 1666.

[Vorschlag zur Beseitigung der noch den Abschluss der Allianz verzögernden Schwierigkeiten.]

Da der Rathspensionar de Witt sich zu dem von ihm gemachten Vorschlage wegen der statt an die braunschweigischen Fürsten an Kf. zu zahlenden Anreitz- und Subsidiengelder nicht verstehen will und Müller behauptet, ausdrückliche Ordre von seinen Principalen zu haben, die Defension von Preussen nicht anzunehmen, so hat er, obwohl sonst alles fertig ist und alle ihn drängen, die Unterschreibung der Tractaten bis auf das Eintreffen weiterer Ordre des Kf. ausgesetzt. Er schlägt vor, die Tractaten möchten prout jacent von ihm und Müller unter dem Beding unterschrieben werden, dass Kf. und die braunschweigischen Herzoge sich wegen der Defension von Preussen absonderlich zu vergleichen hätten, ebenso wie Klingenberg sowohl wegen Norwegens, dessen Defension Müller ebenfalls verweigert, als auch wegen Gleichheit des Succurses, mit dem sein König und Kf. sich gegenseitig zu assistieren haben würden, einen näheren Vergleich vorbehalten hat. 23. Oct.

Der Kurfürst an Romswinckel. D. Cleve 25. October 1666.

[Ermächtigung zum Abschluss der Allianz.]

Er soll wegen Einschliessung Preussens in die Defension sich weiter bemühen und versuchen, wenigstens zu erreichen, dass sich die Braunschweigischen, im Falle des Kf. preussische Lande attaquiert werden, wenn sie dorthin ihre Auxiliartruppen zu schicken anstehen sollten, verpflichten, eine Diversion am anderen Orte in Teutschland damit zu machen. Wenn sie sich auch dazu nicht verstehen wollen, so lässt Kf. geschehen, dass unter solchem Reservat, wie es Klingenberg gethan, die Tractaten geschlossen und subscribiert werden[1]). 25. Oct.

[1]) An demselben Tage war schon die Allianz im Haag unterzeichnet worden,

d. Die engere Vereinigung mit K. Cöln, den braunschweigischen Herzogen, Hessen-Cassel und Schweden.

Der Kurfürst an den Vicekanzler Budendach [1]). D. Cöln 3./[13.] December 1666.

[Instruction für die Zusammenkunft in Hildesheim.]

13. Dec. Nachdem K. Cöln und die Herzoge von Braunschweig [2]) ihn zu einer auf den 13. December nach Hildesheim angesetzten Zusammenschickung eingeladen und er Budendach dorthin zu deputieren beschlossen, soll sich dieser dorthin begeben. Wenn die Proposition dahin zielen sollte, wie im Niedersächsischen und Westfälischen Kreise und den benachbarten Orten Friede und

---

vgl. Köcher I. S. 500f. S. die Quadrupelallianz vom 15./25. October 1666 mit zwei Separatartikeln bei Aitzema V. S. 905ff; Londorp IX. S. 483ff.; Dumont VI. 3. S. 122ff.; Inhaltsangaben bei Pufendorf X. § 27 (S. 663); v. Mörner S. 307ff. Die Ratification des Kf. d. Sparenberg 6. November 1666. Die weiteren Verhandlungen des Kf. mit den braunschweigischen Herzogen Georg Wilhelm und Ernst August hatten zur Folge, dass sich diese (d. Nienburg 29. October/[8. November] 1666) erboten: „dass, wenn Ew. Ld. innerhalb den nächsten zwei Jahren von der Cron Schweden in dero Herzogthumb Preussen occasione des jetzigen Bremischen Unwesens angegriffen werden sollten, wir alsdann derselben die Hülffe, wozu wir sonsten vermöge obgemeldter Alliance verpflichtet, zu schicken, wann aber nach Beilegung jetziger Bremischen Unruhe innerhalb obbesagten zweien Jahren Ew. Ld. von der Cron Schweden oder auch andern in dero Herzogthumb Preussen angegriffen wurden, alsdann deroselben auf Erfordern mit 4000 zu Fuss und 2000 zu Ross zu Hülfe kommen und wegen des modi bei nächster Gelegenheit mit Ew. Ld. uns weiter vernehmen, auch unsern im Haag habenden Räthen diese unsere Erklärung förderlichst notificieren lassen wollen", womit Kf. (d. Berlin 9./[19.] November 1666) sich zufriedengestellt erklärt und nur anheimstellt, darüber einen förmlichen Recess abzufassen, was aber nicht geschehen zu sein scheint.

[1]) Johann Budendach, Halberstädtischer Vicekanzler; seine Gesandtschaft zu dem Obersächsischen Kreistage zu Leipzig im Juni 1664 s. Urk. u. Act. XI. S. 276ff.

[2]) Kurfürst Maximilian Henrich von Cöln hatte (d. Hildesheim 3. December 1666) Kf. zu Beschickung der mit den braunschweigischen Herzogen nach Hildesheim verabredeten Zusammenkunft aufgefordert, wo berathen werden solle, wie für die Zukunft weitere Gefährlichkeiten in der bremischen Sache, nachdem diese jetzt glücklich beigelegt sei, verhütet werden könnten. Die braunschweigischen Herzoge Georg Wilhelm, Johann Friedrich und Ernst August hatten (d. Nienburg 22. November/[2. December] 1666) eine ähnliche Einladung an ihn ergehen lassen, in der als Zweck der Zusammenkunft angegeben war zu überlegen, wie, nachdem zwischen Schweden und der Stadt Bremen der Friede geschlossen sei, in dem Niedersächsischen und Westfälischen Kreise und benachbarten Orten Friede und Ruhe erhalten werden und man wider alle schleunigen Anfälle sich in Sicherheit setzen könne. Vgl. Köcher I. S. 515.

Ruhe erhalten werden und man wider alle schleunige Fälle sich nothdürftig verwahren könne, so soll er erklären, wofern sich einige gefährliche Extremitäten äussern sollten, welche zu Thätlichkeiten ausschlagen könnten, so müssten nicht allein beide Theile zu gütlicher Composition ernstlich ermahnt, sondern auch dem Angegriffenen wirkliche Hülfe geleistet werden. Die Determination der Hülfe müsste auf die Reichsmatricul und nach Proportion der Gefahr genommen werden, auch jeder Fürst in der nöthigen Verfassung verbleiben; es wäre billig, dass zu den dadurch verursachten Kosten auch die übrigen und geringeren Kreisstände nach Proportion beitrügen, und könnte überlegt werden, wie es dahin zu bringen sei. Einen darüber aufgesetzten Recess darf er mitunterschreiben.

Sollte aber sonst von anderen Sachen etwas proponiert werden, solches hat er ad referendum anzunehmen und nur im allgemeinen zu versichern, dass Kf. zu allem, was zu der beiden Kreise Wohlfahrt gereichen könne, gern mit beitragen wolle.

Er soll sich auch erkundigen, ob man den Schweden[1]) von dieser Zusammenkunft Nachricht gegeben, und erklären, Kf. zweifelte nicht, man würde dieselben auch mit dazu einladen, um ihnen nicht Anlass zum Misstrauen zu geben.

Johann Budendach an den Kurfürsten. D. Hildesheim 21./[31.] December 1666.

[Bericht über die Zusammenkunft in Hildesheim.]

Der bösen Wege und des heftigen Schneefalls wegen ist er erst vorgestern, 31. Dec.
am 19., hier angelangt und hat als Deputierte von K. Cöln den Kanzler Peter Buschmann und Vicekanzler Heirich Franz Nicolars, von Osnabrück und Zelle den v. Bülau und Vicekanzler Heymann, wegen Hannover den Kanzler Langenbeck und Hofrath Hugo, wegen Wolfenbüttel den Statthalter Hardenberg und Rath Söhlen und wegen Hessen-Cassel den Geh. Rath Badenhausen vorgefunden. Nachdem ihn gestern früh Nicolars von dem in den zwei inzwischen abgehaltenen Zusammenkünften Vorgefallenen unterrichtet, fand um 8 Uhr eine Zusammenkunft auf dem Rathhause statt, dort legte Buschmann an ihn die Proposition ab: erster Zweck der Zusammenkunft sei Befestigung des zwischen dem R. Feldherrn und der Stadt Bremen geschlossenen Friedens, ob dazu die perpetuatio oder continuatio seu extensio des Kaiserlichen Conservatorii dienlich erachtet werden möchte. Da nun gestern Bremische Deputierte[2]) erschienen und gebeten hätten, 1) es möchte ihnen von den Interponenten die versprochene Garantie des Vergleichs schriftlich ertheilt werden, 2) dieselben möchten sich dafür verwenden, dass der 14. Theil der Reichssteuern, den sie nach dem 3. Artikel jenes Vergleichs vorläufig hätten

---

[1]) Kf. theilt Wrangel (d. Cöln 5./[15.] December 1666) mit, dass er die Zusammenkunft beschicken werde, und spricht die Hoffnung aus, dass auch wegen des Herzogthums Bremen sich jemand dort einfinden werde.

[2]) Syndikus Wachmann und Rathsherr Hermes.

übernehmen müssen, von Kaiser und Reich erlassen werde, 3) dieselben möchten sich in der Speckhanschen Sache verwenden, dass diese vom R. Feldherrn nicht so arg ausgelegt und neue motus erregt würden, 4) die Mediation in den aus dem Stadischen Vergleich noch rückständigen Punkten übernehmen und 5) ihnen rathen, ob sie die von den Niederländern ihnen angebotene Mitgarantie annehmen sollten, so sei mit Vorbehalt des voti des Kf. beschlossen worden [1]), die Stadt Bremen sollte die Ratificationen des Vergleichs und die Garantie der Kur- und Fürsten und deren Indemnisation bei dem Kaiser und dem Reiche suchen, würden sie nun dieses alles erhalten und der Kaiser ihnen oder anderen Kur- und Fürsten die Continuation oder Prorogation des Conservatorii committieren, würde hoffentlich keiner sich dessen entziehen, 2) wegen Abschreibung des sonst zweifach von der Stadt zu tragenden onus wolle man sich verwenden, 3) in der Speckhanschen Sache wäre wünschenswerth gewesen, dass der Rath das Feuer in der Asche gedämpft und dass er in dem Schreiben an Wrangel glimpflicher gegangen und nicht so sehr die vorigen actiones Speckhans perstringiert hätte, doch wollte man, falls die Rädelsführer ernstlich bestraft, das Geraubte wieder herbeigeschafft und die Schuldigen zu Restitution alles Schadens angehalten würden, ihnen gern aller Möglichkeit nach behülflich sein, 4) wolle man, wenn die Ratification aus Schweden erfolgt und die Speckhansche Sache beigelegt sei, die Mediation übernehmen, 5) die Stadt solle sich erkundigen, ob das holländische Anerbieten vom Kaiser und Reiche wohl oder übel werde genommen werden. Er bat ihn darauf, sich namens des Kf. herauszulassen, ob derselbe mit diesem Beschluss einig wäre. Er hat darauf erwidert, er sei, da das Invitationsschreiben in terminis generalibus bestünde, nicht auf dergleichen specielle Fälle, sondern nur im allgemeinen dahin instruiert worden, dass Kf. zu allem dem, was zu Versicherung von Frieden und Ruhe dienen könnte, beizutragen erbötig wäre, er könnte sich daher nicht kategorisch erklären, aber sub spe rati mit den gefassten Beschlüssen conformieren.

Darauf wurde ihm das andere membrum propositionis eröffnet: Weil die Interponenten sich in Acht zu nehmen hätten, dass die auf des Kaisers und Reichs Befehl bezeigte Willfährigkeit ihnen keine Ungelegenheit zu Wege bringe, zumal Schweden noch immer mehr rüste, so wäre in Deliberation gebracht, wie diesem vorzukommen? Von der Rheinischen Allianz habe man abgesehen da Schweden und Frankreich auch mit darin begriffen wären und da die Erfahrung lehre, dass man bereits angefangen nachzufragen, ob dieses oder jenes auch zur Allianz gehörte und casus foederis wäre, und nöthig erachtet, näher zusammenzutreten und zu Abwendung aller Gefahr etwa m 10 zu Fuss und m 5 zu Ross auf den Beinen zu haben, womit alle anwesenden Gesandten einig, nur dass der Hessen-Casselsche sich ratione quanti nicht habe herauslassen können. Er hat erwidert, Kf. hätte ihn auch in dieser Beziehung nur in genere instruiert, dass, falls es zu Extremitäten kommen sollte, man dem Angegriffenen helfen sollte, die Determination der Hülfe müsste nach der Reichs-

[1]) Vgl Köcher I. S. 516.

matrikul und der Grösse der Gefahr genommen werden, auch jeder Stand sich zur Leistung der Hülfe parat halten, er glaube aber, dass es dem Kf. gleich sein werde, wenn für diese mutuelle Assistenz die vorgeschlagene Mannschaft zum Fundament gelegt würde.

Die übrigen Gesandten conformierten sich darauf mit diesem votum, die K. Cölnischen aber protestierten, dass nach der Reichsmatrikul sie zu hoch belegt wären, und verlangten denselben Nachlass wie in der Allianz, was aber auch heute ausgestellt wurde.

In summa — soviel ich — absehen kann, zielet diese Zusammenkunft nirgend anders hin, als dass die Braunschweigischen sich befahren, es dürften die Schweden sich an ihnen wegen der der Stadt Bremen geleisteten Assistenz zu rächen suchen und sie von denen correspondirenden Cuhr- und Fürsten ohne Assistenz — gelassen werden.

P. S. Die Versammlung ist auf den 13. Januar vertagt worden, inzwischen sollen die einzelnen Gesandten nähere Instruction von ihren Principalen einholen.

Johann Budendach an den Kurfürsten. D. Halberstadt 23. December 1666/[2. Januar 1667].

[Vertagung der Conferenz. Weitere Berathungsgegenstände.]

Am 21. December hat, nachdem der Kanzler Langenbeck von seinem Herrn nähere Instruction geholt, doch noch eine neue Conferenz stattgefunden, doch ist dort auf seine Erklärung hin, dass er ohne nähere Instruction Kf. zu nichts obligieren, am wenigsten dazu condescendieren könne, dass gleichsam ein Potentat ausgekippet und zum Feinde vor der Zeit erwählt werden sollte, zumal Kf. dafür gehalten, es werde auch Schweden zu dieser Versammlung invitiert worden sein, die früher beschlossene Vertagung der Zusammenkunft bestätigt worden. Er erbittet nun nähere Instruction auch über einige in Frage gekommene Nebenpunkte: 2. Jan.

1) Inhibierung der fremden Werbungen im Reiche,
2) des Weserzolles, ob nicht, um das Uebergehen desselben an Schweden zu verhüten, jemand der anderen Kreisstände zusammen mit der Stadt Bremen denselben zu erhandeln suchen solle, die Braunschweiger scheinen ihn dem Herzog Georg Wilhelm vor anderen zu gönnen,
3) der Postsache, wie am besten die Reichs- und Taxische mit der Kur- und Fürsten Postmeistern zu vergleichen sein möchten.

Der Kurfürst an Joh. Budendach. D. Cölln a. d. Spree 1./[11.] Januar 1667.

[Instruction für die neue Zusammenkunft.]

11. Jan. B. soll sich gegen den 13. Januar wieder in Hildesheim einfinden und den Conferenzen beiwohnen. Kf. ist mit der vorgeschlagenen näheren Zusammensetzung einverstanden, doch ist dabei des Bremischen Wesens nicht ausdrücklich zu gedenken, sondern dieselbe allgemein auf alle Fälle, wenn einer der Interessierten sollte feindlich überzogen werden, einzurichten. Die vorgeschlagenen 15 000 Mann werden als Fundament dieser Verfassung zulänglich sein, doch muss jeder die ihm zukommende Mannschaft immer wirklich parat halten und mit zunehmender Gefahr dieselbe nach Proportion zu erhöhen schuldig sein. Die Eintheilung der Quoten hat nach der Reichsmatricul und nicht nach einer anderen Particularallianz zu geschehen, B. soll sich bemühen, die K. Cölnischen dahin zu disponieren, dass sie für diesmal der Moderation nicht gedenken, sollte dieses aber nicht gelingen und die übrigen K. Cöln dieselbe gönnen wollen, so soll er, doch auf des Kf. speciale Genehmhaltung und ohne Präjudiz, einwilligen.

Fremde Werbungen hat ein jeder Herr in seinem Lande zu verhindern. Den Oldenburgischen Weserzoll zu erhandeln hält Kf. für sehr wünschenswerth und er ist erbötig, zu der Kaufsumme beizutragen. Wegen der Postangelegenheit ist Kf. bisher nicht genügend informiert.

Johann Budendach an den Kurfürsten. D. Hildesheim 18./[28.] Januar 1667.

[Bericht über die neue Zusammenkunft.]

28. Jan. Er ist am 13. Januar hier angekommen und am 15. sind die Berathungen wieder eröffnet worden[1]). Die quaestio an und das Quantum der m/15 Mann wurde von allen angenommen, nur Badenhausen erklärte, die Landgräfin von Hessen vermöchte während der Minorennität ihres Sohnes, zumal ohne Concurrenz Hessen-Darmstadts denselben nicht in neue Bündnisse zu implicieren, sollten aber die Schweden wegen des übernommenen Conservatorii jemand von den Correspondierenden angreifen, so werde sie solches pro casu foederis der Rheinischen Allianz ansehen und Assistenz leisten. Da aber wegen des Quanti, nachdem ein nach der Reichsmatrikul eingerichtetes Project zur Deliberation gekommen, der K. Cölnische stark auf Moderation gedrungen und nur sub spe rati sich statt der K. Cöln zustehenden 1861 z. R. und 3442 z. F. zu 1400 z. R. und 2600 z. F. hat verstehen wollen, auch er selbst angestanden hat, das auf Kf. fallende Quantum, da dasselbe höher als alle braunschweigischen Häuser, anzunehmen und den Befehl des Kf. einzuholen sich vorbehalten

[1]) Vgl. Köcher I. S. 518f.

hat, so hat man beschlossen, K. Cölns und des Kf. Entscheidung darüber abzuwarten, und ist inzwischen zu anderen Punkten geschritten.

B. bittet daher Kf. um nähere Instruction wegen des von demselben zu übernehmenden Quantum, ferner wegen einiger bei Ausarbeitung der particularia aufgestellter Fragen, 3) ob Kf., wenn die von der Stadt Bremen gesuchte extensio conservatorii vom Kaiser erfolgen sollte, sich ferner damit belegen lassen wolle, und 4) da K. Cöln und die braunschweigischen Häuser neben dem auf alle casus zu richtenden Hauptrecess ein besonderes Protocoll wünschen, in welchem die Zusammensetzung auf den besonderen Fall, wenn jemand der Correspondierenden wegen des übernommenen Conservatorii der Stadt Bremen angegriffen werden sollte, verfertigt würde, ob er dasselbe auch in des Kf. Namen unterschreiben dürfe.

Der Kurfürst an Johann Budendach. D. Cöln a. d. Spree 22. Januar/[1. Februar] 1667.

[Die vom Kf. zu übernehmende Truppenzahl. Das Bündnis darf nicht speciell gegen Schweden gerichtet werden.]

— Ob wir nun wohl uns gefallen lassen, dass man den Anschlag 1. Febr.
auf 15000 Mann machen wollen, so ist[1]) euch doch vorhin wissend, dass, soviel das uns zugeschriebene Contingent an Mannschaft betrifft, wir schon in anderen Alliancen, die auf eben denselben Zweck abzielen, begriffen sein, daher wir dafür halten, dass bei dieser so eigentlich auf die Reichsmatrikul das Absehen nicht könne genommen werden, sondern vielmehr überhaupt Vergleichung zu treffen sei, inmaassen wir uns dann, gleich der Chur-Cöllnische sub spe rati gethan, zue 1400 zue Ross und 2600 zue Fuss erbieten, und diese Anzahl werden wir allezeit parat halten. —

Im übrigen befehlen wir euch hiermit gnädigst, bei Einrichtung dieser Alliance wohl zu beobachten und zu erinnern, dass darinnen[2]) niemand in specie oder mit Namen möge genennet werden, wider welchen es angesehen, sondern dass er (sic!) bloss zur Defension wider alle und jede, so Unruhe und Feindseligkeit wider der Alliirten Lande, sie sein in dem Westphälischen, Niedersächsischen oder Obersächsischen Creise gelegen, verüben und anstiften würde, gemeinet, damit die Cron Schweden nicht irritiret werde noch eine ombrage daher nehmen könne, ge-

---

[1]) Vgl. den Bericht de Goess' an den Kaiser vom 18. Februar 1667 (Urk. u. Act. XIV. 1, S. 294).

[2]) S. ebendas. S. 288 (7. Februar).

stalt wir dann bald anfangs erinnert, dass die Cron Schweden zu diesem Convent mit invitiret werden möchte, und eben darumb hielten wir dafür, dass des Conservatorii weder in der Allianznotul noch in einem Nebenrecess oder Protocoll zu gedenken, viel weniger von dem transitus etwas abzuhandeln, dergleichen ihr nichts zu unterschreiben habet, denn wir nicht gern etwas vorgehen lassen wollten, welches die Cron Schweden dahin aufnehmen könnte, als wenn es wider sie angesehen wäre. Wir können uns auch voritzo darauf nicht resolviren, ob wir angeregtes Conservatorium ferner über uns nehmen wollten. —

Johann Budendach an den Kurfürsten. D. Hildesheim 1./[11.] Februar 1667.

[Bericht über die Verhandlungen. Weitere Vertagung der Conferenz.]

11. Febr. Er hat[1]) nach Empfang der gewünschten weiteren Instruction am 26. Jan. den sämtlichen anwesenden Gesandten des Kf. Meinung auf Grund derselben mitgetheilt. Da darauf der K. Cölnische Gesandte sich mit noch nicht eingetroffener Instruction entschuldigte, die Osnabrückschen und Lüneburgischen Gesandten aber erklärten, über des Kf. Erklärung referieren zu müssen, und Nicolars zu Herzog Johann Friedrich nach Hannover gereist ist, so wurde in den folgenden Tagen nichts weiter vorgenommen; auf Grund eines inzwischen angekommenen Rescriptes des Kf. vom 22. Januar hat er den Bremischen Gesandten eifrig zugesprochen, die gebührende Satisfaction in der Speckhanschen Angelegenheit zu leisten. Von dem am 29. aus Hannover zurückgekehrten Nicolars hat er erfahren, dass dieser auf K. Cölns Befehl von Herzog Johann Friedrich zu vernehmen gesucht, ob derselbe damit zufrieden wäre, dass die beabsichtigte Zusammensetzung auf alle casus ohne besondere Erwähnung Schwedens und des Bremischen Conservatorii eingerichtet würde, dass derselbe aber wegen Reflexion auf die vom Reich erwartete Verlängerung des Conservatorii und die holländische Allianz solches annoch difficultiert hätte. Bei einer neuen Zusammenkunft am 30. erklärte der K. Cölnische, noch immer ohne Instruction zu sein und jetzt nach der k. brandenburgischen Erklärung sein früheres Erbieten zu 1400 z. R. und 2600 z. F. zurückziehen zu müssen, und schlug eine weitere Vertagung der Zusammenkunft auf 4 Wochen vor, womit die Braunschweigischen, welche erklärten, unmöglich ihrerseits, da Cassel ganz abginge, Kf. nur 4000, K. Cöln nur 2000 Mann stellen wolle, das ganze übrige Contingent übernehmen zu können, übereinstimmten, aber beantragten, dass vermittelst eines Schlusses ad protocollum man sich inzwischen mutuelle Assistenz versprechen solle, was, nachdem er sub spe rati eingewilligt, auch geschehen ist. Darauf wurden noch die Depu-

[1]) Vgl. Köcher I. S. 519f.

tierten der Stadt Bremen vorgefordert, denselben vorgestellt, sie seien zum guten Theil schuld daran, dass die Ratification des Habenhausischen Vergleichs noch nicht erfolgt sei, sie sollten nochmals eine Abschickung an Wrangel thun, um Extradierung der Ratification nachsuchen und sich dagegen zur Leistung des homagii erbieten, zugleich dieselbe bevollmächtigen, die Speckhansche Sache abzuhandeln.

Der Kurfürst an Budendach. D. Cöln 27. Februar/[9. März] 1667[1]).

[Vorzuschlagendes Auskunftsmittel.]

— Dieweil wir dann besorgen müssen, man werde sich über solche 9. März.
Proportion der Hülfe bei diesem neuen foedere nicht vereinigen können, wir auch dafür halten, dass wohl noch andere Difficultäten mehr vorgehen dürften, so habet ihr euch mit den Hessen-Casselschen Gesandten desfalls zu bereden, und weil der Frau Landgräfin Ld. ohne das nicht grosse Lust zu solchem foedere tragen und lieber wollen, dass dieselben casus, worauf man in diesem foedere zielet, auch auf die Reinische Alliantz gerichtet werden, so könnet Ihr es mit demselben dahin zu vermitteln Euch angelegen sein lassen, damit es von denen anderen auch also beliebet und alles in die Reinische Alliance gezogen werde. Im Fall Ihr es aber dahin nicht zu bringen vermöchtet, so lassen wir es zwar dabei, was wir Euch albereits rescribiret, dass in Chur-Cölln wegen vorhin angeführter Ursache nicht weiter gedrungen werde, allein, weil das Fürstl. Haus Braunschweig diese Sache am allermeisten urgiret und es auch dasselbe am meisten touchiret, so können wir nicht absehen, warumb dasselbe in so schlechter Proportion gegen unsere Hülfe stehen sollte, dahero Ihr es zu remonstriren habet, damit es auch weiter hinangehe. —

[1]) Schon am 9./19. Februar hatte Kf. Budendach beauftragt, sich zu der neuen Conferenz nach Braunschweig zu begeben, und seine früheren Verhaltungsbefehle wiederholt, namentlich dass er nicht mehr als 4000 Mann zu stellen habe und dass das Bündnis allgemein contra quoscunque gerichtet werde. Sollte man zu der Zahl von 15000 Mann nicht gelangen, so könnte auch ein geringeres Quantum zum Fundament genommen werden.

Johann Budendach an den Kurfürsten. D. Braunschweig 9./[19.] März 1667.

[Bericht über die Conferenzen.]

19. März. Er hat sich[1]) am 5. hier eingestellt und die übrigen Gesandten auch vorgefunden. Der Hessen-Casselsche kam vor der Zusammenkunft am 7. zu ihm und theilte ihm mit, die Landgräfin wollte zu den m/15 Mann beitragen, was ihr zukäme, wenn alle Mitglieder der Rheinischen Allianz dabei concurrierten, ausser solcher Allianz aber könnte und wollte sie sich nicht begeben, zumal durch diese nähere Zusammensetzung etwas Neues an Braunschweig-, sonderlich Calenberg- und Cellischer Seite gesucht zu werden scheine, und dürfte man, wenn dieselbe festgestellt sein sollte, der anderen Prorogation nicht belieben oder wenigstens Frankreich neue conditiones vorschreiben wollen. Auf der Zusammenkunft an demselben Tage erklärte der K. Cölnische, sein Herr conformiere sich mit Kf. darin, dass diese nähere Verbindung nicht auf gewisse casus zu definieren sei, er blieb bei den zu Hildesheim beliebten 15 000 Mann und offerierte dazu 1000 z. R. und 3000 z. F. B. hat darauf erklärt, Kf. stelle als conditio sine qua non, dass das Bündnis nur im allgemeinen auf alle casus einiger Thätlichkeiten zu richten, er könne sich zu mehr als 1400 z. R. und 2600 z. F. nicht obligieren. Osnabrück, Zell und Wolffenbüttel waren ratione determinationis casuum indifferent, der Calenbergische Kanzler Langenbeck aber liess durch langes Gerede erkennen, wie ungern sein Herr sehen würde, dass man von dem speciali casu abwiche, liess aber endlich diese Frage in suspenso und begehrte, man sollte sich wegen Eintheilung des quanti vergleichen. Hessen-Cassel conformierte sich ratione determinationis casuum mit Kf. und inhaerierte der Rheinischen Allianz, auf welche Maas er mit Eintheilung des quanti ferner nicht zu thun hätte.

Als dann die Braunschweiger erklärten, die übrigen 7000 Mann nicht übernehmen zu können, und B. darauf bemerkte, es könnte ja das quantum zunächst geringer als 15 000 Mann gesetzt werden, erbaten jene Frist bis zum folgenden Tage. Am 8. erklärte im Namen der Braunschweigischen v. Bülau, von den 15 000 Mann könne, zumal das Gerücht davon schon allenthalben erschallt, nicht abgegangen werden, Kf. möchte sich besser herauslassen. Der K. Cölnische erwiderte, er würde lieber sehen, wenn das quantum auf m/12 oder m/13 angesetzt werde, als dass diese ganze nähere Zusammensetzung sich zerschlüge. B. setzte nochmals auseinander, Kf. könne sich zu mehr als 4000 nicht verstehen, er hoffe, die Braunschweiger würden näher herbeitreten und sich so erklären, dass ohne weitere Difficultät, wenn auch nicht zu dem toto der m/15, doch zu einem zureichenden quanto zu gelangen wäre. Geschehe dieses nicht und könne man sich also nicht ohne Difficultät über die Eintheilung der Hülfe vergleichen, so habe er Befehl, mit Hessen-Cassel umzutreten und zu votieren, dass dieselben casus, worauf man in diesem foedere ziele, auf die Rheinische Allianz gerichtet und alles in dieselbe gezogen werden möchte.

[1]) Vgl. Köcher I. S. 521.

Darauf begehrten sie Zeit zur Ueberlegung bis Nachmittag und erklärten dann, die Sache erst ihren Herren berichten zu müssen, von denen sie Montag Resolution zu erhalten hoffen.

Johann Budendach an den Kurfürsten. D. Braunschweig 16./[26.] März 1667.

[Abschluss der Verhandlungen.]

Am 12. erklärte[1]) v. Bülau namens der Braunschweigischen Häuser, 26. März.
eine Verminderung der Zahl von 15000 und ein Vergleich ratione quanti per specialem conventionem ohne einen gewissen Fuss würde Schwierigkeiten veranlassen, dem Vorschlag wegen der Rheinischen Allianz aber wolle man sich gern accommodieren und geschehen lassen, dass sowohl wegen des darin enthaltenen Simpli als auch sonst es lediglich dabei sein Bewenden habe bis in den August, da dieses foedus zu Ende liefe, gegen solche Zeit würde sich dann ergeben, ob und wie dessen Prorogation eingerichtet würde. Da aber inmittelst das Simplum nicht zureichen würde, so könnte man sich vergleichen, einander auf den begebenden Fall mit dem Duplo zu assistieren. Darauf wurde der K.Cölnische, der sich auch damit einverstanden erklärte, ersucht, ein Project zu fernerer Ueberlegung abzufassen, das derselbe auch am folgenden Tage dictierte. Anstatt einzelner monita reichten die Braunschweigischen einen anderen Entwurf ein, B. erhob gegen denselben einige Einwendungen, namentlich dass in § 5 die Hülfe auf das Triplum gerichtet und bei der Eintheilung das Simplum des Kf. auf 600 z. R. und 1200 z. F. angesetzt sei, diese Punkte wurden geändert und der darauf gemachte neue Aufsatz allseitig angenommen[2]).

Badenhausen, der wegen Krankheit an diesen Conferenzen nicht theilgenommen, erklärte sich zwar damit einverstanden, verlangte aber Ausstellung eines Reverses, dass von der Landgräfin nicht ein Höheres als sie vermöge der Rheinischen Allianz verpflichtet wäre, gefordert werde. Als darauf die Braunschweigischen erklärten, sie könnten sich darauf ohne Specialbefehl nicht einlassen, fühlte sich derselbe dadurch sehr beleidigt, es kam zwischen ihnen zu heftigen Auseinandersetzungen und B. weigerte sich[3]) trotz seiner und des K.-Cölnischen Vermittlungsversuchen den Recess zu unterschreiben, der dann von den anderen sämmtlich unterschrieben wurde.

---

[1]) Vgl. Köcher I. S. 522.

[2]) Die „engere Vereinigung" d. Braunschweig 15./25. März 1667; Inhaltsangabe bei v. Mörner S. 313 f.

[3]) Im Vertrauen theilte er Budendach mit, dass der Landgräfin der modus zwar verdrieslich fallen, es ihr sonst aber nicht unlieb sein würde, dass es sich so geschickt hätte, dass er sich der Unterschreibung hätte entziehen können, sie würde auf anderem Wege vielleicht mehr profitieren.

Der Kurfürst[1]) an die gesammten Herzoge von Braunschweig. D. Berlin 30. März/[9. April] 1667.

[Verwendung für die Berücksichtigung der Wünsche Hessen-Cassels.]

9. April. Durch Budendach hat er erfahren, dass man zwar zum Schluss und Unterschreibung eines Recesses gekommen ist, der Hessen-Casselsche Abgesandte denselben aber nicht mitunterschrieben hat, da man demselben mit dem desiderierten Nebenrecess nicht willfahren wollen. Kf. hätte gewünscht, dass dieses nachbarliche considerable fürstliche Haus beibehalten worden wäre, denn wenn auch die Landgräfin die Mannschaft, so nach Proportion der übrigen Contrahenten ihr zukommt, nicht auf sich nehmen will, so ist doch kein Zweifel, dass, wenn die Noth es erforderte, dieses fürstliche Haus noch mit einem mehreren gern beitreten würde, wenn es sich schon dazu schriftlich nicht verpflichtet und die Landgräfin vielleicht dessen wegen der vormundschaftlichen Regierung Bedenken gehabt. Sollte dasselbe aber, nachdem es bei allen Zusammenkünften bisher die Seinigen gehabt, dahinten gelassen werden, so hätte er solche Separation mehr in Consideration zu nehmen als den Verlust der wenigen Mannschaft. Er bittet die Herzoge, ihm ihre Meinung zu eröffnen, wie das Werk so einzurichten, dass gutes Vernehmen erhalten und der intendierte Zweck erreicht werde.

Herzog Georg Wilhelm von Braunschweig und Lüneburg an den Kurfürsten. D. Zelle 15./[25.] April 1667.

[auf das Schreiben vom 30. März. Verständigung mit Hessen-Cassel. Französische Anträge.]

25. April. Dass seine und seiner Brüder Gesandte das im Namen der Landgräfin von Hessen angebotene, etwas geringe quantum der Mannschaft nicht sofort acceptiert und den begehrten Nebenrecess nicht haben ausfertigen wollen, sondern diesen Punkt ad referendum genommen, kann ihnen nicht verdacht werden. Doch haben er und seine Brüder[2]) sofort, nachdem sie sich darüber untereinander verständigt, der Landgräfin eine zustimmende Erklärung zukommen lassen. Wenn der zu erwartende Aufsatz des Nebenrecesses wird angelangt und adjustiert sein, wird man sich leicht wegen Auswechslung der Ratificationen vereinbaren können.

P. S. Der König von Frankreich hat[3]) durch seinen Envoyé Millet

---

[1]) Landgräfin Hedwig Sophie hatte (d. Cassel 21./[31.] März 1667) dem Kf. ihr Bedauern über die letzten Vorgänge in Braunschweig zu erkennen gegeben und ihn gebeten, sich bei den braunschweigischen Herzogen zu verwenden, dass diese in den von ihr geforderten Nebenrecess einwilligten, und seinerseits vorläufig den Recess nicht zu ratificieren. Auch diese letztere Bitte hat Kf. erfüllt, seine Ratification ist erst am 25. Juli 1667 ausgestellt.

[2]) S. Köcher I. S. 523.

[3]) S. Köcher I. S. 527f.

bei ihnen Ansuchung thun lassen, sie sollten 1) der Stadt Bremen rathen, Schweden wegen der gegen Speckhahn verübten Insolentien Satisfaction zu geben, 2) die Rheinische Allianz weiterhin prorogieren. 3) zu Behuf des Königs von Polen wider die Türken, Tataren und Cosacken einige ihrer Truppen überlassen. Sie haben darauf erwidert, das erste sei von ihnen schon geschehen, die Prorogation der Allianz haben sie nach Regensburg an die gesammten Alliierten verwiesen, wegen des dritten Punktes wären sie nicht abgeneigt, dem Könige einige Truppen leihweise, sofern es die Securität dieses und des Westfälischen Kreises zuliesse, und nur um sie gegen die Türken, Tataren und Cosacken zu gebrauchen, zu überlassen, wesfalls es aber dem Gesandten vorläufig an Instruction ermangelt. Der König von Frankreich soll zugleich die Absicht haben[1]), einige Völker aus Frankreich durch das Römische Reich nach Polen zu führen und von einigen Ständen des Reichs Durchzug für dieselben zu begehren, etliche sollen beabsichtigen, denselben zu verweigern. Er bittet, Kf. ihm mitzutheilen, was derselbe darüber wüsste und dächte[2]).

Kurfürst Maximilian Henrich von Cöln an den Kurfürsten. D. Bonn 22. Juni 1667.

[Aufforderung zur Beschickung der Zusammenkunft in Cöln.]

Er hat unlängst[3]) dem Kf. Mittheilung gemacht von einer zwischen einigen Kur- und Fürsten verabredeten Zusammenkunft, für welche Hameln als Ort vorgeschlagen, um sich zu vergleichen, wie man sich bei gegenwärtigen Conjuncturen, da fast aller Orten gar starke Armaturen in Schwung gehen, zu verhalten, insonderheit, wohin man sich gegen die Krone Frankreich wegen der von derselben bei verschiedenen Kur- und Fürsten begehrten Verstattung eines Durchzuges und der Anfrage, was man, falls andere Succurs nach den Spanischen Niederlanden sollten schicken wollen, zu thun beabsichtige, zu erklären habe. Er, K. Mainz, K. Trier und Pfalz-Neuburg hätten verabredet, zu diesem Zweck gegen den 26. dieses Bevollmächtigte nach Cöln zu schicken, er stellt 22. Juni.

[1]) S. darüber unten Abschnitt 3.

[2]) Kf. erwidert darauf (d. 24. April/[4. Mai] 1667), die Auswechslung der Ratificationen des Braunschweiger Vertrages werde nun bald erfolgen können; Millet sei am 21. bei ihm angelangt und hätte auch an ihn ein ähnliches Ansinnen gestellt. Er hätte darauf an Bremen geschrieben und von dort solche Antwort erhalten, dass er hoffe, die Sache werde beigelegt werden, wegen Prorogation der Allianz werde er sich in Regensburg durch seine Gesandten herauslassen (s. Urk. u. Act. XI. S. 469ff.), inbetreff des Durchzugs der Truppen könne er ohne vorherige Communication mit den Benachbarten und Interessierten noch nichts resolvieren.

[3]) In einem Schreiben vom 10. Juni. — Kf. erwidert (d. Schönbeck 27. Juni [7. Juli] 1667), um die Versammlung in Cöln zu beschicken, sei die Zeit viel zu enge, und fordert K. Cöln auf, gegen den 20./30. Juli Gesandte nach Braunschweig zu schicken.

dem Kf. anheim, ob derselbe nicht auch Jemand dorthin abordnen wolle, ohne Zweifel würden auch der Bischof von Münster, die Herzoge von Braunschweig und die Landgräfin von Hessen solcher Zusammenkunft gern beiwohnen. Sollte Kf. aber dafürhalten, dass anderswo eine Zusammenkunft zwischen ihnen beiden, den Herzogen von Braunschweig und der Landgräfin von Hessen anzustellen sei, so ist er ebenfalls dazu bereit.

Instruction, wornach sich unsere — Geheime-, Kriegs-, Hof-, Kammergerichts- und Consistorialräthe, General-Lieutenant, Kammerer, Gouverneur unserer beiden Residentien und Haubtmann zu Zossen, auch liebe getreue Joachim Rudiger von der Golze und Johann Georg Reinhardt gehorsambst zu achten[1]). D. Cölln an der Spree 17./[27.] Juni 1667.

[Aufträge an die Herzoge Rudolf August und Georg Wilhelm von Braunschweig.]

27. Juni. Sie sollen zuerst nach Wolffenbüttel gehen und praemissis curialibus den Herzog ersuchen, dem Kf. seine und seines Hauses Sentimenten zu entdecken: 1) wegen des von dem französischen Könige durch Milet begehrten Durchzuges für seine Armee. Kf., dessen Antwort darauf[2]) sie mitzutheilen haben, hätte zwar von einigen Seiten die Nachricht, das Fürstl. Haus Braunschweig sollte nicht allein den Durchzug zugestanden, sondern auch dem Könige von Frankreich daneben 4000 Mann von ihrer Armee zu überlassen versprochen haben, er könnte dieses aber um so weniger glauben, da die Herzoge Georg Wilhelm und Ernst August ihn ohnlängst durch den Obristen Wachtmeister Iselstein[3]) des contrarii hätten versichern lassen, es hätte dieses aber bei den Benachbarten, namentlich bei der Krone Schweden bereits einige ombrage verursacht. Kf. merkte auch sonst mit Leidwesen, dass zwischen dieser und dem Fürstl. Hause einige froideur und mesintelligence sich eine Zeit her ereignet, er hoffte, es würde jetzt, nachdem die Bremische Sache zu völliger Richtigkeit gekommen, die vorige gute Freundschaft wieder erneuert werden, er biete seine guten officia dazu an, habe auch solches schon Schweden gegenüber gethan und von diesem zustimmende Antwort erhalten.

2) wegen des französischen Einfalls in die Niederlande. Kf. hielte dafür, die Benachbarten, besonders die Eingesessenen des Westfälischen und Niedersächsischen Kreises hätten grosse Ursache, dieses Feuer zu apprehendieren und auf Mittel zu dessen Dämpfung und auf ihre Sicherheit bedacht zu sein, zumal da er Nachricht erhalten, der Bischof von Münster[4]) wolle sich aufs neue

---

[1]) Ueber diese Gesandtschaft s. Köcher I. S. 528.

[2]) S. unten Abschn. 6.

[3]) S. Köcher I. S. 528; Urk. u. Act. XIV. 1, S. 308; unten Abschn. 6.

[4]) S. Tücking, Geschichte des Stifts Münster unter Christoph Bernard von Galen S. 161 und unten Abschn. 6.

in dieses Werk mischen und sei im Begriff, Werbungen für Frankreich anzustellen. Die Gen. Staaten hätten deswegen an Kf. geschrieben, er hielte für höchstnöthig, dass auch der Herzog als Garant den Bischof von einem solchen Vorhaben, das direct wider den letzten Tractat liefe und wodurch der Westfälische Kreis oder gar das ganze Reich mit in das Niederländische Wesen hineingezogen werden könne, abmahnte und, falls der Bischof solcher Erinnerung nicht Platz geben sollte, andere nachdrückliche Mittel in Aussicht stellte. Sehr diensam würde auch sein, wenn das Fürstl. Haus einige von seinen Kriegsvölkern gegen die Grenze des Stifts einquartieren und mit ihm zusammen ein gesammtes Abmahnungsschreiben an den Bischof und das Domcapitel erlassen möchte;

3) wegen der von den Staaten beschlossenen [1]) Mediation und Interposition zwischen Spanien und Frankreich;

4) wegen dessen, was K. Cöln und Herzog Ernst zu Sachsen an ihn gelangen lassen.

Kf. wünsche auch Beilegung der Grenzirrungen und bitte um Vorschläge dazu, ferner sollen sie empfehlen Befriedigung der Forderungen der Erben des seligen Oberkämmerers Burgsdorf, Beförderung der Angelegenheit des Administrators von Magdeburg ratione voti und sessionis auf den Reichstagen und Erfüllung der Bitten des Freih. v. Blumenthal wegen der Komthurei Supplinburg.

Nachher sollen sie auch zu Herzog Georg Wilhelm sich begeben, ihm wegen Frankreich, Niederland und Münster ebendasselbe referieren und dessen Meinung darüber vernehmen.

Nebeninstruction. D. Cöln an der Spree 20./[30.] Juni 1667.

Nachdem Kf. durch Ledebaur vernommen [2]), wie weit der Bischof zu Münster die Rheinische Allianz deute, dass nämlich kraft derselben die Alliierten schuldig seien, sich dem Kaiser, wenn dieser sich in die Niederländischen Händel mischen und Kriegsvölker dahin senden wollte, zu widersetzen und sogar dem Könige in Frankreich zur Ausführung dieser und dergleichen weit aussehender Desseine zu assistieren, so sollen sie auch hieraus mit dem Herzoge communicieren. Kf. meine, dass dieses alles dem Bischofe von Frankreich suggeriert werde und dass man daher grosse Ursache hätte, bei der von Frankreich eifrig betriebenen Prorogation der Allianz behutsam zu gehen oder, was das beste wäre, dieselbe gar zu unterlassen; auch Schweden habe wenig Lust, diese Allianz weiter zu extendieren oder zu continuieren. 30. Juni.

[1]) S. unten Abschn. 6.
[2]) S. unten Abschn. 6.

v. d. Goltz und Reinhardt an den Kurfürsten. D. beim Pirmontischen Sauerbrunnen im Dorfe Löbensen 27. Juni/[7. Juli] 1667.

[Bericht über ihre Verhandlungen mit den braunschweigischen Herzogen.]

7. Juli. In Wolffenbüttel, wo sie am 22. angelangt, haben sie erfahren, dass das ganze fürstliche Haus mit einem Theil ihrer Geheimen Räthe eine geraume Zeit zu Pirmondt versammelt gewesen. Sie sind sofort dorthin weiter gereist, haben aber am 24. in Hildesheim erfahren, dass Herzog Johann Friedrich schon abgereist sei, die anderen Herzoge aber noch bei einander wären. Sie sind am 25. Abends in Löbensen angekommen, wo ihnen Quartier angewiesen worden, am folgenden Tage haben sie Vormittag bei Herzog Georg Wilhelm und Nachmittag bei dem Hause Wolffenbüttel Audienz gehabt. Ersterer erwiderte auf ihre Proposition, die ausgesprengte Rede vom Durchzuge sei nichtig, Milet hätte dergleichen bei ihnen nie gesucht. Von Ueberlassung der 4000 Mann [1]) hätte derselbe etwas erwähnt, da er aber keine Instruction gehabt, wäre alles unerörtert und unresolviert geblieben. Dass bei Schweden sich eine mesintelligence erblicken lassen wolle, komme ihm gar wunderlich vor, sie hätten dazu keine Ursach gegeben, er bat, Kf. möchte, wenn derselbe etwas in Erfahrung bringen könnte, es ihm mittheilen, sein Haus würde sich so bezeigen, dass auf demselben keine Ursache zur mesintelligence haften bleiben sollte. Betreffend den französischen Einfall in die Niederlande, darin müsste sehr behutsam verfahren werden. Dass Münster für Frankreich werbe, wäre wohlbewusst, dem müsste mit Güte und endlich mit Nachdruck Hinderung geschehen, er glaube, der Bischof würde leicht den französischen Werbungen, wenn das Reich sich ihm widersetzte, renuntiieren und das Geld für sich behalten. Die von den Staaten vorgeschlagene Mediation zwischen Spanien und Frankreich sei ihm keineswegs zuwider. Herzog Rudolf August erwiderte in ganz ähnlicher Weise, der Bischof von Osnabrück, Ernst August, den sie auch besuchten, erwies sich in allem, was das allgemeine Beste concerniert, ganz willig und bereit, eiferte höchlichst, dass der Bischof von Münster im Reich die ersten motus verursacht, man sollte ohne viele Umschweife mit zureichenden Mitteln ihn dahin bringen, dass er sich in seinen Grenzen hielte.

Am 27. kamen der Cellische Präsident v. Bülau, der Wolffenbüttelsche Marschall v. Heimbruch und der Geheime Rath des Bischofs von Osnabrück, v. Platow, zu ihnen und erklärten sich auf die einzelnen Punkte ihrer Proposition in ähnlicher Weise.

---

[1]) S. Köcher I. S. 527f.

Resolution der Herzoge Ernst August, Georg Wilhelm und Rudolf August von Braunschweig. D. bei dem Pirmontischen Sauerbrunnen 27. Juni/[7. Juli] 1667.

— Die proponirte Puncta betreffend, bedanken I. Fürstl. Durchl. 7. Juli.
sich zufoderst freundvetterlich, dass S. Churfürstl. Durchl. wohin dieselbe wegen des begehrten Durchzuges der französischen Armee sich erklärt, auch wohin des Herrn Churfürsten zu Maintz Gnd. Gedanken desfalls gerichtet, in hergebrachtem Vertrauen communiciren wollen, vernehmen aber dabei ganz ohngerne, dass von I. Fürstl. Durchl. dem frantzösischen Abgeordneten Milet hiebevor gegebene Resolution ein ganz ungleicher Bericht hat wollen ausgesprenget werden, zumahlen jetztgedachter Milet in seinen für einiger Zeit abgelegten Propositionen den Durchzug einiger frantzösischen Völcker nicht gesuchet und deswegen auch die geringste Versprechung nicht erhalten, mit S. Churf. Durchl. sein I. Fürstl. Durchl. auch darunter ganz einig, dass die polnische Respublica zumahlen bei gegenwärtigen dessen Zustande schwerlich einige frembde Hülfe begehren werde. Ohn ists zwar nicht, dass gedachter Milet wegen Ueberlass- oder Herleihunge einiger Völcker Ansuchunge gethan, weil er aber dabei angeführet, dass er deswegen Handlunge zu pflegen oder auch super conditionibus einen Schluss zu machen nicht instruiret, sondern dass dero behueff innerhalb weinig Wochen er oder ein ander Königl. Frantzösischer Minister mit völliger Instruction sich wieder anfinden würde, hat auch dieserwegen keine categorische Resolution abgegeben werden können, sondern ist ged. Milet nur die Vertröstung geschehen, wann innerhalb der damaln benannten zimblich kurzen Zeit von Ihr. Königl. Majestät in Franckreich jemand mit mehrer Instruction ankommen, die Ueberlass- oder Herleihung der Völker ferner urgiren, dieselbe auch bloss wieder Türken, Tartarn und dergleichen barbarischen Völker gebrauchet werden sollten, und man der übrigen zum Theil bloss per discursum erwähnten Conditionen halber sich würde vergleichen können, wären die gesambte Herrn Herzogen zu Braunschweig und Lüneburg nicht abgeneigt, einiger Völker Anleihunge halber sich in fernere Tractaten einzulassen. Alldieweil aber obbedeutete Zeit fürlängst vorbei und dasieder keine weitere Anregung von seiten der Cron Franckreich geschehen, sich auch inmittelst der Status Regni Poloniae bekanntermaassen und zwar dergestalt, wie S. Churf. Durchl. in dero gedachtem Milet hiebevor abgegebenen und I. Fürstl. Durchl. communicirten Resolution mit mehrerm angeführet,

merklich geändert, sonsten auch bei sothanem Werke, wie bereits erwähnet, lediglich das Absehen auf Befoderunge der Hülfe wieder die Türken gerichtet gewesen, das ganze Werk auch in meris terminis einiger praeliminar Tractaten bestanden und dadurch niemand weder in- noch ausserhalb des Reichs praejudiciret worden, so sehen I. Fürstl. Durchl. auch nicht, wie dieses bei der Cron Schweden oder auch sonst jemandn einige Ombrage habe verursachen können.

Als negst diesem S. Churf. Durchl. durch dero Gesandten einiger froideur und mesintelligence, die sich zwischen der Cron Schweden und dem Fürstl. Hause Braunschweig Lüneburg eine Zeit hero ereuget hätte, Erwähnung thun und zu Aufhebung derselben dero Interposition und gute officia offeriren lassen wollen, so erkennen I. Fürstl. Durchl. solches nicht minder mit freundvetterlichem Danke, sein aber woll versichert, dass sie an ihrem Orte an beständiger Conservir- und Erhaltunge des aufrechten Vertrauens mit der Cron Schweden niemahln ichtwas haben erwinden lassen, wollen auch nicht hoffen, dass dasjenige, so in dem abgewichenen Jahre aus Ihr. Keyserl. Mayt. und des ganzen Reichs special Commission nebst S. Churf. Durchl. auch anderer Chur- und Fürsten des Reichs das Fürstl. Haus Braunschweig Lüneburg der Stadt Bremen halber übernehmen müssen, zu einiger mesintelligence Anlass und Ursache werde gegeben haben, so weinig als S. Churf. Durchl. und die übrige zu der Bremischen Sache mit committiret gewesene Reichsstände dadurch in Missverstandnisse mit obgedachter Cron Schweden gerathen. Würde sonst S. Churf. Durchl. Nachricht erlanget haben, weshalben die Cron Schweden kegen dieses Fürstl. Haus sich mochte zu beschweren vermeinen oder einige mesintelligence bei deroselben veranlasset wäre, so sollte I. Fürstl. Durchl. gar lieb sein solches mit ehistem zu vernehmen, damit also sothaner Missverstand durch dienliche Mittel mit ehistem beiseit geräumet und die zwischen hochermelter Cron und dem Fürstl. Hause Braunschweig Lüneburg zimblich viel Jahr hero zu beider Theile Nutzen gepflogene freundnachbarliche Correspondenz redressiret und aufrecht erhalten werden müge. I. Fürstl. Durchl. werden auch die gute Nachbarschaft und Correspondentz mit derselben zu erhalten Ihnen jederseits angelegen sein lassen.

Dass wegen des Frantzösischen Eingangs in die Spanische Niederlande die benachbarte und sonderlich des Westpfälischen und Niedersächsischen Creises Eingesessene sorgfältig zu sein hohe Ursach haben, solches halten I. F. D. zumahl billig und höchstnötig. Weiln nun S. Ch. D.

zu Cölln[1]) für weiniger Zeit von der in der Stadt Cölln von einigen Chur- und Fürsten beliebeten Zusammenkunft Eröffnung gethan und zugleich dieses Fürstl. Haus dahin invitiret, auch die gewisse Nachricht erlanget, dass S. Churf. Durchl. zu Brandenburg ebenmässige Notification zugekommen, so haben I. Fürstl. Durchl. hierunter dem gemeinen Wesen sich nicht entziehen wollen, sondern sofort etliche von deren Geheimbten Räthen dahin abgeordnet, umb mit denen übrigen daselbst anwesenden Chur- und Fürstlichen Gesandten reiflich zu überlegen, wie und welchergestalt vorberürte Unruhe zufoders per pacifica media, als wozu beide kriegende Theile nicht ungeneigt zu sein sich vernehmen lassen, je ehender je besser wieder gestillet und also dem, dem Heil. Römischen Reiche daraus besorgenden Unheil bei Zeiten vorgebauet werden könne, und würde I. Fürstl. Durchl. sonderlich lieb sein, müssten sie es auch zu Erhaltung des intendirenden Zwecks sehr dienlich halten, da Sr. Churf. Durchl. belieben möchte, die Ihrige dahin gleichfalls abzuordnen. I. Fürstl. Durchl. geben hiebei auch zu bedenken, weil bei dieser Diaet des Herrn Bischofs zu Münster Gesandten sich mit anfinden werden, ob nicht daselbst dessen bei den neuen angestellten Werbungen führende Intention am besten alda zu sondiren und zu überlegen sein wolle, wie derselbe dahin mit Nachdruck zu erinnern und zu ermahnen, dass er für sich die benachbarte Creyse auf keinerlei Weise in einige Unruhe impliciren möge, gestalt dann insonderheit mit Ihr. Churfürstl. Durchl. zu Cölln daraus würde zu communiciren und zu vernehmen sein, ob nicht, und zwar aus denen mündlich angeführten Considerationen ein solches Gesamtschreiben, wie in der Herren Abgesandten ihrer schriftlich übergebenen Proposition erwähnet ist, an S. Fürstl. Gn. zu Münster abgehen zu lassen. Auf allen Fall sein sonsten I. Fürstl. Durchl. erbötig, wann nur Ihr. Churf. Durchl. zu Brandenburg werden belieben, angeregte Dehortation aufsetzen zu lassen, dass sie alsdann selbiges mit vollenziehen, auch was sonsten zu zeitiger Verhütunge alles besorgenden Unwesens dienlich wird erachtet werden, gerne beitragen helfen wollen. —

[1]) S. Köcher I. S. 528. 530f. oben S. 147.

v. d. Goltz und Reinhardt an den Kurfürsten. D. Magdeburg 7./[17.] Juli 1667.

[Weitere Verhandlungen mit den braunschweigischen Herzogen.]

17. Juli. Am 30. früh brachen die Herzoge Georg Wilhelm und Ernst August nach Walkenried auf, am Abend vorher wurde ihnen die vom 27. Juni datierte Resolution ertheilt, sie ist der Conferenz zwar nicht in allen Punkten gleich, da bei der Eilfertigkeit, da die Räthe meist in procinctu waren, einiges übergangen worden ist, es kommt aber eigentlich auf die Cölnische Tagefahrt an, wohin, wie die braunschweigischen Herzoge glauben, auch Kf. Abgeordnete schicken und das übrige vollends verhandeln lassen wird. Sollte es aber dem Kf. und der Landgräfin von Hessen-Cassel wegen Enge der Zeit unmöglich fallen, diese Tagefahrt besuchen zu lassen, so wünschen die Braunschweiger einen bequemeren Ort und sind ihre Deputierten befehligt, bei K. Cöln Braunschweig vorzuschlagen und, wenn dieses verweigert werden sollte, sich mit Kf., der Landgräfin und anderen Benachbarten zu verständigen. Auch über die Rheinische Allianz und die Münstersche Sache wird in Cöln debattiert werden.

Wegen der von dem Administrator von Magdeburg gesuchten Session machten weniger die Fürsten als die Räthe Schwierigkeiten [1]), doch glauben sie, dass, wenn Kf. die Sache ferner urgieren wird, der Administrator doch wohl zu seiner Intention gelangen wird.

Nach Abreise der beiden anderen Herzoge haben sie mit Herzog Rudolph August wegen der anderen ihnen aufgetragenen Punkte verhandelt. Das projectierte Schreiben an den Bischof von Münster mit zu vollziehen, weigerte sich derselbe, da Kf. darin assertive setzte, der Bischof hätte mit der starken Verfassung der Observanz des Vergleichs zuwider gehandelt, worüber vielleicht andere Garanten ein ander Sentiment haben würden, doch wollte er, wenn Kf. ein anderweitiges Abmahnungsschreiben abfassen lassen und dasselbe nebst dem Hause Braunschweig vollziehen wollte, sich solches nicht zuwider sein lassen.

Wegen der Grenzirrungen erklärte er sich zu gütlicher Handlung bereit, wünschte aber, dass die Zusammenschickung erst nach einigen Wochen erfolgte, da er jetzt bei Antritt seiner Regierung so vielfach beschäftigt sei. Wegen der Burgsdorfschen Sache ist v. d. Goltz einen leidlichen Accord eingegangen, auch die Erfüllung der Wünsche v. Blumenthals haben sie wenigstens theilweise erlangt.

---

[1]) In einer darüber ausgestellten Resolution erklären die Herzoge ihre Entscheidung vorläufig aussetzen zu müssen, da sie sich erst über die Sache aus den Acten näher informieren und mit Herzog Johann Friedrich darüber communicieren müssten.

Instruction, wornach sich unser — Geheimer Rath Friedrich von Jena bei der ihm nach Braunschweig aufgetragenen Schickung zu achten. D. Cüstrin 28. Juli/[7. August] 1667.

Er soll am 12. August in Braunschweig sein und dort erklären, 1) er 7. Aug.
wäre befehligt, die Ratification des neulich in Braunschweig aufgerichteten Recesses zu extradieren, 2) da dieser Vergleich im August expiriert sei und auch die Conjuncturen sich inzwischen sehr geändert hätten, so sei Kf. zufrieden, dass entweder dieser Vergleich prorogiert und, was nöthig, hineingerückt, oder dass etwas neues nach Anweisung der gegenwärtigen Conjuncturen aufgerichtet würde. Sollte 3) von dem K. Cölnischen oder auch von den übrigen etwas wegen des neulich zu Cöln zwischen K. Mainz, Trier, Cöln, Münster und Pfalz-Neuburg abgeschlossenen Tractats vorgebracht und begehrt werden, dass auch Kf. denselben annehmen möchte, so soll er sowohl in Privatdiscursen als auch in den öffentlichen Zusammenkünften erklären, Kf. habe ihn darauf nicht instruiert, da ihm von K. Cöln nur ein Project des Tractats mitgetheilt, er aber nicht zum Beitritt zu demselben aufgefordert sei, ausserdem sei man in diesem Project des zwischen Frankreich und Spanien entstandenen Krieges, Schickung der Hülfe und Verweigerung des Durchzugs halber ziemlich weit gegangen. 4) Wenn etwas Gutes und Sicheres sowohl für die Paciscenten als auch für das Reich abgeredet werden sollte, so müsste freilich auch auf diesen Krieg Reflexion genommen werden. Das Instr. pacis sagte nun ausdrücklich [1]), falls künftig zwischen Frankreich und Spanien ein Krieg entstehen sollte, so dürfte der Kaiser und das Reich sich in einen solchen nicht einmischen oder Hülfe schicken, einem jeden einzelnen Stande aber sei es freigestellt, diesem oder jenem zu Hülfe zu kommen, diese Freiheit dürfe Niemand zu gefallen restringiert werden, Kf. könne daher nicht sehen, mit was für Schein Rechtens man keinem den Durchzug verstatten wollte [2]). Sollten die übrigen nun zu

[1]) Instr. pacis Monasteriensis, vgl. Meineke, Der Regensburger Reichstag und der Devolutionskrieg (Hist. Zeitschr. N. F. XXIV. S. 194).

[2]) Kf. schreibt (d. Potsdam 10./[20.] August 1667) an Fr. v. Jena: „Ihr werdet Euch annoch — erinnern, was wegen der Burgundischen Sache und ob, auch wie weit das Reich sich derselben anzunehmen befugt oder schuldig sei, zu Cüstrin geredet worden. Wie nun über dem rechten und eigentlichen Verstand des instrumenti pacis allerhand Disputen und Zweifel entstanden, und zwar die formalia desselben primo intuitu fast dahin zu gehen scheinen, ob sollte das Reich und Ihre Key. M. nicht befugt sein, sich dieses Kreises anzunehmen, gleichwohl aber auch viele rationes in contrarium vorhanden, woraus zu schliessen, dass der Burgundische Kreis ein Glied des Reichs und dessen Garantie sich billig zu erfreuen haben solle, so wollet Ihr Euch wohl fürsehen, dass man aldorten nicht etwas statuire oder decidire, wodurch dieser Sache einig Präjudiz zuwachsen oder der Decision des ganzen Reichs fürgegriffen werden könne, gestalt Ihr darin für Euch zu erwähnen, dass Ihr salva imperii decisione nicht anders vermeinen und schliessen könnet, als dass das Reich genugsam befugt, sich dieses Creises bei so beschaffenen Umbständen und in dem jetzigen casu anzunehmen."

einer näheren Zusammensetzung auf Grund des Instr. pacis bereit sein, so soll er, wenn auch etwa der K. Cölnische dabei Bedenken haben sollte, es mitplacitieren und vor allem dahin sehen, dass in dem von dem Burgundischen Kreise handelnden Artikel nichts Präjudicierliches oder dem Münsterschen Friedensschlusse Zuwiderlaufendes eingerückt werde. 5) Wegen des quanti kann es so wie in dem jetzt expirierenden braunschweigischen Vergleich verbleiben. 6) Nachdem K. Mainz[1]) für sich und andere die Interposition in dem zwischen Frankreich und Spanien entstandenen Kriege angeboten, Frankreich dieselbe angenommen hat, und ohne Zweifel auch Spanien sich eine solche gefallen lassen wird, so ist in Regensburg und sonst, wo es nöthig, dahin zu wirken, dass je eher je lieber von beiden kriegenden Theilen eine beständige Resolution der Mediation, der subjectorum, der Zeit und des Orts halber erfolgen möge. 7) Wegen Prorogation der Rheinischen Allianz hat Kf. schon in Regensburg erklären lassen, dass, weil in derselben ihm präjudicierliche Dinge enthalten, weil ferner Schweden sich darüber noch nicht herausgelassen und auch bei dem quanto keine rechte Proportion gehalten, er sich vorläufig darüber nicht erklären könnte; bevor dieses alles abgethan und die übrigen sich deutlich herausgelassen, kann Kf. sich auch nicht weiter extendieren.

8) Betreffend die von der Stadt Bremen gesuchte Garantie, so hat die Stadt diese in Regensburg bei dem gesammten Reiche zu suchen, die begehrte Particulargarantie hält Kf. nicht für nöthig.

9) Wegen der Münsterschen Werbungen[2]), wegen deren ihn der Staat auf Grund der von ihm mit übernommenen Garantie des Clevischen Friedens angelangt, müsse Kf. sich zu dem in demselben Enthaltenen erbieten, er stelle daher dahin, ob die Anwesenden ein gesammtes Abmahnungsschreiben oder aber ein mehreres beliebten.

Friedrich v. Jena an den Kurfürsten. D. Braunschweig 15./[25.] August 1667.

[Eröffnung der Conferenzen.]

25. Aug. Er ist den 12. August hier angekommen, am 14. fand eine Zusammenkunft auf dem Rathhause statt, doch hat man sich wegen des seit einem Jahre zwischen Osnabrück und Calenberg entstandenen Präcedenzstreites[3]) nicht gesetzt, sondern ist stehen geblieben. Der K. Cölnische[4]) eröffnete die Punkte, welche er in Deliberation zu bringen befehligt sei:

1) ob die ratificationes der nun expirierten näheren Zusammensetzung zu extradieren?

2) wie diese Zusammensetzung nunmehr zu extendieren?

---

[1]) S. unten Abschn. 6.

[2]) S. oben S. 148 und unten Abschn. 6.

[3]) S. Köcher I. S. 523.

[4]) Der Vicekanzler H. F. Nicolartz.

3) wie der Friede im Reich zu erhalten?

4) wie die Mediation zwischen Frankreich und Spanien zu befördern?

5) ob die Rheinische Allianz zu prorogieren?

6) was der Stadt Bremen der gesuchten Garantie halber für Resolution zu geben?

Da die Versuche, den Präcedenzstreit zu suspendieren, vergeblich waren, und die Calenbergischen Räthe noch einmal nach Hause gereist sind, so sind bis zu ihrer Rückkehr die solennen Zusammenkünfte eingestellt worden.

Er hofft, man werde sich, wenn man nur erst zur rechten Conferenz gekommen, bald vergleichen. Zwar hat der K. Cölnische im Discurs gedacht, man möchte das neulich zu Cöln beliebte Project[1]) hier zum Fundament setzen, es wird aber wohl keiner darauf eingehen.

Engere Vereinigung zwischen K. Cöln, K. Brandenburg, den braunschweigischen Herzogen und Hessen-Cassel. D. Braunschweig 22. August/[1. September] 1667[2]).

Als der Herren Cuhrfürsten zu Cölln und Brandenburg Cuhrf. Durchl. sodann des Herrn Bischoffen zu Ossnabrüg und Herrn Georg Wilhelms wie auch Herrn Rudolphs Augusti, Herzogen zu Braunschweig und Lüneburg, imgleichen der Frau Landgräfin und Regentin zu Hessen-Cassell Fürstl. Dchl. wie vor diesem also auch absonderlich bei gegenwertigen Leuften und Conjuncturen ihre Rathschläge und Sorgfaltigkeit vornemlich mit dahin gerichtet sein lassen, wie dero von Gott anvertraute Land und Leute in beständiger Ruhe und Friede regieret und erhalten, von denenselben alle Gefahr und Ungelegenheit abgewendet und wieder alle unbillige Gewalt mit Gottes Hülfe in zusammengesetzter Vereinigung geschützet und manuteniret werden könnten, und sie nun dabei durch die Erfahrung selbst wahrgenommen, dass die im Heil. Römischen Reiche mit grosser Mühe und vorbedächtlich gemachte constitutiones, Executionsordnung und andere dergleichen Mittel fast geringen Effect gehabt. So haben sie dahero aus landesfürst- und väterlicher Vorsorge hochnötig erachtet, wann sie nicht allein in der bisanhero mit einander aufrichtig gepflogenen treuen Freund- und Nachbarschaft continuirten, sondern auch sich in eine nähere und vestere Defensivbündnus begeben und setzten. Dahero dann Ihre Cuhr- und Fürstliche Durchl. 1. Sept.

---

[1]) S. Köcher I. S. 534. 619f.; unten Abschn. 6.

[2]) Holländische Uebersetzung Aitzema VI. S. 351f., französische Dumont VII. 1. S. 57. Inhaltsangabe v. Mörner S. 318f.

dero Räthe allerseits alhier in Braunschweig zusammen geschicket, welche sich bis auf vorgedachter Ihrer gnädigster Principalen erfolgenden gnädigsten Ratification und Genehmhaltung folgendermaassen mit einander verglichen und eine Defensivallianz geschlossen:

1. Erstlich: Soll zwischen allerseits Bundsverwandten eine aufrichtige treugemeinte Freund- und Nachbarschaft dergestalt sein und bleiben, dass einer des andern Nutzen und Bestes befordern und do er etwas, was demselben entgegen, in Erfahrung brächte, dasselbe demjenigen, welchen es angehet, in Zeiten eröffnen und zu wissen machen, auch aus allen Begebenheiten, woraus einige Weiterung entstehen möchte und die hierin versprochene Hülfe begehret werden könnte, vorhero zeitig mit einander communiciren.

2. Zum andern: Ist diese Vertheidigungs Allianz zu keines Offension am allerwenigsten aber wieder Ihre Keyserl. May. und das Reich, sondern blos zu Beibehalt- und Schützung der paciscirenden Lande, Leute, Recht und Gerechtigkeit angesehen und gemeinet.

3. Für das Dritte: Seind aller und jeder Bundsverwandten Lande, welche sie gegenwärtig innehaben und besitzen und im Heil. Römischen Reiche belegen, in gegenwärtiger Bündnus begriffen, also und dergestalt, dass da eines oder des andern Confoederirten Land und Leute überzogen oder aber mit einigen andern Gewaltthätigkeiten, sie haben Namen wie sie wollen, und geschehen auch von wem sie wollen, imgleichen mit eigenmächtiger Einquartierung oder denen Reichsconstitutionibus und instrumento pacis zuwiederlaufenden Durchzügen beschweret und dergestalt wieder die Reichssatzungen, Executionsordnung, Instrumentum pacis (als auf welche alle gegenwärtiges foedus gegründet) und diese Bündnus vergewaltiget und beschweret werden sollte, alle und jede übrige Paciscirende, welche eben zu der Zeit dergleichen Gewalt nicht leiden, auf des beleidigten geschehene Notification mit soviel Mannschaft zu Ross und Fuss und in der Zeit, wie in folgenden Articuln mit mehrem deutlich verglichen, ohne Seumnus zu Hülfe zu kommen und die versprochene Assistenz würcklich zu leisten, kraft dieses schuldig und gehalten sein sollen.

4. Damit man aber auch wissen möge, was jedwedes Theil an Mannschaft zu Ross und Fuss dem beleidigten Requirenten zu Hülfe zu schicken habe, so ist für das vierte verglichen, dass

Ihre Cuhrf. Durchl.	zu	Cölln		840	zu Ross,	1600	zu Fuss
„ „	„	„	Brandenburg	1000	„ „	2000	„ „

Ihr. Fürstl. Durchl.	zu Ossnabrüg	100 zu Ross,	200 zu Fuss
„ „ „	Herzog Georg Wilhelm	240 „ „	644 „ „
„ „ „	„ Rudolff Augustus	230 „ „	500 „ „
„ „ „	zu Hessen-Cassell	200 „ „	400 „ „

in Bereitschaft habe und auf den bedürfenden Fall ohne Saumnus, wie obgemelt, schicken. Es wollen auch die Bundsverwandten über diesem quanto noch die Hälfte desselben parat halten, auch solches dem Befinden nach verhöhn.

5. Diese versprochene und verglichene Hülfe nun soll, für das fünfte, jedweder Paciscirender, nachdem der Beleidigte die Gefahr und würckliche Beschwerde einem jeden absonderlich notificiret und derselbe darauf à part requiriret, innerhalb 14 Tagen von Zeit der geschehenen Requisition anzurechnen, ohne Abgang und Saumnus an tüchtiger geworbener Mannschaft zu Ross und zu Fuss schicken und dieselbe nicht ehender wieder zurückziehen oder abfordern, es bedörffe dann der Requirent dieselbe nicht mehr oder aber der Schickende und zu Hülfe Kommende würde selbst überzogen und, wie vorgedacht, vergewaltiget und beleidiget.

6. Sollte nun aber zum Sechsten mehr als einer von den Confoederirten überzogen werden und Gefahr leiden, auf solchen Fall soll die übrige Bundshülfe von den unbeleidigten halb dem einen und die andere Hälfte dem andern beleidigten auf Maass und Weise wie vorgemelt zugeschicket werden. Dieweil es sich aber begeben könnte, dass eine dergleichen Hülfe nicht zureichend, auf solchen Fall sollen die Bundsverwandten schuldig sein, wenn sie vorhero von dergleichen casu und doppelter Gefahr Nachricht erlanget, auch sobald ohne Aufenthalt davon zu consultiren und sich einer solchen Anstalt und Hülfe zu vergleichen, welche zulänglich und womit denen Nothleidenden in der That und würcklich geholfen werden könne.

7. Wann nun zum Siebenden die Hülfe würcklich geschickt wird und in des Requirenten Land oder bei dessen Troupen anlangen und sich conjungiren, von selber Zeit an hat und behält derjenige, dem die Hülfe zugeschickt wird, das Obercommando und Direction in denen Kriegsactionen, es würde in seinem oder in einem andern ausser der Bundsverwandten Landen agiret, doch hat er gleichwol jedesmal, wann etwas vorzunehmen, darüber gebührend Kriegsrath zu halten.

8. Zum Achten: Giebt ein jedweder Hülfschickender soviel Feldartillerie nebst der Zubehör seinen Troupen mit, als es die Notturft und

Kriegsraison erfordert. So oft man aber schwerer Stück benötigt, giebt dieselbe nebst der Zubehör der Requirent, als in dessen Land agiret wird, und in loco tertio derjenige, welcher unter denen Bundsverwandten der negste, jedoch beides auf gemeine Unkosten, Schaden und ungeweigerte Wiedererstatt- oder Bezahlung der Vereinigten.

9. Die Jurisdiction behält zum Neunden eines jedweden Bundsverwandten Officier über die Troupen, welche er dem Requirenten zu Hülfe führet. Sollte aber ein Fall sich begeben, welcher ein Generalkriegsrecht erforderte, so seind auch zu demselben alle diejenigen zuzuziehen, welche zu einem Generalkriegsrecht gehören, und ist derjenige in demselben Praeses, welcher vermöge des 7. articuli das Directorium führet, oder wann derjenige, so das Directorium hat, nicht darbei sein wollte oder könnte, der, welcher die höchste Charge bedienet.

10. Zum Zehnden unterhält zwar ein jedweder Bundsverwandter seine Trouppen, es ist aber der Requirent schuldig, die Auxiliarvölker, wann sie in seinem Lande oder bei seinen Trouppen kommen, solange sie unter seiner Direction conjungiret stehen, im einquartieren und sonsten denen seinigen allerdings gleich und nicht anders zu tractiren.

11. Damit es auch zum Elften bei erfolgter Conjunction unter denen Troupen keine Irrung oder sonsten Confusion verursache, wollen die Bundsverwandten sich allerseits einer gewissen Verpflegungsordonnance vergleichen, nach welcher bei währender Conjunction alle Trouppen durchgehends gleich tractiret werden sollen. Dieweil auch die Auxiliarvölcker das Proviant nicht zugleich mit sich führen können, soll der Requirent schuldig sein selbige, solange sie in seinen Landen stehen, mit nötigem Proviant zu versehen, welches ihme doch hernachmals von jedem der Hülfschickenden nach Proportion in billigem Preis zu bezahlen und wieder zu ersetzen.

12. Für das Zwölfte soll diese Defensivbündnus von dato anzurechnen drei nacheinanderfolgende Jahre unverbrüchlich gehalten werden und bestehen, dabei dann in der Confoederirten freien Willen und Belieben bleibt, ob sie vor Ablauf der dreien Jahre sich wieder zusammenthun oder die Ihrigen zusammenschicken wollen, diese Bündnus dem Befinden nach zu prorogiren.

13. Wann auch vor das Dreizehnde einige Bundsverwandten ausserhalb diesem noch in einem andern foedere begriffen, kraft welchen sie gleichfalls einander die Hülfe zu leisten schuldig, so soll doch kein Theil aus beiden foederibus, sondern nur aus einem die Assistenz zu schicken

gehalten sein und dem Requirenten freistehen, auf welchen Bund er seinen Confoederirten requiriren wolle. Da auch etwa eine Kreis- oder Reichshülfe geschickt, soll auch diese von dem quanto der Bundshülfe abgezogen werden.

14. Und nachdem sich für das Vierzehnde in der Nachbarschaft ein oder andere gefährliche motus ereuget, woraus dem Heil. Römischen Reiche gar leicht Ungelegenheit und Nachtheil zuwachsen könnte, so wollen die Bundsverwandte allerseits auf dem annoch währenden Reichstage, so viel an ihnen ist, mit allem Fleiss und Sorgfalt befordern helfen, damit der punctus securitatis imperii bestermaassen beobachtet und dabei nichts verabsäumet werde.

15. Und weiln auch zum Funfzehnden der Handlung über diesen engeren Verein Herrn Herzog Johann Friederichs zu Braunschweig Lüneburg Fürstl. Durchl. Gesandten mit beigewohnet, diesen aufgerichteten Recess aber anzunehmen und mit zu unterschreiben aus Mangel Specialbefehls wegen Sr. Fürstl. Durchl. Abwesenheit sich entschuldiget und begehret, dass ihren gnädigsten Herrn der Platz offen gelassen werden möchte, als ist solches geschehen und Ihrer Fürstl. Durchl. die Accession vorbehalten worden, gestalt dero Erklärung darüber vor Ablauf der Zeit, welche in negstfolgenden Articul zu Einbringung der Ratificationen gesetzet, soviel möglich zu befordern dero Abgesandten sich anheissig gemachet.

16. Für das Sechzehnde ist verglichen und verabredet, der gnädigsten Principalen Belieben nach, die ratificationes über diesen Defensivbund alhie in Braunschweig den 4./14. October negstkünftig gegen einander auszuwechseln. Dessen zu Uhrkund ist dieser Recess von anfangs Höchstgedachter Ihrer Cuhrfürst- und Fürstlichen Durchleuchtigkeiten zusammengeschickten Räthen unterschrieben und besiegelt, auch jedwedem Theil ein gleichlautendes Exemplar zugestellet worden. So geschehen Braunschweig den 22. Augusti Ao. 1667.

Heinrich Franz Nicolars.	Friderich von Jena.	Georg Christopf von Hammerstein.
Paul Joachim von Bülau.	Hieronymus von Grapendorff.	Joachim Friderich Söhlen.	Regnerus Badenhausen.

Friedrich v. Jena an den Kurfürsten. D. Braunschweig 23. August/[2. September] 1667.

[Abschluss der neuen Allianz. Mittheilungen des schwedischen Gesandten.]

2. Sept. Nachdem der Präcedenzstreit gestillet, haben sie die engere Zusammensetzung und Defensivallianz vorgenommen und beschlossen, nicht den früheren Recess zu prorogieren, sondern etwas neues aufzurichten, und sie haben sich endlich des beiliegenden defensiven Bündnis verglichen, Kf. wird finden, dass darin dem Burgundischen Werk und den Durchzügen nichts präjudiciert ist. Herzog Johann Friedrich wird diese Allianz wohl annehmen, die Wolffenbüttelschen haben durchaus Moderation ihres Contingents wollen und deswegen nicht unterschrieben, er hofft aber, Herzog Rudolf August werde sich an ihre Minutien nicht kehren und den Recess mit belieben[1]).

Nachdem heute die Nachricht angelangt, Pomponne habe aus Stockholm geschrieben, Schweden habe sich zur Prorogation der Rheinischen Allianz pure erklärt, hat er deswegen mit Böckell[2]) geredet, derselbe meinte, wenn sie gleich die quaestio an pure resolviert hätten, so würden sie doch die Allianz so, wie sie jetzt abgefasst, vermuthlich nicht pure prorogieren, sondern zuförderst wegen des quomodo sich vergleichen und würde wohl Schnolski mit auf des Kf. Gesandte gewiesen werden. Böckell versicherte, zu Hamburg lägen m/500 Rthl. bereit, die Krone kehrte sich aber an nichts und würde so leicht keine Partei nehmen, nach seinen Discursen schien er auch nicht zu improbieren, wenn von dem Kaiser die Niederlande sollten secundiert werden.

- - - - - -

Instruction vor H. Budendach nacher Braunschweig. D. Cöln a. d. Spree 30. Januar/[9. Februar] 1668.

(Conc. F. v. Jena.)

[Eintritt Schwedens in die Allianz. Die Burgundische Sache. Die Rheinische Allianz.]

9. Febr. Er soll die Ratificationen der am 22. August 1667 abgeschlossenen Defensivallianz auswechseln, vorher aber vernehmen, auf welche Weise Schweden für seine Reichslande beizutreten wünsche, ob ein absonderlich Exemplar deshalb zu machen, oder ob es durch einen aparten Recess eintreten wolle. Be-

[1]) Derselbe hat in der That (d. Blankenburg 29. Februar/[10. März] 1668) den Recess ratificiert.

[2]) Hofrath D. Martin Boeckell, der früher in der Wildfangssache (s. Urk. u. Act. XI. S. 594) schwedischer Compromissarius gewesen war. Jena hatte 19./29. Aug. gemeldet, derselbe habe sich als Abgesandter wegen des Herzogthums Bremen eingestellt, sei aber nur ad audiendum et referendum bevollmächtigt, soviel er aus einer Unterredung mit demselben habe penetrieren können, sei Schweden mehr französisch als es gegen v. Crockow merken lasse.

treffend die 4 schwedischen Monita[1]), will Kf. ad 1 geschehen lassen, dass das quantum auf eine geringere Proportion des Anschlags als in der Rheinischen Allianz gesetzt werde, da aber auch Herzog Rudolf August dasselbe begehrt, so wäre billig, dass auch von des Kf. quanto etwas nach Proportion abgenommen werde, sollten aber Cöln, Zelle und Calenberg keine Ermässigung begehren, so hat er es bei dem des Kf. bleiben zu lassen, mit 2 und 3 ist er einverstanden, ad 4 hätten K. Cöln und Schweden sich unter sich zu vereinigen.

Nachdem Herzog Johann Friedrich sich ausdrücklich den Eintritt in dieses Bündnis vorbehalten, so hat er zu vernehmen, auf welche Weise derselbe einzutreten gedenke, und in dieser Angelegenheit ebensowenig wie in der vorigen Schwierigkeiten zu machen.

Sollte etwas von der Burgundischen Sache vorkommen, kann er sich mit Mangel der Instruction entschuldigen, doch anzeigen, dass Kf. die zu Cöln beliebte Mediation[2]) nach Möglichkeit beförderte, dass sein dort gewesener Rath[3]) jetzt wohl in Paris angelangt sein und dass Kf. dem, was etwa von dem Reiche beschlossen werden würde, sich nicht entziehen würde.

Sollte der Rheinischen Allianz und dass Kf. sich zur Prorogierung derselben bereit erklärt[4]), gedacht werden, so kann er gleichfalls berichten, dass er dieses Punktes halber keinen Befehl habe; Kf. hat, nachdem er gesehen, dass ein Theil der Kur- und Fürsten sich dafür erklärt, dann auch Schweden die quaestio an placidiert, dass das Werk also nicht zu hintertreiben und dass auf allen Fall in dem Reich mehr Trennungen zu befahren, sich auch wegen der Prorogation herausgelassen, doch dass man über die puncta und Artikel sich zuvor unterrede und dass nichts pacisciert werde, was dem Reich nachtheilig und präjudicierlich sein könnte.

---

[1]) Kf. hatte an Wrangel (d. Cöln a. d. Spr. 23. October/[2. November] 1667) geschrieben, da er von dem an seinem Hofe befindlichen schwedischen Residenten erfahren, dass Schweden geneigt sei, in die zu Braunschweig abgeschlossene Defensivallianz einzutreten, wenn nur zuvor eine anderweitige Zusammenkunft gehalten und die schwedischen Erinnerungen vernommen würden, so habe er die Abhaltung einer neuen Zusammenkunft zu Braunschweig am 28. November vorgeschlagen, und ihn ersucht zu bewirken, dass dieselbe schwedischerseits beschickt werde. Nachdem Wrangel (d. Hamburg 7./[17.] November 1667) dieses zugesagt und die schwedischen Erinnerungen eingeschickt, aber gebeten hatte, den Termin später anzusetzen, hatte Kf. deswegen an K. Cöln und die anderen Theilnehmer geschrieben und war auf seinen Vorschlag der 10./20. Februar 1668 festgesetzt worden. Die schwedischen Erinnerungen s. bei Köcher I. S. 583f.

[2]) S. unten Abschn. 6.

[3]) Joh. de Beyer.

[4]) S. Urk. u. Act. XI. S. 478f.

Johann Budendach an den Kurfürsten. D. Braunschweig 14./[24.] Februar 1668.

[Präcedenzstreit. Erklärung des schwedischen Gesandten.]

24. Febr. Er ist am 9. Abends hier angekommen, da aber der Cölnische[1]) erst am 10. und der Schwedische[2]) am 11. angekommen, so ist man erst am 12. Morgens 9 Uhr auf dem Rathhause zusammengekommen. Dort hätte, weil der Präcedenzstreit zwischen Osnabrück und Calenberg in perpetuum verglichen, der Anfang zur Conferenz gemacht werden können, wenn nicht der Cellische Grossvogt v. Grapendorf, als diesmaliger Osnabrückscher Gesandter, dem Schwedischen die Präcedenz streitig gemacht und so einen Streit verursacht hätte, der bis jetzt nicht geschlichtet ist. Die Braunschweigischen haben alle nach Hofe referiert und erwarten Resolution, der Schwedische erklärt, noch bis Montag warten zu wollen, ob ein Temperament beliebt würde, sonst sich mit dem K. Cölnischen über die beiden letzten Punkte vollends zu vergleichen, solches denen, die sich bereits zu diesem Verbündnis obligat gemacht, zu notificieren, sie zu ersuchen, über die beiden ersten Punkte ohne seine Gegenwart zu conferieren und ihn mit Resolution zu versehen.

Recess über den Beitritt Schwedens zu der engeren Vereinigung zwischen K. Cöln, K. Brandenburg, den braunschweigischen Herzogen und Hessen-Cassel. D. Braunschweig 20. Februar/1. März 1668.

1. März. Zu wissen sei hiermit, dass, als einige Cuhr- und Fürsten des Heiligen Römischen Reichs, benanntlich der Herren Cuhrfürsten zu Cölln und Brandenburg Churf. Durchl., sodann des Herrn Bischoffen zu Ossnabrüg und Herrn Georg Wilhelm wie auch Herrn Rudolph Augusti Herzogen zu Braunschweig und Lüneburg imgleichen der Frau Landgräfin und Regentin zu Hessen-Cassell Fürstl. Durchl. die jetzigen gefährlichen Conjuncturen beherziget und ihre sorgsame Gedanken dahin gerichtet, welchergestalt sie ihre ihnen von Gott anvertraute Land und Leute für unbilliger Gewalt schützen und bei Fried und Ruh erhalten könnten, und zu tahnem Ende durch ihre gevollmächtigte Räthe und Gesandten am 22. Augusti des negstabgelaufenen 1667ten Jahres sich einer Defensionsvereinigung und engern Verbündnus verglichen, dieselbe auch in einem beständigen Recess verfasset, so von Wort zu Wort lautet wie folget:

Als der Herren etc.[3])

---

[1]) Der Vicekanzler Nicolars.
[2]) Der bremische Regierungsrath v. Marschall.
[3]) S. oben S. 157 ff.

Und dann Ihre Königl. May. in Schweden, als Herzog zu Bremen, Vehrden, Stetin und Pommern, Fürst zu Rügen und Herr zu Wissmar auf beschehene Veranlassung sich durch dero anhero abgesandten Jürgen Marschalck erkläret, dass Sie zu Bezeugung dero zu Beförder- und Erhaltung beständiger Ruhe, Fried und Wohlstand im Heil. Röm. Reiche, absonderlich aber dieser benachbarten Landen gerichteten Intention wegen dero Teutschen Provincen in diese engere Verein mit einzutreten geneigt wären und wegen aller dero im Römischen Reich belegenen Herzog-, Fürstenthümer und Lande vierhundert zu Ross und achthundert zu Fuss offeriret, solches auch von denen sämtlichen Alliirten acceptiret und angenommen, dabei auch ferner verabscheidet worden, dass hinfüro ohne expressen Consens aller und jeder Confoederirten und in specie auch Ihrer Königl. May. in Schweden niemand in dieses foedus gezogen und aufgenommen werden solle, so sind darauf Ihre Königl. May. wegen aller dero im Heil. Römischen Reich belegenen Herzog-, Fürstenthümer und Landen in obbenannte Verfassung und Allianz mitgetreten und gebührend eingenommen, und haben sich allerseits dahin verbunden, wie sie auch kraft dieses sich verbinden und anheissig machen, dass sie einander nicht anders, als wären Ihre Königl. May. von Anfang in solche Verein und Verbündnus mit begriffen gewesen, von nun an assistiren und, wie es in oberwähntem Recess enthalten, die mutuelle Hülfe treulich leisten wollen, gestalt sie dann auch allerseits versprochen, Ihrer gnädigsten Herren Principalen Ratification über diesen Accessionsrecess innerhalb zween Monaten beizuschaffen. Alles getreulich ohne Gefährde. Uhrkundlich dero anwesenden Abgesandten Unterschrift und aufgetruckten Petschaften. Geschehen Braunschweig den 20. Februar/1. Martii 1668.

Henrich Franss Nicolartz. Jürgen Marschallck.
Johan Butendach.
Hieronymus von Grapendorf.
Heinrich Dieterichs.
Joachim Friedrich Sohlen.
Regnerus Badenhausen.

Nebenrecess.

Zu wissen sei hiermit, dass, als Ihr Königl. May. zu Schweden wegen dero im Heil. Römischen Reich belegenen Herzogthümer und Landen der im Jahr 1667 den 22. Augusti hierselbst errichteter Defensivallianz zugetreten, dabei aber einige reservationes Ihre Cuhrf. Durchl. zu Cölln betreffende vorhero anzeigen lassen, welche darin bestehen, dass Se. May. die Eventualfeindschaft zwischen Ihr Cuhrf. Durchl. zu Cölln und des Herrn Bischoffen zu Münster Fr. Gnd. ratione der Coadjutorwahl zu Münster excipiret, auch wegen dero Länder Lüttich, Stablo und Berchtesgaden Ihr Königl. May. zu keiner Assistenz obligiret werden möchten, und dann selbige dahin vereinbaret, dass zwarn Ihr Königl. May. sich deme nicht zu entziehen begehren, worzu sie vermöge dieses foederis sonsten verbunden. Wann aber dieselbe Bedenken ge-

tragen, im fall wegen berührter Coadjutoreywahl eine unverhoffte Feindschaft zwischen Ihrer Cuhrf. Durchl. zu Cölln und Ihr Fürstl. Gnd. zu Münster entstehen sollte, sich einigermaassen diesertheilen Streits theilhaftig zu machen, als ist der casus davon excipiret und ausgenommen worden, Ihrer Cuhrf. Durchl. Lande Lüttich, Stablo und Berchtesgaden halber vorgebrachte Reservation betreffende, auch dahin verabredet, dass Ihr Königl. May. zu deren Defension nicht verbunden, hergegen auch Ihre Cuhrf. Durchl. wegen deroselben im Heil. Römischen Reich situirter Länder ferner nicht als die im Westpfälischen und Niedersächsischen Craysen belegen zu assistiren obligirt sein sollen. Der Craysen Hülfe bleibt aber vermöge deren Schlusse in ihren Kräften. Welches allerseits auf gnädigste Ratification der hohen Herren Principalen, so innerhalb zween Monaten einzubringen, acceptiret und genehm gehalten worden. —

Geschehen Braunschweig den 20. Febr./1. Martii 1668.

Johann Budendach an den Kurfürsten. D. Braunschweig 21. Februar/[2. März] 1668.

[Auswechslung der Ratificationen. Beitritt Schwedens.]

2. März. Gestern Abend gar spät sind[1]) die Ratificationen ausgewechselt, Schweden wegen seiner im Reich gelegenen Lande in dieses foedus gegen 400 z. R. und 800 z. F. miteingenommen und betreffend die beiden letzten Monita ein absonderlicher Nebenrecess zwischen den K. Cölnischen und Bremischen aufgerichtet, aber von allen Anwesenden unterschrieben worden; um diese Endschaft zu befördern, ist das bei der vorigen Conferenz gutgefundene Temperament zwischen Osnabrück und Calenberg adhibiert worden.

Calenberg begehrte, K. Mainz in dieses Bündnis mit einzunehmen, worin demselben K. Cöln und Hessen-Cassel assistierten. von den übrigen aber wurde es wegen mangelnder Instruction nur ad referendum angenommen, von denselben, namentlich den Calenbergischen, wurde hierunter fernere, wie auch von Schweden die Erklärung bedungen, ob dasselbe nicht in dieses foedus ohne Exception einiger Lande mit eintreten möchte; bis solches erfolget, haben die Calenbergischen Gesandten, welche sich sonst auf die quaestio an pure erklärt, ihrem Fürsten die freie Hand, sich in diese Allianz mit einzulassen oder daraus zu bleiben, reserviert[2]).

[1]) Vgl. Köcher I. S. 586f.

[2]) Ueber das Zurücktreten desselben s. Köcher I. S. 587.

e. Gesandtschaft v. Crockows in Stockholm 1666—1668.

L. G. v. Crockow an den Kurfürsten. D. Stockholm 9./[19.] Mai 1666.

[Der Friede mit Münster. Rautenstein. Ankunft eines Abgesandten Lubomirski's.]

An den Abschluss des Münsterschen Friedens[1]) hat man hier bis zur letzten Stunde nicht glauben wollen, man bezeugt grosse Freude darüber, dass Kf. die Ehre gehabt, dieses Werk zu heben, kann aber den Widerwillen[2]) nicht verbergen, welchen dieser Frieden hier erregt, da man glaubt, dass Holland dadurch muthiger und difficiler gemacht werde, ihnen Satisfaction zu geben. Der Pfalz-Neuburgische Gesandte Rautenstein[3]) ist abgereist, er ist die ganze Zeit hier so krank gewesen, dass er weder beim Könige noch bei sonst jemand von der Regierung, ausser dem R. Vicekanzler, Audienz gehabt hat. Neulich ist ein polnischer Edelmann[4]) hier angelangt, welcher auch draussen bei dem R. Feldherrn gewesen ist, ohne Zweifel um für Lubomirski zu negotiieren, Näheres hat er noch nicht erfahren können, da man hier, nachdem auf die wegen der polnischen Sache gemachten Eröffnungen[5]) noch keine Antwort erfolgt ist, sich auch gegen ihn nicht herauslässt. 19. Mai.

---

v. Crockow an den Kurfürsten. D. Stockholm 23. Mai/[2. Juni] 1666.

[Der Abgesandte Lubomirski's. Argwohn Schwedens wegen der Quadrupelallianz. Wunsch mit Kf. zusammenzugehen.]

Wladislaus Los, der Abgesandte Lubomirski's[6]), ist noch hier, seine 2. Juni.

---

[1]) Der zu Cleve am 8./18. April 1666 abgeschlossene Friede, s. Urk. u. Act. XI. S. 720.

[2]) Vgl. Mém. de Pomponne II. S. 127.

[3]) Die Ankunft desselben hatte er schon am 31. März (Urk. u. Act. IX. S. 818) gemeldet. Am 25. April berichtet er, R. scheine nur beauftragt zu sein, ein foedus pro securitate domus Palatinae vorzuschlagen, woraus aber nichts geworden sei, da Schweden sich scheue in Deutschland den Argwohn res novas moliendi zu erregen. R. habe auch einen Anwurf wegen Erhandlung der Praetension des schwedischen Königs auf die Jülichschen Lande gemacht, worauf man sich aber bei des Königs Minderjährigkeit nicht einlassen wolle; auch de rebus polonicis werde er wohl etwas erwähnt haben, doch werde Schweden dabei nur per amicabilia officia etwas thun.

[4]) Wladislaus Los, s. unten.

[5]) S. Urk. u. Act. IX. S. 819.

[6]) Vgl. Mém. de Pomponne II. S. 141 ff. und unten Abschn. III. Hackebergs Relation vom 20. Juli 1666.

vornehmste Verrichtung soll sein zu sondieren, ob Schweden, wie der polnische Hof ausspreng, eine Allianz mit Frankreich habe, durch welche es verpflichtet sei, dem polnischen Hof zu Erreichung seiner Intention zu assistieren, was für Sentimente Schweden des polnischen Wesens halber führe und ob es sowohl freie Hände als auch Zuneigung habe, libertatem Poloniae maintenieren zu helfen. Er hat nur von Lubomirski ein Creditiv, doch wird gar fleissig mit ihm conferiert, obwohl er selbst und auch die schwedischen Ministri vorgeben, dass er nur als privatus hier sei, um die französischen Gesandten nicht zu sehr zu irritieren. Die schwedischen Ministri wünschen des Kf. Sentimente in der polnischen Sache zu erfahren und bei den gleichen Interessen mit ihm de concert zu gehen.

Sonsten hat man alhie nicht ohne Jalousie — vernommen die Alliance, welche[1]) zwischen E. Ch. D., der Kron Dänemark, Holland. Lüneburg und Hessen-Cassel obhanden, sie halten dafür, dass selbige Allianz blos und allein getroffen werde en faveur des Königs in Dänemark und der Stadt Bremen wider Schweden und wegen der unnöthigen Ombrage, die man gefasset hätte, als wann Schweden Desseins hätte, selbige mit Krieg anzugreifen. H. Kley[2]) hat anhero referieret, dass E. Ch. D. wegen der Stadt Bremen ihm zur Antwort gegeben, dass die Reichsimmedietät betreffend I. K. M. Praetensiones allerdings fundiret wären, das jus praesidii anlangend hoffeten E. Ch. D., dass I. K. M. darauf nicht bestehen würden, könnten auch I. K. M. darin nicht assistiren, die übrige Torte, die I. K. M. von der Stadt Bremen gelitten, wollten E. Ch. D. sich selber dahin bemühen, dass I. K. M. deshalben Satisfaction bekommen möchten, womit man hier ganz und gar satisfait ist. Man hat mir zum öftern, jedoch en forme de discours gesaget, dass, wann E. Ch. D. der Kron Schweden assistiren wollten, Bremen zu zwingen, Schweden E. Ch. D. hinwiederumb helfen wollte, Magdeburg zum Gehorsam zu bringen. —

Der Kurfürst an v. Crockow. D. Cleff 29. Mai/8. Juni 1666.

[Die polnische Angelegenheit. Kf. wünscht sich mit Schweden zur Unterstützung Pfalz-Neuburgs zu vereinigen. Der bevorstehende Vergleich mit Pfalz-Neuburg. Das Unternehmen gegen Magdeburg.]

8. Juni. — Nachdem die Sachen in Polen sich je länger je gefährlicher anlassen und der Hof das Wahlnegotium quovis modo zu befördern und die Kron auf einen französischen Prinzen zu bringen — sich äusserst be-

[1]) Die Quadrupelallianz, s. oben S. 124ff.; Mém. de Pomponne II. S. 157.
[2]) S. oben S. 81.

mühet, zu Erreichung solchen Zwecks auch den Kronmarschall Lubomirsky aufs heftigste verfolget und sowohl denselben als alle andere Patrioten, welche für die Freiheit der Republik sprechen und diese Proceduren nicht approbiren — wollen, zu ruiniren und zu unterdrücken suchet, und wir uns dann hiebei zurück erinnern, dass man von dieser Sache — mit euch ein und anders geredet[1]), auch sich zu vertraulicher Communication gegen uns erboten und dabei zu wissen begehret, wohin etwa unsere Gedanken zielen und wem mir hernächst die Kron am liebsten gönnen möchten, mit fernerm Anhang, dass man daselbsten auf des H. Pfalzgrafen zu Neuburg Ld. grosse Reflection machte — als befehlen wir euch gn., dass ihr euch zuvorderst fleissig und sorgfältig erkundiget, ob man in solcher Intention annoch beständig verharre. Wofern ihr nun dessen genugsam versichert sein werdet, so hättet ihr ihnen zu vernehmen zu geben, dass — wir der Sache fleissig nachgedacht und, wofern es der Kron ein Ernst wäre, uns darin mit derselben gänzlich zu conformiren gedächten, und weil man für Augen siehet, dass der Hof und Frankreich keinen andern Zweck hat, als obgedachtermaassen einen zur Kron contra statuta et libertatem regni zu befördern und solches zu höchstem der Kron Schweden und unserm Nachtheil, anerwogen man sich beiderseits leichtlich die Rechnung machen könnte, was die Nachbarn von einem König, der auf solche Weise zur Kron gekommen und ein so mächtiges Reich unter seine absolute Gewalt gebracht, zu gewarten haben würden, desswegen man sich allerseits äusserst dahin zu bearbeiten, dass die Republik bei ihrer Freiheit conserviret werden müge, gleichwohl aber die Sache nicht länger in dem jetzigen Stande verbleiben und, wenn man länger dabei still sitzen sollte, in mora periculum sein mochte, zumahlen es anitzo nach zerschlagenem Reichstage alles auf die Extremitäten anzukommen schiene. Solchem nach verlangten wir von der Kron zu vernehmen, was sie bei so gestalteten Sachen am — diensambsten erachteten und ob sie nicht dafür hielten, dass man zu Abschneidung aller Machinationen — besser thun werde, die Wahl zu befordern und des H. Pfalzgrafen Person dabei zu recommendiren, auch wenn die ordentliche Wahl auf dieselbe gefallen, solche zum Effect und endlicher Vollenziehung bringen zu helfen, und auf was Weise und Wege dieses alles zu concertiren, ob und was etwan von diesem negotio mit I. Kais. M. (welche gleichmässiges Interesse bei dieser Sache hätten) zu communiciren, wie man mit Lubomirsky zu

[1]) S. Urk. u. Act. IX. S. 819, vgl. oben S. 167.

handeln und welchergestalt derselbe dahin zu disponiren, dass er dieses Dessein approbire und befordern helfe, auch ob und wie man demselben zu assistiren, damit er vom Hof neben den andern, welche für die Freiheit der Republik annoch arbeiten, nicht gar unterdrücket werde? Wann uns nun von allen diesen Sachen der Kron Intention und Consilia im Vertrauen eröffnet wurden, wollten wir uns nicht allein denselben gern conformiren, sondern auch, wann es gut gefunden werden sollte, darüber uns in einen Tractat mit derselben einlassen und unseres Orts alles nach Müglichkeit befordern und zum Effect bringen helfen. Wir wären anitzo im Werk begriffen[1]), mit des H. Pfalzgrafen Ld. wegen der Jülischen Sache und insonderheit wegen des Religionwesens in diesen Landen und des Westphälischen Kreisdirectorii halber uns in der Güte, jedoch absque praejudicio tertii, zu vergleichen, damit diese Differentien bei dem andern Werk kein obstaculum sein oder solches einigermaassen hindern möchten, wir hofften auch hierin innerhalb weinig Tagen zur Richtigkeit zu gelangen, und wollten alsdann die Kron niemand lieber als diesem aus dem Hause Pfalz entsprossenen Herrn gönnen, und zugleich mit der Kron Schweden alle dienliche officia bei der Republicq anwenden, umb die Wahl auf seine Person zu bringen.

Ihr müsset aber dieses alles mit höchster Behutsamkeit menagiren, — wie ihr dann auch dasjenige, was wir vom Vergleich mit des H. Pfalzgrafen Ld. erwähnet, wohl zu menagiren, weil es vielleicht aldorten, wegen ihrer auf die Jülische Succession habender Prätension nicht angenehm sein und sie diesen Vergleich nicht gern sehen mochten. —

9. Juni. P. S. D. Cleff 9. Juni 1666. Auch werdet ihr aus unserer Geh. Räthe, des von Platen und Jena Schreiben[2]) mit mehrerm ersehen haben, was wir wegen der Stadt Magdeburg für Resolution genommen und warumb wir unsere Armee derends hin marschiren lassen, wornach ihr euch dann gehorsambst zu achten.

L. G. v. Crockow an den Kurfürsten. D. 2./[12.] Juni 1666.

[Verhandlungen Schwedens mit Frankreich und Holland. Unzufriedenheit über die Quadrupelallianz. K. mainzische Gesandtschaft.]

12. Juni. Die Verhandlungen der Schweden mit den holländischen und französischen Ministris sind noch nicht zum Ziele gekommen, doch scheint es, dass Schweden,

[1]) S. Urk. u. Act. XI. S. 731 ff.
[2]) S. oben S. 16 f.

weil es einsieht, gegen Holland und Dänemark nichts tentieren zu können, suchen wird, sich von der englischen Allianz abzuziehen und, um dazu einen Prätext zu haben und zugleich um mit Reputation aus dem Bremischen Handel zu kommen, Miene machen wird, mit Moscau[1]) etwas anzufangen. Die projectierte Allianz des Kf. mit Dänemark, Holland und dem Hause Lüneburg macht hier so grosse Ombrage, dass sie es weder gegen ihn noch gegen den Lüneburgischen Abgesandten dissimulieren können, sie glauben, dass das ganze Werk direct gegen Schweden gerichtet sei, beschweren sich sehr, dass dadurch Holland und Bremen in ihrer Opiniatretät, ihnen Satisfaction zu geben, gestärkt werden. Es ergiebt sich ganz klar aus ihren Discursen, dass es ihnen missfällt, dass die evangelischen Stände im Reich ein Verbündnis machen, von welchem sie die Direction nicht haben, und in solche Postur sich setzen, dass sie sich selber schützen können. Eine K. mainzische Gesandtschaft, der Baron v. Schönborn und Truchsess v. Wetzhausen, ist hier angelangt, sie haben ihm gesagt, ihr Anbringen bestände nur darin, den König zu ersuchen, dass er das Compromiss[2]) wegen des Streites mit K. Pfalz auf sich nehme.

L. G. v. Crockow an den Kurfürsten. D. Stockholm 10./[20.] Juni 1666.

[Auswechslung der Ratificationen. Friedliche Erklärungen des Reichskanzlers. Die Resolution an den Abgesandten Lubomirski's.]

Die Auswechslung der Ratificationen des Allianztractats[3]) wird in den nächsten Tagen erfolgen. Der Reichskanzler bezeugt wegen des nunmehr gänzlich vollendeten Tractats ein sonderbares Vergnügen, wegen des holländischen und dänischen Wesens hat sich derselbe ihm gegenüber ganz ähnlich erklärt, wie er schon neulich berichtet[4]), dass der drohende Krieg mit Moscau sie der Nothwendigkeit überheben werde, sich in das Werk zwischen Holland und England einzumischen, von dem Bremischen Wesen redete er so, dass der König zum höchsten wünsche, amicabili via das Werk zu heben, und zu solchem Ende des Kf. gute officia sich promittiere, er bat ihn, express zu referieren, dass der König zwar keine formelle Mediation admittieren könne, dennoch aber gern sehen wollte, dass Kf. durch seine Ministros oder quavis alia ratione seine Officia interponierte, damit der König sine strepitu armorum die Sache heben könnte. Wegen der Pfälzischen und Mainzischen Streitigkeit sagte er, der König werde zwar von K. Pfalz angereizt, das Interesse des Hauses armis maintenieren zu helfen, er werde sich aber bemühen, die Sache in der Güte beizulegen. Lubomirski's Abgesandter[5]) ist wieder abgereist; 20. Juni.

[1]) S. Mém. de Pomponne II. S. 149ff.
[2]) S. Urk. u. Act. XI. S. 593.
[3]) Der Allianz vom 27. März 1666 s. Urk. u. Act. IX. S. 819.
[4]) S. oben.
[5]) S. oben S. 167.

er hat eine Resolution aus der Kanzlei bekommen, welche, wie man ihm berichtet, nur generale Contestationen enthält, der König wolle sich bemühen, salutem et quietem Poloniae zu befördern.

L. G. v. Crockow an den Kurfürsten. D. Stockholm 23. Juni/[3. Juli] 1666.

[auf das Rescript vom 29. Mai/8. Juni. Verhandlungen wegen der polnischen Angelegenheit. Günstige Erklärungen des Reichskanzlers. Die Bremische Angelegenheit.]

3. Juli. — Ob ich gleich versichert war sowohl aus der Schwedischen Ministren als der Französischen Ambassadeurs Discursen, dass man allhie noch stets in der vorigen Intention beruhet, habe ich jedennoch zu mehrer Precaution diesen modum agendi gebrauchet, dass ich in den Conferenzen, welche ich bereits mit dem H. R. Kanzler und H. Biörenklow darüber gehabt, nicht mehr als dieses vorgebracht, dass Ew. Ch. D. mit grossem Vergnügen aus meinen Relationen ersehen, dass I. Kön. M. die Sachen in Polen so wohl erwogen und so heilsame consilia dabei führen. Und da sie darauf alsofort — erweisen wollten, dass solche ihre Intention dem gemeinen Besten gemäss, fuhr ich weiter fort und declarirte, dass Ew. Ch. D. eben dieselbe Sentimente hätte, that auch diese Ursach dazu, dass, wenn ein König durch Oesterreichische oder Französische Faveur zu der Krone käme, wie es den Evangelischen in Polen gehen würde — contestirte dabei, dass Ew. Ch. D. pro communi causa ihre consilia mit der Kron Schweden Ambassade consociiren wollten. Da dann — der R. Kanzler — weitergegangen und selber vorgeschlagen remedium malorum praesentium electionem novi regis, und da ich darauf gesaget, dass Ew. Ch. D. auch dieselbe Meinung hätten, fragten alsofort Ihre Exc., wie E. Ch. D. mit Pfalz-Neuburg stünden und ob nicht der vorhabende Tractat seine Endschaft gewonnen und ob nicht Ew. Ch. D. die Kron Polen Pfalz-Neuburg gönnen wollten. Das erste und andere betreffend sagte ich, E. Ch. D. stünden mit Pfalz-Neuburg in guter Correspondenz und wären die Differenzen leicht beizulegen, wobei ich dann ebensowenig als sonst aus anderen Umständen und Discursen observiren können, dass die Kron das Interesse, welches I. Kön. M. Haus bei dem Vergleich hat, sich sehr hoch angelegen sein lassen, und als ich sowohl dieses letztere als auch weiter bloss discursive gedachte, dass Pfalz-Neuburg sowohl wegen seiner Meriten die Kron meritiret, als auch sonst weder den Ständen in Polen noch den Nachbarn solche considerationes gebe, als die andern Candidati,

antworteten I. Exc.: Je souhaitterois fort, que vous puissiez dire cela par ordre, und fügten noch dieses dabei, dass Pfalz-Neuburg würde wohl bei Antretung als Continuation dero Regierung dankbar sein, versprachen dabei, dass, nachdem sie solches I. K. M. vorgetragen, weiter mit mir daraus zu reden, dabei ichs also für das erste Mal bewenden liess. Dem H. R. Truchsess und dem H. R. Admiral[1]) habe ich auch einige ouverture davon gethan, welche, gleichwohl sie alle zu selbem Werk incliniren, also sagen sie hingegen einmüthig, dass I. K. M. sich in nichts engagiren können, ehe sie mit Bremen richtig wären, sie begehrten nichts als die Aufhebung der Immedietät, Ew. Ch. D. könnten ihr gar leicht mit der Stadt zu rechte helfen und würden I. K. M. dadurch freie Hände machen, das gemeine Interesse desto kräftiger in Acht zu nehmen. Es gehen bei heutiger Post desswegen Schreiben ab an Ew. Ch. D.[2]) und das ganze Haus Lüneburg[3]), und sagte mir der H. R.-Kanzler, dass der H. R. Feldherr der Stadt mit mehrerm Ernst zusprechen würde. Ich habe ihnen darauf geantwortet, es wäre solches eine Sache, die dem ganzen Reiche anginge, Ew. Ch. D. könnten für sich selber nichts dabei statuiren, auch nicht mehr als gute officia beitragen. —

L. G. v. Crockow an den Kurfürsten. D. Stockholm 27. Juni/[7. Juli] 1666.

[Der Reichskanzler wünscht Abschluss eines Vertrages wegen der Wahl Pfalz-Neuburgs. Der glückliche Ausgang des Unternehmens gegen Magdeburg.]

Graf de la Gardie wünscht, dass Kf. mit dem Könige wegen der Wahl Pfalz-Neuburgs einen Tractat aufrichte und dass Cr. sich dazu Vollmacht verschaffe, zum Commissar ist Berenklau allein ernannt worden, welches bei geheimen, importanten und angenehmen Sachen zu geschehen pflegt. Doch scheint der Reichskanzler zu fürchten, dass es dem Kf. nicht ein rechter Ernst sei und dass derselbe vielleicht später die Partei des Hofes nehmen möchte, es wäre daher gut, wenn Kf. deswegen generaliter an Wrangel schriebe und denselben ersuchte, dieses negotium hier zu recommendieren. 7. Juli.

[1]) Gustav Bonde und G. O. Stenbock.

[2]) d. Stockholm 23. Juni 1666, darin zeigt die schwedische Regentschaft an, dass sie wegen der fortgesetzten Insolenz Bremens sich genöthigt sehe, der Stadt etwas näher zu treten und sie zunächst in ihren Mauern einzusperren, und ersucht den Kf., nachdem er oft seine Cooperation angeboten, um die Stadt zur Gebühr zu vermögen, sich deswegen zu bemühen und darüber mit Wrangel vertraulich zu correspondieren.

[3]) S. Köcher I. S. 471.

Die Magdeburgische Sache betreffend, habe ich Ew. Ch. Durchl. gnädigsten Befehl in einem Rescripto vom 9. Juni und des H. von Plate und H. von Jehna Schreiben und Instruction de dato Halberstadt vom 22. Maji den 20. Juni und zugleich auch bei selbiger Post von Hamburg die Nachricht erhalten, dass die Sache gänzlich gehoben. — Ich habe demnach an gebührenden Orten angebracht, dass E. Ch. D. nicht hätten unterlassen wollen, I. K. Maj. der guten Freundschaft und Vertraulichkeit nach solches dessein und alle dabei führende Intentionen zu notificiren, welches ich dann nicht würde unterlassen haben, wann das Schreiben zu rechte kommen wäre, gebührend abzulegen. Der höchste Gott verleihe Ew. Ch. D. ferner solches Glück, dass man den Anfang und glückliche Vollziehung dero desseine zugleich bei einer Post erfahre. Ich kann nicht anders von hier berichten, als dass sie sowohl wie das Gerüchte lief, dass E. Ch. D. solches entrepreniren wollten, als auch nachmals, da man den Ausschlag der Sachen erfahren und ich solches — notificiret, Ew. Ch. D. dazu viel Glücks gewünschet, sie haben gar hoch contestiret, dass Ihre Kön. Maj. solches nicht anders als gern hören könnten, als eine Sache, welche Ihrer Kön. Maj. zu keinem Schaden, Ew. Ch. D. aber zum Vortheil gereichete. Zwar da [sic!] leicht zu ermessen, dass sie gerne, dass dergleichen Städte, als welche in Kriegszeiten ihnen nützlich sein können, ohne Garnison blieben, aber gleichwohl haben sie sich nicht das geringste merken lassen, da sie doch noch anizo wegen Erfurt übel zufrieden sein, solches auch gegen die Chur-Maintzische Abgesandte nicht verborgen. —

L. G. v. Crockow an den Kurfürsten. D. Stockholm 11./[21.] Juli 1666.

[Schweden nimmt die Vermittlung des Kf. und der braunschweigischen Herzoge an, ist bereit, der Quadrupelallianz beizutreten.]

21. Juli. Der Reichscommission[1]) will man sich hier zwar nicht entziehen, lässt aber wohl merken, dass man dieselbe nicht gern sieht, dagegen ist man über den Vorschlag des Kf.[2]) sehr erfreut, der R. Kanzler bekannte selbst, dass Kf.

[1]) S. oben S. 83. Kf. hatte v. Cr. (d. Cleve 9./19. Juni 1666) beauftragt anzuzeigen, dass ihm diese Commission mit übertragen sei.

[2]) Kf. hatte 3. Juli v. Crockow die dem bremischen Abgesandten Eden ertheilte Resolution (sie liegt den Acten nicht bei, ihr Inhalt aber ergiebt sich aus dem Schreiben von demselben Tage an Wrangel oben S. 83) zugeschickt und ihn beauftragt, dieselbe der schwedischen Regierung mitzutheilen und sich zu bemühen,

in der That der Krone Bestes suche. Doch hat er auf seine Bitten wegen Einstellung der Thätlichkeiten nur die Zusage erhalten, dass Wrangel die Stadt nicht attaquieren würde, die Blokade könnte nicht aufgehoben werden, der König werde aber bei den Tractaten zeigen, dass er eine gütliche Composition wünsche, Kf. und das Haus Lüneburg möchten die Mediation antreten.

Gestern hat ihm der R. Kanzler gesagt, sein König wolle in die neulich von Holland projectierte Allianz eintreten, wenn nur dieselbe nicht direct gegen England gerichtet und Schweden gegen Dänemark garantiert würde. Als Cr. seine Verwunderung über diese schleunige Mutation zu erkennen gab, äusserte er, der König wisse zwar, dass das Absehen dieser Allianz ursprünglich vornehmlich gegen Schweden gerichtet gewesen sei, nachdem er aber mit Bremen durch des Kf. Zuthun in der Güte zurecht zu kommen hoffe, andererseits auch der Welt genugsam zu erkennen gegeben habe, dass er nichts Feindliches gegen Dänemark vorhabe, so meine er, dass auch die sämmtlichen Contrahenten nur noch rationem pacis et quietis publicae suchen würden, wozu er sich gern mit verbinden wolle. Cr. glaubt aber, dass die holländische Victoria[1]) zu dieser Resolution viel contribuiert habe.

L. G. v. Crockow an den Kurfürsten. D. Stockholm 18./[28.] Juli 1666.

[Auswechslung der Ratificationen. Project eines Tractats wegen der polnischen Wahl.]

Gestern sind die Ratificationen ausgewechselt worden, alle schwedischen 28. Juli.
Minister bezeugen über die Vollziehung dieses Tractats grosse Freude.

Die polnische Sache hat sich bisher daran gestossen, dass man noch immer gegen Kf. Verdacht hegte und dass de la Gardie im Gegensatz zu Biörnklou und Cr. meinte, das Dessein müsste auch Frankreich mitgetheilt, und versucht werden, dasselbe dafür zu gewinnen. Doch ist er endlich selbst anderer Meinung geworden, Cr. hat darauf fleissig auf das Project gedrungen und, nachdem die von Pfalz-Neuburg eingekommenen Nachrichten alle suspiciones benommen, ist ihm ein solches zugestellt worden, welches aber nur dazu dienen soll, vor aller Welt die Intention zu rechtfertigen. Das Dessein selbst soll in einem Articulo oder Tractatu secreto weiter concertiert werden, darin soll gehandelt werden: 1) de certa candidati persona, 2) de modo recommendandi illam sowohl bei dem Könige und den Ständen cujusque factionis in Polen als auch bei dem Kaiser und dem Könige von Frankreich, 3) de modo promovendi et manutenendi illam, si legitime a republica eligatur repugnantibus tantum aliquibus factiosis et alicui illegitime procedenti candidato adhaerentibus idque 1) officiis amicabilibus et reconciliatoriis, 2) auxiliis mittendis pro legitime electo, 3) wann es nöthig und die Republik es begehrte, efficaciore succurrere

dass seine Vermittlung angenommen und inzwischen die Stadt mit Thätlichkeiten verschont werde.

[1]) Die Seeschlacht vom 11.—14. Juni 1666, s. oben S. 129.

ei modo. Wenn Cr. Vollmacht und Instruction hierzu erhielte[1]), würde man sich darüber gar bald und leicht vergleichen.

Der Kurfürst an v. Crockow. D. Cleff 8. September 1666.

[auf die Relation vom 18./[28.] Juli. Bedenken gegen den schwedischen Vorschlag, Pfalz-Neuburgs Wahl offen dem Könige von Polen und der Republik, sowie dem Kaiser zu recommendieren. Dem König von Frankreich zu machende Eröffnungen. Bericht v. Hoverbecks.]

8. Sept. — Nun haben wir zwar bei dem entworfenen Project kein Bedenken, weil sich aber inmittelst die Conjuncturen und der Zustand in Polen sehr geändert, so müsste unsres Ermessens auch der Vergleich in etwas geändert und dergestalt eingerichtet werden, dass er auf die jetzigen Zeiten zu appliciren stünde. Was den Tractatum secretum betrifft, da ist euch über alle puncta unsere Intention — bekannt, gestalt euch dann anfänglich nicht unbewusst, wohin unsere Gedanken ratione personae zielen. Ob und welchergestalt dieselbe bei dem Könige zu recommendiren, darin müssen wir noch zur Zeit sehr anstehen und zweifeln, ob dergleichen Recommendation ihm einigen Nutzen oder Vortheil schaffen würde, jedoch könnte der König auch wohl endlich des Handels müde werden oder sonsten durch einige Veränderung auf die Gedanken gerathen, dass er von Beförderung eines französischen Subjecti zur Kron abstünde, welchenfalls ihm wohl verschiedene Ursachen fürgestellet werden könnten, warumb er billig des H. Pfalzgrafen Person für andern zur Succession zu recommendiren. Jedoch wollen wir Ihr. K. M. Meinung hierin vernehmen und uns damit gern vereinigen. Bei der Republik und denen Ständen öffentlich die Person zu recommendiren möchte sich bei den jetzigen Conjuncturen und da man wider die Wahl ein so hartes Gesetz[2]) vom neuen bei dem jüngsten Vergleich gemacht, auch nicht allerdings schicken, inmittels haben wir unserm Hoverbeck gnädigst befohlen[3]), unter der Hand dieses negotium ein und andern Orts zu befördern, welches I. K. M. dero Abgesandten in Polen auch ausser Zweifel befohlen. Sollte es aber, wie wohl zu vermuthen, bald

[1]) Kf. übersendet an Cr. (d. Cleve 30. Juli 1666) eine Vollmacht zu Unterhandlungen; mit weiterer Instruction werde er ihn versehen, sobald er des Königs Sentimente über jene Punkte erfahren haben werde, Cr. solle sich nicht zu weit engagieren, bis Kf. mit Pfalz-Neuburg, der in puncto religionis sich sehr hart zeige, (s. Urk. u. Act. XI. S. 734) einig sei.

[2]) S. Kochowski, Annales Poloniae III. S. 246.

[3]) S. das Rescript an denselben vom 16. Juni 1666 unten Abschn. III.

wiederumb zu einer Ruptur gerathen, solchenfalls könnte man wohl etwas mehr bei der Sache thun und alsdann solche öffentlich der guten Parthey recommendiren und sie in ihrer bereits habenden guten Intention stärken, die dissentientes aber mit Fürstellung dienlicher Motiven und Persuasionen zu gleicher Meinung zu bringen bemühet sein, auch sich alsdann des Werks weiter mit einigem ferneren Nachdruck annehmen, allermaassen solches auch in dem projectirten Tractat mit mehrerm bereits angeführet ist.

Ob das negotium, wie man aldorten glauben will, beim Kaiser so leicht durchzutreiben, daran müssen wir desswegen zweifeln, weil Pfalz-Neuburg selbst desshalben noch keine beständige Versicherung hat. Zwar hat der Kaiser für diesem mündlich dem H. Pfalzgrafen desshalber einige Promessen gethan, hernachgehends auch durch particular Schreiben demselben Vertröstung geben lassen, dass er noch in derselben guten Intention continuirte, es ist aber noch zur Zeit unseres Wissens niemand von denen fürnembsten kaiserlichen ministris oder Räthen, worauf man sich zu verlassen. Mit dem bei unserm Hof sich aufhaltenden Baron de Goes haben wir zwar obiter per discursum aus dem Werk reden und, wohin I. Kais. M. Gedanken zieleten, sondiren lassen [1]), er hat aber sehr grosse Diffidenz und froideur gegen den Pfalzgrafen behauptet — hat auch zwar über sich genommen, desswegen an den kaiserlichen Hof zu schreiben, bis dato aber haben wir nichts weiter erfahren noch einige Antwort erhalten, welches uns dann billig gross Nachdenken verursachet und Anlass gegeben, mit etwas Behutsambkeit in der Sache zu procediren; zumahlen wir auch von gewisser Hand die Nachricht erlanget [2]), dass der Grossmarschalck Lubomirsky ohngeachtet aller gehabten Advantagen — durch den kaiserlichen bei ihm gewesenen Abgeordneten zum gütlichen Vergleich, Submission und Abbitt gegen den König disponiret und persuadiret worden, wodurch wir fast auf die Gedanken gebracht worden, als suche man am Kais. Hofe nur Zeit zu gewinnen und hab das Absehen entweder auf Baiern oder Lothringen gerichtet. — Weil nun wegen I. K. M. ohnlängst der Palbitzky am kaiserlichen Hof gewesen, so verlanget uns zu vernehmen, was derselbe etwan ausgerichtet und in Erfahrung gebracht. —

Was Frankreich betrifft, da halten wir nicht für diensamb, dass man dieses Dessein eben so gar heimlich für selbige Kron halte und da-

[1]) S. Urk. u. Act. XI. S. 747 f.; XIV. 1, S. 274 f.

[2]) S. Hackebergs Bericht vom 20. Juli 1666 unten Abschn. III.

von nichts communicire, dann der König es doch ausser allen Zweifel erfahren und sich alsdann wohl allerhand und widrige impressiones davon einbilden lassen möchte. Dannenhero wir ohnfürgreiflich für diensamb ermessen, dass sowohl Schweden als wir dem Könige gleichsam im Vertrauen zu vernehmen geben, wie grosse Ungelegenheit und Gefahr wir beiderseits als die nächsten Nachbarn von Polen wegen der darin immerhin sich ereugenden und fast täglich zunehmenden gefährlichen Conjuncturen stünden. — Weil nun alle diese Ungelegenheiten daher rühreten, dass der Hof, oder vielmehr die Königin, ihren Vetter zur Kron befordern wollte, die Republiq aber dazu ganz nicht incliniret wäre, so gebe man dem König in Frankreich zu bedenken anheimb, ob er nicht besser thun würde, dass, weil doch die Königin sich einzig auf seine Assistenz verlässet und dadurch das Werk durchzutreiben vermeinet, er von dieser Intention, im Fall er selbige gehabt, zu Beruhigung der Christenheit und zu Conservation sowohl des Königreichs Polen als der Benachbarten abstehen und, wo nicht befördern, doch geschehen lassen möge, dass ein anderer ihm anständiger Fürst und in specie Pfaltz-Neuburg — zur Kron befordert werden möchte. —

Dieses wären unsere unvorgreifliche Gedanken, wir verlangten aber Ihr. K. M. hochvernünftige Sentimenten von der Sache auch zu vernehmen, mit denen wir uns gern conformiren würden. Im übrigen wird man sich leicht vereinigen können, wenn es so weit gebracht sein wird, dass die Wahl auf den H. Pfaltzgrafen gefallen ist, wie und welchergestalt derselbe zu mainteniren, unserstheils sein wir erbietig, alsdann demselben mit einem considerablen corpo zu assistiren, welches die Kron Schweden verhoffentlich auch thun wird, und stellen wir in I. K. M. Belieben, ob man sich solcher Assistenz halber anitzo nur in genere verbinden, die specialia aber, wie stark dieselbe sein und welchergestalt man die operationes anzustellen, bis dahin ausgesetzet lassen wolle.

P. S. Hoverbeck berichtet aus Polen, dass der Hof sich sehr bemühe, sein Dessein durchzuführen und auch Lubomirsky auf seine Seite zu bringen, dass der schwedische Gesandte Liliehöck vom Hofe sehr caressiert werde, dass Lubomirsky und seine Partei mit den Schweden nicht wohl zufrieden seien, dass der Abgesandte zweierlei Instructionen habe, sowohl auf den Fall, wann die Sache nach des Hofs Intent ausschlagen, als auch wann es nach der Woiwodschaften Wunsch und Willen ablaufen sollte. Cr. soll fleissig Acht geben, ob man auch in Schweden beständig bei dem bekannten Vorhaben zu verbleiben gesonnen.

L. G. v. Crockow an den Kurfürsten. D. Stockholm 5./[15.] September 1666.

[Stand der bremischen Angelegenheit. Befürchtungen wegen Polen.]

Man besteht hier in der Bremischen Sache auf der Abolition der Im- 15. Sept.
medietät; Cr. hat nur discursweise seine Vorstellungen dagegen erhoben, der Lüneburgische Abgesandte Plate aber hat deutlicher gesprochen und eine Resolution begehrt, dieselbe aber noch nicht erhalten. Man ist hier dieser Sache halber mit Kf. viel besser zufrieden als mit den Lüneburgern, man hat Nachricht vom kaiserlichen Hofe, Herzog Georg Wilhelm habe an den Kaiser geschrieben, ihm salutem civitatis Bremensis recommendiert und sich offeriert, die Stadt zu secundieren, Kf. hätte auch dahin geschrieben, aber mit mehr Moderation, sie sind auch mit des Kf. Gesandten, welche in Bremen gewesen, wohl content. Cr. erwartet mit grossem Verlangen nähere Ordre wegen des anbefohlenen negotium, zumal er zum öfteren darum befragt wird. Man glaubt hier, der Friede in Polen werde nicht lange Bestand haben, sie haben Nachricht, die Königin werde von ihrem proposito nicht nachlassen, sie fürchten auf dem nächsten Reichstage eine gefährliche Recidive, beschuldigen Lubomirsky des Verrathes.

L. G. v. Crockow an den Kurfürsten. D. Stockholm 17./[27.] September 1666.

[Stand der bremischen Angelegenheit. Nachrichten über die Pläne des polnischen Hofes.]

Er hat fleissig den regierenden Herren und anderen vornehmen Ministris 27. Sept.
wegen gütlicher Beilegung der Bremischen Sache Vorstellungen gemacht, sie haben darauf geantwortet, der König sei dazu bereit, aber die Immedietät müsse gehoben werden. Sie haben lange nicht gestehen wollen, dass der R.-Feldherr in suspensionem renuntiationis immedietatis usque ad finem hujus seculi consentiert[1]), und es hat fast geschienen, dass sie solche nicht allerdings approbieren, wiewohl sie jetzt sich nicht anders merken lassen, als damit zufrieden zu sein, und sagen, der R.-Feldherr habe nicht Ordre, die Stadt mit Gewalt anzugreifen, sondern nur zu blocquieren. Vor einigen Tagen ist ein Courier von K.-Pfalz angekommen und hat[2]) um schleunigen Succurs angehalten, der Pfälzische Minister ist schon abgereist, er macht grosses Fundament auf die schwedische Assistenz, aber schwedische Ministri haben Cr. gesagt, er habe keinen Tractat gemacht, sondern nur eine schriftliche Resolution erhalten, in welcher ihm, aber sehr beschränkt, Hülfe gegen unrechtmässige Gewalt versprochen ist. Man wünscht hier lieber, dass K.Pfalz Friedens halber etwas nachgebe als durch

[1]) S. oben S. 91.

[2]) S. Häusser, Geschichte der rheinischen Pfalz II. S. 624, oben S. 93. 95.

garzu grosse fermeté sich ein Unglück von den herumliegenden Katholischen verursache.

Sie vermeinen gewisse Nachricht zu haben, dass der polnische Hof, sehend, dass die Polen sich nicht wollen bewegen lassen, den Duc d'Anguin zum Könige zu nehmen, suchet, die Littauer à part zu gewinnen, und gänzliche Hoffnung hat, dass selbige Stände ihn zum Grossfürsten erklären und die Polen endlich nachfolgen werden, zu welchem Ende gemeldeter Duc künftigen Frühling in einem oder anderen Hafen in Curland anlanden würde. Berenklau hat von mir expres begehret, dass ich solches referiren möchte, damit E. Ch. D. solches mit denen Relationen, welche sie von selbigen Orten haben, conferiren und die Wahrheit also erforschen und bei Zeiten de remediis prospiciren könnten. Sie haben mir gesagt, dass Graf Königsmarck von Paris geschrieben, dass der Prince de Condé noch neulich dem Könige in Frankreich gerathen, quavis ratione Schweden wegen der Polnischen Sache zu gewinnen, dabei aber auch versichert, dass solches nicht geschehen würde, sondern sie würden fest bei ihrer Resolution verbleiben, und weil selbige Gefahr nicht eben so nahe vor der Thür, sondern erstlich künftigen Frühling zu besorgen, als hätten sie mittlerweile Zeit conjunctim mit E. Ch. D. Mittel und Wege zu ergreifen, um die Gefahr abzuwenden. —

L. G. v. Crockow an den Kurfürsten. D. Stockholm 22. September/[2. October] 1666.

[auf das Rescript vom 8. September. Günstiger Stand der bremischen Angelegenheit. Schweden will eventuell K. Pfalz unterstützen, Graf Dohna nach Holland schicken.]

2. Oct. Er hat erst heute früh mit dem R. Kanzler conferiert, kann darüber erst mit nächster Post Bericht erstatten, versichert aber, dass man hier beständig bei der vorigen Intention verbleibt. Das bremische Wesen anlangend, hat der R. Kanzler gesagt, er könnte nicht exprimieren, wie satisfait der König mit des Kf. officiis wäre, sie hielten die Sache für gethan, mit heutiger Post ginge an den R. Feldherrn Ordre ab, mit den Hostilitäten einzuhalten. K. Pfalz wollte der König ermahnen, das Compromiss fortgehen zu lassen und einen Waffenstillstand zu treffen, wenn er diesem Wege folgte, die Gegner sich dazu aber nicht verstehen würden, so sei er entschlossen, ihn nicht zu verlassen, der R.-Feldherr hätte Ordre, 1500 Reiter und 500 Dragoner zu solchem Ende parat zu halten. Da die Verhandlungen mit Isbrand nicht zur Einigung geführt haben, so gedenkt Schweden [1]) einen letzten Versuch zu machen und Graf Dohna nach Holland zu schicken, um die Differenzen abzuthun, der R. Kanzler hat ihn

[1]) Vgl. Mém. de Pomponne II. S. 299f.

beauftragt, Kf. zu ersuchen, dieses zu befördern und schon vorher unterbauen zu helfen.

L. G. v. Crockow an den Kurfürsten. D. Stockholm 3./[13.] October 1666.

[Mittheilung des Erbvergleiches mit Pfalz-Neuburg. Bedenkliche Nachrichten in der bremischen Angelegenheit.]

Er hat noch keine Resolution erhalten können. Er hat den mit Pfalz-Neuburg geschlossenen Tractat[1]) dem R. Kanzler mitgetheilt und zugleich remonstriert, dass Kf. darin den Prätentionen des Königs kein Präjudiz zugefügt habe, es ist dies auch, soviel er hat merken können, wohl aufgenommen und nichts dabei desideriert worden. 13. Oct.

Ihn wie viele andere hat sehr verwundert, dass, obwohl Zeitung eingekommen, dass der R. Feldherr sub spe rati mit Bremen geschlossen, und man auch resolviert, dasselbe zu ratificieren, dennoch die dahin bestimmten 2000 Mann in See gegangen sind; die schwedischen Ministri haben ihm auf seine Anfrage deswegen geantwortet, es wäre mit Bremen noch nicht gänzlich geschlossen, man wisse auch nicht, ob die Stadt dabei bleiben würde, müsste auch auf Mittel sinnen, im Fall der Noth K. Pfalz zu secondieren, und sie wüssten auch nicht, wie sie es mit Holland hätten.

Hier über Hamburg eingelaufene Zeitungen von der Gefangennahme des Gen.-Feldz. Uffeln[2]), ferner, dass die lüneburgische Armee ein Lager unweit Bremen formiert, und dass Kf. und K. Cöln[3]) in der Sache auch etwas thun wollten, haben hier grosse Alteration verursacht, Cr. hat letzteres bestmöglichst abgelehnt.

Der Kurfürst an v. Crockow. D. Cleff 13. October 1666.

[Neue Bemühungen, den Streit mit Bremen gütlich beizulegen. Die Quadrupelallianz.]

Nachdem Kf. durch die gestrige Post unvermuthlich vernommen, dass die Handlung zu Bremen fast ganz abgebrochen und seine Gesandten von dort weggegangen seien, hat er in dem Wunsche, dass dieser Streit endlich durch gütliche Mittel gehoben werde, dieselben aufs neue an den R. Feldherrn gesendet[4]). Auch Crockow soll die nöthigen Vorstellungen machen, dass der Streit beigelegt und nicht durch Continuation der Blocquade und andere Thätlichkeiten Anlass zu höchstgefährlichen Troublen gegeben werde. Kf. verhandelt schon seit geraumer Zeit im Haag über eine Defensivallianz mit Dänemark, den Herzogen zu Braunschweig, Hessen-Cassel und dem Staat[5]), auf sein 13. Oct.

[1]) S. Urk. u. Act. XI. S. 762.
[2]) S. oben S. 97.
[3]) S. oben S. 96. 98. 100.
[4]) S. oben S. 104 ff.
[5]) S. oben S. 124 ff.

Verlangen ist auch Schweden zum Beitritt aufgefordert worden, er hofft, dass dasselbe sich dazu entschliessen werde. Cr. soll dieses dort remonstrieren und allen etwaigen Verdacht zu beseitigen sich bemühen.

L. G. v. Crockow an den Kurfürsten. D. Stockholm 6./[16.] October 1666.

[Aufregung über die Nachrichten von Bremen her. Gefahr, dass Schweden sich ganz Frankreich in die Armee werfen dürfte.]

16. Oct. — Nachdem die Zeitungen, derer ich in meinem letzten d. d. 3. Oct. gedacht, continuiret, kann ich nicht beschreiben die Alteration, welche dieselben verursacht[1]). Man hat niemalen hier glauben wollen, dass der Kaiser und das Reich sich des Werks so sehr annehmen würden. Wann ich solches und die daraus besorgende Inconvenientien remonstriret, haben sie mir geantwortet, sie sehen nicht, dass man weder zu Regensburg noch zu Wien die Sache so hoch nehme, der Fürst von Lobkowitz hätte H. Palbitzky geantwortet: capienti dabitur. Sie geben aber anitzo die Schuld gänzlich an Frankreich, sagen, dass Frankreich das Röm. Reich und den Kaiser dadurch wider Schweden aufgehetzet, dass Frankreich überall vorgegeben, Schweden hätte mit Frankreich eine sehr feste Allianz geschlossen, sowohl wegen Polen als wegen des Burgundischen Kreises, und dass Graf Königsmarck daher alle Monat zu Paris fünfzigtausend Reichsthaler empfinge, welches alles, um Schweden überall verhasst zu machen, von Frankreich ausgesprenget würde. Die Kron Schweden hätte es so gut mit dem Römischen Reich vorgehabt, hätte sich in keine Allianz einlassen wollen, welche des Reiches Wohlfahrt zuwider, sie wüssten gar wohl des Königs in Frankreich vaste Desseine, das Röm. Reich würde der Kron Schweden gewiss vielleicht im kurzen vonnöthen haben. Nun sie aber merketen, dass man sich von Frankreich so verleiten liesse und der Kron Schweden dergestalt begegnete, würden sie auch endlich andere Mittel nehmen müssen. —

Ich befinde, dass[2]) man alhie gar wohl wäre damit zufrieden gewesen (maassen man auch noch verhoffet, dass solches geschehen werde), dass die Sache auf die Manier, wie es der H. R. Feldherr sub spe rati angenommen, beigelegt werde. — Ja ich befinde, dass man alhie be-

[1]) Vgl. Mém. de Pomponne II. S. 267ff.

[2]) Vgl. Carlson, Geschichte Schwedens IV. S. 489f.

fürchtet, dass der Graf Wrangel möchte, ehe er selbige Ordre bekommen, in einige Hostilitäten, nicht allein mit Bremen, sondern auch mit dem Hause Lüneburg sich eingelassen haben, dann viel alhie so wenig die Continuation der Hostilitäten wider Bremen als auch, was er auf der Elbe wider Holland gethan[1]), approbiren. Gott gebe, dass es noch in der Güte möge gehoben werden, ich befürchte sonst, dass, wann es zu einer Ruptur kommen und Schweden in angustias gerathen und de ditionibus germanicis periclitiren sollte, wie es wohl geschehen dürfte, wann das Röm. Reich einig, weil Frankreich (sic!) keine Alliirte hat, dass sie alsdann mit Frankreich binden und alle andere considerationes an die Seite setzen und mit Frankreich in allen desseins sich verbinden möchten. Noch zur Zeit finde ich keine Inclination dazu, wie ich dann vorgestern mit Graf de la Garde weitläufig davon geredet, aber eine Gefahr könnte sie dazu bewegen. Sonsten muss ich gleichwohl bezeugen, dass sie mit E. Ch. D. viel besser zufrieden sein als mit dem Hause Lüneburg, wiewohl der H. G.Feldz. von Uffeln soll gesaget [haben], dass E. Ch. D. auch einige Truppen zu der Kreisarmee, welche zum Succurs der Stadt Bremen sollte zusammengeführet werden, hinzuthun würde. E. Ch. D. Offerten wegen Vergleichung der Kron und der H. Gen. Staaten hat man alhie sehr wohl aufgenommen. — Die nach Deutschland destinirten Völker haben noch vor wenig Tagen in den Dahlern gelegen und hat der H. Marschall Lutzow, nachdem er alhie wieder angelanget, seine Reise eingestellet. —

L. G. v. Crockow an den Kurfürsten. D. Stockholm 17./[27.] October 1666.

[Ursachen der Verzögerung der Verhandlungen, Schweden wünscht zugleich wegen der Jülichschen Succession und der polnischen Angelegenheit Verträge zu schliessen.]

In der ihm aufgetragenen Sache ist trotz seiner Bemühungen bisher nichts 27. Oct.
weiter geschehen, theils wegen der gewöhnlichen Langsamkeit dieses Hofes, theils wegen der Besorgnisse, welche die Nachrichten aus Deutschland erregt, dass man dort mehr wider Schweden im Sinne habe, als nur die Conservation der Stadt Bremen. Man schreibt alles den französischen artificiis zu, durch Graf Wilhelm Fürstenbergs persuasiones und französisches Geld gewonnen, suche Graf Waldeck die Herzoge von Lüneburg gegen Schweden aufzuhetzen, auch Fürstenbergs Reise nach Hildesheim geschehe aus keiner

[1]) S. Mém de Pomponne II. S. 245 f.

anderen Ursache, Frankreich hoffe, dass Schweden durch dergleichen Difficultäten werde dahin gebracht werden, seine Freundschaft quovis modo zu suchen. Ferner verlangen der Reichskanzler und Biörenklau, dass entweder vor oder zugleich mit dieser Angelegenheit auch Verträge einerseits mit Kf. und dem Pfalzgrafen wegen der Jülichschen Succession, da ihr König in dem abgeschlossenen Erbvergleich nicht so obligeant wäre berücksichtigt worden, wie sie hätten erwarten dürfen, andererseits mit dem Pfalzgrafen wegen ihrer Interessen in Polen für den Fall, dass derselbe zur polnischen Krone kommen sollte, abgeschlossen würden. Man ist hier nicht wohl damit zufrieden, dass Pfaz-Neuburg diesen Hof so negligiert und niemand hieher schickt, erwartet aber, dass in kurzem jemand kommen werde, und findet gut, den Schluss des Tractats wegen der Assistenz bis dahin zu verschieben. An Stelle Biörnklaus sind der Hofkanzler Guldenstern und der Secretär Oerestet für die Verhandlungen mit Cr. zu Kommissaren bestellt worden, er hat auf Wunsch ein neues praesenti rerum statui entsprechendes Project entworfen.

L. G. v. Crockow an den Kurfürsten. D. Stockholm 27. October/[6. November] 1666.

[Uebereinstimmung der schwedischen Absichten mit denen des Kf. Erste Conferenz.]

6. Nov. Aus des R.Kanzlers und Biörenklaus Discursen hat er des Königs Sentimente vernommen, welche denen des Kf. durchaus entsprechen. Was modum recommendandi bei dem Könige und der Republik betrifft, will der König Lilichoeck[1]) befehlen, sich wieder nach Warschau zu begeben und solches an gebührenden Orten, nämlich den Wohlintentionierten unter der Hand, bei begebendem Fall aber der Republik öffentlich und aufs beste zu recommendieren. Was Frankreich anlangt, so ist auch der König wie Kf. der Meinung, man müsste die Sache eben so geheim nicht halten, vielmehr wollte man durch den Secretar Pufendorff, welcher in Paris geblieben, und durch den hier anwesenden Ambassadeur M. de Pomponne dem Könige alles gebührend vor Augen stellen. Der R.Kanzler meinte, dass derselbe damit übereinstimmen werde, an hiesigem Ambassadeur aber ist solches nicht zu merken, welchen sowohl Graf de la Gardie und Biörnklau als auch auf deren Antrieb er selbst fleissig doch so sondiert haben, dass er von dem vorhabenden Dessein nichts penetrieren können, vielmehr durch einige Briefe persuadiert das contrarium glaubt. Dem Kaiser traut man jetzt hier auch nicht; ein vornehmer kaiserlicher Minister soll gesagt haben, dass derselbe lieber sehen würde, dass ein französischer Prinz zu der Kron käme, als dass er zwei benachbarte Könige aus dem Hause Pfalz hätte. Heute hat die erste Conferenz stattgefunden, die schwedischen Kommissare haben ihre Vollmacht produciert und Cr.'s Project ad referendum angenommen[2]).

[1]) Der frühere schwedische Gesandte in Warschau.

[2]) Kf. in seiner Erwiderung auf diese Relation (d. Cleve 25. November 1666)

L. G. v. Crockow an den Kurfürsten. D. Stockholm 3./[13.] November 1666.

[Beruhigende Erklärungen Schwedens in der bremischen Angelegenheit. Abschluss der Quadrupelallianz.]

Wegen des Bremischen Wesens bezeugen alle Ministri ein sonderbares 13. Nov.
Vergnügen sowohl über des Kf. draussen in Deutschland bei diesem Werk geführte Conduite als auch über die wohlmeinenden Vorstellungen, welche er bei dem R. Feldherrn und hier habe thun lassen, sie hielten auch dafür, dass, wenn nur die Stadt bei demjenigen bleiben wollte, was sie einmal placitiert, die Sache bereits abgethan sei, der R. Feldherr hätte deswegen gnugsame reiterierte Ordre. Als Cr. dem Reichskanzler vorstellte, dass man noch immer Praeparatoria mache, Truppen nach Deutschland herüberzuschaffen, hat ihm dieser erwidert, sie könnten jetzt nicht anders thun, da nicht allein ungewiss sei, ob die Stadt Bremen, nachdem sie so grossen Support vermerkt, bei den vorigen Offerten bleiben würde, sondern auch weil der König grosse Ursache hätte, sowohl vor dem Kaiser als auch vor den Herzogen von Lüneburg sich vorzusehen, doch beabsichtige man nicht, gegen Jemand etwas Feindliches zu tentieren, sondern man werde, sobald die Bremische Unruhe gestillt, die Völker wieder hereinkommen lassen. Die Nachricht von dem Abschluss der Allianz[1]) im Haag hat die hiesigen Ministri um desto mehr surprenieret, weil sie vermeint Nachricht zu haben, dass Kf. einige Disguste wider Holland hätte, die Allianz deswegen aufhielte und mit dem Bischof von Münster geheime Correspondenz pflege, so dass sie sogar gegen Cr. gedacht, sie wünschten des Kf. Sentimente zu wissen. Gleichwohl haben sie eben so grosses Mescontentement deshalb noch nicht gezeigt, mit dem R. Kanzler, der wieder aufs Land gereist, hat Cr. darüber noch nicht gesprochen.

---

theilt Cr. die Antwort mit, welche er dem bei ihm erschienenen Abgesandten Lubomirski's ertheilt hat (s. unten Abschn. III.) und beauftragt ihn, da er es für nöthig halte, das Werk ohne Zeitverlust mit Nachdruck zu treiben, sich zu bemühen, dass nicht nur der projectierte Vergleich abgeschlossen, sondern auch wegen der Specialartikel ein Uebereinkommen getroffen werde. Die pfalzneuburgische Gesandtschaft werde wohl nicht sobald in Schweden eintreffen, da der Pfalzgraf zunächst jemand an Wrangel schicken wolle, Kf. wünsche, dass der Tractat zwischen ihm und Schweden vorher zum Abschluss komme, halte es aber für gut, dass, wenn man in der Hauptsache einig sei, Wrangel die nöthige Vollmacht und Instruction erhalte, da es vielleicht nothwendig sein würde, schnelle Resolution zu fassen.

[1]) S. oben S. 135.

L. G. v. Crockow an den Kurfürsten. D. Stockholm 7./[17.] November 1666.

[Mittheilungen des R. Kanzlers über die Conferenz mit dem französischen Gesandten. Unzufriedenheit Schwedens mit Pfalz-Neuburg. Forderungen in der Jülicher Angelegenheit.]

17. Nov. Der R. Kanzler hat ihm mitgetheilt, was in einer Conferenz zwischen ihm und dem französischen Ambassadeur vorgefallen[1]), in welcher dieser sich so weit herausgelassen, dass sein König wegen der polnischen Krone kein ander Absehen haben würde als auf den Duc d'Anguien, dass auch der König von Polen auf diesem Reichstag abdicieren und sonder Zweifel die Election auf den französischen Prinzen fallen würde, da aber vielleicht eine österreichische oder andere Faction sich darwider opponieren würde, so hat er inständig und mit grossen Promessen begehrt, dass Schweden nicht allein denselben vorher recommendieren, sondern auch maintenieren helfen möchte, zu welchem Ende er siebentausend Mann begehrt, zu denen der König von Frankreich noch dreitausend wollte werben lassen. Wider Pfalz-Neuburg hat er insonderheit eingewandt, dass Kf. niemals in dessen Wahl willigen werde, wobei er trotz seiner Einwendungen fest geblieben. Da also hieraus erhelle, dass alle bisherigen remonstrationes bei Frankreich nichts operiert, unterdessen aber die Extremitäten in Polen vor der Thür, halte er für höchstnöthig, dass der König und Kf. conjunctim solches dem Könige von Frankreich auf die Weise, wie Kf. vorgeschlagen, nochmal repräsentierten. Kf. möchte daher je eher je lieber eine Abschickung nach Frankreich thun, der König würde dergleichen thun oder dem Secretar Pufendorff die Sache committieren, mittlerweile aber dem französischen Ambassadeur eine ausführliche Deduction zustellen. Als Cr. sich darüber beklagte, dass dieses nicht schon vor acht Wochen geschehen sei, erklärte jener, man hätte nicht geglaubt, dass die Ruptur in Polen so nahe wäre, und beschwerte sich darüber, dass Pfalz-Neuburg den König so negligiere und niemand geschickt habe, um denselben zu informieren, was für Appuy er sich in Polen zu versichern habe, und die Sache zu concertieren. Betreffend die Jülichsche Successionssache erklärte er, man würde sich damit contentieren, wenn nur Kf. und der Pfalzgraf des Königs Prätention agnoscieren und versprechen wollten, demselben bei seiner Majorennität pro quota billigmässige Satisfaction zu geben. Kf. brauchte dann wenig oder nichts dabei zu thun, sondern der Pfalzgraf hätte es über sich zu nehmen.

[1]) Vgl. Mém. de Pomponne II. S. 294 ff.

Der Kurfürst an v. Crockow. D. Cöln 28. Nov./[8. Dec.] 1666.

[auf die Relation vom 7. November. Kf. will in Paris die nöthigen Eröffnungen machen lassen, sich mit Schweden wegen der Jülichschen Sache vergleichen. Sendung v. Brandts nach London.]

Kf. hat mit Freuden vernommen, dass Schweden mit Frankreich über 8. Dec.
die polnische Sache offenherzig communicieren will, er will desgleichen thun und damit den in Paris sich aufhaltenden Sohn des Oberpräsidenten v. Schwerin[1]) beauftragen. Cr. soll erinnern, dass der Feldherr dieser Sache halber ausführliche Ordre erhalte, damit Kf. mit demselben sich bereden und auf einen oder anderen Fall die erforderliche Resolution fassen könne. In dem Jülichschen Vergleich sind des Königs und aller anderen Prätendenten Rechte so reserviert, dass ihm desfalls nicht das geringste zu reprochieren ist, doch ist Kf. wegen Erhaltung und Befestigung der Freundschaft nicht abgeneigt, sich deswegen mit dem Könige nach der Billigkeit zu vergleichen. Cr. soll sich erkundigen, wohin man dort ziele und wie man meine, dass der Vergleich so zu machen stünde, dass Kf. dabei wenig oder nichts thäte und Pfalz-Neuburg alles über sich nehme.

P. S. Cr. soll im Vertrauen mittheilen, Kf. sei zu Ohren gekommen[2]), die zu London anwesenden schwedischen Minister suchten von ihm und seinen consiliis allerhand ungleiche impressiones dem Könige und den englischen Ministern beizubringen; Kf. hätte v. Brandt nur zu dem Zweck dorthin abgeschickt, um den Frieden zwischen England und den Staaten zu befördern, es möchte den dortigen schwedischen Ministern anbefohlen werden, denselben in seiner Negotiation zu unterstützen.

L. G. v. Crockow an den Kurfürsten. D. Stockholm 12./[22.] December 1666.

[Erbitterung in Schweden über den Frieden mit Bremen.]

— Und ist zwar an dem, dass sie selbigen Frieden[3]), nachdem sie 22. Dec.
die gefährliche Conjunctur und das Ungewitter, welches sich wider sie zusammenzog, gesehen, gar sehr gewünschet und verlanget, anitzo aber lassen sie gnugsam spüren, dass sie damit nicht sehr satisfait, sondern mehr intendiret, als sie erhalten, auch den Frieden gemachet coacti necessitate et injuria temporum, welches man keine Difficultät machet, klar heraus zu sagen. Die mir anbefohlene Gratulation ist an denen Orten, an welchen ich dieselbe habe ablegen können, zwar mit aller Civilität,

[1]) S. unten Abschn. VI.
[2]) S. unten Abschn. V.
[3]) Der Friede von Habenhausen vom 15./25. November 1666 s. oben S. 112.

aber dennoch gar kaltsinnig aufgenommen. Der Lüneburgische Abgesandter, welcher seine Ordre eher als ich bekommen und also die Glückwünschung überall abgeleget, hat solches ebenmässig befunden, wie er dann mit dem H. R. Kanzler eine Conferenz gehabt, bei welcher gar harte Worte und Menacen (ich weiss nicht cui bono) fürgefallen. Weil ich aber die Leute alhie einigermaassen kenne und aus der Erfahrung, sonderlich aber dem Exempel des dänischen Residenten erlernet, dass dergleichen emportements nur ex fervore animi herrühren, mache ich so grosse Reflexion nicht darauf. Gott erhalte nur im Reich, sonderlich in der Nachbarschaft gute Einigkeit, sollte aber, da Gott vor bewahre, im R. Reich eine Zerrüttung geschehen und die Nachbaren sonst occupiret werden, würden sie gewisslich nicht allein mit Bremen wieder anfangen, besondern auch an dem Hause Lüneburg sich zu rächen suchen, dann die Animosität ist überaus gross. Ew. Ch. D. hiebei geführte Conduite haben sie noch bisanhero sowohl gegen mich als andere fremde Ministros und jedermänniglich so hoch gerühmet, als sie sich über Hessen-Cassel und das Haus Lüneburg beschweret. —

P. S. Die Ratification des Vergleichs mit Bremen wird verfertiget und soll mit ehistem hinausgeschicket werden, die neulich daselbst von dem Pövel verübte Insolenzen [1]) werden zwar in Consideration gezogen, aber doch nicht dergestalt, dass dieselbe die Ratification einigermaassen hindern könnten.

Der Kurfürst an v. Crockow. D. Cöln 15./[25.] December 1666.

[Crockows Unterredung mit dem französischen Gesandten. Absendung v. Blumenthals nach Wien. Pfalzneuburgische Gesandtschaft nach Schweden.]

25. Dec. Wir haben aus Eurer Relation vom 28. Nov. [2]) mit mehrem ersehen, was zwischen euch und dem Französischen Ambassadeur der polnischen Sache halber für Discursen fürgangen. Nun können wir nicht wissen, was für Ursach oder auch nur scheinbare Prätexten denen Franzosen Anlass sollten gegeben haben, in die Gedancken zu gerathen, ob sollten wir und Pfaltz-Neuburg mit Ihrer Keys. M. des Polnischen negotii halber auch das allergeringste geschlossen, ja nur concertiret

[1]) Ueber den Speckhanschen Handel s. oben S. 114ff.

[2]) Dieselbe ist fast ganz in unaufgelösten Chiffern geschrieben. S. über diese Unterredung Mém. de Pomponne II S. 297f.

haben, dann wir mit Bestand der Wahrheit asseriren können, dass wir noch bis auf diese Stunde nicht wissen, wohin Ihrer Key. M. Sentimenten in dieser Sache zielen, zu geschweigen, dass wir uns bereits mit deroselben eines gewissen scopi halber verglichen haben sollten; der Schwedische zu Wien annoch subsistirender Abgeordneter wird nicht sagen noch berichten können, dass er das geringste iemahln von solcher Handlung vernommen, und ob zwar die Kron Schweden selbst gut gefunden, dass wir uns bemühen sollten, Ihre Key. M. dahin zu bewegen, damit sie das bekannte Dessein amplectiren und befordern helfen möchte, so haben wir dennoch bis dato angestanden an Ihre Key. M. desfalls etwas directo zu bringen, damit wir dadurch zu keinen ungleichen suspicionibus Anlass geben möchten, bis wir nunmehr einen plausiblen Prätext erlanget, dass wir nacher Wien schicken können — und sein demnach im Werk begriffen unsern Freih. v. Blumenthal[1]) erster Tagen dorthin abzufertigen, damit er nicht allein Ihrer Key. M. zu dero jüngst vollbrachtem Beilager gratuliren, sondern auch, wohin dero Intention in dem bekannten Werk gehe, penetriren und dadurch dasselbe desto mehr befördern möge.

Cr. soll sich bemühen, solchen Verdacht sowohl dem französischen Ambassadeur als auch den schwedischen ministris, im Fall dieselben auch dergleichen Impressiones hätten, zu benehmen; er soll dem ersteren mittheilen, dass Kf. seinem Könige durch einen seiner Räthe seine Meinung in der polnischen Sache werde offenherzig vorstellen lassen, doch soll er vorher mit dem R. Kanzler communicieren und seinen Discurs so einrichten, wie dieser es gutfinden und ihm rathen wird. Der Abgesandte Pfalz-Neuburgs nach Schweden, G. Wachtmeister Veltbrinken ist schon unterwegs.

L. G. v. Crockow an den Kurfürsten. D. Stockholm 23. December 1666/[2. Januar 1667].

[Veränderte Haltung der schwedischen Regierung in der polnischen Angelegenheit.]

Seitdem er hier in der polnischen Sache ein changement, oder vielmehr eine Kaltsinnigkeit verspürt, hat er sich bemüht, die Ursachen dieser Veränderung und die wahre Beschaffenheit ihrer jetzigen Sentimenten zu ergründen. Nach Empfang der Rescripte des Kf. vom 25. und 28. November hat er sich daher sofort zum R. Kanzler begeben und demselben gesagt, er hätte nun vollkommene Ordre, dasjenige zu vollziehen, was vor einiger Zeit von schwedischer Seite dem Kf. vorgeschlagen worden. Darauf antwortete derselbe, es 2. Jan.

[1]) S. über dessen Gesandtschaft unten Abschn. IV.

wäre jetzt alia facies rerum, denn 1) Schweden hätte jetzt aus der Sache mit Bremen ersehen, wessen es sich von dem Kaiser und dem Reich zu verlassen. Von Holland und auch von Dänemark hätten sie keine Freundschaft zu vermuthen, ebensowenig bezeugte die Respublica in Polen solche, weil alle Landboten Ordre gehabt, der Allianz mit Schweden zu widersprechen. Da Schweden fast zu keinem seiner Nachbarn sich etwas gutes zu versehen, könnte der König Frankreich nicht choquieren, sondern müsste auf seine Sicherheit gedenken.

2) Pfalz-Neuburg negligierte den König und auch Frankreich dergestalt, dass man daraus leicht abnehmen könnte, dass er schon mit dem Kaiser geschlossen, und zwar unter Conditionen, welche Schweden zum Präjudiz gereichen. 3) Was die Rempublicam in Polen anginge, dürfte vielleicht maxima et potior pars dem Hofe adhaerieren, so dass der König nicht Recht und Fug haben könnte, die Partei zu nehmen, welche nicht die Rempublicam, sondern Secessionem von der Respublica constituierte. Wenn also ein französischer König debito modo, nämlich durch Election des grössten und vornehmsten Theils zur Krone käme, könnte der König sich nicht opponieren. Zudem hätte die Respublica einen so grossen Hass wider Schweden, dass ihre officia daselbst nicht viel gelten würden.

Cr.'s Remonstrationen dagegen (er beklagte sich namentlich darüber, dass man jetzt gegenüber allen früheren Versicherungen die Partei des Hofes für die Respublica ausgebe) waren vergeblich. Ob er nun wohl aus solchen Discursen des Grafen de la Gardie eine gänzliche Veränderung hätte praesumieren sollen, so ist er doch der Meinung nicht gewesen (da er weiss, dass derselbe solche impetus bisweilen hat, dass er mehr redet als gedenket), er hat sich aber gegen Biörenklau, seine Kommissarien und andere so gestellt, als wenn er es glaubte und deshalb überzeugt wäre, dass man mit dem französischen Ambassadeur geschlossen. Da sie nun solches leugneten und baten, es nicht zu glauben, verlangte er von ihnen Beweise, nämlich dadurch, dass man den projectierten Tractat vollzöge und, da sie dem Wort Respublica aequivocierten, dass man solches in dem Secretartikel clarissimis verbis explicierte und zugleich de modo der Assistenz sich vergliche. In einer Conferenz haben sie ihm darauf jene Meinung zu benehmen gesucht und ihm nebst sehr hohen Contestationen die schriftliche, dem französischen Gesandten übergebene Declaration[1]) vorgelesen, welche allerdings ein höflicher refus der französischen Forderung ist. Als er dann weiter fragte, ob sie den Tractat mit Kf. vollziehen wollten, refusierten sie solches zwar nicht, fragten aber, ob er nicht zufrieden wäre, dass man das Project dem französischen Gesandten communiciere, stimmten auf seine Einwendungen allerdings darin ein, dass der Secretartikel nicht mit communiciert werde, und erklärten, so bald sie des französischen Gesandten Meinung vernommen, sollte man wieder zusammenkommen. Graf de la Gardie hat ihn bei einer zweiten Zusammenkunft versichert, dass mit Frankreich nichts geschlossen wäre, wenn Cr. wüsste, was für eine harte Conferenz er am

[1]) Vgl. Mém. de Pomponne II. S. 311 ff.

selben Morgen mit dem Ambassadeur gehabt, würde er ganz andere Opinion haben, und da er auf das frühere Gespräch verwies, antwortete jener, qu'il avoit pris plaisir à me tourmenter un peu.

Aus diesem ihrem Comportement und andern Discursen und Conjuncturen kann ich anders nicht judiciren, als dass sie zwar sich sehr hüten werden, Frankreich zu choquiren, und also, wo man Frankreich nicht gewinnt, sich auf sie nicht zu verlassen hat, gleichwoll glaube ich ganz nicht, dass sie jemaln einen französischen König gern in Polen sehen werden, weniger sich, umb denselben zu etabliren, in einen gefährlichen Krieg engagiren — sondern auf beiden Schultern tragen, den König in Frankreich unterdessen flattiren, umb dessen faveur und guarantie wieder Holland und Dännemark zu haben, den Ausschlag des Reichstages zu Warschau und das Anbringen des Pfalz-Neuburgischen Ministri abwarten werden. — Wie weit sich nun auf diese Leute bei solcher ihrer Irresolution zu verlassen, stehet dahin, und wäre wohl zu wünschen, dass das Röm. Reich, dessen Interesse so hoch dabei versiret, sich der Sache annehme und durch eine Legation der Republicq commendirte, nicht certum quoddam individuum, sondern welcher ihnen von allen teutscher Nation Fürsten am besten anstünde, mit der Versicherung, die Rempublicam dabei zu guarantiren. —

Der Kurfürst an v. Crockow. D. Cöln 6./[16.] Februar 1667.

[Unterstützung der Neuburgischen Anerbietungen.]

Er ist darüber erfreut, dass noch kein Schluss in der bewussten Angelegenheit mit Frankreich gemacht ist. Nach Ankunft der Neuburgischen Gesandten wird hoffentlich alles besser von statten gehen. Sollten sie merken, dass die Handlung durch Offerierung vortheilhafter Conditionen werde befördert werden können, und sollte Schweden mehr als 400 000 Rthlr., worauf seines Wissens die Neuburgischen instruiert sind, fordern, so ist er im Nothfall zufrieden[1]), dass dieselben noch dazu von den ihm als Aequivalent für Ravenstein versprochenen[2]) 400 000 Rthlrn. die Hälfte oder noch mehr den Schweden versprechen, worauf er dann verzichten will. 16. Febr.

[1]) S. Urk. u. Act. XIV. 1, S. 306.
[2]) S. Urk. u. Act. XI. S. 773.

L. G. v. Crockow an den Kurfürsten. D. Stockholm 6./[16.] April 1667.

[Verdächtiges Verhalten der Pfalz-Neuburgischen und Schwedischen. Die verschiedenen Mitglieder der schwedischen Regierung.]

16. April. Er hat seit dem 20. März[1]) eines bösartigen Fiebers wegen nicht berichten können. Inzwischen hat Berenklau ihm ein neues von ihm verfasstes Project des Vertrages übergeben und haben die Pfalz-Neuburgischen[2]), obwohl er es widerrathen, den schwedischen Kommissaren den zwischen dem Pfalzgrafen und Kf. abgeschlossenen Vertrag[3]) mitgetheilt. Obwohl ihm dieses Verfahren der Schweden, die ihm davon keine Apertur gethan, befremdlich vorkommt, thut er doch so, als wenn er ganz zufrieden damit wäre. Er fürchtet aber, Schweden wird versuchen, den zwischen Pfalz-Neuburg und Kf. aufgerichteten Erbvergleich, dessentwegen sie über den Pfalzgrafen sehr ungehalten sind, zu durchlöchern.

Ausser[4]) dem R. Kanzler und Berenklau communiciert er auch viel mit Brahe, der nicht französisch gesinnt ist und grosse Autorität hat. Bonde hat ähnliche Maximen, kümmert sich aber nur um seine Kammersachen, ist seiner Krankheit wegen an 6 Monate nicht im Rath gewesen und wird seiner grossen Unhöflichkeit wegen, und weil man keinen Discurs mit ihm haben kann, von fremden Gesandten fast garnicht besucht. Auch der R. Admiral lässt sich in keinen Discurs ein und dependiert ganz von seinem Schwager, dem R. Kanzler. Dieser hat mehr Autorität als die anderen alle und man wird von allen, wenn man mit ihnen redet, an denselben gewiesen, seine Autorität nimmt noch immer zu, er ist aber sonst adeo lubricae fidei, dass man sich auf ihn garnicht verlassen kann, sein Hochmuth nimmt auch mit seinem Glück sehr zu, er incliniert sehr und noch mehr als früher zur französischen Partei, der französische Gesandte besucht fast niemand als ihn und hat einen grossen Ascendenten über ihn gewonnen. Berenklau ist nichts minder als französisch und hält den R. Kanzler zurück. Steno Bielke, welcher grosse Autorität hat, ist nun wieder hieher zurückgekehrt, er ist nicht sehr französisch. Bent Horn und Graf Tott haben auch sehr grosse Autorität, dieser ist ganz und gar französisch und hat, wie man sagt, Pension von Frankreich, der R. Kanzler aber hat sie propter alias rationes ecartiert. Die meisten unter den anderen sind Pedanei, ausser noch einigen, welche von ihren eigenen Sentimenten dependieren, man kann aber auch von jenen, wenn man Occasion hat, sie zu sondieren, etwas erfahren.

[1]) Die vorhergehenden Relationen haben, weil nicht dechiffriert, nicht mitgetheilt werden können.

[2]) Als Gesandte des Pfalzgrafen waren Anfang März 1667 der Gen. Wachtmeister v. Velbrück und der Hofrath D. Ehrmans in Stockholm eingetroffen.

[3]) Den Vertrag vom 10. Juni 1666 (Urk. u. Act. XI. S. 748 ff.).

[4]) Vgl. die Schilderung Pomponne's in seinen Memoiren (II. S. 62 ff.).

L. G. v. Crockow an den Kurfürsten. D. Stockholm 13./[23.] April 1667.

[Mittheilungen Biörnklou's über die Entschlüsse der schwedischen Regierung.]

Berenklau hat ihm mitgetheilt, dass[1]) vor Weihnachten, ehe sich die 23. April.
Regierung separiert, über die französische Allianz stark deliberiert worden, dass die französische Partei sehr stark und die Sache in summa crisi gewesen, die Gegenpartei aber hätte es dahin gebracht, dass das negotium, bis die Reichsräthe nach dem Fest sich wieder versammelten, verschoben worden; da wäre die Sache reassumiert worden magna contentione und wäre er selbst desshalb so perplex und retiré gegen ihn gewesen. Es wäre aber nun resolviert, zwar zu Erhaltung des Instr. pacis und des Friedens im Röm. Reich mit Frankreich ein näheres Bündnis einzugehen, aber weder wegen des Burgundischen Kreises (dazu sonst viele incliniert) und noch weniger wegen Polens mit Frankreich in Allianz zu treten, noch dessen Desseins zu favorisieren. Es wäre zwar wegen des ersten Frankreich Hoffnung gegeben worden, so lange die Sache mit Bremen gewährt, nun aber werde nichts darin geschehen. Wegen Polen giebt er noch grosse Hoffnung für Pfalz-Neuburg, wenn man nur in der Jülichschen Sache einig werden könnte, doch wollen sie nicht damit heraus, was sie deswegen begehren; die Neuburgischen Gesandten haben erklärt, dass Schweden an Land und Leuten keine Satisfaction zu hoffen habe, dass aber Kf. und der Pfalzgraf dem Könige bei seiner Majorennität eine Satisfaction an Geld wollten widerfahren lassen.

L. G. v. Crockow an den Kurfürsten. D. Stockholm 18./[28.] Mai 1667.

[Gninski. Mittheilungen des Reichskanzlers.]

In der Neuburgischen Angelegenheit[2]) ist noch nichts weiter geschehen, 28. Mai.
in der Jülichschen verlangen die Schweden Erneuerung der 1610[3]) zu Hall in Schwaben dem Hause Zweibrücken angebotenen Reversalen. Am 11. ist Basserode[4]) und am 13. Gninsky[5]) hier angelangt, letzterer communiciert

---

[1]) Vgl. Mém. de Pomponne II. S. 311ff.

[2]) Cr. hatte 1./11. Mai den ihm von Biörnklou übergebenen, dem früher mitgetheilten ganz ähnlichen Vertragsentwurf und die Geheimartikel eingesandt und berichtet, B. sowie der R.Kanzler hätten, letzterer als conditio sine qua non, Erklärung wegen der Satisfaction für Jülich gefordert.

[3]) S. v. Mörner S. 46f.

[4]) Kaiserlicher Gesandter, s. Mém. de Pomponne II. S. 379; Urk. u. Act. XIV. 1, S. 302. Kf. beauftragt v. Cr. 16./26. Juli sich, doch behutsam, damit Frankreich keine Jalousie gegeben werde, zu bemühen, dass zwischen dem Kaiser und Schweden Freundschaft gestiftet werde.

[5]) Polnischer Gesandter, s. Mém. de Pomponne II. S. 390ff.

fleissig mit dem französischen Gesandten. Cr. gegenüber, der ihn besucht, hat er sehr die ihm am Hofe des Kf. widerfahrene Ehre gerühmt, mit seiner Negotiation aber scheint er nicht zufrieden zu sein. Nach seinen Aeusserungen über das polnische Wahlnegotium zu schliessen, hat der französische Gesandte ihm das Vertragsproject mitgetheilt und auf das übelste ausgedeutet, und versucht durch ihn dieses negotium möglichst zu verhindern. Nach Angabe des dänischen Gesandten hat man in Copenhagen dem Gninsky eine dilatorische Antwort gegeben und sich mit dem englischen Kriege entschuldigt.

P. S. Der R. Kanzler hat ihm heute erzählt, der französische Gesandte hätte gestern in einer langen Conferenz sich bemüht, unser negotium zu hintertreiben, und versichert, dass Frankreich jetzt nicht mehr daran dächte, was er aber nicht glaubte, ferner dass Wrangel Ordre erhalten hätte, das Schreiben des Kf. wegen des Anbringens Milets[1]) zu beantworten. Er fragte, ob es wahr sei, dass die Herzoge von Lüneburg[2]) sich demselben gegenüber erboten, Frankreich nicht nur den Durchzug zu gestatten, sondern auch 4000 Mann zu überlassen.

L. G. v. Crockow an den Kurfürsten. D. Stockholm 28. Mai/[7. Juni] 1667.

[Verdächtige Haltung Schwedens.]

7. Juni. Seit December hat er wenig Hoffnung gehabt und geglaubt, dass Schweden mit den Neuburgischen Gesandten nur tractiere um 1) von denselben die Pacta zu erhalten, welche der Pfalzgraf mit Kf. wegen Polens aufgerichtet, 2) von Pfalz-Neuburg einen Vergleich in der Jülichschen Sache zu erhalten, durch welchen der mit Kf. abgeschlossene durchlöchert würde. Nachdem sie nun in dem 1. ihrer Meinung nach ihre Intention erreicht, in dem 2. aber alle Hoffnung verloren, schienen sie es recht zu meinen, ihr jetziges Hinschleppen aber ist sehr verdächtig, sie haben keine weitere Conferenz erhalten, auch keinen von den Commissarien sprechen können; Berenklau versichert, dass man bei der vorigen Intention bleibe, man müsse aber jetzt die Sache anders hantieren, nachdem dieselbe in einen anderen Stand gerathen per ultimam constitutionem contra electionem vivente rege. Dieses Tergiversieren wundert ihn um so mehr, da jetzt nach dem Tode der polnischen Königin die Schweden selbst glauben, dass die französische Faction von sich selbst fallen werde, so dass sie nicht mehr zu fürchten brauchen, Frankreich zu offendieren.

[1]) S. unten Abschn. VI.

[2]) S. oben S. 150ff.

L. G. v. Crockow an den Kurfürsten. D. Stockholm 30. Mai/[9. Juni] 1667.

[Gninski. Schwedens Verhältnis zu Frankreich. Schwedens Absichten bei den Verhandlungen wegen der polnischen Sache.]

Gninsky, dessen Proposition in petitione auxilii gegen die Türken be- 9. Juni.
standen, hat schon Resolution empfangen und wird heute seine Abschiedsaudienz haben. Es verlautet, dass schwedische Völker (2000 zu Fuss und ebensoviel zu Pferde) nach Deutschland sollen hinübergeschickt werden. Die Allianz mit Frankreich wegen des burgundischen Kreises ist bisher durch Berenklau verhindert worden, sollte Frankreich und England sich aber einigen, so ist sehr zu fürchten, dass Schweden Partei nehmen wird.

P. S. Den Pfalz-Neuburgischen gegenüber haben die schwedischen Kommissare dieselben dubia wie früher gegen ihn wegen des veränderten Zustandes in Polen angeführt. Ihre Intention geht nur dahin, einen Tractat mit Kf. und Pfalz-Neuburg abzuschliessen pro manutenenda constitutione ultima et libertate electionis contingente legitimo casu, daneben wollen sie eine Declaration an Pfalz-Neuburg geben, dass sie existente casu electionis niemand als den Pfalzgrafen recommendieren wollten; über die Assistenz und den modus procedendi wird also nichts näher bestimmt werden. Sie hoffen so existente casu neue Tractaten mit Pfalz-Neuburg und alsdann sowohl in der Jülichschen Sache als ratione Poloniae das zu erhalten, was sie jetzt nicht bekommen können.

Der Kurfürst an v. Crockow. D. Cöln 5./[15.] Juni 1667.

[Ungünstige Nachrichten über die Absichten Schwedens, Kf. verlangt Gewissheit darüber.]

Von verschiedenen Seiten her wird ihm mitgetheilt, dass Schweden es 15. Juni.
nicht recht mit ihm meine, sondern ihn nur zu amusieren und Zeit zu gewinnen suche, sonst aber die französischen Desseins zu befördern oder wenigstens nicht zu verhindern beabsichtige, namentlich behaupten Millet und Morstein[1], dass es nur in des französischen Königs Macht stehe, Schweden mit in dieses Werk zu engagieren. Er hofft, diese Spargimente werden ohne Grund sein, Cr. soll aber auf einen Schluss dringen und ausdrücklich erklären, Kf. wolle wissen, wonach er seine consilia und mesures in dieser Sache zu nehmen habe. Verdächtig kommt ihm auch vor, dass Schweden ohne seinen Vorbewusst den ersten Tractat an Frankreich mitgetheilt hat, wodurch auch andere Nachricht davon erhalten und Anlass genommen haben, von diesem negotio allerhand sinistra judicia zu fällen. Vor allem soll er sich erkundigen, was man von dem Vorhaben des französischen Königs, eine Flotte mit einer Armee in die Ostsee zu schicken, meine und ob man derselben den Pass verstatten wolle.

---

[1]) S. Urk. u. Act. II. S. 441ff.; Mém. de Pomponne II. S. 428f.; unten Abschn. III des Kf. Schreiben an v. Hoverbeck vom 20. Mai/9. Juni 1667.

L. G. v. Crockow an den Kurfürsten. D. Stockholm 22. Juni/[2. Juli] 1667.

[Verwunderung der Schweden über Morsteins Anbringen. Abschluss des Vertrages.]

2. Juli. Morsteins Anbringen ist hier um so unvermuthlicher vorgekommen, da man fest glaubte, dass die französischen Desseins mit dem Tode der Königin gefallen seien, und auch der französische Gesandte versichert hatte, sein König werde nisi post mortem regis an Polen nicht mehr denken. Auch die Nachrichten des schwedischen Agenten in Warschau lauten durchaus übereinstimmend, so dass man sich hat überzeugen müssen, dass Frankreich trotz der Constitution, des Todes der Königin und seiner Versicherungen das Werk mit Macht poussiere. Auf Aufforderung der Schweden hat er mit den Neuburgischen zusammen ein Concept des letzten Artikels auf Grundlage der Reversalen von 1610 abgefasst und auf Vollziehung des Tractats gedrungen, schliesslich haben sie, auch durch den englischen Gesandten[1]) gedrängt, ihn gebeten, den Tractat aufzusetzen, er hat dieses gethan, sein Concept ist paucissimis mutatis gestern angenommen worden und heute soll die Unterschreibung und Auswechslung des Tractats[2]) erfolgen. Weder er noch die Neuburgischen haben gemeint, dass es so bald und auf die Manier geschehen würde.

Der Kurfürst an v. Crockow. D. Cöln 10./[20.] Juli 1667.

[Genehmigung des Tractats. Bemühungen Frankreichs bei Kf. und Pfalz-Neuburg.]

20. Juli. Er wird seine Ratification[3]) des abgeschlossenen Vertrages bald einsenden, hofft, auch der andere Tractat mit Pfalz-Neuburg werde zum Abschluss kommen.

Sonsten lassen wir euch gnädigst wissen, dass Frankreich sich sehr bemühet, sowoll uns als Pfaltz Neuburgs Ld. an sich zu ziehen, wir werden uns woll bestmüglichst fürsehen, dass wir uns nicht zu weit engagiren, haben aber ein und ander Ursach, von Pfaltz Neuburg das contrarium zu fürchten, wir unterlassen nicht[4]) Ihre Ld. — zu warnen und Ihr zu rathen, dass Sie darin behutsamb gehen und sich woll für-

[1]) Thin, s. Mém. de Pomponne II. S. 339. 406.

[2]) Der Vertrag zwischen König Karl XI. von Schweden und Kf. wegen gemeinsamen Vorgehens bei der bevorstehenden Erledigung des polnischen Thrones d. Holmiae 22. Juni/[2. Juli] 1667: Diar. Eur. XVI, Append. S. 3ff.: Londorp IX. S. 494f. Inhaltsangabe: Pufendorf X. § 56 (S. 694f.); v. Mörner S. 314f. Vgl. Mém. de Pomponne II. S. 407. 432.

[3]) Dieselbe ist Cöln 16./[26.] Juli 1667 ausgestellt.

[4]) Vgl. das Schreiben des Kf. an den Pfalzgrafen vom 10./20. Juli 1667 unten Abschn. III.

sehen möge — es würde aber auch nicht undiensamb sein, wenn Ihr ein und anders hievon dem englischen ministro desfalls an die Hand gebet, damit derselbe die Neuburgische Gesandten darunter etwas zureden möchte, weil wir wissen, dass Pfaltz-Neuburg Ld. darauf sonderbare Reflection machen werde; konnte von schwedischen ministris desgleichen geschehen, so wäre es desto besser, jedoch müsste alles ohnvermerket geschehen, und dass es von euch herkomme, nicht soupçonniret werden. —

L. G. v. Crockow an den Kurfürsten. D. Stockholm 20./[30.] Juli 1667.

[Verhandlungen über die Jülichsche Angelegenheit.]

Auf einer Conferenz, welche er samt den nachher dazugekommenen Neu- 30. Juli.
burgischen Gesandten am 10. mit dem R. Kanzler gehalten, verlangte dieser agnitionem juris des Königs auf die Jülichschen Lande, und als sie dieses verweigerten, verlangte er von ihnen einen Revers, dass Kf. und Pfalz-Neuburg sich mit dem Könige, nachdem derselbe zur Majorennität gekommen, auf billige Weise vergleichen wollten, brachte aber, als er explicieren wollte, wie solche Promesse geschehen sollte, es so confus hervor, dass sie ihn nicht verstehen konnten, versprach, dann es ihnen schriftlich durch Hirschenstern aufsetzen und zukommen zu lassen. Nachher aber hat er im Senat behauptet, sie hätten in seinen Vorschlag eingewilligt; er scheint auf diese Weise die wohl Intentionierten zu verwirren, die Sache embrouillieren und in Börenklau's Abwesenheit abrumpieren zu wollen. Der inzwischen zurückgekehrte Börenklau hat vorgestern eine neue Conferenz veranlasst und ihnen die Behauptung des Reichskanzlers mitgetheilt, sie haben sich darauf liberrime verantwortet. Die Kommissare schlugen darauf vor, die Artikel der Reihe nach zu ajustieren, den letzten aber auszusetzen, bis von Habbaeus[1]) und Wolffrath[2]) Antwort angekommen, sie hofften, Kf. und Pfalz-Neuburg würden hierin dem Könige fügen; sie haben ihnen aber geantwortet, das wäre ein ganz vergeblicher Aufenthalt. Heute in einer neuen Conferenz sind sie die Artikel durchgegangen, doch ist des letzten nicht gedacht worden.

---

[1]) Christian Habbaeus, schwedischer Resident am oberen Rheinstrom.
[2]) Schwedischer Resident in Berlin.

L. G. v. Crockow an den Kurfürsten. D. Stockholm 14./[24.] August 1667.

[Bereitwilligkeit Schwedens zur Prorogierung der Rheinischen Allianz. Verhalten Pomponne's.]

24. Aug. Der kaiserliche Gesandte hat sich sehr bemüht zu verhindern, dass Schweden Ordre gebe, die Rheinische Allianz zu prorogieren, trotzdem ist[1]) die Ordre dazu abgegangen, doch behaupten die schwedischen Minister, nur quoad quaestionem an, wegen der quaestio quomodo müsste man sich vergleichen und könnte dabei was dem Reich präjudicierlich und dem Instr. pacis zuwider ausgelassen werden. Sie behaupten dazu dadurch veranlasst zu sein, dass des Kf. Bevollmächtigter im Allianzrath loco voti erklärt, Kf. wolle sich mit Schweden conformieren, da doch sein votum dem Bremischen voranginge, es schiene also, als ob man allen Unglimpf non prorogati foederis auf Schweden schieben wolle, dem hätten sie zuvorkommen müssen, doch könnte alles bei der quaestio quomodo redressiert werden.

Der französische Gesandte ist[2]), nachdem er von dem Abschluss des ersten foedus erfahren, damit sehr übel zufrieden gewesen, er behauptet jetzt, sein König wolle weder zu Wasser noch zu Lande einen Mann nach Polen schicken, er wolle dem polnischen Könige von der Abdication ab- und zur Heirath mit der ältesten Tochter Pfalz-Neuburgs zurathen. Der Gesandte poussiert jetzt das vorige Dessein nicht mehr, sondern ist zufrieden, dass er das foedus de conjunctione armorum gehindert, wie er ihm haud obscure zu verstehen gegeben.

L. G. v. Crockow an den Kurfürsten. D. Stockholm 28. August/[7. September] 1667.

[K. Sächsische Gesandtschaft. Verlängerung der Rheinischen Allianz. Muthmaassliche schwedische Absichten.]

7. Sept. Die Ratification des ersten Tractats ist am 24. ausgewechselt worden. Dass der zweite sich zerschlagen[3]), ist sehr gut, da, wenn er geschlossen, derselbe

[1]) Vgl. Urk. u. Act. XI. S. 474 f. Kf. hatte (d. Cöln 20./[30.] Juni 1667) v. Cr. angewiesen, da Frankreich die Rheinische Allianz auch dahin deuten wolle, dass die Alliierten die französischen Desseins in den Niederlanden und an anderen Orten zu befördern und etwaige kaiserliche Hülfssendungen dorthin zu verhindern schuldig seien, sich unter der Hand zu erkundigen, was man in Schweden davon halte, und vorzustellen, wie bedenklich es sei, die Allianz zu prorogieren, wozu auch Schweden wenig Lust gezeigt habe.

[2]) S. Mém. de Pomponne II. S. 454 ff.

[3]) v. Cr. hatte 27. Juli/[6. August] gemeldet, da Schweden inbetreff des letzten Artikels sich nicht eher hätte erklären wollen, bis nähere Nachrichten von Habbaeus und Wolffrath eingelaufen wären, die Pfalz-Neuburgischen aber nicht länger hätten warten wollen, so sei man übereingekommen, dass dieser Artikel und der

sicher Frankreich mitgetheilt worden wäre und man, wenn die Sache sich gefährlich anlassen und es zu einem Kriege kommen sollte, doch ihrer Assistenz nicht sicher wäre. Ein Fürst von Holstein[1]) ist hier in Commission von K.Sachsen angelangt, derselbe hat ihm versichert, dass K.Sachsen omnibus modis suchen würde, von Frankreich sich zu detachieren und mit dem Kaiser und Kf. in fester Freundschaft zu bleiben. Baerenklau meint, wenn auch das foedus Rhenanum prorogiert würde, so würde doch dadurch dem Reich kein Präjudiz geschehen, wenn nur die Clausel hineingebracht würde: salvo per omnia Instrumento pacis Westphalicae omnibusque ejusdem articulis et clausulis. Sie beschweren sich sehr, dass des Kf. Gesandte in Regensburg alle Schuld non prorogati foederis Rhenani auf Schweden haben schieben wollen, geben vor, dies sei die einzige Ursache, warum sie in die Prorogation gewilligt hätten.

Der englische Gesandte bemüht sich auch, Schweden von Frankreich ab und auf die Seite Spaniens zu ziehen. Wahrscheinlich wird Schweden die günstige Gelegenheit benutzen und vom Kaiser die Stadt Bremen fordern. Man hat hier Ombrage von der Sendung Platens[2]), den die lüneburgischen Herzoge nach Paris geschickt, und glaubt, dass diese Herzoge die französische Partei nehmen werden.

L. G. v. Crockow an den Kurfürsten. D. Stockholm 14./[24.] September 1667.

[Bereitwilligkeit Schwedens zum Beitritt zu der Braunschweiger Allianz. Gerücht über Annahme des Generalats der Reichsarmee durch Kf.]

Nach Aussage der schwedischen Minister will Schweden mit in die zu 24. Sept.
Braunschweig abgeschlossene Allianz[3]) treten und erhält Snoilsky Ordre, wegen Prorogierung der Rheinischen Allianz sich mit des Kf. Gesandten zu conformieren. Doch hat hier neue Ombrage das Gerücht verursacht, Kf. habe das Generalat der Reichsarmee acceptiert, der kaiserliche Gesandte hat ihm berichtet, dass sie sich seitdem in den Tractaten sehr kaltsinnig erweisen.

---

ganze Tractat bei Wrangel ajustiert werden sollte; 21./[31.] August hatte er dann berichtet, man sei übereingekommen, die Articuli secreti sollten vollzogen werden, wenn Kf. und der Pfalzgraf sich der Jülichschen Succession halber erklärt und man darüber einig geworden wäre, Wrangel sollte Ordre erhalten, wenn dieses geschehen, super quantitate auxiliorum et modo succurrendi Pacta aufzurichten. Darauf seien am 20./30. August die Pfalzneuburgischen abgereist.

[1]) v. Cr. meldet 9./19. October 1667, der Fürst von Holstein habe ihm die Allianz zwischen Schweden und K.Sachsen zugestellt und ihm mitgetheilt, Schweden sei unzufrieden damit, dass zwischen Kf. und K.Sachsen zu Zinna (s. unten Abschn. VI) etwas praeliminariter verabredet sei, Bielke sollte hingeschickt werden, um den etwaigen Tractaten beizuwohnen. Vgl. Auerbach S. 293 f.

[2]) S. Köcher I. S. 545.

[3]) S. oben S. 157 ff.

Der Kurfürst an v. Crockow. D. Cöln an der Spree 1./[11.] October 1667.

[auf die Relation vom 14./24. September. Beitritt Schwedens zur Allianz. Widerlegung des Gerüchtes.]

11. Oct. Schwedens Eintritt in die Braunschweiger Allianz wird ihm sehr lieb sein, doch müsste von ihrer Seite deswegen Ouverture geschehen. Schweden scheint diese Allianz für verdächtig zu halten, als wäre sie ihm zuwider, doch hat der schwedische Bevollmächtigte [1]) an den Verhandlungen Theil genommen.

Was wegen des kaiserlichen Generalats dort gesprenget ist, solches hat ganz keinen Grund und könnet Ihr diejenigen, so hievon Meldung thun, deswegen mit Bestande desabusiren. —

Der Kurfürst an v. Crockow. D. Cöln 23. October/[2. Nov.] 1667.

[Verhandlungen mit Holland. Befehl zum Abschluss eines neuen Tractats wegen der polnischen Sache.]

23. Oct. Kf. hat mit den Staaten der Vereinigten Niederlande [2]) wegen Beilegung der Kriegsunruhe zwischen Frankreich und Spanien unterhandelt und es sind im Haag Artikel darüber entworfen und den dortigen schwedischen und braunschweigischen Gesandten davon Mittheilung gemacht worden, welche auch erklärt haben, dass ihre Principalen mit dazu zu treten geneigt sein würden. Er soll mit den Gesandten des Kf. im Haag deswegen communicieren und zu penetrieren suchen, was für Sentimente man in Schweden von diesen Tractaten habe.

P. S. Er soll beiliegende Schreiben Pfalz-Neuburgs an den König und einige Minister übergeben und sich bemühen, dass auch der andere Tractat zur Richtigkeit gebracht werde, Kf. hofft, man werde nun mit seiner und des Pfalzgrafen Erklärung in der Jülichschen Sache zufrieden sein. Die Adjustierung des Tractats ist um so nöthiger, da bei den Einfällen der Tataren und Kosacken die in den pactis angeführte Gefahr täglich eintreten kann.

L. G. v. Crockow an den Kurfürsten. D. Stockholm 6./[16.] November 1667.

[Der Tractat Schwedens mit K. Sachsen.]

16. Nov. Das Project des Tractats zwischen K. Sachsen und Schweden hat er durch den kaiserlichen Gesandten, dem der Herzog von Holstein dasselbe

[1]) D. Martin Böckell s. oben S. 162.

[2]) S. unten Abschn. VI.

mitgetheilt, erhalten, derselbe hat ihnen beiden versprochen, nichts ohne ihre Billigung zu schliessen. Die Schweden suchen dadurch den Tractat zwischen K. Sachsen und Kf. zu hindern und sich beim Kaiser desto considerabler zu machen, sie rühmen sich, das ganze Haus Sachsen mit sich zu bringen. Was K. Sachsen dabei gewinnen will, kann er nicht absehen, falls ihm nicht in einem Separatartikel Antheil an den Subsidien versprochen sein sollte.

Die schwedischen Minister fragen ihn auch sehr fleissig, ob Kf. das Generalat acceptiert, und ob Kf. mit dem Kaiser geschlossen.

Der französische Gesandte[1]) ist mit Schweden wenig zufrieden, er scheint überzeugt, dass man von der jetzigen Regierung keine mascula consilia noch vigoureuse Resolutionen zu erwarten habe.

L. G. v. Crockow an den Kurfürsten. D. Stockholm 9./[19.] November 1667.

Auf seine Aufforderung hat der Herzog von Holstein auch ihm das Ver- 19. Nov.
tragsproject mitgetheilt und ihm zugleich vertraulich eröffnet, Schweden hätte versprochen, K. Sachsen von den Subsidien jährlich 100 000 Rthlr. abzugeben. Er hat ihm darauf freimüthig dargelegt, wie unvortheilhaft und demüthigend dieser Vertrag für K. Sachsen sei, das sich dadurch ganz in die Hände von Schweden gebe, jener schob die Schuld auf den kaiserlichen Hof, der K. Sachsen so gar ausser aller Consideration gelassen und vielfältig degustiert habe, beklagte sich auch, dass ihm in der Oldenburgischen Sache[2]) keine Justiz widerfahren sei, erklärte aber endlich, nachdem C. ihm auseinandergesetzt, wie wenig Unterstützung er von schwedischer Seite zu erwarten habe und wie viel mehr er durch den Kaiser und dessen Alliierte werde erreichen können, nicht schliessen, sondern einen Courier heraussenden und unter diesem Prätext die Sache so lange aufhalten zu wollen, bis Kf. die Tractaten mit K. Sachsen vollziehen und demselben eine gleiche oder grössere Avantage von dem Kaiser offerieren könnte und durch Basserode's Negotiation der Schweden Intent mehr zu Tage trete. Er rieth, Kf. möchte v. Burckersrode[3]) omni meliori modo caressieren, dem K. Sachsen am meisten deferierte, und bat um des Kf. Unterstützung in der Oldenburger Sache.

---

[1]) Vgl. Mém. de Pomponne II. S. 407.

[2]) Vgl. darüber ebendaselbst S. 501 ff., Waitz, Kurze Schleswig-Holsteinsche Landesgeschichte S. 121 ff.

[3]) K. Sächsischer Geheimerrath, s. Helbig, Die diplomatischen Beziehungen Johann Georgs II. von Sachsen zu Frankreich (Archiv für die Sächsische Gesch. I. S. 294. 298.); Auerbach S. 145. 180.

L. G. v. Crockow an den Kurfürsten. D. Stockholm 16./[26.] November 1667.

[auf das Rescript vom 23. October. Unzufriedenheit Schwedens mit den Verhandlungen in Holland. Verhandlungen mit dem Kaiser.]

26. Nov. Mit den in Holland gepflogenen Tractaten sind die Schweden sehr wenig zufrieden, sie glauben, Kf. werde mit Holland, den Herzogen von Lüneburg, Hesen-Cassel und anderen Alliierten eine starke Armee aufstellen und das Generalat darüber führen, ferner ist ihre Animosität gegen Holland auch nach geschlossenem Tractat noch sehr gross. An England, welches ihnen 500 000 Rthlr. zu zahlen sich verpflichtet hat, sind sie auf das engste gebunden, es ist also nur nöthig, auf England zu reflectieren.

Die Verhandlungen Schwedens mit dem Kaiser verheissen keinen guten Ausgang; auch wenn der letztere ihnen Geld zahlt, werden die Schweden nichts reelles leisten, sondern suchen neutralitatem et spem mediationis pro beneficio zu imputieren et ea ratione Geld zur Subsistenz der Armee zu erhalten, ihre Armee zu verstärken und dadurch, wenn Spanien, das Reich und Frankreich in Krieg verwickelt, specie mediationis das arbitrium rerum neben England zu behalten.

Der Kurfürst an v. Crockow. D. Cöln a. d. Spree 29. November/[9. December] 1667.

[Verhandlungen mit Millet und mit K. Sachsen.]

9. Dec. Er soll sich bemühen in Erfahrung zu bringen, was in der Verhandlung Schwedens mit dem Kaiser und mit K. Sachsen[1]) vorgeht. In der burgundischen Sache hat Kf. früher mit dem Kaiser und Spanien das Werk weiter zu bedenken sich vorgenommen, da er aber von dort her keine beständige und wirkliche Erklärung hat erlangen können, vielmehr gesehen, dass man auf kaiserlicher und spanischer Seite gleichsam still gesessen und andere dazu zu ziehen sich mit grosser Kälte angelegen sein lassen, Holland zu den vertrösteten Subsidien sich nicht verstehen wollen, Spanien aber solche aufzubringen nicht im Stande oder nicht gewillt, angeblich auch zwischen Frankreich und Holland ein Vertrag zu Frankreichs gunsten abgeschlossen ist und auch zwischen Frankreich und Spanien unter der Hand Friedensverhandlungen stattfinden, so hat er sich bewogen gefunden, mit dem französischen Gesandten Millet einen Tractat[2]) verhandeln zu lassen, dass, wenn der König von Frankreich seine bisherige Negotiation in Polen quittieren und seine officia für Pfalz-Neuburg anwenden würde, Kf. dagegen sich aus der bur-

---

[1]) Cr. berichtet 12./22. Febr. 1668, der Herzog von Holstein sei gestern, nachdem der Vertrag zwischen Schweden und K. Sachsen geschlossen, abgereist.

[2]) S. Mignet, Négociations rélatives à la succession d'Espagne II. S. 296 ff. und unten Abschn. III und VI.

gundischen Sache halten und die Rheinische Allianz nach Vergleichung über die Punkte auf 3 Jahre prorogieren wolle. Er hat Wrangel und dem schwedischen Residenten Mittheilung davon gemacht und will auch weiter die vertrauliche Correspondenz mit Schweden unterhalten; auch Cr. soll sich demgemäss dort betragen, auch mit Pomponne in guter Confidenz reden und versuchen, von ihm Näheres über den Tractat zwischen Frankreich und dem Staat zu erfahren. Wegen Absendung der Schreiben an den König und an den Senat in Polen soll er erinnern und zu erfahren suchen, wesshalb man schwedischerseits damit zurückhalte. Die zwischen Kf. und K. Sachsen angefangene und nochmals continuierte Punctation ist nur auf Defension ihrer beiderseitigen Lande angesehen, ist aber noch nicht zum Schluss gekommen.

P. S. Bei der jetzigen Anwesenheit K. Sachsens hat Kf. durch die Seinigen mit den K. Sächsischen Geh. Räthen auch wegen des Bündnisses, über welches der Herzog von Holstein negotiiert haben soll, reden lassen, dieselben haben aber davon nicht das geringste wissen wollen und versichert, dass der Herzog deswegen nicht beordert sei.

L. G. v. Crockow an den Kurfürsten. D. Stockholm 4./[14.] December 1667.

[Zurückhaltende Aeusserungen des R. Kanzlers über den mit Millet abgeschlossenen Vertrag. Mittheilungen des Herzogs von Holstein.]

Auf seine Bitte, ihm die Sentimente des Königs inbetreff der Verhand- 14. Dec.
lungen des Kf. mit Milet mitzutheilen, hat der R. Kanzler endlich nur erwidert, der König billige die Forderung des Kf. wegen Räumung der preussischen Städte; weitere Versicherung von Frankreich zu fordern, sei nicht nöthig, Bemühungen Frankreichs für Pfalz-Neuburg würden demselben bei den Polen nur schädlich sein; betreffend die Prorogation der Rheinischen Allianz könnte quaestio an nicht präjudicieren, über die quaestio quomodo könnte er nicht eher sich resolvieren, bis er sich mit anderen dabei Interessierten darüber berathen; auch über die von Frankreich geforderte Neutralität wollte er sich nicht weiter herauslassen. Diese retenue scheint aus dem Milet übergebenen, aber hier nicht communicierten Project herzurühren.

Er hat das schwedische dem kaiserlichen Gesandten übergebene Allianzproject durch einen schwedischen Reichsrath zu sehen bekommen, nach dem Inhalt desselben und nach den Discursen des R. Kanzlers ist wenig Hoffnung auf schwedische Assistenz.

Nach Mittheilung des Herzogs von Holstein versprechen die Schweden, K. Sachsen alle mögliche Avantagen bei dem Kaiser zu verschaffen, dem Herzoge selbst, in dem Vertrage mit dem Kaiser diesen zu verpflichten, demselben zu seinem Rechte wegen der Oldenburgischen Succession zu verhelfen.

L. G. v. Crockow an den Kurfürsten. D. Stockholm 15./[25.] Januar 1668.

[Erklärungen Pomponne's.]

25. Jan. Der französische Gesandte hat[1]) der Königin vor ihrer Abreise aufs Land mitgetheilt, sein König stehe von seinen früheren Intentionen in betreff des polnischen Werkes ab und wolle alle möglichen officia für Pfalz-Neuburg anwenden, die schwedischen Minister aber glauben nicht, dass er es ernst damit meine, sondern dass er nur dieses semblant mache, um Kf. und Pfalz-Neuburg durch diese Hoffnung in sein Interesse zu ziehen. Ihm hat der französische Gesandte gesagt, der Kaiser und Spanien hätten von Schweden für die nächste Campagne keine Assistenz zu erwarten, womit auch die Aussagen der Reichsräthe, mit denen er gesprochen, übereinstimmen.

L. G. v. Crockow an den Kurfürsten. D. Stockholm 5./[15.] Februar 1668.

[Sendung Ehrman's zu neuen Verhandlungen. Abschätziges Urtheil über den Nutzen eines neuen Vertrages.]

15. Febr. Graf Dohna[2]) hat den im Haag geschlossenen Tractat nicht mit unterschrieben, sondern nur Schweden einen Platz miteinzutreten vorbehalten. Hier ist H. Ehrmans wegen Pfalz-Neuburg angekommen, um den hier projectierten Vertrag, falls Schweden mit dem von Habbaeus gemachten Project des letzten Artikels zufrieden sei, zu vollziehen. Der Tractat wird nicht viel nützen, da Schweden sich der Sache nicht mit Ernst annnehmen und das negotium abdicationis eher hindern als befördern wird, da, falls die Sache succediert, es keinen Theil an dem merito haben würde. Er fürchtet, wenn der Tractat in Polen bekannt werden sollte, dass er dann wieder grosse suspiciones erregen würde. Ehrmans scheint auch mehr zu dem Zweck hieher geschickt zu sein, um diesen Hof bei Glimpf zu erhalten, damit derselbe sich nicht beschweren könne, negligiert zu sein, als dass Pfalz-Neuburg ein grosses Vertrauen auf Schweden setzen sollte.

L. G. v. Crockow an den Kurfürsten. D. Stockholm 4./[14.] März 1668.

[Bericht über eine abgehaltene Conferenz.]

14. März. Am 2. hat eine Conferenz mit Ehrmans und ihm stattgefunden, auf die Erklärung der schwedischen Kommissare hin, dass der König entschlossen sei, den Tractat zu vollziehen, und es nur an dem letzten Artikel hafte, über-

[1]) S. Mém. de Pomponne II. S. 493.

[2]) S. Carlson, Gesch. Schwedens IV. S. 506f.; Mém. de Pomponne II. S. 514f.

gaben sie das zwischen Kf. und Pfalz-Neuburg vereinbarte Project. Als er darauf bat, die schwedischen Kommissare möchten sich herauslassen über die Mittel, welche man in Polen zur Durchführung des Werks anzuwenden habe, erklärten jene, darüber liesse sich nichts gewisses statuieren, hevor man sehe, wie es mit dem Reichstag abgelaufen, der sich dem Verlaut nach zerschlagen haben solle, Beziers müsse abgerufen werden, das wäre unicum medium pacificandae Poloniae, ferner müsste man vorläufig das Werk ruhen lassen und nicht den Polen durch eine Recommendation Ombrage geben.

L. G. v. Crockow an den Kurfürsten. D. Stockholm 11./[21.] März 1668.

[Bemühungen Pomponne's. Neue schwedische Absichten auf Bremen.]

Der R. Kanzler wird heute hier erwartet, es wird nun also wohl[1]) eine Entschliessung über die Miteintretung in die Haagische Allianz gefasst werden. Der französische Gesandte ist sehr thätig, er sagt, er werde Explication des Haagischen Tractats fordern, und glaubt, Schweden werde nicht so bald völlig in denselben eintreten, sondern abwarten, was die Gesandten von Holland und England in Frankreich ausrichten werden, und, wenn Friede zu hoffen, Frankreich nicht choquieren. Aus dem Discurs des englischen Gesandten ist zu ersehen, dass Graf Dohna bei dem Könige von England um Intercession beim Kaiser, dass derselbe Schweden wegen Bremen favorisieren möge, angehalten und dass derselbe dieses versprochen, weshalb Bremen auf seiner Hut zu sein hat und die Herzoge von Lüneburg in ihren Tractaten mit dem Kaiser es zu praecavieren haben. Die Schweden bilden dem kaiserlichen und englischen Gesandten ein, dass Kf. ganz mit Frankreich verknüpft sei und secretos articulos gemacht habe, nach denen er Geld von Frankreich erhalte. 21. März.

L. G. v. Crockow an den Kurfürsten. D. Stockholm 17./[27.] März 1668.

[Günstiger Stand der Verhandlungen über die polnische Sache. Französischer Vorschlag zur Verhinderung der Wahl des Moskowiters.]

Der R. Kanzler, bei dem er und die Neuburgischen Audienz gehabt, zeigt sich in der polnischen Sache sehr günstig gestimmt, eine Conferenz ist in derselben gehalten worden, in welcher die schwedischen Kommissare von ihrer früheren Forderung abgestanden sind, aber andere erhoben, welche sie nur ad referendum angenommen haben. Wegen des Haagischen Tractats ist noch keine Resolution gefasst worden, der R. Kanzler aber hat sich mit grosser 27. März.

[1]) Ueber die damaligen Zerwürfnisse innerhalb der schwedischen Regentschaft, über welche auch v. Crockows Berichte zahlreiche Mittheilungen enthalten, s. Carlson IV. S. 495ff.; Mém. de Pomponne II. S. 474ff.

Verachtung über die Ligue geäussert und des Kf. consilia gebilligt. Der französische Gesandte hat ihm mitgetheilt, Milet hätte ihm geschrieben, sein König wäre geneigt, mit Kf., Schweden und selbst dem Kaiser ad excludendum Moscum in eine Ligue zu treten[1]), doch wäre es rathsam, die Sache so zu menagieren, dass Schweden, dem am meisten daran gelegen, damit den Anfang mache.

L. G. v. Crockow an den Kurfürsten. D. Stockholm 18./[28.] April 1668.

[Beitritt Schwedens zur Tripelallianz. Misstrauen gegen des Kf. Vertrag mit Frankreich.]

28. April. Am 14. ist nach vielen Deliberationen im Reichsrath beschlossen worden, in die Haagische Allianz miteinzutreten[2]), der R. Kanzler hat zwar etwas opponiert, es aber doch geschehen lassen, man scheint auch den Tractat mit dem Kaiser vollziehen zu wollen. Mit des Kf. Vertrag mit Frankreich[3]) sind sie noch übler zufrieden, seitdem sie kürzlich eine Copie desselben aus England erhalten, sie meinen, Kf. habe sich nicht nur in geheimen Artikeln Gelder von Frankreich, sondern auch grosse Vortheile in Preussen stipuliert, und habe nebst England secrete Intelligenz mit Frankreich gegen Schweden. Auch haben sie Nachricht, dass Kf. von Pfalz-Neuburg Ravenstein bekommen, welches ebenfalls nicht angenehm ist. Viele behaupten, Frankreich meine es mit Pfalz-Neuburg nicht ehrlich.

L. G. v. Crockow an den Kurfürsten. D. Stockholm 25. April/[5. Mai] 1668.

[Abwartende Haltung Schwedens. Voraussichtlich baldiger Abschluss des Tractats.]

5. Mai. Es werden hier noch keine Anstalten gemacht, die Truppen überzuschiffen, man scheint auf den Reichstag, den Schluss der Tractaten und die Auszahlung der Gelder zu warten, so dass die schwedischen Truppen in dieser Campagne nicht grossen Effect werden thun können. Schweden soll 12 000 M. (7000 z. F., 5000 z. R.) stellen und dafür monatlich 60 000 Rthlr. erhalten. Es ist aber zu fürchten, dass ihre Absicht mehr sei, im Reich gegen die Anhänger Frankreichs als in Niederland zu agieren, wozu die Zwistigkeiten des Bischofs von

[1]) Kf. hatte schon (d. Cöln a. d. Spree 19./[29.] Januar 1668) v. Cr. angewiesen, in Schweden zu versichern, dass er angesichts der eifrigen Bemühungen des Zaren, seinem Sohne die polnische Krone zu verschaffen (s. unten Abschn. III), dem nach Möglichkeit entgegenwirken werde, und Schweden aufzufordern, ihn dabei zu unterstützen.

[2]) S. Carlson IV. S. 508; Mém. de Pomponne II. S. 535 ff.

[3]) S. oben S. 202.

Münster[1]) mit den Lüneburgischen Herzogen und K. Cöln Occasion geben könnten, wenn diese nicht zeitig beigelegt und im Westfälischen Kreise eine gute Verfassung gemacht wird. Des Reichskanzlers Decadence ist offenbar, Steno Bielke und Biörenklau regieren die Krone und von ihnen sind festere Entschlüsse zu erwarten. Von den Schweden und den Pfalz-Neuburgischen Gesandten wird der polnische Tractat sehr poussiert, so dass vermuthlich künftige Woche derselbe zum Abschluss kommen wird.

L. G. v. Crockow an den Kurfürsten. D. Stockholm 5./[15.] Mai 1668.

[Unzufriedenheit Schwedens mit dem Abschluss des Aachener Friedens.]

Die unerwartete Nachricht vom Frieden[2]) hat hier wenig Freude verur- 15. Mai.
sacht, da man durch die Resolution, in das Bündnis gegen Frankreich mit einzutreten, den König von Frankreich sehr choquiert hat und, wenn nun durch den Frieden die Ligue aufgehoben würde, auf der anderen Seite keinen festen Rücken hat. Man spricht hier von neuen kriegerischen Absichten Frankreichs gegen das Reich oder Holland, behauptet auch gegen ihn und den Pfalz-Neuburgischen Gesandten, dasselbe wolle nun seine Absichten in Polen und zwar im Einverständnis mit Kf. durchführen. Um so mehr dringen die Schweden in den kaiserlichen Gesandten, um diesen zum Abschluss zu bewegen.

L. G. v. Crockow an den Kurfürsten. D. Stockholm 6./[16.] Mai 1668.

[Abschluss des Vertrages.]

Auf das Drängen der schwedischen Kommissare und des Pfalz-Neuburgi- 16. Mai.
schen Gesandten hat er nicht länger zögern können, so ist heute der Vertrag[3]) abgeschlossen worden; der Artikel wegen der Jülichschen Sache ist nach des Kf. Befehl eingerichtet, die Form des foedus ist beibehalten, aber alles, was die Polen choquieren könnte, ausgelassen oder geändert worden.

---

[1]) S. Tücking, Geschichte des Stifts Münster unter Christoph Bernard von Galen S. 152f.

[2]) Der Friede zu Aachen vom 2. Mai 1668.

[3]) Cr. übersendet denselben am 9./19. und meldet zugleich, dass am 8./18. auch der Vertrag Schwedens mit dem Kaiser (s. Carlson IV. S. 509; Mém. de Pomponne II. S. 547ff.) zustande gekommen sei.

L. G. v. Crockow an den Kurfürsten. D. Stockholm 14./[24.] August 1667.

[Bereitwilligkeit Schwedens zur Prorogierung der Rheinischen Allianz. Verhalten Pomponne's.]

24. Aug. Der kaiserliche Gesandte hat sich sehr bemüht zu verhindern, dass Schweden Ordre gebe, die Rheinische Allianz zu prorogieren, trotzdem ist[1]) die Ordre dazu abgegangen, doch behaupten die schwedischen Minister, nur quoad quaestionem an, wegen der quaestio quomodo müsste man sich vergleichen und könnte dabei was dem Reich präjudicierlich und dem Instr. pacis zuwider ausgelassen werden. Sie behaupten dazu dadurch veranlasst zu sein, dass des Kf. Bevollmächtigter im Allianzrath loco voti erklärt, Kf. wolle sich mit Schweden conformieren, da doch sein votum dem Bremischen voranginge, es schiene also, als ob man allen Unglimpf non prorogati foederis auf Schweden schieben wolle, dem hätten sie zuvorkommen müssen, doch könnte alles bei der quaestio quomodo redressiert werden.

Der französische Gesandte ist[2]), nachdem er von dem Abschluss des ersten foedus erfahren, damit sehr übel zufrieden gewesen, er behauptet jetzt, sein König wolle weder zu Wasser noch zu Lande einen Mann nach Polen schicken, er wolle dem polnischen Könige von der Abdication ab- und zur Heirath mit der ältesten Tochter Pfalz-Neuburgs zurathen. Der Gesandte poussiert jetzt das vorige Dessein nicht mehr, sondern ist zufrieden, dass er das foedus de conjunctione armorum gehindert, wie er ihm haud obscure zu verstehen gegeben.

L. G. v. Crockow an den Kurfürsten. D. Stockholm 28. August/[7. September] 1667.

[K. Sächsische Gesandtschaft. Verlängerung der Rheinischen Allianz. Muthmaassliche schwedische Absichten.]

7. Sept. Die Ratification des ersten Tractats ist am 24. ausgewechselt worden. Dass der zweite sich zerschlagen[3]), ist sehr gut, da, wenn er geschlossen, derselbe

---

[1]) Vgl. Urk. u. Act. XI. S. 474f. Kf. hatte (d. Cöln 20./[30.] Juni 1667) v. Cr. angewiesen, da Frankreich die Rheinische Allianz auch dahin deuten wolle, dass die Alliierten die französischen Desseins in den Niederlanden und an anderen Orten zu befördern und etwaige kaiserliche Hülfssendungen dorthin zu verhindern schuldig seien, sich unter der Hand zu erkundigen, was man in Schweden davon halte, und vorzustellen, wie bedenklich es sei, die Allianz zu prorogieren, wozu auch Schweden wenig Lust gezeigt habe.

[2]) S. Mém. de Pomponne II. S. 454ff.

[3]) v. Cr. hatte 27. Juli/[6. August] gemeldet, da Schweden inbetreff des letzten Artikels sich nicht eher hätte erklären wollen, bis nähere Nachrichten von Habbaeus und Wolffrath eingelaufen wären, die Pfalz-Neuburgischen aber nicht länger hätten warten wollen, so sei man übereingekommen, dass dieser Artikel und der

Sueciae Senatorem et Cancellariae Consiliarium Steno Bielcken, Liberum Baronem in Korpo, Dominum in Gerdeholm, Grösöen et Tänga, et Mc S.ae Reg.ae Maj.tis Regnique Sueciae Senatorem et Cancellariae Consiliarium Matthiam Biorneklou, Haereditarium Dominum in Elmahoff, Wannestad et Kungshambn, ut et Me S.ae Reg.ae Maj.tis Cancellarium Aulicum Joannem Gyllenstierna, Liberum Baronem in Lundholm, Dominum in Steckö et Biorrkesund, et Me S.arum Reg.arum Maj.tum Serenissimi Regis et Serenissimae Reginae a consiliis Aulicis et secretioribus Stephanum Gambrotium Hirschenstierna nec non Me S.ae R.ae Maj.tis Secretarium Status Franciscum Joel Örnsted, Haereditarium in Schottorp et Hoffgarden, et Ser.tas S.a Elect.lis suum Consiliarium Status, Generosum et Nobilissimum Dominum Laurentium Georgium de Krockou, Haereditarium in Peest, Palow et Poltzin, et Ser.tas S.a Palatina-Neoburgica suum secretioris Consilii, Cancellariae et Camerae rationum Consiliarium Generosum ac Clarissimum Dominum Tilmannum Ehrmans J. U. Doct. plena potestate ad calcem hujus Tractatus adjecta munitos deputarunt, qui congressi post habitas diversas consultationes tandem in sequentes convenimus Articulos:

I. Quemadmodum S.a Reg.a Maj.tas Sveciae et Ser.tas S.a Elect.lis Brandenburgica in foedere inter se die 22. Junii anni elapsi erecto Art.o 5to requisita quidem Candidati a se in Polonia proponendi enumerarunt, non tamen nomen ejus expresserunt, ita ex quo jam mutuo consensu Ser.m Principem Palatino-Neoburgicum pro Candidato ad Coronam Poloniae decenter commendando acceptarunt, vigore hujus conventionis declarant et se invicem mutua obligatione obstringunt, quod scilicet pro dicta S.a Ser.te Neoburgica in Regem Poloniae eligenda omnia, quae huic fini promovendo excogitari et effectui dari possint, libertati Reipubl. convenientia officia utrinque impendere, quodque nulli alii Candidato ullo modo operam suam addicere aut pro illo in Regem evehendo laborare, sed hoc unum apud Senatores et Cives Reipubl. Poloniae agere velint, ut Ser.mus Princeps Palatino-Neoburgicus intentione et voto suo potiatur.

II. Vicissim Ser. S.a Palatino-Neoburgica promittit et spondet, quod, cum foedus inter S.m Reg.m Maj.m Sveciae et Suam Ser.m Elect. Brandenb. die 22. Junii Ao 1667 hic Stockholmiae erectum in authentica forma et integrum Ser.tis S.ae Palatino-Neoburgicae Deputato Plenipotentiario sit communicatum facultasque id perpendendi etiam sit data, ideo vigore hujus conventionis omnes dicti foederis articulos, tam quo ad scopum illi propositum, nempe salutem et quietem Poloniae promovendam, quam quo ad Reipubl. antiquum et genuinum statum, ut et Ordinum Poloniae et Lithuaniae jura, libertates et consuetudines aliaque cumprimis in hoc electionis negotio observanda acceptet et consequenter velit in eodem per omnia ita se gerere, ac si una cum S.a Reg.a Maj.te et Ser.te S.a Elect.li Brandenburgica saepe dicto foederi ipsa subscripsisset, et idem propria manu et ratificatione roborasset.

III. Et licet Foederati nullatenus in animo habeant, vivente moderno Rege negotium Electionis invito Rege et Republica ullo modo movere, si tamen dictum negotium Electionis aut in praesens aut deinceps quovis tempore et quidem cum Ser. Regis Poloniae et Reipubl. voluntate et assensu succedat, foederati

etiam saluti Poloniae dictaeque suae intentioni omni meliori modo invigilabunt et quidem hoc casu sive nunc sive imposterum existente S.ª Reg. Maj. Sveciae et Ser. Elect. Brandenb. praehabito inter se communi consilio per Ablegatos et Ministros suos conjuncta opera cumprimis S.ae Reg. Maj.ti tum etiam Reipubl. Ordinibus et Statibus Regni sive in Comitiis sive extra Comitia personam Ser.tis Suae Palatino-Neoburgicae omnibus idoneis officiis commendare et gratam acceptabilemque reddere allaborabunt.

IV. Cumprimis vero curae cordique erit Ser.mo Principi Neoburgico, ut dum S.ª Reg. Maj.tas Sveciae et Ser.tas S.ª Elect.lis Brandenburgica juxta foederis inter se initi praescriptum et proxime praecedentem Articulum causam Principis Neoburgici commendant, ipse non solum apud Imperatorem, Regem Christianissimum, Regem Poloniae et Imperii Electores et Principes Regno Poloniae viciniores, sed in ipsa etiam Polonia et Lithuania apud Senatores et Nobilitatem rerum suarum satagat, animosque Interessatorum quorumcunque in sui et Domus Suae respective favorem et amorem quoad fieri potest disponere allaboret.

V. Et cum multum facere possit ad scopum Ser.mi Principis Palatino-Neoburgici facilius obtinendum, ut libera fiat electio et Ordines Regni Poloniae securitate Eligendi gaudeant, ideo S.ª Reg.ª Maj.tas Sveciae, Ser.tas S.ª Elect. et Ser.tas S.ª Neoburgica, quantum in ipsis erit, in tempore conjunctim cum Republica laborabunt, ut omnia impedimenta, quae ab exteris in praejudicium liberae electionis injici poterunt, e medio tollantur.

VI. Quod si in futura Regis Poloniae electione Ser.mus Palatino-Neoburgicus secundum leges et Regni constitutiones legitime a potiori Reipubl. parte eligatur et tum externa aliqua potestas in praejudicium liberae et secundum constitutiones Regni legitime factae Electionis contra Ser.m Principem Neoburgicum arma consiliaque sociaverit, in eum casum S.ª Reg. Maj. Sveciae et Ser.tas S.ª Elect.lis Brandenburgica promittunt se velle dictae Reipubl. parti, quae pro Principe Neoburgico stat, et auxilia simul a S.ª Reg.ª M.te et Ser.te S.ª Elect.li decenter requirit, suppetias ferre, eo modo et ratione, prout imposterum convenietur.

VII. Quod si Ser.mus Princeps Palatino-Neoburgicus Dei providentia ad Regiam in Polonia dignitatem evehatur, tum vigore hujus conventionis promittit, se velle sancte et religiose primum servare pacta, quae inter S.m Reg.m Maj.tem Sveciae, Ser.mum modernum Poloniae Regem et Rempublicam et Ser.am S.am Elector. Brandenburgicam Olivis die 23/3 M. $\frac{\text{April.}}{\text{Maii}}$ erecta sunt quaeque inde dependent, deinde protectione sua complecti cum integros Coetus, tum omnes et singulos Nobiles Cives, incolas et Subditos, qui in Regno Poloniae et Magno Ducatu Lithuaniae iisque annexis quibuscumque Provinciis et terris dissidentes a Catholica Romana Religione, et in his qui Augustanae Confessioni addicti reperiuntur, quantumque in ipso erit curaturus, ut dicti Augustanae Confessionis Consortes suis sacris et quibuscunque personis et rebus ad sacra pertinentibus secundum leges et Constitutiones Regni Poloniae et cujusque loci privilegia, ut et secundum supradicta pacta pacificatoria Olivensia sine ulla impetitione quiete et omni meliori modo, quo hactenus gavisi sunt aut jure gaudere debent, im-

posterum gaudere possint, non admissis nec attentis contra hujus Articuli clausulas et earum validitatem ullis sive dispensationibus sive absolutionibus sive aliis, quae unquam sub quocunque praetextu excogitari poterunt, quibuscunque Ecclesiasticis et saecularibus exemptionibus et protestationibus.

VIII. Cum etiam evenire posset, ut non ipsa S.ª Ser.tas Palatino-Neoburgica sed unus ex ejusdem filiis in Regem vel Successorem Regni Poloniae eligeretur, conventum est, quod ea, quae de S.ae Ser.tis Palatino-Neoburgicae recommendatione in praemissis articulis disposita sunt, etiam hoc casu, si talis Electio fieret, quoad omnia et singula puncta obtinere et firmiter servari debeant.

IX. Et cum nomine S.ae Reg.ae M.tis variis vicibus postulatum fuerit, ut eidem ratione praetensionis suae in terras Juliacenses et Clivenses, quam S.ª Reg.ª Maj.tas legitimam esse praetendit, hoc tractatu condigne satisfieret, Sereniss.orum Principum Electoris Brandenburgici et Palatino-Neoburgici Deputati Plenipotentiarii hac in re ad demonstrandam Principum Suorum promptitudinem et singularem propensionem eorundem nomine hoc articulo non modo expresse declarant, quod per transactionem inter Ser.os Principes Electorem Brandenburgicum et Palatino-Neoburgicum ratione terrarum Juliacensium Nona Septembris 1666 initam Juribus Domus Bipontinae (exceptis iis, qui ex Domo Bipontina per particularem transactionem juri suo renunciarunt) et consequenter S.ae Reg.ae Maj.tis Sveciae Eiusdemque patrui Seren.mi Principis Adolphi Joannis, uti ex domo Bipontina descendentium, tam in possessorio quam in petitorio, aliove quovis excogitabili modo, vel in minimo praejudicatum non sit, sed etiam quod praedictae S.ae Ser.tes S.ae Reg.ae Maj.tis ejusdemque Domini Patrui Jus praetensum in praedictas Juliacenses eisdemque cohaerentes terras, tale scilicet, quale hactenus et a primis hujus controversiae initiis id vel fuit, vel imposterum esse poterit, uti ab una parte, in aliquod jurium, sive Brandenburgensium sive Neoburgicorum praejudicium non adauctum neque alteratum, ita neque ab altera in dispendium Juris Domus Bipontinae (exceptis iis qui ex Domo Bipontina per particularem transactionem juri suo renuntiarunt) et consequenter S.ae Reg.ae M.tis Sveciae Ejusdemque Patrui Sereniss.i Principis Adolphi Joannis, uti ex Domo Bipontina descendentium, ulla sui parte diminutum aut infirmatum, eo quo par est modo, vigore hujus declarationis robori suo, cui illud inititur, intemeratum plane relinquant, ea etiam mente, ut cum ipsamet S. Reg. Maj.te Sveciae ad maturiores annos perveniente de aequa S.ae Maj.tis satisfactione et tractare et, si fieri potest, convenire velint; Quamsi cum bono Deo eo res tunc deducta fuerit, amicam transactionem non modo Sª Reg. Maj.tas sed et saepius dictae S.ae Ser.tes aequis et juri Suae Maj.tis Ejusdemque Domini Patrui congruis conditionibus terminari atque adimpleri utrinque curabunt. Quodsi vero istiusmodi transactio cum S.ª Reg.ª Maj.te tum temporis praeter spem et opinionem perfici non poterit, praesens declaratio Seren.is Principibus Electori Brandenburgico et Palatino-Neoburgico nullo erit praejudicio, sicuti et tali casu S. Reg. Maj.ti ejusdemque Dn. Patruo vigore Reversalium A.o 1610 Hallae Svevorum Domui Bipontinae datarum salvum et integrum relinquetur, non obstante praedicta transactione nuper inter praefatos Ser.os Principes facta jus suum omnemque in terras Juliacenses et Clivenses praetensionem et actio-

nem tanquam omnino intactam et intemeratam non secius ac si saepius dicta Transactio nunquam intercessisset, secundum tenorem Instrumenti pacis Westphalicae, vel ordinario processu coram Caes. M.te vel alio legitimo modo prosequi, quo casu Ser.mus Princeps Elector Brandenburgicus et Ser.mus Princeps Palatino-Neoburgicus sub fide et verbo Principum tenebuntur Domui Bipontinae et consequenter S.ae Reg.ae Maj.ti et ejusdem Domino Patruo omne illud, quod eisdem secundum unum ex supra allegatis modis terminandi hanc controversiam competere poterit, sine ulla prorsus contradictione praestare.

X. Durabit hoc foedus usque ad proximum vacantis Regni Poloniae casum et tum per legitimam Electionem constitutum et firmatum Poloniae Regem, et hujus foederis Ratificationes intra trium Mensium spatium hic Stockholmiae seu apud Regni Sveciae Marschum Dominum Comitem Wrangelium commutabuntur.

L. G. v. Crockow an den Kurfürsten. D. Stockholm 16./[26.] Mai 1668.

[Geringe Aussichten auf wirkliche Unterstützung Pfalz-Neuburgs durch Schweden. Der Vertrag Schwedens mit dem Kaiser.]

26. Mai. Die Schweden haben dem Pfalzgrafen Hoffnung gemacht, ihn armis zu maintenieren, Cr. glaubt aber nicht, dass es ihnen damit wirklich Ernst sei. Sie haben den Tractat nur geschlossen, weil sie von der Abdication und der dem Pfalzgrafen günstigen Stimmung in Polen Nachricht erhalten haben. Um den Pfalzgrafen gegen etwaigen gewaltsamen Widerstand von Moskau her zu sichern, müssten sie sich verpflichten, in Liefland ein Heer parat zu halten, das werden sie aber nie thun, so lange sie hoffen können, dass es im Röm. Reich Unruhe setzen möchte, durch welche sie Geld von Spanien und Holland, die Stadt Bremen und Quartier in Deutschland bekommen können.

In dem Vertrag mit dem Kaiser haben die Schweden entgegen ihrer früheren Zusage den die polnische Angelegenheit betreffenden Artikel ausgelassen, sonst hat er von den Bedingungen desselben noch erfahren, dass der kaiserliche Gesandte in ipso tractatu 100000 und in den Geheimartikeln noch 50000 Rthlr. zugesagt hat, Bremen soll nicht erwähnt sein, doch meinen einige, dass es in den Geheimartikeln begriffen sei und dass Schweden dafür Garantie der noch übrigen spanischen Niederlande übernommen habe. Schweden soll zu dem auf 5 Jahre abgeschlossenen Defensivbündnis 5000, der Kaiser 10000 Mann stellen[1]).

---

[1]) Cr. meldet 5./[15.] Juli 1668, die kaiserliche Ratification des Tractates sei angekommen, enthalte aber mehrere Veränderungen, Biörnklou habe ihm vorgeworfen, er hätte hinausgeschrieben, Schweden hätte durch diesen Tractat Bremen zu gewinnen gesucht, und dadurch im Reiche grosses Aufsehen erregt, doch habe derselbe zugestehen müssen, dass darüber verhandelt worden sei und der kaiserliche Gesandte sub spe rati sich zu der Zusage verstanden habe, dass während der 30 Jahre, in denen die Immedietät Bremens in suspenso bleiben sollte, der Kaiser sich bemühen

Der kaiserliche Minister hätte sich nicht zu übereilen nöthig gehabt, da Bielke, Biörnklou und ihre Partei, nachdem ihnen durch den unvermutheten Frieden das Concept verrückt ist, für Schweden eine anderweitige Allianz und Sicherheit suchen müssen, um sich auf dem Reichstage rechtfertigen zu können. Cr. bittet um seine Rückberufung[1]).

---

solle, dass die Sache für Schweden günstig entschieden werde; 22. Juli/[1. August] übersendet er eine Copie des Tractats, wie ihn Basserode unterschrieben, und berichtet, was er über den Inhalt der zwei secreten Artikel erfahren; die Schweden wären über die Aenderungen, welche die Ratification des Kaisers enthielte, sehr unzufrieden, würden aber wohl, wenn der kaiserliche Gesandte fest bliebe, nachgeben. — S. diesen Tractat vom 6./16. Mai 1668 Diar. Europ. XVIII, Append. S. 97 ff. und über die weiteren, schliesslich fruchtlosen Verhandlungen darüber Carlson IV. S. 551, Mém. de Pomponne II. S. 565, Esaias Pufendorfs Bericht über Kaiser Leopold herausg. von Helbig S. 14 ff.

[1]) Kf. erwidert (d. Grüningen 11./[21.] Juni 1668), da die Ratificationen des abgeschlossenen Vertrages in Deutschland bei Wrangel ausgewechselt werden sollten, so würde er dort seine Erinnerungen zu demselben anbringen lassen, Cr. wird auf seine Bitte abgerufen, soll aber beim Abschied versichern, Kf. würde zu Unterhaltung guten Vertrauens entweder ihn oder jemand anders wieder hinschicken. — Cr. ist noch bis Anfang August in Stockholm geblieben, am 1./11. August hatte er seine Abschiedsaudienz beim Könige und der Königin und erhielt deren Porträts als Geschenk sowie sein Recreditiv (d. in arce nostra Holmensi 18./[28.] Juli 1668), wenige Tage darauf ist er abgereist. — Zu Wrangel beabsichtigte Kf. den Schlosshauptmann O. W. v. Berlepsch zu schicken, welchen er in seiner Instruction (d. Marienwerder 25. August/4. September 1668) beauftragte, dort die Ratificationen des Tractats (die des Kf. ist ausgestellt Coloniae ad Spream die 20./[30.] Julii 1668) auszuwechseln und mit W. weitere Verabredungen zu treffen, wie das Werk, namentlich gegenüber der von dem moskowitischen Zaren drohenden Gefahr durchzuführen sei, auf die Anzeige Wrangels aber, dass die schwedische Ratification bei ihm noch nicht eingetroffen sei, wurde die Sendung aufgeschoben. Ende November erhielt v. Berlepsch aufs neue Befehl, sich zu Wrangel zu begeben, doch wurde derselbe (d. Königsberg 8./18. December 1668) widerrufen. Zu Anfang des nächsten Jahres schlug Kf. Wrangel (d. Königsberg 12./22. Januar 1669), da der in Stockholm abgeschlossene Vertrag in Polen grosse Jalousie und Ombrage veranlasst habe, eine geheime Zusammenkunft zwischen beiderseitigen Bevollmächtigten in Stettin oder Pasewalk vor, wo auch die Ratificationen ausgewechselt werden könnten, und bevollmächtigte Chr. v. Brandt mit dieser Sendung, als aber Wrangel nach vorheriger Anfrage in Stockholm meldete (d. Wolgast 8./[18.] April 1669), sein König wünsche, dass eine solche Unterredung zu Warschau zwischen ihren und dem Pfalz-Neuburgischen Gesandten stattfinde, beauftragte er v. Brandt (d. Königsberg 16./26. April 1669), nur die Auswechslung der Ratificationen zustande zu bringen, was auch, nachdem dieser sich incognito nach Stettin begeben hatte, dort Anfang Mai geschehen ist.

III.

Brandenburg und Polen.
1664—1673.

Einleitung.

Die Actenstücke, welche in dem 9. Bande dieser Sammlung zur Veranschaulichung der Beziehungen zwischen Brandenburg und Polen während der Jahre 1660—1663 mitgetheilt sind, haben gezeigt, dass in dieser Zeit das Verhältnis zwischen den beiden vorher eng verbundenen Mächten allmählich ein immer kühleres und gespannteres geworden war. Um den Widerstand zu brechen, welchen der Kurfürst[1]) von Anfang an der von der Königin Marie Louise und von deren Anhängern betriebenen Wahl eines französischen Prinzen zum Nachfolger König Johann Kasimirs entgegensetzte, hatte der polnische Hof die Bemühungen desselben, in den Genuss der ihm in den Verträgen von Wehlau und Bromberg gemachten Zugeständnisse zu kommen, nach Möglichkeit zu vereiteln gesucht. Allerdings hatte der Kurfürst es schliesslich doch durchgesetzt, dass polnische Kommissare zur Theilnahme an dem Acte der feierlichen Huldigung der preussischen Stände in Königsberg erschienen und dass so die langwierigen Streitigkeiten über die Anerkenung seiner Souveränität in Preussen einen seinen Wünschen entsprechendon Abschluss fanden, aber nur durch die äusserste Nachgiebigkeit in den übrigen Streitfragen hatte er diesen Erfolg erreicht, den, wie er wohl wusste, die Königin bis zuletzt zu hintertreiben sich bemüht hatte. Auch in der nächstfolgenden Zeit, aus welcher die ersten in diesem Abschnitt publicierten Documente stammen, hat diese Spannung fortgedauert. Voll Besorgnis verfolgte der Kurfürst die Pläne und Versuche der Hofpartei, trotz des Widerstandes, den sie bisher bei der Mehrzahl des polnischen Adels gefunden, jetzt die unmittelbare Erhebung des Herzogs von Enghien, des Gemahls der Nichte der Königin, auf den polnischen Thron, welcher durch die Abdankung Johann Kasimirs erledigt werden sollte, zu erreichen, und die zur Durchführung dieses Unternehmens mit Frankreich und auch mit Schweden geführten Unterhandlungen. Mit nicht geringerem

[1]) Ueber die Politik des Kurfürsten in dieser polnischen Thronfolgefrage s. Hirsch, Zur Geschichte der polnischen Königswahl von 1669 (Zeitschrift des Westpreussischen Geschichtsvereins, Heft 25) S. 5 ff.

Argwohn aber betrachtete der polnische Hof die Verhandlungen, welche auch der Kurfürst seit Anfang 1663 mit Schweden angeknüpft hatte, ferner dessen neutrale Stellung in dem noch fortdauernden Kriege mit Russland und die Verbindungen, welche er mit den Häuptern der jener französischen Throncandidatur entgegenwirkenden Partei in Polen, namentlich mit dem Krongrossmarschall und Unterfeldherrn Georg Lubomirski und dem Kronunterkanzler Johann Leszynski unterhielt. Dieser misstrauischen und feindlichen Stimmung wurde dort um so unverhohlener und schärfer Ausdruck gegeben, als es dem Hof inzwischen 1663 gelungen war[1]), das rebellische Heer zum Gehorsam zurückzuführen, der König dann auf dem von ihm selbst geleiteten Feldzug in der Ukraine einige Erfolge davongetragen hatte und man jetzt hoffte, durch einen gegen jenen Fürsten Lubomirski angestrengten Hochverrathsprocess mit diesem Führer auch die ganze Gegenpartei niederzuwerfen.

Die zur Veranschaulichung der Beziehungen zwischen Brandenburg und Polen in den nächsten 9 Jahren (1664—1673) aus dem reichhaltigen Actenmateriale des Berliner Geh. Staatsarchivs ausgewählten und im Folgenden zusammengestellten Documente zerfallen in zwei Hauptabtheilungen, von denen die erste die letzten Regierungsjahre König Johann Kasimirs und das folgende Interregnum bis zur Wahl König Michaels (1664—1669), die zweite die Regierungszeit dieses Königs (1669—1673) umfasst. Innerhalb der ersteren bilden eine erste kleine Gruppe die zwischen dem Kurfürsten und dem Könige Johann Kasimir gewechselten Schreiben aus dem September bis November 1664, in welchen jene argwöhnische Stimmung und jene Gereiztheit, mit der man sich gegenübersteht, einen sehr deutlichen Ausdruck findet. Es folgen dann die Acten der Gesandtschaft v. Hoverbecks und v. Bonins, welche im December 1664 von dem Kurfürsten nach Warschau geschickt werden, um auf dem dort versammelten Reichstage dessen Verhalten zu rechtfertigen, aufs neue auf Erfüllung der Forderungen desselben zu dringen und daneben den Stand der Dinge in Polen, namentlich der Wahlangelegenheit zu beobachten. Obwohl der Reichstag, nachdem es dem Hofe zu Anfang gelungen ist, die Verurtheilung und Aechtung Lubomirskis durchzusetzen, schon Anfang Januar 1665 zerrissen wird, bleiben die Gesandten des Kurfürsten doch noch längere Zeit in Warschau, v. Bonin bis Ende Februar, v. Hoverbeck auch den neuen, Anfang März zusammentretenden Reichstag über und dann noch bis Anfang Mai desselben Jahres, und wenn man sich auch polnischerseits jetzt ebensowenig wie vorher zur Befriedigung der Ansprüche des Kurfürsten verstehen will, so erreichen sie durch ihre Bemühungen doch wenigstens, dass die feindliche Spannung, welche zeitweise gedroht hat, bis zum offenen Bruche zu führen, wesentlich nachlässt. Zwischen den Acten dieser Gesandtschaft sind eingereiht einige Documente, betreffend die gleichzeitigen Verhandlungen mit Lubomirski, welcher von seinem Zufluchtsorte in Schlesien aus sich wiederholt durch Briefe und Botschaften an den Kurfürsten wendet und dessen Hülfe anruft, aber zunächst nichts weiter

[1]) S. Kochowski, Annales Poloniae III. S. 70 ff

erlangt, als dass dieser sich für ihn bei dem Könige verwendet, ferner solche betreffend die mit dem kaiserlichen Gesandten de Goess (Ende März 1665) über die polnischen Angelegenheiten gehaltenen Besprechungen.

Im Mai 1665, nachdem[1]) infolge von Lubomirski's Rückkehr nach Polen dort der Bürgerkrieg ausgebrochen und der König zur Armee abgegangen ist, verlässt v. Hoverbeck Warschau, und so bleibt der diplomatische Verkehr mit dem polnischen Hofe bis zum März des folgenden Jahres unterbrochen, dagegen versucht Lubomirski in dieser Zeit wieder mit dem Kurfürsten anzuknüpfen. Unter den davon handelnden Actenstücken sind von besonderem Interesse die Aufzeichnungen über die im Februar 1666 mit dessen Abgesandten Colalto geführten Verhandlungen, welcher den Kurfürsten näher über die Lage der Dinge in Polen nach dem im November 1665 abgeschlossenen Frieden, über die neuen Bemühungen des Hofes, die Wahl des Herzogs von Enghien durchzusetzen, und die Versuche desselben, auch Lubomirski dafür zu gewinnen, unterrichtet und von ihm eine Erklärung darüber, ob der Fürst bei dem beabsichtigten weiteren Widerstande dagegen auf seine Unterstützung werde rechnen können, zu erhalten sucht. Der Kurfürst, in dem Wunsche alles zu vermeiden, was einen offenen Bruch mit der polnischen Regierung herbeiführen und das wiederhergestellte gute Verhältnis zu Frankreich erschüttern könnte, zeigt sich wieder sehr zurückhaltend, er sagt Lubomirski nur seine Fürsprache auf dem bevorstehenden Reichstage zu und vertröstet ihn im übrigen auf eine demnächst an ihn abzufertigende Gesandtschaft.

Der zum April 1666 berufene polnische Reichstag giebt dem Kurfürsten Gelegenheit, aufs neue v. Hoverbeck nach Warschau zu senden. Dieser ist dann von dieser Zeit an, nur mit einer kurzen Unterbrechung im Sommer 1667, bis in die Zeit des Interregnums hinein, bis Ende October 1668, dort verblieben, und seine von dort aus mit dem Kurfürsten geführte Correspondenz bildet den Haupttheil der aus dieser Zeit mitgetheilten Actenstücke. Auf dem Reichstage selbst, welcher wieder bald, da der König sich nicht zu der von der Mehrheit des Adels geforderten Begnadigung Lubomirski's verstehen will, zerrissen wird, kann v. Hoverbeck nichts ausrichten, die Verwendung, welche er im Auftrage des Kurfürsten für Lubomirski einlegt, ist auch erfolglos, nachher lässt die Königin, in der Hoffnung, dass der Kurfürst sich durch den damals bei ihm befindlichen französischen Gesandten Colbert-Croissi für die Unterstützung ihrer Pläne in der Wahlangelegenheit werde gewinnen lassen, ihm Aussichten auf Befriedigung der Ansprüche des Kurfürsten eröffnen, allein der Kurfürst ist jetzt um so weniger geneigt, auf solche Anträge einzugehen, als er sich inzwischen entschlossen hat[2]), auf einem ganz anderen Wege, durch Unterstützung der Throncandidatur des Pfalzgrafen von Neuburg, eine seinen Interessen entsprechende Lösung der polnischen Thronfolgefrage zu versuchen. Die Verhandlungen, welche er schon seit dem Herbst des Jahres 1663 mit diesem früher ihm bitter verfeindeten Fürsten wegen einer Verständigung über

[1]) S. Kochowski III. S. 174ff.

[2]) S. Hirsch, Zur Geschichte der polnischen Königswahl von 1669 S. 8ff.

die zwischen ihnen streitigen Fragen angeknüpft und, nachdem dieselben im Jahre 1665 eine Unterbrechung erlitten hatten, zu Anfang des Jahres 1666 wieder erneuert hat, sind im 11. Bande dieser Sammlung dargelegt worden. Mit Begierde war der Pfalzgraf auf das Anerbieten des Kurfürsten, gegen Zugeständnisse in den anderen Streitfragen seine auf die Erlangung der polnischen Königskrone gerichteten Bemühungen zu unterstützen, eingegangen, schon bevor man sich über die anderen Punkte vollständig geeinigt hatte, war am 10. Juni 1666 zu Cleve ein Vertrag unterzeichnet worden, in welchem sich der Kurfürst gegen gewisse Zugeständnisse in der territorialen Frage verpflichtete, dem Pfalzgrafen nach Kräften zur Erlangung der polnischen Krone behülflich zu sein, namentlich sich zu bemühen, auch Lubomirski und dessen Anhänger für denselben zu gewinnen, im Fall, dass der Pfalzgraf gewählt werden, aber Widerstand finden sollte, demselben durch Sendung von Hülfstruppen beizustehen, und auch den Kaiser sowie Schweden zur Unterstützung seiner Throncandidatur zu bestimmen, und hinfort zeigt sich der Kurfürst mit dem grössten Eifer nach den verschiedensten Seiten hin thätig, um wirklich die Erhebung desselben auf den polnischen Thron durchzusetzen. Die Verhandlungen, welche er durch v. Crockow in Schweden darüber sogleich hat anknüpfen und bis in den Sommer 1668 hinein fortführen lassen, sind in dem vorhergehenden Abschnitte vorgeführt worden, die erst später, seit dem December 1666, gemachten Anstrengungen, den Kaiser für die Sache des Pfalzgrafen zu gewinnen, und der erste, im März 1667 durch den jüngeren v. Schwerin gemachte Versuch, den König von Frankreich auf dessen Seite hinüberzuziehen, werden in dem 4. und 6. Abschnitte dieses Bandes behandelt werden, hier, in diesem Abschnitte, sind diejenigen Actenstücke zusammengestellt, welche die von dem Kurfürsten in Polen selbst zur Erreichung jenes Zweckes aufgewandten Bemühungen veranschaulichen, nämlich einerseits die Verhandlungen mit Lubomirski (die Sendung Hackebergs an denselben, Juli bis August 1666, und die mit dessen Abgesandten Pcejazecky in Berlin im December 1666 geführten Unterhandlungen) und andererseits die Thätigkeit, welche v. Hoverbeck in Warschau entfaltet hat. Schon am 16. Juni macht der Kurfürst demselben Anzeige von dem mit dem Pfalzgrafen getroffenen Vergleiche und beauftragt ihn, für denselben zu wirken. Hoverbeck ist damals gerade nach Preussen gereist, kehrt aber, nachdem der aufs neue zwischen Lubomirski und dem Könige ausgebrochene Krieg[1]) durch den Frieden von Legonice beendigt ist, im August nach Warschau zurück und findet anfangs den Hof in freundlicherer Stimmung. Aber schon, als er Ende October demselben officielle Anzeige von dem inzwischen am 9. September zu Cleve zwischen dem Kurfürsten und dem Pfalzgrafen abgeschlossenen Erbvergleiche macht, verursacht er dadurch lebhaften Argwohn, und als er dann im Januar 1667, nur widerwillig dem Befehle des Kurfürsten Folge leistend, welcher auf die günstig lautenden Nachrichten v. Crockows aus Schweden her sich entschlossen hat, offen in Polen für den Pfalzgrafen aufzutreten, der Königin und dem Könige die Aussichtslosigkeit ihrer bisherigen

[1]) S. Kochowski III. S. 219ff.

Bemühungen zu gunsten der französischen Throncandidatur vorstellt und direct den Pfalzgrafen als den sowohl von dem Kurfürsten als auch von der schwedischen Regierung gewünschten Nachfolger des Königs bezeichnet, erregt er damit einen Sturm des Unwillens. Die Königin und deren Anhänger suchen jetzt den Kurfürsten zu verdächtigen, als wenn er im Verein mit anderen Mächten den Polen einen König aufzwingen wolle, und der Kurfürst, der sich inzwischen überzeugt hat, dass er Schwedens keineswegs so sicher ist, wie er geglaubt hat, hält es doch für gerathen, etwas zurückzuziehen, er desavouiert Hoverbeck und lässt durch denselben erklären, dass er keineswegs beabsichtige, die Wahlfreiheit der Polen zu beeinträchtigen, und dass er selbst in dieser Sache noch freie Hände habe. Trotzdem zeigen die folgenden Actenstücke den Kurfürsten wieder während des ganzen Jahres 1667 in den gespanntesten Beziehungen zu dem polnischen Hofe. Dieser betreibt jetzt, zumal nach dem im Februar erfolgten Tode Lubomirski's, die französische Wahl mit erneutem Eifer und hofft, da Lubomirski's Anhänger in ihrem Widerstande dagegen verharren, dieselbe mit Gewalt, vermittelst eines unter dem Vorwande der Hülfeleistung gegen die in Polen eingefallenen Tataren herbeigerufenen französischen Heeres, durchzusetzen. Der Kurfürst aber, der ebenso wie andere Reichsfürsten zum Schein auch um Hülfe angegangen ist, vereitelt diesen Anschlag dadurch, dass er sich zur Stellung eines ganz unerwartet hohen Truppencontingents erbietet und auch den Pfalzgrafen von Neuburg veranlasst, Hülfe zuzusagen, zugleich auch dadurch, dass er was ihm näheres über diese Pläne des polnischen und französischen Hofes bekannt wird, seinen Freunden in Polen mittheilt und so deren Argwohn und Eifer anspornt. König Johann Kasimir wiederum lässt den Kurfürsten seine Feindschaft dadurch empfinden, dass er nach dem im März erfolgten Tode des alten Kongrossfeldherrn Potocki die bisher in dessen Besitz befindliche Starostei Draheim nicht gemäss den Bestimmungen des Bromberger Vertrages und früheren Zusagen ihm überlässt, sondern dieselbe an den Kronunterfeldherren Demetrius Wiszniowiecki vergiebt, und der Kurfürst, der anfangs Anstalten getroffen hat, sich in den Besitz der Starostei zu setzen, steht davon doch vorläufig ab, um nicht durch einen solchen Gewaltact dem Hofe Gelegenheit zu geben, ihn bei dem polnischen Adel zu verdächtigen. Auch der am 10. Mai dieses Jahres erfolgte Tod der Königin Marie Louise hat zunächst keine Besserung in den Beziehungen beider Höfe zur Folge, denn die Anhänger der Königin setzen ihre Bemühungen zu Gunsten des Prinzen Condé, den man jetzt statt seines Sohnes zum Throncandidaten ausersehen hat, fort, und ausserdem gestalten sich bei der Neubesetzung der vacant gewordenen hohen Kronämter die Verhältnisse am Hofe für den Kurfürsten noch ungünstiger als zuvor. Nachfolger Potocki's als Krongrossfeldherr und zugleich Krongrossmarschall ist Johann Sobieski geworden, welcher durch seine französische Gemahlin gänzlich in die französischen Interessen hineingezogen ist, dessen Nachfolger als Kronunterfeldherr jener Fürst Demetrius Wiszniowiecki, dessen frühere freundliche Beziehungen zu dem Kurfürsten der König gerade absichtlich durch die Verleihung von Draheim zu trüben versucht hat, nach dem Tode Wenzel Leszynski's ist der bisherige

Krongrosskanzler Nicolaus Prazmowski in die einflussreiche Stelle als Erzbischof von Gnesen und Primas des Reiches eingerückt, der sich von je her dem Kurfürsten wenig freundlich gesinnt gezeigt hatte und jetzt auch für die französische Partei gewonnen war, dessen Nachfolger als Krongrosskanzler ist der bisherige Unterkanzler Johann Leszynski geworden, der allerdings nach wie vor in den engsten freundlichen Beziehungen zu dem Kurfürsten bleibt, aber alt, kränklich und wenig thätig am Hofe nur geringen Einfluss ausübt und zurückgedrängt wird durch den neuen Unterkanzler, den Bischof von Culm, Andreas Olszowski, einen Mann, zwar ebenso eigennützig, habgierig und bestechlich wie die meisten anderen polnischen Grossen jener Zeit, aber von bedeutenden Fähigkeiten, grosser Thätigkeit und Gewandtheit, dessen Ehrgeiz darauf gerichtet ist, die Macht und die Gerechtsame der Krone nach allen Seiten hin wiederherzustellen und womöglich zu erweitern, und der daher von vorne herein dem Kurfürsten auf das feindlichste gegenübertritt. Gleich nach seinem Amtsantritte macht er demselben den Titel eines Herrn von Lauenburg und Bütow, welchen jener, nachdem diese Lande auf Grund der Bromberger Verträge als Lehen in seinen Besitz gekommen waren, angenommen und den ihm auch der polnische Hof bisher zugestanden hatte, streitig und bewirkt dadurch einen vollständigen Abbruch der diplomatischen Beziehungen. Da der Kurfürst einige Schreiben des Königs, in deren Aufschrift ihm jener Titel nicht gegeben ist, zurückweist, so verweigert der König unter dem Vorwande, erst die Beantwortung derselben durch den Kurfürsten abzuwarten, v. Hoverbeck Ende Juli die nachgesuchte Audienz und verharrt bei dieser Weigerung bis zu Ende des Jahres. Um so enger sucht der Kurfürst die dem Hofe feindliche Partei, welche namentlich in Grosspolen zahlreich und mächtig ist, mit sich zu verbinden. Als diese jetzt in ihrer Besorgnis vor den französischen Anschlägen sich an ihn wendet und ihm selbst, ähnlich wie dieses schon früher Lubomirski[1]) gethan hatte, die polnische Krone anbietet, lehnt er diese allerdings ab, benutzt aber die Gelegenheit, um ihr den Pfalzgrafen von Neuburg zu empfehlen und schickt an sie, zuerst im August, und dann wieder im November den in den polnischen Angelegenheiten wohl erfahrenen früheren Secretär Hoverbecks Joachim Scultetus, um bei ihr weiter für den Pfalzgrafen zu wirken, Klage über das feindliche Verhalten des Hofes zu führen und zugleich Streitigkeiten, welche unter ihren Häuptern, dem Grosskanzler Leszynski und dem Castellan von Posen, Grzymultowski ausgebrochen sind, zu schlichten, das zweite Mal auch, um ihnen Mittheilungen von den inzwischen mit Frankreich begonnenen Verhandlungen zu machen.

Eine Aenderung[2]) in den Beziehungen zwischen dem Kurfürsten und dem polnischen Hofe ist erst zu Beginn des folgenden Jahres 1668 eingetreten, veranlasst durch den inzwischen erfolgten Wechsel in der französischen Politik. Derselbe steht im Zusammenhange mit dem damals von König Ludwig XIV.

---

[1]) S. Urk. u. Act. IX. S. 221. 824 ff.; II. S. 263. Vgl. Hirsch, Zur Geschichte der polnischen Königswahl von 1669 S. 95.

[2]) Vgl. Hirsch a. a. O. S. 12 ff.

gemachten Versuche, sich der spanischen Niederlande zu bemächtigen, und wird in diesem Zusammenhange in dem 6. Abschnitte dieses Bandes besprochen werden, hier genügt es zu erwähnen, dass Ludwig, um sowohl den Pfalzgrafen von Neuburg ganz auf seine Seite zu ziehen, als auch den Kurfürsten von Brandenburg abzuhalten, ihm bei diesem Unternehmen feindlich entgegenzutreten, den Schein angenommen hat, als ob er auf seine früheren Pläne in Polen verzichte und bereit sei, jene beiden Fürsten bei der Durchführung der dort von ihnen verfolgten Absichten zu unterstützen. Er hat zuerst, als bald nach dem Tode der Königin Marie Louise von verschiedenen Seiten, namentlich von Oesterreich, Versuche gemacht wurden, König Johann Kasimir zu einer zweiten Vermählung zu bewegen, durch seinen Gesandten in Warschau, den Bischof von Béziers, demselben die Heirath mit der ältesten Tochter des Pfalzgrafen empfehlen lassen, hat dann aber, da der polnische König sich zu einer solchen neuen Heirath nicht verstehen wollte, zugesagt, seinen Einfluss in Polen aufzubieten, um den König zur Abdankung zu bewegen und die Wahl des Pfalzgrafen zu dessen Nachfolger durchzusetzen, und er hat am 15. December 1667 durch seinen Gesandten Millet zu Berlin mit dem Kurfürsten einen Vertrag dieses Inhaltes abschliessen lassen. Die vertraulichen Eröffnungen, welche der Kurfürst sowohl dem Pfalzgrafen als auch v. Hoverbeck und seinen Anhängern in Polen über diese Verhandlungen macht, zeigen, dass er von vorne herein trotz aller Versicherungen des französischen Königs von grossem Misstrauen gegen die Aufrichtigkeit der Zusagen desselben erfüllt gewesen ist, und auch nachher haben ebensowenig er wie seine Gesandten in Polen diese Besorgnisse aufgegeben, welche, wie dann nachher der Ausgang der Sache gezeigt hat, nur zu berechtigt gewesen sind[1]).

Zunächst allerdings hat der Kurfürst günstige Wirkungen von der anscheinenden Freundschaft Frankreichs zu verspüren gehabt. Durch den französischen Gesandten lässt sich Johann Kasimir bewegen, nachdem der Kurfürst ihm durch einen freundlich gehaltenen Brief einen Schritt entgegen gekommen ist, am 31. December 1667 v. Hoverbeck die so lange verweigerte Audienz zu ertheilen und wieder in ein freundliches Verhältnis zu demselben zu treten, im Verein mit dem französischen Gesandten verhandeln dann v. Hoverbeck und der Gesandte des Pfalzgrafen v. Giese einerseits mit dem Könige, der sich jetzt zur Abdankung bereit zeigt, andererseits fangen sie an, bei den polnischen Grossen für die Wahl des Pfalzgrafen zu wirken. Als dann auf dem im Februar und Anfang März zu Warschau versammelten Reichstage der König wieder in heftige Streitigkeiten mit den Ständen geräth, sucht derselbe sogar Beistand bei dem Kurfürsten, und derselbe schliesst wirklich mit ihm in Form einer Erneuerung des Wehlauer Vertrages einen Schutzvertrag ab, andererseits aber genehmigt Johann Kasimir jetzt, dass der Kurfürst sich mit dem Fürsten Wiszniowiecki wegen Ueberlassung von Draheim gegen eine Abfindungssumme einigt, und dass derselbe Anfang September sich wirklich

[1]) Vgl. Recueil des instructions données aux ambassadeurs et ministres de France IV. S. 85 ff.

in den Besitz der Starostei setzt. Auf dem im August und September abgehaltenen Reichstage erfolgt dann am 16. September die feierliche Abdankung Johann Kasimirs und es beginnt das Interregnum. Obwohl während desselben fremden Gesandten der Aufenthalt im Königreich nicht gestattet war, weiss v. Hoverbeck doch seine Abreise bis Ende October zu verzögern und inzwischen seine Thätigkeit zu Gunsten des Pfalzgrafen fortzusetzen. Ergänzungen zu seinen Berichten haben hier aus den Materialien des Danziger Stadtarchivs, auf deren Wichtigkeit für die damalige polnische Geschichte der Herausgeber schon an einem anderen Orte[1]) hingewiesen hat, in den Anmerkungen hinzugefügt werden können.

Die folgenden Actenstücke veranschaulichen dann die eifrige Thätigkeit, welche der Kurfürst, der sich selbst schon im September 1668, um den polnischen Ereignissen näher zu sein, nach Königsberg begeben hat, in den letzten Monaten dieses und während der ersten Hälfte des folgenden Jahres zu Gunsten seines Bundesgenossen, des Pfalzgrafen von Neuburg, aufgewendet hat. Verschiedene Abgesandte, v. Crockow, Niemerycz, v. Borstell, v. Lehndorf, Sculletus werden von ihm nach Polen geschickt, um theils die schon früher durch Geldzahlungen und Versprechungen für denselben gewonnenen Magnaten auf dessen Seite festzuhalten, theils weitere Anhänger, namentlich die Häupter der früheren französischen Partei, den Primas, Sobieski und den Kronschatzmeister Morstein, ferner auch den Adel und die Städte in dem Königlichen Preussen für denselben zu gewinnen. Unter den Berichten derselben, von denen ein Theil schon an anderer Stelle[2]) veröffentlicht worden ist, sind von besonderer Wichtigkeit diejenigen des Sculletus, welcher zunächst Ende November 1668 nach Warschau geschickt wird, um auf dem dort tagenden Convocationsreichstage den aus Veranlassung der Besitzergreifung von Draheim gegen den Kurfürsten verbreiteten Verdächtigungen entgegenzuwirken, und welcher Gelegenheit findet, bis Mitte December sich dort aufzuhalten und auch in der Wahlangelegenheit thätig zu sein, welcher dann wieder im Januar 1669 zu den Anhängern des Kurfürsten in Grosspolen geschickt wird, endlich aber, Ende April, beim Herannahen des Wahlreichstages aufs neue nach Warschau geht und dort bis zum Eintreffen der Gesandten des Kurfürsten dessen Interessen wahrnimmt.

Den letzten Theil dieses ersten Hauptabschnittes bilden die aus der Correspondenz des Kurfürsten mit den von ihm auf den Wahlreichstag geschickten Gesandten v. Hoverbeck und Fr. v. Jena und auch mit dem Pfalzgrafen von Neuburg ausgewählten Stücke. Dieselben zeigen, dass, so eifrig auch jene Gesandten für die Wahl des Pfalzgrafen thätig gewesen sind, sie sich doch keineswegs allzu sicheren Hoffnungen über das Gelingen ihrer Bemühungen hingegeben haben, ferner, dass auch sie durch den Ausgang der Sache, die Wahl Michael Wiszniowiecki's, vollständig überrascht worden sind, dieselbe aber doch als keineswegs ungünstig für die Interessen des Kurfürsten angesehen haben, und dass auch dieser selbst, so schmerzlich er auch anfangs durch das

[1]) Hirsch, Zur Geschichte der polnischen Königswahl von 1669, S. 22 ff.
[2]) a. a. O. S. 137 ff.

Scheitern seiner Pläne und namentlich durch die Ursachen, welchen er dasselbe hauptsächlich zugeschrieben hat, die Treulosigkeit der kaiserlichen und der französischen Politik, betroffen worden ist, doch gute Miene zum bösen Spiel gemacht und sich sofort bemüht hat, zu dem neuen Könige in ein freundliches Verhältnis zu treten. Für die Vorgänge auf diesem Reichstage und unmittelbar nach demselben hat der Herausgeber an anderer, schon mehrfach genannter Stelle in den von den Abgesandten des Danziger Rathes angefertigten Reichstagsprotocollen und den Berichten derselben eine neue reichhaltige Quelle[1]) publiciert, auf welche hier in den Anmerkungen verwiesen worden ist.

Der zweite Haupttheil dieses Abschnittes umfasst die Regierungszeit König Michaels (Juni 1669 bis November 1673). Zu Anfang dieser Periode hat der Kurfürst in der Form des diplomatischen Verkehrs mit dem polnischen Hofe eine Veränderung eintreten lassen. Bisher hatte er immer nur aus besonderer Veranlassung einzelne Gesandtschaften an denselben geschickt, welche allerdings manchmal, wie es z. B. bei der vorletzten Sendung v. Hoverbecks der Fall gewesen war, längere Zeit, als der ursprüngliche Zweck ihrer Sendung erfordert hätte, sich dort aufgehalten, immer aber den Charakter ausserordentlicher Gesandtschaften getragen haben. In der Zwischenzeit, wo solche nicht am Hofe anwesend waren, hat er durch Beamte niederen Ranges, Sekretäre, welche in Warschau zurückgelassen wurden, sich Bericht über die dortigen Vorgänge erstatten lassen. Jetzt dagegen hat er hier ähnlich, wie er dieses schon seit längerer Zeit in den Niederlanden eingeführt hatte, einen ständigen Vertreter höheren Ranges bestellt, welcher nicht nur fortlaufend solche Berichte einzusenden, sondern auch die diplomatischen Geschäfte am Hofe zu besorgen hatte. Er bestimmte dazu einen jungen Diplomaten, den er schon vorher dafür ausersehen und dem er eine besondere Ausbildung dazu hatte geben lassen, Eusebius v. Brandt. Dieser, der jüngere Bruder des Geheimen Rathes und Neumärkischen Kanzlers Christoph v. Brandt, geboren 1642, hatte die Universität Frankfurt a. O. besucht[2]) und dort neben juristischen auch theologische Studien getrieben. In einer 1664 abgehaltenen theologischen Disputation hatte er mit solcher Schärfe den calvinischen Standpunkt verfochten, dass der Kurfürst, darüber ungehalten, gegen die dortige theologische Fakultät eingeschritten war[3]). Trotzdem nahm ihn der Kurfürst bald darauf in seinen Dienst, er schickte ihn zunächst nach Polen, um die polnische Sprache zu erlernen, und liess ihn dann seinen Bruder Christoph auf dessen Gesandtschaft nach England (September 1666 — Mai 1667) und nachher (Juni — August 1667) zu dem Friedenscongress von Breda begleiten. Er ernannte ihn darauf zu seinem Kammerjunker und schickte ihn im August 1668 wiederum, um sich weiter in der Kenntnis der polnischen Sprache und der polnischen Zustände zu vervollkommnen, nach

[1]) Ueber die sonstigen Quellen und die Litteratur s. ebendaselbst S. 20f.

[2]) Schon 1647 war er zusammen mit drei älteren Brüdern dort immatriculiert worden, im April 1659 hatte er die Universität wirklich bezogen (Friedländer, Aeltere Universitäts-Matrikeln I. S. 787, II. S. 97).

[3]) S. [Schultze], Preussischer Todestempel S. 13.

Polen, wo er zuerst dem damals noch in Warschau befindlichen Gesandten v. Hoverbeck beigeben wurde, auch nach dessen Abreise aber, anscheinend als Privatmann, zurückblieb und von Posen aus dem Kurfürsten Berichte über die dortigen Vorgänge einsandte. Auf Befehl des Kurfürsten begab er sich dann noch vor dem Beginn des Wahlreichstages, im April 1669, wieder nach Warschau, wo er auch während dieses ganzen Reichstages, anscheinend als Privatmann, sich aufgehalten und es möglich gemacht hat, sowohl den Reichstagssitzungen beizuwohnen als auch mit den ausserhalb der Stadt in Jablona residierenden Gesandten des Kurfürsten in Verkehr zu treten, von wo aus er dann ferner dem Kurfürsten und auch dessen damaligem Statthalter in der Mark, dem Fürsten Johann Georg von Anhalt, Berichte zugesendet hat[1]). Nach der Abreise v. Hoverbecks und v. Jena's von Warschau (Mitte Juli 1669) blieb er auf Befehl des Kurfürsten dort zurück, um dessen Geschäfte zu besorgen[2]), zunächst aber noch ohne officiellen Charakter. Er ist im September dem neuen Könige, als sich derselbe zur Krönung und dem sich an diese anschliessenden Reichstag nach Cracau begab, dorthin gefolgt und ist von dort aus, statt, wie ihm befohlen war, wieder nach Warschau zu gehen, zu dem Kurfürsten zurückgekehrt, jedenfalls um demselben von den feindlichen Anschlägen, welche damals in Polen gegen ihn geplant wurden, Bericht zu erstatten. Im Februar 1670 kehrte er nach Warschau zurück, mit einem Creditiv des Kurfürsten versehen, in welchem er als dessen Geschäftsträger am polnischen Hofe beglaubigt wurde[3]), König Michael hat ihn als solchen officiell anerkannt[4]), und er hat dann Gelegenheit gehabt, inmitten der schwierigen Verhältnisse, welche er vorfand, Geschicklichkeit und Gewandtheit und zuletzt gegenüber dem dort gegen den Kurfürsten auftretenden v. Kalckstein Verschlagenheit und kecke Entschlossenheit zu beweisen. Seine Theilnahme an der Entführung desselben hat dann freilich den polnischen Hof so gegen ihn aufgebracht, dass er, um der ihm drohenden Verhaftung zu entgehen, sich entschliessen musste (Anfang December 1670), sich aus Polen zu entfernen.

Die Relationen v. Brandts von Ende Juli 1669 bis Anfang December 1670 sowie die Rescripte des Kurfürsten an ihn und die in derselben Zeit zwischen diesem und dem Könige Michael gewechselten Schreiben bilden eine erste Gruppe innerhalb dieser zweiten Hauptabtheilung. Benutzt konnten für diese

[1]) S. v. Orlich II. S. 20ff.

[2]) Eus. v. Brandt an den Kf. (d. Warschau 18. Juli 1669): „Dass Ew. Chf. D. aus Gnaden entschlossen sein, mich zu dero Affairen alhier in Polen zu gebrauchen, und desshalben an Deroselben Gesandten gnädigsten Befehl ergehen lassen, mich bei ihrer Abreise alhier zu lassen, erkenne ich in unterthänigster Dankbarkeit."

[3]) Kf. an König Michael (d. Coloniae ad Spream 4./[14.] Januar 1670): Er hat v. Brandt beauftragt, ut R. M. Vestrae aulam sequatur atque ea, quae in rebus nostris ad Eandem subinde deferendis imposterum occurrant, R. M. Vestrae decenter exponat.

[4]) König Michael an den Kf. (d. Varsaviae 8. März 1670): non solum Nos illi benignos praestabimus aures, verum quicquid nomine eius postulaverit, libenter excipiemus.

Zeit auch die Materialien des Danziger Stadtarchivs werden und es sind in den Anmerkungen Auszüge aus denselben zur Ergänzung mitgetheilt worden. Auch in dieser Zeit ist das Verhältnis des Kurfürsten zu dem polnischen Hofe ein sehr gespanntes. Die Veranlassung hierzu hat nicht der neue König selbst gegeben, derselbe hat vielmehr oft genug seine Geneigtheit zur Unterhaltung freundschaftlicher Beziehungen und seine Hochachtung vor der Person des Kurfürsten und der Regententhätigkeit desselben kund gegeben, aber dieser König war ein junger unbedeutender Mensch und daher gänzlich von anderen abhängig, und die Verhältnisse haben es dahin geführt, dass von Anfang an gerade die schlimmsten Feinde, welche der Kurfürst in Polen hatte, jener Unterkanzler Olszowski, der schon in der letzten Zeit König Johann Kasimirs ihm immer entgegengewirkt hatte, daneben auch der jüngere Rode, der Sohn des von dem Kurfürsten gefangen gehaltenen Königsberger Schöppenmeisters, welcher schon vor Michaels Thronerhebung in dessen Dienst gestanden hatte, jetzt als dessen Kammerherr an den Hof kam und dort, freilich nur kurze Zeit, auch eine politische Rolle gespielt hat, ferner der Littauische Grosskanzler Pac, den leitenden Einfluss auf ihn ausgeübt haben. Auf Veranlassung der beiden ersteren hatte der König schon in der Abschiedsaudienz v. Hoverbecks und v. Jena's verschiedene alte Streitpunkte vorgebracht und dem Kurfürsten in dem für dieselben ausgestellten Recreditiv wiederum nicht den Titel: Herr von Lauenburg und Bütow gegeben, von ebendenselben, die auch mit den Unzufriedenen im Herzogthum Preussen in enger Verbindung stehen, weiter aufgereizt, beharrt er bei der Verweigerung dieses Titels und verlangt das Zusammentreten einer Kommission behufs Erledigung jener Streitpunkte. Der Kurfürst hat sich durch dieses unfreundliche, herausfordernde Benehmen nicht beirren lassen, sondern demselben gegenüber jetzt wie in der Folge eine ebenso ruhige wie feste Haltung eingenommen. Für ihn kam es vor allem darauf an, dass auch durch die neue polnische Regierung das staatsrechtliche Verhältnis anerkannt würde, welches durch die Wehlau-Bromberger Verträge zwischen ihm, als dem jetzt souveränen Herzoge von Preussen, und der polnischen Krone begründet worden war, und auf die Erreichung dieses Zieles hat er consequent alle seine Anstrengungen gerichtet. In jenen Verträgen selbst war[1]) für den Fall eines Thronwechsels in Polen die Erledigung zweier Akte vorgeschrieben worden, der Kurfürst hatte die Lehen von Lauenburg und Bütow zu recognoscieren und darauf hin aufs neue die Belehnung mit denselben zu empfangen, beide Theile

[1]) Hauptvertrag § 21: Atque hoc foedus perpetuum, quotiescunque novus rex Poloniae electus fuerit aut dux Prussiae in ducatu successerit, ab utraque parte renovabitur confirmabiturque juramento desuper praestito per deputatos in animam principalium jurantes. — Bromberger Ratification: Tenebitur autem et obligatus esse debebit praefectus ser. Elector ejusque successores, ad singulas successorum nostrorum Regum Poloniae coronationes consiliarios aut officiales suos mittere, qui hoc ipsum jus feudale de praefatis arcibus et oppidis ad regnum nostrum pertinens recognoscent et literas ejus recognitionis et renovationis feudi, quae gratis illis debent dari, a novis Regibus accipient.

aber hatten jene Wehlau-Bromberger Verträge neu zu bestätigen und zu beschwören. Der erste Akt hätte eigentlich bei Gelegenheit der Krönung des neuen Königs erfolgen müssen, da der Kurfürst aber zu dieser wegen des Streites um die Titelfrage keine officielle Einladung erhielt, so schickte er keine Gesandtschaft dazu nach Cracau, sondern liess nur v. Brandt als Privatmann sich dorthin begeben, kündigte aber schon im voraus dem Könige an, dass er, da diesmal die Lehnsrecognition bei der Krönung nicht erfolgen könne, nach derselben einen Bevollmächtigten zu diesem Zwecke nach Warschau senden werde. Schon die Vorgänge auf dem an die Krönung sich anschliessenden Reichstage, auf welchem sowohl die über ihre Zurücksetzung erbitterten hohen Würdenträger und Magnaten als auch ein Theil der Landboten heftige Opposition gegen die den Hof beherrschende Clique und auch schon gegen den König selbst erhoben und welcher schliesslich gesprengt wurde, liessen erkennen, dass der Kurfürst die Feindschaft des polnischen Hofes wenig zu fürchten brauchte. Infolge des üblen Ausganges dieses Reichstages und der schon damals heraufziehenden Gefahr eines Türkenkrieges lenkt dieser auch zunächst ein und giebt in der Titelfrage nach. Darauf richtet der Kurfürst[1]) ein freundliches Schreiben an den König, in welchem er denselben zu seiner Krönung beglückwünscht und anfragt, wann und wo derselbe wünsche, dass sowohl die Lehnserneuerung als auch die Bestätigung der Verträge vorgenommen werden solle. König Michael erwidert[2]) darauf in einem sehr wenig freundlich gehaltenen Schreiben, in welchem er sich zwar zur Erfüllung der vertragsmässigen Verpflichtungen bereit erklärt, aber verlangt, dass zunächst die von beiden Seiten erhobenen Ansprüche und Beschwerden erledigt würden und dass zunächst zu diesem Zwecke Verhandlungen geführt würden. Davon aber will der Kurfürst nichts wissen, und über diesen Punkt von hoher principieller Bedeutung kommt es nun zu einem langwierigen Streite, in welchem der Kurfürst mit der grössten Zähigkeit seinen einmal eingenommenen Standpunkt behauptet hat, während der polnische Hof, je nachdem sich die inneren und äusseren Verhältnisse günstiger oder ungünstiger für ihn gestalteten, eine wechselnde Haltung eingenommen hat und sich doch endlich zur Nachgiebigkeit hat entschliessen müssen. Die durch diesen Streit herbeigeführte Spannung ist dann noch verstärkt worden durch die Kalcksteinsche Angelegenheit[3]). Im März 1670 kommt der preussische Edelmann und ehemalige polnische Oberst Christian Ludwig v. Kalckstein, welcher infolge von Angebereien seiner eigenen Geschwister in Preussen in einen Hochverrathsprocess verwickelt, zu lebenslänglichem Gefängnis verurtheilt, aber von dem Kurfürsten gegen die Verpflichtung, eine Strafsumme zu bezahlen und sich nicht von seinen Gütern zu entfernen, begnadigt worden war, unter Ver-

[1]) S. unten das Schreiben des Kf. an den König vom 10./20. November 1669.

[2]) D. Cracoviae 31. November 1669 (Zaluski, Epistolae hist. familiares I. S. 218 f.).

[3]) Vgl. darüber jetzt Paczkowski, Der grosse Kurfürst und Christian Ludwig von Kalckstein (Forsch. zur brandenb. und preussischen Geschichte II, 2 S. 103 ff.) und Hirsch, Zur Geschichte Christian Ludwigs v. Kalckstein (ebendas. III, 1 S. 248 ff.).

letzung dieser Verpflichtung nach Warschau, sucht aufs neue Anstellung im polnischen Dienste, erhebt dort aber zugleich laute Klagen sowohl über das eigene erlittene Unrecht, als auch über das tyrannische Regiment, welches der Kurfürst in Preussen führe, er gebehrdet sich als der Wortführer der unter diesem Joche seufzenden Preussen und sucht den König und den polnischen Adel gegen den Kurfürsten aufzureizen. Der Unterkanzler, welcher in ihm ein nützliches Werkzeug zu finden glaubt, um dem Kurfürsten in Polen wie in Preussen Schwierigkeiten zu bereiten, gewährt ihm seinen Schutz, dagegen wirken ihm sowohl v. Brandt als auch einige in polnischem Dienste stehende preussische Edelleute entgegen und weisen auf seine wenig rühmliche Vergangenheit hin. der König, so von zwei Seiten her in entgegengesetzter Weise beeinflusst, zugleich geängstigt durch die Umtriebe der ihm feindlichen, auf seinen Sturz sinnenden Partei unter den polnischen Grossen und voll Furcht, dass diese, die schon mit Frankreich in Verbindung stehen, auch bei dem Kurfürsten Unterstützung finden könnten, zeigt sich schwankend, er will sich zwar zu der von dem Kurfürsten verlangten Auslieferung Kalcksteins nicht verstehen, aber er gewährt diesem auch weder die gewünschte Anstellung noch Zutritt bei Hofe, er äussert sich sogar (Anfang Mai 1670) gegen v. Brandt so, als wenn er doch geneigt sei, dem Verlangen des Kurfürsten sowohl in dieser Angelegenheit als auch in der Frage der Confirmation der Pacten zu willfahren, er setzt dann bald darauf einen bestimmten Termin für die Lehnsrecognition fest und kündigt die Abschickung eines Gesandten an den Kurfürsten an. Wirklich kommt auch, nachdem ein durch das falsche Gerücht von einem feindlichen Anzuge des Kurfürsten gegen Polen verursachter Zwischenfall erledigt ist, im Juni der dem Kurfürsten wohlgesinnte littauische Unterstallmeister Morstein nach Berlin, und wenn derselbe auch infolge eines ihm nachträglich auf Anstiften des Unterkanzlers zugegangenen Auftrages für Kalckstein Verwendung einlegen muss, diese aber vom Kurfürsten kurz zurückgewiesen wird, so bringt er doch günstige Eindrücke von der Gesinnung und den Absichten des Kurfürsten nach Warschau zurück, und auch dieser hält jetzt die Gelegenheit für günstig, um am polnischen Hofe die Bestätigung der Verträge durchzusetzen. Er sendet daher Ende Juni v. Hoverbeck begleitet von dem preussischen Hofrichter Albrecht v. Ostau nach Warschau, um die Lehnserneuerung vorzunehmen und die Bestätigung der Verträge zu betreiben. Die im Auszuge mitgetheilten Akten dieser Gesandtschaft zeigen, dass die Hoffnung des Kurfürsten sich nicht erfüllt hat. Inzwischen hat nämlich der Unterkanzler seinen alten Einfluss am Hofe wiedererlangt, auf sein Betreiben werden den Gesandten, schon ehe es wirklich zur Lehnserneuerung kommt, alle möglichen Schwierigkeiten in den Weg gelegt, als sie dann aber versuchen, auch die Erneuerung der Verträge durchzusetzen, wird wieder die Forderung erhoben, dass erst die beiderseitigen Ansprüche und Beschwerden erledigt werden müssten, und sie müssen schliesslich nach langen Verhandlungen, nachdem die zwischenein sich eröffnende Aussicht, den Unterkanzler durch Bestechung zu gewinnen, nicht in Erfüllung gegangen ist, Mitte August unverrichteter Sache wieder abreisen.

In den letzten Monaten des Jahres 1670 spielt in der hier weiter mitge-

theilten Correspondenz v. Brandts mit dem Kurfürsten wieder die Kalcksteinsche Angelegenheit die Hauptrolle. Kalckstein hat sich im Mai infolge der damaligen ungünstigen Aussichten aus Warschau entfernt, kehrt aber im September dorthin zurück, erneuert auf dem damals dort versammelten Reichstage seine aufreizende Thätigkeit, giebt sich geradezu für den Bevollmächtigten der preussischen Stände aus und überreicht angeblich in deren Namen dem Könige und den Landboten Schriften voll von Schmähungen und Beschwerden über den Kurfürsten. Dieser bemüht sich aufs neue, von dem polnischen Könige die Auslieferung des Flüchtlings zu erwirken, ermächtigt aber zugleich v. Brandt, den er schon früher aufgefordert hat, denselben heimlich nach Preussen fortschaffen zu lassen, zur Ausführung eines von jenem mit zwei polnischen Officieren zu diesem Zwecke verabredeten Gewaltstreiches. König Michael zeigt wieder dieselbe schwankende Haltung wie sonst, er äussert sich anfangs gegen Brandt günstig, lässt sich dann aber doch wieder von dem Unterkanzler bestimmen, in einem im hochmüthigsten Tone gehaltenen Schreiben [1]) die Auslieferung Kalcksteins geradezu zu verweigern. Wenige Tage darauf benutzt Brandt, welcher jenen früheren, mit den polnischen Officieren verabredeten Anschlag nicht hat ausführen können, die Sorglosigkeit, in welche sich Kalckstein durch seine arglistigen Vorspiegelungen hat wiegen lassen, um (28. November) denselben, allerdings eigenmächtig [2]) und ohne Befehl, in seiner Wohnung bei hellem lichten Tage mit Hülfe des Rittmeisters Montgommeri und einiger brandenburgischer Dragoner, welche er zu diesem Zwecke schon mehrere Wochen in seinem Hause verborgen gehalten hatte, zu überfallen und nach Preussen fortführen zu lassen. Seine Versuche, die Sache zu vertuschen, wenigstens seinen Antheil an der That zu verheimlichen, gelingen aber nicht und er muss, um der ihm drohenden Verhaftung zu entgehen, am 4. December Warschau verlassen und sich nach Preussen begeben.

Mit seinem Fortgange hört die Art des diplomatischen Verkehrs, welche zuletzt zwischen dem brandenburgischen und dem polnischen Hofe bestanden hatte, auf. Der über Brandts Benehmen auf das höchste aufgebrachte polnische König will weder diesen noch überhaupt einen ständigen Residenten des Kurfürsten weiter an seinem Hofe dulden, hebt sogar den bisher von brandenburgischen Reitern versehenen directen Postverkehr zwischen Warschau und Königsberg auf. Der Kurfürst muss so wieder einer Persönlichkeit untergeordneten Ranges, Christoph Wichert, die Erledigung der nothwendigsten Geschäfte, die Beförderung der Postsachen und die Berichterstattung über die dortigen Vorgänge, übertragen, sein Verkehr mit dem polnischen Hofe aber wird hinfort nur durch Schreiben oder durch besondere Gesandtschaften vermittelt.

Gegenstand desselben ist zunächst weiter die Kalcksteinsche Angelegenheit.

---

[1]) D. Varsaviae 24. November 1670 (Zaluski I. S. 275ff.). Gegen die irrige Behauptung Paczkowski's, dass dieses Schreiben gar nicht abgegangen sei, s. Hirsch (Forsch. z. brand. und preuss. Gesch. III, 1 S. 267).

[2]) S. Hirsch a. a. O. S. 266; was Paczkowski S. 279 dagegen anführt, ist nicht stichhaltig.

In der ersten Aufwallung nach dem Bekanntwerden der Gewaltthat hat man[1]) im Rathe des Königs daran gedacht, Brandt gefangen zu setzen und mit gewaffneter Hand den dem Könige und der Republik angethanenen Schimpf zu rächen, allein bei ruhigerer Ueberlegung ist man sehr bald zu der Erkenntnis gekommen[2]), dass angesichts der feindlichen Haltung der Gegner, welche der Hof in Polen selbst hatte, und der drohenden Gefahr eines Krieges mit den Tataren und Türken es wenig gerathen sei, sich noch einen mächtigen Feind auf den Hals zu ziehen, man lässt daher Brandt abziehen und versucht auf diplomatischem Wege Genugthuung zu erlangen. Der König schreibt zunächst an die Preussische Regierung[3]) und fordert von dieser unter dem Ausdruck der lebhaftesten Entrüstung über die an Kalckstein verübte Gewaltthat die Zurücklieferung desselben und die Auslieferung oder gebührende Bestrafung der Thäter, und als diese darauf ausweichend antwortet, ihr sei über jene That nichts Näheres bekannt, sie werde aber eine Untersuchung anstellen und an den Kurfürsten berichten, wird beschlossen[4]), an diesen selbst einen Gesandten, den Unterkämmerer von Warschau Albert Opacki, eine Creatur des Unterkanzlers, zu senden. Als derselbe eben im Begriff ist abzureisen, kommt ein Schreiben des Kurfürsten in Warschau an, in welchem dieser sich bitter darüber beklagt, dass seine Bemühungen, Kalcksteins Auslieferung zu erlangen, vergeblich gewesen seien, die Fortführung desselben, über deren nähere Umstände er freilich erklärt noch nicht unterrichtet zu sein, als eine von ihm wohl verdiente Strafe rechtfertigt und nähere Mittheilungen durch Brandt, dem er gleichzeitig, in der That noch ohne Kenntnis von der Art, wie sich derselbe an der That betheiligt hat, nach Warschau zurückzukehren befiehlt, in Aussicht stellt. Dieses Schreiben erregt am Hofe die grösste Bestürzung, man besorgt, dass der Kurfürst feindliche Absichten hege, selbst nach Preussen kommen, gegen Elbing vorgehen wolle, man behält daher Opacki zurück, lässt in Elbing und auch sonst im Königlichen Preussen Vertheidigungsanstalten treffen, schickt dann aber doch Opacki nach Berlin. Jene Befürchtungen erweisen sich jedoch als unbegründet, bald darauf treffen zwei neue Schreiben des Kurfürsten an den König, darunter ein eigenhändiges ein, in welchen derselbe allerdings erklärt, dass er Kalckstein nicht herausgeben könne, aber auf das feierlichste versichert, dass dessen Fortführung ohne sein Wissen und Willen erfolgt sei, dass er noch immer keine nähere Nachricht von dem Hergange erhalten habe, aber bereit sei, falls die Seinigen, namentlich Brandt, dabei etwas „Unverantwortliches" gethan hätten, dieselben in gebührender Weise zu bestrafen. Diesen Standpunkt behauptet der Kurfürst auch in den folgenden im Februar mit Opacki geführten Verhandlungen, deren Akten unten abgedruckt sind. Er erwidert auf dessen

[1]) S. unten Scultetus' Relation vom 11. Februar 1671.

[2]) S. den Bericht des Danziger Sekretars Wider vom 5. December 1670 bei Hirsch, a. a. O. S. 271.

[3]) D. Varsaviae 5. December 1670 (Zaluski I. S. 278f.).

[4]) S. die Berichte des Danziger Subsyndicus Stodert bei Hirsch S. 271.

Beschwerden und Forderungen[1]), dass der König verpflichtet gewesen sei, wegen des verbrecherischen Treibens Kalcksteins denselben ihm auszuliefern, dass aber — und dieses zu versichern, war er in der That formell berechtigt[2]) — die gewaltsame Fortführung desselben nicht auf seinen Befehl erfolgt sei, und dass er die Thäter vor Gericht stellen und bestrafen lassen werde. Inbetreff der verlangten Zurücklieferung Kalcksteins giebt er keine bestimmte Antwort, sondern er erklärt, darüber durch einen demnächst nach Warschau zu schickenden Gesandten weiter verhandeln zu wollen. Diese Zusagen hat er allerdings nachher nicht gehalten, gegen Brandt und Montgommeri hat er[3]) nur, nachdem ihnen Zeit und Gelegenheit gelassen war, sich in Sicherheit zu bringen, einen Scheinprocess führen lassen und jene angekündigte Gesandtschaft, welche er ursprünglich wirklich beabsichtigt hat abgehen zu lassen, hat er zunächst, da der König Warschau verlassen und sich zur Armee begeben hatte, aufgeschoben und nachher gänzlich unterlassen, inzwischen aber dem in Memel in strengster Haft gehaltenen Kalckstein den Process machen lassen, so dass König Michael in der That Grund gehabt hat, sich nachher immer darüber zu beklagen, dass ihm die versprochene Genugthuung nicht geleistet sei. Das Verhältnis des Kurfürsten zu dem polnischen Hofe bleibt daher, wenn auch der letztere bei den inneren und äusseren Gefahren, die ihn fortgesetzt bedrohen, sich hütet, es zu einem offenen Bruche kommen zu lassen, ein sehr gespanntes. Eben desshalb sucht der Kurfürst, freilich in sehr behutsamer Weise, eine Verbindung mit den Gegnern des Hofes in Polen selbst zu unterhalten, namentlich um sich über die Absichten und die Machtmittel derselben zu unterrichten und um den Bemühungen des Hofes, den niederen Adel gegen ihn einzunehmen und aufzureizen, entgegenzuwirken. Diesem Zwecke dienen die wiederholten Sendungen des Scultetus, zuerst im Februar, dann im Juni, dann wieder im August und endlich im December 1671, nach Grosspolen, dessen Relationen in chronologischer Folge den übrigen Aktenstücken aus dieser Zeit eingereiht sind. Diese letzteren betreffen ausser der Kalcksteinschen Angelegenheit, welche fortgesetzt weiter zur Sprache kommt, hauptsächlich zwei Punkte, die Bestätigung der Wehlau-Bromberger Verträge und die Türkenhülfe. Der Streit über den ersten Gegenstand welchen König Michael dadurch erneuert hatte, dass er bei Gelegenheit jener Sendung Opacki's durch diesen wieder die Forderung hatte stellen lassen, dass zunächst durch eine Kommission die beiderseitigen Ansprüche und Beschwerden erledigt werden sollten, ist längere Zeit ergebnislos, ohne dass einer von beiden Theilen von seiner Forderung zurückgetreten wäre, fortgesetzt worden, bis endlich die Türkengefahr den polnischen Hof zur Nachgiebigkeit genöthigt hat. Schon seit vielen Jahren kämpfte man polnischerseits gegen die aufständischen Kosacken in der Ukraine, diese hatten früher an

[2]) Dafür, dass der Kurfürst anfangs Opacki in so schroffer Weise entgegengetreten wäre, wie dieses Pufendorf XI. § 104 S. 863 erzählt, haben sich in den Akten keine Belege finden lassen.

[1]) S. Hirsch a. a. O. S. 266

[3]) S. Paczkowski (Forsch. III. 2). S. 109 ff.

Russland eine Stütze gehabt, hatten diese aber, nachdem der polnisch-russische Krieg 1667 durch den Frieden von Andrussow beendigt und in demselben der westlich vom Dniepr gelegene Theil der Ukraine Polen zugesprochen worden war, verloren und sich nun an die Türkei gewendet, der Hetman Doroszenko hatte die Oberherrlichkeit des Sultans anerkannt und war dafür von diesem in seinen Schutz aufgenommen worden. König Michael aber wollte ebensowenig wie sein Vorgänger die Ansprüche auf die Ukraine aufgeben, sondern setzte, nachdem Unterhandlungen, welche er mit den Kosacken angeknüpft hatte, gescheitert waren, den Krieg gegen dieselben fort, obwohl er befürchten musste, dadurch auch den türkischen Sultan, von dessen Rüstungen sich schon längst beunruhigende Gerüchte verbreitet hatten, zu Feindseligkeiten zu reizen. Er nahm daher schon im Juni 1670 unter Hinweis auf den Aufstand der Kosacken und die weitere vom Orient her drohende Kriegsgefahr die vertragsmässige Hülfe des Kurfürsten in Anspruch. In der That war dieser, als Herzog von Preussen, durch die Wehlau-Bromberger Verträge verpflichtet, dem Könige und der Republik Polen in allen Kriegen, welche dieselben zu führen hätten, ein Hülfscorps von 1500 Mann Fussvolk zu stellen [1]), welches aber, sobald es die Grenze überschritten hatte, von Polen zu unterhalten war. Der Kurfürst erwiderte darauf, dass es verwunderlich erscheine, wenn von polnischer Seite die Bestätigung der Verträge unter nichtigen Vorwänden verzögert, andererseits aber doch auf Grund derselben seine Bundeshülfe in Anspruch genommen werde, dass er indessen doch bereit sei, falls es wirklich zum Kriege kommen sollte, seine Truppen zu schicken, er sprach zugleich das Vertrauen aus, dass wegen des diesen Truppen von Polen zu leistenden Unterhaltes eine Vereinbarung getroffen und dass endlich an die vollständige Erfüllung der Verträge, namentlich an die Bestätigung derselben, die letzte Hand werde angelegt werden. Der polnische Hof glaubte damals wirklich den Türkenkrieg so nahe bevorstehend, dass er auf eine erneute Aufforderung, welche der Kurfürst durch seinen preussischen Statthalter, den Herzog von Croy, an ihn ergehen liess, zuvörderst wegen einer Vereinbarung über den seinen Hülfstruppen zu liefernden Unterhalt Kommissare an die Grenze zu schicken, Ende August jenen Opacki nach Königsberg sandte. Der Recess über die zwischen diesem und den Bevollmächtigten des Kurfürsten geführten Unterhandlungen ist unten mitgetheilt, zu einer wirklichen Uebereinkunft kam es damals nicht, da Opacki auf die von den brandenburgischen Kommissaren gestellten Forderungen und Bedingungen erklärte, soweit nicht instruiert zu sein und daher zunächst dem Könige darüber berichten zu müssen. Trotzdem lässt der Kurfürst sofort die nöthigen Vorbereitungen treffen, damit

[1]) In dem 12. Artikel des Hauptvertrages (Pufendorf VI. § 78 S. 384) war festgesetzt worden: Quoties autem finito hoc bello novum aliquod aliud bellum contra Ser. Regem ac Rempublicam Poloniae orietur, Sua Serenitas Electoralis ejusque Descendentes tenebuntur mille quingentos pedites et quingentos equites Ser. Regi ac Regno Poloniae subministrare; quibus postquam ex Ducatu, Prussia Ducalis, educti fuerint, Rex Regnumque Poloniae sustentationem subministrabunt. Durch die Specialconvention wegen Elbing aber (§ 81 S. 389) war diese Zahl um 500 Reiter vermindert worden.

1500 Mann, 1000 zu Fuss, 100 Reiter und 400 Dragoner, zum Abmarsch bereit ständen. Die erwartete Antwort des Königs auf jene Forderungen aber trifft nicht ein, am polnischen Hofe ist man, nachdem es sich herausgestellt hat, dass der türkische Angriff noch nicht so unmittelbar bevorstehe, und nachdem man gegen die Kosacken glückliche Erfolge errungen hat, wieder anderen Sinnes geworden, man ist jetzt sehr wenig erfreut über die von dem Kurfürsten bekundete Bereitwilligkeit und über den günstigen Eindruck, welchen dieselbe bei dem polnischen Adel machen muss, und erklärt daher schliesslich, dass in diesem Jahre die Hülfeleistung noch nicht nöthig sei. Dem Kurfürsten aber sind doch die damaligen Zeitumstände günstig genug erschienen, um einen neuen Versuch zu machen, die Bestätigung der Verträge durchzusetzen, und er sendet zu diesem Zwecke zu Beginn des neuen Jahres 1672 v. Hoverbeck, dem einige Wochen später auch der Hauptmann von Lötzen v. Tettau folgt, nach Warschau. Die Akten dieser Gesandtschaft, welche die aus dem Jahre 1672 mitgetheilten Schriftstücke eröffnen, zeigen, wie sehr man sich auch jetzt am polnischen Hofe gesträubt hat, dem Begehren des Kurfürsten zu willfahren, wie man daher die Verhandlungen so lange als möglich hingezogen, schliesslich aber sich doch durch die immer dringenderen Gefahren von aussen und innen her, den jetzt wirklich bevorstehenden Ausbruch des Türkenkrieges und die Umtriebe der Malcontenten, welche aufs neue im Einvernehmen mit Frankreich den Sturz des Königs und die Erhebung eines französischen Prinzen, des Herzogs von Longueville, auf den polnischen Thron betreiben, zur Nachgiebigkeit genöthigt gesehen hat. Am 24. März erfolgt die Beschwörung der Verträge, v. Hoverbeck bleibt darauf noch in Warschau, um, dem Erbieten des Kurfürsten gemäss, nun, nachdem jene Bedingung erfüllt ist, über die beiderseitigen Ansprüche und Beschwerden in Verhandlung zu treten. Seine Relationen aus dieser späteren Zeit sind nicht erhalten, wie es scheint ist es damals, da jetzt der Türkenkrieg alle anderen Interessen in den Hintergrund drängt, zu solchen Verhandlungen garnicht gekommen. Die weiteren Aktenstücke aus diesem Jahre beziehen sich zunächst auf eine neue Sendung des Scultetus im April 1672 nach Grosspolen an den Grosskanzler, deren Zweck wieder ist, die Pläne der Malcontenten kennen zu lernen, sodann aber auf die weiteren Verhandlungen über die Türkenhülfe. Dieselben werden anfangs sowohl von polnischer Seite als auch von dem Kurfürsten, welcher jetzt im Begriff steht gegen Frankreich zu Felde zu ziehen, daher einen Theil seiner bisher in Preussen stehenden Truppen von dort abgerufen hat und Bedenken trägt, dieses Land ganz von Truppen zu entblössen, hingezogen, endlich aber veranlasst die schwere Bedrängnis Polens durch das gewaltige türkische Heer, welches nach der Einnahme von Kaminiec bis Lemberg vorgedrungen ist, den Kurfürsten doch, im September ein Corps von 1000 Mann zu Fuss und 500 Dragonern unter dem Grafen Friedrich v. Dönhoff dem Könige zu Hülfe zu senden. Obwohl dasselbe wegen des Friedensschlusses, zu dem sich dieser im November versteht, zu keiner Verwendung im Felde kommt, sondern nur in Folge der mangelhaften Verpflegung schwer zu leiden hat, so sind doch die im Auszuge mitgetheilten Relationen Dönhoffs wegen der Nachrichten, welche sie über die da-

maligen Zustände in Polen und über die Vorgänge im polnischen Lager enthalten, von grossem Interesse, ebenso die Berichte des wiederum Ende September und dann noch einmal im November zu dem Grosskanzler geschickten Scultetus, aus denen man erkennt, welche Verzweiflung sich damals in Polen der Gemüther bemächtigt hat, wie man schon eine vollständige Auflösung und Theilung des Reiches fürchtet, wie der Kurfürst aufgefordert wird, an derselben Theil zu nehmen, und wie derselbe, obwohl er damals durch den französischen Krieg vollauf beschäftigt ist, sich doch keineswegs ganz ablehnend gegen diese Anerbietungen verhalten, sondern sein Augenmerk auf die Erwerbung des polnischen Preussens gerichtet hat.

Von den aus dem Jahre 1673 mitgetheilten Aktenstücken betreffen die ersten die Sendungen des Scultetus zu dem Grosskanzler Lesczynski im Januar und des Grafen Dönhoff zu dem Grossfeldherrn Sobieski im Mai. Beide sind dazu bestimmt, die polnischen Malcontenten, welche sich inzwischen zum Schein mit dem Hofe ausgesöhnt haben, aber auf den Kurfürsten wegen der dem letzteren geleisteten Hülfe argwöhnisch sind, von feindlichen Schritten gegen denselben abzuhalten und zugleich deren jetzige Absichten zu erkunden. Die übrigen betreffen die weiteren Verhandlungen über die Türkenhülfe. König Michael hat sich entschlossen, den ungünstigen im vorigen Jahre abgeschlossenen Frieden nicht zu halten, er nimmt daher schon im Juni aufs neue die Bundeshülfe des Kurfürsten in Anspruch, und dieser, der inzwischen mit Frankreich den Frieden zu Vossem abgeschlossen hat, erklärt sich nicht nur bereit, die vertragsmässige Zahl von Hülfstruppen, sondern, nachdem vom Kaiser die Zahlung von Subsidien in Aussicht gestellt ist, noch ein grösseres Hülfscorps zu senden. Verhandlungen darüber werden zuerst Ende Juli und dann wieder im September mit dem als Gesandter an den Hof des Kurfürsten geschickten Morstein geführt, wiederum aber zögert der polnische Hof, sich auf die von dem Kurfürsten gestellten Bedingungen zu entscheiden, und lehnt schliesslich, obwohl erst im Spätherbst der anstelle des todkranken Königs von Sobieski geleitete Feldzug begonnen wird, die Hülfe des Kurfürsten ab.

III. Brandenburg und Polen. 1664—1673.

a. Schriftwechsel mit König Johann Kasimir. September—November 1664.

Der Kurfürst an den König von Polen. D. in arce nostra Colonia ad Spream 16./[26.] September 1664.

(Conc. J. v. Hoverbeck.)

[Beschwerde darüber, dass der König verleumderischen Gerüchten Glauben schenke.]

26. Sept. Cum saepius Ser.^{mae} Reg.^{ae} Maj.^{ti} V.^{ae} sincerum nostrum affectum factis probarimus inaniumque rumorum nubes evidentibus toties discusserimus experimentis, securiores utique conscientia ejusdem facti viximus, quam ut dubitare vel opinari quidem contigerit, Reg.^{am} Maj.^{tem} V.^{am} eis, qui inter nos dissidium quaerunt, aures praebituram nodum fidem daturam esse. Tanto itaque magis aegrescit animus, ubi haud incertis ad nos defertur authoribus, Reg.^{am} Maj.^{tem} V.^{am} publice subinde de nobis queri, quasi cum suis in perniciem Reipublicae consilia conferamus hostibus, quod vel infimae sortis homo equidem de se dici aegre aequo ferat animo, nos vero non possumus, quin dolorem hisce nostrum exaremus, quod Reg.^{a} Maj.^{tas} V.^{a} inimicorum nostrorum dolis eousque se circumduci patiatur. Speramus autem, Reg.^{am} Maj.^{tem} V.^{am} tranquillandis utrinque animis novorum nobis authores detecturam rumorum nec imposterum de nobis quicquam sibi persuaderi passuram, quod a probata a nobis amicitia alienum nobisque indignum sit. —

König Johann Kasimir an den Kurfürsten. D. Warsauiae 17. October 1664.

[Die beiderseitigen Verhandlungen mit Schweden. Beschwerde über den Verdacht wegen Gestattung des Durchzuges der Tataren. Des Kf. Verbindung mit Unterthanen des Königs.]

Duarum litterarum amico commercio potiri nos fecit Serenitas Vestra, 17. Oct.
quarum prima[1]) id postulare placuit, ut in nouo hoc cum Ser. rege Succiae — foedere, quod contra communem hostem nostrum magnum videlicet ducem Moschorum inire constituimus[2]), Ser.tis quoque V.rae eiusque dominiorum condignam rationem haberemus, eidemque foederi Ser.tem V.ram una cum prouinciis et dominiis suis insereremus. Quod ipsum non illibenter (quantum in nobis erit) praestare parati sumus, ubi Ser.tas V.ra ipsa quoque nouo huic foederi accedere et obligationem in se suscipere uoluerit, bello praedictum hostem una nobiscum prosequendi armisque mutuis eundem ad aequas pacis conditiones adigendi. Caeterum pacta haec foederaque ista noua futura nihil antiquis et recentibus praeiudicare debere certo sibi Ser.tas V.ra persuadeat. Et si in animum suum talia passa est Ser.tas V.ra induci, fidei potius publicae ut insistat Ser.tas V.ra (cuius nunquam naufragrium fecimus) oramus, quam maleuolorum apocryphis insimulationibus, qui nuper etiam falsis delatis rumoribus, quasi transitum liberum Tartaris in prouincias uicinas easque amicas concessissemus, cum Ser.tem V.ram tum totum Imperium insulso turbauerant. Quanto iustius pulsare animum nostrum potuit immo debuit huiusmodi suspicio, dum nuper et forsitan ad hunc usque diem per generosum Crocouium[3]) Ser.tis V.rae Ablegatum Aula Suecica solicitatur ad nouanda secum foedera, de his tamen studiose reticuimus, libertati cuiusvis id relinqui debere statuentes, ut cuique jure suo uti integrum sit tam nouos facere amicos quam firmare antiquos, tanto vero magis confisi Ser.is V.rae cum publice tum priuatim datae ac religionis sacramento firmatae fidei, quod in ullum eiusdem praeiudicium coalescere debebant eiusmodi infecta in huc usque foedera. Quod attinet contenta secundae[4]) Ser.tis V.rae

[1]) Vom $\frac{30.\text{ August}}{9.\text{ September}}$ 1664, in den Akten nicht erhalten.

[2]) S. über die kurz vorher mit dem nach Warschau geschickten schwedischen Gesandten Palbitzki geführten Unterhandlungen, welche schliesslich erfolglos geendigt hatten, Carlson, Gesch. Schwedens IV. S. 445; Urk. u. Act. IX. S. 783 ff.

[3]) S. Urk. u. Act. IX. S. 733 ff.

[4]) Vom 16./26. September 1664, s. oben S. 236.

epistolae, diffiteri non possumus, multa de alieno a nobis Ser.tis V.rae animo circumferri, id vero plus quam notum nobis esse, nonnullos subditorum nostrorum eo dementiae venire, ut iacta fiducia in praesumpta Ser.tis V.rae protectione non civiles gerere et sumere animos audeant. Verum ut hactenus foris domique rebus perturbatis diuinam fauentem nobis tam euidentibus documentis experti sumus Prouidentiam, eidem plane confisi quosuis insultus constanti animo ferre paramus. —

Der Kurfürst an den König von Polen. D. Coloniae ad Spream 18./[28.] November 1664.

(Conc. O. v. Schwerin.)

[auf das Schreiben vom 17. Oct. Rechtfertigung gegen die in demselben enthaltenen Anklagen und Verdächtigungen.]

28. Nov. Responsoriae Reg. Maj.tis V.rae ad nos Varsaviae die 17mo Octobris datae literae, cum initio de syncero ejusdem in nos affectu et amicitia securos nos esse jubeant, gratissimae nobis fuerunt, nec minus tamen easdem summopere nos affecisse et commovisse diffiteri possumus, ubi iniquos iuxta ac falsos antehac de nobis vulgatos rumores non omnino nullam apud Reg.am Maj.tem V.ram invenisse fidem ex iisdem percepimus. Amoris et affectus Reg.ae Maj.tis V.rae erga nos testimonium satis amplum praebet, quod inclusionem nostram in novum, quod cum Sueciae rege agitatur, foedus non omnino rejecerit, de quo negotio uberius mentem nostram declarabimus, ubi de eodem in proximis regni comitiis, in quibus absque dubio de hoc negotio tractabitur, certiores facti fuerimus. Unicus quoque hic fuit literarum, quas die 30mo Augusti ad Reg.am Maj.tem V.am dedimus, scopus, nec unquam nobis in mentem venit, quicquam a Reg.a Maj.te V.ra tractatum vel actum, quod nobis praejudicio esse possit, eoque gravius tulimus, non defuisse malevolos, qui alienum prorsus literis nostris affingerent sensum.

Quod de Tartarorum per provincias Reg.ae Maj.tis V.rae in Imperii terras sollicitato vel obtento libero transitu haud ita pridem divulgatum nunciavimus, in eo nihil omnino a nobis Reg.ae Maj.ti V.rae imputatum est iniquius. Ut autem nostris propterea Reg.am Maj.tem V.ram compellaremus literis, plures erant nobis causae. Nec enim fas nobis erat officium hoc flagitantibus illud a nobis S. Rom. Imperii Electoribus et Principibus denegare impositaeque nobis pro salute et securitate Imperii curae deesse. Opinabamur praeterea, Reg.am V.ram Maj.tem Tartaris transitum hunc propte-

foedus, quod contra Moscum Reg.ae Maj.ti V.rae et Reipublicae cum illis intercedit, postulantibus eo facilius majorique specie et gratia denegare potuisse, quod Sac.ae Caesareae Maj.tis et Imperii statuum oppositionem et offensionem exinde Respublica timeret.

Factam a nobis ante biennium et quod excurrit in Sueciam ablegationem quod attinet, nihil certe causae est, quod ulla ratione animum Reg.ae Maj.tis Vrae illa pulsare nobisque alieniorem reddere debeat. Nihil hactenus ibidem arcani, nihil Reg.ae Maj.ti V.rae et Reipublicae exitiosi, vel quod ullo modo fraudi esse queat actum est. Omnia potius in hunc usque diem eo fine gesta, ut publica tranquillitas tantaque mole stabilita pax illibata conservaretur. — Quam vero et hic non defuerimus officio nostro et quam solicita cura id semper egerimus, ne quid esset, quod vel umbram saltem mutati in nobis vel alienati animi praebere posset, testari poterunt literae nostrae [1]), quas eodem tempore, quo de hoc negotio restaurandaque cum Ser.mo Sueciae rege amicitia agi primum coeptum est, ad Reg.am Maj.tem V.ram dedimus quibusque nihil aliud intendimus, quam ut eidem constaret, quam nihil nos eorum, quae cum exteris et vicinis utrique parti statibus agimus, ignorare Reg.am Maj.tem V.ram, quo etiam affectu dignitatem et amicitiam ejusdem colere statuerimus. Gratum quoque Reg.ae Maj.ti V.rae tum fuisse hoc nostri cultus et synceri animi officium testatur amica plane propensique in nos affectus plena ex arce Mohilowiensi die 11mo Aprilis ad nos exarata responsio. — Eo magis inexpectatum nobis accidit, quod ex fine literarum Reg.ae Maj.tis V.rae perspexerimus, superesse adhuc, qui cultam hactenus syncero a nobis affectu — amicitiam sinistris divellere rumoribus, suspicionumque imo dissidiorum fomitem excitare inter nos satagant. Non possumus non iniquissimo ferre animo, famam nostram ab hujusmodi criminibus hactenus immunem a male feriatis calumniatoribus tam diris dilacerari modis. Illud autem omnium nobis gravissime accidit, quod Reg.a Maj.tas V.ra, cui plurimis documentis synceritas nostra quam perspectissima esse debebat, et quae callidas juxta ac falsas inimicorum nostrorum technas toties experta est, non omnem omnino illis jam fidem detrahere videatur, nec a vero eandem multum abesse putare, contumaces regni subditos fiducia nostrae protectionis parum civiles gerere et sumere animos. Verbis certe exprimere non possumus, quem nobis dolorem graves hae germanoque nostro candore et infucata mente penitus indignae accusationes fuerint

[1]) Dieses Schreiben ist ebensowenig wie die Antwort des Königs darauf in den Akten erhalten.

causatae. Cum itaque hujusmodi contra nos adinventas artes nostramque juxta innocentiam Orbi exponi tum nostra tum Reg.ae Maj.tis Vestrae et Reipublicae intersit, etiam atque etiam Reg.am V.ram Maj.tem quo possumus studio rogatam volumus, velit nostrae die 16to mensis Septembris factae requisitioni locum relinquere authoremque et inventorem hujusmodi rumorum nobis denominare, ut integritati illibatae hactenus famae et honoris nostri consulere possimus. —

b. Gesandtschaft v. Hoverbecks und v. Bonins. December 1664—Mai 1665.

Instruction, wonach sich unsere — Geh. Räthe [Joh. v. Hoverbeck und Georg v. Bonin[1])] bei der Gesandtschaft auf den gegen den 26./16. Novembris dieses Jahres in Polen angesetzten Reichstag zu achten und ihre Negociation allenthalben zu richten haben werden. D. Cöln. a. d. Spree 2./[12.] December 1664.

(Conc. J. v. Hoverbeck.)

12. Dec. Sie sollen ihre Reise nach Warschau dergestalt beschleunigen, dass sie gegen Anfang des Reichstages[2]) daselbst anlangen.

Sie sollen vor allem das zwischen dem Könige und Kf. durch dessen Feinde gestiftete Misstrauen zu beseitigen sich bemühen, zu dem Zwecke bei der Privataudienz sowohl den König als auch die Königin daran erinnern, wie getreu Kf. stets den Verträgen nachgekommen und das Wohl der Republik befördert, wie er auch das Subsidium[3]) mit grosser Beschwer seiner Lande und Leute auf den Beinen gehalten, bis er aus des G. Kanzlers Schreiben an den V. Kanzler ersehen, dass es für diesmal wohl nicht würde begehrt werden. Daher hätte ihn das letzte königliche Schreiben[4]) sehr betrübt. Sie können dasselbe punctatim dergestalt durchgehen, dass sie:

1) aus dem vom Kf. an den König occasione des von dem Tatarischen Khan durch Grosspolen nach Schlesien gesuchten Durchzuges abgelassenen Schrei-

[1]) Georg v. Bonin, kurfürstl. Geh. Rath, Ende 1655 zu einer Gesandtschaft nach Wien (s. Urk. u. Akt. VII. S. 423ff.), Anfang 1656 zu einer solchen nach Holland (ebendas. S. 29f.) verwendet. — Vgl. über diese Gesandtschaft Pufendorf IX. c. 86. S. 631f.

[2]) S. über diesen am 26. November 1664 eröffneten Reichstag Kochowski, Annales Poloniae III. S. 153ff.

[3]) Polen hatte in dem noch fortwährenden Kriege gegen Russland auf Grund des Artikels 12 des Wehlauer Vertrages und des vom Kf. am 6. November 1657 zu Bromberg ausgestellten Reverses die dort festgesetzte Bundeshülfe desselben in Anspruch genommen.

[4]) S. oben S. 238.

ben dem Könige bedeuten, dass dem Kf. niemals in den Sinn gekommen, der König sollte einem solchen Zumuthen statt geben wollen.

2) Kf. hätte bei v. Crockows Negotiation in Schweden nicht weniger auf seiner Alliierten wie auf sein eigenes Interesse gesehen. Dass er, um seine Garantie der schwedischen zu proportionieren, sich verpflichtet[1]), Schweden in Liefland nur gegen die Paciscentes Olivae zu vertreten, könne um so weniger Anstoss erregen, da er dazu schon durch die Olivaische Generalgarantie verpflichtet sei.

3) Dass Kf. jemals Unterthanen des Königs in seinen Schutz genommen oder jemand durch Schreiben auf seine Protection vertröstet und dadurch zu gefährlicher Neuerung veranlasst haben sollte, werde sich niemals befinden, und geschehe ihm sehr ungütlich, dass der König ihren beiderseitigen Feinden soviel Gehör gegeben hätte. Wenn Kf. den König nicht schonen wollte, so würde er vielmehr Ursache haben sich zu beschweren, dass[2]) seine Unterthanen zur Widersetzlichkeit veranlasst, den nach Preussen zur Abnehmung der Eventualhuldigung geschickten Kommissaren solche Dinge in Instruktion mitgegeben worden, welche den Actum homagialem eher stutzig machen als das Werk hätten befördern sollen, und dass, obwohl die gegen ihn eingegangenen Verpflichtungen noch nicht erfüllt wären, man ihm solche Dinge abzudringen gesucht, dazu er nur reciproce verbunden sei. Kf. habe dieses aber bisher verschmerzt und hoffe, der König werde es dahin bringen, dass ihm Elbing übergeben und der Gemahlin des K. G. Feldherrn die in den Reichsconstitutionen verschriebene Satisfaction wegen Draheim angewiesen werde. Auf den zu erwartenden Einwand, dass es nicht an dem Könige sondern an den Ständen gemangelt, dass Kf. noch nicht völlige Satisfaction erhalten, sollen sie antworten, der König sei supremus custos et executor pactorum legumque publicarum und hätte Kf. sich besonders über die zu beschweren, welche den König verleitet hätten, dass er, da Zeit zu exequieren gewesen, die Sache in Proposition gebracht und abermal zur Umfrage gestellt habe, bis sich endlich[3]) einige Widersprecher gefunden. Sollte der König darauf erwidern, dass er sich bemüht habe, Kf. für Elbing einen Abtrag an Geld zuwege zu bringen, und dass wirklich zu diesem Zwecke eine Steuer eingeführt sei, so sollen sie erwidern, dass auch hiebei genugsam zu erkennen gegeben sei, wie geringschätzig man Kf. hielte, da das von diesem Zoll gefallene Geld anderswohin verwandt sei.

Wenn es zur öffentlichen Proposition in consessu aller kommen wird, sollen sie ausführen, wie hoch sich Kf. um die Republik verdient gemacht und wie er dagegen so schlecht wäre tractiert worden, und versichern, dass Kf. nach erfolgter Satisfaction seine Freundschaft für die Republik bei allen Gelegenheiten bethätigen werde. Daneben aber sollen sie privatim die Wohlaffectionierten zu nachdrücklicher Cooperation zu bestimmen, die Widerwärtigen aber durch dienliche Information auf andere Meinung zu bringen sich bemühen. Da auch der

[1]) S. Urk. u. Act. IX. S. 796 f.
[2]) S. ebendas. S. 388 ff.
[3]) S. ebendas. S. 287.

französische König[1]) dem Kf. versprochen hat, sich für Befriedigung desselben in der Elbinger Sache zu bemühen, so sollen sie sich der Assistenz des französischen Gesandten[2]), aber nur bei dem Hofe, bedienen.

Nach diesem Hauptwerk kann das übrige in folgende Klassen abgetheilt werden:

I. Was directo wegen unser zu suchen und zu negociieren:

1) Bestellung einer Grenzkommission oder wenigstens einer Interimskommission.
2) Der Markgrafen von Culmbach und Anspach Versammlung am Herzogthum Preussen.
3) Ausantwortung der nach Polen oder dem Königlichen Preussen geflohenen märkischen oder pommerschen Unterthanen.
4) Abolition der den Evangelischen zugefügten gravaminum nach Anleitung dessen, was ihnen Fürst Radzivill und andere Evangelische an die Hand geben werden.
5) Beilegung der zwischen beiden evangelischen Religionsverwandten in Danzig entstandenen Misshelligkeiten.
6) Unterstützung der Stadt Thorn[3]) in dem mit den Nonnen daselbst schwebenden Processe.
7) Sicherung der Marienwerderschen Niederung gegen die drohende Ueberschwemmung.

II. Was occasione des Königl. Ausschreibens und der Reichstagsproposition zu erinnern und zu beobachten:

1) Sie sollen sich um Beschleunigung der Friedenstractaten mit Moscau bemühen, auch, wenn sie merken würden, dass des Kf. Mediation acceptiert werden möchte, dieselbe in seinem Namen anbieten, wenigstens aber es dahin zu richten suchen, dass Kf. in die Friedenstractaten mit eingeschlossen werde.
2) Wenn es zu einer Kommission wegen des Münzwesens kommen sollte, haben sie sich des hergebrachten Directorii dabei zu gebrauchen und nicht zuzugeben, dass Kf. wegen erlangter Souverainität davon ausgeschlossen werde.
3) Sollte occasione der neuen vorstehenden Werbung und Recrutierung der durch die letzte Campagne ruinierten Armee des Kf. Landen etwas beschwerliches zugemuthet werden, so sollen sie erklären, dass, bevor von polnischer Seite praestanda prästiert seien, Kf. sich zu dergleichen nicht verstehen könne.

III. Was sonsten zu präcavieren:

1) Dass die preussischen Stände nicht occasione der bei dem actu homagiali versprochenen Reversalen etwas auswirken, was den Verträgen zu-

---

[1]) S. ebendas. S. 667f.

[2]) de Lumbres.

[3]) S. Lengnich. Gesch. der Preussischen Lande Kgl. Polnischen Antheils VII. S. 267. 271.

wider sei oder zu Schmälerung des supremi directique dominii dienen könnte.

2) Dass des gewesenen Königsberger Schöppenmeisters Rohde wegen auf Anhalten seines Sohnes nichts nachtheiliges oder verdriessliches verordnet werde, vielmehr sollen sie sich beschweren, dass dieser Mensch in seiner Widersetzlichkeit gestärkt werde.
3) Dass nichts wider die hergebrachte freie Flössung der Holzwaaren [1]) verordnet werde.
4) Dass nicht etwa einige beschwerliche Commission zur Grenzziehung mit Grosspolen in die Constitution komme.

IV. zu hintertreiben:

1) dass wegen unsers Pillauschen, Elbingschen oder Labiauschen Zolles, der Littauer prätendierten freien Durchfahrt nach Danzig noch auch des Stromgelds auf der Weichsel, das wir von den nach Danzig gehenden Waaren nehmen lassen, etwas in die Constitution gebracht werde.
2) Dass der Stadt Danzig das vor drei Jahren gesuchte Privileg, dass in Polen und Littauen nur mit dem Danziger Siegel bedruckte fremde Tücher dürften eingeführt werden, gegeben werde.
3) etwaige Klagen über das von des Kf. Beamten zu Marienwerder erhobene Fährgeld.
4) Erneuerung des der Königsberger Niederlagsgerechtigkeit zuwiderlaufenden vor dem Kriege der Stadt Cauen gegebenen Niederlagsrechts.
5) Neuerungen in dem Danziger Postwesen.
6) Alles, was zu der Evangelischen Nachtheil oder Beschwer gereichen könnte.
7) Insgemein alles, was zu Schmälerung der hergebrachten Freiheit der Republik ausschlagen oder einige Aenderung des jetzigen Standes und der Reichsverfassung nach sich ziehen möchte.

V. zu sondieren oder sich unter der Hand zu erkundigen:

1) Was des Moscowitischen an uns lautenden, vom Könige intercipierten und uns bisher vorenthaltenen Schreibens Inhalt sei.
2) Wovon die ad archivum deponierte Scripta, deren Publication die Stände so stark urgieren, handeln.
3) Ob eine Protestation wegen der Lande Lauenburg und Bütow bei dem Lublinschen Tribunal eingegeben sei.
4) Wie weit es Grund habe, was von der Alliance zwischen Frankreich und Schweden die polnische Wahl betreffend ausgebracht worden.
5) Ob der polnische Hof mit dem schwedischen Envoyé Balbitzky insgeheim etwas geschlossen habe, wie weit und wohin solches gehe.
6) Welche Subjecta zur künftigen Wahl vornehmlich in Consideration kommen und was ein jedweder für Anhang oder Behinderung finden möchte, insonderheit welche von den Ständen ihr Absehen auf Pfalz-Neuburg gerichtet.

[1]) S. Urk. u. Act. IX. S. 4f.

7) Ob und was daran sei, so von des Königs vorhabender Resignation des Reichs bei diesem vorstehenden Reichstage geredet wird.
8) Da es zur Aussöhnung mit dem K. Grossmarschalck käme, ob der Wahl halber dabei etwas bedungen worden.
9) Ob des G. Feldherrn Gemahlin nicht dahin zu disponieren sein möchte, Kf. vermittelst eines Recompenses Draheim abzutreten.

VI. zu unterbauen per indirectum:
Abführung der Besatzung aus Elbing.

VII. einige Particularsachen.

Der Kurfürst an Fürst Lubomirski. D. Coloniae ad Spream 21./[31.] December 1664.

(Conc. O. v. Schwerin.)

[Hoffnung, dass die Anklagen gegen L. verleumderisch seien. Mahnung, durch Unterwerfung den König zu besänftigen.]

31. Dec. Ex variis hactenus rumoribus saepius ad Nos varia delata sunt, quae contra Dil.^{em} V.^{ram} tentata actaque fuerunt, sed nemine nostrorum per aliquod tempus in aula Reg.^{ae} Maj.^{tis} praesente, dubii haesimus, quid quantumve fidei famae huic tribuere possemus, eoque gratius Nobis fuit veram rei seriem ex literis Dil.^{is} V.^{rae} Nissa die 24to Decembris ad Nos exaratis[1]) perspicere: Equidem fatemur, quantum Nobis de Dil.^{is} V.^{rae} actionibus rebusque gestis constat, non aliter Nos judicare posse, quam Eandem sacram Reg.^{ae} Maj.^{tis} dignitatem, Reique publicae utilitatem supremam sibi semper legem habuisse, eoque magis persuasum habemus, iniquis calumniatorum artibus et insidiis circumventam Reg.^{am} Maj.^{tem}, quam alioquin justitiae studiosam novimus, durius quod in Dil.^{em} V.^{ram} statuisse, quae interea de constanti nostra in Eandem affectu et officiis quam maxime secura esse potest, dummodo nullo, ceu non dubitamus, fundamento nixa sit accusatio, quae in Reg.^{ae} Maj.^{tis} personam Sacrumque ejus caput structas a Dil.^{e} V.^{ra} insidias nec famae honorique praeterea Regio parcitum, asserit. Speramus, haec et alia ejusdem, quae feruntur, farinae a malevolis famaeque et dignitatis Dil.^{is} V.^{rae} invidis conficta esse, alias enim, et si quid ejusmodi actum ab Eadem fuerit, vitio Nobis verti haud posset, fidam et infucatam semper cum Reg.^{a} Maj.^{te} cultam amici-

[1]) In demselben (d. Nissa 24. December 1664) zeigt L. dem Kf. an, dass er ungerechter Weise verurtheilt und dadurch gezwungen worden sei, auf kaiserliches Gebiet zu flüchten, und bittet um dessen Schutz. Ueber diese Lubomirskische Angelegenheit ist neuerdings eine polnische Monographie von Czermak (Sprawa Lubomirskiego w. r. 1664. Warschau 1886) erschienen.

tiam foederisque cum Eadem et Republica pacti religionem aliis quibuscumque Nos anteponere rationibus. Optimum itaque, quod rebus ita comparatis dare possemus Dil.[i] V.[rae] consilium, hoc est, ut generosi Regis animam ea, qua par est, submissione ad mitiora flectere, iramque Ejus demulcere studeat, sin vero Reg.[am] Maj.[tem] per nefarias callidasque inimicorum artes ad haec consilia perductam appareat et Respublica in periculum libertatis et tranquillitatis publicae delapsura videatur, id semper agemus, ut pactis foederibusque juramenti fide a Nobis firmatis sua integritas et ratio constet, eoque omnibus modis annitemur, ut fidelibus patriae civibus inimicorum fraudibus oppressis subveniatur et publica Reipublicae tranquillitas illibata conservetur, quemadmodum de intentione hac nostra missum ad Nos a Dil.[e] V.[ra] officialem prolixius certiorem fecimus[1]). —

---

v. Hoverbeck und v. Bonin an den Kurfürsten. D. Warschau 31. December 1664.

[Ankunft, nachgesuchte Audienz. Das Urtheil gegen Lubomirski. Aussicht, dass sich der Reichstag zerschlagen wird.]

Sie sind wegen des tiefen Schnees erst gestern hier angelangt, haben heute 31. Dec.
durch den K.O.Kämmerer[2]) um eine Privataudienz bei dem Könige nachgesucht, dieselbe aber wegen eines Banquets nicht erlangen können. Es hat sie befremdet, dass der König sie durch den O.Kämmerer hat fragen lassen, ob sie bereits bei dem K.G.Kanzler[3]) gewesen wären, wenn nicht, so würde derselbe bei ihrer Audienz zugegen sein müssen. Sie schliessen daraus, dass entweder dem Könige ihre Ankunft nicht angenehm ist, oder aber, dass derselbe befürchtet, sie wollten für den K.G.Marschall sprechen, worauf er ohne grosse Alteration nicht antworten könne, und dass er daher wohl lieber durch den Kanzler als in eigenem Namen mit ihnen sprechen will. Statthalter Fürst Radziwill ist auch erst gestern wieder hierhergekommen.

Auf dem Reichstage[4]) ist bisher die Zeit fast nur mit dem zugebracht wor-

---

[1]) Unter demselben Datum erlässt Kf. ein Schreiben an v. Hoverbeck und v. Bonin, in welchem er diesen von dem Anbringen Lubomirski's und der demselben ertheilten Antwort Mittheilung macht und sie beauftragt, dem Könige und der Königin die Bitte und den Rath auszusprechen, L. zu verzeihen, zugleich auch dem Erzbischof und anderen patriotischen Senatoren und Landboten davon Kenntnis zu geben und L.'s Widersachern vorzustellen, in welches Unglück sie ihr Vaterland stürzen würden, da jener jedenfalls fremde Hülfe suchen und sich nicht so werde unterdrücken lassen.

[2]) Graf Theodor Dönhoff.

[3]) Nicolaus Prazmowski.

[4]) Vgl. Kochowski, Annales Poloniae III. S. 153ff.

den, was den K. G. Marschall und dann die an des Littauischen Unterfeldherrn Gosiewski Tode schuldigen Personen angeht. Am 29. hat der König trotz aller Vorstellungen wider den G. Marschall ein Decret[1]) publicieren lassen, dass derselbe als perpetuo infamis aller seiner Chargen entsetzt und vogelfrei sein und seine Güter dem Königl. Fisco heimfallen sollen. Man hat auch sofort zur Vergebung seiner Chargen und Beneficien schreiten wollen, den Marschallstab haben der Hofmarschall Branicki und der K. Fähndrich Sobieski ausgeschlagen, man vermuthet aber, dass der K. Schwertträger Zebrzydowski[2]), der selbst mächtig und mit dem G. Marschall in steter Feindschaft gelebt, ihn annehmen und die Starostei Crackau dazu erhalten wird. Das Vicegeneralat wird ohne Zweifel Czarnecki erhalten und annehmen. Die an dem Tode Gosiewski's Schuldigen sollen mit dem Schwert hingerichtet und nachher gevierteilt werden, doch bemühen sich viele, dass der gewesene Präsident der conföderierten Littauischen Armee Niewiarowski zur Verbannung nach der Ukraine begnadigt werde.

Der Reichstag steht jetzt in crisi und es wird sich übermorgen zeigen, ob einige Apparenz sei, zum Schluss zu gelangen, worum sich der Landbotenmarschall[3]) sehr bemüht, viele Landboten aber bestehen darauf, es wäre besser, denselben zerschlagen zu lassen, als gegen das Herkommen nach eingelegten Protestationen von zehn Landboten in den Konsultationen fortzufahren.

---

v. Hoverbeck und v. Bonin an den Kurfürsten. D. Warschau 8. Januar 1665.

[Audienz beim Könige und der Königin.]

8. Jan. Nachdem sich der König etliche Male der Audienz halber entschuldigen lassen und v. Bonin inzwischen durch einen Podagraanfall bettlägerig geworden, ist Hoverbeck am 4. Januar allein zur Audienz abgeholt worden. Er hat dem König des Kf. Glückwunsch zu der ruhmvollen Beendigung des letzten Feldzuges abgestattet und dessen Hoffnung ausgesprochen, der König würde ihn seine Freundschaft bei dieser Negotiation wirklich geniessen lassen, er fordere nur, dass den beschworenen Pactis völliges Genügen geschehe.

Der König bedankte sich darauf für den Glückwunsch und dass Kf. Braunsberg herausgegeben habe, erklärte auch, ihm gegenüber sich wie ein Bruder bezeigen zu wollen, bei dem verworrenen Zustande der Republik aber könne er, zumal wenn der Reichstag sich zerschlagen sollte, für sich selbst nichts

---

[1]) S. Processus iudiciarius in causa ill. et magn. Georgio comiti in Wisnicz et Jaroslav Lubomierski etc., nebst der Gegenschrift desselben: Publicae innocentiae manifestum etc. und anderen auf die Lubomirskische Sache bezüglichen Flugschriften im Appendix des Diarium Europaeum XIII. wiederabgedruckt.

[2]) S. Kochowski III. S. 164. 274.

[3]) Johann Gninski, U. Kämmerer von Pommerellen und Regens der Grosskanzlei, später Hofschatzmeister, seit 1668 Woiwode von Culm.

schaffen, sie müssten es demnach bei der Republik suchen, und würde er sein Bestes dabei thun.

Auf H.'s Einwand, das wäre eben des Kf. Betrübnis, dass der König, wenn es seine Interessen betreffe, sich nicht seiner Hoheit und Gewalt gebrauchen wollte, sondern längst beschlossene Dinge aufs neue in Deliberation stellte, auf Grund des Reichstagsschlusses von 1658 könnte er Elbing dem Kf. tradieren, erwiderte der König, so liesse sich wohl von einem reden, der die Sachen von aussen ansehe, weil er aber bei seinen Polen so unglücklich wäre, dass er ihnen fast nichts könne zu Dank machen, so müsste er viel behutsamer gehen. Kf. dürfe sich keine Hoffnung auf die Stadt machen, die Stände würden in die Tradition nie willigen, die verschriebene Summe aber oder doch einen grossen Theil derselben würde Kf. wohl bekommen haben, wenn die unselige Conföderation nicht entstanden wäre, welche das meiste mit Gewalt weggenommen. Sollte der Reichstag zum glücklichen Schlusse kommen, würden gewiss zur Bezahlung der Schuld die Wasserzölle aufs neue bewilligt werden, sonst müssten sie bis zum künftigen Reichstage warten, wollten sie bei den Ständen etwas suchen, so müsste es bald geschehen, da nur noch drei Tage bis zum Schluss oder Ruptur übrig wären.

Als H. erwidert, Kf. könne von den Pactis nicht abgehen oder von seinem Recht auf Elbing abstehen, sondern würde sich an den König halten, bis der Effect dessen, was ausbedungen, erfolge, erklärt der König, auch auf den Fall, dass der Reichstag sich zerschlage, des Kf. Satisfaction nach Möglichkeit befördern zu wollen, und schlägt vor, sie möchten ihm ein Memorial übergeben, das er in consilio postcomitiali den Senatoren proponieren wolle, die Wasserzölle seien einmal zur Bezahlung des Kf. gewilligt worden, da diese nicht erfolgt, müsste man weiter damit continuieren. Doch könnte auch von den Senatoren dem Kf. vorgeworfen werden, dass er den Pactis kein Genüge gethan, indem er nicht das Subsidium geschickt.

H. sucht dieses durch Hinweis darauf, dass das Subsidium nach den Pactis erst nach beendigtem jetzigen Kriege zu leisten sei, und auf das Schreiben des G. Kanzlers an den U. Kanzler[1]) zu widerlegen. Der König aber antwortet, in dergleichen Fällen hätte man sich nicht nach der Ministrorum status sondern nach der Herren eigenen Schreiben zu richten, die Deutung des Passus der Pacta: finito hoc bello sei eine Calvinische, da man subtilisierte, er bliebe schlecht bei den Pactis und der einfältigen Catholischen Meinung, doch wollte er sich jetzt darauf nicht weitläufig einlassen.

H. bringt darauf die Sache wegen Draheim vor und bittet, der König möchte dem G. Feldherrn oder dessen Gemahlin anderweitige Satisfaction schaffen, der König erbietet sich dazu, macht aber schlechte Hoffnung auf Success, weil man es mit einem eigensinnigen Weibe, die dazu noch grosse Factionen bei der Armee hätte, zu thun habe. Beim Abschiede endlich erklärt H., Kf. sei sehr betrübt, dass der König sich beschwert hätte, er correspondierte mit seinen Feinden und veranlasse seine Unterthanen zum Aufstande, nachdem Kf. sich immer

[1]) S. oben S. 240.

so freundschaftlich gegen ihn bezeugt habe. Der König erklärt darauf, Kf. könne es nicht übel deuten, dass ihm verschiedene von Kf. mit seinen Dienern und Unterthanen gepflogene Unterredungen und Correspondenzen Nachdenken gemacht, er wolle bei anderer Gelegenheit ausführlich davon reden, doch glaube er, dass sich manche, namentlich Lubomirsky, mehr gerühmt, als in Wirklichkeit gewesen. H. erwidert, dergleichen würde sich gewiss nicht befinden und könnte der König dem Kf. keine grössere Freundschaft erweisen, als wenn er ihm die Ansager solcher Dinge namhaft machte. Zuletzt bezeugte der König grosse Freude über den gedoppelten Ehesegen, den Gott dem Kf. neulich verliehen[1]), beklagte aber zugleich, dass er dergleichen nicht mehr zu hoffen habe.

Nach beendigter Audienz wird H. von dem K. Vicekanzler[2]), als der Königin Oberhofmeister und Marschall, zu dieser eingeholt. Nach den Curialien stellt er derselben den Hauptpunkt ihrer Negotiation vor mit dem Anhange, dass Kf. sowohl wegen der Versicherung, welche sie bei H.'s letzter Abreise gethan, als auch wegen der Zusage des Königs von Frankreich, des Kf. Interessen an diesem Hof zu secundieren, hoffe, sie würden ohne Satisfaction nicht von hinnen gehen. Die Königin erwidert, der König von Frankreich hätte keine Autorität bei den Ständen dieser Republik, bei ihr hingegen sehr viel, Kf. könnte aber in dem, was er verlange, nicht ohne die Republik Satisfaction erhalten; es würde dieses wohl accommodiert werden können, nachdem Kf. das vornehmste, die Souverainität und was zu deren Bestätigung erforderlich, erhalten hätte, und sie war in diesem Punkt nicht weiter zu bringen, als dass sie erklärte, bei nächster Gelegenheit wieder darüber mit ihnen conferieren zu wollen. Sie bezeugte ihre Freude über H.'s Ankunft und ihre Verwunderung, dass dieselbe so spät erfolgt sei, und möchte sie es wohl dahin deuten, als wenn solches etwa um des Grossmarschalls Sache willen geschen. Sie behauptete, alle erkennten, dass Lubomirsky das Urtheil durch seinen Hochmuth und seine stetigen Traductionen wohl verdient hätte. H. stellte dann auch ihr vor, wie tief Kf. durch die königlichen Discurse und Schreiben, als wenn er des Königs Unterthanen zur Widersetzlichkeit veranlasst, betrübt sei. Sie erwiderte, das habe nicht soviel auf sich, dass Kf. es dergestalt zu beeifern Ursache habe. Als der König erfahren, dass Niemeryez[3]) bei Anwesenheit des Kurfürsten zu Sachsen[4]) den nächsten Zutritt bei beiden Kurfürsten gehabt, hätte er nichts

[1]) Am 19. November 1664 waren dem Kf. Zwillinge geboren worden, welche aber beide schon nach kurzer Zeit gestorben sind.

[2]) Johann Leszynski.

[3]) Stephan Niemirycz, V. Kämmerer von Kiew; derselbe hatte wegen Glaubensverfolgungen sein Vaterland verlassen und sich zu Kf. begeben, welcher ihm ein Gut in der Neumark, Neuendorf, in Pacht gegeben hatte.

[4]) Gemeint ist die Zusammenkunft zu Berlin, Anfang Mai 1664 (s. Urk. u. Act. XI. S. 271 ff.). In einer Konferenz, welche v. H. mit dem G. Kanzler am 29. Januar 1665 abhält, behauptet dieser, Niemirycz wäre der allervertrauteste Freund Lubomirski's gewesen, hätte diesem alle seine Güter verschrieben, wäre dann unter dem Vorwande eines exilii ins Reich gegangen und bei der Zusammenkunft des Kf. mit K. Sachsen zu den allergeheimsten Berathungen zugezogen worden. v. H. bestreitet

anderes vermuthen können, als dass jener von dem G. Marschall, als dessen Vertrautester, sehr geheime Commissionen gehabt haben müsse.

H. erwidert, er habe davon nicht das geringste penetrieren können, da er doch vielfältig mit ihm umgegangen. Niemerycz hätte sich die ganze Zeit, als er bei Hof seines Arrendecontracts halber sich aufgehalten, in keinem Dinge geäussert, so Ihren Majestäten nachtheilig sein könnte. Sollte dieses geschehen sein, so würde Kf. es nicht verschwiegen, sondern darin ebenso wie bei des dänischen Reichshofmeisters Corfitz v. Ulefeld[1]) Vorträgen verfahren haben. Diesem Beispiel der Generosität des Kf. gegenüber, sagte die Königin, könnte sie nichts erwidern. Damit und mit Discursen über das Befinden der Kurfürstin und den neuen Ehesegen endigte die Audienz.

v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 8. Januar 1665.

[Auflösung des Reichstages, Verschiebung der Angelegenheit des Kf. auf den nächsten Reichstag.]

Der Reichstag hat sich in der letzten Nacht ganz fruchtlos, ohne dass irgend 8. Jan.
ein Schluss erfolgt wäre, zerschlagen[2]), sie haben daher keine Hoffnung, in dem Hauptpunkt ihrer Negotiation etwas fruchtbarliches zu schaffen, da alle Senatoren, welche sie besucht, erklären, Elbing als ein Schlüssel des Landes könnte Kf. nicht tradiert werden, Geld zum Abtrage sei jetzt nicht vorhanden, ohne Einwilligung sämtlicher Stände dürfe aber keine Contribution gefordert werden, daher müsse diese Sache bis zu künftigem Reichstage, den der König gegen den 5. März aber nur auf zwei Wochen (es würden aber wohl ihrer Meinung nach zwölf daraus werden) haben wolle, verschoben werden. Trotzdem haben sie dem Könige vor angehendem Rathe ein Memorial übergeben[3]).

---

dieses und sagt, N. habe damals nur bei der Tafel mit anderen Cavalieren aufgewartet, derselbe habe sich durch ein Schreiben der Königin bei Kf. Zutritt verschafft und ein Vorwerk, darauf er die Arrende auf drei Jahre vorausbezahlt, zur Wohnung erhalten.

[1]) S. Urk. u. Akt. IX. S. 717 ff.

[2]) S. Kochowski III. S. 157.

[3]) Kf. weist darauf (d. Cüstrin 9. [19.] Januar 1665) die Gesandten an, bis zum nächsten Reichstage in Warschau zu bleiben und ihn von allem, was in Polen vorgehe, zu benachrichtigen. Dazu das PS.: „Weil Lubomirsky uns persönlich und insgeheim zu sprechen verlanget, als wollet Ihr uns berichten, was nach der gefälleten Sentenz wider ihn derends weiter passiret, ob sich niemand seiner annimmt, ob man keine Nachricht aldort habe, wie am Kaiserlichen Hofe diese Sache genommen werde, was der U. Kanzler für Sentiment führe, wovon Ihr uns nicht allein ausführlich zu berichten, sondern uns auch Eure fernere Gedanken zu eröffnen, auch habt Ihr uns schleunigst zu advisiren, wann der U. Kanzler verreiset und wohin er sich begeben."

v. Bonin an den Kurfürsten. D. Warschau 6./[16.] Januar 1665.

[Audienz beim Könige.]

16. Jan. Er hat heute endlich beim Könige Audienz gehabt, derselbe theilte ihm mit, er habe den G. Kanzler und andere deputiert, ihnen zu sagen, was er gegen Kf. zu sprechen habe, und auch auf ihr Suchen zu antworten. Kf. würde nicht gutfinden, dass, wenn er in seinem Staate einen Menschen hätte, der denselben brouillieren wollte, er denselben härten und ihm den Rücken zu halten versprechen wollte. Als B. versichert, dieser Verdacht gegen den Kf. sei unbegründet, sagt der König, er hätte Kf. zu Bromberg gesehen, ihm alles gutes zugetraut, hätte aber erfahren, wie er nachmals mit dem Marschall, dem U. Kanzler und anderen, die dem Marschall angehangen, unaufhörlich durch Hoverbeck, Goltz und durch Schreiben Communication gehabt. Vergeblich remonstriert B. dagegen, der König erklärt schliesslich, er wollte ein andermal mehr mit ihm darüber sprechen, und er musste so seinen Abschied nehmen.

Die Commission, für den Marschall zu sprechen, werden sie bis zu allerletzt aufschieben müssen, da sie ihm damit nicht helfen werden und sich sonst in ihrer Negotiation dadurch schaden würden.

Der König beklagte sich auch darüber, dass seine Intercession für Roth den er in seine Protection genommen, fruchtlos gewesen.

---

v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 12./[22.] Januar 1665.

[Stand der Wahlangelegenheit.]

22. Jan. Wegen des Wahlnegotii kann er soviel abnehmen, dass man sich wohl vor oder auch auf dem nächsten Reichstage nicht unterstehen wird, diese Materie zu treiben, weil solches zum Canonisieren des Marschalls ausschlagen dürfte. Wäre Pfalz-Neuburg mit Kf. einig, so würde sein Anhang wohl ungleich stärker sein als der des Duc d'Anghien, Kf. möchte daher, wenn er es erst seinem Staat zuträglich zu sein befinden werde, wohl damit durchdringen. Indessen würde es auch nicht undienlich sein, wenn Kf. in Frankreich erfahren könnte, ob dem so sei, wie ein polnischer Oberst Krzecki[1]), der hier des Pfalzgrafen Inclusion in den Olivischen Frieden sucht, versichert, dass der König von Frankreich demselben diese Krone vor andern gönne.

Wegen dessen, was zwischen H. und dem G. Marschall vorgegangen, äussert man sich gegen ihn allein, oder wenn sie beide zusammen kommen, garnicht, gegen Bonin aber hat der König und der französische Gesandte darauf ge-

---

[1]) Graf Kreuski, einer derjenigen polnischen Edelleute, welche mit der ersten Gemahlin des Pfalzgrafen, einer polnischen Prinzessin, an dessen Hof gekommen und auch später dort geblieben waren; er ist Kammerherr und Oberst. S. unten Hackebergs Bericht vom 14. August 1666.

stichelt, woraus er schliesst, dass man sie gegen einander zu verhetzen und so vielleicht ein mehres zu penetrieren sucht.

---

v. Bonin an den Kurfürsten s. l. et d. [Warschau 13./23. Januar 1665].

[Aeusserungen des Königs gegen den U.Kanzler.]

Der U.Kanzler hat ihnen gestern im Vertrauen eröffnet, dass er bei dem 23. Jan.
Abschied den König zwei Dinge gefragt, eins, wie er sich bei künftigen Seymiken und sonst wegen des Marschalls, und das andere, wie er sich wegen des Wahlnegotii nach des Königs Willen zu verhalten habe. Der König habe ihm geantwortet, so viel das erste, den Marschall, anlange, möge er verhüten, dass wenn ja die Leute auf den Seymiken für denselben intercedieren wollten, sie bloss in terminis intercessionis bleiben und nicht verba coactiva brauchen möchten. Was die Wahl anlangt, hätte der König gesagt: „Ich will hiemit declarieren, dass ich von der Wahl eines Successoris bei meinem Leben nicht will gesprochen, viel weniger etwas dabei gethan haben, und wenn es die Königin schon wollte und suchte, will ich es doch durchaus nicht". Er habe dabei dem Könige beigebracht, dass diesem selbst die Wahl eines Successoris garnicht zuträglich wäre; wenn er einen solchen erwählt haben wollte, so dürfte derselbe nicht älter als 6 oder 7 Jahre sein; der König habe dieses wohl angenommen.

Der Kurfürst an die Gesandten. D. Cöln 16./[26.] Januar 1665.

[Sie sollen dort bleiben, namentlich den Stand der Lubomirskischen Sache zu ergründen suchen. Des Königs Aeusserung über Rohde.]

(Conc. O. v. Schwerin.)

Obwohl Kf. sieht, dass sie für diesesmal wenig für ihn werden ausrichten 26. Jan.
können, so soll doch, wenn der König dort bleibt oder nur auf kurze Zeit verreist, wenigstens einer von ihnen, wenn auch unter dem Prätext der Unpässlichkeit dortbleiben. Sie sollen sich dann nicht schenen, die ihnen aufgetragene Sollicitation[1]) beim König, der Königin und den anwesenden Senatoren mit gebührendem Fleiss und Nachdruck fortzustellen, ferner, wenn Balbitzky[2]) dahin kommen sollte, auf seine Negotiation gut Achtung geben, ferner, da Kf. von einer Wirkung der ihm zugesagten französischen Verwendung noch nichts verspürt, den französischen Gesandten de Lumbres darum ansprechen und ihm zu verstehen geben, dass Kf. sonst den König wieder aufs neue werde begrüssen müssen. Vor allem aber sollen sie sich bemühen, den rechten Grund zu er-

[1]) S. oben S. 245 Anm. 1.

[2]) Der schwedische Gesandte Mathias v. Palbitzki, s. oben S. 237.

fahren, was in der Krone vom Process wider Lubomirsky geurtheilt und ob man's dabei so bewenden lassen, oder sich einige finden werden, die etwas hauptsächliches für ihn thun wollten und könnten. Da auch sicher bald die Seymiken werden angestellt werden, sollen sie suchen in Erfahrung zu bringen, wohin man in dieser Sache die Instruction richten werde. Kf. ist verwundert, dass sie bisher so wenig von dieser Sache geschrieben, namentlich nicht, was der U. Kanzler darüber für Sentimente führe.

PS. Was der König zu Bonin wegen des Roth gedacht[1]), kommt Kf. sehr fremd vor, er kann dergleichen niemand gestatten. Sie sollen sich daher darüber beim König und den Senatoren auf das höchste beschweren und vorstellen, wie hoch sich dieser Roth an Kf., seinem Staat, ja an der Krone selbst vergessen, indem er, soviel an ihm, die pacta über einen Haufen zu werfen und seinen preussischen Staat in die höchste Verwirrung habe setzen wollen. Kf. wollte sich daher nicht versehen, dass man sich eines solchen Menschen, gegen den er gleichwohl nichts anderes vorgenommen, als dass er sich seiner Person versichert, den pactis und der aufgerichteten Freundschaft zuwider annehmen würde.

Aus dem Diarium:

[Audienz beim Könige und der Königin.]

26. Jan. 26. Januar 1665 erhalten die Gesandten Audienz beim Könige, der am folgenden Tage eine Wallfahrt in die Nähe von Gnesen antreten will, um sich in eventum, wenn sie etwa vor seiner Wiederkunft abreisen müssten, von demselben zu verabschieden. Auf ihre Klage darüber, dass sie in ihrer Negotiation auf alle Punkte nur dilatorische oder fast abschlägige Resolutionen erhalten, entschuldigt er sich, dass er wegen Zerreissung des Reichstages nicht mehr hätte thun können, und versicherte, auf dem nächsten Reichstage sein Bestes bei der Sache thun zu wollen. Darauf berühren sie die ihnen vom Kf. anbefohlenen Punkte, erstlich die Vorenthaltung der märkischen und pommerschen entlaufenen Unterthanen und die an den Grenzen gegen des Kf. Unterthanen verübten Excesse, erklären aber, sie wollten damit dem Könige nicht beschwerlich fallen, sie getrauten sich auf seine Verordnung bei dem G. Kanzler die Sache zu heben; sie hätten, um allem Unheil auf einmal abzuhelfen, danach getrachtet, die Draheimsche Sache zu Stande zu bringen, desshalb ein Ansehnliches geboten, auch gehofft, der König würde dem Feldherrn und dessen Gemahlin solchen Abtrag gethan haben, dass ohne deren Widerwillen sich Kf. seines Rechtes gebrauchen könnte. Der König erwidert darauf, man müsse damit warten, bis der Feldherr stürbe, und erbietet sich schliesslich wegen der Grenzverletzungen auf dem künftigen Reichstage eine Commission, oder schon vorher eine Interimscommission zu bestellen.

Darauf thun die Gesandten nach Inhalt des kurf. Rescripts vom 21./31. December Vortrag betreffend die Restitution Lubomirski's. Der König hört den-

[1]) S. oben S. 250.

selben sehr geduldig an und antwortet, man wüsste wohl, er sei von Natur mehr zur Güte als zur Schärfe geneigt, er habe dem G. Marschall, obwohl er schon seit lange dessen unersättliche Ambition gemerkt, viel Gnade erwiesen und sich wohl 30 mal von ihm aussöhnen lassen. Nachdem er aber gesehen, dass derselbe weder bei seinen Worten noch Schriften oder auch bei den Eiden zu halten, hätte er wider Willen zu anderen Mitteln greifen müssen, auch dabei aber hätte sich jener sehr trotzig gezeigt, sich auf seinen Anhang verlassend, wie es aber zum Process gekommen, habe man gesehen, dass derselbe sehr schlecht gewesen. Die Intercession nehme er von Kf. wohl auf, könne derselben aber nicht deferieren, bäte Kf., es ihm nicht zu verdenken und nicht weiter in ihn zu dringen. Zwei widerwärtige Vögel dienten in einem Nest nicht zusammen, wer den Marschall wollte in Polen revocieren, müsste sich resolvieren, ihn vorher zu proscribieren. Kf. möchte doch bedenken, wie gefährlich es sei, sich eines anderen Rebellen anzunehmen. Weil Rode sich dem Kf. widersetzt, hielte dieser ihn noch jetzt gefangen, was wäre aber für ein Vergleich zwischen diesem und dem Marschall, der so ein gefährlicher Mann sei. Er versehe sich vielmehr, Kf. werde ihm halten, was er zu Bromberg mit einem Handschlage zugesagt, da er auf seine Klage, seine Polen wären wunderlich und er besorgte sich noch grösserer Widerwärtigkeiten von ihnen, zur Antwort gegeben, er wollte sich solchenfalls seiner treulich annehmen. Als die Gesandten bemerken, Kf. ziehe mehr des Königs und des Reiches Sicherheit und Wohlfahrt, da dasselbe noch in offenem Kriege mit Moscau stände, in Consideration, meint der König, es würde desshalb keine Gefahr haben.

Zuletzt legen die Gesandten auf Bitten der Thorner Fürbitte für dieselben ein, dass das in dem Process derselben mit den Nonnen [1]) gefällte Urteil gemildert oder die Sache wieder zu gütlicher Handlung verwiesen werde, der König erklärt aber, dass es jetzt nicht mehr in seiner Macht stände, der Stadt in dem allergeringsten zu fügen.

Darauf erhalten die Gesandten auch Audienz bei der Königin. Auf ihre Klage, dass sie mit so schlechter Expedition von hinnen reisen würden, antwortet sie in derselben Weise wie der König, wegen Draheim sagte sie, der Feldherr sei wegen der Drohung mit künftiger Depossedierung sehr alteriert, und es würde auch eine Ruptur sein, wenn dergleichen sollte vorgenommen werden, sie erkundigt sich dann, wie hoch die Summe wäre, welche auf Draheim verschrieben, und als sie erfährt, es seien m/120 Rthlr., behauptet sie, man wäre diese nicht schuldig, da Kf. die Völker nicht geworben, und als ihr remonstriert wird, diese Summe sei wegen Conjunction der Waffen wider Schweden und der darauf gewandten Kriegskosten verschrieben worden, behauptet sie, Kf. hätte den Feldzug nicht zu der Zeit, da man's gesucht, sondern erst, wie man dessen nicht mehr vonnöthen, gethan, moderiert sich aber schliesslich und erklärt, selbst auf künftigem Reichstage mit des Feldherrn Gemahlin darüber verhandeln zu wollen.

Auf die Proposition wegen des G. Marschalls frägt sie zuerst, wie sich der

[1]) S. oben S. 242.

König erklärt hätte, sagt dann, sie wollte, obwohl sie der König davor gewarnt, auch jetzt nicht unterlassen für den Marschall zu bitten, der König wäre aber sehr hart und wollte sich durchaus nicht lenken lassen.

[Conferenz mit dem G. Kanzler.]

29. Jan. 29./19. Januar 1665. Conferenz mit dem G. Kanzler.

Hov. beschwert sich bei demselben wegen der gegen ihn selbst und Kf. erhobenen Anklage, mit Lubomirsky in geheimer Correspondenz zu stehen. Er habe L. auf seinem Erbgute Dombrowa besucht[1]), weil der Hofschatzmeister Rey dorthin gereist sei und er habe fürchten müssen, dass dieser, was bei der Hansdorfischen Commission vorgegangen, dem Kf. und dessen Commissarien zum Nachtheil berichten und L. einzunehmen suchen würde, zugleich weil er erfahren, dass einige preussische Malcontenten L. ersucht hätten, königliche Völker ins Land zu schicken. Er habe bei dieser Gelegenheit auch des G. Marschalls Meinung wegen des Wahlnegotii zu sondieren gesucht, jener habe sich aber nicht geäussert, dass er einige Neuerung vorhätte oder auf den Fall des interregni sich mit solchen Gedanken trüge, als man nun davor hält, vielmehr hätte er deduciert, dass bei dem Zustande der Republik kein Einheimischer zur Krone gelangen könnte.

Der G. Kanzler lässt sich darauf nicht weiter ein, kommt aber wieder auf Niemerycz[2]) und dessen Anwesenheit bei der Zusammenkunft zwischen Kf. und K. Sachsen. Die Gesandten bestreiten, dass derselbe zu den Berathungen zugezogen worden sei. Der G. Kanzler behauptet dann, der König habe das Recht, sich, der Souverainität ungekränkt, der preussischen Stände anzunehmen, Kf. aber nicht Lubomirsky's, wogegen sie remonstrieren.

Sie kommen dann auf ihre Geschäfte, bringen wieder die Draheimsche Sache vor, als der G. Kanzler sie auf den nächsten Reichstag vertröstet und erklärt, er wolle sich bemühen, dass sie mit guter Vergnügung expediert würden, geben sie ihm zu verstehen, sie merkten, dass man sie nur hinhalten wolle, und fordern ihn auf, dahin zu wirken, dass das Misstrauen zwischen dem Könige und Kf. beseitigt werde. Er kommt dann auf die Wahlsache zu sprechen und beschuldigt Kf., dass dieser dem Hause Oesterreich zu gefallen die von der Königin gewünschte Wahl des duc d'Anguin zu hintertreiben gesucht habe. Die Gesandten bestreiten dieses, v. Bonin sagt, er sehe nicht, was Kf. für Ursache hätte, der Wahl eines französischen Prinzen, wenn sie rechtmässig und ohne Veränderung des Staats in der Republik erfolge, zuwider zu sein, Kf. hätte deswegen freie Hände und wäre an Oesterreich nicht gebunden, doch würde er dem Kf. nicht rathen, ohne Ursache den Undank von Oesterreich auf sich zu laden, auch v. Hoverbeck versichert, Kf. habe mit Oesterreich keine andere Verbündnis als das foedus defensivum, das sie vor dem Holsteinschen Feldzuge geschlossen, doch konnten sie merken, dass dem G. Kanzler dadurch aller Zweifel nicht genommen war. H. beschwert sich daher um so mehr, dass dem Kf.

[1]) S. Urk. u. Act. IX. S. 218 ff.

[2]) S. oben S. 248.

ohne Grund viele Dinge beigemessen würden, so hätte man auf dem Reichstage 1661 vorgeben dürfen, er, H., und Dobrzenski hätten m/70 Rthlr. vertheilt, um die Wahl bei Lebzeiten des Königs zu hintertreiben, und noch jetzt werde behauptet, dass Kf. der confoederierten Armee seine Protection versprochen habe.

Sie kommen darauf wieder auf ihre Sachen, klagen über die Grenzverletzungen vom Draheimschen aus und verlangen als bestes Mittel zur Schlichtung der Streitigkeiten die Auslieferung der Starostei an Kf.; der G. Kanzler dagegen verlangt, Kf. solle sich gefasst halten, zum Frühling das veraccordierte Subsidium zu stellen, und klagt, dass dieses noch nicht bisher geschehen sei, ferner, dass Kf. durch Einrichtung der Fähre bei Mewe[1]) in die Regalien des Königs eingriffe, während die Gesandten behaupten, eine Fähre zu halten, sei res meri arbitrii und könne Kf. sich seines Rechtes nicht begeben. Der Kanzler holt dann einige Schaupfennige, so bei der Huldigung ausgeworfen worden, und von den letztgeschlagenen Oertern hervor und erklärt, es habe dem Könige und der Republik Nachdenken verursacht, dass Kf. sich dort des Titels Domini supremi et haeredis Prussiae bediene und nicht einen Herzogs- oder Kurhut, sondern eine geschlossene königliche Krone darüber führe; die Gesandten rechtfertigen dieses und geben ihrer Verwunderung Ausdruck, dass man dergleichen Dinge aus allen Winkeln hervorsuche, welche nur Kf. alterieren könnten. Er gesteht zu, es wären das Sachen von geringer Importance, zuletzt fragt er, ob Kf. eingewilligt habe, dass Pfalz-Neuburg in den Olivischen Frieden miteingeschlossen werde, und erklärt, als die Gesandten wegen der Versammlungssache der Markgrafen von Culmbach und Ansbach erinnern, diese Sache gehörte auf einen ordentlichen Reichstag. Er empfiehlt ihnen dann noch einige Privatangelegenheiten. Beim Herausgehen stellt er ihnen das Recreditiv des Königs und sein eigenes zu, nachher aber merken sie, dass bei dem Titel des Kf. Lauenburg und Bütow ausgelassen sind, sie schicken es daher zurück.

---

v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 30. Januar 1665.

[Aussichten Lubomirski's. Verhalten des Wiener Hofes. Ob Kf. mit Lubomirski eine Zusammenkunft halten solle.]

Ueber das Verfahren gegen Lubomirsky ist noch alles bestürzt. Weil 30. Jan.
aber alles unter dem Schein Rechtens geschehen, wird insgemein dafür gehalten, dass auch kein benachbarter Potentat sich der Sache wohl eher annehmen würde, bis die Sentenz ex capite nullitatis von den Ständen auf den Seymiken impugniert werden oder aber die Armee sich einmischen würde. Die Kosacken haben sich zwar verlauten lassen, wenn er zu ihnen käme, wollten sie Czarnecki liefern, aber auf dergleichen Volk ist nicht wohl Staat zu machen. Es wird also wohl alles darauf ankommen, wie sich die Seymiken und der künftige Reichstag anlassen werden.

---

[1]) S. Urk. u. Act. IX. S. 5f.

An den K. Vicekanzler, welcher bereits vor acht Tagen von hinnen nach Grosspolen gegangen, hat der G. Marschall geschrieben und ihm verwiesen, dass er durch seine consilia, indem er ihn alleweg ermahnt, sich dem Hofe zu accommodieren, ruiniert wäre. Dasselbe hat zwar dem Hofe nicht missfallen, es hat ihm aber doch nicht mehr Vertrauen, als er vorhin gehabt, gestiftet. Derselbe wollte wohl herzlich gerne dem G. Marschall wieder aufhelfen, aber doch nicht anders, denn durch solche Mittel, die keine Extremität nach sich ziehen, aus Furcht, patria möchte zerrissen werden.

Wie am kaiserlichen Hofe des Marschalls Sache genommen werde, davon wird ungleich gesprochen, bei Hofe wird angegeben, der Kaiser habe weder dem Marschall noch seinem Sohn gestatten wollen nach Wien zu kommen, andere aber haben ihm berichtet, Lubomirsky's Sohn habe von Wien aus geschrieben, der Kaiser habe erklärt, dass er nicht allein ihn, sondern auch alle anderen, die wegen Maintenierung der Freiheit des Vaterlandes leiden würden, schützen und nicht gestatten wolle, dass diese Krone unter einen absoluten Dominat gebracht werde, wesshalb man nicht geringes Missfallen gegen das Haus Oesterreich bezeugt, aus Furcht, der gemeine Adel dürfte hiedurch um so viel mehr Muth zu fassen veranlasst werden.

Eine persönliche Zusammenkunft mit Lubomirsky würde Kf. dienen können, 1) um der Krone Stärke und Schwachheit zu ersehen, 2) hinter die consilia zu kommen, welche hiebevor gegen Kf. geschmiedet worden, 3) abzufragen, welches die Malcontenten in Preussen gewesen, die ihn mit der Armee ins Land gefordert. Es würde aber weniger Verdacht oder auch Offens geben, wenn Kf. geschehen liesse, dass er öffentlich komme, statt in geheim, was doch auch wohl gewiss nicht würde verschwiegen gehalten werden können. Könnte aber beides mit Manier eine Zeit lang aufgehalten werden, möchte es wohl am dienlichsten sein, doch darf der G. Marschall nicht auf die Gedanken gebracht werden, als trüge man Scheu vor ihm in seinem Unglück.

Des künftigen Reichstags halber ist man in grosser Besorgnis. Sehr vortheilhaft wäre es, wenn Kf. in Frankreich könnte penetrieren lassen, wozu man des Wahlnegotii halber entschlossen sei; denn vielen kommt es vor, als ob es nicht mehr so ernstlich wie früher gemeint sei.

v. Bonin an den Kurfürsten. D. Warschau 30. Januar 1665.

[Besorgnis vor feindlichen Absichten Polens gegen Kf., dagegen zu treffende Vorsichtsmaassregeln. Aussichten für den nächsten Reichstag. Aeusserungen über v. Hoverbeck. Drohende Aeusserungen des Königs gegen den Kf.]

30. Jan. Aus der kalten und unhöflichen Art, mit der sie hier behandelt werden, und anderen Dingen schliesst er, dass man nicht allein wenig Freundschaft und Geneigtheit zu Kf. trägt, sondern dass man entweder demselben nichts gutes zutraut, oder dass man von ihrer Seite etwas böses mit demselben im Sinne hat. Er räth daher: 1) mit dem G. Marschall sich nicht zu sehr zu vertiefen, ihn aber auch nicht ganz hülf- und trostlos zu lassen, damit, wenn man Gefahr

zu fürchten hätte, Kf. nicht ihre ganze Macht allein auf sich nehmen dürfte, sondern man ihnen die Köpfe etwas von einander ziehen und den Polen mit Polen begegnen könnte. Man müsste ihm durch jemand, aber nicht durch Niemeritz, welcher hier gar zu viel Wächter und Inspectores hat, sagen lassen, dass Kf., so lange er in Polen als jure victus angesehen würde und keinen Anhang hätte, nichts wirkliches für ihn thun könnte, wenn Kf. aber sehen würde, dass ihm etliche ehrliche Leute aus seinem Vaterlande beifallen möchten, die er als Zeugen seiner Unschuld oder der Ungerechtigkeit des gegen ihn geführten Processes ansehen könnte, dann könnte er sich seiner annehmen und auch unter der Hand am kaiserlichen Hofe sein Interesse befördern. Dass Kf. ihn persönlich spreche, widerräth B. vor dem Reichstage auf das höchste, sonst sei hier alle Güte verloren und würde keine Entschuldigung angenommen. 2) Kf. möchte sich bei seinen Alliierten und 3) bei den befreundeten deutschen Fürsten für den Nothfall nach Hülfe umsehen, 4) suchen, was er noch mit seinen Ständen aller Orten in Unrichtigkeit hätte, in Richtigkeit zu bringen, und sie dann fragen, ob er sich in der Zeit der Noth auf sie verlassen könnte, auch das allgemeine Aufgebot der Ritterschaft vorbereiten.

v. Hoverbeck hält zwar dafür, dass diese Besorgnisse nicht genugsam gegründet seien, doch ist er der Meinung, dass zuviel Vorsicht nicht soviel schade wie zu wenig.

Was ihre hiesige Negotiation anbetrifft, so meinen sie beide, dass Kf. auf dem künftigen Reichstage versuchen müsse, mit Geld etwas auszurichten. Er glaubt, der G. Kanzler müsse auf diese Weise gewonnen werden, doch ist keine Hoffnung, Elbing, auch nicht einmal Draheim, höchstens den früher bewilligten Zoll zu erhalten. Fürst Radziwill und wohl auch andere sind der Meinung, dass Kf. sich in Polen durch Frankreich helfen und die Wahl des duc d'Enguin zu befördern versprechen solle, B. räth aber, jedenfalls sich nicht dazu anzubieten, sondern so lange zu warten, bis Kf. gesucht werde und Conditionen machen könne. Bei der gestrigen Conferenz mit dem G. Kanzler beklagte sich Hoverbeck wegen des gegen ihn geäusserten Argwohns[1]), als wenn er Lubomirsky aufgereizt hätte, und verantwortete sich dagegen aufs neue, jener ging aber nicht darauf ein. Er bezeigte sonst kein böses Gemüth gegen Hoverbeck, sondern rühmte dessen Klugheit und Geschwindigkeit und seine Kenntnis der polnischen Verhältnisse. Auch der König und die Königin haben, wenn er zugegen gewesen, nicht merken lassen, dass sie Unwillen gegen ihn hätten, der französische Gesandte gedachte einmal, dass etliche Senatoren vielleicht lieber einen anderen hier sehen würden, aus Ursachen, wie er sagte: qu'il faut qu'ils soient toujours sur leurs guardes en parlant avec qui a trop de cognaissance de leurs affaires, so dass also an v. Hoverbecks sowohl Annehmlichkeit als auch Tüchtigkeit sowie an seiner eigenen Treue und Fleiss nicht der Mangel ist, dass des Kf. Sachen hier nicht nach Wunsch gerathen.

Der[2]) König hat Fürst Radziwils Edelmann gesagt, er wollte

[1]) S. oben S. 250. 254.

[2]) Schon am 2. Januar hatten v. H. und v. B. dem O. Präsidenten v. Schwerin

ihm, wenn er kommen würde, Briefe von Ew. Chf. D. sehen lassen, wegen welcher Sie sich noch einmal auf grüner Heide sprechen müssten, als er aber kommen, hat er davon keine weitere Erwähnung gethan; Ihr Fürstl. Gn. wollten dieses wohl nicht gern sagen, könnten es gleichwohl auch der Pflicht nach nicht verschweigen. Fürst Radziwil besorget auch, dass, wenn sie mit Mosskau Friede hätten, Ew. Churf. D. Gefahr haben möchten; in dieser treuen Sorg ist es auch, dass Fürst Radziwil so fleissig rathet, dass Ew. Churf. D. auf den Frühling nicht in die Ferne, sondern nach Preussen reisen sollen. —

---

v. Bonin an den Kurfürsten. D. Warschau 6. Februar n. st. 1665[1]).

[Stand der Wahlangelegenheit.]

6. Febr. Die Wahlangelegenheit wird noch immer eifrig betrieben, die Königin hat sogar einmal gesagt, wenn dieses nicht geschehen sollte, würde sie dem Lande so feind sein, als sie es bisher geliebt hätte, und würde ihr weniger leid sein, wenn sie das ganze Königreich im Feuer sehe. Die neben der Königin die Wahl suchen, sind die, welche in der Zeit, ehe die Hoffnung etwa in Zweifel gerathen, sich hierin zu dienen verpflichtet und darauf Gnade und Beförderung empfangen haben. Anfangs war der vornehmste darunter der G. Marschall, welcher hernach abgegangen, jetzt sind es der G. Kanzler, der Feldherr Czarnetzki, der Littauische G. Kanzler Paz, der Littauische Unterfeldherr Paz, der Königin Kanzler Rey, der Referendarius Morstein, deren ein jeder wieder seinen Anhang hat, die neben der Beförderung ohne Zweifel schon französisches Geld empfangen haben und beides ins künftige noch mehr erwarten. Der Erzbischof[2]) ist nicht in Consideration, der Bischof von Ermland[3]) stellt sich auch, als ob er von dieser Partei sei, man consideriert ihn auch wegen seines Verstandes hoch, traut ihm aber nicht sehr, der Bischof von Posen[4]) depen-

berichtet, Fürst Radziwill hätte ihnen mitgetheilt, dass „man hier dem Kf. nicht gut und dass leichtfertige Händel obhanden seien", sie hätten erfahren, der schwedische Gesandte Palbitzki hätte hier bei einer Privataudienz von sehr gefährlichen Machinationen des Kf. und K. Sachsens gegen des polnischen Königs Staat und Person gesprochen, und am 9. Januar, durch Fürst Radziwill hätten sie erfahren, derselbe Palbitzki habe gesagt, die beabsichtigte Allianz des Kf. mit Schweden sei gegen Polen gerichtet, es sei aber zu merken, dass er dieses „aus Affecten" gethan, da er sich beschwert habe, es sei ihm wegen einiger Güter Unrecht geschehen.

[1]) Vgl. Pufendorf IX. c. 87 (S. 632f.).

[2]) Wenceslaus Leszczynski; vgl. über denselben Ludwigs XIV. Instruction für den Bischof von Béziers vom 26. December 1664 (Recueil des Instructions données aux ambassadeurs de France IV. S. 69).

[3]) Johann Stephan Wydzga, s. ebendaselbst S. 70.

[4]) Stephan Wierzbowski.

diert vom Hofe, ist aber sonst im Königreich in schlechter Consideration. Auf diesen und ihren Helfershelfern besteht das Wahlnegotium, doch meinen sie am Hofe, dass die Partei in Littauen stärker sei und dass, wenn sie nicht zu der Krone gelangen könnten, sie versuchen wollten, ob sie Littauen von der Krone trennen und schaffen könnten, dass Duc d'Anguin zum Grossfürsten erwählt würde. Dieses sind die Leute, die sowohl den Rath als auch die Miliz dirigieren, und man sollte daher wohl meinen, dass die Sache durch sie wohl könnte durchgeführt werden. Die Gegenpartei aber meint, dass zwar diese Leute in gewöhnlichen Geschäften stark und mächtig seien, in so extraordinären Dingen aber seien sie, die Gegenpartei, viel stärker, und es befänden sich auch bei jener Partei Schwachheiten: 1) der König selber sei in seinem Gemüthe zweifelhaft, und was er hiezu thue, geschehe nur, um sich von der Königin Ruhe und Frieden zu verschaffen; 2) seien sie unter sich nicht einig, ob, wenn die Sache nicht bonis modis und durch die Wahl könnte zu Wege gebracht werden, man dieselbe mit Kriegszwang suchen sollte, 3) sage man, der König in Frankreich wolle zwar gern einen Franzosen in diesem Königreich haben, habe aber einige Bedenken gegen den Duc d'Anguin, er möchte von des Vaters Natur haben und sich ihm leicht widersetzen. Auch de Lumbres war eine Zeit bei der Königin übel angeschrieben und es wurde ihm vorgeworfen, dass er dem Hause Longueville viel mehr affectioniert wäre als dem Hause Condé. Hauptsächlich aber fürchtet man sich in dieser Sache vor dem gemeinen Adel, so dass die Königin gemeint, der gefährlichste Griff, den der Marschall vorgehabt, sei gewesen, dass er sich zu der Wahl d'Anguins erboten, meinend, dass wenn dieses Erbieten angenommen wäre, man sie bei dem ganzen Lande würde verhasst gemacht haben. Der Bischof von Krakau[1]), der für einen sehr witzigen Mann gehalten wird, ist bisher der Sache offenbar zuwider gewesen, und meint man, dass die meisten von der Geistlichkeit mit ihm, absonderlich die Jesuiten, stark zuwider und wollen, nachdem sie auf Kf. nicht mehr gedenken dürfen, den catholischen Missethäter haben, der in Ungarn gewesen. Viele, wo nicht die meisten unter den Soldaten sollen noch auf Kf. gedenken. Der G. Feldherr in Littauen, Sapieha, soll auch eine gar starke Faction haben, welche alle der Wahl zuwider.

B. glaubt nicht, dass Schweden an diesem Orte einen französischen Nachbar wünschen und denselben einzusetzen sich bemühen wird.

Aus allem schliesst er, dass für Kf. es nicht rathsam sei, das Wahlnegotium zu consentieren, noch weniger es zu befördern.

Ich halte das ganze Werk für eine weibisch Schwachheit und Irrthum, und dass dieselbe kluge Polen, die es mit zu befördern suchen, die Augen mit Geld, Ehr und andern Gutthaten geblendet und der Verstand genommen sei, — melde nur dieses, dass Ew. Chf. D. (aber in höchster geheim, so dass es bis hieher nicht erschallen könne) den Marschall, bis dieser Reichstag vorbei, in Hoffnung halte, aber wirklich mit

[1]) Andreas Trzebicki, s. ebendas. S. 69.

ihm nichts thun möge, dass man vorher sehe, ob man in unserm negotium etwas ausrichten könne oder nicht[1]). —

Resolution des Kurfürsten für den Abgesandten Lubomirski's[2]). D. Coloniae ad Spream 7./[17.] Februar 1665[3]).

[Der nächste Reichstag ist abzuwarten. Kf. wird sich für Lubomirski verwenden. Bevorstehende Ankunft de Goess'.]

17. Febr. Serenitas Sua Elect. invita plane percepit, quae hactenus cum D. Regni Mareschallo acta fuerunt, idque non saltem ob benevolum syncerumque, quo hactenus Regni Mareschallum prosecuta est affectum, sed quod ingens etiam Polonicae libertatis — detrimentum imo generalem reipublicae concussionem civilesque motus causa haec secum trahere posset. Praeterea Ser.tas S.a El.is non miratur, D. Regni Mareschallum in iis quibuscum conflictatur augustiis opem et auxilia serio expetere, gratumque eidem accidit, quod singularem quoque prae aliis in Ser.te S.a El.i collocare fiduciam videatur. Cum vero praesentis ratio negotii summam praecautionem requirat, cumprimisque prospiciendum, ne in re tanti ponderis et momenti praecipitantia peccetur vel aliquid contra reip. amicorumque Mareschalli vota et voluntatem agatur, consultum judicat Ser.tas S.a El.is, ut exigui temporis moram usque ad comitia proxima patienter ferat. Apud Regiam interea Majestatem Ser.mus Elector reiterabit officia majorique quam hactenus cura restitutionem D. Regni Mareschalli latacque sententiae abolitionem instantius urgebit, nec minus Regi Christianissimo praegnantes exponi rationes curabit, quae ipsum, ut officia sua pro D. Mareschallo interponat et tranquillitati publicae ea ratione consulat absque dubio movebunt. Imprimis autem universis

[1]) Ganz ähnlichen Inhaltes ist ein Bericht v. Hoverbecks über dieselbe Angelegenheit von demselben Datum. Auch er glaubt, dass der König jetzt nicht in die Wahl willigen wolle, dass es den Künsten der Königin aber doch gelingen werde, ihn umzustimmen. Der Bischof von Krakau sei der Meinung, der Hof werde, wenn der künftige Reichstag zum Schluss kommen sollte, eine Zeit lang glimpfliche Mittel versuchen und zu dem Ende den Herzog von Enghien ins Reich kommen lassen, sollte aber der Reichstag sich zerschlagen, so werde man das Werk mit den Waffen durchzutreiben suchen. Pfalz-Neuburg habe Anhang in Gross- und in Kleinpolen, würde auch wohl durchdringen, wenn er mit Kf. wohl stände, denn sie wollten gern so wählen, dass sie dadurch weder mit Oesterreich noch mit dem Kf. in Krieg geriethen.

[2]) Lubomirski hatte nach Empfang des Schreibens des Kf. vom 31. December 1664 (s. oben S. 244) im Januar an denselben den U. Kämmerer von Kiew Stephan Niemiryez (s. oben S. 248) gesendet, jetzt schickte er (Creditiv d. Wratislaviae 7. Febr. 1665) an denselben behufs näherer Information Vexilliferum Praemisliensem; das Recreditiv des Kf für denselben ist Coloniae ad Spream 8./[18.] Februar 1665 datiert. Vgl. Pufendorf IX. c. 84 (S. 629).

[3]) Randbemerkung: „Diese Resolution ist des H. Lubomirsky anhero geschickten Bedienten fürgelesen aber nicht communiciret worden“

Regni statibus proximis comitiis ob oculos ponet ingens periculum certamque libertatis patriae iacturam ex iis, quae hactenus gesta sunt, indubie timendum, nisi communibus suffragiis remedium tanto malo quaeratur. Non videt Ser.tas S. El.is, quid hoc rerum statu ulterius polliceri queat, praesertim cum Caes.ea S.a Maj.tas ablegare huius negotii gratia ad aulam hanc electoralem Baronem de Goes statuerit; communicabitur autem fideliter, quicquid cum illo agetur, nec dubitat Ser.mus Elector, haud impatienter illud laturum D. Regni Mareschallum, cum satius sit ac tutius per amicabiles vias experiri prius ejusdem restitutionem, quam certissimo remp. malo ante implicari, quam de procerum ejusdem voluntate et suffragiis certior factus fuerit. —

Der Kurfürst an v. Hoverbeck. D. Cöln 10./[20.] Februar 1665.

[auf die Relationen vom 30. Januar und 6. Februar. Neue Instruction.]

(Conc. O. v. Schwerin.)

Kf. kann aus den mit dem Reichskanzler und anderen geführten verdriess- 20. Febr.
lichen Discursen nicht anders abnehmen, denn dass der König und einige der vornehmen Bedienten Ursache an ihm suchen müssten, er will sich aber von diesen Imputationen befreien, daher soll H. desswegen besondere Audienz begehren und dem Könige erklären, es befremde Kf. zum höchsten, dergleichen falsche Auflagen zu vernehmen, und er müsste demnach begehren, dass der König ihm das Schreiben, worauf sich derselbe gegen Fürst Radziwills Bedienten Morstein bezogen[1]), vorzeige und die Personen, welche ihm ein und das andere von Kf. beigebracht, benenne, sonst müsste er auf dem nächsten Reichstage hierüber bei den sämtlichen Ständen Beschwer führen und dieselben ersuchen, den König zu disponieren, dass ihm darunter gefügt würde. Sollte er es nicht erlangen können, auch der König den Vorschlag, den er für sich zu machen hat, dass dieser in einem Schreiben an Kf. erkläre, dass demselben mit diesen Anflagen zu viel geschehen und er daran unschuldig wäre, verwerfen, auch Vorstellungen bei dem Kanzler, dem Erzbischof und anderen vornehmen ministris nichts fruchten, dann soll H. bei nächstem Reichstage in öffentlicher Audienz darüber Klage führen und denselben ersuchen, beim Könige es zu vermitteln, dass dem Kf. das Fundament aller solcher Beschuldigungen zu seiner Verantwortung mitgetheilt werde.

Wegen des G. Marschalls hat Kf. sein judicium so lange suspendiert, bis er sehe, ob die wider ihn gefällte Sentenz auf künftigem Reichstage werde confirmiert werden, doch will er, wie er dem Abgesandten desselben zugesagt[2]), noch einmal für denselben beim Könige intercedieren. H. soll daher nebst Ueberreichung eines zweiten Schreibens diese Intercession mit mehrerem Nachdruck als bisher ausführen und besonders remonstrieren, dass der König mit

[1]) S. oben S. 258.
[2]) S. oben S. 260.

der höchsten Reputation aus dieser Sache kommen könne, wenn er L. restituierte, und dass er andernfalls sich selbst und das Reich in die grösste Gefahr setzen werde. Sollte der König dem nicht deferieren, so müsste Kf. dieses alles den Reichsständen vorstellen und sie zur Vermittlung auffordern. H. soll in der That, wenn der König sich dazu nicht verstehen sollte, solches bei den Ständen thun.

In des Kf. Particularangelegenheiten soll H. in fleissigem Sollicitieren fortfahren, sich auf keinen ferneren Reichstag vertrösten lassen und ausdrücklich andeuten, dass Kf., wenn er jetzt keine Satisfaction erhalte, solches nicht anders, als eine öffentliche Contravention der Pacten nehmen könnte. Sollte H. verspüren, dass durch Verheissung eines mehrern, als er schon in Instruktion hat, etwas merkliches zu erreichen sei, so wird ihm solches anheim gestellt. Kf. ist es gleichviel, ob er seine Satisfaction durch Einführung eines Wasserzolles oder durch andere Mittel erhält. Wegen Draheim steht es in des Kf. freien Willen, es einzunehmen, H. soll daher dabei verbleiben, dass, wenn dem Feldherrn keine Satisfaction widerfahre und derselbe sein Anerbieten nicht annehme, Kf. sich seines Rechtes gebrauchen werde. An den König von Frankreich hat Kf. geschrieben[1]) und er hofft, dass dessen Gesandter bald andere Ordre erhalten werde. Er schickt H. ein neues Credenzschreiben[2]) und zwar nur für ihn allein, da er vermuthet, dass v. Bonin[3]) schon abgereist sein werde.

v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 26. Februar 1665.

[Audienz beim Könige.]

26. Febr. Den 23. hat er beim Könige Audienz gehabt und ihn gebeten, es dahin zu richten, dass Kf. ohne weiteren Verschub auf dem vorstehenden Reichstage

[1]) S. das Schreiben des Kf. an Ludwig XIV. vom 25. Januar 1665 (Urk. u. Act. II. S. 304).

[2]) d. Coloniae ad Spream 10./20. Februar 1665; unter demselben Datum ist ein Schreiben des Kf. an den König von Polen ausgestellt, in welchem er sich darüber beklagt, dass ihm trotz seiner Bitten nicht durch Mittheilung des Briefes und Nennung der Personen die Möglichkeit, sich zu rechtfertigen, gegeben sei, und anzeigt, dass er auch in dieser Angelegenheit Aufträge an v. Hoverbeck ertheilt habe.

[3]) Kf. hatte in einem Schreiben vom $\frac{30.\text{ Januar}}{[9.\text{ Februar}]}$ v. Bonin angewiesen, sich vorläufig nach Pommern zurückzubegeben, diesen Befehl am 13./23. Febr. aber widerrufen; am 6./16. März erneuert er denselben, inzwischen aber war derselbe schon abgereist, am $\frac{27.\text{ Februar}}{8.\text{ März}}$ berichtet er von Bublitz aus über seine Abschiedsaudienz beim Könige und der Königin, beide hätten sich dabei ganz ausnehmend gnädig gezeigt, welcher Wechsel in ihrem Verhalten wohl hauptsächlich durch die Nachricht vom Abschluss des Traktats zwischen Schweden und Russland, durch Streitigkeiten mit Frankreich, den Tod Czarnecki's und durch üble Nachrichten von den Seymiken veranlasst sei.

in seinen Forderungen Satisfaction erlange. Der König erwiderte sehr gnädig, beklagte Czarnecki's Tod[1]). Als ihm H. vorstellte, ob er sich nicht der durch dessen Tod erledigten Starosteien zur Befriedigung des G. Feldherrn und so zur Beförderung der Satisfaction des Kf. bedienen wolle, erklärte er, dieses ginge nicht, da über dieselben schon im voraus verfügt sei. Als H. ihn darauf bat, den Verdächtigungen gegen Kf. keinen Glauben beizumessen, sondern, wenn er Scrupel hätte, dieselben frei zu entdecken und die angeblichen Originalschreiben des Kf. zu communicieren, damit man so auf den Grund der Sache kommen könne, wollte der König von dergleichen Schreiben nichts wissen, gestand endlich doch, dass ihm einiges, aber mündlich, von Crockows Tractaten in Schweden, darinnen nachtheilige Dinge enthalten, beigebracht worden, worauf H. diese Tractate rechtfertigt.

Der König sagte dann, da H. von Schreiben gedacht, müsste er erwähnen, dass ihm dieser Tage eines aus Grosspolen zugekommen, darinnen er berichtet werde, dass der G. Marschall incognito zu Kf. nach Berlin gegangen sei. H. versichert, dass er davon keine Nachricht habe, und erklärt, es müsse erdichtet sein, der König gestand, dass er es selbst nicht glaube, da er in jenem Schreiben viele Dinge gefunden, von denen er wisse, dass sie falsch seien, so z. B. es stünde darauf, dass Kf. sich öffentlich zur catholischen Religion bekennen würde, und könnte man leicht erachten warum, ebendort werde auch gedacht von einigen Schreiben, so an den Moscowiter abgegangen, welches er auch nicht glaubte, wiewohl er vorm Jahre gehört, dass einige Correspondenz durch Schreiben, so über Curland fortgeschickt worden, vorgegangen. H. antwortet, dass, wenngleich Kf. der Commercien halber mit dem Moskowiter Correspondenz unterhielte, oder auch für Reisende Intercessionale ertheilte, dasselbe ihm keineswegs verdacht werden könnte, er könne aber versichern, dass innerhalb der letzten anderthalb Jahre, da er stets bei Hofe gewesen, auch dergleichen nicht geschehen sei. Der König erklärte darauf, dass er das ganze Schreiben für ein unwerthes Geschwätz hielte, bat aber, Kf. möchte dem Marschall nicht trauen, noch ihm Werbungen in seinem Lande verstatten, erzählte darauf sehr weitläufig, wie derselbe in dem Wahlnegotio und gegen das Haus Oesterreich verfahren, „welches ein recht studierter Discurs zu sein schien".

Zuletzt bringt H. vor, es sei Kf. sehr fremd vorgekommen, aus Bonins Bericht zu erfahren, dass der König des Rohde gedacht und dabei erwähnt, er hätte denselben in seine Protection genommen, dieses könnte Kf. niemandem gestatten, da es direct gegen die Pakten und die Souverainität liefe. Der König wurde hierüber wohl etwas alteriert, hörte es aber doch ganz geduldig an und antwortete ohne gar zu grosse Emotion, er hätte des Rohde gegen Bonin nur incidenter gedacht und gesagt, derselbe hätte Protection bei ihm gesucht, er hätte wohl seine Propositionen angehört, aber ihn niemals in seine Protection genommen. H. bezeugt seine Freude über diese Erklärung, weist aber darauf hin, dass Rohde selbst dem Kf. ein königliches Originalschreiben ausgeantwortet, darin er ihn ermahnt, in seinem Vorhaben fortzufahren. Des Schreibens,

[1]) S. Kochowski III. S. 167.

sagte der König, wüsste er sich garnicht zu erinnern, es müsste in der grossen Kanzlei expediert und ihm untergeschoben sein, kein Potentat könne vor dergleichen Uebereilung gesichert sein, und versprach, sich seiner nicht anzunehmen, bat aber, Kf. möchte ihn, wenn er ihm in Königsberg nicht trauen könnte, von dort an einen anderen Ort wegbringen und auf freien Fuss setzen. H. berichtet, dass Rohde in der Lausitz nicht in einem Gefängnis nach polnischer Art, sondern in einem ehrlichen Gemach nur in custodia sei und gut verpflegt werde, er würde auch wohl mehr Freiheit erhalten haben, wenn er sich nicht so trotzig zeigte. Der König sagt, er wolle dieses seinem Sohne, wenn dieser wieder um Intercessionalen anhalten würde, verweisen und ihn zu schuldigem Respect und Gehorsam anmahnen, sonst aber sich seiner nicht annehmen.

Aus dem Diarium.

11. März. 11. März 1665. Audienz v. Hoverbecks beim Könige. Er erinnert denselben zunächst an sein früheres Versprechen, dass die Angelegenheiten des Kf. in die Reichstagsproposition gebracht und den Ständen auf das beste recommendiert werden sollten, der König sagt das auch aufs neue zu. Dann übergiebt H. die ihm zugeschickten Creditive und verlangt auf Grund des Rescripts vom 10./20. Februar[1]), dass der König die Schreiben, auf die er sich gegen Fürst Radziwills Bedienten bezogen, vorzeige und die Personen, die Kf. bei ihm verdächtigt hätten, benenne, sonst müsste Kf. auf dem Reichstage bei den Ständen Beschwerde führen.

Der König erklärt, er suche an Kf. keine Ursache, es sei aber menschlich, dass man sich über widrige Berichte alteriere, so wäre ihm heute von dem Starosten von Radom Podlodowski[2]), der geradesweges von Breslau von Lubomirski käme, hinterbracht worden, dass derselbe sich vornehmlich auf den Kaiser, den König von Hispanien, den Kurfürsten von Sachsen und Kf. verliesse. Der Kaiser gestatte ihm Werbungen, der König von Hispanien werde Geld schicken, K. Sachsen aber und K. Brandenburg wollten Grosspolen und das Königl. Preussen angreifen, um durch solche Mittel einen Herzog von Braunschweig zur Krone zu befördern; ferner werde er von Wien her berichtet, dass Baron de Goes zu Kf. abgeschickt werden sollte, um zu überlegen, was bei dem Werke, so der Marschall vorhätte, zu thun sein möchte. Er, der König, wollte keinem Ursache geben, sollte er aber zu hart gedrungen werden, so müsste er sich wider seinen Willen zu wehren suchen.

[1]) S. oben S. 261.

[2]) Kf. schreibt an v. Hoverbeck am 3./13. März, ihm sei referiert worden, der Starost von Radom sei bei Lubomirski gewesen und habe demselben namens der Königin grosse Advantagen versprochen, wenn er nur zu seiner Aussöhnung Condé's Intercession implorieren und sich in der Wahlangelegenheit besser erzeigen würde; H. soll dieses bei Gelegenheit dem Könige gegenüber als ein ganz unglaubliches und böswillig erfundenes Gerücht erwähnen.

H. weist darauf hin, wie unwahrscheinlich jene Nachrichten Podlodowski's seien, ebenso würde es wohl auch mit den anderen Spargementen und insonderheit mit den Schreiben, die dem Könige aus Schweden zugekommen, sich erweisen, wenn er dieselben nur vorzeigen wollte. Dass ihm Schreiben zugekommen wären, wollte der König durchaus nicht gestehen, mündlich hätte ihm Balbicki[1]) berichtet, dass Krokow nachtheilige Dinge für Polen negociierte und eine Garantie contra quoscunque suchte. Nachdem H. diese Tractaten mit Schweden gerechtfertigt, sagt der König, es hätten ihm auch etliche geringe Dinge allerhand Nachdenken verursacht, erstens, dass Niemerycz[2]) sich bei des Kurfürsten von Sachsen Anwesenheit sehr zu thun gemacht hätte. H. erwidert, derselbe habe sich nur zufällig damals bei Hofe eingefunden, er hätte jenen Kurfürsten nur bei der Tafel zu sehen und seines Wissens garnicht zu sprechen bekommen, womit sich der König zufrieden stellen liess. Darauf erwähnt der König die Schickung, die vorm Jahr durch Kurland nach Moscau gegangen. H. erwidert, Kf. hätte beabsichtigt, um, wie ihm in den Brombergschen pactis versprochen worden, in den Moscowitischen Frieden als perpetuus reipublicae foederatus eingeschlossen zu werden, einen seiner Unterthanen, den man den polnischen Oelschnitz nenne, zu den Friedensverhandlungen abzuschicken[3]), er selbst hätte die Instruction und Creditive für denselben aufgesetzt, es wäre aber keines darunter an den Zaren, sondern nur an die beiderseitigen Commissarien gerichtet gewesen. Der König erklärt sich auch darüber zufriedengestellt, erwähnt aber, es hätte ihm auch Nachdenken gemacht, dass Kf. die in den pactis versprochenen 1500 Mann bisher nicht geschickt habe. Als H. auch dieses gerechtfertigt, sagt der König, er hätte nun alles, was ihm jemals auf dem Herzen gelegen, expectoriert, so dass es nicht nöthig wäre, desshalb bei den Ständen etwas zu suchen, wie er's denn auch nicht gestatten könnte. Er wollte Kf. versichern, dass er nichts wider ihn habe, wenn er sich nur des Marschalls nicht annehme, denn, wenn solches geschehe, müsste er's für eine grössere Offens halten als alles andere, was zwischen ihnen vorgegangen; sollte auch des Marschalls halber etwas an die Stände gebracht werden, so würde er es nicht anders als für eine Aufwiegelung oder Clarigationem aufnehmen können. H. erwidert, das wäre zu weit gegangen, wenn man des Kf. treugemeinte officia so missdeuten wollte, es könnte Kf. nicht verdacht werden, wenn er dem Könige zum besten die Sena-

---

[1]) S. oben S. 237.

[2]) S. oben S. 248.

[3]) Kf. hatte allerdings im Sommer 1664 zu den damals zwischen polnischen und russischen Kommissaren geführten Friedensunterhandlungen einen Abgesandten, ursprünglich den im Dienste des Fürsten Radziwill stehenden Hofrath Johann Mierzynski, dann auf den Rath des Fürsten den in früheren Jahren mehrfach zu Sendungen nach Polen (S. Urk. u. Act. I. S. 197, 265 ff., 320 ff.) verwendeten Geh. Rath Carl Friedrich v. Oelsnitz, zu schicken beabsichtigt, diese Sendung war aber dann, weil inzwischen jene Verhandlungen abgebrochen worden waren, unterblieben. Das für Mierzynski ausgestellte Creditiv (d. Cöln $\frac{27. \text{ Juni}}{[6. \text{ Juli}]}$ 1664) ist in der That an die beiderseitigen Kommissare gerichtet.

toren und Stände ersuchte, seine Intercession zu secundieren. Der König bezeugte hierüber grosse Alteration und stiess die Worte aus, es könnte solches nicht anders ausgedeutet werden, als dass man ihn für einen Tirannen, dafür ihn der Marschall ausschreie, oder aber für einen blöden Herren hielte, dem man Vormünder setzen wollte, er würde aber wohl solchem Vorhaben zu begegnen wissen und, da es tentiert würde, es für eine Clarigation aufnehmen.

H. stellte darauf dem Könige, obwohl ihm dieser mehrfach ins Wort fiel, die verschiedenen Motive und Rationen vor, warum er den Marschall zu restituieren hätte. Schliesslich, um sich des weiteren Anhaltens auf einmal zu entschlagen, wies der König die Sache von sich ab, vorgebend, dass sie nunmehr nicht von ihm allein dependierte, sondern andere daran interessiert wären. Gerade deswegen, antwortet H., hielte Kf. dafür, dass, wenn man nur bei dem Könige einen Blick der Gnade gespürt hätte, die Interessierten durch die anderen zu einem Accommodement zu disponieren sein würden, und fährt fort in ihn wegen der Restitution Lubomirski's zu dringen. Der König sagt endlich, wenn er dem Marschall sehr viel Gnade erwiese, würde doch solches nicht weiter gehen als nur auf die Erbgüter und auf das, so er noch zur Zeit nicht vergeben, den Marschallstab und das Generalat aber werde er ihm nicht wiedergeben, denn er könnte ihm weder auf Schriften noch Eide trauen.

H. begehrt endlich zu wissen, was er denn an Kf. zu bringen hätte. Der König wollte aber haben, er möchte mit der Relation noch etwas an sich halten, bis er's mit seinen Leuten besser würde überlegt und, wie Kf. zu beantworten, geschlossen haben [1]).

v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 12. März 1665.

[Ergebnis der Audienzen bei dem Könige und der Königin und der neuen Conferenz mit dem G. Kanzler.]

12. März. Er hat bei der Königin [2]) und dann auch bei dem Könige [3]) Audienz gehabt, deren jede bei drei Stunden gedauert, heute auch mit dem G. Kanzler alles überlegt, der versprochen, das Schreiben an den Kf. so einzurichten, dass derselbe damit werde völlig zufrieden sein können [4]). Wenn der Littauische Kanzler [5]), der nur eitel Feuer speit, sich nicht dawider setzte, möchte dem Kf. die Unterhandlung zwischen dem Hof und dem G. Marschall deferiert werden, damit er dadurch abgehalten werde, sich mit demselben einzulassen. Es würde aber

[1]) Den Inhalt dieser Unterredung giebt kurz Pufendorf IX. c. 88 S. 633 wieder.

[2]) Ueber die Audienz bei derselben liegt keine Aufzeichnung vor.

[3]) S. oben S. 264 ff.

[4]) H. sendet am 20. März den Entwurf eines solchen Schreibens ein, an dem aber noch einiges geändert werden solle.

[5]) Christoph Paz.

wohl bedungen werden, dass Kf. vor allem von ihm Cavalierparole nehme, dass er während der Handlung nichts machiniere.

Protocollum was mit dem Kaiserl. Abgesandten, H. Baron de Gois[1]) negotiiret worden.

1. Conferenz[2]), gehalten den 14. Martii a meridie hora 4.

[Die Lubomirskische Angelegenheit. Vorgänge auf dem Regensburger Reichstage.]

F. Anhalt ersucht den Gesandten, weil er nichts Schriftliches eingegeben, 24. März.
die dem Kf. gethanene Proposition kurz zu wiederholen. Derselbe proponiert darauf, der Kaiser habe sich bemüht, den Plänen der Königin von Polen, den duc d'Enguin zur polnischen Krone quovis modo zu befördern und demselben Oppeln und Ratibor zu cedieren, vorzukommen; er hätte gehofft, nachdem die Conföderation entstanden, dass man am polnischen Hofe von diesem Wahlnegotio abstehen würde, allein nach gestillter Conföderation sei dieses mehr als jemals getrieben, nachdem die Königin sich vergeblich bemüht, Lubomirsky auf ihre Seite zu gewinnen, hätte sie ihn durch den bekannten Process zu verfolgen gesucht, so dass er sich in des Kaisers Lande habe retirieren müssen, der Kaiser habe nicht weniger thun können, als ihn tanquam principem imperii et vasallum regni Hungariae aufzunehmen, er consideriere aber nicht so sehr seine Person als die allgemeine Ruhe und Unruhe, so aus diesem Werk entstehen könnte, bäte Kf., ihm seine Sentimente hiervon zu eröffnen.

Nach genommenem Abtritt antwortet v. Schwerin, Kf. halte dieses polnische Unwesen, vornehmlich das Wahlnegotium, von sehr hoher Importanz, er habe daher durch Lisola, als dieser bei ihm gewesen[3]), den Kaiser ersuchen lassen, ihm seine Gedanken hierüber zu eröffnen, doch sei keine Resolution darauf erfolgt. Als nun inzwischen gegen Lubomirsky so wunderbarlich procediert worden, sei Kf. entschlossen gewesen, deswegen jemand an den Kaiser abzuschicken, da er aber vernommen, dass dieser Ihre Exc. herschicken würde, sei ihm solches um so lieber gewesen. Weil nun Lubomirsky zu verschiedenen Malen durch Schreiben und Schickungen Kf. versichert, dass der Kaiser ihm bereits Hülfe versprochen, darauf wirklich Geld gezahlt, Werbungen verstattet und dieselben durch Licentiierung einiger Truppen favorisiert, so ersuche Kf. den Abgesandten, ihm alles, was mit demselben vorgegangen, im Vertrauen zu eröffnen. Kf. habe bisher dem Lubomirsky keine andere Resolution ertheilt als, dass er sich zuförderst bei dem Könige in Polen per intercessionem seiner annehmen wolle; dieses sei auch geschehen, da es aber nichts verfangen,

[1]) Derselbe war am 12. 22. März in Berlin angekommen, hatte am 23. bei dem Kf. Audienz gehabt; zu den Conferenzen mit ihm waren vom Kf. Fürst Joh. Georg von Anhalt und der O.Präsident O. v. Schwerin deputiert worden. Vgl. über de Goess' Sendung Urk. u. Act. XI. S. 597; XIV, 1 S. 199ff.

[2]) Vgl. Urk. u. Act. XIV, 1 S. 203.

[3]) S. Urk. u. Act. XI. S. 322ff.

hätte Kf. seine Gesandten beauftragt, mit mehr Nachdruck ihre Intercession zu verrichten und dem Könige anzudeuten, wenn er darauf nicht reflectieren würde, könne Kf. nicht umhin, den Ständen auf öffentlichem Reichstage vorzustellen, was für Gefahr dem Reiche daraus erwachsen würde, der König habe sich hierüber sehr bewegt gezeigt und gesucht, Kf. von solcher Intention zu divertieren, dessen Mediation zwar angenommen, doch unter der Bedingung, dass Lubomirsky zuförderst versprechen sollte, indessen nichts zu tentieren und aus[illegible] Reichs zu bleiben, er hätte auch zugesagt, ihm seine Erbgüter und ausser [illegible] Feldherrn- und der Marschallswürde seine übrigen Dignitäten zu lassen, da ab[illegible] von dem Kurfürstl. Gesandten dieses als nicht zureichend nicht angenomm[illegible] worden, hätte der König gebeten, hiervon keine Relation abzustatten, sonde[illegible] die eigentliche Resolution bei künftiger Post zu erwarten, dabei habe er üb[illegible] den Kaiser und dessen Drohungen geklagt.

de Goes antwortet, auch der Kaiser hätte sich bemüht, die Sache g[illegible]tlich beizulegen, Lubomirsky dazu gerathen und, als er Graf Kinsky u[illegible]d nachher H. Meyer an den polnischen Hof geschickt, denselben befohlen, die [illegible]e Sache per amicabilem compositionem beilegen zu helfen und dem Könige vo[illegible]r zustellen, dass es ihm garnicht zuträglich wäre, das Reich in einen neuen Kri[illegible]g zu involvieren, sich auch erboten, dass Lubomirsky sich dergestalt geg[illegible]r den König bezeugen sollte, dass dieser Ursache haben würde, ihn wieder [illegible] Gnaden aufzunehmen; Kinsky hätte Befehl, deswegen mit des Kf. Gesandt[illegible] vertraulich zu communicieren. Als Lubomirsky vom Kaiser begehrt, er möch[illegible] einige Völker abdanken, damit er sie in seinen Dienst ziehen könnte, weil [illegible] gesonnen sei, armatus in Polen zu ziehen, hätte der Kaiser ihm davon abg[illegible] rathen, er hätte es auch für besser gefunden, dass der U. Kanzler Graf Les[illegible] cinsky, dem Lubomirsky gerathen, sich auch zu retirieren, im Reiche bliebe[illegible] Also sehe er gerne, dass des Kf. consilia mit denen des Kaisers ganz überein[illegible] kämen.

Hiernächst ist utrinque von dem Zustande in Polen und durch was Mitte[illegible] die Königin zu ihrem Zweck zu gelangen Hoffnung haben könne, discurriert worden, wie auch, ob es dem Könige ernst sei, die Wahl zu befördern, oder ob er der Königin zu Gefallen sich es also nur annehme.

Endlich hat der Kais. Abgesandte auch Meldung gethan, dass ein Theil im Fürstlichen Collegio contra morem consuetum andere Sachen in ihren votis berühren wollten, als was proponiert worden, und gebeten, Kf. möchte seinen Gesandten befehlen, dass sie, wie bisher, darüber hielten, dass dergleichen nicht zugelassen würde, wie auch, wann wegen des Wahltages etwas an Kf. gebracht würde, solches mit dem Kaiser zuförderst zu communicieren.

Welches ad referendum angenommen und die Conferenz hiermit geendigt worden.

v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 24. März 1665.

[Das aufgefangene moskowitische Schreiben. Palbitzki's Aeusserungen. Vorgänge auf dem Reichstag. Aeusserungen des kaiserlichen Gesandten in der Lubomirskischen Sache.]

Von dem Littauischen G.Kanzler hat er erfahren, dass in der That 24. März.
ein moscowitisches Schreiben[1]) an Kf., wie jener behauptet, aus Versehen aufgefangen sei, des Inhalts, Kf. möchte sich ja mit Polen nicht einlassen, sondern viel eher mit ihm zusammenhalten, weil die ungläubigen Tataren, durch welche Polen den Krieg führe, Kf. und dessen Landen künftig sehr schwer und gefährlich fallen würden. H. will anhalten, dass ihm das Original gezeigt oder Kf. zugesandt werde. Sonst hat ihm derselbe auch ebendasselbe bekannt, was der König von Balbicki's Traductionen, betreffend des v. Crockow Negotiation in Schweden, bei der Audienz[2]) entdeckt gehabt, so dass daran nicht zu zweifeln ist. Betreffend die preussischen Malcontenten hat H. von dem polnischen G.Kanzler nur herausgebracht, dass Balbicki gegen ihn erwähnt, Kf. möchte sich ja der polnischen Rebellen nicht zu eifrig annehmen, es möchten sich auch wohl unter seinen Unterthanen mehr Rohden finden.

Den Reichstag[3]) betreffend ist noch nicht die geringste Apparenz, dass er so bald zu einem einhelligen Schluss könne gebracht werden, da die dem G.Marschall Zugethanen darauf bestehen, es könne zu keiner Sache geschritten werden, bis vorher alle acta des vorigen Reichstages, welche nach dem gegen die Deputierung zu den Gerichten erhobenen Proteste einiger Landboten vorgegangen, für nichtig erkannt und cassiert würden, wodurch nicht nur des G.Marschalls Restitution, sondern auch zugleich Abolition der Restitution Radzieowski's gesucht wird. Der Hof aber will nicht allein dieses nicht gestatten, sondern auch nicht, dass durch die sämtlichen Landboten in corpore eine Fürbitte für den G.Marschall eingelegt werde, in Furcht, dass dieses namentlich in Frankreich einen grossen Stoss an der Reputation geben und daher der König und Prinz Condé in Auszahlung der Gelder, darauf die Sache jetzt besteht, desto säumiger würden.

In den Consultationen mit dem kaiserlichen Gesandten[4]) hat er diesen Lubomirsky betreffend dahin zielend befunden, es dürfte demselben nicht öffentlich und mit Völkern geholfen werden, damit nicht etwa Frankreich

[1]) S. oben S. 243.

[2]) S. oben S. 265.

[3]) Ueber diesen am 12. März eröffneten Reichstag s. Kochowski III. S. 170ff. Schon am 20. März hatte H. über den ungünstigen Verlauf desselben berichtet und bemerkt, er glaube nicht, dass er dazu werde gelangen können, für Lubomirski in publico trium ordinum consessu in des Kf. Namen Intercession einzulegen, der König wolle dieses durchaus nicht gestatten und auch er selbst sei überzeugt, dass dadurch unter den jetzigen Umständen mehr Widerwillen als Gutes werde verursacht werden.

[4]) Graf Kinsky.

und Schweden daher Anlass nähmen, sich mit in das Spiel zu mischen, sondern nur mit Geld, damit er Mittel habe, ohne Beschwer der polnischen Stände 5000 oder 6000 Mann an der Siebenbürgischen Grenze zu verpflegen und dadurch den hiesigen Hof im Zwange zu halten, bis es etwa Zeit sei zu agieren. Als H. ihn aufgefordert, diese Gedanken dem Kaiser zu überschreiben, erwiderte er, dass er's ohnerfordert nicht thun dürfte. H. glaubt auch, dass der Kaiser nicht gemeint sei, durch Baron Goes[1]) dem Kf. seine Gedanken zu eröffnen, sondern die desselben zu sondieren, ehe er sich herauslasse.

---

v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 27. März 1665.

[Vorgänge auf dem Reichstage.]

27. März. Die Landboten sind vor dem Könige erschienen und haben für den G.Marschall Fürbitte eingelegt, der König hat darauf erwidert, er wolle sich's überlegen und sich folgenden Tags declarieren. Darauf ist ohne grosse Contestationen der Reichstag bis heute prorogiert worden, und sind diese Tage verschiedene Consultationen gehalten worden, da aber die Landboten die Totalrestitution Lubomirski's verlangen, der Hof aber nur durch eine Constitution ihm Hoffnung machen will, zur königlichen Gnade gegen künftigen Reichstag zu gelangen unter der Bedingung, dass er sich in der Zeit ausser Landes halte, so ist schlechte Apparenz zur Versöhnung. Der König soll in öffentlicher Session drei aufgefangene Schreiben L.'s haben vorlesen und erklären lassen, er könne sich auf der Landboten Anhalten bei so beschaffenen Sachen nicht erklären, sondern müsse erst andere Zeichen der Reue und Besserung des Marschalls sehen, darauf sollen die Stände immerfort mit einander contestieren, indem die polnischen des Marschalls Sache vor allen Dingen accommodiert wissen, die Littauer aber davon, als einem Privathandel, der auf diesen Reichstag garnicht gehöre, nicht wollen reden lassen.

---

v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 30. März 1665.

[Zerschlagung des Reichstages; kriegerische Aussichten; das consilium postcomitiale.]

30. März. Nach sehr heftigen Scenen hat sich am 26. um Mitternacht der Reichstag fruchtlos zerschlagen[2]); durch glimpfliche Mittel ist nun nichts zu schaffen, sondern alles kommt zu beiden Theilen auf den Ausschlag der Waffen an. H. hat sich sofort bei dem Könige und den Staatsministris angegeben und sie an ihre Zusage erinnert, dass sie, falls der Reichstag sich zerschlagen sollte, des

[1]) S. oben S. 267.

[2]) S. Kochowski III. S. 171 f.

Kf. Interessen auf dem consilio postcomitiali befördern wollten, und soviel erhalten, dass des Kf. Satisfactionspunkt unter die Deliberanda gesetzt worden ist.

Der Kurfürst an v. Hoverbeck. D. Cöln 20./[30.] März 1665.

[Das Schreiben des Königs. Eröffnungen v. Reiffenbergs über die französischen Absichten.

Mit dem übersandten Entwurfe des königlichen Schreibens[1]) ist Kf. wenig zufrieden, namentlich da alle Sincerationen auf die angehängte Condition wegen des Lubomirsky beschränkt sind. 30. März.

Sonsten lassen wir euch auch gnädigst wissen, dass Chur Mayntz Ld. den Freiherrn von Reiffenberg[2]) anhero geschickt, welcher uns unter anderen zu vernehmen gegeben, dass Frankreich alles thun würde, was es vermöchte, umb vivente rege einen gewissen successorem zu denominiren und damit nicht bis auf den Abfall des jetzigen Königs zu warten, und ob wir ihm zwar remonstriren lassen, dass solches nimmer zu erhalten sein würde, so hat er doch beständig asseriret, dass der König sich von dieser Intention nicht würde dimoviren lassen, wobei er aber dieses angezogen, dass es ihm gleichviel sein würde, wer die Person wäre, wenn es nur durch seine, des Königs, Beförderung geschehe und der künftige König es Frankreich zu danken haben möchte, dass er zur Chron gelanget. —

---

v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 6. April 1665.

[Littauische Convocation. Neue Instruktion für die Commission zu den Friedenstractaten mit Russland. Ankunft des französischen Gesandten.]

In dem Consilio postcomitiali ist beschlossen worden, dass auf den 4. Mai eine Convocation der sämtlichen littauischen Stände in Gegenwart des Königs solle gehalten und dabei von Bezahlungsmitteln für die Armee und fernerer Verfassung zu Fortstellung des Krieges gegen Moscau gehandelt werden, die polnischen Senatoren, insonderheit der Castellan von Posen Grzymultowski haben vergeblich dagegen gesprochen. Des Kf. Satisfaction haben alle für höchst billig erkannt und ist den Kanzlern aufgetragen worden, mit H. zu überlegen, ob nicht auch ausser eines Reichstages zu des Kf. Befriedigung Mittel zu finden sein möchten. 6. April.

Wiewohl vermöge der Landverfassung keine Instruction zu Friedenstractaten

---

[1]) S. oben S. 264.

[2]) S. Urk. u. Act. XI. S. 417 ff.

anders als auf einem Reichstage gemacht werden kann, hat der König doch eine ansehnliche Anzahl von littauischen Senatoren und Landboten nebst etlichen wenig polnischen deputiert, um nach geleistetem solennen Eide, dass sie alles geheim halten wollten, die auf dem letzten geschlossenen Reichstage den Commissarien gegebene Instruction zu moderieren. H. hat davon soviel penetriert, dass man einen Anstand auf 20 Jahr zu machen und auch wohl Smolensk und Sewerien in der Moskowiter Händen zu lassen nachgeben will. Sollten aber diese eine ansehnliche Summe zu Bezahlung der Armee hergeben und societatem belli gegen des G. Marschalls Anhang eingehen wollen, möchten sie's ihnen auch wohl in perpetuum abtreten und wohl gar Kiew dazu lassen.

Zwischen den Völkern des Obersten Brion, der mit seinem Regiment Stadt und Schloss Cracau besetzt hält, und denen des G. Marschalls soll es schon unfern der schlesischen Grenze zu einem blutigen Rencontre gekommen sein.

Der französische Extraordinarambassadeur Bischof von Beziers[1]) befindet sich schon seit 8 Tagen in der Stadt, hat auch bereits bei dem Könige, der Königin und dem Primas incognito Audienz gehabt, soll aber erst nach den Feiertagen seinen Einzug halten.

Der Kurfürst an v. Hoverbeck. D. Cöln 3./[13.] April 1665.

[auf die Relation vom 30. März. Neue Verhaltungsbefehle.]

(Conc. O. v. Schwerin.)

13. April. — weil wir daraus so viel ersehen, dass die Sachen nunmehr zu einer gefährlichen Ruptur daselbst gerathen — so habt ihr mit Fleiss zu sondiren, was für Resolution man in den Woiwodschaften nehmen, insonderheit auch, ob man auf die Gedanken kommen möchte, uns zu ersuchen, dass wir uns des Werks zu der Chron Besten annehmen möchten, gestalt uns dann lieb sein wird, wenn ihr es unvermerket dahin bringen könntet, dass solches geschehe. Ihr habt euch aber gegen den keyserlichen Abgesandten nicht merken zu lassen, dass wir uns in die Sache mischen wollten, damit man uns auch von der Seite hiezu requiriren möge. Sonsten wollet ihr fleissige Acht auf der Schwedischen Negotiation geben und zu erfahren geflissen sein, ob Schweden neben Frankreich etwas mit fürzunehmen intentioniret, wie man uns denn berichtet, dass die Königin fürhabend sein soll, Elbingen und Marienburg an Schweden zu überliefern, damit sie selbiger Hülfe zu Ausführung ihrer Intention desto mehr versichert sein möge.

[1]) Pierre de Bonzi, Bischof von Béziers, vorher französischer Gesandter in Venedig, s. über dessen Gesandtschaft nach Polen Recueil des instructions IV. S. 51 ff.

Lubomirski's wegen will Kf. nächstens ein Schreiben an den König[1]) abgehen lassen und soll H. inzwischen bei Gelegenheit dem letzteren nochmals des Kf. Bereitwilligkeit zur Vermittlung eröffnen.

---

v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 14. April 1665.

[Furcht vor einer neuen Conföderation. Einfall Lubomirski's.]

Der Hof fürchtet eine neue Conföderation der Armee[2]) und bemüht sich 14. April.
vergeblich, Geld zur Bezahlung derselben aufzubringen. Aus Littauen sollen sich 22 Compagnieen von der Armee getrennt und nach Brzesc gewendet haben, man fürchtet, dass sie sich zu der Kronarmee begeben und die Conföderation verstärken werden. Auf die Nachricht, dass der G. Marschall mit 4000 Mann ins Reich eingefallen[3]) und sich in der Gegend von Czenstochau befinde, ist der König heute von Nieporent hieher zurückgekehrt. Man fürchtet, dass auch Tetera[4]) sich mit Lubomirski verbinden wird, welchem nicht nur die gehorsamen, sondern auch die rebellischen Kosacken folgen dürften.

---

v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 25. April 1665.

[Audienz beim Könige, Intercession für Lubomirski. Argwohn des Königs wegen angeblicher Rüstungen des Kf. Palbitzki.]

Der König ist heute früh über die Weichsel nach Biala fortgegangen. Bei 25. April.
der gestrigen Audienz, auf der H. ihm zu der bevorstehenden Reise Glück gewünscht, hat er Gelegenheit gehabt, des Kf. Auftrag wegen Lubomirsky[5]) auszurichten. Der König nahm den Rath zwar freundlich als wohl gemeint auf, erklärte aber, es wäre mit dem Marschall in einem ganz anderen Stande, als sich derselbe bei dem Kaiser und Kf. gerühmt hätte, man hätte sich keiner motuum zu befahren, denn ohne auswärtige Hülfe würde er, der König, ihm und allen, die sich seiner annehmen wollten, genugsam gewachsen sein. Er bemerkte, es mache ihm Nachdenken, dass, wie ihm ein vornehmer polnischer

---

[1]) Kf. übersendet ein solches an H. am 10. 20. April mit dem Befehl, dasselbe „ohne einig Nachsehen und es möge der Zustand der Sachen beschaffen sein wie ihm wolle", zu überliefern und dem Könige diese Sache nochmals zu recommendieren. Von Reiffenbergs Mittheilungen (s. oben S. 271) solle er bei Gelegenheit und behutsam den Wohlaffectionierten Mittheilung machen.

[2]) S. Kochowski III. S. 173.

[3]) S. Kochowski III. S. 174.

[4]) Der Kosackenhetman.

[5]) S. oben.

Beamter berichtet, Kf. seine Feldartillerie zum Feldzuge zurüsten, auch sein Magazine und Zeughäuser stark versehen lasse. H. erwidert, dass dieses ganz leere Gerüchte seien, Kf. hielte seine Feldartillerie stets in völliger Bereitschaft, so dass nur die Pferde, die auch immerfort bereit ständen, vorzulegen seien, die Festungen wären wenigstens auf 3 Jahre mit Proviant und Munition versehen, die Magazine überfüllt, die Besatzungen so stark, dass Kf. einen guten Theil derselben ohne Gefahr herausnehmen und ins Feld führen könnte, auch wegen der Cavallerie hätte Kf. mit seinen Statthaltern und Generalen Capitulationen aufgerichtet, so dass es ihm nicht fehlen könnte, fünf auch wohl sechstausend Pferde innerhalb zwei oder höchstens drei Monaten ins Feld zu bringen „Wie ich so frei sprach, bestürzten Sie drüber und liessen von weiteren Nachfragen ab."

H. hat Balbitzky[1]) noch nicht besucht, da derselbe ihm seine Ankunft nicht angezeigt hat. Mehrere Anzeichen lassen darauf schliessen, dass derselbe dem Hofe nicht solche Satisfaction giebt, als man wohl verhofft, und dass man mit ihm nicht zufrieden ist. Der Hof scheint zu merken, dass der Schweden Maximen und Principien nicht allerdings mit den ihrigen und den französischen übereinstimmen, Schweden soll auch durchaus nicht anstehen, dass mit Dänemark grosse Vertraulichkeit gepflogen wird.

PS. Obwohl sich der König bei der Audienz so muthig bezeugt, ist doch aus etlichen Umständen abzunehmen, dass er nicht nur, um sich der Arbeit zu entheben, sondern wohl vornehmlich, um der Gefahr zu entgehen, die Reise nach Littauen beschleunige. Der Primas, der K.O. Stallmeister[2]), des G. Marschalls Bruder, der Referendarius Morstein und andere gehen mit der Retirade nach Danzig um.

Der kaiserliche Gesandte[3]) will in wenigen Tagen abreisen.

---

[1]) Derselbe war damals aufs neue als schwedischer Gesandter in Warschau erschienen. H. hatte schon am 18. April gemeldet, derselbe habe beim Könige Audienz gehabt und habe sich bei dem Castellan von Danzig Guldenstern über ihn beklagt, er hätte ihn angegeben, dass er bei seiner vorigen Anwesenheit dem Kf. böse officia geleistet, weshalb er von seinem Könige einen Verweis erhalten hätte. Am 28. April meldet H., B. habe sein böses Gemüth dadurch kund gegeben, dass er in einem Memorial wegen der Zölle oder Licenten, mit denen Kf. die Grosspolen beschwere, Klage geführt, der Littauische Kanzler aber und andere, mit denen er, H., davon gesprochen, hätten nur darüber gespottet. „Ich nehme es aber nicht anders auf, denn dass diesen Leuten der Neue Graben missfällt und wissen nicht, wie sie Ew. Chf. D. Vorhaben hintertreiben sollen."

[2]) Fürst Alexander Lubomirski.

[3]) Graf Kinsky. H. meldet am 18. April, derselbe hätte in einem Memorial gegen die Cession von Oppeln und Ratibor an den Herzog von Enghien protestiert, dieser Protest werde die Königin höher offendieren als die Intercession für Lubomirski.

Der Kurfürst an v. Hoverbeck[1]). D. Cöln a. d. Spree 13./[23.] Juni 1665.

[Gerüchte über einen polnisch-französischen Tractat.]

Nachdem uns von unterschiedenen Orten vertraute Nachricht zuge- 23. Juni.
kommen, dass zwischen dem Polnischen Hof und Frankreich geheime Tractaten obhanden, kraft deren das Königl. Preussen an Frankreich übergeben werden und die Kron Frankreich zu solchem Ende ehestens eine Flotte in die Ostsee schicken solle, so befehlen wir Euch hiermit gnädigst, auf alle dergleichen Tractaten nicht allein genaue Achtung zu geben, sondern auch, wenn Ihr die geringste Apparenz darvon verspüren solltet, den König und andere getreue Patrioten in unserm Namen darvon treulich abzumahnen und die schädliche Consequentien, so daraus kommen werden, aufs beste vorzustellen. —

v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Hohenstein 5. Juli 1665.

[Wahrscheinlichkeit des französisch-polnischen Tractates.]

Er hat keine bestimmten Beweise für die Existenz des angeblichen Trac- 5. Juli.
tates zwischen Polen und Frankreich, hält diese Gerüchte aber doch für richtig, denn wozu sonst hätte man Marienburg, Elbing und Dirschau in französischer Leute oder doch solcher Gewalt gegeben, die nur ihr Absehen darauf haben? Die Königin würde das Land auch in der Schweden, Moskowiter oder Tataren Hand geben, wenn sie ihr Intent damit durchzutreiben sich getrauete. Bei denen, die jetzt am Hofe sind, ist dagegen nicht zu unterbauen, da sie alle von demselben absolut dependieren, wenn Kf. aber jemand hätte, der es an Lubomirski mit guter Manier bringen könnte, würde es viel mehr verschlagen, und sollte es zu einem Reichstage kommen, so würde in dieser Materie was Fruchtbarliches zu schaffen sein[2]).

[1]) H. hatte sich Anfang Mai 1665 auf seine Güter in Preussen zurückbegeben, wo er bis zum April des nächsten Jahres geblieben ist. Er unterrichtet von hier aus fortgesetzt, hauptsächlich auf Grund der ihm von seinem in Warschau zurückgelassenen Sekretär Scultetus zukommenden Mittheilungen, den Kf. über die Vorgänge in Polen.

[2]) H. meldet 5. Sept. von neuen Gerüchten über Verhandlungen mit Frankreich wegen Verpfändung eines Theiles des Königl. Preussens gegen 2 Millionen poln. Gulden, doch stosse sich die Sache daran, dass man bisher keine Mittel zu finden wisse, um nach Thorn eine königliche Besatzung zu legen.

c. Verhandlungen mit Lubomirski. August 1665 bis Februar 1666.

Georg Lubomirski an den Kurfürsten. D. in castris ad Boleslawiec. 27. August 1665.

[Anzeige des Beginnes von Unterhandlungen mit dem Hofe. Bitte um Geldhülfe.]

27. Aug. — hoc scripsisse sufficiat, me exercitumque mihi assistentem pacis tractatusque cum Regia Maiestate fundamenta iecisse[1]), sparsam quoque per exercitum electionis sive successionis post sera fata S. Regiae Maiestatis in personam Ducis Angiensis quaestionem nonnullos ciere motus: quod me perculit graviter et eo magis, quod haec ab Illustri D. Succamerario[2]) emanarit propositio, unde, cum eundem familiarem et domesticum Suae Electoralis Serenitatis sciam, an hoc ex mente eiusdem processerit, cuperem quantocius informari. Mihi nil magis cordi, quam deuota et dedita semel rationibus et interesse Suae Serenitatis vicinorumque et amicorum principum conformare vota et studia. Unde licet ex iustis perimentibusque causis eundem Ill. D. Succamerarium una cum filio meo Capitaneo Scepusiense[3]) ad Sacram Reginalem Maiestatem expediverim, quid tamen ipsis in mandatis dederim et ipsi vicissim quomodo circumscripti a me, mitto in copia Suae Serenitati, ut et mea synceritas et tota negotii constet Suae Serenitati ratio eiusdemque mentem scire possim, quod obnixe peto a Sua Serenitate. Protectionem vero a Serenitate Vestra Electorali mihi semel oblatam clementem tum et subsidium illud pecuniarium, cuius partem Ill. D. Succamerarius mihi aduexerat, venerabundus et grate accepi, ita quoque eandem adpraesens imploro, dictique subsidii pro parte restante quem in locum, quo tempore transmittere debeam, (instante praesertim et urgente consolationem exercitu) ut sine mora scire possim, supplex a Vestra peto Serenitate[4]). —

---

[1]) Ueber diese schliesslich erfolglosen Verhandlungen s. Kochowski III. S. 181 f.

[2]) Stephan Niemirycz s. oben S. 248. Von demselben, der sich seit Anfang Juni bei Lubomirski befindet, liegen mehrere Briefe aus dieser Zeit an Kf. vor, in denen er über die dortigen Vorgänge berichtet. Am 12. Juni schreibt er aus dem Lager bei Biecz, L.'s Heer zähle 3000 Mann, auch habe sich der confoederierte Theil der polnischen Armee für denselben erklärt, doch glaube er, dass L., wenn die Republik und die Nachbarn ihn nicht unterstützen würden, mit dem Hofe unter den von diesem gestellten Bedingungen Frieden schliessen werde, und auch er selbst habe ihm dazu gerathen, da die polnischen Edelleute lieber Sklaven als Freie sein wollten.

[3]) Stanislaus Lubomirski, Starost von Zips.

[4]) Kf. in seiner Antwort auf dieses Schreiben vom 7. September 1665 spricht

Georg Lubomirski an den Kurfürsten. D. in castris ad Krzepice 30. August 1665.

[Schilderung seiner bedrängten Lage, Bitte um Unterstützung.]

— Quidquid aggreditur exercitus una mecum, cogente aggreditur 30. Aug.
necessitate, praesertim cum nobilitas armis et potentia Regiae Maiestatis pressa siue oppressa caput efferre, imo nec congredi agereque rem oppressae Reipublicae et propriae libertatis non audet, ultione statim sequente. Haec ipsa Regiae Maiestatis potentia in dies crescit et augetur, meae vero et exercitus vires in dies aut minuuntur aut in spe exterorum suffragiorum propriis deficientibus concidunt. Mihi quidem — dictos tractatus mens est trahere premereque pro possibilitate, ne quid erumpat tam patriae quam vicinis praeiudiciosum, ast protractio ista nonnisi in brevissimum tempus deficientibus mediis et suffragiis. Unde cum communis sit haec Serenitatis Vestrae cum Republica causa, obnixe eandem — rogo, velit quantocius suffragari parte aliqua exercitus neruoque. Sacra Caesarea Maiestas dudum id fecisset, sed suam respicit Serenitatem, ergo nihil restat amplius, nisi ut Serenitas Vestra Electoralis, cuius res vel maxime agitur, hoc in negotio tandem resolvere nodum hunc velit et adesse praesenti patriae necessitati missis copiis auxiliaribus promissoque neruo, sine quibus nos impares bello cum simus (quamuis non temnendas vires habemus) pacisci omnino necessum habebimus, jam vero si paciscemur et siue implicite siue explicite inuoluatur electio, qua non nisi mediante tractatus perfici possunt, si qua patriae, qua vicinis amicisque principibus aliquid sequetur praeiudiciosi, aequi bonique ut consulant omnes necesse erit, quia qui fecit, quod potuit, legem adimpleuit[1]).

---

nur seine Freude über den Beginn der Friedensunterhandlungen und seine Wünsche für das Zustandekommen derselben aus. Unter demselben Datum schreibt er auch an König Johann Casimir und spricht demselben seine Freude darüber aus, dass derselbe Lubomirski und dessen Anhängern den Weg der Gnade eröffnet habe, auch er selbst habe Niemirycz beim Abschiede ermahnt, man möge sich aller gewaltsamen Massregeln enthalten und lieber durch Unterwerfung die Gnade des Königs zu erlangen suchen.

[1]) Eine Antwort darauf scheint von seiten des Kf. nicht erfolgt zu sein.

Stephan Niemirycz[1]) an den Kurfürsten. D. devant Piotrkow 19. September 1665.

[Neue Unterhandlungen. Ungünstiges Urtheil über Lubomirski.]

19. Sept. On commence icy a traiter[2]) par M. le Grand General Potocki, par M. l'Evesque de Cracovie[3]) et M. l'Evesque de Chelm[4]) et par les Commissaires de l'armée, qu'ils iront dans le Camp de Sa Majesté aujourdhuy ou demain six en nombre, pour y traiter de la paix. Praeliminaria haec sunt: Le Roy veut qu'on luy rend primierement tous les prisoniers petits et grands, drapeaux, timbals, tambours; pour les drapeaux et autres insignia il n'y avoit aucune dispute, mais pour les prisoniers on a long temps disputé, enfin M. le Grand Mareschal a obtenu de l'armée, qu'on les rendra devant le commencement de traitté. Les armées doivent camper pour le moins huict lieux l'une de l'autre dans des places que Sa Majesté ordonnera. Lubomirsky a commencé traitter avec le Grand Chancelier de Lithuanie[5]) par son cousin, qui est prisonnier dans nostre armée, mais il sera trompé du Chancelier. M. le Grand Mareschal se doit retirer dans la Silesie et de dela doit demander la grace de Sa Majesté dont il est deja fort content, ayant asseurance de ces Messieurs deux Evesques qu'il aura asseurement la grace de Sa Majesté. Si Lubomirsky gaigne, je croiray la predestination. Il n'est pas hardy et il repousse avec deux mains la fortune. Quand il sera hors du Royaume on le declarera pour un ennemy de la patrie et apres à la première diete on fera Election, car le Roy veut quitter le sceptre asseurement, c'est pourquoy ie dis devant la faction de la Reyne, que V. Alt. n'est point contraire à cette election, et devant l'autre faction autrement, me tenant pour un indifferant, et qui ne suis point obligé a personne qu'au Roy et a l'estat de Pologne. Vostre Alt. El. en usera comme Elle voudra. Lubomirsky ne m'a point permis venir pour un jour chez V. A. El. quoy que ie luy ay promis cy et cela de V. A. El. Je voulus expliquer de bouche à V. Alt. El. ma façon d'agir pour le service de V. A. El., car il est impossible d'escrire tant en chifre, et sans chifres ie n'ose point. Lubomirsky m'a accusé[6]) devant V. A. El.,

[1]) S. oben S. 276.

[2]) Ueber diese neuen im September nach der Niederlage der königlichen Truppen bei Czenstochau angeknüpften Verhandlungen s. Kochowski III. S. 193ff.

[3]) Andreas Trzebicki.

[4]) Thomas Lezenski.

[5]) Christoph Pac.

[6]) S. oben S. 276.

mais comme il n'est point secret, ie ne luy decouvre pas mon affaire. Nostre armée ne veut point sortir de la confederation sans que la Diette ne leurs asseure l'amnistie, cependant ie croy fermement, qu'ils cederont cela encor et se contenteront de l'asseurance du Roy per senatus consultum, ce que ne les aydera point du tout, si le Roy les voudra chastier. —

Georg Lubomirski an den Kurfürsten. D. Vratislaviae 19. December 1665.

[Der Friedensschluss. Neue Befürchtungen. Bitte um des Kf. Fürsprache.]

De pace[1]) Poloniae quoquo modo reddita iam fama Serenitati Vestrae 19. Dec.
procul dubio attulit. — An vero haec stabilis et firma futura sit, Comitia proximo Martio celebranda sunt edoctura. Quamuis producta denuo e latebris odiosa electionis materia, tantorum seminarium malorum, vix ominari de longa tranquilitate concordibusque comitiis iubeat. Me quod attinet, gratiam Suae Maiestatis, Domini mei clementissimi, per instantias totius Reipublicae imploro et, quia benignissimae protectionis Serenitatis Vestrae gratia semper glorior, humillime peto, ut veluti superioribus comitiis Serenitas Vestra apud Suam Maiestatem Dominum meum sese interponere in causa mea est dignata, ita etiam hocce protectionis suae pondus addere non dedignetur[2]). —

Des vom Fürsten Lubomirsky Abgeschickten Collalto[3]) Anbringen s. d. [Februar 1666].

[Lage der Dinge in Polen. Lubomirski's Absichten. Bitte um Schutz und Unterstützung. Warnung vor Niemirycz.]

Al presente la repubblica di Polonia è in tal statto che senza Febr. 1666.
l'ellettione[4]) non può sperare la pace, mentre la Maestà della Regina

[1]) Ueber diesen am 8. November 1665 zu Palczyn abgeschlossenen Vergleich s. Kochowski III. S. 203 f.

[2]) Kf. in seiner Antwort darauf (d. Cliviae 3. Februar 1668) dankt für die Anzeige und sagt seine Intercession zu.

[3]) Kochowski III. S. 182 nennt unter Lubomirski's Anhängern auch: Colaltus Italus praeclara in Imperio perfunctus militia. Lubomirski's Creditiv für denselben ist datiert Breslau 16. Januar 1666 (praes. 8. Februar), das Recreditiv des Kf. Cleve 17. Februar 1666. Vgl. über seine Sendung Pufendorf IX. c. 85 S. 637.

[4]) Ueber die damaligen Absichten des polnischen Hofes, mit Waffengewalt, mit Hülfe einer französischen Armee, an deren Spitze Condé und Enghien in Polen

pocco fà ha mandato a sua Ecc. il sig. Principe l'ultima dechiaratione, che se vole hauere la restitutione delli honori e la pace, bisogna che conceda detta ellettione, ma più, mentre la detta Maestà vedde, che la maggior parte della nobiltà e contraria, et teme, che in queste piccole dietine che al presente si celebrano per tutte le prouincie il resto non sii per unirsi con li palatinati già congionti col esercito confederato per la libertà et leggi della repubblica (mentre dalli sopradetti palatinati per via di lettere sono già invitati ad unirsi insieme), vole, che Sua Ecc. il sig. Principe col medemo esercito, che ha sotto il suo commando, sforzi tutti quelli che fossero contrari a detta ellecione. La qual cosa S. Ecc. il sig. Principe per la fede data alla patria per conservatione d'amicitia et pace frà Principi confinanti non può in niuno modo concederla.

Mons. Vescovo di Cracovia ultimamente ha scritto al s. Vicecanceliere dimostrandoli, che mentre il regno e cosi impouerito bisogna, che sii fatta l'ellecione per hauer la pace.

Li Suecesi si sono dechiarati per la libertà et leggi della Repubblica.

L'ambasciator di Moscouia, che fù a Vienna s'aboccò col secretario del Ecc.mo S. Principe, il quale disse, che il suo signore non interpretuava in bene questa ellecione.

L'ambasciator di Francia hora e prodigo più del ordinario nel sborsar denari a soldati o pure doue vide esser necessario per spuntar li loro intenti.

La corte mentre vede le contrarietà, che possono esser nell Ellecione, al presente fa levata di gente et tratta strettamente con tartari affinche siino pronti per assister all' occorenza.

Sua Ecc. il sig. Principe e già resoluto lasciar tutte le pretensioni sue si delli honori come d'altro et più presto viver vita esule, aspettando altro tempo più oportuno, che conceder l'ellecione, solo suplica Sua Serenità Elettorale che si degni farlo consapeuole, se, quando il bisogno lo richiederà, può assicurarsi d'assistenza di Sua Ser. Elett. del che hum. la prega.

Tutto quello, che fa Sua Ecc. il s. Principe, lo fà solo per le raggioni sopranominate, perche per il suo particolare ancor hoggidi e in suo pottere haver la quiete, già che la Maestà della Regina non ricerca altro dal medemo, solo che li dii una carta rasa sottoscritta con proprio pugno

---

erscheinen sollten, die Wahl durchzusetzen, s. die Instruktion Ludwigs XIV. für Pomponne vom 19. December 1665 (Recueil des instructions IV. S. 75 ff. 94 ff.).

et che mandi uno delli suoi figlioli in Francia, promettendo al detto sig. Principe ogni sodisfacione.

Se pare a Sua Serenità Ell. promouer qualche d'uno a concorenza della corte, potrà conferirlo con Sua Ecc. il s. Principe per qualche altra persona.

Al s. Nimiricz, il quale (non sò se Sua Ser. Ell. sii informata) doppò il giuramento fatto al esercito procurò di tirarne parte in favore della corte, ma vedendo che non li riuscivano li di lui intenti come voleva, senza dir a Dio a persona se ne parti et hora pubblicamente dice che bisogna sii l'ellecione, l'ecc. s. Principe prega Sua Ser. Ell. a non farli sapere cosa alcuna in questo negocio, perche lui come instrumento della Regina subito lo paleserebe, in altro poi sua Ecc. prega Sua Ser. Ell. voler prottegerlo con le solite sue gratie.

E pregata sua Ser. Ell. dal ecc. s. Principe che si degni farli la gratia promessa e principalmente hora supplica per la medema gratia, mentre è esule et tutti li suoi boni rovinati dal esercito inimico.

Prego Sua Ser. Ell. che si degni di darmi presta espedicione et secreta dichiarando qual sii la sua intentione dalla quale l'eccmo s. Principe totalmente depende e senza il voler di Sua Ser. Ell. non vol far cosa alcuna.

Sachen, so mit des H. Lubomirsky Abgefertigten zu reden sein[1]). [Februar 1666.]

1) Was vor Senatoren noch mit dem H. L. halten und wider die Election sein, ob auch einige Bischöfe mit H. L. halten. Fbr.1666.

2) Ob man sich auf den Adel zu verlassen, dass er beständig bleiben werde.

3) Ob man zu fürchten, dass vor dem Reichstage von dem Hofe noch etwas gefährliches geschehen werde.

4) Ob die Schweden gewiss wider die Wahl sein werden.

5) Ob H. L. nicht auf einiges Subjectum bedacht sei, weil der König der Kron los sein wolle.

6) Ob H. L. noch einig eigen Volk auf den Beinen habe und wieviel dessen sei.

[1]) von v. Blumenthals Hand.

7) Ob wegen des Sapia[1]) Tod in Littauen auch einige Veränderun zu fürchten.

8) Ob die confoederirte Armee noch beständig kegen die Wahl sei

---

Des Fürst Lubomirsky Abgefertigten Nachricht auf die ihn vorgestellten Fragen. [Februar 1666.]

Fbr. 1666. Ad 1 resp. Der Vicekanzler Leschinsky halte es mit dem H. I wie auch der Castellan von Posen[2]), auf dessen Universalen sich zwe Palatinate vereiniget, item der Castellan von Crackow Cracofsky[3]) wi auch Nicolaus Podlodofsky[4]). Die Bischöfe seind nicht zu fürchten weil sie ohne den Adel nichts thun dürfen, wann sie schon von ihne selbst übel intentioniret wären.

Ad. 2. Es sei kein Zweifel, sie werden ständig verbleiben, und se der Königin hiefüro bange genug.

Ad. 3. Von dem H. Lubomirsky dependire die Armee und als wurde derselbe, wenn er etwas zu besorgen hätte, lieber fürkommen un den andern auf die Hand gehen.

Ad. 4. Der H. L. hat dessen S. Chf. D. einmal versichert und bleib noch darbei, dass Schweden sich für der Kron Polen Gesetze und Frei heit erkläret, diese bestehe aber darin, dass vivente rege von keiner Wah solle gesprochen werden.

Ad. 5. Der Fürst hab gesagt, dass er embarassiret sein würde wenn der König Kron und Scepter niederlegen wollte, wem er die Kro am liebsten gönnen wollte, dennoch wüsste er keinen bequemeren al S. Chf. D. Ich antwortete, solches hinderte nebst andern Considerationei die Religion. Sagte er, der Fürst Samoisky[5]) ist meinem Herrn ab gangen, und an selbigem hat er viel verloren.

Ad. 6. Er hab zwei Regimenter Dragoner von 1200 Mann, nebst zwe Regimenter Reuter, weil er aber diese letzten Willens gewesen zu cassiren werde er in deren Stelle wiederumb Dragoner geworben haben. Di

---

[1]) Paul Sapieha, Littauischer G. Feldherr, war 30. December 1665 gestorben (Diar. Europ. XIV. S. 31.)

[2]) Christoph Grzymultowski, vgl. Kochowski III. S. 199.

[3]) Stanislaus Warszicki, vgl. Kochowski III. S. 223.

[4]) Starost von Radom.

[5]) Johann Zamoyski, Woiwode von Sendomir, war 2. April 1665 gestorben

polnische Reuterei, sowohl von den Conföderirten als des H. Lub. eigene, belaufe sich auf 7000 Mann, so alsofort ins Feld gesetzet werden können.

Ad. 7. Kann nichts positive berichten. Patz[1]) hab aldorten etwas zu brouilliren tentiret, es sei ihm aber, soviel ihm bewusst, nicht gelungen.

Ad. 8. Bis in den Tod. Dieses könne er umb so viel mehr mit Bestand der Wahrheit sagen, weil er, der Abgeschickte, selbst aus ihrem Mittel sei.

Otto v. Schwerin[2]) an den Kurfürsten s. l. et d. [Februar 1666].

[Kf. darf um Lubomirski's willen keinen Krieg anfangen, der Verlauf des polnischen Reichstages ist abzuwarten. Die Lubomirski's Abgesandten zu ertheilende Antwort.]

Dass E. Chf. D. dasjenige, was mit H. Lubomirsky in Polen vor- Fbr.166
gegangen, wie sie sich dabei zu betragen und welchergestalt sie sich auf dessen Ansuchen zu erklären in reife Deliberation ziehen und desfalls dero Rhäte — Gutachten in Gnaden erfordern, solches ist billig E. Chf. D. weitberühmter Wachsamkeit und Sorgfalt vor dero Staats Conservation zuzuschreiben und zum höchsten zu rühmen. — Damit ich nun meine unterthänigste unvorgreifliche Gedanken desto besser eröffnen könne, so halte ich meinestheils nötig nachfolgende Fragen zu erörtern —

1) ob dem H. Lubomirsky nicht anders denn durch auswärtige Hülfe und Krieg geholfen werden könne,

2) ob des Reichs Libertät verloren zu halten, wenn der H. Lubomirsky nicht wieder in vorigen Stand gesetzt werden sollte,

3) ob S. Chf. D. zu rathen, sich seiner anzunehmen,

4) auf was Weise solches geschehen solle,

5) was dem jetzigen Abgeschickten vor Resolution zu ertheilen.

Auf das erste zu antworten, so scheinet, dass alles, was vor seine Restitution ohne starke Hülfe und gewapnete Hand zu thun, albereit geschehen — welches alles aber so garnichts fruchten wollen, dass der König dennoch unbeweglich auf seiner Meinung verharret — und weil darauf alle Chargen schon an andere vergeben, Crakow von den Königlichen besetzet und mehr dergleichen Dinge vorgenommen, welche alle

---

[1]) Der Littauische G.Kanzler Christoph Pac.

[2]) eigenhändig. Randbemerkung: Dieses ist S. Chf. D. also in Kegenwart des Fürsten von Anhalt, H. Cansteins und H. Kanzler Jena vorgelesen. — Inhaltsangabe dieses Schreibens, aber als Erwägungen des Kf., bei Pufendorf IX. c. 65 S. 630f.

Versöhnlichkeit ausschliessen, so dürfte wohl davor zu halten sein, dass in der Güte nichts mehr auszurichten sei. Wann ich aber — die Ursachen dieser wider H. Lubomirsky geführten Procedur betrachte, so dürfte ich wohl auf die Gedanken geraten, dass noch andere Wege sein, wodurch ihm — geholfen werden könne, ja dass er gar leicht durch fremde Kriegsmacht seines Zwecks verfehlen könne, denn — ursprünglich ist es die Königin allein, und zwar umb der französischen Wahl willen, die ihm diesen Handel machet, und ob zwar der König ihr zu Gefallen hierunter lebet, auch viele vom Hofe sich hierzu mit gebrauchen lassen, so würde doch solches alles mit einmal fallen, wenn die Königin mit Tode abgehen sollte, indessen ist H. Lubomirsky als ein treuer Patriot schuldig der Zeit zu weichen und lieber alles zu dulden als sein Vaterland seines Unglücks halber in einen Krieg zu stürzen. Wenn derselbe hierauf regeriren wollte, dass er nicht seinetwegen besondern der polnischen Libertät halber und damit die Wahl in seiner Abwesenheit nicht vor sich gehen möchte, dergleichen vornehme, so ist hierauf zu antworten, dass ihn nicht zustehe, solches ohne rechtmässige Requisition der übrigen Stände zu thun. — Wann auch also ist, was der H. v. Hoverbeck oft — constanter im Rat asseriret hat, dass im geringsten nicht zu fürchten, dass die französische Wahl mit gutem Willen des Adels erhalten werden sollte, so sehen Ew. Ch. D. klärlich, dass er, ehe — der König gewaltsame Mittel zu Behauptung der Wahl gebrauchet, ohne Ursach einen Krieg anfangen und der andern Partei nur Anlass geben würde solches Wahlwerk, unterm Prätext, dem Könige zu assistiren, armata manu auszuführen. — Halte also bei diesem ersten Punkt unvorgreiflich davor, dass der H. Lubomirsky in Geduld abzuwarten, was andere Potentaten und E. Chf. D. Intercessionen vor ihm wirken, sonderlich aber wie die Respubl. sich auf bevorstehendem Reichstage seiner anzunehmen gesonnen sei.

Bei der anderen Frage scheint es gleichergestalt fast ausser Zweifel, dass wann diese wider den H. L. geführte Procedur nicht geahndet und redressiret werden sollte, des Königes usurpirte potestas dadurch gleichsamb legitimiret werden und derselbe immer weiter zugreifen und hinfüro niemand sich unterstehen dörfte, dem Könige zu widersprechen. Allein — es ist kein Reich oder Land von solchen Satzungen und so grosser Libertät, dass nicht zuweilen ganz fremde, ungerechte und überaus grosse contraventiones der privilegiorum vorgehen sollten, und folget doch darumb nicht, dass damit alle Libertät aufgehoben, — halte also — davor, dass,

wenngleich diese an H. L. verübte gewaltthätige Process nicht auf solche Art, als H. L. jetzt vorhabens ist, gerochen werden sollte, man eben darumb die Libertät des Reiches noch nicht verloren schätzen könne. — So kann man auch vor Ausgang künftigen Reichstages nicht sagen, ob der Process rechtmässig sei oder nicht, besondern es dependiret solches allein von der Approbation oder Improbation der Reichsstände.

Die dritte Frage betreffend, wenn man die correspondence, so zwischen E. Ch. D. und dem H. L. und seinen Freunden gepflogen und wie der König und Königin sich kegen E. Chf. D. bezeigen, erwägen will, und dass von dem Hofe deroselben fast öffentlich gedräuet, alle derselben actiones übel ausgeleget und ihro auch in den allerbilligsten Dingen keine Satisfaction gegeben wird, so möchte man fast davor halten, dass hievon kein Zweifel zu machen. Aber — soviel mir von der correspondence bekannt, ist dieselbe dergestalt nicht beschaffen, und haben E. Chf. D. ihm niemalen solche Vertröstung gegeben, worauf er von E. Chf. D. begehren könnte, dass sie sich ihm zum besten zu einem Krieg wider seinen König, welcher bisher sustiniret und desfalls einen ziemblich starken Anhang hat, dass er justissimas condemnationis causas habe, erklären sollten. Es würde auch E. Chf. D. nicht reputirlich noch sicher genug sein, dass sie sich mit einem Unterthanen des Königs gleichsamb in ein foedus einlassen sollten, wenn auch H. L. verfiele, so würde die causa cessiren und E. Chf. D. blos und allein stehen, die üble Zufriedenheit des Königs rührt auch allein daher, dass er E. Chf. D. in den Verdacht hält, als wollten sie sich des H. L. mit Gewalt annehmen — und zweifle ich nicht, dass E. Chf. D. gar leicht alle Missverstände mit dem König werden heben können. Auf allen Fall wäre es doch E. Chf. D. viel zuträglicher und sicherer, dass der König den Anfang wider E. Chf. D. mit einiger Gewalt mache —. E. Chf. D. haben ferner — zu erwägen, was zum Kriege gehöret, wie vielerlei gefährliche Zufälle und diversiones dazu kommen können, was vor andere Potentaten, die nur auf solche Occasion lauern, zu E. Chf. D. höchsten Gefahr mit in dieses Spiel kommen würden, E. Chf. D. würden die Republik durch solchen Krieg, als welche des Friedens begierig und die incommoda belli, vornehmlich die auswärtige Völker sehr hasset, zugleich hoch offendiren und die Affection und das Vertrauen, so sie zu derselben tragen, sehr alieniren, E. Chf. D. haben ferner zu betrachten, dass die allererst mit Frankreich aufgerichtete Freundschaft auf einmal niederfallen würde, weil es bekannt, mit was Eifer sich der König bisher dieses Werks angenommen, inson-

derheit wenn E. Chf. D. nebst dem Hause Oesterreich dieses Werk beginnen müssten. —

Auf die vierte Frage nun zu antworten, so halte ich — davor, dass, damit E. Chf. D. dem Vertrauen, so der H. L. zu derselben träget, ein Gnügen thun und anderen in der Republ. zeigen mögen, wie lieb E. Chf. D. die Conservation ihrer Freiheit sei, — E. Chf. D. fernere Instanz mit nachdrücklichen Worten beim König sowohl durch eigene Schreiben als auch durch die Gesandten zu thun hätten — ferner meritirte diese Sache wohl, dass E. Chf. D. jemands in Frankreich schickte und beim Könige anhielte, diese Sache in der Güte zu vermitteln, wobei dieses vorgestellet werden könnte, dass sonsten widrigenfalls das Haus Oesterreich einen grossen Vorteil daraus ziehen würde. Wann auch der Reichstag wieder angehet, könnten E. Chf. D. allen und jeden erscheinenden Senatoren und Landboten vorstellen lassen, was dem Reich hieraus vor Unheil erwachsen würde — und dass sie demnach den König zur Sühne disponiren — möchten. Würde durch dergleichen Mittel der Zweck erhalten, so hätte H. L. Ursache, zufrieden zu sein, wann nicht und dass das ganze Reich oder grösseste Teil desselben dem Könige beifällt und H. L. condemniret, so kann ich garnicht absehen, wie E. Chf. D. sich in einen Krieg impliciren können, da sie in ihrem Gewissen nicht versichert sein, dass er rechtmässig sei, und da die Krone ohne Zweifel sustiniren würde, dass sie sich aufs weinigste der jüngsten pactorum verlustig gemacht hätten, und würde sich E. Chf. D. keiner Assistenz dero Alliirten vertrösten können, weil ein jeder sagen würde, E. Chf. D. hätten den Anfang gemacht und Ursache gegeben. Sollte aber das Widerspiel erfolgen und die Stände insgesamt oder der grösseste Teil derselben nehme sich des H. L. an und improbirte durch einen Reichsschluss dasjenige, was vorgegangen, alsdann könnten E. Chf. D. eine gemeine Sache mit der Republ. machen und sich nach derselben richten, wie und auf was Art dieselbe ihr geholfen wissen wollte, und wann auch auf diese Weise der Krieg erfolgen müsste, so rate ich doch —, dass E. Chf. D. erwarten, dass sie dazu von denen, so sich des Krieges teilhaftig machen wollen, sollicitiret werden, worann dann E. Ch. D. nicht zu zweifeln haben, damit E. Chf. D. dabei gute conditiones machen mögen. —

Und hieraus nun — können E. Chf. D. zum Theil die Resolution nehmen, so sie dem Abgeschickten zu ertheilen haben, insonderheit dieses dabei anziehen, dass ehe und bevor der Baron de Gois, welcher dieser Sachen halber anhero geschicket, angekommen und des Kaisers Meinung

entdecket, E. Chf. D. nicht weiter gehen könnten. Ich halte mich auch versichert, dass der H. L. mit solchen Erklärungen sehr wohl zufrieden sein und ein mehrers mit raison nicht prätendiren wird. Ob auch gleich E. Chf. D. ein mehrers vor ihn resolviret hätten, so würde es doch nicht zu rathen sein zu melden, weil man gnugsamb siehet, dass nichts verschwiegen bleibt, besondern der König alles erfährt. —

Resolution so dem Colalti mündlich gegeben[1]). s. l. et d. [Cleve, Februar 1666].

S. Chf. D. beklagete gar sehr, dass es in Polen zu solchen Extremi- Fbr.1666
täten gekommen, dass entweder kein Friede zu hoffen, oder in eine Wahl wider des Reichs Gesetze und Freiheit gewilliget werden müsste, und dass indessen der Fürst Lubomirsky so viele Widerwärtigkeit leiden und ausstehen müsste, und wünschte inniglich, dass sowohl der König als auch das Reich die Gefahr, so ihnen allerseits vor Augen stünde, bedenken und die Erhaltunge des Friedens allein zum Zweck haben möchten, S. Chf. D. hätte bisher keine andere consilia geführet, denn das Reich bei Frieden und ihrer Libertät erhalten werden möchte, und sich keines Dinges, so dawider liefe, theilhaftig machen wollen, müssten aber beklagen, dass sie dem unerachtet nicht ohne Beschuldigung bleiben können, die Liebe, so S. Chf. D. vor dieses Reiches Wohlstand hätten, wäre so gross, dass, wenn sie einigen Rath wüssten, wodurch dasselbe nebst Conservirung der Libertät bei Frieden erhalten werden könnte, sie denselben ungescheut ertheilen wollten, es möchte auch von einem oder andern Theil ausgeleget werden, wie es immer wollte, allein die ferne Abwesenheit und dass sie den Zustand so eigentlich nicht wissen könnten, verhinderte sie daran, denn ob ihnen der Fürst einige Nachricht von dem Zustande in Polen geben lasse, so wäre doch bekannt, dass sich daselbst alles so geschwinde änderte, dass man auf nichts fest bauen könnte, wie denn schon nach des H. Colalti Abreise sich viel geändert, S. Chf. D. wolle dannenhero nicht zweifeln, es würden getreue Patrioten den besten Rat bei sich selbst nehmen und denselben allein auf die beständige Wohlfahrt des Reiches fundiren.

Dass Sie sich von der Kron Schweden nichts als alles gutes zu getrösten, vernehmen S. Chf. D. sehr gern, hätte auch selbst bisher nicht anders vernommen, und weil S. Chf. D. mit selbiger Kron in vertraulicher

[1]) von O. v. Schwerins Hand.

Freundschaft stünde, wollte sie ferner dahin trachten, dass die Kron Schweden bei solchem guten Vorhaben verharren möchte.

Dass H. Nemeritz sich nicht am besten betragen haben sollte, wäre S. Chf. D. nicht lieb zu vernehmen, wollten hoffen, er würde sich wieder begreifen, denn er S. Chf. D. immerhin starke Versicherunge von seiner Beständigkeit gebe, doch wollte S. Chf. D. dieser des Fürsten Warnung eingedenk verbleiben.

Der übrigen proponirten Punkten halber wollte S. Chf. D. förderlichst jemands an den Fürsten schicken und vertraulich mit demselben daraus reden lassen.

Wünschte, dass derselbe bei seinem Unglück Standhaftigkeit und Geduld beweisen und auf Gott und des Königes Gnade sein Vertrauen continuiren wollte.

d. Gesandtschaft v. Hoverbecks. März 1666 bis October 1668.

Memorial, wornach S.r Churf. Durchl. — Geheimer Rath und Gesandter Johan von Hoverbeck — sich bei dem vorstehenden Reichstage zu achten und seine Negociation einzurichten haben wird[1]). D. Cleve 6. März 1666.

[Satisfaction des Kf., Verwendung für Lubomirski. Erhaltung der Verfassung der Republik.]

(Conc. O. v. Schwerin.)

6. März. 1. Nachdem bei den zwei letzten fruchtlos zerschlagenen Reichstagen von den in der Instruktion vom December 1664 enthaltenen Punkten nur wenige haben expediert werden können, so ist dieser Instruktion, soweit es bei jetziger Veränderung in der Krone angehen wird, nachzugehen.

2. H. soll dem Könige nochmals die Verdienste, welche sich Kf. um ihn und die Republik erworben, und den schlechten Dank, den er dafür erhalten, vorstellen und verlangen, dass Kf. endlich nicht nur wegen Elbing, sondern auch was ihm sonst nach den Pakten zusteht Satisfaction erlange.

3. Etwaige Einwendungen des Königs dagegen hat er mit gebührendem Respect abzulehnen und zu widerlegen. Sollte der König dagegen erklären, dahin wirken zu wollen, dass Kf. die auf Elbing verschriebene Summe ohne weiteren Verzug ausgezahlt erhalte, so soll er bei dieser Gelegenheit sich für die Begnadigung des G. Marschalls verwenden.

4. Da dem Kf. am meisten daran gelegen, dass der Staat in Polen nicht geändert, sondern die Republik bei ihrer alten Verfassung und Freiheit erhalten

[1]) Randbemerkung: Lectum in consilio den 6. Martii 1666 in praes. S. Churf. D., Fürsten von Anhalt, Graf von Donah, H. v. Canstein und meiner O. v. Schw.

werde, so soll er mit bescheidenen Erinnerungen und guter Anleitung bei rechtschaffenen Patrioten dahin arbeiten, namentlich dass die leichte Münze abgeschafft und die Besatzungen aus den preussischen Städten abgeführt würden.

5. Sollte es zu einer öffentlichen Proposition bei allen Ständen kommen, so ist dieselbe nach dieser Instruktion einzurichten, vorher aber die Gemüther sorgfältig zu präparieren [1]).

---

v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 11. April 1666.

[Ankunft in Warschau. Vorgänge auf dem Reichstage. Der junge Rohde. Oberst v. Kalckstein.]

Wegen bösen Weges ist er erst heute hier angelangt. 11. April

Der Landbotenmarschall [2]) hat zwar auf einhelligen Beschluss aller Deputierten an den König die Bitte gerichtet, derselbe möchte vor allen Dingen die Republik in Ruhe und Sicherheit setzen, der König aber hat darauf auch nur in generalibus geantwortet. Morgen wird man ad particularia schreiten und um des G. Marschalls Restitution, wie auch Abführung der Besatzungen anhalten.

Der Hof stellt an allen Orten grosse Werbungen an und bezeugt grossen Eifer bei seinem Vorhaben, will auch von völliger Aussöhnung nichts wissen. Die hieher berufenen Regimenter Brion und Bockum hat er auf das Verlangen der Stände wieder ins Ermeländische zurückgehen, auch die mit grossem Gepränge aus dem Zeughause aufs Schloss gebrachten Stücke wieder abführen lassen müssen.

Der junge Rohde [3]) befindet sich hier und hat bei den Ständen wegen der Verhaftung seines Vaters klagen wollen, ist aber vom polnischen G. Kanzler abgewiesen und sein Vater für einen Rebellen gescholten worden.

Der Obriste Kalckstein [4]), des Generallieutenants Sohn, ist dieser Tage

---

[1]) Von demselben Datum sind die Creditive für v. Hoverbeck an den König von Polen, die gesamten Stände, den Erzbischof von Gnesen, den G. Kanzler und den U. Kanzler. Kf. übersendet (d. Cleve 9. März 1666) H. diese Schreiben und theilt ihm mit, dass er ihm auf seinen Wunsch den Charakter eines legatus ertheilt hätte, er sollte sich, wenn die fremden Gesandten von dem Reichstage excludiert werden sollten, nicht abweisen lassen, mit Palbitzky, obgleich derselbe ihm das vorige Mal seine Ankunft nicht habe mittheilen lassen, verkehren, Lubomirski's in den von ihm selbst aufgesetzten terminis in seiner Proposition Erwähnung thun, sollten aber der Kaiser und Schweden sich desselben mit grösserem Nachdruck annehmen, desgleichen thun.

[2]) Johann Odrowaz Pieniazek, Starost von Oswiecim. Vgl. über diesen von Kochowski garnicht erwähnten Reichstag Diar. Europ. XV. S. 67ff. 214ff. Lengnich, Gesch. Preussens VII. S. 313.

[3]) Der Sohn des vom Kf. in Haft gehaltenen Königsberger Schöppenmeisters Hieronymus Rode.

[4]) Christian Ludwig v. Kalckstein, der seit 1661 in polnischen Diensten

hier gewesen, wie er vorgab, um seinen Abschied zu fordern und ins Reich zu gehen, als ihn aber etliche Littauer von Adel wegen verübter Gewalt belangen wollten, hat er sich nicht lange aufgehalten.

---

v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 20. April 1666.

[Lage der Dinge, voraussichtliche Zerreissung des Reichstages. Audienz beim Könige.]

20. April. Die Senatoren, besonders die Staatsministri, scheuen das Colloquium mit den Deputierten der Ritterschaft in Abwesenheit des Königs, weil sie fürchten, es dürfte daraus ein Blutbad entstehen. Die Deputierten aber wünschen nur eine Aussöhnung, um dann insgesamt vor den König zu treten und um Lubomirsky's völlige Restitution anzuhalten. Gerade dieses aber, dass es das Ansehen gewinne, als ob sich die ganze Republik desselben annehme, suchen die Anhänger des Hofes zu vereiteln, da man zu oft, um von Frankreich desto eher Subsidien zu erhalten, dorthin geschrieben hat, dass L. ganz unter die Füsse getreten sei und man es mit dem Wahlwerk so weit gebracht habe, dass es nur auf dem Losdruck bestehe.

Zu einem glücklichen Schluss des Reichstages ist fast keine Apparenz. Die Stände wollen sich ohne vorgehende Restitution des G. Marschalls dazu nicht verstehen, der Hof bezeugt zwar in publico und bei Privataudienzen der vornehmen Bischöfe, dass er nicht ungeneigt sei, ihm alles ausser dem Generalat wiederzugeben, in Wirklichkeit aber will man ihn auch nicht in den adlichen Stand und seine Eigengüter restituieren, ausser wenn er sich verreserviere, zwei oder drei Jahre ausserhalb des Vaterlandes zu leben. Ausserdem verlangen die Stände sofortige Abschaffung der kupfernen Münze und Abführung der Besatzungen und wollen auch in eine Contribution nicht eher willigen, bis sie gesichert seien, dass ihre eigenen Gelder nicht gegen sie selbst werden employiert werden, welches alles den Interessen des Hofes so zuwider, dass derselbe lieber zwei Reichstage zerschlagen lassen als nur in eines dieser Stücke willigen möchte. Dazu wünscht der Hof der Wahl wegen (welches das primum mobile aller Consultationen ist), weil auf diesem Reichstage darüber bei Lebzeiten des Königs keine Constitution gemacht werden kann, einen anderen in kurzem anzusetzen, was nicht practicabel sein würde, wenn man diesen zu einem glücklichen Schluss gedeihen liesse. So überlegen beide Theile, wie ihre Intention durch Macht der Waffen zu erreichen sei.

Er hat bei beiden Majestäten Audienz gehabt und auch die vornehmsten Staatsministri besucht. Der König bezeugte sich in betreff der postulata des Kf. ganz willfährig, die Instanz für den G. Marschall nahm er zwar ganz freundlich und sogar ehrerbietig an, erklärte aber, dass er ihm nicht eine, ja nicht eine

---

gestanden hatte, s. Hirsch, Zur Geschichte Christian Ludwig v. Kalcksteins in Forschungen zur brandenb. und preussischen Geschichte III, 1 S. 248 ff.

halbe Charge wiedergeben könnte, es wäre besser, sich jetzt mit ihm zu versuchen, wo er, der König, noch gutes Volk auf den Beinen, feste Plätze in Händen und gute Freunde zu Hülfe hätte, als solches bis dahin zu sparen, da er von allem entblösst sein möchte. Den Paltzinischen Frieden aber, in dem sich der Marschall aller solcher Chargen, als man jetzt für ihn bedingen wolle, gänzlich begeben, wollte er halten. Als H. die ihm in seiner früheren Instruktion an die Hand gegebenen Motive vorbringen wollte, bat ihn der König, damit innezuhalten, weil ihm die Haare zu Berge ständen, wenn er nur L.'s Namen hörte.

v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 27. April 1666.

[Ungünstige Aussichten. Zwietracht des Hofes und der Confoederierten, beiderseitige Absichten.]

Er hat in des Kf. und dessen Vaters Diensten schon 36 Jahre den Reichs- 27. April.
tagen beigewohnt, aber niemals gefunden, dass die Reichssachen mit grösserer Kaltsinnigkeit und Unachtsamkeit als bei dem jetzigen tractiert worden sind. Der Hof will lieber etliche Reichstage zerreissen lassen als den G. Marschall völlig restituieren, die kupferne Münze abschaffen und die Besatzungen aus den Städten abführen, die Stände aber wollen ohne diese drei Stücke von keinem Schluss wissen, und beide Theile suchen nur die Schuld von sich abzuwälzen und dem anderen aufzubürden. Der Hof lässt zwar zu, dass die unterhandelnden Bischöfe dem G. Marschall die Restitution in den vorigen Stand, in seine Erbgüter und die Woiwodschaft Sendomir anbieten, aber nur unter der Bedingung eines triennalis exilii. Die Majestäten lassen auch verlauten, sie könnten geschehen lassen, dass die Stände der Wahl halber so scharfe Constitutionen abfassten, als sie nur wollten, sie wären auch bereit die Besatzungen abzuführen und die neugeworbenen Völker abzudanken, aber nicht eher, als der Bund dissolviert und die Conföderierten unter ihren und des G. Feldherrn Gehorsam gebracht seien. Die Stände geben vor, durch Constitutionen könnte der Republik keine genügende Sicherheit geschafft werden, sie müssten ihre Sicherheit contra arma armis suchen und dazu müsste dem G. Marschall das Generalat wiedergegeben werden.

Die unversöhnlichen Feinde des G. Marschalls suchen auf jede Weise eine Aussöhnung desselben mit dem Könige zu verhüten, sie schlagen vor, der König möchte nur den Reichstag sich zerschlagen lassen und seine Völker zusammenziehen, würde sich dann des Marschalls Partei im Felde stärker als er zeigen, so wäre es noch Zeit genug, in die völlige Restitution desselben zu willigen, wäre man ihm aber überlegen, so könnte man ihn ganz dämpfen und darauf mit der Wahl durchdringen.

Die Stände halten es für sich für vortheilhafter, jetzt als nach einigen Wochen von hier fort und zu Felde zu ziehen, da Schweden wenigstens dieses Jahr dem Hofe keine Hülfe leisten werde, ebensowenig die Tataren; von

Kosacken würde derselbe schwerlich mehr als 4000 erhalten. Wenn dem Hof aber Zeit gelassen werde, so würde er sich durch Werbungen verstärken, die littauische Armee und auch die 6000 Mann, welche den G. Staaten zu Hülfe geschickt worden [1]), jetzt nach dem Abschluss des Friedens mit dem Bischof von Münster heranziehen.

H. will mit dem vorgestern angekommenen K. V. Kanzler, welcher um das Grosse Siegel anhält [2]), aber so thut, als ob es ihm gleich wäre, ob er es erhielte oder nicht, alles vertraulich überlegen.

PS. Der kaiserliche Gesandte beabsichtigt nicht, des G. Marschalls halber etwas in pleno consessu zu proponieren. H. zweifelt daher, was bei der Sache zu thun sei, will es auch mit dem V. Kanzler überlegen. Derselbe soll sich über den G. Marschall beschweren, dass er zuweilen zu viel nachgebe, zuweilen aber auch es gar zu hoch spanne.

---

v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 4. Mai 1666.

[Erbietungen des französischen Gesandten. Audienz bei der Königin.]

4. Mai. Um alle Hoffnung auf Wiedereinsetzung Lubomirski's in das Generalat abzuschneiden, hat der König vorgestern dasselbe Sobieski [3]) übertragen, die bisherigen Unterhändler verzweifeln jetzt und lassen die Hände sinken, der V. Kanzler aber, der heute zur Beerdigung seines Bruders, des Erzbischofs wieder abreist, hat noch einige Hoffnung.

Die Schreiben des Königs von Frankreich [4]) hat H. übergeben, der französische Gesandte [5]) hat das des Kf. mit allerhöchstem Respect angenommen und treffliche Contestationen seiner Dienstgewärtigkeit gethan, auch sich über die Befugnisse des Kf. aus den Olivischen und Brombergischen pactis informieren lassen.

PS. Heute hat er bei der Königin Audienz gehabt und dieselbe darauf hingewiesen, dass sie aus dem Schreiben des Königs von Frankreich werde ersehen haben, dass sie bei Beförderung des Interesses des Kf. zugleich das jenes Königs befördere. Sie erwiderte, da Kf. unlängst gegen verschiedene Personen sich beschwert, er wäre von ihr betrogen worden, so müsste sie, zumal da sie in allem, dessen sie sich angenommen, sehr unglücklich sei, Bedenken tragen, des Kf. Interesse zu treiben, sie wolle aber dessen Angelegenheit mit

[1]) Das französische Corps unter General Pradel, welches Ludwig XIV. den Holländern gegen den Bischof von Münster zu Hülfe geschickt hatte.

[2]) Nach dem am 1. April 1666 erfolgten Tode des Erzbischofs von Gnesen Wenzel Leszczynski war der bisherige G. Kanzler Nicolaus Prazmowski dessen Nachfolger geworden, s. Kochowski III. S. 220f.

[3]) Der bisherige K. Fähndrich Johann Sobieski, welchem bald darauf auch das durch Czarnecki's Tod erledigte Amt des K. U. Feldherrn übertragen wurde.

[4]) S. Urk. u. Act. XI. S. 706.

[5]) Pierre de Bonzi, Bischof von Béziers.

ihren Wünschen begleiten. H. erwiderte, Kf. würde nach dem Respect, den er den Damen zutrage, solche Worte nimmer gebraucht, aber sich wohl beklagt haben, dass sie sich seiner Angelegenheit nicht ihrem Ansehen und Vermögen gemäss angenommen hätte, an welcher Impression er wohl durch seine Berichte Schuld habe. H. schliesst aus diesen Expostulationen (welche doch bei Damen nicht so schlimm und nachtheilig als wie Indifferenz zu achten), dass sie nicht ihm, sondern nur dem französischen Gesandten das meritum gönnen will. Im Herausgehen hat er in der anticamera diesen gefunden und demselben das bei der Audienz Vorgefallene berichtet, der sich zu aller möglichen Assistenz erboten.

v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 7. Mai 1666.

[Auflösung des Reichstages, gegenseitige Beschuldigungen, Rüstungen.]

Wie sehr sich auch einige Patrioten bemüht, den jetzigen Reichstag zum glücklichen Schluss zu befördern, so hat sich derselbe doch gestern fruchtlos zerschlagen[1]). Der Hof misst die Schuld den Landboten bei, welche des G. Marschalls halber solche Dinge praetendiert hätten, welche ohne Verletzung des Respects, ja ohne Gefahr des Königs und des Staats nicht hätten gewilligt werden können, die Landboten dagegen beschuldigen den Hof, dass er die Republik zu trennen und den Staat über einen Haufen zu werfen gesucht, indem man in Abwesenheit von 14 Woiwodschaften negotia publica tractiert hätte, auch wären die Declarationen wegen der Restitution des G. Marschalls auf Schrauben gestellt gewesen. 7. Mai.

Verschiedene Woiwodschaften sollen sich schon zum Feldzuge rüsten, der Hof deliberiert auch in consilio postcomitiali, wie aller Gefahr vorzubeugen.

v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 17. Mai 1666.

[Die Angebereien Rohde's und Wicqueforts. Durch den französischen Gesandten mitgetheilte Aeusserungen der Königin.]

Da, soviel er hat penetrieren können, die Beschwerden der Königin von den Angebereien des jungen Rohde und Wicqueforts herrühren, so hat er um dergleichen Impressionen bei jetziger Conjunctur, da der äusserste Versuch geschieht, vermittelst der französischen Verwendung dem Kf. Satisfaction durch den Hof zu verschaffen, zu beseitigen, den französischen Gesandten darauf hingewiesen, wie unzuverlässig die Berichte dieser beiden Leute seien. Derselbe hat dieses der Königin hinterbracht und ihm bei der Revisite gemeldet, dieselbe habe ihre Freude darüber geäussert, dass sie an des Kf. Affection nicht zu verzweifeln hätte, ihm aber zugleich vertraulich mitgetheilt, es habe ausser- 17. Mai.

[1]) Vgl. Diar. Europ. XV. S. 222f., Lengnich VII. S. 313.

dem bei derselben grosses Nachdenken erregt, dass nach Colberts[1]) Bericht Kf. sich wegen des Wahlnegotii sehr kaltsinnig gegen denselben geäussert habe. Er hat geantwortet, auch dieses müsste auf einem Missverständnis beruhen, da nach dem Bericht des O. Präsidenten Colbert die polnische Sache überhaupt garnicht erwähnt hätte. Als der französische Gesandte ihm darauf vertraulich zu verstehen gegeben, dass Kf., wenn er sich des Wahlwerks halber etwas geneigter gegen die Königin erklären wollte, nicht nur völlige Satisfaction sondern auch noch andere grosse Vortheile erlangen könnte, hat er erwidert, er könnte von der Zuneigung der Königin zu Kf. nicht eher sich versichern, bevor dieselbe durch eine Wirklichkeit bezeugt hätte, dass sie künftig anders als bisher zu verfahren vorhabens sei, womit jener zufrieden gewesen.

v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 17. Mai 1666.

[Conferenz mit den polnischen Kommissaren. Geldzahlungen Frankreichs.]

17. Mai. Am 14. hat der König mit ihm eine Conferenz halten lassen über die Mittel, die sich etwa ausser eines Reichstags zu Befriedigung der Forderungen des Kf. finden möchten; dort wurden verschiedene von den schon 1661 vorgebrachten[2]) Gegenforderungen wiederholt, aber von ihm so widerlegt, dass die polnischen Kommissare endlich nachgeben mussten und versprachen, dem Könige Bericht zu erstatten und anderweit wieder zu conferieren, er kann sich aber keine grosse Hoffnung auf etwas Notables machen[3]).

Der König von Frankreich hat[4]) zu der letzten Campagne $1^1/_2$ Millionen Polnisch durch seinen Gesandten vorschiessen lassen, zu der jetzt bevorstehenden, besonders um die littauische Armee zum Einmarschieren zu bewegen, hat der Gesandte sich erboten, 340 000 Gulden vorzustrecken, der Littauische Kanzler verlangt aber 800 000.

---

[1]) Charles Colbert-Croissi; über dessen Gesandtschaft (Ende Januar — Anfang Mai 1666) zum Kf. infolge des Münsterschen Krieges s. Urk. u. Act. II. S. 320ff. In den dort mitgetheilten Berichten desselben ist nur in dem vom 20. Februar 1666 (S. 356f.) von einem Gespräch über die polnische Wahlangelegenheit mit dem O. Präsidenten v. Schwerin die Rede, wobei aber auch ein früheres Gespräch über dieselbe Angelegenheit mit dem Kf. erwähnt wird.

[2]) S. Urk. u. Act. IX. S. 189. 205.

[3]) H. meldet 30. Mai von Vorschlägen des Littauischen G. Kanzlers Pac, den Kf. durch Erlass eines Theiles der Subsidien, Lieferung von Salz und Zahlung von $1^1/_2$ Millionen Schillinge, die im littauischen Schatze lägen, aber von der Armee nicht angenommen würden, zu ihrem wahren Geldwerthe (225 000 Rthlr.) zu befriedigen, Kf. weist (d. Cleve 10./20. Juni 1666) dieselben zurück.

[4]) Ueber die Geldzahlungen Ludwigs XIV. an Polen s. dessen Instruktion für Millet vom 25. November 1664 (Recueil des instructions IV. S. 46ff.).

v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 31. Mai 1666.

[Absicht des Königs im Feldlager abzudanken, Verhandlungen mit Frankreich.]

— von vertrauter gewisser Hand vernehme, dass der König in Polen 31. Mai.
viel eher als man wohl vermuthe, und zwar sobald nur seine Völker werden zusammengezogen sein, im Feldlager resigniren wolle, da sich dann niemand würde widersetzen können, dass nicht alsofort zur Wahl geschritten werde. Die französische Faction würde solchenfalls wegen der ihr zu Dienst im Felde stehenden Armee sehr grossen Vortheil vor allen anderen haben. Herr —[1]) hat in commissis, umb eine französische Armee zu sollicitiren, wann er von den [Vortheilen] der französischen Wahl kegen Vertraute gesprochen, hat er versichert, dass ein pactum gemacht, amissa zu recuperiren, unter welche er Churfürstliches Preussen und Liefland vornehmlich rechnet. Dieses ist wohl anitzo eines von den allerschädlichsten subjectis, welches Gott stürze. —

---

v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 7. Juni 1666.

[Befriedigung des Kf. vermittelst einer französischen Anleihe. Massregeln zur Besetzung Draheims.]

So lang als H. Colbert[2]) sich an Ew. Churf. D. Hofe aufgehalten 7. Juni.
und dieser Hof Hoffnung gehabt, Ew. Chf. D. in seine Interessen der Wahl halber zu engagiren, ist es ihnen, soviel als ich abmerken können, ein Ernst gewesen, deroselben nach Möglichkeit Satisfaction zu schaffen. Wie sie aber erfahren, dass derselbe zurückgegangen sei, wird mir so von dem französischen Gesandten als Ministris status zu erkennen gegeben, dass man nicht wisse sichere Mittel zu finden als durch ein Anlehn von Frankreich, dazu sich der König in Frankreich ohne ein pactum der hiesigen Wahl bloss vermittelst einer engeren Alliance mit Ew. Chf. D. wohl würde willig finden lassen. Dass ich also bei jetzigem Zustande, da sich tagtäglich die Sachen zu Extremitäten mehr und mehr anlassen, — nicht absehen kann, wie durch meine Wenigkeit zu Ew. Chf. D. Diensten etwas Notables geschafft werden könnte. —

PS. Vor anderthalb Jahren hat Kf. im Rath geschlossen, die Starostei Draheim nach dem Tode des G. Feldherrn selbst einnehmen zu lassen. Da dieser Fall sich noch zutragen könnte, während Kf. entfernt ist[3]) (Potocki ist

[1]) Die Chiffer ist nicht aufgelöst.

[2]) S. oben S. 294.

[3]) Kf. hielt sich damals in Cleve auf.

schwer erkrankt), so möge Kf. verordnen, dass dieser Schluss auf Bericht von hier unerwartet fernerer Ordre ausgeführt werde [1]).

Der Kurfürst an v. Hoverbeck. D. Cleff 16. Juni 1666.

[auf die Relation vom 31. Mai. Der Vergleich mit Pfalz-Neuburg. Beförderung der Wahl desselben.]

16. Juni. — weil wir daraus ersehen, dass nicht allein das Wahlnegotium zu hogstem Nachtheil der Freiheit der Republicq noch immerhin poussire t wird, sondern auch dabei wegen Recuperirung der amissorum solche nachtheilige und gefährliche Desseinen formiret werden, so habt Ihr darauf ein wachendes Auge zu haben und unser Interesse und Sicherheit sorgfältig und fleissig zu beobachten, auch alles widrige äusserster Möglichkeit nach zu divertiren.

Sonsten lassen wir euch auch gnädigst wissen, dass wir uns mit des Herrn Pfaltzgrafen zu Neuburg Ld. nunmehr vollig verglichen [2]), weil wir nun vernehmen, dass man auf dieselbe für andern sonderbare Reflection anitzo in Polen nehmen soll, wir uns auch daneben erinnern, dass für diesem ein und andere Senatoren uns zu verstehen gegeben, dass, wann das obstaculum wegen des Jülischen Successionsstreits aus dem Wege geräumet wäre, die Wahl für andern auf Ih. Ld. wohl fallen möchte, gestalt wir auch Ihrer Ld. die Chron für andern, jedoch vermittelst einer ordentlichen Wahl und salvis per omnia juribus et libertate reip. wohl gönneten, so habt ihr mit Fleiss zu sondiren, was einer oder ander hiezu für Inclination habe, auch bei Gelegenheit Ih. Ld. in dieser Sache alle gute und dienliche officia zu prästiren, auch weil wir dafür halten, dass verschiedener und euch zum Theil schon bekannter Ursachen halber uns und unserm Hause aus dieser Sache ein sonderbarer Vortheil und Sicherheit zuwachsen könnte, so habt Ihr hierin keine Arbeit zu sparen — Ihr habt dabei zu erwähnen, dass wir dafür hielten,

---

[1]) Kf. in seiner Antwort darauf (d. Cleve 23. Juli 1666) weist den Vorschlag, dass er Geld von Frankreich erhalten solle, zurück. Wegen Draheims solle H. eintretenden Falls dem Feldmarschall Sparr und dem G. Lieutenant v. d. Goltz Nachricht geben, ersterer habe Befehl, für den Fall der Noth einige Truppen in Bereitschaft zu halten, letzterer, sofort von Draheim Besitz zu ergreifen.

[2]) S. über die damaligen Verhandlungen des Kf. mit dem Pfalzgrafen Philipp Wilhelm Urk. u. Act. XI. S. 732ff., den Vertrag wegen der polnischen Königswahl vom 10. Juni S. 748ff. Vgl. über diese Wendung in der polnischen Politik des Kf. Hirsch, Zur Geschichte der polnischen Königswahl von 1669 S. 8f.

die Republicq würde auf diese Weise ihre Libertät am besten und sichersten conserviren, welche sonsten bei der frantzösischen Wahl sehr periclitiren werde, solche wäre auch der Chron Schweden zuwider, welche hingegen die Wahl des Herrn Pfaltzgrafen approbiren und secundiren würde, wovon wir gewisse Nachricht hätten[1]). So konnte auch der Pfaltzgraf selbst der Republicq mit einigem considerablen Nachtruck zu Hülfe kommen, wir hätten sonsten auch Nachricht, dass die Frantzosen eine Flotte in die Ostsee gehen zu lassen intendiren. Ihr habt aber dieses alles aufs beste zu secretiren. —

Instruction[2]), wonach unser — Bedienter Julius Hackeberg sich zu achten. D. Cleve 12. Juni 1666.

[Aufträge an Lubomirski.]

H. soll sich sofort nach Breslau begeben und sich daselbst erkundigen, 12. Juni.
wo Lubomirsky sich aufhält, sich aber nicht für einen Kurfürstl. Bedienten oder Abgeschickten, sondern für einen Studenten oder Kaufmann ausgeben. Er soll dann sich zu L. begeben, ihn allein zu sprechen suchen, ihm selbst sein Creditiv übergeben und ihn ersuchen, dasjenige, was er ihm vorbringen werde, zu secretieren, ebenso wie Kf. es mit dem, was L. ihm durch seinen Bedienten Colalto[3]) habe sagen lassen, gehalten habe.

Da Kf. von diesem vernommen, dass L. dafür halte, weil der König selbst es so oft begehrt, dass bei dessen Lebzeiten die Wahl geschehen möchte, so fände er zwar dabei viele Inconvenientien, doch könnte auch er, wofern der Hof darauf beharrte, das projectierte Dessein durchzuführen, kein ander Mittel finden, als contraria contrariis zu curieren. H. solle daher von ihm vernehmen, wohin man bei der Republik und Ständen hierunter ziele, und wenn L. sich dahin äussern sollte, dass der Republik am besten durch die Wahl zu helfen, auf was für ein Subjectum er am meisten reflectierte, Kf. seinerseits bedaure, dass die indigenae regni und so auch er und die Seinigen per publicam regni constitutionem davon excludiert wären, würde denselben sonst diese Würde vor anderen gern gönnen. Von einem französischen Herren wollte man dem Anschein nach nicht gerne hören, weil man befürchtete, es würde hoc rerum statu eine solche Wahl der Freiheit der Republik und der gemeinen Wohlfahrt des Vaterlandes sehr gefährlich sein. Was die teutschen fürstlichen Häuser betreffe, so wären bei Oesterreich keine Subjecta vorhanden, und wären also,

[1]) S. v. Crockows Berichte aus Stockholm vom 27. Februar, 9. März und 1-4. April 1666 (Urk. u. Act. IX. S. 813ff.).

[2]) Derselben liegt ein von O. v. Schwerin am 27. Mai 1666 aus Iselstein eingeschicktes Memorial zu Grunde. Vgl. über Hackebergs Sendung, welche nach Verabredung mit Pfalz-Neuburg geschehen ist, Urk. u. Act. XI. S. 744ff.

[3]) S. oben S. 279f.

welche dem Kf. beigefallen, noch übrig: 1) der Herzog von Lothringen[1]), derselbe werde aber als ein Vasall anderer Potentaten auf dieselben allzu grosse Reflexion nehmen müssen, hätte auch nicht die nöthigen Qualitäten und Experienz, und auch die Krone Schweden würde seine Wahl nicht gern sehen; 2) der Herzog zu Mecklenburg-Schwerin[2]), der aber ganz von Frankreich dependierte. 3) und 4) der Herzog zu Braunschweig-Hannover[3]) und der Markgraf von Baden[4]), dieselben wären Unvermögenheit halber zu keinen Fatigues und Travaillen capabel, von dem Markgrafen habe man es auch übel empfunden, dass er durch ein in offenem Druck ausgegangenes Scriptum sich selbst recommendieren wollen, 5) der Pfalzgraf von Neuburg. Sollte L. äussern, dass ihm dieser am besten anständig wäre, so soll er erklären, dass auch Kf. denselben wegen seiner Qualitäten und Experienz dafür am geeignetsten hielte, ausserdem habe derselbe bereits grosse Affection in Polen, wäre schon an das Jagellonische Geblüt verheirathet gewesen, stünde wohl mit dem Kaiser und allen Reichsständen, hätte keine fremde Dependenz, jedoch soviel Affection bei der Krone Frankreich, dass der König ihm endlich diese Wahl nicht missgönnen werde, auch Schweden würde ihm, als einem aus dem Hause Pfalz entsprossenen, die Krone gewiss vor anderen gönnen. Derselbe habe immer grosse Affection für die polnische Freiheit und Aestim für L.'s Person gehabt; er hätte zwar viele Kinder, dieselben wären aber theils schon mit geistlichen Beneficien versehen, theils könnte er sie mit seinen deutschen Landen accommodieren, die ihm auch die Macht gewährten, die etwa auf ihn gefallene Wahl zum Effect zu bringen, aber doch nicht so formidabel wären, dass die Republik davon Ombrage zu nehmen brauchte; Kf. habe auch, um derselben alle Ombrage wegen der zwischen ihnen beiden der Jülichschen Succession halber geführten Differentien zu benehmen, sich mit ihm gänzlich verglichen[5]) und gönne die Krone niemand lieber als ihm. Kf. halte für nöthig, dass man auf alle Fälle ratione subjecti sich vorher verständigte, und wünsche daher L.'s Gedanken darüber zu erfahren, ferner wie dieses Werk zu incaminieren, ob und mit wem desfalls Communication zu pflegen und ob auch Auswärtige zu engagieren.

Sollte man nun auf des Pfalzgrafen Person vor anderen reflectieren und die Wahl dann auf diesen fallen, und die Noth erfordern, dass der Republik darunter wider diejenigen, welche sie desfalls beeinträchtigen wollten, succurriert werden

---

[1]) Prinz Karl von Lothringen, der Neffe des regierenden Herzogs Karl IV. von Lothringen.

[2]) Herzog Christian Louis von Mecklenburg, s. Urk. u. Act. IX. S. 646.

[3]) Herzog Johann Friedrich von Hannover; über den schon früher gehegten Plan, demselben die polnische Krone zu verschaffen, s. Urk. u. Act. XI. S. 566, Recueil des instructions IV. S. 83.

[4]) Markgraf Ferdinand Maximilian von Baden-Baden, s. Recueil des instructions IV. S. 94.

[5]) Kf. hatte schon in einem Schreiben vom 15. Mai 1666 Lubomirski den Abschluss des Friedens mit Münster und des Vergleiches mit Pfalz-Neuburg angezeigt und denselben um Nachrichten über den Stand der Dinge in Polen ersucht.

müsste, solchenfalls wollte Kf. neben dem Pfalzgrafen derselben mit einer Armee von 10, 12 oder mehr tausend Mann zu Hülfe kommen. Der Pfalzgraf hätte ihm auch versichert, dass er L. und dessen Hause alle darunter prästierende Hülfe nach seinem eigenen Wunsch vergelten würde.

Er soll ihm ferner melden, dass Kf. ihm 2000 Ducaten, worüber er die Wechsel hiebei auf Königsberg und Danzig zu empfangen, übersende mit Versicherung, dass zu seiner Subsistenz ein mehres von ihm folgen und dass sich auch der Pfalzgraf in diesem Stück zu seinem Contentement bezeigen werde.

H. erhält auch Creditive für den Unterkanzler Leszczynski und H. Niemiricz, soll aber erst, wenn L. es billigt, mit denselben sprechen. Er soll nichts Schriftliches von sich geben.

J. Hackeberg an den Kurfürsten. D. Feldlager drei Meilen von Cujaz 10./20. Juli 1666.

[Ankunft. Unterredung mit Lubomirski. Friedensunterhandlungen.]

Er ist glücklich am 16. in Begleitung Losche's[1]) im Lager eingetroffen, hat 20. Juli.
durch dessen Vermittlung an demselben Abend bei Lubomirski Audienz gehabt und am folgenden Tage demselben die befohlenen Eröffnungen wegen Anstellung einer freien Wahl gemacht. L. antwortete, dass ihn diese Proposition um so mehr freue, da der polnische Hof ausgesprengt habe, Kf. habe sich mit Frankreich zur Ausführung ihrer Desseins in Polen verbunden, Kf. habe gar wohl penetriert, wodurch die Republik am besten retabliert werden könnte, der Hof betriebe die Wahl noch immer mit Eifer, wäre auch vielleicht nie näher bei seinem Intent gewesen, als jetzt, da er alle Mittel, dasselbe mit Gewalt durchzuführen, in Händen und von der Republik, die von aller Welt verlassen sei, wenig zu fürchten habe. Wenn sie nicht bald Hülfe erhielten, so würde der Adel, ermüdet von allen Miserien, endlich geschehen lassen, was er allein nicht ändern könnte; es wäre nicht so schwer, ihnen zu helfen, Cavallerie hätten sie genug, nur thäten ihnen 3—4000 Dragoner Noth, er hoffe, Kf. werde ihnen dazu verhelfen. Auf die Proposition könnte er nicht allein und sofort antworten, die Sache müsste erst überlegt werden, dazu brauchte er ein paar Tage. H. bat, ihn nicht lange aufzuhalten, und beruhigte ihn wegen der angeblichen Verbindung des Kf. mit Frankreich: wegen der Assistenz wäre Kf. von der Republik nie angesprochen worden.

[1]) Wladislaus Los, Truchsess von Ploczk (s. Kochowski III. S. 171), Vertrauter Lubomirski's, den dieser zu Anfang des Jahres 1666 an den Pfalzgrafen von Neuburg und nach Schweden geschickt hatte. S. Mém. de Pomponne II. S. 141 ff., oben S. 167 ff.). H. war, wie er aus Breslau am 3. Juli meldet, dort mit demselben zusammengetroffen; am 16. Juli berichtet er vom Lager 4 Meilen von Gadiz aus über das für die königlichen Truppen so unglückliche und verlustvolle Treffen an der Netze (s. Kochowski III. S. 232 ff., Kluczycki, Acta Joannis Sobieski I. S. 245 ff.); Lubomirski's Armee werde auf 12 000 Mann geschätzt, darunter ein gut Theil Adlige, doch nur ein Regiment deutsche Dragoner.

Betreffend die jetzt wieder angeknüpften Friedenstractaten[1]) soll von dieser Seite begehrt werden, dass der König nochmals die Rechte und Privilegien der Stände eidlich bestätige, besonders dass bei seinem Leben nicht mehr von der Wahl solle geredet werden, und dass er Lubomirsky per totum restituiere, woraus zu ersehen, dass man zu der Wahl keine grosse Lust hat, wie er auch sonst gemerkt. Der König aber besteht darauf, L. solle auf 3 Jahre ins Exil gehen, seine Chargen verlieren und der Adel solle nexui renuntiieren, ehe er auf den Reichstag kommt. Der kaiserliche Gesandte[2]) treibt sehr zum Frieden, auch auf diese oder noch härtere Bedingungen, wie Losche behauptet, weil der Kaiser jetzt der Wahl Pfalz-Neuburgs ganz zuwider sei.

Zu Niemiritz und Lesczynski zu gehen, hat L. ihm widerrathen, ersteren habe er in der Wahlsache nicht zu gewinnen vermocht, letzterer sei auch beaucoup mollifié, würde sich von allen Affairen abthun und in Danzig in quiete leben, wohin er jetzt gegangen wegen einiger Gelder, die er von seinem Bruder geerbt.

J. Hackeberg an den Kurfürsten. D. Jannowiz 15./25. Juli 1666.

[Die Friedensunterhandlungen. Neues Gespräch mit Lubomirski, dessen verdächtiges Verhalten.]

25. Juli. Lubomirski treibt die Friedensunterhandlungen, wie er vorgiebt, aus Vaterlandsliebe, mit solchem Eifer, dass er keine widrige Remonstrationen hören will. Was aber sowohl er, als vielmehr der Kaiser darunter suche und ob sie nicht vielleicht den kürzern ziehen dürften, falls sie dadurch Lothringen zu der Krone zu verhelfen beabsichtigen, wird die Zeit aufweisen, allezeit macht sich L. der äusseren Apparenz nach sehr verdächtig, als wenn er schon in Frankreichs Interessen stecke.

Trotz vielfachen Mahnens hat er erst am 22. Nachmittags mit L. wieder sprechen können, derselbe sagte zu ihm: Nous parlerons asteur de toutes choses et vous dirai au premier lieu, que l'estat des affaires ne permette pas pour à présent une election, puisque le roi s'est déclaré, qu'il veut promettre de nouveau par un diplome et le confirmer par un serment, que durant sa vie il ne sera plus parlé d'aucune élection, et je croi, qu'on se contentera pour asteur de cela, puisque c'est sur ce fondement, qu'on va conclure la paix, qui est fort nécessaire à la Pologne. Pourtant si le roi voulait de force entreprendre quelque chose sur nos privileges et sur notre liberté, nous irons sans doute faire une autre élection. H. erwiderte, Kf. werde, wenn auch sein Einrath dabei nicht

[1]) S. Kochowski III. S. 239f.

[2]) Schon von Breslau aus hatte H. am 3. Juli berichtet, der Kaiser habe auf des Königs Requisition einen seiner Räthe auf hiesigem Amt, Pauschner, an Lubomirski gesendet, um denselben zum Accommodement mit dem Hof zu ermahnen und die Mediation zu versuchen, auch der schwedische Gesandte Liliehoeck bemühe sich auf L.'s Ansuchen darum.

nöthig geachtet worden, damit zufrieden sein, wenn nur dabei Sicherheit vorhanden; der König könnte leicht den Eid wieder brechen und Vorwände finden, die Wahlsache doch wieder auf die Bahn zu bringen. L., der jetzt bei dem Adel solchen Credit habe, möchte ihnen dieses vorstellen und nicht von der guten Partei abfallen. Darauf aber wurde, wie es schien verabredetermaassen, ihr Gespräch durch den Eintritt des kaiserlichen Gesandten unterbrochen. An den nächsten Tagen hat er trotz aller Bemühungen L. nicht weiter zu sprechen bekommen. Als dann die Commissarien von dem Könige zurückkamen und des andern Morgens dem Adel und der Armee im freien Felde Relation thaten, er auch vernahm, dass der Friede so gut wie geschlossen sei, wiewohl der Adel und die Armee ihre Diffidenz gegen L. an den Tag geben und offen sagen, sie wären von ihm verkauft, ihrer viele auch darauf begannen nach Hause zu gehen, hat er beschlossen, des Kf. Respect nicht weiter also zu prostituieren; er ist zu L. gegangen und hat ihm mitgetheilt, dass er es für unnütz halte, sich länger aufzuhalten, da der Friede so gut wie geschlossen sei und er wahrgenommen, wie wénig Reflexion man auf des Kf. Abschickung und dessen etwa führende Gedanken gemacht, und daher abreisen wolle. L. bestritt allerdings, dass der Friede vor sich ginge, hielt ihn aber nicht weiter zurück, rieth ihm aber, der Sicherheit wegen bei dem Heere zu bleiben, bis es die Weichsel überschritten habe. H. will dies auch thun; er ist zur Abreise entschlossen, da er L. so disponiert gefunden, dass er des Kf. Abschickung so kalt angenommen, daher er nicht anders urtheilen kann, als dass derselbe entweder mit dem Hofe unter einer Decke liege oder aber des Kaisers Interessen, des Kf. Intention zuwider, zu sehr amplectiere, daneben der Adel wegen des Friedenswerkes und der schlechten Conditionen denselben jetzt so verdächtig hält, dass er zweifelt, ob er jetzt bei ihnen grossen Credit finden wird.

J. Hackeberg an den Kurfürsten. D. Breslau 3./13. August 1666.

[Unterredungen mit Lubomirski, dessen Erklärungen zu gunsten Pfalz-Neuburgs. Mittheilungen Krenski's.]

Er ist heute hier angekommen, gedenkt morgen nach Cleve weiter zu reisen. 13. Aug.
Er hat am 28. Juli mit der Armee die Weichsel passiert und hat am nächsten Tage seinen Rückweg antreten wollen, am Abend aber hat L. mit ihm eine Unterredung gehalten, versichert, dass er beständig bei der guten Partei verbleiben würde, und in ihn gedrungen, da Kf. ihm durch Colalto habe versprechen lassen, ein Subject zur Krone vorzuschlagen, und H. sicherlich darauf instruiert habe, seine noch übrige Commission zu eröffnen. Er hat darauf auch genau nach seiner Instruktion Pfalz-Neuburg als den geeignetsten empfohlen. Auch L. erklärte sich für denselben, frug ihn aber zunächst auf sein Gewissen, ob auch alle Streitigkeiten zwischen demselben und Kf. ganz gehoben seien, und, nachdem er dieses versichert, ob Pfalz-Neuburg auf allen Fall mit Allianzen versehen wäre, und was der Kaiser und Schweden dazu sagen

würden. Auf das erste theilte H. ihm mit, dass Kf. sich mit demselben verglichen, falls eine ordentliche Wahl auf den Pfalzgrafen fallen und es nöthig sein sollte, die Republik gegen einige Beeinträchtigung wegen dieser Wahl zu schützen, 10—12 000 Mann oder noch mehr ihr zur Hülfe zu schicken. Wegen des Kaisers zweifle er nicht, dass derselbe dem Pfalzgrafen die Krone nicht missgönnen werde, falls derselbe nicht etwa selbst jemand anders dazu vorschlüge, wovon er noch nichts gehört, worüber L. ihm aber am besten werde Eröffnung thun können. Von Schweden sei Kf. versichert, dass es dem Pfalzgrafen die Krone Polen nicht missgönnen werde.

L. erklärte darauf, Kf. möchte sich seiner Treue, bei der guten Partei zu verharren und dieses Intent zu Werke zu bringen, gänzlich versichert halten und im übrigen sich an nichts kehren, was auch für Zeitungen und Geschrei von ihm käme; der polnische Hof würde sich wohl bald mit ihm vergleichen, das würde ihn aber nicht ändern, Kf. möge ihm verstatten, weil das Gegentheil alle mögliche finesse gebrauchte, dass auch er es so mache und die masque mit vornehme, die Correspondenz zwischen Kf. und ihm sollte in Secret bleiben. Er hoffe, dass er wegen der Wahl Pfalz-Neuburgs ehestens eine solche Ligue aufrichten werde, die genug sein sollte, dieses Werk zu behaupten. er werde deswegen wieder jemand nach Wien, Schweden, zu Kf. und dem Pfalzgrafen schicken und insonderheit Losche als Residenten bei Kf. und dem letzteren lassen, Kf. müsste aber auch ferner Hand anlegen, namentlich Schweden bei ihrer jetzigen Meinung zu gunsten des Pfalzgrafen zu erhalten sich bemühen und am kaiserlichen Hofe desfalls wirken, Kf. möchte sofort jetzt, wo Balbitzky als schwedischer Gesandter am kaiserlichen Hofe wäre, jemand vertrautes dorthin senden.

Als H. ihn dann fragte, ob er meine, dass Fürst Radziwill hierunter bei den Littauern zu statten kommen könnte, bejahte er dieses, da dessen Credit dort sehr gross sei, doch hätte R. sich früher für die französische Wahl erklärt und durch seinen Residenten am Kgl. Hofe Mohrstein, den Bruder des Secretarii status, würde ohne Zweifel alles an die Königin auskommen, daher habe er, L., lange keine Correspondenz mit ihm gehalten; Kf. möchte denselben durch Hoverbeck sondieren lassen und ihm Nachricht geben, wie er befunden worden, er würde doch bald nach Danzig reisen müssen und dann mit jenem Abrede nehmen können.

H. theilte ihm darauf mit, dass Pfalz-Neuburg bereit sei, ihm seine Dienste zu vergelten, und überreichte ihm dessen Schreiben, L. zeigte sich darüber sehr erfreut.

Am 31. forderte ihn L. wieder zu sich, gab ihm sein Recreditiv und ein Schreiben an den Pfalzgrafen, sagte ihm, man würde in 8 Tagen Frieden haben [1]), und rechtfertigte den Abschluss desselben damit, dass das Land sehr ruiniert sei

[1]) Am 31. Juli wurde zu Legonice der Frieden abgeschlossen, s. Kochowski III. S. 243ff. Diarium Europ. XIII. App. S. 297ff. Lubomirski zeigt (d. Breslau 25. August 1666) dem Kf. den Abschluss an und erklärt, demselben nächstens durch einen Expressen Näheres mittheilen zu wollen.

und sich bei den Seinigen in kurzer Zeit der grösste Mangel würde eingestellt haben, er hätte den Adel nicht beisammen halten können und es hätte ihm an Infanterie gemangelt, so dass er nicht zur Bataille mit dem Könige hätte kommen und also des Krieges Ende nicht absehen können, er hätte sich auf andere innerliche Hülfe verlassen, die aber der Hof durch seine Künste und Geld ihm abwendig gemacht (worunter er auf Fürst Wischnowicz[1]) zielte, dem der Hof 40 000 Ungar. Fl. gesandt, damit er still sitzen möchte), er werde sich bemühen, dem zu remedieren und sich auswärtige Hülfe, vom Kaiser und Schweden, zu sichern. Sie alle würden zwar nach erfolgtem Frieden nach Hause gehen und still sitzen, allein 7 Palatinate blieben mit ihm in fester Verbindung und würden sich bemühen, allmählich die anderen Palatinate auf ihre Seite zu ziehen, er werde von diesen Palatinaten Vollmacht erlangen, die Ligue zu gunsten des Neuburgers zu formieren und mit demselben de futura successione völlig zu capitulieren. Auch wieder Truppen zu sammeln erklärte er garnicht für schwierig, das machte ihm nicht soviel Sorge als die grosse lenteur bei dem kaiserlichen Hofe und dass sie da so wenig was rechtes resolvieren könnten. Er sprach die Hoffnung aus, die Hülfe vom Kf. würde nicht eher kommen, als man sie rufen würde. Er kam dann auf seine eigenen ganz ruinierten Verhältnisse zu sprechen und erinnerte an die Versprechungen, welche Kf. ihm gemacht, H. erklärte ihm darauf, er habe vorläufig 2000 Ducaten mitgebracht, welche zu seiner Disposition in Breslau stünden, L. bedankte sich dafür und bat, Kf. möchte ihn auch ferner in seiner Dürftigkeit nicht verlassen, schlug vor, weitere für ihn bestimmte Gelder an Prinz Radziwill auszahlen zu lassen.

P. S. Breslau 4./14. August 1666.

Er hat den hier befindlichen Grafen Crensky[2]), Pfalz-Neuburgischen Kammer- 14. Aug.
herrn und Obristen, besucht und von demselben erfahren, dass Losche dem Pfalzgrafen nicht allein die erste Vocation zur Krone gebracht, welche Lubomirski namens der damaligen Conföderierten, der Castellan von Posen[3]) wegen der Grosspolen unterschrieben, sondern dass auch unter ihnen schon verhandelt worden, wie viel Volk und welche Summe Geldes der Pfalzgraf parat halten müsste, welche auch wirklich von ihm parat gehalten würden. Es sei verabredet worden, dass sie zum König senden, demselben die Contraventionen, welche durch die vorseiende Wahl gegen ihre Gesetze begangen würden, vorstellen und andeuten lassen sollten, weil ja ein successor vivo rege sein sollte, so wollten sie einen und zwar Pfalz-Neuburg hiermit benennet haben, der Pfalzgraf sollte zu Behauptung dieses Intents um Ostern bereits seine Truppen nach Polen marschieren lassen, mit den Schweden aber wäre es so durchgestellet gewesen, dass Wrangel schon Ordre gehabt, seine Truppen zu den Pfalz-Neuburgischen

---

[1]) Fürst Demetrius Wisniowiecki, Woiwode von Belz.
[2]) S. oben S. 250.
[3]) Christoph Grzymultowski.

stossen zu lassen; nachgehends aber sei noch nicht rathsam befunden worden, in der Sache auf die Weise zu verfahren, sondern noch etwas zu verzögern; inzwischen aber sei der Pfalzgraf in aller guten Hoffnung hingehalten worden, bis diese unvermuthete Zeitung vom Frieden nun erfolge. Crensky sagt, dass er noch wenige Tage vor H.'s Ankunft im Lager auch dort gewesen und alles noch gut gefunden, bis der kaiserliche Gesandte Pauscher angekommen, darauf er eine so notable Aenderung in allen Gemüthern befunden, dass er sich auch deswegen öffentlich beklagt habe und davon gezogen wäre. Sie hätten ihm dann aber durch einen Expressen die Victoria bei Taepadly) anzeigen und ihn auffordern lassen, sich bereit zu halten, sie würden ihn ehestens wieder an den Pfalzgrafen senden. H. hört übrigens in Breslau, Crensky habe im Lager mit Reden oder sonst sich versehen, weswegen er sich bei Nacht habe salvieren müssen.

J. Scultetus[1]) an v. Hoverbeck. D. Warschau 13. August 1666.

[Rückkehr des Königs. Unzufriedenheit der Königin mit dem Frieden. Lubomirski's Abreise. Gespräch mit Liliehoeck.]

13. Aug. Der König ist am 11. Abends hier angekommen und, wie man bisher ominiert, von der Königin mit vielen Vorwürfen wegen des disreputierlichen Friedens empfangen worden. Am meisten wird dem Könige verdacht, dass er Lubomirski nach geschehener Deprecation[2]) mit den Worten: „Ich weiss, dass dem Herrn so heiss gewesen als uns" angeredet und so zu erkennen gegeben habe, dass er in grosser Gefahr gestanden und gleichsam den Frieden aus Noth habe machen müssen. Lubomirski soll disgustiert von dem Könige weggegangen sein, da man die formula juramenti nicht so gelassen, als vorher verabredet war. Die Einladung des G. Feldherrn zum Banquet hat er nicht angenommen, sondern ist sogleich, von 1000 Pferden begleitet, wieder zurückgeritten; hieher zur Königin hat er nur zwei seiner Söhne geschickt, welche gemeldet, dass er schon nach Landshut verreist sei und in wenigen Tagen die Reise über Wien nach Italien, nach Loreto antreten würde.

Die meisten am Hofe sagen, dass sie an diesem Tractat zweifeln und dass die Ruptur des künftigen Reichstages denselben aufheben und Anlass zu einem noch blutigeren Kriege geben werde.

Gestern hat er den schwedischen Gesandten Liliehoeck[4]) aufgesucht, um zu penetrieren, was derselbe jetzt nach geschlossenem Frieden zu thun gesonnen sei und ob er den Reichstag abwarten werde. Jener sagte, er sei beauftragt,

---

[1]) S. oben S. 299.

[2]) Sekretär v. Hoverbecks, den dieser, der Anfang Juni wieder vorläufig nach Preussen gegangen war, in Warschau zurückgelassen hatte.

[3]) S. Kochowski III. S. 249 f.

[4]) S. über dessen Sendung nach Polen Mémoires de Pomponne II. S. 141 ff.

eine starke Allianz mit dem Könige und der Republik aufzurichten, er wollte jetzt nach der Rückkehr des Königs die Sache vorbringen, sollte sich aber der Hof ferner so stellen wollen, als ob ihm nicht viel daran gelegen sei, würde er sich wohl nicht lange aufhalten, doch müsste er Antwort auf seine Schreiben aus Schweden abwarten. Von diesem Frieden glaubte er, dass derselbe nicht lange bestehen würde; er fragte Sc., was auf solchen Fall, wenn der bevorstehende Reichstag wieder zerrissen werden und der Hof die Wahl mit Gewalt durchzusetzen suchen sollte, Kf. thun wollte. Er hat erwidert, er wüsste das nicht, glaubte aber, Kf. würde warten, was Schweden und andere Nachbaren thun würden. L. antwortete, Kf. hätte vor allen Nachbaren einen grossen Vortheil im Besitz von Memel und Pillau, wenn Schweden dieselben hätte, dürfte es sich wohl bald erklären, worauf er lachend erwiderte, wenn Kf. Riga und Liefland hätte, dürfte er sich wohl auch zu einer solchen Erklärung finden lassen[1]). L. klagte sonst, dass er von vielen Senatoren sehr frigide behandelt werde, und wünschte sehr mit Hoverbeck zu communicieren.

---

v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 19. August 1666.

[Rückkehr nach Warschau. Geheime Artikel mit Lubomirski scheinen nicht abgemacht zu sein. Verhältnis Polens zu Schweden.]

Er ist hieher zurückgekehrt und hat sich bemüht, zu ergründen, ob etwa 19. Aug.
in dem neulichen Friedensschluss noch ein geheimer Artikel enthalten, in welchem die in dem Hauptinstrument nur der Gnade des Königs anheimgestellte Restitution Lubomirsky's, wenigstens in gewissen Stücken, caviert wäre und dieser dagegen versprochen hätte, sich nicht zu widersetzen, dass bei Lebzeiten des Königs von einem successor gehandelt werde, er hat aber nichts merken können und glaubt es um so weniger, da die Forderungen, welche L. durch seine Söhne hat vortragen lassen, wegen Restitution seines Salzberges und der beiden Starosteien Krakau und Chmielnik abschlägig beschieden sind.

Seit Schweden die Handlung des Grafen Tott mit Frankreich wieder umgestossen und dagegen eine engere Allianz mit England aufgerichtet, ist man hier sehr misstrauisch gegen dasselbe gewesen, was durch das vorjährige Schreiben des Königs und die mit Lubomirsky und den Grosspolen gepflogene Correspondenz noch vermehrt worden[2]), seitdem aber durch Graf Königsmarcks Sendung[3]) das Vertrauen zwischen Frankreich und Schweden wiederhergestellt ist, richtet sich dieser Hof auch danach und caressiert Liliehoeck sehr, da-

[1]) v. Hoverbeck bemerkt dazu, es sei daraus zu ersehen, dass Schweden zwar das gemeine Interesse bei dem Wahlnegotium gerne beobachtet sehen, aber die deswegen vom Hofe zu erwartende Feindschaft für sich verhüten und anderen aufbürden wolle.

[2]) Vgl. Mém. de Pomponne II. S. 141 ff.

[3]) S. ebendaselbst S. 89.

gegen klagen Lubomirsky's Anhänger, dass ihnen Schweden wirkliche Assistenz versprochen, als es aber zum Treffen hätte kommen sollen, dieselbe platt abgeschlagen habe, und sie glauben, dass auch dieser Gesandte zwei contrāre Ordres gehabt habe.

v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 27. August 1666.

[Audienzen bei der Königin und dem Könige, günstige Erklärungen des letzteren. Gerüchte vom Reichstage.]

27. Aug. Am 21. August hat er zuerst bei der Königin und dann bei dem Könige Audienz gehabt, wobei er denselben den Glückwunsch des Kf. zu dem abgeschlossenen Vergleiche ausgesprochen, sie um Förderung der Interessen desselben gebeten und ihnen die Geburt des Prinzen[1]) angezeigt hat. Von beiden wurde er sehr gnädig empfangen, der König zeigte sich sehr erfreut darüber, dass H. den Friedensschluss als für ihn besonders vortheilhaft bezeichnet hatte, er lobte Lubomirsky, dass derselbe bei dem Deprecieren sich bescheiden gezeigt, klagte dagegen über die Frechheit des Castellans von Posen Grzymultowski. Wegen Draheims bat er Kf. noch eine Weile in Ruhe zu stehen, der Alte[2]) könnte es ja nicht mehr lange treiben, und nach dessen Tode sollte Kf. unfehlbar Satisfaction erhalten, er wollte auch auf dem jetzt bevorstehenden Reichstage denselben dahin zu disponieren suchen, dass er gutwillig abstände, wegen der Elbingischen Summe wollte er dem Kanzler befehlen, dass er diese Sache sowohl in den Kreisausschreiben als auch in der Reichstagsproposition den Ständen auf das beweglichste vortrüge. Zum Schluss fragte der König ebenso wie vorher auch die Königin nach dem Regensburger Reichstage, ob H. davon gehört, dass von einem Römischen Könige geredet werde und dass K. Sachsen mit den Evangelischen eine Liga machen wollte, um durchzusetzen, dass die Protestierenden mit den Katholischen am Kaiserthum alternieren sollten; H. hat erwidert, dass dieses angesichts der Majorität der Katholischen im Kurfürstencollegium schwer zu practicieren sein würde.

v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 6. September 1666.

[Neue Erbietungen des Königs. Unterhandlungen mit Lubomirski.]

6. Sept. Der König, bei dem er vor dessen Abreise zur Jagd eine neue Audienz gehabt, hat sich dort aufs neue erboten, des Kf. Interessen auf dem nächsten Reichstage zu befördern, man scheint wirklich dem Kf. zwar nicht völlige Satis-

[1]) des Prinzen Ludwig, geb. 28. Juni 1666.

[2]) Der K. G. Feldherr Stanislaus Potocki.

faction aber einen Theil seiner Forderungen bewilligen zu wollen, um ihn dadurch von dem gefassten Unwillen und Misstrauen gegen die Königin abzubringen und zu deren Willen zu disponieren. Aus des Königs Discursen schliesst H., dass derselbe dem Frieden nicht traut, sondern eine neue grössere Conföderation fürchtet und an dem Schluss des Reichstages zweifelt. Das Misstrauen gegen Lubomirsky rührt daher, dass derselbe[1]) plötzlich nach Breslau gereist ist und seinen Anhängern geschrieben hat, ihre Truppen nicht abzudanken, sondern mit denselben in seinen Erbgütern stehen zu bleiben. Der K. Referendarius[2]) hat sich unter dem Vorwande privater Geschäfte auch dorthin begeben, ohne Zweifel im Auftrage der Königin, um durch das Anerbieten seiner Salzberge und der Starosteien Cracau für seinen ältesten Sohn und Chmielnik für ihn selbst Lubomirsky für die Partei der Königin zu gewinnen, doch wird er schwerlich, am wenigsten gleich bei diesem ersten Anwurf, etwas erreichen, wie denn überhaupt die Königin durch Ungeduld und Eilfertigkeit meist ihre Sachen verdirbt.

v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 1. November 1666.

[Aerger der Königin und der Anhänger derselben über den Erbvergleich mit Pfalz-Neuburg.]

Er hat, um das Notificationsschreiben wegen des Erbvergleiches mit Pfalz- 1. Nov.
Neuburg[3]) zu übergeben, bei dem Könige und der Königin Audienz gehabt; beide sprachen ihre Freude über den Abschluss des Vergleiches aus, von der Königin aber weiss er, dass sie sich nur dazu gezwungen, dass ihr seit langer Zeit nichts Unangenehmeres vorgekommen als dieses, und dass auch verschiedene Senatoren je nach ihrer Parteistellung theils mit Freude theils mit Leid davon gesprochen, dass Pfalz-Neuburg jetzt erst als Candidat auftreten könne[4]).

[1]) S. Kochowski III. S. 252.

[2]) Andreas Morstein. Vgl. Pufendorf IX. § 91 (S. 635f.).

[3]) Kf. hatte (d. Cleve 14./24. September 1666) H. den am 9. September mit dem Pfalzgrafen abgeschlossenen Erbvergleich (s. Urk. u. Act. XI. S. 762) und ein Notificationsschreiben an den König zur Uebergabe an den letzteren zugeschickt.

[4]) H. berichtet am 5. November, der G. Kanzler hätte geäussert, dieser Vertrag wäre ein Vorbote der künftigen Wahl, Kf. werde nunmehr die polnische Krone niemand lieber gönnen als dem ihm jetzt so befreundeten Pfalzgrafen, und höhnisch hinzugefügt, man behaupte, Kf. wolle, um dessen Wahl mit mehr Nachdruck zu betreiben, zu dessen Gunsten der Souveränetät über Preussen entsagen. Am 3. December meldet er noch weiteres über dessen feindselige Aeusserungen, auch die Bischöfe von Chelm und Cracau, welche sich sonst dem Pfalzgrafen günstig gezeigt, hätten die Mittheilung von dem Vergleich sehr kaltsinnig aufgenommen, bei Hofe hätte diese

Memorial des von Lubomirsky abgeschickten Secretarius Bartholomaeus Pcejazecky[1]). D. Coloniae ad Spream 1. December 1666.

[Mittheilung der vom Hofe mit Lubomirski wegen der französischen Wahl geführten Verhandlungen. Anfrage, ob der Reichstag abgebrochen und die Wahl Pfalz-Neuburgs vorgenommen werden solle. Bitte um Hülfe.]

1. Dec. Lubomirski lässt dem Kf. mittheilen, die französische Partei betreibe die Wahl mit dem grössten Eifer, es seien mit ihm deswegen[2]) drei Conferenzen durch Morstein und den Capitan von Radom gehalten und es sei ihm von dem französischen Gesandten, dem Bischof von Béziers, ein französisch abgefasster Tractat vorgelegt worden, welchen er, wenn Kf. es wünscht, demselben mittheilen will. Danach habe sich der König von Polen entschlossen, auf dem jetzigen Reichstage abzudanken, unter der Bedingung, dass ein Franzose sein Nachfolger werde; L. solle sich durch diesen Tractat verpflichten, die Wahl eines Franzosen mit allen Kräften zu befördern, zur Belohnung dafür werde ihm versprochen: das Palatinat Cracau, das Obercommando über das Heer, die Zurückerstattung der Salinen und einiger Capitanate, ferner für jetzt 100 000 Goldstücke und später weitere Summen, auch für seine Söhne grosse Verheissungen, Bedenkzeit werde ihm bis zum 25. November gelassen. L. habe eigentlich die Absicht gehabt, die Franzosen zu täuschen, durch scheinbare Zustimmung und Verpflichtung zur Beförderung der französischen Wahl den König zur Abdankung zu bewegen und dadurch die Republik in den Stand zu setzen, einen ihr genehmen König zu wählen. Da er sich aber habe schriftlich verpflichten sollen, selbst die Wahlangelegenheit wieder vorzubringen, und ihm dieses sehr bedenklich geschienen, so habe er es verweigert und dadurch haben sich die ganzen Tractaten zerschlagen. Er bitte nun Kf. um Rath und Hülfe:

1) ob der Reichstag abgebrochen oder gestattet werden solle, dass es zum Schlusse desselben komme. L. selbst räth, ihn abzubrechen, sonst werde der Hof Steuern und die Befugnis zum Münzenschlagen haben, in der Zwischenzeit würden die jetzigen Generale, Potocki und Sobieski, die beide im französischen Dienste ständen, ihr Ansehen beim Heere befestigen und die gut gesinnten Elemente aus demselben entfernen.

Nachricht unversöhnlichen Hass gegen Kf. erzeugt, man suche jetzt demselben alles mögliche zuwider zu thun, so dass der V. Kanzler ihm gerathen, vorläufig mit der Negotiation an sich zu halten. Vgl. Pufendorf X. § 60 (S. 699).

[1]) Lubomirski's Creditiv für denselben ist Breslau 27. November 1666 ausgestellt. Schon im October war Los (s. oben S. 299) bei dem Kf. in Cleve gewesen, wie das Creditiv Lubomirski's für denselben (d. Breslau 14. September 1666) und das Recreditiv des Kf. (d. Cleve 17. September 1666) beweisen, doch sind Aufzeichnungen über die mit demselben geführten Verhandlungen nicht vorhanden. Auch ein Sohn Lubomirski's muss damals, wie ein Dankschreiben desselben (d. Bensburg 15. October 1666) beweist, beim Kf. und bei dem Pfalzgrafen gewesen sein.

[2]) S. Pufendorf IX. § 91 (S. 635 f.).

2) sofort bei Abbrechung des Reichstages müsse man den französischen Anschlägen entgegentreten und zwar müsse nach der Abdankung des Königs, zu welcher dieser fest entschlossen sei, die Erhebung des Neuburgers vorgenommen und Schweden mit dazu herangezogen werden. Ferner müsste eine Militärconfoederation geschlossen werden, der sich auch der Adel anschliessen werde.

Der Fürst bitte Kf. ihn zu unterrichten, was er davon halte und welche Hülfe und Mitwirkung von ihm zu erwarten sei.

Acta conferentiae[1]) mit des Fürst Lubomirsky Abgeordneten.

Bei der am $\frac{\text{22. Novembris}}{\text{[2. December]}}$ 1666 mit Pcejazecky gehaltenen Conferenz 2. Dec.
hat derselbe anfänglich, wie von ihm die communicatio tractatus Gallici begehrt ward, dieselbe versprochen und nähere Mittheilungen über den Inhalt desselben gemacht, zugleich versichert, dass trotz aller Drohungen und Versprechungen der Königin und der Franzosen der Fürst fest in seinen einmal gefassten Maximen bleibe. Derselbe höre zwar ihre Vorschläge und conferiere amice mit ihren Abgesandten, aber nur, um desto besser ihre Pläne kennen zu lernen, man möchte Staat auf seine Beständigkeit machen, ehe sollte seine Hand verdorren, als dass er solch einen Vergleich unterschreiben würde, doch müsse man sich seiner und der guten Partei annehmen, sonst würde die Republik Noth leiden und er selbst ruiniert werden, der Adel sei des Krieges überdrüssig und würde endlich lieber in des Hofes Begehren einwilligen als sich und das Ihrige in die grösste Gefahr setzen.

Wie ihm darauf vorgestellt wird, es wären von L. auch allerhand ungleiche Sachen divulgiert, versichert er, dass man dergleichen nur bei Hofe erfinde, um ihn ausser Credit und in Verdacht zu setzen, man könnte sich aber sicher auf ihn verlassen. Sonst wäre der König zwar zur Abdication geneigt, er würde solche aber nicht thun, wäre er nicht von L. versichert, dass derselbe die französische Wahl befördern würde.

Auf dasjenige, was er in seinem Memorial wegen des Reichstages proponierte, wird ihm erwidert, auch Kf. halte es für besser, wenn der Reichstag unverrichteter Sache sich zerschlüge. Es wird ferner de modo subveniendi principi et reipublicae geredet und ihm vorgestellt, ob es nicht dahin zu bringen sei, dass der Fürst soviel Freunde und Patrioten an sich ziehen könnte, die apud exteros etwas sub nomine et specie reipublicae thun und Hülfe suchen könnten, er erwidert, dies könne und solle geschehen und solle Kf. im Namen der Republik um Hülfe requiriert werden. Sie sind damit sehr zufrieden und eröffnen ihm darauf, dass Kf. bereits seit lange mit Schweden dieser Sache

---

[1]) von Meinders' Hand, welcher zusammen mit dem O. Präsidenten v. Schwerin diese Conferenz mit Pcejazecky gehalten hat.

halber tractieren lasse, und lesen ihm das Schwedische Generalproject[1]) vor, er zeigt sich darüber sehr erfreut, noch mehr über die Mittheilung, dass Kf. auch mit Pfalz-Neuburg wegen der polnischen Sache einen Vergleich gemacht und dass beide darin für einen Mann stehen würden. Er erwähnt darauf, der Kaiser schiene für Pfalz-Neuburg gute Intention zu haben, Fürst Lobkowitz hätte gesagt, er könne sich dessen fest versichern, wofern er es nur selbst an sich nicht ermangeln liesse. Sie sagen darauf, Kf. wolle mit dem ehisten jemand nach Wien schicken, um dieses Werk zu secundieren. Als sie ihm vorstellen, ob es nicht besser wäre, wenn L. in Polen wäre, erklärt er, derselbe wünsche dieses selbst, er habe aber in Polen keine Sicherheit und dürfe sich bei solchen Conjuncturen nicht dorthin wagen.

Wegen der persönlichen Entrevue mit Kf. sagen sie, solche sei Kf. nicht zuwider, wenn man etwa nach geendigtem Reichstage auf den Neumärkischen Grenzen zusammenkommen könnte, welches er mit demüthigem Respect acceptierte. Auf ihre endliche Frage, was die Moscowiter und Tartaren von dieser Sache hielten, meinte er, sie würden beide nicht gerne sehen, dass ein Franzose zur Krone käme[2]).

---

v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 17. December 1666.

[Warnung vor Ausführung der von Schweden gemachten Vorschläge.]

17. Dec. Die von Schweden intendierte[3]) öffentliche Recommendation des Pfalzgrafen zur polnischen Krone würde nicht nur diesem, sondern auch denen, welche ihm patrocinieren, schädlich sein, die guten Patrioten, welche es bisher

[1]) S. oben S. 175.

[2]) Laut einer Quittung Pcejazecky's vom 7. December hat derselbe von Kf. 1000 Ducaten für Lubomirski erhalten. L. sendet dem Kf. (d. Breslau 14. December 1666) den Vertragsentwurf (Articles accordez entre la Ser. Reine de Pologne et de Suede et M. l'evesque de Besiers — d'une part et M. Morstein Referendaire du Royaume et M. Podolosky Gouverneur de Radom, plenipotentiaires de M. George Lubomirski d'autre part, touchant l'élection d'un successeur à la couronne de Pologne d. Varsovie 20. Septembre 1666) und einige Briefe Morsteins im Original zu. Diese Originale sendet Kf. (d. Coloniae 12./[22.] December 1666) wieder an L. zurück, doch sind Abschriften derselben zurückbehalten worden. Kf., der am $\frac{\text{27. November}}{\text{7. December}}$ dem Pfalzgrafen Philipp Wilhelm von den Verhandlungen mit Pcejazecky Nachricht gegeben, schreibt demselben (d. Cöln 12./[22.] December 1666), er werde durch Blaspeil erfahren, was Kf. von Lubomirski wegen der zwischen diesem und den Franzosen inbetreff des Wahlnegotiums vorgegangenen Handlung erfahren, er selbst glaube, dass man nach einer solchen Probe sich L.'s fest zu versichern habe und keine Apparenz sei, dass derselbe sich jemals werde vom Hofe gewinnen lassen.

[3]) S. oben v. Crockows Relationen vom 28. Juli und 7. November und das Rescript des Kf. an denselben vom 8. September 1666 (S. 175 ff., 186).

für unstatthaft erklärt, dass vor erledigtem Thron von einem Successor geredet oder gar gehandelt werde, würden dadurch alieniert. Dass sich Frankreich auf andere Gedanken sollte bringen lassen, hält er, nachdem es so ansehnliche Summen zum Unterhalt der preussischen Besatzungen und zu den zwei letzten Campagnen hergegeben, für sehr unwahrscheinlich, bei diesem Hofe aber würde auch ein Engel vom Himmel in dieser Materie nichts schaffen können. Auf Kf. haben die Stände eine Zeit lang wie auf ihren Schutzherrn gesehen, gerade weil er bei dieser Sache kein besonderes Interesse verfolgt, diesem aber würde viel abgehen, wenn Kf. sich der ausser eines interregni ganz fruchtlosen Recommendation theilhaftig machen wollte.

Es will ihm auch nicht anstehen, dass sich Schweden erst des Subjecti halber mit Kf. verbinden und dann erst durch den Feldmarschall Würtz abhandeln will, was ihr Interesse bei der Sache betrifft, denn, wenn dieser Vergleich nicht nach ihrer vorgefassten Meinung vor sich ginge, könnten sie die ganze Sache übergeben und, nachdem sie des Kf. Intention und modum gerendi kennen gelernt, zu dem Gegentheil, das ihnen wohl das ganze Herzogthum zum Recompens willigen dürfte, übergehen.

Er räth daher, die Sache so lange als möglich zu dissimulieren, inzwischen aber nach Möglichkeit zu unterbauen[1]).

Der Kurfürst an v. Hoverbeck. D. Cöln 24./14. December 1666.

[Dem Könige, der Königin, dem französischen Gesandten u. a. wegen der Wahl eines Nachfolgers zu machende Eröffnungen.]

(Conc. O. v. Schwerin.)

Was uns bei der jüngsten Post aus Schweden[2]) wegen des Pol- 24. Dec.
nischen Werks für Nachricht zukommen, solches thun wir euch hiebei gnädigst communiciren und dabei anbefehlen, weiln dieses Werk nunmehr so weit esclatiret und ruchtbar worden, auch der Orten Gelegenheit zu suchen, mit guter Manier und so weit ihr es sowohl zu Beförderung der Sache als Beibehaltung Glimpfs und Freundschaft werdet diensamb ermessen, ein und anders sowohl dem Könige und der Königinne selbst als auch dem französischen Abgesandten, wie auch andern fürnehmen ministris davon zu offenbaren, damit man uns hiernächst nicht reprochiren möge, als wenn wir hinter dem Könige und der

[1]) Ganz ähnliche Rathschläge ertheilt er in der folgenden Relation vom 20. December auf Grund von Besprechungen mit den Castellanen von Posen und Radom. Vgl. Pufendorf X. § 60 (S. 699).

[2]) S. v. Crockows Relation vom 7./[17.] November 1666 oben S. 186.

Republicq her in dieser Sache etwas gethan und dieselbe ganz fürbeigegangen, wie wir dann auch die von Schweden nacher Frankreich veranlassete Schickung werkstellig zu machen im Werk begriffen, ingleichen auch den Freiherrn von Blumenthal zu solchem Zweck nacher Wien abordnen werden —.

Auf was Weise und wie weit ihr nun von diesem negotio bei ein und anderm etwas entdecken wollet, solches müssen wir auf eure uns bekannte Dexterität ankommen lassen und werdet ihr nach Veranlassung der Conjuncturen und der Zeitläufte selbsten judiciren, wie weit ihr darin zu gehen, hauptsächlich hättet ihr euch gegen den König und die Königin herauszulassen, dass weil alle Welt judicirte, dass die Unruhe in Polen einzig und allein von dem Wahlnegotio und dass man einen frantzösischen Fürsten zur Chron befordern wollte, herrührete — also könnten wir — nicht unterlassen, Ihren Königl. Maytt. offenherzig fürzustellen, dass wir nicht abzusehen vermogten, auf was Weise aus diesem dessein etwas gutes für jemand zu hoffen, zwar hielten wir nicht ungereimbt, sondern vielmehr zu Beruhigung der Republicq und Erhaltung des gemeinen Wohlstandes fürträglich, ja nöthig, dass man von einen und andern subiectis, welche dermaleins Ihrer Königl. M. succediren und der Republicq mit Nutzen fürstehen könnte, bei Zeiten rede, damit es nicht dermaleins zum gefährlichen interregno kommen möge, wir vermeinten aber dabei zum högsten nöthig zu sein, auf ein solches subjectum zu reflectiren, welches beides der Republicq (als deroselben man billig in libera electione nichts fürschreiben könnte) und denen benachbarten Potentaten, insonderheit Ihrer Key. M. und den Schweden anständig wäre. Wir könnten demnach — nicht umbhin, Ihrer Königl. M. treulich und wohlmeinend zu rathen, durch Abandonnirung dieses Desseins der Republicq dermaleins, ja ihnen selbst Ruhe zu schaffen. Es würde zwar hin und wieder spargiret, als sollte man den Allerchristl. König mit in dieses Dessein zu engagiren suchen, ja dass bereits zwischen demselben, der Königinne und H. Lubomirski einige Tractaten desfalls entworfen oder aufgerichtet sein, wir könnten aber solches nicht glauben. — Wenn wir sonsten wissen mögten, wohin Ihrer Königl. M. Sentimenten bei denen candidatis gingen, so wollten wir uns darin ganz nach Möglichkeit ihnen accommodiren. — Bei dem frantzösischen Abgesandten hättet ihr sonderlich dieses fürzustellen, in was für Gefahr und unerschwingliche Kosten sich Ihre K. M. durch dieses Werk stecken würden, wenn sie sich darin einmal engagirten — insonderheit habt ihr

ihm die Gedanken zu benehmen, als wenn wir mit dem Kaiser dieses Werks halber etwas concertiret hätten. —

Was ihr bei ein und andren ministris und Senatoren von dieser Sache anzubringen, solches stellen wir eurem Gutfinden anheimb und werdet ihr solches mit sothaner Dexterität zu thun geflissen sein, damit auf einer Seite die Affection gegen Pfalz-Neuburg wie auch die Aversion gegen einen frantzösischen Prinzen erhalten und vermehret werde, anderntheils auch es nicht das Ansehen gewinnen möge, als wenn wir der Republ. in ihrer freien Wahl fürgreifen oder uns in Dinge, so uns nicht angingen, mischen wollten —[1]).

---

v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 24. December 1666.

[Besprechung mit dem schwedischen Gesandten, dessen Aufträge. Bevorstehende Sprengung des Reichstages.]

Nachdem der Cerimonienstreit mit dem schwedischen Gesandten Liliehoeck 24. Dec.
beigelegt worden, haben sie sich gestern die Visiten abgelegt und sich mehrere Stunden lang unterhalten. Nach seinen Auslassungen scheint dessen Commission dahin zu gehen, die Wankenden zu stärken und den Kaltsinnigen Muth zu machen, damit sie sich nicht zur Unzeit accommodieren, sondern die Unruhe bis zum Interregno oder sede vacante fomentiert werde. Den ihm ertheilten Auftrag, die Wahl Pfalz-Neuburgs öffentlich zu empfehlen, bezieht er nur auf den casum abdicationis. Wegen Evacuierung der Thorn- und Elbingschen Besatzung hat er nicht für rathsam gehalten etwas anzuregen, dem französischen Gesandten hat er, wie er behauptet, vorgestellt, dass es unmöglich sein würde, die Wahl eines französischen subjecti durchzubringen, derselbe hätte berichtet, sie hielten sich der meisten Senatoren, vieler unter der Ritterschaft

[1]) Beiliegend: NB. Dieses ist das Rescript, worauf H. Hoverbeck die Notification gethan.

Not. Dass darin zu drei Malen in sein Gutfinden gesetzet wird, ob und wie weit er einige Notification zu thun, auch wem.

2) Dass ihm befohlen wird, er möchte des Königes und der Königinnen Sentimenten vernehmen, wohin sie wegen der Wahl zieleten, welches S. Chf. D. nach Möglichkeit secundiren wollten.

3) Es würde soviel von der frantzosischen Wahl gesprochen und dass man desfalls Tractaten gemacht, S. Chf. D. hofften nicht, dass solches sich also verhielte, und remonstrirten dabei die incommoda.

4) Des Pfaltzgrafen zu Neuburg wird nicht mit einem Wort darin gedacht (nur einmal in fine in Ziffern) viel weniger darin befohlen, dass man dessen Person recommendiren oder sagen soll, es wären pacta mit ihm gemacht, dass man in casu abdicationis oder sonsten ihm zur Chron verhelfen wolle.

und auch der Armee versichert, er glaube aber nicht, dass die französische Partei so stark sei.

Nicht gefallen hat H., dass Liliehoeck behaupten wollte, der Vorschlag wegen Pfalz-Neuburgs sei zuerst von seiten des Kf. an seinen König gebracht worden[1]) (sie scheinen so die Offens bei Frankreich von sich ab und auf Kf. bringen zu wollen[2])), und dass derselbe nichts davon hören wollte, schon sogleich mit dem kaiserlichen Gesandten zu verhandeln, sondern, wie in dem Project angegeben, erst nach Abschluss der Allianz zwischen Kf. und Schweden demselben sowie dem französischen Gesandten Notification thun will.

Obwohl die Landboten beschlossen haben, auf den cum protestatione abgezogenen H. Lukomski bis auf den letzten Feiertag zu warten, wird doch der Reichstag schon fast von allen für zerschlagen gehalten[3]).

Der Kurfürst an v. Hoverbeck. D. Cöln 17./27. December 1666.

[auf die Relation vom 17. December. Erneuter Befehl, die Wahlsache zu gunsten Pfalz-Neuburgs zur Sprache zu bringen.]

(Conc. O. v. Schwerin.)

27. Dec. H. wird aus dem Rescript vom 14./24.[4]) ersehen haben, dass und wesshalb Kf. dafür hält, das Dessein dürfe weder gegen Frankreich noch gegen Polen länger dissimuliert werden. Ob und wie er dort etwas von der Sache zu entdecken habe, soll er mit dem schwedischen Gesandten überlegen. Wenn er erhebliche Bedenken haben sollte, gegen den König davon zu gedenken, so soll er doch dahin sehen, dass man keine Gelegenheit, den Pfalzgrafen bei den Wohlaffectionierten zu recommendieren, verabsäume. Kf. glaubt, wenn man erfahren werde, dass Pfalz-Neuburg von ihm und Schweden unterstützt werde, dass man sich dann gegen die Wahl des französischen Prinzen desto mehr entgegensetzen und desto grössere Reflexion auf Pfalz-Neuburg nehmen werde. H. meint zwar, es wäre besser, die Sache ganz zu differieren, bis der Thron durch Resignation oder Tod des jetzigen Königs erledigt sei, da aber der König seine Absicht zu resignieren nur, um den Prinzen von Condé oder dessen Sohn zur Krone zu befördern, aufgegeben hat und, da er dabei obstacula gefunden, mit der Resignation gewiss einhalten wird, die Königin auch nicht ruhen wird, ihr Dessein zum Effect zu bringen, und es schon dahin gebracht hat, dass die vornehmsten Stände, namentlich die Geistlichkeit, auf ihre Seite getreten und auch der Adel schon ermüdet ist und lieber den Hof nach seinem Willen mit der Wahl handeln lassen als sich wieder in die früheren Ungelegen-

[1]) Vgl Mém. de Pomponne II. S. 295f.

[2]) Vgl. oben S. 305.

[3]) H. meldet am 27. December, dass der Reichstag sich wirklich zerschlagen habe, vgl. Kochowski III. S. 253.

[4]) oben S. 311.

heiten setzen lassen will, so hält Kf. nicht für gerathen, jetzt still zu sitzen und zu dissimulieren und den anderen Theil allen Vortheil wegnehmen zu lassen, vielmehr hält er es für nöthig, dem Adel und anderen die Meinung zu benehmen, als wenn nach erfolgter Wahl eines französischen Prinzen alles in der Republik zur Ruhe kommen werde, ihnen vielmehr vorzustellen, dass dadurch das Uebel nur ärger werden, die Bedrückung des Adels und der gemeinen Freiheit erst recht angehen und das ganze Reich dadurch in endliche Desolation und Ruin gestürzt werden dürfte, und zugleich die Auswärtigen sich um so eifriger der Sache annehmen, eine ihnen so widerwärtige Wahl quovis modo zu hintertreiben suchen und dass daraus endlich Kriege und Extremitäten entstehen würden.

Gegen Schweden Misstrauen zu hegen, hat Kf. bisher keinen Grund, er wünscht daher, dass H. mit Zurücksetzung aller überflüssigen Hinderungen mit dem schwedischen Gesandten zusammenkomme und vertraulich communiciere.

Seine eigenen Prätentionen wünscht Kf. jetzt nicht mit besonderem Eifer betreiben zu lassen, wenn nur das Fundament derselben fest bleibt, da er die Republik jetzt in solchen Beschwerden stecken sieht, dass er lieber ihre Affection beibehalten als derselben mit allzu rigoureuser Anmahnung beschwerlich fallen will.

---

v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 6. Januar 1667.

[Pölnisches Hülfsgesuch gegen die Tataren und Türken.]

Der König hat heute zu ihm zwei Senatoren, den Woiwoden von Pom- 6. Jan.
merellen, Bakowski, und den Castellan von Oschwietzin, Stokowski, geschickt, um bei der von den Tataren und auch von den Türken drohenden Gefahr[1]) des Kf. Hülfe zu erbitten. Er hat geantwortet, er zweifelte nicht, dass Kf. dazu geneigt sein würde, obwohl ihm gegenüber die Brombergischen Pacta noch nicht erfüllt seien, zunächst aber müsste demselben durch Tradition Elbings Satisfaction geleistet, ferner ihm Mittel zur Verpflegung seiner Truppen gezeigt werden, er hat es dann aber übernommen, dieses Hülfegesuch dem Kf. zu hinterbringen. Zugleich ist ihm auch ein denselben Gegenstand betreffendes Schreiben des Königs[2]) an den Kf. eingehändigt worden[3]).

---

[1]) Nachdem die Tataren Ende 1666 in Podolien eingefallen waren und dann vereint mit den Kosacken das in der Ukraine stehende polnische Heer unter Machowski vernichtet hatten, wurde für das nächste Jahr ein neuer Einfall derselben und zugleich auch bei den bedrohlichen Rüstungen in der Türkei ein Türkenkrieg gefürchtet, s. Kochowski III. S. 253ff.

[2]) D. Varsoviae 7. Januar 1667, darin wird Kf. gebeten, selbst Hülfe zu leisten und auch die Kreise und Fürsten des Reiches zur Hülfeleistung zu bewegen.

[3]) Kf. weist darauf H. an (d. Cöln 7./17. Januar 1667), gegenüber der Forderung des subsidii weiter auf jenen beiden Bedingungen zu bestehen.

v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 7. Januar 1667.

[Audienz bei der Königin. Entrüstung derselben über die ihr gemachten Eröffnungen, ihr Gespräch mit dem G. Kanzler.]

7. Jan. Auf Grund des Rescripts vom 14./24. December[1]) und auf den Rath des schwedischen Gesandten hat er[2]) zunächst in einer Audienz der Königin mitgetheilt, dass Schweden und Kf. den Pfalzgrafen von Neuburg zur polnischen Krone gerne erhoben sehen möchten und dass desshalb eine besondere Schickung an den König von Frankreich geschehen würde.

Ihre M. die Königin hörten solches alles dergestalt an, dass sie sich zwungen, kein Zeichen einigen Widerwillens an Gebehrden zu geben, aus den Reden aber werden E. Ch. D. genugsam abzunehmen haben, wie sie dadurch afficirt worden. Zuforderst bedankten sie sich, dass es E. Ch. D. zu wissen machen wollen, wunderten sich aber darüber, dass fremde Potentaten, als Schweden, Brandenburg und Frankreich, solche Ding unternehmen und mit einander zu überlegen sich anmassten, so den polnischen Ständen allein zukämen. Dann was hätte wohl Frankreich, das so weit entlegen, mit der Sach zu thun? Sie hätte sich alleweg gehütet, dergleichen an Fremde kommen zu lassen. Dass E. Ch. D. und Schweden der Sachen einig wären, dasselb wär sehr gut, man hätte es aber auch dem Röm. Keyser (wie ich berichtete) nicht vorenthalten sollen, dann, wann alle drei benachbarten Potentaten dieser Wahl halber einig wären, würde solches umb so viel grösseren Nachdruck haben.

Als ich darauf zu erkennen gab, dass es durchaus die Meinung nicht hätte, die Stände in ihrer freien Wahl zu beeinträchtigen, sondern nur allein officia zu leisten, nach welchen denselben zu thun und zu lassen, wie sies gut finden, heimb gestellt sein würde. Ich konnt aber nicht wohl dazu kommen, dass ich die sowohl vor Ihre M.t selbst als vor die Republique führende gute Intention recht vorgestellt hätte, weil sie zu unterschiedenen Malen wiederholte, dass sies gut finde und ihr ganz indifferent sei, wer zu der Crohn gelangen möchte, ihres Theils gedächte sie auf die Wahl nicht mehr, der König hätt es auch verschworen und würde gewiss deswegen nichts auf die Bahn bringen, es wäre denn Sach, dass es die Stände aus eigner Bewegnuss movirten. Der König sollte

[1]) S. oben S. 311 ff.

[2]) Vgl. Pufendorf X. § 62 (S. 700), Mém. de Pomponne II. S. 361, Hirsch, Zur Gesch. der polnischen Königswahl von 1669 S. 10f.

wohl wünschen jemand zu finden, der ihm die Regierungslast in etwas enthiebe, ihr sollt auch wohl nichts lieber sein, dann dass sich ein solcher finde, der vor den König zu Felde ziehen und der Republique bei vorstehender Noth und Gefahr kegen des Türken überaus grosse Macht mit Volk und Gelde helfen könnte, dasselb würde sich alles bei dem Herzoge zu Neuburgk wohl finden, dann Schweden und E. Chf. D. würden ihm mit allem aushelfen, besser aber könnt alles von statten gehen, wenn auch der Röm. Keyser mit dazu gezogen würde. Sobald sie gehört, dass E. Ch. D. mit Pfalz-Neuburgk einen Erbvergleich gemacht, hab sie ihr wohl einbilden können, dass secret Artikel der polnischen Wahl halber dabei sein müssten. Wiewohl ich sie versicherte, dass dergleichen nicht vorgangen, sondern seit der Zeit erst E. Chf. D. umb dero officia, da es dermal einst dazu kommen sollte, ersucht worden, war ihr doch solches nicht aus dem Sinn zu bringen, und gab sie vor, blieb auch beständig drauf, sie wüsste gar wohl, dass der Vorschlag mit des H. Pfalzgrafen Person nicht von Schweden kommen, sondern von E. Ch. D. an Schweden gebracht worden, und dass nicht Schweden, sondern E. Chf. D. an Frankreich deswegen schicken wollte. — Zuletzt bestand sie fest darauf, es stecke gewiss der Herr Lubomirsky in diesem Werke mit, so ich doch auch nicht zustehen konnt, sie wünschten aber, dass er dem Herzog zu Neuburgk besser Wort halte, als er wohl ihr gethan. —

Auf etliche mal wiederholte Frag, was E. Chf. D. ich zu hinterbringen hätt, erhielt ich nichts anders, als dass sie sich der Nachricht halber bedankte, brachte darauf unterschiedene Discurse sowohl von Reichs- als auswärtigen Sachen auf die Bahn. —

Wie schwer Ihrer M.t, wie wohl sies so hoch dissimulirt, diese Notification auf dem Herzen gelegen, ist auch nach der Zeit darob abzunehmen gewesen, dass sie also gleich, wie ich aus dem Cabinet gangen, den Crohn Grosscantzler[1]) zu sich erfordert und von demselben zu wissen begehrt, ob in dem Wahlnegotio zwischen E. Chf. D. und ihm was vorgangen wär, als er solches nicht anders zugestanden, dann dass er nur der Zeit mit E. Chf. D. von derselben geredt, wie sie ihm eine Instruction unter der Hand gegeben, dass er wegen des Churprinzen Dchl. mit derselben handeln sollt. Von dem Erbvergleich mit Pfalz-Neuburgk hätt E. Chf. D., nachdem sie den Frieden zwischen den Niederlanden und Bischofe von Münster gestiftet gehabt, ihm Nach-

[1]) Der bisherige K.U.Kanzler Johann Lesczynski, der inzwischen die Würde des G.Kanzlers erhalten hatte.

richt gegeben, aber keiner Wahldesseine dabei gedacht. Hie fiel sie ihm ins Wort und sagte, nicht E. Chf. D. sondern der König in Frankreich hätt denselben Frieden gestiftet, diesem nach berichtete sie, was ich ausgebracht, und verwundert sich darüber, dass Schweden und E. Chf. D. ihnen vorgenommen, den König in Frankreich auf Neuburgks Seite zu bringen, es würden auch wohl der Reipublicae Stände begreifen können, dass dieser Herr in der Noth, darinnen sie sich befinden, ihnen wenig oder nichts helfen könnte. —

v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 10. Januar 1667.

[Klagen der Königin. Audienz beim Könige. Die Türkenhülfe. Sendung Morsteins zu Lubomirski und nach Frankreich.]

10. Jan. So sehr auch die Königin sich bei der ihm ertheilten Audienz gezwungen hat, kein Zeichen ihres Widerwillens über die ihr gemachte Notification zu geben, so ist sie doch hernach um so heftiger, sogar mit Thränen losgebrochen. Sie und die Beförderer der französischen Wahl suchen sich dadurch zu rächen, dass sie das zwischen Kf. und Schweden Vorgegangene auf das ärgste zu missdeuten suchen.

Bei dem Könige[1]) hat er gestern Audienz gehabt und demselben auf das glimpflichste die Notification in der Form gemacht, dass er angab, auf die Kunde von der Absicht des Königs, der Krone zu entsagen, habe der Pfalzgraf sich bei Schweden und dem Kf. beworben, dass seine Person besonders der Republik bei der Wahl recommendiert werde, und Kf. hätte sich darauf mit Schweden dahin geeinigt, dass zunächst die Sache mit dem Könige von Frankreich in gutem Vertrauen überlegt, vor allem aber dem Könige und der Königin mitgetheilt und deren Sentiment darüber vernommen werden solle. Der König erwiderte, er kenne den Pfalzgrafen, seinen Schwager, sehr wohl, er könne aber wegen des Versprechens, das er den Ständen der Wahl wegen gegeben, die Sache nicht treiben, es könnte auch dahin gedeutet werden, als wenn man diesen nur darum proponierte, damit es mit dem anderen durchgetrieben werde, die Sache bedürfe weiteren Nachdenkens, es wäre daher nöthig, dass der Vortrag schriftlich übergeben würde. Doch hat H. dieses abgelehnt.

Der König sprach dann mit ihm wegen der Türkenhülfe und äusserte, er habe sich wohl gedacht, dass H. mit der Forderung wegen Elbing kommen würde, er könnte darin ohne Consens der Stände nichts thun, wollte aber bei dem bevorstehenden Reichstage des Kf. Interessen nach Kräften befördern.

Der Hof und dessen Vertraute glauben, dass die jetzige Conjunctur, wo die Stände in ihrer Noth fremde Hülfe suchen müssten, sehr günstig sei, um

[1]) Vgl. Pufendorf X. § 62 (S. 700f.).

die französische Wahl durchzutreiben, solche Hülfe sei von niemand ansehnlicher und auf generösere Manier zu erwarten als von Frankreich, das zwölf- oder fünfzehntausend Mann unter dem Prinzen von Condé schicken und auch wohl mit Geld aushelfen werde, während von dem Kaiser, Schweden und Kf. keine Hülfe zu erwarten sei. Die dem Kf. wohlaffectionierten Patrioten wünschen und rathen daher, dass Kf. und die anderen Nachbaren, wenn Frankreich Truppen schickte, ebenfalls solche möglichst stark sendeten, damit man den Franzosen die Wage halten könne. Man hofft auch noch im Gegensatz zu dem Hofe, dass der türkische Krieg werde vermieden werden können. An Pfalz-Neuburg soll wie an die weltlichen Kurfürsten der Vetter des Bischofs von Cracau geschickt werden, und wäre dem Pfalzgrafen zu rathen, dass auch er Hülfe leistete.

Zu der Gesandtschaft nach Frankreich, welche Fürst Radziwill abgelehnt, ist der Kronreferendar Morstein ausersehen, derselbe nimmt seinen Weg über Breslau, jedenfalls um einen letzten Versuch zu machen, Lubomirski zu gewinnen. Wenn dieses nicht gelingen sollte, sagt der französische Gesandte, würde man ihn zu achten haben, als wenn er nicht mehr unter den Lebenden wäre, welche Worte von etlichen gar seltsam wollen gedeutet werden.

Der Kurfürst an v. Hoverbeck. D. Cöln 7./[17.] Januar 1667.

[auf die Relation vom 7. Januar. Mahnung zu vorsichtigem Verhalten.]

— Dass[1]) Ihr nun so weit gangen und der Königinnen ganz ro- 17. Jan.
tunde zu erkennen gegeben, wir wollten Pfaltz-Neuburg gern zur Chron befordert sehen, hätten uns desswegen mit der Chron Schweden bereits verglichen und wollten eo nomine eine Schickung in Frankreich thun, — solches müssen wir zwar dahin gestellet sein lassen und dafür halten, dass Ihr hierunter nichts gethan, als was zu Beforderung der Sache und unserer Euch bekannten Intention erspriesslich und diensamb gewesen, wiewohl Euch sonsten bekannt, dass solche von Euch furgegebene Dinge theils noch zu keiner völligen Richtigkeit gebracht, theils auch auf gewisse conditiones und gradus gerichtet sein und wir in Frankreich und zu Wien selbst nicht eins sagen werden, dass wir uns mit Schweden dergestalt verglichen haben sollten, sondern unsere Intention nur dahin gehet, ümb zu sondiren, ob sie nicht selbsten auf des H. Pfaltzgrafen Person kommen würden, auch endlich pro extremo dieses fürzustellen, dass uns von beiden Orten Ihre Ld. selbst für diesem furgeschlagen worden, Ihr werdet Euch aber hiebei wohl in Acht zu nehmen wissen, dass Ihr nicht Anlass geben möget, dass man

[1]) S. oben S. 313 Anm. 1. Pufendorf X. § 60 (S. 701).

uns mit Fug dasjenige reprochire, was wir und andere fur diesem am Hofe getadelt, und dass man bei der Republiq unsere bishero conservirte gute — Reputation nicht schwäche. — Es befrembdet uns auch, dass der Schwedische Abgeordnete sich so gar still bei dem Werk bezeige, da Ihr bereits so weit gangen, und können nicht ermessen, aus was Ursachen er so sehr an sich halte, ob etwan einige Veränderung in Schweden in den consiliis furgangen — oder ob man uns alle Missgunst und böse Nachrede allein auf den Hals zu reden suche? Zum weinigsten werdet Ihr beflissen sein, hierin rechten und beständigen Grund zu erlangen. —

Der Kurfürst an v. Hoverbeck. D. Cöln 14./24. Januar 1667.

[Nachrichten aus Schweden. Zu machende begütigende Erklärung.]

24. Jan. Mittheilung der Nachrichten v. Crockows[1]) über die in Schweden eingetretene Sinnesänderung.

Aus diesem allen sehet Ihr nun, dass es besser gewesen, wenn Ihr mit der an den König und Königin gethanen Proposition noch etwas an Euch gehalten und so weite Ouverture von dem Werk und insonderheit von dem Vergleich zwischen uns und Schweden, als welcher, wie Euch wohl bewusst, noch nimmer zu einiger Perfection gekommen, — nicht gethan hättet, nunmehr aber und nachdem solches geschehen, befehlen wir Euch gnädigst an, ein und andern Orten mit guter Manier und behoriger Dexterität zu verstehen zu geben, wir wären wegen des Herzogs von Neuburg weder mit Schweden noch sonst jemand engagiret, alles was wir gethan ginge nur dahin, dass wir nebst Schweden dem Könige von Frankreich und dem polnischen Hofe widerrathen wollten, auf die Wahl, wie bisher geschehen, nicht zu dringen und dadurch die Stände zur Desperation zu bringen, wir hätten sonsten freie Hände, diejenige consilia zu befördern, so zu des Königes und der Republik Besten geführt würden, damit durch dergleichen — Discursen die Gemüther einigermassen praepariret werden mögen, dass, wofern wir ja wegen der Schweden Aenderung auch unsere consilia ändern müssten, solches mit guter façon geschehen — möge, dann Euch selbsten bekannt, dass, wofern Schweden sich mit Frankreich in diesem negotium zu nach-

[1]) S. v. Crockows Relation vom 2. Januar 1667 oben S. 189 ff.

drücklicher Ausführung dieses Werkes einigen möchte, wir auch nicht umhin können, auf andere mesures und consilia bedacht zu sein. —

---

v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 4. Februar 1665.

[Audienz bei der Königin, deren Aeusserungen über die Empfehlung Pfalz-Neuburgs und über die Türkenhülfe.]

Infolge des ihm in dem Rescript vom 14./24. Januar ertheilten Auftrages 4. Febr.
hat er heute von der Königin eine neue Audienz erbeten und derselben zunächst mitgetheilt, Kf. hoffe zwar, dass der Türkenkrieg noch werde abgewandt werden können, sei aber im Nothfall zur Hülfeleistung geneigt, dann aber ihr vorgestellt, wie unrecht dem Kf. geschehe, wenn ihm vorgeworfen werde, er wünsche mehr der Republik Zergliederung als ihr Aufnehmen, und er hätte, nachdem wegen Pfalz-Neuburgs mit Schweden schon völlig geschlossen gewesen, durch H. als von einer Sache, die erst auf die Bahn gebracht worden wäre, Notification machen lassen, er könne versichern, dass noch bis jetzt Kf. sich weder mit Schweden noch mit sonst jemand in dieser Sache engagiert hätte. Die Königin erwiderte, dass Kf. mit Schweden nicht engagiert sei, wolle sie wohl glauben, da dieses dasselbe versichere, aber sie hätte Nachricht, dass Kf. mit dem Kaiser darin einig sei, es würde aber dabei gemeldet, der gute Herzog wüsste selbst nicht, wie ihm geschehe, denn man gebrauche sich zwar seines Namens und Person, um ein französisch Subjectum zu excludieren, es sei aber auf einen anderen als auf ihn gemeint. — Sie behauptete, nachdem Pfalz-Neuburg von H. recommendiert worden, hätten sich alle, mit denen sie davon gesprochen, so gezeigt, dass sie daraus hätte abnehmen können, sie wären demselben zuwider.

Die Königin kam dann auf die Türkenhülfe zu sprechen und erklärte auf H.'s Aeusserung, er zweifle nicht, dass Kf. eine ansehnliche Hülfe schicken würde, wenn nur zureichende Mittel des Unterhalts halber angeschafft würden, Unterhalt fordern sei so viel als die Hülfe gänzlich abschlagen, das Land sei ganz erschöpft, wenn sich nicht ein so mitleidiger christlicher Potentat finden würde, der seine zu Hülfe geschickten Völker selbst mit Munition und Proviant bis zum neuen Jahre versehe, so würde es in diesem Jahre mit der Republik ganz aus sein. Der Hofschatzmeister[1]) wird bei Kf. um 3000 Mann zu Fuss und, dass Kf. dieselben auf drei Monate selbst verpflegen und mit Munition versehen möchte, anhalten.

---

[1]) Johann Gninski.

Der Kurfürst an v. Hoverbeck. D. Cöln 28. Januar/7. Februar 1667.

[Missbilligung des Verfahrens v. Hoverbecks, Widerlegung der gegen Kf. ausgestreuten Verdächtigungen. Der geheime Vertrag mit Lubomirski.]

7. Febr. H. wird selbst einsehen, dass es besser gewesen wäre, des von Kf. vorgeschlagenen subjecti halber auf andere Weise als vermittelst einer solchen solennellen Notification zu gedenken, namentlich dass er von pactis zwischen Kf. und Schweden oder Pfalz-Neuburg gesprochen, ist ganz gegen des Kf. Willen und hat nur bewirkt, dass des Kf. Intention ganz zur Unzeit und zu höchstem Nachtheil der Sache selbst ausgebrochen und der anderen Partei desto mehr Ursache und Praetext gegeben worden ist, ihre consilia ins Werk zu setzen und ihn zu verdächtigen. H. soll sich bemühen, diese Verdächtigungen zu diluieren, daher an allen dienlichen Orten erklären, Kf. wünsche, dass der König noch lange regieren möge, und sei bereit, wenn es einmal zu einer Thronveränderung kommen sollte, die Republik bei ihrer freien Wahl, ihren Rechten und Privilegien conservieren zu helfen. Er soll sich dazu auch des beifolgenden mit Lubomirski abgeschlossenen Traktats[1]) und des Schreibens Morsteins, welches diesen Traktat und die dabei führende Intention ausführlich vorstellt, bedienen. Die Originale beider Stücke sind dem Kf. von Lubomirski selbst mitgetheilt worden, Kf. hat zwar demselben damals versprochen, sie nicht zu divulgieren, jetzt aber nach dessen Tode[2]) ist er dieser Zusage entschlagen, doch soll H. diese Sache nicht gemein machen, sondern daraus einzelnes zur Rettung der Unschuld des Kf. und klaren Demonstration der Absichten der anderen Partei den Wohlintentionierten vorstellen und dem Littauischen Kanzler und dessen Genossen vorhalten, wie unrecht es sei, dem Kf. Schuld zu geben, als wenn er dem Könige zur Abdication gerathen, und ihnen zu erklären. Kf. beabsichtige zwar nicht, diese Dinge zu divulgieren, wenn man ihn aber auch ferner noch mit allerhand unerfindlichen Auflagen gravieren werde, so müsse er alles thun, damit seine gute Intention und Conduite der ganzen Welt kund werde.

[1]) S. oben S. 310.

[2]) Lubomirski war am 31. Januar 1667 zu Breslau in Folge eines Schlaganfalls gestorben, s. Kochowski III. S. 262. Stephan Niemirycz (s. oben S. 248) meldet dem Kf. (d. Breslau 1. Februar 1667), L. sei gestern gestorben, er habe demselben die Augen zugedrückt, nachher mit dem kurz vorher angekommenen Castellan von Posen Grzymultowski conferiert und diesen entschlossen gefunden, für die Erhaltung des Vaterlandes zu denken und zu handeln, er selbst werde bald mit Aufträgen desselben zu Kf. kommen.

V. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 7. Februar 1667.

[Lubomirski's Tod. Gespräch mit dem französischen Gesandten. Gefährliche Lage.]

Nachdem gestern die gewisse Nachricht von Lubomirski's Tode ange- 7. Febr.
kommen, hat[1]) der Hof seine Freude darüber offen kundgegeben, die Königin hat sogleich den französischen Gesandten zu sich rufen lassen. Nachmittag gab derselbe ihm (H.) die Revisite, zeigte ihm an, dass seinem Könige eine Prinzessin geboren sei, sprach dann von Lubomirski's Tode, welcher die Republik wieder in Ruhe setzen könnte, und von der beabsichtigten Sendung des jungen Freiherrn von Schwerin nach Paris[2]), er meinte, Schweden und Kf. schienen nicht sowohl eine unversöhnliche Aversion gegen das französische Dessein zu hegen, sondern nur zu glauben, dass die Ausführung desselben unmöglich sei, und er fragte, wenn Schweden und Kf. sich dem Hof und seinem Könige fügten, ob dann nicht auch der Kaiser würde nachgeben müssen. H., um ihn zu veranlassen, sich desto mehr herauszulassen, erwiderte, er traute diesen drei Mächten viel zu, da sie aber doch sicherlich nicht mit Waffengewalt einen Successor aufzudringen beabsichtigten, so wäre es auch nöthig zu wissen, was sie für Subsidia hätten und worauf sie sich vornehmlich verliessen. Darauf rühmte jener sich, sie hätten die Geistlichen, den ganzen weltlichen Senat (ausgenommen etwa vier), alle Feldherren und die Vornehmsten der Armee für sich, er könnte das mit deren eigener Unterschrift beweisen. H. erwiderte, darauf könnte man sich hier in Polen, wo ein einziger einen ganzen Schluss über den Haufen zu werfen imstande sei, nicht verlassen, es geschehe oft, dass solche, welche selbst unterschrieben hätten, einen Widersprecher anstifteten, und wies darauf hin, dass der gemeine Adel bisher grosse Aversion bei der Sache bezeigt habe. Jener meinte, das wäre nicht aus Misstrauen gegen die Nation, sondern nur aus Misstrauen gegen die Königin geschehen, und das würde, wenn es nur zum actu electionis käme, sich ändern. Könnte Kf. sich mit seinem Könige einigen, so müsste bedacht werden, wie alles zu des Kf. Ehre, Sicherheit und Satisfaction eingerichtet würde. H. möchte dem Kf. dieses und in welchem Stande sich jetzt die Sache befinde recht vorstellen.

H. ist in grosser Besorgnis. So lange als möglich, glaubt er, erfordern des Kf. Interessen, sich der Wahl eines französischen Subjecti zu opponieren, sollte aber Schweden sich Frankreich fügen, so sieht er grosse Gefahr. Der Castellan von Posen schreibt zwar an den G. Kanzler, er habe nicht de republica zu desperieren, doch fehlen noch nähere Nachrichten.

Um das Concept des Hofes, Kf. bei den Ständen zu decreditieren, zu vereiteln, räth H., Kf. möchte statt der begehrten 3000 Mann 6000 oder noch mehr anbieten, aber unter einem so hohen Capite, dem es nicht anständig

[1]) Vgl. Pufendorf X. § 63 (S. 701).
[2]) S. unten Abschn. VI.

wäre, unter polnischen Feldherren zu stehen, und unter dem Vorwande, dass sich grosse corpora besser conservieren als kleine.

---

v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 18. Februar 1667.

[Dank des Königs für die angebotene Hülfeleistung. Geschenk für Podlodowski. Anerbietungen der Kosacken.]

18. Febr. Der König, dem er das Antwortschreiben des Kf.[1]) übergeben und dessen Bereitwilligkeit zur Hülfeleistung angezeigt, bedankte sich sehr und erklärte, sein Wunsch ginge nur dahin, dass Kf. seine Truppen bereit hielte, dieselben würden nicht vor dem Juli einzumarschieren brauchen. Anstatt des schwer mitzuführenden Proviants bat er, dass Kf. Munition und ausser den 3000 Mann zu Fuss noch 1000 Reiter sende.

PS. 1. Der Starost von Radom Podlodowski[2]) hat ihn wegen der ihm versprochenen 200 Ducaten erinnert, wenn derselbe soll beibehalten werden, so muss das Geld ihm während des Reichstages geschickt werden, doch bittet er, dass es im geheimen geschehe und namentlich Niemieritz nichts davon erfahre.

PS. 2. Die Kosacken[3]) haben sich zu verschiedenen Malen durch ihre Geistlichen bei ihm angegeben und gebeten, Kf. möchte sie in seinen Schutz nehmen, es solle ihnen nichts lieber sein, als unter einem evangelischen Herren zu sein, da sie den Päpstischen durchaus nicht trauten. H. hat mit Fleiss alle Gelegenheit, sie zu sprechen, verhütet, zumal er gemerkt, dass sie noch bei Lebzeiten des Königs ihr Vornehmen ins Werk zu richten beabsichtigen, wenn er sie nur des Kf. Protection auf den Fall versichern könnte, wenn sie alles bis nach Thorn überwältigt hätten[4]).

---

[1]) d. Coloniae ad Spream 14./24. Januar 1667 (gedruckt bei Zaluski, Epistolae historico-familiares I. S. 99f.), darin erklärt Kf., er glaube allerdings nicht, dass die Gefahr für Polen so gross sei, doch sei er im Nothfall zur Hülfeleistung bereit, in der Hoffnung, der König werde um so mehr dafür sorgen, dass die zwischen ihnen abgeschlossenen Verträge gehalten und ausgeführt würden, und zugleich in dem Vertrauen, dass die nöthigen Lebensmittel für die Hülfstruppen würden geliefert werden. Betreffend die Hülfe der Reichsstände möchte der König sich zunächst an den Kaiser wenden.

[2]) H. hatte schon am 10. December 1666 gerathen, denselben, der auch vom Kaiser eine jährliche Pension von 2000 Rthlr. beziehe, durch ein Gratial von 100 oder 200 Ducaten vorläufig an der Hand zu halten.

[3]) Vgl. Pufendorf X. § 63 (S. 702).

[4]) Kf. erwidert darauf (d. Cöln 15./25. Februar 1667), er wünsche nähere Nachricht, von wem und auf wessen Befehl und Vollmacht diese Anträge erfolgt seien,

Andreas Olszowski[1]), K.U.Kanzler an den Hofschatzmeister Gninski. D. Warschau 28. Februar 1667[2]).

[Die von Kf. angebotene Hülfe. Forderung des Verzichtes auf die Elbinger Pfandsumme.]

Sobald der König von Krakau zurückgekommen, hat ihm H. v. Hoverbeck einen Brief des Kf.[3]) überreicht, dessen Copie beiliegt. Der König kann nicht anders als diese Offerte mit Dank annehmen, zumal dieselbe schon durch ganz Polen praeconice ausgerufen ist und H. hier bei Hof von dieser Faveur des Kf. viel Rühmens macht. Der König befiehlt daher Gn. ex Senatusconsulto, dem Kf. für seine gute Affection zu danken und ihn zu bitten, dass diese Verheissung möge werkstellig gemacht werden, jedoch ohne Entgeltung und unter den in Gn.'s suppletoria instructione enthaltenen Bedingungen. Es wird wohl ein grosses sein, wenn ihnen Kf. ex gratuita liberalitate subsidia charitativa giebt, daran er sehr zweifelt und es nicht eher glauben wird, bis es geschieht. 28. Febr.

Es würde dienlich sein, wenn Kf. diese Auxiliarvölker aus dem Herzogthum Preussen schickte, doch bittet er, dass dieser Marsch nicht auf Löbau[4]) gerichtet werde. Bis nach Kaminiec hin sollen die Truppen aus den unterwegs befindlichen Magazinen verpflegt werden, von da an aber werden sie von ihren eigenen Mitteln, dem ihnen aus der kurfürstl. Kammer auf 6 Monate zu zahlenden Solde, zehren müssen und haben sie sich auf weiter nichts zu verlassen. Ob Gn. mit solcher Proposition selbigem Hofe angenehm sein wird, kann er nicht wissen. Es folgt aber noch eine andere, welche wohl noch mehr zuwider sein dürfte. Gn. soll nach erhaltener Declaration auf das Ansuchen einer freigebigen Hülfe noch eine andere Function, und zwar cum titulo legati auf sich nehmen und Kf. ersuchen, dass er seine Praetention auf Elbing oder vielmehr auf die Summe der 400,000 Rthlr. abstehen wolle, denn von Elbing muss nicht einmal gedacht werden. Gn. soll in seinem Discurs (aber nicht schriftlich) als raison anführen, wenn Elbing in des Kf. Hände käme, so müsste die Republik beständig Besatzungen in Marienburg, Stuhm, Dirschau und Mewe halten, zudem würde das argwöhnische Danzig in stetem Alarm stehen und grosse Spesen desshalb thun müssen. Hoverbeck hat ihm zwar, als er in discursu dieses vorgebracht, erwidert, Kf. wäre ein guter Nachbar und Freund

---

H. solle die Kosacken nur im allgemeinen seines guten Willens versichern, am liebsten würde ihm sein, wenn dieselben sich mit der Krone verglichen und ihn zum Garanten des Vergleiches begehrten.

[1]) Andreas Olszowski, Bischof von Culm, welcher soeben an Stelle des zum G.Kanzler erhobenen Joh. Lesczynski zum K.U.Kanzler ernannt worden war, s. Kochowski III. S. 266.

[2]) Dazu die Kanzleinotiz: „Diese Abschrift ist von H. Wichert [dem damaligen Residenten des Kf. in Warschau] von Warschau anhero im Januar 1672 übersandt, so wohl aufzuheben." Die Instruktion für Gninski s. Zaluski, Epistolae historico-familiares I. S. 111f.

[3]) S. S. 324 Anm. 1.

[4]) Löbau in Westpreussen, die Residenz des Culmischen Bischofs.

der Republik, von dem keine Gefahr zu befürchten wäre, er hat aber geantwortet, nach der Mode der jetzigen Zeit müsste ein jeder Potentat seine eigene Securität beobachten, Kf. machte es Schweden und dem Kaiser gegenüber ebenso. Der modus tractandi wird darin bestehen, dass Gn. zunächst gratuitam et totalem condonationem summae praetensae verlange und dabei die erwiesenen officia anführe, namentlich, mit welcher Candeur und Aufrichtigkeit der König ohne Tergiversation dem Kf. die Souveränität in Preussen per solennem commissionem überlassen habe, nicht allein ex obligatione pactorum sondern vielmehr ex affectu et studio fraterno gegen Kf., obwohl er sowohl wegen Braunsbergs als auch wegen der ausgebliebenen Hülfe zu prätendieren gehabt hätte.

Der zweite gradus tractandi besteht darin, dass Gn. für diese Summe die Hälfte der Subsidien[1]) in perpetuum abstehen soll, worüber er eine Vollmacht von dem Könige und dem gegenwärtigen Senat erhält. Er wird dieser Negotiation halber eine Zeit lang am kurfürstl. Hofe residieren müssen und schadet es nichts, wenn er deshalb etwas später nach Schweden kommen sollte, denn hierdurch würde der Republik ein grosser Dienst geschehen. Man wird freilich wohl dieses negotium zu vollenden Hoverbeck anbefehlen, doch weiss dieser bisher davon nichts, sie sehen auch, dass derselbe nicht candide geht und nur sein datum darauf gesetzet hat, ihnen nach seiner Art und Gewohnheit Elbing aus den Händen zu spielen, woraus aber unter seiner Amtsführung nichts werden soll.

Dafern nun der Churfürst weder ohne Entgelt noch für die Hälfte der Auxiliarvölker die Prätention auf Elbing oder die obbemelte Geldsumme nicht nachlässt, so wird die Republik alsdann die Augen aufthun und die Affection in den Gemüthern erkalten, auch werden seine Partisanen den Credit verlieren, endlich so wird auch die Republik auf dem Reichstage ihr selbst diesfalls Rath schaffen müssen, et sic ars deludetur arte. Auch wird von nöthen sein, dass M. H. demselben Hofe zu verstehen gebe, dass wir auch arcaniora penetriren und gar wohl wissen, wie dass der Churfürst durch seinen Ministrum Mons. Krakau mit dem Könige in Schweden wegen der Garantie in Preussen einen Tractat aufgerichtet und dergleichen auch mit Dennemark, Holland und dem Lüneburgischen Hause negotiiren lasse.

Die Plenipotenz vom Könige und den Senatoren soll Gn. erst, wenn er bei der anderen Conferenz ad secundum gradum instructionis gekommen, producieren und sich dann herauslassen, dass er in commissis habe, tausend Mann gegen die Elbingische Summe abzustehen. Gn. soll von dort nicht abreisen, bis er die letzte Proposition gethan hat, obgleich leicht zu ermessen, dass man darauf keine decisive Antwort ohne Zuziehung Hoverbecks ertheilen und diesen beauftragen wird, darüber ultimario mit ihnen in Warschau zu verhandeln. Es kann auch nicht schaden, dass dem Kf. anzuhören gegeben werde, dass er,

[1]) S. oben S. 240.

als er per pacta Regiomontana 1656[1]) vom Schwedischen Könige die Souveränität in Preussen erhalten, der Krone Schweden 1500 Mann z. F. und 500 z. R. versprochen, die er selbst unterhalten sollte.

PS. Gn. erhält ein zweifaches Creditiv, das eine mit dem Titel von Lauenburg und Bütau, das andere ohne denselben; falls das letztere angenommen wird, kann er mit dem ersteren zurückhalten, wo nicht, so kann er den Titel ganz geben, indessen wird er (der Kanzler) in der metrica regni eine Manifestation einlegen, weil dieser erzwungene Titel in den pactis nicht zu finden, dass er keineswegs gemeint sei, dem Kf. über das, was ihm vermöge der pacta expresse zukommt, ein jus oder speciale dominium zu attribuieren.

Der Kurfürst an v. Hoverbeck. D. Cöln 22. Februar/[4. März] 1667.

[Verhandlungen mit Gninski.]

Der polnische Gesandte Joh. Gninski[2]) ist vorigen Sonntag [17./27 Febr.] 22. Febr
hier angekommen und hat bei der am folgenden Tage gethanenen Proposition[3]) nur der Hülfe wider den Türken gedacht, dieses auch nachher in der Conferenz mit den Geh. Räthen wiederholt, Kf. hat ihm darauf beifolgende Resolution[4]) ertheilen lassen, er hat sich auf der Conferenz, als ihm mitgetheilt worden, dass Kf. sich zu einer so zahlreichen Hülfe erbieten wolle, ganz bestürzt gezeigt, hat auch die Antwort darauf unter dem Vorwand, vorher seine Instruktion einsehen zu müssen, differiert. Auf die Remonstrationen, die Kf.

---

[1]) In dem Labiauer Vertrage vom 10./20. November 1656 hatte sich Kf. dem Könige von Schweden gegenüber, falls derselbe in dem königl. Preussen angegriffen werden sollte, zur Stellung von 2500 Mann zu Fuss und 1500 Reitern Hülfstruppen auf eigene Kosten verpflichtet.

[2]) v. Hoverbeck schreibt über denselben am 17. Januar 1667: „dieses Subjecti Qualitäten seind ausser Zweifel Ew. Chf. D. vorhin bekannt; bei den Reichsständen ist er vor allen anderen verdächtig und verhasst, bei dem Könige und Königin aber ist keiner in grösseren Gnaden und Estime als eben er. Was er vor sich concipirt, wird denen Kanzlern schlechterdings vom Könige zum Siegeln überschickt. Da es Ew. Chf. D. also gnädigst gefällig wär, möcht es nicht undienlich sein, denselben hoch zu ehren und caressiren, aber durchaus ihm nichts zu vertrauen, als wohl des Hofes Faction wissen mag." Vgl. über diese Sendung desselben Pufendorf X. § 61 (S. 699f.), Mém. de Pomponne II. S. 390.

[3]) S. Zaluski, Epistolae historico-familiares I. S. 101.

[4]) ebendaselbst S. 104. Darin verspricht Kf., ein Hülfscorps von mindestens 8000 Mann zu schicken, das er, wenn möglich, selbst führen, dem er Sold auf 3 Monate zahlen und das er auch mit der nöthigen Artillerie versehen werde. — Dem Pfalzgrafen von Neuburg theilt Kf. schon im voraus (d. Cöln 13./23. Febr. 1667) diese Offerten, welche er dem polnischen Gesandten machen wird, um dadurch ihre rechte Intention zu penetrieren, mit und fragt an, in welcher Stärke derselbe bei dieser Gelegenheit erscheinen könnte.

ihm wegen der nicht geleisteten Satisfaction hat machen lassen, hat er zwar sustinieren wollen, Kf. habe den pactis kein Genügen geleistet, es ist ihm aber das contrarium nachgewiesen worden.

Was Kf. ihm wegen dessen, was bei der von H. abgelegten Proposition vorgegangen [1]), hat remonstrieren lassen, hat er endlich alles mit einem Missverstande entschuldigt und versichert, man wäre jetzt mit Kf. ganz zufrieden und hege keinen Argwohn gegen ihn. Bei einer gestern erfolgten neuen Audienz hat er für das Schreiben des Kf. an den König [2]) in puncto subsidii gedankt, den Frieden mit Moscau [3]) notificiert, endlich [4]) die Verzögerung der Satisfaction entschuldigt und dabei gebeten, Kf. möchte solchen Anspruch aus Liebe gegen die Republik gar fahren lassen, Kf. hat aber dagegen remonstriert, die Republik könnte ohne Nachtheil, ja zu ihrem eigenen Besten ihn contentieren, der König und die Republik wären auch dazu geneigt, und es würde nur durch einige ihm Uebelaffectionierte verhindert.

---

v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 4. März 1667.

[Tod Potocki's. Geltendmachung der Ansprüche des Kf. auf Draheim.]

4. März. Der K. G. Feldherr Potocki ist am 12./22. Februar gestorben [5]), das Obergeneralat ist Sobieski angetragen und derselbe aufgefordert worden, hieher zu kommen, um ihn mit dem Fürsten Dimitr Wischnowitz auszusöhnen, den man durch die Unterfeldherrncharge zu gewinnen hofft. Die Woiwodschaft Cracau ist vorlängst dem K. Schwertträger Zebrzydowski zugesagt worden, man giebt aber zu verstehen, dass der jetzige K. G. Kanzler [6]) praeferiert werden dürfte, wenn er dagegen das Siegel abgeben wollte. Da H. bei beiden Majestäten wegen Unpässlichkeit nicht hat Audienz erhalten können, so hat er den französischen Gesandten, sowie den Gross- und den Vice-Kanzler ersucht, zu verhüten, dass die dem Kf. zur Hypothek verschriebene Starostei Draheim anderweitig vergeben werde, die beiden ersten haben sich günstig erklärt, der V. Kanzler [7]) aber behauptete, der Ort könne nicht ohne Possessor sein und Kf. werde bar bezahlt werden, worauf er geantwortet, allem würde auf einmal abgeholfen werden, wenn Kf. sich seines Rechtes gebrauchte, Kf. würde, wenn die Republik die Auslösungssumme herbeischaffte, den Ort wieder abtreten.

---

[1]) S. oben S. 316 ff.

[2]) S. oben S. 324.

[3]) Am 30. Januar 1667 war zu Andrussow der dreizehnjährige Stillstand zwischen Polen und Russland abgeschlossen worden, s. Kluczycki, Acta Joannis Sobieski I. S. 564 ff.

[4]) S. Zaluski I. S. 102 f.

[5]) S. Kochowski III. S. 263 f., Pufendorf X. § 64 (S. 702).

[6]) Johann Lesczynski.

[7]) Andreas Olszowski, Bischof von Culm.

Dem V. Kanzler scheinen zu der Zeit, da er in Löbau residiert, von den preussischen Malcontenten allerhand widrige Impressionen wegen der jura des Kf. gegeben zu sein.

---

v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 12. März 1667.

[Krankheit der Königin. Unterstützung der Anhänger Lubomirski's durch den Kaiser und Pfalz-Neuburg.]

Mit dem König hat es sich merklich gebessert, bei der Königin aber lässt sich eine inflammatio pulmonum spüren, dazu stete Mattigkeit und eine Geschwulst, die der Wassersucht nicht unähnlich. 12. März.

Der Castellan von Posen[1]) schreibt an den G. Kanzler, der Kaiser sei entschlossen, die hiesigen gemeinen Interessen nachdrücklich zu secundieren. Lubomirski hätte für sich allein 100 000 Rthlr. jährliche Pension und für seinen geistlichen Sohn[2]) zwei Bisthümer prätendiert, er aber habe alles in des Kaisers Discretion gestellt, darauf seien ihm 5000 Ducaten zur Zehrung auf diesen Reichstag geschickt, für L.'s Eidam[3]), der den vorigen Reichstag habe zerreissen lassen, wären 5000 Rthlr. verordnet. Pfalz-Neuburg habe ihm, dem Castellan, 1000 Ducaten ins Haus geschickt, wieviel für die Armee verordnet ist, wird nicht gemeldet, der Pfalzgraf wird wohl bis 100 000 Ducaten hergeben.

PS. Der K. Hofmarschall[4]) hat ihm bei der heutige Revisite den Zustand der Königin als sehr gefährlich geschildert, die Aerzte hofften noch, dass dieselbe durch Genuss von Eselsmilch sich etwas werde erholen können.

Der Kurfürst an v. Hoverbeck. D. Cöln 4./14. März 1667.

[Gninski's letzte Anträge, die darauf ertheilte Resolution. Sendung Stratmanns nach Polen.]

H. erhält beifolgend die dem Gninski auf seine letzte Instanz[5]) ertheilte endliche Resolution[6]), wobei wir dann wahrgenommen, dass er diese Sache fast mehr und fleissiger als die gesuchte Hülfe getrieben, auch endlich soviel zu verstehen gegeben, dass er nichts anderes suchte, als 14. März.

---

[1]) Christoph Grzymultowski.

[2]) Der Malteserritter Hieronymus Lubomirski.

[3]) Felix Potocki, Sohn des verstorbenen G. Feldherrn Stanislaus Potocki.

[4]) Clemens Branicki.

[5]) S. Zaluski I. S. 106 vom 5. März.

[6]) vom 2./12. März 1667, darin wird die weitere Verhandlung nach Warschau verwiesen.

durch dergleichen Tractaten uns allgemach an den Hof wieder zu engagiren und von der Republik abzuziehen, wobei er dann auch die Schwäche des Hofes gnugsamb zu verstehen gegeben und allerhand Advantagen in sonderbaren submissen terminis offeriret, wofern wir uns mit dem Hof und zwar cum utraque Regia Maiestate wieder reconciliiren wollten.

H. soll mit Graf Kresky[1]) vertraulich communicieren, ihm aber rathen, in der Wahlangelegenheit nicht zu weit zu gehen. Pfalz-Neuburg hat seinen Rath Straetman[2]) zu Kf. geschickt, welcher sich zu dem bevorstehenden Reichstage begeben und mit Kresky zusammen dem Könige und der Republik Hülfe anbieten soll, Kf. wird mit demselben dieses negotii halber die nöthige Abrede nehmen und durch denselben H. seine eigentliche Meinung wissen lassen.

Der Kurfürst an v. Hoverbeck. D. Cöln 4./[14.] März 1667.

[auf die Relation vom 4. März. Besitzergreifung von Draheim. Bedingungen, unter denen Kf. auf die Elbinger Schuld verzichten will.]

14. März. H. soll[3]) bei dem König um Audienz anhalten und demselben mittheilen, Kf. hätte angeordet, dass die Starostei Draheim für ihn in Besitz genommen werde, er hoffte, der König werde damit zufrieden sein und ihn dabei schützen helfen, auch soll er den vornehmsten Ständen Nachricht davon geben und diesen die Bewandnis der Sache auseinandersetzen. Er beabsichtigt, nicht eher die Possession zu ergreifen, bis er erfahren, wie man sich auf diese Proposition bezeigen werde; sollte er bei dem Könige keine Audienz erhalten, so soll er die Sache per memoriale vorstellen.

PS. Aus den dem polnischen Gesandten ertheilten Resolutionen wird H. ersehen, dass Kf. bereit ist, falls man wegen der Hülfe und der Schuld ferner mit ihm zu handeln gedenkt, von den auf Elbing verschriebenen m/400 Rthlr. drei Viertel fallen zu lassen unter den Bedingungen:

1) dass die übrigen m/100 Rthlr. zu den auf Draheim haftenden m/120 geschlagen und ihm dagegen diese Starostei erblich überlassen werde,

2) dass ihm von den der Republik zu leistenden Subsidien wenigstens die Hälfte erlassen,

3) dass ihm und seinen Nachkommen das Indigenat conferiert werde, worum H. sich besonders zu bemühen hat,

4) dass im übrigen die pacta in plenissimo robore bleiben.

Den modus zu finden, wie diese Handlung aufs beste zu incaminieren, wird H. anheimgestellt.

[1]) S. oben S. 250.

[2]) S. Urk. u. Act. XIV. 1 S. 300f.

[3]) Vgl. Pufendorf X. § 64 (S. 702).

v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 19. März 1667.

[Die Draheimer Angelegenheit.]

Er hat bei dem Könige Audienz gehabt. Derselbe nahm des Kf. Reso- 19. März.
lution wegen der Türkenhülfe sehr dankbar auf, sprach aber den Wunsch aus, Kf. möchte lieber nur die Hälfte schicken und den Unterhalt derselben auf 6 Monate auf sich nehmen.

Als dann H. die Draheimsche Sache anregte, sagte der König, er wünschte gern Kf. befriedigt zu sehen, es müsste aber vorher mit mehreren Senatoren überlegt werden. Er beklagte sich dann, dass H. mit dem Fürsten Wischnowitz[1]) sonderliche Confidenz zu stiften gesucht, mit demselben in dem Wahlnegotio und anderen Sachen gegen des Königs Interesse negotiiert und ihm eine jährliche Pension von 200 000 Gulden angeboten habe, gegen welche Behauptungen, als unwahr und verleumderisch, H. auf das lebhafteste protestiert hat.

Obwohl ihm sowohl von einigen Senatoren als auch vom Könige selbst Hoffnung gemacht worden, dass Kf. wegen Draheim Satisfaction erlangen würde, hat er doch sichere Nachricht, dass dasselbe sowohl dem Castellan von Posen als auch dem Fürsten Wischnowitz angetragen worden ist; der erstere lässt selbst dem Kf. rathen, sich je eher je lieber in Possession zu setzen[2]).

Der Kurfürst an v. Hoverbeck. D. Cöln 18./28. März 1667.

[Beschluss der Besitzergreifung von Draheim.]

Da er ersehen, dass man ihm die Starostei Draheim nochmals aus den 28. März
Händen zu spielen sucht, so hat er nicht dienlich gefunden, mit der Besitzergreifung derselben länger anzustehen. Er hat v. Wedel[3]) dorthin abgefertigt, sollte Opposition dagegen versucht werden, so wird er sich licitis et omni iure permissis modis et mediis bei seinem Recht zu maintenieren suchen, H. soll dort sein Interesse beobachten und allem Widrigen begegnen, namentlich aber bei der Republik auf allen Fall Beistand suchen.

---

[1]) Fürst Demetrius Wiszniowiecki, Woiwode von Belz.

[2]) H. meldet am 22. März, dass trotz des Widerspruches mehrerer Landboten Draheim dem Fürsten Wiszniowiecki, obwohl sich derselbe selbst lange dagegen gesträubt habe, übertragen worden sei.

[3]) Der Hof- und Kammergerichtsrath Adam Hasso v. Wedell s. Urk. u. Act. IX. S. 54.

v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 29. März 1667.

[Antwort des Königs auf die Anzeige der beabsichtigten Besitzergreifung von Draheim.]

29. März. Was Kf. ihm in dem Rescript vom 4./14. März[1]) anbefohlen, hat er verrichtet. Der König[2]) erwiderte, wegen Elbing könnte er nichts thun, H. sollte sich an die Stände halten, wegen Draheim hoffte er nicht, dass Kf. ihm zur Beschimpfung davon Besitz ergreifen werde. Auf H.'s Remonstrationen erklärte er schliesslich, er für seine Person hätte nichts gegen die Besitzergreifung einzuwenden, wüsste aber der Sache nicht zu helfen, da die Starostei dem Fürsten vergeben, H. möchte privatim mit den Ständen sprechen, dass sie es nicht übel deuteten. H. remonstrierte, der König könnte wohl an den Fürsten schreiben, dass er sich der Possession enthielte und andere Satisfaction erwarte, was er auch zusagte. H. kommt diese Willfährigkeit verdächtig vor, da Wischnowitz schon seine Leute mit einigen Dragonern dorthin geschickt haben soll, doch will er darum anhalten.

Der Kurfürst an v. Hoverbeck. D. Cöln 22. März/1. April 1667.

[Veränderter Beschluss wegen Draheims.]

1. April. Obwohl[3]) er genugsam befugt wäre, sich seines Rechts an Draheim zu gebrauchen, so will er doch bei jetzigen Conjuncturen, zu Beibehaltung des Glimpfs und der Stände Affection nicht mehr bei der Sache thun als aus der beifolgenden Instruction für den dorthin abgefertigten Kammerrath v. Wedell[4]) zu ersehen. Kf. erwartet Nachricht, ob H. wegen der auf Elbing haftenden Summe die ihm jüngst mitgetheilte[5]) Erklärung gethan, und wie man sich darauf resolviert habe, er hat besonders dahin zu sehen, dass auch die Republik von des Kf. Offerte Nachricht und Information erhalte[6]).

---

[1]) S. oben S. 330.

[2]) Vgl. Pufendorf X. § 64 (S. 702).

[3]) Vgl. Pufendorf a. a. O.

[4]) Dieselbe ist in den Akten nicht vorhanden.

[5]) oben S. 330.

[6]) Kf. sendet (d. Cöln 5./15. April 1667) H. die [fehlende] Relation des nach Draheim geschickten v. Wedell und theilt ihm mit, er habe demselben befohlen, bei dem Croneschen Landgericht die nöthige Protestation einzulegen und sich dann auf den Landtag nach Schroda zu begeben, um dort den Rath und die Unterstützung der grosspolnischen Ritterschaft einzuholen, Wiszniowiecki's Diener in Draheim habe erklärt, sein Herr werde leicht zur Abtretung zu bewegen sein.

v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 16. April 1667.

[Verhandlungen wegen der Wahlangelegenheit auf dem Reichstage. Schreiben des schwedischen Königs.]

Der G. Kanzler, der Castellan von Posen, der K. Oberstallmeister[1]) und 16. April
der K. Untertruchsess Potocki[2]), haben dieser Tage einander mit körperlichen Eiden angelobt, beisammen zu halten und in die französische Wahl nicht zu willigen, auch eine Schrift, um andere zu verbinden, unter einander aufgerichtet.

Gestern[3]) hat der Starost von Oschwietzim Pieniatek[4]) unter dem Schein, als wollte er des Hofs schädlichen Desseins durch eine scharfe Constitution vorbeugen, des Wahlnegotiums gedacht, wie man meint, damit der Hof bei solcher Gelegenheit sondieren könnte, wessen er sich zu versehen und wie stark etwa seine Partei sei. Es haben sich aber viele Widersprecher gefunden und ist beschlossen worden, von sämmtlichen Senatoren einen Eid zu fordern, dass sie das Wahlnegotium jetzt und auch künftig nicht treiben wollten, wozu sich auch die Landboten bereit erklärt haben.

Ehegestern ist der Schwedische Commissarius wieder angelangt und hat dem Könige ein Schreiben übergeben, welches dieser so gedeutet, als wenn Schweden gegen alle und jeden Hülfe angeboten hätte, worauf auch bei Hof die Rede erschollen, sie könnten ihrer Sache um so mehr trauen, da Schweden m/12 Mann an Frankreich zu überlassen sich erboten, beides ist aber aus dem Schreiben selbst garnicht zu erzwingen[5]).

Der Kurfürst an den Pfalzgrafen von Neuburg. D. Magdeburg 24. April/[4. Mai] 1667.

[Milets Anbringen. Mittheilung desselben nach verschiedenen Seiten hin.]

Ein französischer Abgesandter Milet[6]) ist hier auf der Reise zu ihm gekom- 4. Mai.
men und hat namens seines Königs um Durchzug für eine nach Polen bestimmte französische Armee unter Condé's Führung gebeten. Er wünscht in dieser auch mit Rücksicht auf das bekannte Dessein sehr bedenklichen Sache

---

[1]) Fürst Alexander Lubomirski, Bruder des verstorbenen K.G. Marschalls.

[2]) Felix Potocki, Schwiegersohn Georg Lubomirski's.

[3]) Ueber diese Vorgänge auf dem seit dem 7. März in Warschau tagenden Reichstage s. Kochowski III. S. 267, über den Schluss des Reichstages ebendaselbst S. 270.

[4]) Johann Odrowaz Pieniazek.

[5]) Ueber die damaligen Verhandlungen zwischen Schweden und Polen s. Mém. de Pomponne II. S. 354 ff.

[6]) Vgl. Urk. u. Act. II. S. 427 ff.; Pufendorf X. § 65 (S. 703): Hirsch, Zur Gesch. der polnischen Königswahl von 1669 S. 12 f.; unten Abschn. VI.

des Pfalzgrafen Meinung zu erfahren. Er hat, um Zeit zu gewinnen, den Gesandten vermocht, nach Berlin zu gehen und dort auf ihn zu warten, hat inzwischen an verschiedenen Orten in Polen dieses Anbringen bekannt gemacht, welches den Wohlaffectionierten nicht geringe Ombrage machen und dieselben zu anderen und vigoureusen Resolutionen erwecken dürfte, er hat auch deswegen an Graf Wrangel, den Herzog von Braunschweig-Celle, sowie an K. Mainz und K. Cöln geschrieben, auch dem Baron de Goes[1]), welcher sich eben, wie der französische Gesandte zu ihm gekommen, auch bei ihm befunden, ausführliche Nachricht davon gegeben und demselben dabei remonstriert, wie grosse Inconvenientien dadurch verursacht würden, dass man am kaiserlichen Hofe so retiriert in allen Dingen ist und über keine Sache des Kaisers eigentliche Sentimenten eröffnen will, was er auch hat zugestehen müssen.

In Schweden fangen die Sachen an, besser zu gehen, Näheres wird Stratman berichten[2]).

v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 10. Mai 1667.

[Tod der Königin.]

10. Mai. Der G. Kanzler hat sich dieser Tage dahin bereden lassen, ausführlich an Pfalz-Neuburg zu schreiben und denselben seiner Devotion zu versichern. Nun steht es darauf, dass nebst ihm und dem Castellan von Posen der Castellan von der Wilde und G. Feldherr Pac[3]) (der H. versichert, dass er mit seinem Vetter, dem Littauschen G. Kanzler gar nicht einig sei), der General Starost in Samaiten Hlebowicz, wie auch die Woiwoden von Polotzko, Kopei, von Smolensk, Przedberecki, der Castellan von Samaiten, Horda, der Littauische U. Kanzler Marustewicz, der Feldschreiber Polubienski, der Littauische Küchenmeister Siesicki, alle die Herren Sapieha und des verstorbenen Bischofs von der Wilde Bialozoren Vetter ein Bündnis gegen des Hofs Vorhaben und Praktiken unterschreiben, und werden ihrer mehr wohl jetzt dazu treten, nachdem die Königin[4]) diesen Morgen halb sechs Uhr gestorben, worüber fast wenig Betrübnis sowohl bei Hofe als bei den Ständen verspürt wird. Auch vom König hofft man, dass er sich in kurzem über diesen Verlust trösten lassen werde. Etliche Tage aber dürfte er doch wohl dissimulieren so in äusserlichen Gebehrden als in consiliis, damit es nicht das Ansehen gewinne, dass er sich von der Verstorbenen ganz hätte regieren lassen. Was H. früher wegen Draheim geschrieben, wird sich jetzt nach der Königin Tod desto besser und sicherer practicieren lassen.

---

[1]) Vgl. Urk. u. Act. XIV. 1 S. 302.

[2]) Pfalzgraf Philipp Wilhelm in seiner Antwort (d. Grimblinghausen 12. Mai 1667) verweist auf seine Stratman ertheilten Aufträge.

[3]) Michael Pac, Nachfolger Sapieha's als Littauischer G. Feldherr.

[4]) S. Kochowski III. S. 272. Vgl. Pufendorf X. § 65 (S. 703).

Der Kurfürst an v. Hoverbeck. D. Cöln 8./18. Mai 1667.

[auf die Relation vom 10. Mai. Anweisung, wie die durch den Tod der Königin eingetretene günstige Gelegenheit zu benutzen sei. Empfehlung der Pfalz-Neuburgischen Prinzessin.]

— zweifeln nicht, Ihr werdet Euch dieser Conjuncturen in pflicht- 18. Mai.
mässiger Beobachtung unsers Interesse bestermassen bedienen und an allen Orten was zu Beforderung des Euch bekannten Desseins gereichen kann, nichts verabsäumen. Für allen Dingen hielten wir nötig, jemand von der contrari Parthei zu gewinnen, der beim König in Credit wäre und durch welchen man Ihrer K. M. Gemüth allgemehlich von der bisherigen Conduite ab und auf andere consilia bringen könnte. Sollte man sich auf einigerlei Manier des Litthauschen Gross Cantzlers Pacen versichern können, würde solches ausser Zweifel sehr zuträglich sein und haben wir davon unsere Gedanken auch an Fürst Radzivils Ld., welcher nun aldort bereits vielleicht wird angelanget sein, geschrieben.

Weil[1]) man auch ausser Zweifel von ein oder andern Heirath wieder sprechen wird, so müsstet Ihr äusserst geflissen sein, nach aller Möglichkeit vorbauen zu helfen, damit Ihrer K. M. Inclination nicht an einen solchen Ort falle, davon man sich dergleichen Widerwärtigkeiten als bisher zu befahren hätte, könnte man durch einige Confidenten und Favoriten des H. Pf. zu Neuburg ältiste Princessin[2]) in Vorschlag bringen und dem König dazu einige Propension erwecken, solches würde zu Erreichung des bekannten Zwecks am allersichersten sein. Es ist selbige Princessin bereits ins 16. Jahr und nicht allein von Natur mit Gesundheit, Schönheit und andern Perfectionen reichlich begabet, sondern auch durch des H. Vatern sorgfältige Education in Sprachen, Manieren und andern fürstlichen Tugenden dergestalt geübet, dass ihr darin wohl weinig gleichen möchten. —

PS. Kf. theilt ihm ein Schreiben an den G. Kanzler Lescinzky mit und beauftragt ihn, demselben 1000 Rthlr., die er ihm zuschickt, zuzustellen, ihm von der dem Franzosen ertheilten Resolution[3]) Nachricht zu geben und ihm zu rathen, dass er des Königs Gemüth zu gewinnen und zu einiger Confidenz zu bewegen suchen möge. Auch den Bischof von Cracau soll H. sich bemühen

---

[1]) Vgl. Pufendorf X. § 66 (S. 704).

[2]) Eleonore Magdalene Theresc, älteste Tochter des Pfalzgrafen aus seiner zweiten Ehe mit Elisabeth Amalia von Hessen-Darmstadt, geb. 6. Januar 1655, also damals eben erst 12 Jahre alt.

[3]) S. Urk. u. Act. II. S. 432 ff.

wieder zu gewinnen. Wegen der Heirat soll H. auch mit Graf Kresky communicieren[1]).

---

v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 13. Mai 1667.

[auf ein Rescript vom 22. April. Der von Frankreich geforderte Durchzug. Vorschlag wegen Draheims.]

13. Mai. Er hat[2]) den Wohlaffectionierten von dem an Kf. gestellten Verlangen des Königs von Frankreich, einer französischen Armee unter Condé's Führung den Durchzug nach Polen zu gestatten, Nachricht gegeben, dieselben meinten, Kf. könne denselben desshalb versagen, weil man von keiner Türkengefahr dieses Jahr etwas wüsste, sie wollten indessen für sich selbst und durch die Landboten insgesamt darum anhalten, dass der König an Kf. schriebe, er möchte den Pass nicht verstatten. Da er von dem Könige wegen der Trauer keine Audienz erhalten hat, so hat er durch den K. Oberkämmerer Grafen Dönhoff demselben Nachricht davon geben und anfragen lassen, was der König in solchem Falle vom Kf. gethan sehen möchte, er hat aber nur zur Antwort erhalten, der König habe allerdings, als er von dem Türken überzogen zu werden gefürchtet, wie an andere christliche Potentaten, so auch an den König von Frankreich um Hülfe geschickt[3]), wessen sich derselbe darauf erklärt, wisse er nicht, auch nicht, was Millet bei Kf. suchte, es wären aber diese und andere Subsidia nun, da der Krieg nicht vor sich ginge, unnöthig.

Die Leiche der Königin soll nach Cracau übergeführt und dort im September die solennen Begräbniscerimonien abgehalten werden. Die von derselben zum Leibgeding gehaltenen Starosteien und Oeconomien wünscht der König ein Jahr unvergeben zu geniessen, H. hat durch den Oberkämmerer dem Könige den Vorschlag machen lassen, diese Gelegenheit zu benutzen, um dem Fürsten Wischnowitz eine der erledigten Starosteien zu conferieren und dem Kf. Draheim zu tradieren.

PS. Die französische Partei sucht den König bei den vorigen consiliis der Abdication zu halten, der König lässt sich auch so verlauten, doch glauben die, welche um ihn sind, dass spätestens in sechs Wochen sich viele Dinge ändern werden. Zur anderweitigen Heirath werden vorgeschlagen[4]): die verwittwete

---

[1]) H. erwidert 4. Juni, nach Krenski's Aussage sei die Prinzessin erst 13 Jahre alt, zu einer so jungen werde der König sich schwerlich verstehen, wenn die älteste kurländische Prinzessin katholisch wäre, so würde der König an diese vor allen denken.

[2]) Vgl. Pufendorf X. § 65 (S. 703).

[3]) S. über die Sendung des K. Referendarius Andreas Morstein nach Frankreich Urk. u. Act. II. S. 432 f.

[4]) Vgl. Mém. de Pomponne II. S. 389. 395; Krebs, Vorgeschichte und Ausgang der polnischen Königswahl von 1669 (Zeitschr. der histor. Gesellschaft für die Provinz Posen. III.) S. 176.

Kaiserin, die verwittwete Königin von Schweden, die älteste Prinzessin von Curland und die von Tirol.

v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 16. Mai 1667.

[Audienz beim Könige, dessen Anklagen gegen v. Hoverbeck.]

Er hat heute bei dem Könige Audienz gehabt und nach verrichteter 16. Mai.
Condolenz demselben den schon durch den O. Kämmerer gemachten Vorschlag wegen Draheim wiederholt. Der König liess sich denselben wohl gefallen, begehrte aber etwas Zeit zu weiterer Ueberlegung. Als H. dann des durch Millet vom französischen Könige verlangten Durchzuges für französische Truppen erwähnte, sagte der König, da man sich dieses Jahr nichts scheine vom Türken zu befahren zu haben, so erachte er es für unnöthig, sich wegen des Durchlassens zu declarieren, er hätte sich aber nimmer dessen versehen, dass man ihn mit seinen Ständen zu committieren suchen würde, er hätte H. immer hoch aestimiert und nicht geglaubt, dass derselbe einige Landboten zu sich entbieten und dieselben unter Vorzeigung des Originalrescripts des Kf. antreiben würde, diese Sache in publico congressu zu exaggerieren. H. erwidert, er hätte jene Landboten garnicht gekannt, ihnen auch das Rescript des Kf. nicht gezeigt, dieselben hätten bei dem kaiserlichen Gesandten den Brief des Baron de Goes gelesen. Was H. durch den O. Kämmerer dem Könige vorgetragen habe, sei nicht auf Befehl des Kf. sondern aus seiner eigenen Veranlassung geschehen, den Landboten hätte er abgerathen, der Sache in publico congressu zu gedenken. Der König stellte sich dadurch völlig zufrieden, sagte aber, er hätte gehört, dass H. an Kf. geschrieben, er, der König, hätte die Tataren ins Land kommen lassen. Auch dagegen aber sowie gegen einige andere von Millet dem hiesigen französischen Gesandten gegenüber geäusserte Anklagen gegen H. hat sich dieser zu rechtfertigen gesucht, und, wie ihm von vertrauter Seite zugekommen ist, hat der König auch diese Information bei sich stattfinden lassen.

Der Kurfürst an v. Hoverbeck. D. Cöln 6./[16.] Mai 1667.

[Zurücksendung eines Schreibens des Königs von Polen.]

Er hat ein königliches Schreiben[1]) erhalten, schickt dasselbe aber wegen 16. Mai.
mangelhafter Titulatur[2]) zurück; H. soll dasselbe sowie ein beifolgendes Schreiben an den U. Kanzler abgeben und dabei erinnern, dass künftig keine solche errores in der Kanzlei begangen würden.

[1]) vom 20. April, s. Zaluski, Epistolae hist.-familiares I. S. 3.

[2]) In demselben war der Titel von Lauenburg und Bütow und die Bezeichnung „Bruder" ausgelassen; schon in dem Schreiben an Gninski (oben S. 327) hatte der neue K.U.Kanzler Olszowski seine Absicht, denselben dem Kf. streitig zu machen, kundgegeben.

v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 20. Mai 1667.

[Durch Millet gegen ihn verbreitete Verleumdungen.]

20. Mai. Als er dieser Tage den französischen Gesandten besucht, um demselben wegen des Todes der Königin zu condolieren, hat derselbe auf Grund zweier von Millet[1]) empfangenen Schreiben mit ihm zum höchsten expostuliert, ihm vorwerfend, er wäre derjenige, welcher dem Kf. widrige Impressionen sowohl wegen Frankreich als auch wegen dieses Hofes gebe. H. hat auf alle einzelnen Beschuldigungen eingehend repliciert. Zuletzt wurden sie mit einander wieder gute Freunde, nur sprach jener seine Verwunderung darüber aus, dass H.'s Reden mit Millets Bericht nicht übereinkämen, worauf H. erwiderte, dies könnte er leicht erklären, wenn er sich dessen heftigen Sinn vorstellte, welcher den Kf. entweder nicht recht verstanden oder aber in seiner Aufregung im Schreiben bald was zu-, bald abgethan habe.

Der französische Gesandte hat nach dem Tode der Königin den Muth sehr fallen lassen, dieses wird hoffentlich noch mehr geschehen, wenn das erste Leid bei dem Könige vergangen sein wird. Die Franzosen sollen schon, falls der König wieder zu heirathen gedenken sollte, der Königin jüngste Base[2]), welche sehr unruhigen Sinnes sein soll, vorgeschlagen, der König aber, weil sie sehr jung, sie sofort verworfen haben.

PS. Bei einem Besuche, den er dem V. Kanzler gemacht, hat jener ihm dieselben Dinge, wie der französische Gesandte, vorgerückt, ebenfalls auf Grund der Schreiben Millets, er hat aber alles noch viel gründlicher als jenem gegenüber widerlegt[3]).

Der Kurfürst an v. Hoverbeck. D. Cöln 13./[23.] Mai 1667.

[Anklagen Millets gegen v. Hoverbeck.]

23. Mai. Millet hat den Ministern des Kf. gegenüber behauptet, H. habe vor mehr als zwei Jahren dem Bischof von Béziers zu verstehen gegeben, Kf. werde, wenn Frankreich ihm nur gute Bedingungen offerieren würde, für die französischen Pläne gewonnen werden können, und als jener erwidert, Kf. habe dazu, namentlich Lessein[4]) gegenüber, garkeine Inclination gezeigt, repliciert,

---

[1]) S. Urk. u. Act. II. S. 448f.

[2]) Benedicta Henriette, Tochter des Pfalzgrafen Eduard, geb. 1652, die spätere Gemahlin des Herzogs Johann Friedrich von Hannover.

[3]) Kf. befiehlt H. (d. Cöln 17./27. Mai 1667), sich gegen diese Beschuldigungen sowohl dem Bischof von Béziers gegenüber zu verantworten, als auch in einem französischen Schreiben an jemand seines Hofes, welches Millet gezeigt werden könne, dasselbe zu thun. H. richtet demzufolge ein solches Schreiben an den Fürsten von Anhalt.

[4]) S. Urk. u. Act. II. S. 233ff., IX. S. 599ff.

dieser hätte keine Avantagen proponiert, wenn dem Kf. vortheilhafte Bedingungen angeboten würden, könnte er leicht auf andere consilia gebracht werden. Im vorigen Jahre, als Colbert[1]) bei Kf. gewesen, hätte H. sich bei Béziers über diesen beklagt, dass er in jener Sache so wenig Eifer gezeigt, auch der Königin gerathen, mit Kf. deswegen zu verhandeln, aber Vicquefort[2]), als dem Kf. zu odieus, verbeten. Darauf hätte H. der französischen Partei und dem Hofe wieder dadurch zu guter Hoffnung Anlass gegeben, dass er behauptet, Kf. hätte dem jungen Freiherrn v. Schwerin[3]) günstige Aufträge an den König von Frankreich gegeben und gerathen, man möchte nur das tempo in Acht nehmen und sich des Kf. gänzlich zu versichern bemüht sein. Alles dieses sei nach und nach von dem Bischof an den Hof und noch unlängst an Millet nach Hamburg überschrieben worden. Kf. kommen diese Discurse ganz fremd vor und theilt er sie H. zur Verantwortung mit.

Dieses hat der französische Abgesandte M. de Milet also vorgebracht, den 15./[25.] Mai 1667[4]).

[Anklagen gegen v. Hoverbeck, der Frankreich in Polen zu verdächtigen suche.]

H. Hoverbeck hat zu Warschau ausgebracht: S. C. D. hätten ihn 25. Mai.
wissen lassen, dass M. Milet den Pass für eine französische Armee durch dero Lande begehret, S. C. D. thäten Ihr bestes, umb eine schriftliche Proposition von ihm zu erlangen, damit sie solche hernachgehends in forma authentica produciren und sie der Republicq vorzeigen, auch dadurch der Franzosen Intention und Dessein traversiren könnten.

Er [Milet] wäre versichert, dass S. C. D. allzu genereux wäre, dergleichen tort seinem Könige zu thun und von seinen ministris unterm Praetext einiger Confidenz eine solche Declaration zu suchen, deren man sich hernacher solchergestalt missbrauchen konnte. —

Ferner hat H. Hoverbeck denen nunciis zu verstehen geben und sonsten auch divulgiret, S. C. D. hätten den begehrten Durchmarsch ganz abgeschlagen und M. Milet hätte darauf gesagt, dass er solchen mit der französischen armée par force nehmen würde, weswegen S. C. D. dero Trouppen hätten zusammenrücken lassen, dieses alles wäre bei der

[1]) S. ebendas. II. S. 298 ff.

[2]) S. ebendas. IX. S. 566 f.

[3]) S. unten Abschn. VI.

[4]) Kf. übersendet (d. Cöln 17./27. Mai 1667) H. diese neuen Beschwerden Millets über ihn und ermahnt ihn zur Vorsicht in seinen Aeusserungen. H. widerlegt (d. Warschau 7. Juni 1667) ausführlich diese Verdächtigungen und versichert, er habe sich bei seiner ganzen Negotiation bemüht, das Dessein des Hofes zu hintertreiben, ohne sich merken zu lassen, dass Kf. sich demselben direct widersetze.

Republicq kund gemacht, umb Frankreich zu denigriren, doch kehrten sie sich nicht viel daran, weil H. Hoverbeck ein Pole wäre et que les Polonois estoient tousjours Polonois, qu'il estoit mieux persuadé de la generosité de S. A. El.

H. Hoverbeck hätte auch falsch berichtet, dass der Succurs nur vom König gesucht wäre, weil solches nomine regis et reip. geschehen, H. Morsteins Instruction vom König und dem Gross Canzler unterschrieben und der König in Fr. sich austrucklich vernehmen lassen, dass, wenn der König oder die Republ. allein Hülfe begehrten, er solche nicht geben würde.

Baron de Goes hätte an den Key. Residenten dergleichen, wie in initio, geschrieben, welcher es auch zu Frankreichs desadvantage also publiciret, jedoch wollte er dieses nicht beeifern. Bat schliesslich, man sollte doch den Polen nicht trauen pas mesme au castellan de Posnanie.

Der Kurfürst an v. Hoverbeck. D. Cöln 27. Mai/[6. Juni] 1667.

[Einfall der Franzosen in die Niederlande. Warnung an die Polen.]

6. Juni. Er soll[1]) bei jetzigen Conjuncturen, da der König von Frankreich in die Niederlande einfällt[2]) und diese zu subjugieren sucht, den Wohlaffectionierten remonstrieren, was für gefährliche Desseins dieser König habe und wie wenig man auf seine Zusage und Versicherung bauen könne; falls die polnische Republik auch dermaleins von dergleichen Leuten guberniert werden sollte, könnten sie sich leicht die Rechnung machen, wie es ihnen ergehen würde, wenigstens würden sie sicherlich in dergleichen Unruhe und Kriege mit impliciert werden.

Der Kurfürst an v. Hoverbeck[3]). D. Cöln 30. Mai/[9. Juni] 1667.

[Eröffnungen Morsteins.]

9. Juni. Der aus Frankreich hier wieder angelangte Referendarius Morstein[4]) hat

---

[1]) Vgl. Pufendorf X. § 67 (S. 704).

[2]) Am 19. Mai war Ludwig XIV. selbst bei der Armee in Amiens erschienen, Ende des Monats hatten die Feindseligkeiten begonnen.

[3]) Ein Schreiben ganz gleichen Inhaltes ergeht unter demselben Datum auch an Fürst Bogislav Radziwill.

[4]) S. Urk. u. Act. II. S. 444. 449. 455., XIV. 1 S. 310; Pufendorf X. § 64 (S. 704); Mém. de Pomponne II. S. 428f.

sich sehr bemüht, Kf. unter Versicherung grosser Vortheile zu überreden, das französische Dessein in Polen zu secundieren, Kf. hat ihm aber in generalibus geantwortet, er hielte dieses Dessein ebensowenig an sich für practicabel als seinen Interessen und denen anderer Benachbarten gemäss, er könnte daher weder dazu rathen noch helfen. Morstein hat bei des Kf. ministris ganz frei erklärt, zwischen den Königen von Frankreich und Polen sei fest abgemacht, dass letzterer die Krone resignierte und dieselbe auf den Prinzen von Condé brächte, man wäre dabei der Approbation der meisten Senatoren sicher und würden die übrigen denselben nolentes volentes folgen müssen, beide Könige seien so weit bei der Sache engagiert, dass sie salva reputatione nicht einen Schritt zurück könnten, sondern alles coute qui coute mit Macht und Nachdruck ausführen müssten. Zu dem Zwecke werde der König von Frankreich Condé mit m/10 Mann von Dünkirchen nach Danzig gehen lassen, wer alsdann nicht mit gut einstimmen wollte, wider den würde man mit Macht gehen, doch fürchtete man nicht, Opposition zu finden, auch von Grzymultowski nicht; auch von Schweden meinten sie, dass es dieses Werk befördern würde.

H. soll dieses dem G. Kanzler und anderen Wohlaffectionierten im Vertrauen communicieren und mit ihnen überlegen, wie unter solchen Verhältnissen die Republik bei ihrer Freiheit erhalten werden könne[1]).

Pfalzgraf Philipp Wilhelm[2]) an den Kurfürsten. D. Hambach 28. Juni 1667.

[Eröffnungen Gaumonts.]

— Mons. Gaumont — [ist] bei mir gewesen und aus Befehlich 28. Juni.
Seines Königs sich declariert, dass Ihr. M. Ihren in Polen habenden ministris anbefohlen hätte, im fall der König in Polen zue anderweiter Vermählung zue schreiten bedacht wäre, meine Dochter nicht nur zue proponieren sondern auch zue dessen Befurderung alle mögliche officia de bonne foy (wie die Formalien waren) ein zue wenden. Wiewohl ich nun Ursach gehabt, I. M. davor gebuhrenden Dank zu sagen, so habe ich doch dabei zu erkennen gegeben, dass meiner Nachrichtung nach Ihr. M. in Frankreich ministri immerfort den König in Polen zur Resignation in favorem des duc d'Anguiens poussieren, welches gleich sie

[1]) In einem PS. vom 3./13. Juni wird hinzugefügt: „Auch hat der Referendarius ausdrücklich uns sagen dürfen, dass man das Wahldessein auszuführen gedächte, sollte man auch unser Preussen, ja noch ein paar ander Palatinate an Schweden, umb dieselbe zu gewinnen, geben müssen."

[2]) eigenhändig. Ueber diese Wendung in der französischen Politik s. Mém. de Pomponne II. S. 450ff.; Recueil des instructions IV. S. XLVI, 85ff.; Hirsch, Zur Gesch. der polnischen Königswahl von 1669 S. 12ff.

bei Lebzeiten der Königin nicht erreichen können, also es jetzo viel schwerer durchtreiben wurden, und ich dahero hoffen wollte, dass Ihre M. nicht nur in casum matrimonii zue Evitierung des österreichischen Heiraths, sondern in der Hauptsach selbsten, nämlich in casum abdicationis vel mortis regis Pol., mir mehr favorabel als zuwider fallen und so das Obligo vollkommen machen wurden, worauf er vermeldet, er wäre zwar nur auf die Befurderung meiner Dochter Heirath zu declarieren instruiert und hielte er darvor, dass dergleichen declarationes sowohl in Polen als bei E. Ld. durch Mons. Milet geschehen wurden, dieses wären aber die ersten desmarches, die der König zue meinem Avantage thäte, und wurde es sich im übrigen vor sich selbsten geben, sonderlich wenn E. Ld. (als welche mein Interesse in dem Polnischen Wesen ambrassierten) zeigen wurden, dass solche Declaration ihr lieb wäre und auch das ubrige Hauptwerk bei Ihr. M. in Frankreich weiter poussierten und Inclination scheinen liessen, in etwas nähere Vertraulichkeit mit Frankreich zu treten, ich möchte diese Declaration E. Ld. berichten und wurde ein civiles Dankbrieflein von E. Ld. die Sach zue weitrem gutem Ende incaminieren können. — Nun stell ich dieses alles zue E. Ld. hocherleuchtem Nachdenken, so viel ich aber abmerken kann, wurde bei Frankreich solches sehr consideriert und selbige Kron leichtlich zu E. Ld. Intention disponiert werden können, bevorab da sie selber von ihrem dessein desperieren und furchten, dass durch erfolgende Heirath mit einer österreichischen Princessin das Erzhaus in Polen vor sich oder andre einen festen Fuss fassen wurde, wie ich dan die sichere Nachricht habe, dass in solchem Heirathswerk stark gearbeitet wird, und bei dessen Fortgang E. Ld. selbst urtheilen werden, dass vor mich und die Meinigen wenig Hoffnung mehr übrig sein wird, könnte man aber in Polen die französische Partei (wan zuvörderst der König durch E. Ld. vielvermögendes Zuthun auf unsere Seite gebracht) gewunnen werden, so stunde man desto sicherer und wurde vermuthlich Schweden auch (als da man auf Frankreich grosse Reflexion zu machen scheint) desto eher sich zue Favor resolvieren. —

Der Kurfürst an den Pfalzgrafen von Neuburg. D. Cöln 10./20. Juli 1667.

[auf das Handschreiben vom 28. Juni. Warnungen vor Frankreich.]

— Ich halte aber ohnmassgeblich dafur, dass E. Ld. grosse Ursach 20. Juli.
haben, in dieser Sache mit Frankreich fürsichtig und mit högster Behutsamkeit zu gehen, dan es gewiss und unleugbar ist, dass der König in Frankreich bis dato sowohl in als ausserhalb Polen zu Erreichung des alten Zwecks und dem Prinzen de Condé zum besten einen Weg als den anderen fleissig und eifferig arbeiten lässet. So hat auch M. Milet gegen mich oder die Meinige noch zur Zeit das geringste von dergleichen Aenderung nicht erwähnet, sondern bleibet vielmehr bis auf diese Stunde dabei, dass der König seine Parole dem Printzen engagiret und dannenhero für E. L. nicht arbeiten könne, ohnerachtet ich ihm ofters zu anderer Declaration Anlass gegeben. —

Und ob ich zwar dahin stelle, was des Königs in Frankreich und seiner ministrorum gute officia und persuasiones beim König in Pohlen in p.° matrimonii gelten und gutes effectuiren wurden, wan E. L. versichert wären, dass solche serio und de bonne foy für dieselbe angewendet wurden, so muss ich doch beständig dafur halten, dass wan diejenige, welche bis dato wider des Hofs dessein pro libertatibus et juribus reip. gestanden, erfahren und sehen sollten, dass Frankreich E. Ld. recommendirte und partirte, sie daraus die högste ombrage und jalousie nehmen und solches consequenter zu E. Ld. sonderbarem Nachtheil und Schaden gereichen durfte, desswegen dan meines Ermessens die officia, welche Frankreich in p.° electionis E. Ld. erzeigen kann, mehr in Abandonnirung ihres Desseins und dass man E. Ld. nicht ferner schadet, als in einiger wurklichen Bemühung und Recommendation bestehen musste.

Beifolgt ein Recommendationsschreiben an den König von Frankreich[1]), dessen sich zu bedienen dem Pfalzgrafen anheimgestellt wird.

---

[1]) d. Cöln a. d. Spree 10./[20.] Juli 1667 (Urk. u. Act. II. S. 456 f.).

v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 23. Juli 1667.

[Erklärungen des U. Kanzlers wegen des dem Kf. verweigerten Titels von Lauenburg und Bütow.]

23. Juli. Der V. Kanzler will sich wegen des Titels von Lauenburg und Bütow[1]) nicht bedeuten lassen. Damit aber das Notificationsschreiben von dem Tode der Kurfürstin[2]) nicht lange unbeantwortet bleibe, hat derselbe das Expediens ergriffen, nicht an Kf. sondern an den Oberpräsidenten v. Schwerin zu schreiben[3]) und diesem auch das Condolenzschreiben des Königs zuzuschicken, in welchem die anderen Fehler geändert, aber doch in dem Titel Lauenburg und Bütow ausgelassen sind, doch will derselbe declarieren, dass der König wohl leiden könnte, dass Kf. sich dieses Titels bediente, den er selbst aber ihm nicht geben könnte.

---

v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 30. Juli 1667.

[Verweigerung der Audienz.]

30. Juli. Als er dieser Tage um Audienz bei dem Könige anhalten lassen, wurde ihm dieselbe auf gestern Nachmittag angesetzt, nachher aber hat sich der König mit einem Missverständnis, dass er nämlich nicht ihn, sondern den Neuburgischen Gesandten gemeint, entschuldigen lassen, der Audienz halber aber erklärt, dass er vor erfolgter Antwort auf die durch den V. Kanzler abgelassenen und überschickten Schreiben ihm eine solche nicht ertheilen könne, wobei es dann wohl bis zur Rückkehr des O. Kämmerers[4]) oder des Littauischen G. Kanzlers[5]) wird verbleiben müssen.

---

[1]) S. oben S. 337.

[2]) Die Kurfürstin Luise Henriette war am 8. Juni 1667 gestorben.

[3]) In diesem Schreiben (d. Varsoviae 22. Juli 1667) theilt derselbe dem O. Präsidenten mit, der Titel von Lauenburg und Bütow könne dem Kf. nicht gegeben werden, ferner klagt er über die Usurpierung des Weichseltrajects und theilt mit, sein König wünsche, dass v. Hoverbeck aus Warschau abgerufen und durch einen anderen Gesandten ersetzt werde. Schwerin in seiner Antwort (d. Coloniae ad Spream 6./[16.] August 1667) erklärt, Kf. bedaure, dass er zwei an ihn gerichtete Schreiben des Königs wegen fehlerhafter Titulatur habe zurückweisen müssen, weist dann nach, dass Kf. mit Recht den Titel von Lauenburg und Bütow zu fordern habe; Kf. müsse sich beklagen, dass Leute, welche ihm die Freundschaft des Königs missgönnen und nach Neuerungen streben, sich bemühen, seine Rechte zu kränken. Die Angelegenheit wegen der Weichselfähre solle untersucht werden. Zur Abberufung v. Hoverbecks sehe Kf. keine Veranlassung, sollte derselbe etwas gegen die Würde des Königs und seine Amtspflicht begangen haben, so solle dafür Genugthuung erfolgen, sonst werde Kf. ihn schützen.

[4]) Graf Theodor Dönhoff.

[5]) Christoph Pac.

v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 6. August 1667.

[Eröffnungen des französischen an den neuburgischen Gesandten. Verweigerte Audienz.]

Der neuburgische Oberkanzler Giese hat ihm gestern mitgetheilt, der 6. Aug.
hiesige französische Gesandte hätte sich bei ihm erkundigt, ob er nicht wüsste, dass[1]) M. Gaumont im Namen des französischen Königs seinem Herrn hinterbracht, der König wünsche, dass der König von Polen wieder heirathe, aber eine neutrale Prinzessin, nämlich Pfalz-Neuburgs Tochter. Als jener darauf zugestanden, dass ihm solches vom Hofe gemeldet worden wäre, hätte der Gesandte vielfältig contestiert, dieses wäre seines Königs ernste Meinung, er selbst hätte eine Ordre[2]) vom 17. Juli erhalten, diese Sache mit allem Ernst zu treiben, und er wollte mit ihm darin de concert agieren. Giese und ebenso er selbst zweifeln aber sehr, ob die Sache aufrichtig und nicht etwa nur dahin angesehen, die Polen mehr und mehr einzuschläfern und Pfalz-Neuburg zur Prorogation der Rheinischen Allianz und Beförderung anderer französischer Interessen williger zu machen. Verdächtig ist besonders, dass der französische Gesandte G. erzählt hat, der König selbst hätte Neigung zu einer anderweitigen französischen Heirath und zwar mit einer von den Basen der Königin, er hätte ihn aber davon abzubringen gesucht und platt erklärt, sein König würde darein nimmer willigen. Doch hat H. G. gerathen, sich dieser Occasion zu bedienen, und ihm seine Cooperation zugesagt.

Nachdem er sich bei dem wieder zurückgekehrten O. Kämmerer beschwert, dass ihm während dessen Abwesenheit vom Könige die nachgesuchte Audienz verweigert sei, hat ihm dieser heute vom Könige dieselbe Erklärung wie vorhin überbracht, derselbe müsste vorher auf seine an Kf. abgelassenen Schreiben[3]) Antwort haben, und als er gefragt, warum ihm der König die Audienz verweigere, erklärt, des Königs Offens käme hauptsächlich daher, dass[4]) H. mit den Uebelaffectionierten, besonders dem K. G. Kanzler in vertrauter Verbindung gestanden und dass von Berlin aus allerhand Dinge nach Schweden gemeldet seien, welche nur von ihm her hätten nach Berlin kommen können. Er hat dagegen remonstriert, muss es aber vorläufig dabei bewenden lassen.

---

[1]) S. oben S. 341.
[2]) S. Recueil des instructions IV. S. 86ff., nach S. XLV vom 16. Juli.
[3]) S. oben S. 344 Anm. 3.
[4]) S. oben S. 337.

v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 9. August 1667.

[Bemühungen des französischen Gesandten für die Heirath des polnischen Königs mit der neuburgischen Prinzessin. Ungnade des Königs gegen v. Hoverbeck.]

9. Aug. Der[1]) französische Gesandte hat Giese erzählt, er habe dem Könige die Heirath mit der Tochter des Pfalzgrafen vorgeschlagen, er hat auch des Successes halber grosse Hoffnungen gemacht und sich ausgebeten, dass ihm das Contrefait übergeben werde, er wolle den Kuppler spielen. Am folgenden Tage hat derselbe auch ihn, H., besucht, mit ihm von der Sache gesprochen und ihm einzubilden gesucht, dass es seinem Könige und ihm selbst ein rechter Ernst damit sei. Auf seine Frage, wie der König die Proposition aufgenommen, erwiderte er, derselbe bleibe zwar dabei, er wolle nicht heirathen, habe aber doch hinzugesetzt, wenn sie nicht zu jung wäre. H. hat auch mit dem Primas[2]) von dieser Sache geredet, derselbe bemerkte, der französische Gesandte habe auch ihm gegenüber erklärt, dass sein König dieselbe ernstlich meine, seiner Meinung nach aber würde es bei dieser Proposition nicht bleiben, sondern der französische Gesandte würde nächstens Ordre erhalten, den Herzog von Neuburg selbst directe zu proponieren und zur Krone zu befördern, er hoffe dann bei dieser Gelegenheit der Republik die fremden Curatelen zu entziehen und den bei den Interregnis zu besorgenden Inconvenientien vorzubeugen, und er erklärte schliesslich, wie schon früher oft, die Republik würde Kf., wenn er katholisch wäre, allen anderen vorziehen. Jedenfalls scheint ihm die französische Proposition ganz entgegen und daraus zu schliessen zu sein, dass dieselbe ernstlich gemeint ist[3]). Des Königs Ungnade gegen H., behauptete der Primas, komme daher, weil von des Kf. Hofe, also ohne Zweifel von Millet, hergeschrieben worden. H. hätte durch seine Berichte verhindert, dass sich Kf. mit Frankreich gefügt, denn so oft dort aus des französischen Gesandten Schreiben etwas von dem Zustande der Republik wäre angezogen worden, sei darauf erwidert worden, H. hätte das Widerspiel berichtet.

---

[1]) Vgl. Pufendorf X. § 66 (S. 704).

[2]) Nicolaus Prazmowski.

[3]) H. meldet am 13. August, Giese habe bei dem Könige in der Heirathsangelegenheit Audienz gehabt und die Resolution erhalten, die Wunde wäre noch zu frisch, als dass er jetzt schon auf solche Gedanken kommen könnte, sollte es aber künftig geschehen, so wollte er die Prinzessin und Allianz mit Pfalz-Neuburg vor anderen in sonderbare Consideration nehmen. G. baue fest auf die Zusage des französischen Gesandten und halte sich des Erfolges fest versichert, er selbst aber habe noch viele Zweifel bei der Sache. Auch Kf. (d. Potsdam 9. [19.] August 1667) äussert H. gegenüber den Verdacht, dass diese Recommendation des Pfalzgrafen seitens Frankreichs nicht ehrlich gemeint sei. Vgl. über jene Audienz Giese's bei dem Könige das Schreiben Bonzi's an Millet vom 29. Juli 1667 (Recueil des instructions IV. S. XLVI Anm. 1).

Memorial, wonach sich unser — Geheimer Secretarius Joachimus Scultetus[1]) bei der nacher Gross Polen ihm aufgetragenen Schickung zu achten. D. Peitz 2./[12.] August 1667.

[Dem G. Kanzler zu machende Mittheilungen.]

Er soll sich zum G. Kanzler begeben und demselben mittheilen. vor 12. Aug.
einigen Tagen sei der Abt zu Blesen[2]) nebst einigen anderen aus Grosspolen bei Kf. in Cüstrin gewesen und hätten von ihm zu wissen verlangt, wessen sie sich zu den Franzosen zu versehen, gegen welche sie eine grosse Animosität bezeugt. Kf. hat ihnen darauf von der von Frankreich an ihn und andere deutsche Fürsten gestellten Forderung freien Durchzuges für die nach Polen bestimmten Truppen und von Morsteins Discursen Mittheilung gemacht, und als sie darüber sehr unwillig ihn gebeten, sich ihrer anzunehmen, ihnen dieses zugesagt und ihnen mitgetheilt, dass die zu Cöln versammelten Fürsten[3]) den Durchzug abgeschlagen und dass er auch hoffe, Schweden von Frankreichs Seite auf die der Republik zu ziehen; der Tractat, welchen er mit Schweden abgeschlossen[4]), würde zwar hin und wieder traduciert, er suche dabei aber nicht sein Interesse, sondern den Wohlstand der Republik und des gemeinen Wesens Sicherheit. Die Grosspolen hätten zwar bezeugt, dass sie dermaleins in casu vacantiae nichts lieber wünschten, als dass Kf. eine Messe hören möchte und sie ihn zu ihrem Könige haben könnten, er habe ihnen aber gedankt mit Anführung verschiedener Rationen, warum sie solchenfalls ihre Gedanken auf ein anderes geeigneteres Subject richten sollten.

Sc. soll sich auch bemühen, den Zwist zwischen dem G. Kanzler und dem Castellan von Posen[5]) zu schlichten, und sich zu diesem Zwecke auch zu diesem begeben.

Sc. soll sich auch bei dem G. Kanzler in des Kf. Namen darüber beschweren, dass dessen Gesandten der französischen Partei zu Liebe die Audienz verweigert werde, und um seinen Rath bitten, wie Kf. sich dabei comportieren sollte.

---

[1]) Der frühere Sekretär v. Hoverbecks, s. oben S. 304.

[2]) Opalinski, der Bruder des Woiwoden von Kalisch. Vgl. Urk. u. Act. XIV, 1 S. 328.

[3]) S. unten Abschn. VI.

[4]) Der Vertrag vom 22. Juni/2. Juli 1667, s. oben S. 196.

[5]) v. Hoverbeck hatte am 23. Mai gemeldet, der Castellan von Posen Grzymultowski habe von den durch den Tod der Königin erledigten Starosteien die von Uist und Schneidemühl erhalten und dadurch den Verdacht seiner bisherigen Parteigenossen erregt, derselbe habe ihm aber versichert, dass er nach wie vor bei der guten Partei ausharren werde.

J. Scultetus an den Kurfürsten. D. Goschlin [1]) 6./[16.] August 1667.

16. Aug. Er ist hier bei dem G. Kanzler angekommen und hat demselben, was ihm Kf. aufgetragen, hinterbracht. Der G. Kanzler äusserte grosse Freude über des Kf. Wohlwollen gegen die Republik und über den glücklichen Abschluss der Verhandlungen mit Schweden, er hätte, um sich danach zu erkundigen, vor einigen Tagen seinen Secretar Woiakowski an Kf. geschickt. Die französische Partei sei jetzt zwar nicht mehr so übermüthig wie früher, hielte aber öfters geheime conventicula und würde ohne Zweifel versuchen, bei dem Begräbnis in Cracau etwas neues der Abdication halber auf die Bahn zu bringen, er wäre noch sehr zweifelhaft, ob er dorthin gehen sollte, und hätte es auch vielen polnischen und littauischen Senatoren widerrathen; sollte er sich entschliessen hinzureisen, so wollte er nur bis Czenstochau gehen, daselbst sich am Podagra krank machen und zusehen, wie die Sache sich anschicke. Ueber die Verweigerung der Audienz bezeigte er grosses Missfallen, bat aber, Kf. möchte nicht die Republik das, was der Hof auf Antrieb des französischen Gesandten auf seinen Kopf thäte, entgelten lassen. an Frankreich könnte er sich am besten dadurch rächen, dass er durch Connivieren dessen Ausschluss bei der Wahl durchsetzte; er rieth, Kf. möchte sich deshalb bei den Bischöfen von Cujavien und Cracau und dem Erzbischof beklagen.

Betreffend seinen Zwist mit dem Castellan von Posen erklärte er, derselbe sei sehr talentvoll und hätte grossen Anhang bei dem Adel, er könnte demselben aber in publicis nicht vollkommen trauen, bis er seine begangenen Fehler agnoscierte und in der That zu erkennen gebe, dass er seine Meinung wieder geändert hätte, bisher hätte er denselben sehr mutabilis gefunden; dass der Castellan zu Kf. kommen würde, bezweifelte er, war aber sehr einverstanden damit, dass sich Sc. zu demselben begebe und ihm dieses vorschlage [2]).

Der Kurfürst an v. Hoverbeck. D. Potsdam 2./[12.] September 1667.

[v. Hoverbeck's Reise nach Cracau.]

12. Sept. Er hat grosses Bedenken, H. bei dieser Bewandnis zum Könige nach Cracau [3]) zu senden, da er aber vermuthet, dass eben jetzt dort Dinge passie-

[1]) Besitzung des G. Kanzlers Lesczynski in der Nähe von Posen.

[2]) Ein weiterer Bericht des Scultetus ist nicht vorhanden. Kf. theilt 19. August v. Hoverbeck mit, er habe dem G. Kanzler abermals 1000 Thaler versprochen, wolle auch durch de Goes den Kaiser ermahnen, denselben zu unterstützen, auch der Pfalzgraf müsse desgleichen thun.

[3]) Dort sollte Ende September das Leichenbegängnis der Königin stattfinden. Ueber die anfänglich von französischer Seite gehegte Absicht, dass Condé dort selbst

ren möchten, bei denen seine Gegenwart nöthig, so soll sich H. bis Czenstochau begeben und von da aus mit einem Confidenten sowohl der gemeinen Sache als auch der Audienz wegen correspondieren und dabei anzeigen, dass, wenn ihm die Audienz länger versagt würde, Kf. dieses ahnden müsse[1]).

Der Kurfürst an v. Hoverbeck. D. Cöln a. d. Spree 6./[16.] September 1667.

[Mittheilungen des Abtes von Blesen.]

Der Abt von Blesen Opalinski[2]) ist dieser Tage abermals bei ihm ge- 16. Sept.
wesen und hat vornehmlich angebracht, dass bei der immer mehr drohenden Türkengefahr die Republik auf Kf. und den von diesem gehofften Succurs ihre grösste Zuversicht setze. Kf. hat sich darauf zur Beförderung des Friedens erboten, auch im Beisein desselben mit dem kaiserlichen Gesandten davon geredet, wie darin zu negotiieren wäre, auch versprochen, der Republik mit Rath und That zu assistieren. Ausserdem erwähnte der Abt, es wäre nöthig, dass ein capables Subject von der guten Partei bei der Armee wäre, die Correspondenz zu unterhalten, die Polen wollten darauf bedacht sein und weitere Vorschläge machen, endlich meldete er noch, dass Graf Krenski[3]) von seinem Herrn aus Polen abgerufen sei.

v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Cracau 20. September 1667.

[Ungünstiger Empfang. Argwohn gegen die Absichten des Hofes.]

Er hat auf der Reise, etliche Meilen von hier, seinen Secretär mit Schrei- 20. Sept.
ben an die beiden Kanzler, den Hofmarschall und den Castellan von Posen hierher vorausgeschickt, um zu erfahren, wie der Hof gesinnt sei. Da die Antworten günstig lauteten, so ist er gestern hier eingetroffen, hat aber heute von dem G. Kanzler den Bescheid erhalten, da der König ihn nicht unter denen genannt, die er zum Leichenbegängnis einladen sollte, so hätte er es auch bei ihm nicht thun können, der König beharre auch dabei, er könnte ihm keine Audienz ertheilen, bis er auf seine Schreiben vom Kf. Antwort empfangen hätte.

erscheinen und dass bei dieser Gelegenheit dessen Wahl ins Werk gesetzt werden sollte, s. Recueil des instructions IV. S. 87.

[1]) Kf. hatte schon am 19. August 1667 sowohl an den König von Polen als auch an den Erzbischof von Gnesen Prazmowski, den G. Kanzler Lesczynski, den Bischof von Cracau Trzebicki und den Bischof von Cujavien Czartoryski Schreiben erlassen, in denen er über die Verweigerung der von H. erbetenen Audienz Beschwerde führt.

[2]) S. oben S. 347.

[3]) S. oben S. 250.

Wie er durch den Castellan von Posen erfahren, sucht man den Reichsuntertruchsess Potocki und durch diesen dessen Bruder, den K. Fähndrich, zu gewinnen, dieses lässt nicht erkennen, dass es mit der Renunciation auf die vorigen Desseins und dem Vorschlage der neuburgischen Heirath ein rechter Ernst sei, auch Giese zweifelt daran, da man ihn immer kaltsinniger behandele, und gedenkt daher abzureisen.

v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 15. October 1667.

[Gehässige Aeusserungen über den Vertrag des Kf. mit Schweden. Umtriebe der französischen Partei.]

15. Oct. Nachdem jetzt sowohl publice als privatim von keiner Sache mehr gesprochen wird als von der zwischen Kf. und Schweden zur Aufrechterhaltung der Freiheiten dieses Reiches abgeschlossenen Allianz[1]), haben sowohl bei den Visiten gegen ihn als auch sonst, namentlich in dem Hauptconsilio, die meisten Bischöfe und Woiwoden dieses Werk mit gar verhassten Worten traduciert und verlangt, dass der Reichs-Primas im Namen des ganzen Senats ein scharfes Resentimentschreiben dagegen erliesse und sich darin beklagte, dass sich andere zu ihren Curatoren aufwerfen und ihnen einen Herren aufdringen wollten, doch hat man auf die Remonstrationen des Castellans von Posen, des K. G. Kanzlers und des Littauischen G. Kanzlers davon Abstand genommen. Doch hat die Gegenpartei sich keineswegs zufrieden gegeben, sondern wartet nur, bis sie etwa Schweden, woran stark gearbeitet wird, von Kf. separiert hätten. H. hat vorläufig, um eine solche Separation möglichst zu verhüten, die Copie der Allianz noch Niemand mitgetheilt, er schlägt vor, Kf. und Schweden möchten ein Gesamtschreiben an den König und an die Stände, womöglich auch an die Kreise, richten, in dem sie sich beklagten, dass noch vor erfolgter Notification ihre Intention missdeutet würde, und versicherten, dass alles ohne Präjudiz für den König und die Stände nur zum Besten derselben gemeint sei.

Trotz der Erklärungen des französischen Gesandten wird an der Kron- und Littauischen Armee und auch bei dem Adel in den Kreisen stark gearbeitet und manche von der Sache der Republik abwendig gemacht. Es fehlt, nachdem der Kastellan von Posen in Verdacht gerathen[2]), der guten Partei an einem Haupte. Der K. G. Kanzler[3]) ist wohl an treuer Standhaftigkeit und Thätigkeit nicht zu verbessern, aber er ist leichtgläubig und überlegt nicht gern dubia oder Difficultäten, es fehlt auch sehr an Gelde.

Der K. G. Kanzler und andere Patrioten dringen in den Kaiser, sich für Pfalz-Neuburg zu erklären, und hoffen, derselbe werde sich dazu oder wenigstens zum Eintritt in die mit Schweden abgeschlossene Allianz verstehen,

[1]) S. oben S. 196.
[2]) S. oben S. 347.
[3]) Vgl. Recueil des instructions IV. S. 73f.

H. hat aber an den kaiserlichen Ministern hier und in Cracau gemerkt, dass solches schwerlich geschehen wird, auch wenn Kf. Hackeberg dorthin mit drohenden Protestationen abschicken sollte. Gelingt es, den Kaiser zum Beitritt zu der Allianz zu bewegen, so würden die Geistlichen wohl kein Bedenken tragen, sich unter deren Protektion zu begeben, während sie, wenn dieselbe nur aus zwei protestierenden Fürsten bestände, sich dazu nicht verstehen würden.

Nach Giese's Mittheilung hat der König von Frankreich seinem Herren nicht nur zur Heirath sondern auch zur Krone seine officia angeboten, doch geschieht nichts dafür, es wird vielmehr dagegen gearbeitet. Vermuthlich wird bei herandringender Macht der Tataren und Kosacken, zumal da die Armee ganz abgeschnitten ist und der Feldherr in Podhayce belagert wird[1]), der König abdanken, und dann der Primas mit der französischen Partei unter dem Vorwande, dass nur mit Geld die Tataren abzuwehren, solches aber nur von Frankreich unter der Bedingung der Wahl Condé's zu erlangen sei, diese Wahl durchsetzen. Dagegen sehen die guten Patrioten kein anderes Mittel als das Generalaufgebot, wozu sie vom Kf. Fussvolk und Dragoner erbitten wollen.

v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 18. October 1667.

[Vorgänge in Cracau. Gerücht von der beabsichtigten Heirath des polnischen Königs mit der verwittweten Kaiserin. Vorschläge der Wohlgesinnten.]

An dem Leichenbegängnis der Königin[2]) hat er, obwohl er durch den Primas Nachricht erhalten, dem Könige würde seine Anwesenheit lieb sein, doch, nachdem er kurz vor dem actus von dem Hofmarschall erfahren, die Bischöfe wollten nur den Gesandten der gekrönten Häupter den Vortritt lassen, was gegen allen bisherigen Gebrauch sein würde, nicht Theil genommen, um aber die Possession des Vorsitzes beizubehalten, hat er sich bei den Banquetten, welche der K.G.Kanzler und der Woiwode von Cracau gegeben, eingefunden und dort auch den Vorsitz bekommen. 18. Oct.

Von der Heirath des Königs mit der verwittweten Kaiserin[3]) ist von keiner von beiden Seiten etwas gesucht oder in Vorschlag gebracht worden, der kaiserliche Gesandte, Baron v. Meyenberg versichert, dass von Seiten des Kaisers nur in general terminis ohne Nennung eines subjecti von der Heirath gesprochen worden und dass Graf Schafgotsch nur das Bild des Kaisers mit herübergebracht und unter seinem Baldaquin angehangen habe. H. glaubt, dass

[1]) S. Kochowski III. S. 286ff.

[2]) S. Kochowski III. S. 280ff.

[3]) S. über dieses Gerücht und die Besorgnisse des Kf. deswegen Urk. u. Act. II. S. 480. Kf. hatte am 22. September, auf Nachrichten von Wien her, deswegen bei H. angefragt.

der König unverheirathet bleiben wird, da dieses denen, die seiner jetzt ganz mächtig sind, mehr zu statten kommen würde.

Der Hof gewinnt täglich bei der Armee und unter den Ständen mehr Anhänger. Der G. Kanzler baut vornehmlich auf das, was er Kf. durch Wojakowski[1]) hat mittheilen lassen; nach der Meinung der Wohlgesinnten müsste:

1) zu Beibehaltung gewisser subjectorum möglichst bald Geld nach Cracau oder Breslau geschickt werden,

2) bald eine capable und vertraute Person zur Armee geschickt und beständig daselbst gehalten werden,

3) der Kaiser und Kf. ihre Infanterie an den Grenzen in steter Bereitschaft halten. Da man vermuthet, dass die Gegenpartei vermittelst einer unvermutheten Abdication und Uebereilung durchzudringen hoffe, wäre Schweden zu treuer Cooperation zu disponieren; Volk hineinzuführen würde sich wegen der Tartaren und Türken besser fügen als bloss wegen zu besorgender Oppression bei der Wahl, worauf die Stockholmische Allianz zielt.

O. v. Schwerin an v. Hoverbeck. D. Cöln a. d. Spree 18./28. October 1667.

[Bemühungen, den Kaiser für Pfalz-Neuburg zu gewinnen. Französische, durch die Neuburger gemachte Anerbietungen.]

28. Oct. Auf Befehl des nach Potsdam gereisten Kf. hat er H.'s Relation vom 15. Oct. dem kaiserlichen und dem neuburgischen Gesandten mitgetheilt und zugleich dem ersteren angezeigt, dass sich der Kaiser ohne längeren Verzug für Pfalz-Neuburg erklären möchte, sonst sei zu fürchten, dass dieser sich aus Desperation ganz an Frankreich schlagen werde. de Goes hat die Nachrichten H.'s wegen der Tataren sehr apprehendiert. Die Neuburger proponieren[2]), wenn Kf. eine Neutralität[3]) versprechen wolle, so wolle Frankreich sofort verschaffen, dass der König abdicieren und der Herzog succedieren solle. Wenn die Neutralität einen terminum haben kann und der König sich mit einem billigmässigen contentieren und Frieden machen will, so könnte es wohl geschehen. Kf. wünscht, dass der G. Kanzler und andere Patrioten an den Kaiser schicken und von diesem verlangen, dass er das foedus in Schweden mit annehme und den Herzog recommendiere. v. Blumenthal[4]) geht auch dorthin, solches zu treiben. Kf. hätte gewünscht, dass H. das foedus nur gezeigt und cum fiducia communiciert hätte, er wird deshalb Ordre[5]) erhalten.

[1]) S. oben S. 348.
[2]) S. Urk. u. Act. II. S. 487f.
[3]) in dem französisch-spanischen Kriege.
[4]) S. über dessen Sendung unten Abschn. IV.
[5]) Eine solche ergeht an H. am 19. [29.] October.

O. v. Schwerin an v. Hoverbeck. D. Cöln a. d. Spree 25. October/[4. November] 1667.

[Resolution des Kf. auf die neuen Anträge Millets. H. soll Béziers zum Zusammenwirken mit ihm zu bewegen suchen. Scultetus' Sendung.]

Kf. hat[1]), nachdem der König von Frankreich durch Millet ihm neue 4. Nov.
Propositionen machen lassen, seinen Räthen im Haag befohlen, zwar in den Allianztraktaten fortzufahren und dieselben dahin zu richten, dass ein armistitium zwischen den in den Niederlanden kriegführenden Parteien abgeschlossen und darauf die Friedenshandlung fortgesetzt werde, inzwischen aber die Paciscenten sich in solche Verfassung mit Völkern für das Vorjahr setzen, dass der Frieden auch dadurch befördert werde, zugleich hat Kf. in einem Postscript Blaspeil die französischen Propositionen und wohin seine Gedanken dabei gehen, eröffnet, wonach auch H. sich in seiner Negotiation zu richten haben wird. Schw. hat Millet ersucht, sofort den Bischof von Béziers aufzufordern, von nun an in Conformität mit Kf. dort in dem Wahlwerk zu negotiieren. Millet erklärte darauf, Béziers könnte vor Rückkehr seines nach Paris geschickten Couriers, den der König bis auf erfolgte Resolution des Kf. aufgehalten, nicht für Pfalz-Neuburg negotiieren, allein derselbe würde auf sein Zuschreiben gewiss die vorige Negotiation innehalten und sich bemühen, H. zur Audienz zu verhelfen; wegen der Arrierbande versicherte er, dass dabei von der Abdication und dem Wahlwerk nichts tractiert werden würde. H. soll seinerseits diese consilia des Kf., von denen derselbe hofft, dass dadurch Polen zur Ruhe werde gebracht werden, dort aufs beste recommendieren und befördern, namentlich soll er mit dem Bischof von Béziers hieraus conferieren und als erste Probe der guten Intention von ihm begehren, dass er ihm beim Könige Audienz zu Wege bringe, er soll auch mit demselben und anderen dahin reden, dass die Abdication und Election möglichst bald stattfinde.

Wegen der Geldmittel geschieht sowohl bei dem hiesigen neuburgischen Residenten als auch bei dem Pfalzgrafen selbst Erinnerung, auch in Schweden wird die Sache beobachtet werden und Kf. mit dem R. Feldherrn durch jemand der Seinigen davon vertrauliche Communication pflegen lassen, auch wird Scultetus nächster Tage an den G. Kanzler und den Castellan von Posen abgefertigt werden, um ihnen von dem, was vorgeht, Mittheilung zu machen und ihre Vorschläge zu vernehmen.

Instruction für den geheimen Secretarius Joachimus Scultetus. D. Cöln a. d. Spree 26. October/[5. November] 1667.

[Sc. soll dem G. Kanzler die französischen Anträge mittheilen und dessen Rath erbitten, sich dann auch zum Castellan von Posen begeben.]

Der König von Frankreich hat[2]) durch Millet und andere Kf. ersucht, 5. Nov.

[1]) S. unten Abschn. VI.

[2]) S. oben S. 352.

sich bei dem burgundischen Werk neutral zu halten, die Rheinische Allianz auf einige Jahre zu prorogieren und die Mediation zwischen den beiden im Kriege begriffenen Kronen zu übernehmen, dagegen sich erboten, von der Beförderung Condé's abzustehen, vielmehr sich um Beruhigung der Republik und gewünschten Ausschlag des Electionswerkes so, wie Kf. selbst nebst seinen guten Freunden es begehren würde, zu bemühen. Dem Kf. ist diese letztere Offerte sehr unvermuthet gekommen, doch kann er nicht glauben, dass Betrug oder List dahinter stecken und der König die blasme auf sich laden sollte, seine königliche parole zu brechen und vor der ganzen Welt seine Unzuverlässigkeit darzuthun. Die Ursachen, die denselben dazu getrieben, könnten sein, dass er nach dem Tode der Königin sich seines Versprechens, für Condé oder dessen Sohn zu wirken, für entledigt halten und die Schwierigkeit der Durchsetzung der Wahl desselben eingesehen haben sollte, dass auch der jetzige Krieg in den Niederlanden ihm nicht gestatte, so genau wie früher auf das polnische Wesen Achtung zu geben, und er befürchte, dass die Wahl einen anderen Ausgang nehmen könnte.

Kf. wünscht nun des G. Kanzlers Meinung zu erfahren, ob und wie man sich bei diesen Conjuncturen dieses Anerbietens des Königs zu bedienen hätte, damit er sich in seinen dem Könige zu machenden Vorschlägen danach richten könne, namentlich: 1) ob der Bischof von Béziers, der sich bisher so odios gemacht, die Gemüther der Republik wiedergewinnen könnte, ob man also dessen Verbleiben oder Abschickung eines anderen zu begehren, 2) ob nicht der König von Frankreich gegen die Republik und auch gegen seine bisherigen Anhänger und den König von Polen deutlich zu erklären hätte, dass er sie aller ihrer Zusagen für Condé oder Enghien erliesse, und 3) verspreche ein der Republik und den Nachbaren anständiges Subjectum zur Krone befördern zu helfen.

Sollte Sc. merken, dass der G. Kanzler noch zur Beförderung Pfalz-Neuburgs zur Krone incliniere, so soll er mittheilen, dass der König von Frankreich Kf. habe versichern lassen, dieses Werk auf alle Weise befördern zu helfen, und ihm die Gründe vorstellen, derentwegen Kf. dieses für sehr nützlich halte.

Da der Castellan von Posen auch Sc. aufgefordert hat, auf die Grenze zu ihm zu kommen, so soll er sich auch zu demselben verfügen und mit ihm dieses Werk überlegen, doch nichts, was dem Kf. zum Nachtheil gereichen könnte, gegen ihn erwähnen, wenn er nicht vorher von dem G. Kanzler vernommen, dass jenem vollkommen zu trauen sei.

Joachim Scultetus an den Kurfürsten. D. Driesen 9./[19.] November 1667.

[Verhandlungen mit dem G. Kanzler und dem Castellan von Posen.]

19. Nov. Der G. Kanzler hat auf sein Anbringen erwidert, die französische Offerte komme ihm sehr verdächtig vor, doch müsse er die Gründe, weswegen Kf. meine,

dass Frankreich zur Aenderung seines Sinnes gekommen sein könne, anerkennen. Er rieth, dass der Bischof von Béziers abberufen werde, billigte die beiden anderen Vorschläge des Kf., wünschte aber, derselbe möchte noch 3 andere Bedingungen hinzufügen: 1) Frankreich müsste die Schrift, welche die verstorbene Königin in Polen von so vielen Senatoren und Vornehmen für die Wahl Condé's unterschrieben in Händen gehabt, cassieren und zurückkehren, 2) Räumung aller in Preussen besetzten Plätze bewirken, 3) keine Armee nach dem Elsass schicken. Kf. möchte sobald wie möglich jemand nach Frankreich schicken und diese Sache negotiieren lassen. Er selbst versprach, auch in der Wahlsache ganz Kf. zu folgen, die Abdankung des Königs nicht mehr zu verhindern und die Wahl Pfalz-Neuburgs nach Kräften zu befördern; da, wie er durch den Bischof von Cracau erfahren, der König wirklich abzudanken wünscht, wollte er an alle Woiwodschaften schreiben, ihre Deputierten auf künftigem Reichstage zu beauftragen, den König zu bitten, falls er abzudanken beschlossen habe, dies legitimo modo zu thun; er wolle sich bemühen, dass auf solchen Fall dem Könige die Oeconomie Sambor, die jährlich m/150 Gulden einbringe, zum Unterhalt gegeben würde, Kf. möchte Pfalz-Neuburg bestimmen, demselben gewisse lustige und anmuthige Oerter in Jülich oder Neuburg einzuräumen. Er versichert, dass nicht nur die von der Republik, sondern auch ganz Littauen mit dem von Kf. zur Krone Empfohlenen zufrieden sein würden. Den Castellan von Posen erklärte er für ganz unzuverlässig; nach dem Tode der Königin hätte sich eine Rechnung gefunden, nach der derselbe 6000 Gulden französische Gelder genommen. Doch sei es nicht räthlich, denselben ganz zu disgustieren.

Sc. ist daher auch bei Grzymultowski gewesen, hat denselben aber nur gefragt, was er dem Kf. wünsche hinterbringen zu lassen, worauf jener erwiderte, er hätte Kf. warnen wollen, im Fall es zum Generalaufgebot gekommen wäre, sich bei Zeiten in gute Verfassung zu setzen, wenn er von den grosspolnischen Woiwodschaften wäre ersucht worden; es wäre ein Glück, dass das Generalaufgebot nicht vor sich gegangen, sonst würde der Hof unfehlbar durchgedrungen haben, denn der Adel wäre in Haufen geritten, sehr perplex und kleinmüthig geworden, dass sie bei dieser beschwerlichen Herbstzeit zu Felde ziehen sollten. Er fürchte, der Hof wolle während des Reichstages doch noch etwas durch die Tataren und Kosacken tentieren, er wäre daher darauf bedacht, dass auf den Seymiken etwas gewisses wegen des Generalaufgebots gegen künftigen Frühling beschlossen werde, man dürfte nicht eher vom Pferde absitzen und nach Hause zurückkehren, bis das Electionswesen gänzlich zu Ende gebracht wäre. Kf. möchte sich beim Kaiser bemühen, dass dieser mit in die Liga, welche Kf. mit Schweden zu gunsten Pfalz-Neuburgs gemacht, trete, bisher incliniere der Kaiser mehr zum Markgrafen von Baden als zu diesem. Er hoffe, wenn er mit Kf. auf Niemeritz' Gütern zusammenkäme, demselben nähere Nachricht abstatten zu können.

v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 9. August 1667.

[Bemühungen des französischen Gesandten für die Heirath des polnischen Königs mit der neuburgischen Prinzessin. Ungnade des Königs gegen v. Hoverbeck.]

9. Aug. Der[1]) französische Gesandte hat Giese erzählt, er habe dem Könige die Heirath mit der Tochter des Pfalzgrafen vorgeschlagen, er hat auch des Successes halber grosse Hoffnungen gemacht und sich ausgebeten, dass ihm das Contrefait übergeben werde, er wolle den Kuppler spielen. Am folgenden Tage hat derselbe auch ihn, H., besucht, mit ihm von der Sache gesprochen und ihm einzubilden gesucht, dass es seinem Könige und ihm selbst ein rechter Ernst damit sei. Auf seine Frage, wie der König die Proposition aufgenommen, erwiderte er, derselbe bleibe zwar dabei, er wolle nicht heirathen, habe aber doch hinzugesetzt, wenn sie nicht zu jung wäre. H. hat auch mit dem Primas[2]) von dieser Sache geredet, derselbe bemerkte, der französische Gesandte habe auch ihm gegenüber erklärt, dass sein König dieselbe ernstlich meine, seiner Meinung nach aber würde es bei dieser Proposition nicht bleiben, sondern der französische Gesandte würde nächstens Ordre erhalten, den Herzog von Neuburg selbst directe zu proponieren und zur Krone zu befördern, er hoffe dann bei dieser Gelegenheit der Republik die fremden Curatelen zu entziehen und den bei den Interregnis zu besorgenden Inconvenientien vorzubeugen, und er erklärte schliesslich, wie schon früher oft, die Republik würde Kf., wenn er katholisch wäre, allen anderen vorziehen. Jedenfalls scheint ihm die französische Proposition ganz entgegen und daraus zu schliessen zu sein, dass dieselbe ernstlich gemeint ist[3]). Des Königs Ungnade gegen H., behauptete der Primas, komme daher, weil von des Kf. Hofe, also ohne Zweifel von Millet, hergeschrieben worden, H. hätte durch seine Berichte verhindert, dass sich Kf. mit Frankreich gefügt, denn so oft dort aus des französischen Gesandten Schreiben etwas von dem Zustande der Republik wäre angezogen worden, sei darauf erwidert worden, H. hätte das Widerspiel berichtet.

---

[1]) Vgl. Pufendorf X. § 66 (S. 704).

[2]) Nicolaus Prazmowski.

[3]) H. meldet am 13. August, Giese habe bei dem Könige in der Heirathsangelegenheit Audienz gehabt und die Resolution erhalten, die Wunde wäre noch zu frisch, als dass er jetzt schon auf solche Gedanken kommen könnte, sollte es aber künftig geschehen, so wollte er die Prinzessin und Allianz mit Pfalz-Neuburg vor anderen in sonderbare Consideration nehmen. G. baue fest auf die Zusage des französischen Gesandten und halte sich des Erfolges fest versichert, er selbst aber habe noch viele Zweifel bei der Sache. Auch Kf. (d. Potsdam 9./[19.] August 1667) äussert H. gegenüber den Verdacht, dass diese Recommendation des Pfalzgrafen seitens Frankreichs nicht ehrlich gemeint sei. Vgl. über jene Audienz Giese's bei dem Könige das Schreiben Bonzi's an Millet vom 29. Juli 1667 (Recueil des instructions IV. S. XLVI Anm. 1).

Memorial, wonach sich unser — Geheimer Secretarius Joachimus Scultetus[1]) bei der nacher Gross Polen ihm aufgetragenen Schickung zu achten. D. Peitz 2./[12.] August 1667.

[Dem G. Kanzler zu machende Mittheilungen.]

Er soll sich zum G. Kanzler begeben und demselben mittheilen, vor 12. Aug.
einigen Tagen sei der Abt zu Blesen[2]) nebst einigen anderen aus Grosspolen bei Kf. in Cüstrin gewesen und hätten von ihm zu wissen verlangt, wessen sie sich zu den Franzosen zu versehen, gegen welche sie eine grosse Animosität bezeugt. Kf. hat ihnen darauf von der von Frankreich an ihn und andere deutsche Fürsten gestellten Forderung freien Durchzuges für die nach Polen bestimmten Truppen und von Morsteins Discursen Mittheilung gemacht, und als sie darüber sehr unwillig ihn gebeten, sich ihrer anzunehmen, ihnen dieses zugesagt und ihnen mitgetheilt, dass die zu Cöln versammelten Fürsten[3]) den Durchzug abgeschlagen und dass er auch hoffe, Schweden von Frankreichs Seite auf die der Republik zu ziehen; der Tractat, welchen er mit Schweden abgeschlossen[4]), würde zwar hin und wieder traduciert, er suche dabei aber nicht sein Interesse, sondern den Wohlstand der Republik und des gemeinen Wesens Sicherheit. Die Grosspolen hätten zwar bezeugt, dass sie dermaleins in casu vacantiae nichts lieber wünschten, als dass Kf. eine Messe hören möchte und sie ihn zu ihrem Könige haben könnten, er habe ihnen aber gedankt mit Anführung verschiedener Rationen, warum sie solchenfalls ihre Gedanken auf ein anderes geeigneteres Subject richten sollten.

Sc. soll sich auch bemühen, den Zwist zwischen dem G. Kanzler und dem Castellan von Posen[5]) zu schlichten, und sich zu diesem Zwecke auch zu diesem begeben.

Sc. soll sich auch bei dem G. Kanzler in des Kf. Namen darüber beschweren, dass dessen Gesandten der französischen Partei zu Liebe die Audienz verweigert werde, und um seinen Rath bitten, wie Kf. sich dabei comportieren sollte.

---

[1]) Der frühere Sekretär v. Hoverbecks, s. oben S. 304.

[2]) Opalinski, der Bruder des Woiwoden von Kalisch. Vgl. Urk. u. Act. XIV, 1 S. 328.

[3]) S. unten Abschn. VI.

[4]) Der Vertrag vom 22. Juni/2. Juli 1667, s. oben S. 196.

[5]) v. Hoverbeck hatte am 23. Mai gemeldet, der Castellan von Posen Grzymultowski habe von den durch den Tod der Königin erledigten Starosteien die von Uist und Schneidemühl erhalten und dadurch den Verdacht seiner bisherigen Parteigenossen erregt, derselbe habe ihm aber versichert, dass er nach wie vor bei der guten Partei ausharren werde.

v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 9. August 1667.

[Bemühungen des französischen Gesandten für die Heirath des polnischen Königs mit der neuburgischen Prinzessin. Ungnade des Königs gegen v. Hoverbeck.]

9. Aug. Der[1] französische Gesandte hat Giese erzählt, er habe dem Könige die Heirath mit der Tochter des Pfalzgrafen vorgeschlagen, er hat auch des Successes halber grosse Hoffnungen gemacht und sich ausgebeten, dass ihm das Contrefait übergeben werde, er wolle den Kuppler spielen. Am folgenden Tage hat derselbe auch ihn, H., besucht, mit ihm von der Sache gesprochen und ihm einzubilden gesucht, dass es seinem Könige und ihm selbst ein rechter Ernst damit sei. Auf seine Frage, wie der König die Proposition aufgenommen, erwiderte er, derselbe bleibe zwar dabei, er wolle nicht heirathen, habe aber doch hinzugesetzt, wenn sie nicht zu jung wäre. H. hat auch mit dem Primas[2] von dieser Sache geredet, derselbe bemerkte, der französische Gesandte habe auch ihm gegenüber erklärt, dass sein König dieselbe ernstlich meine, seiner Meinung nach aber würde es bei dieser Proposition nicht bleiben, sondern der französische Gesandte würde nächstens Ordre erhalten, den Herzog von Neuburg selbst directe zu proponieren und zur Krone zu befördern, er hoffe dann bei dieser Gelegenheit der Republik die fremden Curatelen zu entziehen und den bei den Interregnis zu besorgenden Inconvenientien vorzubeugen, und er erklärte schliesslich, wie schon früher oft, die Republik würde Kf., wenn er katholisch wäre, allen anderen vorziehen. Jedenfalls scheint ihm die französische Proposition ganz entgegen und daraus zu schliessen zu sein, dass dieselbe ernstlich gemeint ist[3]. Des Königs Ungnade gegen H., behauptete der Primas, komme daher, weil von des Kf. Hofe, also ohne Zweifel von Millet, hergeschrieben worden, H. hätte durch seine Berichte verhindert, dass sich Kf. mit Frankreich gefügt, denn so oft dort aus des französischen Gesandten Schreiben etwas von dem Zustande der Republik wäre angezogen worden, sei darauf erwidert worden, H. hätte das Widerspiel berichtet.

---

[1] Vgl. Pufendorf X. § 66 (S. 704).

[2] Nicolaus Prazmowski.

[3] H. meldet am 13. August, Giese habe bei dem Könige in der Heirathsangelegenheit Audienz gehabt und die Resolution erhalten, die Wunde wäre noch zu frisch, als dass er jetzt schon auf solche Gedanken kommen könnte, sollte es aber künftig geschehen, so wollte er die Prinzessin und Allianz mit Pfalz-Neuburg vor anderen in sonderbare Consideration nehmen. G. baue fest auf die Zusage des französischen Gesandten und halte sich des Erfolges fest versichert, er selbst aber habe noch viele Zweifel bei der Sache. Auch Kf. (d. Potsdam 9./[19.] August 1667) äussert H. gegenüber den Verdacht, dass diese Recommendation des Pfalzgrafen seitens Frankreichs nicht ehrlich gemeint sei. Vgl. über jene Audienz Giese's bei dem Könige das Schreiben Bonzi's an Millet vom 29. Juli 1667 (Recueil des instructions IV. S. XLVI Anm. 1).

Memorial, wonach sich unser — Geheimer Secretarius Joachimus Scultetus[1]) bei der nacher Gross Polen ihm aufgetragenen Schickung zu achten. D. Peitz 2./[12.] August 1667.

[Dem G. Kanzler zu machende Mittheilungen.]

Er soll sich zum G. Kanzler begeben und demselben mittheilen, vor 12. Aug.
einigen Tagen sei der Abt zu Blesen[2]) nebst einigen anderen aus Grosspolen bei Kf. in Cüstrin gewesen und hätten von ihm zu wissen verlangt, wessen sie sich zu den Franzosen zu versehen, gegen welche sie eine grosse Animosität bezeugt. Kf. hat ihnen darauf von der von Frankreich an ihn und andere deutsche Fürsten gestellten Forderung freien Durchzuges für die nach Polen bestimmten Truppen und von Morsteins Discursen Mittheilung gemacht, und als sie darüber sehr unwillig ihn gebeten, sich ihrer anzunehmen, ihnen dieses zugesagt und ihnen mitgetheilt, dass die zu Cöln versammelten Fürsten[3]) den Durchzug abgeschlagen und dass er auch hoffe, Schweden von Frankreichs Seite auf die der Republik zu ziehen; der Tractat, welchen er mit Schweden abgeschlossen[4]), würde zwar hin und wieder traduciert, er suche dabei aber nicht sein Interesse, sondern den Wohlstand der Republik und des gemeinen Wesens Sicherheit. Die Grosspolen hätten zwar bezeugt, dass sie dermaleins in casu vacantiae nichts lieber wünschten, als dass Kf. eine Messe hören möchte und sie ihn zu ihrem Könige haben könnten, er habe ihnen aber gedankt mit Anführung verschiedener Rationen, warum sie solchenfalls ihre Gedanken auf ein anderes geeigneteres Subject richten sollten.

Sc. soll sich auch bemühen, den Zwist zwischen dem G. Kanzler und dem Castellan von Posen[5]) zu schlichten, und sich zu diesem Zwecke auch zu diesem begeben.

Sc. soll sich auch bei dem G. Kanzler in des Kf. Namen darüber beschweren, dass dessen Gesandten der französischen Partei zu Liebe die Audienz verweigert werde, und um seinen Rath bitten, wie Kf. sich dabei comportieren sollte.

---

[1]) Der frühere Sekretär v. Hoverbecks, s. oben S. 304.

[2]) Opalinski, der Bruder des Woiwoden von Kalisch. Vgl. Urk. u. Act. XIV, 1 S. 328.

[3]) S. unten Abschn. VI.

[4]) Der Vertrag vom 22. Juni/2. Juli 1667, s. oben S. 196.

[5]) v. Hoverbeck hatte am 23. Mai gemeldet, der Castellan von Posen Grzymultowski habe von den durch den Tod der Königin erledigten Starosteien die von Uist und Schneidemühl erhalten und dadurch den Verdacht seiner bisherigen Parteigenossen erregt, derselbe habe ihm aber versichert, dass er nach wie vor bei der guten Partei ausharren werde.

J. Scultetus an den Kurfürsten. D. Goschlin [1]) 6./[16.] August 1667.

16. Aug. Er ist hier bei dem G. Kanzler angekommen und hat demselben, was ihm Kf. aufgetragen, hinterbracht. Der G. Kanzler äusserte grosse Freude über des Kf. Wohlwollen gegen die Republik und über den glücklichen Abschluss der Verhandlungen mit Schweden, er hätte, um sich danach zu erkundigen, vor einigen Tagen seinen Secretar Woiakowski an Kf. geschickt. Die französische Partei sei jetzt zwar nicht mehr so übermüthig wie früher, hielte aber öfters geheime conventicula und würde ohne Zweifel versuchen, bei dem Begräbnis in Cracau etwas neues der Abdication halber auf die Bahn zu bringen, er wäre noch sehr zweifelhaft, ob er dorthin gehen sollte, und hätte es auch vielen polnischen und littauischen Senatoren widerrathen; sollte er sich entschliessen hinzureisen, so wollte er nur bis Czenstochau gehen, daselbst sich am Podagra krank machen und zusehen, wie die Sache sich anschicke. Ueber die Verweigerung der Audienz bezeigte er grosses Missfallen, bat aber, Kf. möchte nicht die Republik das, was der Hof auf Antrieb des französischen Gesandten auf seinen Kopf thäte, entgelten lassen, an Frankreich könnte er sich am besten dadurch rächen, dass er durch Connivieren dessen Ausschluss bei der Wahl durchsetzte; er rieth, Kf. möchte sich deshalb bei den Bischöfen von Cujavien und Cracau und dem Erzbischof beklagen.

Betreffend seinen Zwist mit dem Castellan von Posen erklärte er, derselbe sei sehr talentvoll und hätte grossen Anhang bei dem Adel, er könnte demselben aber in publicis nicht vollkommen trauen, bis er seine begangenen Fehler agnoscierte und in der That zu erkennen gebe, dass er seine Meinung wieder geändert hätte, bisher hätte er denselben sehr mutabilis gefunden; dass der Castellan zu Kf. kommen würde, bezweifelte er, war aber sehr einverstanden damit, dass sich Sc. zu demselben begebe und ihm dieses vorschlage [2]).

Der Kurfürst an v. Hoverbeck. D. Potsdam 2./[12.] September 1667.

[v. Hoverbeck's Reise nach Cracau.]

12. Sept. Er hat grosses Bedenken, H. bei dieser Bewandnis zum Könige nach Cracau [3]) zu senden, da er aber vermuthet, dass eben jetzt dort Dinge passie-

---

[1]) Besitzung des G. Kanzlers Lesczynski in der Nähe von Posen.

[2]) Ein weiterer Bericht des Scultetus ist nicht vorhanden. Kf. theilt 19. August v. Hoverbeck mit, er habe dem G. Kanzler abermals 1000 Thaler versprochen, wolle auch durch de Goes den Kaiser ermahnen, denselben zu unterstützen, auch der Pfalzgraf müsse desgleichen thun.

[3]) Dort sollte Ende September das Leichenbegängnis der Königin stattfinden. Ueber die anfänglich von französischer Seite gehegte Absicht, dass Condé dort selbst

ren möchten, bei denen seine Gegenwart nöthig, so soll sich H. bis Czenstochau begeben und von da aus mit einem Confidenten sowohl der gemeinen Sache als auch der Audienz wegen correspondieren und dabei anzeigen, dass, wenn ihm die Audienz länger versagt würde, Kf. dieses ahnden müsse[1]).

Der Kurfürst an v. Hoverbeck. D. Cöln a. d. Spree 6./[16.] September 1667.

[Mittheilungen des Abtes von Blesen.]

Der Abt von Blesen Opalinski[2]) ist dieser Tage abermals bei ihm ge- 16. Sept.
wesen und hat vornehmlich angebracht, dass bei der immer mehr drohenden Türkengefahr die Republik auf Kf. und den von diesem gehofften Succurs ihre grösste Zuversicht setze. Kf. hat sich darauf zur Beförderung des Friedens erboten, auch im Beisein desselben mit dem kaiserlichen Gesandten davon geredet, wie darin zu negotiieren wäre, auch versprochen, der Republik mit Rath und That zu assistieren. Ausserdem erwähnte der Abt, es wäre nöthig, dass ein capables Subject von der guten Partei bei der Armee wäre, die Correspondenz zu unterhalten, die Polen wollten darauf bedacht sein und weitere Vorschläge machen, endlich meldete er noch, dass Graf Krenski[3]) von seinem Herrn aus Polen abgerufen sei.

---

v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Cracau 20. September 1667.

[Ungünstiger Empfang. Argwohn gegen die Absichten des Hofes.]

Er hat auf der Reise, etliche Meilen von hier, seinen Secretär mit Schrei- 20. Sept.
ben an die beiden Kanzler, den Hofmarschall und den Castellan von Posen hierher vorausgeschickt, um zu erfahren, wie der Hof gesinnt sei. Da die Antworten günstig lauteten, so ist er gestern hier eingetroffen, hat aber heute von dem G. Kanzler den Bescheid erhalten, da der König ihn nicht unter denen genannt, die er zum Leichenbegängnis einladen sollte, so hätte er es auch bei ihm nicht thun können, der König beharre auch dabei, er könnte ihm keine Audienz ertheilen, bis er auf seine Schreiben vom Kf. Antwort empfangen hätte.

---

erscheinen und dass bei dieser Gelegenheit dessen Wahl ins Werk gesetzt werden sollte, s. Recueil des instructions IV. S. 87.

[1]) Kf. hatte schon am 19. August 1667 sowohl an den König von Polen als auch an den Erzbischof von Gnesen Prazmowski, den G. Kanzler Lesczynski, den Bischof von Cracau Trzebicki und den Bischof von Cujavien Czartoryski Schreiben erlassen, in denen er über die Verweigerung der von H. erbetenen Audienz Beschwerde führt.

[2]) S. oben S. 347.

[3]) S. oben S. 250.

Wie er durch den Castellan von Posen erfahren, sucht man den Reichsuntertruchsess Potocki und durch diesen dessen Bruder, den K. Fähndrich, zu gewinnen, dieses lässt nicht erkennen, dass es mit der Renunciation auf die vorigen Desseins und dem Vorschlage der neuburgischen Heirath ein rechter Ernst sei, auch Giese zweifelt daran, da man ihn immer kaltsinniger behandele, und gedenkt daher abzureisen.

v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 15. October 1667.

[Gehässige Aeusserungen über den Vertrag des Kf. mit Schweden. Umtriebe der französischen Partei.]

15. Oct. Nachdem jetzt sowohl publice als privatim von keiner Sache mehr gesprochen wird als von der zwischen Kf. und Schweden zur Aufrechterhaltung der Freiheiten dieses Reiches abgeschlossenen Allianz[1]), haben sowohl bei den Visiten gegen ihn als auch sonst, namentlich in dem Hauptconsilio, die meisten Bischöfe und Woiwoden dieses Werk mit gar verhassten Worten traduciert und verlangt, dass der Reichs-Primas im Namen des ganzen Senats ein scharfes Resentimentschreiben dagegen erliesse und sich darin beklagte, dass sich andere zu ihren Curatoren aufwerfen und ihnen einen Herren aufdringen wollten, doch hat man auf die Remonstrationen des Castellans von Posen, des K. G. Kanzlers und des Littauischen G. Kanzlers davon Abstand genommen. Doch hat die Gegenpartei sich keineswegs zufrieden gegeben, sondern wartet nur, bis sie et wa Schweden, woran stark gearbeitet wird, von Kf. separiert hätten. H. I[illegible]at vorläufig, um eine solche Separation möglichst zu verhüten, die Copie der Allia[illegible]anz noch Niemand mitgetheilt, er schlägt vor, Kf. und Schweden möchten ein G[illegible]e-samtschreiben an den König und an die Stände, womöglich auch an d[illegible]lie Kreise, richten, in dem sie sich beklagten, dass noch vor erfolgter Notificati[illegible]on ihre Intention missdeutet würde, und versicherten, dass alles ohne Präjudiz f[illegible]für den König und die Stände nur zum Besten derselben gemeint sei.

Trotz der Erklärungen des französischen Gesandten wird an der Kron- un[illegible]n Littauischen Armee und auch bei dem Adel in den Kreisen stark gearbeit[illegible]te und manche von der Sache der Republik abwendig gemacht. Es fehlt, nac[illegible]h dem der Kastellan von Posen in Verdacht gerathen[2]), der guten Partei an eine[illegible]m Haupte. Der K. G. Kanzler[3]) ist wohl an treuer Standhaftigkeit und Thäti[illegible]g-keit nicht zu verbessern, aber er ist leichtgläubig und überlegt nicht ger[illegible]n dubia oder Difficultäten, es fehlt auch sehr an Gelde.

Der K. G. Kanzler und andere Patrioten dringen in den Kaiser, sich fü[illegible] Pfalz-Neuburg zu erklären, und hoffen, derselbe werde sich dazu ode[illegible] wenigstens zum Eintritt in die mit Schweden abgeschlossene Allianz verstehen.

[1]) S. oben S. 196.
[2]) S. oben S. 347.
[3]) Vgl. Recueil des instructions IV. S. 73f.

H. hat aber an den kaiserlichen Ministern hier und in Cracau gemerkt, dass solches schwerlich geschehen wird, auch wenn Kf. Hackeberg dorthin mit drohenden Protestationen abschicken sollte. Gelingt es, den Kaiser zum Beitritt zu der Allianz zu bewegen, so würden die Geistlichen wohl kein Bedenken tragen, sich unter deren Protektion zu begeben, während sie, wenn dieselbe nur aus zwei protestierenden Fürsten bestände, sich dazu nicht verstehen würden.

Nach Giese's Mittheilung hat der König von Frankreich seinem Herren nicht nur zur Heirath sondern auch zur Krone seine officia angeboten, doch geschieht nichts dafür, es wird vielmehr dagegen gearbeitet. Vermuthlich wird bei herandringender Macht der Tataren und Kosacken, zumal da die Armee ganz abgeschnitten ist und der Feldherr in Podhayce belagert wird[1]), der König abdanken, und dann der Primas mit der französischen Partei unter dem Vorwande, dass nur mit Geld die Tataren abzuwehren, solches aber nur von Frankreich unter der Bedingung der Wahl Condé's zu erlangen sei, diese Wahl durchsetzen. Dagegen sehen die guten Patrioten kein anderes Mittel als das Generalaufgebot, wozu sie vom Kf. Fussvolk und Dragoner erbitten wollen.

---

7. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 18. October 1667.

[Vorgänge in Cracau. Gerücht von der beabsichtigten Heirath des polnischen Königs mit der verwittweten Kaiserin. Vorschläge der Wohlgesinnten.]

An dem Leichenbegängnis der Königin[2]) hat er, obwohl er durch den Primas Nachricht erhalten, dem Könige würde seine Anwesenheit lieb sein, doch, nachdem er kurz vor dem actus von dem Hofmarschall erfahren, die Bischöfe wollten nur den Gesandten der gekrönten Häupter den Vortritt lassen, was gegen allen bisherigen Gebrauch sein würde, nicht Theil genommen, um aber die Possession des Vorsitzes beizubehalten, hat er sich bei den Banquetten, welche der K. G. Kanzler und der Woiwode von Cracau gegeben, eingefunden und dort auch den Vorsitz bekommen. 18. Oct.

Von der Heirath des Königs mit der verwittweten Kaiserin[3]) ist von keiner von beiden Seiten etwas gesucht oder in Vorschlag gebracht worden, der kaiserliche Gesandte, Baron v. Meyenberg versichert, dass von Seiten des Kaisers nur in general terminis ohne Nennung eines subjecti von der Heirath gesprochen worden und dass Graf Schafgotsch nur das Bild des Kaisers mit herübergebracht und unter seinem Baldaquin angehangen habe. H. glaubt, dass

[1]) S. Kochowski III. S. 286ff.

[2]) S. Kochowski III. S. 280ff.

[3]) S. über dieses Gerücht und die Besorgnisse des Kf. deswegen Urk. u. Act. II. S. 480. Kf. hatte am 22. September, auf Nachrichten von Wien her, deswegen bei H. angefragt.

der König unverheirathet bleiben wird, da dieses denen, die seiner jetzt ganz mächtig sind, mehr zu statten kommen würde.

Der Hof gewinnt täglich bei der Armee und unter den Ständen mehr Anhänger. Der G. Kanzler baut vornehmlich auf das, was er Kf. durch Wojakowski[1]) hat mittheilen lassen; nach der Meinung der Wohlgesinnten müsste:

1) zu Beibehaltung gewisser subjectorum möglichst bald Geld nach Cracau oder Breslau geschickt werden,

2) bald eine capable und vertraute Person zur Armee geschickt und beständig daselbst gehalten werden,

3) der Kaiser und Kf. ihre Infanterie an den Grenzen in steter Bereitschaft halten. Da man vermuthet, dass die Gegenpartei vermittelst einer unvermutheten Abdication und Uebereilung durchzudringen hoffe, wäre Schweden zu treuer Cooperation zu disponieren; Volk hineinzuführen würde sich wegen der Tartaren und Türken besser fügen als bloss wegen zu besorgender Oppression bei der Wahl, worauf die Stockholmische Allianz zielt.

O. v. Schwerin an v. Hoverbeck. D. Cöln a. d. Spree 18./28. October 1667.

[Bemühungen, den Kaiser für Pfalz-Neuburg zu gewinnen. Französische, durch die Neuburger gemachte Anerbietungen.]

28. Oct. Auf Befehl des nach Potsdam gereisten Kf. hat er H.'s Relation vom 15. Oct. dem kaiserlichen und dem neuburgischen Gesandten mitgetheilt und zugleich dem ersteren angezeigt, dass sich der Kaiser ohne längeren Verzug für Pfalz-Neuburg erklären möchte, sonst sei zu fürchten, dass dieser sich aus Desperation ganz an Frankreich schlagen werde. de Goes hat die Nachrichten H.'s wegen der Tataren sehr apprehendiert. Die Neuburger proponieren[2]), wenn Kf. eine Neutralität[3]) versprechen wolle, so wolle Frankreich sofort verschaffen, dass der König abdicieren und der Herzog succedieren solle. Wenn die Neutralität einen terminum haben kann und der König sich mit einem billigmässigen contentieren und Frieden machen will, so könnte es wohl geschehen, Kf. wünscht, dass der G. Kanzler und andere Patrioten an den Kaiser schicken und von diesem verlangen, dass er das foedus in Schweden mit annehme und den Herzog recommendiere, v. Blumenthal[4]) geht auch dorthin, solches zu treiben. Kf. hätte gewünscht, dass H. das foedus nur gezeigt und cum fiducia communiciert hätte, er wird deshalb Ordre[5]) erhalten.

---

[1]) S. oben S. 348.
[2]) S. Urk. u. Act. II. S. 487f.
[3]) in dem französisch-spanischen Kriege.
[4]) S. über dessen Sendung unten Abschn. IV.
[5]) Eine solche ergeht an H. am 19./[29.] October.

O. v. Schwerin an v. Hoverbeck. D. Cöln a. d. Spree 25. October/[4. November] 1667.

solution des Kf. auf die neuen Anträge Millets. H. soll Béziers zum Zusammenwirken mit ihm zu bewegen suchen. Scultetus' Sendung.]

Kf. hat[1]), nachdem der König von Frankreich durch Millet ihm neue 4. Nov.
positionen machen lassen, seinen Räthen im Haag befohlen, zwar in den
ianztraktaten fortzufahren und dieselben dahin zu richten, dass ein armisti-
m zwischen den in den Niederlanden kriegführenden Parteien abgeschlossen
l darauf die Friedenshandlung fortgesetzt werde, inzwischen aber die Paciscen-
sich in solche Verfassung mit Völkern für das Vorjahr setzen, dass der
eden auch dadurch befördert werde, zugleich hat Kf. in einem Postscript
aspeil die französischen Propositionen und wohin seine Gedanken dabei
ıen, eröffnet, wonach auch H. sich in seiner Negotiation zu richten haben
:d. Schw. hat Millet ersucht, sofort den Bischof von Béziers aufzufordern,
ı nun an in Conformität mit Kf. dort in dem Wahlwerk zu negotiieren.
llet erklärte darauf, Béziers könnte vor Rückkehr seines nach Paris ge-
ıickten Couriers, den der König bis auf erfolgte Resolution des Kf. aufgehalten,
:ht für Pfalz-Neuburg negotiieren, allein derselbe würde auf sein Zu-
ıreiben gewiss die vorige Negotiation innehalten und sich bemühen, H. zur
ıdienz zu verhelfen; wegen der Arrierbande versicherte er, dass dabei von
r Abdication und dem Wahlwerk nichts tractiert werden würde. H. soll
inerseits diese consilia des Kf., von denen derselbe hofft, dass dadurch Polen
r Ruhe werde gebracht werden, dort aufs beste recommendieren und befördern,
mentlich soll er mit dem Bischof von Béziers hieraus conferieren und als
ste Probe der guten Intention von ihm begehren, dass er ihm beim Könige
ıdienz zu Wege bringe, er soll auch mit demselben und anderen dahin reden,
ss die Abdication und Election möglichst bald stattfinde.

Wegen der Geldmittel geschieht sowohl bei dem hiesigen neuburgischen
:sidenten als auch bei dem Pfalzgrafen selbst Erinnerung, auch in Schweden
rd die Sache beobachtet werden und Kf. mit dem R. Feldherrn durch jemand
r Seinigen davon vertrauliche Communication pflegen lassen, auch wird Scul-
tus nächster Tage an den G. Kanzler und den Castellan von Posen ab-
fertigt werden, um ihnen von dem, was vorgeht, Mittheilung zu machen
ıd ihre Vorschläge zu vernehmen.

ıstruction für den geheimen Secretarius Joachimus Scultetus. D. Cöln a. d. Spree 26. October/[5. November] 1667.

c. soll dem G. Kanzler die französischen Anträge mittheilen und dessen Rath erbitten, sich dann auch zum Castellan von Posen begeben.]

Der König von Frankreich hat[2]) durch Millet und andere Kf. ersucht, 5. Nov.

[1]) S. unten Abschn. VI.

[2]) S. oben S. 352.

sich bei dem burgundischen Werk neutral zu halten, die Rheinische Allianz auf einige Jahre zu prorogieren und die Mediation zwischen den beiden im Kriege begriffenen Kronen zu übernehmen, dagegen sich erboten, von der Beförderung Condé's abzustehen, vielmehr sich um Beruhigung der Republik und gewünschten Ausschlag des Electionswerkes so, wie Kf. selbst nebst seinen guten Freunden es begehren würde, zu bemühen. Dem Kf. ist diese letztere Offerte sehr unvermuthet gekommen, doch kann er nicht glauben, dass Betrug oder List dahinter stecken und der König die blasme auf sich laden sollte, seine königliche parole zu brechen und vor der ganzen Welt seine Unzuverlässigkeit darzuthun. Die Ursachen, die denselben dazu getrieben, könnten sein, dass er nach dem Tode der Königin sich seines Versprechens, für Condé oder dessen Sohn zu wirken, für entledigt halten und die Schwierigkeit der Durchsetzung der Wahl desselben eingesehen haben sollte, dass auch der jetzige Krieg in den Niederlanden ihm nicht gestatte, so genau wie früher auf das polnische Wesen Achtung zu geben, und er befürchte, dass die Wahl einen anderen Ausgang nehmen könnte.

Kf. wünscht nun des G. Kanzlers Meinung zu erfahren, ob und wie man sich bei diesen Conjuncturen dieses Anerbietens des Königs zu bedienen hätte, damit er sich in seinen dem Könige zu machenden Vorschlägen danach richten könne, namentlich: 1) ob der Bischof von Béziers, der sich bisher so odios gemacht, die Gemüther der Republik wiedergewinnen könnte, ob man also dessen Verbleiben oder Abschickung eines anderen zu begehren, 2) ob nicht der König von Frankreich gegen die Republik und auch gegen seine bisherigen Anhänger und den König von Polen deutlich zu erklären hätte, dass er sie aller ihrer Zusagen für Condé oder Enghien erliesse, und 3) versprechen, ein der Republik und den Nachbaren anständiges Subjectum zur Krone befördern zu helfen.

Sollte Sc. merken, dass der G. Kanzler noch zur Beförderung Pfalz-Neuburgs zur Krone incliniere, so soll er mittheilen, dass der König von Frankreich Kf. habe versichern lassen, dieses Werk auf alle Weise befördern zu helfen, und ihm die Gründe vorstellen, derentwegen Kf. dieses für sehr nützlich halte.

Da der Castellan von Posen auch Sc. aufgefordert hat, auf die Grenze zu ihm zu kommen, so soll er sich auch zu demselben verfügen und mit ihm dieses Werk überlegen, doch nichts, was dem Kf. zum Nachtheil gereichen könnte, gegen ihn erwähnen, wenn er nicht vorher von dem G. Kanzler vernommen, dass jenem vollkommen zu trauen sei.

Joachim Scultetus an den Kurfürsten. D. Driesen 9./[19.] November 1667.

[Verhandlungen mit dem G. Kanzler und dem Castellan von Posen.]

19. Nov. Der G. Kanzler hat auf sein Anbringen erwidert, die französische Offerte komme ihm sehr verdächtig vor, doch müsse er die Gründe, weswegen Kf. meine-

dass Frankreich zur Aenderung seines Sinnes gekommen sein könne, anerkennen. Er rieth, dass der Bischof von Béziers abberufen werde, billigte die beiden anderen Vorschläge des Kf., wünschte aber, derselbe möchte noch 3 andere Bedingungen hinzufügen: 1) Frankreich müsste die Schrift, welche die verstorbene Königin in Polen von so vielen Senatoren und Vornehmen für die Wahl Condé's unterschrieben in Händen gehabt, cassieren und zurückkehren, 2) Räumung aller in Preussen besetzten Plätze bewirken, 3) keine Armee nach dem Elsass schicken. Kf. möchte sobald wie möglich jemand nach Frankreich schicken und diese Sache negotiieren lassen. Er selbst versprach, auch in der Wahlsache ganz Kf. zu folgen, die Abdankung des Königs nicht mehr zu verhindern und die Wahl Pfalz-Neuburgs nach Kräften zu befördern; da, wie er durch den Bischof von Cracau erfahren, der König wirklich abzudanken wünscht, wollte er an alle Woiwodschaften schreiben, ihre Deputierten auf künftigem Reichstage zu beauftragen, den König zu bitten, falls er abzudanken beschlossen habe, dies legitimo modo zu thun; er wolle sich bemühen, dass auf solchen Fall dem Könige die Oeconomie Sambor, die jährlich m/150 Gulden einbringe, zum Unterhalt gegeben würde, Kf. möchte Pfalz-Neuburg bestimmen, demselben gewisse lustige und anmuthige Oerter in Jülich oder Neuburg einzuräumen. Er versichert, dass nicht nur die von der Republik, sondern auch ganz Littauen mit dem von Kf. zur Krone Empfohlenen zufrieden sein würden. Den Castellan von Posen erklärte er für ganz unzuverlässig; nach dem Tode der Königin hätte sich eine Rechnung gefunden, nach der derselbe 6000 Gulden französische Gelder genommen. Doch sei es nicht räthlich, denselben ganz zu disgustieren.

Sc. ist daher auch bei Grzymultowski gewesen, hat denselben aber nur gefragt, was er dem Kf. wünsche hinterbringen zu lassen, worauf jener erwiderte, er hätte Kf. warnen wollen, im Fall es zum Generalaufgebot gekommen wäre, sich bei Zeiten in gute Verfassung zu setzen, wenn er von den grosspolnischen Woiwodschaften wäre ersucht worden; es wäre ein Glück, dass das Generalaufgebot nicht vor sich gegangen, sonst würde der Hof unfehlbar durchgedrungen haben, denn der Adel wäre in Haufen geritten, sehr perplex und kleinmüthig geworden, dass sie bei dieser beschwerlichen Herbstzeit zu Felde ziehen sollten. Er fürchte, der Hof wolle während des Reichstages doch noch etwas durch die Tataren und Kosacken tentieren, er wäre daher darauf bedacht, dass auf den Seymiken etwas gewisses wegen des Generalaufgebots gegen künftigen Frühling beschlossen werde, man dürfte nicht eher vom Pferde absitzen und nach Hause zurückkehren, bis das Electionswesen gänzlich zu Ende gebracht wäre. Kf. möchte sich beim Kaiser bemühen, dass dieser mit in die Liga, welche Kf. mit Schweden zu gunsten Pfalz-Neuburgs gemacht, trete, bisher incliniere der Kaiser mehr zum Markgrafen von Baden als zu diesem. Er hoffe, wenn er mit Kf. auf Niemeritz' Gütern zusammenkäme, demselben nähere Nachricht abstatten zu können.

v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 22. Novembe[illegible]r 1667.

[Mittheilungen des französischen Gesandten, Misstrauen gegen Frankreich.]

22. Nov. Eben zu der Zeit, als er von gar guter Hand Nachricht erlangt, dass der [illegible]er König gänzlich zur Abdankung resolviert sei, hat ihm[1]) der französische [illegible]e Gesandte mitgetheilt, der erwartete Courier[2]) sei angekommen und er habe [illegible]be schon Gelegenheit gehabt, dem Könige zu hinterbringen, dass sein König, un[illegible]m den Ständen und den Nachbaren alle Jalousie zu benehmen, absolute resolvier[illegible]rt hätte, seine vorigen Desseins fahren zu lassen. Auf H.'s Frage, ob dies[illegible]se Renunciation ganz ohne einige Bedingung wäre, versicherte er, sollte es durch [illegible]ch des Königs Ableben oder Abdication zum Interregnum oder bei dessen Lebzeiten [illegible]en zu einer Wahl kommen, so würde sein König keinen von seinem Geblüt recom[illegible]m-mendieren, sondern einen anderen Fürsten, dessen man sich einigen würde, und [illegible]n derselbe würde wohl der Herzog zu Neuburg sein, doch hielte er es nicht [illegible]ch für dienlich, denselben sofort zu nennen, ehe seinetwegen bei den Ständen die [illegible]ie nöthige Unterbauung gemacht wäre. Er würde die Sache mit dem grössten [illegible]en Eifer betreiben, doch wären dabei nicht geringe Schwierigkeiten, man wüsste [illegible]te nicht, ob der König sich jetzt so leicht zur Abdication entschliessen möchte. [illegible]e, derselbe habe zwar bei dem Vortrage keine sonderliche Alteration spüren lassen, [illegible]l, aber doch die Resolution auf später verschoben. Auf die Aufforderung, ihm [illegible]n nun auch besser Vertrauen zu schenken und mit ihm zusammen an dem Werke [illegible] zu arbeiten, hat H. sich dazu bereit erklärt, aber gebeten, es nur indessen dahin [illegible] zu bringen, dass er, wie Archimedes sagt, einen Fuss, irgendwo sicher zu stehen [illegible] hätte, worauf jener erwiderte, bisher dazu keine Gelegenheit gehabt zu haben. Der Gesandte meinte, viele, welche früher Pfalz-Neuburg sich nur deshalb zugeneigt gezeigt, um das französische Dessein zu traversieren, würden jetzt wohl zurücktreten, von der Gegenpartei aber viele, wie namentlich der Primas, ihm nicht folgen wollen. Die Concurrenten, der Sohn des moskowitischen Czaren, ein Markgraf von Baden und der vom Hause Oesterreich begünstigte katholische Herzog von Lüneburg kämen nicht viel in Betracht, ebensowenig der von dem V. Kanzler vorgeschlagene Fürst von Ostrog[3]), da der König es nicht leiden wollte und möglichst zu verhindern suchen würde, dass ihm ein Einheimischer succedierte.

Französischerseits werden also sehr schöne Contestationen von Affection gegen Pfalz-Neuburg und Beförderung des Desseins des Kf. gemacht, doch will ihm nicht anstehen, dass die königliche Abdication so weit hinausgesetzt wird, dass Frankreich inzwischen seine Sache in den Niederlanden festsetzen kann, und zugleich, dass die Verbitterung gegen ihn noch unverändert fort-

---

[1]) Vgl. Pufendorf X. § 69 (S. 705).

[2]) S. oben S. 353.

[3]) Alexander Ostrogski; vgl. Hirsch, Zur Gesch. der polnischen Königswahl S. 17.

dauert, auch dass der Primas darauf besteht, dass in die Ausschreiben etwas Verdriessliches von dem schwedischen Bündnis eingerückt werde [1]).

Pfalzgraf Philipp Wilhelm an den Kurfürsten. D. Hambach 7. December 1667.

[Neue französische Anerbietungen. Hoffnung auf günstigen Erfolg.]

Ew. Ld. mag ich vertraulich nit verhalten, wasmassen der Mon- 7. Dec.
sieur de Gomont [2]) gestern allhie ankommen und mir über die vorige zu meinem Avantage gebrachte Erklärung von neuem versichert, dass die Cron Frankreich nit allein Ew. Ld. sondern auch mir wegen der bewussten Polnischen Succession völlige Vergnügungen geben werde, inmassen Ihre Kön. May. dero zu Warschau anwesenden Gesandten, dem Bischofe von Bezieres, hierunter gemessene und ernstliche Ordre zugefertiget, auch der M.r de Lionne ihme Bezieres hierunter laut copeilicher Abschrift — zugeschrieben, er de Gomont auch mir aus seines Königs Befelch vorgebracht, dass neben deme er instruirt wäre, meiner Intention gemäss bem. Bezieres zuzuschreiben, Ihre Kön. May. in Frankreich auch von dem Printzen von Condée, auch dem Duc d'Anguien ihre denselben wegen der Polnischer Succession gegebene paroles wieder zuruckempfangen und sich ferner erkläret hätten, die über zwei Millionen Polnischer Gulden sich belaufende Königl. Polnische und nacher Frankreich seither übertragene Praetension vollkommentlich abzutreten, sobald die Wahl auf mich gefallen sein wird, und uber dieses alles, damit der König in Pohlen desto weniger Ursach haben möge, seine Abdication zu remoriren, sich vernehmen lassen, dass, wenn nach solcher Abdication die Respublicque einen anderen als mich zur Cron erwählen sollte und also der König der ihm solchenfalls vertrösteten Einraumung meines Fürstenthumbs Neuburg ad dies vitae nicht geniessen könnte, Ihre May. in Frankreich ihme alsdann jahrlichs m/50 Rthlr. ad dies vitae zu liefern versprechen wollten, wie ich nit zweifele, dass Monsieur de Milet aus seiner hieruber empfangener Ordre mehrers

[1]) Auch am 29. November äussert H. dasselbe Misstrauen gegen die französischen Absichten und wünscht, damit man ins Klare komme, dass bald ein neuburgischer Gesandter hier erscheine; Kf. theilt dem Pfalzgrafen (d. Cöln $\frac{27.\ \text{November}}{[7.\ \text{December}]}$ 1667) diese Relation H.'s mit und stellt ihm anheim, ob er nicht, wenn es mit Giese zu lange dauern sollte, Stratman schleunigst nach Polen senden wollte.

[2]) S. oben S. 341.

umbständlich referiren werde. Gleich ich nun hieraus anders nit abnehmen kann, als dass alles aufrichtig und dergestalt gemeinet, dass Ihre Königl. May. in Frankreich das jenige, so von derselben erwartet wird, zur gnüge praestiren werden, also ersuche Ew. Ld. ich auch, Sie belieben ihres Orts, da es ihrerseits veranlasst worden, auch accompliren und mithin die in Entstehung dessen besorgete Gelosia und Aufenthalt abschneiden zu lassen, wie dann, dass solches geschehen möchte, ich von obged. H. Gomont nicht unklar vernommen habe. —

PS.[1]) Ich erfreue mich von Herzen, dass diese declarationes und Königl. Befelch an den H. Besieres also precis sein, dass numehr an der rechten Intention der Kron Frankreich nicht gezweifelt werden kann, und also numehr E. Ld. das mit solcher Generosität underfangenes und so grosser Conduite und Eifer poussiertes Werk zur völligen Perfection zue bringen der Weg vollig eröffnet ist, ich zweifle numehr selbst nicht an dem erwunschten Effect, zumahlen ich mich E. Ld. hohen Favors gnugsam versichert weiss, und können E. Ld. versichert sein, dass ich es umb dieselbe verdienen werde, die Instruction vor Besieres wird mit negstem zue dero Verbesserung folgen. —

O. v. Schwerin an v. Hoverbeck. D. Cöln a. d. Spree 28. November/[8. December] 1667.

[Das Schreiben des Kf. an den König von Polen.]

8. Dec. Die Conferenzen mit Millet sind fortgesetzt worden und er hat denselben versichert, dass H. jetzt zu Béziers völliges Vertrauen trüge und mit demselben die bewusste Sache treiben würde. Beigehendes Schreiben an den König[2]) ist endlich von dem Kf. ausgewirkt worden; obschon darin nicht das geringste enthalten, was ihm präjudicieren könnte, ist Kf. doch sehr schwer dazu zu bringen gewesen und Schw. fürchtet, falls dasselbe nicht den Effect haben und die Misshelligkeiten heben sollte, so würde es der bewussten Sache einen grossen Stoss geben und man kein Mittel finden, in der Negotiation fortzukommen, doch hofft er, H. werde die Sache so führen, dass das gute Vertrauen wiederhergestellt werde, auch Pfalz-Neuburg setzt auf ihn (H.) sein meistes Vertrauen und hat er, wenn es zum glücklichen Ende gedeihen wird, an einer Ergötzlichkeit nicht zu zweifeln.

---

[1]) eigenhändig hinzugefügt.

[2]) S. unten S. 359.

Der Kurfürst an den König von Polen. D. in arce nostra Colonia ad Spream 29. November/[9. December] 1667[1]).

[Glückwunsch zum Frieden mit den Tataren. Bitte, Hoverbeck Audienz zu gewähren.]

Postquam singulari gaudio comperimus, Reg.am Maj.tem V.ram nuper 9. Dec.
honorificam cum Tartaris pepigisse pacem[2]), temperare nobis neutiquam potuimus, quin eo nomine Reg.ae Maj.ti V.rae pro veteri — affectu atque studio gratularemur. — Atque ea propter legato nostro — Johanni ab Hoverbeck mandavimus, ut apud Reg.am Maj.tem V.ram istius nostri gaudii interpretem agat, Eidemque animi nostri sensus pluribus exponat, quem ut Reg.a Maj.tas V.ra benigniter admittat et audiat eique non secus ac nobis ipsis integram adhibeat fidem, etiam atque etiam rogamus. Equidem meminimus, Reg.am Maj.tem V.ram alieniore erga praedictum legatum nostrum animo aliquandiu fuisse, cujus tamen rei causam, quamvis maxime scire desideraverimus, hactenus non habemus compertum. Quemadmodum vero nihil unquam aliud in mandatis habuit, quam ut Reg.ae Maj.ti V.ae debitam exhiberet observantiam et bonam illam, quae inter Eandem et nos intercedit, fiduciam conservaret, ita male nos haberet, si a praescripta mandatorum formula recessisset. Quicquid autem ejus sit, speramus, Reg.am Maj.tem V.ram indulgendo ipsi aditum atque audientiam, ut vocant, toti ostensurum orbi, quod, si quid forte in legato nostro desiderat, nobis id imputatum nolit nec quicquam propterea contra jus gentium et existimationem nostram admittere animum induxerit. Quo facto certo statuat Reg.a Maj.tas V.ra, ubi legatum nostrum mandati fines excessisse demonstratum nobis fuerit, operam nos daturos, ut Reg.ae Maj.ti V.rae liquido constet, quanti Ejusdem amicitiam faciamus —.

Der Kurfürst an v. Hoverbeck. D. Cöln a. d. Spree 16./[26.] December 1667.

[Schreiben an den Bischof von Béziers, H. soll sich hüten, dessen Verdacht zu erregen.]

Da der Bischof von Béziers es nicht für nöthig hält, dass Kf. ein Schrei- 26. Dec.
ben an den polnischen König richte, so hat er an den Bischof geschrieben und hofft, derselbe werde H. zur Audienz verhelfen, worauf H. mit allem Respect und Glimpf versuchen soll, sich wieder in das frühere Vertrauen zu bringen.

---

[1]) Randbemerkung: Redditum die 15. Junii per legatum Gallicum.

[2]) S. Kochowski III. S. 292 ff.

Millet hat ihm vorgetragen, Béziers wünsche nicht, dass H. sich um das bekümmere, was derselbe mit dem Könige wegen der Abdication à part tractieren würde, ihm kommt dieses allerdings bedenklich vor, doch soll H. darin behutsam gehen und überhaupt zu vermeiden suchen, bei B. Verdacht zu erregen.

v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 30. December 1667.

[Der französische Gesandte hat das Schreiben des Kf. an den König übergeben, ihm wird Audienz gewährt werden.]

30. Dec. Da er ein Schreiben des Kf. an den französischen Gesandten nicht erhalten, so hat er diesem ehegestern das Schreiben des Kf. an den König[1]) nebst der Copie übergeben, unter der Bedingung, dass er es nicht allein nicht übergeben sollte, ohne vorher die Versicherung erhalten zu haben, dass die Audienz darauf erfolgen würde, sondern auch dahin trachten wollte, es wieder zurück zu erhalten. Der Gesandte hat ihm darauf heute angezeigt, dass mit Cooperation der Frau K.O.Kämmerin[2]) alles zum guten Stande gebracht wäre, der König wollte ihm Audienz ertheilen, wünschte jedoch, dass der französische Gesandte mit dabei sein möchte. Dieses hat H. aber abgelehnt, damit es nicht den Anschein einer Aussöhnung erwecke. Jener versprach, solches zu hinterbringen, und machte auch Hoffnung, das Schreiben des Kf. zurückzubekommen.

PS. Soeben hat ihm der französische Gesandte mitgetheilt, dass der König von dessen Begleitung absehen wollte, und dass er die Audienz auf dem gewöhnlichen Wege durch den K.O.Kämmerer suchen solle.

v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 3. Januar 1668.

[Audienz beim Könige. Mittheilungen des französischen Gesandten.]

3. Jan. Am 31. December hat er bei dem Könige Audienz gehabt. In seinem Vortrage hat er auf den Rath des französischen Gesandten Pfalz-Neuburgs und anderer Interessen des Kf. nicht gedacht, es aber per expressum zu anderen Audienzen reserviert, welche der König ihm zugesagt[3]).

[1]) vom 9. December, oben S. 359.

[2]) Die Gräfin Dönhoff; über den Einfluss derselben auf den König s. die Andeutung bei Kochowski III. S. 284.

[3]) H. berichtet 20. Januar 1668 über eine neue Audienz beim Könige, auf welcher er diesem die Angelegenheiten des Kf. für den kommenden Reichstag recommendiert habe. Der König habe sich dazu, namentlich zur Befriedigung wegen Draheim, sehr geneigt und gegen ihn selbst äusserst gnädig gezeigt.

Nachdem er dann nicht nur dem französischen Gesandten, sondern auch dem O. Kämmerer und dessen Gemahlin für ihre geleisteten Dienste gedankt und sie des Kf. Gnade und Recommendation bei Pfalz-Neuburg versichert, zeigten sich dieselben vertraulicher. H. glaubt, dass eine Bezeugung seiner Zuneigung seitens des Kf. bei denselben nicht übel angewandt sein würde. Um den Gesandten williger zu dem Wahlnegotium zu machen, hat er ihm die Vortheile vorgestellt, welche sowohl sein König als auch er selbst davon zu hoffen, Pfalz-Neuburg würde ihm zum Cardinalat verhelfen und gewiss auf seinen Vorschlag einige Prälaturen in den Jülichschen Landen vergeben. Jener gestand darauf vertraulich, sie würden ihr Werk ohne gewaltsame Mittel nicht ausgeführt haben, und behauptete, alle Erklärungen, welche der Littauische Feldherr[1]) gegen den G. Kanzler[2]) bisher gethan, seien mit Vorbewusst des Littauischen G. Kanzlers[3]) geschehen, welcher Sache H. näher auf den Grund zu kommen sich bemühen wird.

Der Kurfürst an v. Hoverbeck. D. Cöln an der Spree 17./[27.] Januar 1668.

[H. soll der Candidatur des moskauischen Prinzen entgegenwirken. Der Prinz von Toscana.]

Nachdem der Reichstag[4]) nunmehr seinen Anfang genommen, soll er überall, wo es die Nothdurft erfordern möchte, des Kf. Intention befördern. Da manche Gemüther sich dem Sohne des Zaren zuneigen, so soll er an allen dienlichen Orten vorstellen, wie gefährlich es für die Republik sein würde, wenn auch nur der geringste Willen desfalls bei ihnen verspürt werde, weil dadurch die Nachbaren, namentlich der türkische Kaiser so alarmiert werden könnten, dass dadurch die Krone in die grösste Gefahr gerathen könnte. Auch der Kaiser wird gewiss, wenn er auch nicht für Pfalz-Neuburg mitwirken sollte, wozu Kf. doch noch einige Hoffnung hat, doch dieses höchst schädliche Werk hindern helfen. Ausserdem tritt der Sohn des Grossherzogs von Toscana[5]) als Candidat auf, derselbe soll selbst, wenn sein Wechsel von 800 000 Rthlr. angekommen sein wird, nach Polen kommen wollen und einige am Hofe sehr angesehene Italiener seine Sache treiben, Kf. wünscht zu wissen, was der kaiserliche und der französische Gesandte dazu sagen[6]). 27. Jan.

[1]) Michael Pac s. oben S. 334.

[2]) Johann Leszczynski.

[3]) Christoph Pac.

[4]) Ueber diesen, Ende Januar beginnenden Reichstag s. Kochowski III. S. 305 ff.

[5]) Cosimo, ältester Sohn des Grossherzogs Ferdinand II. von Toscana, geb. 1642.

[6]) H. berichtet darauf 6. Februar 1668, der französische Gesandte, der ein geborener Unterthan des Grossherzogs und bei diesem und dessen Söhnen in grossem

v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 27. Januar 1668.

[Geneigtheit des Königs zur Abdankung, Vorgänge auf dem Reichstage.]

27. Jan. Der französische Gesandte hat ihm mitgetheilt, dass sowohl sein König als auch der König von Polen das Project, betreffend die Pensionen des letzteren nach erfolgter Abdication [1]), gebilligt und dass letzterer erklärt habe, nach erfolgter Ratification die Abdication nicht lange verschieben zu wollen, doch würde dieselbe wohl erst bald nach dem Reichstage erfolgen.

Trotz seiner und des K. G. Kanzlers Bemühungen haben die Landboten nicht eher zu Verhandlungen schreiten wollen, bis ihnen der Marschall [2]) versprochen, um die Entfernung des französischen Gesandten im Namen der ganzen Landbotenstube anzuhalten. Sie sind vornehmlich dadurch alarmiert worden, dass dieser Tage über Wien Nachricht eingekommen, der König von Frankreich schlage bei Philippsburg eine Brücke über den Rhein und besetze Erfurt, woraus sie schliessen, dass er hier Condé mit Gewalt einzusetzen beabsichtige. Einer hat auch des Kf. Neutralitätsligue mit Frankreich sehr invidiose angezogen. Schliesslich nach langem Debattieren ist es dahin gekommen, dass der Landbotenmarschall die Entfernung aller fremden Gesandten gefordert hat, welches aber der König als ein contra jus gentium laufendes Ansuchen usque ad frequentiorem senatum verschoben und darauf in Abwesenheit des G. Kanzlers durch den K. V. Kanzler die Reichstagsproposition hat thun lassen, in welcher auch des Kf. Angelegenheit den Ständen recommendiert wird.

---

v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 3. Februar 1668.

[Ueble Aussichten auf dem Reichstage. Dem König wird gerathen, sich in den Schutz des Kf. zu begeben.]

3. Febr. Das begehrte colloquium der Landboten mit dem Senat ist noch nicht bewilligt worden, sondern man hat inzwischen durch allerhand Privatstreitigkeiten die Sache aufzuhalten gesucht; hoffentlich werden Expedientia gefunden wer-

---

Vertrauen sei, (vgl. Recueil des instructions IV. S. 51) habe ihn versichert, dass von dort her keine Gefahr drohe, der Prinz selbst habe keine Neigung dazu, und der Vater sei viel zu genau, um auf etwas Ungewisses viel zu wagen, auch sei der Vorrath dort nicht so gross, wie man glaube.

[1]) S. über diese Verhandlungen Krebs, Vorgeschichte und Ausgang der polnischen Königswahl vom J. 1669 S. 176f.; der am 9. März 1668 zu Warschau abgeschlossene Vertrag bei v. Mörner S. 324ff.; Pufendorf X. § 69 (S. 705).

[2]) Carl Czartoryski, U. Kämmerer von Cracau; s. über diese Streitigkeiten Kochowski III. S. 307f.; Pufendorf X. § 70 (S. 706) und Béziers' Relation vom 27. Januar 1668 bei Krebs S. 190ff.

den, um aus dieser Sache mit des Königs und der Gesandten Reputation zu kommen. Viele ominieren wegen dieser Sache übel vom Schluss des Reichstages. Dem Könige wird von vornehmen und vertrauten Orten an Hand gegeben, er solle nach zerschlagenem Reichstage seine Retirade nach Marienburg nehmen und des Kf. Maintenue durch wirkliche Uebergabe von Elbing und anderen Plätzen suchen, wogegen Kf. nur einen Theil seiner Völker würde nach Preussen zu schicken und das Marienburgische Werder so lange zu vertheidigen haben, bis die Widersetzlichen wieder in sich gehen und einen anderen Reichstag mit gebührender Submission suchen würden; H. hat darauf nur erwidert, Kf. werde den König nicht wider Recht zu gefähren gestatten, er wisse aber nicht, ob derselbe zu Maintenierung des Marienburgischen Werders jetzt Cavallerie genug auf den Beinen hätte, worauf ihm geantwortet worden, zu solchem Intent wäre soviel Cavallerie garnicht erforderlich, Frankreich würde in dieser allen Potentaten gemeinsamen Sache Kf. gewiss mit Geld an Hand gehen, Kf. hätte die obgedachten Avantagen voraus und behielte doch immerzu das [Werder] in Händen, da der König nicht über 600 Mann nach Marienburg bringen würde. Er bittet um Instruktion in dieser Sache.

Der Kurfürst an v. Hoverbeck. D. in unsrem Amtshause Quartschen 3./13. Februar 1668.

[auf die Relation vom 3. Februar. Bedingungen, unter denen Kf. es übernehmen würde, den König zu schützen.]

Kf. beklagt die Vorgänge in Polen sehr, denjenigen, die auf die Remotion der fremden Minister so hart dringen, muss deutlich angezeigt werden, dass sie dadurch Kf. und andere Potentaten auf das höchste beleidigten und das Reich in noch grössere Verwirrung als je früher versetzen würden. Sollte dies nichts fruchten, so soll er in betreff dessen, was wegen Maintenierung des Königs an ihn gebracht worden, erklären, dass der König sich auf jenen Fall, und wenn das Versprochene prästiert, auf Kf. zu verlassen habe, bevor er sich aber verbindlich einlässt, soll er penetrieren: 1) ob man auch Kf. nicht durch dieses Mittel ausser allem Credit bei der Republik setzen und dann doch wieder das vorige Dessein ergreifen wolle, 2) ob und was für Gewissheit man geben wolle, dass ihm Elbing und einige andere Plätze eingeräumt werden sollten, 3) ob man auch den G. Kanzler und andere gute Freunde des Kf. zu diesem consilio mit zuziehen wolle, 4) ob nichts destoweniger der König dabei bleibe, die Abdication werkstellig zu machen, sobald man Gelegenheit ersehen werde, Pfalz-Neuburg zur Krone zu verhelfen. 13. Febr.

Wenn er in diesen Sachen einen guten Grund sieht, so soll er dem Könige die begehrte Versicherung geben, an den gewünschten Truppen soll es dann nicht mangeln, doch darf es nur zur Defension des Königs und zu keiner Gewalt gegen die Republik eingerichtet werden.

---

v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 1. März 1668.

[auf des Kf. Rescript vom 3./13. Februar. Der mit dem Könige wegen dessen Beschützung abzuschliessende Vertrag.]

1. März. Was den König anbetrifft, so glaubt er penetriert zu haben, dass derselbe in der Sache aufrichtig verfahre, Andere werden wohl des Kf. Intentionen zu missdeuten suchen, doch wird auch dem wohl bei Aufrichtung des von dem Könige gewünschten schriftlichen Aufsatzes vorzukommen sein. Der König wünscht, dass Kf. ihm, H., zur Aufrichtung eines solchen Tractats Vollmacht schicke[1]), derselbe könnte so eingerichtet werden, dass er nur eine Declaration des Bromberger Tractats wäre. Dass die Assistenz nur zur Defension der Person des Königs eigerichtet werden solle, hat der König aufs neue versichert. Da alles nur auf den Fall eines Aufstandes, den man doch zu verhüten suchen will, bedungen werden soll, so ist davon seines Wissens weder dem G. Kanzler noch sonst jemand ausser dem französischen Gesandten und Giese Mittheilung gemacht worden, doch kann er bei dem Schluss Aufdrückung des grossen Kronsiegels verlangen, damit die Sache durch des G. Kanzlers Hände gehe. Der König wünscht sehr, dass Kf. entweder in jenem Falle oder wenigstens nach erfolgter Abdication nach Preussen komme; er selbst wünscht im Fall der Abdication sich nach des Kf. Herzogthum, auf ein Grenzamt zu begeben, aus Furcht, dass die Stände vor erfolgter Wahl wegen alles während seiner Regierung Vorgefallenen Inquisition anstellen und mit ihm nach dem englischen oder vielmehr, wie er sagte, teuflischen Exempel verfahren würden.

v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 9. März 1668.

[Ende des Reichstages. Abkommen mit Wisniowiecki wegen Einräumung von Draheim.]

9. März. Der Reichstag hat sich ehegestern fruchtlos zerschlagen[2]), obwohl der König in der Angelegenheit der fremden Gesandten den Ständen soviel nachgegeben hat, dass sie sich über ihn nicht werden beschweren können. Es haben

[1]) Eine solche sowie eine nähere Instruktion für H. ist d. Cöln a. d. Spree 9. [19.] März 1668 ausgestellt.

[2]) S. Kochowski III. S. 311. Nach dem Berichte des Danziger Sekretars A. Stodert an den Rath von Danzig vom 7. März 1668 spricht der König am 6., nachdem man bis um Mitternacht vergeblich über das von den Landboten geforderte Generalaufgebot gestritten, zu denselben: „Meine durch den Kanzler Euch gegebene Declaration habt Ihr entweder nicht verstanden, oder nicht verstehen wollen. Wohin Ihr mit der auf ungewöhnliche Weise begehrten Expedition zielet, kann ich nicht errathen. Seid Ihr meiner Regierung überdrüssig, so wisset und glaubet, dass

aber viele andere Dinge zu dieser Ruptur beigetragen. Doch ist bei dem von den Landboten gestern und heute ohne Exempel gehaltenen Convent bei weitem nicht so viel Widerwärtiges vorgekommen, als der König gefürchtet hat, sondern nur beschlossen worden, den König zu bitten, innerhalb 14 Tagen eine Zusammenkunft in den Kreisen zur Relation und Beitragung der Armee-Verpflegungsgelder abhalten zu lassen und mit dem Tatarenchan auf alle mögliche Weise gutes Vertrauen zu unterhalten.

Den Fürsten von Wischnowitz[1]) hat er mit Hülfe des französischen Gesandten und des O. Kämmerers dahin disponiert, dass er Draheim mit Zustimmung des Königs dem Kf. abtreten will, die Verhandlungen wegen der dafür von demselben geforderten Discretion haben aber grosse Schwierigkeiten bereitet, schliesslich ist dieselbe auf m/15 Rthlr. festgesetzt worden, von denen H. 3000 Speciesdukaten, die er auf seine bei der Stadt Danzig stehenden Gelder aufgenommen, gezahlt und sich für die Zahlung des übrigen verbürgt hat, er hofft, Kf. werde ihn dafür schadlos halten.

---

v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 28. März 1668.

[Persönlichkeiten, die für Pfalz-Neuburg wirken sollen. Belohnung des französischen Gesandten durch die Cardinalswürde.]

Vom Erzbischof von Gnesen hat der französische Gesandte die schriftliche 28. März
Versicherung erhalten, dass er, falls mit Pfalz-Neuburg kein anderer catholischer Prinz concurrieren würde, demselben vor dem moskowitischen Czarewitz seine Stimme geben und dessen Wahl befördern, und dass er solchenfalls sich an den früher für die Wahl Condé's versprochenen Avantagen[2]) vergnügen lassen wolle. Man hofft auch, dass in den Woiwodschaften Cracau und Sendomir der Woiwode von Cracau, Lubomirski[3]), nebst seinen Vettern und dem K. O. Truchsess Wielopolski den Adel auf des Pfalzgrafen Seite

---

mir nichts liebers sein werde, als Ruhe zu haben, nach welcher mich verlanget. Expeditionem generalem verwillige ich Euch, wie sie mein seel. H. Vater und ich selbst vor diesem beliebt, und anders nicht. Stehet Euch diese meine Declaration nicht an, so lass Euer Marschalck gesegnen und Abschied nehmen." Weil der König in diesem Punkte nicht nachgiebt, zerschlägt sich der Reichstag am folgenden Nachmittage. „Man vermuthet indessen, es werden nunmehro destinata abdicationis ihren Effect erreichen und deswegen Preussen, vor allen aber Danzig, in Gefahr gesetzt werden".

[1]) Fürst Demetrius Wisniowiecki (s. oben S. 331), vgl. über die Verhandlungen mit demselben Pufendorf X. § 64 (S. 703).

[2]) Dieselben bestanden nach H.'s Bericht vom 29. März in 30 000 poln. Gulden nach der Wahl und ebensoviel nach der Krönung und einer jährlichen Pension oder einem einmaligen Gratial, vgl. über diese ganze Wahlagitation Krebs S. 177ff. und Hirsch S. 15f.

[3]) Alexander Lubomirski, der Bruder des verstorbenen G. Marschalls.

bringen werden, ebenso in Grosspolen der K.G.Kanzler und der Castellan von Posen, in Reussen und bei der Armee der K.G.Marschall[1]) und der K.Untertruchsess Potocki, in Preussen, wenn auch Gninski trotz seiner Erbietungen nicht recht fortwollte, der pommerellische Woiwode Bakowski[2]). Den K.U.Feldherrn, Fürsten Dimitr Wischnowitz hofft er durch die Fürsten von Czartoryski zu gewinnen.

PS. Um den französischen Gesandten williger zu machen, schlägt er vor, dass Pfalz-Neuburg sich beim Papste um dessen Ernennung zum Cardinal bemühe.

---

v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 14. April 1668.

[Der mit dem Könige abgeschlossene Tractat, Wunsch desselben, während des Interregnums sich nach Königsberg zurückzuziehen.]

14. April. Er übersendet den wegen Maintenierung des Königs aufgerichteten Tractat[3]), welcher, um Missdeutungen zu verhüten, als Erneuerung der in den Brombergischen Pacten bedungenen Garantie gefasst ist. Das vom Könige unterschriebene Exemplar soll der französische Gesandte bis zum Eintreffen der Ratification des Kf. in deposito behalten. Als Ort, wo er nach seiner Abdication während des Interregnums sich aufhalten wolle, hat der König Königsberg genannt, er wünscht aber eine Leibgarde zu behalten und hofft, Kf. werde ihn auch nach seiner Abdankung ebenso wie bisher tractieren.

---

v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 1. Mai 1668.

[Verhalten des Königs. Die beabsichtigte Senatorenzusammenkunft.]

1. Mai. Dem Könige scheint es mit der Abdication Ernst zu sein, doch gefällt H. nicht, dass bei der Zusammenkunft zu Biala, wo der König zur Taufe bei dem Fürsten Radziwill[4]) war, der Schluss mehrentheils dahin ausgefallen, der König solle nach seiner Rückkehr den Primas, die Bischöfe von Cracau und Cujavien, die Woiwoden von Culm und Pommerellen nebst allen Reichs- und Littauischen hohen Aemtern zusammenberufen, um mit denselben zu überlegen, wann und wie er zu abdicieren hätte, da doch alle Ehren halber die Abdication widerrathen und, wenn der König darauf besteht, die Sache auf den Reichstag verweisen werden.

---

[1]) Johann Sobieski.

[2]) Ueber die Verhandlungen mit demselben s. Krebs S. 180f.

[3]) Inhaltsangabe dieses am 10. April 1668 zwischen dem polnischen Könige und dem Kf. abgeschlossenen Vertrages bei v. Mörner, S. 327f.; Pufendorf X. § 70 (S. 706).

[4]) Fürst Michael Radziwill, Littauischer U.Feldherr.

Er arbeitet jetzt auf alle Weise an dem Primas und der Littauischen Kanzlerin[1]), doch ohne sicheren Erfolg.

P. de Bonzy, v. Hoverbeck und Giese[2]) an den Kurfürsten. Fait à Varsau ce 1. May 1668.

[Form der Abdankung des Königs, an denselben vorauszuzahlende Pachtgelder. Abreise der fremden Gesandten. Gewinnung des Primas und Sobieski's.]

Nach der Meinung der Gutgesinnten wäre es wünschenswerth, dass die Abdication des Königs durch ein Diplom an den Erzbischof und Universale an das ganze Reich und nicht auf einem Reichstage erfolge. Der König will sich aber dazu nicht überreden lassen, da er glaubt, dass er mit mehr Ehre auf einem Reichstage abdanken werde. Jedenfalls muss erst die Rückkehr des Königs und die Berathung, welche derselbe am 10. Juni mit den hauptsächlichsten Persönlichkeiten über die Form der Abdankung halten will, abgewartet werden. 1. Mai.

Da der schlechte Stand seiner Finanzen den König nöthigen könnte, mit der Abdication zu warten, bis seine Pächter ihm, was sie ihm für dieses Jahr schuldig sind, gezahlt haben, diese Verzögerung aber verhütet werden könnte, wenn ihm eine gewisse Summe vorausgezahlt würde, welche sein Nachfolger von jenen Pächtern wieder einziehen könnte, so wäre es wünschenswerth, dass Giese mit den dazu nöthigen Mitteln und Vollmachten versehen würde.

Sehr wünschenswerth wäre es auch, auf jede mögliche Weise den Erzbischof günstig zu stimmen, dass er keine Schwierigkeiten mache, das Abdicationsdiplom anzunehmen und die Wahlversammlung zu berufen, eine Geldzahlung an ihn würde daher wohl angewandt sein.

Betreffend die Entfernung der fremden Gesandten, so scheint es, obwohl die letzten Kreistage sich darüber mehr beruhigt gezeigt haben, doch angemessener, dass in der Zwischenzeit zwischen der Abdication und dem Wahltage der französische und neuburgische Minister, und zwar ohne eine Aufforderung dazu abzuwarten, abreisen.

Für die Wahl ist das wichtigste, sich schon vor der Abdication Sobieski's zu versichern[3]).

---

[1]) Die Gemahlin des Littauischen Grosskanzlers Chr. Pac, geborene de Mailly-Lascaris.

[2]) Kf. hatte (d. Cöln a. d. Spree 6./[16.] April 1668) den Bischof von Béziers und den neuburgischen Gesandten Giese aufgefordert, ihm gemeinsam mit v. Hoverbeck über den Stand der Dinge in Polen, namentlich über den Verlauf der Wahlangelegenheit zu berichten, woraufhin dann die drei gemeinsamen Relationen derselben vom 1. und 29. Mai und 19. Juni erfolgen.

[3]) Kf. in seiner Antwort darauf (d. Cologne sur la Spree 4./[14.] Mai 1668) äussert sich in allen Punkten zustimmend und wünscht, dass die vom Könige beabsichtigte Versammlung der Senatoren verhütet werde.

P. de Bonzy und Giese an den Kurfürsten. Fait à Varsau le 29. May 1668.

[Die Abdankung des Königs.]

29. Mai. Die von dem Könige während seiner Reise auf den 10. Juni berufene Versammlung zu hintertreiben ist nicht möglich, ebensowenig, dass die Abdication auf einem Reichstage erfolge, doch haben sie durch Verhandlungen mit dem inzwischen zurückgekehrten Könige alles so eingerichtet, dass die Erklärung der Abdication vor dem 15. August erfolgen wird und die Wahl dann im November stattfinden kann.

Der Erzbischof erscheint seit einiger Zeit etwas mehr tractabel; um Sobieski zu gewinnen, darf Pfalz-Neuburg kein Mittel sparen, derselbe hat erklärt, nur durch den französischen Gesandten verhandeln zu wollen, ist jetzt aber nicht hier.

v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 16. Juni 1668.

[Erklärungen des Königs über seine beabsichtigte Abdankung.]

16. Juni. Der König hat am 2. 12. Juni den verschriebenen Senatoren und Staatsministris [1]) seine wegen der Abdication gefasste Resolution durch den G. Kanzler vortragen lassen, dieselben baten darauf um Frist, um beim Primas zusammenzukommen und die Sache zu überlegen, und traten am 13. wieder vor den König, da dann der Primas, im Namen aller das Wort führend, auf die Kniee gefallen, viele der anderen den König um die Füsse gefasst und fast alle weinend gebeten, er möchte sich bedenken und die Regierung bis an seinen Tod fortführen. Der König erwiderte, er hätte sie nicht ad deliberandum, sondern ad audiendum, was er bei ihm selbst beschlossen, berufen. Gestern liess der König alle anwesenden publicos ministros zu sich fordern und theilte denselben seinen Entschluss mit, um ihn ihren Principalen anzuzeigen. Zu H. äusserte er, er hätte schon 12 Jahre über die Abdication nachgedacht und nur gelegene Zeit gesucht, um solches Vorhaben ins Werk zu setzen. Die Licenz wäre bei dem gemeinen Adel zu hoch gestiegen, wie er von einigen Landboten wäre öffentlich mit verletzlichen Worten angegriffen worden, hätte sich der Senat seiner nicht angenommen. Sein Nachfolger würde wohl schlechte Freude dabei finden, sein Schwager, der Pfalzgraf, hätte wohl Ursache auch 12 Jahre zu deliberieren, ob er die Krone anzunehmen hätte. Er bat darauf, Kf. möchte ihm vergönnen, eine Retirade in seine Lande zu nehmen, denn sollten die Stände in forma eines Generalaufgebots erscheinen wollen, so wäre er garnicht gemeint, ihrer abzuwarten, sondern sich zunächst nach Marienburg und dann ferner weiter zu erheben.

Die Senatoren haben endlich beschlossen, diesen actum pro nullo zu achten und alles, was dabei vorgegangen, nicht einmal ad referendum zu nehmen. Es

[1]) Vgl. Kochowski III. S. 312ff.

soll ein sechswöchentlicher ordinar Reichstag auf den 17./27. August ausgeschrieben und von dem Primas in besonderen Schreiben des hier Vorgefallenen mit gedacht werden. Sollte man daran festhalten, dass der König die Krone nicht dem Senat oder den Landboten und dem Senat auf einem Reichstage, sondern nur den sämtlichen Ständen bei einem Generalaufgebot übergeben könne, so könnte, zumal wenn sich der künftige Reichstag zerschlagen sollte, das Werk lange trainiert werden. Da also die Abdication jetzt ungewisser ist denn je, so wäre[1]) die Verschiebung der Abreise des französischen Gesandten sehr wünschenswerth.

P. de Bonzy, v. Hoverbeck und v. Giese an den Kurfürsten. Fait à Varsau le 19. Juin 1668.

[Berufung des Reichstages. Schwierigkeit, die einflussreichsten Personen zu gewinnen.]

Infolge der Vorgänge auf der Convocation[2]) hat der König sich entschliessen 19. Juni.
müssen, einen ausserordentlichen Reichstag zu berufen, ohne in dem Ausschreiben der Abdication zu erwähnen, doch wird der Erzbischof den Instruktionen für die Kreistage ein Circular hinzufügen, in welchem er den Entschluss des Königs kundthun wird; sie werden sich bemühen, dass der Reichstag gleich in einen Wahltag umgewandelt werde.

Nostre grande peine est de voir G. Maréchal, messieurs les Radseuils, le palatin de Cracowie et Chancelier unis et resolus a ne traitter point les uns sans les autres et tous par voyes asses différentes, et manquant de pouuoir et de moyens nous ne pouvons que desirer, que l'on atache ces messieurs, qui nous paroissent des principaux arbitres de l'élection future, — le Roy de Pologne a fait trop d'auances pour le pouuoir diferer au dela du terme pris, mais il faut tousiours s'attendre a des embarras et a des longueurs d'interregne, si on ne conuient avec les principaux de leurs capitulations, mais leurs demandes sont si grandes que M. Giese n'est pas en estat d'y satisfaire tout aussitost qu'ils le desirent. —

[1]) Schon am 5. Juni hatte H. seinem Verdacht über die Eile, mit der Béziers abreisen wolle, Ausdruck gegeben, dieselbe, meint er, sei um so auffälliger, da zugleich auch Gaumont und Millet abberufen seien, so dass also, falls die meisten Stände gleichsam gegen den Willen des französischen Königs Condé wählen sollten, niemand da sein würde, um dem zu widersprechen. Vgl. über das von Frankreich bei dieser Gelegenheit gespielte falsche Spiel Recueil des instructions IV. S. XLVIIff.: Hirsch, Zur Gesch. der polnischen Königswahl S. 14f.

[2]) S. oben S. 368.

v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 7. Juli 1668.

[Besorgnisse in Elbing vor Kf.; Bakowski; der G. Kanzler.]

7. Juli. Der Elbingische Sekretar hat den G. Kanzler im Namen seiner Stadt ersucht, dieselbe in seine Protection zu nehmen, weil sie die Nachricht hätten, dass Kf. mit 8000 Mann hereinkäme und willens wäre, sich ihrer durch die Waffen zu bemächtigen. Da zu besorgen, dass die grosspolnischen Stände, wenn Kf. mit der Leibgarde zu Ross und Fuss ins Herzogthum gehen wird, alarmiert werden dürften [1]), so hat er desswegen bei dem G. Kanzler und dem Castellan von Posen unterbaut.

Der Woiwode von Pommerellen Bakowski ist durch den französischen Gesandten und den K. O. Kämmerer bewogen worden, sich für Pfalz-Neuburg zu erklären, hat auch eine Versicherung künftiger Recompens angenommen. Derselbe meint, vor allem müssten die drei grossen preussischen Städte gewonnen werden, Danzig hätte früher ganz Pfalz-Neuburg angehangen, seitdem aber Kf. sich für denselben erklärt und namentlich seitdem Frankreich und Schweden sich desselben angenommen, seien sie stutzig geworden, er versprach Kf., wenn derselbe ins Herzogthum käme, in der Gegend von Marienwerder mit seinem Schwager, dem jungen Grafen Dönhoff, aufzuwarten.

Mit dem K. G. Kanzler, der sich in allem auf des Kf. Gnade und Discretion verlässt, ist er in privatis auch ganz richtig, derselbe gedenkt Woiakowski zu Kf. zu schicken. H. räth diesen, von dem der G. Kanzler ganz abhängt, durch ein Gratial zu devincieren.

Des Bischofs von Béziers bei der Conferenz zu Cöpenick mit dem H. Oberpräsidenten Freih. von Schwerin erinnerte Puncta, nebenst S^r. Ch. D. Resolution in margine. D. 10./[20.] Juli 1668.

20. Juli. Als auf gnädigsten Befehl S.^r Cf. D. zu Brandenburg — dero Oberpräsident, Freiherr von Schwerin zu dem frantzösischen Gesandten, Evesque de Bezieres, welcher aus Polen gekommen, nacher Coppenick

[1]) Auch J. Scultetus, den Kf. damals wieder nach Grosspolen geschickt, meldet (d. Radonowiae 21./31. Juli 1668), auch dort hätten des Kf. Feinde denselben anzuschwärzen gesucht, auf dem Landtage zu Schroda sei ein Schreiben des Woiwoden von Marienburg [Stanislaus Dzialinski] verlesen worden, worin dieser vor Kf., welcher mit 4000 Mann nach Königsberg gezogen wäre und das Königl. Preussen zu occupieren beabsichtige, gewarnt habe. Auf dem Landtage selbst habe man sich daran nicht gekehrt, und der Starost Czarbocki habe jenes Schreiben kurz und schimpflich beantwortet, doch habe bei dem Landadel und der Bürgerschaft von Posen des Kf. Aufbruch grosse Furcht erregt, so dass die Geistlichen vom Dom und die vornehmsten Bürger schon das Kirchensilber und ihre werthvollsten Sachen nach Breslau geflüchtet und er grosse Mühe hätte, ihnen diese Meinung zu benehmen.

geschicket worden, hat jetztged. Gesandter nachfolgende puncta an Seine Ch. D. zu bringen und dero Sentimenten darüber zu vernehmen begehret:

Seine Churf. D. sein hiemit einig und halten den Bischof zu Ermland hiezu auch am bequemsten, sonsten würde der Pfaltzgraf auf einen andern gedenken und könnte etwan H. Boynenburg[2]) nehmen, wenn Chur Mayntz damit zufrieden, worauf Ihre Fürstl. Dchl. auch bereits gezielet.

1) Anfänglich erinnert der Gesandte, dass es hochnotig sei, dass neben Gisen noch ein Gesandter von Pfalz-Neuburg geschickt werde, er hätte deswegen an den Bischof von Ermland[1]) geschrieben und denselben ersuchet, diese Schickung über sich zu nehmen, von welchem er Antwort erwartete. Sollte derselbe sich dazu nicht erklären wollen, solchenfalls müsste man auf einen andern bedacht sein.

placet et fiet.

2) Dem H. Pfaltzgrafen zu rathen, dass er sich bei Engelland bemühe, damit der König einen Gesandten nacher Pohlen gegen die Wahl sende und den Pfaltzgr. recommendire und

placet.

3) dass selbiger König, welcher anitzo den grossesten Credit zu Constantinopel hätte, zumahlen der frantzösische in geraumer Zeit auch nicht einmal zur Audienz wäre admittiret worden, bei dem Turcken ein Schreiben an die Republicq zu Wege brächte, in welchem dieselbe mit höflichen Worten ohne Bedrauung, damit es nicht schiene, als wollte er ihrer Libertät zu nahe treten, erinnert würde, bei der künftigen Wahl niemand zum König zu erwählen, mit welchem der Turck in erblicher Feindschaft begriffen. Es müsste aber in Engelandt nicht

[1]) Johann Stephan Wydzga.

[2]) Der frühere K. Mainzische Minister Johann Christian v. Boyneburg, der wirklich nachher als Gesandter des Pfalzgrafen nach Warschau gegangen ist, vgl. Guhrauer, Leibnizs deutsche Schriften I. S. 79.

gedacht werden, dass solches kegen Mosco angesehen, weil Engel. es sonsten wegen der Freundschaft, darin es mit Mosco begriffen, nicht thun möchte.

placet und wollen S. Ch. D. solches mit guter Manier an Schweden bringen.

4) Schweden dahin zu disponiren, dass sie einige Völker gegen die Muscowitische Grenze commandirten, damit Pohlen daraus desto mehr Ombrage wieder Russland fassen und die Wahl des jungen Czaren dadurch verhindert werden möge.

Auf dieses vermeinen S. Ch. D. würde hienegsten, nachdem die Sache liefe, zu resolviren sein.

5) Wofern ja Musskau einen so grossen Anhang erlangen sollte, dass man bei der Wahl zu befahren haben möchte, dass solche auf ihn fallen dorfte, wäre der König nicht abgeneigt, wie sehr er auch des Regierens müde, die Chron lieber noch etwas zu behalten, als durch deren Quitirung solche dem Muskowiter in die Hande zu spielen.

placet und wollen S. Ch. D. davon dem H. Hoverbeck Nachricht geben.

6) Er hätte Schreiben unterwegens vom H. de Lionne erhalten, dass derselbe sich mit H. Leerad[1]) wegen H. Sobiesky[2]) verglichen und der König dessen desideriis auch verhoffentlich nach Müglichkeit fügen werde, dannenhero man sich dessen nunmehr desto mehr zu versichern.

S. Ch. D. würden ihro dieses nicht zuwider sein lassen, wofern man nur versichert wäre, dass diese Garantie der Republicq nicht zu-

7) Weiln die Pohlen so grosse Ombrage nehmen, dass so viele Könige und Potentaten ihnen den Pfaltzgrafen recommendiret, als

[1]) v. Lerodt, damals Gesandter des Pfalzgrafen in Paris.

[2]) Ueber diese Verhandlungen mit Sobieski s. Krebs S. 178ff.; Recueil des instructions IV. S. 96f.

wider, sondern angenehm sein würde, wobei doch erinnert worden, dass S. Ch. D. als ein praecipuus et juratus reip. foederatus hierin wohl etwas Speciales mit der Rep. machen und pacisciren könnten, darin eben andere Potentaten keinen Theil hätten.

S. Ch. D. wollen dem H. Hoverbeck hievon Nachricht geben, damit er sich fürzusehen und hiernach zu achten habe, können auch aus dem, was bisher vorgegangen, noch keine Gewissheit haben, dass es dem keyserl. Hofe ein Ernst sei dem H. Pfaltzgrafen F. Dchl. zu helfen.

Desswegen soll Anstalt gemacht werden. NB. in der Copey, so für den Herzog von Neub. gemacht werden soll, diesen Punkt auszulassen.

S. Ch. D. wollen, sobald sie in Preussen kommen, deswegen Anstalt machen, und soll H. Hoverbecken anbefohlen werden, sie, die Dönhoffin, deswegen zu versichern.

wann dadurch ihrer habenden freien Wahlgerechtigkeit einig Prejuditz zuwachsen möchte, so vermeinet er, ob nicht der Rep. von allen denen, welche hierin concurriret, eine Garantie offeriret und gegeben werden möchte, dahin zielend, dass man auf allen Fall die Republicq bei ihrer Freiheit und habenden Rechten schützen wolle.

8) Ob zwar der keyserliche Minister sich anitzo wegen Pfaltzneuburg etwas besser und dass man zu Wien demselben nicht zuwider sein würde, erkläret, so vermeinet er doch nicht, dass es ihm recht ernst wäre, und würde demnach H. Hoverbeck zu warnen sein, dass er sich demselben nicht allzuviel vertraue, sondern sich mehr als für diesem fürsehe, damit er nicht unterm Praetext einer falschen Confidentz alle geheime consilia penetrire und dadurch desto grösseren Schaden hiernegst thun könne.

9) Wegen Draheim wollte er rathen, dass man das Versprochene [1]) zahlete, weil es hernachgehends ein böses Exempel bei andern machen möchte, wenn man mit Zahlung dergleichen Gelder sich so säumig erwiese.

10) Er hielte auch diensamb, dass der Gräfin von Dönhoff [2]) das versprochene Praesent gegeben werde.

[1]) Den Rest der dem Fürsten Wiszniowiecki zugesagten Summe, s. oben S. 365.
[2]) S. oben S. 360.

Dieses mit Pfaltz-Neuburg zu überlegen und wollen S. Ch. D. dieselbe dazu rathen.

11) Er hielte besser, dass der Herzog von Neuburg gegen die Wahl wieder zu Düsseldorff wäre, weil Neuburg nicht so bequem zur Correspondentz, auch der Keyser, wenn er der Sache zuwider wäre, dem Hertzog den Pass in Polen versperren könnte.

Wegen der Schuld hätte zwar H. Morstein nichts zu prätendiren, S. Ch. D. versicherten sich aber seiner continuirlichen Affection und würden ihm sonst solche Gnade dahingegen erweisen, welche mehr als diese unfundirte Prätention austrüge.

12) Recommendirt er Morsteins Schuld.

S. Ch. D. vermeinen, niemand wäre dazu besser als der Evesque de Beziers selbsten, wollten auch an den König in Frankr. schreiben und denselben ersuchen, ihn wieder hinzuschicken.

13) Ob aus Frankreich wieder jemand nach Polen zu senden und wer?

S. Ch. D. wollen desfalls an Pfaltz-Neuburg Erinnerung thun lassen.

14) Dem H. Linden[1]) zu Dantzig einen Befehl vom Hertzog von Neuburg zu befordern, dass er alsofort post abdicationem das Geld, so Graf Dönhoff[2]) haben soll, auszahle, weil der Gesandte wüsste, dass die dazu destinirte Mittel parat wären. Ih. F. Dchl. würden Ihro dieses nicht zuwider sein lassen, wodurch auch dem König ex causis ein Gefallen geschehen.

---

[1]) Adrian v. d. Linde, Danziger Kaufmann, dessen Vermittelung sich sowohl Kf. als auch der Pfalzgraf bei den Geldzahlungen nach Polen hin bedient haben.

[2]) S. den darüber am 2. Juni 1668 durch Giese abgeschlossenen Vertrag bei Kluczycki, Acta Joannis Sobieski I. S. 384 ff.

Der Kurfürst an v. Hoverbeck. D. Cöln 13./[23.] Juli 1668.

[v. Hoverbecks Abreise aus Warschau. Des Kf. Reise nach Preussen. Draheim.]

Er gestattet ihm[1]), sich jetzt auf seine Güter zu begeben, von wo er in 23. Juli.
wenigen Tagen nach Warschau zurückkehren kann, doch soll er vorher den König fragen, ob derselbe seine Abreise für rathsam und zuträglich halte, und selbst überlegen, ob in seiner Abwesenheit der kaiserliche Gesandte oder sonst jemand böse officia bei der Sache thun werde, wonach er sich zu achten und seine Sache so anzustellen hat, dass er kurz vor dem Reichstage wieder in Warschau sein könne[2]).

Kf. beabsichtigt, seine Reise nach Preussen in wenigen Tagen anzutreten, gedenkt aber nur seine Leibgarde, eine Compagnie zu Pf., mitzunehmen, H. soll dieses bekannt machen.

Wegen Draheims will Kf. Anstalt machen, dass die restierenden Gelder ehestens ausgezahlt werden, doch soll H. mehrerer Sicherheit halber etwas davon bis zu wirklicher Tradition behalten.

---

v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 25. August 1668.

[Ob der König die Abdication verschieben solle; dessen Rath wegen Draheim.]

In der Abdicationssache sind dem Könige soviele Scrupel moviert worden, 25. Aug.
dass er darüber ganz stutzig geworden ist und den französischen Gesandten herbeiwünscht. Auch H. muss gestehen, dass er lange nicht bei einer Sache so perplex gewesen. Alle, auf die man einigen Staat macht, prognosticieren, es sei durchaus keine Apparenz, dass Pfalz-Neuburg zur Krone gelangte, falls nicht die Abdication auf eine Zeit lang differiert würde, da die Moscowitischgesinnten jetzt so überhand genommen, dass man ihnen weder mit Negociation noch mit den Waffen werde gleichkommen können. Er hat dem Könige, der gestern mit ihm darüber gesprochen, gesagt, das einzige, was ihm Nachdenken mache, sei[3]) die Recrutierung der littauischen Armee und dass sich

[1]) H. hatte am 10. Juli berichtet, dass der König ihn durch den geistlichen K. Referendarius Malachowski in der höflichsten Weise habe auffordern lassen, zu Facilitierung der Geschäfte ebenso wie der französische und neuburgische Gesandte schon vor Beginn der Seymiken abzureisen; vgl. Pufendorf X. § 72 (S. 707).

[2]) H. erwidert darauf am 4. August, den Widerwärtigen und dem Könige sei es nicht darum zu thun, ihn vor dem Reichstage, sondern gerade während desselben von Warschau fernzuhalten, zumal da man versuchen wolle, dort allerhand nachtheilige Verordnungen gegen die Evangelischen durchzubringen.

[3]) Ueber das damalige verdächtige Verhalten des Littauischen G. Feldherrn Michael Pac und des G. Kanzlers Christoph Pac vergl. Kluczycki I. S. XXVII, 377.

die Samaitische Ritterschaft der Direction derselben untergebe; wenn es nun möglich wäre, bei den littauischen und angrenzenden Landboten es dahin zu richten, dass sie noch vor der Wahl eines Landbotenmarschalls es durchsetzten, dass die littauische Armee abgedankt und so der Direction des Feldherrn entzogen würde, so würde nichts Considerables der Abdication im Wege stehen und man zugleich Zeit behalten, weitere Resolution von Kf. einzuholen. Der König liess sich diesen modum, die Stände etwas aufzuhalten, wohl gefallen, nachher aber hat er es aufgegeben und H. sagen lassen, es werde nicht practicabel sein, die Abdication aufzuschieben, da die Stände solche Dilation nicht dulden würden.

Wegen Draheims bleibt der König bei seiner Meinung, Kf. hätte mit Bedrohung zu verfahren und den Unterstarosten weggehen zu heissen, man müsste sich selbst helfen, der Fürst[1]) würde es nicht nur nicht übel nehmen, sondern es gerne sehen, damit er keine Verantwortung habe. H. bittet um Zusendung der von Gratta vorgeschossenen 19296 Gulden.

PS. Der König hat an den Samaitischen Landfähndrich Gruzewski ein scharfes Schreiben abgehen lassen, es zur Musterung des Adels nicht kommen zu lassen.

v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 18. August 1668.

[Beginn des Reichstages. Das Verhalten des kaiserlichen Gesandten.]

18. Aug. Bei Menschengedenken ist kein Reichstag zu Anfang so volkreich gewesen wie dieser[2]), da alle geglaubt, der König würde den ersten Tag abdicieren und es werde nur darüber verhandelt werden, ob diese Versammlung gleich in eine Convocation verwandelt oder eine andere ausgeschrieben werden solle. Sein Wunsch ist, dass bei dieser Zusammenkunft die Abdication erfolge und ein Beschluss wegen Abdankung der littauischen Armee gefasst werde, die Grosspolnischen und Cracauschen Landboten waren auch dazu ganz bereit, die Littauischen aber haben, obwohl es ihnen in ihren Instruktionen vorgeschrieben, nichts davon erwähnt und so jenen keinen Anlass gegeben, davon zu sprechen.

Obwohl der Vertrag mit Pfalz-Neuburg[3]) in Wien schon vor 14 Tagen unterschrieben ist, behauptet der kaiserliche Gesandte doch, keine Ordre vom Hof erhalten zu haben. Solcher Verzug verschafft wenig gutes, sondern ver-

[1]) Demetrius Wiszniowiecki.

[2]) S. über diesen Reichstag Kochowski III. S. 319ff.; Pufendorf X. § 73 (S. 707f.).

[3]) Schon am 21. August hatte H. gemeldet, Giese habe aus Wien geschrieben, am 12. August sei der zwischen ihm und den kaiserlichen Kommissaren verglichene Recess unterschrieben und ihm angezeigt worden, Meyerberg habe Befehl erhalten, hinfort für Pfalz-Neuburg zu wirken. Vgl Krebs S. 173.

anlasst, dass der Primas, der Littauische G. Kanzler, der K. Hofmarschall und, wie etliche meinen, auch der K. G. Marschall an sich halten, erwartend, was etwa auf die Zeitung, dass der junge Herzog von Lothringen[1]) von seinem alten Vetter zu Beförderung seiner Wahl m/500 Rthlr. erhalten, erfolgen werde. Der K. V. Kanzler redet alleweg von einem Piasten[2]), er scheint aber sein Absehen auf Florenz[3]) gerichtet zu haben.

---

v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 1. September 1668.

[Erklärung des kaiserlichen Gesandten. Vorgänge auf dem Reichstage. Hinneigung der Evangelischen zu Moskau.]

Der kaiserliche Gesandte hat ihm mitgetheilt, dass er am 29. August 1. Sept.
vom Kaiser Befehl erhalten habe, Pfalz-Neuburg zu empfehlen und für denselben zu wirken. Wie derselbe erzählt, will trotzdem der junge Herzog von Lothringen, nachdem er von seinem Vetter über m/400 Kronen Wechsel erhalten, sein Glück versuchen, derselbe soll einen Cavalier Piestrzycki in seinen Dienst genommen und dieser schon viele Reussische Einsassen auf seine Seite gebracht haben. Für den jungen Herzog von Florenz negociieren hauptsächlich die hiesigen italienischen Kaufleute nebst einem florentinischen Cavalier Pazzi, der sich an den Littauischen Kanzler hält, und sie haben auch schon etliche Geistliche gewonnen.

Die am 30. August von dem K. V. Kanzler verlesene Declaration[4]) hat grosse Alteration und viel wunderliche Discurse erweckt. Einige schliessen daraus, der König gedenke garnicht zu abdicieren, andere, er suche die Abdication den Ständen sehr theuer zu verkaufen, noch andere, er werde damit so lange an sich zu halten suchen, bis er eine bequeme Zeit ersehe, wen er wolle zum Successor aufzudringen. Jedenfalls giebt der König mehr denen Gehör, die rathen, die Abdication zu differieren, sucht aber von ihm und dem Vetter Giese's vorher eine Versicherung auszuwirken, dass solchen Verschubs ungeachtet alle im Tractat bedungenen Conditionen dennoch würden gehalten werden, wozu H. sich jedoch nicht verstanden hat.

Die meisten unter den Grosspolnischen wollen sich nicht einmal dazu verstehen, dass sie den König auch nur Ehren halber zu bleiben bitten, noch solches den anderen verstatten, vorgebend, sie besorgten, der König möchte sich bedenken und solches acceptieren, sie behaupten auch, nicht bemächtigt zu sein, das geringste zu des Königs Unterhalt zu willigen, sondern dies könnte erst

---

[1]) S. oben S. 298. Vgl. über dessen Thronandidatur Mémoires de Gaspard comte de Chavagnac II. S. 1ff.; Krebs S. 170; Hirsch S. 16f.

[2]) S. oben S. 356.

[3]) S. oben S. 361.

[4]) S. Kochowski III. S. 321.

auf der nächsten Versammlung geschehen. Der König aber besteht fest auf seinen Conditionen[1]).

Die Gemüther haben sich seit der letzten Convocation ganz geändert, jetzt werden die für Vaterlandsverräther ausgeschrieen, welche den König bei der Regierung zu erhalten suchen.

PS. Er hat[2]) mit einigen evangelischen Landständen zu streiten gehabt, welche meinen, die Wahl des moskowitischen Zarewitsch werde ihnen und der Religion zustatten kommen, da in Moscau die Evangelischen nicht nur geduldet, sondern ihnen auch öffentlicher Gottesdienst und honorable Employs in Kriegs- und Staatssachen gestattet würden, dagegen sei Pfalz-Neuburg nicht nur in seiner Religion eifrig, sondern ganz abergläubisch und lasse sich ganz von den Jesuiten einnehmen. Er hat sie des Gegentheils versichert.

Der Kurfürst an v. Hoverbeck. D. Marienwerder 24. August st. vet. [3. September] 1668.

[Mittheilungen des Abtes von Blesen und Tucholka's.]

3. Sept. Kf. hat auf seiner Herausreise mit dem Abt von Blesen[3]) und mit Tucholka[4]) zu reden Gelegenheit gehabt. Ersterer versicherte, die Grosspolen würden sich nicht ändern, sondern den 7. Sept. zu Pferde sitzen und der Republik Bestes beobachten, sollte der König seine Meinung ändern und bleiben wollen, so würden terribilia vorgehen. Auch der Woiwode von Pommerellen Bakowski[5]) wäre auf ihre Seite getreten, er wäre zwar jetzt auf Begehren nach Warschau gereist, suchte dort aber nur die consilia der Littauer zu penetrieren. Auf Moskau würden die Grosspolen nimmer bei der Wahl einige Reflexion richten, wenn sie sich nur auf einen guten Rücken zu verlassen hätten. Tucholka dagegen führte ganz andere Meinung und behauptete, der König würde nicht abdanken, käme es zur Wahl, so hätte die Republik von dem

[1]) H. meldet am 3. September, nach achttägigem Debattieren, wobei zum öfteren ganz schimpfliche Worte gegen den König ausgestossen wären, hätten die grosspolnischen Landboten endlich eingewilligt, dass der König gebeten werde, die Regierung Zeit seines Lebens zu behalten, dieses sei sofort durch den Landbotenmarschall [Stephan Sarnowski] und durch den Primas geschehen, darauf habe sich der König durch den V. Kanzler bedanken und versprechen lassen, am nächsten Tage seinen endlichen Entschluss zu verkündigen. Am 4. Sept. meldet er dann, der König habe erklärt, bei seinem Entschluss abzudanken zu verharren, in der Hoffnung, dass die von ihm gestellten Bedingungen bewilligt würden. Vgl. Kochowski III. S. 322ff.; Krebs S. 177.

[2]) Vgl. Pufendorf X. § 74, S. 709; Krebs a. a. O.

[3]) Opalinski. S. oben S. 347.

[4]) Kämmerer von Marienburg.

[5]) S. oben S. 366.

Sohne des Moskowiters den grössten Vortheil zu erwarten, sie würden nicht dulden, dass sich Fremde in ihre Sachen mischten. Er hörte gern, dass Kf. H. ein Creditiv an die Republik mitgegeben, und meinte, es würde daher H. nicht zugemuthet werden, von Warschau zu ziehen, die Republik würde auch nicht übel nehmen oder deuten könne, wenn Kf. Pfalz-Neuburg blosserdinge zum künftigen Könige recommendierte, viele wären aber in dem Verdacht, Kf. hätte sich mit Schweden verbunden, demselben mit Gewalt zur Krone zu verhelfen; er würde in wenig Tagen nach Warschau auf den Reichstag gehen und wolle dort des Kf. Bestes beobachten und mit H. gute Correspondenz pflegen. Kf. hat zu seiner Verwunderung daraus ersehen, dass es auch hier und in Grosspolen Leute giebt, welche für Moscau inclinieren. H. soll sich gegen Bakowski und gegen Tucholka vertraulich anstellen und versuchen genau zu penetrieren, was und mit wem ersterer dort unterhandelt. Etwaigen Imputationen gegen Kf. soll er entgegentreten und des Kf. Willen, der Republik Bestes zu befördern und besonders die freie Wahl zu conservieren, versichern, hoffentlich wird sein weiteres Verbleiben daselbst keine Schwierigkeit haben.

v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 8. September 1668.

[Geringe Aussichten der moskowitischen Partei. Die Anhänger Condé's. Sobieski's Reise nach Preussen.]

Der päpstliche Nuntius und die Geistlichkeit suchen des Moskowiters 8. Sept.
Faction durch alle ersinnliche Wege zu brechen, dieselbe nimmt auch ab[1]), seitdem die Moskowiter haben merken lassen, dass sie durch die vorgeschlagene Union nicht meinen, sich dem Papst zu submittieren, sondern verlangen, dass die Päpstlichen zu ihnen, als den älteren, umtreten. Auch der König hat deswegen jetzt bessere Hoffnung, nachdem der Zar nicht seinen ältesten Sohn, sondern den anderen, der noch nicht 8 Jahre alt ist, zur Krone zu erheben trachtet und sich auch dazu nicht verstehen will, dass derselbe den catholischen Glauben annehme. Am meisten wird jetzt von Lothringen und Florenz gesprochen, doch glaubt man, dass der Primas, der K.V.Kanzler, die Herren Paz und der Reichsschatzmeister (etliche meinen auch, dass der K.G.-Feldherr mit dabei sei) vor allem versuchen wollen, mit ihrem alten Candidaten Condé durchzudringen, und erst, wenn dieses misslingen sollte, einem von den Obgenannten beifallen wollen. Verdächtig ist auch, dass der K.G.Feldherr gleich nach erfolgter Abdication des Königs mit etlichen seiner Vertrauten unter dem Prätext, seine aus Frankreich kommende Gemahlin zu empfangen, nach Preussen gehen und in Mewe, Schwetz und bei der Montauschen Spitze Volk legen will.

[1]) Vgl. Pufendorf X. § 74 (S. 709); Krebs S. 202f.

Der Kurfürst an v. Hoverbeck. D. Königsberg 13. September 1668.

[auf die Relation vom 8. September. H. soll die bisherigen Anhänger der moskowitischen Partei für Pfalz-Neuburg zu gewinnen suchen, mit dem moskowitischen Gesandten in Verbindung treten. Die Besitznahme von Draheim.]

13. Sept. Da jetzt die moskowitische Partei abzunehmen beginnt, so soll H. durch zuverlässige Personen die einflussreichsten Mitglieder derselben in Littauen für die Wahl Pfalz-Neuburgs zu gewinnen suchen und sie versichern, ihre Dienste sollten wirklich recompensiert werden, Kf. wolle selbst Guarant dafür sein, 2) soll er den Verdacht, als ob Kf. jemandem mit Gewalt zur Krone zu verhelfen gedenke, zu beseitigen suchen. 3) Kf. übersendet ihm ein Schreiben Naszokins[1]), er wünscht, dass H. durch Gelegenheit desselben mit dem dortigen moskowitischen Gesandten in Correspondenz trete, doch so, dass er dadurch bei den Polen keinen Verdacht errege; auf Befragen soll er demselben erklären, die beabsichtigte Sendung Dönhoffs[2]) hätte nur den Zweck gehabt, die gute Correspondenz und Freundschaft mit dem Zaren zu unterhalten. 4) soll H. sein Gutachten darüber abgeben, ob die Conjuncturen nach geschehener Abdikation so beschaffen sein möchten, dass die Wahl zu befördern, oder aber noch etwas zu differieren. 5) Kf. hat Draheim[3]) am 28. August st. v. in Possess nehmen lassen, es ist ohne die geringste Weitläufigkeit oder Contradiction abgegangen; sollte dort deswegen etwas zu des Kf. Präjudiz vorkommen, so soll H. dem entgegenwirken.

[1]) Afanas Laurentewicz Nasczokin (s. Urk. u. Act. VIII. S. 74, Hirsch, Die ersten Anknüpfungen zwischen Brandenburg und Russland unter dem G. Kurfürsten II. S. 32f.), damals Haupt einer Gesandtschaft, welche der Zar Alexei zu Verhandlungen mit Polen und Schweden nach Kurland geschickt hatte. Derselbe schreibt an Kf. (d. Neustadt in Kurland 26. August 1668), der Zar habe ihm befohlen, mit Kf. zu correspondieren, und bittet ihn, seinem Gesandten in Warschau zu befehlen, mit den dortigen Gesandten des Zaren gute Correspondenz zu pflegen.

[2]) Kf. hatte zu Anfang des Jahres 1668 beabsichtigt, eine feierliche Gesandtschaft an den Zaren zu schicken, um diesem zu dem Friedensschluss mit Polen zu gratulieren, seine Bereitwilligkeit, als Vermittler an den bevorstehenden weiteren Verhandlungen mit Polen wegen eines ewigen Friedens theilzunehmen, auszusprechen und womöglich den Zaren durch den Hinweis auf die entgegenstehenden Schwierigkeiten von der polnischen Thronandidatur abzubringen. Kf. hatte dazu den Grafen Friedrich v. Dönhoff bestimmt, da aber die für eine solche grosse Gesandtschaft nöthigen Geldmittel von der Preussischen Regierung nicht beschafft werden konnten, so hatte er statt dessen den Hofjunker des Fürsten Radziwill, Arciszewski, im Juli nach Russland geschickt, der aber nur bis Kurland kam, dort von Naszokin lange aufgehalten wurde und schliesslich, da ihn derselbe nicht nach Russland weiter reisen lassen wollte, im September zum Kf. zurückkehrte.

[3]) S. Pufendorf X. § 64 (S. 703); Kochowski III. S. 342.

v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 16. September 1668.

[Die Abdankung. Geldzahlung an den Primas und den Starosten von Radom.]

Die Abdikation[1]) ist wirklich heute Nachmittag 3 Uhr in der Senatoren- 16. Sept.
stube erfolgt, mit mehrerem Respect als der Reichstag, weil fast alle Anwesende ihre Wehmuth und Leid zu scheiden mit Thränen bezeugt. Es wird jetzt nöthig sein, je eher je lieber für den Primas[2]) und für den Starosten von Radom[3]) etwas zu übermachen, für den ersten einen Wechsel von ein Paar tausend Ducaten oder wenigstens m/10 Gulden polnisch guter Münze, für den letzteren, der sehr dürftig und von lothringischer Seite sehr gesucht ist, wenigstens einen Wechsel auf die ihm bewilligte Pension von 400 Rthlr. Nach erfolgter Wahl würde nicht so gross mehr nöthig sein, mit solcher Pension zu continuieren.

Die Geheimen Räthe an v. Hoverbeck. D. Königsberg 18. September 1668.

[auf die Relation vom 16. Sept. Die zu zahlenden Gelder.]

Stratman[4]), mit dem sie auf Befehl des Kf. namentlich wegen Beischaffung 18. Sept.
der Gelder communiciert haben[5]), versichert, der Pfalzgraf werde die nöthige Anstalt dazu machen, es würden jetzt schon in Danzig dazu auf ein anderthalb mal m/100 Rthlr. bereit sein, auch bei allen Posten noch mehr Wechsel dahin übermacht; m/10 Rthlr. in gutem Gelde liegen hier bei ihm parat, von denen Kf. meint, dass m/10 Gulden poln. dem Primas und ebensoviele Sobieski und

---

[1]) S. Kochowski III. S. 327ff.; Pufendorf X. § 73 (S. 708).

[2]) Derselbe hatte, wie H. am 23. Juni 1668 meldet, sich zu vertraulicher Correspondenz mit dem Kf. in der Wahlangelegenheit erboten und zu verstehen gegeben, da ein Interregnum für ihn sehr grosse Spesen nach sich zöge, würde er nicht bestehen können, wenn ihm nicht von seinen Patronen und Freunden mit Geld unter die Arme gegriffen werde.

[3]) Nicolaus Podlodowski, s. oben S. 324.

[4]) Schon im Februar 1667 (S. oben S. 330) hatte Pfalzgraf Philipp Wilhelm seinen Rath Stratman an den Hof des Kf. geschickt, jetzt, September 1668, hatte er denselben aufs neue dorthin gesendet.

[5]) Kf. selbst schreibt an den Pfalzgrafen, mit dem er inzwischen auf Grund von Verhandlungen, welche er seit dem Juli durch Blaspeil mit ihm hatte führen lassen, die neuen Verträge über Ravenstein am 1. September 1668 (v. Mörner S. 330ff. s. Urk. u. Act. XI. S. 738) abgeschlossen hatte, (d. Königsberg 10./20. September 1668), die Abdikation sei erfolgt, die Dinge in Polen ständen gut, aber es sei nöthig, baares Geld bei der Hand zu haben, der Pfalzgraf möchte dafür sorgen, dass es an diesem so hoch nöthigen Requisit nicht fehle, er habe vorläufig dessen Residenten 10 000 Thaler vorgeschossen; ebenso meldet er am 26. October, dass er, um Potocki, der einen grossen Anhang und Credit bei der Republik habe, zu befriedigen, 12 200 Fl. den Abgesandten desselben avanciert habe.

Potocki[1]) angewiesen werden sollen, falls nicht H. glauben sollte, dass dieses Geld auf andere Weise nützlicher verwandt werden könne. Er soll auch mit Giese darüber reden und diesem berichten, Polanowsky[2]) und die beiden Fürsten Radziwill[3]) würden ihre Gelder zu Danzig empfangen müssen, auch Graf Dönhoff[4]) werde dort das versprochene Geld erhalten. H. soll mit den übrigen, denen noch etwas gegeben werden muss, handeln und einem jeden nach Proportion der Dienste, die man von ihm zu erwarten, aber immer mit Zustimmung des jungen Giese, Versicherung thun. H. soll sich auch erkundigen, auf welche Weise ein jeder sein Geld empfangen wolle, wenigstens müssten sie gegen Empfang des Wechsels oder der Anweisung einen kleinen Schein oder Quittung geben. Für den Starosten von Radom[5]) liegen 200 Ducaten bereit.

v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 20. September 1668.

[Verdächtigungen gegen Kf. wegen der Besitzergreifung von Draheim. Neue Aufforderung an die fremden Gesandten abzureisen.]

20. Sept. Auf die Nachricht von der Besitzergreifung Draheims, die aus Grosspolen hier erst einige Tage nach der Abdication des Königs eingetroffen, haben namentlich die von der Condéschen Faction die Sache sehr exaggeriert[6]), als wenn Kf. damit nur auf das Interregnum gewartet und bei demselben im Trüben zu fischen gesucht, er hat dagegen bei dem Erzbischofe, dem Könige, und anderen Senatoren und Landboten die nöthigen Vorstellungen gemacht, doch benutzen die Uebelaffectionierten den Umstand, dass dieses nicht früher, sondern erst bei der vorstehenden Abdication geschehen, um Kf. zu verdächtigen, als hätte er andere gefährliche Desseins vor.

Allen[7]) anwesenden Gesandten und Envoyés und sogar Sekretaren ist angedeutet worden, sie möchten sich, um allen Argwohn der Correspondenz mit den Ständen zu verhüten, bis zur Election von hinnen erheben. Der kaiser-

[1]) Der K.U.Truchsess Felix Potocki, s. oben S. 366.

[2]) Alexander Polanowski, Fähndrich von Sanok.

[3]) H. hatte am 19. Juni 1668 berichtet, der preussische Statthalter hätte ihm erklärt, er und sein Vetter, der Woiwode von Wilna [Fürst Michael Radziwill] ständen von ihren hohen Forderungen ab und wollten mit 100 000 poln. Gulden zufrieden sein, doch sollte der Pfalzgraf versichern, jedem von ihnen eine jährliche Pension von 10 000 Rthlrn. zu zahlen, bis soviel an königlichen Gütern oder Starosteien erledigt sei, beide verlangten ausserdem, dass in ihren Woiwodschaften keine Charge anders als auf ihre Recommendation vergeben werde.

[4]) S. oben S. 374.

[5]) S. oben S. 381.

[6]) S. Kochowski III. S. 342; Pufendorf X. § 64 (S. 703); Stoderts Bericht an den Danziger Rath vom 28. September 1668 (Hirsch, Zur Gesch. der poln. Königswahl S. 95).

[7]) Vgl. Pufendorf X. § 72 (S. 707).

liche und der moskowitische Gesandte aber haben erklärt, erst ihrer Herren Befehl abwarten zu müssen, und auch er hat desgleichen gethan. Der König, der Bischof und der Woiwode von Cracau, sowie der K. Truchsess Potocki rathen hierzubleiben, der Erzbischof aber droht, wenn die ministri publici nicht weggehen wollten, nach Lowicz zu gehen, oder, wenn er hierbliebe, wollte er sich mit allen Anwesenden verbinden, keinen zu sich zu gestatten oder zu sprechen [1]).

v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 26. September 1668.

[Die Condésche Partei. Passendste Verwendung der Geldmittel.]

Er hat viel damit zu thun gehabt, bei den Senatoren und dem Primas zu 26. Sept.
unterbauen, dass der Draheimschen Sache nicht gar zu invidiose in dem Ausschreiben an die Kreistage gedacht werde.

Bei dem Wahlnegotium werden sich viel mehr Schwierigkeiten finden, als man vermuthet hat, des Moskowiters Partei nimmt zwar merklich ab, doch ist bei der herrschenden Verbitterung zu fürchten, dass sie etwas mit Gewalt tentieren. Die Condésche Faction hält sehr stark zusammen und hofft, den König von Frankreich wieder auf die vorigen Gedanken zu bringen, sie verlassen sich namentlich auf die littauische Armee, hoffen auch den K. Feldherrn zu gewinnen, sollen auch vorhabens sein, durch Fürst B. Radziwill dem Kf. grosse Avantagen anzubieten. Den Tataren werden jetzt m/100 Rthlr. gegeben, um mit deren Cooporation den äussersten Versuch zu machen, durchzudringen, sollte aber dieses durchaus impracticabel erscheinen, dann erst wollen sie Pfalz-Neuburg und Lothringen auf die Bahn kommen lassen, die sich dann gegen einander wiegen und schätzen möchten. Sehr unvortheilhaft ist es, dass man eben zu dieser Zeit, da am meisten zu arbeiten wäre, die fremden ministros hinweggeschafft haben will, der kaiserliche bricht übermorgen von hier auf.

Bei so gestalten Sachen rathen etliche Wohlaffectionierte, mit allen Ausgaben an sich zu halten und sich kegen die Election wohl anzuschicken, andre aber, von nun an Freunde zu machen, damit sie sich nicht anderswo engagiren. Allein ich — wollte wohl der Mittel wegen vor das beste halten dergestalt, dass bei vorstehender Convocation in allen Woyewodschaften etwas zur Angab gereicht, zum losdrucken aber

[1]) Kf. weist H. an (d. Königsberg, 27. September 1668), vorläufig in Warschau zu bleiben und das Werk unter der Hand weiter zu treiben; am 6. October erlaubt er ihm abzureisen. Doch ist H. noch bis Ende October in Warschau geblieben (über die Unterredung desselben mit dem Danziger Sekretar Stodert, in welcher er darauf hinweist, wie nothwendig es für Danzig sei, mit Kf. zusammenzuhalten, s. dessen Bericht vom 5. October bei Hirsch S. 97); am 24. October berichtet er von der Reise, von Krczywckoga aus, an Kf. über eine Unterredung, welche er noch in Warschau mit dem moskowitischen Gesandten gehabt.

bei der Election das meiste und soviel als möglich gehalten wurde, angesehen der Leute Untreu und Unbeständigkeit sehr gross. — [1]).

c. Verhandlungen während des Interregnums.

St. Niemirycz[2]) an den Kurfürsten. D. Mewe 26. October 1668.

[Erklärungen Sobieski's.]

26. Oct. Er hat dem G. Feldherrn auseinandergesetzt, dass die Verträge, welche Kf. zu gunsten Neuburgs geschlossen, nur auf Erhaltung der freien Wahl zielten und dass Kf. durch Lubomirski und andere Senatoren und angesehene Adlige darum gebeten worden sei. Als jener nach den Namen der anderen fragte, wollte N. sie nicht sagen, bis er erklärt hätte, wem er bei der Königswahl seine Stimme geben würde. S. aber behauptete, er wüsste wohl, Lubomirski, der G. Kanzler Leszczynski, der Kastellan von Posen und Niemiricz hätten gegen den König, die Königin und den ganzen Hof die Oberhand behalten. Schliesslich versicherte S., er hätte nicht gebilligt, was ihre Gegner gegen sie gethan hätten, er sehe bisher in den Handlungen des Kf. nichts, was Polen und dessen Freiheit verletzen könnte, d'ou est provenu qu'il s'est declaré entierement pour Mr. le Duc de Neubourg, mais que personne n'en scache rien devant l'election.

[1]) Dem entsprechend räth er am 5. October, auf den bevorstehenden Convocationsreichstag Creditbriefe über c. 20000 Rthlr. zu schicken, um einige in jeder Woiwodschaft zu gewinnen, für den Wahltag selbst aber mindestens 500000 Rthlr. bereit zu halten.

[2]) S. über denselben oben S. 248. Kf. hatte Anfang October seinen soeben erst aus Schweden zurückgekehrten Gesandten L. G. v. Crockow an den damals in Preussen sich aufhaltenden K. G. Feldherrn Sobieski geschickt, um denselben in seinem Namen zu begrüssen, das Verhalten des Kf., namentlich die Besitznahme von Draheim zu rechtfertigen und in der Wahlangelegenheit mit ihm zu verhandeln, hatte denselben zugleich beauftragt, sich auch zu dem Woiwoden von Pommerellen Ignatius Bakowski, welcher sich schon früher (s. oben S. 378, Krebs S. 180) für die neuburgische Sache hatte gewinnen lassen, zu begeben, und hatte gleichzeitig auch seinen Erbschenk Ernst Gottlieb v. Börstel an den letzteren entsendet, s. die Berichte beider vom 14. October 1668 bei Hirsch, Zur Gesch. der poln. Königswahl S. 137 ff. Auf den Wunsch des neuburgischen Gesandten Stratman schickte er jetzt Niemirycz an Sobieski, um demselben die von dem Pfalzgrafen vollzogene Ratification des mit diesem abgeschlossenen Vertrages zu überbringen.

Memoriale für J. Scultetus. Sign. Königsberg 16. November 1668[1]).

[Aufträge an den Erzbischof und an andere polnische Grosse.]

Wenn er angefochten würde, dass er als ein Fremder nicht da sein könnte, 16. Nov.
soll er sagen, dass, wenn er nur die Schreiben an die Republik[2]) übergeben, er sofort weg gehen wollte, und wenn man ihn deswegen hart treiben würde, soll er es auch wirklich thun.

Bei dem Erzbischof soll er sich über die gegen Kf. ausgestreuten Verleumdungen beschweren und bitten, dass dergleichen wenigstens nicht in publico consessu vorgebracht werde.

Er soll sich um Versöhnung des G. Kanzlers und des Castellans von Posen bemühen, den Bischöfen von Cracau und Cujaw danken, dass sie sich des Kf. so treu annehmen, dem Erzbischof auch anzeigen, wenn Fürst Wischnowitz[3]) so zu schreiben fortfahren würde, so würde Kf. den ganzen Verlauf der Sache der Republik schriftlich darlegen. Jedermann hat er zu versichern, dass Kf., wenn er erfahren sollte, dass irgend ein Potentat sich mit Volk nähern würde, dieses der Republik anzeigen und nach Kräften verwehren würde, er selbst wäre diesmal wider den Gebrauch ohne einiges Volk nach Preussen gekommen, damit die Republik keine Ombrage davon haben möchte.

Berichte des J. Scultetus aus Warschau 24. November—18. December 1668.

Er ist gestern hier angekommen. Auf den Rath des Fürsten Statthalters und 24. Nov.
des Castellans von Posen, bei denen er sich sogleich angemeldet, hat er die Schreiben des Kf. vorläufig noch zurückbehalten, hat aber heute früh den Erzbischof besucht, demselben des Kf. Schreiben übergeben und sich wegen der gegen Kf. ausgestreuten Verleumdungen beschwert; derselbe erklärte, bei dieser Convocation[4]) sei in publico consessu nichts davon öffentlich ausgebracht worden, ausser dass die Deputierten von der Armee etwas libere wegen der

[1]) Vgl. Stoderts Relation vom 30. November 1668 (Hirsch, Zur Gesch. der poln. Königswahl S. 99).

[2]) Rechtfertigungsschreiben betreffend die Besitznahme von Draheim, dieselben sind in den Akten nicht erhalten.

[3]) Fürst Demetrius Wiszniowiecki, welcher jetzt den mit Kf. wegen Draheims abgeschlossenen Handel (s. oben S. 365) abzuleugnen suchte.

[4]) Ueber den vom 5. November—6. December 1668 tagenden Convocationsreichstag s. ausser dem sehr dürftigen Bericht bei Kochowski III. S. 341 f. jetzt die von dem Danziger Sekretar Adrian Stodert angefertigten, dem Rathe von Danzig zugeschickten Protokolle (Recessus comitiorum convocationis) bei Hirsch a. a. O. S. 31 ff. und die Relationen Stoderts aus derselben Zeit ebendaselbst S. 94 ff.

Occupierung Draheims gesprochen, dem aber er und etliche Bischöfe entgegengetreten wären[1]), auch er rieth ihm, das Schreiben an die Republik vorläufig zurückzubehalten und erst morgen früh wieder zu ihm zu kommen.

27. Nov. Trotz alles Sträubens der Bischöfe und Senatoren haben doch alle den von dem Castellan von Lemberg[2]) vorgeschlagenen Eid[3]) schwören müssen. Der Castellan von Posen meint zwar, dass dieser Eid nichtig sei, doch ist es eine nachtheilige Sache, da der Littauische G. Kanzler, der Hofmarschall und andere dieselbe benutzen werden, um Pfalz-Neuburg zu excludieren, der ebenso wie Condé per illicita media die Krone affectiert habe. Das Lothringische Interesse wird hauptsächlich durch die Jesuiten[4]) getrieben, der Castellan von Posen räth daher, dass auch Pfalz-Neuburg seine Jesuiten hereinschicken und durch dieselben eine Gegenfaction machen lassen solle.

29. Nov. Obwohl er sich bei Tage ganz verborgen hält und nur des Nachts, nicht ohne Lebensgefahr, herumgeht, so hat man doch seiner in der Senatorenstube bereits gedacht und geschrieen, ihn wegzuschaffen, welches auch nach geendigter Convocation unzweifelhaft geschehen wird, da der Erzbischof alle fremden ministros von hinnen wegschaffen und eine Zeit bestimmen soll, gegen welche sie sich wieder einfinden können.

30. Nov. Er hat mit dem K. O. Kammerherrn[5]) wegen der Draheimschen Sache und wie dem Fürsten von Wischnowitz das Maul zu stopfen sei, geredet. Derselbe berichtete, dass er an den Fürsten geschrieben, dessen procedere scharf getadelt und gedroht habe, während der Convocation öffentlich den ganzen Hergang der Sache und wieviel Geld er schon durch Hoverbeck empfangen, darzulegen. Doch rieth derselbe, wenn der Fürst schwiege, die Sache nicht weiter aufzurühren.

Da er gestern erfahren[6]), die Armee dürfte die Winterquartiere in Grosspolen erhalten und der G. Feldherr Draheim mit unter die assignationes rechnen und austheilen, so hat er dagegen bei dem Erzbischof und den Bischöfen von Cujaw und Cracau Vorstellungen erhoben und erklärt, Kf. würde das unter keinen Umständen dulden, ebenso hat er deswegen mit dem Castellan von Posen geredet, derselbe hat Gursinski[7]) an den Feldherrn geschickt und von diesem das Versprechen erhalten, dort weder Truppen einzuquartieren noch sonst dem Kf. Ungelegenheiten zu bereiten.

6. Dec. Die Convocation ist erst heute um 6 Uhr morgens geschlossen worden,

[1]) S. den Bericht über die Sitzung vom 15. November Recessus comit. S. 36.

[2]) Alexander Maximilian Fredro.

[3]) S. Pufendorf X. § 82 (S. 715 f.), Recessus comit. S. 34 ff., die Eidesformel ebendaselbst S. 41.

[4]) S. Stoderts Relation vom 30. November 1668 (S. 99).

[5]) Graf Theodor Dönhoff s. ebendas. S. 99.

[6]) S. ebendas. S. 100 f.

[7]) Andreas Grudzinski, Woiwode von Posen.

beim Schluss soll der G. Feldherr die Frage wegen Draheim[1]), ob auch dorthin Truppen in die Winterquartiere zu legen, vorgebracht und sollen die meisten dahin gestimmt haben, man solle Kf. nicht turbieren, sondern jemand an denselben schicken, um anzufragen, was wegen Draheim vorgegangen, der Woiwode von Lublin Rey hat aber votiert, der Feldherr sollte zwar keine Völker in die Starostei schicken, aber Brotgeld darauf assignieren, und obwohl der Erzbischof und andere es dahin gebracht, dass er endlich still geschwiegen, so fürchtet Sc. doch, der U. Kanzler und andere dem Kf. feindlich Gesinnte könnten dies benutzen und vielleicht hiervon einen Punkt in die Konstitution setzen lassen, er wird dem aber vorzubauen versuchen.

PS. Oberstlieutenant Berents, der bei dem Woiwoden von Reussen Jablonowski und dem G. Marschall grossen Einfluss hat, versichert, dass letzterer noch die französische Faction treibe, seine Frau und der Schatzmeister Morstein hielten ihn ganz gebunden.

Der Kastellan von Posen hat vor seiner gestrigen Abreise ihm und dem 13. Dec.
Neuburgischen Minister mitgetheilt, der Erzbischof und Morstein wollten die französische Partei, wenn sie könnten, auch wohl violentis mediis durchtreiben, doch würden sie es wohl nicht dahin bringen, da der Feldherr selbst zu zweifeln anfange, auf allen Fall habe er mit den für Pfalz-Neuburg affectionierten Senatoren beschlossen, dass sie zwar zu Anfang der Election hier sein und derselben beiwohnen wollten, das Generalaufgebot aber in Gross- und Klein-Polen erst Ende Mai publicieren wollten, damit zu der Zeit, wenn es zum Votieren käme, der Adel auf den Grenzen bereit stehen und diejenigen, welche etwa mit Gewalt durchdringen wollten, zurückhalten könnte, schon jetzt sollten Emissare in die Woidwodschaften geschickt werden, um dem Adel die Gefahr von Frankreich zu remonstrieren und die Inclination auf den Pfalzgrafen zu richten. Der König bemühe sich für jenen bei den Masuren, habe aber auch von der mala fides des Kaisers gesprochen. Kf. möchte durch seinen Residenten am kaiserl. Hofe remonstrieren lassen, der Castellan und der G. Kanzler wollten auch zu demselben Zwecke jemand dorthin schicken. Man sollte suchen durch Béziers Morstein von der französischen Partei abzubringen. Sieben Bischöfe (von Cujaw, Crakau, Luceorien, Plozko, Posen, Chelm und Wilde) hätten sich für Pfalz-Neuburgs Wahl erklärt. Die Lothringische Faction ist zwar noch stark, doch scheint von Senatoren nur der Kastellan von Lemberg[2]) derselben anzugehören.

Obwohl der Erzbischof wieder seiner Abreise gedacht und versichert hat, dass in die Conföderation sowohl wegen Draheims als auch sonst nichts des Kf. Interessen Präjudicierliches gebracht sei, will er doch sehen hierzubleiben, bis dieselbe, die schon in Druck gegeben[3]), ganz fertig sein wird.

---

[1]) S. Stoderts Relation vom 6. December 1668 (S. 100).

[2]) Alex. Maximilian Fredro, s. Stoderts Relation vom 30. November 1668 (S. 99 f.).

[3]) S. Vol. legum IV. S. 1015 ff.

18. Dec. Der König[1]), bei dem er Audienz gehabt und den er gebeten, mit dem Feldherrn darüber zu sprechen, dass Draheim nicht von den Soldaten belästigt werde, hat es versprochen; die Wahl, meinte er, würde wohl noch lange sich hinziehen, namentlich würden sich die von der moskowitischen Partei darum bemühen, damit inzwischen der Zar mit Heeresmacht einbrechen könnte. Er wird, sobald er ein Exemplar der auf dem hiesigen Grod niedergelegten Confoderation (der Druck wird erst nach Neujahr fertig sein) erhalten hat, abreisen.

Memorial für den Kurfürstl. Hof- und Legationsrath Ahasverus v. Lehndorf. Sign. Königsberg 15. December 1668.

[Aufträge an den Bischof von Ermland.]

15. Dec. Er soll sich zum Bischof von Ermland[2]) begeben und diesen wegen der polnischen Angelegenheiten befragen, auch, falls von den Candidaten der polnischen Krone die Rede sein und jener sich nicht von selbst expectorieren sollte, sondieren, auf welchen Kandidaten der Bischof am meisten incliniere, und, wenn Pfalz-Neuburgs Meldung geschehen sollte, denselben empfehlen. Schliesslich soll er dem Bischof vorstellen, Kf. schmerze es sehr, dass von seinen Feinden seine actiones, namentlich die Besitzergreifung von Draheim, so traduciert würden, und ihn bitten, dem entgegen zu wirken.

A. v. Lehndorf an den Kurfürsten. D. Königsberg 26. December 1668.

[Aeusserungen des Bischofs von Ermland.]

26. Dec. Der Bischof behauptet, wegen des zu wählenden Subjecti nichts gewisses determiniert zu haben und auch vorläufig nicht determinieren zu können. Von dem Moscowiter wollte er nichts wissen und meinte, derselbe hätte garkeine Aussicht. Von Frankreich behauptete er, es habe sich aller Prätension begeben und würde regressus nicht gestattet werden. Auch von Lothringen meinte er, derselbe habe schlechte Aussichten, wohl aber Pfalz-Neuburg, falls man nur bei den ferneren Proceduren impeccable verfahren werde, es schade demselben bei dem Adel sehr seine Inclination zu den Jesuiten.

Der Bischof hat sich ligiert mit dem G. Feldherrn, dem Woiwoden Ruski[3]) und anderen reussischen Grandes und dem Woiwoden von Pommerellen[4]), er

---

[1]) S. über dessen wechselnde Aufenthaltsorte in dieser Zeit Hirsch S. 94 Anm. 5.

[2]) Johann Stephan Wydzga.

[3]) Stanislaus Johann Jablonowski, Woiwode von Reussen.

[4]) Ignatius Bakowski, s. oben S. 378f.

hat unter Händen die Historie unsers saeculi; seine Gedanken stehen nach dem rothen Hut, er hat nach der Wahl eine Reise nach Rom vor [1]).

Memoriale, wonach sich Scultetus bei der Negotiation in Grosspolen zu richten haben wird. Signatum Königsberg 15. Januar 1669.

[Aufträge an den Castellan von Posen, den G. Kanzler und andere polnische Edelleute, bei denen er für den Pfalzgrafen wirken soll.]

(Conc. J. v. Hoverbeck.)

Er soll Pfalz-Neuburg recommendieren und berichten, wie er einen 15. Jan.
oder andern disponiert finden wird. Mit dem Castellan von Posen hat er, wenn sich derselbe gewierig zeigt, zu überlegen, wie die anderen Concurrenten abzuwehren und des Pfalzgrafen Intention zu befördern sei, insbesondere, wie der auf der letzten Convocation geleistete Eid [2]) zu divertieren oder wenigstens es dahin zu bringen sei, dass die letzte Clausul desselben auch auf Lothringen angezogen werde; wenn so Moscau, Condé und Lothringen in gleiche Verdammnis mit Pfalz-Neuburg gesetzt werden, so wird der Eid letzterem wenig schaden, da jedenfalls die Stände sich selbst deswegen werden dispensieren müssen. Sie sollen auch überlegen, wie der Castellan von Lemberg, Fredro, der sich früher dem Pfalzgrafen geneigt gezeigt, und der Vicekanzler zu gewinnen seien, ferner soll er letzteren zur Aussöhnung mit dem G. Kanzler zu bestimmen suchen.

Bei dem G. Kanzler soll er sich um eben diese Aussöhnung bemühen, ferner soll er ihn, den der kaiserliche Hof durch grosse beneficia zu devincieren gesucht, auf der Seite Pfalz-Neuburgs zu halten versuchen; er soll auch dessen Gemahlin, sowie die bei ihm einflussreichen Woyakowski, Gorecki, und Bojanowski zu gewinnen suchen, die beiden letzteren durch ein paar hundert Ducaten, Woyakowski soll er vom Pfalzgrafen wenigstens 1000 Ducaten und eine Pension, bis er eine vornehme Prälatur erhalten, zusichern.

Auch den bei der Ritterschaft sehr einflussreichen Succamerarius Calissiensis Krycki [3]), der früher condéisch, seit der Königin Tod aber sich neutral gehalten, soll er zu gewinnen suchen, ebenso mit Hülfe des Castellans von Posen die

---

[1]) v. Lehndorf wird Ende März 1669 auch zu dem littauischen G. Kanzler Pac geschickt, um mit demselben wegen der Wahlangelegenheit zu verhandeln, er wird von demselben sehr freundlich empfangen, erhält aber keine bestimmte Erklärung; Pac erklärt, erst in Warschau bei der Wahl selbst näher darüber verhandeln zu wollen. Vgl. Krebs S. 199. 205.

[2]) S. oben S. 386. Vgl. Pufendorf X. § 82 (S. 716).

[3]) Stanislaus Krzycki.

Woiwoden von Kalisch[1]) und Inowlotz[2]), auch Gorzynski[3]) ist beizubehalten, um Polanowski[4]) und andere Häupter der Armee in Devotion zu halten und den ihm sehr vertrauten Castellan von Reusch-Lemberg[5]) zu gewinnen. Ferner soll er die Besitzergreifung von Draheim rechtfertigen und gegen die Ausladung der kurf. Räthe[6]) auf das Capturgericht remonstrieren.

J. Scultetus an den Kurfürsten. D. Dresdowa 23. Januar 1669.

[Mittheilungen Gninski's.]

23. Jan. Er hat unterwegs den Woiwoden von Culm Gninski getroffen, der zu dem preussischen Seymik nach Graudenz[7]) reiste, derselbe fürchtet, dass das Wahlwerk noch durch viele Intriguen werde hingezogen werden, namentlich durch den Streit zwischen den Pac und Radziwill[8]), ferner äusserte derselbe, er hätte kurz zuvor in Warschau gehört, Kf. finge schon an zu hinken und suche jetzt mehr das Condésche als Neuburgische Interesse zu befördern, wogegen er auf das eifrigste protestiert hat. Dann sprach G. davon, dass der Erzbischof Goiniczewski nach Moscau geschickt, um des Zaren Intention gegen Polen zu penetrieren, derselbe wäre jetzt zurückgekehrt, hätte aber nicht penetrieren können, was jener im Schilde führe, er scheine zu lauern und gerne haben zu wollen, dass die Republik ihm jetzt eine Veranlassung zur Ruptur gebe. Mit dem Vergleich zwischen dem G. Kanzler und dem Castellan von Posen zeigte er sich, gewiss aus Privatfeindschaft gegen den letzteren, unzufrieden.

---

[1]) Johann Opalinski, Stiefbruder des Castellans von Posen.

[2]) Christoph Zegocki.

[3]) Andreas Grudzinski, Woiwode von Posen.

[4]) S. oben S. 382.

[5]) Alex. Maximilian Fredro.

[6]) Infolge von Grenzstreitigkeiten bei der Besitzergreifung von Draheim hatten zwei Edelleute aus Grosspolen, v. Manteuffel und v. d. Goltz, den von dem Kf. mit der Besitzergreifung betrauten Kommissar v. Wedell und Joh. v. Hoverbeck vor das Capturgericht der Starostei Crone geladen.

[7]) S. Lengnich, Gesch. der preussischen Lande VIII. S. 6.

[8]) Derselbe war dadurch entstanden, dass König Johann Kasimir kurz vor seiner Abdankung die durch den Tod des littauischen U.Kanzlers Naruszewitz erledigte Würde desselben nicht dem von den Pac begünstigten littauischen Feldschreiber Polubinski, der schon früher die Anwartschaft darauf erhalten, sondern dem littauischen U.Feldherrn Michael Radziwill übertragen hatte; schon auf dem Convocationsreichstage war es deswegen zu heftigen Streitigkeiten gekommen, s. Hirsch S. 39f. 100, Krebs S. 205.

J. Scultetus an den Kurfürsten. D. Goschlin 30. Januar 1669.

[Erklärungen des G. Kanzlers.]

Der G. Kanzler hat ihn versichert, der neuburgischen Sache treu zu sein, 30. Jan.
er wollte aber zu keinem Kriege Veranlassung geben, der Pfalzgraf müsste die Sache nicht zu furiose treiben; zu einer Versöhnung mit dem Castellan von Posen, obwohl er über denselben sehr klagte, zeigte er sich geneigt; auch wegen Hintertreibung des juramenti [1]) auf dem Kreistage zu Schroda wollte er sich bemühen, doch wäre nur Aussicht auf Erfolg, wenn einige Edelleute die Sache selbst auf die Bahn brächten. Dass Sc. selbst nach Schroda ginge, dafür war er nicht, sondern rieth, derselbe möchte sich so lange in Posen aufhalten, er wollte sagen, Sc. sei wegen der Ausladung an v. Hoverbeck und v. Wedell [2]) an ihn geschickt worden. Auch der G. Kanzler erwähnte, ihm sei erzählt worden, Kf. hätte gänzlich die französische Partei angenommen und bemühe sich nur zum Schein für den Pfalzgrafen; dies Gerücht scheint von der lothringischen Partei herzurühren [3]).

Berichte des J. Scultetus aus Warschau 29. April — 19. Mai 1669.

Der Erzbischof, den er zu Praczmow angetroffen, hat den Gesandten 29. April.
des Kf. die Quartiere assigniert, derselbe klagte sehr über die Intriguen und Widerwärtigkeiten, alles käme von der unglückseligen Abdication des Königs her, die er immer widerrathen habe. Er wünsche nur, Kf. entschlösse sich die Religion zu ändern und selbst als Candidat aufzutreten. Sc. lehnte dies ab und bat ihn, seinen Favor auf den Pfalzgrafen zu übertragen. Der Erzbischof meinte, beide Factionen, die neuburgische und lothringische, würden, weil beide gleich stark, ihr Ziel nicht erreichen, sondern ein dritter erwählt werden, was leicht des Zaren Sohn sein könnte, der beim Adel grosse Popularität besitze. Er sprach dann von einem Schreiben des Herzogs von Lothringen, worin dieser erklärt, dass seine Gesandten den kurfürstlichen nicht weichen würden. Sc. legte die Ungereimtheit dieser Forderung dar, jener zeigte sich parteiisch, erklärte aber schliesslich, es würde schon ein Expedient in der Sache gefunden werden. Die Sache scheint vom U. Kanzler und anderen Widersachern

[1]) S. oben S. 386. 389.

[2]) S. oben S. 390.

[3]) Anfang Februar 1669 wird Scultetus noch einmal nach Posen geschickt, um die Aussöhnung zwischen dem G. Kanzler Leszynski und dem Castellan von Posen Grzymultowski zustande zu bringen, doch gelingt dieses nicht, vielmehr wird infolge des zwischen diesen ausbrechenden neuen Streites der Landtag zu Schroda zerrissen.

des Kf. angelegt zu sein, um gleich zu Anfang der Election die Materie der Souveränität von Preussen auf die Bahn zu bringen und so Kf. verhasst zu machen.

Der Castellan von Posen klagt, dass in Grosspolen die Sache nicht zum besten laufe und das Generalaufgebot mehr schädlich als nützlich sein dürfte, da sein Bruder, der Woiwode von Kalisch[1]), der das Directorium darüber hätte, ganz vom Herzog von Lothringen dependierte.

Der G. Kanzler ist nicht dazu zu bewegen, sich mit seinen Gegnern, dem Erzbischof, Castellan von Posen und anderen zu vergleichen, sondern will durchaus den Process gegen Lubomirski gleich zu Anfang der Wahl auf die Bahn bringen.

Dem französischen Gesandten[2]) hat Sc. gestern zu Nieporent aufgewartet.

2. Mai. Heute hat die Wahl[3]), nachdem der Erzbischof selbst die Messe gehalten, ihren Anfang genommen[4]), die Senatoren haben 5 Stunden in dem auf dem Felde errichteten Schuppen auf die Landboten gewartet, diese aber haben sich nicht einigen können, indem die einen gewollt, dass zuerst ein Marschall gewählt werde und man dann zu den Senatoren hineingehe und die Proposition mit anhöre, die anderen, dass zuerst der Eid von einem jeden geleistet werde; so hat der vorige Landbotenmarschall die Session bis übermorgen aufgehoben.

3. Mai. Da das von dem Erzbischof den Gesandten des Kf. assignierte Quartier 3 Meilen von der Stadt entfernt und sehr schlecht ist, so hat er es bei dem Bischof Gembicki[5]) dahin gebracht, dass dieser seinen Hof Jablonne nebst dem dabei an der Weichsel liegenden Dorfe denselben einzuräumen versprochen, derselbe liegt zwei kleine Meilen von Warschau mitten im Walde, hart an der Weichsel, ungefähr eine Meile von dem Ort, wo die Schlacht gehalten worden. Nieporent, wo der Kaiserliche, und Bialalenka, wo der Französische steht, sind nur eine Meile, Radzimin, wo der Schwedische stehen soll, 2 Meilen von dort entfernt.

---

[1]) Johann Opalinski.

[2]) Der Bischof von Béziers hatte sich nach seiner Rückkehr von Paris und nachdem er auf der Rückreise bei dem Pfalzgrafen in Neuburg gewesen war, seit dem November 1668 auf kurfürstlichem Gebiete, zuerst in Wildenbruch, dann in Marienwerder aufgehalten, von dort aus theilt er am 22. März 1669 dem Kf. mit, da er angewiesen sei, gemeinschaftlich mit den Gesandten desselben und denen des Pfalzgrafen zu handeln, so werde er nicht eher nach Polen abreisen, bis er erfahren, dass diese unterwegs seien, und erbittet sich nähere Anweisungen; am 8. April zeigt er dem Kf. an, dass er, da die Gesandten desselben bald nach Ostern abreisen sollten und König Johann Casimir mit ihm zu conferieren wünsche, in wenigen Tagen nach Nieporent abreisen werde.

[3]) Ueber die Litteratur betreffend diesen Wahlreichstag, namentlich über Zawadzki's Hist. arcana s. Hirsch, Zur Gesch. der poln. Königswahl S. 20ff.

[4]) S. Recessus comitiorum electionis a. 1669 (Hirsch S. 46).

[5]) Johann Gembicki, Bischof von Plock. Vgl. die Relation Stoderts und Widers an den Danziger Rath vom 3. Mai 1669 (Hirsch S. 104).

Heute ist der K. Truchsess Potocki glücklich zum Landbotenmarschall 9. Mai.
gewählt worden[1]), obwohl der Erzbischof, Littauische G. Kanzler und K. U. Kanzler sich dem hart widersetzt haben, er hat 926, der Candidat der lothringischen Partei Pinaseck nur 670 Stimmen erhalten.

Bisher ist nur über den Eid verhandelt worden, die lothringische Partei 13. Mai.
sucht dadurch und nachher durch die Frage wegen der littauischen kleinen Bulawe die Sache aufzuhalten.

Die, welche Potocki durchgebracht, bravieren damit allzusehr, so dass es dem Castellan von Posen, dem Woiwoden von Pommerellen und dem Feldherrn, welcher das meiste dazu gethan, selbst missfällt. Auf deren Verlangen hat er dem französischen und neuburgischen[2]) Gesandten und auch dem G. Kanzler zugeredet, ihre Adhaerenten möglichst im Zaum zu halten.

Der G. Kanzler besteht auf dem Generalaufgebot und will, dass die grosspolnischen Woiwodschaften je eher je lieber sich hieher begeben und die Wahl beschleunigen sollen, der Woiwode von Pommerellen und der Castellan von Posen sind aber nicht dafür, dass dieses so bald geschehe, da dieses gerade Pac Gelegenheit geben würde, die comitia electionis nach seinem Belieben zu schleppen oder zu abrumpieren, und haben ihn gebeten, dieses dem französischen und neuburgischen Gesandten vorzustellen.

Das Verhalten des kaiserlichen Gesandten[3]) ist sehr verdächtig; in dem Hause, wo Sc. wohnt, liegen die lothringischen Gelder, er will sich bemühen zu erkunden, an wen dieselben gezahlt werden.

Der K. U. Kanzler laboriert heftig für Lothringen und sucht Kf. zu denigrieren, er sucht es durch seine Creaturen dahin zu bringen, dass dem künftigen Könige die Verpflichtung auferlegt werde, Draheim zu recuperieren. Der junge Rohde schlägt sich auch zu ihm und will durch ihn seine Sache bei dieser Wahl vorbringen lassen.

Bisher ist noch immer nur von dem Eide verhandelt worden, die meisten 15. Mai.
fürchten[4]) eine Doppelwahl, weil die Gemüther so gegeneinander erbittert sind, dass kein Theil dem andern nachgeben will. Der Castellan von Posen will nach der grosspolnischen Grenze gehen, um zu verhindern, dass sein Bruder, der Woiwode von Kalisch, mit dem aufgebotenen Adel hieherkomme, sondern auf der Grenze stehen bleibe.

Vorgestern ist Galecki[5]) ins Collo gekommen und hat dem Kanzler Pac, dem Woiwoden von Innowladislaw und dem K. Jägermeister[6]) öffentlich vor-

---

[1]) S. Recessus comitiorum S. 48 und Stoderts und Widers Relation vom 10. Mai 1669 (S. 105. 108).

[2]) Johann Christian v. Boyneburg s. oben S. 371.

[3]) Graf Christoph Leopold Schaffgotsch, vgl. die Relation Stoderts und Widers vom 17. Mai 1669 (S. 112) und Krebs S. 198.

[4]) Vgl. Stoderts und Widers Relation vom 17. Mai (S. 111f.).

[5]) S. Recessus comitiorum S. 48ff.

[6]) Johann Zalecki, Starost von Bromberg.

geworfen, von der Königin französische Gelder genommen und damit die littauische Armee in die Kron gegen Lubomirski geführt zu haben, worüber ein solcher Lärm entstanden, dass der Landbotenmarschall heute schon zum zweiten Male die Session hat solvieren müssen. Jene glauben, dass Galecki durch Kf. und Fürst Radziwill dazu angestiftet sei, er sucht ihnen diese Meinung zu benehmen.

Der Obristleutnant Berendts[1]), Unterthan des Kf., erbietet sich zu guten Diensten bei dem G. Feldherrn und bei dem reussischen Woiwoden und bittet Kf. um ein privilegium nobilitatis, derselbe berichtet auch, dass der junge Rohde allerhand Leichtfertigkeiten wider des Kf. Hoheit und Estat auf die Bahn zu bringen suche, und ist erbötig, denselben ohne gar grosses Aufsehen ins Herzogthum bringen zu lassen, wenn man zuvor über Ort und Stelle insgeheim werde Abrede genommen haben.

18. Mai. Am 16. Nachts sollen[2]) der Erzbischof, der G. Feldherr, der reussische Woiwode, der Woiwode von Kiow[3]), der K. Fähndrich[4]) und noch einige andere beim K. Schatzmeister zusammengewesen sein und berathen haben, namentlich ob man Condé inter candidatos nennen, oder seinetwegen jetzt alle Hoffnung aufgeben und, wenn dieses, welcher Partei, Lothringen oder Neuburg, man anhangen solle. Es soll beschlossen sein, noch einmal nach Frankreich zu schreiben und finalem resolutionem einzuholen, über den anderen Punkt haben sie sich nicht einigen können.

Der Bischof von Cracau hat wirklich eine Versöhnung zwischen dem G. Kanzler und dem Castellan von Posen zustande gebracht.

Den Eid zu leisten haben nunmehr alle Woiwodschaften bewilligt und hat darauf[5]) der Erzbischof die Proposition gethan und darin besonders erwähnt, ein Subiectum zu erwählen, welches in gremio ecclesiae erzogen und ein alter wohl erfahrener Feldherr wäre, was auf Condé gedeutet wird.

19. Mai. Der Castellan von Posen meint gestern in einem langen Gespräch mit dem Erzbischof das secretum penetriert zu haben, warnt Kf., sich in Acht zu nehmen, die französische Partei werde ehestens wieder auf die Bahn gebracht werden, es gingen die subscriptiones heimlich bereits in der Armee herum und wären die promotores davon diejenigen, welche sich Neutralisten nennten, sie warteten nur darauf, dass die neuburgische und lothringische Partei aneinander gerathen und einer dem andern nicht werde weichen wollen, und suchten, weil ihre Faction verhasst, durch die Armee, zu deren Auszahlung sie eine grosse Summe bereit hielten, ihr Dessein auszuführen.

Sc. will morgen den Gesandten entgegenreisen.

---

[1]) S. oben S. 387.
[2]) Vgl. die Relation Stoderts und Widers vom 24. Mai (S. 113).
[3]) Andreas Potocki.
[4]) Nicolaus Sieniawski.
[5]) S. Recessus comitiorum S. 50, Krebs S. 206f.

f. Gesandtschaft v. Hoverbecks und v. Jena's zu dem Wahlreichstage. Mai—Juli 1669.

Instruction[1]), wornach sich unsere — Geheime Räthe — Johan Freiherr von Hoverbeck, unserer Chur Brandenburg Erb Truchses, und Friederich von Jena bei der Extraordinar Gesandtschaft auf dem Polnischen Wahltage zu achten haben. D. Königsberg in Preussen 10. Mai 1669.

[Beförderung der Wahl Pfalz-Neuburgs. Zusammengehen mit dem neuburgischen und französischen Gesandten. Die preussische Souveränität. Die Besitzergreifung von Draheim. Das Subsidium.]

(Conc. J. v. Hoverbeck.)

Directo wegen einiger seiner Interessen etwas zu suchen oder zu negotiieren, hält Kf. bei jetzigen Conjuncturen nicht für gerathen, vielmehr sollen Ges. sich bemühen, alle Opinion, als suchte Kf. sein Privatinteresse, abzulehnen, sollte aber etwas vorkommen, weshalb die Republik seiner Assistenz benöthigt wäre, so würde zu überlegen sein, wie Kf. sich solcher Occasion zu seinem und seines Hauses Nutzen bedienen könnte. 10. Mai.

Der Interessen der Dissidierenden haben sie sich allewege bestmöglichst anzunehmen, jedoch darin die Krone Schweden vorgehen zu lassen und nichts, als mit deren Gutfinden, vorzunehmen.

Vor allen Dingen haben sie dahin zu arbeiten, dass Pfalz-Neuburg zur Krone gelangen möge; um Kf. aus dem Verdacht zu bringen, als suchte er hierunter mehr sein Interesse als das der Republik, sollen sie die guten Patrioten daran erinnern, dass Kf. nicht aus eigener Bewegnis, sondern auf ihre, namentlich Lubomirski's Ansuchung und Persuasion auf dieses Subjectum gekommen, Lubomirski mit ansehnlichen Geldsummen unter die Arme gegriffen und, um die Wahl des Pfalzgrafen zu befördern, mit demselben einen gar unvortheilhaften Erbvertrag aufgerichtet; die anderen von Kf. und dem Pfalzgrafen mit Schweden und dem Kaiser aufgerichteten foedera enthielten auch nichts für die Contrahenten Avantageuses, sondern seien nur dahin gerichtet, dass die Republik bei ihren Fundamentalsatzungen, namentlich der freien Wahl erhalten werde. Sie haben die Qualitäten des Pfalzgrafen und die Vortheile, welche seine Wahl für die Republik haben würde, vorzustellen und sich zu bemühen, die anderen Concurrenten von ihrem Vornehmen abzubringen.

Sie haben alles mit den Neuburgischen vorher zu überlegen und zu Protocoll zu bringen, und durchaus nichts ohne deren Zustimmung vorzunehmen

---

[1]) Vgl. Pufendorf X. § 83 (S. 716). Das an den Primas gerichtete Creditiv für die Gesandten d. in arce nostra Regiomontana 24. April 1669.

oder einzubringen, ebenso mit dem Französischen sich vertraulich zu begehen, mit dem Schwedischen aber nach Gutfinden der Neuburgischen.

Auch mit Fürst B. Radziwill sollen sie vertraute Communication unterhalten.

Sollte etwas gegen des Kf. Souverainität versucht werden, so haben sie dasselbe zu hintertreiben, und was wegen Nichtinsinuierung der Ewigen Verbündnis mit der Republik vom J. 1657 in die Reichsconstitutionen von einigen Widerwärtigen eingestreut worden, zu widerlegen. Einwänden gegen die Besitzergreifung von Draheim gegenüber sollen sie sich der gedruckten Schrift[1]) bedienen. Sie werden auch durch das Concept des von Kf. nach Abnahme der Huldigung von den hiesigen Ständen abgelassenen Schreibens zu erweisen haben, dass Kf., obwohl der Casus nicht existiert und ihm von polnischer Seite praestanda nicht prästiert worden, doch zur Schickung des subsidium[2]) bereit gewesen.

Der Kurfürst an die Gesandten. D. Königsberg 20. Mai 1669.

[Galecki, Oberstlieutenant Berendts, Rohde,]

20. Mai. Er hat mit Missfallen vernommen, dass Galecki[3]) in unbesonnener Weise den littauischen G. Ganzler Pac öffentlich beschuldigt hat, zumal da derselbe früher in seinen Diensten gewesen; er hat deshalb selbst an Pac geschrieben.

Den Woiwoden von Reussen, Jablonowski, und andere Wohlintentionierte sollen sie in ihrem guten Sentiment stärken, ebenso den Obristlieutenant Berendts[4]). Kf. will demselben das verlangte privilegium nobilitatis ertheilen, sie sollen ihm dies mittheilen und ihn versichern, dass Kf., wenn er den jungen Rohde mit guter Manier in die Grenze des Herzogthums Preussen liefern lassen könnte, solches mit sonderbaren Gnaden gegen ihn erkennen würde.

[1]) Series et examen eorum quae apprehensa anno dni MDCLXVIII mense Augusto nomine et mandato Serenissimi Electoris Brandeburgici, in Prussia etc. ducis, Drahimensis Capitaneatus possessione acta sunt vel intervenere.

[2]) S. oben S. 240

[3]) S. oben S. 393. Franz Galecki, Schenk von Kiew, war zugleich kurfürstlicher Kammerjunker und war von dem Kf. 1668 und Anfang 1669 zu mehrfachen Sendungen nach Polen, um für die Sache des Pfalzgrafen zu wirken, verwendet worden.

[4]) S. oben S. 394.

J. v. Hoverbeck und Fr. v. Jena an den Kurfürsten. D. Jablonia 22. Mai 1669.

[Mittheilungen Boyneburgs. Verdächtiges Verhalten des kaiserlichen und des französischen Gesandten. Wahlaussichten.]

Jena[1]) hat den Pfalzneuburgischen, Freih. v. Boynenburg, in einem 22. Mai.
Kloster, zwei Meilen von hier, besucht und von ihm erfahren: 1) man hielte dafür, dass die meisten Bischöfe[2]) von Pfalz-Neuburgs Partei wären, 2) den Castellanen von Posen[3]) und Cracau[4]) und den Woiwoden von Posen[5]), Pommerellen[6]) und Trocky[7]) und anderen mehreren wäre zu trauen, 3) der Erzbischof, der Feldherr, der G. Schatzmeister und welche ihnen mehr anhängen, hätten noch ihr eigen Wesen, die Bemühungen B.'s Pac zu gewinnen, seien bisher vergeblich gewesen, der kurfürstl. Kammerjunker Galetzki habe durch seine Unbesonnenheit dabei einen sehr üblen Dienst gethan, 4) die lothringische Partei sei über Vermuthen stark und nehme noch immer zu, 5) man würde sonst dieselbe wenig zu fürchten haben, wenn man nur am kaiserlichen Hofe das dem Kurfürsten und Pfalz-Neuburg Versprochene aufrichtig hielte, man arbeite aber vielmehr für Lothringen, thue für Pfalz-Neuburg nichts Wirkliches, ausser dass der kaiserl. Gesandte sich äusserlich vernehmen liesse, er wäre niemand ausser diesen zu recommendieren befehligt; der Kaiser lasse das lothringische Regiment, bei dem sich der Herzog befindet, nur eine Tagereise von Cracau stehen, auch die verwittwete Kaiserin lasse stark für Lothringen arbeiten[8]), 6) der Französische mache grosse Contestationen, habe aber B. viel Ursache zum Argwohn gegeben, da er bisher nicht die ge-

[1]) Derselbe war am 20., v. Hoverbeck am 21. in Jablona eingetroffen; ersterer klagt, dass das Quartier viel zu eng sei.

[2]) Vgl. Krebs S. 197.

[3]) Christoph Grzymultowski.

[4]) Stanislaus Warszycki

[5]) Andreas Grudzinski.

[6]) Ignatius Bakowski.

[7]) Nicolaus Stephan Pac.

[8]) Kf. schreibt an die Gesandten (d. Königsberg 28. Mai 1669), dass man kaiserlicherseits sich noch immer so partial für Lothringen bezeige, sei ihm sehr unlieb, er habe dem Baron de Goes deshalb scharf zureden und remonstrieren lassen, der Kaiser hätte gleichsam den ersten Stein zu diesem Werk gelegt und den Pfalzgrafen vorgeschlagen, diesem selbst deswegen zu Straubing (s. Urk. u. Act. XI. S. 240) Versicherung gethan und Kf. durch Lisola (ebendas. S. 490) deswegen zureden lassen, er könnte nur zum höchsten empfinden, dass man jetzt, wo die Zeit vor der Thür sei, die gemachten Promessen zu effectuieren, einen anderen Weg gehen und andere Candidaten favorisieren wolle, Lothringen werde seinen Zweck nicht erreichen und Kf. alles, was in seinen Kräften stehe, aufbieten, um dessen Wahl zu hintertreiben, aber es könnte auf solche Weise ein tertius ins Mittel kommen und die Krone emportieren, der ebensowenig dem Kaiser wie dem Kf. genehm sein dürfte; vgl. Pufendorf X. § 84 (S. 717).

ringste Wirklichkeit für Pfalz-Neuburg erwiesen. 7) Ihrer Meinung nach wird wohl Condé bei der Wahl nicht in Vorschlag kommen, wenn aber eine zwiefache Wahl erfolgen sollte, wird die Condésche Partei hervortreten und ihn als tertium zu Verhütung grösserer Trennung in Vorschlag bringen, man soll sich auch bemühen, die Armee dafür zu gewinnen, doch suchen sie dieses zu divertieren, sie hoffen Polanowski[1]) zu gewinnen und dadurch dieses Dessein zu vereiteln. 8) Wenn der kaiserliche und der französische Hof ihre Versprechungen hielten, so würde die ganze Negotiation wenig Schwierigkeit haben, so aber wird zum wenigsten eine zwiefache Wahl zu befahren sein und werden sie sich wohl mehr vor den vermeintlichen Assistenten als vor jemand anders vorzusehen haben.

— —

J. v. Hoverbeck und Fr. v. Jena, an den Kurfürsten. D. Jablona 24. Mai 1669.

[Besprechungen mit Smogulecki, Zaleski und Bakowski.]

24. Mai. Sie haben heute in dem Camaldulenserkloster mit zwei von den grosspolnischen Ständen, dem Starosten von Lipnik Smogulecki und dem Lentzitzischen Landfähndrich Zaleski, conferiert. Nach dem Bericht derselben wären die von der Condéschen Partei zweifelhaft geworden, hätten sich nun aber theilweise, namentlich der littauische G. Kanzler und dessen Vetter der G. Feldherr, für Lothringen erklärt, man müsste aber an dem littauischen Kanzler arbeiten und ihn womöglich durch den Erzbischof zu gewinnen suchen. Da Zaleski sich zu dem Sieradischen und nachher zu dem Lentzitzischen Aufgebot begiebt, fragte er, ob sie für gut fänden, dass beide Woiwodschaften sich je eher je lieber nähern sollten, sie haben aber das jenen überlassen und nur darauf hingewiesen, wenn die Cracauschen und Sendomirschen heranrücken sollten, würde es auch von jenen nöthig sein. Jene erzählten, dass auch unter ihnen in Grosspolen sich Trennungen fänden, der Kalischsche O. Kämmerer Xritzki[2]) und der Posensche Landfähndrich Przyienski wären gut lothringisch und dürften noch mehr durch unlängst hingeschickte 90000 Gulden gewonnen werden. Der unlängst erfolgten Aussöhnung zwischen dem G. Kanzler und dem Castellan von Posen wollten sie nicht recht trauen, da ersterer ganz von Oesterreich dependiere, von dem er dieser Tage 6000 Rthlr empfangen.

Nachdem jene sich entfernt, kam auf ihr Ersuchen der Woiwode vom Pomerellen Bakowski zu ihnen, derselbe sagte, die Sache hätte sich in wenigen Tagen ganz geändert, da der littauische G. Kanzler und dessen Anhang sich jetzt offen für den Lothringer erklärt hätten. Der G. Marschall, mit dem er deswegen expostuliert, dass er ihn und die grosspolnischen Woiwodschaften, welche bei ihm zu stehen sich erklärt, so lange in Ungewissheit hielte, hätte erklärt, er hätte sich zwar früher für die Wahl Conde's bemüht, da er aber

[1]) S. oben S. 382.
[2]) Stephan Krzycki.

grosse Schwierigkeit sehe, so wolle er sich den anderen Patrioten fügen, aber doch mit der öffentlichen Erklärung an sich halten, durch welche leicht eine Trennung veranlasst werden könne, jedenfalls aber habe er gelobt, nicht zu gestatten, dass der Lothringer zur Krone gelange; die Armee beizubehalten, könne nur durch Geld geschehen. Bakowski hat sich erboten, für die Aussöhnung zwischen den Häusern Radziwill und Paz[1]) und damit für die Gewinnung des littauischen G. Kanzlers zu arbeiten, ebenso an den Häuptern der Armee. Boineburg hat sich erboten, für Polanowski, dem er vor einigen Tagen schon 1000 Rthlr. gezahlt, noch 3000 Rthlr. zu zahlen.

J. v. Hoverbeck und Fr. v. Jena an den Kurfürsten. D. Jablona 25. Mai 1669.

[Mittheilungen des französischen Gesandten.]

Bei einem Besuch, den sie dem französischen Gesandten gemacht, erzählte derselbe, dass er den littauischen G. Kanzler besucht und demselben Pfalz-Neuburg empfohlen, dass jener aber viele Schwierigkeiten gemacht habe; es würde nicht undienlich sein, bei demselben anzufragen, ob, wenn Fürst Radziwill von dem Generalat abstünde, er sich der Partei Pfalz-Neuburgs fügen würde, und zugleich an dem Fürsten Radziwill zu arbeiten, dass er sich zu einem Accommodement fügen möge[2]). Auch er glaubte, dass die grösste Gefahr von Lothringen drohe, die Proceduren des kaiserlichen Gesandten wären sehr verdächtig, der kaiserliche Hof wäre in zwei Parteien getrennt, der Kaiser[3]) und einige Minister hielten es mit Pfalz-Neuburg, die Kaiserin Leonore und die anderen mit Lothringen; er gestand zu, dass von dem jungen Herzoge von Lothringen seinem Könige Abtretung von ganz Lothringen und Vermählung mit einer französischen Dame nach des Königs Willen angeboten sei[4]), derselbe habe aber darauf garnicht geantwortet. 25. Mai.

[1]) S. oben S. 390. Vgl. Stoderts und Widers Relationen vom 3. Mai (S. 104) und 17. Mai (S. 112).

[2]) Kf. weist darauf die Gesandten an (d. Königsberg 28. Mai 1669), die Versöhnung der Radziwill und Pac äusserstem Vermögen nach zu befördern und dahin zu wirken, dass Fürst Michael R. sich wegen der Unterbulawa gewierig zeige.

[3]) Vgl. Mémoires de Chavagnac II. S. 7.

[4]) Ueber solche durch die Gemahlin Sobieski's geführte Verhandlungen s. Mém. de Chavagnac II. S. 30ff.

J. v. Hoverbeck und Fr. v. Jena an den Kurfürsten. D. Jablonia 27. Mai 1669.

[Verabredungen mit dem französischen und neuburgischen Gesandten.]

27. Mai. Auf ihre Bitte hat sich der französische Gesandte erboten, sich zu bemühen, von dem Erzbischof und K.G.Marschall die Versicherung zu bekommen. In einer heut mit demselben und mit Boineburg gehaltenen Conferenz sind sie dahin übereingekommen, Pfalz-Neuburg vorzuschlagen, dass er sich nähere, und zwar dass er sich unbekannt mit wenigen in Crossen einfinde und dort bis zur Wahl aufhalte, um dann je nach den Umständen sich entweder von selbst zu der guten Partei zu begeben oder abzuwarten, bis er von derselben gerufen werde. In der Proposition und Commendation die Vortheile, welche die Republik von Pfalz-Neuburg zu erwarten, zu specificieren, halten sie nicht für rathsam. Der Gesandte hat sich gegen sie und die Pfalz-Neuburgischen so betragen, dass sie nicht die allergeringste Ursache haben, über ihn Beschwer zu führen, ob er aber etwas anders im geheimen macht, müssen sie dahinstellen[1]). Ueber die Frage, was im Falle einer zwiespältigen Wahl zu thun sei, erklärte derselbe sich noch nicht für instruiert.

Der Kurfürst an die Gesandten. D. Königsberg 30. Mai st. novi 1669.

[auf die Relation vom 27. Mai. Aufnahme Pfalz-Neuburgs in Crossen. Verdacht gegen Frankreich.]

30. Mai. Er ist mit ihren Vorschlägen durchaus einverstanden, will[2]) Pfalz-Neuburg in Crossen, so gut es geht, accommodieren, hat nicht allein deswegen Anstalt gemacht, sondern wird auch Ordre ergehen lassen, dass seine noch in Westfalen stehenden Völker sofort aufbrechen und sich den polnischen Grenzen nähern sollen, Oberst Fargell[3]) soll selbst nach Crossen gehen und eine Compagnie von seinem Regiment dort einquartiert werden.

Inbezug auf Frankreich kommt Kf. verdächtig vor, dass der König dem Pfalzgrafen eine Geldhülfe verweigert, während er doch Nachricht hat, dass

---

[1]) Am 29. Mai melden sie, Béziers habe geäussert, ehe sein König den Lothringer zur Krone gelangen liesse, wollte er lieber den Moskowiter dazu befördern, derselbe habe darüber geklagt, dass man gegen seinen König und ihn selbst Misstrauen hege, niemand würde ihm nachweisen können, dass er nach erfolgter Zusage an Pfalz-Neuburg für Condé gearbeitet hätte, doch s. Recueil des instructions IV. S. XLVII. 91 ff.; vgl. die Bemerkungen Stoderts S. 96.

[2]) S. die Schreiben des Kf. an den Fürsten Johann Georg von Anhalt, seinen Statthalter in der Mark, vom 30. April und 31. Mai 1669 bei v. Orlich, Gesch. des Preussischen Staates III. S. 178 ff.

[3]) S. v. Mülverstedt, Gesch. der brandenb. Kriegsmacht unter dem Grossen Kurfürsten S. 188 ff.; das Regiment desselben stand damals in Frankfurt a. O.

grosse Summen Geldes aus Frankreich nach Danzig und von dort weiter nach Polen übermacht werden, ferner, dass der Gesandte behauptet, auf die Frage, was bei einer Doppelwahl zu thun sei, nicht instruiert zu sein, obwohl derselbe darüber schon mit ihm von Marienwerder aus correspondiert und auch mit dem abgestandenen Könige von Polen communiciert hat. Sie sollen deswegen demselben gebührend remonstrieren, aber sich doch in Acht nehmen, ihm zur Diffidenz Ursache zu geben.

J. v. Hoverbeck und Fr. v. Jena an den Kurfürsten. D. Jablona 31. Mai 1669.

[Günstige Erklärungen des Erzbischofs. Besorgnis einer Doppelwahl. Der kaiserliche Gesandte. Potocki.]

Der Erzbischof hat sie durch seinen Bruder, den Abt[1]), ganz geheim 31. Mai.
versichern lassen, dass er trotz aller grossen Offerten die lothringische Partei nicht annehmen wolle, sondern Pfalz-Neuburg der Krone anständiger halte, nur müsste er sicher sein, da Lothringen 6000 Mann in der Nähe haben solle, wessen man sich von dieser Partei und Kf. zu verlassen, ferner hoffte er, falls er etwa seiner Sicherheit wegen sich in das Herzogthum Preussen begeben müsste, bei Kf. Schutz zu finden, er ginge jetzt mit sich zu Rathe, ob er nicht seine Erklärung wider Lothringen öffentlich thun sollte. Sie haben ihm erwidern lassen, er sollte sich fest versichert halten, dass Kf. die neuburgische Partei nicht verlassen, sondern, dass, wenn die gute Partei oder auch der Erzbischof ihn ersuchen würde, zu der Republik Bestem eine Armee mit allem Zubehör fertig sein würde, Kf. würde auch dafür sorgen, dass der Erzbischof nicht nöthig haben sollte, aus der Krone zu gehen. Jener theilte ferner mit, auch der K. Marschall würde wohl dieser Meinung sein, aber die andere Partei suchte die Armee und Wisniowietzki[2]) zu gewinnen, worauf sie erwiderten, sie hofften, es sollten der Armee und einigen Woiwodschaften mit dem ehesten 50 000 Rthlr. geschickt werden.

Wegen dieses Geldes haben sie schon vor 3 Tagen mit den Pfalz-Neuburgischen geredet, wollen es auch heute noch wiederholen; wenn sie Geld genug hätten, dürften sie wohl hoffen, eine zweifache Wahl zu verhüten, so aber sieht es so aus, als ob es zu einer solchen kommen wird. Ihrer Meinung nach ist es hohe Zeit, dass Kf. soviel nur möglich von seiner Miliz zusammenziehe, denn sie haben nur noch 14 Tage Zeit und die Ihrigen würden dadurch gestärkt und animiert werden, auch die Annäherung des Pfalzgrafen halten sie für höchst nöthig.

---

[1]) Franz Prazmowski, Abt von Sieciechow.

[2]) Der K. U. Feldherr Fürst Demetrius Wisniowiecki, s. Stoderts und Widers Relation vom 24. Mai (S. 113).

Der kaiserliche Gesandte[1]) hat sie noch nicht besucht, derselbe thut nichts für, sondern nur wider Pfalz-Neuburg und alles für Lothringen, am kaiserlichen Hofe soll man schon offen sagen, man hoffe die Sache sei in Polen für Lothringen gemacht; einige meinen, man sei dort mit Schweden im Einverständnis und bliebe deshalb der Schwedische so lange zurück, bis die Sache meistentheils ausgemacht.

PS. Der littauische O. Schenk Potocki hat sie wissen lassen, sein Neffe, der Woiwode von Kyoff[2]), verlasse die lothringische Partei und erkläre sich auf seine Persuasion neuburgisch, er hoffe auch dessen Vetter, den Woiwoden von Bratzlaff[3]), und den Palatin von Sendomir Koniecpolski[4]), den Schwiegersohn des Fürsten Dimitr Wischnowitz, zu gewinnen.

Der Kurfürst an die Gesandten. D. Königsberg 1. Juni st. n. 1669.

[Misstrauen gegen Frankreich.]

1. Juni. Er hat von sehr vertrauter Hand Nachricht, dass man in Frankreich doch noch immer sein Absehen auf die Beförderung Condé's zur polnischen Krone nehme und beabsichtige, falls Pfalz-Neuburg nicht dazu gelangen sollte, durch Béziers mit aller Macht für denselben arbeiten zu lassen oder gar ihn primo loco zu befördern. Man hat auch nicht geleugnet, dass Gelder hieher aus Frankreich übermacht worden, doch nur um Condé zu assistieren, falls Pfalz-Neuburg nicht reussieren sollte. Es wird auch von einem Tractat zwischen Frankreich und Lothringen[5]), dass der junge Herzog, wenn er zur polnischen Krone käme, sein Successionsrecht an Frankreich cedieren würde, gesprochen. Sie sollen suchen auf den rechten Grund dieser Gerüchte zu kommen, aber ohne dem französischen Gesandten Grund zur Diffidenz zu geben. Könnte demselben alle Hoffnung wegen des Prinzen von Condé benommen werden, so dürfte dieses der Sache überaus zuträglich sein.

PS. Er bedauert, aus ihrer Relation vom 29. Mai ersehen zu haben, dass der französische Gesandte sich über Diffidenz beklagt und so nachdenkliche Worte gebraucht hat. Der Marquis de Vaubrun[6]) hat gestern bei ihm die erste Audienz gehabt und grosse Contestationen von seines Königs aufrichtiger Intention gemacht.

PS. 2[7]). Gleich ietzo, da die Post fortgehen soll, wird uns Eure unter-

---

[1]) Vgl. Pufendorf X, § 85 S. 717.

[2]) Andreas Potocki.

[3]) Johann Potocki.

[4]) Stanislaus Koniecpolski, Starost von Dolina, der Sohn des früheren Woiwoden von Sendomir Alexander K.

[5]) S. oben S. 399.

[6]) S. unten Abschn. VI.

[7]) eigenhändig.

thänigste Relation vom 30. May[1]) eingelieffert, und ersehen wir gern daraus, dass Condé anitzo so gut als excludiret sey. Wir haben nunmehr desto gewissere Hoffnung, Pfaltz Neuburg werde mit Gottes Hülfe reussiren und Franckreich bey so gestalten Umbständen eintzig und allein hinführo für Pfaltz Neuburg arbeiten, wozu Ihr dan den Gesanten mit behöriger Dexterität und guter Manier zu ermahnen.

J. v. Hoverbeck und Fr. v. Jena an den Kurfürsten. D. Jablona 3. Juni 1669.

[Bemühungen der Condé'schen Partei. Neue Botschaften des Erzbischofs.]

Die Sachen sind in diesen letzten Tagen gleichsam in eine Crisis gerathen 3. Juni.
und hat sich namentlich die Condé'sche Partei bemüht, sich zu stärken und die Neuburgische zu schwächen. Der Erzbischof hat[2]) ehegestern Abends spät Gorzynski zu ihnen geschickt und ihnen mittheilen lassen, die Lothringische Partei sei sehr stark und wider Neuburg zeigten sich grosse Difficultäten, er könnte Kf. nicht rathen, seinen ganzen Staat in Gefahr zu setzen, denn auf Kf. würde es allein ankommen und er sich keiner anderen Hülfe zu getrösten haben. Pfalz-Neuburg habe nicht die Mittel, eine Armee zu unterhalten und dazu noch Geld herzuschiessen, solle auch schon selbst am glücklichen Ausgange verzweifeln; er fragte nochmals, was Kf. auf alle Fälle zu thun gemeint, die mit Schweden aufgerichteten Pacten hätten viel Alteration bei den Ständen verursacht. Sie haben erwidert, falls Neuburg gewählt würde, hätte sich sowohl derselbe als die Republik der Hülfe des Kf. zu versichern, derselbe würde zu deren Besten eine Armee bei einander halten und damit, wenn es die Republik begehren würde, bereit sein. Dass der Pfalzgraf auf andere Gedanken gerathen, auch Mittel mangeln sollten, davon wüssten sie gerade das Gegentheil; dass sich Difficultäten finden würden, glaubten sie wohl, aber dieselben wären so beschaffen, dass, wenn der Erzbischof und einige andere Senatoren mit Ernst wollten, dieselben ohne Weiterung und Trennung zu überwinden wären, der Erzbischof sollte nur nebst dem Feldherrn und dem Schatzmeister sich für Neuburg erklären, so würde das Werk schon glücken.

Sie hatten von dieser Materie schon etwas vorher vernommen, der französische Gesandte soll in der Nacht mit dem Lothringer zusammengewesen sein und sich auch mit dem Erzbischof und anderen unterredet und befunden haben, dass Kf. allein ihnen entgegenstände.

Sonntag den 2. Juni hat, während Hoverbeck bei Fürst Radziwill in Prage war, der Erzbischof den Starosten Lybinsky zu ihnen geschickt, der Jena gegenüber die Neuburgische Partei noch schwächer und gefährlicher

[1]) Darin hatten sie über die Vorgänge auf dem Reichstage am 28. und 29. Mai (s. Zawadzki, Hist. arcana S. 12ff.; Rec. comitiorum S. 55ff.) berichtet.

[2]) Vgl. Pufendorf X. § 85 (S. 717).

machte, das Unglück schilderte, in welches Kf. sich stürzen würde, wenn er um der ganz aussichtslosen Sache des Pfalzgrafen willen seinen ganzen Wohlstand in Hazard setzte. Lothringen hätte bereits erklärt, dass, wenn Pfalz-Neuburg abstehen wollte, er sich auch seines Interesses bei der Wahl gänzlich zu begeben und mit dem Prinzen von Condé zu comportieren resolviert, auch Kf. würde, wenn er nur wollte, bei der Condé'schen Partei sein Interesse leicht finden. J. hat sich darauf so gestellt, als ob er alles, was jener vorgestellt, nicht so gross considerierte oder apprehendierte, die Sachlage als für den Pfalzgrafen günstiger als für den Lothringer geschildert und zum Schluss dem Erzbischof vorstellen lassen, ob er es für möglich halte, Condé ohne Blutvergiessen und ohne gänzlichen Ruin seines Vaterlandes zu wählen. Da dieses unmöglich wäre, andererseits aber, wenn er zur Neuburgischen Partei trete, des Pfalzgrafen Wahl in Frieden und Ruhe geschehen würde, so sei es seine Pflicht, dieses zu thun und alles andere Absehen fahren zu lassen.

Sie setzten den Discurs weiter fort, als aber Lybinsky merkte, dass er auf keine Weise etwas an ihm gewinnen konnte, sagte er zuletzt, der Erzbischof liesse fragen, ob Kf. lieber Condé oder den Lothringer zum Könige haben wollte, weil man ihm in diesem negotio viel deferieren würde, worauf J. erwidert hat, Kf. verlangte weder Condé noch Lothringen, da er glaubte, dass es nicht zu der Republik Bestem sein würde.

Ew. Churf. D. sehen, wie wunderlich und unbeständig die Sachen laufen, und können wir mit Bestand der Wahrheit sagen, dass, wann auf Ew. Churf. D. nicht reflectiret wurde, die gute Partei wurde auf sehr schwachen Füssen stehen, das meiste geschieht für Condé unter der Hand und halten wir bei so gestalten Sachen die lothringische Partei nicht so important als die Condeische. Der Kaiserliche saget offentlich, auch selbst zum Neuburgischen, dass er Neuburg recommendiren wurde, Lothringen aber könnte er keinen Schaden thun, der Französische macht gute Contestationes, hat auch neulich die Sache mit überleget, wir sehen aber sonsten keinen Effect. Ob die Neuburgischen die Noturft an Gelde, das können wir nicht erfahren, sollte das ermangeln, so müssen wir Ew. Churf. D. unsern Pflichten nach berichten, — dass wir nicht sehen, wie in dem Werk fortzukommen.

Sie fürchten, dass die Condé'sche Partei, nachdem dieselbe gesehen, dass sie an ihnen nichts gewinnen können und dass sie ihre Sache noch nicht auf den rechten Fuss gebracht, den terminus electionis zu abrumpieren oder prorogieren suchen werde. Mit der öffentlichen Exclusion Condé's müssen sie sich vorsehen, da sonst zu befürchten ist, dass auch Neuburg und Lothringen zugleich excludiert werden.

Sie haben für 100 Ducaten ein Schreiben[1]) erworben, welches für ein

[1]) In demselben (d. Tarnimonti 19. Mai 1669) erklärt Prinz Karl, 42 Stunden nach Beendigung der Wahl werde er mit 8000 Mann vor Cracau erscheinen und sich

echtes Original gehalten wird, und dem Erzbischof zugestellt, welcher versprochen, wenn es wirklich echt ist, es öffentlich vorzubringen, es wird der lothringischen Partei grossen Schaden und dem Kaiser böse Nachrede machen.

PS. Fürst Radziwill hat H. mitgetheilt, auch er habe sich bemüht, seinen Vetter mit den Pac auszusöhnen, doch wolle sich derselbe durchaus nicht zur Abtretung der kleinen Bulawe verstehen, der G. Marschall wolle sich nicht für Pfalz-Neuburg erklären, sondern sich gleich nach den Feiertagen hinwegbegeben, doch müsste man versuchen, dessen Frau zu gewinnen, und R. hat versprochen, selbst mit ihr zu handeln; der K. U. Feldherr Fürst Wischnowitz, der die Armee in favorem Lothringens an sich zu ziehen suche, möchte wohl durch die bewusste Heirath, wenn soviel Ehegeld dabei wäre, als früher gedacht, zu gewinnen sein.

J. v. Hoverbeck und Fr. v. Jena an den Kurfürsten. D. Jablona 8. Juni 1669.

[Die Exclusion Condé's. Conferenz mit dem schwedischen Gesandten.]

Nachdem am vergangenen Donnerstag[1]) die Senatoren nach einander haben 8. Juni.
geloben müssen, Condé nicht in die Wahl zu bringen, müssen sie diesen in soweit für begraben halten, fürchten aber, dass man nicht unterlassen wird, ihrer Negotiation Hindernisse in den Weg zu legen, namentlich werden die pacta gegen Pfalz-Neuburg angeführt. Ueber die Exclusion Condé's ist der französische Gesandte so alteriert worden, dass[2]) er die ihm auf heute angesetzte Audienz nicht angenommen hat. Der G. Feldherr soll nach dieser Exclusion zu Fürst Radziwill gesagt haben: „Nun bin ich Euer." Der kaiserliche Gesandte hat[3]) gestern Audienz gehabt und Pfalz-Neuburg öffentlich recommendiert, sonst aber nichts überhaupt für denselben gethan.

Mit dem Schwedischen[4]) haben sie heute in einem Dorfe an dem Bug auf dessen Begehr geredet, er erklärte, er wäre angewiesen, mit ihnen und den Neuburgischen vertraulich zu conferieren, und fragte, was er thun sollte, worauf sie ihn gebeten haben, nach Möglichkeit für Pfalz-Neuburg zu negotiieren. Auf seinen Vorschlag, da die Polen von den aufgerichteten pactis so viel Wesen

---

der Stadt bemächtigen, der türkische Sultan habe dem Fürsten von Siebenbürgen befohlen, ihn zu unterstützen, aus Ungarn würden kaiserliche Truppen herbeieilen, der Zar habe dem Kaiser versprochen, das Bündnis mit Polen zu brechen u. s. w. Vgl. H.'s Schreiben an Fürst Anhalt vom 9. Juni (v. Orlich II. S. 22) und über die gegenseitigen Schmähschriften beider Parteien Stoderts und Widers Relation vom 31. Mai (S. 117), Krebs S. 207f.

[1]) 6. Juni, s. Zawadzki, Hist. arcana S. 18ff.; Recessus comit. S. 64ff.

[2]) S. Zawadzki S. 23; Recessus comit. S. 68.

[3]) S. Zawadzki S. 22; Recessus comit. a. a. O.

[4]) Graf Claudius Tott, über dessen Ankunft s. die Relation Stoderts und Widers vom 7. Juni (S. 118).

machten, dieselben sämtlich zu communicieren, haben sie erwidert, darauf nicht instruiert zu sein, sie hielten es aber für bedenklich, da die malevoli aus allen Wörtern Gift saugen und, ob die pacta noch so innocent, dennoch viele irren machen würden.

Die Neuburgischen bestreiten dem französischen Gesandten gegenüber[1]), sich über Geldmangel beklagt zu haben.

J. v. Hoverbeck und Fr. v. Jena an den Kurfürsten. D. Jablona 10. Juni 1669.

[Neue Umtriebe der Condé'schen Partei. Conferenz mit den Häuptern der Neuburgischen Partei. Forderungen derselben.]

10. Juni. Die Anhänger Condé's sind durch dessen Exclusion nicht gedämpft, sie suchen Zeit zu gewinnen, machen wegen der Audienzen Verwirrung und suchen durch solche und andere Ränke den terminum zu abrumpieren und die Sache, wenn ihnen die extrema nicht angehen, zu verschleppen, damit Neuburg und Lothringen müde werden und ihnen auch der Geldmangel entgegenstehe, die Pacen und der K. Marschall sollen sich schon zur Abreise anschicken. Da so eine Scission in Aussicht steht, haben sie heute früh zu Praga im Beisein der Neuburgischen mit beiden Fürsten Radziwill, den beiden Sapieha (der dritte Bruder war nicht dabei, soll aber auch gut sein), dem Castellan von Posen und Losch[2]) die Sache überlegt; jene, namentlich der Castellan von Posen, haben versichert, wenn auch die anderen abrumpierten und davonzögen, so würden sie sich doch nicht daran kehren, sondern fortfahren. Sie erklärten aber für nöthig, 1) sowohl im Königreich als auch in Littauen eine Armee zu bekommen, wozu, wenn nur Geld vorhanden, leicht zu gelangen sei, 2) dass persona electi durch die Woiwodschaften Posen und Kalisch nach Cracau käme, 3) müssten sie wissen, ob sie an Kf. einen Rücken haben würden, derselbe müsste unter dem Namen des electi ihnen Truppen zu Hülfe schicken, und zwar verlangten sie auf näheres Befragen 4000 z. F. und Dragoner, 1500 oder 2000 Reiter nebst zugehöriger leichter Artiglerie, dazu aber noch 1000 Reiter und 1000 Dragoner nach Littauen hin. Sie haben auf des Kf. Ratification die 6000 zugesichert, aber erklärt, über alles, namentlich was die 2000 nach Littauen zu schickenden betreffe, erst referieren zu müssen. Der Neuburgische hat auf ihr Zureden 12 000 000 Schillinge (= 200 000 Rthlr.) zugesagt, ihnen aber bekannt, dass er soviel Geld nicht parat hätte, worauf sie ihm gesagt, er möcht nur zu Anfang geben, soviel er hätte.

---

[1]) Am 5. Juni hatten H. u. J. berichtet, Béziers habe ihnen gesagt, die Pf Neuburgischen beklagten sich, sie würden die Sache aufgeben müssen, sie hätten schon 80 000 Rthlr. ausgegeben, sie würden und könnten auch nichts mehr gebe

[2]) S oben S. 167. 299.

Sie glauben, dass man mit 6000 Mann, von denen 2000 nach Littauen zu schicken wären, zufrieden sein wird, bitten um Resolution.

J. v. Hoverbeck und Fr. v. Jena an den Kurfürsten. D. Jablona 12. Juni 1669.

[Audienz der Gesandten. Erbietungen des französischen Gesandten.]

Gestern Abend 8 Uhr haben sie Audienz[1]) gehabt. Nachdem sie von dem 12. Juni.
G. Marschall vor dem Collo empfangen und hereingeführt waren, hat H. die Rede gehalten, welche der Erzbischof beantwortete. Im Collo war eine grosse Frequenz, aber alles ganz modest und über die Maassen still, nachher kamen der Erzbischof, die übrigen anwesenden Senatoren und andere und machten ihnen freundliche Complimente, worauf sie wieder zum Collo herausbegleitet wurden und dann zurückfuhren. Ihnen sind dieselben Ehren wie dem Kaiserlichen erwiesen worden.

Heute ist der französische Gesandte zu ihnen gekommen und hat ihnen im Original das Schreiben an die Republik vom 14./24. Mai gezeigt, worin stand, dass der König auf allen Fall dem Condé es inhibieren und ihn nicht aus dem Reich lassen wollte. Sie haben ihn darauf wegen der Exclusion Condé's zu beruhigen gesucht, er sagte endlich, nicht über die Exclusion selbst, sondern über die Form derselben beschwere er sich, wenn man ihm deswegen einige Reparation thäte, würde er eine Audienz nehmen. Sie versprachen ihm, sich darum zu bemühen, und baten ihn in seiner Negotiation für Pfalz-Neuburg fortzufahren, namentlich den Erzbischof, den Feldherrn und den Schatzmeister für denselben zu gewinnen. Er versprach dieses, hoffentlich würden jene nicht mehr begehren, als ihnen versprochen, er hätte Ordre von seinem König, dem Pfalzgrafen für diesen Zweck 400 000 Gulden vorzuschiessen, davon würde er jenen dreien auf ihr Versprochenes die Hälfte geben, wenn sie nur die andere Hälfte baar oder doch deshalb reale Versicherung bekommen könnten. Sie versprachen, deswegen mit den Neuburgischen zu reden, und, sollte es mangeln, an Kf. zu schreiben, der gewiss dafür gutsagen würde. Er rieth auch, des Feldherrn Liebsten 20 000 oder 25 000 Rthlr. baar zu zahlen; er erzählte, Neuburgischerseits wünschte man von seinem Könige 200 000 Rthlr. Vorschuss. Von dem schwedischen Gesandten behauptete er gehört zu haben, dass derselbe dem Erzbischof habe sagen lassen, Schweden sei indifferent, ob Lothringen oder Neuburg gewählt würde.

Alle Versuche der Gegner, sie einzuschüchtern, sind vergeblich gewesen, ist es dem Französischen ein rechter Ernst und fehlt es nicht an Geld, so hoffen sie[2]), dass ihre Partei überwiegen und bestehen wird. Morgen ist der

[1]) S. Zawadzki S. 25 (der aber angiebt: qui nimis sero diei veniens nec tam frequentibus satellitum turmis nec tam copioso senatu et equestri ordine, pluribus iam dilapsis exceptus est); Rec. comitiorum S. 70.

[2]) Vgl. die Relation Stoderts und Widers vom 13. Juni (S. 122 f.).

letzte Tag, der Aufbot kommt heran und wird morgen etwa 8000 Mann stark bei Warschau stehen.

Des Kf. Legationsrath v. Lehndorf[1]) haben sie gestern vor einem Trupp halten sehen, Niemeritz[2]) ist auch hier, sie haben ihn aber noch nicht gesehen, Galetzki[3]) haben sie gestern in Collo angetroffen, v. Brandt[4]) haben sie in Warschau gelassen, von wo derselbe ohne Zweifel, was er erfährt, referieren wird.

Der Kurfürst an die Gesandten. D. Königsberg 13. Juni 1669.

[Klagen Vaubruns und Erwiderung darauf. Unzuverlässigkeit Béziers'. Bereitwilligkeit zur Truppensendung.]

13. Juni. Der französische Envoyé[5]) ist zu ihm gekommen und hat grosse Alteration über Condé's Exclusion bezeugt, nach Béziers' Bericht würden alle Condéisch Gesinnten jetzt die Lothringische Partei ergreifen, die Neuburgische Partei wäre so schlecht, dass, wenn es ad duplicem electionem käme, sie der Lothringischen, welche der Armee fast versichert wäre, bald cedieren würde. Kf. hat ihm dagegen remonstrieren lassen, 1) die Exclusion Condé's könnte den Neuburgischen nicht imputiert werden, sondern rührte notorie von der Aversion des Adels her, 2) Kf. hoffe gerade, dass dadurch des Pfalzgrafen Partei bedeutenden Vortheil erlangen werde, 3) zu Lothringen würden jene sich nicht wenden, wenn nur der französische König und Béziers sie ersuchen wollten, sich gegen denselben zu erklären, 4) die Partei der Pac sei nicht so mächtig, die Radziwills hätten auch in Littauen eine considerable Partei auf ihrer Seite.

PS. (auf die Relation vom 10. Juni). Aus Béziers' Comportement ersieht Kf., dass es demselben mit der Neuburgischen Partei nie ein rechter Ernst gewesen, sondern er sich unter der Hand für Condé bemüht hat. Sie sollen den Condéisch Gesinnten und auch Béziers vorstellen, die Exclusion Condé's könne den König von Frankreich garnicht choquieren, und denselben keine Hoffnung machen, dass Kf. sich jemals für Condé erklären würde, andererseits aber auch keine befugte Ursache zu Klagen geben, sondern alles dissimulieren.

Was Ihr wegen unserer Kriegsvölker mit dem Castellan von Posen geredet, solches lassen wir uns wohl gefallen, und würde uns sehr lieb sein, wenn die Polen ihrer Zusage gemäss auf allen Fall, da gleich die

---

[1]) S. oben S. 388, derselbe stand als Obristlieutenant in polnischen Diensten.

[2]) S oben S. 384.

[3]) S. oben S. 393. 396.

[4]) Der Kammerjunker Eusebius v. Brandt war schon seit August 1668 der Gesandtschaft in Warschau beigegeben, s. oben S. 225.

[5]) Marquis de Vaubrun, s. oben S. 402.

Lithauer wegziehen sollten, mit der Wahl fortfahren wollten, welches Ihr zu befordern Euch nach äusserster Müglichkeit angelegen sein lassen werdet. Ihr könnet sie auch versichern, dass praevia electione Neoburgici wir demselben aus der Mark Brandenburg mit einem Corpo von 5 ad 6000 Mann mit zubehöriger Artillerie in Polen assistiren, uns auch alhier in solche Postur setzen würden, dass wir im Fall der Noth mit ein paar tausent Mann der Sache in Lithauen einen Nachdruck geben könnten.

Die Neuburgischen thun gut, die Armee zu gewinnen, werden dasselbe auch bei der herannahenden Pospolite Ruszenie zu versuchen haben, namentlich um eine Prorogation der Wahl zu verhüten. Kf. wünscht Nachrichten über den G. Kanzler.

Wofern man Euch auch von Polnischer Seite sondiren wollte, ob wir nicht auch der Republicq einige Advantagen oder Commoditäten versprechen wollten, imfall sie auf unsere Recommendation den Pfaltzgrafen wähleten, so könnet Ihr ihnen versprechen, dass wir freilich solches gern thun, auch nichts, was in unsern Händen und Vermögen wäre, desfalls abschlagen würden. —

St. Niemirycz an den Kurfürsten. D. de Varsovie 13. Juni 1669.

[Bemühungen, die Häupter der Condé'schen Partei zu gewinnen, glücklicher Erfolg bei Morstein und Sobieski. Audienzen der verschiedenen Gesandten.]

Apres que M. l'Archevesque de Gnezna et autres Senateurs de la Faction Franzoise ont estay obliges d'exclur par leurs voixes M. le Prince de Condé, j'en ay trouvay tous ces dits Messieurs et en rage et en perplexion ensemble. Pour les consoler j'ay fort desaprouvé l'affaire faite, (quoy que j'en estoy fort aise et y ay contribué quelque chose) n'ayant point a mesme temps omis de leur conseiller, qu'ils ne guastasse point l'interet de la France a cause de l'emportement de la Noblesse Polognoise contre M. le dit Prince de Condé. Sans perdre donc un moment, j'ay travaillé a rendre M. de Morstein le Grand Tresorier tout-a-fait du parti de M. le Duc de Neybourg; bref, j'en ay reussi, Dieu mercy, puis qu'il s'est entierement declaré pour ses interests et qui à fait entendre par moy a Messieurs ses Ambassadeurs, qu'il disposera M. l'Ambassadeur de France (non obstant tout ce qu'on a fait contre M. le Prince de Condé) de faire son mieux pour l'heureuse fin des intentions du dit M. le Duc de Neubourg, pourveu que Messieurs ses Ambassa- 13. Juni.

deurs voulasse traitter toutte cette affaire par M. le dit Ambassadeur de France avec cette Faction qui a estay autre foys Francoise. M. le Grand Mareschal Sobieski[1]) s'est aussi entierement declaré pour sa dite Altesse de Neubourg y estant poussé par le conseil de M. le dit Grand Tresorier, qui travaille avec toute soign et activité adresse et crédit, qu'il a parmi cette faction, pour faire reussir les interests de M. le Duc de Neubourg. Apres cela tout nostre soign est de reunir Messieurs nos Generaux de Pologne, c'est a dire M. le Grand Mareschal de Pologne et M. le Prince Demetrius[2]), ce qu'il s'est fait hier en quelque fazon, puis qu'ils se sont abouché chez M. le Mareschal de la Court Branicki, ayant fait des compliments l'un a l'autre, ces prelemineres nous dont esperance, qu'ils seront d'un mesme avis en affaire de Nostre Candidat, a quoy nous travaillons jour et nuict. Nous n'omettons point aussi a gagner Messieurs les Paces et y adjutons nostre entier soign et non sans esperance encor d'en reussir, quoy que fort difficilement. M. le Vicechancelier de la Couronne et M. Fredro sont les plus opiniatres et poussent l'interet de M. le Duc de Lorraine tant qu'ils peuvent, nous les voulons avoir aussi a pris raisonnable, leur remonstrant, que nous les estimons fort et ne les mesprisons nullement, enfin nous faisons tout ce qu'on peut faire pour empescher la double election, la quelle sera par touttes les apparences et ne manquera point de faire mal a la Pologne.

Gestern Abend[3]) haben die Neuburgischen Gesandten Audienz gehabt, dann diejenigen des Herzogs von Curland, dann die der Tartaren und zuletzt die des Herzogs von Lothringen, die ohne Zweifel vom Kaiser unterstützt werden, ihr Aufzug war der prächtigste und die Rede, welche ein Abt, der Gesandte des Herzogs, des Onkels des Candidaten, hielt, war die geschickteste von allen und hat grossen Eindruck gemacht. Sie werden dieselbe heute im einzelnen widerlegen und zeigen, dass schöne Worte Polen nicht in seinen alten glücklichen Zustand zurückbringen können.

---

[1]) Vgl. die Relationen Stoderts und Widers vom 13. und 14. Juni (S. 122ff.) und die Anm. dazu.

[2]) Fürst Demetrius Wisniowiecki, K.U.Feldherr, s. über ihn ebendas. S. 121. 124.

[3]) S. Zawadzki S. 25ff.; Pufendorf X. § 87 (S. 719f.); Rec. comit. S. 70f. 122; Mém. de Chavagnac II. S. 27f.

J. v. Hoverbeck und Fr. v. Jena an den Kurfürsten. D. Jablona 15. Juni 1669.

[Verlängerung des Reichstages. Die Condésche Partei. Geldmangel bei den Neuburgischen.]

Der Termin ist nun bis auf Mittwoch prorogiert[1]) und sagt man noch von drei Wochen. Alle ihre Bemühungen, sich der Condé'schen zu versichern, sind vergeblich, man hat ihnen zwar sagen wollen, als wenn sich der Schatzmeister zu bequemen anschicke, aber sie können dessen nicht gewiss sein, und es scheint, als wenn die Condé'sche Faction die dritte Partei machen, sich auf allen Fall als Interponenten angeben und so verhindern wolle, dass sich kein anderer Theil die Respublica nennen könne, und es ist dieses um so bedenklicher, als der Erzbischof mit dem Schwedischen gar vertraulich communicieren soll. 15. Juni.

Die Littauer verlangen, um die Neuburgische Partei zu stärken und von der anderen welche an sich zu ziehen, Geld, die Pfalz-Neuburgischen aber behaupten, jetzt keines geben zu können, ihre ganze Kasse betrage wenig mehr als 40,000 Rthlr, es werde aber wohl mehr kommen. Unterdessen verstärkt sich der Lothringer, zieht den gemeinen Adel an sich, und wird seine Rede, welche auch mit Fleiss gemacht, von Jedermann gerühmt.

J. v. Hoverbeck und Fr. v. Jena an den Kurfürsten. D. Praga 18. Juni 1669.

[Verhandlungen mit dem Erzbischof, G. Feldherrn und Schatzmeister. Drohende Haltung der Pospolite.]

Der Erzbischof, der Feldherr und der Schatzmeister haben sich zwar für Pfalz-Neuburg erklärt, sie machen es aber sowohl gegenwärtig als auch künftig, wenn es zur Ruptur kommen sollte, sehr schwer und verlangen von den Neuburgischen eine Erklärung, ob ihr Herr sufficient sein würde, sofort eine ansehnliche Summe zur Aufrichtung einer Armee herzuschicken und auch den Unterhalt für dieselbe zu verschaffen. In einer gestern bei dem Erzbischof mit den Französischen und Neuburgischen abgehaltenen Conferenz haben sie (Ges.) erklärt, Kf. würde, wenn die Wahl des Pfalzgrafen erfolge und er von denen der Neuburgischen Partei oder nur vom Erzbischof, Feldherrn und anderen im Namen der Republik ersucht würde, die versprochenen Truppen schicken; der Französische erklärte, darauf nicht instruiert zu sein, doch würde sein König gewiss den Pfalzgrafen, wenn er gewählt würde, maintenieren helfen. Der Neuburgische sagte gar wenig dazu, ohne Zweifel, da 18. Juni.

[1]) S. Zawadzki, S. 30; Recess. comit. S. 72.

er sah, dass die postulata auf allen Fall seinem Herrn allein unmöglich fallen würden. Bei dem Feldherrn waren sie allein, derselbe machte gute Contestationen, sagte, man wäre der Stadt Cracau und des Schlosses versichert, auch Warschau wäre besetzt, wenn nur sonst die Mittel bei der Armee nicht mangelten. Die Neuburger aber haben es nicht, sie sagen, es lägen 100000 Rthlr. zu Breslau, die sind aber nicht hier.

Alles ist hier so verwirrt und confus, sie wissen auch nicht, auf wen sie mit Bestand Staat machen dürfen, so ist alles intimidiert und ohne Resolution. Die Pospolite[1]) ist gestern rings um das Collum geritten, hat allerhand Drohungen ausgestossen und auch mehr als 30 Schüsse hineingethan, dabei geschrieen, dass sie zwischen gestern und morgen einen König haben und selbst wählen wollten. Alles ist im Flüchten und man fürchtet grosses Unglück. Sie werden sehen, ob die Woiwodschaften oder Pospolite in etwas zu gewinnen, und wenn sie deren versichert sind, dass die Wahl vor sich gehe, denn sollte die Pospolite unverrichteter Sache wieder abziehen und das Werk lange verschleppt werden, so würde das neuburgische und lothringische Geld aufhören und dann die Condé'sche Partei wieder auferstehen.

P. S. Die Woiwodschaften Cracau, Lublin und Terra Salmensis sind nun mehrentheils für Neuburg, ihnen fehlt nur Geld, Lothrigen fehlt es daran nicht, es sollen noch gestern Nacht 400000 Fl. unter dem Aufbot ausgetheilt worden sein.

---

v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Prag 18. Juni 1669.

[Der G. Kanzler. Geldforderungen.]

18. Juni. Der G. Kanzler hält beständig bei der guten Partei, derselbe hat, um der Condé'schen Faction entgegen zu arbeiten, das grosspolnische Aufbot und auch das anderer Woiwodschaften veranlasst heranzurücken, was aber viel Ungelegenheit verursacht, die er mit seinem Anhang nicht abzuwehren vermag. Der höchste Nachtheil für sie ist, dass jetzt, wo es gleichsam auf dem Losdruck steht, die Lothringer viel Geld spendieren, die Neuburgischen aber das ihrige nicht zur Stelle haben. Auch an sie werden Forderungen gestellt, der G. Kanzler verlangt wenigstens 2000 Rthlr., Fürst Radziwill 400 oder 500 Rthlr. für den Starosten von Bratislaff Piaseczynski und 1000 Gulden für den Littauischen U. Stallmeister Morstein, die Neuburgischen wünschen, Kf. möchte dem Starosten von Radom[2]) jetzt eine Jahrespension von 200 Ducaten zahlen lassen.

PS. Der Feldherr hat durch seine Gemahlin mit den drei Potocki verhandeln lassen, sie verlangen aber baares Geld, 40,000 Rthlr. für sich selbst

---

[1]) S. Zawadzki S. 33f.; Rec. comit. S. 74ff. und Stoderts und Widers Relationen vom 14. und 16. Juni (S. 123ff.).

[2]) S. oben S. 324. 381.

und einiges für ihre Freunde. Die Neuburgischen bitten ihn anzufragen, ob Kf. von den versprochenen 100 000 Rthlr. etwa 30 000 herschicken möchte[1]).

J. v. Hoverbeck und Fr. v. Jena an den Kurfürsten. D. Jablona 19. Juni 1669, die Nacht umb 1 Uhr.

[Die Wahl König Michaels.]

Gleich[2]) jetzo umb 12 Uhr in der Nacht kommt E. Chf. D. geheimer 19. Juni.
Secretarius Scultetus von Warschau zurücke und berichtet uns, wie ihm der K. G. Kanzler referiret habe, dass er nicht wusste, wie es mit dieser Wahl[3]) zugangen sei, es müsse ja Gottes sonderbare Verhängnus es also regiert haben, dass, da der Bischof von Posen unverhofft den hymnum zu singen angefangen, alle Woywodschaften zugleich mit gesungen und nach Vollendung desselben sei ein jeglicher Woywod zu dem Auffboht seiner Woywodschaft (so alle umb das Collo herumbgestanden) gangen und hätten sich wegen der Election unterredet. Da dann der Bischof von Posen der Posenschen Woywodschaft den Lothringer recommendiret und denselben zu nennen begehret hätte, wie ihm aber sowohl vom Castellan von Posen als auch derselben Woywodschaft Fendrich Szcorasenski wiedersprochen und der Neuburger genennet worden, habe der Bischof angefangen zu reden, wie er woll sehe, dass von beiden keiner zur Kron gelangen könne, und dannenhero man nothwendig einen Piastum nehmen müsste, welches der Fürst Michel von Wieschnowitz wäre, worauf also gleich die ganze Woywodschaft ja geschrien und durchaus davon nicht abstehen wollen.

Der Posnischen Woywodschaft sei gleich die Calisische und andere Woywodschaften mehr, so dass ihrer 7 gezählet worden, beigefallen und alle den Piastum genennet, der Cantzler habe sich hierauf aus dem Collo nach Hause begeben, und meinete, dass der Tumult des folgenden Tages sich wohl ändern würde. Indem er aber dieses dem Secretario

[1]) Kf. erwidert darauf (d. Königsberg 21. Juni 1669), er bemühe sich, auf das schleunigste 100 000 Fl. aufzubringen, er werde dieselben nach Ortelsburg schicken und sie könnten dieselben den Neuburgischen auszahlen, der G. Kanzler solle, was er zu fordern habe, in Danzig ausgezahlt erhalten. Er selbst habe noch immer Hoffnung auf guten Erfolg, zumal da auf einen grossen Theil des grosspolnischen Aufgebotes zu rechnen sei.

[2]) von Scultetus geschrieben.

[3]) Vgl. Recess. comit. S. 76ff. und die in der Anm. citierte Litteratur, Stoderts Relation vom 19. Juni (S. 125), Béziers' Relation vom 21. Juni (Krebs S. 208ff.).

Sculteto referiret hätt, sei seines Brudern Sohn der Propst von Plotzko aus dem Collo kommen und habe mitgebracht, dass nunmehr auch alle andre Woywodschaften sowohl aus der Crohn als auch dem Grossfürstenthumb Lithauen endlich in Piastum consentiret und den Fürst Michel zum Könige erwählet hätten, worauf sie dann auch zum Erzbischof geschickt und ihn zur Nomination invitiren lassen, welcher auch bereits unterwegens gewesen sein und gesagt haben soll, dass, weil Gott es so wunderbarlich geschickt, so wollt er auch derjenige nicht sein, der sich alleine der göttlichen Vorsehung widersetzen sollte, im Felde sowohl als in der Stadt sein ein grosses Geschrei von jung und alt gehöret worden Vivat Rex Michael.

Nuhmero[1]) haben wir vollige Nachricht, dass der Fürst Michael durch eine einhellige Wahl, also dass auf der letzt kein einziger zuwider geblieben, zum Könige in Polen erwählet, auch albereit von dem Erzbischoff nominiret und von dem Cron Marschall publiciret, E. Chf. D. werden erkennen, dass es Gottes wunderbares Werk, und dass wir hoffen, weil es Gott nicht anders haben wollen, es solle E. Chf. D. nicht eben zum Präjudiz gereichen, und ist die Respublica durch dieses subjectum nicht verstärket worden, sie werden auch durch ihn die Mittel, welche sie von andern praetendiret, nicht erlangen und bleiben der Republiq die schuldig, müssen auch zugleich auf Einrichtung seines Staats bedacht sein, weil er vor sich von solchen Mitteln nicht ist.

Anfrage, ob sie dem erwählten Könige gratulieren sollen.

J. v. Hoverbeck und Fr. v. Jena an den Kurfürsten. D. Jablona 21. Juni 1669.

[Der neue König.]

21. Juni. Der neue König ist[2]) sobald auf das Schloss begleitet, gestern von vielen mit mehr denn 100 000 Fl. und acht bespannten Karossen, von dem Feldherrn mit einem Zug spanischer Pferde und etwas Silber beschenkt worden, er ist gestern hinaus und hat sich gegen jede Woiwodschaft absonderlich bedankt. Nachdem sie vernommen, dass der Nuntius apostolicus, der kaiserliche, französische und schwedische Gesandte den König schon complimentiert, haben sie sich heute bei demselben anmelden und um Audienz bitten lassen. Es ist zu verwundern, mit was für Veneration auch die grössten und bei welchen der

[1]) Dieses Letzte von F. v. Jena's Hand.

[2]) S. Zawadzki S. 46ff.; Recess. comitiorum S. 81; Stoderts und Widers Relation vom 21. Juni (S. 126f.).

König vorher nicht eben in so grosser Consideration gewesen sein mag, den König ehren, derselbe hat sonst ein gut Lob, dass er fromm, höflich, verständig und dabei auch nicht ungelehrt, er ist etwas ein kleiner untersetzter Herr und gehet noch zur Zeit in deutschem Habit. Sogleich bei der Wahl haben die Wählenden ihm des Moskowiters Tochter zur Gemahlin benannt, doch werden sowohl der Kaiser als auch Frankreich eine Heirath nach ihrem Sinne zu befördern suchen.

Der Castellan von Posen hat sich am besten gehalten, er hat aber selb 2 oder 3 nichts vermocht, weil man diejenigen, welche den Piastum nicht haben wollen, mit dem Säbel bedroht hat.

Der Kurfürst an die Gesandten. D. Königsberg 22. Juni 1669.

[auf die Relation vom 19. Juni. Die Wahl. Abzustattende Gratulation. Vorschläge für die Vermählung des neuen Königs.]

Wir[1]) haben aus Euer unterthänigsten Relation vom 19. dieses mit 22. Juni.
mehrem ersehen, wie endlich die Wahl abgelaufen und dass solche auf den Fürsten Michael Wisniowiecki ausgeschlagen. Wir müssen hierunter der Göttlichen Providenz still halten und, weil es dem Allerhöchsten also gefallen, uns in seinen Willen und die Zeit schicken. — Soviel wir aus denen Umbständen abnehmen, hat das Pospolite Ruszenie den grössesten, ja fast einzigen Theil an dieser Wahl gehabt, dass also diejenige, welche zu desselben Annäherung gerathen, ja solche wieder verschiedener anderer wollintentionirten Meinung und Gutachten befordert und darauf gleichsam gedrungen, das meiste bei der Sache gethan, auch ausser Zweifel solches vorhero unter sich abgeredet, und die Senatoren es darin sehr versehen, dass sie so geraume Zeit hero nichts gethan, als sich gezanket und getrennet. Die Oesterreichische und Französische sehen auch nun ex eventu, was sie mit ihren fictis in speciem commendationibus und heimlichen Practiquen ausgerichtet, die Neuburgische aber werden verhoffentlich nicht anders als unsere völlige Aufrichtigkeit und treugemeinten Eifer für ihres Herrn Interesse aus unsrer Conduite wahrgenommen haben.

Die Gratulation könnet Ihr bei dem neuerwählten Könige aufs beste und zierlichste in unsrem Namen ablegen und werdet Ihr dabei sehen und überlegen, wie Ihr mit guter Manier etwas de observantia et adim-

[1]) Vgl. Pufendorf X. § 88 (S. 721).

pletione Pactorum darunter einlaufen zu lassen —. Sonsten habt Ihr annoch beide aldorten zu subsistiren und uns mit negstem, wofern es nicht bereits geschehen, Eure unterthänigste Gedanken von den gegenwärtigen Conjuncturen und zwar ein jedweder à part zu überschreiben, auch dabei unterthänigst zu erinnern, worüber Ihr in ein und anderen Puncten weiterer Instruction benöhtiget seid. —

PS. 1. Da der neue König noch nicht verheirathet ist, bisher ganz ernstlich und inständig um die älteste Prinzessin von Kurland[1]) angehalten, auch dabei der Religion wegen alle annehmlichen Bedingungen angeboten hat, so sollen sie, falls sie einige Apparenz zum Gelingen sehen, ihr Bestes zu Beförderung der Sache, doch mit guter Behutsamkeit und Discretion thun; sollten sie keine Hoffnung dazu vermerken, so sollen sie beobachten, was ihnen in PS. 2 anbefohlen.

PS. 2. Um das Interesse des Pfalzgrafen zu Neuburg möglichst zu befördern, sollen sie mit dessen Gesandten überlegen, ob man nicht dem neuen Könige mit guter Manier zu einer Heirath mit der ältesten Tochter desselben rathen und die, welche von ihm und Kf. soviel Geld empfangen, vermögen könne, dieses Werk zu befördern.

J. v. Hoverbeck und Fr. v. Jena an den Kurfürsten. D. Jablona 23. Juni 1669.

[Beginnende Reue über die Wahl. Gratulation bei dem Könige.]

23. Juni. Nachdem die Wählenden recht ausgeschlafen und sich besonnen, giebt[2]) ein grosser Theil derselben die Reue der geschehenen Wahl an den Tag, und es scheint so, dass das Vertrauen in dieser Republik nicht das beste sein wird. Sie haben gestern dem Könige kurz gratuliert, worauf dieser mit wenigen lateinischen Worten geantwortet, ohne sich in weiteren Discurs einzulassen.

[1]) Louise Elisabeth, geb. 1646. H. hatte am 23. Mai 1667 dem Kf. gemeldet, Fürst Michael Wischnowitz hätte ihn ersuchen lassen, bei der Herzogin von Kurland officia anzuwenden, dass er zu der längst gewünschten Allianz mit deren Hause gelange. H. hatte sich deswegen Ordre erbeten, da die Parteien der Religion halber ungleich und der Fürst seine Sache wegen der Zamoyskischen Güter (s. darüber Hirsch S. 55 Anm. 1) noch nicht in sicheren Stand gebracht habe. Kf. hatte darauf 6. Juni geantwortet, H. solle sich genau erkundigen, wie es mit diesen Zamoyskischen Gütern stehe und welchen Ausgang der Streit darüber wohl nehmen werde, inzwischen aber den Fürsten bei gutem Willen erhalten.

[2]) Vgl. die Relationen Stoderts und Widers vom 28. Juni und 2. Juli (S. 127. 131).

Fürst Radziwill hat in Collo von seiner Verrichtung bei Kf.[1]) berichtet, und sollen Kommissare benannt werden, welche mit ihnen reden sollen. Der U. Kanzler[2]) sucht sich sehr an dem König vor anderen zu halten, Kf. hat sich von demselben wenig gutes zu versehen.

Der Kurfürst an den Pfalzgrafen von Neuburg[3]). D. Königsberg 15./25. Juni 1669.

[Der Ausgang der Wahl, Ursachen desselben.]

Ew. Ld. ist ausser Zweifel bereits wissend, wie es mit der Pol- 25. Juni.
nischen Wahl jüngster Tagen so ganz unvermuthlich abgelaufen und dass dieselbe wieder alle Apparenz auf einen Piastum gefallen. Wie herzlich ich gewunschet, dass Ew. Ld. zu dieser Chron gelangen möchten, wie aufrichtig und treulich ich auch darin einige Jahre her gearbeitet, solches achte ich unnötig Ew. Ld. weitläuftig furzustellen — die göttliche Providenz hat es aber anders für diesesmal geschicket und der Allerhöchste nach seinem unwandelbaren Rath einen ganz andern und fast wunderlichen eventum dieses Werks verhänget, den keine menschliche Klugheit vorhersehen oder muthmassen, weiniger verhüten und abwenden können, in dessen heiligen Willen muss man sich hierunter billig mit behöriger Resignation schicken. — Nach menschlicher Vernunft und Art von der Sache zu judiciren, hätte Ew. Ld. die Erreichung des fürgesetzten Zwecks nicht fehlen können, wenn alle dero Freunde wie mit äusserlichen Wor-

---

[1]) S. Zaluski, Epistolae historico-familiares I. S. 72f.; Lengnich, Gesch. der Preussischen Lande VIII. S. 5.

[2]) Vgl. Stoderts und Widers Relation vom 28. Juni (S. 128. 130).

[3]) Derselbe war damals wirklich auf der Reise nach der polnischen Grenze (s. oben S. 400). Am 27. Juni meldet er dem Kf. von Pfreimbt an der Weiden (in der Oberpfalz) aus, er habe sich auf den Rath des Kf. und der guten Partei in Polen mit wenigen Leuten und nur in Postkaleschen nach Crossen aufgemacht, morgen hoffe er in Eger zu sein, einen geringen Train mit dem Gelde lasse er folgen, um nöthigenfalls im Felde subsistieren zu können. Am 3. Juli, noch ehe er dieses Schreiben des Kf. erhalten, schreibt er demselben von Cadan bei Leitmeritz aus, er habe vorgestern bei seiner Ankunft hier von Graf Schaffgotsch und seinen Gesandten die Nachricht erhalten, dass am 19. Juni durch die meisten Stimmen der Woiwodschaften Fürst Michael Vischniovitzky zum König erwählt und, obwohl ein Theil der Senatoren damals nicht consentieren wollen, proclamiert worden sei. Er sei darauf bis heute hier geblieben, ob vielleicht bei solcher Contradiction und Protestation eine Veränderung vorgefallen, da er aber bisher keine weitere Nachricht erhalten, wolle er die Rückreise antreten. Er dankt dem Kf. dafür, dass derselbe „mit einer so unvergleichlichen Generosität seine Promotion poussiert habe".

ten also auch mit treugemeintem Eifer und aufrichtigem Herzen fur dero Interesse gearbeitet hätten. Es ist aber mehr als bekannt, was für Nachtheil und Schaden Ew. Ld. durch die Condeische und Lothringische factiones und dadurch verursachte Trennung unter denen Senatoribus und erfolgte studia partium zugezogen worden, sonsten hätten die Senatores und der Stände Deputirte, welche ganzer sieben Wochen mit unnötigen Zänkereien und Streitigkeiten vergebens zugebracht, fur Ankunft der postpolite leichtlich sich vereinigen und die Wahl auf Ew. Ld. Person befordert werden können, nunmehr erkennen und (wie ich berichtet werde) bereuen sie zu spät ihren Fehler, indem sie fast an der Wahl keinen Theil gehabt, sondern nolentes volentes dem ungestümen und blindem Eifer der populace folgen müssen, die übrige factiones sehen nun auch, was sie mit ihren Verwirrungen ausgerichtet —. Bei solchem Comportement hat man leichtlich zu judiciren, was man auf einen und den andern mit Grund und Bestand für Stat zu machen und inskünftige darnach seine mesures zu nehmen, meinestheils muss ich bekennen, dass ich mich ganz eines andern und bessern zu ihnen versehen, muss es fur jetzo Gott und der Zeit befehlen, und wünsche nochmahlen von Herzen, dass Ew. Ld. in diese Dinge sich dero furstlichem und genereusem Gemüthe nach schicken und von dem Allerhöchsten mit anderwertigen Glückseligkeiten — gesegnet und erfreuet werden mögen. —

PS[1]). Ich hoffe was diesesmahl gefehlet, mit Gottes Hulffe noch eins in Ew. Ld. Prinzen gelingen werde, und haben Sich Ew. Ld. zu allen Zeiten meiner unverenderlichen Affection zu versichern.

Fr. v. Jena an den Kurfürsten. D. Jablona 25. Juni 1669.

[auf das Rescript vom 22. Juni. Die Zustände in Polen; von dem Kf. dort zu befolgende Politik.]

25. Juni. Es sind jetzt in dieser Republik zwei Parteien, ein Theil der Senatoren[2]) soll sich verglichen haben, dieses Werk auf alle Weise zu hemmen, womöglich wieder über einen Haufen zu stossen, zu welchem Zweck sie sich nach einem Rücken und nach Geld umsehen, sie werden wohl Kf. und Pfalz-Neuburg mit einzuführen und den Schaden und Hass ihnen aufzubürden, in der That aber das ganze Werk nach dem französischen Interesse und für Condé auszuführen suchen. Die meisten Senatoren ziehen davon und bleiben nicht bei Abhand-

[1]) eigenhändig.

[2]) S. v. Brandts Relation vom 3. Juli (v. Orlich II. S. 24) und die Relationen ebendas. S. 23.

lung der pacta conventa, jedenfalls haben sie sich unter einander verglichen, dass, wenn der König sich an einen machen wollte, sie alle miteinander sich seiner annehmen wollen. Der König weiss wohl, dass sie malcontent sind, er mag sich aber auf das Volk verlassen und wird noch zur Zeit von dem U. Kanzler und dem Littauischen Kanzler Pac regiert, welche beide sehr rachgierig sein sollen. Es scheint auch, als wenn die Freude und das Frohlocken des Volkes etwas abnehmen, und ist bei etzlichen die Verbitterung so gross, dass sie wohl wenig danach fragen dürften, wenngleich die Tataren und Kosacken dazu kämen.

Kf. wird sich auch jetzt so zu betragen haben, dass er keiner Partei, wenn es erst recht ausbricht, vor der anderen deferiere, sondern sich so anstelle, dass er sich im Nothfall als Interponent und Mediator zwischen beiden offerieren kann, wobei er Gelegenheit haben wird, seine Sachen in Acht zu nehmen. Der König kann wohl pro electo rege gehalten werden, und wer weiss, wie lange es ansteht, dass sich die Malcontenten ändern. In des Kf. Interesse wird in Acht zu nehmen sein:

1) dass nichts Präjudicierliches in die pacta conventa komme,

2) dass die Draheimsche Sache recht in Acht genommen werde; er fürchtet, dass v. Hoverbeck und der U. Kanzler, wenn sie zusammenkommen, noch mehr zerfallen werden, weil jener leugnet, dass ihm H. Geld gegeben habe, während dieser es behauptet,

3) dass die Brombergischen pacta unangefochten bleiben,

4) dass aus den wegen Pfalz-Neuburg aufgerichteten pactis nichts Widriges gezogen werde. Der U. Kanzler und Pac sind beide nicht des Kf. Freunde, ersterer soll gesagt haben, man möchte mit Kf. Krieg anfangen, doch haben sie darüber nichts Sicheres erfahren können. Kf. hat nur auf alles fleissig Acht geben zu lassen, seine Miliz zu conservieren, auch die in Preussen stehende womöglich unvermerkt etwas zu verstärken. Bei dieser noch währenden Uneinigkeit braucht man sich nicht zu fürchten, doch wäre nöthig, dass am hiesigen Hofe ein subjectum wäre, dem des Kf. und die polnischen Sachen bekannt und welcher der Sprache mächtig wäre.

---

v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Jablona 26. Juni 1669.

[auf das Rescript vom 22. Juni. Die Zustände in Polen, günstige Aussichten für den Kf. Der Starost von Radom.]

Der Primas, der K. G. Feldherr, das ganze Haus Potocki, die Woi- 26. Juni.
woden von Reussen und Pommerellen, der K. G. Kanzler, der Castellan von Posen und viele andere sind mit der Wahl garnicht zufrieden, mögen wohl gar auf eine Absetzung gehen, andere suchen den König nur durch die Pacta conventa so zu binden, dass er ihnen durch seine Creaturen nicht zu schwer fallen könne, etliche aber halten nur an sich, um gesucht zu werden, und werden, sobald ihnen der geringste Wink der Gnade und künftiger Be-

förderung gegeben wird, an der Wahl keinen Mangel mehr finden; daher ist durchaus nicht zu rathen, sich mit jenen Leuten einzulassen, zumal diese Malcontenten doch nur für Condé arbeiten würden.

Für Kf.[1]) hält er diese Wahl für besser als irgend eine andere, weil durch dieselbe diese benachbarte Republik an Macht und Kräften keinen Zuwachs erhält, und wird also Kf. und auch dessen Nachkommen derselben Discretion nicht leben dürfen, wie es vielleicht geschehen wäre, wenn Moscau oder Condé ihr Intent erreicht hätten. Auch die Ritterschaft wird bald aus dem Traum kommen und erkennen, dass sie durch diese Wahl viele Vortheile eingebüsst hat, und dass, da sie zur Krönung, zur Einrichtung eines königlichen Staates und zum Beilager viel werden hergeben müssen, die Contributionen sich häufen werden. Der König wird also auf die Nachbaren, namentlich auf Kf. reflectieren müssen, und Kf. wird sich garnicht zu movieren, sondern blos zu erwarten haben, was etwa Gott durch die Stände, die Armee oder die benachbarten barbarischen Völker vornehmen will, auch solchen Falls würde es am sichersten sein, sich für keine Partei zu erklären, sondern nur zum Mediator anzubieten. Zwar ist bedenklich, dass der G. Kanzler fast ausgesetzt, dagegen der U. Kanzler im Regiment bestätigt wird und Pac sich mehr und mehr bei dem Könige insinuiert, doch ist nicht zu zweifeln, dass diese beiden hitzigen Leute durch ihre consilia den König tiefer einführen als die Republik in Sicherheit setzen werden.

Die Heirath könnte die Sache in anderen Stand bringen. Zu der Moskowitischen hat der König keine Neigung, es steht daher auf der Oesterreichischen, für welche Graf Schaffgotsch stark arbeitet, doch ist zu hoffen, dass der König von Frankreich dieses mit Geld hintertreiben und den Senat dazu disponieren wird, dass sie eine neutrale Partei belieben.

H. räth, dem Starosten von Radom[2]), welcher bei dem Könige in grosser Gunst steht, da er alle Privatsachen seiner Mutter geführt hat, welcher der König seine ganze Lebenszeit soviel deferiert, als einer, der unter der Zucht ist, immer nur thun kann, jetzt seine jährliche Pension von 200 Ducaten zu zu zahlen, derselbe hat auch immer dem jungen Roth entgegengearbeitet.

Der Kurfürst an die Gesandten. D. Königsberg 30. Juni 1669.

[Verhaltungsbefehle.]

30. Juni. Sie sollen, so lange der Reichstag versammelt ist und die Pacta conventa mit dem Könige noch nicht zur Richtigkeit gebracht sind, dort bleiben, aber wieder in Warschau Quartier nehmen und sich, namentlich Jena, bemühen, den U. Kanzler zu besserem Verhalten gegen Kf. zu bestimmen, sobald aber die Pacta conventa zur Richtigkeit gebracht und die Landboten abgereist sind,

---

[1]) Vgl. Pufendorf X. § 89 (S. 721).

[2]) S. oben S. 324, 412.

können sie ihren Abschied nehmen und Eusebius v. Brand und den Geh. Secretar Scultetus, oder wenigstens den ersteren, zu Unterhaltung der Correspondenz zurücklassen, sie sollen auch aus Sparsamkeitsrücksichten ihre Suite soviel wie möglich einziehen.

J. v. Hoverbeck und Fr. v. Jena an den Kurfürsten. D. Warschau 12. Juli 1669.

[Audienz bei dem Könige.]

Nach langer Verzögerung[1]) haben sie endlich gestern bei dem Könige 12. Juli.
Audienz gehabt; derselbe nahm dabei des Kf. Glückwunsch und Erbieten zur Assistenz zu hohem Dank auf und versicherte, gleich seinen Vorgängern mit Kf. in Freundschaft leben zu wollen. Das Gespräch kam dann auf den alten Rode, dessen Freilassung der König wünschte, wogegen sie vorstellten, dass derselbe, als ein Rebell, wohl Härteres verdient hätte und dass weder er noch sein Sohn bisher Reue verspüren liessen, doch machten sie ihm Hoffnung auf freies Geleit für den Sohn. In der Aufschrift des Creditivs bemängelte der König, dass er nicht gleich seinen Vorgängern mit affini et fratri, sondern mit cognato et foederato angeredet werde, was sie als error cancellariae entschuldigten.

Auf ihre Mittheilung, dass sie schon Anstalten zum Aufbruch gemacht, sagte der König, er müsste sie noch einmal sprechen und könnte ihnen noch keinen Abschied geben.

J. v. Hoverbeck und Fr. v. Jena an den Kurfürsten. D. Proschnitz 17. Juli 1669.

[Abschiedsaudienz beim Könige; sie haben wegen Verweigerung des Titels von Lauenburg und Bütow das Recreditiv nicht angenommen.]

Von der Republik, repräsentiert durch den Erzbischof und den Marschall 17. Juli.
der Ritterschaft, haben sie das Recreditiv[2]) an Kf. mit dessen vollem Titel erhalten, bei dem Könige[3]) haben sie Montag Abend 5 Uhr, doch ohne, dass sie, wie sie verlangt, mit der königlichen Kutsche abgeholt worden, Abschiedsaudienz gehabt. Der König erklärte sich dabei gegen Kf. gar willfährig, erhob dann aber Beschwerden gegen denselben 1) wegen der Einnehmung von Draheim, 2) wegen der Ueberfahrt über die Weichsel, 3) dass Kf. nicht die nach den Brombergischen Pacten schuldige Hülfe geleistet und sich noch da-

---

[1]) Erst am 7. Juli hatte der Reichstag sein Ende genommen und am 8. der König die Pacta conventa beschworen, s. Recess. comit. S. 93 f.

[2]) d. Varsoviae 12. Juli 1669.

[3]) Vgl. Pufendorf X. § 89 (S. 721 f.).

zu von den 500 schuldigen Reitern durch eine Privatdeclaration des Königs Johann Casimir befreien lassen, 4) dass er sich des ihm nicht gebührenden Titels von Lauenburg und Bütow bediene. Sie haben auf alle Punkte so geantwortet, dass der König sie bat, sich in ihrem Logement noch ein wenig aufzuhalten, er wollte mit den Senatoren nochmals von der Sache reden und ihnen seine Erklärung zukommen lassen. Abends um 9 Uhr erschien dann der Culmische Landfähndrich Kochanowski im Namen des Königs bei ihnen und zeigte ihnen an, dass derselbe dem Kf. den Titel von Lauenburg und Bütow nicht geben könne, und verlangte, dass sie ein Recreditiv, in welchem dieser Titel nicht enthalten, annehmen sollten, was sie nach vergeblichem Remonstrieren verweigert haben. Sie sind darauf noch an demselben Abend nach Jablona gereist und haben dort noch den folgenden halben Tag, freilich vergeblich, auf eine anderweitige Resolution gewartet. Vor ihrer Abreise haben sie auch den Erzbischof, den Littauischen G.Kanzler Pac und den U.Kanzler besucht, sie glauben, dass Kf. auf ersteren noch Staat machen kann, Pac hat sich auch ganz willfährig erboten, der U.Kanzler aber ist nicht zu gewinnen gewesen.[1])

---

g. Eusebius v. Brandt in Warschau. Juli 1669—December 1670.

Eus. v. Brandt[2]) an den Kurfürsten. D. Warschau 23. Juli 1669.

[Anschläge des U.Kanzlers und Rode's gegen Kf. Der alte Rode ist nicht freizulassen.]

23. Juli. Der U.Kanzler und Roht sollen es dahin gebracht haben, dass man beschlossen hat, in des Kf. Titel statt Domini de Lauenburg et Butaw sich des Wortes Fiduciarii zu gebrauchen. Diese beiden Personen sind stets um den König und haben allezeit dessen Ohr, und weil der Erzbischof nicht zugegen, der Kanzler auch als ein alter schwacher Mann gar selten zu Hofe kommt, lenken sie denselben, wie sie wollen. Wie er von dem G.Kanzler gehört, ist Roht von dem, was wider des Kf. Interesse hier moviert wird, der Anfänger, derselbe, da er sich selbst nicht mächtig genug gefühlt, den König zu überreden, hat sich an den U.Kanzler gehangen, der ohnedem dem Kf. in allem zuwider ist. Der G.Kanzler meint, wenn er die Briefe[3]) hätte, welche

[1]) H. übersendet (d. Hohenstein 23. Juli 1669) ein ihm in einem Schreiben des U.Kanzlers zugeschicktes Recreditiv, in welchem dem Kf. allerdings der Titel dominus von Lauenburg und Bütow aber mit vorgesetztem F. (fiduciarius) gegeben und er statt des sonst üblichen frater: vicinus genannt wird, und führt Gründe sowohl für die Ablehnung als auch für die Annahme desselben an.

[2]) S. über denselben oben S. 225.

[3]) S. v. Baczko, Geschichte Preussens V. Beil. VII u. VIII (S. 482f.) und Urk. u. Act. IX. S. 362f., 372, 842.

dazumal geschrieben wurden, als R.'s Vater dem vorigen Könige ohne Wissen der Republik wider Kf. die preussischen Stände aufwiegeln und verbinden wollen, wollte er dem Könige leichtlich erweisen, dass derselbe ein Verräther und leichtfertiger Vogel sei. R. hat Weger[1]) eine grosse Anzahl Briefe gezeigt, wodurch er sowohl die polnischen als preussischen Stände wider Kf. zu erregen gesucht, auch eine Rede, welche er beabsichtigt hatte vor der Wahl dieses Königs in Kollo per modum supplicandi expresse wider des Kf. Recht in Preussen zu halten, wovon ihm aber sein Herr, der jetzige König, abgerathen hat.

Unter diesen Umständen wird es nöthig sein, R.'s Vater desto fester zu verwahren, der G. Kanzler und die anderen Freunde des Kf. rathen sogar, denselben tödten oder wenigstens das Gerücht von seinem Tode aussprengen zu lassen. Die Freilassung desselben würde nur dazu dienen, den jungen Roht noch hoffärtiger und die hiesigen Feinde des Kf. noch leichtfertiger zu machen.

Es möchten auch noch wohl in Preussen einige sein, so den Schalk im Nacken haben, welche hieraus neue Hoffnung, ihre bösen Anschläge ans Licht zu bringen, schöpfen würden. Hingegen wird des Kf. Autorität und Recht desto mehr bestätigt werden, wenn er diesem Rebellen und denen, die ihn hier defendieren wollen, alle Hoffnung zu seiner Freiheit beschneidet, zumal dieser Roht sich gar nicht demüthigen will, sondern mit List und Gewalt durchzudringen vermeint und seinen Vater publice defendiert, dass er wohl und löblich gethan und pro libertate Reip. gestritten habe.

Eus. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Warschau 20. August st. n. 1669.

[Aeusserungen Rode's.]

Gestern ist Roht bei ihm gewesen, hat ihm den Brief eines Cavaliers, 20. Aug.
der in Peiz gewesen, zu lesen gegeben, welcher seinen gefangenen Vater selbst zwar nicht gesprochen, aber dort von den Leuten aus der Festung vernommen habe, dass derselbe jetzt viel fester als vorher verwahrt würde, man liesse niemand mehr zu ihm kommen, er dürfe nicht mehr in die Kirche und auf dem Wall spazieren gehen, er bekomme nur noch 2, statt früher 6 Gerichte, und es sei bei harter Strafe verboten worden, ihn wissen zu lassen, dass Fürst Michael Wischniowietzki zum König erwählt worden sei. R. sagte, er hätte diesen Brief dem Könige gezeigt, welcher sich darüber sehr alteriert und sich gegen den U. Kanzler beklagt hätte, dass ihm solches zum Possen geschehe. Dann klagte R. sehr über sein Unglück, dass ihm nun fast alle Hoffnung zur Ent-

[1]) Derselbe war nach v. Brandts Relation vom 18. Juli Kassenführer bei der Gesandtschaft des Kf. gewesen, hielt sich jetzt bei ihm in Warschau auf, er war ein Schulfreund des jüngeren Rode, und v. Br. suchte durch ihn dessen Anschläge zu erfahren.

ledigung seines Vaters genommen wäre, mengte darein aber so heftige Drohungen, dass der Zweck seines Discurses kaum zu penetrieren war. Er sagte, der König würde expresse jemand an Kf. absenden, um für seinen Vater zu intercedieren, wenn dieses nicht helfen sollte, hätte er Mittel sich zu rächen. Da ihm der König ein Regiment geben würde, würde er des H. v. Hoverbeck an der Grenze gelegene Güter bald finden, ja, falls sein Vater im Gefängnis stürbe, würde er diesen selbst niederschiessen. Zuletzt brach er heraus, die preussischen Stände würden dem Kf. nichts bewilligen, weil sie sich auf ihn verliessen, sie tränken überall seine Gesundheit, noch vor etlichen Tagen sei ein preussischer Cavalier mit Schreiben zu ihm gekommen, bisher hätte er sich daran nicht kehren wollen; wenn sein Vater losgelassen würde, dann würde man sehen können, was er für des Kf. Interesse thun könnte, es liege nur an ihm, er könnte ganz Preussen mit einem Worte aufwiegeln und mit einem Worte wieder stillen, er wollte auch den U. Kanzler auf des Kf. Seite bringen oder, falls derselbe sich nicht wollte lenken lassen, ihn unschädlich machen. Als ihm darauf Br. gerathen, wenn das alles in seinen Kräften stände, so möchte er doch jetzt dergleichen specimina sehen lassen und so Kf. zur Gnade gegen seinen Vater bewegen, verlangte er, zuerst obligiert zu werden, hernach könnte er dem Kf. seine Dankbarkeit bezeugen.

Obwohl Br. dem, was jener vorgeschnitten, nur wenig Glauben beimisst und sich nicht im geringsten merken lässt, dass er auf ihn irgend welche Reflexion mache, so glaubt er doch, dass auf denselben ein wachsames Auge zu halten ist. Denn der König, der U. Kanzler und Roht sind jetzt ein rechtes Trifolium und fahren täglich allein zusammen spazieren, verdächtig ist auch die Vertraulichkeit, in welcher R. mit dem kaiserlichen Gesandten, Grafen Schaafgotz steht[1]).

Eus. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Warschau 4. September st. n. 1669.

[Der Titel von Lauenburg und Bütow. Drohungen Rode's.]

4. Sept. Das Schreiben des Kf. an den König, in welchem derselbe diesem seinen Aufbruch aus dem Herzogthum Preussen angezeigt, hat er Dienstag übergeben, der König hat dasselbe sehr freundlich entgegengenommen und sich dabei mit ihm über verschiedene Punkte unterhalten, unter anderem auch gefragt, wie es mit Roth im Gefängnis stände, und ob keine Hoffnung zu seiner Befreiung wäre, es hätte keine Gefahr, wenn Kf. denselben los liesse, da er doch

[1]) Kf. befiehlt in seiner Erwiderung auf diese Relation (d. Königsberg 14./24. August 1669), v. Br. solle Gelegenheit suchen, im Beisein anderer, die es nöthigenfalls bezeugen könnten, Rode auf solche Discurse zu bringen, namentlich seine Drohworte notieren und darüber umständlich berichten. Sollte er dort etwas den preussischen Staat Betreffendes erfahren, so solle er davon auch dem preussischen Statthalter Bericht erstatten.

nichts thun könnte, und den jungen Roth entschuldigt, der nicht aus bösem Herzen, sondern aus Passion gegen seinen Vater handelte. Da die Antwort des Königs an den Kf. in der Cancellaria minor ausgefertigt wird, hat er vorzubauen gesucht, dass daselbst wegen des Titels von Lauenburg und Bütow Difficultät gemacht werde, auf seine Veranlassung haben der Erzbischof und der G. Kanzler an den König geschrieben und diesen gebeten, den Titel des Schreibens so einrichten zu lassen, dass dasselbe, weil es eine invitatio ad coronationem wäre, von Kf. gelesen würde und den Weg zu einer rechten Confidenz und Freundschaft bahnen möchte; er selbst hat deswegen mit dem U. Kanzler conferiert, aber nichts ausgerichtet[1]). Derselbe meinte, diese Sache müsste auf dem künftigen Reichstage, wenn des Kf. Gesandte kämen, auf eine Kommission, durch welche auch andere Streitigkeiten beigelegt werden könnten, gebracht werden. Der U. Kanzler war sonst gegen ihn sehr höflich und liess im geringsten keinen Hass gegen Kf. merken, wiewohl er zu etlichen Malen auf H. Hoverbeck, den er nicht wohl leiden mag, stichelte.

Roth hat neulich wieder in des Königs anticamera ihm gegenüber über die Maassen anfgeschnitten, der König würde, so lange sein Vater im Gefängnis bliebe, mit Kf. in keine Correspondenz treten; falls derselbe dort stürbe, so wäre ein gewisser Krieg, er wollte mit 2000 Mann ganz Preussen über einen Haufen werfen, weil ihm alle von Adel anhingen u. s. w. Es wird mit Roth nicht lange am Hofe Bestand haben, er hat nur noch des Königs Gunst, die anderen halten ihn alle für einen hoffärtigen Narren, auch mit dem K. U. Kanzler ist er schon zerfallen.

Der Kurfürst an Eus. v. Brandt. D. Wollup 7. September 1669.

[auf die Relation vom 4. Sept. v. Br. soll nach Cracau gehen. Der Titel von Lauenburg und Bütow.]

— Was nun den Krönungstag betrifft, da ist Dir bewusst, aus was 7. Sept.
Ursachen wir solchen nicht beschicken werden, Du kannst aber für Dich dahin gehen und gleichsamb en particulier aus Curiosität und incognito alles, was bei der Krönung fürgehet, observiren.

PS. Auch was Du wegen der Titulatur von Lauenburg und Bütow erwähnet und sowoll gegen dem Könige als dem Unter-Cantzler gedacht,

---

[1]) v. Br. berichtet am 10. September, der U. Kanzler habe ihm mitgetheilt, da v. Hoverbeck gedroht habe, dass Kf. Briefe, auf denen der Titel von Lauenburg und Bütow fehle, unerbrochen zurückschicken werde, so wollte er dieses Schreiben garnicht absenden, sondern zurückhalten. Er selbst habe es gelesen, der König desideriere darin des Kf. Ambassadeure zum Krönungsreichstage, damit die zwischen demselben und der Krone noch schwebenden Streitigkeiten dort gänzlich beigelegt würden.

daran hastu woll gethan und ferner Gelegenheit zu suchen, jedermänniglich zu verstehen zu geben, dass wir uns in diesem Stück keinen tort würden thun lassen, auch keine Briefe annehmen noch erbrechen, worauf uns nicht unser vollkommener Titul gegeben wird.

Eus. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Cracau 5. Oktober st. n. 1669.

[Die Krönung. Beginn des Reichstages.]

5. Okt. Er ist am 21. September hier angekommen, am 27. hat der König seinen feierlichen Einzug gehalten, der zwar ziemlich fein angeordnet war, aber durch Unordnung und Gedränge sehr gestört wurde, am 28. erfolgte die Procession nach der Skalkakirche und am 29. die Krönung[1]), bei welcher aber auch schreckliche Unordnung und Gedränge in der Kirche herrschte, ebenso auch bei dem folgenden Krönungsmahle. An demselben Tage erhielt auch der König, als er eben in die Kirche gehen wollte, Zeitung, dass ein Cavalier vom Könige von Spanien angelangt sei und das goldene Vliess mitgebracht hätte. Am 30. September liess sich der König von dem Rath und der Bürgerschaft schwören und schlug zwei Dutzend Ritter, meist Apotheker, Kaufleute und Handwerker, bei der Procession streute der K. Schatzmeister die Krönungsmünze unter das Volk aus.

Am 1. October[2]) wurde auf dem Schlosse die erste Session des Reichstages gehalten und H. Krzicky podkomorzy Kalisky, welcher des U. Kanzlers Faction hält, zum Marschall erwählt, auch ward beschlossen, folgende Punkte in der Landbotenstube publice nach einander zu proponieren:

1) eine Unterredung wegen Defension des Vaterlandes,
2) Sicherung der Grenzen,
3) Versehung und Munition der Festungen,
4) Bezahlung beiderseits Nationen Armeen,
5) Anordnung der Winterquartiere,
6) wegen der Exorbitantien einen eigenen Reichstag anzusetzen,
7) die Plenipotenz und Information der Gesandten, so nach Moscau gehen sollen,
8) dass man des Kf. Gesandten Audienz geben und accommodieren wolle,
9) Accommodatio Legati Hispanici et dispositio cerimoniae ad recipiendum aureum vellus,
10) Expostulation wegen Draheim,

---

[1]) Vgl. Zawadzki S. 69 (Zaluski I. S. 184).

[2]) Vgl. Zawadzki S. 70. Die Danziger Gesandten melden dem Rath am 2. October, die Wahl Krzycki's sei ex singulari promotione Procancellarii erfolgt. Ueber Krzycki's Antheil an der Wahl König Michaels s. Hirsch, Zur Gesch. der poln. Königswahl S. 78.

11) Disposition wegen der Münze,

12) Den Preis der Kaufmannswaaren zu vermindern,

13) eine Festung an der Dniepr anstatt Smolensko zu bauen.

2. October ging nichts anderes vor, als dass sie sich wegen der Logementer zankten und derhalben eine Revision anstellen liessen, am 3. wurde der König in der Senatstube durch eine Oration vom Landb. Marschall empfangen, und der Adel zum Handkuss gelassen.

Dass Kf. keinen Gesandten hergeschickt, darüber werden verschiedene Urtheile gefällt, die Feinde legen es aus, als geschehe es propter contemptum Regis, die Freunde entschuldigen es mit Hoverbecks Krankheit und des Kf. Reise, einige aber geben zu verstehen, dass man dem Kf. rechtmässige Ursache zum zürnen gegeben und ihn nicht wie andere Potentaten auf die Krönung invitiert, was sie dem U. Kanzler allein imputieren.

Der K. Feldherr Sobiesky soll dem Kf. sehr wohl zugethan sein, es würde nützlich sein, wenn Kf. an denselben schriebe und ihn caressierte, denn jedermann fürchtet ihn.

Eus. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Cracau 12. October 1669.

[Reichstagsverhandlungen.]

Er hat die Schreiben des Kurfürsten[1]) an den König, nachdem er lange damit aufgehalten worden, erst gestern dem G. Kanzler übergeben können, welcher sie dann sofort dem Könige überreicht hat. Er hat wegen dieser verschiedenen Aufhaltung auch nur selten in die Landbotenstube gehen und zuhören können, doch einen guten Freund ausgefragt, welcher von allem, was passiert, ein Diarium[2]) hält und ihm dasselbe in der Eile communiciert, auch künftig für eine Discretion mitzutheilen versprochen hat. Es haben zwar in der vergangenen Woche einige Senatoren und Landboten sehr hart gegen Kf. gesprochen, aber man merkt jetzt, dass die Eroberung von Candia und die drohenden Briefe des Türken ihnen den Compass verrücket, so dass sie die Segel nach dem Winde drehen müssen. Daher haben sie die Propositiones geändert, die brandenburgischen, preussischen und draheimschen Punkte ausgelassen und dagegen lauter türkische, tartarische und kosackische hineingerückt, unterschiedliche lassen auch schon in der Landbotenstube verlauten, man solle mit Kf. in besserer Vertrautheit leben, und etliche sagen gar, man habe seiner vonnöthen und ihn um Assistenz wider die Türken anzusprechen. 12. Okt.

---

[1]) Kf. hatte am 11./21. September v. Br. beauftragt, drei Schreiben dem Könige zu übergeben und um Antwort zu bitten. Nur von dem einen derselben ist das Concept erhalten, darin (d. Coloniae ad Spream 11./[21.] September 1669) erklärt Kf., da die Lehnserneuerung bei der Krönung nicht erfolgen könne, so werde er nach Beendigung derselben einen seiner Minister zu diesem Zwecke nach Warschau senden.

[2]) Ein solches lateinisches Diarium (29. September — 8. November 1669) liegt den Akten bei.

Die Stände haben sich bereits zu verschiedenen Malen dem Könige widersetzt, 1) als er ihnen durch den U. Kanzler anbefohlen, in die Senatsstube zu kommen und die propositiones mitanzuhören, welches sie durchaus nicht eher haben thun wollen, bis sie wegen ihrer Logementer Richtigkeit gemacht, 2) als der König auf Einrathen des U. Kanzlers einige Chargen weggegeben, hat man ihm vorwerfen lassen, er hätte schon wider die pacta conventa gehandelt, und ihn warnen lassen, 3) ist der Adel deswegen sehr schwierig, dass der König täglich zu den vornehmen Herren auf die Banquete geht, wesshalb sich schon einige haben verlauten lassen, sie wollten den Reichstag zerreissen, weil sie hier nichts concludierten, sondern die Zeit vergeblich zubrächten.

Eus. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Cracau 26. October st. n. 1669.

[Ungünstiger Verlauf der Reichstagsverhandlungen. Ankunft Lionne's.]

26. Oct. Man hat hier schlechte Hoffnung, dass der Reichstag werde zum gewünschten Ende gebracht werden, viele Senatoren thun, was ihnen möglich ist, um denselben zu zerreissen, damit der König sehen möge, dass des U. Kanzlers Rathschläge, denen er allein folgt, schädlich sind, einige derselben, darunter der Erzbischof, wollen schon abreisen. Die Landboten sind daher so unwillig, dass sie nichts, was der König auf Anrathen des U. Kanzlers vornimmt, consentieren wollen. Erstlich ist die Sache wegen der Vacanzen[1]) noch nicht beigelegt. Ferner sucht der U. Kanzler den Danzigern[2]) ihre privilegia zu

[1]) Vgl. Zawadzki S. 73 f.

[2]) Der Danziger Rath hatte eine feierliche Gesandtschaft bestehend aus dem Burggrafen Gabriel Krumhausen, dem Rathmann David Preite und dem Syndicus Barth. Francken nach Cracau geschickt, um dem Könige zu gratulieren, die Bestätigung der Privilegien der Stadt und die Erfüllung einiger schon seit längerer Zeit von derselben erhobenen Forderungen (s. Hirsch, Zur Gesch. der poln. Königswahl S. 28 f.) durchzusetzen. Bei dem ungünstigen Verlauf aber, welchen die Reichstagsverhandlungen nahmen, konnten die Gesandten diese letzteren garnicht vorbringen, auch die Bestätigung der Privilegien stiess auf unerwartete Hindernisse, die Urkunden lagen schon dem Könige zur Unterschrift vor, da erhob zunächst der Instigator regni Johann Tonski und dann der U. Kanzler dagegen Einspruch; letzterer erklärte, nur die älteren Privilegien der Stadt, nicht die neuen von König Johann Kasimir derselben verliehenen dürften bestätigt werden, und erhob bei dieser Gelegenheit gegen die Stadt, welche auf Kosten der Krone ihre Macht immer weiter auszudehnen suche, die heftigsten Anklagen (s. Zaluski l. S. 180 ff.). Der Rath und dessen Gesandte aber blieben fest bei ihren Forderungen, verschafften sich die Fürsprache des G. Kanzlers, des Erzbischofs und anderer Senatoren und wussten es so schliesslich doch durchzusetzen, dass der Stadt alle ihre Privilegien, auch das am meisten bestrittene wegen des jus caducorum (s. Hirsch, S. 84) bestätigt wurden. Vgl. Lengnich, Gesch. der Preuss. Lande VIII. S. 23 ff., Gralath, Versuch einer Geschichte Danzigs III. (Berlin 1791) S. 45 f.

schmälern und hat dazu dem Könige vorgestellt, dieselben bildeten sich ein, iura majestatis zu haben. Die Danziger Deputierten aber haben ihm sagen lassen, sie hätten freilich einige jura majestatis, die sie aber nicht von der Krone erworben, sondern dieser zugebracht hätten, und die sie ihren Nachkommen erhalten wollten, sie haben auch dem Könige durch den G. Kanzler sagen lassen, wenn sie nicht eine solche Confirmation, wie ihre Vorfahren, erhielten, wollten sie lieber garkeine haben, sie wollten auch nicht länger hier harren, sondern davonziehen. Aehnliches fängt er auch mit den anderen preussischen Städten an, aber der preussische Adel, welcher weiss, dass er ohne die Städte nicht bestehen kann, nimmt sich ihrer an und droht, falls der König sie nicht befriedige, den Reichstag zu zerreissen. Die Städte haben auch dem Pommerischen Woiwoden Bakowski 20000 Gulden zu der Cracauischen Reise gegeben, damit er sich ihr Interesse desto mehr angelegen sein lasse.

Drittens sind auch viele Landboten übel mit dem U. Kanzler zufrieden, dass er dem Könige wider den Kf. solche consilia giebt, die Kyowschen haben ihn schon deswegen zur Rede gesetzt und ihm gesagt, sie wollten mit Kf. in guter Nachbarschaft leben, was auch hochnöthig wäre, wofern man die Ukraine wiedergewinnen wollte.

Sonst ist auf diesem Reichstage noch keiner von den punctis propositionis vorgenommen worden, ausser dass man wegen des bösen Geldes auf Boratini[1]) gescholten, man bringt wie bei der letzten Election die Zeit vergebens zu, und der König soll unter der Hand durch einige Landboten die Sachen so aufhalten lassen, damit die zu den Reichstagsgerichten bestimmte Zeit vorbeigehe und so die Sache der Samoisky[2]) gegen seine Mutter nicht vorkomme.

M. de Lionne[3]) ist als Envoyé vom Könige von Frankreich hieher gekommen und hat gestern Audienz gehabt; er soll dem Könige zwei Portraits von gewissen Prinzessinnen mitgebracht haben und der kaiserliche Gesandte deswegen jaloux zu werden beginnen.

Eus. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Cracau 2. November st. n. 1669.

[Die vota der Senatoren, der K. U. Kanzler.]

Zu glücklicher Schliessung des Reichstages hat man wenig Hoffnung. Diese 2. Nov.
Woche haben die Senatoren[4]) angefangen, über die puncta propositionis zu votieren, die meisten aber haben weder votum noch consilium gegeben, sondern nur lange Reden gehalten, namentlich hat der U. Kanzler in seiner vierstün-

---

[1]) S. Hirsch S. 39.

[2]) S. Hirsch S. 55. 83ff. Vgl. oben S. 416.

[3]) Louis de Lionne, capitaine des chevaux légers, Sohn des Ministers, s. Zawadzki S. 89 (Zaluski I. S. 186), Recueil des instructions IV. S. 111ff.

[4]) Vgl. Zawadzki S. 88ff. (Zaluski I. S. 186).

digen Rede[1]) nur den König und den Adel gegen den Kf. und die Stadt Danzig zu verhetzen gesucht. Es hatten aber bereits zuvor die Bischöfe von Cracau und Cujavien für Kf. so wohl geredet, dass er keinen besonderen Beifall fand, auch defendierte hernach der pommerellische Woiwode Bakowski die Stadt Danzig so, dass alle bekennen mussten, der U. Kanzler habe ihr Unrecht gethan.

Es ist wunderbar, dass fast keiner oder doch nur wenige von den Senatoren es mit dem U. Kanzler halten und er dennoch den König und den ganzen Hof regiert, zumal auch die meisten Landboten, namentlich die Kyowschen auf ihn schelten.

Eus. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Cracau 9. November 1669.

[Rede des G. Kanzlers. Zerreissung des Reichstages.]

9. Nov. Die vota der Senatoren sind vorigen Montag schon beendet worden, ausser dem U. Kanzler hat keiner gegen Kf. gesprochen, vielmehr hat der G. Kanzler[2]) denselben widerlegt und den Kf. und die Stadt Danzig tapfer vertheidigt.

Der Reichstag[3]) ist nun gänzlich zerrissen und wenig Hoffnung denselben zusammen zu leimen. Denn da die Kyowschen Landboten, welche bis Montag ihre Abfertigung wegen der Vacanzen erwartet, von dem U. Kanzler noch länger aufgehalten worden sind, so hat der Podsedek Kyowsky Olizar vorigen Dienstag in der Landbotenstube öffentlich protestiert und ist davongegangen und trotz aller Versuche, ihn zu besänftigen, Mittwoch Nacht heimlich abgereist. Der König hat ihm zwar einige von seinen Landsleuten nachgeschickt, um ihn zurückzuholen, wozu aber wenig Aussicht ist. Am Hofe muthmaasst und be-

[1]) Nach dem Reichstagsprotokoll der Danziger Gesandten bemerkt er in seiner am 29. October gehaltenen Rede inbetreff des Kf., er sei dessen Freund und zu guter Nachbarschaft, so weit sein Amt und sein Gewissen es zuliessen, jederzeit bereit, aber dessen Prätensionen inbetreff des Titels von Lauenburg und Bütow liefen contra dignitatem Reipublicae und er würde ihm denselben aus seiner Kanzlei nicht geben lassen, bis er dazu per expressum a tota Republica beordert sei, es müsste deswegen eine Kommission eingesetzt werden, auf welcher beide Theile ihre Prätensionen vorzubringen hätten, dort werde namentlich auch die widerrechtliche Occupation von Draheim zur Sprache zu bringen sein.

[2]) Derselbe rechtfertigt in seiner am 4. November gehaltenen Rede die mit dem Kf. abgeschlossenen Verträge, dessen Bundesgenossenschaft es hauptsächlich zu danken sei, dass der Krieg mit Schweden einen verhältnismässig so günstigen Ausgang genommen habe. Er weist dann darauf hin, dass dem Kf. auch, als er noch Vasall der Krone gewesen, der Titel Dominus Prussiae gegeben sei, und fragt, wozu es dienen solle, jetzt deswegen mit ihm Händel anzufangen, zumal da man bei der drohenden Türkengefahr seine Hülfe bald nöthig haben werde.

[3]) S. Zawacki, S. 277 (Zalusk. I, S. 1892).

hauptet man, dass diejenigen, welche gut brandenburgisch seien, den Reichstag zerrissen hätten und dass er (Brandt) dem Olizar Geld und ein Pferd gegeben hätte, welcher Verdacht wohl daher stammt, weil sie beide in demselben Hause logiert haben. Andere sagen, der französische Envoyé habe ihm 50000 Gulden gegeben, damit er wegziehen solle, welches sie daher muthmaassen, weil er nie zu der Heirath mit der österreichischen Prinzessin [1]) hat stimmen wollen. Diese Heirath scheint zurückgehen zu sollen, und man beginnt wieder stark von der neuburgischen Prinzessin zu reden.

Eus. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Cracau 16. November 1669.

[Auflösung des Reichstages. Bewilligung des Titels von Lauenburg und Bütow.]

Der Reichstag hat sich aufgelöst [2]), man behauptet jetzt, dass Olizar vom K. Feldherrn bestochen worden sei, denselben zu zerreissen. 16. Nov.

Der G. Kanzler hat ihm mitgetheilt, dass im Senat nach dreimaliger Berathung beschlossen worden sei, dem Kf. den Titel Domini de Lauenburg et Bytaw zu geben, und dass der König nun den U. Kanzler beauftragt habe, die drei Schreiben des Kf. zu beantworten.

Der Kurfürst an König Michael. D. Coloniae ad Spream 10./[20.] November 1669.

[Glückwunsch zur Krönung. Anfrage wegen der Lehnserneuerung.]

— quemadmodum iucundissimum, faustissimique ominis nobis argumentum fuit, quod primis omnium exterorum nobis Electo Poloniae Regi gratulari literis nostris licuerit, ita omni quoque studio et alacritate eodem in coronationis comitiis functi fuissemus officio, communibusque orbis Christiani votis et acclamationibus nostras etiam per legatos sociassemus, verum nescimus quod sinisterius nobis hactenus obstiterit fatum, ut illa felicitate frui non potuerimus literisque nostris, quas non unas ad Reg.am Maj.tem V.ram dedimus, nihil quicquam responsi datum fuerit. Non equidem Reg.ae M.i V.rae hic ullam moram imputamus nec magis de propenso in nos animo dubitamus, certi a nobis nihil quicquam 20. Nov.

[1]) Die Danziger Gesandten berichten am 13. November, die Heirath des Königs mit der österreichischen Prinzessin werde für gewiss gehalten, obwohl mit den Ständen deswegen garnicht communiciert worden sei, woher einige glaubten, dieses negotium hätte rupturam comitiorum mit befördert.

[2]) Am 12. November, s. Zawadzki S. 104 f. (Zaluski I. S. 191).

omissum nullamque officii partem neglectam, qua illum nobis conciliare — potuerimus; illud autem ab aequanimitate Maj.tis V.rae nobis promittimus, malevolos quosdam et qui Eiusdem nobis (quibus de causis nescimus) invident amicitiam, non tantam inventuros fidem, qua labefactare benevolum erga nos animum ulla ratione queant. — Et quamvis hactenus congratulandi officio per Legatos ob causas supramemoratas et quod a R.a Maj.te V.ra de termino coronationis facti certiores non simus defungi non potuerimus illudque ad reditum Reg.ae M.is V.rae in urbem Varsaviam differre cogamur, cum nobis non constet an et quantum temporis spacium commoratura sit adhuc Reg.a M.as V.ra in regni metropoli, non possumus tamen quin votivis interea prosequamur acclamationibus felices inaugurationis Reg.ae M.tis V.rae successus. —

Et quod restat a Reg.a M.te V.ra denuo[1]) officiose contendimus, velit nobis mentem suam exponere, quo loco et tempore tum Leoburgense Butovienseque feudum tum foedus perpetuum renovari debitoque iuramento firmari commode queat. —

Eus. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Cracau 23. November 1669.

[Günstiger Stand der Angelegenheiten des Kf. Der unterbliebene Anschlag auf Draheim.]

23. Nov. Des Kf. Affairen gehen jetzt hier gut, in confirmatione jurium generali[2]) werden die Worte de consolidatione feudi ausgelassen und dagegen andere de conditione caducitatis hineingesetzt werden. Auch wegen Draheim hat man nun nichts zu befahren, denn obgleich Fürst Demetrius[3]) im Eifer und dem

[1]) Schon am 11./21. September hatte sich Kf. dazu erboten, s. oben S. 427.

[2]) Kf. hatte (d. Cöln 11./21. September 1669) v. Br. beauftragt, dahin zu wirken, dass in der von dem Könige den Ständen auszustellenden Confirmation ihrer Rechte der auf das Herzogthum Preussen bezügliche Passus den veränderten Verhältnissen gemäss verändert werde.

[3]) Schon am 17. November hatte v. Br. geschrieben, was wegen Draheims passiert sei, werde Galecki (s. oben S. 396), welcher zu dem Kf. reise, demselben berichten. Der Danziger Subsyndicus Adrian Stodert berichtet dem Rathe am 27. December 1669: „Den Anschlag des Fürsten Demiters auf Draheim betreffende ist es gewiss, dass ex consilio Procancellarii derselbe beliebet worden, wenn nicht ein gewisser Officirer vorgedachten H. U. Feldherrn, so in seiner Jugend einen studiosum abgegeben und Ihr. Churf. Dchl. Landes Einzügling sein soll, sonst ein resolvirter Soldat, dessen Namen zu anderer Zeit melde, sich zu dieser Expedition gebrauchen zu lassen difficultiret, dagegen aber Ihr. Fürstl. Gn. den hazard und, weil die entreprise unmöglich wurde gelingen können, den Schimpf fürgestellet, wodurch denn Ihr. Fürstl. Gn.

K. Feldherrn zum Verdruss etwas zu tentieren vorgenommen, haben ihm doch solches seine eigenen Soldaten widerrathen, namentlich ein Capitain in seiner Garde Megelin, der aus Spandau gebürtig ist und dem Fürsten einen Abriss gezeigt hat, den er sich ausgedacht, wonach es ein fester, im Wasser gelegener Platz wäre, worüber der Fürst sehr erschrocken gewesen und auf die gescholten, welche ihm zu solcher Attaque gerathen, und gebeten, darüber still zu schweigen, worauf jener Megelin geantwortet, es wäre schon zu spät, Kf. würde gewiss schon Nachricht davon haben.

Der Kurfürst an Eus. v. Brandt. D. Cöln 29. November/[9. December] 1669.

[Das Schreiben des Königs. Der Anschlag auf Draheim. Der U. Kanzler.]

Er hat das Schreiben des Königs[1]) mit der Post erhalten, es ist darin zwar 9. Dec.
der Titel von Lauenburg und Bütow und in der von dem Könige selbst geschriebenen Courtoisie das Wort Frater gewesen, sonst aber dieses weder in ingressu noch in der Ueberschrift gesetzt worden, Br. soll deswegen in der Kanzlei remonstrieren. Im übrigen aber ist das Schreiben etwas hart eingerichtet und nicht in solchen terminis, wie zwischen den früheren polnischen Königen und ihm gewöhnlich. Br. soll daher gegen den einen und anderen bezeugen, dass Kf. zwar solches dem Könige nicht imputierte, wenn aber damit fortgefahren würde, auch seinerseits auf gleiche Weise antworten würde[2]).

---

bewogen worden, aus Einrathen I. K. May. das Fürnehmen zu unterlassen. — Einige vom Adel in Grosspolen, die sich zu dieser Partei zu schlagen furhabens gewesen, haben sich in der Stille beisammen gehalten, endlich aber auch bemerkende, dass Ihr. Churf. Dchl. den Ort nicht allein mit 100 Mann frischer Besatzung verstärkt, sondern auch in der Nähe ein Regiment alter Knechte verleget, von einander gangen, wodurch dann sothaniges Fürnehmen gänzlich nachgeblieben, dessen Ihr. Exc. der G. Kanzler mit Schreiben vom 13. gewisse Nachricht. Dass nun Ihr. Fürstl. Gn. an einen andern Ort gedenken solle, wird nicht geglaubet. Der Churf. Resident Mons. Eusebius Brand ist dieser und anderer Sachen halber bereits von Crakau über Breslau nach Berlin gangen."

[1]) D. Cracoviae 31. November 1669, gedruckt, aber ohne Datum, bei Zaluski I. S. 218f.

[2]) Kf. schreibt an den K. G. Kanzler (d. Coloniae ad Spream 2./[12.] December 1669), er habe auf das Schreiben des Königs, von dem er wisse, dass er von anderer Seite her beeinflusst worden sei, noch nicht geantwortet, um aber der Gerechtigkeit seiner Sache nicht zu präjudicieren, wolle er ihm dieselbe kurz auseinandersetzen. Die Lehnsrecognition sei er nicht verpflichtet, bei der Krönung und überhaupt nicht auf einem Reichstage zu suchen, eine Einladung zur Krönung, von der der König in seinem Schreiben spreche, habe er nicht erhalten. Bei der Besitzergreifung von Draheim habe er sich seines Rechts bedient. Die Erneuerung der Bromberger Verträge habe einfach zu geschehen und dürfe durch keine Bedingungen oder Vorwände aufgeschoben werden. Schon seine Gesandten in Warschau hätten dagegen protestiert,

Es ist dem Kf. lieb, dass Fürst Demetrius[1]) von den Extremitäten abgestanden und vielmehr seine Freundschaft suchen will, derselbe würde sonst gefunden haben, dass Kf. auf seiner Hut gestanden und jene vergebens würden haben abziehen müssen.

Sollte Br. merken, dass der U.Kanzler wirklich sich sein Interesse wolle treulich angelegen sein lassen, so soll er denselben hinwieder aller Wohlgewogenheit, und dass es nicht unerkannt bleiben solle, versichern, widrigenfalls aber ihm bezeigen, dass Kf. bei seiner gerechten Sache ihm nicht nachlaufen würde, sondern sich getraue, sich bei dem Seinigen zu conservieren und, was man ihm schuldig, zu erlangen.

Eus. v. Brandt[2]) an den Kurfürsten. D. Warschau 10. Februar st. n. 1670.

[Das Schreiben des Königs. Dessen bevorstehende Vermählung.]

10. Febr. Er ist am 8. Februar hier angekommen, hat sofort den G.Kanzler besucht und von ihm die Antwort des Königs[3]) auf des Kf. Glückwunschschreiben zur Krönung erhalten. Nur mit Mühe hat der G.Kanzler es hintertrieben, dass der König nicht darin geschrieben, dem Kf. könnte das Lehn von Lauenburg und Bütow nicht eher confirmiert werden, bis alle Differentien zwischen ihnen beigelegt wären, dagegen hat er nicht verhindern können, dass der König auf des U.Kanzlers Veranlassung in seiner Unterschrift das Wort frater ausgelassen hat.

Br. begiebt sich mit dem Obristleutnant Lehndorf nach Czenstochau[4]) zum Könige.

dass durch die pacta conventa seinen Rechten präjudiciert werde, dieselben hätten sich bereit erklärt, mit Kommissaren der Republik zu verhandeln, hätten aber vergeblich auf eine Aufforderung dazu vonseiten derselben gewartet und hätten auf die falschen Anklagen wegen der Occupation von Draheim eine gedruckte Information verbreitet. Der G.Kanzler möchte dieses alles mit den übrigen Senatoren überlegen und die Sache dem Könige der Wahrheit gemäss vorstellen.

[1]) S. oben S. 432.

[2]) Kf. hatte (d. Cöln $\frac{26.\text{ November}}{6.\text{ December}}$ 1669) v. Br. beauftragt, dem Könige, wenn derselbe nach Warschau gehen sollte, dorthin zu folgen und weitere Ordre abzuwarten, v. Br. scheint sich aber wirklich, wie Stodert berichtet (S. 433) sogleich zum Kf. zurückbegeben zu haben, und ist erst im Februar 1670 wieder nach Polen zurückgekehrt.

[3]) D. Varsoviae 7. Februar 1670. Der König spricht darin seinen Wunsch aus, dass die beiderseitigen Prätensionen und Streitigkeiten beigelegt würden, und bezeichnet den nächsten Reichstag als die für die Lehnserneuerung geeignetste Zeit.

[4]) Nachdem durch den nach Wien gesandten K.U.Kanzler Olszowski die wegen der Vermählung König Michaels mit der Schwester Kaiser Leopolds, der Erzherzogin Eleonore (geb. 1653) geführten Verhandlungen zum Abschluss gekommen

PS. Der Erzbischof und G.Kanzler gehen nicht mit nach Czenstochau[1]). Der päpstliche Legat soll daselbst den König trauen, der littauische Kanzler Paz ist mit vielen Edelleuten dahin gezogen, um die königliche Braut mit einzuholen; auch der Castellan von Kyow, Starosta Radomsky[2]), obwohl ganz contract, ist dahin gegangen.

Eus. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Czenstochowa 20. Februar 1670.

[Verzögerung der Ankunft der Königin, dadurch veranlasste Gerüchte. Pläne des G.Kanzlers Pac. Unzufriedenheit des Erzbischofs.]

Er hat das Schreiben an den König[3]) noch nicht übergeben können, weil 20. Febr.
dieser die letzten 3 Tage mit grossen Banqueten zugebracht und so der Fastnacht Adieu gesagt, die vorgestrige ganze Nacht hat er mit Tanzen zugebracht, so dass er den gestrigen Tag davon sehr krank gewesen.

Die Königin, welche bereits am 16. dem Könige sollte angetraut werden, ist noch nicht hier, sie soll noch nicht einmal über die Donau sein, und zweifelt man, ob sie vor dem Reichstage herkommen werde. Viele geben vor, die Ueberfahrer über die Donau seien mit französischem Gelde bestochen, die Ueberfahrt wegen des grossen Wassers gefährlich zu machen, andere glauben, da die Senatoren und Herren, welche mit dieser beschleunigten Heirath nicht zufrieden sind, an den Kaiser und dessen Räthe geschrieben, man möchte sich nicht prä-

---

waren (s. Zaluski I. S. 164ff. 209f.), war, obwohl der Erzbischof und andere Senatoren eine solche Beschleunigung der Vermählung auf das dringendste widerrathen hatten (s. Zaluski I. S. 220ff.), verabredet worden, dass die Erzherzogin schon am 2. März nach Czenstochau kommen und dass dort das Beilager stattfinden solle. Der König war schon am 7. Februar dorthin abgereist.

[1]) Stodert meldet dem Danziger Rathe am 10. Januar 1670, der Primas habe abgesagt, bei der Hochzeit zugegen zu sein, ebenso der G.Kanzler, beide seien unzufrieden, dass ihnen von allem ex tempestiva communicatione Serenissimi nichts wissend gemacht werde, und missbilligten sehr maturationem. Der König habe dem Primas geklagt, der U.Kanzler hätte in diesem Punkte seine Instruktion überschritten, nach welcher die Copulation nicht vor dem Juni hätte erfolgen sollen.

[2]) Podlodowski. Stodert meldet 27. Januar 1670: „Starosta Radomski, welcher nunmehr Castellanus Kioviae worden, dürfte Kanzler der Königin werden, dessen Starostei hat H. Kochanowski erhalten".

[3]) D. Coloniae ad Spream 14./4. Februar 1670. Darin wünscht Kf. dem Könige, der ihm (d. Varsoviae 13. Januar 1670) seine bevorstehende Vermählung angezeigt und ihn zu derselben eingeladen hatte, Glück, bedauert, dass er wegen der weiten Entfernung und Enge der Zeit nicht zur Vermählungsfeier selbst Gesandte schicken könnte, stellt aber das baldige Erscheinen von solchen in Aussicht. Am 14./24. Febr. weist Kf. die Preussischen Oberräthe an, als Hochzeitsgeschenk für das polnische Königspaar ein Becken und eine Giesskanne von Gold im Werthe von 5000 Rthlr. zu bestellen.

cipitieren, sondern sich vorsehen, dass sie die Prinzessin bei dieser grossen Uneinigkeit in Polen nicht unglücklich machten, trage man am kaiserlichen Hofe Bedenken, diese Heirath fortzusetzen, bis man nach geendigtem Reichstage gesehen, wie der König mit der Hälfte des Senats, die ihm zuwider, und dem malcontenten Adel zurechtkommt. Es sind auch nicht mehr als 6 oder 7 Senatoren hier zugegen und fangen die hier anwesenden Edelleute an, wegzuziehen [1]). Auch sonst sehen sehr viel Dinge gefährlich und nach einem innerlichen Kriege und Confoederation aus. Der Littauische Kanzler Paz hat die Intention, sich zu einem Herzoge von Littauen zu machen, und soll ihm der König hierin fügen, damit er ihm wider seine polnischen Feinde Assistenz leisten möchte, doch soll der eigene Bruder des Kanzlers dem entgegen sein. Dann hat der Erzbischof an den Kanzler Paz geschrieben, statt unter der Gewalt der Freunde des Königs und unter dem rigorosen Regiment der Oesterreicher zu leben, wollte er mit seinen Adhaerenten sich lieber den Türken ergeben; der Erzbischof will auch, da der König den Regenten der U.Kanzlei Kochanowsky, der ihm beleidigende Briefe geschrieben, nicht bestraft hat, nach geendigtem Reichstage eine Synode halten und dort den Bischöfen vorstellen, dass die ganze Klerisei in ihm, ihrem Haupte, dadurch beschimpft sei.

Eus. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Warschau 9. März 1670.

[Beginn des Reichstages, üble Aussichten.]

9. März. Da man mit den Vorbereitungen zum Empfange der herannahenden Königin [2]) beschäftigt gewesen, so ist auf den Reichstagssessionen [3]) nichts Sonderliches vorgegangen, nur dass man einen ungelehrten und groben Littauer [4]) zum Marschall erwählt, bei dessen Administration man sich von dem Ausgange des Reichstages wenig gutes versieht. Die Danziger Secretarii beklagen sich,

[1]) In einer ausführlichen Relation vom 4. März aus Warschau schildert v. Br. die am 26. Februar erfolgte Ankunft der Erzherzogin zu Czenstochau und die Vermählungsfeierlichkeiten am folgenden Tage.

[2]) König Michael war schon am 1. März wieder von Czenstochau abgereist und am 4. in Warschau eingetroffen, woselbst die Königin erst am 9. ihren Einzug gehalten hat.

[3]) Ueber diesen Reichstag, welcher am 5. März 1670 begonnen hatte, s. Zawadzki S. 111ff. (Zaluski I. S. 234ff.).

[4]) Johann Kasimir Kierdey, Marschall von Grodno. Stodert berichtet dem Danziger Rathe am 7. März: „magna et senatorum et nuntiorum raritas machet, dass initia comitiorum von privatis dispositionibus poussieret werden, so gar dass man sich in eligendo Marschalco fast über Vermuthen übereilet und den Kierdey eben heute mit 40 Stimmen, da der Oginsky eine Stimme weniger gehabt, erwählet. Dass es nun hoc Marschalco schwer zu negotiiren sein werde, ist mehr denn bekannt." Vgl. auch Lengnich VIII. S. 30.

dass sie nicht wissen, in welcher Sprache sie mit ihm reden können, weil er weder die lateinische noch andere versteht, und sie auch nicht viel polnisch können.

Der Erzbischof und der U.Kanzler bleiben beide aus, weil sich jener vor der neuen Königin, dieser[1]) aber vor den bösen Edelleuten fürchtet.

Jedermann vermeint, der Reichstag werde nicht bestehen, wiewohl der König universalia herausgeben will, dass die pospolite Ruszenie fertig stehen solle, damit sie, sobald derselbe zerreissen möchte, hier erscheinen könne.

Eus. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Warschau 14. März st. n. 1670.

[Vorgänge auf dem Reichstage.]

Am[2]) vorigen Sonntag [9. März] hat die Königin hier ihren Einzug ge- 14. März.
halten, am folgenden Montag [10. März] wurden alle Landboten bei dem Könige zum Handkuss zugelassen, doch hat es viele Mühe gekostet sie dazu zu vermögen, da viele nicht zugeben wollten, dass man dazu schritte, ehe der Marschall geschworen, dass er nichts in die Constitutionen wollte setzen lassen, als was von sämmtlichen Landboten beschlossen wäre. Man beschuldigt nämlich Potocky, den Marschall auf dem Wahltage, dass er eigenmächtig aus den pactis conventis den Punkt, dass der König ohne des Adels Consens nicht heirathen solle, ausgelöscht.

Mittwoch Nachmittag [12. März] gratulierte der Danziger Syndicus[3]) erst dem Könige und dann der Königin. An demselben Tage hat auch er bei der Königin Audienz gehabt, derselben des Kf. Schreiben übergeben und dabei dessen Intention, auf dem Feste durch einen Ambassadeur zu erscheinen, vorgestellt, worauf sie sich bedankte.

Von dem Reichstage weiss man nicht, was er für einen Ausgang nehmen wird, Dienstag und Mittwoch kam es zwischen den Preussen und Grosspolen zu so heftigen Streitigkeiten, dass man fürchtete, der Reichstag werde zerrissen werden, und der Marschall daher beide Male die Sitzung aufhob, doch haben sie sich gestern wieder verglichen und darauf zu Verhütung eines solchen Unheils alle Landboten einen Eid schwören lassen, doch fürchtet man, es werde keinen Bestand haben, weil man merkt, dass viele mit französischem Gelde zu dem Ende bestochen sind, dass sie die Reichstage zerreissen sollen.

---

[1]) Auch Stodert meldet 7. März, der U.Kanzler sei von Czenstochau direct nach Löbau gereist, dem Vorgeben nach, um sich zu erholen, in Wirklichkeit aber um zu sehen, wie es mit dem Reichstage sich anschicken werde, da er ratione legationis et negotiationis Viennensis schwere contradictiones befürchte.

[2]) Vgl. Zawadzki S. 111ff.; Leugnich VIII. S. 30f.

[3]) Der Subsyndicus Adrian Stodert; nach dessen Relation vom 14. März erfolgte die Audienz am 13.

Eus. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Warschau 18. März 1670.

[Mittheilungen Lehndorfs über Kalckstein und Rode.]

18. März. Soeben hat ihm O. Lieutenant Lehndorff[1]) berichtet, derselbe Kalckstein[2]), welchem vom Kf. auferlegt worden, von seinem Gute nicht zu weichen, sei aus Preussen hierher gekommen und habe sich bereits bei dem einen und anderen beschwert, als ob Kf. mit ihm zu scharf verfahren lasse, wodurch er zum wenigsten zu Wege bringen wird, dass einige Landboten, die der Sachen nicht kundig, deshalb auf dem Reichstage viel Schreiens machen werden. Er sucht auch durch Roht zum Könige zu kommen und Audienz bei demselben zu erhalten und verspricht dabei, dass er der Königin auf seine eigene Unkosten eine Garde aufrichten wolle. L. aber will sich bemühen, dieses alles zu verhindern, und allen Hofleuten und auch dem Könige zu vernehmen geben, was es mit demselben für eine Beschaffenheit habe, auch den Landbotenmarschall darüber informieren, damit man ihm keinen Glauben schenke; es haben auch alle hier in Königl. Diensten befindlichen Preussen versprochen, ihm hierin hülfreiche Hand zu leisten. Br. hält es für wünschenswerth, dass Kf. deswegen an den König schreibe und ihm desselben Practiquen vorstelle, denn L. ist bereit, sobald er des Kf. und des Königs Intention wissen wird, denselben am Kopfe zu nehmen. Roht wird ihm auch schwerlich fügen, denn derselbe macht jetzt Profession, sich dem Kf. zu accommodieren, und bemüht sich, ihm aufs beste bei Hofe zur Hand zu gehen.

Eus. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Warschau 22. März 1670.

[Der Reichstag. Audienz beim Könige. Anerbietungen Kalcksteins.]

22. März. In den Reichstagsaffairen[3]) ist man diese Woche wenig avanciert, man hat zwar über viele Sachen disputiert, aber nicht das geringste abgehandelt oder geschlossen.

Br. ist vorgestern Abend beim Könige gewesen und hat demselben das

---

[1]) Ahasverus v. Lehndorff, s. oben S. 388 und 408.

[2]) S. Pufendorf XI. § 103 (S. 859f.), Droysen III. 3 S. 195ff., Paczkowski, Der grosse Kurfürst und Christian Ludwig v. Kalckstein (Forsch. zur brandenb. u. preussischen Geschichte II. 2) S. 144ff. Am 9./19. März theilt Kf. v. Br. mit, er habe die Nachricht erhalten, dass Kalckstein aus Preussen entwichen sei, sollte derselbe nach Warschau kommen, so solle Br. vom Könige dessen Auslieferung fordern, der G. Kanzler werde ihn gewiss dabei unterstützen.

[3]) S. Zawadzki S. 114ff.

Schreiben des Kf. [1]), betreffend confirmationem pactorum, überreicht. Der König versicherte darauf, er wollte an Kf. schreiben, derselbe möchte seine Gesandten nur gleich nach Beendigung des Reichstages hierher schicken, doch müssten hernach auch sofort die differentiae vorgenommen und die beiderseitigen Praetensionen untersucht und beigelegt werden. Hernach fragte er nach Roth, ob keine Hoffnung zu dessen Freilassung wäre, und sagte, er hätte schon längst für denselben intercedieren wollen, wenn er nicht fürchten müsste, dass Kf. es ihm abschlagen möchte, er würde gern sehen, dass man, wenn die pacta confirmieret würden, desselben gedenke. Br. glaubt, dass es jetzt des Kf. Reputation nicht nachtheilig sein könnte, wenn er demselben Gnade wiederfahren liesse, da dessen Sohn sich jetzt aufs äusserte demüthigt und accommodiert.

Kalckstein hat durch Roth beim Könige Audienz zu haben gesucht, ist aber abgewiesen worden; heute ist er bei Br. gewesen und hat ihm erzählt, er hätte [2]) von den preussischen Oberräthen so scharfe Ordre erhalten, dass er entweder sofort das dem Kf. schuldige Geld zahlen oder gewärtig sein solle, wieder in Haft genommen zu werden, daher habe er, da er das Geld nicht habe aufbringen können, entweichen müssen, er hoffe aber Kf. dadurch nicht beleidigt zu haben, er wäre bereit, auf dessen Befehl sich in Berlin zu stellen und einen Fussfall zu thun, er wolle die Summe bezahlen und hätte sich nur hierher begeben, um seine Schulden einzufordern. Er bat Br., alles an Kf. zu überschreiben, und erbot sich, ihm soviel Geld vorzustrecken, als er nur wollte.

Eus. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Warschau 3. März st. n. [April] 1670.

[Günstigere Aussichten zur Confirmation der Pacten. Uebler Verlauf des Reichstages. Kalcksteins Auslieferung.]

Obgleich man beabsichtigt hatte, wegen der Confirmation der pacta Difficultät zu machen, hat der G. Kanzler es doch durchgesetzt, dass der König ihm erlaubt hat zu antworten, Kf. möchte je eher je lieber seine Gesandten ad confirmanda pacta et ad praestandum homagium herschicken, ein Schreiben solches Inhaltes ist schon in der grossen Kanzlei angefertigt worden, und der König soll sogar wünschen, mit Kf. in eine feste offensive und defensive Allianz 3. April.

---

[1]) In demselben (d. Coloniae ad Spream $\frac{25. \text{ Februar}}{[7. \text{ März}]}$ 1670) erklärt Kf. in Erwiderung des Schreibens des Königs vom 7. Februar (S. 434), eine Aufschiebung der Bestätigung der Pacten bis zur Beilegung der Streitigkeiten entspreche weder diesen Pacten noch ihrer beiderseitigen Freundschaft, und bittet, ihm inbetreff von Zeit und Ort Vorschläge zu machen. Die Lehnsrecognition brauche nicht nothwendig auf einem Reichstage stattzufinden, er würde seine Gesandten jetzt dazu geschickt haben, da dieselben aber anderweitig abwesend wären, so hoffe er, der König werde diesen Akt auf eine gelegenere Zeit verschieben.

[2]) Vgl. Paczkowski a. a. O. S. 140 ff.

zu treten. Der König scheint aus Furcht vor dem Adel diese Resolution gefasst zu haben und solche Allianz wider die Republik selbst angesehen zu sein, denn die Uneinigkeit unter dem Adel und die Feindschaft gegen den König nimmt von Tage zu Tage zu, daher wollen die Landboten auf dem Reichstage zu keiner Affaire schreiten, sondern alles mit Fleiss aufhalten unter dem Vorwande[1]), erst müsste der König aller fremden Herren Residenten von sich lassen. Diese Resolution haben sie gestern gefasst und der Feiertage wegen die Session bis auf künftigen Mittwoch verschoben. Indem man so alle nöthigen negotia aufhält, thut man in der Landbotenstube nichts, als dass man des jetzigen Königs Regierung durchhechelt und lauter Dinge redet, die ihm Verdruss machen, daher auch gestern, als man die Frage wegen des Unterhalts der Königin ventiliert, die meisten herausgefahren, diejenigen möchten der Königin Unterhalt verschaffen, welche die Heirath gestiftet hätten. Dieser Widerwillen rührt zum Theil von dem Missverständnis zwischen dem Könige und dem Erzbischof wegen der Kochanowskyschen Affaire[2]) her. Wofern der Erzbischof, der Bischof von Cracau, der von Cujaw, der Feldherr und andere, wie man glaubt, nach den Feiertagen herkommen werden, um diese Sache zu urgieren, wird hier ein grosser Lärm entstehen, weil Kochanowsky auch seine Adhaerenten hat, denn man disputiert bereits auf den Banqueten über diese Sache so scharf, dass es darüber Schläge giebt.

Dem Befehle des Kf. vom 9. März[3]) wird er sich bemühen nachzukommen, doch wird es schwer halten, Kalcksteins Auslieferung zu erwirken, da der König, wenn er auch dazu geneigt sein sollte, nicht wagen wird, es auf dem Reichstage zu thun, aus Furcht vor den Landboten, von denen manche K.'s gute Freunde, andere durch Geld von ihm bestochen sind[4]).

---

[1]) S. Zawadzki S. 120f. Stodert berichtet dem Danziger Rathe am 25. März: „Gegenwärtige Reichstagsintriguen sind mit unbegreiflichen mysteriis durchgehends angeschickt, dass fast niemand, ja selbst diejenigen, von welchen sie erfunden werden, solche assequiren mag. Viele scheinen ad rupturam comitiorum zu inclinieren, woher in sessionibus publicis die Zeit fast vergeblich zugebracht wird, gleich als wenn kein Ernst, etwas zu verrichten. Das wenige, was geschieht, wird in privat Zusammenkünften beredet und ausgemacht, so dass man fast allezeit mit fertigen Sachen in publicis sessionibus erscheint, woselbst man alles wieder umstösst. Die littauischen Exulanten stellen sich difficil und dürften nach vieler Meinung den Reichstag reissen, oder aber satisfactionem über Gebühr extorquiren. Der König ist deswegen sehr bekümmert, verspricht dem littauischen G. Kanzler alle nur begehrende Gnade, um durch dessen Einfluss comitia zu salviren und also per constitutionem in der Regierung confirmirt zu werden."

[2]) S. oben S. 436.

[3]) S. oben S. 438 Anm. 2.

[4]) v. Br. meldet am 8. April, auch der G. Kanzler rathe, erst nach Beendigung des Reichstages zu versuchen, die Auslieferung K.'s vom Könige zu erwirken, Kf. möchte seine Gesandten sobald wie möglich nach Beendigung des Reichstages hinschicken.

Eus. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Warschau 12. April 1670.

[Kalckstein. Verschwörung gegen den König; dessen bedrohte Lage.]

Die Kalcksteinsche Sache will er sich um desto mehr angelegen sein 12. April.
lassen, weil dieser sich gegen einige Herren hat verlauten lassen, dass er vor dem Senat einen Fussfall thun und sich über Gewalt beklagen wolle, wiewohl ihm solches die meisten und auch der U. Kanzler widerrathen. Br. würde wenig Hoffnung haben, in dieser Affaire etwas vom Könige zu erlangen, wenn er nicht gestern von einem geheimen consilium[1]) erfahren, welches der Krone den äussersten Ruin, dem Könige aber den Untergang droht. Die französische Partei hat einem nahen Verwandten Condé's, dem Duc de St. Paule, das Königreich angetragen, derselbe soll sich auch schon aufgemacht haben und in Hamburg angekommen sein, von dort soll er über Danzig incognito in dieses Land kommen, wo ihm sofort der Feldherr die Armee zuführen will, und gedenkt man, mit Hülfe derselben den König nicht nur zu verjagen, sondern gänzlich umzubringen, alle vornehmsten Senatoren participieren an diesem Anschlage und haben allen Adel, der mit dem Könige unzufrieden ist, auf ihrer Seite, auch die Anhänger des Pfalzgrafen von Neuburg treten zu ihnen über, da man sagt, der Duc de St. Paule wolle dessen Tochter heirathen. Dass es die Grosspolen und Reussen mit ihnen halten, ist gewiss, der Feldherr und der Erzbischof haben auch mit französischem Gelde alle teutschen Regimenter an sich gezogen, dazu lässt der Feldherr noch immer mehr werben, er soll schon beinahe 20000 Mann auf den Beinen haben. Der König hat zwar dieses consilium entdeckt, weiss ihm aber nicht vorzukommen, denn er sieht sich ganz verlassen und hat von den Senatoren nur den U. Kanzler und den Littauischen G. Kanzler auf seiner Seite, denen aber auch nicht zu trauen ist; auf Oesterreich kann er bei dem jetzigen schlechten Zustand in Ungarn auch nicht rechnen, und wenn er zu der zweifelhaften pospolite ruszenie seine Zuflucht nehmen wollte, so müsste er befürchten, dass nicht alle Woiwodschaften mit aufsitzen und, auch wenn dieselbe sich ganz einstellte, sie doch einem zerbrochenen Rohrstocke gleich sein möchte, welcher dem, der sich darauf zu

[1]) S. Zawadzki S. 130. Stodert hatte dem Danziger Rathe schon am 4. April gemeldet: „Gott verhüte bellum intestinum et ex illo infelix aliquod interregnum. Intimare sufficiat, quae exprimere non licet. Gallica factio resumit nunc quo occultius tanto periculosius artes. Horret animus recogitare nedum referre Regis dispositiones, senatus Poloniae cum Landbotenstube machinationes, und lässt es sich an, imminere huic regno generalem aliquam mutationem," am 7. April schreibt er: „In diesen heiligen Ostertagen hat die Ohrenbeichte wieder seltsame Sachen eröffnet, welche mir und Secret. Wieder auf unser höchstes nicht weiter zu berichten vertrauet. Gott setze Regis Leben und Regierung in bessere Sicherheit, als ihr vielleicht manus sicarii zugedacht", und am 11. April berichtet er dann Näheres über die Auffindung der Schrift in der S. Johanniskirche (vgl. Kluczycki I. S. 505 ff.) und über die dadurch veranlassten Vorgänge im Reichstage.

steuern gedenkt, selbst die Hand durchbohren dürfte. Daher wird auch auf dem Reichstage nichts abgehandelt und die Zeit nur mit unnützen Discursen und mit solchen Dingen, welche dem Könige Verdruss bereiten, zugebracht.

Viele vornehme Cavaliere befinden sich bei dieser Sache sehr embarassiert und wissen nicht, wo sie sich hinwenden sollen. O. Lieutenant Lehndorff lässt bei Kf. anfragen, wohin dieser seine Intention bei solchen Conjuncturen richten wolle [1]).

Eus. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Warschau 19. April 1670.

[Ende des Reichstages. Umtriebe des U. Kanzlers. Rath, während dessen Abwesenheit die pacta confirmieren zu lassen.]

19. April. Der Reichstag ist allerdings Mittwoch auf Verlangen des Königs auf drei Tage verlängert worden, das hat aber nur zur Folge gehabt, dass derselbe zerrissen worden ist. Denn als am Donnerstage der Adel in die Senatorenstube gekommen war und der U. Kanzler dort den Brief, den er im Namen des Königs von Cracau aus an Kf. geschrieben, vorlas und rechtfertigte, protestierte ein Landbote von der Ukrainischen Grenze Zabokrzicky dagegen feierlich, dass solche Dinge im Senate, ehe man in der Landbotenstube darüber beschlossen, deliberiert würden, das wäre eine oppressio ihrer Libertät, und er ging schliesslich cum protestatione hinaus. Da er auch gestern nicht wiederkommen wollte, kamen zwar die anderen in der Senatorenstube zusammen, hatten aber keine vocem activam, woher man nur berieth, was bei sogestalteten Sachen zu thun sei, und die Landboten dabei dem Könige die heftigsten Vorwürfe machten, dass er an diesem Unheil Schuld wäre. Man glaubt, dass heute der Landbotenmarschall dem Könige valedicieren und damit den Reichstag schliessen werde.

Dieses alles zeigt nichts als Krieg und Blutvergiessen an, alle Freunde des Kf. rathen daher, dass derselbe seine Gesandten so bald als möglich hierher eilen lasse, um die pacta zu confirmieren. Auch er hält dieses für das beste Mittel, um dieses Werk zum Effect zu bringen; denn obgleich der U. Kanzler sich öffentlich für Kf. sehr wohl erklärt, so hat er doch seine heimliche Tücke nicht lassen können, sondern vorgestern dem Könige gerathen, auf des Kf. Brief wegen der pacta nichts zu antworten. Der König hat ihm dieses gestern durch Roth expresse sagen lassen und alle Schuld auf den U. Kanzler geschoben, weil derselbe gedroht, auch von ihm abzutreten, wenn er ihm hierin nicht folgen würde. Der U. Kanzler gedenkt aber nach dem Reichstage von hier fortzureisen, um von den preussischen Städten das homagium zu empfan-

---

[1]) Kf. erwidert darauf (d. Cöln 18./[28] April 1670), er sei noch nicht so informiert, dass er der einen oder anderen Partei beipflichten könnte, zumal da er mit der letzten Post die Nachricht erhalten, die ganze Conspiration sei nur erdichtet.

gen, diese Zeit könnte benutzt und die pacta in seiner Abwesenheit confirmiert werden.

Eus. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Warschau 27. April 1670.

[Beschlüsse im consilium postcomitiale. Kalcksteins unverschämtes Treiben.]

Nach Zerreissung des Reichstages[1]) ist in consilio postcomitiali beschlossen 27. April.
worden, dass ein Universal auf die pospolite ruszenie vor 2 herausgegeben werden solle, und dass man das dritte, bis es die Noth erfordern sollte, verwahren wolle; indessen sollen am 19. Mai die Seymiken gehalten werden, auf denen der Adel deliberieren soll, ob sie einen Reichstag oder die pospolite ruszenie haben wollen; falls sie das erstere belieben sollten, begehrt der König, man möchte ein Mittel erfinden, damit der Reichstag nicht wieder zerreissen möchte. Bewilligt man die pospolite ruszenie, so wird wohl ein Reichstag im Felde gehalten werden. Man giebt auch vor, der König wolle einen Senator sowohl an den Feldherrn als auch an den Erzbischof absenden. Sonst sieht es in Polen wunderlich aus, weil der Feldherr und der U. Feldherr sehr uneinig sind[2]) und sich die Bauern[3]) in den Bergen bei Cracau herum bei dreissigtausend Mann versammelt haben und grossen Schaden thun sollen.

Sobald Kalckstein[4]) erfahren, dass Kf. nicht allein seine Güter hat einziehen lassen, sondern dass auch Br. das ihn betreffende Schreiben des Kf.[5])

---

[1]) Am 19. April; s. Zawadzki S. 130 (Zaluski I. S. 238) und das Schreiben des U. Kanzlers Olszowski an Sobieski vom 27. April 1670, sowie dessen Antwort vom 2. Mai (Kluczycki I. S. 501 ff.). Stodert schreibt dem Danziger Rathe (s. d. Ende April): „In consilio postcomitiali sind alle Materien ad futura comitia verleget, denen aber kein terminus gesetzt, sondern I. K. M. frei gelassen pro exigentia auszuschreiben; in conventibus postcomitialibus, die 13. Maii gehalten werden sollen, will rex expeditionem generalem proponiren lassen und secundum pluralitatem concludiren, insonderheit so die Feldherrn an einander gerathen. Stecket Frankreich unter diesem Wesen, wie man dann solches stark asseveriret, und dass der duc de S. Paul in Danzig latitiren solle, sind consilia in contrarium nitentium zu schwach, hält Frankreich sich aus der Sachen, dürfte alles beigelegt werden. Ita ipse rex sentit, qui tamen extrema metuit, warumb er contra vota omnium senatorum auf die Expedition dringet, tanquam unicum remedium sich bei der Crohn zu erhalten".

[2]) S. Kluczycki I. S. 496. 508.

[3]) S. Zawadzki S. 115.

[4]) Nähere Einzelnheiten darüber enthält ein Schreiben v. Brandts an v. Hoverbeck von demselben Datum, gedruckt in Forsch. z. br. u. preuss. Gesch. V, 1.

[5]) D. Coloniae ad Spream 21./[31.] März 1670. Darin ersucht Kf. den König, Kalckstein, der gegen sein gegebenes Wort Preussen verlassen habe und, wie er höre, bei dem Könige und den polnischen Grossen üble Gerüchte gegen ihn zu verbreiten suche, sobald wie möglich verhaften und nach Preussen zurückbringen zu lassen.

dem Könige übergeben hat, ist er zugleich desperat, rasend und katholisch[1]) geworden, denn er läuft nicht allein bei den Senatoren mit Lamentieren, Schreien und Klagen herum, sondern er trägt auch jedem schlechten Kerl, den er für einen Edelmann ansieht, seine Sache vor, wobei er immer des Kf. Person und Reputation mit groben Verleumdungen, Schmäh- und Drohworten angreift, sogar in des Königs Vorgemach, in Gegenwart vieler Leute, er ruiniert sich aber hierdurch selbst, denn Br. hat es nicht nur dahin gebracht, dass er bei den meisten Herren bereits seinen Credit verloren, sondern will auch heute dem Könige ein Memorial wegen seiner Schmäh- und Drohworte, die er notiert und über welche er Zeugen führen kann, einhändigen. Es haben sich mit K. auch schon schimpfliche Possen zugetragen. Die hier im königlichen Dienst stehenden Preussen hatten auf des Obristen Lehndorff Rath zwei Officiere an ihn abgeschickt und ihm sagen lassen, er solle mit solchen Reden, durch welche sie des von ihm begangenen Meineides mit beschuldigt würden, einhalten, oder sie würden ihn prügeln lassen. Hierauf hat K. geantwortet: „Was Ihr Herren, wollt Ihr hier des Kf. Euch annehmen, und seid königliche Officiere? Komme her, Schreiber, und schreib, was sie reden, ich versichere, sie sollen übel dabei fahren", worauf die Officiere ihm gesagt, sie würden nicht mit der Feder mit ihm fechten oder einen Process mit ihm führen, sondern hätten ein Paar Pistolen zu seinen Diensten, und sofern er sich offendiert befände, sollte ihm der geringste unter allen Satisfaction geben. Des Abends darauf hat Lehndorff dem Könige K.'s ganzen Lebenslauf erzählt, worauf der König sagte: „Es ist gut, dass ich weiss, dass er ein solcher Vogel ist." Vor zwei Tagen folgte K. v. Br. in des Littauischen Kanzlers Behausung nach, in der Meinung, dass er dort seinetwegen etwas vorbringen wolle, trat ohne sich vorher anmelden zu lassen den Kanzler, als er aus der Kammer kam, an und fing so laut an zu schreien, dass einem die Ohren wehe thaten, seine Hauptklage war, Kf. hätte ihn deshalb von Weib und Kind verjagt und ihm seine Güter genommen, weil er allezeit bei der Freiheit des Adels gestanden und weil er sich zur katholischen Religion bekehrt hätte, welches sehr abgeschmackt war, da jedermann wusste, dass er den Tag zuvor erst katholisch geworden. Der Kanzler aber wies ihn kaltsinnig ab und antwortete nur, er möchte nicht so schreien, weil er solch Geschrei nicht gern hörte und ihn diese Sache, die er vorbrächte, auch nichts anginge. K. droht, auf die Seymiken herum zu reisen und den Adel gegen Kf. aufzuwiegeln, welches aber Kf. wohl wird verhindern können. Diejenigen, so Kf. wohl wollen, rathen, er möchte in Preussen über ihn Recht ergehen und ihn hernach in effigie justificieren lassen, dann würde hier kein Mensch mehr mit ihm umgehen wollen.

---

[1]) Vgl. Paczkowski a. a. O. S. 155.

Eus. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Warschau 30. April 1670.

[Zurückweisung der Verleumdungen Kalcksteins, dessen Verbindung mit dem U. Kanzler.]

Kalcksteins Behauptung[1]), dass er, Br., über das gegen ihn ergangene Urtheil gelacht habe, ist eine Verleumdung. K. hat, nachdem er gehört, dass Br. durch v. Hoverbeck sein Urtheil erfahren, ihn gefragt, was er davon judicierte, er hat ihm aber auch nicht das geringste Wort darauf geantwortet, es kann wohl sein, dass er über seine unverschämte und arglistige Frage gelacht hat. Er hat ihm auch nicht nur durch andere sagen lassen, dass er ihn in lügnerischer Weise verleumdet habe, sondern er will auch, sofern K. wieder an den Hof kommt, ihm in Gegenwart aller Cavaliere in die Augen sagen, dass er als ein Verräther und Betrüger solche Dinge von ihm geschrieben. 30. April.

Das Schlimme ist, dass man hier nicht wie an anderen Höfen Verschwiegenheit gebraucht, sondern alles offenbart. Der König hat, bevor er ihm auf die Forderung der Auslieferung K.'s Resolution ertheilt, dem U. Kanzler davon Mittheilung gemacht, dieser hat es wieder K. mitgetheilt und ihn überredet, sich mit allen seinen Sachen in ein Kloster zu retirieren. Dort ist es unmöglich, ihn herauszubekommen, wenn er sich nicht selbst herausmacht. Br. will beim Könige nochmals um Permission anhalten, wenn er sich von neuem zeigen sollte, ihn festnehmen lassen zu dürfen. Vier Diener K.'s, die angeblich demselben durchgegangen, die er aber vielleicht mit Fleiss fortgeschickt, um etwas aus Preussen zu holen, hat auf Br.'s Veranlassung Lieutenant Montgommeri, den G. Major Görtzke mit 12 Reitern bis Wildenburg geschickt, festgenommen[2]).

Eus. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Warschau 3. Mai st. n. 1670.

[Audienz beim Könige. Gute Absichten desselben, feindliche Gesinnung des U. Kanzlers, dessen Intriguen mit Kalckstein.]

Er hat bei dem Könige in Bialalenka eine überaus günstige Audienz gehabt, derselbe hat ihm zu einer angenehmen Resolution sowohl wegen Kalcksteins als auch wegen Confirmation der Pacten, wegen des Lehens von Lauen- 3. Mai.

[1]) Kalckstein hatte in zwei Briefen an seine Frau behauptet, v. Brandt hätte über das gegen ihn im Jahre 1668 gefällte Urtheil, welches ihm die Oberräthe zugeschickt, gelacht und ganz richtig geurtheilt. Diese Briefe waren aufgefangen worden und Kf. hatte sie v. Br. zugeschickt mit der Aufforderung, sich deswegen zu verantworten. Vgl. Paczkowski S. 154.

[2]) Dieselben wurden nach Königsberg gebracht und dort am 10. und 12. Mai einem Verhör unterworfen, in welchem sie das Treiben K.'s in Warschau in ganz ähnlicher Weise wie v. Brandt geschildert haben.

burg und Bütow und wegen der von Kf. begehrten schriftlichen Antwort ziemliche Hoffnung gemacht und ihn auf morgen, um dieselbe zu vernehmen, zu sich bestellt. Der König versicherte, Kalcksteins Behauptungen, dass er ihm Versprechungen gemacht, seien erlogen, und als Br. die Auslieferung desselben verlangte, erwiderte er, er wollte Kf. gern contentieren und dessen Ehre defendieren, derselbe würde ihm aber wenigstens das Leben salvieren müssen, weil er hier Zuflucht gesucht, obwohl er (der König) ihn noch nicht in Protection genommen hätte, doch wollte er auf ein Mittel sinnen, Kf. zu befriedigen. Dabei klagte er, man sagte, Kf. hielte es mit seinen Unterthanen, die jetzt wider ihn wären, und wollte die französische Faction promovieren. Br. erwiderte, er wüsste davon nichts, und versicherte, dass, wenn der König nur Kf. in dieser Kalcksteinschen Affaire contentierte und wegen der Confirmation der pacta und Renovation des Lehns keine Difficultäten mehr wie bisher machte, derselbe ihm allezeit beistehen würde. Falls man aber diesen Uebelthäter protegieren und sonst seinem gerechten Suchen kein Genüge thun wollte, könnte Kf. wohl gezwungen werden, andere consilia zu fassen und eine andere partie zu ergreifen, worauf der König erwiderte, dass er dem Kf. gern zu gefallen zu sein und auch die pacta festzuhalten gesonnen wäre, wenn er dagegen auch nur versichert wäre, dass Kf. es nicht mit seinen Feinden, sondern mit ihm beständig halten wollte.

Nachher discurrierte der König noch mit ihm von allerlei Dingen, liess auch die Königin hineinkommen, welcher Br. eine reverence machen und die Hand küssen musste, fing auch mit ihr an zu scherzen und küsste sie mehrmals in seiner Gegenwart und sagte zu ihm, er sollte dieses dem Kf. schreiben. Aus diesem allen erhellt, dass der König es gut meint und dass alle Difficultäten nur von dem U. Kanzler herrühren. In diesen Pfaffen kann sich kein Mensch finden, er giebt sich öffentlich für des Kf. Freund aus und spricht auch wohl im Senat für dessen Interesse und thut dennoch ziemlich alles, was er kann, ihm zuwider. Auch mit dem Könige scheint er es nicht getreulich zu meinen, weil er, ohne den jetzigen unruhigen Zustand der Krone zu considerieren, alle benachbarten Herren und Stände zu disgustieren sucht. Er vexiert den Herzog von Kurland und die Stadt Danzig nach aller Lust, mit Kalckstein schmiedet er auch ganz thörichte und lächerliche consilia, derselbe solle sich hier in der Nähe Güter kaufen und hernach sich auf dem Reichstage zum Posel wählen lassen und dann dort wacker gegen Kf. schreien, K. dagegen hat ihm als das beste Mittel, die Gemüther in Polen zu vereinigen, gerathen, einen Krieg gegen Kf. anzufangen; der U. Kanzler hat ihm auch gleich zu Anfang gerathen, von dem Könige Commissarien zu erbitten, welche seine Sache hören sollten, und Br. zu citieren, um das, dessen ihn Kf. beschuldigte, zu beweisen. Dieses hat ihm der König selbst gesagt und auch selbst bekannt, dass dieses ungereimt und expresse wider die pacta liefe.

Eus. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Warschau 14. Mai 1670.

[Günstige Stimmung des Königs, beabsichtigte Gesandtschaft an Kf. Die Malcontenten. Kalcksteins Entfernung.]

Weil man an diesem Hofe befürchtet, Kf. möchte auf Frankreichs Anhalten 14. Mai.
der dem Könige feindlichen Partei beipflichten, so bemüht man sich dem zuvorzukommen und zu dem Ende Kf. aller Möglichkeit nach zu caressieren. Der König hat daher beschlossen, nicht nur ein Schreiben an Kf. abzufertigen und dadurch zur Renovation des Lehns von Lauenburg und Bütow den Weg zu bahnen, sondern auch mit ehestem an Kf. einen Envoyé abzusenden, welcher entschuldigen solle, dass er demselben seine Wahl und Krönung bisher nur durch Schreiben mitgetheilt, und zugleich wegen Ort und Zeit, die pacta zu confirmieren, sich mit ihm vergleichen soll. Der König hat auch einen Brief an die Seymiken abgehen lassen, in dem er dieses angezeigt hat. Der G. Kanzler hat dem Könige gerathen, H. Morstein[1]), U. Stallmeister von Littauen, an Kf. abzufertigen, der U. Kanzler aber wollte gern, dass sein Bruder dazu gebraucht würde, vermuthlich, um so das Werk einigermassen aufzuhalten, derselbe sucht auch zu verhindern, dass der Brief des Königs an den Kf. abgehe, der G. Kanzler aber will ihn durchaus ausfertigen und morgen Br. zustellen[2]).

Der K. Schatzmeister[3]) ist bereits in Danzig und bei dem Könige in

---

[1]) Felix Morstein, Bruder des K. Schatzmeisters, früher in Diensten des Fürsten Bogislav Radziwill.

[2]) v. Br. übersendet am 17. Mai dieses Schreiben. In demselben (d. Varsoviae 16. Mai 1670) schlägt der König den Juli als Termin für die Lehnsrecognition vor, sollte etwa eine weitere Hinausschiebung desselben nöthig sein, so werde er durch einen nächstens zu erwartenden Gesandten Mittheilung davon machen lassen. Kf. erwidert darauf (d. Coloniae ad Spream 20./30. Mai 1670), er werde zu jenem Termin einen Gesandten zur Lehnsrecognition hinschicken, es würde ihm lieb sein, wenn dann auch die Confirmation der Pacten erfolgen könnte.

[3]) Stodert hatte dem Danziger Rathe schon am 18. April gemeldet, zwischen dem Könige und dem K. Schatzmeister wären harte Reden gefallen, so dass letzterer einpacken liesse, um sich nach Preussen, zuerst nach seiner Starostei Tuchel und dann nach Danzig zu begeben, es würden sich dort wohl auch mehrere andere einfinden. Sekretar Wider, der nach Stoderts Abreise in Warschau geblieben war, meldet am 14. Mai, der König habe ihm gesagt, er höre, Danzig wollte sich seinen Feinden anschliessen, und dieser Verdacht würde dadurch bestätigt, dass fast alle Malcontenten, namentlich der K. Schatzmeister, der K. Truchsess (Felix Potocki) und der Woiwode von Cracau (Alexander Lubomirski) sich dorthin zurückzögen. Auf W.'s beruhigende Versicherungen hin beauftragte ihn der König, dem Rath mitzutheilen, er sollte auf alle sowohl aus Polen als auch aus anderen Orten einkommende Personen fleissig vigilieren, namentlich auf Akakia, der von Königsberg zurückgekommen sein solle. W. fügt hinzu: „Der Hof nimmt alle Zeitung an ohne Unterschied und ist insonderheit wiederumb allarmiret worden durch ein Schreiben, so von Hamburg über Danzig anhero gekommen, in welchem des duc de Longueville An-

überaus grossem Verdacht, besonders weil Aquaquia[1]) aus Frankreich auch dagewesen sein soll. Er spielt auch dem Könige einen grossen Possen, weil er ihm aus dem Schatze keinen Heller will verabfolgen lassen und keinen Soldaten über diejenigen, so es mit ihm halten, bezahlt, so dass des Königs Garden in der grössten Noth sind. Der Woiwode von Cracau Lubomiersky soll auch nach Danzig unterwegs sein.

Kalckstein hat sich, sobald er durch den U.Kanzler erfahren, dass der König in consilio beschlossen, ihn vom Hofe zu jagen, aus dem Staube gemacht. Einige sagen, er sei im Kloster, andere, er sei zum Fürsten Demetrius gegangen, um Kriegsdienste zu suchen[2]).

Der Kurfürst an v. Brandt. D. Cöln 5./15. Mai 1670.

[auf die Relation vom 3. Mai. Beruhigende Versicherungen für den König. Auftrag, Kalckstein festzunehmen.]

(Conc. O. v. Schwerin.)

15. Mai. Er soll dem Könige berichten, dass weder aus Polen noch aus Frankreich an Kf. das allergeringste gebracht sei, dass er wünsche, der König möchte mit der Republik in gutem Vernehmen bleiben, und seinerseits dazu contribuieren und mit dem Könige beständige Freundschaft unterhalten wolle, dass er aber andererseits erwarte, dass der König durch Extradierung Kalcksteins der ganzen Welt den Wahn, als wenn er denselben protegieren wolle, benehmen werde.

PS.[3]). Auch — haben wir an Lehndorffen[4]) einigen Vorschlag

---

kunft daselbst für gewiss gemeldet wird. — Elector Brandenburgicus ist nicht in wenig Verdacht, man suchet aber nun selbigen in alle Wege zu contentiren, erstlich durch Abfertigung eines ablegati wegen der Bidgostiensium tractatuum und dann auch per litteras, welche ehistes Tages expediret werden sollen."

[1]) Akakia, französischer Agent, schon mehrfach zu Sendungen nach Polen verwendet, s. Recueil des instructions IV. S. 15ff.; Urk. u. Act. VIII. S. 277ff. 713ff., IX. S. 197.

[2]) v. Br. meldet am 17. Mai, Kalckstein solle wirklich zum Fürsten Wisniowiecki unterwegs sein, er und einige Cavaliere vom Hofe wollten aber frisch hinterherschreiben, damit bei der ganzen Armee kund werde, was er für ein Vogel sei; der Fürst würde ihn wohl, wenn Kf. deswegen an ihn schriebe und ihm einen Recompens zusagte, herausgeben, zumal da er bei ihm ein gut Stück Geld finden würde.

[3]) Zum grossen Theil in Chiffern.

[4]) Kf. schreibt an denselben (d. Cöln 5./15. Mai 1670): „Wir haben aus des v. Brandt unterschiedenen Relationen zu unserm gnädigsten Vergnügen vernommen, welchergestalt Du Dich unser Interesse insonderheit gegen des Kalcksteins Person aufs eifrigste angelegen sein lassest, wir wollen solches allezeit mit Gnaden gegen Dich zu erkennen wissen. Und weilen uns zum höchsten daran gelegen, dass wir des Kalcksteins mächtig werden mögen, so hastu Dich nochmahlen zu bemühen, dessen

gethan, wie wir uns des Kalcksteins bemächtigen möchten, woraus er mit Dir communiciren wird, Du hast ihn unsertwegen zu versichern, dass wir, wenn er dieses prästirt, es mit sonderbaren Gnaden erkennen wollen. Sollte sich auch Kalckstein, wenn er angegriffen wird, zur Wehr stellen oder aber unterwegens die Gefahr sein, dass er wieder befreiet und losgemachet werden könnte: auf solchen Fall soll es uns gleich viel gelten, dass er auch todt geliefert werde, weil er das Leben ohne das verwirket. —

Eus. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Warschau 24. Mai st. n. 1670.

[Gerücht von feindlichen Absichten des Kf., dadurch verursachte Aufregung. Vorgänge auf dem Landtage zu Schroda. Günstige Erklärung der meisten Landtage für den König. Kalckstein.]

Des Kf. Ordre vom 5./15. Mai, den König seiner beständigen und aufrichtigen Freundschaft zu versichern, hat er gestern früh zu sehr gelegener Zeit erhalten, da hier überall die Zeitung ausgesprengt ist[1]), dass Kf. mit seiner ganzen Armee von 15000 Mann wider Polen im Anzuge wäre und dass dieser Anmarsch Veranlassung zu der Ermordung des Castellans von Posen auf dem Seymik zu Srzode gegeben habe. Dieses Geschrei hat hier solche Confusion, Furcht und Schrecken verursacht, dass man bei Hofe nicht gewusst, wohin man sich wenden sollen, und desshalb in der Angst die pospolite ruszenie und 24. Mai.

Person vom Könige los zu bekommen, oder wiedrigen Falles nebst Brandten, an welchen wir ein mehreres geschrieben, zu überlegen, ob man denselben nicht durch dazue erkaufte Polen, wozu wir das Geld geben wollen, heimblich in der Nacht wegbekommen und in Preussen liefern könnte.“ An demselben Tage schreibt Kf. auch an die preussischen Oberräthe, sie sollten den Process gegen Kalckstein fortsetzen lassen. „Und weilen wir nicht zweifeln, es werde ihm das Leben aberkannt werden, seind wir gesonnen, solches in effigie exequiren zu lassen.“

[1]) Wider schreibt dem Danziger Rathe am 30. Mai 1670: „Die Zeitung von Anmarschirung Churf. Völker, so nunmehro von allen Seiten bekräftiget wird, hat hiesigen Hof also intimidiret und eingenommen, dass auch I. Königl. M. dem hier zugegen seienden Churf. Residenten oder Agenten H. Brandis ungeachtet aller Sinceration und Protestation — scharf zugesprochen und mit diesen Worten von sich dimittiret: Daferne I. Churf. D. ihr wollten gelüsten lassen, einen unzeitigen Krieg wider die Crohn anzufangen, selbige sich versichert halten könnte, que la Pologne sera encore en estat de faire une guerre à désespoir à Son Altesse Electorale. — Schrecken und Furcht nimbt alhier fast alle Stunden zu, indem eine böse Zeitung über die andere wegen Churf. D. von Brandenburg starker Rüstung, französischer in Curland ausgesetzter Völker, der conföderirten Armee und zum Einfall fertig liegenden Tartaren Königl. M. zu Ohren gebracht wird, und dass pro die 20. Junii ein general Aufstand und Einbruch von allen obgesagten Oertern zugleich geschehen soll.“

Armee in Littauen aufbieten wollen, damit dieselbe in Preussen fallen möchte. Er hat sich sofort mit dem Befehl des Kf. zum Könige begeben und hat demselben, wiewohl mit grosser Mühe, die Fabeln aus dem Sinne geredet. Derselbe wollte sich erst garnicht überzeugen lassen, sondern regierte unter anderem, seine widerwärtigen Unterthanen rühmten sich selbst, Kf. auf ihrer Seite zu haben, worauf er erwiderte, dieselben sprengten dergleichen Dinge nur aus, um den König zu schrecken und ihn mit Kf. an einander zu hetzen, um letzteren hernach auf ihre Seite zu ziehen.

Ob er nun gleich soviel zu Wege gebracht, dass der König die falsche Opinion von Kf. hat fahren lassen, so kann demselben doch keiner die französische Faction hier in Polen, vor der er sich über die Maassen fürchtet, aus dem Kopfe bringen, besonders weil der Kanzler Patz das Ding noch immer gefährlicher macht. Es scheint, dass einige Geister den König mit Fleiss bange machen und confundieren, damit er in der Angst zu ihnen Zuflucht nehmen und sie ihn nach ihrem Willen führen mögen. Man hat ihn auch bereits dahin gebracht, dass er fast keinem seiner Diener mehr traut, auch den Ob.Lieut. Lehndorf hat Patz in Verdacht gebracht, als ob er dem Könige zum Schimpf und Nachtheil viele Dinge an des Kf. Hof schriebe, und der König hat ihn deswegen zur Rede gestellt, er hat sich aber brav verantwortet.

Obgleich der König dem Geschrei von des Kf. feindlichen Anzuge nicht mehr glaubt, so wird dasselbe doch gewiss durch alle polnischen Landschaften durchdringen und bei dem Adel viele gefährliche Verwirrung machen, wesshalb denn gute Wachsamkeit, namentlich in Preussen, vonnöthen; doch hält er es für ein gutes Zeichen, dass sich die Polen vor Kf. über die Maassen fürchten.

Wie dem Könige erzählt worden, ist die Sache mit dem Castellan von Posen[1]) folgendermaassen zugegangen. Der Bischof von Chelm[2]) soll an den Adel auf dem Seymik geschrieben haben, dass des Kf. Armee gegen Polen im Anzuge wäre, als man darüber discurriert, habe der Woiwode von Posen[3]) einen in Ziffern geschriebenen, von ihm aufgefangenen Brief des K. Schatzmeisters an den Castellan hervorgezogen. Darauf habe der Adel gegen den Castellan zu schreien angefangen, derselbe wäre des Kf. guter Freund und müsste von dieser Sache wissen, und von ihm den Schlüssel zu den Ziffern verlangt, ehe derselbe sich aber dazu resolviert, ob er selbst den Schlüssel holen oder jemand danach schicken sollte, habe sofort der Woyewodzic Wynowratzlawsky ausgerufen: „Wir haben den Practiquen der Senatoren lange genug zugesehen, lasst uns einmal dieses Joch vom Halse werfen“ und den Säbel gezogen. Als dieses ein anderer, der nahe beim Castellan gesessen, gesehen, habe er alsbald den seinigen auch entblösst und demselben vor den Kopf gehauen, worauf ihm sofort auch ein anderer von hinten mit dem obuch in den Nacken geschlagen, so dass er vom Stuhl auf die Erde gefallen, wo man ihn

[1]) Vgl. darüber den Bericht bei Kluczycki I. S. 521 ff.
[2]) Thomas Lezenski.
[3]) Andreas Grudzinski.

dann jämmerlich zugerichtet, und als ihn seine Diener nach Hause hätten bringen wollen, seien sie von anderen Edelleuten, welche gesehen, dass er noch gelebt, von neuem überfallen und so der Castellan vollends hingerichtet worden.

Von verschiedenen Seymiken kommt Zeitung, dass der Adel sich nicht allein gut für den König erklärt, sondern auch in die pospolite ruszenie consentiert und vom Könige begehrt, dass er die nach Danzig gegangenen Herren dreimal citieren, und falls sie nicht comparieren sollten, ihre Güter confiscieren lassen möchte. Wenn sich auch die anderen Woiwodschaften so declarieren, dürfte dieser Hof wohl wieder hoffärtig werden und es also wegen Confirmation der Pacten desto härtere Knoten setzen.

Morstein soll übermorgen von hier zu Kf. aufbrechen.

Wo Kalckstein geblieben, kann kein Mensch sagen, man weiss nicht, ob er noch im Kloster oder beim Fürsten Demetrio oder in Sachsen ist.

Eus. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Warschau 30. Mai 1670.

[Fortdauernde beunruhigende Gerüchte. Der Castellan von Posen. Der Erzbischof. Morsteins Absendung.]

Das Geschrei von dem feindlichen Anzuge des Kf. hat diese ganze Woche angedauert und viel Confusion und Verbitterung verursacht, man hat den König mit täglich wiederholten Zeitungen davon so überlaufen, dass derselbe nicht gewusst hat, was er glauben solle, zumal da man ihn hat überreden wollen, dass alles, was von den Differentien zwischen Kf. und dem Hause Braunschweig[1]) ausgegeben werde, nur ein Prätext sei, um die Völker zusammenzuziehen und die Polen ex improviso zu überfallen[2]). Da daneben noch allerhand andere unnütze Fabeln von der Landung von 20 französischen Schiffen in Curland und von Enthüllungen, welche der Castellan von Posen vor seinem Tode gemacht, verbreitet worden, so ist eine solche Furcht durch die ganze Stadt gedrungen, dass fast jeder darauf bedacht gewesen ist, sich und das Seinige zu retten. Obwohl nun auf den Bericht der Gesandten von dem grosspolnischen Landtage das Geschrei betreffend den Kf. meistentheils gestillet ist, so lässt man doch nicht nach, die Gefahr wegen der inneren Unruhe und der französischen Faction je länger je grösser zu machen, so dass es klärlich zu sehen ist, dass des Königs 30. Mai.

[1]) Ueber die Streitigkeiten des Kf. mit den braunschweigischen Herzogen wegen Reinstein, infolge deren derselbe damals hatte Truppen zusammenziehen lassen s. Pufendorf XI. § 46 (S. 792f.), v. Borch, Einfluss des römischen Strafrechts auf Gefolgschaft und Majestätsverletzung in Deutschland (Wien 1889) S. 12ff. 35ff.

[2]) Wider meldet dem Danziger Rathe am 6. Juni, infolge der Zeitung vom Marsch der kurfürstlichen Völker nach Magdeburg sei auch hier die Furcht gemindert worden, obwohl die aus Grosspolen Abgeschickten noch gänzlich der Meinung seien, Kf. habe mit seiner Armee ein Absehen auf die Krone.

intimi mit Fleiss solche Dinge exaggerieren, um die anderen Senatoren desto grösserer Untreue zu beschuldigen und bei dem Könige und Adel ganz verhasst zu machen und selbst allein die besten Hähne im Korbe zu bleiben.

Die vom grosspolnischen Landtage hergekommenen Gesandten berichten, dass der Castellan von Posen noch lebe und nicht allein gute Hoffnung habe wieder aufzukommen, sondern auch Willens sei, mit Recht seine Unschuld auszuführen. Da aber in laudo dieses Landtages beschlossen, dass der sämtliche Adel diejenigen, welche ihn beschädigt, defendieren wolle, so dürfte er wohl wider seine Feinde nicht viel ausrichten. Die Beschlüsse sowohl dieses als auch des Lublinschen Landtages sind für den König sehr günstig. Der Erzbischof hat in einem an den Lubliner Landtag gerichteten Schreiben den König angeklagt, dass er gesagt, er habe cum restrictione mentis geschworen, und gebeten den König anzuhalten, dass er noch einmal sine restrictione mentis schwören möge.

Morstein ist am 27. als Envoyé an Kf. abgereist und hat seinen Weg über Königsberg genommen; der U. Kanzler hatte ihm in instructione setzen wollen, für Kalckstein zu intercedieren, was er aber abgelehnt. Der U. Kanzler hat ihm aber ein Schreiben des Königs nachgeschickt; da Br. vermuthet, dass darin doch diese Ordre enthalten sei, so will er auf allen Fall an M. schreiben und ihn bitten, solche Ordre nicht anzunehmen.

Der Kurfürst an Eus. v. Brandt. D. Cöln 26. Mai/[5. Juni] st. vet. 1670.

[auf die Relation vom 24. Mai. Dem Könige zu machende Erklärungen. Kalckstein.]

(Conc. O. v. Schwerin.)

5. Juni. Kf. hat mit Befremden vernommen, dass man sich in Polen über den Marsch seiner Truppen so allarmiert hat, er hat wegen einiger particulier Ungelegenheit, die ihm mit dem Hause Braunschweig zugestossen[1]), diesen Marsch zu thun beordern müssen und hat, weil dieses sich zu gütlicher Hinlegung der Differentien anschickt, denselben bereits contremandiert. v. Br. soll sich darüber beschweren, dass man von Kf. so ungleich discurrieren und auf so unbegründete Zeitungen hin sofort zu extremen Mitteln schreiten und die pospolite aufbieten wollen, während Kf. mit der Krone in gutem Vernehmen zu bleiben sich bemüht und über die zwischen dem Könige und einem Theil der Senatoren entstandene Uneinigkeit sich bekümmert. Obwohl ihm von den Ursachen derselben bisher niemand das geringste mitgetheilt hat, so hat er es doch jetzt für nöthig erachtet, dem Könige seine beständige Freundschaft und gute Zuneigung bei diesen Troublen zu bezeugen, Br. soll daher eine Audienz bei demselben nachsuchen und unter Uebergebung des beifolgenden Creditivs demselben vortragen, Kf. habe bisher an nichts erwinden lassen, was den König seiner auf-

[1]) S. oben S. 451.

richtigen Freundschaft versichern könnte, er hätte sich auch durch einige kaltsinnige Begegnung und obwohl er gesehen, wie einige, die stets um den König sind und grossen Credit haben, sich äusserst bemüht, ihm in allen Dingen bei dem Könige entgegen zu sein, davon nicht abhalten lassen. Er wünsche nichts mehr, als dass der König sein Reich in Frieden regieren und das höchstnöthige Vertrauen mit der Republik wiederherstellen möge und dass er selbst demselben dazu behülflich sein könnte; wenn ihm nur von demselben einige Eröffnung geschähe, woher diese Misshelligkeit entstanden, so würde er denselben sofort aufrichtig wissen lassen, was seine Sentimenten bei dem Werke seien und, wenn der König es desiderierte, bei denjenigen, mit welchen derselbe übel zufrieden, sich bemühen, dass alles Misstrauen aus dem Wege geräumt werde. Kf. hat deswegen auch an den Erzbischof und den G. Kanzler[1]) geschrieben.

Br. soll nachforschen, wohin Kalckstein gekommen, falls derselbe noch in Polen sich aufhalten sollte, um seine Extradierung anhalten und den früheren Befehlen deswegen nachkommen.

PS. Er sendet ihm die Proposition in forma, er soll dieselbe dem Könige von Wort zu Wort so vortragen, auch dieselbe nachher anderen communicieren, damit man desto weniger Ombrage darob nehmen und jedermann seine gute Intention erkennen könne.

Memorial Morsteins. s. l. et d. [Mitte Juni 1670[2]).]

1) Er soll dem Kf. des Königs Dank für die Glückwünsche zu seiner Thronerhebung und dessen Wunsch, die Freundschaft und gute Nachbarschaft zu befestigen, bezeugen.

Dieses[3]) ist mit Curialien beantwortet. Juni.

2) Der 1. Juli ist als Termin für die Recognition des Lehns über Lauenburg und Bütow festgesetzt, künftig aber muss dieselbe gemäss den Bromberger Verträgen zur Zeit der Krönung erfolgen.

Hierauf geantwortet, dass unsere Gesandten schon unterwegens wären.

---

[1]) In diesen, auch vom 27. Mai/6. Juni datierten Schreiben spricht Kf. sein Bedauern über die innere Zwietracht in Polen aus und bittet, ihn über die Ursachen derselben und die Mittel zu ihrer Beruhigung zu unterrichten. Auch an den littauischen G. Kanzler Paz ergeht ein Schreiben, in welchem Kf. denselben ersucht, v. Brandt beim Könige Audienz und günstige Antwort zu verschaffen, den König seiner Freundschaft zu versichern und alles zu beseitigen, was von Böswilligen zur Störung derselben versucht werde.

[2]) Ueber Morsteins Sendung vgl. die kurze Notiz bei Pufendorf XI. § 100 (S. 857); Morstein war über Königsberg, wo er am 5. Juni eingetroffen war, nach Berlin gereist.

[3]) Diese und die folgenden Randbemerkungen von O. v. Schwerins Hand.

3) Der König ersucht den Kf., seine nach Warschau zu sendenden Räthe auch zur Beilegung der beiderseitigen Prätensionen und Streitigkeiten zu bevollmächtigen, der König wird Commissarien dazu bestimmen, gemäss dem Bromberger Vertrage und um dem Artikel der pacta conventa zu genügen, wonach alle diese Prätensionen, Zweifel und Streitigkeiten beendigt werden sollen.

Hierauf ist geantwortet, dass zwar unsere Ges. Befehl hätten, dergleichen Sachen mit vorzunehmen, aber durchaus nicht ante pacta renovata, sondern sobald solche renoviret wären.

4) Cum constet D. Akakiam[1]) Ministrum Gallicum Regiomonti cum Ill. DD. Officialibus Serenitatis Suae agitavisse atque tractavisse de monopolio aut potius depositione in illo emporio salis, vini et aliarum mercium Gallicarum, praecustodit per me S. R. Mai. ne quid exinde commerciis antiquis Regni Poloniae et M. D. L. atque civitatum Prussiae praejudicii afferatur et ne impingatur eo ipso in Pacta Bidgostensia, quae ab utrinque expedit confirmari.

Hievon wäre S. C. D. nichts wissend, wollte umb Information an die Ober-Räthe schreiben, indessen nichts verhängen, so zu der Chron Präjuditz gereichen könnte.

5) De Colonello Kalcksteinio jussit S. R. Mai. ut certiorem reddam Serenitatem Suam, nihil aliud eum in Aula Polona tractasse nisi ut in militia, in qua hactenus Colonelli munus obiverat, locum obtineret. Supplicavit idem Sacrae R. M. ut ejus M.tis interpositione in gratiam Serenitatis Suae et bona sua redintegraretur. Quia vero inter regias virtutes clementia primum locum sibi vindicat, injunxit mihi S. R. M. id ipsum tractandum, in tantum tamen, in quantum delicta Kalcksteinii sunt venialia.

Wenn diese Persohn und dessen leichtfertige Thaten dem Könige bekannt, würden I. M. vor denselben nicht intercediren.

[1]) S. oben S. 448.

Eus. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Warschau 24. Juni st. n. 1670.

[Günstige Aufnahme der Anträge des Kf. Besorgnisse des Hofes.]

Die Proposition, welche er in des Kf. Namen gethan[1]), ist sowohl von dem 24. Juni.
Littauischen Kanzler als auch von dem Könige sehr höflich und dankbar aufgenommen worden. Letzterer hat ihn beauftragt, sein Creditiv nebst einem Memorial von allem dem, was er vorgebracht, dem U. Kanzler zuzustellen, damit dieser eine Antwort darauf vorbereiten könnte.

Der U. Kanzler stellt sich jetzt auch über die Maassen gut an. Er schien allerdings fühlen zu wollen, ob Br. die Zähne wackelten, und Zeit zu gewinnen zu suchen, weil er ihm vorstellte, dass alle Senatoren von hier wegreisten und desshalb die recognitio feudi bis in den September verschoben werden müsste, als aber Br. dagegen protestierte und sagte, des Kf. Commissarien wären schon unterwegs, lachte er und sagte, er sollte sich nicht bekümmern, er selbst würde zum wenigsten hier sein. Der König hat auch an einige Senatoren schreiben lassen, dass sie anstelle der Weggereisten herkommen möchten.

Aus der Ukraine kommen schlimme Zeitungen, dass die Tartaren, an 70 000, im Felde stehen und dass die Kosacken die Commission immer aufzuhalten suchen. Da auch gesagt wird, dass die Armee sich schon confoederiere, so fürchtet man, sie werde die Kosacken und Tartaren an sich ziehen, welches man den Malcontenten, namentlich dem Erzbischof, Schuld giebt.

PS. Der König ist so misstrauisch geworden, dass er seine Garden nach Bylan mitgenommen, die ihn dort bewachen müssen. Die Königin bringt bei so gestalteten Sachen manche Nacht mit Thränen zu.

Instruction, wornach sich unsere — Geheime Räthe und Preussischer Hofrichter — Johann Freiherr von Hoverbeck, unserer Chur Brandenburg Erbtruchsess, und Albrecht von Ostau bei ihrer Abschickung nacher Warschau zu achten haben. D. Cöln an der Spree 27. Mai/[6. Juni] 1670[2]).

(Conc. v. Somnitz.)

Sie sollen 3 oder 4 Tage vor dem 1. Juli in Warschau anlangen, dem 6. Juni.
Könige bei der Audienz anzeigen, dass sie dazu abgeschickt wären, in des Kf.

[1]) S. oben S. 453.

[2]) Kf. hatte schon am 21./31. März 1670 v. Hoverbeck mitgetheilt, er habe Nachricht aus Warschau, dass man dort geneigt sei, die Pacta zu confirmieren und die übrigen Prätensionen auszusetzen, v. H. solle sich daher zur Reise dorthin gefasst machen. H. hatte aber am 8. April gerathen, mit der Abschickung noch zu warten, da der König eine solche Versicherung noch nicht ausgestellt, vielmehr dem G. Kanz-

Namen den pactis in allen Stücken ein Genügen zu thun, über das foedus perpetuum den Eid in dessen Seele zu schwören und die Herrschaften Lauenburg und Bütow zu recognoscieren, und bitten, dass diese Recognition an dem festgesetzten Termin (1. Juli) erfolge. Die Recognition soll nur einer von ihnen, v. Hoverbeck, verrichten, der dazu Creditiv und Vollmacht erhält. Er hat dabei darauf zu sehen, dass in allem den pactis nach- und nichts eingegangen werde, was denselben nicht gemäss.

Wenn er zur Recognition geführt wird, so hat er so kurz wie möglich anzuzeigen, dass er im Auftrage des Kf. die Recognition thäte, und zu bitten, dass ihm gleichfalls iuxta pacta die Renovation und Confirmation derselben von dem Könige schriftlich ertheilt werde, des Kf. wegen verspreche er observantiam pactorum und alle Freundschaft, so einem Nachbaren und Bundesgenossen zustünde. Zu einem mehren hat er sich nicht zu erklären, und also auch nicht der Wörter fidelitas oder reverentia sich zu gebrauchen, wie denn auch die Gesandten des letzten Herzogs von Pommern 1633 sich zu keiner Fidelität verstanden haben. Ausstellung eines Reverses darüber soll er als unnöthig ablehnen, falls aber hart darauf gedrungen werden sollte, so kann er den beiliegenden Revers ausantworten.

Eine Kanzleigebühr abzustatten, ist Kf. zwar nicht schuldig, v. H. kann aber, gleichsam für sich, demjenigen, der die Expedition hat, etwa 100 Rthlr. zustellen lassen, demjenigen aber, der das Werk dirigiert (womöglich dem G. Kanzler) soll er anzeigen, dass Kf., weil er sich oder den Seinigen nicht gern etwas wider die pacta aufbürden wollte, ihn doch anderweit womit erkennen wollte, und ihm indessen ein Präsent von 100 Ducaten offerieren.

Sollte auch erwähnt werden, dass bei diesem Werk der polnischen Stände Autorität oder Anwesenheit nöthig, so hat er dieses als den pactis, dem königl. Schreiben und der Observanz nicht gemäss zurückzuweisen.

Betreffend die Renovation und Confirmation perpetui foederis, so wird es nicht nöthig sein, dass die pacta ganz umgeschrieben werden, und haben sich die Gesandten, wenn dieses von polnischer Seite gefordert werden sollte, nicht darauf einzulassen, sondern sie haben den Eid in des Kf. Seele zu schwören und so das foedus zu renovieren und zu confirmieren, dazu erhalten sie eine Vollmacht und die Eidesformel. Sie haben aber nicht eher den Eid zu leisten,

---

ler hätte mittheilen lassen, die Confirmation der Pacten müsste ausgesetzt werden, bis alle Schwierigkeiten und Prätensionen gehoben wären. Kf. hatte darauf wirklich die Sendung vorläufig unterlassen, erst am 20./30. Mai theilt er v. H. sein Schreiben an den König von demselben Datum (s. oben S. 447 Anm. 2) mit und beauftragt ihn, gemeinsam mit dem O. Burggrafen v. Kalnein sich nach Warschau zu begeben; am 27. Mai/6. Juni benachrichtigt er ihn, dass statt des O. Burggrafen der Hofrichter Albrecht v. Ostau mit ihm nach Warschau gehen solle. Diesen hatte v. H. unter anderen zu dieser Gesandtschaft vorgeschlagen und dabei bemerkt, derselbe hätte schon zu Oliva (s. Urk. u. Act. VIII. S. 685. 716ff.) und zu Pr. Holland (s. IX. S. 77ff.) mit den Polen tractiert und wäre deren Staats und Manieren wohl kundig. Die Gesandtschaft besteht im ganzen aus 41 Personen mit 31 Pferden. Vgl. für das Folgende Pufendorf XI. § 100. 101 (S. 857f.); Lengnich VIII. S. 36ff.

bevor die königl. Deputierten (womöglich der G. Kanzler, der Castellan von Posen, der Bischof von Ermland und dergleichen wohlaffectionierte Personen) vorher iuxta pacta denselben geleistet haben. In comitiis dergleichen Renovation und Confirmation vorzunehmen ist nicht nöthig, wie es auch die pacta nicht erfordern, da was die Republik dabei zu thun gehabt, sie per confirmationem comitialem, so vim perpetuae legis hat, schon gethan und das übrige dem Könige und dem Kf. zusteht.

Sollte auch eingewandt werden, dass einige Zweifel und Schwierigkeiten occasione pactorum vor der Renovation derselben erledigt werden müssten, so haben sie anzuzeigen, dass dieses nicht den pactis, welche die Confirmation schlechterdings erfordern, gemäss, dass solchen Dingen doch wohl durch gütliche Handlung abzuhelfen und, wenn solches nicht verfangen sollte, das in den pactis vorgeschriebene Mittel, nämlich die interpositio der Mediatoren und dort genannter Potentaten, anzuwenden sei; Kf. werde zu Untersuchung solcher Sachen sich allezeit bereit und willig finden lassen, und können die Ges. deswegen einen und anderen von den Senatoren, die desfalls etwas ins Mittel bringen möchten, bedeuten, aber sie sollen sich vor der Confirmation der Pacten und ehe Kf. ihnen deswegen gemessenen Befehl ertheilt, nicht in einige hauptsächliche Handlung deswegen einlassen.

---

v. Hoverbeck und v. Ostau an den Kurfürsten. D. Warschau 1. Juli 1670.

[Einholung. Audienz beim Könige und der Königin. Mittheilungen Zebrzydowski's Conferenz mit den polnischen Deputierten.]

Sie haben sich bis zum 29. Juni in Prag aufhalten müssen wegen Streitig- 1. Juli.
keiten inbetreff der Cerimonien bei der Einholung, schliesslich sind sie am 29. von dem General Bocum und dem Littauischen Referendarius Brostowsky an der Weichsel empfangen und in der königl. Kutsche in das durch Brandt für sie gemiethete Logis gebracht worden.

Gestern haben sie beim Könige Audienz gehabt. Derselbe beantwortete H.'s lateinische Anrede in derselben Sprache sehr höflich, gedachte der Absendung Morsteins und dass es am folgenden Tage mit den Ministris status einer Conferenz, die dem Recognitionsakt vorangehen müsste, bedürfen werde. Darauf haben sie auch bei der Königin Audienz gehabt, derselben gratuliert und ihr das Präsent[1]) übergeben, sie erwiderte darauf kurz, aber recht höflich und schicklich. Gegen Abend liess der U. Kanzler ihnen durch den Canonicus Caesari unter dem Vorwand seiner Unpässlichkeit Verlegung des Termins vorschlagen; nachher erschien im Auftrage desselben ein Canonicus Cracoviensis H. Zebrzydowski, der aufs neue erklärte, die vom Könige deputierten Senatoren wünschten, dass die Recognition verschoben würde, da in formali et ma-

[1]) S. oben S. 435.

teriali was zu bereden wäre, wogegen H. unter Bezugnahme auf die pacta und des Kf. Vollmacht sich zur Recognition erbötig erklärte, anzeigte, wie die Formalien und Materialien fallen und lauten könnten, und bat, diesen Termin, wenn nicht am Vormittag so doch am Nachmittag seinen Effect erlangen zu lassen.

PS.[1]) Zebrzydowsky hat zu ihnen beim Abschied gesagt, man erwarte hier noch eins und anderes aus Preussen vor ihrer Abfertigung, gab dabei zu verstehen, dass verschiedene Querelen hier eingekommen, und gedachte absonderlich desfalls des Obristen Kalckstein. Sie haben darauf erwidert, dass solche als ganz impertinente und hieher garnicht gehörige Dinge von ihnen keineswegs angehört, erwartet oder admittiert werden könnten, ja dass sie vielmehr, wenn man dergleichen auf die Bahn bringen sollte, wegziehen würden. O. hat wegen Kalcksteins gesagt, derselbe wäre zwar sein Vetter[2]), aber er könnte nicht den geringsten Schein absehen, wie derselbe als ein verurtheilter Maleficant und andere maleferiati oder unzeitig Malcontenten hier in Consideration kommen könnten, und sie haben erklärt, den Verträgen gemäss müssten dieselben ausgefolget werden, Kalckstein wäre ohnedas salvis pactis edictaliter citiert. Man will zwar sagen, dass der U.Kanzler K. favorisiere, man meint aber, der König werde deswegen nichts verhängen. Sie werden sich in dergleichen nicht einlassen, aber sich bemühen, unvermerkt der Querulanten Namen und Ursachen zu erforschen.

Es kommt ihnen so vor, als wenn einige, besonders der U.Kanzler, bei denen die Ausfertigung der negotiorum publicorum, auch ihrer Negotiation steht, auf die rechte Seite gebracht sein wollten[3]).

PS.[4]). Da der U.Kanzler wegen eines Anstosses am Schenkel nicht zu ihnen hat kommen können, so hat sich H. in dessen Quartier zu der Conferenz eingestellt, wo er alle anwesende Senatores und Officiales vorfand, von denen der U.Kanzler freilich behauptete, sie seien nur zufälliger Weise und in anderen Geschäften zu ihm gekommen. Derselbe brachte 4 Punkte vor: 1) wie die formula recognitionis einzurichten, 2) es dürfte Schwierigkeit abgeben, dass H. allein diesen Akt verrichten wollte, da doch nach dem Wortlaut der Pacten consiliarii aut officiales dazu erfordert würden, 3) man wäre an diesen Tag nicht so gebunden, da Kf. in seinem Schreiben die Worte circa primam Julii gebraucht, 4) nach den Pacten müsste der Akt nicht per legatos, sondern per consiliarios aut officiales verrichtet werden.

---

[1]) von v. Ostau's Hand.

[2]) v. Ostau's Mutter war eine Schwester des Generals v. Kalckstein, des Vaters des Obristen, s. Hirsch, Zur Gesch. Chr. L. v. Kalcksteins (Forsch. z. brand. und preuss. Gesch. III. 1) S. 252.

[3]) Auch v. Brandt in einer Relation von demselben Tage über dieselben Vorgänge bemerkt, der U.Kanzler moviere dieses alles mit Fleiss, bis man ihm etwas zusage, und auch der Danziger Sekretar Wider äussert (4. Juli), der U.Kanzler suche emsig undequaque gravamina gegen den Kf. zusammen und verspreche allenthalben grosse Hülfe, dürfte sich dessen aber wohl zu seinem Vortheil bedienen und, wenn er a legatis genugsam contentiert sei, den anderen invidiam auf dem Halse lassen.

[4]) von v. Hoverbecks Hand. Vgl. Pufendorf XI. § 100 (S. 857).

Ad 1 zeigte H. eine Formel der Instruktion gemäss vor, die polnischen Deputierten erklärten dieselbe aber für ungenügend und verlangten einen Eid, welchen die kurfürstl. Räthe beschwören müssten, dass Kf. den König pro supremo directo et haereditario domino erkennen und demselben treu und hold sein wolle. H. erwiderte darauf, dieses wäre ein improprium feudum und ausser der Recognition in allem einem allodio gleich, ferner zählten die Pacten von allen Eiden los, jene behaupteten aber, diese Loszählung beziehe sich nur auf die Person des Kf., nicht aber auf die Räthe, die seinetwegen das Lehn recognoscierten, was H. aber durch mehrere Gegengründe zu widerlegen suchte.

Bei dem zweiten Punkt hielten sie sich am meisten auf, sie müssten hier genau nach dem Buchstaben der Pacten gehen, es gereiche zu des Königs Respect, dass die Recognition durch mehr als einen geschehe, sie könnten ohne Hinterzug an die Stände von ihm allein die Recognition nicht annehmen, oder er müsste eine andere Vollmacht, auf sie beide lautend, einholen, und dieses wird, trotz aller Gründe, die H. dagegen angeführt, die grösste Schwierigkeit machen.

Ueber den dritten Punkt konnte es keinen Streit abgeben, da H. von Kf. nicht in Qualität eines Gesandten, sondern als dessen Rath und Ablegatus hergeschickt ist. Bei dem vierten konnten sie auch nicht fortkommen, es ist aber die Bosheit darin zu spüren, dass sie das Werk zu schleppen und dabei noch dem Kf. oder dessen Dienern die Schuld beizumessen suchen.

Schliesslich wurde alles ad referendum an den König genommen, worauf H. sagte, das stände ihnen frei, allein die Pacta zu deuten stände einem Theil nicht zu.

Nachdem die anderen weg waren, fing der U. Kanzler wieder an von den Prätensionen zu reden, dieselben müssten vor der Beeidigung geschlichtet werden, und es würde viel Zeit erfordern, ehe man sich über die formula juramenti werde einigen können, worauf H. ihm das Nöthige geantwortet hat.

---

v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 15. Juli 1670.

[Neue Audienz beim Könige.]

Der König hat sich bei der Audienz sehr gnädig und überaus vertraulich 15. Juli.
gezeigt, alles ausführlich berichtet, wie es ihm die Zeit seiner Regierung ergangen, was für Schwierigkeiten von Gremonville[1]) bei der Heirath gemacht worden, wie sich der eine und der andere Malcontent gegen ihn betragen, und wie er sein Werk festsetzen, insonderheit aber mit den Nachbaren und in specie mit Kf. sich in enges Verständnis zu setzen suche. H. hat ihm darauf vorgestellt, wie er Kf. bei jetziger Gelegenheit leicht verobligieren könnte, wenn er nämlich bei der recognitio feudi das unnöthige Scrupulieren abstellte und

[1]) Französischer Gesandter in Wien.

die confirmatio pactorum nicht verzögerte, zumal da dieselbe den Prätensionen, wie gross sie auch wären, nichts benehme. Darauf bat er, dem Kf. zu hinterbringen, dass er als ein neuangehender König in vielen Stücken, zumal da sich soviel Malcontenten erhöben, fast mehr seinen Räthen als seinem Sinne folgen müsste, dass er aber doch Kf. zufriedenzustellen suchen werde. Wirklich liess er, als der U. Kanzler und der Hofmarschall zu ihm kamen, aus der Formula recognitionis alles Widrige ausser den Worten supremo et naturali aus, er erkundigte sich auch, da ihm von seinen Widerwärtigen vorgeworfen würde, er wende seine Zeit nicht recht an, danach, wie Kf. seine Stunden abgetheilt hätte, wollte es sich zum Beispiel nehmen.

---

v. Hoverbeck und v. Ostau an den Kurfürsten. D. Warschau 5. Juli 1670.

[Weitere Verhandlungen über die Lehnsrecognition.]

5. Juli. Am 3. kam der U. Kanzler zu ihnen und erklärte, dass der König mit den Senatoren beschlossen habe, 1) die Frage wegen des Eides der Deputierten sollte für dieses Mal auf die künftige Erledigung anderer Prätensionen und Differentien ausgesetzt, aber darüber eine Attestation ausgestellt werden, 2) den Pacten gemäss müsste von ihnen beiden die Recognition und zwar 3) nach einem vorgelegten Concept verrichtet werden. Alles dreies haben sie zurückgewiesen und anstelle des vorgelegten Concepts, welches viele nicht in den Pacten enthaltene Dinge enthielt, ein anderes übergeben. Schliesslich nach langen Verhandlungen, bei denen auch der kaiserliche Gesandte v. Meyerberg zu vermitteln sich bemüht hat, ist es dahin gekommen, dass die Polen ihre anderen Forderungen aufgegeben aber darauf bestanden haben, dass in das Project die Worte uti directo domino eingerückt werden, was sie auch endlich zugestanden haben.

---

v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 5. Juli 1670.

[Vorgänge bei dem Recognitionsakt. Schwierigkeiten inbetreff der Confirmation der Pacten.]

5. Juli. Der Recognitionsakt[1]) hat heute Nachmittag zwischen 6 und 7 Uhr stattgefunden, dabei aber erwiderte der U. Kanzler[2]) auf H.'s kurze Rede in einer Weise, welche seinen früheren Erbietungen durchaus nicht entsprach, er nannte den König nicht nur directum, sondern auch naturalem dominum, behielt wei-

[1]) Vgl. Pufendorf XI. § 100 (S. 857), woselbst auch die Recognitionsformel abgedruckt ist. Die Litterae recognitionis et renovationis feudi (d. 5. Juli 1670) sind in der Praecustoditio des U. Kanzlers (s. unten) abgedruckt.

[2]) S. Zaluski I. S. 416.

terer Unterhandlung vor, dass künftig die Recognition durch mehr als einen Rath geschehen, dass künftig die recognoscierenden Räthe schwören sollten u. s. w., worauf H. erwidert hat, er müsse verwahren und ausbedingen, dass dem Kf. ausser und über den Inhalt der Pacten nichts könne oder solle zugemuthet werden.

Inbetreff der Confirmation der Pacten hat er durch den Hofmarschall erfahren, dass man bei der ersten Conferenz ihnen sehr viele Prätensionen entgegen setzen und es dahin werde zu schieben suchen, dass alles an die Stände auf einen Reichstag verwiesen und die Confirmation auch bis dahin ausgesetzt würde, der U. Kanzler hätte die Leute dadurch stutzig gemacht, dass er erklärt, er wollte und würde nicht schwören, wenn es ihm gleich von dem Könige aufgetragen würde, doch würden sich wohl ein paar Castellane finden, welche des Königs Befehl in diesem Fall nachleben würden, man wollte auch rationibus mit ihnen certieren.

Wie dem allen aber, so seh ich doch viel Schwierigkeiten annoch vor uns, welche man zu widerlegen gnugsame fundamenta vor sich hat, wenn nur nicht aus dem Herzogthumb (welches wir doch woll bald werden inne werden können) uns Steine in den Weg geworfen werden. —

---

v. Hoverbeck und v. Ostau an den Kurfürsten. D. Warschau 8. Juli 1670.

[Audienz beim Könige, dessen Aeusserungen inbetreff der Malcontenten. Hartnäckigkeit des U. Kanzlers. Rath, denselben durch Bestechung zu gewinnen.]

Am 6. haben sie den Bischof von Plock[1]) besucht und gebeten, ihre Sache 8. Juli.
zu befördern, der sich auch dazu bereit erklärte. Am 7. haben sie dann bei dem Könige Audienz gehabt, derselbe fing, Morsteins Vorbericht in Händen habend, an von dessen Gesandtschaft, und dass Kf. und dessen Minister sich wohl gegen denselben betragen, zu reden. Auf H.'s Bitte, dass die litterae recognitionis so, wie der U. Kanzler sie vorher communiciert, ungeändert bleiben möchten, erklärte er sich nur im allgemeinen zu guter Bezeugung gegen den Kf. geneigt, erwähnte dann selbst, dass er gern sehen würde, dass die confirmatio pactorum je eher, je lieber und noch vor dem Reichstage, auf dem doch keine Zeit dazu sein würde, geschehe, weswegen er gewisse Personen, um wegen einiger im Rath vorgebrachten Prätensionen sich mit ihnen zu vernehmen, deputieren wollte. Als sie darauf erklärten, sie seien bereit zur Beschwörung, die hin und wieder vorgesuchten Prätensionen, welche ex pactis formiert werden wollten, könnten der Confirmation nicht vorgehen, sondern müssten nach derselben folgen, wenn dieselben beschworen, wäre Kf. bereit, sich deswegen freundlich und billig zu vernehmen, liess er es auf Vernehmung mit den Sena-

[1]) Johann Gembicki.

toren ruhen, und als sie ihm vorstellten, dass die Republik und die Senatoren mit diesem Actus nichts zu thun hätten, erwiderte er, weil die Nobilität und Republik ihn auf den Thron erhoben, so sei er denselben einige Dankbarkeit schuldig, deutete aber an, dass, wenn nur ein oder zwei Senatoren dieser Sache nachdrücklichen Beifall gäben, die Opinion, dass die Confirmation den Prätensionen vorgehen solle, obtinieren würde. Er sprach dann selbst von den Malcontenten; der Vorladung[1]) des K. Schatzmeisters und Castellans von Posen auf den Reichstag hätte er sich auf bewegliches Suchen nicht entziehen können, wegen des Erzbischofs Accommodement möchte er für seine eigene Person sich wohl finden lassen, aber in quantum das delictum statum publicum rührte, da er ihn auf den Kreistagen fälschlich mentalis reservati angegeben[2]), so müsste er diese Anklage entweder beweisen oder schriftlich oder auf dem Reichstage mündlich widerrufen. Sie stellten darauf vor, wenn der König sich überwinden und der Schärfe Gnade vorziehen würde, so würde er seine Autorität und Liebe mehr als seine Vorfahren vermehren. Wegen des K. G. Feldherrn, sagte der König, wären zwar viel Reden, aber weil er keine Beweise gegen ihn hätte, wäre bei ihm gegen denselben auch kein Ungnädiges oder Irreconciliables. Darauf begaben sie sich zum U. Kanzler, H. bat, dass die litterae recognitionis in der vorher mitgetheilten Form abgefasst und dass formalia recognitionis und sein Name ausgelassen werde, und erklärte sie anders nicht annehmen zu können, darauf baten sie ihn auch dahin zu wirken, dass die Beschwörung der Pacten ohne weitere Verzögerung erfolge. Er aber brach heraus, zuerst wären die beiderseitigen Prätensionen und Differentien abzuthun, differente Dinge könnten nicht beschworen werden, er könnte es nicht in seinem Gewissen und vor der Republik verantworten, dass die Beeidigung der Abmachung der Differentien vorangehen sollte, es wäre nicht nöthig, dass von jeder Seite zwei, sondern es wäre genug, dass einer in animam principis schwöre, wenigstens würde das von ihrer Seite geschehen u. s. w., und auch nach langem Debattieren war von ihm weiter nichts zu erreichen, als dass er die rationes zu referieren an sich behalten.

PS. Der kaiserliche Gesandte, der Danziger Subsyndicus und andere haben gerathen, Kf. möchte den U. Kanzler durch etwas Erkleckliches zu gewinnen suchen, und auch sie merken, dass es darauf gezielt wird, sie rathen 2000 Ducaten dazu zu verwenden, doch müsste es ganz geheim und unter der Hand geschehen[3]).

---

[1]) Dieselbe war auf die Forderung des grosspolnischen Adels, welcher einen delator Trombzinski bestellt hatte, geschehen.

[2]) S. oben S. 452.

[3]) Auch v. Brandt bemerkt in seiner Relation vom 12. Juli, der U. Kanzler, der allein das Werk aufhalte, werde dasselbe wohl nicht eher befördern, bis er wisse, dass er Geld bekommen solle, derselbe habe ihm schon durch andere zu verstehen gegeben, dass er deswegen Gewissheit begehre. Kf. erwidert (d. Potstam 10./20. Juli 1670), sie dürften dem U. Kanzler, wenn derselbe alles zu seiner Satisfaction einrichte, für jetzt 2000 Ducaten offerieren und für künftig fernere Gewogenheit versprechen.

v. Hoverbeck und v. Ostau an den Kurfürsten. D. Warschau 12. Juli 1670.

[Mittheilungen Stoderts. Ihre Bemühungen beim Könige und den Senatoren.]

Zu den hin und her zusammengesuchten Prätensionen ist noch eine hin- 12. Juli.
zugekommen. Am 8. war der nach ihnen eingetroffene Danziger Subsyndicus Stoddert[1]) bei ihnen und teilte ihnen mit, neulich, als der U.Kanzler bei ihnen die Huldigung abgenommen, hätten ohne des Rats und sein Wissen einige Bürger, die nach Wilda mit Waaren reisen, sich bei demselben wegen des Königsberger Stromgeldes beschwert. Der Rat hätte ihn unter anderm auch dieser Ursache wegen desswegen zu invigilieren hieher geschickt, und er hätte, um keinen Verdacht zu erregen, beim Könige und beim U.Kanzler auch dieses Punktes gedacht, da sie sonst sich an Kf. deswegen direct zu wenden beabsichtigt, sie bäten, Kf. möchte ihnen dieses nicht übel deuten, sondern, wie schon früher, von selbst Abhülfe schaffen. Ein Memorial deswegen aber ihnen zu übergeben, wie sie verlangt, hat er verweigert, da er nur es mündlich anzubringen in commissione hätte.

Sie haben die Woiwoden von Lublin und Sendomir, Rei und Tarlo, und den von Culm[2]) besucht und dieselben günstig zu stimmen sich bemüht, und wollen auch weiter beim Könige und den Senatoren mit Remonstrieren und Sollicitieren nicht nachlassen, trotzdem sie sowohl von alten als auch neuen ihrer Intention zuwiderlaufenden senatus consultis hören[3]).

Morstein werde berichten, dass Kf. nicht allein rotunde abgeschlagen, die Untersuchung der Prätensionen vor Beschwörung der Pacta vornehmen zu lassen, sondern auch, dass er dabei acquiesciert habe.

[1]) Stodert war am 3. Juli in Warschau eingetroffen; in seiner Instruktion wird ihm von dem Danziger Rathe aufgetragen, sich wegen Aufhebung des Königsberger Stromgeldes an den U.Kanzler, welcher seine Unterstützung in dieser Sache angeboten habe, zu wenden und denselben näher darüber zu informieren; die brandenburgischen Gesandten soll er besuchen, von jener Angelegenheit aber nur, wenn er danach von ihnen gefragt wird, reden und sich behutsam darüber auslassen. Am 11. Juli berichtet er über eine Unterredung mit dem U.Kanzler, der sich von ihm über jene Angelegenheit näher informieren lässt und in dem Bemühen, weitere Beschwerdepunkte gegen Kf. aufzufinden, sich auch näher nach dem Pillauer Zoll bei ihm erkundigt, und über seinen Besuch bei den brandenb. Gesandten, welche ihn schon vorher durch v. Brandt hätten fragen lassen, ob er wirklich, wie ausgegeben werde, abgeschickt sei, um die Bestätigung der Bromberger Verträge zu verhindern, und welche sich jetzt von ihm auch über das Königsberger Stromgeld, von dem sie nichts zu wissen behaupten, hätten informieren lassen; v. Hoverbeck hätte dabei bemerkt, die Stadt würde wohlgethan haben, sich wegen dieser Sache direct an den Kf. zu wenden.

[2]) Johann Gninski.

[3]) Beiliegend das Protokoll einer am 11. Juli im Hause des U.Kanzlers mit diesem und den Woiwoden von Sendomir, Lublin, Podlachien (Emerich Mleczko) und Culm gehaltenen Conferenz, die ganz erfolglos endigt; die polnischen Kommissare,

v. Hoverbeck und v. Ostau an den Kurfürsten. D. Warschau 14. Juli 1670.

[Der Primas.]

14. Juli. Der Primas hat dieser Tage seinen vertrautesten Capellan und Kammerschreiber zu v. H. geschickt und verlangt, dieser sollte eine vertraute Person zu ihm schicken, mit welcher er offenherzig reden könnte. Er hat dieses aber unter dem Vorwand, dass er jetzt keine dazu geeignete Person bei sich hätte, abgelehnt und vorgeschlagen, der Primas möchte durch ihn, den Kammerschreiber, oder auf andere Weise mit ihm communicieren. Er hat demselben darauf berichtet, dass sie bei der letzten Audienz[1]) dem Könige eine General-Amnestie anempfohlen hätten, der König aber hätte verlangt, der Primas müsste die Anklage, dass er seine Capitulation mit einem mentali reservato beschworen, beweisen oder sie öffentlich widerrufen. Der Kammerschreiber aber meinte, der Primas würde sich zu keiner Satisfaction verstehen, denn er könnte mehr als 100 Zeugen anführen, auch den König an die näheren Umstände erinnern, die Sache könnte nur gehoben werden, wenn der König aufs neue ohne Reservat die pacta conventa beschwöre, oder die Hand auf die Brust legte und dabei sagte, dass er solche Worte nicht geredet, oder es dahin richtete, dass ihm, dem Primas, von der ganzen Republik auferlegt würde, davon nicht mehr zu sprechen. Er erkenne den König als seinen Herrn an, wolle ihm auch treu bleiben und für ihn sein Leben lassen, allein die königliche Capitulation müsste in allen Stücken gehalten werden und sich derselbe an die Reichssatzungen verbunden achten, ferner müsste das königliche Haus umschränkt werden, damit es nicht zu mächtig würde. Er würde auf den nächsten Reichstag kommen und, wenn man ihn weiter zu zergen nicht unterlassen würde, wohl ärgere Dinge an den Tag bringen.

Schliesslich hat v. H. soviel penetriert, dass der Primas sich wohl werde bewegen lassen nach Hofe zu kommen, wenn Kochanowsky auf einige Zeit entfernt und er vom Könige durch Schreiben eingeladen würde. Auf die Frage, wie der K. G. Feldherr jetzt sich gegen den Primas und andere seiner Freunde betrüge, erhielt er die Antwort, der Primas habe in einem halben Jahre kein Schreiben von demselben gehabt, mit seinen Freunden aber, den Woiwoden von Kyoff[2]) und Reussen[3]), dem Reichsfähndrich Sienawski und dem K. Feldschreiber Pototzki lebte er in enger Vertraulichkeit[4]).

---

nachdem sie vergeblich versucht, die Brandenburgischen zum Nachgeben zu bewegen, nehmen schliesslich alles ad referendum an den König.

[1]) S. oben S. 461 f.

[2]) Andreas Potocki.

[3]) Stanislaus Johann Jablonowski.

[4]) In einer Relation vom 19. Juli, in welcher er über eine neue am 17. mit dem Prälaten des Primas gehaltene Unterredung berichtet, meldet v. H., dieser habe an ihn vier Fragen gerichtet: 1) wenn vires viribus würden opponiert sein und der

Der Kurfürst an die Gesandten. D. Köpenick 13./[23.] Juli 1670.

[Befehl zur Abreise.]

— Weil dann nun von Euch zur Gnüge vorgestellet worden, war- 23. Juli.
umb die Erörterung der von beiden Theilen habenden Praetensionen der confirmationi pactorum nicht vorgehen könne, so befehlen wir Euch gnädigst, im Fall man sich bishero nicht anders darinnen begriffen und Ihr verspüret, dass sie darbei verbleiben wollten, alsofort I. K. M. und denen Senatoren anzuzeigen, dass, nachdem wir unsers Ortes alles gethan, was uns vigore pactorum oblieget, wir uns dergestalt nicht länger amusiren lassen könnten noch wollten, und Ihr dahero Befehl hättet, von dannen zu ziehen, vorher aber offentlich zu protestiren, dass die Schuld nicht an uns, und dass wir alles gethan, worzu uns die pacta verbunden, und demnach von allen entschuldigt sein wollten, wie wir dann auch gemeinet sind, dass Ihr solchem also gehorsambst nachkommen sollet, dann wir gnug verspüren, weil die Malcontenten sich itzo darumb zu accommodiren suchen, weil wir dem Könige eine so beständige Freundschaft offeriret, dass man dieses am Königl. Hofe missbrauchen und uns so lange aufhalten wolle, bis nach gütlichem Accommodement der Malcontenten sie sich alsdann noch viel widriger gegen uns bezeugen mögen. —

---

v. Hoverbeck an den Freiherrn v. Schwerin. D. Warschau 2. August 1670.

[Ursachen der ihnen gemachten Schwierigkeiten. Die Lage der Dinge. Verhandlungen mit dem Primas. Argwohn wegen der Ankunft Lionnes.]

— Die Difficultäten, so man uns wider alle raison movirt, rühren 2. Aug.
meines wenigen Erachtens vornehmlich daher[1]), dass einige von den

---

Primas nebst den Seinigen an Kf. schicken würde, was für eine Declaration darauf erfolgen würde. Mit seiner Antwort, Kf. würde, wie bereits durch Schreiben geschehen, sich zur Mediation erbieten, war jener sehr zufrieden; 2) ob sich Oesterreich darein mischen würde; v. H. erwiderte, dasselbe würde wohl unter der Hand den König unterstützen; 3) wie weit Kf. mit Frankreich verbunden, wovon er nichts zu sagen gewusst; 4) ob Kf. mit dem Hofe ein sonderlich Bündnis gemacht und sie demzufolge bei dem U. Kanzler mit 4 Senatoren Rath gehalten, worauf er erwidert hat, dass nur über die Renovation der Pacten Conferenz gehalten sei.

[1]) Stodert berichtet dem Danziger Rathe am 17. Juli 1670: „Der H. U. Canzler

preussischen Widerwärtigen dem Hofe die Opinion gesucht beizubringen, es hafte Sr. Chf. D. Wollfahrt dran, und würden es die Stände nicht anders ausdeuten, als wenn durch Verzögerung solcher Confirmation die Souverainität gleichsam einen mächtigen Stoss bekommen hätt, welches zu verhüten S. Chf. D. von den an die Republique habenden Praetensionen sehr viel nachgeben und dergestalt die Ministri status, so die Sach unter Handen haben, sich umb dieselbe hoch zu verdienen Gelegenheit überkommen würden. Wir extenuiren dakegen diesen actum so viel als möglich und opponiren ihnen Sr. Chf. D. angeborne Grossmütigkeit, welche ehe alles über sich gehen lassen als ihr etwas würden abtreten lassen, haben auch bereits zu vielen Malen gedraut davon zu ziehen. Es scheint aber bei jetzigen Conjuncturen nicht, dass man sich davor fürchte, supponirend, S. Chf. D. hätt sich (umb der Cron willen) mit Schweden unversöhnlich gemacht, also, dass man in casum einer Ruptur dannenher nichts zu besorgen hab. Hinkegen scheint es, dass von des Obristen Kalckstein unbesonnen Discursen dannoch nicht wenig gehaftet, es würden [1]) auf den Fall, da nur ein corpus von 2000 Mann ins Herzogthumb gesandt würde, die Leut alle beifallen und also S. Chf. D. von den Ihrigen nicht weniger in Gefahr als von Fremden stehen.

Noch zur Zeit können wir nicht penetriren, dass der Hof worauf anders als auf die Menge der gemeinen Ritterschaft, welche sehr wankelmüthig zu sein pflegt, und die Malcontenten als auf der Armee Confoederation und einige von den grossen Herrn geworbene Völker, so sich, wie uns der Keyserliche Ablegatus fast zugestanden, auf 4500 Mann belaufen, Staat und Hoffnung mache. Weil aber unter denselben viel mit dem Hofe correspondiren, hat es das Ansehen annoch, dass beide Theil — aufs Schlipfrige bauen. Die mesnage, deren E. Ex.ce gedenken, werden wir nach Möglichkeit gebrauchen, massen ich dann des Primatis

---

intendiret, per has protractiones et difficultates dem unzufriedenen Adel im Churf. Preussen Muth zu machen, damit er cum gravaminibus pro impugnando absoluto dominio sich apud Rempublicam geströstend angebe und einfinde, wozu, wie man vernimmt, unruhige Leute sich in der Stille bereits bereden und anschicken sollen. Es erfolge dergleichen oder nicht, vermeint Procancellarius dennoch mit diesem allen soviel zu Wege zu bringen, damit Brandeburgicus aus Beisorge, ne tale quid accidat, durch freiwillige Behandelung von der Prätension auf Elbing und Draheim desto ehender sich abbringen lasse, ihm aber selbst ein fettes Oel in seine Lampen beifliesse."

[1]) S. oben S. 444.

Regni an mich Abgeschickten[1]) ein solch Recreditiv gegeben, daraus nichts anders kann abgenommen werden, als dass er sein Unglück geklagt, sehr grosse Facilität dabei gezeugt, und ich mich zur Interposition anerboten. Sollte man sich der Leut zu bedienen haben, würde was mehr dazu gethan werden müssen, weil seit der Zeit er nichts mehr an mich gebracht. Ob die obgedachte Difficultäten von einem andren alhier viel geltenden Orte fomentirt werden, dasselb können wir noch zur Zeit eigentlich nicht penetriren, dasselb aber äussert sich nur gar zu sehr, dass alhier und an demselben Orte des französischen Envoyé de Lionne erschollene Ueberkunft an Sr. Chf. D. Hofe sehr grosse Ombrage gebe. —

---

v. Hoverbeck und v. Ostau an den Kurfürsten. D. Warschau 5. August 1670.

[Audienz beim Könige. Fruchtlose Verhandlung mit den Senatoren.]

Am vorigen Sonntag [3. August] haben sie zu Bialolenko bei dem Könige 5. Aug.
Audienz gehabt und nochmals Verrichtung der confirmatio pactorum und ihre Abfertigung urgiert, der König erwiderte, er müsste auch in dieser Sache circumspect gehen, wäre aber dem Kf. zu satisfacieren geneigt und wollte sofort an den U.Kanzler schreiben, dass derselbe samt den anwesenden Senatoren mit ihnen conferieren und versuchen sollte, ob nicht per media der bisher controvertierten Frage abgeholfen und zur Confirmation geschritten werden könnte. Auch die Königin, welche sie baten, ihr Gesuch zu secundieren, hat ihnen sehr freundlich geantwortet. Gestern hat wirklich der U.Kanzler ein solches königliches Schreiben erhalten und die Conferenz auf 6 Uhr Nachmittags angesetzt, auch, nachdem ihm durch Brandt die volle Summe der 1000 Ducaten angeboten worden[2]), sich erboten, das Seinige zu thun, so dass sie Mittwoch würden abreisen können. Die Conferenz aber ist doch fruchtlos verlaufen, da der Woiwode von Culm trotz der Zureden des U.Kanzlers von seinen alten Concepten nicht abzubringen war und behauptete, der Senat wäre zu schwach, und auch der von Sendomir ihm zustimmte. Sie wollen daher, sobald sie die nöthigen Gelder erhalten, die Protestation einreichen und abreisen.

---

[1]) S. oben S. 464.

[2]) Die Gesandten hatten einerseits durch den von seiner Gesandtschaft nach Berlin zurückgekehrten Felix Morstein und durch Rode, der sich auch dazu erboten, mit dem U.Kanzler selbst, andererseits durch v. Brandt mit einem Vertrauten desselben, dem Canonicus Wotocki, über die jenem zu zahlende Geldsumme verhandeln lassen, derselbe erklärte sich auch anfangs günstig, schliesslich aber sind diese Verhandlungen doch gescheitert.

Der Kurfürst an die Gesandten. D. Potstam 29. Juli/[8. August] 1670.

[Befehl zur Abreise und Abfassung einer Rechtfertigungsschrift. Bestechung des U. Kanzlers. Mittheilung an die Malcontenten.]

8. Aug. Aus ihren letzten Relationen hat er ersehen, dass man polnischerseits nur Zeit zu gewinnen und unter allerhand Vorwänden sie aufzuhalten sucht, bis man sehe, wie es mit den Malcontenten und sonst in der Republik ablaufen wird, um dann entweder seine Freundschaft zu erhalten zu suchen oder sie wie bisher zu negligieren.

Sollten sie noch dort sein und nicht mehr als bisher haben ausrichten können, so sollen sie eine solche Schrift, welche der ganzen Republik vorgezeigt werden kann, und worin seine gute Intention und billigmässige desideria und dass er das, was zur Confirmation und Renovation der Pacten seinerseits erfordert werden könnte, überflüssig prästiert, klärlich dargelegt wird, abfassen, und nach Ueberlieferung derselben an den König und einige Senatoren, wie auch an einige judicia, wie dort gebräuchlich, Abschied nehmen [1]).

PS. 1. Kf. will geschehen lassen, dass sie den U. Kanzler durch Morstein zu gewinnen suchen, doch in solcher Weise, dass derselbe nicht nachgehends aussprengen könne, Kf. hätte es ihm offeriert. Dass aber sonst jemand anders dergestalt mit Geld möchte gewonnen werden, dazu kann er sich garnicht resolvieren, um nicht wieder in die vorigen Inconvenientien, alles teuer zu erkaufen, zu fallen.

PS. 2. Falls Ihr ohne Satisfaction Euch von Warschau zurücke würdet begeben müssen, befehlen wir Euch gn. darob zu sein, wie Ihr denen Malcontenten den ganzen Handel mit guter Manier dergestalt an Hand geben möget, dass sie daraus ein gravamen zu machen Anlass nehmen, dass nemblich der König in einer so klaren und billigen Sache, worzu er vermöge der Pacten verbunden, unter allerhand gesuchten Praetexten uns gebührende Satisfaction zu geben versaget und also leichtlich die Republicq dardurch in Weiterungen und Ungelegenheit bringen möchte. —

A. v. Ostau an den Kurfürsten. D. Warschau 9. August 1670.

[Mittheilungen Rode's über die preussischen Malcontenten u. die Absichten der Polen.]

9. Aug. Der U. Kanzler hat ihm zwar den Wunsch, mit ihm allein zu sprechen, unter dem Vorwande, dass H. v. Hoverbeck ihm zu hart, mittheilen lassen,

---

[1]) Nach Empfang der Relation vom 5. August weist Kf. (d. Potstam 4./14. August 1670) sie an, keinen Tag länger zu bleiben und das zu ihrer Abreise nöthige Geld vorläufig auf Credit zu nehmen.

er wird sich aber, wenn sich die Hoffnung zu guter Verrichtung nicht besser anlässt, darauf nicht einlassen, zumal da der Kammerherr Rohde, der ihn soeben besucht, ihm mitgetheilt hat, der König, mit dem er wegen Confirmation der Pacten und ihres Aufbruchs gesprochen, habe sich ungehalten darüber geäussert, dass sie auch die Königin [1]) veranlasst, sich in diese Angelegenheit zu mischen, und erklärt, er müsste dabei bleiben, dass erst die Prätensionen abgethan würden.

Sonst — hat von grosser Devotion gegen E. Chf. D. er Contestation gemachet, auch S. Kön. Maj. selbst declariret zu haben gesaget, wann sie mit E. Chf. D. und Preussen, da Gott vor sei, zerfallen mochten, er alsdann diesen Hof quitiren und bei E. Chf. D. und Preussen, seinem Vaterlande, sein liebstes uffsetzen wollte, mich dabei gebeten, den Preussen, so sich nach der Appellation hieher sehnen, von solchen Gedanken abzureden, denn die justice wäre hier so beschweret, dass man dafür Scheu zu tragen grosse Ursach, es hätten viel auch vornehme Preussen dergleichen und anders an ihn vor auch nun geschrieben, darunter auch woll meine Blutsfreunde sein möchten; vorzusehen hätte man sich, vieler Polen Absehen ginge dahin, das Herzogthumb Preussen in Starosteien zu verteilen, daraus unschwer zu bedenken, was sie ihres Orts dabei vor Vorteil, hiegegen seine Landsleute vor Dienstbarkeit und Praeterirung daraus zu gewarten, — hat dasselbe, was schon vorhero, er abermal contestiret und wiederholet mit Vorwenden, wie er den Preussen antwortlich geschrieben, dass dasjenige, was man ihn hier zu verrichten gebeten, er weder raten noch thun könnte oder wollte, Milde vor seinen Vater bittende, nicht allein ferner Treue zu E. Chf. D. Dienst, sondern, wenn er die Gnade und Gelegenheit, deroselben uffzuwarten, haben möchte, sich hierunter selbst uffrichtig mehr gegen E. Chf. D. zu expectoriren erboten, ja wäre auch mit E. Chf. D. Zulass willig, sich unter ihr sesshaftig zu machen. Ich bedankte mich —, meine — Beiratung war, dass in E. Chf. D. pr. Affairen er bei S. Kön. May. sich ohn Eifer temperiren, doch mit Manier alle ubele impressiones und Gedanken deroselben jederzeit zu benehmen sich alle Gelegenheit möchte recommandiret sein lassen —. Dass er die übelbegriffenen Preussen in schädlichem Fürhaben abgemahnet, wäre ein Stück eines rechtschaffenen Ch. Erbunterthanen und christlichen preussischen Kindes; wann die, so solche Lust anhero zu appelliren hätten, nur von den neulichst alhier gerichteten Curlandern Information werden nehmen, was sie vor Lust und Vorteil dabei gehabet, würde der unzeitige Appetit ihnen wohl vergehen;

[1]) S. oben S. 467.

dass Ob. Kalckstein mein Blutsfreund, könnte ich nicht verabreden, aber seine actiones und in was Stande er dadurch geraten, wäre noch bekannter; ganz inständigst habe mehr als einmal ich ihn auch vertraulich gebeten, mir doch auch die andern und, wo ja nicht alle, doch nur etzliche der Preussen namkundig zu machen, so desfalls an ihn geschrieben, hat es aber nicht thun wollen. —

Endlich vermeinte er, dass die itzo enervirten Polen, so auch noch mit sich selbst zu thun, wegen eines Krieges nicht zu consideriren, allein dass bei besserem Stande und Gelegenheit man uff sich woll durfte Acht haben müssen. Seines Orts wünschte er, — dass E. Chf. D. dero Stände in Preussen auch bei gegenwärtigem Landtage mit gnädigster Resolution zu ihrer und der Lande bessern und festern Sicherheit unmassgeblich begegnen und dero Wahn, so sich hier uff sie verlassen, zu Wasser machen möchte. — Mit unserm Uffbruch zu eilen rathet er und legt alles, was im Reich widrig, dem H. U. Kanzler zu, mit welchem er nicht woll stehet. — Dass er sonst vor die Confirmation und unsere Negociation eifrig spreche, zeuget ihm H. OberCammerer aus Liebe zu seines Vaters Befreiung. —

---

v. Hoverbeck und v. Ostau an den Kurfürsten. D. Prag 16. August 1670.

[Abschiedsaudienz. Das responsum. Geldforderung des U. Kanzlers.]

16. Aug. Sie haben vom Obristen Dennemarck Vorschuss empfangen, am 14. bei dem Könige und der Königin Abschiedsaudienz gehabt, am 15. aber erst die Credentiales[1]) erhalten. Der König machte zwar auch in dieser Audienz gegen Kf. grosse Bezeugung, erklärte aber, für dieses Mal nichts bei der Confirmation thun zu können.

Um das Responsum[2]) haben sie seit dem 23. Juli bei dem U. Kanzler angehalten, endlich heute hat derselbe es ihnen durch den Regenten seiner Kanzlei Buzinski, begleitet von Morstein, zugeschickt und durch letzteren sich 1000 Dukaten ausgebeten, sie haben ihm aber erwidert, dass Hoverbeck für sich der Kanzlei 100 Rthlr. zahlen würde, wenn das Wort Pomesaniae[3]) entweder ganz ausgelassen oder in genügender Weise erläutert würde. Sie haben Brandt zur Eventualausnahme der literarum recognitionis 100 Ducaten und 100 Thaler zurückgelassen.

---

[1]) D. Varsaviae 14. August 1670.

[2]) D. ex Cancellaria Regni Varsaviae 7. August 1670, abgedruckt bei Zaluski I, S. 252f.

[3]) S. über diesen Streitpunkt Pufendorf XI § 101 (S. 858).

v. Hoverbeck und v. Ostau an den Kurfürsten. D. Prassnitz 20. August 1670.

[Annahme des königl. responsum. Ihre Protestation.]

Obwohl sie gegen das ihnen ertheilte responsum in bescheidener Weise Er- 20. Aug.
innerungen gemacht und von Buczynski selbst Hoffnung erhalten, dass einige Dinge würden geändert werden, so ist doch alles auf das ärgste ausgedeutet worden, so dass der U. Kanzler ihnen sagen liess, weil sie das responsum verachtet hätten, so möchten sie ohne responsum zurückkehren. Weil aber in demselben doch einige gute Dinge enthalten sind, die widrigen auch Kf. zum Beweise dienen können, dass man ihm in vielen Dingen ungerecht sei, so haben sie, als der U. Kanzler nicht sowohl auf Morsteins und Brandts Vorstellungen als in Erinnerung, dass H. die Recognitionsformel noch nicht ausgeliefert, ihnen dasselbe ungeändert zurückgeschickt unter der Bedingung, dass ihm dagegen die Vollmacht und Recognitionsformel ausgestellt würde, es ad referendum angenommen und dafür die von H. unterzeichnete Recognitionsformel ausgeliefert. Sie haben darauf die von ihnen verfasste schriftliche Protestation in 3 Exemplaren an Brandt geschickt, das eine für den V. Kanzler zur Metrica, das zweite für den König, und das dritte, um es ins Burggericht zu insinuieren. Sie haben diese Protestation mehr auf sich als auf den Kf. gerichtet, damit Kf. ungekränkt seiner Rechte freie Hand behalte, falls er darüber mehr zu thun rathsam finden sollte [1]).

Eus. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Warschau 23. August 1670.

[Ueberreichung der Protestation. Aeusserungen des U. Kanzlers.]

Von der ihm von den Gesandten zugeschickten Protestation hat er ein 23. Aug.
Exemplar im Burggericht abgegeben, das zweite dem Könige, das dritte dem U. Kanzler eingehändigt. Der König soll es sehr wohl aufgenommen haben, der U. Kanzler aber nahm es sehr übel auf und sagte, er wolle es widerlegen [2]), wobei er heftig auf Hoverbeck schalt und diesen unter anderem be-

---

[1]) Kf. schreibt den Gesandten (d. Potsdam $\frac{30. \text{ August}}{[9. \text{ September}]}$ 1670), er habe ihre Protestation drucken lassen und schicke ihnen einige Exemplare, um dieselben theils der Preussischen Regierung ad acta zu geben, theils nach Polen, namentlich an ihm wohlgesinnte proceres zu senden. Die Schrift führt den Titel: Protestatio quam Serenissimo ac Potentissimo Regi et inclytae Reipubl. Poloniae legati Electorales Brandeburgici Varsavia discedentes sub titulo Praecustoditionis exhiberi curarunt. Anno 1670 (14 S. in 4°).

[2]) Von dieser nachher auch gedruckten Gegenschrift: Praecustoditio Procancellarii Regni Poloniae adversus Electoralis Brandeburgicae Deputationis Praecustoditionem etc. D. Varsaviae die 28. Augusti 1670 (wiederabgedruckt, aber ohne die Bei-

schuldigte, mit dem Erzbischof zusammen gewesen zu sein, der ihm gerathen habe, auf Zerreissung des künftigen Reichstages hinzuwirken. Trotzdem lässt er sich so an, als ob er nur auf Gelegenheit warte, da er die pacta ohne Furcht vor der invidia des Adels confirmieren lassen und so die Dukätle, wie er sagt, gewinnen könne.

Die Polen verlassen sich auf die Preussen und auf die Schweden, es wäre daher gut, wenn Kf. jemand nach Schweden schickte, zumal die Polen ebendieses beabsichtigen.

Eus. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Warschau 26. August 1670.

[Uebermuth der Polen.]

26. Aug. Bei den üblen Zeitungen aus der Ukraine und der Absicht der Malcontenten, sich aufs neue zu erheben und mit grosser Assistenz auf den Reichstag zu kommen, haben die Polen wohl nicht so grosse Ursache zu prahlen und zu drohen, dennoch können sie es nicht lassen. Denn sie theilen bereits das Herzogthum Preussen in ihren Discursen in Woiwodschaften, Starosteien und Bisthümer unter sich aus. Das heisst recht die Haut verkaufen, ehe man den Bären gefangen. Zerreisst dieser Reichstag aber auch, so werden sie wohl anders sprechen. Man beschuldigt auch des Kf. Gesandten, dass sie vor der Königin in der Audienz ein paar Mal das Haupt bedeckt. In der Littauischen Instruktion beschwert sich der Adel darüber, dass Kf. den Franzosen und Holländern erlaube, ihr Salz in Königsberg aufzuspeichern, was wider die alten pacta zwischen Preussen und Littauen laufe.

König Michael von Polen an den Kurfürsten. D. Varsaviae 30. August 1670[1]).

[Versprechen, die Pacten auch vor ihrer Beschwörung zu halten.]

30. Aug. Quod confirmationem Pactorum Bydgostiensium, quae Nobis cum Serenitate Vestra intercedunt, ad breui imminentia Generalia Regni Nostri Comitia distulerimus, incongruum esse rebus Serenitatis Vestrae non

---

lagen bei Zaluski I, S. 254 ff.) übersendet Olszowski am 30. August zwei Exemplare an O. v. Schwerin für diesen selbst und für den Kf.

[1]) Dabei die Bemerkung: „Dieses Königliche Poln. Schreiben ist durch den H. Kochanowsky, Starosten zu Radom, ausgewirket, wofür ihm, wie H. von Brand sub dato 30. Augusti berichtet, 200 Ducaten Discretion versprochen und gegeben. Weil aber solches Schreiben ungesiegelt war, so ist H. Scultetus zum Gross Canzler Lesczynski nach Posen geschickt, umb solches aldar siegeln zu lassen."

potest. Interim Serenitatem Vestram certam et securam esse volumus, Nos ex parte Nostra foedus hoc perpetuum non minus, acsi juramento confirmatum esset, juraque bonae vicinitatis illibata et illaesa servaturos, pactaque praedicta utpote per se valida pro juratis habituros, donec per Deputatos solemniori confirmabuntur ritu. —

Eus. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Warschau 13. September 1670.

[Vorgänge auf dem Reichstage. Kalckstein.]

Montag ist der K. Schatzmeister, der sogleich beim Könige eine lange Audienz gehabt, sowie der Castellan von Posen und der Stolnik Coronny[1]) hier angekommen. Dienstag den 9. September war die erste Session des Reichstages[2]), die sich sehr glücklich anliess. Es wurde sogleich zur Marschallwahl geschritten und nach kaum einer Stunde H. Lubomiersky, Starosta Spisky, gewählt, darauf dem Könige im Senat diese Wahl angezeigt, der sehr darüber erfreut war, weil man gefürchtet hatte, dass schon bei der Marschallwahl der Reichstag werde zerrissen werden, und den Adel für den folgenden Tag zum Handkuss einladen liess. Dieser Marschall ist dem Kf. sehr zugethan und Br. hofft, dass derselbe nichts diesem Nachtheiliges werde in die Constitution kommen lassen. 13. Sept.

Mittwoch den 10. kamen die Landboten in den Senat und wurden zum Handkuss gelassen, sie forderten darauf vom Könige die dritten vices wegen der Pospolite ruszenie, welche ihnen auch bewilligt wurden, dieselbe soll gegen den 2. October parat, aber so lange in den Grenzen einer jeden Woiwodschaft bleiben, bis die Noth erfordern würde, sie nach Warschau zu rufen. Das weitere Verlangen, der König solle dem Castellan von Posen und dem K. Schatzmeister, als reis criminis laesae majestatis et perduellionis, die Stelle im Senat verbieten, hat derselbe nicht erfüllt, sondern geantwortet, er könnte solches nicht eher thun, bis dieselben jure convicti wären.

Dienstag den 11. that der Landb. Marschall die Proposition wegen der abzuhandelnden Punkte, dann beschloss man wegen des Castellans von Posen und des K. Schatzmeisters, dass sie sich so lange des Senats enthalten sollten, bis sie ihre Sache ausgeführt und ihre Unschuld bewiesen hätten. Nachdem der König wegen der Krönung der Königin proponieren lassen, wurde beschlossen, dass dieselbe zu Warschau auf Michaelis vor sich gehen solle; da man dazu die Kleinodien aus dem Schatze in Cracau vonnöthen hat, so gab dies Anlass zu der Frage, ob man den K. Schatzmeister dorthin schicken solle, die meisten verlangten zwar, dass man den Schlüssel ihm abnehmen und einem anderen geben solle, doch nahmen sich auch einige seiner

[1]) Johann Wielopolski.

[2]) Vgl. Zawadzki S. 145 ff., Lengnich VIII, S. 42 ff.

an, und man glaubt, dass er den Schlüssel behalten wird, zumal der König selbst nicht so scharf wider ihn verfahren will. Der Antrag eines Landboten, der König sollte an Kf. schreiben, warum derselbe so viele Völker an ihre Grenzen legte, ob sie sich einiger Feindseligkeit von ihm zu versehen hätten, wurde nicht beachtet.

Freitag den 12. redete der Chorazy Sendomirsky[1]) sehr scharf gegen den Erzbischof und verlangte, dass derselbe sich einstellen und seine Anklagen gegen den König beweisen solle, als man dann angefangen, von den Vacancen zu reden, liefen zwar viele ungereimte Dinge mit unter, jedenfalls aber fängt sich der Reichstag mit gnugsamer Einigkeit des Adels an. Br. freut sich auch darüber, dass in der Proposition weder der Confirmation der Pacten noch der Praetensionen und Differentien gedacht wird.

Fürst Demetrius wird täglich hier erwartet, Kalckstein wird wohl mit demselben angezogen kommen, doch ist er bei allen ehrlichen Leuten ruiniert und darf sowohl bei der Armee als hier keinem Cavalier unter die Augen treten, er getraut sich daher auch nicht 50 Schritte vom Fürsten wegzumachen. Wenn man ein paar tausend Thaler hier parat liegen hätte, könnte man sich vielleicht hier seiner bemächtigen.

Eus. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Warschau 18. September 1670.

[Vorgänge auf dem Reichstage. Kalckstein.]

18. Sept. Mit dem Reichstage[2]) lässt es sich noch immer wohl an, wegen der Vacancen hat man sich unter den Landboten glücklich verglichen, die Senatoren haben am 15. begonnen, über die Proposition zu votieren, die Klügsten haben Mittel vorgeschlagen, um die Zerreissung des Reichstages zu verhindern, und schon am 16. ist man mit den vota zu Ende gekommen.

An demselben Tage ist Kalckstein auf einem Bauerwagen, nur zwei abgerissene Diener bei sich habend, hier wieder angelangt. Durch ein Schreiben des Majors Meglin[3]) und zweier Officiere von des Fürsten Demetrius Leibregiment hat Br. erfahren, dass sich K. anfangs durch sein Aufschneiden und Prahlen bei dem Fürsten in solchen Credit gebracht, dass dieser ihm sein Leibregiment hat geben wollen, dass aber sämmtliche Officiere desselben dagegen protestiert hätten, hernach hätte der Fürst je länger je mehr aus desselben ungereimten und insolenten Reden abgewonnen, dass es nicht recht mit ihm sein müsste, und als derselbe Brandts Schreiben[4]) und die mitgeschickten Acten erhalten, hat er ihm sagen lassen, dass er sich von seinem Hofe wegpacken sollte, weil er mit keinem Uebelthäter und Schelm zu thun haben wollte, und

[1]) Martin Dembicki. Vgl. Zawadzki S. 149.
[2]) Vgl. Zawadzki S. 147 f.
[3]) S. oben S. 433.
[4]) S. oben S. 448.

hat ihm auch nicht gestattet, mit ihm zusammen nach Warschau zu gehen, sondern K. hat vorausgehen müssen, er giebt vor, Briefe der Mutter des Königs an diesen mitgebracht zu haben, was ihm aber niemand glaubt.

An demselben Tage hat man in der Landbotenstube wegen des K. Schatzmeisters deliberiert, und hat man gesehen, dass die Zahl seiner Anhänger sich täglich vermehrt, schon über 12 Landboten, darunter namentlich auch der Chorazy Sendomirsky Dembicki, dem er 1000 Rthlr. verehrt haben soll, haben dafür gesprochen, dass man ihn nach Cracau senden solle. Bei der folgenden Verlesung der Senatusconsulta ist am Mittwoch auch[1]) die Protestation der Gesandten des Kf. sowie die Reprotestation des U. Kanzlers und die Instruction Morsteins verlesen worden, der U. Kanzler hat dadurch wider seinen Willen dem Kf. einen Vortheil verschafft, denn viele von den verständigen Landboten haben gesagt, die Protestation wäre höflicher und politischer eingerichtet als die Reprotestation.

Donnerstag den 17.[2]) haben die Landboten sämmtlich einen scharfen Eid geschworen, nur das bonum publicum vor Augen haben zu wollen.

An demselben Tage hat Kalckstein ihn auf der Strasse angehalten, seinen Steigbügel geküsst, auch sonst sich sehr demüthig gestellt und ihn gebeten, dem Kf. zu schreiben, er wäre bereit nach Berlin zu gehen und Kf. zu Füssen zu fallen, wenn ihn dieser versichern wollte, dass ihm da kein Leid geschehen sollte, er würde es mit denen, die ihn durch Drohungen gezwungen, aus Preussen zu entweichen, schon aufnehmen und mit ihnen rechten, weil er versichert wäre, dass sie hierin mehr gethan, als ihnen vom Kf. befohlen wäre, er hoffte, wenn Kf. recht davon informiert wäre, würde er ihm das, was er hier aus Ungeduld und Desperation gesprochen, vergeben. Ob es ihm damit Ernst ist, weiss Br. nicht, er vermuthet, jener wolle ihn durch solches Reden aufhalten, damit er ihn indessen frei agieren lasse, das wird aber nicht geschehen[3]). Wenn er hier 1000 Thaler hätte, um sie dem Fürsten Demetrius[4]) im voraus zu geben, und noch einmal soviel zusagte, so hofft er, derselbe würde ihn dem Kf. liefern, denn er hat sich selbst dazu angeboten.

Der Erzbischof ist gestern auch mit 400 Reitern angekommen, jetzt wird der Tanz erst recht angehen, zumal wenn das wahr ist, was man von einer Conföderation der Armee mit dem Feldherrn gegen die Pospolite ruszenie spricht.

---

[1]) Vgl. Zawadzki S. 150f.

[2]) Vgl. Zawadzki S. 152f.

[3]) Der Danziger Subsyndicus Stodert, den der Rath der Stadt zu diesem Reichstage wieder nach Warschau geschickt hatte, berichtet am 19. September: „Der Obrist Kalckstein ist wieder hier, debacchatur plenis lunis contra Electorem, will denselben ad judicia regni ausladen lassen."

[4]) So ist statt des von dem Déchiffreur irrthümlich gesetzten Radziwill, wie schon Paczkowski S. 171 bemerkt hat, zu lesen.

Eus. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Warschau 28. September 1670.

[Vorgänge auf dem Reichstage. Bedrohliche Aussichten. Anträge des Erzbischofs. Der holländische Gesandte.]

28. Sept. Der Reichstag beginnt nach der Hand zu hinken, und wofern die Pospolite ruszenie nicht über Vermuthen einen Schluss herauszwingt, dürfte es noch wohl schlimmer als mit den beiden vorhergehenden ablaufen.

Bericht über die Vorgänge vom 23.—26. September[1]).

Am 26. ist Galezki[2]) bei dem Erzbischof gewesen, welcher ihm vertraut, auf eine Reconciliation sei nicht zu hoffen, weil man die Senatoren unterdrücken und den Malcontenten keinen reputierlichen Vergleich gestatten wolle, sie wollten deshalb das äusserste wagen und Land und Blut daransetzen. Um ihre Sache desto besser auszuführen, wollten sie sich gern mit dem Kf. verbinden, dieser brauchte nicht zu fürchten, dass sie keine vires hätten, sie hätten die ganze Armee nebst den Tataren und Kosacken auf ihrer Seite, die Armee, welcher sich alle Truppen der grossen Herren conjungierten, hätte sich von neuem pro libertate, pro autoritate senatus, für den Feldherrn und für ihre Bezahlung bis auf den letzten Heller verschworen, dieselbe sollte herkommen und der Pospolite ruszenie das Haupt bieten. Wenn sie sich alle recht verbunden haben würden, wollte die Armee und der Senat Gesandte an Kf. schicken und, falls dieser sich mit ihnen verbinden wollte, wollten sie dafür, dass derselbe helfen wollte, sie bei ihrer Freiheit und Autorität zu erhalten, bis zum letzten Blutstropfen für dessen Recht, das er vermöge der Pacten hätte, stehen. In der Nacht ist er selbst mit Galezki bei dem Erzbischof gewesen, dieser wiederholte das meiste, was er jenem vertraut, und bat, es dem Kf. zu referieren, namentlich, dass sie diesem die pacta fest halten wollten, falls er sie bei ihrer Freiheit und Autorität maintenieren wollte. Er erbot sich auch, mit v. Br. zu correspondieren und dazu gewisse Ziffern mit ihm zu verabreden.

Ich — halte — dafür, dass, weil sich der Hof auf die schlimme Seite leget, man zum wenigsten die drei in ihrer Hoffnung zu stärken habe, damit sie den Muth nicht fallen lassen. Es ist keine Reconciliation vor ihnen zu hoffen, und wenn man dieselben jetzo verlassen sollte, so dass sie zu Kreuze kriechen müssten, würden sie sich offendiret befinden und sich hernach zu rächen suchen, und dem Hofe, als welcher durch Caressen nur hoffärtig gemacht wird, ist ganz nicht zu trauen, sondern man hat sich vielmehr zu befürchten, dass die Polen, wenn sie

---

[1]) S. Zawadzki S. 155 ff., Zaluski I, S. 262 ff., Lengnich VIII, S. 45 ff.

[2]) S. oben S. 396.

sich vereinigen sollten, gewiss etwas tentiren würden, weil sie sich auf die Preussen ganz und gar verlassen und zu dem Ende den Kalkstein alhier protegieren. Anjetzo haben E. Churf. D. die beste Gelegenheit ihren Vortheil in Acht zu nehmen, denn es ist hier schlechter beschaffen, als es jemals gewesen. Jedoch aber wäre hiebei grosse Vorsichtigkeit zu gebrauchen, dass deroselben Intention alhier nicht zu zeitig kund würde, sondern die Gemüther bei Hofe noch eine Zeit lang in suspenso gehalten werden möchten, umb zu sehen, ob die Noth dieselben nicht werde beten lernen und ob sie nicht selbst in solchem Zustande E. Churf. D. suchen werden.

Sonnabend Abend ist der Erzbischof davon gezogen, um der Pospolite ruszenie bis nach Lowitz entgegen zu gehen, wo er sein Schloss verschanzen und mit Stücken besetzen, auch Wein und Bier hat anführen lassen, um dieselbe zu tractieren und womöglich auf seine Seite zu bekommen. Die Bischöfe sollen alle wegziehen wollen, auch von dem Schatzmeister zweifelt man, ob er wiederkommen wird. Die Deputierten aus der Armee haben heute Audienz gehabt, sie sollen sehr schwere Conditionen begehrt und oppositionem armorum gedroht haben. Es sieht also wunderlich aus und Br. bittet um Erlaubnis, sich auf kurze Zeit zu retirieren, wenn es hier bunt über Eck gehen sollte[1]).

Alle Welt ist gespannt auf das Anbringen des holländischen Gesandten[2]), der schon 8 Tage incognito hier gewesen ist, weil er hier einen locum commercii begehren wird. Dieses könnte sowohl der Stadt Danzig präjudicieren, als auch mit der Zeit dem Kf. in seinen Häfen Schaden bringen; wenn Kf. mit der Stadt Danzig zusammenhielte, könnte es vielleicht verhindert werden.

---

[1]) Auch Stodert meldet am 3. October, wegen der Pospolite ruszenie bleibe alles in Ungewissheit, das Aufgebot einiger Powiaten wolle sich nicht mit den übrigen vereinigen, eine Conföderation der Armee sei sicher, dieselbe beabsichtige, falls die Pospolite sich Warschau nähern sollte, derselben entgegenzuziehen. Der Erzbischof habe Lowicz befestigt, die Keller aber mit Bier und Wein reichlich versehen, man meine, es dürften einige von den Hartbeissern umsatteln. „Bei so gestalten Sachen fluctuat rex, desperat senatus, insolescit die Landbotenstub, omnia in intuto haerent."

[2]) Johann de Witt, Vetter des holländischen Rathspensionarius. Ueber diese Gesandtschaft vgl. Wicquefort, Hist. des provinces unies des Pays bas IV, S. 80f. Stodert, welcher von dem Danziger Rathe hauptsächlich zu dem Zwecke nach Warschau geschickt war, um die Verhandlungen mit demselben zu überwachen und das Interesse der Stadt dabei zu vertreten, meldet am 29. September, der Gesandte sei am 21. in Warschau angekommen, derselbe solle beauftragt sein, wegen der Starostei Putzig und des Hafens Vorschläge zu machen, und zu Facilitierung seiner Negotiation 20000 Fl. Ung. für den König bei sich haben.

Eus. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Warschau 11. October 1670.

[Vorgänge auf dem Reichstage. Process gegen den Castellan von Posen. Der holländische Gesandte. Veränderte Stimmung des Hofes.]

11. Oct. Gestern ist die Sache des Castellans von Posen[1]) vorgekommen, sein Plenipotentiarius ist über die Maassen wohl bestanden, derselbe verlangt, dass der Castellan per decretum losgesprochen werde und dass gegen den Delator Trombczynski poena talionis ergehe.

Man fürchtet bei Hofe gar sehr, dass Kf. der Malcontenten Seite halte, es kann dieses nichts schaden, ist vielmehr für des Kf. Affairen günstig, wenn sie hier inter spem et metum leben. Der Erzbischof hat erklärt, wenn die Pospolite ruszenie ausbliebe, herkommen und die Königin krönen zu wollen, er wird übermorgen hier erwartet.

Der holländische Gesandte[2]) hat endlich nach vierzehntägigem Capitulieren nur soviel erhalten, dass ihm der K. Referendarius in einer königlichen Karosse entgegengesandt worden, um ihn einzuholen. Sein Einzug war recht dürftig und es hat den K. Referendar sehr verdrossen, dass er auf dessen Begrüssungsrede nur geantwortet: Gratias tibi ago maxime pro suscepto labore. Seine Humeur steht auch sonst den Polen wenig an, und dürfte er deshalb wohl nicht viel ausrichten, obwohl man sagt, er habe ein Bett von klarem Elfenbein für die Königin zum Präsent mitgebracht. Die Herren Danziger reissen ihm soviel Possen als sie können[3]).

Das Blatt hat sich hier wieder gewandt und es scheint, dass man den Malcontenten wird gute Worte geben müssen, wofern man Frieden und Einigkeit stiften will, wenn aber einige Favoriten jenes verhindern, dürfte auch dieses wohl ausbleiben.

Das Schreiben des Königs wegen der Confirmation der Pacten[4]) hätte er

---

[1]) S. Zawadzki S. 384 ff. Unter den Anklagepunkten, welche der K. Instigator Tonski gegen denselben vorbrachte, befand sich auch der, dass er mit dem Kf. in Correspondenz gestanden hätte. Kf. richtet deswegen (d. Coloniae ad Spream 16./26. October 1670) ein Schreiben an den König, in welchem er sich darüber beklagt und bittet, ihm Genugthuung dafür zu verschaffen.

[2]) S. oben S. 477.

[3]) v. Brandt meldet am 25. November, der holländische Gesandte suche einen locum commercii sowohl auf der Nehrung als auch am Dniepr über das Schwarze Meer zu erlangen, da aber nicht allein Danzig sondern auch viele andere dagegen protestierten, so werde wohl nichts daraus werden. Stodert gelang es nach vielen Bemühungen endlich am 29. November durch den U. Kanzler eine Abschrift des von de Witt vorgelegten Vertragsentwurfes zu erhalten, welche er dem Danziger Rathe einsendet, es wird darin ein Defensivbündnis und ein Handels- und Schiffahrtstractat proponiert, nach welchem den Unterthanen beider Theile freier Handel in dem Gebiete des anderen gestattet und von ihnen keine anderen Abgaben als von den eigenen Unterthanen erhoben werden sollen.

[4]) S. oben S. 472.

gestern von Kochanowski genommen, wenn darin nicht der Titel frater ausgelassen wäre, so hat er gebeten, dasselbe ändern zu lassen. Der U. Kanzler hat ihm heute die Litteras recognitionis gegeben, auch versprochen, die Protestation in metrica anzunehmen.

Eus. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Warschau 14. October 1670.

[Der Process gegen den Castellan von Posen. Kalcksteins Auftreten im Reichstage.]

In der Sache des Castellans von Posen ist endlich ein Decret[1]) gespro- 14. Oct.
chen worden, dass er ad juramentum, er habe an keiner einigen Faction hier in Polen Theil gehabt, zugelassen werde und dadurch evadieren solle. Er wird sich aber gewiss weigern, den Eid zu leisten, und sich über Gewalt und Unrecht beklagen, und die Armee, die sich ohnedem confoederiert hat, wird es gewiss für eine Oppression ansehen.

Kalckstein ist, nachdem er lange hier herumgeschwärmt und überall Schimpf und Schande davongetragen, aus Desperation gestern Nachmittag in die Landbotenstube gegangen, hat dort eine Supplication[2]), die mit Recht eine grobe Schmähkarte genannt werden kann, eingegeben und sich im Namen aller preussischen Stände, als ob er von denselben Plenipotenz und Instruktion hätte, über des Kf. Regiment, ja über Oppression und Grausamkeit beklagt. Darauf hat zwar der Chorazy Sendomiersky[3]) seine Seite gehalten und vom Marschall verlangt, dass dieses Begehren Kalcksteins mit unter die Praetensionen, welche auf einer Commission vorgetragen werden sollen, eingerückt werde, aber sowohl Podkommorzy Kalisky Krzicky als auch Nowoncieysky Starosta Landskoronsky sind dagegen aufgetreten und haben gesagt, es sei vergebens, davon zu reden, weil Kalckstein keine Instruktion von denen hätte, in deren Namen er sich beklagte, man könnte auch abgesehen davon seinem petito nicht deferieren, wenn man nicht die pacta brechen und mit Kf. in Krieg gerathen wollte, die pacta aber wären nicht allein a Republica festgesetzt und beschworen, sondern auch durch drei constitutiones regni confirmiert, weswegen sie sich in diese Sache garnicht einzumischen hätten sondern höchstens bei Kf. deswegen intercedieren könnten. Als sie hernach herauskamen, hörte Br. von einem und anderen sagen, Kalckstein wäre ein Narr und würde endlich gar von Sinnen kommen. Br. ist heute dieser Sache wegen bei dem Landbotenmarschall ge-

---

[1]) Zaluski I, S. 272. Vgl. Zawadzki S. 194 ff.

[2]) Dieselbe führt den Titel: Supplicatio nomine Ducatus Prussiae ad Ordinem equestrem alias Supplex Ducatus Prussiae libellus, zugleich hatte er auch dem Könige eine ähnliche Supplicatio eingereicht; von der letzteren übersendet Stodert am 17. October dem Danziger Rathe eine Abschrift. Ueber den Inhalt derselben s. Paczkowski in Forsch. II, 2 S. 178 f.

[3]) Martin Dembicki.

wesen, derselbe antwortete ihm sehr höflich, lachte über Kalckstein und sagte, er hätte nicht zu besorgen, dass dessen Begehren in die Constitution kommen würde.

Auch der Bischof von Cracau, bei dem Kalckstein, ehe er in die Landbotenstube gegangen, gewesen, um ihm seine Supplication einzuhändigen, hat ihn in vieler Gegenwart abgewiesen und heftig ausgescholten und auch im Senat, als man den Castellan von Posen der Correspondenz mit Kf. beschuldigt, über die Maassen dessen Seite gehalten und gerathen, Kf., an dessen Freundschaft der Krone viel gelegen sei, nicht zu offendieren.

Eus. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Warschau 18. October 1670.

[Kalcksteins Schmähschriften, dessen vergebliche weitere Versuche.]

18. Oct. Er übersendet die von Kalckstein dem Könige und dem Landbotenmarschall in pleno consessu übergebenen Lästerschriften[1]), der König ist deswegen über die Maassen auf K. übel zufrieden und Br. hofft, dass er denselben bewegen wird, die Schriften unterdrücken und verbrennen zu lassen; er wird heute dagegen ein Memorial in Gegenwart omnium trium ordinum in der Senatsstube eingeben und glaubt, es würde gut sein, wenn Kf. an den König ein scharfes Schreiben ergehen liesse, in welchem er sich darüber beschwerte, dass man solchen öffentlichen Frevler hier ungestraft gegen ihn calumniieren liesse.

Sonst hat Kalckstein hier nur wenig Credit. Gestern hat er in der Landbotenstube öffentlich wider Kf. schmähen und die Polen zum Kriege gegen denselben bewegen wollen, es haben ihn aber einige Landboten so hart angefahren und confundiert, dass er mit Schimpf und Schande abziehen und sich verkriechen müssen. Dem Danziger Syndicus[2]), der es ihm selbst wiedererzählt, hat er auch die thörichte Proposition gethan, die Danziger sollten ihm nur 25 Feldschlangen und 5 halbe Karthaunen geben, so wollte er schon ein Mittel finden, um dem Kf. ganz Preussen wiederabzunehmen. Fürst Demetrius, den er heute hat besuchen wollen, hat ihn auch abweisen lassen. Er giebt aber sonst überall Geld und gewinnt dadurch einige, die in der Landbotenstube und im Senat für ihn sprechen; wenn Br. nur tausend Thaler hier in Vorrath gehabt hätte, hätte er ihn schon gänzlich ruinieren können.

Eus. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Warschau 21. October 1670.

[Verhandlungen im Reichstage über die Confirmation der Pacten. Absicht Kalcksteins, in Preussen einzufallen.]

21. Oct. Sonnabend hat man zwar nach einem scharfen Disput zwischen dem gross-

[1]) S. oben S. 479.

[2]) Stodert erwähnt in seinen Berichten an den Danziger Rath davon nichts.

bärtigen Chorazy Sendomirsky, welcher auf Kalcksteins Anstiften rieth, die pacta Bidgostiensia umzustossen und mit Kf. einen öffentlichen Krieg anzufangen, und den vornehmsten Senatoren, welche dem widersprachen, beschlossen, dass die pacta gestern vor allen anderen Dingen öffentlich in Gegenwart der ganzen Republik gelesen werden sollten, man hat dieses aber gestern, da einige vornehme Senatoren darauf hinwiesen, dass, da dieselben einmal vom Könige und der ganzen Republik beschworen, es zu spät wäre, dieselben zu erörtern und darüber zu disputieren, unterlassen und nur von sämtlichen Senatoren und Landboten die vota wegen der Pacten colligiert, da dann die meisten nicht allein dieselben zu halten und zu confirmieren inständigst angehalten, sondern auch sonst des Kf. Interesse sehr wohl vertheidigt. So sagte der Bischof von Cracau: „Ich will nicht mehr sagen als dieses, wofern wir Sr. Churf. D. die pacta nicht confirmieren wollen, so haben wir mit derselben einen gewissen Krieg, derhalben bitte ich nicht mehr, als dass diejenigen, so da zu solchem Kriege rathen, auch Mittel schaffen und Rath geben, wie solcher Krieg anzufangen und auszuführen, denn ich versichere dieselben, dass wir cum potentissimo et semper parato principe zu thun haben"; auch der Bischof von Cujav sagte klar heraus, was zu des Kf. Interesse diente, und gedachte unter anderem, es wäre kein Wunder, dass Kf. in einigen Punkten den Pacten nicht nachgelebt, da man ihm Elbing nicht gegeben, und weil die anderen alle auf diese Art sprachen und keiner contradicieren konnte, hing Kalckstein über die Maassen traurig den Kopf und ging aus Desperation davon, weil er es nicht länger anhören konnte. Der U. Kanzler aber liess dabei doch seine Tücke merken und sagte, als er im Namen des Königs das conclusum aussprechen sollte, dass die pacta billig zu halten und zu confirmieren wären, aber dass zuvor wegen der Prätensionen und Differentien eine Commission gehalten und deshalb an Kf. geschrieben werden müsste.

Sonst lässt Kalckstein aus Desperation verlauten, er wolle die Pospolite ruszenie nach Preussen führen, und obwohl dieses ohne der Republik Consens nicht geschehen kann, so könnte er doch wohl ein paar tausend Lumpengesindel um zu brennen und zu stehlen ins Land führen, es wird also die Grenze eiligst versehen werden müssen.

Eus. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Warschau s. d. [24. October[1]) 1670.]

[Vorgänge auf dem Reichstage. Kalcksteins Treiben, Vorschlag, sich desselben zu bemächtigen.]

Fast alle Senatoren und Landboten haben dahin gestimmt[2]), dass die mit 24. Oct.
Kf. geschlossenen und beschworenen pacta gehalten und confirmiert werden

---

[1]) Paczkowski S. 184 setzt diesen undatierten Brief auf den 25. October, der Hinweis auf die Reichstagsverhandlungen deutet aber auf den 24.

[2]) Vgl. Zawadzki S. 200 ff.

sollen, selbst der Bischof von Posen, der doch sonst aller Evangelischen abgesagter Feind ist, hat dem Chorazy Sendomiersky wacker das obstat gehalten und ihm ins Gesicht gesagt, er beschuldige Kf. fälschlich der Unterdrückung der Katholiken.

Da Kalckstein sieht, dass ihm sein leichtfertiges Vorhaben nichts geholfen, sondern dass alle, nachdem sie ihm das Geld abgezwackt, ihn nachmals für einen Gecken halten und schimpflich tractieren, ist er ganz desparat. Auch seinen bisherigen Beschützer, den Chorazy Sendomiersky, hat Br. so informiert, dass derselbe sich schämen müssen, ihn weiter zu protegieren.

Bei so gestalten Sachen hat er mir thörichter Weise von neuem den accord anbieten lassen und gebeten, ich möchte ihn zufrieden lassen und nicht weiter verfolgen, so wollte er sich auch Ew. Churf. D. accommodieren, Ihr zu Fusse fallen und Sie umb pardon, sofern selbige noch zu erhalten stunde, unterthänigst anflehen. Ob ich nun schon weiss, dass es hiermit, nachdem er es so gar grob gemachet, viel zu späte ist, so habe ich ihm dennoch die Hoffnung nicht ganz benehmen wollen, damit er sich nicht alsobald nach dem Schlusse des Reichstages davon mache, denn solange dieser währet, kann ich nichts wider ihn erhalten, weil allezeit welche Widerwärtige gefunden werden, so aus Hass und Missgunst verhindern, dass S^{e}. K. M. Ew. Chf. D. nicht contentieren mögen. Nach dem Reichstage aber will ich allen Fleiss anwenden, umb ihn vom Könige heraus zu bekommen, wofern denn solches nicht zu erhalten stehet, muss man das Werk mit demselben ganz anders angreifen, und wäre mein unterthänigster Vorschlag, dass man denselben heimlich bei den Kopf nehmen und des Nachts davon führen liesse. Wozu mir denn der Obrist Lasky und der Herr Capitain Meglin[1]), welche ihn ohnedem bei dem Fürsten Demetrio schon ruinieret, die hülfliche Hand leisten wollen. Ich zweifle nicht, Ew. Churf. D. würden hiermit gnädigst zufrieden sein und es gegen obgemelte Officierer in sonderbaren Gnaden erkennen. Wo Gott Glück giebet, werden Ew. Churf. D. in kurzem von diesem losen Vogel lustige Zeitung hören. Sein Frevel und unverschämtes Gemüth sein soweit gegangen, dass er vor 3en Tagen mein Memorial, so ich dem Könige eingehändiget, dem Kron-Referendarius, sobald er es von Sr. Maj. zu lesen empfangen, in pleno consessu nahe beim königlichen Throne aus der Hand gerissen, so dass ihm dieser ein Paar Ohrfeigen anbieten müssen, ehe er es ihm wiedergeben wollen. Wofern nun nicht sonsten etwas dahinter stecket, sollte ihm ja diese einzige That den Hals brechen.

---

[1]) S. oben S. 433. 474.

Man hat[1]) gestern und vorgestern mit grosser Mühe die Exulanten contentiert, welche gewiss wieder den Reichstag zerrissen hätten, wenn sie nicht auf die Pospolite ruszenie reflectiert hätten. Daneben hat man auch auf Mittel gesonnen, die Armee zu befriedigen und mit Geld für den Winter zu versehen, man hat sich aber mit den Geistlichen noch nicht vereinigen können.

Eus. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Warschau 28. October 1670.

[Vorgänge auf dem Reichstage. Anschlag gegen Kalckstein.]

Der Reichstag ist noch immer nicht zu Ende gebracht, gestern[2]) Abend hat man sich endlich darüber verglichen, der Armee über 2 Millionen zu zahlen, wenn die Geistlichen 500,000 Fl. beitragen wollen. Gestern hat auch der Starost von Radom Kochanowsky dem Erzbischof im Senate öffentlich abgebeten. Ferner hat man der Königin 200,000 Fl. ad reformationem dotis bewilligt und ihr einige Starosteien, darunter die Tauchelsche, zur Versicherung gegeben. Da man ferner gewisse Zeitung aus der Ukraine hat, dass auf künftiges Frühjahr der Türke diese Krone mit Krieg überziehen wolle, so hat man beschlossen, die Armee bis an 12,000 Mann zu verstärken, auch andere consilia pro securitate Reip. gepflogen und sich dabei des Kf. Assistenz getröstet. Die Dinge liegen für Kf. jetzt sehr günstig. Obwohl man auf einiger vom U. Kanzler angestifteter Landboten Instanz in die Constitution hatte einrücken wollen, dass vor der Confirmation der Pacten nothwendig eine Commission wegen der Praetensionen und Differentien vorhergehen sollte, hat er es doch durch fleissiges Anhalten bei dem Landbotenmarschall und den Herren, welche die Constitution aufsetzen, dahin gebracht, dass dieser Punct wegen der Commission ganz ausgelassen werden soll. 28. Oct.

Kalckstein hat von einem Officier, der früher sein Fähndrich gewesen und welchem er noch 1800 Fl. schuldig ist, im Kloster auf seinem eigenen Zimmer brave Stösse und Schläge bekommen, und ein Diener, schon der zehnte, ist ihm mit 1500 Fl. durchgegangen. Der Obrist Lacky und Capitain Meglin haben sich mit Br. fest verbunden, Kalckstein heimlich beim Kopfe zu nehmen und nach Preussen zu liefern. Diese Officiere haben hier Nachdruck und werden das Werk, wenn es auch auskäme, auf sich nehmen und ihn von aller Suspicion frei und schadlos halten können. Kf. wird wohlthun solche Leute, welche sich seine Ehre und Reputation in fremden Landen getreulich angelegen sein lassen, zu belohnen, damit man sie auch künftig mehr gebrauchen und andere lose Vögel sehen mögen, dass grosse Herren lange Hände haben, und vor dergleichen Beginnen ein Abscheu haben.

PS. Lacky verlangt als Recompens nur, dass ihm das, was Kalckstein

---

[1]) Vgl. Zawadzki S. 208 ff.

[2]) Vgl. Zawadzki S. 229 ff.

ihm schuldig, gezahlt werde, Meglin, dass Kf. seine arme Mutter in Spandau von der Contribution freimache. Man könnte K. publice ruinieren, wenn er nicht den U. Kanzler zum Patron hätte, aber bei so gestalten Sachen ist es unmöglich.

Der Kurfürst an v. Brandt. D. Cöln an der Spree 24. October/[3. November] 1670.

(Conc. O. v. Schwerin.)

[auf die Relation vom 24. October. Die Schreiben an den König. Billigung des Anschlages gegen Kalckstein.]

3. Nov. — Was Kalcksteinen anbelangt, wird Dir nunmehro auch aus jüngstübersandter gnädigsten Instruction und beigefügeten Schreiben[1]) wissend sein, was wegen seiner Extradition bei dem Könige zu verrichten und abzulegen ist, worauf Du S^r. May. Erklärunge zu gewarten hast. Sollte aber über Verhoffen nichts darauf erfolgen, so befehlen wir Dir hiemit in Gnaden, dass Du mit den beiden vorgeschlagenen Personen, als dem Oberst Lacky und Capit. Meglin, bestermassen handelst und dieselbe versicherst, dass, wenn sie den Kalckstein heimlich beim Kopfe nehmen und in unsere Gewahrsame liefern könnten, wir solches dermassen umb sie mit würcklicher Bezeigunge erkennen wollten, dass sie darob vergnüget sein würden. —

Eus. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Warschau 11. November 1670.

[Günstige Aussichten. Vorschläge des U. Kanzlers.]

11. Nov. Der Schluss des Reichstages[2]) hat die Uneinigkeit und das Misstrauen in dieser Krone nicht nur nicht aufgehoben, sondern man muss befürchten, dass

[1]) Kf. hatte am 19./29. October v. Br. zwei Schreiben an den König von Polen zugesandt, in dem ersten (d. Coloniae ad Spream 16./26. October 1670) beschwert sich Kf. darüber, dass unter den gegen den Castellan von Posen erhobenen Anklagepunkten sich auch der befunden, dass er mit Kf. in Correspondenz gestanden (s. oben S. 478); in dem zweiten (d. Coloniae ad Spream 19./29. October 1670) beklagt er sich darüber, dass seine Forderung wegen Auslieferung Kalcksteins nicht erfüllt und dass dieser infolgedessen noch übermüthiger aufgetreten sei, und verlangt aufs neue auf Grund des Völkerrechtes, der Pacten und des gemeinsamen Interesses aller Fürsten, dass derselbe verhaftet und samt seinen Schriften ihm ausgeliefert werde. Auch an den Erzbischof von Gnesen, den Bischof von Cracau, die beiden G. Kanzler und den Fürsten Demetrius Wisniowiecki hatte Kf. unter demselben Datum Schreiben in ebendieser Angelegenheit gerichtet.

[2]) am 1. November, s. Zawadzki S. 256 ff.

es noch ärger werden wird. Man hält allgemein für gewiss, dass die Armee sich confoederiert habe, ferner dass die Woiwodschaften, deren Seymiken zerrissen worden und die daher nicht durch Abgeordnete an diesem Reichstage Theil genommen, gegen die jetzige Reichsconstitution protestieren. Der Erzbischof ist malcontent weggezogen, weil der König im letzten Senatusconsulto zu einem Edelmann, der es nachher jenem wiedererzählt, gesagt hat, so oft er denselben ansehen müsste, trüge sein Herz einen Abscheu vor ihm. Daher, da dem Hofe ziemlich bang ist, sind des Kf. Schreiben an den König[1]) eben recht angekommen, denn wenn dieselben auch nicht zu Wege bringen werden, dass Kf. völlige Satisfaction erlange, so werden sie hier den Leuten doch die Augen öffnen und sie bewegen, Kf. in anderen Dingen zu contentieren. Er glaubt dieses um so mehr, da der U. Kanzler ihn ersucht hat, dem Kf. zu schreiben, dass die Republik willens wäre, sich gänzlich mit ihm zu vergleichen, wenn Kf. nur summarie und ohne Ceremonien mit ihnen handeln wollte. Die summarische Handlung erklärte er so, dass Kf. Elbing und Draheim wiedergeben möchte, dann wollten sie dagegen alle Praetensionen, in specie wegen der Auxiliarvölker, fallen lassen und Kf. die pacta confirmieren, und als Br. ihm erwiderte, Kf. würde sich vor der Confirmation der Pacten in keine Commission noch Handlung einlassen, erklärte er, dass man auch darin nachgeben und vor allen Dingen die pacta confirmieren würde, wenn Kf. nur vorher die Krone versichern wollte, dass er nach der Confirmation einen solchen Vergleich, wie er denselben erklärt, eingehen wollte. Es scheint, dass sie mit sich werden handeln lassen und dass der U. Kanzler durch solchen Discurs nur hat daran erinnern wollen, dass jetzt die rechte Zeit sei, ihn zu caressieren und ihm das zu geben, was ihm früher die Gesandten versprochen. Derselbe hat ihm auch gesagt, die Republik wolle Kf., nachdem sie sich mit ihm verglichen, zum Mediator wegen der Differentien mit Moscau erbitten. Als Br. auf Kalcksteins Auslieferung drängte, entschuldigte jener denselben und sagte, man müsste mit ihm, als einem irrsinnigen Menschen Geduld haben; er wollte machen, dass derselbe nichts mehr wider Kf. reden noch schreiben sollte, sein scriptum wäre auch nicht öffentlich gelesen, sondern supprimiert worden, welches er aber wider alle expérience behauptet.

Eus. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Warschau 22. November 1670.

[Erklärungen des Königs. Stand der Dinge.]

Mittwoch [19. November] hat er endlich bei dem Könige Audienz gehabt, 22. Nov.
demselben die zwei Schreiben des Kf. übergeben und ihm eröffnet, was Kf. ihm mündlich zu sagen aufgetragen. Den ersten Punkt, wegen der Anklage des Instigator gegen den Castellan von Posen, suchte der König zu entschuldigen,

---

[1]) s. S. 484.

einmal damit, dass nicht der Instigator, sondern ein furor des ganzen grosspolnischen Adels daran Schuld trüge, und dass auch Kf. nicht gerne sehe, dass seine ministri mit auswärtigen Potentaten correspondierten, auf Br.'s Remonstrationen aber erklärte er, dass wegen dieser Sache ein senatusconsultum gehalten werden sollte. Auf den anderen Punkt wegen Kalckstein sagte der König, er protegierte denselben keineswegs, könnte ihn aber nicht herausgeben, weil die Preussen, wenn sie gleich unter des Kf. dominio wären, wenn sie sich in Polen aufhielten, die polnischen Privilegien genössen, schliesslich erklärte er, dass auch diese Sache im senatus consilio erörtert werden solle.

Wie ihn Morstein versichert, soll Kalckstein bei Hofe nicht mehr geduldet werden, Br. bemüht sich aber, es noch weiter dahin zu bringen, dass der König ihm einen Wink gebe, denselben heimlich, dass der U. Kanzler davon nicht wisse, beim Kopfe nehmen zu lassen. Die Sachen stehen hier wegen der Furcht vor den Türken und der noch immer zunehmenden inneren Uneinigkeit überaus schlecht, im Senat ist auch beschlossen worden, an Kf. zu schreiben und ihn um Hülfe wider die Türken zu ersuchen.

Eus. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Warschau 30. November 1670.

[Die hochmüthige Antwort an Kf. Anzeige von Kalcksteins Entführung. Bitte um Abberufung. Vergebliche Negotiation des holländischen Gesandten.]

30. Nov. Im Senat sind in betreff der dem Kf. auf seine Schreiben zu ertheilenden Antwort sehr ungünstige und hochmüthige Beschlüsse gefasst worden[1]), doch hat Kf. dieselben fast für nichts zu achten, denn diese Leute stellen sich nur so kraus und aufgeblasen, innerlich aber sind sie voll Furcht und Angst, und sie werden jetzt wohl auch die äusserliche Miene sinken lassen, da die Nachrichten von der Armee sehr gefährlich lauten und auch die Horden alle auf sind.

Das heisset wohl recht: Der im Himmel wohnet, lachet ihr und der Herr spottet ihr. Sintemahl ihnen alle ihre boshaftige consilia von dem Allmächtigen hintertrieben worden. Denn der böse Mensch, welchen man allhier Ew. Churf. D. einzig und allein zum Verdruss und mir per consequens zur unaussprechlichen Qual geheget, ist nun auch Gott Lob durch eine glückliche und heimliche entreprise[2]) von hier fort und (wie

---

[1]) Vgl. die Antwort König Michaels auf die beiden Schreiben des Kf. d. Varsaviae 24. November 1670 (Zaluski I, S. 275 ff.). Gegen die irrige Angabe Paczkowski's (S. 191), dass das Schreiben nicht abgegangen, ein blosser Entwurf geblieben sei, s. Hirsch, Zur Gesch. Chr. L. v. Kalcksteins S. 267.

[2]) S. den ausführlichen Bericht v. Brandts über Kalcksteins Entführung vom 30. December 1670 (Forsch. zur brand. u. preuss. Gesch. V, 1); vgl. auch Pufendorf XI, § 103 (S. 861); Droysen III, 3 S. 202 f.; Paczkowski S. 192 ff.

ich zu dem Höchsten meine Zuversicht habe) in Ew. Churf. D. Gewalt gebracht. Man hat bisher nicht allein sehr trotzig vor denselben gesprochen, sondern auch zuletzt desselben böses Maul zu Verleumdungen wider Ew. Chf. D. und mich — mit Fleiss gebrauchet. Aber alle, die solches gethan, seind mit ihm zu Schanden worden, denn das lose Maul ist nunmehr geknebelt. Wenn ich gesund wäre [1]), wollte ich auf denselben ein Triumphliedlein tichten und singen, indessen aber danke ich dem Allmächtigen von Herzen, dass er mich von diesem schädlichen Kerl erlöset. — Die particularia von diesem glücklichen Anschlage und Execution seind mir anitzo sowohl wegen meiner gefährlichen Krank- und Schwachheit, als auch darumb, dass man der Feder nicht trauen darf, unmöglich zu schreiben, ich wollte es aber Ew. Churf. D. zu höchster Vergnügung gerne alles mündlich unterthänigst erzählen, weshalben ich denn auch Ew. Churf. D. zum andern Male umb eine gnädigste Abforderung auf eine kleine Zeit — anflehe und bitte, dass selbige alsobald bei Empfang dieses erfolgen möge. Die Ursachen werde ich auch mündlich sagen — versichere aber unterdessen Ew. Churf. D. unterthänigst, dass es vor dero Affairen höchstnöthig, dass ich mündliche Relation thue. Ich muss auch befürchten, dass, nachdem man heute solche gefährliche Zeitungen erhalten, die Suspicion wider Ew. Churf. D. und dero Ministros dergestalt zunehmen werde, dass ich hier nicht allein nichts ausrichten würde, sondern auch einen affront gewärtig sein möchte. —

Er bittet auch um Credentialien an den Erzbischof und G. Kanzler für den Fall, dass er diese unterwegs sprechen sollte, damit sie ihm vertrauen, was sie an Kf. gelangen lassen wollen. Dieses ist hoch von nöthen, weil man bei diesem Wesen keinen Posten zu trauen haben wird, denn der Hof wird alle Briefe intercipieren und wird kein Senator an Kf. schreiben dürfen.

Die Holländer [2]) haben nicht allein einen locum commercii zwischen

---

[1]) v. Brandt hatte vorher an einer Augenkrankheit gelitten und daher die letzten Berichte nicht selbst schreiben können.

[2]) S. oben S. 477. Stodert berichtet am 28. November dem Danziger Rathe, er habe sowohl in der Kammer als auch bei den Senatoren, namentlich dem Littauischen G. Kanzler Paz und dem K. Schatzmeister Morstein, sowie bei dem kaiserlichen Gesandten den sinistris informationibus des holländischen Gesandten, mit denen derselbe einige fast eingenommen, soweit vorgebaut, dass man zu begreifen angefangen, derselbe intendiere ein mehreres, als man ihm geben könnte. Am 27. hätte der U. Kanzler in consilio das Project des Gesandten und ein von ihm verfasstes Gegenproject vorgelesen, der K. Schatzmeister aber hätte durch seinen Widerspruch, indem er darauf hingewiesen, dass sola fama huius foederis Polen in überseeische Kriege implicieren würde, den Beschluss durchgesetzt, den Gesandten sine foedere nur cum litteris amicitiam et vicinitatem promittentibus zu entlassen.

Danzig und Pillau begehrt, da sie einen neuen Port zu machen gedacht, sondern auch überall an der Weichsel sine inquisitione zu handeln, item mit der ganzen Flotte in dem neuen Hafen einzulaufen, auch wollten sie Elbing gern haben, und der holländische Gesandte hat, wenn sie alles erlangten, dem Könige 150,000 Ducaten, der Königin 5000 und ein elfenbeinern Bette versprochen. Der König und der U.Kanzler wollten gern Geld streichen, aber die Danziger verhindern durch die anderen Senatoren alles, der Gesandte ist daher sehr böse und wird in 14 Tagen abziehen.

Die Sache wegen oberwähnter Execution ist sehr heimlich zu halten, damit es hier nicht auskomme. Ich habe desshalb dem Officierer [1]) in Ew. Chf. Dchl. Namen Ordre gegeben, keinen Menschen in Preussen mit ihm reden zu lassen, damit nicht einer oder der ander etwas her schreibe. Er soll nur sagen, er habe ihn auf der Preussischen Grenze in Ew. Chf. Dchl. Gebiet ertappet, und bitte ich Se. Durchl. den H. Statthalter, dass Sie mir solche Zeitung anhero schreiben, auch den Herrn Fehr an seine gute Freunde so schreiben lassen wollen [2]). —

---

[1]) Der Rittmeister Hugo Montgommery.

[2]) In einem undatierten Brief schreibt v. Br. an den kurf. Rath Fehr in Königsberg: Puisque l'entreprise est faite icy en secret avec le mellieur succes du monde, je vous prie de me mander au plustot par une lettre, que le traitre ayant avancé trop en Prusse pour voir sa femme est tombé entre les mains de M. Mont., et de faire escrire cela par de gens fideles a Son Alt. El. a Mons. Lehndorf, Dorfler et d'autres. Ne ditez a personne de la noblesse de quelle façon il est pris affinque l'un et l'autre ne l'escrivent icy. Dem entsprechend schreibt der Preussische Statthalter, Herzog Ernst Bogislav von Croy an v. Brandt am 4. December, Kalckstein sei an der Grenze von einem dort stationierten Officier verhaftet worden, und auch Kf. theilt (d. Cöln 11./1. December 1670) v. Br. mit, dass K. bei dem Versuche heimlich die preussische Grenze zu passieren verhaftet sei, und dass er entschlossen sei, das von den Kommissaren gegen denselben gefällte Urtheil exequieren zu lassen. Am 3. December bittet v. Br. den Herzog von Croy, er möchte des Kf. treuen Dienern befehlen, eiligst hieher an ihre Freunde zu schreiben, dass ein Officier von der littauischen Armee Baumgart, der früher unter K. gedient, nebst anderen seinen alten Kameraden den Obersten in Herrn Tamsons Hofe, als derselbe ihn (v. Brandt) besuchen wollen, aber nicht zu Hause gefunden, überfallen und fortgebracht habe, denn man stelle hier überaus scharfe Inquisition an und er müsse sehen, ob er sich mit solcher Zeitung durchhelfen könne, sonst müsse er durchgehen wie ein Holländer; wenn Kalckstein selbst solche Zeitung an den U.Kanzler oder an den Bischof von Posen schriebe, würde es noch besser sein. Wirklich hat sich K. durch den von dem Herzoge von Croy ihm entgegengeschickten Obersten v. Schöning bewegen lassen, solche Briefe zu schreiben, s. Paczkowski S. 200f.

Eus. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Warschau 3. December 1670.

[Untersuchung in der Kalcksteinschen Sache. Absicht v. Brandts sich zu entfernen. Die letzte neue Lügenschrift Kalcksteins.]

— Man misset alhier Kalksteinen, weiln keiner sagen kann, dass 3. Dec.
er denselben innerhalb vier Tagen gesehen, und auch kein Mensch weiss, wo er hingekommen. Es werden allerhand ertichtete Reden von ihm ausgesprenget und bin ich desshalben bei dem U. Kanzler, welcher seinetwegen ganz krank worden, in grosser Suspicion. Wofern er lange aussen bleibet, dörfte ich seinetwegen woll hier viel Händel haben. Der König hat mich durch den Herrn General Boccom gestern Nachmittag desshalb besprechen und mir sagen lassen, man habe ihn bei Poltowska, welches 11 Meilen von hier, gesehen, dass er von 12 Ew. Churf. D. Reutern geführet worden, und weiln Ew. Churf. D. den König umb seine Herausgebung gebeten, verwunderte Se. Maj. sich gar sehr, dass ihn dieselbe heimlich wegnehmen lassen. Ich bat ihn aber, er möchte mich bei Sr. Maj. entschuldigen und sagen, dass ich desshalb von Ew. Churf. D. keine andere Ordre, als seine Herausgebung zu urgieren hätte, und man wüsste auch wohl, dass ich ohne Ordre nichts thun dörfte. Darauf hat heute der U. Kanzler eine spanisch-polnische Inquisition[1]) angestellet und in meiner Abwesenheit meinen Wirth und alle desselben Leute ins Burggerichte citieren lassen, allwo dieselben theils mit Bedrauung des Henkers, theils bei Verlust aller ihrer Güter, theils auch bei Vorlegung des Eides einige Lügen, so man ihnen selbst vorgesaget, so da sein Lebetage nicht erhöret, aus Angst und Forcht zu sagen gezwungen worden. Einige hat man auch mit Gelde einzustimmen bewogen. Auf solche Weise vermeinet er mir grosse Händel zu machen, aber der G. Kanzler von Littauen und der K. Schatzmeister stehen mir bei. Indessen ist doch aber dem Landfrieden nicht zu trauen, weiln jener mit seinen violentis consiliis wohl durchdringen dörfte. Wesshalben denn Ew. Churf. D. nicht übel aufnehmen werden, dass ich mich ein wenig retiriere, wofern ich merke, dass man Ew. Chf. D. in meiner Person zu beleidigen trachten sollte. Denn es ist alles wegen dieses Kerles in vollem Alarm, welches sich aber wohl verbluten wird, gestalt denn der König albereit dazu lachet.

Im Senat hat der U. Kanzler darauf gedrungen, dass man Br. arretieren sollte, weil aber andere sehr dawider gewesen, hat man endlich beschlossen,

[1]) S. Paczkowski S. 202.

dass man die Sache untersuchen und, falls er schuldig befunden werden sollte, von Kf. seine Abberufung verlangen sollte. Weil aber der U. Kanzler solche scharfe Inquisition angestellt, dürfte man bei diesem consilio wohl nicht beruhen.

Es laufe aber mit ihm ab, wie es wolle, so ist es doch gut, dass man ihn fortgebracht, denn er hatte eben den Tag zuvor recht zu der Zeit, da Ew. Churf. Dchl. desselben Herausgebung am aller eifrigsten begehret, litteras protectorias bekommen [1]), da sonsten zuvor der König allezeit gesaget, dass er denselben nicht protegierete, und weiln ihn der Bischof von Posen auch in sein Haus und an seine Tafel nehmen wollte, so hätte man ihn hernach sein Lebetage nicht bekommen. —

PS. Nachdem die Declaration der Preussischen Stände [2]) wider den Kalkstein hier angelanget und publicieret worden, hat der Bösewicht dawider ein Project [3]) aufgesetzet, in 200 exemplaria, dabei er vorgegeben, dass dasselbe in Königsberg auf den Gassen gefunden worden, dessen Inhalt war, als ob ihn gedachte Stände heimlich encouragiereten, in seinem bösem Werk fortzufahren und sich nicht daran zu kehren, was sie publice erkläret hätten, weiln sie solches ratione status thuen müssten, ihm aber zu seiner Zeit schon beispringen wollten.

Der Kurfürst an v. Brandt. D. Cöln 28. November/[8. December] 1670.

[Kalcksteins Fortführung, deswegen zu machende Erklärungen.]

8. Dec. — Es wird Dir nunmehr wissend sein [4]), was maassen der Obrister Kalckstein nunmehr von dorten weg und in unser Herzogthumb Preus-

---

[1]) Vgl. v. Brandts Bericht vom 30. December 1670 (Forsch. V, 1).

[2]) Der Herzog von Croy hatte am 24. October 1670 dem Kf. gemeldet, da K. in seinen in Warschau übergebenen Schmähschriften sich als Bevollmächtigten der preussischen Stände ausgegeben, so habe die Regierung den Ständen davon Mittheilung gemacht und dieselben aufgefordert, ihr Missfallen darüber zu contestieren und ihn öffentlich zu desavouieren, dieses sei gestern durch eine Deputation derselben geschehen. Vgl. Pufendorf XI, § 103 (S. 861), v. Baczko Gesch. Preussens V, S. 392f.

[3]) Dem Berichte Stoderts an den Danziger Rath vom 21. November liegen bei: Literae, quas Kalcksteinius ad se scriptas publicavit (polnisch).

[4]) Die erste Nachricht von Kalcksteins Entführung hatte Kf. durch ein Schreiben des Herzogs von Croy (d. Königsberg $\frac{22.\text{ November}}{2.\text{ December}}$ 1670) erhalten, in welchem derselbe auf Grund eines am Tage vorher angelangten kurzen Billets Montgommerys, selbst noch ohne Kunde von den näheren Umständen, ihm davon Anzeige gemacht hatte.

sen gebracht worden. Nun wollen wir zwar nicht hoffen, dass man wegen eines so boshaften und grossen Missthäters einig Werk machen und jemand dessen Entführung empfinden oder anten werde, dafern man Dich aber doch deswegen besprechen oder diese Action übel nehmen möchte, solchenfalls hastu gleichsamb für Dich, und als wenn Du dessfalls von uns noch keine Ordre empfangen, fürzustellen, dass Dir von dieser Sache nichts bewusst gewesen, ja nicht einmal informiret wärest, ob das, was mit ihm vorgenommen, auch mit unserm Vorbewusst und Befehl geschehen, Du hättest aber das Vertrauen, man würde sich eines solchen Menschen, der uns nach dem Leben gestanden — keineswegs annehmen, sondern ihm vielmehr gönnen und billig finden, dass er wegen seiner bösen und abscheulichen Thaten zu gebührender Strafe gezogen werde. Wir würden in dergleichen Fällen es gewisslich gegen Ihre K. M. und die Republicq — ebenso halten. Sonsten hätten wir auch Ihre K. M. und die proceres Regni in dieser Sache nicht furbeigegangen und umb die Abfolgung des Kalcksteins bei denselben gebührende Gesinnung gethan —. Bei denen, so uns affectioniret, hastu zu suchen, dass sie sich bemühen, der König und andere, so hierüber allarmiret, hierunter begreifen mögen, damit desto besser Vertrauen zwischen dem König, Republicq und uns erhalten werden möge. —

Die preussischen Regimentsräthe an den König von Polen. D. Regiomonti 10. December 1670[1]).

[Wegen Unkenntnis des Sachverhaltes werden sie eine Untersuchung anstellen und an Kf. berichten.]

— exigebat omnino delictorum atrocitas, ut perduelli pro communi 10. Dec.
summorum principum causa poenae irrogarentur promeritae. Cujus autem jussu instinctuve, quorumve manu, ubine locorum reus ille facinorum tot convictus captus fuerit, nos equidem fugit, nisi quod fama de capto et abducto paucis abhinc diebus hic percrebuerit. De requisitionibus itaque Sacrae Regiae Maiestatis Vestrae clementissimis et informationem instituemus et statim ad Ser. Electorem referemus humillime nec dubitamus, Eandem foederatae amicitiae et vicinitatis juriumque observantis-

---

[1]) Erwiderung auf ein Schreiben König Michaels vom 5. December, in welchem derselbe die Rücklieferung Kalcksteins und Auslieferung oder Bestrafung derjenigen, von denen derselbe fortgeführt sei, gefordert hatte (Zaluski I, S. 278 f.).

simam desideriis S. R. Maiestatis Vestrae ex equo promptissimeque responsurum esse. — [1])

Eus. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Ortelsburg 18. December 1670.[2])

[Rath, wie in der Kalcksteinschen Sache zu verfahren.]

18. Dec. — Die Kalksteinische Sache betreffend, kann ich aus allen Umbständen wahrnehmen, dass kein besser Mittel, den König und die Republik zu begütigen und gute correspondence mit derselben zu erhalten, sei, als wenn Ew. Chf. D. dabei bleiben, dass Sie ganz und gar von diesem dessein und execution nichts gewusst, und dass ich lieber alles über mich nehme, alle Ew. Chf. D. Affectionierte rahten auch dieses, weiln sie sehen, dass der König, welcher sich hierdurch offendieret befindet, und kein ander Mittel Satisfaction zu erlangen hat, gern haben wolle, dass Ew. Chf. D. darauf beständen, dass es ohne deroselben ordre geschehen, in Betrachtung, dass Se. Maj. auf solche Weise ihre Reputation ungekränket erhalten können. Dieser Praetext wird auch darumb desto besser angehen, weil man die Inquisition zu Warschau einzig und allein wider mich angestellet und nicht einmal wegen der Reuter, so den Kalkstein genommen, rechte Nachfrage gethan, daher sie nicht einmal recht wissen, was es vor welche gewesen, und bildet man sich noch ein, dass der Montegommery ein abgedankter Officierer sei. Der Herr Statthalter und die preussische Regierung schieben alles [3]) auf einen littauischen Officirer, namens Baumgart, so mit bei der Execution gewesen und bis nach Memel mit gangen, haben auch den Kalkstein da-

---

[1]) Der Herzog von Croy theilt am 11. December dem Kf. sowohl das Schreiben König Michaels als auch diese Antwort der Preussischen Oberräthe mit und fügt hinzu, man habe sich allerdings bemüht, die That dem Fähndrich Baumgart (s. oben S. 488) zuzuschieben, da dieselbe aber in v. Brandts eigener Stube vollführt sei und derselbe sich darauf von Warschau retiriert habe, so sei es nicht gut möglich, weiter den wahren Sachverhalt zu verhehlen. Kf. schreibt (d. Cöln 19./9. December 1670) an die Preussische Regierung: „Nun gereichet uns zu sonderbar gnädigstem Gefallen, dass ihr so mascule geantwortet, wie wir denn auch die Sache also bei dem Könige repräsentiret, dass es verhoffentlich sein Verbleiben dabei haben wird."

[2]) Schon am 7. December hatte v. Brandt dem Kf. von Wildenburg aus angezeigt, dass er, um einen Affront zu vermeiden, Warschau verlassen habe. Näheres s. in seinem Schreiben vom 30. December (Forsch. V, 1).

[3]) S. oben Anm. 1.

hin vermocht, dass er an den U.Canzler und Bischof von Posen selbst geschrieben, dass dieser nebst anderen abgedankten Soldaten ihn überfallen und beim Kopf genommen, und habe ich solche des Kalksteins Briefe mit der Post in den meinigen eingeschlossen fortgeschicket, worauf der beiden eiferigen Herren Bischöfe Resolution erwarten muss. Dass man sonsten eben wider meine Person, ohne vorhergehendes einziges Document, solche scharfe Klage angestrenget und so genau inquiriret, daran ist keiner schuld als der U.Canzler, der Bischof von Posen und Roht, denn dass jene beide hierdurch Gelegenheit gesuchet, mich beim Kopfe zu nehmen und an Kalksteins Stelle festzuhalten, ist publicq und offenbar, sintemal sie desfalls im höchsten Eifer im Senat geschworen, dass aber dieser letztere dem König den Rath gegeben, mich so lange gefangen zu halten, bis man seinen Vater loslassen würde, solches hat mir der Herr General Major Boccom heimlich im Vertrauen entdecket. —

Der Kurfürst an den König von Polen. D. Coloniae ad Spream 19./9. December 1670[1]).

[Rechtfertigung derjenigen, welche Kalckstein fortgeführt haben.]

Ex literis Regiae Majestatis Vestrae ad supremos in ducatu nostro Prussiae consiliarios exaratis[2]) perspeximus, Regiam Majestatem Vestram acerbe admodum, secus ac fore putavimus, de iis conqueri, qui Kalcksteinium, ubi et quo modo nescimus, captum nostris in ducatu nostro tradiderunt. Quare non possumus, quin in memoriam Regiae Majestati Vestrae revocemus, quo studio eidem per — Eusebium a Brandt saepius et adhuc nuperrime nefarii hujus perduellis flagitia infamiamque repraesentari curaverimus — dum id contra ius fasque gentium et pacta tam antiqua quam nova, quibus utrinque tenemur, hactenus obtinere non potuerimus. Quae cum ita sint, expendendum Regiae Majestati Vestrae relinquimus, quid vindicandis nefariis perditissimi mortalium conatibus satis dignum statui merito possit, quod non infra meritum et delicto tam atroci minus congruum videri queat? Quid itidem commune regum ac principum decus et majestas, quam hic ardelio impune hactenus vellicare ac lacessere fuit ausus, requirat? Quid praeterea indissolubilis ille sacerque amicitiae nexus, qui Regiam Majestatem Vestram Remque publicam et Nos inter colligatus est et quem hic nebulo temerario ausu, 19. Dec.

[1]) Vgl. Pufendorf XI, § 104 (S. 862).
[2]) S. oben S. 491.

quantum in se fuit, dissolvere annisus est, exigat? Confidimus itaque Regiam Majestatem Vestram eos, qui pio, procul dubio, justoque zelo moti sceleratum hunc, nescimus unde et qua ratione, abductum in nostram potestatem et custodiam tradiderunt, laude potius regioque favore quam indignatione vindictaque immerita prosecuturum, imo id ut fiat ab Eadem amice contendimus, quamvis ne hoc quidem temporis momento, qui aut quales fuerint, sciamus. Quae omnia Regiae Majestati Vestrae praefatus noster aulicus a Brandt ex itinere, cujus necessitatem privata ejus imposuerunt negotia, redux fusius — exponet[1]). —

Der Kurfürst an v. Brandt. D. Cöln 19./9. December 1670.

[Missbilligung seiner Abreise von Warschau.]

19. Dec. Wir haben Deine Relation aus Wildenbergk vom 7. Decemb. st. n.[2]) wohl erhalten, aber mit höchstem Missfallen daraus ersehen, dass Du ohne eintzige Noth und Befehl Dich von Warschau gemachet und daher Ursache gegeben, dass der König Dich der Flucht, und als wann Du Dich selber dadurch condemniret hättest, beschuldiget. Wir befehlen Dir demnach hiemit in Gnaden, Dich wiederumb nacher Warschau zu erheben, es wäre denn dass nach Anzeigung des Königes Schreiben die Captur in Deinem Quartier geschehen, und vorzugeben, dass Du Deiner Privatgeschäfte halber verreiset gewesen, wie wir uns dann in unserm Schreiben an den König darauf beziehen, welches Du aus beigefügeter Abschrift zu ersehen hast. Wir halten uns versichert, dass Dir nichtes wiederfahren werde, sehen auch nicht, was sie vor Ursache dazue nehmen können, und hastu Dich vielemehr zu beschweren, dass Du in des Königes Schreiben, welches er an unsere Preussische Regierung abgelassen, dergestalt angegriffen werdest. Solltest Du aber obenangezogener Ursache halber selbst nicht hinziehen können, so hastu zu befodern, dass unser Schreiben wohl übergeben werde. Es ist auch unser gnädigster Befehl, dass Du vorher umbständlich berichten sollest, wie es mit der Captur eigentlich zugangen, zumalen wir bisher keine vollständige Nachricht davon erhalten[3]). —

---

[1]) Unter demselben Datum schreibt Kf. auch an den Erzbischof von Gnesen, theilt demselben sein Schreiben an den König mit und bittet ihn, sich der Sache anzunehmen.

[2]) S. oben S. 492.

[3]) Daraufhin erstattet v. Br. am 30. December von Königsberg aus den ausführ-

Der Kurfürst an den König von Polen. D. In meiner Residentz zu Cölln an der Spree 22. December 1670/[1. Januar 1671][1]).

[Versicherung, dass Kalcksteins Entführung ohne sein Wissen und seinen Befehl erfolgt ist.]

— Dabei betrübet es mich nicht wenig, dass ohne Zweifel aus Anstiftung einiger mir übel affectionirten mir nicht allein bisher dasjenige zu der ganzen Welt Verwunderung versaget, was nimmer in Zweifel gezogen werden können, besondern dass auch E. Königl. M. in die Opinion gebracht werden wollen, als hätte ich zu Despect Dero Königlichen Residentz Ordre gegeben, den Kalkstein von dannen mit Gewalt wegzuführen. Nun hat dieser Mensch sich wohl dergestalt an mich vergriffen, dass mir von niemands verdacht werden können, dessen Extradition von E. Königl. M. zum öftern zu bitten, wie er denn wohl nicht werth gewesen, dass er alda einigen Schutz gefunden. So viel aber seine Entführung betrifft, ob ich zwar wohl davor halte, dass diejenige, so es verrichtet, solches aus guter Affection vor mich gethan, so kann ich 1. Jan.

---

lichen Bericht über die Entführung Kalcksteins und die folgenden Ereignisse bis zu seiner Abreise von Warschau, welcher schon in Forsch. zur brand. u. preuss. Gesch. V, 1 abgedruckt ist. Schon vor dem Eintreffen desselben befiehlt ihm Kf. (d. Cöln $\frac{23. \text{ December } 1670}{2. \text{ Januar } 1671}$), da, wie er von verschiedenen Seiten her vernehme, er bei der Sache so conniviert habe, dass der König mit einigem Fug sich über ihn zu beschweren Ursache habe und vielleicht seine Bestrafung verlangen werde, er solle an seine Bekannten schreiben, dass er durch diese eigenmächtige That sich in ein grosses Labyrinth gestürzt habe, weder nach Warschau zurückzukehren noch an den Hof des Kf. sich zu begeben oder in dessen Landen zu bleiben wage, sondern nach Stettin (was er auch wirklich in der Stille thun solle) oder nach Hamburg gehen werde.

[1]) Eigenhändig. In einem vom vorhergehenden Tage datierten Schreiben an den König erklärt Kf. demselben, indem er ihm ein zweites Exemplar seines vielleicht verloren gegangenen Schreibens vom 19. December (oben S. 493) zuschickt, er könne Kalckstein nicht wieder entlassen, dessen Fortführung sei aber ohne seinen Befehl geschehen und er sei bereit, gegen die Seinigen, wenn sie etwas gegen die Würde des Königs oder der Republik oder gegen das Völkerrecht begangen hätten, rechtlich zu verfahren. Vgl. auch das Schreiben O. v. Schwerins an den Herzog von Croy vom 30. December 1670 bei v. Orlich I, S. 348. Das Schreiben König Michaels an den Kf. vom 31. December 1670, in welchem er das baldige Erscheinen eines Gesandten ankündigt, v. Brandt die Rückkehr nach Warschau verbietet und sich überhaupt ferner einen ständigen Residenten des Kf. daselbst verbittet, und das eigenhändig ausgestellte vom 24. Januar 1671, worin er in freundschaftlichem Tone die Hoffnung auf Wiederherstellung des freundschaftlichen Verhältnisses ausspricht, s. bei Zaluski I, S. 279 u. 283.

doch E. Kön. M. wohl versichern, dass ich diesen Leuten so wenig Ordre dazu gegeben, so wenig als ich sie kenne und diese Stunde noch nicht weiss, wer sie sein und wie es damit hergegangen, wurde mir auch sehr leid sein, wenn der Brand hierbei etwas unverantwortliches gethan hätte, und wurde ich nicht unterlassen ihn auf solchen Fall desfalls mit gebührender Strafe anzusehen. —

---

h. Sendung Opacki's. Februar 1671.

Erstes Memorial Opacki's[1]) s. d. [Anfang Februar[2]) 1671.]

[Forderung der Zurückgabe Kalcksteins, Bestrafung Brandts, Montgommeri's und der Soldaten desselben, Auslieferung Baumgarts. Der König wird keinen ständigen Residenten des Kf. in Warschau dulden.]

Febr. — tanto cum maiori nunc dolore grauissimam honoris sui regii et reipublicae laesionem exponit, per atrocissimum facinus patratum ab Aulico Camerae et ministro Serenitatis Vestrae Eusebio Brandt, qui dum tractandorum negotiorum Serenitatis Vestrae causa in Aula Polona

---

[1]) Schon am 26. December 1670 hatte Stodert (s. Hirsch S. 271) dem Danziger Rathe gemeldet, man gedenke den Potkommorzy Warszawsky Opacki an Kf. zu schicken, doch sei die Sache noch in suspenso; am 2. Januar 1671 meldet ebenderselbe, das Schreiben des Kf. vom 19. December (oben S. 493) habe verursacht, dass der schon zur Abreise bereite Opacki auf einige Tage zurückgeblieben, doch solle derselbe gleichwohl zum Kf. abreisen. Christoph Wichert, den Kf. nach v. Brandts Abreise aus Warschau auf die Empfehlung des Herzogs von Croy mit der Besorgung seiner dortigen Geschäfte betraut hatte, sendet schon am 11. Januar das Protokoll der in der Kalcksteinschen Sache geführten Untersuchung, welches Opacki, der heute oder morgen abreisen werde, mitbringen solle, und berichtet Näheres über den Inhalt seiner Instruktion. Das Creditiv König Michaels für denselben ist vom 7. Januar 1671, das Recreditiv des Kf. vom 9. Februar 1671 datiert. Ueber Opacki berichtet Stodert dem Danziger Rathe am 27. Januar 1670, der Hofstaat der Königin werde auf den Rath des U.Kanzlers und aus dessen Creaturen gebildet, Wisenburg und Opacki, Potkommorzy Warszawsky, welcher eine nahe Blutsfreundin der Littauischen G.Kanzlerin [eine Tochter des Littauischen Schatzmeisters Kirszensteyn] geheirathet, seien premiers gentilshommes de la chambre geworden. — Ueber die Verhandlungen mit Opacki vgl. Pufendorf XI, § 104 (S. 862f.), Paczkowski, Der grosse Kurfürst u. Ch. L. v. Kalckstein. (Forsch. III, 2 S. 109.)

[2]) Nach dem Geheimenrathsprotokoll vom $\frac{\text{24. Januar}}{\text{[3. Februar]}}$ 1671 wird an diesem Tage das Memorial Opacki's und ein Aufsatz v. Somnitzs, wie dasselbe zu beantworten sei, verlesen.

in loco residentiae regiae maneret, Christianum Kalckstein, origine nobilem Polonum, dictum Stolinski[1]), inter militaria signa bene notum et de Republica meritum (ideoque equestris ordinis intercessione Regiae Maiestatis Clementiae supplicantem, quatenus officio et authoritate sua in S. V. gratiam reponeretur) clandestino modo, dolose ac fraudulenter, in domo et cubiculo suo, manu propria, cum officialibus et militibus ex ditionibus S. V. accitis et evocatis, tum cum praedictum Brandt Kalcksteinius familiariter prout solebat visitaret, proditorie, iniectis per vim vinculis, intercluso crudeliter ore ferreo obstaculo, revinctis manibus pedibusque, tapetibus involutum, in currum tectum ad id praeparatum iniecit ac velocissimo itinere in Prussiam Ducalem subordinatis sub praetextu postae equis, dispositisque equitibus, abduci et avehi curavit, ac ipse tertio post perpetratum facinus die turpi fuga reum se esse demonstravit.

Quo audacissimo et inaudito in aulis principum facinore quoniam gravissima iniuria affectum se Regia Maiestas sentiat atque ius gentium cum sit violatum, Reipublicae ac nationis Polonae dignitas offensa, ordinarius inter Principes tractandi sublatus modus, foederis ac amicitiae bonaeque correspondenciae interruptus prope nexus, amice requirit Regia Maiestas, quatenus huic suae et Reipublicae gravissimae iniuriae honorique laeso condigna satisfactione a Serenitate Vestra quamprimum hocce modo consulatur:

Nimirum ut Serenitas Vestra Kalcksteinium in integrum, nempe in eum statum et locum, in quo antea fuerat, Varsaviam salvum et incolumem deduci iubeat,

Brandtius violati juris gentium poena condigna puniatur,

Montegomorius et alii milites poena laesae Maiestatis et violatae securitatis publicae atque plagiariorum in iure descripta afficiatur,

Bomgardius vexillifer tanquam miles regio sacramento imbutus et obstrictus Suae Maiestati extradatur.

Et quoniam praedictus Brandt minister Vestrae Serenitatis contra Maiestatem Regiam, contra ministerii sui honestique viri officium deliquit, ideo R. Maiestas a S. Vestra id quoque requirit, ut inposterum ad Aulam Polonam nullum mittat ministrum, qui continuo ibi resideat, sed ut expositis mandatis et peracta negociatione redeat. Quandoquidem R. Maiestas nullum similiter ministrum in Aula Electorali foveat[2]). —

---

[1]) Diesen Beinamen hatte Kalckstein, nachdem er sich nach Polen geflüchtet, von einer in Westpreussen begüterten Nebenlinie seines Geschlechtes angenommen.

[2]) In einem neuen Memorial wird hinzugefügt, Brandt habe Copieen der Briefe

Responsum Suae Serenitatis Electoralis ad memoriale illustris domini ablegati Suae Regiae Majestatis Poloniae datum. s. d. [Anfang Februar 1671.][1])

[Kalcksteins Verbrechen. Zusage gerichtlicher Verfolgung Brandts und der anderen Theilnehmer an der Entführung. Ankündigung einer Gesandtschaft an den König. - Wunsch, auch ferner einen Residenten am polnischen Hofe zu halten.]

Febr. — Kalcksteinii causam quod spectat adeo improbus ille, adeo horrenda ejus crimina, ut nihil indignius post homines natos accidere posset unquam, quam si res illae pessimae res optimas, magnorum dico regum principumque amicitiam et vicinarum gentium conjunctionem, ullo modo turbarent.

Aufugit is in Poloniam variorum criminum convictus et condemnatus, servus poenae factus, contra juratam fidem, atque aliquot menses illic haesit, nihil aliud agens, quam ut atrocissimas calumnias contra principem suum disseminaret sanctissimique foederis nexum dissolveret.

Et tantum abest, ut supplex venerit, qui in crimine perstitit, imo ipsa scelerum atrocitate novorum quotidie in ipsa Reip. facie se ipsum vicit.

Non erat in loco isto cognoscendum de criminibus ejus. Pacta enim vel simplices Prussiae incolarum cujuscunque sint originis querelas ad Serenissimum Electorem, ut supremum Ducalis Borussiae dominum, quae alium principem aut patronum vi pactorum agnoscere nec debet nec potest, remittunt.

Nec convinci poterat magis reum se laesae majestatis esse quam illis ipsis nefariis scriptis, quae tum Ordini Equestri tum ipsi Regiae Majestati exhibuit, quibus principem suum, qui multis ipsum iisque maximis beneficiis affecerat, tyrannum proclamare tam falso quam scelerate ausus est.

An Polonicae sit originis nihil intererat, nec de eo constat. Constat et patrem et majores ipsius duces Borussiae in homagiis naturales suos dominos (haec verba juramenti sunt) agnovisse, et illorum haeres hic factus fuit. Quo facinore militari de Republica meritus fuerit, nunquam innotuit. Hoc in confesso est, et in Polonia illum non cum hostibus sed

---

des Kf. an den König betreffend K.'s Auslieferung verbreitet, dagegen sich unter dem Vorwande einer Krankheit geweigert, zum U. Kanzler zu kommen und die Antwort des Königs in Empfang zu nehmen, auch mehrfach, sogar im Vorzimmer des Königs, beleidigende Worte geäussert.

[1]) Vgl. Pufendorf XI § 104 (S. 863 f.).

cum hospitibus suis eorumque pecoribus bellum gessisse, unde quoque furti, rapinae, vis et concussionum accusatus et condemnatus est.

Gratiam Suae Serenitatis Electoralis quomodo is dici potest quaesivisse? qui in Polonia nihil aliud egit, quam ut iram et indignationem repetitis toties et in ipsis comitiis publicatis calumniis acerbissimis Suae Serenitatis Electoralis indignationem provocaret? Via ad inferos non ducit ad coelum. Nec principem sibi conciliat, qui iram acuit.

Sceleratos Serenissimus Elector Serenissimo Poloniae regi, Suae Majestatis antecessori, nunquam conciliare studuit. Maximorum virorum fatum, qui malis Reipublicae tanquam tempestate aut torrente involuti atque abrepti fuerant, neque maligno studio quicquam contra Eandem designarant, miserata quidem est Sua Serenitas Electoralis et, ut idem Serenissimus Rex faceret, intercessit atque a Sua Regia Majestate non tam culpae quam infortunii oblivionem impetravit. Id quod publicae pacis legibus ab omnibus paciscentibus approbatis uti inter magnos principes solemne receptum firmatumque.

Nihil tale occurrit in Kalcksteinio sua sponte pessimo et absit, ut magnis magnae dignationis viris homo sceleratissimus accenseatur.

Neque asylum in Polonia vel quaerere vel sperare poterat. Asylorum enim sanctitas iis, qui non sponte, sed casu, innocenti animo, aberrante forte manu, non mali sed infelices male fecerant, securitatem olim praestabat. Principi suo insidianti aut pacem vicinorum turbanti nec sanctissimum Dei altare patrocinabatur quondam, nec profanis in fano receptus erat. Et cum nemo unquam ejusmodi male feriatis faveret sed quisque suo periculo faveret, deditio sceleratorum locum invenit. Hanc igitur petit Serenissimus Elector, non obtinet. Interim Warsavia quotidie afferuntur literae, quibus nuntiatur, et in Regia et in Conventibus Procerum versari et impune versari hominem, qui tam immania et non a foederatis tantum sed ab omnibus, quibus chara est principum salus, vindicanda patraret. De scelerato isto quidem nihil sani unquam exspectari poterat. Sed tolerari illum Warsaviae, postquam pactis inter inclytam Rempublicam et Suam Serenitatem Electoralem ipsisque pacis Olivensis legibus cautum fuit, ut altera pars alterius honori consuleret ejusdemque gloriae et securitati studeret, hoc vero erat, quod animum Suae Serenitatis Electoralis maxime afficiebat, exultante insuper male feriato isto in dies magis magisque in impunitate sua et nunc ministerio, nunc protectione Regis se dignatum jactante. Noverat Serenissimus Elector illum mendaciorum artificem nec omnino nunciis istis fidem ad-

hibebat. De Serenissimo vero Rege et sperabat optima quaeque semper et nil nisi quod justum esset exspectavit, atque sic nunquam induxit animum quicquam in hac causa statuendi, quod mutuae amicitiae praejudicare jure posset.

Si fas est rem felicissimam laetissimamque tristissimae pessimaeque miscere, adeo vel inter haec adversa affectum erga Serenissimam Regiam Majestatem Sua Serenitas Electoralis non mutaverat, ut, cum novo a Deo ter optimo maximo munere, quodque unice ab ipso votis expetierat, filiola nimirum recens nata donaretur, Suae Majestatis Regiae Serenissimam Consortem ad sanctissimum munus, quod in baptismatis sacro ab his tantum, quos vel maxime veneramur et amamus, peti solet, optimo animo et studio invitaret. Male cum genere humano et principum conditione agi reputans, si pessimo cuiquam vel minimum in sanctissimam principum conjunctionem ad turbandam eam liceret.

Accidit interim, ut Kalcksteinium in terras Serenissimi Electoris delatum narraretur, sed necdum de facti ratione ejusque authoribus bona fide constabat.

Quae cum ita sint, posset Sua Serenitas Electoralis orbi christiano, imo ipsi Regiae Majestati judicium permittere, uter justiorem gravioremque conquerendi haberet causam et cujus esset satisfactionem petere.

Quemadmodum vero Sua Serenitas Electoralis hactenus aequitate animi potius quam suo jure usa est, sic absque ulla disceptatione et mora mandabit suis, ut Brandium e vestigio in judicium vocent et in abductionis illius rationem authoremque omnes accurate inquirant et, uti delictum merebitur, dignis modis severe vindicetur. De caetero non autumat Sua Serenitas Electoralis, per Brandium aut id genus homines foederum atque amicitiae nexum interrumpi posse. Constringit ille summos principes populosque, qui quid hic vel ille secus egerit, atque debebat, praestare non possunt, punire possunt. Idque ut hac in re fiat, prout aequum est, Sua Serenitas Electoralis curabit[1]).

---

[1]) Kf. erlässt wirklich (d. Cöln a. d. Spree $\frac{30. \text{ Januar}}{[9. \text{ Februar}]}$ 1670) Schreiben sowohl an die Preussische als auch an die Neumärkische Regierung, in welchen er dieselben anweist, gegen v. Brandt, Montgommeri und Baumgart das gerichtliche Verfahren zu eröffnen. Zugleich aber schreibt er an den Herzog von Croy: „Dieweil wir aber dieses alles bloss zu Ihrer K. M. Satisfaction thun und im übrigen nicht gemeinet, wider die benannten Personen dergestalten verfahren zu lassen, so haben wir solches E. L. zur Nachricht, wiewoll in höchstem geheim, vermelden wollen, und geruhen dieselbe auch alsofort nach Empfahung dieses dem Lieut. Montgommeri

Kalcksteinium quod attinet, sicuti Sua Serenitas Electoralis nihil magis exoptat, quam ut semper S. R. Majestati constet, quo loco ipsius desideria habeat et quantum istis et honori S. R. M. et Reip. satisfactum cupiat, ita quam primum per ablegatum suum extraordinarium [1]) de omnibus negotii circumstantiis S. R. Majestatem plene informabit, quibus expositis S. S. Electoralis indubitato sibi promittit, S. R. Majestatem ipsam agnituram, quod S. S. Electoralis non patiatur aliquid in se desiderari, quod ad S. R. Majestatis satisfactionem spectet et quod constantis amici foederatique officio sit congruum et conveniens.

Caeterum quoniam reges, principes populique aut foedere aut vicinitate juncti non modo honorificum sibi sed et utile ac necessarium ducunt, si in aulis suis aut in publicis consultationum locis foederatorum vicinorumve ministri adsint, quibuscum de negotiis rebusque utramque partem concernentibus agi tractarique possit, ne propter singula negotia singulas deputationes instituere opus esset, Sua Serenitas Electoralis huic recepto atque laudabili mori atque instituto, quod per multos abhinc annos Suae Regiae Majestatis praedecessorum tempore et a Sua Serenitate Electorali observatum est atque ab aliis principibus exteris in Polonia et ipso interregni tempore atque etiamnum observatur, deesse noluit. Et quemadmodum Suae Serenitati Electorali gratum foret, si quis a Regia Majestate deputatus hoc in locò resideret, quicum de salute publica et communibus negotiis agi posset, ita non displicere posse Suae Regiae Majestati existimat, si quem suorum in eundem finem ad Aulam Regiam destinaverit. Neque dubium est, Suam Serenitatem Electoralem

---

anzudeuten, dass er sich von dannen heimlich weg und etwan nacher Colberg oder sonsten an einen anderen Ort begebe und sich daselbst unter einem anderen Namen auf eine Zeit lang aufhalte." Vgl. über den weiteren Verlauf dieses Scheinprocesses Pufendorf S. 864, Paczkowski (Forsch. III) S. 109 ff.

[1]) Kf. beabsichtigte damals in der That, v. Somnitz als Gesandten nach Warschau zu schicken, da derselbe aber erkrankte und zugleich aus Polen die Nachricht kam, dass der König Warschau verlassen und sich zur Armee begeben habe, so unterliess er vorläufig die Absendung. Erst am $\frac{27.\ \text{März}}{6.\ \text{April}}$ 1671 befiehlt Kf. von Potsdam aus v. Somnitz, da der polnische Hof wieder in Warschau angelangt und die Schickung dorthin jetzt unumgänglich werkstellig gemacht werden müsse, ihm seine Gedanken darüber zu eröffnen, die Instruktion und was sonst nöthig sei zu entwerfen und sich reisefertig zu halten. v. S. fasste darauf das Project einer Instruktion ab und es wurde im Geh. Rathe darüber berathen, auch jetzt aber wurde die Ausführung vertagt und liess Kf. nur am 18./28. April ein Entschuldigungsschreiben an den polnischen König (s. u. S. 508) abgehen.

neque Suam Regiam Majestatem nec Remp. ablegationibus non necessariis fatigaturum neque inutilibus se ipsum sumptibus oneraturum.

Zweites Memorial Opacki's. s. d. [Anfang Februar 1671].

[Forderung, die beiderseitigen Ansprüche und Beschwerden vor Beschwörung der Verträge durch eine Kommission abthun zu lassen.]

Febr. Post exhibitum nomine Regiae Majestatis — memoriale circa satisfactionem honoris Regii laesi per abductionem Kalcksteinii quidquid ultra a Regia Majestate clementissime mihi est commissum Serenitati Vestrae expono:

Flagrantissime desiderat Regia Majestas, ut iuxta toties repetitas Poloniae instantias et iuxta normam et praescriptum tractatus Bidgosciensis simulque satisfaciendo articulo Pactorum Conventorum iuramento Regio firmato, antequam confirmatio iuratoria pactorum Bidgosciensium fiat, commissio ab utrimque ad sopiendas omnes ab invicem controversias et praetensiones tam ex parte Regiae Maiestatis quam ex parte Serenitatis Vestrae quam primum instituatur. Locum istius commissionis proponit Regia Maiestas in civitate aliqua limitanea Prussiae, praecipue Prasznicii, vel in aliqua alia, quae opportuna videbitur, de tempore vero ab utrimque conveniet.

Valor monetae Polonicae quandoquidem contra pacta per edictum Electorale[1]) diminutus est, declarat Regia Maiestas, pari modo valorem monetae Electoralis diminutum iri.

Quoniam violenta et indecora occupatio Drahimi non legitimo procedendi gradu ac modo in pactis expresso facta est, ideo restitutionem eius inhaerendo requisitioni per ducem Radziuilium[2]) a Republica factae urget Regia Maiestas, ut per hanc satisfactionem redintegretur honor Reipublicae.

Quae omnia per commissarios ab utrimque deputatos cum plenaria concludendi potestate, ut et de Elbinga et de non suppeditatis ad nova bella Poloniae suppetiis plene, integre et in perpetuum sopiri possunt. —

---

[1]) S. Hirsch, Zur Gesch. der polnischen Königswahl S. 108 Anm. 3.
[2]) S. oben S. 417.

Responsum Suae Serenitatis Electoralis ad secundum memoriale illustris domini ablegati Regiae Maiestatis Poloniae. D. 28. Januar/[7. Februar] 1671.

[Bereitwilligkeit zu Verhandlungen über die beiderseitigen Ansprüche, aber erst nach Beschwörung der Verträge.]

Quo tempore et qua ratione renovatio ac confirmatio perpetui foe- 7. Febr.
deris fieri debeat, cum pacta ipsa art. 21 ostendant, Serenitas Sua Electoralis justo tempore legatos suos ad implenda omnia illa, quae de confirmatione pactorum in illis ipsis constituta sunt, Varsaviam misit. Et quamquam Sua Serenitas Electoralis justam conquerendi causam habeat, quod tum temporis negotium non fuerit confectum, attamen nec deinceps partibus suis hic ullo unquam modo deerit, sed, quamprimum de die confirmationis illius et loco conventum erit, deputatos suos ad locum utrinque receptum denuo destinabit.

Contendit itaque a Sua Regia Majestate, ut tandem super die et loco animum suum quantocyus Suae Serenitati Electorali aperire velit, ut et ipsa suum declarare atque ita utrinque absque mora statui queat, quo negotium hoc adeo necessarium promoveri possit.

Commissionem huic confirmationi praemittendam esse, nec tenor pactorum, a quibus Suae Serenitati Electorali recedere integrum non est, requirit nec confirmationis hujus scopo et naturae consentaneum est. Confirmatio enim et renovatio haec iurata in eum instituta et recepta est finem, ut statim post electionem in Regno aut successionem in Ducatu conjunctio utriusque partis et amicitia sine ulla mora in solido locetur atque deinceps huic veluti fundamento omnia ista superstruantur, quae ad incrementum mutui affectus et concordiae facere unquam poterunt. Commissionum alia est ratio et docuit experientia, quomodo istae aliquando potius ad animos distrahendos aut separandos quam jungendos faciant.

Confirmatione tamen pactorum facta tantum abest, ut Sua Serenitas Electoralis super iis, quae moventur, commissionem detrectet, ut primo quoque a confirmatione die illam per eosdem deputatos suos, speciali ad id negotium a Sua Serenitate Electorali ad sopiendos omnes controversias munitos mandato, aggressura sit.

Atque illic quoque de valore monetae et aliis, quae componenda erunt, agi poterit, si ita Regiae Majestati visum. Ceterum ad ea, quae Sua Serenitas Electoralis de moneta Polonica statuit, exemplo magnorum principum vicinorum et aliis rationibus inducta est. Quales si invenerit

Sua Regia Majestas in moneta Borussica, imminui ejus valorem aegre ferri non potest. Et erit hoc sine dubio ex re Borussiae Ducalis. Exportatio enim bonae monetae inde tum metuenda non erit.

Drahemium occupando juxta pacta usa est Sua Serenitas Electoralis jure suo neque ullo modo Reipublicae honorem laesit. Expectavit illa donec possessionem ingrederetur non tres annos, uti requirebant pacta, sed plus quam ter tres annos. Nec intermissa est solutionis requisitio et denunciatio, id quod responsoriae Serenissimi Regis Joannis Casimiri mense Septembri 1660, postmodum saepius ad Suam Serenitatem Electoralem datae literae illustri domino ablegato monstratae testantur, quibus ob attritas et accisas publici aerarii res (verba sunt literarum Regiarum) debitum numerari non posse indicatur. Nec violenta aut indecora est occupatio ista, quae praestitis praestandis sine aditione alicujus officii, ut verba pactorum habent, facta est.

De Elbinga, cujus mentionem quoque facit illustris dominus ablegatus, quae pactis consentanea sunt, cum jamdudum fieri debuissent, tantamque moram Sua Serenitas Electoralis hucusque patienter tulerit, in suppetiis vero, quas Poloniae Sua Serenitas Electoralis obtulit, nihil omnino neglexerit, quod pacta desideraverint, gratus equidem ille dies illucescet Serenissimo Electori, quo elucidari et componi haec omnia juxta pacta possint. —

Drittes Memorial Opacki's. s. d. [Anfang Februar 1671].

[Aufhebung der Post von Königsberg nach Warschau. Verlangen, dass Kf. seinen Durchzug durch polnisches Gebiet vorher anzeige.]

Febr. Er hat nachträglich Befehl erhalten, dem Kf. anzuzeigen, dass der König die Post von Königsberg nach Warschau, da sie „suppeditatione recentium equorum illis, qui Kalcksteinium abducebant, atque adjunctione novorum equitum tantopere deliquerit, ut securitatem publicam regni per hoc violaverit", nicht länger dulden werde. Da der König erfährt, dass Kf. nach Preussen sich mit zahlreicheren Truppen als gewöhnlich begeben wolle, so fordert er ihn auf Grund des 14. Artikels der Bromberger Verträge auf, ihm, wenn er durch königliches Gebiet hindurchziehen wolle, dieses vorher anzuzeigen.

Responsum Suae Serenitatis Electoralis ad tertium memoriale illustris d. ablegati Regiae Majestatis Poloniae. D. 31. Januar/[10. Februar] 1671.

[Unzweckmässigkeit der Aufhebung der Post. Kf. wird in betreff des zu fordernden Durchzuges den Verträgen nachkommen.]

Equites istos, qui Varsavia Regiomontum literas deferunt, operam auxiliumque illis, qui Kalcksteinium abduxerunt, praebuisse recentesque subministrasse equos Suam Serenitatem Electoralem prorsus latet. Ii tamen, qui complices fuere, juxta datum jam ante responsum puniri debent. An vero propterea commoda ista literas deportandi ratio inter foederatos principes et populos cessare debeat, Sua Serenitas Electoralis Regiae Suae Majestati judicandum permittit. Agitur hoc imprimis tempore inter Regiam Suam Majestatem et Suam Serenitatem Electoralem de conservando et arctius constringendo mutuae amicitiae et foederum nexu; cui rei nihil aeque inservire poterit quam mutui hujus commercii conservatio, nihil aeque obesse quam ejus inruptio: quare illam prae hac Regiae Suae Majestati cordi futuram Sua Serenitas Electoralis certo sibi persuasum habet. 10. Febr.

Caeterum si copias militares Sua Serenitas Electoralis per terras Regiae Suae Majestatis ducere aliquando necessum habuerit, observabit ea omnino, quae pactorum articulo 14. hac de re constituta sunt[1]).

---

[1]) An demselben Tage wird Opacki eine Bescheinigung ausgestellt, dass er zwei Exemplare des Zeugenverhörs über Kalcksteins Entführung in polnischer Sprache in der kurf. Kanzlei auf deren Verlangen, um sie gegen die Mitschuldigen zu gebrauchen, zurückgelassen hat. — Ueber die Verhandlungen mit Op. befindet sich bei den Akten noch folgender Bericht unbekannter Herkunft:

Den 31. Martii hat der Warschauesche Cämmerer H. Opacki Ihrer Kön. M. von seiner Verrichtung am Churbrandenb. Hofe mündliche Relation gethan und waren damals ex ordine senatorio zugezogen der H. K.U.Kanzler, der H. Woywode von Sendomirz, der H. Woywode von Lublin, H. Woywode von Pomerellen, H. K.Schatzmeister.

Nachdem der geistliche Referendarius Regni das Recreditiv verlesen, fing O. ex abrupto an zu reden, er wolle den König nicht lange aufhalten, sondern nur das hinterbringen, was er proponiert hätte und ihm darauf schriftlich geantwortet worden. Er verlas darauf zuerst das von ihm wegen der Entführung Kalcksteins überreichte Memorial. „Als sie mir nun auf diesen Punct schriftlich geantwortet, habe ich mich damit nicht contentiren wollen, sondern gegen den H. Baron von Schwerin, auch hernach S. Churf. D. also erkläret, dass ich eine solche Resolution und Antwort nicht annehmen könnte, worauf dieselbige anders eingerichtet, nichts desto weniger

i. Sendungen des Scultetus nach Polen. Verhandlungen wegen der Türkenhülfe. Februar—December 1671.

J. Scultetus[1]) an den Kurfürsten. D. Posen 1./11. Februar 1671.

[Mittheilungen des G. Kanzlers. Aufreizung des Adels durch den U. Kanzler.]

11. Febr. Der G. Kanzler, der hier gerade das Landgericht hält, ist sehr erfreut darüber, dass Sc. jetzt, wo der meiste und vornehmste Adel vom Lande der Gerichte halber hier versammelt ist, hergekommen, da man so die beste Gelegenheit haben könnte, ihnen die üblen impressiones zu benehmen und die Sache mit Kalckstein zu excusieren.

---

waren noch einige Worte darinnen verblieben, welche geändert werden müssen. Nachdem nun solches auf mein inständiges Anhalten geschehen, ward mir dieses Responsum finaliter in solcher Form vom H. Baron Schwerin durch seinen Secretarium zugesandt, welches er originaliter producierte.

Anfänglich stellete sich der Churfürst sehr hart und sagte unter andern, man hätte ihm aus Polen geschrieben, dass ich ihm scharf zureden würde. Hierauf antwortete ich: Wann mir auch schon mein gnädigster König und Herr und die Respublica anbefohlen hätte, E. Chf. D. Krieg anzukündigen, so würde ich solches thun müssen, mich aber dennoch dabei solcher Bescheidenheit gebrauchen, dass E. Ch. D. zu keinem Unwillen gegen mich veranlasset würden. Womit er etwas tractabler worden. Als ich solches gemerket, habe ich mich allerdings frisch und muthig gestellet und sowohl für dem Churfürsten als seinen Räthen zumehrmalen vernehmen lassen, sie möchten thun, was sie wollten, und entweder Krieg oder Frieden erwählen, eines von beiden wäre ich bereit anzunehmen und damit von dannen zu reisen."

Nachdem jenes Responsum von dem Geistl. Referendar verlesen worden, las O. sein zweites und drittes Memorial und verlas darauf der Referendar die darauf gegebenen Declarationen. „Hierüber machte der H. Opacki seine Auslegungen und brachte unter andern auch dieses bei, dass sich der Churfürst am allermeisten über den Punct wegen des Residenten und wegen Abschaffung der Post alterirt und gesagt hätte: Er müsste es vor ein Zeichen einer öffentlichen Feindschaft und Hostilität annehmen, wann man ihm dieser beiden Stücke halber Schwierigkeit machen wollte."

[1]) Joachim Scultetus, jetzt Neumärkischer Kammermeister, erhält (d. Cöln a. d. Spree 7./17. Januar 1671) Befehl, sich zu dem G. Kanzler und dem Erzbischof zu begeben, denselben Schreiben des Kf. zu übergeben, sich bei ihnen nach der angeblichen Türkengefahr zu erkundigen und über die vielen Widerwärtigkeiten, welche Kf. von dem polnischen Hofe erfahre (Verweigerung der Confirmation der Pacten, Nichtauslieferung Kalcksteins, Verhalten nach dessen Fortführung), Beschwerde zu führen und sie zu bitten, dahin zu wirken, dass hinfort anders mit Kf. verfahren werde und dass das Vertrauen zwischen Kf. und den Grosspolen, welches der Hof durch verläumderische Darstellung der Kalcksteinschen Sache zu stören suche, erhalten bleibe. Es werden ihm einige Exemplare der von dem Geh. Rath v. Somnitz verfassten Schrift: Chr. L. Kalcksteinii mores et fatum mitgegeben, welche er an geeigneten Orten austheilen soll. S. über Scultetus' Sendung Paczkowski S. 108.

Er und viele andere Senatoren hätten ihr Misfallen darüber bezeugt, dass des Kf. Gesandte infectis rebus zurückgeschickt wären, aber der Hof wäre so suspicax, dass er nur dem Rathe des Littauischen G. Kanzlers und besonders des U. Kanzlers folgen wollte, weshalb der Erzbischof und andere treue Patrioten sich vom Hof möglichst retirierten.

Er hätte zur Auslieferung Kalcksteins, und da dieses nicht angenommen worden, gerathen, dass derselbe sich vom Hofe weg in eines anderen Potentaten Protection begeben sollte; jetzt hätten der König und der U. Kanzler an ihn geschrieben, den angeblich dem Könige durch Kalcksteins Fortführung angethanenen Schimpf zum höchsten exaggeriert und um Rath gefragt, wie man sich an Kf. rächen könnte. Er hätte geantwortet, was mit K. geschehen, wäre ihm nicht lieb gewesen zu vernehmen, aber es würde dazu nicht gekommen sein, wenn man seinem Rath gefolgt wäre; Krieg mit Kf. desfalls anzufangen, wozu der Littauische G. Kanzler und der K. U. Kanzler stark riethen, fände er nicht dienlich, zumal da die Türken und Tataren Lust zu haben schienen, ihnen die Ukraine wegzunehmen, mit denen sie genug zu thun haben würden.

Dass der K. U. Kanzler durch Schreiben und durch die Geistlichen den Adel von Kf. zu alienieren und zu erbittern sucht, ist nur allzu wahr; dem Landadel ist beigebracht worden, Kf. hätte die pacta gebrochen, Kalckstein ohne einziges vorhergegangenes Erfordern der Republik zum höchsten Despect aus der königl. Residenz wegnehmen lassen, und es geht schwer, den Leuten diese Calumnien auszureden.

J. Scultetus an den Kurfürsten. D. Cüstrin 26. Februar 1671.

[Weitere Mittheilungen des G. Kanzlers über die Kalcksteinsche Angelegenheit, die Zustände am Hofe, die Unfähigkeit des Königs und die Absicht, denselben zu entthronen.]

Der G. Kanzler hat ihm gesagt, jetzt wäre nicht mehr der K. U. Kanzler 26. Febr.
sondern der Littauische G. Kanzler das Factotum bei Hofe, bei dessen Regiment aber würde Kf. ebenso wenig erhalten.

In der Kalcksteinschen Sache wäre dem Hofe die erste Hitze bereits übergegangen, Kf. möchte K. einen ordentlichen Process machen und einen Spruch darin ergehen lassen. Anfänglich hätten zwar der Littauische Feldherr Pac und der K. U. Kanzler gerathen, der König sollte sich durch einen Einfall in der Mark oder in Preussen zu revangieren suchen, aber es müsse doch dem Hofe von Weiterblickenden widerrathen sein, zumal der König anfänglich dem Gesandten[1]) mitgegeben, sehr hart bei Kf. zu sprechen, nachher ihm aber eiligst andere Ordre nachgeschickt hätte. Der König sei von Leibe und von Gemüth untüchtig zum Regiment, und man ginge nunmehr gänzlich damit um, denselben zu degradieren und einen anderen zu wählen, auch die Woiwod-

[1]) Opacki.

schaften fingen mehrentheils an zu wanken und des Königs Incapacität zu begreifen, die Reussische Woiwodschaft würde gegen künftigen Frühling gewiss rebellieren und vorgeben wollen, sich lieber an die Ottomanische Pforte zu schlagen als unter einem solchen miserablen und untüchtigen Könige länger zu leben. Keiner von den Senatoren ginge nach Hofe, ginge aber ja jemand hin, so geschehe es nur, um auf des Königs Conduite zu sehen, wie er von einem extremo ins andere fiele und sich prostituierte. All sein Thun und Lassen würde sowohl von den Grossen als Geringen traduciert und übel gedeutet. Der kaiserliche Hof beginne auch zu merken, dass es auf die Länge nicht mit dem Könige dürfte Bestand haben, und suche[1]) den Erzbischof durch das Versprechen einer grossen jährlichen Pension zu bewegen, auf dessen Seite zu treten und immer bei Hofe zu residieren, derselbe werde aber schwerlich sich dazu bewegen lassen. Am meisten fürchte man, dass Kf. und Schweden sich des Königs annehmen und seine Degradierung verhindern möchten, man habe daher beabsichtigt, insgeheim an beide zu schicken. Der Castellan von Posen scheint in dieser Angelegenheit zu Kf. incognito haben kommen zu wollen, derselbe hat ihm gesagt, der Erzbischof wünschte sehr ihn zu sprechen, und da Sc. denselben in Lowitzsch nicht getroffen, erbot er sich selbst nach Petrikau aufs Tribunal, wohin der Erzbischof in kurzem gehen wollte, zu gehen, mit demselben zu conferieren, dann nach seiner Starostei Schneidemühl zu gehen und ihn darauf zu einer Zusammenkunft in einem Walde zu bestellen.

Der G. Kanzler hat ihm gesagt, man werde gewiss wieder auf Condé zielen. Der Erzbischof wird denselben schwerlich aus seinem Herzen lassen, ebenso hält es der Woiwode von Pommerellen Bakowski, obgleich er sich äusserlich stellt, als meine er es noch aufrichtig mit Pfalz-Neuburg, in seinem Herzen mit dem Erzbischof und dem K. G. Feldherrn. Vor Oesterreich fürchten sie sich nicht gross, sie glauben, dass der Kaiser nicht lange leben wird und dass die Ungarn und Türken ihm genug zu schaffen geben werden.

Der Kurfürst an König Michael. D. [s. l.] 18./[28.] April 1671.

[Entschuldigung des bisherigen Nichterscheinens der angekündigten Gesandtschaft, getroffene Maassregeln in der Kalcksteinschen Angelegenheit, erneutes Verlangen der Bestätigung der Verträge.]

28. April. — Testificati idem per ablegatum quendam nostrum denuo fuissemus[2]), nisi de itineribus R. Majestatis Vestrae et institutis et instituendis varia ad nos relata fuissent aliaque incidissent impedimenta. Neque tamen deinceps affectui studioque nostro erga R. M. V. deerimus sed,

[1]) Vgl. Zaluski I, S. 343 f.
[2]) S. oben S. 501.

quamprimum id fieri poterit, eidem satisfaciemus. Kalcksteiniani equidem negotii ulteriore discussione ut utrinque fatigemur, nemo aequum existimabit. Contra eos, qui Kalcksteinium privato consilio et ausu abduxerunt, uti hoc ipsum praedictus d. ablegatus documentis Warsavia allatis hic manifestavit, id nunc agitur et deinceps in iudiciis statuetur, quod iuri et R. Maiestatis Vestrae desideriis convenit. Extorris vivit Brandius et bonis ipsius annotatis causam dicere iuxta iudiciorum ordinem non semel iussus. Sive comparuerit sive emanserit, sententia in ipsum tandem feretur, quae iuri consentanea. Reliqui facti illius participes latent et proinde quod contra latitantes statuendum statuetur. Sic iustitiae quando satisfit et R. Majestatis V. voluntati, quae ipsa iustitiae est regula, sine dubio satisfieri existimamus. Ceterum quoniam foederum confirmatio et unicum et solidum est mutuae amicitiae fundamentum, meminerit R. Majestas V. sine dubio quae de ea re ablegato dicto exposuimus et saepe alias monuimus, atque eorum R. M. V. rationem tandem ut habere velit iterum iterumque ab eadem et peramanter contendimus. —

Der Kurfürst an den König von Polen. D. in arce nostra Potstamiensi 10. Juni st. v. 1671.

[auf zwei Schreiben vom 9. und 10. Juni [1]). Die Forderung des Königs, dass zuerst die Streitigkeiten beigelegt werden sollen, ist unberechtigt. Bereitwilligkeit zur Sendung von Hülfstruppen. Rechtfertigung des Verfahrens in der Kalcksteinschen Sache.]

— Equidem quomodo ista consistant atque inter se conveniant, 20. Juni.
suppetias nimirum petere aut potius vi foederis exigere et illius ipsius foederis renovationem et confirmationem — quaesitis praetextibus nulla iuris ratione differre atque in tempus, quod Commissionem instituendam sequetur, rejicere, ipsa Regia Maiestas Vestra pro sua prudentia singulari facile deprehendit. Quodnam enim vestigium, quae nota aut quae litera potius articulo vigesimo primo foederis habetur, qua probari pos-

---

[1]) S. dieselben abgedruckt bei Zaluski I, S. 295. In dem ersten beklagt sich der König über das Verfahren des Kf. in der Kalcksteinschen Angelegenheit (vgl. darüber auch das Schreiben des U. Kanzlers an Sobieski vom 3. April 1671 bei Zaluski S. 290f.) und verlangt, dass vor der Confirmation der Pacten über die Beilegung der Streitigkeiten verhandelt werde, in dem zweiten schildert er die drohende Türkengefahr und verlangt auf Grund der Bromberger Verträge die Sendung von Hülfstruppen. Ueber dieses Antwortschreiben des Kf. s. Paczkowski a. a. O. (Forsch. III, S. 111).

sit, dictam confirmationem differendam esse, donec per commissarios controversiae, si quae sint, sopitae fuerint? Et si confirmatio ista pactorum rerum vicibus, quae inibi describuntur, tantum alligatur cumque iisdem arcte combinatur, quo colore tractatus novi tractatui iam perfecto contra illius genuinum sensum interponi possunt? Patet hinc comparendinationem hanc non a Regiae Maiestatis Vestrae animo, sane regio, proficisci, sed esse has artes illorum, qui gratis nobis malevoli, ut aegre faciant nobis, nec patriae parcunt. — Nunc vero, quando de suppetiis agitur, esset forte qui, si nostro foret loco, adversariorum nostrorum consilio uteretur et suppetias post confirmationem pactorum hactenus nullo jure intermissam differret. Absit autem is animus a nobis, aliter longe erga Regiam Maiestatem Vestram et Rempublicam inclytam affecti sumus. — Quod si igitur bellum fuerit exortum, uti foedus requirit, non deerit Reipublicae miles noster auxiliaris, quemadmodum iam ante semper eidem paratus, nunquam vero denegatus fuit. Quod iam pridem tam liquide — demonstratum est, ut miremur esse, qui aliis relationibus, quas nunquam probare poterunt, obstrepere nunc demum non erubescant. Sustentationem quod spectat, quae virtute foederis militi nostro Ducatum Borussiae egresso debetur, non dubitamus, Regiam Maiestatem Vestram suis negotium daturam, ut cum nostris de eadem conveniant. Confidimus vicissim, Regiam Maiestatem Vestram promtitudinem hanc nostram consideraturam atque ita tum aliis in rebus, quae pactis conveniunt, tum super confirmatione eorumdem nunc demum se declaraturam, ut ultima huic negotio manus brevi imponi possit. —

De causa Kalckstenii et in literis ad Regiam Maiestatem Vestram et in responso ablegato Eiusdem, non omnino rerum vacuis, uti putamus, mentem nostram exposuimus abunde. Deditionem scelerati illius certe a iure gentium non minus ac nobis requisitam a R. M. V. non factam constat, constat itidem, illi iuri aliud, qualequale illud sit, hoc imprimis in casu opponi nullo modo posse. Nec minus in confesso est, ipsam illius abductionem a nobis nemini iniunctam, imo iustitiae administrationem contra auctores facti et complices a nobis et promissam et nostris iniunctam, qui partibus suis hic nullo modo etiamnum desunt. Neque tamen intermittemus, quamprimum intellexerimus, Regiam Maiestatem Vestram in certo consistere loco, eadem de re amplius per Ablegatum nostrum agere. —[1])

[1]) Unter demselben Datum schreibt Kf. auch an den Erzbischof von Gnesen, den G. Kanzler und den Bischof von Cracau, theilt denselben seine Antwort an

J. Scultetus[1]) an den Kurfürsten. D. Wreschne 10./20. Juni 1671.

[Mittheilungen des G. Kanzlers und des Castellans von Posen. Die Kriegsgefahr scheint nicht so gross zu sein.]

Er hat dem G. Kanzler und dem Castellan von Posen des Kf. Aufträge 20. Juni.
hinterbracht nnd remonstriert, dass es dem Kf. sehr zum Verdruss gereiche, dass in dem neulich gehaltenen consilio bellico[2]) einige von einem Einfall in seine Lande hätten plaudern dürfen. Beide contestierten ihr grosses Missfallen darüber, sie hätten sogleich deswegen an den Erzbischof geschrieben, aber Kf. hätte sich daran nicht zu kehren, in libera republica könnte eines Mannes votum den Krieg nicht verursachen, die Republik würde auch dieses Jahr wo nicht mit dem Türken, so doch mit den Tataren und Cosacken genug zu thun haben.

---

den König mit und ersucht sie, sich bei diesem um schleunige Bestätigung der Verträge zu bemühen. — Wichert berichtet dem Kf. (d. Warschau 11. Juli 1670):

Da der König das jüngste Schreiben des Kf. „was hart geschrieben zu sein" urtheilt, hat, damit derselbe nicht, wenn er auf dasselbe antwortete, sich einiger harten Worte gebrauchte, der U. Kanzler ihm durch den Littauischen U. Stallmeister Morstein folgende Punkte, um sie zu referieren, mündlich mittheilen lassen, welche er, sowie jener sie ihm vorgesagt, stracks notiert hat:

1) Es käme dem Kf. nicht zu, zu urtheilen, wann ein neuer Krieg sein wird, sondern es wäre Kriegs genug, wenn die ganze Republik sich armierte.

2) Die Pacta könnten keineswegs vor der Commission renoviert werden, weil das dahin lautende vor dem Reichstage gefasste Senatusconsultum durch den reichstäglichen Schluss nicht gehoben sei, sondern vielmehr in vielen Woiwodschaften approbiert sei. In selbiger Commission könne ein Schluss gemacht werden, ob die Satisfaction wegen der von beiden Theilen schwebenden Praetensionen oder die Erneuerung der Pacten vorausgehen solle, und daferne Kf. begehre, dass die pacta sollen renoviert werden, so werde er belieben, zuforderst solchen pactis ein gnügen zu leisten.

3) Die Kurfürstliche Kanzlei brauche sich scharfer Art zu schreiben, die niemand gefallen könne, indem sich dieselbe über des Königs Reichsräthe beschwere, dass unter denselben einige Malevolenten sein sollten und solche qui, ut aegre faciant Ser. Electori, propriae patriae non parcunt; Kf. möge keinen derselben für einen Malevolenten halten, denn, wenn ihre consilia auch nicht immer dem Kf. anständig sein mögen, so wollen sie doch nicht dem Könige und der Republik übel. Vielmehr möchte Kf. considerieren, wie wohl ihm seine Räthe wollten, da sie so gerathen, dass man Kalckstein weggeführt und Kf. mit der Krone in Streit gesetzt habe.

4) Falls Kf. fürchtete, dass seine Leute nicht hier sollten zu essen haben, so hat sich der U. Kanzler erboten, wenn der Schatz soviel Mittel nicht haben sollte, sie mit seinen eigenen Mitteln zu unterhalten und der Republik dazu m/20 Rthlr. vorzustrecken; er versichere, sobald des Kf. Völker über die Grenze in dieses Reich würden getreten sein, sollten sie sofort unterhalten werden.

[1]) Kf. hatte wiederum (d. Potstam 27./17. Mai 1671) Sc. beauftragt, sich zum G. Kanzler und zum Erzbischof zu begeben.

[2]) Vgl. Kluczycki I, S. 647 f.

Die Reconciliation des Hofes mit Sobieski, die neulich zu Warschau bei der Hochzeit des U. Feldherrn[1]) geschehen, sei keineswegs für aufrichtig und beständig zu schätzen. Weil der Feldherr in consilio bellico sehr auf des Königs Gegenwart bei der Armee und Generalexpedition des Adels gegen den Türken gedrungen und die Gefahr des Erbfeindes sehr gross gemacht, hätte der König den Adel zum dritten Mal aufbieten müssen, er hätte aber in dem Ausschreiben an die Grosspolen expresse gesetzt, er sei dazu vom Feldherrn gezwungen worden, was zur Folge gehabt, dass die beiden grosspolnischen Palatinate beschlossen, persönlich nicht aufzusitzen, und dass sie auf den Feldherrn einigen Hass und Suspicion geworfen und glauben, dass er die Türkengefahr grösser mache, als sie in Wirklichkeit sei, zumal Schreiben des Grosswesirs in Warschau eingelaufen und im Senat verlesen sind, welche mehr von Confirmation der Pacten als von einem Kriege reden, so dass der König die Reise nach der Ukraine eingestellt und das Adelsaufgebot widerrufen hat.

Der Kurfürst an den Preussischen Statthalter Herzog von Croy. D. [Frankfurt a. O.] 17./[27.] Juli 1671.

[Der polnische Hof ist aufzufordern, Kommissare zu senden und wegen des Unterhaltes der Hülfstruppen Verabredungen treffen zu lassen.]

27. Juli. Da der König von Polen ihm unlängst Nachricht von der Türkengefahr gegeben und von ihm nach den Verträgen Hülfe begehrt hat, er auch zu Leistung derselben bereit ist, so soll der Herzog dem U. Kanzler und anderen ministris am polnischen Hofe dieses mittheilen und zugleich anzeigen, Kf. sei, da diese Völker nach den Verträgen mit dem nöthigen Unterhalt zu versehen seien, gewärtig, dass man zur Abrede darüber Kommissare an die Grenze schicke. Wegen Conservation der Truppen muss zwischen den beiderseitigen Kommissaren beständige und richtige Anstalt gemacht werden, eher kann Kf. dieselben nicht marschieren lassen. Der Herzog soll Vorschläge deswegen und wegen sofortiger Ersetzung der abgehenden Mannschaft machen[2]).

---

[1]) Am 10. Mai hatte zu Biala die Vermählung des U. Feldherrn Fürsten Demetrius Wisniowiecki mit Theophila Ostrogska, Stieftochter des Fürsten Michael Radziwill, stattgefunden, der auch Johann Sobieski beigewohnt hatte, s. Zaluski I, S. 288. Kluczycki I, S. 644.

[2]) Der Herzog von Croy übersendet 4./14. August die Antwort des U. Kanzlers (d. Varsaviae 10. August 1671) auf sein an denselben gerichtetes Schreiben, danach werde der König sofort zwei Kommissare, Opacki nach Königsberg und den Gnesner Canonicus Witwiecki an die Grenze von Masovien schicken. Opacki kommt darauf wirklich nach Königsberg, mit ihm werden dort am 29. und 30. August Conferenzen gehalten, deren Ergebnis der nachfolgende Recess vom 1. September ist.

J. Scultetus[1]) an den Kurfürsten. D. Posen 14. August st. n. 1671.

[Mittheilungen des G. Kanzlers.]

Nach der Meinung des G. Kanzlers ist es dem Hofe mit der Confirmierung 14. Aug.
der Pacten[2]) kein rechter Ernst, der K. Schatzmeister Morstein habe ihm geschrieben, jetzt sei davon alles stille und scheine dem Könige, der bei diesem Generalaufgebot des Adels[3]) einige Turbation und Veränderung fürchte, der brandenburgische Succurs suspect zu werden, woher man von seiten des Hofes wohl schwerlich mehr darauf dringen werde. Weil der Castellan von Posen auf dem Kreistag zu Schroda einhellig zum Führer dieser Woiwodschaft erwählt worden sei, wünsche man bei Hofe, dass diese Woiwodschaft nicht aufgesessen wäre, und habe daher durch den hiesigen Bischof und andere Geistliche ausstreuen lassen, man müsste an dieser Grenze wohl Acht auf des Kf. starke Armatur haben, damit, wenn der Adel in der Ukraine wäre, sie nicht indessen fremde Gäste in ihren Gütern bekämen, welches bei vielen, denen dieser Feldzug ohnedem beschwerlich gefallen, bald gewirkt hätte. Auf den Rath des G. Kanzlers hat sich Sc. selbst auf den Versammlungsplatz des Aufgebots begeben und dort durch seine Vorstellungen und Versicherungen die meisten zufriedengestellt.

Der G. Kanzler und der Castellan, welcher letztere bereits mit dem Adel dieser Woiwodschaft fortgegangen, rathen dem Kf., mit Offerierung des Succurses stark zu continuieren, wenn auch der Hof denselben nicht gern sehe, würde es doch bei der Republik sehr dienlich sein.

Recess der zwischen Opacki und den Kurfürstl. Kommissaren am 29. und 30. August 1671 zu Königsberg geführten Verhandlungen. D. Regiomonti 1. September 1671.

1) Die Kommissare erwidern auf Opacki's Proposition, Kf. sei bereit, den 1. Sept.
Pacten gemäss 1500 Fusssoldaten dem Könige zu Hülfe zu schicken, auch noch

---

[1]) Kf. hatte demselben 21./31. Juli 1671 befohlen, sich wieder zu dem G. Kanzler zu begeben.

[2]) Hoffnung dazu war durch ein Schreiben Opacki's an den O. Präsidenten v. Schwerin vom 18. Juli 1671 erweckt worden, welcher demselben das Concept eines im Senate beschlossenen, aber noch nicht ausgefertigten Schreiben König Michaels an Kf. geschickt hatte, worin dieser sich zur Bestätigung der Pacten bereit erklärt hatte, falls ihm nur Sicherheit gegeben würde, dass die Kommission wegen Beilegung der Streitigkeiten zur Ausführung komme, ihm wegen der Entführung Kalcksteins Genugthuung geleistet und die Hülfstruppen sofort geschickt würden. Op. hatte versichert, dass der Sinn des U. Kanzlers jetzt ganz geändert sei, und hatte gebeten, dass das ihm früher bei seiner Anwesenheit in Berlin gegebene Versprechen inbetreff eines durch seine Hände an denselben zu übermittelnden Geldgeschenkes erfüllt werde.

[3]) Vgl. darüber Lengnich VIII, S. 56 f.

dazu, wenn der König und die Republik es wünschten, 500 Reiter, falls dieselben die Pacten bestätigen und ihm denselben entsprechend Elbing nebst den seither daraus bezogenen Einkünften überliefern wollten, er sei auch bereit, mindestens 200 Dragoner zu schicken, doch dafür dann 300 Fusssoldaten oder 200 Reiter zurückzubehalten. Da Op. erklärt, daraufhin nicht instruiert zu sein, und bittet, Kf. möchte ausser den 2000 Mann noch mehr Hülfstruppen schicken, so wird schliesslich verabredet, dass er dem Könige darüber berichten solle.

2) In betreff des Unterhalts der Hülfstruppen erklären die Kurf. Kommissare, Kf. wolle ihnen denselben auf 2 Monate liefern, der König und die Republik aber müssten sich zur Rückerstattung verpflichten; Op. nimmt auch dieses nur ad referendum.

3) In betreff des weiteren Unterhaltes verlangen die Kurf. Kommissare, dass derselbe von polnischer Seite jeden Monat im voraus bezahlt werde und zwar nach der kurfürstl. Verpflegungsordinanz, dass bestimmte Einkünfte dazu assigniert werden und dass derselbe nur in Silbergeld bezahlt werden sollte; Op. erbittet sich diese Ordinanz und verspricht, auch darüber dem Könige zu berichten, erklärt aber, dass polnischerseits der Unterhalt nur so, wie er dort üblich sei, und in der im Königreiche laufenden Münze bezahlt werden könne.

4) Er verspricht sobald als möglich die polnische Ordinanz inbetreff des Unterhaltes einzuschicken.

5) Die Kurf. Kommissare verlangen, dass, wenn polnischerseits den Hülfstruppen der Unterhalt nicht zur bestimmten Zeit gezahlt werde, dem Befehlshaber derselben erlaubt sein solle, sich denselben aus den Orten, wo sie ihr Quartier hätten, zu nehmen; Op. nimmt auch dieses ad referendum.

6) Die Kurf. Kommissare behalten dem Kf. das Recht vor, die Hülfstruppen zu jeder Zeit zurückrufen zu dürfen, namentlich falls dieselben nicht gebührend von polnischer Seite unterhalten werden sollten.

7) Dieselben verlangen ferner, dass mit diesen Hülfstruppen ein oder zwei evangelische Geistliche mitziehen und dass dieselben den Soldaten überall Gottesdienst halten dürfen.

8) Kommando und Jurisdiction sollen dem Befehlshaber des Hülfscorps zustehen, derselbe soll nur dem Könige und den zwei Feldherrn untergeordnet sein, die Truppen sollen auch die nächste Stelle nach der königl. Garde einnehmen, der Befehlshaber allen deutschen Obersten vorangehen und an allen Kriegsberathungen, zu denen die übrigen Obersten zugezogen werden, theilnehmen.

9) Die Hülfstruppen sollen nicht getrennt werden, immer benachbarte Quartiere beziehen, nicht über Lemberg und Kaminiec hinaus geführt werden, falls nicht das Heer des Königs weiter vorrückt.

10) Aenderung und Vermehrung der Hülfstruppen über die Zahl von 1500 hinaus behalten die Kommissare dem Kf. vor.

11) Für die Winterquartiere und Ergänzung der Hülfstruppen verlangen sie Bestimmung eines bestimmten Territoriums.

12) Sie verlangen für dieselben freie Fuhren für Kranke und Lebensmittel.

13) In betreff der Auslösung der Gefangenen erklärt Op. nichts versprechen zu können.

14) Nach Beendigung des Krieges steht dem Kf. zu, die Truppen zurückzurufen.

15) Im Namen des Befehlshabers des Hülfscorps, des Ob. Lieut. Fleming[1]), verlangen die Kurf. Kommissare, dass für die einzelnen Monate der Unterhalt voraus bezahlt und dass dazu ein Zahlmeister bestimmt werde, und dass ihm zustehen solle, falls der Unterhalt nicht gezahlt wird, denselben an dem Orte, wo sie sich aufhalten, selbst zu nehmen.

16) Derselbe verlangt für sich allein Ausübung der Jurisdiction über die Truppen,

17) ferner, dass ihm ein polnischer Kommissar beigegeben werde, um die Truppen zu führen, für die nöthigen Lebensmittel zu sorgen und Preise für zu verkaufende Dinge festzusetzen.

18) Nach Beendigung des Krieges soll derselbe die Truppen bis an die preussische Grenze zurückgeleiten, die Truppen sollen nicht mehr als 3 Meilen täglich marschieren und alle 3 oder 4 Tage einen Ruhetag halten.

Op. verlangt Bestimmung der Zeit, wann die Truppen an der polnischen Grenze zu Korzella erscheinen sollen, die Kurf. Kommissare erklären, sobald derselbe die Erklärung des Königs auf die gestellten Forderungen, seinem Versprechen gemäss höchstens innerhalb 3 Wochen, einsenden werde, sollten die Truppen an den Ort, wo die Uebergabe derselben erfolgen solle, zwischen Ortelsburg und Korzella, geschickt werden[2]).

---

[1]) Heino Heinrich v. Flemming, seit September 1663 Major in dem Regiment Dönhoff, seit 1665 Oberstlieutenant, Februar 1670 zum Generaladjutanten ernannt, s. v. d. Oelsnitz, Gesch. des königl. preussischen ersten Infanterie-Regiments S. 112 ff.; v. Mülverstedt, Die brandenb. Kriegsmacht unter dem Grossen Kurfürsten S. 192 f.

[2]) Sofort nachdem er über dieses Ergebnis der Verhandlungen mit Opacki Nachricht erhalten, erlässt Kf. am $\frac{28.\text{ August}}{7.\text{ September}}$ und dann weiter am 10./20. September 1671 an den Herzog von Croy die militärischen Ordres: Das Auxiliarcorps soll aus 1500 Mann bestehen, 1000 Fusssoldaten, die aus den in Preussen stehenden Regimentern zu commandieren sind, 100 Mann zu Pferde von der Compagnie des Prinzen Friedrich, 100 Dragoner von der Compagnie des Oberstlieutenants Block und 300 Dragoner aus Pommern von des G. Feldmarschalls Derfflinger Escadron unter Oberstlieutenant v. d. Marwitz, welche letzteren sofort nach Preussen marschieren sollen. Die Fusssoldaten sollen in zwei Regimenter unter dem zum Obersten zu ernennenden v. Flemming und dem Obersten v. Schöning getheilt werden, letzterer soll das Obercommando führen. Vgl. Brandenburgisch-polnische Türkenzüge von 1671—1688 (Kriegsgeschichtliche Einzelschriften herausgegeben vom Grossen Generalstabe, Heft 5) S. 3.

J. Scultetus[1]) an den Kurfürsten. D. Posen 18./28. September 1671.

[Mittheilungen des G. Kanzlers.]

28. Sept. Der G. Kanzler meint, dass jetzt der Hof, weil der Winter vor der Thür, die Tataren und Cosacken sich auch auf eine Zeit lang zurückgezogen[2]), nicht hart mehr auf den Succurs des Kf. dringen werde, zumal sie nicht wüssten, wie derselbe zu unterhalten sei[3]). Falls der Succurs dieses Jahr nicht weiter urgiert würde, dürfte man auch die confirmatio pactorum noch wohl eine Zeit lang differieren. Da aber der von der Pospolite zurückgekommene Adel nicht gern wieder zu Pferde sitzen und nach der Ukraine gehen wolle, so wünsche er, dass dieser Succurs je eher je lieber käme, er wollte daher auf dem am 9. October zu Schroda abzuhaltenden Seymik dieser Woiwodschaft es dahin zu bringen suchen, dass namens der ganzen Woiwodschaft an den König geschrieben und dabei die Confirmation der Pacten urgiert werde. Sc. hat deswegen auch an den Castellan von Posen, der jetzt bei dem Adel wieder in gutem Credit ist, geschrieben.

Die Diffidentien zwischen dem Hof und dem mehreren Theil der Senatoren haben noch nicht abgenommen und ersterer sucht daher den Reichstag möglichst zu differieren.

J. Scultetus an den Kurfürsten. D. Driesen 5. October 1671.

[Mittheilungen des Erzbischofs über die Ränke des Hofes gegen Kf., über den König und dessen verderbliches Regiment. Festhalten des Erzbischofs an der französischen Partei.]

5. Oct. Von Posen aus hat er sich zu dem Erzbischof begeben, den er auf seinen Gütern unter Warschau angetroffen. Derselbe erklärte, er fühle sich

---

[1]) Kf. hatte denselben (d. Potstam 4./[14.] September 1671) beauftragt, sich wiederum zu dem G. Kanzler und dem Erzbischof zu begeben, denselben Schreiben von ihm zu überreichen, ihnen vorzustellen, wie bereitwillig er sich mit Schickung des Succurses gezeigt hätte, und sie zu ersuchen, dahin zu wirken, dass auch ihm gegenüber die Verträge erfüllt würden. Dem G. Kanzler soll er 1000 Rthler zustellen.

[2]) Vgl. den Bericht Sobieski's an den König vom 31. August und die Instruktion desselben für den an den König gesendeten Woiwoden von Reussen Jablonowski vom 4. September 1671 (Kluczycki I, S. 668. 674).

[3]) Der Herzog von Croy übersendet (d. Königsberg $\frac{26. \text{ September}}{6. \text{ October}}$ 1671) dem Kf. ein Schreiben des U. Kanzlers vom 23. September, in welchem derselbe meldet, der König erwarte die Hülfstruppen des Kf. erst im nächsten Sommer, dafür aber um so schneller und zahlreicher und unter günstigeren Bedingungen; bald darauf erhält Kf. auch von dem Woiwoden von Pommerellen Bakowski und von dem Bischof von Cracau dieselbe Nachricht.

verpflichtet, dem Kf. zu offenbaren, wie falsch und sinistre dessen gute Intention von dem Hofe aufgenommen und heimlich traduciert würde, er hätte ein Schreiben des U. Kanzlers (der den König gleich wie ein Paedagogus seinen Discipul unter der Ruthe hielte) intercipiert, worin gestanden, der Hof hätte zwar des Kf. Auxiliarvölker gesucht, aber deren Ankunft zu sehen niemals gewünscht, man hätte auch nicht gemeint, dass Kf. ante confirmationem pactorum sich mit Offerierung der Völker so parat zeigen würde, wiewohl, wenn es nicht die höchste Noth erforderte, er schon Mittel finden wollte, wie dieser Succurs zurückbleiben möchte. Anderestheils spargierte man durch die Woiwodschaften, Kf. hätte zwar Hülfe angeboten, aber gefordert, dass ihm zuforderst Elbing tradiert und zu der Summe, womit die Republik ihm verhaft, noch 50,000 Thaler zugeschrieben, auch die Starostei Draheim in perpetuum cediert würde, was bei dem gemeinen Adel allerhand närrische Reden und Nachdenken verursachte. Er wolle aber des Kf. Schreiben und gute Intention nicht allein an alle Bischöfe und Woiwodschaften schicken und durch seine Freunde auf den Seymiken den Betrug des Adels revelieren lassen, sondern auch auf dem nächsten Reichstage das intercipierte Schreiben des U. Kanzlers, der aller dieser Sachen Autor wäre, öffentlich verlesen lassen und er hoffe ihn so, wo nicht gar zu ruinieren, doch bei dem meisten Adel in Verdacht und Verachtung zu bringen, auch dem Könige wollte er dessen betrügliches Gemüth in seinem voto vormalen. Kf. möchte nur seine Gesandten auf den Reichstag schicken und beständig auf die Confirmation der Pacten dringen lassen, der Hof werde zwar wieder Dilation suchen wollen, wie aus der von dem U. Kanzler den Deputierten der grosspolnischen Woiwodschaften ertheilten Antwort [1]) zu ersehen sei, wenn aber Kf. nur bei der Republik stehen wollte, würde er es schon durch diese erhalten. Er klagte, dass unter diesem Könige das Reich ganz zu Grunde gehen und eine mutatio status, davon der U. Kanzler bereits zu reden sich nicht scheute, die auch dem Kf. gefährlich sein würde, entstehen würde. Der gemeine Adel, welcher das Werk nicht begreifen könnte, hätte bisher alles, was vorgelaufen, approbiert, jetzt aber fingen die vornehmsten an zu merken, wie höchst schädlich ihnen die Election dieses Königs, der zum Regiment ganz untüchtig, sei. Ehestens würde wohl eine Confoederation der Armee bestehen, die nicht weniger der Republik Bestes beobachten werde, Kf. möchte sich das Heil derselben mit angelegen sein lassen. Auch der österreichische Hof hätte unlängst durch Baron Meyernbeck mit ihm tractieren lassen, sie fänden bei dem Könige alle nur möglichen Laster, aber nicht die geringste Tugend noch Aufrichtigkeit des Gemüths, daher sie auch sähen, dass er von der Republik endlich werde vom Thron gestossen werden, sie hätten nur dieses dabei bedungen,

[1]) F. Galecki meldet dem Kf. (d. in castris ad Bar 12. September 1671), die infolge des Aufgebotes zu Lublin versammelten grosspolnischen Palatinate hätten zweimal durch Gesandte von dem Könige Bestätigung der Bromberger Verträge gefordert, die Anhänger des U. Kanzlers im Senate aber hätten dem widersprochen und letzterer hätte es trotz des Widerspruches des Littauischen G. Kanzlers durchgesetzt, dass die Entscheidung darüber bis auf den nächsten Reichstag verschoben worden sei.

dass dennoch die Königin Königin in der Cron bliebe, wenn sie coactam voluntatem oder impotentiam allegierte, sei die Ehe von selbst nichtig, der päpstliche Consensus werde leicht zu erhalten sein.

Während der drei Tage, die Sc. bei dem Erzbischof blieb, hat dieser schon an verschiedene Bischöfe und Woiwodschaften des Kf. wegen geschrieben, sonst aber hat er mit ihm von nichts anderem discurriert als von Frankreich, dass nur dort ein tüchtiges Subjectum zu dieser Krone hätte gefunden werden können, und zeigte es sich, dass er noch heute so gut französisch ist, als er je vor der Wahl gewesen.

König Michael an den Kurfürsten. D. Varsaviae 23. November 1671.

[Bitte, die Hülfssendung zu verschieben. Ueber die neuen Forderungen des Kf. und die früheren Streitpunkte kann auf dem Reichstage verhandelt werden.]

23. Nov. Anzeige der glücklichen Erfolge in der Ukraine und seiner Rückkehr nach Warschau. Er hätte gewünscht, dass die Truppen des Kf. Theil an dem Feldzuge genommen hätten, aber wegen der vorgerückten Jahreszeit bittet er die Hülfsleistung bis zum nächsten Sommer zu verschieben, zumal da in den Vorschlägen der Kommissare des Kf. sich manches unerwartete finde, das nicht in den Pacten enthalten und daher reiflicher Ueberlegung auf dem polnischen Reichstage bedarf, worüber schon der U. Kanzler an den Preussischen Statthalter geschrieben. Er erwidert des Kf. Freundschaftsversicherungen, wünscht, dass aller bisweilen auftauchende Verdacht verschwinden und dass nach Leistung der Satisfaction für die Wegführung Kalcksteins, Beilegung der Streitigkeiten durch Kommissare, was zur Zeit des Reichstages bequem geschehen könnte, und Erneuerung der Pacten ihre Freundschaft noch mehr befestigt werde.

Der Kurfürst an den König von Polen. D. Coloniae ad Spream 27. November/[7. December] 1671.

[auf das Schreiben vom 23. Nov. Nachweis, dass zwischen ihnen auf dem Reichstage nichts zu verhandeln ist. Ankündigung der Entsendung v. Hoverbecks.]

7. Dec. Glückwunsch zu den militärischen Erfolgen. Seine Hülfstruppen haben bereit gestanden und werden auch weiter bereit stehen.

Kf. weiss nicht, worüber auf dem Reichstage zwischen ihnen beiden zu verhandeln sein sollte. Die Erneuerung der pacta gehört nicht dorthin, Kf. hofft, dass der König jetzt endlich die letzte Hand daran anlegen wird. Die Kalcksteinsche Angelegenheit ist den Justizbeamten übergeben und diese werden binnen kurzem das Urtheil fällen. Die Vorschläge inbetreff der Unterhaltung und der Marschordnung der Hülfstruppen bedürfen auch keiner Erörterung auf dem Reichstage, die wichtigeren Punkte sind schon durch die Pacten festgesetzt

und das übrige kann leicht freundschaftlich verglichen werden. Dass die Erörterung der an die Kommissarien verwiesenen Punkte nicht vor Erneuerung der pacta vorgenommen werden dürfe, ist schon längst von Kf. nachgewiesen worden. Zur Beilegung der Streitigkeiten nach Erneuerung der Pacten ist Kf. bereit und hat seinen zur Beschwörung der Pacten beauftragten Kommissar auch dazu bevollmächtigt. v. Hoverbeck, den er nächstens schicken wird[1]), wird Näheres mittheilen.

J. Scultetus[2]) an den Kurfürsten. D. Schamatulle 2./12. December 1671.

[Rathschläge des Castellans von Posen. Der neue Auftrag des Kf.]

Er hat den G. Kanzler, der schon 3 Tage vorher vom Könige nach War- 12. Dec.
schau berufen worden, nicht mehr in Kalisch gefunden, demselben aber schriftlich den Wunsch des Kf. mitgetheilt, dass er seine Reise an den Hof beschleunigen und dort mit v. Hoverbeck überlegen möchte, wie des Kf. Interesse zu stabilieren und dem Wüthen des U. Kanzlers, an welchen sich etliche böse Leute aus Preussen gehangen, zu steuern sei. Darauf hat er sich zum Castellan von Posen begeben, den er 7 Meilen hinter Kalisch zu Polnisch Neustadt an-

---

[1]) Opacki hatte am 30. October dem Herzoge von Croy geschrieben, wenn Kf. nicht seinem Versprechen gemäss durch Absendung einer ausserordentlichen Gesandtschaft dem Könige Genugthuung für den durch Kalcksteins Fortführung zugefügten Schimpf leiste, sei auf aufrichtige Freundschaft nicht zu hoffen. Kf. beauftragt darauf (d. Cöln $\frac{30.\text{ October}}{9.\text{ November}}$ 1671) den Herzog zu antworten, er werde, da der König bald nach Warschau kommen und der Reichstag dort bald seinen Anfang nehmen werde, dorthin Gesandte schicken. An v. Hoverbeck war schon am 9./19. October der Befehl ergangen, sich zu einer Reise an den polnischen Hof bereit zu halten, am 6./16. November wird er angewiesen, sich gute Zeit vor dem Beginn des Reichstages in Warschau einzufinden, am 9./19. November, Vorschläge wegen der ihm mitzugebenden Instruktion zu machen. v. H. weist nun allerdings (d. Hohenstein 5. December 1671) darauf hin, aus den an die Seymiken gesendeten Instruktionen gehe hervor, dass man die Punkte, über welche Kf. bisher nur mit dem Könige zu thun gehabt, vor den Reichstag zu ziehen und so die Gerechtsame des Kf. der Decision desselben zu unterwerfen suche, und räth daher, Kf. möchte weder vor noch während des Reichstages jemand dorthin schicken; so lange man seiner entrathen könnte, werde schwerlich weder durch Bitten noch durch Geld die Renovation der Pacten zu erlangen sein, sollte man aber in Noth kommen, so werde man ihn schon suchen. Kf. erwidert aber (d. Cöln an der Spree 9./19. December 1671), er könne keine Gelegenheit, sein Interesse und namentlich die Erneuerung der Pacten zu betreiben, vorübergehen lassen, die jetzigen Conjuncturen, die Inclination der wohlwollenden Senatoren und selbst das Verhalten der feindlichen gäben ihm Anlass, die Sendung möglichst bald auszuführen; v. H. solle sich daher auf die Reise machen.

[2]) Eine Instruktion desselben liegt nicht bei.

getroffen. Auf den ersten Punkt seines Anbringens, ob es rathsam sei, den U. Kanzler auf dem künftigen Reichstage öffentlich anzuklagen und alles, was derselbe bisher gegen Kf. machiniert, vorzustellen, damit er von der Republik als ein Friedensstörer abgestraft werde, erklärte jener, Kf. hätte dazu Fug und Recht genug, rieth aber, erst abzuwarten, wie der Reichstag verlaufen würde; liesse sich derselbe nicht nach Wunsch des Hofes an, dann möchte der Gesandte, den Kf. möglichst bald dorthin schicken möchte, mit dem Erzbischof, G. Kanzler und anderen Wohlaffectionierten überlegen, wie diese Klage über den U. Kanzler am füglichsten anzustellen sei. Bei dem andern Punkt, ob Kf. bei sogestalten Sachen nicht bei Zeiten die Guaranteurs anzusprechen hätte, rieth er auch, zunächst den Ausgang des Reichstages abzuwarten, er wüsste, dass die Republik das foedus mit Kf. nicht brechen, noch in einen Krieg mit demselben willigen werde, was geschehe, thäte der U. Kanzler auf seinen eigenen Kopf, der Erzbischof und andere Senatoren aber würden ihm wohl auf künftigem Reichstag den Verstand eröffnen.

Als Sc. ihm eröffnete, er hätte Ordre, nach Petrikau zu gehen und dort nachzuforschen, was am 30. October für ein plenipotentiarius aus Preussen sich dort eingefunden und ob dessen Name und Supplication nicht in der metrica ingrossiert wäre, rieth ihm der Castellan davon ab, theilte ihm aber mit, er würde auf dem bevorstehenden Seymik zu Schroda dieses Jahr über zum Marschall des Tribunals erwählt werden, wohin er dann bald nach dem Fest der h. Drei Könige zu gehen und bis an den halben Reichstag zu präsidieren gedenke, in der Zeit wolle er sich danach erkundigen.

Dann hat er dem Castellan das Schreiben des Kf. an die grosspolnische Zusammenkunft zu Schroda übergeben, derselbe versprach, dahin zu wirken, dass die grosspolnischen Landboten beauftragt würden, bei dem Könige um Confirmierung der Pacta mit Kf. anzuhalten.

Auf der Rückreise hat er das Rescript des Kf. vom 27. November[1]) erhalten, er wird in folge dessen zu dem Castellan von Posen zurückkehren und mit demselben den ihm ertheilten Auftrag überlegen.

J. Scultetus an den Kurfürsten. D. Cüstrin 16. December 1671.

[Vorgänge auf dem Landtage zu Schroda.]

16. Dec. Er hat sich nach Schroda zu dem Landtage begeben und nach Besprechung mit den anwesenden Senatoren und anderen vornehmen Adligen bei der ersten Session, nachdem ein Verwandter der Woiwoden von Kalisch und Posen, Miel-

[1]) Darin wird ihm befohlen, sich auf den grosspolnischen Seymik zu begeben und dort sich zu bemühen, dass im Gegensatz zu der an denselben geschickten Instruktion beschlossen werde, den König zu ersuchen, dass er die Confirmation der Pacten vornehme und den Reichstag damit nicht behellige, sowie sich der Kalcksteinschen Angelegenheit, über deren wahre Beschaffenheit er die Anwesenden näher informieren soll, nicht anzunehmen. Vgl. Paczkowski a. a. O. (Forsch. III, S. 108f.).

scinski zum Marschall gewählt worden, diesen ersucht, des Kf. Begehren an diese Seymik auf's favorabelste vorzustellen. Derselbe that dieses auch, als er aber das Schreiben des Kf. öffnen und öffentlich verlesen wollte, protestierte dagegen sofort einer, namens Kerski, und erklärte, zuerst müssten der König und die Republik von Kf. Satisfaction wegen verschiedener Contraventionen, die er anführte, erhalten. Nachdem man drei Stunden lang darüber disputiert, ob die Briefe geöffnet werden sollten, setzte es der U. Kämmerer von Kalisch Krzycki durch, dass das Schreiben vom Marschall verlesen und darüber zu votieren begehrt wurde, da dann die meisten Stimmen dahin gingen, man sollte Kf. zumal bei dem jetzigen Türkenkrieg nicht disgustieren und daher bei dem Könige auf dem Reichstage anhalten, dass er die Pacta mit Kf. confirmieren und alle Missverständnisse aufheben möchte. Der Posnische Landfähndrich Skoroszewski verlangte, dass die Landboten auch auf dem Reichstage nachfragen sollten, wer daran Schuld wäre, dass der von Kf. offerierte Succurs, der den Sommer in der Ukraine ein grosses hätte verrichten können, nicht wäre acceptiert worden, und schlug vor, der König sollte die Pacten zwar bald zu Anfang des Reichstages confirmieren, stantibus comitiis sollte aber auch sofort die Commission vorgenommen und die Differenzen abgethan werden. Als Kerski einwarf, der U. Kanzler hätte ihm geschrieben, er wollte auf dem Reichstage öffentlich remonstrieren, was für nachtheilige Dinge der Republik zuwachsen würden, wenn der König die pacta sogleich confirmierte, in diesen stände auch, dass Elbing sogleich nach der Confirmation dem Kf. solle tradiert werden, erwiderte der Landfähndrich, die Republik hätte pacta confirmata mit Kf. und dem U. Kanzler stände es nicht zu, allein dieselben über den Haufen zu werfen. Endlich wurde beikommende Antwort an Kf.[1]) beschlossen, der Woiwode und der Castellan versprachen, bei Concipierung der Instruction für die Landboten diesen Artikel so zu moderieren, dass nichts dem Kf. Präjudicierliches hineingesetzt würde. Wegen Kalcksteins wurde endlich, weil die beim vorigen Reichstage gewesenen Landboten nicht gestehen wollten, dass ihn die Landbotenstube in Protection genommen, garnichts erwähnt.

Der Castellan von Posen meint, der König suche, um sich bei den Senatoren und Vornehmsten des Reiches formidabel, bei dem gemeinen Adel recommendabel zu machen, auf Antrieb des U. Kanzlers wegen Preussen, was der vorige König und die Stände weggegeben, wieder zu der Kron zu bringen, und beide würden, wenn nur der Türkenkrieg es nicht hinderte, sich bemühen, die Confirmation der Pacten mit Hervorsuchung von allerhand Querelen aufzuschieben; er räth, Kf. möchte nur durch Schreiben oder auf dem Reichstage durch seine Gesandten beim Könige anfragen, weil er cum Republica pacta confirmata hätte, ob der König dieselben auch zu confirmieren und zu halten gedächte, sollte derselbe auf vorhergehender Abschaffung der Differentien bestehen, könnte

[1]) D. Sredae 17. December 1671; darin erklärt der Marschall Albertus de Mussyns Mussynski, die Landboten würden für die Bestätigung der Pacten wirken, sie hofften aber, Kf. werde darein willigen, dass durch Kommissare beider Theile die Streitigkeiten geschlichtet würden.

Kf. seine Gesandten noch in währendem Reichstage cum protestatione zurückfordern und sich stellen, als müsste er andere Verfassung machen, dann würden vielleicht die Stände aus Furcht vor dem Türkenkriege von selbst in den König dringen, die Pacta zu confirmieren.

k. Gesandtschaft v. Hoverbecks und v. Tettau's. December 1671—März 1672.

Instruktion, wornach sich unser — Geheimer Rath Johann Freiherr v. Hoverbeck und Daniel v. Tettau, Hauptmann zu Lötzen, Hof- und Legationsrath, bei ihrer itzigen Abschickung nach Warschau zu richten. D. Cöln an der Spree 9./[19.] December 1671[1]).

(Conc. v. Somnitz.)

[Beschwörung der Pacten; vorherige Verhandlungen über die Streitigkeiten sind abzulehnen. Die Kalcksteinsche Angelegenheit.]

19. Dec. 1. Sie sollen baldmöglichst vor dem Reichstage in Warschau eintreffen, bei der Audienz dem Könige wegen der glücklichen Progressen in der Ukraine gratulieren, 2. hauptsächlich aber denselben daran erinnern, dass Kf. behufs Bestätigung der Pacten schon früher eine Gesandtschaft geschickt, und ihn ersuchen, dieselbe jetzt für sich gehen zu lassen.

3. Sie haben darauf zu achten, dass die von dem Könige deputierten Senatoren mit gehöriger Vollmacht versehen und dass solche Senatoren dazu ernannt werden, welche keine Widerwärtigkeit gegen Kf. haben verspüren lassen. Zuerst haben die Königl. Deputierten den Eid (und zwar in derselben Art, wie König Johann Casimir selbst ihn geschworen) und dann sie denselben abzulegen. Dass die pacta umgeschrieben werden, ist nicht nöthig noch thunlich. An die Stände ist dieses Werkes wegen nichts zu bringen, noch darf die Eidesleistung, um Präjudiz zu vermeiden, in Gegenwart der Stände geschehen, es darf aus diesem Confirmationswerke auch kein casus comitialis gemacht werden.

Sollte von Königl. Seite eingewendet werden, vor der Renovation müssten erst einige theils fürlängst, theils neuerdings erhobene Zweifel und Schwierigkeiten gehoben werden, so haben sie dieses aus den v. H. längst bekannten Gründen, denen sie zu inhärieren haben, abzulehnen, dabei aber zu erklären, Kf. sei erbötig, sofort nach geschehener Eidesleistung diese Sachen vornehmen und tractieren zu lassen und sich darin aller Billigkeit nach zu verhalten, auch sollen sie darauf hinweisen, dass Kf., trotzdem die Renovation der Pacten bisher nicht geschehen, die erforderten Auxiliarvölker bereit gehalten. Alles dieses

[1]) Vgl. über diese Gesandtschaft Pufendorf XI, § 105. 106 (S. 664ff.); Paczkowski S. 113ff.

sollen sie nicht nur dem Könige, sondern auch den Senatoren und anderen, die am Hofe in Consideration stehen, vorstellen, auch kann v. H. die Vollmacht zur Complanation der Irrungen, die er in Händen hat, vorzeigen.

4. Sollte dieses alles nichts verfangen wollen, so haben sie zu erklären, dass Kf. die Sache weder auf den Reichstag noch zur Commission vor Beschwörung der Pacten wolle kommen lassen, sondern dass dann nichts anderes übrig sei als die Interposition der Mediatoren und in pactis genannten Potentaten zu suchen. Sie haben wegen dieser Interposition des Hofes Meinung zu vernehmen und dann ihren Abschied zu begehren, in diesem Fall aber mit nöthigen Protestationen und Declarationen des Kf. jura zu conservieren.

5. Da auch ohne Zweifel des Kalcksteinschen Handels und, dass man eine Abschickung deswegen erwartet, Erwähnung geschehen wird, so sollen sie dem Könige hinterbringen, dass dessen Reise nach Lemberg diese Absendung gehindert, im übrigen aber könnte Kf. nicht absehen, was man deswegen an ihn irgendwie praetendieren könnte. Er habe dem Verlangen des Königs entsprechend den Beschuldigten den Process machen lassen und erwarte täglich eine sententiam in contumacia. Kf. seinerseits hätte sich darüber zu beschweren, dass den Pacten entgegen Kalckstein gestattet worden, am Hofe, bei der Armee und auf dem Reichstage, ja allenthalben die schrecklichsten Lästerungen gegen ihn auszustreuen, dass seine Lästerschriften angenommen und seine Auslieferung verweigert worden ist.

Bei der Königin haben die Gesandten sich auch mittelst beigehenden Creditives anzugeben und die gewöhnlichen Curialien zu verrichten.

Nach Expedierung der die Confirmation der Pacten betreffenden Sachen hat v. Tettau zurückzukehren, v. Hoverbeck aber nach erfolgter Confirmation der Pacten abzuwarten, dass die Aufhelligkeiten vorgenommen werden.

Neben-Instruktion für den v. Hoverbeck. D. Cöln an der Spree 9./[19.] December 1671.

[Die Prätensionen des Kf., H. soll herauszubekommen suchen, welche Preussen dem U. Kanzler die Kalcksteinsche Sache recommendiert haben.]

Da man polnischerseits auf Hinlegung der Streitigkeiten dringt, so ist Kf. 19. Dec.
zufrieden, dass dieselben post confirmationem pactorum vorgenommen werden, und wird ihm dieses hiemit aufgetragen.

Kf. seinerseits prätendiert nur, dass, was wegen Elbing in den Pacten geschlossen, exequiert werde, und lässt er dem Könige die Wahl, ob er die Stadt ihm abtreten oder die auch zu Bromberg aber post pacta gemachte Abrede[1]) belieben wolle.

Da dem Kf. nicht eigentlich bewusst, was man königlicherseits von ihm praetendiere, so soll er solches vernehmen und darüber berichten, interim aber

---

[1]) S. v. Mörner S. 226 (n. 121[d]).

in den schon vorhin movierten Punkten sich nach den früheren Resolutionen des Kf. richten.

Wenn es bei der Confirmationssache Schwierigkeiten giebt, so soll er von den wohlaffectionierten Senatoren vernehmen, durch was für Mittel und Wege man daraus kommen möchte, auch nachher, wenn es zur Ernennung von Kommissaren kommen sollte, sich auf das äusserste bemühen, dass von den Uebelwollenden keine dazu genommen werden.

Weiter hat er sich zu bemühen zu erfahren, was für Preussen sich an den U. Kanzler gehangen und demselben Kalcksteins Sache recommendiert haben, die Nachricht, die Kf. davon erhalten, soll ihm mit ehestem zugesandt werden.

Dem Littauischen G. Kanzler Pac hat er 500 Ducaten zu versprechen und, sobald er sie erhalten, zu offerieren.

---

v. Hoverbeck[1]) an den Kurfürsten. D. Prag 8. Januar 1672.

[Verlangen des Königs, schleunigst Hülfstruppen zu senden.]

8. Jan. H. Wyzycky[2]), welcher jetzt die Armee in der Ukraine commandiert, hat erklärt, wenn ihm nicht 3000 Mann zu Hülfe geschickt würden, würde er sich noch diesen Winter zurückziehen müssen, weshalb nach des Kf. Völkern sehr gelüstert wird und der König ihn noch vor der Ueberfahrt und Einholung hat ersuchen lassen, da die Sache keinen Verzug leiden könnte, in seinem Namen den Kf. oder den Herzog von Croy, wenn dieser soweit bevollmächtigt, zu bitten, anstatt der Fussvölker ihm je eher je lieber 1500 Dragoner zu Hülfe zu schicken und dieselben so marchieren zu lassen, dass sie höchstens in 4 Wochen in der Ukraine sein könnten. Er hoffe, Kf. werde, wie er früher erklärt habe, diesen Völkern 2 Monat Löhnung aus seinem Schatze geben, wegen fernerer Verpflegung derselben solle auf dem Reichstage aus dem Kronschatze Vorsehung geschehen.

H. räth, die einmal gewilligte Hülfe nicht zurückzuhalten, aber, da man Kf. in den Ausschreiben an die Kreise sehr verhasst zu machen gesucht, nicht ohne Bedingung der eidlichen Renovation der Pacten[3]).

---

[1]) Derselbe war vorausgereist, v. Tettau, dessen Ausrüstung sich verzögert hatte, ist ihm erst Anfang Februar gefolgt.

[2]) Stanislaus Wyzycki, Fähndrich von Kiew. Vgl. über die bedrohte Lage in der Ukraine den Brief Sobieski's an den G. Kanzler vom 5. Januar 1672, dessen Aufruf an die Armee und die Relationen von der Armee bei Kluczycki II, S. 752ff.

[3]) Kf. erwidert darauf (d. Cöln 8./18. Januar 1672), ihm komme das oftmalige Variieren wegen des Succurses und, dass der König der Confirmation der Pacten garnicht habe erwähnen lassen, fremd vor, er wolle daher erst weiteren Bericht abwarten.

v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 12. Januar 1672.

[Audienz beim Könige.]

Bei der Audienz, die er gestern beim Könige gehabt, bezeugte sich dieser sehr höflich, dankte dem Kf. für den bewilligten secours, betreffend die Confirmation der Pacten aber sagte er nur, er werde, wie Herkommens, mit den anwesenden Senatoren davon sprechen und ihn darauf ohne Verzug mit einem Bescheide versehen lassen. Dann brach er in weitläufige recht studierte und pathetische Klagen wegen Kalcksteins Entführung aus, versicherte wiederholt, es wäre ihm nicht um die Sache selbst zu thun noch um die Person, als daran ausser der Seel nichts gutes wäre, angesehen er in allen Landen an Ehr banqueroutirt (wie seine Worte waren), sondern dass es zu der Zeit geschehen, wo er wegen seiner Malcontenten am wehmüthigsten gewesen und wo er die Seinigen gern hätte sehen lassen, dass er bei den benachbarten Potentaten in Estim wäre, gerade da wäre ihm solcher Schimpf widerfahren u. s. w. H. hat darauf seiner Instruktion gemäss geantwortet und das Ausbleiben der angekündigten Gesandtschaft damit entschuldigt, dass der König unvermuthet, ohne das Generalaufgebot abzuwarten, von hier aufgebrochen sei und so seine Person und zugleich die Republik hazardiert hätte. Diese letzten Worte gefielen dem Könige so, dass er sie selbst bestätigte, der Aufbruch wäre sine exemplo, seine Vorfahren hätten sich in dergleichen Fällen nicht so in Gefahr begeben, sie hätten auch als Fremde dem Vaterlande nicht so viel Liebe zugetragen wie er, der ein Sohn der Republik wäre. Es würde ihm nicht entgegen gewesen sein, wenn die Entführung nur nicht hier in der Residenz geschehen wäre, wie er's Brandt unterschiedlich angedeutet, er hätte Kalckstein nie in Protection genommen, wäre auch bereit gewesen, ihn vom Hofe wegzujagen. 12. Jan.

In den folgenden Discursen dissimulierte der König zwar nicht die vorstehende Türkengefahr, suchte ihn aber zu überreden, dass alle innerlichen motus gänzlich gestillt wären, doch gab er zu erkennen, dass er fürchte, der herannahende Reichstag könnte sich fruchtlos zerschlagen.

---

v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 16. Januar 1672.

[Verschleppung der Confirmation der Pacten. Hoffnung des polnischen Hofes, Preussen wiederzugewinnen. Gefährdete Lage des Königs.]

Auch jetzt sucht man alle Mittel hervor, um die Confirmation der Pacten zu verschleppen und wohl endlich gar zu eludieren. Dazu hat der U. Kanzler den Umstand benutzt, dass in dem besonderen Creditiv für H., welches derselbe dem Könige bei der Audienz übergeben, der Character Legati ausgelassen ist, und so den König dahin gebracht, dass er der Sache bis zu v. Tettau's Ankunft einen Anstand geben will. H. hat den U. Kanzler, da dieser ihn 16. Jan.

nur privatim empfangen zu wollen erklärt hat, nicht besucht. Dem G. Kanzler, der beabsichtigt, für ihn sowohl in dieser als auch in der Hauptsache zu sprechen, wird die Audienz von Tag zu Tag verschoben, inzwischen wird Kalcksteins Entführung und, dass dem Könige dafür keine Satisfaction geschehen, fast höher als die türkische Kriegserklärung angezogen. Es scheint daraus, dass sich der Hof durch die Leute aus Preussen, deren der K.V. Kanzler in seinem durch Scultetus dem G. Kanzler verdolmetscht zugeschickten Schreiben an den Bischof von Posen[1]) gedenkt, bethören lässt und noch immer Concepte formiert, es würden die Malcontenten im Lande, wenn nur der König die Renovation der Pacten verzögern und dem Werk nicht entgegen sein wollte, den kurfürstlichen Völkern die Hälse brechen und sich darauf das ganze Land gutwillig untergeben, dadurch er dann, weil alle Aemter im Lande Oeconomieen sind, mehr Einkommen, als er jetzt aus der ganzen Kron hat, überkommen und seinen Ruhm über alle seine Vorfahren erheben würde. H. stellt dem entgegen aus den Landtagsakten und dem Vereinigten Bedenken der sämtlichen Stände[2]) vor, wie von allen und jeden Kalcksteins Proceduren detestiert und gestanden worden, dass er vorhin rechtmässig zum ewigen Gefängnis verurtheilt worden. Man sprengt hier wieder aus, die dortigen Stände würden nach geendigtem Landtage wieder mit ungewilligten Contributionen bedroht.

Die hiesigen Malcontenten sind jetzt um so mehr zu considerieren, da die auswärtige Gefahr viel grösser ist und sie vorsichtiger gehen und ihr Werk besser gefasst haben. Hingegen beginnt die flüchtige Liebe des gemeinen Adels merklich zu erkalten, auch das Vernehmen zwischen dem König und der Königin und folgends dem Hause Oesterreich abzunehmen, es bekommt auch der König sehr oft gar gefährliche Anstösse und kann nicht begreifen, dass seine Affection und Deferenz gegen den U. Kanzler ihm fast alle anderen abwendig macht. Trotz aller Gegenbemühungen des U. Kanzlers, des Bischofs von Posen und ihres Anhanges ist doch der Castellan von Posen einhellig von allen Deputierten zum Marschalck oder Director des Tribunals[3]) gewählt worden; da dessen nächster Blutsfreund, der Prälat Zboski, zugleich mit Präsident der Geistlichen ist, so wird er sich wohl zu rächen wissen.

---

v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 19. Januar 1672.

[Uebermuth des U. Kanzlers. Trotz dessen Abreise will der König sich nicht zur Confirmation der Pacten verstehen. Vorschläge wegen Elbings und Kalcksteins.]

19. Jan. Der U. Kanzler ist so unbeständig, dass er einmal sich aller Sachen entschlagen, bald wieder alles nach seinem Sinn und Willen allein gethan haben

---

[1]) Leider ist weder dieses Schreiben selbst in den Akten erhalten noch aus denselben Näheres über seinen Inhalt zu ersehen.

[2]) Gemeint ist das „Vereinigte Bedenken“ der Preussischen Stände vom 23. September 1671 (v. Baczko, Gesch. Preussens V, S. 513 ff.).

[3]) S. oben S. 520.

will. Von den anderen Senatoren sagt er: Idem grex sed non idem pastor, sich allen, die vor ihm ministri status gewesen, vorziehend, vom Könige soll er oft sagen, wenn nicht alles nach seinem Willen geht, er wäre zum Regieren ganz nicht geschickt, ja sogar: Poenitet me fecisse hominem. Den 16. ist er davon gefahren und hat zu seinen Vertrauten gesagt, er gehe nach Löbau und würde vor dem 5. Februar nicht wiederkommen, da er dann, nachdem alle würden abvotiert haben, sein votum ablegen und sie alle widerlegen wollte, doch wird ihm das wohl schwerlich verstattet werden, da es Herkommens ist, dass die Senatoren nach ihrer Ordnung stimmen und wer fehlt nicht wieder zugelassen wird. Es wäre gerathen, dort auf die Leute zu achten, welche mit ihm umgehen werden, da anzunehmen ist, dass er noch mit den in seinem durch Scultetus mitgetheilten Schreiben angedeuteten Practiken umgeht.

Des U. Kanzlers Abzug sollte ihnen sonst wohl zustatten kommen, wenn er nur nicht den König vorher ganz eingenommen und wohl gar von demselben die Zusage erhalten hat, aller anderen Erinnerungen ungeachtet an seinem consilium festzuhalten. Der Primas, der Bischof von Cracau, angeblich auch der G. Feldherr und G. Marschall, die beiden G. Kanzler, der K. Schatzmeister und etliche ganze Kreistage dringen auf die endliche Renovation der Pacten, es will aber dennoch kein rechter Schluss erfolgen.

Der U. Kanzler hat H. durch den O. Kammerherrn Opacki auszuholen gesucht, er hat ihm vorstellen lassen, der kürzeste und sicherste Weg sei, überhaupt zu tractieren, und wenn Kf. seine Prätension auf Elbing fallen lassen wollte, ihrerseits die Subsidia und die anderen Prätensionen auch fallen zu lassen und auszumachen, dass gegen Erlassung der Elbingischen Summe Kf. und die Republik einander nur in den preussischen Landen zu secourieren hätten. H. bittet um Resolution, in wie weit dieser Vorschlag dem Kf. anständig sein möchte.

PS. 1. Der U. Kanzler hat sich unterstanden, wider den klaren Buchstaben des durch Opacki von Königsberg überbrachten Recesses[1]) an die Kreistage zu schreiben, Kf. hätte keine Völker geben wollen, wenn ihm nicht vorher Elbing cum fructibus perceptis et percipiendis tradiert würde.

PS. 2. Etliche Wohlaffectionierte rathen, Kf. möchte, um den König zu begütigen, Kalckstein wieder in dessen Gewalt liefern, wenn er nur versichert wäre, dass derselbe sogleich wieder ausgefolgt würde. H. hat dem widersprochen, bittet aber um Information, ob etwa dem G. Kanzler an die Hand zu geben wäre, er sollte den König vor sich selbst vertrösten, er traue ihm wohl so viel zu erhalten, dass K. an die Littauische Grenze gestellt und gleichsam in des Königs Gewalt geliefert würde gegen Versicherung, dass derselbe sofort wieder ausgefolgt werden sollte, da dann von Seiten des Kf. soviel Volk mitzuschicken sein würde, dass man polnischerseits nicht wider die Zusage handeln könnte[2]).

---

[1]) S. oben S. 513 ff.

[2]) Kf. erwidert darauf (d. Cöln a. d. Spree 19./[29.] Januar 1672), auf die El-

v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 30. Januar 1672.

[Weitere Verzögerung der Confirmation der Pacten. Aeussere und innere Gefahren.]

30. Jan. Der König hat neulich in consilio[1]) so geschickt zu simulieren gewusst, dass sämtliche anwesende Senatoren geglaubt, es wäre ihm nunmehr mit der Confirmation der Pacten ein rechter Ernst, nachdem aber noch vor erfolgter Wahl eines Landbotenmarschalls des U. Kanzlers Schwager[2]) und andere Hofcreaturen darauf bestanden, dass vor allen Dingen im Namen der Landbotenstube an den König geschickt würde, er sollte ja in puncto confirmationis pactorum nichts ohne die dritte Ordnung statuieren, sondern des Kf. Gesandte, bis alle Stände darüber würden vernommen sein, aufhalten, haben sie dessen wahre Gesinnung erkannt. Einige Verzögerung könnte wohl, zumal da v. Tettau noch nicht angelangt ist, nichts schaden, aber es macht ihn bedenklich, dass der König dem G. Kanzler trotz dessen Remonstrationen befohlen hat, den Punkt der Confirmation in die Reichstagsproposition zu setzen.

Weder der König noch der U. Kanzler bedenken, was für Gefahr ihnen sowohl innerlich als äusserlich bevorsteht. Von den vornehmen und qualificierten Subjectis hat sich keiner der Direction der Landbotenstube unternehmen wollen, weil sie nicht trauen, dass der Reichstag[3]) bei so heftigen dissidiis der vornehmsten Häupter werde bestehen können, die Mächtigsten und Ansehnlichsten haben sich verbunden zusammenzustehen, bis sie des K. U. Kanzlers Person und Haus in äussersten Schimpf und Verachtung werden gesetzt haben, und suchen dessen nicht zahlreiche Anhänger ihm abwendig zu machen.

---

bingsche Sache solle H. sich vorläufig nicht einlassen, wenn aber die Confirmation der Pacten geschehen sei, wolle er ihn näher instruieren; zur Auslieferung Kalcksteins könne er sich auf keine Weise verstehen.

[1]) v. H. hatte am 26. Januar berichtet, ihre Sache liesse sich jetzt viel besser an, der König hätte in dem gestern gehaltenen consilium, nachdem alle anwesenden 9 Senatoren dafür gestimmt, die Confirmation der Pacten noch vor Beginn des Reichstages vorgehen zu lassen, sich auch damit einverstanden erklärt, doch dürfte eine so wichtige Sache nicht so eilig abgemacht werden, der G. Kanzler sollte zunächst v. H. bitten, sich zu einer Conferenz wegen Kalcksteins und einiger anderer Punkte einzufinden.

[2]) Alexander Zaluski, U. Kämmerer von Rawa, der Vater des Geschichtsschreibers Andreas Zaluski, vgl. dessen Epistolae historico-familiares I, S. 313; Lengnich VIII, S. 61.

[3]) Ueber diesen seit dem 26. Januar abgehaltenen Reichstag vgl. Zawadzki S. 245 ff. (Zaluski I, S. 313 ff.), Kluczycki II, S. 757 ff., Lengnich VIII, S. 60 ff.

v. Hoverbeck und v. Tettau an den Kurfürsten[1]). D. Warschau 22. Februar 1672.

[Günstigere Aussichten. Auftreten Pacs und Krzicki's zu Gunsten des Kf.]

Auf den Rath der Wohlaffectionierten sind sie, zumal da die Sache sich von Tag zu Tage besser anzulassen scheint, noch hier geblieben. Der Littauische G. Kanzler hat den K. U. Kanzler in seinem gestrigen voto[2]) so mortificiert, dass es selbst dem Bischof von Cracau leid gethan, und sind dem U. Kanzler[3]), soviel Kf. betrifft, nur zwei Senatoren, die Castellane von Culm und Kamionken beigefallen. In der Session, welche heute in dem Hofe des Primas im Beisein vieler Senatoren und von über 40 Landboten gehalten wurde und fast das Ansehen einer Secession vom Könige hatte, hat der U. Kämmerer von Kalisch Krzicki sich ebenso wie auf dem Landtage zu Schroda[4]) dem Kf. affectioniert gezeigt, auf seinen Antrag hat der Landbotenmarschall versprochen, in ihrer aller Namen dem Könige zu remonstrieren, dass es garnicht gerathen sei, des Kf. Gesandte länger aufzuhalten und die Confirmation der Pacten zu difficultieren. 22. Febr.

König Michael von Polen an den Kurfürsten[5]). D. Varsaviae 19. März 1672.

[Bitte um Hülfe gegen die Türken.]

Bei der seinem Reiche von den Türken drohenden Gefahr bittet er um die vertragsmässige Sendung von Hülfstruppen. Kf. möchte dieselben Anfang April von Preussen direct nach Kaminiec Podolski marschieren lassen und ihnen auf einige Monate Sold mitgeben, auch er, der König, wird nach Möglichkeit für dieselben sorgen[6]). 19. März.

---

[1]) v. Tettau war Anfang Februar in Warschau angekommen, die Verhandlungen waren aber von polnischer Seite immer weiter hingezogen worden, so dass Kf. (d. Cöln 19./[29.] Februar 1672) den Gesandten die Weisung ertheilte, falls sie nicht versichert wären, dass die Bestätigung der Pacten in wenigen Tagen erfolgen würde, abzureisen, welche Weisung er am $\frac{26.\text{ Februar}}{[8.\text{ März}]}$ wiederholt.

[2]) S. Zawadzki S. 249. Lengnich VIII, S. 63f.

[3]) S. über dessen Auslassungen gegen Kf. Zawadzki S. 248f. (Zaluski I, S. 314.)

[4]) S. oben S. 521. Kf. liess Krzycki zum Dank dafür 200 Ducaten durch die Gesandten überreichen.

[5]) Schon am 4. Februar 1672 hatte König Michael ein neues Hülfsgesuch an den Kf. gerichtet, derselbe hatte darauf erwidert (d. Coloniae 12./22. Februar 1672), da in diesem Gesuch nicht angegeben werde, auf welchen Grund hin dasselbe ergehe, so wisse er nicht, was er darauf antworten solle, zur Erfüllung seiner vertragsmässigen Verpflichtungen sei er bereit.

[6]) In einem zweiten Schreiben von demselben Datum (abgedruckt Zaluski I,

v. Hoverbeck und v. Tettau an den Kurfürsten[1]). D. Warschau 25. März 1672.

[Die Bestätigung der Pacten.]

25. März. Wie gestern die Renovation der Pacten vor sich gegangen, wird Kf. aus dem beiliegenden Diarium[2]) ersehen. Sie haben dabei absichtlich, des Kf. Ordre gemäss, alle Sollennitäten, die das Ansehen haben könnten, dass sie essential und zur Gültigkeit der Pacten nothwendig wären, um künftiger Fälle willen zu verhüten gesucht. Sie gedenken ad perpetuam rei memoriam, dass die Confirmation der Commission vorgegangen und die Eidesnotul nach des Kf. Wünschen eingerichtet gewesen, den Recess an das Reichsarchiv zu bringen. Die Vollmacht, welche der G. Kanzler dem U. Kanzler zur Prüfung zugeschickt, hat dieser mit seinem Siegel bedrucken und durch seinen Regenten unterschreiben lassen, was ihnen um so lieber ist, da er so gleichsam seine vorigen Proceduren widerrufen hat. Der König selbst soll ganz beschämt stehen, wenn er befragt wird, ob ihm die nicht besser und klüger gerathen, welche vorgestellt, dass diese Confirmation sogleich nach der Krönung hätte vor sich gehen sollen.

PS. Der von ihnen aufgesetzte Recess ist ohne Aenderung acceptiert und heute vollzogen worden.

S. 349 f.) schildert der König näher die Türkengefahr und bittet ausser den vertragsmässigen Hülfstruppen um weitere Hülfe.

[1]) Schon am 15. März hatten die Gesandten berichtet, dass der U. Kanzler seinen Widerstand gegen die Erneuerung der Pacten aufgegeben habe, zugleich hatten sie gemeldet, dass der Reichstag sich zerschlagen (s. Zawadzki S. 265 ff.), dass die Unzufriedenheit mit dem jetzigen Regiment allgemein sei, dass die einen durch friedliche und glimpfliche Mittel eine Veränderung zu erreichen suchten, andere aber auf gewaltsamem Wege, und dass daher insgeheim private Werbungen angestellt würden.

[2]) Diarium vom 24. März. Morgens 11 Uhr erscheint bei den Gesandten der Regens Cancellariae minoris Lipski, entschuldigt im Namen des Königs, des Senats und der Kanzlei die gestrige Verzögerung und bittet, sie möchten jetzt auf das Schloss kommen und den actus beendigen, die Königl. Deputierten (Opacki und der Castellan von Wisna Adrian Zochowski) wären dort schon anwesend und der König hätte sich in allem nach der Gesandten Begehren erklärt. Sie fahren darauf nach dem Schloss, dort kommen ihnen die Königl. Kommissare entgegen, die beiderseitigen Vollmachten werden ausgewechselt und darauf schwören zuerst die Königl. Deputierten und dann die Gesandten des Kf. den beiderseits beliebten, von Lipski vorgesprochenen Eid auf das Evangelium Johannis cap. 1. Darauf wünschen sie sich Glück, unterzeichnen beiderseits die von den Gesandten aufgerichtete Formel des Recesses über den actum confirmationis und kehren dann heim. Vgl. Pufendorf XI, § 106 (S. 866 f.).

v. Hoverbeck und v. Tettau an den Kurfürsten. D. Warschau 29. März 1672.

[Abschiedsaudienz. Bitte des Königs um Hülfe im Falle eines Aufstandes und um Duldung der nach Preussen geflüchteten Arianer.]

Bei ihrer Abschiedsaudienz[1]) hat nach den Curialien der König sie bei Seite genommen und ihnen gesagt, er hoffte, Kf. würde ihn, falls es hier zu einem Aufstande käme, nicht verlassen, da er glaubte, dass derselbe es seinen Interessen wenig zuträglich halten werde, ein französisches mit grossem Geld und Gewalt eingedrungenes Subjectum hier zu sehen und zum Nachbar zu haben. Doch suchte er seine Perplexität zu dissimulieren und sagte, er hätte solches nur in eventum erwähnt, weil er wüsste, dass sehr grosse Summen Geldes wankten, es werde ihm aber auch nicht an Mitteln mangeln, um sich zu maintenieren. Darauf bat er, sie möchten dem Kf. die im Herzogthum befindlichen Exulanten arianischen Glaubens, denen er der gegen sie gemachten Constitution wegen keinen Schutz leisten könnte, denen er aber aus Mitleid und wegen ihrer Verwandtschaft mit vornehmen Geschlechtern, insonderheit den Morstein und den Seinigen, gern geholfen sähe, aufs fleissigste recommendieren, damit sie länger im Lande geduldet würden. Dann verlangte er wegen der Kalcksteinschen Sache Satisfaction und bat für Rohde um Gnade. 29. März.

Nachdem v. Tettau seinen Abschied genommen, erwähnte H. der vom Könige veranlassten Kommission mit Erbieten, wiewohl solche sonst in loco tertio vorgenommen worden, für diesmal deren hier abwarten zu wollen. Der König erklärte, er wolle den Senat darüber vernehmen, es würde wohl genug sein, dass hier der Anfang gemacht würde, die Handlung könnte hernach auf eine andere Zeit verlegt werden[2]).

PS. Heute haben sie auch bei der Königin Audienz gehabt.

J. Scultetus[3]) an den Kurfürsten. D. Warschau 13./23. April 1672.

[Aeusserungen und Gesinnung des G. Kanzlers.]

Er hat den G. Kanzler und auch H. v. Hoverbeck noch hier gefunden, auf dessen Rath den ersteren besucht und zu explorieren gesucht, wohin sein Sentiment gehe. Der G. Kanzler erklärte zwar als seinen Grundsatz: boni im- 23. April.

---

[1]) Vgl. Pufendorf a. a. O. S. 867.

[2]) v. Hoverbeck ist noch länger, bis in den September oder Anfang Oktober 1672 in Warschau geblieben, s. oben S. 234.

[3]) Kf. hatte (d. Cöln a. d. Spree $\frac{30.\text{ März}}{[9.\text{ April}]}$ 1672) Scultetus beauftragt, sich zunächst wieder zu dem K. G. Kanzler zu begeben und von diesem Näheres über die polnischen Wirren zu erfahren zu suchen, dann aber auch den Erzbischof und andere Senatoren, an welche ihn jener weisen würde, zu sondieren.

peratores essent voto expetendi, qualescunque ferendi, er werde nie zur Herunterwerfung des Königs vom Thron rathen, da dadurch die Krone in die äusserste Gefahr würde gebracht werden, er werde aber in Versuche, den König zu corrigieren, stets einstimmen. Sc. glaubt penetriert zu haben, dass derselbe den König lieber abgeschafft, als länger regieren sehen möchte, dass er aber motus internos befürchte, da der König noch viele und zwar ganz Littauen auf seiner Seite habe, und dass er daher noch keine gewisse Resolution gefasst habe. Derselbe liess Kf. bitten, wenn motus zwischen dem Könige und der Republik entständen, sich weder selbst einzumischen noch zu gestatten, dass sich andere benachbarte Potentaten derselben armata manu annähmen.

J. Scultetus an den Kurfürsten. D. Cüstrin 11. Mai 1672.

[Aeusserungen des Erzbischofs.]

11. Mai. Da der Erzbischof erklärt hat, garnicht oder erst gegen Ende des Reichstages[1]) auf demselben erscheinen zu wollen, so hat er sich zu demselben auf seine Güter begeben, aber sich wohl in Acht genommen, um nicht ebenso wie der kaiserliche Gesandte Baron Stum dessen Disgust gegen Kf. zu erregen. So hat er ihm denn für seine Bemühungen um die Confirmation der Pacten gedankt, ihm die anderen Desiderien des Kf., namentlich die Elbingische Sache anempfohlen und schliesslich gesagt, Kf. liesse sich die Gefahr, in die Polen durch den Türkenkrieg gerathen, sehr zu Herzen gehen und wünsche, dass durch die Autorität des Erzbischofs alle innerlichen Missverständnisse in der Krone auf diesem Reichstage gehoben würden, er sei selbst gern bereit, dazu zu conferieren.

Der Erzbischof erwiderte auf das letztere, es wäre sehr zu wünschen, dass Kf. seine stattliche Armee nicht gegen Frankreich gebrauchte, sondern zum Nutzen der Republik nach Polen führte, und als Sc. einwarf, Kf. hätte sich noch nach keiner Seite hin engagiert, hätte sich auch erboten, der Republik mehr als 1500 Mann zu Hülfe zu schicken, es sei aber aus Mangel an Geldmitteln nicht angenommen worden, antwortete er, dass Kf. noch nicht wider Frankreich Partei genommen, sei mehr zu wünschen als zu glauben, dass von polnischer Seite nicht mehr als 1500 Mann gefordert würden, geschehe nach ihrer alten Gewohnheit, nicht eher fremde Hülfe zu suchen, bis ihnen das Wasser zum Halse einliefe.

Er fing darauf selbst von dem an, was der kaiserliche Gesandte ihm unlängst durch den Canonicus Lupini habe entbieten lassen, dass der Kaiser, weil er vernehme, dass man den König, seinen Schwager, absetzen wollte, solches nicht leiden, sondern sich seiner armata manu annehmen wollte und zu dem Zwecke schon 12000 Mann in Schlesien einquartiert hätte, das Haus Oesterreich suchte hierunter nur die polnische Freiheit zu unterdrücken und den

[1]) Ueber diesen seit dem 18. Mai 1672 abgehaltenen Reichstag s. Zawadzki S. 277 ff. (Zaluski I S. 352 ff.); Lengnich VIII, S. 68 ff.; Kluczycki II, S. 887 ff.

König absolut zu machen; am schmerzlichsten hätte ihn betroffen, dass Baron Stum hinzugesetzt, Kf. hielte es in diesem Stück auch mit dem Kaiser und würde socius belli sein. Sc. hat ihm erwidert, er wüsste nicht, was Baron Stum dem Lupini aus seiner Instruktion[1]) gesagt, er hätte aber von vielen und auch von diesem selbst gehört, L. müsse ihn nicht recht verstanden haben oder in seiner Relation an den Erzbischof weiter gegangen sein, denn Stum hätte des Kf. garnicht Erwähnung gethan, nur in discursu erwähnt, er glaube, wenn man den König ohne Ursache vom Thron werfen und ein französisches Subjectum an dessen Stelle setzen wollte, dürfte weder Kf. noch andere Benachbarte schwerlich dazu still schweigen. Die Furcht, dass die Republik opprimiert werde, schiene ihm nicht so gross zu sein und werde wohl keiner von den benachbarten Potentaten das zugeben.

Der Erzbischof aber meinte, er, als Primas und praecipuus custos legum, hätte Macht und Gewalt, die Könige, wenn sie wider die leges fundamentales und pacta conventa handelten, zweimal zu mahnen, davon abzustehen, zum dritten Mal aber ihnen den Gehorsam aufzukündigen, wenn er dies nun thun sollte und fremde Potentaten solches nicht zugeben wollten, so hiesse das der Republik die Hände binden und sie um die Freiheit bringen.

Es scheint ihm sehr zu Kopf zu gehen, weil ihm und anderen Malcontenten ein Anschlag nach dem anderen misslingt, zumal der gemeine Adel fast auf allen Kreistagen des Königs Partei gehalten, wozu noch die Confirmation der Pacten mit Moskau kommt, woher sie nicht wissen, bei welchem Ende sie's angreifen sollen, weil es fast nirgend mehr sich halten will[2]).

---

[1]) Vgl. Zaluski I, S. 342 ff.

[2]) Scultetus, der im Juni wieder nach Polen wegen Ordnung des Postwesens geschickt wird, meldet (d. Warschau 5. Juli 1672), der Castellan von Posen, von dem er Abschied genommen, habe ihn noch nicht fortlassen wollen und ihm den nunmehr gefassten Entschluss der Malcontenten entdeckt, den er dem Kf. aber nur mündlich mittheilen dürfe. Am 10. Juli berichtet er von ebendorther, der Erzbischof, bei dem er sich auf v. Hoverbecks Veranlassung darüber beschwert, dass unter den gegen den König aufgestellten gravamina (vgl. Zaluski I, S. 379 ff., Kluczycki II, S. 983 ff.) sich auch manche Punkte befänden, welche den Kf. afficierten und denselben bei der Republik verhasst machen könnten, hätte erwidert, Kf. brauchte sich daran nicht zu kehren, sondern sich nur an die pacta zu halten, die Republik werde dieselben nicht brechen, zumal wenn sich Kf. nicht in die Dinge, welche gegen dieselben liefen, einmischte. Derselbe hätte dann beklagt, dass Kf. die Wahl Condé's verhindert hätte. Ehe er zusehen sollte, dass sein Vaterland unter diesem Könige unterginge, wollte er sich lieber einen anderen Protector suchen, das hätte er dem Könige selbst beim Abschied gesagt. Vgl. über die damaligen Verhandlungen der Malcontenten mit Frankreich Kluczycki I, S. 387 f. II, 1001. 1008. 1011 ff.

1. Der Türkenkrieg. Mai 1672 — November 1673.

Resolution des Kurfürsten auf das Memorial des polnischen Gesandten Opacki[1]). D. Coloniae ad Spream 6./[16.] Mai 1672.

16. Mai. 1. Op. hat gebeten, Kf. möchte die 1000 Fusssoldaten und 500 Dragoner, welche er Polen zu Hülfe schicken will, während der ganzen Dauer des Krieges selbst unterhalten oder eine geringere Anzahl schicken, deren Unterhalt aber auf sich nehmen. Kf. ist bei dem unruhigen Zustande Deutschlands dazu nicht im stande, er lässt daher dem Könige die Wahl, ob derselbe nur 500 Dragoner erhalten will, die er 6 Monate lang nach Ueberschreitung der Grenze unterhalten will, oder alle 1500 Mann, für deren Unterhalt er die ersten 2 Monate sorgen will, doch ohne Präjudiz für die Pacten.

2. Er wird 100 Centner Pulver nach Posen schaffen lassen.

3. Wenn die Gefahr in Deutschland aufhört, ist er bereit, den Wunsch des Königs inbetreff der Vermehrung der Hülfstruppen zu erfüllen.

4. Er legt dem Gesandten die Postangelegenheit[2]) ans Herz und bittet, der König möchte gestatten und anordnen, dass die kurfürstlichen Postboten die Briefe direct nach dem Herzogthum Preussen bringen dürften und dieselben nicht in Danzig oder anderswo im Königlichen Preussen anderen Boten übergeben müssten[3]).

---

[1]) Opacki war Anfang Mai wiederum bei dem Kf. erschienen; in einem undatierten Memorial bittet er, derselbe möchte die Polen zu Hülfe zu schickenden 1000 Mann Fussvolk und 500 Dragoner während der ganzen Dauer des Krieges unterhalten, die versprochenen 100 Centner Pulver nach Posen bringen lassen und, falls die türkische Macht den Polen zu schwer fallen sollte, dieselben mit einer grösseren Truppenmacht unterstützen. Vgl. über die damals geführten letzten fruchtlosen Verhandlungen Polens mit der Pforte Zinkeisen, Gesch. d. Osmanischen Reiches V, S. 68 ff.

[2]) Vgl. Urk. u. Akt. IX, S. 6 ff. und oben S. 504 f., 533.

[3]) In einer besonderen, von demselben Tage datierten Resolution erklärt sich Kf. zufrieden, wenn der König oder die Republik, obwohl nach seiner Verpflegungsordnung der Unterhalt für die 1500 Mann monatlich 10,062 Rthlr. betragen würde, denselben monatlich nur 7000 Rthlr. zahlen liesse. Erst damals ist auf Grund dieser Resolutionen der Recess wegen der von dem Kf. zu leistenden Türkenhülfe (v. Mörner S. 363, vgl. Kriegsgeschichtliche Einzelschriften V, S. 4 f.) ausgefertigt worden, welcher aber polnischerseits auf den 6./16. Mai antedatiert, von König Michael am 17. August, vom Kf. am 27. August 1672 ratificiert worden ist. Vom 4./14. Mai liegt eine Anweisung des Kf. vor, an Opacki 1000 Rthlr. auszuzahlen.

Herzog Ernst Bogislav von Croy an den Kurfürsten. D. Königsberg 2./12. Juli 1672.

[Forderung des Königs von Polen, die Hülfstruppen zu schicken. Bedenken gegen die Erfüllung derselben.]

Er hat heute ein Schreiben des Königs von Polen erhalten, worin der vollkommene Succurs der 1000 Mann z. F. und 500 Dragoner nebst dem Unterhalt der Völker auf 2 Monate verlangt wird. Dieses postulatum kommt sehr unvermuthet und sehr unbequem, da sie gerade mit der Generalmusterung und Fortschaffung des Kurprinzlichen Regiments[1]) beschäftigt sind. Sie werden sich dadurch hierin nicht stutzig machen lassen, wie aber Kf. dem Gesuche der Polen werde willfahren können, ist schwer abzusehen, denn von den hier stehenden Truppen zählt das Dönhoffsche Regiment an 1000 Mann, das Noldische etwas über 400, wenn diese und die Blockschen Dragoner zum Succurs geschickt würden, so bliebe ausser den Besatzungen in den Festungen, seiner Garde und den Schliebenschen Dragonern kein Mann im Lande, wozu er bei jetzigem gefährlichen Zustande garnicht rathen kann, vielmehr schlägt er vor, Kf. möchte vorläufig nur die 500 Dragoner (400 könnten von den neuangeworbenen genommen werden) schicken und wegen des übrigen Succurses aufs künftige auf mehr erheischenden Nothfall, welcher bisher noch nicht genugsam vorgestellt ist, Vertröstung thun. Vielleicht steckt hinter diesem ganzen Werk etwas anderes, nämlich Kf. unter diesem Prätext vom Secours seiner Alliierten per indirectum abzuhalten, als dass die Gefahr vom Türken eben vor der Hand so gross sein sollte. 12. Juli.

Der Kurfürst an den Herzog von Croy. D. Cöln 8./18. Juli 1672.

[auf das Schreiben vom 2./12. Juli. Zurücknahme der früheren den Polen gemachten Anerbietungen. Die Schickung des Succurses ist zu verzögern.]

Er hat sich allerdings gegen den König und die Republik den Succurs betreffend zu mehr, als er nach den Pacten verpflichtet ist, erboten, da er aber sieht, dass seine Willfährigkeit gemissbraucht wird, so wird er es zumal bei den veränderten Conjuncturen für diesmal dabei bewenden lassen, das zu leisten, wozu er nach den Pacten verpflichtet ist, er kann sich daher zu keinen Dragonern noch Stücken verstehen, auch bei dem erschöpften Zustande seiner Casse den Truppen die zweimonatliche Verpflegung nicht mitgeben. Der Herzog soll dieses alles dem Könige und auch Morstein gebührend vorstellen, es wird vor allem zu praecavieren sein, dass man die Truppen mit dem gebührenden Unterhalt versehe. 18. Juli.

PS. Die Schickung des Succurses ist also zu verschieben, damit man in-

[1]) Kf. hatte (d. Cöln 7./17. Juni 1672) den Abmarsch dieses Regiments von Preussen nach Pommern angeordnet.

zwischen Zeit und Gelegenheit habe, die Infanterie so zu verstärken, dass derselbe hernächst auf ferneres Erfordern et praestitis praestandis a Republica erfolgen könne. Bei dem Marsch des Kurprinzlichen Regimentes hat es zu verbleiben.

Herzog Ernst Bogislav von Croy an den Kurfürsten. D. Königsberg 19./29. Juli 1672.

[Gefährliche Lage in Polen. Bedenken, ob der Succurs zu senden ist.]

29. Juli. Die Nachrichten von Annäherung der Türken[1]) bestätigen sich, der U. Kanzler sucht diese Gelegenheit wieder zum Präjudiz des Kf. zu benutzen, doch wird die von ihm ins Mittel gebrachte Protestation wohl durch eine ähnliche Remanifestation beantwortet und der tort auf die Polen gebracht werden können.

PS. Er hat mit G.Major Görtzke sowohl die Zeitungen aus Polen als auch ihre hiesige Beschaffenheit überlegt, sie finden beides sehr gefährlich, es dürfte dem Kf. von der Krone sehr verdacht werden, wenn er den in pactis determinierten Succurs zu senden sich ganz entäussern sollte, andererseits würde das Land ganz von Truppen entblösst werden, auch die Festungen sind in so schlechtem Zustande, dass sie im Falle der Noth gar wenig Resistenz werden thun können[2])

Der Kurfürst an den Herzog von Croy und General-Wachtmeister Görtzken. D. Cöln an der Spree 29. Juli/[8. August] 1672[3]).

[Ordre wegen des nach Polen zu sendenden Succurses.]

8. Aug. — wollen solchem nach Ew. Ld. und Ihr nur in Gottes Namen die Völker zu diesem Succurs nach den polnischen Grenzen commandiren und dahin mit guter ordre marchiren lassen. Das Commando über dieselbe soll unserm Obristen Graf Donhoff[4]) oder, wofern derselbe sich

---

[1]) S. Kluczycki II, S. 1033 f.

[2]) Am $\frac{\text{23. Juli}}{\text{2. August}}$ schreibt der Herzog von Croy dem Kf., er stimme v. Hoverbecks Vorschlägen bei, wenn der Succurs des Kf. ausbliebe, so sei zu fürchten, dass die Polen dieses übel und daher Gelegenheit nehmen würden, die pacta wieder streitig zu machen und gar bei günstiger Gelegenheit sie zu infestieren, Kf. möchte daher die 1500 Mann schicken.

[3]) Vgl. Kriegsgeschichtliche Einzelschriften V, S. 5.

[4]) Graf Friedrich von Dönhoff, seit 1. Juni 1668 Oberst des früher von dem G.Major v. Schwerin befehligten, in Preussen stehenden Infanterieregiments, vgl. v. d. Oelsnitz, Gesch. des Kön. Preussischen ersten Infanterieregiments S. 117 ff.,

sobald nicht in Equipage und Postur stellen könnte, unserm Obristen Flemming aufgetragen und die Völker in 3 Squadronen vertheilet werden, davon 2 ad eintausend Mann in Fussvölkern und 1 von 500 Köpfen in Dragonern bestehen sollen, welche letzte von unserm Ob. L. Block commandiret und demselben, weil er ofters krank ist, ein guter erfahrener Kriegsofficier beigefüget werden, wie dann auch bei den Fussvölkern ein kriegserfahrener Oberofficirer zu commandiren sein wird. Und weil wir aus denen von E. L. eingesandten Rollen ersehen, dass die beide Regimenter zu Fuss des Obristen Nolden und Graf Donhoffs in 1462 Gemeine ohne die Primeplanen bestehen, so können vom Donhoffischen Regiment alle Fussvölker ad 1000 Mann an Gemeinen und Officiren commandiret, die benötigte Mannschaft zu Formirung der Squadron Dragoner aber theils von denen neugeworbenen Dragonern und theils vom Noldischen Regiment genommen und dem Ob. L. Block (dessen Compagnie Dragoner ganz zu beordern sein wird) zugegeben werden, damit die ganze Anzahl ad 1500 Mann an Gemeinen und Officiren wirklich auf den Grenzen gestellet — werden möge. Was wegen der Wagen, Pferde, Medicamente und Liberey wie auch des zweimonatlichen Soldes halber für diesem von uns verordnet, dabei hat es allerdings sein Verbleiben und zweifeln wir nicht, E. L. werden auf alles gebührende Versehung gethan haben, damit unsere Soldatesque wohl bekleidet auf den Grenzen sistiret werde und dabei mit allem Zubehor nach Notturft versorget sein moge. Wegen der Gelder, so fur diesem zu behuf dieses Marches von unserm Heydkampf parat gehalten worden, lassen wir an denselben nochmalen bei dieser Post beigehende Ordre ergehen und werden hiernegst E. L. und Eures Berichts und Gutachtens gewertig sein, wie viel Mannschaft nunmehr noch eigentlich im Lande vorhanden und wie dieser Abgang durch neue Werbung mit guter tüchtiger Mannschaft zu ersetzen sein möchte. —

Der Kurfürst an v. Hoverbeck. D. Cöln an der Spree 5./15. August 1672.

[Erledigung der Kalcksteinschen Angelegenheit. Bemühung für v. Brandt.]

Eurem unterthänigsten Bericht und Vorschläge, wie die Kalck- 15. Aug.
steinische Sache endlich beizulegen sei, gemäss haben wir das bei-

---

v. Mülverstedt S. 176. Die vom Kf. für denselben (d. Cöln a. d. Spree 2./[12.] August 1672) ausgestellte Instruktion s. im Auszuge bei v. d. Oelsnitz S. 127 f.

kommende Schreiben an den König[1]) abgehen lassen, welches ihr gegen Empfang des versprochenen schriftlichen reversus, dass Ihre Königl. Mtt. des Kalcksteins Lieferung nimmer von uns begehren wolle, gebührend zu überreichen wissen werdet. Wobei ihr auch dann zugleich umb unsers Cammer Junckers Eusebii von Brandt gänzliche Aussöhnung vermittelst des Schreibens, so wir auch desfalls an Ihre Königl. Mtt. gerichtet und der von Brandt euch zusenden wird, ferner zu arbeiten habet. Und ob wir ihm zwar auf unsers Neumärkischen Cammermeisters Sculteti Rapport sich zu euch nacher Warschau zu begeben und durch eure [und] anderer Interposition die Aussöhnung gegenwärtig zu erhalten gnädigst vergönnet, so zweifeln wir doch, ob solches itzt alsofort, weil der König zum Aufbruch sich fertig hält, werde geschehen können und habt ihr den von Brandt, wenn und wie solches am sichersten und füglichsten zu thun sei, zu bescheiden. —

---

[1]) Dasselbe liegt nicht bei, Näheres ergiebt folgendes Schreiben v. Hoverbecks an den Herzog von Croy (d. Hohenstein 14. October 1672): Son Alte. Ele. est bien à plaindre en ce que la plus part des avis qui se donnent et de remonstrances qui se font par un pur zele pour son service sont pris a contre-sens par de personnes, qui ont de prejugez, qu'ils ont formez sans avoir bien approfondy les affaires. Et sachant bien que mesme Vre. Alte. n'a point esté exemte par fois de cela, j'ose (sans comparaison pourtant) suivant le commendement qu'Elle m'en a donné, representer à Vre. Alte., qu'il y a plus de neuf mois que je fis rapport à S. A. E. d'avoir disposé le Roy de Poulogne, que pourveu que Sad. Alte. eut aggreable d'escrire une lettre, par laquelle Elle tesmoigna, que pour donner à cognoistre combien Elle estimoit Sa personne, Elle fairoit une chose, à quoy aucun droit ny raison de bienseance ne la pouuoit obliger, et commenderoit de livrer Kalckstein sur ses frontieres, Elle declareroit en mesme temps par lettres, qu'Elle ne se sentoit pas seulement entierement satisfait mais aussy obligee pour une telle façon d'agir et ne pretendoit plus qu'il fust transporté du lieu on il se trouve. Cela fust pris de telle façon, comme si ie n'avois point convenablement consideré les circonstances de la nature de l'affaire d'une telle importance pour l'honneur et le respect du maistre, de sorte que i'avais assez à faire en representant les raisons qui m'avoient porté à un tel expedient. Mais apres que le Roy estoit désia party de Varsovie il me vint une lettre au Roy bien plus ample que ie n'avois proposé sur le suject que dessus, dont ie n'ay pu me prevaloir n'ayant point d'ordre de suivre le Roy à l'armee, ni la commodité d'ajuster la minute de la responce avant que de la delivrer. — Vgl. Paczkowski a. a. O. (Forsch. III, 2 S. 128f.).

v. Hoverbeck an den Kurfürsten. D. Warschau 27. August 1672.

[auf das Rescript vom 5./15. August. Unmöglichkeit, dasselbe vorläufig auszuführen.]

Die beiden Schreiben des Kf. wegen Kalcksteins und Brandts an den König hat er erst nach dessen Aufbruch von hier erhalten, demselben deswegen nachzureisen trägt er Bedenken, zumal so lange man wegen langsamen Aufbruchs der kurfürstlichen Auxiliarvölker in Bestürzung lebt und allerhand in diesen Sachen übel gesinnte oder uninformierte Leute bei Hof tagtäglich einkommen. Doch will der gestern von hier abgereiste kaiserliche Gesandte, Baron von Stum, das Eis zu brechen versuchen und dem Könige vorstellen, dass der Kaiser in einem solchen Falle mit einer so willfährigen Bezeugung, als Kf. zu thun geneigt, vollkommen zufrieden sein würde. Die Originalschreiben selbst hat er noch bei sich behalten, das Kalckstein betreffende deswegen, weil er vorher wissen und versichert sein muss, mit was Formalien der König auf des Kf. Erbietung zu antworten gemeint, das andere aber, weil der König, welcher glaubt, dass der gegen v. Brandt geführte Process nur Spiegelfechterei gewesen, wenn von Kf. eher als von Brandt etwas einkäme, sich härter und widriger als sonst bezeugen dürfte. Er hat daher v. Br. gerathen, zuvörderst ein Intercessional vom Baron v. Goess an die Königin auszuwirken und selbst ein Memorial an den König zu überschicken. Sollte es dann noch nöthig sein, so will er gern bei des Königs Wiederkunft eine Reise, auch auf der Post, herüberthun. 27. Aug.

Graf F. v. Dönhoff an den Kurfürsten[1]). D. Praschnitz 16. September 1672.

[Uebergabe der Truppen an den polnischen Kommissar, erste Märsche, die Pospolite ruszenie.]

Auf des Kf. Befehl vom 20./30. August ist er, obwohl noch kein Geld, Lieberey, Gewehr, Fähnlein, Handmühlen, Feldkasten, Munition von Königsberg angekommen, doch am 12. bis Willenberg weitermarschiert, nachdem sie dort die fehlenden Sachen am 13. erhalten, ist am 14. die Uebergabe bei Opalincits erfolgt. Der polnische Kommissarius[2]) hat dabei anfangs verlangt, dass die Officiere dem Könige einen Eid schwören sollten, ist aber endlich auf seine und der Kurfürstl. Kommissare Remonstrationen davon abgestanden, darauf 16. Sept.

---

[1]) Ausser den folgenden einzelnen Berichten des Grafen Dönhoff liegt auch ein zusammenhängendes Diarium desselben über die ganze Expedition vor, welches aber auf jenen beruht und nur wenig mehr enthält.

[2]) Felix Morstein; derselbe bescheinigt (d. Chorzellen 15. September 1672), dass ihm 1000 Mann z. F. und 500 Dragoner von den kurfürstlichen Kommissaren übergeben worden sind.

sind sie sofort über die Grenze gegangen und haben ihr erstes Quartier auf polnischem Boden in Chorsellen genommen, sind dann am 15. bis Praschnitz marschiert, liegen heute hier still, weil die Leute durch viel Wasser marschiert und sehr ermüdet gewesen.

Die Pospolite[1]) fängt an sich zu sammeln, es geht damit aber noch ziemlich langsam fort. Heute sind deren an 600 hier durchpassiert, welche zwar meistens Edelleute, aber sehr schlecht montiert gewesen. Einige haben bei ihm angesprochen und gesagt, sie wollten sich eher zu nichts verstehen, bis der König völlige Satisfaction erlangt, dagegen ihr äusserstes daran setzen, dass das Reich wieder zur Ruhe gebracht werde, lieber wollten sie alles auf einmal über und über gehen lassen, als länger in solchem Zustand wie bisher leben.

Die Gefahr wegen der Türken soll nicht so gross sein, wie spargiert wird, der König soll sie so gross machen, um die Pospolite zusammenzubringen, und dessen Widerwärtige lassen die Gefahr gerade im Gegentheil ausstreuen, weil sie meinen, der Adel werde sich dadurch abschrecken lassen und nicht zusammenkommen.

Graf F. v. Dönhoff an den Kurfürsten. D. Brock 22. September 1672.

[Weitere Märsche. Mangel an Lebensmitteln.]

22. Sept. Sie haben am 19. den Narew passiert, sind jetzt an den Bock gekommen. Sie fürchten aber, dass ihre Truppen zum Theil ruiniert sein werden, ehe sie Dienst thun können, da der Kommissarius sie einen Weg führt, wo nichts für Geld zu haben ist; wegen des Mangels, den die Leute gelitten, sind schon bei 20 zurückgeblieben und durchgegangen. Bisher ist gute Ordnung gehalten worden, weil aber die Leute unmöglich länger Noth leiden können, so wird man künftig wohl genöthigt werden zuzugreifen, wo man etwas findet.

Die Pospolite sammelt sich so langsam, dass sie wohl von den ersten sein werden, die sich bei der Armee einfinden werden.

---

[1]) Nachdem der am 18. Mai zusammengetretene Reichstag am 30. Juni zerrissen worden, war im Senate ausser anderem (s. Zawadzki S. 308 ff., Lengnich VIII, S. 72) beschlossen worden, den gesamten Adel aufzubieten und sich am 16. August bei Hrubieszow zum Kriege gerüstet einzufinden, doch hatte sich der Adel erst spät und in geringer Anzahl auf den Musterplätzen versammelt und sich erst im September in Bewegung gesetzt, um zu dem Könige, welcher am 10. August von Warschau nach Janowiec aufgebrochen war, zu stossen. Vgl. Passeks Denkwürdigkeiten herausg. von Stenzel S. 350 f.

Graf F. v. Dönhoff an den Kurfürsten. D. Wengrow[1]) 27. September 1672.

[Weiterer Marsch, schlechtes Tractament, Befehl zum Könige zu kommen, Friedensunterhandlungen.]

Sie sind gestern hier angekommen; da sie 6 starke Tagemärsche gemacht, müssen die Leute hier ein paar Tage ausruhen. Allerorten admiriert man ihre Leute, aber dabei bleibt es, überall wird ihnen schlechtes Tractament angethan, so dass sie oft nicht für Geld Brod bekommen, daher werden die Leute sehr zaghaft und es fangen Krankheiten an. 27. Sept.

Dieser Tage kam ein expresser Courier vom Könige, welcher meldete, der König verlangte sehr ihre Ankunft, weil die geworbene Mannschaft bei ihm nur in 600—700 Mann besteht und er den erwarteten türkischen Grossgesandten mit ihren Truppen aufzunehmen wünscht, um wenigstens eine Parade machen zu können. Die Pospolite marschiert sehr langsam, ist ein elendes Volk, das alles verheert, wo es hinkömmt, so dass sie, je weiter sie kommen, desto schlechteres Tractament finden werden. Nach der Aussage jenes Couriers sind[2]) 3 oder 4 polnische Gesandte an den Grossvezier abgefertigt und soll die Republik schon resolviert sein, Podolien und die Ukraine und Kaminiec zu cedieren, wenn sie nur die Reussische Woiwodschaft retten könnte. Es ist nicht zu glauben, welcher elende Zustand und Schrecken hier ist, alles flüchtet nach Warschau, Lublin soll ganz verödet sein. Die ganze polnische Artillerie besteht in 4 kleinen Regimentstücken.

J. Scultetus an den Kurfürsten. D. Cüstrin 17./[27.] September 1672.

[Verzweifelte Stimmung des G.Kanzlers, derselbe befürchtet eine Theilung Polens, räth dem Kf. Grosspolen zu besetzen.]

Auf des Kf. Befehl aus Halberstadt vom 24. August[3]) hat er sich zu dem G.Kanzler begeben und demselben angezeigt, Kf. wäre zufrieden, dass derselbe sich bei diesem gefährlichen Zustande in seine Lande retirierte, worauf derselbe sofort zwei Häuser in Driesen für sich und seine Familie hat miethen und seine Sachen auf die Festung bringen lassen. Sc. hat den jetzt 69jährigen Herrn noch nie so rathlos und perplex gefunden[4]), er klagte unter Thränen, 27. Sept.

[1]) östlich von Warschau.

[2]) Vgl. über diese schon seit Anfang September begonnenen Friedensverhandlungen Kluczycki II, S. 1064 ff. und die Relation der polnischen Kommissare ebendas. S. 1099 ff.

[3]) Derselbe liegt nicht bei.

[4]) Eine ähnliche verzweifelte Stimmung verrathen die Briefe Sobieski's vom 6. und 17. August 1672 (Kluczycki II, S. 1042. 1051).

dass ihn Gott das grosse Unglück seines Vaterlandes erleben liesse; dazu brächte sie nicht nur die unglückselige Wahl des untüchtigen Königs sondern auch die überhand genommenen Diffidencien zwischen dem Könige, Erzbischof, G. Feldherrn und anderen Senatoren, er selbst, weil er den Adel bei der Wahl aufgeboten und dadurch die französische Faction zu verhüten gesucht hätte, erkenne sich an dieser unglückseligen Wahl schuldig; nach Schreiben aus Warschau sei nicht nur Kaminiec[1]) sondern auch Reusch Lemberg[2]) schon übergegangen und rückten die Tataren und Kosacken auf Befehl des Grossveziers in zwei Haufen nach Cracau und Samosch voraus, die meisten Grandes in Reussen und Podolien hätten dem Türken schon gehuldigt. Die ganze polnische Armee, die der Feldherr bei sich hätte, bestände aus 18 oder 20 Fahnen, welche derselbe, da er dem Könige und der Pospolite nicht traute, mehr zu seiner Leibguardia als gegen den Feind gebrauchte, und er suchte die Conjunction mit dem Könige möglichst zu evitieren. Auch der König aber scheine des Adels nicht versichert zu sein, da wenigstens der dritte Theil desselben im Lager nicht erschienen sei, sie erklärten offen, unter und mit dem Könige wären sie doch verloren, und sie müssten doch endlich in des Türken oder Franzosen Joch gerathen, sie wollten wenigstens, was ihnen noch übrig, consumieren. Aus dem Lager des Königs sei der Castellan von Volhynien[3]) zum Grossvezier abgefertigt, um quocunque modo Frieden zu schliessen. Schuld an diesem Untergange des Reiches sei gutentheils der König und der österreichische Hof, welcher diesen trotz des Rathes der meisten Senatoren verhinderte, vor $^3/_4$ Jahren auf die Aufforderung des Grossveziers eine Gesandtschaft zu schicken, weil er gefürchtet, dass sonst der Türke den Malcontenten in Ungarn Hülfe geleistet hätte, der Kaiser hüte sich auch jetzt, wie der Resident Syri aus Wien schriebe, sehr, den Türken Ombrage zu geben, hätte der Königin gerathen, sich nicht in seine Erblande sondern nach Thorn und im Nothfall nach Danzig zu retirieren. Der König habe durch Opacki dem Kaiser als Preis der Hülfe Cracau mit den Reichskleinodien, die Woiwodschaft Volhynien und Czenstochow angeboten; ob es werde angenommen werden, werde die Zeit in kurzem lehren, so viel aber wüsste er, dass das Reich werde dismembriert und zerrissen werden, Sc. sollte insgeheim dem Kf. hinterbringen, ob er nicht Grosspolen in seine Protection nehmen und in Posen eine Garnison legen wollte, er wollte unter der Hand dahin arbeiten, dass die Stände dieser Woiwodschaft darum anhielten.

Als Sc. erwidert, er könnte nicht wissen, ob Kf. sich dazu entschliessen würde, da ja der König noch am Leben wäre und Kf., solange derselbe die pacta hielte, ihm nicht eine Handbreit Landes entziehen würde, Kf. jetzt auch im Reich in einen gefährlichen Krieg engagiert wäre, fragte er, wenn das

[1]) Ueber die am 27. August erfolgte Uebergabe von Kaminiec s. den Bericht bei Kluczycki II, S. 1060 ff.

[2]) Ueber das Schicksal dieser Stadt s. das Fragment einer Chronik bei Kluczycki II, S. 1081.

[3]) Johann Franz Lubowiecki, vgl. Kluczycki II, S. 1070.

meiste Theil der Türke und Moskowiter, der Kaiser Kleinpolen und der Schwede einen Theil, wo nicht ganz Littauen wegnehmen würde, ob Kf. dabei stille sitzen und Grosspolen, wenn sie freiwillig seine Protection suchten, sich aus Händen gehen lassen wollte. Nach Mittheilung Bonkowski's finge selbst Danzig an zu fluctuieren und wüsste nicht, ob es sich Dänemark oder Schweden zum Protector erkiesen sollte.

Der Kurfürst an Scultetus. D. Dudenhoven bei Wezlar im Hauptquartier 27. September/[7. October] 1672.

[Dem G. Kanzler zu ertheilende Antwort.]

Sc. soll sich sogleich wieder zu dem G. Kanzler begeben und demselben 7. Oct.
hinterbringen, Kf. glaube, dass, wenn man die leidigen Misshelligkeiten bei Seite setzen und ein allgemeines Aufgebot bewerkstelligen wollte, man im stande sein würde, dem Erbfeind fernere Progressen zu verwehren, auch das Verlorene vermittelst Assistenz anderer christlichen Potentaten wieder zu recuperieren. Sollte er diesen Rath aber für impracticabel oder, dass es nun zu spät wäre, halten, so soll Sc. ihn versichern, dass Kf., wenn es die unumgängliche Noth und der sämtlichen Einwohner in Grosspolen Schutz erfordern sollte, sich auch darin nachbarlich erweisen und auf Mittel bedacht sein würde, eine Besatzung nach Posen zu bringen, doch müsste er 1) darum gebührlich von den Ständen ersucht, 2) es von dem Könige nicht aufgenommen werden, als wenn er gegen die pacta handeln wollte, 3) ihm berichtet werden, woher der Unterhalt zu nehmen. Pulver wolle er sogleich 100 Centner verabfolgen lassen.

Im übrigen soll Sc. vorstellen, wie hoch Kf. daran gelegen, dass er keine widerwärtige Nachbaren der Orten bekomme und dass er desfalls mehr auf das Königl. Preussen als auf Grosspolen zu sehen hätte. Der G. Kanzler möchte Kf. jedesmal vertraulich wissen lassen, was solcher Sachen halber vorgehe, und in Danzig präcavieren helfen, dass man sich daselbst mit einer Protection nicht präcipitiere, wenigstens dass sie, wenn sie mit Dänemark wegen des Schutzes zur See Tractaten eingehen wollten, dergleichen nicht weniger mit ihm wegen des Schutzes zu Lande thun möchten. Er möchte Kf. auch rathen, ob derselbe nicht bei dieser Gelegenheit dahin trachten sollte, Elbing zu bekommen. Kf. werde gerade mit Rücksicht auf den bedrängten Zustand Polens um so sorgfältiger dahin sehen, dass der Frieden dieser Orten desto eher befördert und ihnen so von anderen christlichen Potentaten Hülfe geleistet werde.

PS. Bevor Sc. dem G. Kanzler des Kf. Meinung wegen des Königl. Preussens und Elbings eröffnet, soll er frageweise dessen Meinung vernehmen, wohin das Königl. Preussen, wenn etwa eine Dismembration vorgehen sollte, incliniere, wohin anderer Gedanken desfalls gerichtet seien und ob und auf welche Weise Kf. sich Elbings zu versichern hätte.

Graf F. v. Dönhoff an den Kurfürsten. D. Königl. Feldläger unter Gollombie[1]) 9. October 1672.

[Schlechte Verpflegung, Ankunft im Lager, dortige Zustände, feindliche Absichten des Adels gegen die Malcontenten.]

9. Oct. Je näher sie zum Lager gekommen, desto schlechtere Lebensmittel haben sie gefunden, sie haben des Tages 4 bis 5 Meilen marschieren müssen, und doch öfters an 3 oder 4 Tagen keinen Bissen Brod für Geld bekommen können, welches theils des ihnen zugeordneten Commissarii übler Conduite, theils den oft veränderlichen Ordren, welche ihnen vom Könige zugekommen, zuzuschreiben ist. Trotzdem sind sie am 7. mit completer Mannschaft im Lager angekommen, er hat bei seiner Ankunft dem Könige die Truppen präsentiert und gebeten, für deren Conservation zu sorgen. Der König bezeugte sich mit den Truppen sehr content und gegen Kf. sehr obligiert, allgemein hat man sie admiriert und gelobt. Auf ihr inständiges Anhalten und das Zureden der Senatoren, namentlich des K. U. Kanzlers und des Littauischen G. Kanzlers, hat der König ihnen gestern 2 Vorwerke angewiesen, wo Fourage für ihre Pferde und ungedroschen Korn vorhanden. Geld zu erhalten aber ist keine Apparence, er bittet daher um Nachsendung des noch ausstehenden Geldes.

Die Tractaten continuieren noch, ohne dass man weiss, wie weit es damit gekommen. Das Lager[2]) ist sehr weitläufig, aber wenig Mannschaft darin, überall offen und ohne Ordnung, und ist zu verwundern, dass die Tataren nicht einen Versuch darauf gemacht haben. Die ganze Macht, welche jetzt hier beisammen ist, erstreckt sich nicht über 15000 Mann, es sollen aber noch 15 Woiwodschaften von der Pospolite fehlen. Es ist höchst zu besorgen, dass die Polen unter sich ein grosses Blutbad anrichten, weil der meiste Adel darauf dringt, dass die Malcontenten vorgefordert und über sie gerichtet werde, die Woiwoden von Krakau[3]) und Sendomir[4]) aber sind dagegen und verlangen eine Amnestie. Der U. Feldherr, des Königs Vetter, ist mediator, hat aber bisher noch nicht reussieren können, weswegen er übel zufrieden ist.

PS. Morgen soll ein General Collo von allen Woiwodschaften abgehalten werden, was allen Grossen sehr zuwider ist, und dürfte es daher schwerlich ohne Blutbad abgehen. Gestern ist im Kriegsrath beschlossen worden, sie so lange mit Lebensmitteln zu verpflegen, bis zur Zahlung von Geld Anstalt gemacht werden könne. Der G. Feldherr ist den mit vielem Raube sich zurückziehenden Tataren nachgeeilt. Mit den Tractaten ist es so weit gekommen, dass die Türken ihre Forderungen ausser Kaminiec, der ganzen Ukraine nebst 10000 Speciesducaten jährlichen Tribut fallen gelassen haben.

Die vergangene Nacht haben sich alle Malcontenten, welche hier bei dem

---

[1]) Golab an der Weichsel, nördl. von Lublin.

[2]) Vgl. Passeks Denkwürdigkeiten herausg. v. Stenzel S. 352 ff.

[3]) Alexander Lubomirski.

[4]) Johann Tarlo.

Könige gewesen, als der Castellan von Posen, der Stolnik Coronni[1]), der K. O. Jägermeister[2]) und viele andere retiriert, und befürchten etliche Grandes, dass dieselben, wenn man sie zur Desperation bringt, endlich türkische Protection annehmen möchten.

Es wird auch nunmehr von keinem Feinde mehr geredet, sondern nur davon, wie man die Malcontenten zu des Königs Devotion bringen möchte.

Graf F. v. Dönhoff an den Kurfürsten. D. Feldläger Gollombie 14. October 1672.

[Vorgänge im Lager. Die Confoederation gegen die Malcontenten. Absicht des Königs, das Hülfscorps gegen diese zu verwenden.]

Vorigen Dienstag (11. Oct.) hat man angefangen[3]), ein General Collo zu halten, und ist der Pisars Polni Czarnecky zum Marschall gewählt worden. Gestern ist ein grosser Tumult entstanden. Broniowsky, der früher bei des Swidersky Confoederation Substitut gewesen, ist betrunken gewesen, hat um Erlaubnis zu reden begehrt und ist, da es ihm wiederholt verweigert worden, mit Protestation aus dem Collo gegangen, darauf aber von der Pospolite verfolgt und massacriert worden, wobei man gedroht, dass es allen Verräthern ebenso gehen solle. Der Feldherr hat von einem Siege, den er über die Tataren erfochten, gemeldet[4]), trotzdem wird er für einen Verräther des Vaterlandes ausgerufen und will man der Nachricht keinen Glauben beimessen. Seitdem sie hier sind, will jeder von ihnen Salvegarden haben, und sie haben auf Befehl des Königs hin und wieder Dragoner commandieren müssen, die sich dabei so wacker gehalten, dass sie hier in grosse Aestime gekommen. 14. Oct.

Die Confoederation der Pospolite[5]) gegen die Malcontenten ist soeben zustande gekommen; morgen nach der Messe sollen die anwesenden Senatoren, dann die Deputierten von den Woiwodschaften und endlich die ganze gemeine Pospolite schwören. Ihr Dessein geht dahin, dass sie die Malcontenten nach dem allerschärfsten Recht verurtheilen und alle ihre Güter confiscieren und der Republik zu Nutz anwenden wollen. Namentlich sind sie auf den Erzbischof und den Woiwoden Bonkowsky und auf den Castellan von Krakau[6]) erbittert. Der Feldherr ist in gleicher Verdammnis und andere vornehme Herren mehr, sie alle sollen durch ein königliches Manifest innerhalb 14 Tagen

---

[1]) Johann Wielopolski.

[2]) Johann Zalecki.

[3]) Vgl. Zawadzki S. 317 f.; Zaluski I, S. 404 f.; Lengnich VIII, S. 75 f.; Passeks Denkwürdigkeiten S. 363 ff.

[4]) S. Kluczycki II, S. 1082 ff., 1090 ff.; Zaluski I, S. 399 ff.

[5]) S. Zaluski I, S. 405 ff.

[6]) Stanislaus Warszycki.

zu erscheinen citiert werden ausser dem Woiwoden Kiowski[1]), dem Erzbischof und dem K. Fähnrich[2]), welche nicht angenommen werden sollen, wenn sie auch morgen kommen sollten.

Der U. Kanzler hat öffentlich im Collo vorgebracht, dass die Noth des Reiches erfordere, ehestes mit den Türken Frieden zu schliessen, doch ist darüber noch nichts beschlossen worden.

15. Oct. PS. 15. October. Unter der Hand hat er erfahren, dass, wenn der Frieden ganz richtig, der König sie den ganzen Winter nebst einem Ausschuss von der Pospolite im Felde wider die Malcontenten gebrauchen will, wodurch die Truppen ganz ruiniert werden würden, da keine Mittel zu ihrem Unterhalt vorhanden. Er bittet daher um expresse Ordre, wie er sich, falls der König von ihm solches begehren sollte, verhalten soll.

Bei allem diesem Wesen ist dem Könige nicht wohl zu Muth, derselbe hat, weil er eine sonderliche Confidenz in sie setzt, sie fast alle Tage während des Collo aufziehen lassen, zwar unter dem Prätext, dem moscowitischen Gesandten Ehre zu thun, aber in Wahrheit zu seiner Sicherheit.

Graf F. v. Döhnhoff an den Kurfürsten. D. Feldläger bei Lublin 25. October 1672.

[Marsch nach Lublin, Noth der Truppen, Zustände im Lager, angebliche Gegenconföderation.]

25. Oct. Sie sind[3]) mit dem Lager von Golombie aufgebrochen und zwar hat er beim Könige durchgesetzt, dass sie nicht mit der Pospolite, sondern gesondert, nur zusammen mit der königl. Garde und der Artillerie (3 6 Pfünder und 4 kleine Regimentsstücke, die, da kein Offizier dabei ist, von dem ältesten Kutscher commandiert werden), marschiert sind. Jetzt lagern sie hier bei Lublin, es ist hier kein Brod und Bier, wie theuer man es auch bezahlen will, zu haben, ihre Leute haben in etlichen Wochen kein Bier gesehen, auch Fourage ist sehr schwer zu bekommen; Geld wird ihnen zwar versprochen, es ist aber garkeine Aussicht, es zu erhalten. Die Pospolite ruiniert das Land ärger als die Feinde.

Vor einigen Tagen ist beschlossen worden, Fürst Tzarturiski an den G. Feldherrn abzuschicken und denselben bitten zu lassen, dass er mit seiner Armee zu der Armee von der Pospolite stossen, auch vergönnen möchte, dass bei der Armee ein General Collo gehalten werde, doch will weder der Fürst noch sonst jemand sich zu solcher Gesandtschaft gebrauchen lassen. Die Gemüther werden immer mehr verbittert, die Pospolite verwüstet die Güter der Malcontenten, diese drohen mit künftiger Rache.

---

[1]) Andreas Potocki.

[2]) Nicolaus Sieniawski.

[3]) Vgl. den Bericht bei Kluczycki II, S. 1122 ff.

Vom Preussischen Statthalter haben sie Nachricht, dass sie für die Leute keine services bekommen sollen, weil sie solche hier in natura genössen. Aber dieselben bestehen nur in Wasser, alles ist so theuer, dass ein armer Soldat unmöglich mit seiner monatlichen Gage reichen kann.

Es geht die Rede, dass[1]) die Armee des G. Feldherrn mit den Malcontenten eine Gegenconföderation gegen den König geschlossen habe. Wahrscheinlich wird die Pospolite bald ganz aus einander gehen, das Lager nimmt schon von Tage zu Tage ab. Der littauische Feldherr Patz ist auch hier, aber ohne Volk, welches erst nachkommen soll.

Graf F. v. Dönhoff an den Kurfürsten. D. Feldläger unter Lublin 28. October 1672.

[Noth der Truppen.]

Alle seine Bemühungen, vom Könige Geld für seine Truppen zu erhalten, 28. Oct.
sind vergeblich gewesen. Dieselben müssen zu Grunde gehen, wenn sie kein ander Tractament als Brod und Wasser erhalten. Er bittet daher Kf., dafür zu sorgen, dass sie ihren Unterhalt aus seinem Lande bekommen. Er hat von dem aus Preussen mitgenommenen Gelde einen guten Theil unter die Leute austheilen müssen, den Rest wird er nach Möglichkeit menagieren, es wird aber in die Länge nicht Bestand haben.

Graf F. v. Dönhoff an den Kurfürsten. D. Feldläger Lublin 5. November 1672.

[Abschluss des Friedens. Noth der Truppen. Verlegenheit des Königs.]

Der Frieden mit den Türken ist geschlossen[2]), trotzdem liegen sie noch 5. Nov.
hier zu Felde und leiden grosse Noth, die Pferde fangen an zu Grunde zu gehen und auch die Leute zu erkranken oder durchzugehen.

Es geht ein Geschrei, als wenn der G. Feldherr mit der Armee im Anzug hieher wäre, daher grosse Furcht entstanden, und fängt man wieder an, sie sehr zu caressieren, ihnen gute Zahlung und gute Winterquartiere zu versprechen, aber sobald die Gefahr vorbei sein wird, wird man ihrer gering achten. Dem Könige und dem Confödérationsmarschall ist garnicht wohl bei der Sache und sie wünschen wohl, dass sie den Bogen nicht so hoch gespannt hätten, es hat das Ansehen, als ob die Confödération ganz zergehen und der König suchen wird, einen Accord zu treffen. Die Pospolite ist fast ganz von einander, so dass kaum noch 2000 Mann hier stehen.

---

[1]) S. Kluczycki II, S. 1122 ff.
[2]) S. Kluczycki II, S. 1099 ff.

J. Scultetus an den Kurfürsten. D. Cüstrin 3./[13.] November 1672.

[Mittheilungen des G. Kanzlers. Absichten der Malcontenten.]

13. Nov. Der G. Kanzler, zu dem er sich auf des Kf. Befehl wiederum begeben, hat ihm auf sein Anbringen geantwortet, wenn die Türken nach der Eroberung von Kaminiec gleich auf Lemberg, Cracau und Samosch vorgerückt wären, hätten sie das Reich wohl schon über den Haufen geworfen, allein das jetzige procedere des Königs im Lager gegen den Erzbischof und andere proceres mache sein Gemüth so turbiert, dass er den Türkenkrieg fast aus den Augen setzte und nur considerierte, was für ein schreckliches bellum intestinum im Reich entstehen dürfte, da der Erzbischof nach gefälltem Decret ihm schriebe[1]), er könne die Tyrannei des Königs nicht länger dulden, sondern müsste die Confoederation mit dem G. Feldherrn und der Armee ergreifen. Versuche zu Herstellung der Eintracht seien ganz aussichtslos, der Kaiser hätte sich schon vergeblich bemüht, die Natur des Königs sei so verkehrt und böse, dass er nur danach trachte, wie er mehr Misshelligkeiten finde, durch den gemeinen Adel Statum Reipubl. evertieren und sich, nachdem er die Grossen aus dem Wege geräumt, absolut machen könnte.

Auf des Kf. Declaration wegen Protection der grosspolnischen Woiwodschaften antwortete er, auf den entstehenden Fall werde er schon dahin arbeiten, dass Kf. von den sämtlichen Ständen durch Deputierte hierzu requiriert und dass auch sofort gewisse Mittel wegen Unterhaltung der Besatzung vorgeschlagen würden. Er bat, dass seine Vorschläge in secreto blieben, versprach die angefangene vertrauliche Correspondenz mit dem Littauischen G. Kanzler zu unterhalten und dessen Absichten zu explorieren, er glaube, dass derselbe das moskowitische Joch für viel härter als das schwedische halte. Bonkowski sei eines bedenklichen und falschen Gemüthes, dem er nicht trauen könnte, dessen Intention er aber durch die dritte Hand auszukundschaften suchen werde. Danzig, obwohl mit dem Hofe nicht content, werde doch wohl noch etwas an sich halten und den Verlauf der Dinge abwarten. Wegen Elbings rieth er, möchte Kf. jetzt bei dieser plötzlich entstandenen Unruhe im Reich, da der Adel noch dem König gewaltig anhinge, nichts movieren.

Der G. Kanzler scheint bei der jetzigen Veränderung des polnischen Wesens sich selbst noch nicht begreifen, noch weniger ein gewisses consilium fassen zu können, er sucht den Erzbischof von den Extremitäten abzuhalten, hat ihm gerathen, sich an den Papst zu wenden und so das durch Faction der Bischöfe von Posen und Chelm von dem Könige und dem Adel im Felde gegen ihn gesprochene Decret zu eludieren, er befürchtet aber, dass der Erzbischof als ein hitziger Mann vielmehr ad extrema incliniere und den Castellan von Posen zum Haupt der Confoederation zu machen suchen werde. Dieser soll sich nach Angabe seiner Gemahlin zu Strassburg in Preussen mit dem K. Schatz-

[1]) Vgl. die Schreiben des Erzbischofs bei Zaluski I, S. 387 ff.

meister und einigen andern befinden und beabsichtigen, sich in französische oder schwedische Protection zu begeben.

Sc. hat den G. Kanzler gefragt, wie es käme, dass man jetzt auch von der schwedischen Protection zu reden anfinge, während doch sonst, auch neulich noch, von dem Erzbischof und Castellan von Posen von der französischen die Rede gewesen wäre. Er erwiderte, die ganze Hoffnung des Heils hätte auf dem duc de Longueville [1]) bestanden, nach dessen Tode aber hätte man sich noch nicht eines gewissen Subjecti vereinigen können, man hätte zwar wieder auf Condé reflectiert, dieser aber hätte sein hohes Alter vorgeschützt, es schiene daher, dass die Malcontenten in ihren consiliis wegen der Protection hin und her schweifen müssten [2]).

Graf F. v. Dönhoff an den Kurfürsten. D. Warschau 22. November 1672.

[Abmarsch aus dem Lager, Krankheiten.]

Am 10. sind sie aus dem Lager bei Lublin aufgebrochen, er ist hierher vor- 22. Nov.
ausgereist, um von dem Könige zu vernehmen, wie es mit ihrem Unterhalt, wozu sie bisher noch keinen Heller erhalten, stehe und wozu derselbe sie verwenden wolle. Die Regimenter sind noch zurück, da sie wegen des bösen Wetters und Weges nicht so stark haben marschieren können. Das schlechte Wetter hat Krankheiten verursacht, einige, darunter auch Ob. Lieutn. Klitzing, sind gestorben, doch sind die Truppen noch immer in solchem Stande, um dem Kf. gute Dienste zu leisten.

Graf F. v. Dönhoff an den Kurfürsten. D. Warschau 29. November 1672.

[Rückkehr nach Preussen.]

Der König hat endlich, nachdem D. ihm wiederholt erklärt hat, dass er 29. Nov.
mit seinen Truppen sich nicht gegen die Malcontenten wollte gebrauchen lassen, sich zufrieden erklärt, dass sie ihren Marsch wieder nach Preussen nehmen möchten. Die Truppen sind schon auf dem Marsch dorthin, haben aber viele Kranken.

Die Confoederation der Armee ist nunmehr gewiss geschlossen, der König

---

[1]) Ueber die Verhandlungen mit demselben s. Kluczycki I, S. 387. 506. II, S. 1009. 1011 ff. Longueville war in dem Gefecht beim Rheinübergang bei Schenkenschanz am 12. Juni 1672 gefallen, s. Mémoires du comte de Guiche S. 398 ff.

[2]) Kf. sendet (d. Rüsselsheim 15./25. November 1672) diese Relation Scultetus' den Geh. Räthen in Berlin mit dem Bemerken, weil die Sachen sich nun ein wenig zur Besserung anliessen, so wolle er dieses Werk etwas ruhen lassen.

hat ihm selbst das Jurament derselben vorgelesen. Derselbe hat 600 auserlesene Kosacken und die 4000 im Kollo zur Verstärkung der Armee bewilligten Pferde unter Czarnecki nach Warschau und in die Nähe beordert, um zu seiner Sicherheit während des Reichstages dort zu liegen[1]).

J. Scultetus an den Kurfürsten. D. Posen 2./12. Januar 1673.

[Mittheilungen des G. Kanzlers. Die Pläne der Malcontenten.]

12. Jan. Auf die Ordre der Geh. Räthe[2]) hat er sich zum G. Kanzler begeben und bei demselben gegen die Belegung von Draheim mit Winterquartieren remonstriert, derselbe erklärte darauf, dieses liefe nicht nur wider die pacta, sondern es wäre auch den Malcontenten, die sich jetzt Rempublicam nennten, durchaus nicht zuträglich, dem Kf. Offens zu geben, der Erzbischof hätte zwar ungefähr vor 6 Wochen an ihn geschrieben, ihm wäre berichtet worden, des Kf. Auxiliarvölker wären mehr dem Könige contra ipsos, als gegen den Erbfeind zu Hülfe geschickt worden, er habe ihm aber solchen Scrupel benommen. Der G. Kanzler hat auf sein Begehren einen Expressen mit Schreiben an den Feldherrn und Erzbischof geschickt, damit Draheim von Einquartierung befreit,

[1]) Dönhoff erhält endlich, nachdem er noch lange in Warschau aufgehalten war, am 9. December seine Depeche (ein Schreiben König Michaels an Kf. d. Varsaviae 7. December 1672, worin dieser demselben anzeigt, dass das Hülfscorps zurückkehre, und die Hoffnung ausspricht, Kf. werde, falls sein Reich wieder bedroht werden sollte, ihm wieder Hülfe senden), holt am 13. die Truppen ein und langt mit denselben am 21. in Bartenstein an. Hier erst erhält er eine Ordre des Kf. (d. Hauptquartier Rüsselsheim 18./28. November 1672), von dem Könige seine Entlassung zu erbitten und mit seinen Truppen auf dem geradesten Wege nach der Mark und dann weiter nach dem Fürstenthum Halberstadt zu marschieren, welcher er natürlich nicht mehr nachkommen kann, bald darauf trifft eine neue Ordre des Kf. ein (d. Rüsselsheim 5./15. December 1672), wonach er die Truppen nach Preussen führen und dort neue Ordre erwarten soll. — Der Herzog von Croy meldet dem Kf. (d. Königsberg 30. December 1672), die zurückgekehrten Truppen seien noch 1370 Mann stark, es seien gute Leute, die, wenn sie sich nur würden ausgeruht haben und wieder mit Hemden, Schuhen und Strümpfen, woran namentlich die Infanterie grossen Mangel leide, würden ausgerüstet sein, gute Dienste leisten könnten. Vgl. Kriegsgeschichtl. Einzelschriften V, S. 8.

[2]) Scultetus hatte nach Empfang eines Schreibens des Castellans von Posen vom 24. December 1672, worin ihm dieser angezeigt hatte, dass die confoderierte Armee, welche eigenmächtig die Winterquartiere im inneren Polen bezogen hatte, auch in Draheim solche nehmen wollte, bei Fr. v. Jena angefragt, ob er einer neuen Aufforderung des G. Kanzlers, zu demselben zu kommen, Folge leisten sollte. Die Geh. Räthe hatten ihn darauf angewiesen, zu demselben sich zu begeben, dort so lange die Convocation (der ausserordentliche am 4. Januar zu Warschau zusammengetretene Reichstag, s. Zawadzki S. 320f.; Zaluski I, S. 439f.; Lengnich VIII, S. 79f.; Kluczycki II, S. 1164ff.) dauere, zu bleiben und des Kf. Interesse wahrzunehmen.

oder, wenn schon Völker hineingelegt sein sollten, solche bald zurückgefordert würden. Sc. hat auch den Castellan von Posen in seinen Gütern gesucht, derselbe aber war schon mit dem Feldherrn nach Lowitsch[1]) zum Erzbischof gereist, wohin Sc. nicht ohne besondern Befehl, um nicht Argwohn oder Missdeutung zu verursachen, sich hat begeben wollen, doch hat er auch an den Castellan geschrieben.

Der G. Kanzler stellte sich anfangs, als ob er von den Plänen der Malcontenten wenig wisse, schliesslich aber brach er aus, dieselben wollten sich bemühen, diese Convocation zu Warschau zu zerschlagen, und sich auf einen Generalreichstag berufen, der Feldherr und Erzbischof würden prätendieren, im Reichstage gerichtet zu werden, sie suchten dadurch aber nur Zeit zu gewinnen, weil sie abermals nach Frankreich geschickt haben und fernere Ordre erwarten[2]). Der G. Kanzler meinte, es würde zu einem innerlichen Kriege nicht kommen, der Feldherr hätte ante praestationem juramenti bei der Confoederation bedungen, kein Blut zu vergiessen, man hätte aber ein Mittel gefunden, den Adel schachmatt zu machen, dass er nämlich aus Ungeduld und wegen des continuierlichen Aufsitzens, womit der König sie vexierte, seines Regiments überdrüssig und die andere Partei ergreifen würde, zumal wenn die Armee die Güter der Halsstarrigen vor anderen beschwerte. Auch der G. Kanzler verrieth, dass er particeps illorum consiliorum sei, er meinte, sie hätten bei dem consilio in Lowitsch wohl zu überlegen, wie das Werk ausgeführt werden solle, den König einfach abzusetzen oder zur Abdankung zu zwingen, würde sich nicht wohl practicieren lassen, da sonst der Kaiser und auch wohl andere Potentaten sich seiner annehmen würden, sein Vorschlag war, einen Dictator zu erwählen (womit er auf den Feldherrn zielte), dem die Republik und Armee auf eine gewisse Zeit nicht nur vollkommene Macht und Gewalt auftrüge, Statum pristinum Reipublicae zu restituieren, sondern auch den Krieg wider die Türken zu führen und pacta mit den Kosacken und Tataren sowie mit den Fürsten der Moldau und Wallachei zu machen.

Die Malcontenten scheinen also jetzt darauf bedacht zu sein, ein Haupt unter sich aufzuwerfen und sich des Königs loszumachen, sie getrauen sich aber diese Geburt nicht eher zur Welt zu bringen, bis sie den Adel entweder durch Liebe oder Gewalt auf ihre Seite gebracht haben. Der Feldherr hat aufs neue Patente ausgegeben, 12,000 Mann zu werben, soll auch bereits eine ziemliche Anzahl beisammen haben. Die confoederierte Armee hat indessen ihre Winterquartiere in Grosspolen in den königlichen und bischöflichen Gütern bezogen und ruiniert auch die Güter der Edelleute, welche es mit dem Hofe zu halten scheinen, auf das gründlichste, daher unter diesen grosses Wehklagen ist und sie nicht gern, obwohl sie vom Könige aufgeboten worden, aufsitzen wollen.

---

[1]) Ueber die dort geführten Verhandlungen s. Zawadzki S. 321; Zaluski I, S. 420 ff.; Kluczycki II, S. 1208 ff.

[2]) S. das Schreiben Sobieski's an Pomponne vom 30. December 1672 (Kluczycki II, S. 1161 f.).

Herzog Ernst Bogislav von Croy an den Kurfürsten. D. Königsberg 14./24. Januar 1673.

[Verdächtiges Verhalten Sobieski's.]

24. Jan. In den Tractaten mit den Malcontenten zu Lowicz ist noch wenig vorgegangen, und es ist zu glücklichem Ausgang des ganzen Reconciliationswerkes noch schlechte Apparenz. Der K. Marschall soll dort ankommen, derselbe hat sich einige Zeit in seiner Starostei Mewe aufgehalten und auch das Schloss dort etwas fortificieren lassen. Es ist gewiss, dass unter seinen Leuten, auch wohl von ihm selbst, sehr weitaussehende und gefährliche Discurse von dem polnischen Wesen und sonst geführt worden sind, er soll sogar gesagt haben, der König müsste vom Thron oder er vom Leben sein. Unter seinen Leuten sind auch von Erwartung fremder Völker, die ihnen zu diesem Dessein zu Hülfe kommen würden, viele Reden gegangen, wie auch von einer Diversion, welche die Schweden dem Kf. im Reiche machen würden, in Danzig viel Redens, solches auch vieler Malcontenten Wunsch sein soll, wie denn auch der Feldherr gegen des Kf. Interesse schlechte Affection verspüret[1]), auch allerhand böse Zeitungen vom Zustand der Armee des Kf. ausgesprengt und für sicher gehalten werden[2]).

J. Scultetus an den Kurfürsten. D. Cüstrin 18./28. März 1673.

[Assignation auf Draheim.]

28. März. Der G. Kanzler hat ihm die Antwort des Castellans von Posen vom 10. März auf sein Schreiben[3]) zugeschickt, wonach der Feldherr aus Respect für Kf. und auf sein Anhalten der Armee keine Assignation auf Draheim geben wolle, gestern aber hat er ein neues Schreiben des G. Kanzlers erhalten, dass der Feldherr durch Importunität der Armee genöthigt worden, derselben statt der Winterquartiere eine Assignation von 6000 Fl. auf Draheim zu geben. Der G. Kanzler will zwar dem Hofe die Schuld beimessen und vermeint es noch wohl durch den grosspolnischen Adel zu hintertreiben, Sc. aber glaubt, dass der Feldherr dieses vielmehr auf den Rath der Malcontenten gethan, welche jetzt nach getroffenem Vergleich äusserst dahin bedacht sein werden, zwischen Kf. und dem Könige alle gute Vertraulichkeit zu stören und zu hemmen.

Sc. hat sogleich dem Amtmann von Draheim geschrieben, er möchte sich in Acht nehmen und sofort dem Gouverneur von Colberg Nachricht geben[4]).

---

[1]) Vgl. Sobieski's Brief an Pomponne (Kluczycki II, S. 1162).

[2]) Am 7./17. März meldet der Herzog, die Warschausche Post bringe den Bericht des erfolgten Abschlusses des Reconciliationswerkes, s. darüber Zawadzki S. 356 ff.; Zaluski I, S. 452 ff.; Kluczycki II, S. 1241 f.

[3]) S. oben S. 551.

[4]) Sobieski hatte (d. Warschau 15. März 1673) dem Starosten von Sandeck

König Michael an den Kurfürsten[1]). D. Varsaviae [s. d.] Juni 1673.

[Bitte um Sendung der vertragsmässigen Hülfstruppen und um weitere Hülfe.]

Solange Kf. durch den holländisch-französischen Krieg beschäftigt war, hat er sich enthalten, von demselben die Sendung der vertragsmässigen Hülfstruppen zu verlangen. Da er aber gehört, dass zwischen Frankreich und dem Kf. Frieden[2]) geschlossen ist, so bittet er jetzt bei der schweren Gefahr, in welcher Polen schwebt, die Hülfe zu leisten. Des Kf. Klage wegen Beeinträchtigung seines Rechts auf Draheim hat damit nichts zu thun, darüber soll mit den anderen Prätensionen zusammen durch die schon längst von ihm gewünschte Kommission erkannt werden. Von Leiden, welche die Hülfstruppen des Kf. im vorigen Jahre auszustehen gehabt hätten, ist ihm nichts bekannt, dieselben sind reichlich mit Getreide versorgt worden. Er wird sich auf das äusserste bemühen, dass die jetzt zu schickenden Truppen den nöthigen Unterhalt erhalten. Juni.

Hoc vero tempus nunc est, quo Serenitatis Vestrae declarata aliquoties[3]) ultro Nobis pro iuuanda summis viribus, etiam octo millium militum exercitu Polonia propensio et affectus re ipsa elucescat, cum legiones et arma in expedito Serenitas Vestra habeat, quas vicini Regni imo Christianitatis aduersus communem hostem defensioni impendi vere gloriosum et heroicum fuerit. —

---

die Anweisung ausgestellt, für seine Compagnie von der Starostei Draheim 6350 Fl. poln. als Winterbrot zu erheben, da diese, wenn sie auch auf gewisse Art anderweit in tenutum gegeben worden, von solchen oneribus nicht befreit sei. Der Hauptmann von Draheim meldet dem Kf. 2./12. April 1673, zwei polnische Officiere seien mit dieser Anweisung bei ihm erschienen, er habe sie aber abgewiesen und im Falle von Gewalt mit Gegengewalt gedroht. Es wurden ihm darauf sofort von Colberg 60 Mann Verstärkung geschickt. Die Geh. Räthe melden Scultetus (d. Cöln $\frac{24.\text{ März}}{[3.\text{ April}]}$ 1673), Kf. habe dem Gouverneur von Colberg befohlen, einige hundert Mann nach Draheim zu schicken, und wolle, falls polnischerseits damit fortgefahren werde, einen Theil seiner schon zurückgekehrten Armee dorthin schicken.

[1]) Schon in einem Schreiben vom 28. März 1673 hatte König Michael den Kf. ersucht, bei der Polen aufs neue drohenden Kriegsgefahr ihm zu Anfang des Frühlings die vertragsmässigen Hülfstruppen zu schicken und denselben auf einige Monate Geld zum Unterhalt zu geben, Kf. hatte sich darauf (d. Potsdam 2./12. April 1673) dazu bereit erklärt, aber sich darüber beklagt, dass in vertragswidriger Weise von Draheim Abgaben gefordert würden und dass seinen im vorigen Jahre geschickten Hülfstruppen nicht der vertragsmässige Sold gezahlt und diese dadurch in grosse Noth gebracht worden seien, und er hatte verlangt, dass zunächst mit polnischen Kommissaren ein fester Vergleich wegen Zahlung des Soldes an die zu schickenden Hülfstruppen abgeschlossen werde.

[2]) Der am 6. Juni 1673 abgeschlossene Frieden zu Vossem.

[3]) S. oben S. 327.

Instruktion für den Graf [Friedrich] von Dönhof an den Polnischen G. Feldherrn Sobiewsky. D. Cöln an der Spree 1./11. Mai 1673[1]).

11. Mai. Er soll sich sogleich zu dem Feldherrn nach Mewe begeben, denselben der Freundschaft des Kf. versichern und ihm in dessen Namen wegen seiner glücklichen exploits gegen die Türken im vorigen Jahre und der neulichen Beruhigung im Königreiche, zu welcher er soviel contribuiert, gratulieren. Kf. bitte ihn um Nachricht, was die Republik von den Türken zu hoffen oder zu fürchten und was daselbst für Anstalt zur Defension gemacht würde. Er soll vorstellen, wie schlecht des Kf. Auxiliarvölker im verwichenen Jahre tractiert wären, trotzdem wäre Kf. erbötig, wenn man sich von Seiten der Republik hinfort besser erweisen und den pactis ein Genüge thun würde, dieselbe in solcher Gefahr nicht zu verlassen. Kf. wünsche für seine Söhne das jus indigenatus in Polen zu erwerben, bitte den Feldherrn, ihm dabei beförderlich zu sein, er wollte dafür von seiner Prätension auf Elbing 100,000 Rthlr. zu dessen Disposition erlassen.

PS. Er soll auch für sich erwähnen, weil Kf. vermuthlich Frieden mit Frankreich machen würde, so könnte die Krone vielleicht einige Völker von ihm auf gute conditiones auf eine Zeit lang haben, doch müsste das bald geschehen.

Relation des Grafen von Dönhoff von seiner Reise zu dem polnischen G. Feldherrn Sobiewsky. D. Berlin 21./11. Juni 1673.

21. Juni. Er ist[2]) am 31. Mai/10. Juni in Mewe bei dem G. Feldhern angelangt und hat am folgenden Tage Gelegenheit gehabt, mit demselben allein zu sprechen. Nachdem er seine Kommission vorgetragen, erwiderte der Feldherr, nachdem er sich bedankt, er glaube zwar nicht, dass noch in diesem Jahre die Ankunft einer ansehnlichen türkischen Macht zu befürchten, weil man dort nicht

[1]) Der Herzog von Croy hatte dem Kf. (d. Königsberg 11./21. April 1673) geschrieben, der Tod des Erzbischofs Prazmowski und die Ernennung des bisherigen Bischofs von Cujavien Florian Czartoryski zu dessen Nachfolger (s. Kluczycki II, S. 1258) werde ohne Zweifel sehr zur Beruhigung Polens dienen. Wünschenswerth wäre es, dass Kf. Gelegenheit finde und gebrauche, den K. Feldherrn zu besserer Intention gegen ihn zu disponieren, dem Verlauten nach beabsichtige derselbe nach Mewe zu kommen, das werde vielleicht Gelegenheit dazu bieten.

[2]) Dönhoffs Reise war dadurch verzögert worden, dass Sobieski sich inzwischen zum Begräbnis des Erzbischofs nach Lowicz begeben hatte, erst nach dessen Rückkehr nach Mewe reiste D., der sich inzwischen bei seinem Bruder, dem G. Major Ernst v. Dönhoff, in Wolfersdorf und dann in der Umgegend von Danzig, wo er Güter kaufen wollte, aufgehalten hatte, dorthin.

geglaubt habe, dass der Friede von polnischer Seite nicht länger gehalten werden würde, und daher die Armee entlassen hätte, gegen künftigen Frühling aber würde das Reich mit grosser Macht angegriffen werden. Die Anstalt zur Gegenwehr sei so schlecht wie nur möglich, er sei aber nicht Schuld daran[1]), er hätte sich mit allem Fleiss bemüht und dem Könige remonstriert, dass er zur Defension des Reichs gute Anstalt machen möchte, er hätte aber bisher nichts ausrichten können und es schiene fast, als ob der König dem Reich nicht vorstehen könnte. Er bat Kf., die Republik in dieser Gefahr nicht zu verlassen, sondern derselben mit aller Macht zu assistieren. Er betheuerte im übrigen sehr hoch, dass keine Faction jetzt wider den König vorhanden auch jetzt kein Subjectum wäre, worauf sie reflectierten.

Dass des Kf. Auxiliarvölker so schlecht tractiert seien, dazu hätte er nichts contribuiert, er hoffe aber, Kf. werde in seiner angeborenen Generosität und in Betrachtung der seinem eigenen Lande drohenden Gefahr solches vergessen und der Krone wieder mit einem ansehnlichen Secours assistieren. Durch Ueberlassung von Truppen werde Kf. sich die Krone sehr verbindlich machen, er wolle gleich an den K. U. Kanzler schreiben, dass chestens ein Envoyé von der Republik abgefertigt werde, um mit Kf. darüber zu tractieren. Kf. möchte noch eine Zeit lang warten und seine Truppen nicht congediieren oder an andere überlassen.

Er meinte, Kf. könnte keine bessere Conjunctur finden, um für seine Prinzen das jus indigenatus zu suchen, er wollte sein bestes dazu thun, Kf. möchte nur bald deshalb jemand nach Warschau abfertigen.

Für die Offerte der 100,000 Rthlr. bedankte er sich, aber nur so obenhin, und schien es, als ob er keine Reflexion darauf mache und kein Mittel absehe, dieselben zu seiner Disposition von der Republik zu erhalten. Schliesslich auf seine Frage, ob er sich auf alles das, was er zur Resolution erhalten, fest zu verlassen, betheuerte S. dieses sehr hoch, er hat ihm ein Recreditiv[2]) gegeben und ihn abgefertigt.

Da der Palatinus Bonkowski anwesend war, hat D. auch ihn besucht, dieser bat, Kf. möchte doch selbst considerieren, in welchem gefährlichen Stande sich die Krone befinde, da sie einen solchen König hätte, der dem Regiment nicht vorzustehen wisse, Kf. möchte ihnen nur Mittel vorschlagen, wie der Krone zu helfen, sie wollten alles thun, was Kf. begehrte. Er contestierte im übrigen sehr hoch, dass jetzt keine Faction unter ihnen wider den König wäre und dass sie kein Subjectum hätten, auf das sie reflectierten.

---

[1]) Vgl. Sobieski's Brief an den Bischof von Cracau vom 5. Juli 1673 (Kluczycki II, S. 1272).

[2]) D. in arce Mevensi 11. Juni 1673 (Kluczycki II, S. 1268).

Der Kurfürst an den König von Polen. D. Potstamii 20./[30.] Juni 1673.

[auf das Schreiben vom Juni. Bedrohte Lage des Kf., Bereitwilligkeit zur Hülfsleistung; Verlangen der Abhaltung der Kommission.]

30. Juni. — Hostilitates ex utriusque nostrum parte cessare haud diffitemur, interea tamen bella inter alios non cessant et quaquaversum respicimus talia nobis non uno in loco occurrunt pericula, quae varie cavendi necessitatem nobis imponunt atque milite nostro ita utendum suadent, ut securitati terrarum nostrarum prospiciatur. Non aberimus tamen inclyto Regno et Reipublicae quantum vires opesque nostrae et hic rerum status permittet unquam, sicuti iam superiore anno affectum nostrum studiumque erga R. Majestatem V. et inclytum regnum missis auxiliaribus nostris testati sumus, quamquam necesse habeamus conqueri, sustentationem illis a Rep. uti conventum praebitam non esse sed argento nostro illis prospiciendum fuisse. Sed et alia sunt, in quibus ab inclyta Rep. pactis Bidgostensibus adhuc satisfaciendum, nec diversa illa ab iis, quae R. Maiestas V. a nobis desiderat. — Omnino itaque necessarium, ut tandem per commissarios, uti saepius promissum, nunc tandem componantur. —

Protocoll dessen, so bei der Conferenz zwischen dem Polnischen Envoyé Morstein und dem Churf. Ober Präsidenten Freiherrn von Schwerin vorgangen[1]).

Die 19./29. Julii 1673 hora octava matutina.

29. Juli. Auf Schw.s Bitte wiederholt M. was er in der gestrigen Audienz dem Kf. auseinandergesetzt: Dank für die vorjährige Hülfeleistung, Bitte dem bedrohten und erschöpften Polen gemäss dem einst Gninski gegenüber gemachten Versprechen[2]) 8000 Mann zu Hülfe zu schicken. Schw. erwidert, damals wären die Zeitumstände ganz andere gewesen, doch verspreche Kf., wenn Polen aufs neue in einen Türkenkrieg gerathe, demselben die vertragsmässige Hülfe zu leisten, aber unter der Bedingung, dass dagegen der König und die Republik die ihnen vertragsmässig obliegenden Verpflichtungen erfüllten, nämlich die Hülfstruppen mit Sold und Unterhalt versorgten, was im vorigen Jahre nicht geschehen sei. Bei der bedrohten Lage seiner eigenen Staaten könne Kf. keine grössere Zahl von Truppen schicken, er könne auch nicht allein eine solche

---

[1]) v. P. Fuchs' Hand. König Michaels Creditiv für Morstein ist Varsaviae 8. Juli 1673 datiert.

[2]) S. oben S. 327. 553.

Last auf sich nehmen, sondern meine, es müsste auch mit dem Kaiser, dem Könige von Schweden und dem Moscowitischen Zaren wegen deren Mitwirkung verhandelt werden, er habe darüber auch schon mit dem Kaiser und den schwedischen Ministern verhandelt und diese seien bereit, darüber weiter in Warschau verhandeln zu lassen.

M. erwidert darauf, der König erkenne seine Verpflichtung, den kurf. Hülfstruppen Sold und Unterhalt zu liefern an, er sei aber bei dem erschöpften Zustande Polens dazu ausser Stande und bitte daher, dass Kf. wie im vorigen Jahre seine Truppen auf einige Monate mit Sold versehen möge. Die Verhandlungen mit den anderen Mächten würden wohl, weil zu spät, unnütz sein, denn der Krieg wüthe schon und es sei an demselben garnicht zu zweifeln, es fehle Polen an Geld, man werde aber künftig besser für den Unterhalt der Truppen sorgen.

Schw. bringt Beschwerden vor: 1) dass Draheim mit Assignation belegt und dabei Drohungen gebraucht seien, verlangt, dass das künftig nicht geschehe, 2) verlangt endliche Erfüllung der Bestimmung der Pacten wegen Elbings.

M. erwidert: 1) die Assignation auf Draheim sei ohne Befehl des Königs irrthümlich erfolgt, solle künftig nicht geschehen. 2) Die Elbinger Angelegenheit solle durch eine sogleich nach Herstellung des Friedens und der Ruhe abzuhaltende Kommission beigelegt werden.

Eodem die hora 11ma post meridiem.

Schw. theilt Morstein die Antwort des Kf. mit, die Hülfstruppen ständen bereit, sollten, sobald der Krieg begonnen hätte, nach Polen marschieren, doch unter der Bedingung, dass der König für Sold und Unterhalt derselben sorge. Wegen Vermehrung der Hülfstruppen müsste Kf. nach den mit Schweden getroffenen Verabredungen erst die Ankunft Wrangels abwarten.

M. bittet, dass Kf. dann wenigstens seinen Hülfstruppen auf 2 Monate Sold mitgebe, dieselben sofort an die Grenze rücken lasse und eine Quantität Pulver überlasse.

Schw. übernimmt es, dem Kf. darüber zu berichten[1]). M. bittet, dass ihm dessen Resolution schriftlich ertheilt werde, es wird aber verweigert, da er auch nichts Schriftliches eingegeben, schriftlich erhält er einen Extract aus dem Protokoll.

---

[1]) O. v. Schwerin schreibt dem Kf. (d. Cüstrin 19./[29.] Juli 1673), er sei abermal mit Morstein zusammengekommen, derselbe sei mit allem zufrieden, bitte nur, dass Kf. zu dem einen Monat Sold noch einen hinzuthue und etwas Pulver bewillige. Von demselben Datum ist das Recreditiv des Kf. für M., vom 28. Juli eine Ordre des Kf. an Heidekampf, M. ein Präsent von 400 Thalern in Geld oder Silbergeschirr und dessen Sekretär 50 Rthlr. zu zahlen. Am 20./30. Juli ergeht darauf die Ordre des Kf. an den Herzog von Croy wegen Formierung der 1500 Mann Auxiliartruppen, deren Commando der Oberst v. Schöning führen soll, s. Kriegsgeschichtl. Einzelschriften V, S. 9.

F. Morstein an den Freiherrn von Schwerin. D. Regiomonti 15. August 1673.

[Bitte um schleunige Sendung der Hülfstruppen. Versprechen des Kaisers.]

15. Aug. Da das türkische Heer[1]) schon gegen Lemberg heranzieht und Reussen verheert, so ist am Kriege nicht zu zweifeln und begehrt Polen die Hülfstruppen des Kf. Er bittet, dass dieselben schnell erscheinen; der Sold für die weiteren Monate soll gezahlt werden, er hat dafür eine Assecuration des Königs in Händen und die Versicherung des R. Schatzmeisters, falls nicht Kf. auf die Verwendung des Kaisers[2]), der, wie er hört, 100,000 Gulden dazu bestimmt hat, sie von der Zahlung des Soldes entbinden sollte. Kf. wird hoffentlich mit noch weiterer Hülfeleistung dem Kaiser und Schweden vorangehen[3]).

Derselbe an denselben. D. Regiomonti 22. August 1673.

[Die Hülfstruppen. Das Anerbieten des Kaisers.]

22. Aug. Er wartet noch in Königsberg auf die Hülfstruppen des Kf. Für die Zahlung des Soldes hat er die Versicherung des Königs und des R. Schatzmeisters

---

[1]) Vgl. Kluczycki II, S. 1293 ff.

[2]) Kaiser Leopold schreibt dem Kf. (d. Wien 1. August 1673), er habe de Goes beauftragt, wegen des von seiten Polens an ihn gemachten Anbringens mit ihm zu verhandeln, empfiehlt ihm das Anliegen, welches der König von Polen durch einen Gesandten an ihn stellen werde, und verspricht, falls Kf. sich über seine Erklärung mit Polen verständigt und das Werk aggiustiert haben werde, ihm zu Michaelis 100,000 Gulden entrichten zu lassen. Vgl. Pufendorf XI, § 107 (S. 867); Urk. u. Akt. XIV, 1. S. 710.

[3]) Der Herzog von Croy hatte dem Kf. geschrieben (d. Königsberg 8./18. August 1673), er habe wenig Hoffnung, falls nicht vom Kaiser etwas Wirkliches geschehe, vom polnischen Hofe die nöthige Sicherheit wegen der Verpflegung der Hülfstruppen zu erhalten, man thue dort so wenig bei der Sache, als wenn dieselbe sie garnichts anginge. Kf. schreibt darauf an Morstein (d. Coloniae 11./21. August 1673), die Hülfstruppen ständen marschbereit, aber zuerst müsse für die Soldzahlung an dieselben sicher gesorgt sein, sobald er von dem Herzoge von Croy Nachricht empfange, dass dieses geschehen sei, sollten die Truppen den Marsch antreten. Unter demselben Datum ergeht an v. Schöning die Ordre, das Hülfscorps aus Mannschaften aller in Preussen befindlichen Regimenter und Dragonercompagnieen zusammenzusetzen. Die für denselben am 18./28. August 1673 ausgestellte Instruktion ist in der Hauptsache nur eine Wiederholung der am 2./12. August 1672 für Graf Dönhoff ausgestellten (s. oben S. 537), doch enthält sie den Zusatz: „Jedoch hat er sofort, als es ihm an Unterhalt mangelt und derselbe ihm von den Polen nicht gereichet wird, bei Ihrer K. M. und dem Feldherrn wie auch andern fürnehmen Bedienten der Republicq sich zu beschweren, dessfals zu protestiren und dass er bei so gestalten Sachen keine Dienste ferner leisten, sondern mit denen ihm anvertrauten Völkern zurückgehen müsse, anzuzeigen, wie er dann auch solchenfalls seinen Rückmarsch mit der besten ordre als ihm möglich werkstellig zu machen", welcher nachträglich noch durch eine Nebeninstruktion vom 4./14. October bestätigt wird.

und sich selbst als Geissel angeboten. Nachdem der Kaiser durch den von Wien zurückgekehrten Opacki versprochen hat, 100,000 Gulden an Kf. behufs Verstärkung seiner Hülfstruppen zu zahlen, hat ihn der König beauftragt, vor allem auf Sendung jener 1500 Mann zu dringen und nicht eher sich von hier zu entfernen, bis deren Abmarsch nach Polen erfolgt ist. Der Sold soll denselben von den 100,000 vom Kaiser gelieferten Gulden (monatlich 7000 Rthlr.) gezahlt werden und den Rest jener Summe soll Kf. auf Vermehrung der Hülfstruppen verwenden.

Repetitio propositionis Ablegati Polonici[1]). s. d.

Nachdem ihm Kf. auf seine mündliche Proposition geantwortet, dass er Sept.
ausser den im vorigen Juli auf Grund der Bromberger Verträge festgesetzten Hülfstruppen soviele weitere Truppen schicken wollte, als für die vom Kaiser versprochenen 100,000 Rhein. Gulden 3 Monate unterhalten werden könnten, und ihn in betreff der näheren Berechnung und Verabredung an seine Räthe gewiesen hat, so bittet er auf den ausdrücklichen Befehl des Königs, dass diese weitere Hülfe nicht in Fussvolk, sondern in Reiterei und zwar möglichst in Dragonern bestehe.

Da für die 1000 Fusssoldaten und 500 Dragoner als monatlicher Unterhalt 7000 Rthlr. = 21,000 Poln. Gulden festgesetzt sind, so könnten nach demselben Maasstabe für 100,000 Rhein. Gulden = 250,000 Poln. Gulden (abgezogen 42,000 Gulden zweimonatlicher Sold für die Hülfstruppen) 5951 Fusssoldaten und Dragoner Verstärkung beschafft werden, da aber dafür Dragoner und Reiter gestellt werden sollen, so müsste die Zahl entsprechend reduciert werden.

Den Oberbefehlshaber des Hülfscorps und die Officiere desselben bittet er anzuweisen, möglichst schnell den Marsch anzutreten, beim Ueberschreiten der Grenze in Gegenwart der polnischen Kommissare eine genaue Musterung vorzunehmen und ebenso in jedem Monat eine solche zu veranstalten, so dass der Sold nur für die wirklich vorhandenen Mannschaften gezahlt werde, und strenge Disciplin zu halten.

Antwort des Kurfürsten auf die Proposition Morsteins. D. Schönbeck 13./[23.] September 1673.

1) Die nach den Pacten zu sendenden Hülfstruppen sollen auf Begehr des 23. Sept.
Königs und Forderung der Kommissare sofort nach Polen marschieren und sich an der Grenze mustern lassen.

2) Kf. giebt ihnen Sold für einen Monat.

---

[1]) König Michael beglaubigt (d. Varsaviae 29. August 1673) Morstein, den er beauftragt habe, auf Grund der vom Kaiser zugesagten Geldzahlung mit Kf. zu verhandeln. Das Recreditiv des Kf. ist ausgestellt Potstamii 3./13. September 1673.

3) Die übrige Zeit hindurch bis zu ihrer Rückkehr an die preussische Grenze werden der König und die Republik ihnen Unterhalt gewähren. In quo si ulla interveniat mora, liberum erit praefatis copiis, ubi 15 dierum iter in Polonia fecerint atque de congrua sustentatione iisdem non fuerit sufficienter prospectum, ea qua venerunt via in Borussiam ducalem reverti.

4) Da Hoffnung ist, dass der Kaiser 100,000 Gulden dem Könige und der Republik zahlen wird, so verspricht Kf. soviel weitere Reiter und Dragoner oder, wenn es gewünscht wird, Fusssoldaten, als für diese Summe 3 Monate lang unterhalten werden können, zu schicken, er hat schon einigen Regimentern[1]) befohlen, aus dem Reich nach Preussen zu marschieren, und G. Wachtmeister v. Görtzke[2]) zum Befehlshaber derselben bestimmt.

5) Kf. wird seinen Officieren mittheilen, dass sie als monatlichen Unterhalt für 1500 Mann Fusssoldaten und Dragoner mit 7000 Rthlr. zufrieden sein sollen.

6) Doch soll daraus kein Präjudiz für die Pacten gezogen werden.

7) Sollte der Unterhalt für die Truppen nicht gezahlt werden, so dürfen die Befehlshaber derselben sich diesen an den Orten, wo sie sich befinden, von den Einwohnern, aber auf gebührende Weise und gegen Quittung, selbst nehmen. Holz, Heu, Stroh u. s. w. ist von den Einwohnern unentgeltlich zu liefern.

8) Kf. hat das Recht, die Truppen zu jeder Zeit zurückzurufen.

Befehl und Jurisdiction über die Hülfstruppen steht dem Führer und den Officieren derselben zu, dieselben haben den Rang nach der Königl. Garde, ihre Obersten vor den übrigen deutschen Obersten. Die Truppen sollen nicht getrennt werden etc.[3]).

---

[1]) Kf. hatte schon im August zuerst das Regiment z. Pf. Kurprinz und dann auch die Reiterregimenter v. Görtzke und v. Mörner nach Preussen geschickt.

[2]) Kf. schreibt demselben (d. Oranienburg 4./[14.] September 1673), er beabsichtige ihn mit dem ehesten nach Preussen zu schicken und ihm das Commando einiger nach Polen zu sendender Auxiliartruppen zu übertragen, er solle sich dazu bereit halten.

[3]) Die Geh. Räthe übersenden dem Kf. (d. Cöln 4./[14.] September 1673) das Protokoll einer mit de Goes wegen der polnischen Sache abgehaltenen Conferenz. Obwohl derselbe wegen Zahlung der Gelder keine Gewissheit gegeben, so solle doch Meinders mit Morstein reden, und sie rathen, die Sache mit demselben ganz richtig zu machen, damit Polen sehe, dass Kf. bereit gewesen, die Völker zu senden, und dass, wenn es nicht geschehe, die Schuld nur daran liege, dass das Geld vom Kaiser nicht gezahlt worden sei. — Kf. theilt (d. Schönbeck 8./18. September 1673) dem Herzoge von Croy die Morstein schriftlich ertheilte Resolution mit und befiehlt, die nöthigen weiteren Truppen (2034 Reiter und 1044 Dragoner) zum Marsch bereit zu halten. Wegen Gewissheit der Soldzahlung habe ihm Morstein eine beifolgende Versicherung des Königs übergeben, welche, sobald dieser seine Erklärung acceptiert habe, wieder zurückgesandt werden könne. Vgl. Kriegsgesch. Einzelschriften V, S. 9f.

Herzog Ernst Bogislav von Croy an den Kurfürsten. D. Königsberg 17. October 1673.

[Morstein hat noch keine Antwort vom Könige.]

Er hat mit dem gestern hier angekommenen Morstein wegen des Suc- 17. Oct.
curses conferiert und ihm in Gegenwart v. Schönings mitgetheilt, dass die Truppen zum Marsch bereit ständen und nur das Rendezvous angesetzt und dieselben dem polnischen Commissarius überantwortet zu werden brauchten, derselbe erwiderte aber, er hätte von Berlin, Stettin und Danzig aus an den König berichtet, erwarte aber erst Antwort auf die vom Kf. ertheilte schriftliche Erklärung; bevor dieselbe einträfe, könnten die Truppen nicht zum Rendezvous beordert werden.

Ausser dem mitzugebenden Monatssold sind die Truppen vollständig zum Marsch bereit.

Herzog Ernst Bogislav von Croy an den Kurfürsten. D. Königsberg 17./27. October 1673.

[Die Polen wollen die Auxiliartruppen nicht mehr haben. Krankheit des Königs.]

Dass die Polen des Kf. Auxiliarvölker jetzt nicht begehren, geht aus bei- 27. Oct.
kommender Copie eines Schreibens des U. Kanzlers an de Goes hervor. Er lässt daher die Wagen und Pferde wieder in die Aemter gehen[1]).

PS. 1. Von des Königs von Polen Unpässlichkeit[2]), welche die letzten Briefe ziemlich gross und gefährlich gemacht, melden die heute aus Warschau angelangten relationes nichts.

PS. 2. Privatbriefe aus Warschau melden, dass es sich mit des Königs

---

[1]) Der Herzog von Croy meldet am $\frac{24. \text{ October}}{3. \text{ November}}$ 1673, Morstein habe vom polnischen Hofe Befehl, statt der Auxiliarvölker Zuschub an Geld zu fordern, für dieses Jahr sei also die Sache wegen des Succurses zu Ende, für das künftige aber sei sie um so gewisser zu vermuthen, wenn die Polen auf die Türken losgehen und dieselben so aufs neue reizen sollten.

[2]) Ueber die Erkrankung König Michaels und dessen am 10. November 1673 zu Lemberg erfolgten Tod s. die Schreiben des U. Kanzlers Olszowski vom 30. October, 8. und 10. November bei Zaluski I, S. 476 ff. Vgl. auch Zawadzki S. 404. Dem Kf. meldet die Preussische Regierung (d. Königsberg 21./11. November 1673) auf Grund der am Tage vorher von Warschau mit einer Extraordinarpost eingetroffenen Nachricht den Tod des Königs; die officielle Anzeige erhält derselbe durch ein Schreiben der Königin Eleonore (d. Warschau 18. November 1673), er antwortet darauf (d. Cöln a. d. Spree $\frac{27. \text{ November}}{7. \text{ December}}$ 1673) mit einem Condolenzschreiben, in welchem er zugleich die Abordnung eines Gesandten ankündigt; am folgenden Tage wird v. Hoverbeck mit dieser Gesandtschaft beauftragt.

Unpässlichkeit gebessert, und dass derselbe nicht in Lemberg bleiben, sondern die Königin in Sambor oder Zolkiew erwarten wird.

F. Morstein an den Kurfürsten. D. Varsaviae 29. October 1673.

[Verlangen von Geldsubsidien.]

29. Oct. Auf der Rückreise zum Könige hat er ein Schreiben des U. Kanzlers aus dem Lager und einen Befehl des Königs erhalten, wegen der schon zu weit vorgeschrittenen Jahreszeit nicht weiter die Hülfstruppen des Kf. sondern dafür Subsidien an Geld zu fordern.

Der Kurfürst an Morstein. D. Coloniae ad Spream 30. October/9. November 1673.

[Verweigerung von Geldsubsidien.]

9. Nov. Seine Truppen haben bereit gestanden und es hat nur an der Republik gelegen, dieselben schon vor Monaten abzufordern. Zahlung von Geldsubsidien anstelle derselben gestattet weder die Lage der Dinge und seiner Kasse noch hat er dazu irgend welche Verpflichtung.

IV.

Brandenburg und Oesterreich.
1666—1668.

Einleitung.

Das Verhältnis des Kurfürsten von Brandenburg zu dem kaiserlichen Hofe während der ersten sechs Jahre nach dem Olivaer Frieden ist in dem vorhergehenden 11. Bande dieser Sammlung, namentlich in dem 1. 3. 4. 5. und 11. Abschnitte desselben zur Darstellung gekommen und werthvolle Ergänzungen dazu sind inzwischen in dem die österreichischen Akten enthaltenden 14. Bande durch Mittheilung der Akten der Gesandtschaft Lisola's an den kurfürstlichen Hof 1663—1664 geliefert worden. Für die folgende, für diesen Band in Betracht kommende Zeit bis zum Beginn des holländischen Krieges 1672 enthalten die in jenem 14. Bande herausgegebenen Akten der Gesandtschaft des Freiherrn de Goess, welcher während dieser ganzen Zeit, vom Frühjahr 1665 an, mit kurzen Unterbrechungen sich als Bevollmächtigter des Kaisers an dem Hofe des Kurfürsten aufgehalten hat, ein ungemein reichhaltiges Quellenmaterial und der Herausgeber hat auch schon in den von ihm hinzugefügten Erläuterungen die Hauptergebnisse aus demselben zusammengestellt und in lichtvoller Weise die wechselnden Beziehungen beider Höfe zu einander während jener Zeit dargelegt. Als Ergänzung dazu erscheinen hier die denselben Gegenstand betreffenden Materialien, welche in den Akten des Berliner Geheimen Staatsarchivs enthalten sind. Der dauernde Aufenthalt jenes kaiserlichen Gesandten an seinem Hofe, welcher sich dort eine sehr angesehene Stellung zu verschaffen wusste, veranlasste den Kurfürsten, die Verhandlungen mit dem Wiener Hofe für gewöhnlich mit diesem oder durch denselben führen zu lassen, schriftliche Aufzeichnungen über die Besprechungen und Conferenzen, welche er selbst oder seine Minister mit demselben gehalten haben, scheinen nur selten gemacht worden zu sein, jedenfalls haben sich solche nur vereinzelt erhalten. In Wien selbst hat der Kurfürst auch in jenen Jahren seine Interessen durch seinen dortigen Residenten Andreas Neumann vertreten lassen, derselbe hat aber neben der Berichterstattung über die Vorgänge am kaiserlichen Hofe nur die laufenden untergeordneten Geschäfte zu besorgen gehabt und seine allerdings aus dieser ganzen Zeit vorliegenden Berichte dürfen kein höheres Interesse in Anspruch nehmen. Gesandtschaften hat der Kurfürst nur zweimal aus be-

sonderer Veranlassung und nur auf kurze Zeit an den kaiserlichen Hof geschickt. Sobald er sich entschlossen hatte, um die französischen Pläne in Polen zu vereiteln, die Throncandidatur des Pfalzgrafen Philipp Wilhelm von Neuburg daselbst zu unterstützen, hatte er versucht, ebenso wie Schweden auch den Kaiser für die Sache desselben zu gewinnen, und er hatte daher, noch ehe der förmliche Vertrag mit demselben darüber abgeschlossen war, Eröffnungen in dieser polnischen Angelegenheit an de Goess[1]) machen, demselben seinen Wunsch, des Kaisers Meinung darüber zu vernehmen, ausdrücken und zugleich ihm andeuten lassen, dass er die Wahl des Pfalzgrafen für die geeignetste und vortheilhafteste halte. Goess hatte diese Anträge mit grosser Zurückhaltung aufgenommen, aber sich erboten, dem Kaiser darüber Bericht zu erstatten, und dieser, welcher von der Throncandidatur des wegen seiner engen Verbindung mit Frankreich ihm verhassten Pfalzgrafen nichts wissen wollte, hatte durch ihn den Bescheid ertheilen lassen[2]), dass er überhaupt die Vornahme einer Wahl in Polen bei Lebzeiten des regierenden Königs für unstatthaft halte. Brandenburgischerseits aber hatte man sich durch diese ablehnende Antwort nicht abschrecken lassen, sondern bald neue, jenen früheren ähnliche Anträge an de Goess gemacht, dieser aber, wohl wissend, dass der Kaiser seinen Entschluss nicht ändern würde, war, um nicht[3]) die damals sehr guten Beziehungen zwischen seinem Herrn und dem Kurfürsten trüben zu lassen, Verhandlungen über diese Sache soviel wie möglich ausgewichen. Der Kurfürst beschloss daher[4]), sich direct an den Kaiser zu wenden, und er benutzte die Gelegenheit, welche ihm die Vermählung desselben darbot, um Ende Dezember 1666 den jüngeren Freiherrn v. Blumenthal zur Abstattung der Gratulation nach Wien zu schicken und durch diesen zugleich geheime Verhandlungen mit dem Kaiser führen zu lassen, welche darauf zielten, die eigentlichen Absichten desselben in der polnischen Sache zu ergründen und denselben zu bewegen, dort gemeinsam mit ihm vorzugehen, die den Plänen des Hofes feindliche Partei zu unterstützen, die Throncandidatur des Pfalzgrafen zu befördern und zu diesem Zwecke auch mit Schweden, welches er nach dem bisherigen Verlaufe der dort geführten Unterhandlungen für dieselbe gewonnen zu haben glaubte, in nähere Verbindung zu treten. Obwohl v. Blumenthals Sendung, wie die nachfolgenden Akten lehren, gänzlich erfolglos war, so hielt der Kurfürst doch an seinem Plane und auch an der Hoffnung, den Kaiser zur Mitwirkung bei demselben zu bestimmen, fest. Er liess wiederholt[5]) durch de Goess neue Anträge deswegen machen, und als dann seit dem Frühjahr 1667 infolge des Angriffs Ludwigs XIV. gegen die spanischen Niederlande an ihn die Frage herangetreten war, wie er sich diesem neuen Uebergreifen Frankreichs gegenüber zu verhalten habe, und er, der anfangs gern bereit war, sich an dem Widerstande,

[1]) S. Urk. u. Akt. XI, S. 746 ff.; XIV, 1. S. 274.
[2]) S. Urk. u. Akt. XIV, 1. S. 278.
[3]) S. ebendaselbst S. 279.
[4]) Vgl. Droysen III, 3. S. 120 ff.
[5]) S. Urk. u. Akt. XIV, 1. S. 287. 289. 301.

welchen, wie er voraussetzte, Spanien, der Kaiser und Holland als die nächstbetheiligten Mächte demselben entgegensetzen würden, zu beteiligen, die Erfahrung machte, dass ebendiese Mächte zögerten und sich zurückhielten, dass namentlich der Kaiser, so lebhafte Vorstellungen er auch demselben durch de Goess machen liess, weder sich entschieden gegen Frankreich erklärte noch auch Anstalten traf, welche die Absicht, gegen dasselbe feindlich vorzugehen, bekundet hätten, andererseits Ludwig XIV. ihn durch lockende Anerbietungen auf seine Seite zu ziehen suchte und schliesslich sich erbot, wenn er in dem Kriege gegen Spanien sich zur Neutralität verpflichtete, auf seine früheren Absichten in Polen zu verzichten und mit ihm zusammen dort für den Pfalzgrafen von Neuburg zu wirken, da beschloss er nochmals durch eine besondere Sendung nach Wien den Versuch zu machen, die eigentlichen Absichten des Kaisers kennen zu lernen und sich mit demselben zu verständigen. So sendet er[1]) unter dem Vorwande, dem Kaiser zur Geburt seines Sohnes Glück zu wünschen, v. Blumenthal im November 1667 zum zweiten Male nach Wien mit dem Auftrage, in den Kaiser zu dringen, mit ihm gemeinschaftliche Sache in Polen zu machen, ferner zu erkunden, ob der Kaiser gewillt sei, zur Unterstützung Spaniens die Waffen gegen Frankreich zu ergreifen und, falls derselbe sich zu beidem verstehen sollte, treue Bundesgenossenschaft von seiner Seite zu versprechen. Auch diese Gesandtschaft ist, wie sich aus den nachfolgenden Akten ergiebt, ganz erfolglos gewesen, v. Blumenthal überzeugte sich, dass der Kaiser keineswegs gewillt sei, auf die Pläne des Kurfürsten einzugehen, vielmehr durch Unterstützung der Throncandidatur des Herzogs von Lothringen dieselben zu durchkreuzen suche, und dass von demselben kein thatkräftiges Auftreten gegen Frankreich zu erwarten sei, und diese Erkenntnis hat dann wesentlich auf die weiteren Maassnahmen des Kurfürsten, auf den Entschluss, die französischen Vorschläge anzunehmen, eingewirkt.

Ausser diesen Akten der beiden Gesandtschaften v. Blumenthals ist in diesem Abschnitt noch, und zwar an erster Stelle, der in seinem Wortlaut bisher noch nicht bekannte Allianzvertrag zwischen dem Kaiser und dem Kurfürsten vom 10. Mai 1666 mitgetheilt. Ueber die dem Abschluss desselben vorausgehenden Verhandlungen sind im Berliner Staatsarchiv keine Akten vorhanden, doch gewähren auch darüber jetzt die im 14. Bande mitgetheilten österreichischen Akten Aufklärung. Wir ersehen aus diesen, dass die Anregung zu diesem Bündnisse von dem Kaiser ausgegangen ist, dass derselbe schon Ende Mai 1665 de Goess beauftragt hat[2]), eine Erneuerung und zugleich eine Erweiterung der im Jahre 1658 angesichts des damals bevorstehenden Krieges gegen Schweden abgeschlossenen Defensivallianz anzutragen, dass derselbe dieses auch wirklich zu wiederholten Malen gethan aber anfangs die Stimmung dafür am kurfürstlichen Hofe wenig günstig gefunden hat, da[3]) man dort damals, zumal nach dem Ausbruch des Münsterschen Krieges, feindliche Absichten der katholischen

[1]) Vgl. Droysen III, 3. S. 144 ff.
[2]) S. Urk. u. Akt. XIV, 1. S. 213 f.
[3]) S. ebendas. S. 214. 220. 225. 229. 241. 253.

Mächte und auch des Kaisers gegen die Protestanten argwöhnte. Erst nachdem unter Mitwirkung des Kaisers der Münstersche Krieg beigelegt und dadurch jene Besorgnisse beseitigt waren, hat der Kurfürst der inzwischen mehrfach wiederholten Aufforderung des Kaisers Folge geleistet und bald nach dem Abschluss des Friedens auf de Goess' Wunsch noch dort in Cleve ganz insgeheim den Oberpräsidenten v. Schwerin mit demselben über einen neuen Vertrag verhandeln lassen[1]), und man hat sich um so leichter darüber geeinigt, als dieser neuen Allianz jene frühere zu Grunde gelegt, die dort speziell auf den Krieg gegen Schweden gerichteten Bestimmungen verallgemeinert und im übrigen nur sehr geringfügige Veränderungen gemacht wurden, so dass dieser Vertrag sehr ähnlich jenen allgemein gehaltenen Defensivallianzen wurde, welche der Kurfürst in eben derselben Zeit auch mit Schweden und Dänemark abschloss.

Das Verhältnis des Kurfürsten zu dem Kaiser in den Reichsangelegenheiten gegenüber den Verhandlungen und Streitigkeiten, welche in den Jahren 1665 bis 1671 mit wachsender Heftigkeit auf dem Regensburger Reichstage geführt wurden, ist auch in den österreichischen Akten des 14. Bandes und den dort von dem Herausgeber denselben beigefügten Erläuterungen vielfach beleuchtet worden, einige Ergänzungen dazu werden die in dem 6. Abschnitte dieses Bandes mitgetheilten brandenburgischen Reichstagsakten gewähren.

[1]) S. Urk. u. Akt. XIV, 1. S. 260f. 266ff.

IV. Brandenburg und Oesterreich. 1666—1668.

a. Allianz vom 10. Mai 1666.

Allianzvertrag zwischen dem Kaiser Leopold und dem Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg. D. Cleve 10. Mai 1666.

Cum tractatu foederis defensivi[1]) nona Februarii anni millesimi sex- 10. Mai.
centesimi quinquagesimi octavi inter Plenipotentiarios tunc Sacrae Hungariae et Bohemiae Regiae, nunc etiam Caesareae Maiestatis Serenissimi Potentissimi et Invictissimi Domini, Domini Leopoldi divina favente clementia electi Romanorum Imperatoris semper Augusti ex una et Serenitatis Suae Electoralis Serenissimi Domini, Domini Friderici Guilelmi Marchionis Brandenburgensis, Sacri Romani Imperii Archicamerarii et Principis Electoris ex altera parte concluso ac postea sub dato vigesima septima eiusdem mensis ratificato inter alia art. octavo conventum fuerit, quod id foedus non saltem pendente bello Suecico sed post pacem confectam per decennium ab ipso die conclusae pacis numerandum durare, elapso autem decennio illo inter partes de ulteriore foederis prorogatione iuxta rerum exigentiam conveniri debeat, ac interea temporis ii cum in vicinis utrique parti regionibus ac provinciis tum alibi exorti sint atque perdurent bellorum motus, ex quibus utrique Paciscentium parti non minora quam tunc incommoda et turbae afferri possint: Iccirco re inter utriusque partis Plenipotentiarios, videlicet ex parte dictae Sacrae Caesareae nec non Hungariae et Bohemiae Regiae Maiestatis

[1]) abgedruckt bei v. Mörner S. 683 ff. (vgl. S. 229 f.).

Illustrissimum et Excellentissimum Dominum Johannem liberum Baronem de Goessen, Suae Sacrae Caesareae Maiestatis Consiliarium Imperii Aulicum, ex parte vero dictae Serenitatis Electoralis admodum Reverendum, Illustrissimum et Excellentissimum Dominum Ottonem liberum Baronem a Schwerin, Dominum in Landsberg et Zachan, Suae Ser. Electoralis Brandeb. Consilii Status intimi Summum Praesidem et negotiorum feudalium Directorem, Ser. Electricis Brandeb. Capitaneum in Oranienburg, haereditarium Electoratus Brandeburgensis Camerarium et Ecclesiae Cathedralis, quae Brandeburgi est, Praepositum, discussa et considerata, tametsi quidem ex praedicto decennii spatio a die Pacis Olivae conclusae adhuc aliquot anni supersint, visum tamen fuit in tempore idem foedus non renovare tantum et prorogare verum etiam ad eo melius avertendas et repellendas hostilitates ad praesentis et futuri temporis necessitates conformare et concludere, prout renovatum, prorogatum, conformatum et in hunc, qui sequitur, modum conclusum fuit.

Primo, Constans erit et inviolabilis inter utramque partem amicitiae nexus, alter alterius commoda promovere damnaque mutuo avertere ac reciprocae utilitati et securitati consulere studebit.

Secundo, Si Sacra Caesarea nec non Hungariae Bohemiaeque Regia Maiestas in Suis Regnis, Statibus ac Provinciis haereditariis in et extra Imperium sitis, quae in praesenti possidet, vel Sua Serenitas Elector. in suis Statibus ac Dominiis haereditariis, tam extra Imperium quam in Imperio, sive antiquitus ab ipsa et Praedecessoribus eius possessis, sive per Pacem Osnabrugensem vel Velavienses vel Bydgostienses vel Olivenses Tractatus acquisitis, promissis pactisque quocunque titulo vel praetextu a quocunque hostiliter impetatur: Tunc Pars altera ad alterius requisitionem quam citissime fieri poterit vel duobus mensibus ad summum post factam ipsi intimationem tenebitur Parti laesae et gravatae realiter subvenire cum certo copiarum numero infra determinando, quae quidem eius defensioni strenuam navabunt operam ac pro ea militabunt, quamdiu periculi ingruentis necessitas postulabit et usque dum pax facta fuerit.

Tertio[1]), Sacra Caesarea nec non Hungariae et Bohemiae Regia Maiestas in praememorato defensionis casu Suae Ser. Electorali quatuor

---

[1]) Kanzleivermerk: „In der Ratification ist auf Ansuchen des kaiserl. Gesandten der Anfang von Art. 3 so verändert worden:

Sacra Caesarea necnon Hungariae et Bohemiae Regia Maiestas in praememorato defensionis casu Suae Ser. Electorali duo millia equitum et quatuor millia peditum,

millia equitum et duo millia peditum armis et omni militari apparatu et re tormentaria campestri minori, vulgo Regiments-Stucke, talibus copiis convenienti instructos, Sua Ser. Electoralis autem eodem casu Sacrae Caesareae nec non Hungariae et Bohemiae Regiae Maiestati duo millia equitum et mille quingentos pedites, omni similiter apparatu necessario proportionabiliter instructos suppeditabunt. Quod si imminenti iam hosti, qui alterutrum illorum vel utrosque invadere tentet, obviam eundum sit et foederati vigore huius foederis coniunctis viribus contra eundem egerint, alterutrum autem illorum eodem tempore in proprio territorio hostiliter invadi vel infestari contingat, non erunt interea obstricti ad submittenda sibi alia vel ulteriora auxilia. Quod si etiam alterutra partium diversis in locis a diversis hostibus invaderetur, nihilominus pars altera non tenebitur nisi uno in loco et contra unum ex hostibus promissum auxilium subministrare. Si[1]) vero bellum cum Turcis ingruat, Sua Ser. Electoralis zelo suo pro defendenda Christianitate nihil quidem deesse patietur, sed cum in tali necessitate certa auxilia adversus eosdem Turcas communi Imperii placito decerni soleant, Suaque Ser. Electoralis tanquam Elector et Princeps Imperii pro rata conferat ac subveniat, ad ulteriora hoc casu auxilia, de quibus in hoc foedere agitur, non obligabitur. Tenebitur autem Sua Ser. Electoralis non obstante eo quod hoc art. dicitur, quod una pars alteri non debeat nisi uno in loco et contra unum ex hostibus promissum auxilium subministrare, Suae Caesareae Maiestati, si ab aliquo alibi eodem tempore invaderetur, pactum hoc foedere militem auxiliumque praestare. Quod si etiam flagranti bello cum Turcis, ad quod una cum caeteris Imperii statibus Sua Ser. Electoralis auxilia sua miserit, eodem tempore Sua Ser. Electoralis ab aliquo alio hoste in territoriis suis invaderetur, ne tunc quidem intermittet Caesarea Sua Maiestas, prout Turcici belli moles patietur, Suae Ser. Electorali pro viribus succurrere.

Quarto, Victualia omnia copiis auxiliaribus eadem ratione, modo et proportionata quantitate, prout propriis, sumptu illius, pro cuius defensione militabunt, suppeditabuntur idque tam diu dum in ipsius Statibus pro ipso expeditio illa durabit. Stipendium vero militare quisque suis copiis solvet, de apparatu autem rei tormentariae campestris minoris,

---

Sua Ser. Elect. autem eodem casu Suae Caesareae necnon Hungariae et Bohemiae Regiae Maiestati mille quingentos equites et duo millia peditum suppeditabunt." Vgl. Urk. u. Akt. XIV, 1. S. 274. 279.

[1]) Vgl. ebendas. S. 268 f.

vulgo Regiments-Stucke, pro expeditionibus campestribus quisque suis copiis suo sumptu providebit. Ubi vero locus aliquis oppugnandus vel propugnandus erit, tunc ea pars, pro qua bellum geretur, tormenta maiora apparatumque eiusdem tormentariae ad oppugnationem vel propugnationem necessarium suo sumptu praestabit.

Quinto, Copiis utriusque partis per utriusque ditiones secundum rationis bellicae exigentiam liber patebit transitus et recessus cum ordinaria militis subsistentia, et necessitate requirente tutus ipsis receptus sub moenibus et tormentis civitatum et fortalitiorum, praemonito tamen in antecessum utrorumque Gubernatore et communicato cum illo consilio ac ut periculo cessante iterum recedant, reciproce concedetur, ibidemque contra hostium insultus protegentur. Contra vero neutra pars hostibus supra descriptis transitum, commeatum, stativa nec ullum auxilium directe vel indirecte per se vel per suos permittet, sed omni conatu et viribus impediet.

Sexto, Sine utriusque partis vel eius Plenipotentiariorum scitu, consensu ac praesentia de pace aut armistitio nulli tractatus institui, multo minus concludi poterunt et in Congressibus, qui pro pace instituentur, quaelibet pars alterius utilitatem et securitatem procurare tenebitur.

Septimo, Durabit hoc foedus non solum pendente termino praedicti prioris decennii, sed post eius termini lapsum ad alios decem annos iisdem, ut supra, conditionibus cum reciproca defensione contra supra indigitatos futuros pacis sive Monasteriensis sive Olivensis violatores et cum evictione conditionum quae pacis tractatibus stabilientur. Elapso autem praedicto termino prorogato conveniet inter partes de ulteriore foederis prorogatione iuxta rerum exigentiam.

Octavo, Caeterum cum intentio huius foederis non sit ansam praebere bello, hostilitatibus, turbis vel offensionibus, vel etiam haec talia fomentare adeoque in nullius praeiudicium, sed in mutuam tantum utriusque partis defensionem et securitatem vel ad avertenda ac repellenda imminentia ipsis bella, hostilitates, turbas et offensiones vergat, liber ad idem omnibus aliis Christiani Orbis Regibus, Principibus ac Statibus, si voluerint, patebit aditus et mutuo partium consensu admittentur.

Conclusa fuerunt haec omnia inter praememoratos Sacrae Caesareae Regiaeque Maiestatis et Serenitatis Suae Electoralis Plenipotentiarios vigore plenae facultatis ac mandatorum a suis Principalibus ipsis concessorum et reciproce commutatorum, quorum tenor infra sequitur, sub ratihabitione Suae Caesareae Regiaeque Maiestatis et Ser. Suae Electo-

ralis, quas utriusque partis Plenipotentiarii intra spatium quinque hebdomadarum a data huius computandarum extradendas et commutandas promittunt. In quorum fidem praesens hoc instrumentum a praenominatis Dominis Plenipotentiariis subsignatum et sigillis munitum est.

Actum Cliviae die decima Maii anno millesimo sexcentesimo sexagesimo sexto.

Joannes liber Baro de Goessen.

Otto l. B. a Schwerin.

---

b. Erste Gesandtschaft v. Blumenthals nach Wien. December 1666—Februar 1667.

Instruction[1]), wornach sich unser — Freiherr von Blumenthal bei der nacher Wien ihm aufgetragenen Schickung — zu achten. D. Cöln 16./[26.] December 1666.

(Conc. O. v. Schwerin.)

[Gratulation. Polnische Angelegenheit. Empfehlung der Throncandidatur Pfalz-Neuburgs. Der Herzog von Sachsen-Lauenburg.]

Er soll sich schleunigst über Breslau nach Wien begeben, dort dem Kaiser 26. Dec.
und der Kaiserin zur Heirath[2]) gratulieren und die Verzögerung mit des Kf. Reise von Cleve nach der Mark entschuldigen, dann auch die vornehmsten kaiserlichen Minister, Lobkowitz, Gonzaga und Montecucoli[3]) u. a. besuchen. In einer besonderen Audienz soll er sodann dem Kaiser die bedrohliche Lage in Polen vorstellen und denselben bitten, seine Gedanken darüber dem Kf. zu eröffnen. Sollte der Kaiser sich selbst herauslassen oder jemand von seinen Ministern darüber mit ihm conferieren lassen, so hat er dabei anfänglich sehr behutsam zu gehen und sich nur zu bemühen, von der Intention des kaiserlichen Hofes eigentliche Nachricht zu erlangen, namentlich inbetreff folgender Punkte:

1) ob man wünsche und befördern helfen wolle, dass der jetzige Reichstag[4]) wohl abgehe, oder dass derselbe (was den Feinden des polnischen Hofes das liebste wäre), wieder zerschlagen werde,

2) falls letzteres bei seiner Ankunft in Wien schon geschehen sein sollte,

---

[1]) Vgl. Pufendorf X § 58 (S. 696), Droysen III, 3. S. 120. Unter demselben Datum sind auch die Creditive für v. Bl. an den Kaiser und die Kaiserin ausgestellt.

[2]) 5. December 1666 hatte die Vermählung Kaiser Leopolds mit der spanischen Prinzessin Margarethe Theresia stattgefunden.

[3]) An diese drei erhält v. Bl. auch Creditive.

[4]) S. oben S. 314.

was alsdann bei der Sache zu thun sei, damit der Hof nicht alles nach seinem Willen richte und die französische Wahl mit Gewalt durchzusetzen suche,

3) ob die Nachbaren nicht jetzt solchen Plänen gegenüber mit grösserem Ernst und Nachdruck auftreten müssten,

4) wobei insbesondere Fürst Lubomirski, als das Haupt derer, die es mit dem Hofe nicht halten, ferner auch der U.Kanzler[1]), Fürst Radziwill u. a. zu considerieren,

6) was man eigentlich von Lubomirski halte, Kf. glaube, derselbe würde beständig bleiben, wenn man ihn nur nicht verlassen würde,

7) wenn es mit dem Hofe wieder zn Extremitäten ausschlagen sollte, wie man sich dabei zu verhalten, ob man sich des Werks mit annehmen wolle und auf welche Weise und unter welchem Prätext, ob man hoc casu eine Schickung thun oder, wenn die Benachbarten um Hülfe imploriert werden sollten, ob und wie man solche schicken solle. Kf. meine, es dürften dabei keine Mühe und Unkosten gespart werden,

8) wie der Kaiser zu Schweden stände, ob er mit dieser Krone Verabredungen oder pacta wegen der polnischen Sache aufgerichtet hätte oder wünschte, dass Kf. sich deswegen bemühe, und ob er nicht für nützlich hielte, derselben einige Inclination, mit ihr eine Allianz abzuschliessen, zu zeigen, um sie dadurch desto mehr von Frankreich abzuziehen. Sollte man sich dazu geneigt zeigen, so soll er mittheilen, dass Kf. schon deswegen unter der Hand sich eine Zeit lang bemühe[2]) und Hoffnung habe, zu reüssieren,

9) welches die Absichten des Kaisers in bezug auf die Wahl seien, ob er meine, dass

1) bei Lebzeiten des Königs davon nichts ferner gehandelt werden, oder,

2) wenn die Königin doch ihr Dessein fortpoussieren wollte, man nicht sich bemühen sollte, dieses zu verhindern, und ob

3) es nicht dazu und um Polen wieder in Ruhe zu setzen am dienlichsten wäre, die Wahl vivente rege zu befördern und auch die Republik dazu zu disponieren,

4) auf welch ein Subject der Kaiser bei der Wahl zielte und

5) ob man sich nicht auf allen Fall wegen eines solchen subjecti vergleichen wolle. Sollte der Kaiser darauf einiger candidatorum Meldung thun, so hat er wohl darauf zu achten, auf wen der Kaiser hinzielt; sollten es Lothringen[3]) oder K.Baierns Bruder[4]) oder der Markgraf zu Baden[5]) oder der Herzog zu Braunschweig[6]) sein, so soll er es zwar ad referendum nehmen, aber bemerken, seiner Meinung nach mangelte es denselben an den nothwendigen requisitis, es kämen auch allein zwei Subjecta, der Herzog zu Neu-

---

[1]) Gemeint ist der frühere U.Kanzler, jetzige G.Kanzler Johann Leszynski.
[2]) S. über v. Crockows Gesandtschaft Urk. u. Akt. IX, S. 742 ff.; oben S. 167 ff.
[3]) Prinz Karl, der Neffe des regierenden Herzogs Karl IV. von Lothringen.
[4]) Herzog Maximilian Philipp von Baiern, Landgraf von Leuchtenberg.
[5]) Markgraf Hermann von Baden.
[6]) Herzog Johann Friedrich von Hannover, vgl. Urk. u. Akt. XI, S. 566.

burg und der Duc d'Enghien eigentlich in Betracht, den letzteren würde der Kaiser wohl nicht gerne zur Krone befördert sehen, inbetreff des ersteren hat er daran zu erinnern, dass der Kaiser selbst[1]) früher durch Lisola und Friquet Kf. habe ermahnen lassen, mit demselben einen Erbvergleich zu schliessen und ihm zu Erlangung der polnischen Krone gute officia zu leisten, Kf. habe jetzt mit demselben den Erbvergleich und gute Freundschaft geschlossen; sollte der Kaiser bei seiner früheren Intention verbleiben, so sei Kf. bereit, mit ihm darüber weiter vertraulich zu correspondieren, er habe sich auch schon durch de Goess[2]) dazu erboten und denselben gebeten, dem Kaiser von allem ausführliche Nachricht zu geben, aber von demselben über des Kaisers Intention niemals etwas erfahren können, als dass es demselben lieb sein würde, wenn der Erbvergleich mit dem Pfalzgrafen seinen Fortgang gewinnen möchte, Kf. glaubt, dass auch des Kaisers Interessen es erforderten, dem Pfalzgrafen vor anderen zu dieser Krone zu verhelfen, er wüsste auch, dass Schweden demselben günstig gesinnt sei.

Bei dieser ganzen Handlung hat er sich vorzusehen, dass alles möglichst im geheimen tractiert werde. Sollten der Kaiser und dessen Minister sich garnicht herauslassen wollen, so hat er zu verstehen zu geben, dass Kf. je nach Veranlassung der Conjuncturen in Polen nicht würde so still sitzen können, sollte er in solchem Falle etwas gegen des Kaisers Intention thun, so würde ihm deswegen keine Schuld beigemessen werden können. Er soll sich nicht lange in Wien aufhalten, sondern so bald wie möglich wieder zurückkehren, aber, wenn er es für dienlich hält, Hackeberg[3]) dort zurücklasssen und bei dieser Handlung gebrauchen. Neumann[4]) soll er von der polnischen Sache nichts mittheilen, sondern ihm gegenüber und sonst insgemein vorgeben, dass er nur zur Beglückwünschung wegen der Heirath abgeschickt sei. Dagegen soll er mit dem Pfalzneuburgischen Residenten[5]) insgeheim vertraulich communicieren, aber sich vorsehen, dass es nicht esclatiere, und dass es nicht das Ansehen gewinne, als wenn Kf. mit dem Pfalzgrafen dieser Sache halber etwas abgeredet habe. Des Kf. Hauptabsicht bei dieser Schickung ist, gründliche eigentliche Nachricht zu erhalten, wohin der Kaiser wegen der polnischen Händel ziele und was er wegen des Pfalzgrafen für Intention habe, v. Bl. soll sich bemühen, hierüber nicht allein völlige Information, sondern auch schriftlichen Bescheid zu erlangen, er selbst aber soll nichts Schriftliches übergeben.

In Breslau soll er, um Verdacht zu vermeiden, mit Lubomirski selbst nicht zusammenkommen, demselben aber durch Hackeberg von dem Zweck seiner Sendung und auf der Rückreise von dem Ergebnis derselben Mittheilung machen lassen.

---

[1]) S. Urk. u. Akt. XI, S. 490. XIV, 1. S. 137 ff.

[2]) S. Urk. u. Akt. XI, S. 746 ff.; XIV, 1. S. 274 f. 279. 283 f.

[3]) S. oben S. 297 ff.

[4]) Andreas Neumann, Resident des Kf. in Wien.

[5]) Horst.

Den Herzog von Lauenburg[1]) und dessen Mutter soll er besuchen und ihm mittheilen, dass Kf. wünsche, in der Angelegenheit, in welcher er neulich durch den Obristen Mollen sich an ihn gewendet, sich mit ihm persönlich zu besprechen, Kf. würde inzwischen überlegen, wie die Sache zu ihrem beiderseitigen Vergnügen einzurichten. Er soll sich auch erkundigen, ob Sachsen schon auf die Niedersächsischen Lande einige Hoffnung haben oder gar schon damit belehnt sein sollte; auch soll er Neumann bei Beförderung und Auswirkung der Confirmation des Jülichschen Erbvergleichs assistieren.

C. C. v. Blumenthal an den Kurfürsten. D. Breslau 12./2. Januar 1667.

[Mittheilungen Lubomirski's.]

12. Jan. Er ist gestern hier angelangt, hat sogleich Hackeberg zu Lubomirski geschickt, welcher eigentlich sehr gewünscht, mit ihm selbst zusammenzukommen, als er dieses aber abgelehnt, ihm durch jenen hat ausführliche Mittheilung von dem Einfall der Tataren[2]) in Polen machen und ihn auffordern lassen, diesen extremen Zustand der Dinge in Polen zu benutzen, um den Kaiser, der sich bisher beharrlich geweigert, sich für Pfalz-Neuburg categorice zu erklären, dazu zu bringen, eine absolute Antwort zu ertheilen und mit Schweden, Kf. und Pfalz-Neuburg deswegen in eine Ligue zu treten. Gleich nach dem Einfall der Tataren sei am polnischen Hofe ein consilium secretum pro moderno more gehalten und in demselben beschlossen worden, Condé herbeizurufen und den König von Frankreich zu bitten, der Protection Polens sich zu unterziehen. Um diesem allen zuvorzukommen, hafte es an einer wirklichen Zusammensetzung und dass die Masque nunmehr abgethan würde, dieses könnte füglich auf dem nächsten auf den 7. März berufenen Reichstag geschehen, welchen der Hof absichtlich so kurz darum angesetzt, damit die von der guten Partei sich nicht untereinander vernehmen könnten. Daneben wäre ein Generalaufgebot des Adels erlassen worden, man würde alsdann die Tataren an der Hand haben und bei den nuntiis jacta semel hac alea nihil inausum unterlassen, sollten auch derselben viele weggeführt oder massacriert werden. Der Hof scheine auch lieber einen Theil des Reichs, namentlich in der Ukraine, den Tataren und vielleicht bald anderen barbarischen Völkern übergeben und so nach seinem Intent in kleineren Limiten regieren zu wollen, als von demselben abzusetzen. Diesem allen gegenüber wäre nöthig, dass sich der Kaiser, Schweden und Kf. zu gemeinsamen Schritten vereinigten, durch Gesandtschaften den König abmahnten, die innerliche Unruhe in Polen zu vermehren, zugleich die nöthige Verfassung vornähmen und die nöthigen Geldmittel

---

[1]) Julius Franz, der letzte Herzog von Sachsen-Lauenburg, welcher seinem 31. Juli 1666 gestorbenen Bruder Franz Erdmann gefolgt war.

[2]) S. oben S. 315.

(400,000 Rthlr.) für die Häupter der guten Partei bereit hielten; Kf. möge am kaiserlichen Hofe und auch beim Pfalzgrafen dahin wirken, es würde auch nicht daran fehlen, dass dieselben a corpore quodam statuum ad minimum, qui pro legibus et privilegiis patriae stritten, berufen würden, ausser ihm würden es der G. Kanzler[1]), Reichsstallmeister[2]), Fürst Wisniowitzky[3]), die Castellane von Cracau[4]) und Posen[5]), der Sohn des G. Feldherrn Potocki, in Littauen die Radzivill, Saphia und andere vornehme Herren sein. Wenn es zu Extremitäten komme, so sei vor allem nöthig, sich Cracaus zu versichern, das sollte man ihm überlassen, dazu brauchte er aber 1000 Dragoner und 1000 Reiter. Näheres wollte er dem Kf. selbst mittheilen, zu dem er sich, sobald er Nachricht davon, wie es sich in Wien anschickte, erhalten, per posta begeben wolle. Er erklärte ferner, der Kaiser sowohl als Kf. müssten mit Moscau in guter Freundschaft zu bleiben suchen, zunächst sei eine Abschickung beider dorthin nöthig, damit der Moscowiter keinen Frieden mit dem polnischen Hofe mache und so dieser nicht die Armee aus Littauen nach sich ziehen könne.

L. meinte ferner, es würde etwas gegen den Herzog von Curland gemünzt, und rieth dem Kf., dort zu warnen, dass man auf seiner Hut stände. Er rühmte den Eifer des Fürsten Radzivill für das gemeine Beste und meinte, derselbe könnte jetzt dem Kf. mehr Dienste in Littauen als in Preussen leisten, der Hof habe denselben durch Ernennung Pacs[6]) zum littauischen Feldherrn und eines ganz Unbekannten[7]) zum Unterfeldherrn disgustiert.

PS. Nach L.'s Bericht bringt[8]) der Kaiser die polnischen Sachen nunmehr in consilio vor, doch werden nur Fürst Lobkowitz, F. Gonzaga, F. Auersberg, Graf Schwarzenberg, Gr. Lamberg und Gr. Sinzendorff zugezogen, vielmals aber fielen darunter Sachen vor, davon niemand als Lobkowitz und der Secretär Walderode Wissenschaft trügen, er rieth auch, sich deswegen nur an Lobkowitz zu halten, sonst würde dieser, der sehr jaloux auf seine Autorität wäre, alles hindern.

---

[1]) Johann Leszynski.
[2]) Alexander Lubomirski, Bruder des G. Marschalls.
[3]) Demetrius Wisniowiecki, Woiwode von Belz.
[4]) Stanislaus Warszycki.
[5]) Christoph Grzymultowski.
[6]) Michael Pac.
[7]) Hilarius Polubinski, Littauischer Feldschreiber.
[8]) Ueber die damaligen Verhältnisse am Wiener Hofe s. Esaias Pufendorfs Bericht über Kaiser Leopold, seinen Hof und die österreichische Politik 1671—1674 herausg. v. Helbig (Leipzig 1862) S. 58 ff.; Wolf, Fürst Wenzel Lobkowitz (Wien 1869) S. 67 ff.; Scheichl, Leopold I. und die österreichische Politik während des Devolutionskrieges (Leipzig 1888) S. 14 ff.

Der Kurfürst an v. Blumenthal. D. Cöln 7./17. Januar 1667.

[auf die Relation vom 2./12. Januar. Befehl offener vorzugehen, Billigung der Vorschläge Lubomirski's.]

17. Jan. Da inzwischen v. Hoverbeck[1]) der Königin in Polen ziemlich weite Ouverture von dem bewussten Dessein gethan und wahrscheinlich einiges davon esclatieren wird, so soll Bl., wenn er dieses merken wird, auch etwas offenherziger vorgehen, damit man ohne Weitläufigkeit zur Sache schreite und Kf. möglichst bald erfahre, was man dort für consilia führe. Sollte man dort in der bisher contestierten Indifferenz ferner continuieren, so hat er feierlichst zu bedingen, dass dem Kf. künftig keine Vorwürfe seines Verhaltens in dieser Sache wegen gemacht werden dürften, Kf. würde dann wohl, um nicht allen Hass auf sich zu laden, sich mit Frankreich zusammensetzen und dessen Dessein befördern müssen.

Was Lubomirski wegen der Schickung an die polnischen Stände und nach Moscau vorgeschlagen, damit ist Kf. einverstanden, Bl. soll vernehmen, wie man dort dazu incliniere und ob man dem kaiserlichen Minister in Warschau wegen der polnischen Sache Ordre ertheilt habe. Kf. billigt auch L.'s Vorschlag wegen Cracau und will auch Pfalz-Neuburg die Fortsetzung der Schickungen nach Wien, Stockholm und Paris und Unterhaltung der guten Correspondenz mit L. anempfehlen, Bl. soll auch den Kaiser zu bewegen suchen, L. mit Geld zu unterstützen, und sich bemühen, zwischen dem Kaiser und Schweden gutes Vertrauen zu stiften.

---

v. Blumenthal an den Kurfürsten. D. Wien 23./13. Januar 1667.

[Audienzen beim Kaiser und der Kaiserin. Beabsichtigte Reise des Kaisers nach Prag.]

23. Jan. Er hat am 21./11. bei dem Kaiser Audienz gehabt und demselben den Glückwunsch des Kf. zur Vermählung abgestattet; gestern hatte er auch bei der Kaiserin Audienz, sie stand in spanischer Kleidung, an eine Tafel angelehnt, sie ist blond von Haaren, klein von Statur, aber anmuthigen Gesichtes. Auch sie schien sein Compliment wohl aufzunehmen, sprach aber so leise, dass er kein Wort hat verstehen können. Dienstag hofft er abermalige Audienz zu erhalten und das ihm Aufgetragene zu negotiieren. Der Kaiser beabsichtigt im Vorjahr eine Reise nach Prag zu thun und Kf. dorthin zu invitieren.

---

[1]) S. oben S. 316 ff.

Der Kurfürst an v. Blumenthal. D. Cöln 14./24. Januar 1667.

[Veränderte Haltung Schwedens und K. Sachsens. Empfehlung einer Allianz mit den braunschweigischen Fürsten.]

Infolge der Nachrichten aus Schweden[1]) weist er ihn an, nicht zu weit zu gehen, sondern nur zu erforschen, wohin man am kaiserlichen Hofe ziele, und sich zu bemühen, dass zwischen dem Kaiser und Schweden eine nähere Correspondenz, womöglich eine Allianz gestiftet werde. 24. Jan.

PS. Er soll einem der vertrautesten ministri des Kaisers vortragen, dass die consilia am k. sächsischen Hofe[2]) sich sehr zu ändern anfingen, und viele fremde und weitaussehende Dinge darüber spargiert würden. Er soll fragen, ob von dort nicht mehr mit dem Kaiser correspondiert würde und ob man nicht Mittel hätte, K. Sachsen wieder auf den rechten Weg zu bringen. Falls man daran zweifelte, so würde der Kaiser wohlthun, das Haus Braunschweig an sich zu ziehen, wozu jetzt das rechte Tempo wäre, Kf. würde bereit sein, solches nach Möglichkeit zu secondieren, damit zwischen ihnen allerseits eine Defensivallianz aufgerichtet würde.

---

v. Blumenthal an den Kurfürsten. D. Wien 16./26. Januar 1667.

[Neue Audienz beim Kaiser, Gespräch mit Gonzaga. Absichten des Kaisers in der polnischen Sache.]

Er hat[3]) am 15./25. abermals Audienz beim Kaiser gehabt, in seiner Proposition die gefährliche Lage in Polen geschildert, darauf hingewiesen, dass es jetzt die höchste Zeit sei, die Beförderung eines französischen Fürsten zur polnischen Krone zu verhindern, und den Kaiser gebeten, seine Meinung darüber kund zu thun, ferner das Schreiben des Kf. wegen der tatarischen Irruption übergeben und dabei erwähnt, dem Kf. wäre die Nachricht zugegangen, dass dieser Einfall vom Hofe und der Königin selbst veranlasst sei, um so sich um französische Hülfe bewerben und vermittelst derselben ein französisches Subjectum zur Krone befördern zu können, endlich hat er Confirmation des mit Pfalz-Neuburg abgeschlossenen Erbvergleiches gefordert. Der Kaiser erwiderte nur mit allgemeinen Redensarten. 26. Jan.

---

[1]) S. oben S. 189 ff. und das Rescript an v. Hoverbeck vom 14./24. Januar 1667 S. 320.

[2]) Ueber die damalige Haltung Kurfürst Johann Georgs II. s. Helbig, Die diplomatischen Beziehungen Johann Georgs II. von Sachsen zu Frankreich (Archiv f. d. Sächsische Geschichte I) S. 294 ff.; Auerbach, La diplomatie française et la cour de Saxe (Paris 1888) S. 200 ff. Vgl. auch Urk. u. Akt. XIV, 1. S. 288, 293 f., 296.

[3]) Vgl. Urk. u. Akt. XIV, 1. S. 286.

Darauf hat er dem Fürsten Gonzaga, den er zuerst getroffen, Mittheilung von seiner Proposition gemacht, derselbe bemerkte, die Königin von Polen hätte sich bemüht, den Kaiser zu überreden, dass nicht die Tataren sondern die Türken den letzten Einfall gemacht, und des Kaisers Hülfe dagegen angerufen, hier aber wüsste man das Gegentheil, und dass die Königin durch Jemand der Ihrigen in Frankreich anhalten lasse, man möchte den König von Polen zur Abdankung zu gunsten des Herzogs von Enguien bewegen, der König von Frankreich hätte sich aber dazu nicht verstehen wollen.

So viel ich sonst penetrire, bestehet der Kayser[1]), wie schon letzt gemeldet, auf dieser Maxime, es sei bei des Königs Leben von keiner Wahl zu reden, viel weniger mit den Schweden desshalb etwas zu überlegen, als von welchen man vermeinet, dass bei Anwesenheit des Graf Königsmarck[2]) zu Paris mit Frankreich etwas beständiges der polnischen Affairen halber geschlossen sei. Und glaube ich nicht, dass man noch zur Zeit intentionirt sei, mit Ernst und Nachdruck sich der Sache eher anzunehmen, bis man siehet, dass Frankreich armata manu den Polen einen König obtrudiren wolle, alsdann will man Gut und Blut daran wagen, solches zu hindern. —

---

v. Blumenthal an den Kurfürsten. D. Wien 30./20. Januar 1667.

[Conferenz mit den kaiserlichen Ministern. Anträge Grémonville's an Lubomirski. Candidatur Lothringens. K. Sachsens Allianz mit Schweden.]

30. Jan. Vorgestern hat er erst Gelegenheit gehabt, Lobkowitz, Lamberg und Zinzendorff von der bewussten Sache Apertur zu thun. Letzterer[3]) ist von grossem Einfluss beim Kaiser und zeigt sich gegen Kf. sehr freundlich gesinnt. Derselbe hat ihm im Vertrauen gesagt, der Kaiser conformiere sich zwar des Kf. Intention, die Minister aber würden Bl. mit dilatorischen Antworten aufhalten, auch soviel Difficultäten zu Hintertreibung einer gewierigen Resolution einstreuen, dass der Kaiser nicht wissen würde, wo ihm der Kopf stehe. Lobkowitz wäre zu sehr mit Geschäften überhäuft, Auersperg sehr furchtsam, da seine Rede immer zu Bolzen gedreht und bisweilen sehr seiner Intention entgegen interpretiert werde, Schwarzenberg setze seine Meinung so auf Schrauben, dass sie hin und her gedreht werden könne, Lamberg sei ein guter, frommer, einfältiger Mann; der, welcher es mit Kf. hielte und dessen Meinung secundieren würde, wäre Fürst Gonzaga, und darin hat Sinzen-

---

[1]) S. Urk. u. Akt. XIV, 1. S. 278.

[2]) S. Mém. de Pomponne II, S. 89. 215.

[3]) Ueber den Hofkammerpräsidenten Grafen Georg Ludwig Sinzendorf s. Wolf S. 76f.; Scheichl S. 18.

dorf recht, überhaupt findet Bl. letzteren nicht nur ehrlich, aufrichtig und gegen Kf. wohl intentioniert, sondern auch sehr capabel.

Gestern liess ihn Lobkowitz Nachmittags zur Conferenz in sein Haus bitten, wo er ausser demselben auch Gonzaga, Lamberg und Walderode als Protokollführer antraf. Nachdem er auf Lobkowitzs Begehr seinen Vortrag wiederholt, sagte derselbe, es wäre bedenklich, sich in dem polnischen Werk zu präcipitieren, bisher sei beständig die Meinung dahin gegangen, dass vivente rege von keiner Wahl geredet werden solle, wenn man davon abginge, werde man auch grossen Hass auf sich laden, der Reichstag in Polen sei vor der Thür, man würde alsdann ja sehen, wo die Sache hinausliefe und wie ihnen zu helfen stünde, dazu wäre es Herkommen, dergleichen wichtige Sachen mit Kurfürsten des Reichs und anderen Ständen vorher zu überlegen. Ob der Kaiser armis vel consilio der Königin desperata consilia hintertreiben solle, stände dahin, ersteres würde schwer fallen. Gonzaga meinte, das beste Mittel sei, den künftigen Reichstag zu dissolvieren, Lamberg, man müsste sich mit Kf. und Schweden setzen. Bl. erwiderte, er könne nicht einsehen, warum man die Hände im Schoosse halten und die Königin nach Gefallen wolle agieren lassen, die Auflösung des bevorstehenden Reichstages könnte nicht schädlich sein, allein bis dahin still zu sitzen, dürfte nicht rathsam sein, weil jetzt jeder Tag und Stunde viel auf sich habe. Alles mit den Reichsfürsten zu überlegen, würde viel Zeit erfordern, die Kurfürsten, welche am Rhein, Mayn, Mosel und Neckar sässen, würde die polnische Gefahr langsam betreffen, aber zwischen dem Kaiser, Kf. und anderen Interessierten sei jetzt zu überlegen, wie man die Lande schützen solle. Schwedens würde man sich bei Zeiten versichern müssen, um später keine Traversen von dort zu erwarten zu haben, er theilte mit, dass Kf. sich schon unter der Hand bemühte, dasselbe zu gewinnen, und damit auch zu reussieren hoffte.

Hierauf hat man vom Subjecto, das zur polnischen Krone befördert werden könnte, geredet und brachen jene, als er sich zuerst zurückhaltend verhielt, heraus, man sollte nicht hinter dem Berge halten, Hoverbeck[1]) hätte in Polen dem Könige, der Königin und dem kaiserlichen Residenten gesagt, Kf. hätte Pfalz-Neuburg zur Krone zu verhelfen versprochen, der Kaiser hätte daher nicht nöthig, sich darüber zu erklären, denn wenn er schon einen anderen in Vorschlag brächte, so hätte doch derselbe von Kf. wenig zu hoffen, der sein Wort so für Pfalz-Neuburg verpfändet hätte. Er hat darauf bemerkt, wenn Kf. auf Pfalz-Neuburg reflectierte, so sei dies auf des Kaisers Veranlassung durch Lisola's und Friquets Mahnungen geschehen, Kf. wünschte zu wissen, ob der Kaiser noch bei denselben Gedanken verharrte. Die Commissare versprachen schliesslich, über diesen Punkt des Kaisers eigentliche Meinung zu entdecken.

PS. 1. Nach Mittheilung des Secretärs Lubomirski's, Pistritzky, hat vor einigen Tagen der französische Gesandte Gremonville einen seiner Secretäre zu demselben geschickt und L. die grössten Anerbietungen machen lassen, wenn

[1]) S. oben S. 316 ff.

derselbe mit Frankreich einen Tractat abschliessen wolle, wozu dann Gremonville selbst nach Breslau kommen sollte, derselbe würde ihm, da ja gegen Condé und Enghien sich so grosse Aversion zeige und auch Neuburg nicht suffisant sei, ein anderes Subjectum vorschlagen, welches allen Interessenten und Benachbarten nicht unangenehm sein würde. Sollte aber L. sich garnicht seinem Könige fügen wollen, so möge er wissen, dass der König von Polen Macht hätte, ihm das Leben nehmen zu lassen, er sässe nicht immer in Breslau.

Bl. ist überzeugt, dass man nicht nur in Frankreich sondern auch hier ein ander Subjectum im Kopfe habe, und zwar Lothringen, wodurch der Kaiser eine Schwester accommodieren und sich einen perpetuum aemulum und Beistand gegen Frankreich machen, aber auch Frankreich beabsichtigen mag, sich in dem Besitz von Lothringen zu befestigen.

Mit Schweden ist hier während Balbitzky's Anwesenheit wegen Polens nichts vorgegangen, man scheint hier auch keine grosse Lust zu Schweden zu haben, sondern man meint, das Werk ohne Schweden mit Kf. allein zu heben, er wird ihnen aber darüber andere impressiones zu geben sich bemühen.

PS. 2. Von glaubwürdiger Seite erfährt er, dass K. Sachsen in der letzt gemachten Alliance[1]) mit Schweden dieser Krone die ganze Direction in militaribus und das jus armorum in seinen Landen völlig aufgetragen hat.

---

v. Blumenthal an den Kurfürsten. D. Wien 24. Jan./3. Febr. 1667.

[Resolution des Kaisers. Rathschläge Sinzendorfs. Abschiedsaudienz.]

3. Febr. In einer neuen Conferenz mit den kaiserlichen Kommissaren ist ihm eine Resolution des Kaisers vorgelesen worden, welche er aber weder copieren noch selbst hat lesen dürfen. Der Hauptinhalt derselben war[2]), betreffend das polnische Wahlnegotium sei der Kaiser immer der Meinung gewesen, bei der er auch jetzt bleibe, dass bei Lebzeiten des Königs von der Wahl und ebensowenig von einem candidato zu reden sei, weil solches nur eine Veranlassung zur Wahl gebe, sollte auch von einem anderen desshalb etwas attentiert werden, so sei der Kaiser fest entschlossen, dagegen alle von Gott verliehenen Kräfte und Vermögen anzuwenden, um dasselbe zu hindern. Es würde ihm lieb sein, wenn Schweden und Kf. auch dergleichen thun wollten, er wäre auch froh, dass Kf. diese Krone unter der Hand in das polnische Werk zu ziehen suche, auch er wolle ehestens jemand nach Stockholm zu Befestigung guten Vertrauens und Erhaltung nöthiger Correspondenz schicken.

Die Antwort des Kaisers auf die Anzeige des Königs von Polen von der tatarischen Irruption ist ihm mitgetheilt und ihm erklärt worden, man wollte sich auch künftig durch de Goes mit Kf. einer gewissen Art, dem Uebel vor-

---

[1]) Allianz vom 6. Juli 1666 (Dumont VI, 3. S. 112f.) vgl. Auerbach S. 210f.

[2]) Vgl. Pufendorf X, § 58 (S. 697). Urk. u. Akt. XIV, 1. S. 286.

zukommen, vergleichen, auch dem Kf. von dem Anbringen des erwarteten polnischen Gesandten Part geben, der Kaiser hätte auch seinem Gesandten in Constantinopel befohlen, dort die Nothdurft zu beobachten.

Am folgenden Morgen rieth ihm Graf Sinzendorff, mit dem Beichtvater des Kaisers[1]) wegen der polnischen Affairen zu reden, da man befürchte, dass durch Zusammensetzung von Schweden, Sachsen und Kf. die catholische Religion Gefahr leiden könnte, und daher die Jesuiten den Kaiser dahin brächten, in dieser Sache so langsam zu gehen, doch hat er dieses abgelehnt. Sinzendorff fügte hinzu, man habe ihm wollen le ver du nez ziehen in Benennung eines candidati, Pfalz-Neuburg und das Haus Pfalz wären Austriacis zu verdächtig, ausserdem wären die kaiserlichen ministri einander sehr conträr und beständen mehr auf Behauptung ihrer alten Opinionen, als dass sie dem nachgehen wollten, was des Kaisers Interesse wollte.

Auf Sinzendorffs Rath hat er dem Kaiser bei der Abschiedsaudienz nochmals umständlich von allem berichtet, der Kaiser sagte darauf, er wollte nicht hoffen, dass bei dem polnischen Wesen etwas würde verabsäumt werden, da ja der künftige Reichstag leicht wieder könnte dissolviert werden, wegen des Tatarischen Einfalles und der Moskowitischen Schickung wollte er des Kf. Gedanken ferner vernehmen lassen. Auch die kaiserlichen ministri halten es für ganz unnöthig, dass Bl. jemand hier lasse, es könnte alles mit de Goes abgehandelt werden.

PS.[2]) Wenn Schweden darüber Ombrage empfindet, dass Pfalz-Neuburg sich mit dem Kaiser wegen der polnischen Sache gesetzt und dabei Frankreich und Schweden negligiert habe, so ist garkein Anlass dazu, ein solcher Vergleich ist nicht getroffen, vielmehr möchte das Haus Oesterreich, wenn es nur könnte, den Pfalzgrafen efficaciter und mit allen Kräften von der polnischen Krone abhalten, da ihm des Hauses Pfalz Grandeur und der mit Kf. getroffene Vergleich grosses Nachdenken giebt.

Wegen K. Sachsens und des Hauses Braunschweig wird er, obgleich er schon fast von allen kaiserlichen ministris Abschied genommen, doch noch versuchen Eröffnung zu thun, man beschwert sich hier aber über das letztere, dass es sich gegen den vom Kaiser dorthin geschickten Grafen Zinzendorf[3]), der gestern hieher zurückgekehrt ist, so frigide bezeugt hat.

So eben hat ihm der Sekretär Lubomirski's die betrübte Nachricht von seinem Herrn[4]) gebracht.

---

[1]) Der Jesuit P. Müller, s. Esaias Pufendorfs Bericht herausg. v. Helbig S. 76; Wolf S. 67.

[2]) Erwiderung auf das Rescript vom 14./24. Januar (oben S. 579).

[3]) Graf Rudolf von Sinzendorf, Vetter des Hofkammerpräsidenten, s. über dessen Mission Köcher, Gesch. von Hannover und Braunschweig I, S. 495. 509.

[4]) Lubomirski war von einem Schlaganfall betroffen worden, an dem er am 31. Januar 1667 zu Breslau starb, s. oben S. 322.

v. Blumenthal an den Kurfürsten. D. Wien 25. Jan./4. Febr. 1667.

[Mittheilungen Sinzendorfs und Martinizs.]

4. Febr. Er hat heute mit Zinzendorff von der bewussten Sache geredet, derselbe versprach, noch heute dem Kaiser nähere Mittheilung davon zu machen; er meinte, sein Vetter sei dem Werk nicht gewachsen gewesen, habe ihm einen blauen Dunst für die Augen machen lassen, der Zellische Gesandte habe zwar zu Regensburg gegen Dr. Hocher einige Inclination zur Allianz gezeigt, dabei aber die conditiones zu wissen begehrt, der Kaiser aber habe bis dato damit nicht herausgewollt.

Auf Lubomirski reflectiert man hier nicht mehr und glaubt, dass seine Krankheit die Adhärenten in Polen so kleinlaut und verzagt gemacht, dass keiner mehr den Mund aufthun dürfe. Zu Schweden versieht man sich hier wenig gutes, Graf Martiniz[1]) sagte, die harten Drohworte Balbizky's und Wrangels (dass der Kaiser sich Bremens angenommen, sollte den Böhmerwald zittern machen[2])) deuteten darauf hin, dass sie ehestes mit dem Hause Oesterreich brechen, die Sache in Polen auch wenig appuyieren, sondern vielmehr in allem Bösen connivieren und in währenden Troublen einen Theil von selbiger Krone an sich zu bringen bemüht sein würden. Martiniz bedauerte K. Sachsens schädliche consilia und dass ihm Schweden in kurzem das Messer an die Gurgel setzen werde, indem er diesem eine importante Festung einzuräumen und dadurch den Pass in Böhmen, Schlesien und des Kf. Lande zu eröffnen gedächte, zu welchem allen er vom H. Administrator[3]) verleitet wäre.

PS. Zinzendorff hat ihm des Kaisers Erklärung zugeschickt, des Inhalts, derselbe wünsche in der K. Sächsischen Sache ein solch efficax remedium zu finden, als ein solch weit aussehendes Wesen apprehendierte, die Braunschweigische Allianz wünsche er sehr, hoffe, dass mit des Kf. Zuthun solch Werk werde gehoben werden, wolle darüber de Goes Ordre ertheilen[4]).

---

[1]) Der böhmische Burggraf Graf Bernhard Ignaz von Martiniz.

[2]) S. Carlson, Gesch. Schwedens IV, S. 459. Köcher I, S. 502.

[3]) Herzog August von Sachsen, Administrator von Magdeburg, vgl. Auerbach S. 207 ff.; Urk. u. Akt. XIV, 1. S. 293 f.

[4]) S. Urk. u. Akt. XIV, 1. S. 289. Wenige Tage darauf ist v. Bl. von Wien abgereist, am 6./16. Februar berichtet er von Schlackewert aus, dass er dort bei dem Herzoge von Lauenburg den Auftrag des Kf. (s. oben S. 576) ausgerichtet und dass dieser erklärt habe, in kurzem selbst nach Berlin kommen zu wollen. Wie er hier vernommen, habe K. Sachsen zu dem Ende Burkersrode nach Wien geschickt (s. Auerbach S. 243 ff.), um dem Kaiser den Abschluss der Allianz mit Schweden (s. oben S. 582) zu notificieren und zu sincerieren, dass darin nichts enthalten, was dem Kaiser unlieb oder ihm und dem Reiche zum Nachtheil sein könnte, „allein hier mag es auch wohl heissen, excusatio non petita est accusatio manifesta".

c. Zweite Gesandtschaft v. Blumenthals nach Wien. November 1667—April 1668.

Instruktion[1]), wornach sich — unser — Christoff Caspar Freiherr von Blumenthal — in seiner Verschickung an den kayserlichen Hof zu achten. D. Cöln an der Spree 30. October/[9. November] 1667.

(Conc. O. v. Schwerin.)

[Gratulation. Aufträge in der polnischen und burgundischen Sache. Verhalten gegen v. Hammerstein.]

Er soll dem Kaiser unter Bezugnahme auf das betreffende Schreiben des Kf. zur Geburt des Prinzen[2]) gratulieren, ebenso der regierenden und verwittweten Kaiserin. 9. Nov.

2) Soll er sich auch bei den kaiserlichen Ministern, an welche ihm Schreiben mitgegeben[3]), namentlich Fürst Lobkowitz, Gonzaga, Auersberg, Graf Montecucoli und Zinzendorff angeben.

3) Um die Avantagen, welche Frankreich in Polen erlangt, zu redressieren, soll er bei dem Kaiser und dessen Ministern inständigst anhalten, dass der Kaiser 1) das Bündnis, welches Kf. mit Schweden aufgerichtet[4]), mit antrete, 2) dem Herzoge von Neuburg verspreche, alle mögliche officia für dessen Wahl anzuwenden und niemand anders als ihn zu recommendieren, 3) diese seine Intention einigen Wohlintentionierten in Polen bekannt mache und seinem Gesandten in Warschau[5]) befehle, auf solchen Fuss seine Negotiation zu richten. Sollte man hierunter Difficultäten machen, so hat er bei den Conferenzeu, doch mit gutem Glimpf, anzuzeigen, der Kaiser würde sich und seinem Hause dadurch am meisten schaden, da so entweder der König von Frankreich mit seinem Dessein durchdringen oder der Herzog von Neuburg werde gezwungen werden, sich an Frankreich zu hängen und durch dessen Assistenz allein die Krone zu erlangen, auch Kf. selbst würde, wenn der Kaiser bei seiner Indifferenz verharren sollte, genöthigt werden, andere Resolution zu ergreifen, um sein Interesse in Polen nicht zu verscherzen. Sollte ihm vorgehalten werden, dass man durch dergleichen Declaration der Sache nur schaden würde, wie die franzö-

---

[1]) Vgl. Pufendorf X, § 46. 59 (S. 683. 697), Droysen III, 3. S. 144. Die Creditive v. Bl.'s sind vom $\frac{26. \text{ October}}{[5. \text{ November}]}$ 1667 datiert.

[2]) Er erhält solche für Lobkowitz, Gonzaga, Montecuccoli, de Souches und Sinzendorff.

[3]) Der am 28. September 1667 geborene Erzherzog Ferdinand Wenzel.

[4]) vom $\frac{22. \text{ Juni}}{2. \text{ Juli}}$ 1667 s. oben S. 196.

[5]) Graf Christoph Leopold Schaffgotsch.

sische Partei selbst damit übel angelaufen sei, so hat er auf den Unterschied in dem modo agendi hinzuweisen, Frankreich habe mit Gewalt contra libertatem regni ingratam personam obtrudieren wollen, dieserhalb aber suche man personam gratam bonis modis zu recommendieren, das wichtigste jedenfalls wäre, dass die gute Partei nicht in Ungewissheit gelassen würde, ob der Kaiser Schweden und Kf. idem oder diversa Subjecta recommendieren würden. Kf. würde in Beförderung eines anderen Subjecti dem Kaiser nicht assistieren können.

4) Wegen des burgundischen Wesens soll er abwarten, ob der Kaiser und dessen Minister dasselbe vorbringen werden, falls dieses geschieht, soll er anzeigen, Kf. hätte sich dieser Sache aus Respect gegen den Kaiser aller Orten gar eifrig angenommen, die französischen ministri hätten aber alles, was er vertraulich eröffnet, wieder erfahren, so dass der König von Frankreich ihn mit gar nachdenklichen Worten habe besprechen lassen[1]), dass er allein den Kaiser wider dessen Willen zum Kriege animierte, und dabei solche particularia anzuzeigen gewusst, dass Kf. sich nicht genug darüber habe verwundern können. Ferner habe man Kf. trotz seiner vor einigen Monaten an den Markgrafen von Baden[2]) gethanenen prompten und genereusen Resolution seitdem ohne jede Nachricht sitzen lassen. Doch soll er versichern, dass Kf. nach Möglichkeit seine getreue Devotion gegen den Kaiser erweisen werde. Sollte ihm vorgeworfen werden, obiges wäre nicht die Ursache, warum Kf. nicht mehr so eifrig wäre, sondern er hätte seine Resolution wegen der ihm gemachten französischen Anerbietungen geändert, so soll er erwidern, solche seien Kf. allerdings gemacht worden[3]), derselbe hätte aber bisher nicht die geringste Reflexion darauf genommen, sondern nur die Beförderung des Friedens zum Zweck gehabt und werde sich davon auch nicht divertieren lassen.

In solchen terminis hat er zu bleiben, bis er gesehen: 1) ob man sich in der polnischen Sache nach des Kf. Wunsch erklärt, 2) ob der Kaiser selbst die Resolution ergreife, Spanien mit einer bastanten Armee zu assistieren, 3) ob über dem, was von Spanien gegeben werden möchte, auch der Kaiser selbst ihm einige Assistenz und Advantage zu Ausführung dieses Werkes ertheilen wolle. Sollte dieses alles geschehen, so soll er versichern, dass Kf. sich hinwieder so gegen den Kaiser erklären werde, dass dieser daraus seine beständige Devotion verspüren werde.

Sollte man den Rath des Kf. in dieser burgundischen Sache begehren, so soll er darauf hinweisen, dass es unter den jetzigen Umständen am dienlichsten sein würde, mit Abtretung einiger Oerter Frieden zu machen und sich darauf gegen solche schleunige Ueberfallung besser in Acht zu nehmen. Weil der lüneburgische Gesandte v. Hammerstein[4]) vielleicht auf eine andere

[1]) S. Urk. u. Akt. II, S. 453. 457f. 489.

[2]) S. unten Abschnitt 6.

[3]) S. Mignet, Négociations relatives à la succession d'Espagne II, S. 280ff., Urk. u. Akt. II, S. 468ff., oben S. 353.

[4]) Vgl. über dessen Sendung Köcher I, S. 558ff.

Manier in dieser Sache negotiieren und von ihm begehren sollte, ihn ebenso zu secundieren, so soll er demselben anzeigen, dass Kf. dieses mit Fleiss thäte, damit man am kaiserlichen Hofe desto mehr aufgemuntert werde, da er aus der Experienz wüsste, dass je williger man sich erwiese, desto weniger man erhalten könnte, überdies wären von französischer Seite solche Propositionen geschehen, welche Kf. zu Erlangung des Friedens für sehr zuträglich halte, so dass es vorläufig gerathen sein möchte, bis man dessen besseren Grund hätte, die Sache in suspenso zu lassen.

5) Soll er sich für die Augsburgischen Religionsverwandten[1]) verwenden,

6) den Reichshofrath auf schleunige Auszahlung der 2000 Ducaten vertrösten,

7) mit dem lüneburgischen Abgesandten v. Hammerstein vertraulich communicieren,

8) die Erhebung des Grafen Georg Friedrich von Waldeck in den Fürstenstand[2]) recommendieren,

9) den französischen Gesandten Gremonville der Affection des Kf. gegen seinen König und, dass er die ihm neulich gemachte Proposition in grosse Consideration zöge, versichern,

10) v. Bl. erhält die Qualität eines Extraordinari-Deputierten.

11) Mit den ministris des Kf. in Warschau, im Haag und in Frankreich soll er fleissig correspondieren[3]).

---

v. Blumenthal an den Kurfürsten. D. Wien 21. Nov./1. Dec. 1667.

[Mittheilungen v. Hammersteins. Stand der Verhandlungen desselben.]

Er ist gestern hier angekommen. Gestern besuchte ihn v. Hammerstein 1. Dec.
und berichtete zwei notable Dinge, 1) man habe vorgestern aus dem Haag die gewisse Nachricht vom Schluss des Tractats[4]) zwischen Spanien und Kf. erhalten, 2) darauf habe der Kaiser vorgestern resolviert, seine Regimenter (13

---

[1]) Ueber die bedrängte Lage derselben s. Esaias Pufendorfs Bericht herausg. v. Helbig S. 42 ff.

[2]) S. v. Rauchbar, Leben und Thaten des Fürsten Georg Friedrich von Waldeck herausg. v. Curtze I, S. 256. Die damaligen Bemühungen waren vergeblich, erst 1682 wurde der Graf vom Kaiser in den Reichsfürstenstand erhoben.

[3]) In einem Rescript vom 11./21. November theilt Kf. v. Bl. mit, er habe Nachricht von einem zwischen dem Kaiser, Spanien und Schweden abgeschlossenen Traktat und wünsche davon eigentliche Nachricht. Bl. solle sich gegen die kaiserlichen Minister so stellen, als wäre er von der Sache völlig informiert, und auf diese Weise Näheres zu erfahren suchen. Vgl. Urk. u. Akt. XIV, 1. S. 353. 355.

[4]) Gemeint ist der von Blaspeil mit Castel Rodrigo zu Brüssel 6. November 1667 abgeschlossene Vertrag, welcher nachher von Kf. nicht ratificiert wurde, s. unten Abschn. 6.

z. F. und 11 z. Pf.) um die doppelte Mannschaft zu verstärken. Ist das erste wahr, so ist an dem zweiten nicht zu zweifeln, doch meldet Blaspeil nichts davon, er bleibt daher bei seiner Instruktion. Hammerstein[1]) eilt sehr von hinnen und hat daher, ohne seine Briefe zu berücksichtigen, schon die Anerbietungen und Forderungen seiner Principalen mitgetheilt, der hiesige Hof aber hat sich bisher nur zur Aufrichtung einer Defensivallianz mit dem Hause Lüneburg bereit erklärt, wozu aber H. wenig Inclination verspüren lassen und sich defectu mandati entschuldigt hat; derselbe fürchtet, der kaiserliche Hof werde, wenn der Tractat zwischen Kf. und Spanien richtig sein sollte, sich um die Freundschaft seiner Principalen nicht mehr so eifrig wie früher bemühen.

---

v. Blumenthal an den Kurfürsten. D. Wien 8. Dec./28. Nov. 1667.

[Audienzen. Stand der burgundischen Sache. Rüstungen.]

8. Dec. Nachdem er am 4. December den Kaiser und die regierende sowie die verwittwete Kaiserin wegen der Geburt des Erzherzogs complimentiert, hat er vorgestern seine Proposition gethan und zum Bescheid erhalten, dass der Kaiser ehester Tage jemand der Seinigen committieren wolle, mit ihm deshalb zu conferieren.

Von dem burgundischen Wesen ist bisher weder von dem Kaiser noch von dessen Ministris etwas gemeldet worden, er glaubt, je höher Kf. in dieser Materie den Bogen spanne, desto mehr werde er obtinieren, zumal da mit dem Hause Lüneburg noch nichts geschlossen ist, ja Hammerstein mit seiner Negotiation nach Brüssel verwiesen werden dürfte. Fürst Auersperg soll geäussert haben, der Kaiser habe zu Kf. sich wenig gutes zu versehen, derselbe würde Frankreich, welches ihm Pommern versprochen, adhaerieren. Von der Allianz mit Spanien und Schweden will man nichts wissen, der Kaiser wird lieber sehen, dass Schweden still sitze und sich dieses theuer genug bezahlen lasse, als zugeben, dass es viel agiere.

Die Recrutierung der hiesigen Regimenter hat gleich nach seiner Ankunft begonnen, es scheint, man habe Kf. animieren und zugleich auf vigoureuse und nachdrückliche Resolution auch in andern Dingen vertrösten wollen. Zur Werbung der vier nach Mailand bestimmten Regimenter wird jetzt auch um so eifriger geschritten, da das Geld dazu vor 3 Tagen aus Spanien angekommen ist.

---

[1]) Vgl. Köcher I, S. 559.

v. Blumenthal an den Kurfürsten. D. Wien 1./11. December 1667.

[Aeusserungen Gonzaga's und Auerspergs.]

Er hat trotz seiner Bemühungen noch nicht zur Conferenz mit den kaiser- 11. Dec.
lichen ministris gelangen können. Bei dem Fürsten Gonzaga gab es dieser Tage Gelegenheit, sowohl der Allianz zwischen dem Kaiser, Spanien und Schweden, als auch des Streites zwischen Graf Schaffgotsch und v. Hoverbeck[1]) in Cracau zu gedenken. Mit dem ersten wollte jener nicht rotunde heraus, sagte nur, es werde von dergleichen viel in der Welt geredet, sollte aber das Haus Oesterreich dermaleins auf den Gedanken gerathen, mit Schweden in eine beständige Freundschaft zu treten, so geschehe es auf des Kf. Rath, doch würden die ältesten Freunde immer die liebsten bleiben. Den Präcedenzstreit entschuldigte er damit, dass man nicht gewusst, dass ein kurfürstlicher Gesandter bei dem Begräbnis in Cracau erscheinen würde, und daher auch Schaffgotsch auf diesen Fall nicht instruiert hätte.

v. Hammerstein will in wenigen Tagen nach Ungarn reisen, die Grenzfestungen zu besichtigen, derselbe berichtete aufs neue vom Abschlusse des Vertrages zwischen Blaspeil und Castel Rodrigo, doch muss er daran zweifeln.

PS. Gestern ist er endlich vom Fürsten Auersberg vorgelassen worden, derselbe empfing ihn im Bette, obwohl er ihn drei Stunden vorher frisch und gesund gesehen. Er ist der erste, der das burgundische Wesen gereget, und hat Bl. ihm nach Anleitung seiner Instruktion geantwortet. Von der bewussten Allianz will A. nichts wissen, von Lubomirski hat er gar andere Gedanken, als bis dato ihrer viel nicht gehabt, er habe sich selbst und keinen andern zum König von Polen machen wollen. Bei so gestalteten Sachen, da einer der kaiserlichen ministrorum, dessen consilia soviel gelten, solche opiniones formiert und sie vermuthlich weiter gebracht hat, wundert er sich nicht, dass der Kaiser Lubomirski nicht getraut hat.

---

v. Blumenthal an den Kurfürsten. D. Wien 4./14. December 1667.

[Gespräche mit Grémonville. Gerüchte über einen zwischen Blaspeil und Castel Rodrigo abgeschlossenen Vertrag. Aussicht zum Frieden zwischen Spanien und Portugal. Conferenz mit den kaiserlichen Ministern.]

Bei der Langsamkeit und Irresolution des Hofes hat er auf seinen Vortrag 14. Dec.
noch keinen Bescheid erlangt. Gestern hat ihm Gremonville durch seinen Secretär entbieten lassen, weil er verspürt, dass Bl. alle occasiones, ihn zu sprechen, evitierte, er aber über importante Sachen mit ihm zu sprechen hätte, so bäte er ihn, sich in einer Kirche oder Kloster oder wo es sonst geschehen

[1]) S. oben S. 351.

könnte, mit ihm zu abouchieren. Er hat darauf geantwortet, dass ihn dieses sehr befremden müsse, da er ihn noch neulich in Gegenwart des Kaisers angeredet und gebeten habe, ihm eine Stunde zur Visite zu bezeichnen. Gr. hat darauf in einem Billet und auch bald darauf, als er mit ihm in der kaiserlichen anticamera zusammengetroffen, diesen Verstoss mit einem Irrthum seines Secretärs entschuldigt, er merkt aber wohl, Gr. habe, imfall er den locum tertium zur Conferenz angenommen, ihn suspect machen wollen. Am Abend kam Gr. selbst zu ihm, berichtete, man liesse sich hier öffentlich verlauten, Kf. würde Spanien zu Dienst seine Truppen ehestens marschieren lassen, weil nun trotz aller vom Kf. dagegen geschehenen Sincerationen hiesiger Hof auf Kf. als le brave de l'Empereur poche, so verlangte er darüber eclaircissement. Nachdem er aber auf Bl.'s Frage, ob er von seinem Könige expresse Ordre hätte, dergleichen zu begehren, dies verneint, er wünsche nur in Confidenz zu vernehmen, wessen sein König sich zu Kf. zu versehen, hat er ihm auch nur, als aus Confidenz, mitgetheilt, Kf. wünsche Mittel und Wege zu finden, wie dieser Krieg gestillt werden könne, das zwischen Kf. und seinem Könige gestiftete Vertrauen würde hier sehr hoch und für so befestigt gehalten, dass solche Discurse es nicht alterieren würden, er sei beauftragt, Gr. zu sagen, dass man die neulich von seinem Könige geschehene Communication in grosse Consideration ziehe und, wenn der König derselben einen Nachdruck gebe, auch Kf. sich zu ihrer Zufriedenheit bezeigen würde. Gr. schied damit, dem Anschein nach, sehr content von ihm. Allein heute erwähnte er wieder einer Liaison zwischen Kaiser, Kf. und einigen anderen considerablen Fürsten im Reiche, welche vielmehr auf Unterdrückung derer, so nicht allemal dem Kaiser beipflichteten, als auf Errettung der Hispanischen Niederlande angesehen sei; dieser Hof und andere, deren Freundschaft sich Kf. versichert hielte, sagten, dass sie nur auf des Kf. Antrieb fast wider Willen sich vieler Sachen mit annehmen müssten, ja man habe Nachricht, dass die vom Kf. Spanien neulich angebotene Hülfe nur darum von Castel Rodrigo refüsiert worden, weil die conditiones allzu iniquae gewesen. Er hat alles so gut er konnte beantwortet, andere aber versichern ihn, Blaspeil habe 6. November den Tractat abgeschlossen, man zweifle aber an dessen Ratification, weil der punctus securitatis nicht zu des Kf. Contento eingerichtet gewesen.

Marquis de Grana hat ihn heute versichert, Spanien habe sich endlich entschlossen [1]), mit Portugal als einem König zu tractieren, und die Negotiation dem englischen Gesandten übertragen, man halte daher den Frieden für geschlossen.

PS. Heute hat er mit den kaiserlichen Commissarien, Lobkowitz, Oettingen und Walderode, Conferenz gehalten, diesen nochmals das polnische Project vorgestellt und das Versprechen, bald des Kaisers Resolution zu empfangen, erhalten.

---

[1]) Vgl. Mignet II, S. 571 f. Der Frieden zwischen Spanien und Portugal wurde am 13. Februar 1668 abgeschlossen.

v. Blumenthal an den Kurfürsten. D. Wien 12./22. December 1667.

[Neue Conferenz, Resolution des Kaisers, Blumenthals Erwiderung darauf, sein Urtheil über die Sachlage. Das angebliche Bündnis des Kaisers mit Schweden.]

In einer neuen Conferenz hat ihm vorgestern Fürst Lobkowitz die Reso- 22. Dec.
lution des Kaisers[1]) mitgetheilt, das foedus des Kf. mit Schweden hätte man gar wohl eingerichtet befunden, allein Baron de Goes[2]) habe Kf. zu einem anderen foedere, betreffend die allgemeine Sicherheit und wie etwa die Niederlande vom totalen Ruin befreit werden könnten, invitiert, weil hierauf keine Erklärung erfolgt, so bäte man zuvörderst sich hierauf zu erklären, Schweden sei gleichfalls erbötig, mit dem Kaiser ein foedus aufzurichten. Betreffend den zweiten Punkt habe man aus Polen Nachricht, dass der König gesund und zu keiner Abdication zu bewegen sei, Frankreich habe das Dessein wegen Beförderung des Prinzen von Condé zur Krone gänzlich aufgegeben, es sei also nicht rathsam, vom Herzog von Neuburg zu sprechen, weil man den König und die Republik hierdurch irritieren, der widrigen Partei aber Anlass aufs neue zu briguieren geben werde. Frankreich habe sich durch Poussierung der Wahl geschadet, das Bündnis zwischen Kf. und Schweden werde von den Polen gar übel gedeutet und könnte ohne Erweckung grosser Jalousie nicht auf den Kaiser extendiert werden. Des Herzogs von Neuburg Person sei zwar dem Kaiser der Verwandschaft, seiner Qualitäten und anderer Respecten halber nicht unangenehm, er hätte sich aber eine Zeit her so betragen, dass daraus ein schlechtes Vertrauen zu spüren gewesen, indem er des Kaisers Interesse auf dem Reichstage in vielen Sachen gehindert, ja in eine defensive Allianz mit ihm zu treten recusiert, bald darauf aber ein foedus offensivum[3]) mit den geistlichen Kurfürsten und dem Bischof von Münster aufgerichtet, man wünsche aber, dass Kf. den Herzog zu besserem Vertrauen gegen den Kaiser disponiere, damit dieser künftig Ursache habe, dessen Interesse zu befördern. Die gute Partei in Polen bei gutem Willen zu erhalten, hätte der Kaiser sich immer bemüht und werde auch ferner damit fortfahren.

Bl. hat geantwortet, von dem durch Baron de Goes vorgeschlagenen foedus sei ihm nichts bekannt, Kf. hätte sich der Rettung der Niederlande zwar eifrig angenommen, allein die französischen ministri hätten alles, was aus Vertrauen eröffnet worden, wieder erfahren, so dass der König dem Kf. reprochiert habe, er allein animiere den Kaiser gegen seinen Willen zum Kriege, ferner habe Kf. auf seine an den Markgrafen von Baden gemachte genereuse Resolution keine weitere Nachricht erhalten, so dass derselbe annehmen müsse, man sei entweder des Friedens gänzlich versichert oder getraue sich dieses Werk ohne ihn auszuführen, doch sei er, Bl., erbötig, falls noch etwas an Kf. gebracht werden sollte, solches zu referieren. Inbetreff des zweiten Punktes

[1]) abgedruckt Urk. u. Akt. XIV, 1. S. 362 ff., vgl. Pufendorf X, § 59 (S. 697 f.).
[2]) S. Urk. u. Akt. XIV, 1. S. 289. 292. 294. 317. 365.
[3]) Der Vertrag vom 28. October 1667; s. Mignet II, S. 40.

könne er natürlich nicht wissen, wie lange der König von Polen noch zu leben hätte, man hätte aber Nachricht, dass die Vorboten des Todes, Schwellung der Schenkel, übermässige Hitze gegen die Nacht, Mattigkeit und Assoupissements sich bereits spüren liessen, von Frankreich versicherte man ihn, dass es emsiger als je für Condé arbeite. Der Unterschied in dem modo agendi sei gross, Frankreich habe mit Gewalt contra libertatem Regni ingratum regem obtrudieren wollen, dieserseits suche man personam gratam bonis modis zu recommendieren. Dass das foedus des Kf. mit Schweden übel gedeutet werde, dadurch dürfte man sich in seinen guten Intentionen nicht hindern lassen. Man suche den Polen keinen Herrn zu obtrudieren, sondern halte für rathsam, weil der König dem Ansehen nach nicht lange leben oder unvermuthet abdicieren möchte, ein gefestetes consilium vor sich zu haben. Das beste Mittel sei, sich in Zeiten ratione eines Subjecti zu vergleichen, den Herzog von Neuburg vor allen andern zur Krone zu befördern und von dieser Intention der guten Partei bei Zeiten part zu geben. Kf. wüsste nicht, worin der Herzog gegen den Kaiser pecciert, er glaubte sicher, derselbe werde, falls der Kaiser ihm zur polnischen Krone verhülfe, dem Erzhause zu ewigen Tagen obligiert bleiben, im widrigen Falle würde er sich an Frankreich attachieren und durch dessen Assistenz allein die Krone zu erlangen sich bemühen.

Lobkowitz bat nochmals beim ersten Punkt um des Kf. Erklärung und contestierte beim zweiten, dass Pfalz-Neuburg dem Kaiser eben nicht unangenehm wäre, man versehe sich aber künftig eines besseren Comportements.

In Summa, Gnädigster Herr, ich merke wohl, es habe dieser Hof itzo nichts andres im Kopf als das Niederländische Wesen, und wie selbige Lande vom französischen Joch zu befreien sein. Man wird sich äusserst bemühen, Ew. Churf. D. mit ins Werk zu ziehen, je difficiler aber Sie sich hierunter erweisen, je besser wird es für dero Interesse sein und dürfte ich wohl glauben, wann Ew. Chf. D. nur sich zu nichts eher erklären, bis das Polnische Wesen pro causa sine qua non gesetzet, und dergestalt, wie es von mir proponiret, adjustiret worden, man würde lieber alles einwilligen als Ew. Chf. D. aus Händen gehen lassen. Allein nöthig wird es auch sein, dass hiesiges Hofes Verlangen nach der Pfalzgraf den Kaiser ein gutes Vertrauen tesmoignire und ihm sein Interesse nachdrücklich und confidenter recommendire. —

PS. Weil Lobkowitz berichtete, Schweden sei resolviert, mit dem Kaiser ein foedus einzugehen[1]), hat er Gelegenheit genommen zu remonstrieren, dass man bereits vom Schluss desselben Nachricht hätte und die contenta desselben erzählt, der Fürst aber betheuerte gar hoch, dass dieses alles erdichtet sei.

---

[1]) Vgl. über die durch den kaiserlichen Gesandten Basserode in Stockholm geführten Verhandlungen Carlson IV, S. 500, Mém. de Pomponne II, S. 423, Urk. u. Akt. XIV, 1. S. 346 f. und oben S. 193 ff.

Der Kurfürst an v. Blumenthal. D. Cöln an der Spree 18./[28.] December 1667.

[Befehl für Pfalz-Neuburg zu wirken. Verwerfung des Vertrages mit Castel Rodrigo.]

Da man sich am kaiserlichen Hofe etwas difficil erweist, das mit Schwe- 28. Dec.
den aufgerichtete foedus mit anzutreten, so soll Bl. dieses hinfort nicht sonderlich mehr urgieren, weil sonst der französische Gesandte leicht davon Ombrage nehmen möchte, dagegen soll er den Punkt wegen des Herzogs von Neuburg desto fleissiger vorstellen und sich bemühen, dass der Kaiser sich für denselben erkläre. Wie die Sache in Polen steht und wie gute Apparenz dazu ist[1]), wird er durch v. Hoverbeck erfahren haben. Wegen des angeblich zu Brüssel abgeschlossenen Tractats wird er vorhin schon informiert sein, wie es damit beschaffen und dass Kf. denselben keineswegs approbieren wird.

---

v. Blumenthal an den Kurfürsten. D. Wien 1. Januar 1668/22. December 1667.

[Unzufriedenheit des kaiserlichen Hofes mit Spanien, Rüstungen, Wunsch den Kf. zu gewinnen.]

Hiesiger Hof erkennt gar wohl den grossen Fehler, den Spanien darin 1. Jan.
begangen, dass es mit Kf. nicht eher geschlossen hat, und sähe gern, dass, wenn Kf. sich ja nicht eben erklären wollte, nebst dem Kaiser mit Frankreich zu brechen, er wenigstens sich in Postur stellen möge, damit man, wenn die Mediation unfruchtbar abgehen sollte, denjenigen, der mal à propros opiniatriere, zur raison bringen könne.

So viel ich sonst penetrire, merke ich wohl, der Kaiser werde bei den Recruiten es nicht bewenden lassen, sondern noch weiter armieren, und glaube ich, wenn es noch Zeit wäre, Ew. Churf. D. zu gewinnen, man würde keine Mühe und Unkosten sparen. Mit der Abschickung nach Frankreich[2]) ist man gar übel zufrieden und sagt, es haben Ew. Churf. D. sich an vielen Oertern gewaltig suspect gemacht. Ich aber hab geantwortet, dass man Ew. Churf. D. tort thue, indem bei ermelter Abschickung das Absehen auf anders nicht als Erhaltung des Friedens gerichtet sei. —

---

[1]) S. oben S. 359 f.

[2]) Ueber die Sendung v. Pöllnitz's und Meinders' nach Frankreich s. unten Abschn. 6.

Der Kurfürst an v. Blumenthal. D. Cöln an der Spree 23. December/[2. Januar] 1668.

[auf die Relation vom 12./22. December. Befehl weiter für Pfalz-Neuburg zu wirken; v. Bl. soll kaiserliche Bundesanträge zu vermeiden suchen.]

2. Jan. — Wegen des Herzogen von Neuburg habt Ihr immer fernere Instanz zu thun, und werden wir nicht unterlassen, an Ihre Ld. zu schreiben, dass Sie jemands der Ihrigen dorthin schicken. Indessen könnet Ihr Ihre Key. M. immerhin zu versichern fortfahren, dass Sie von Ihrer Ld. alle begehrende Satisfaction erhalten könne, gestalten Ihre Ld. schon voren Jahr durch dero Cantzler[1]) sich dazu offeriren lassen, wann man nur keyserlicher Seiten sich mit demselben einlassen wollen. So habt Ihr auch ferner zu versichern, dass man das Werk keineswegs dergestalt in Polen zu führen gedächte, dass gleichwie die Polen hiebevor sich über die französische Negotiation sich zu formalisiren Ursach gehabt, ihnen auch dieselbe hiedurch gegeben, besondern das Werk, falls Ihre Key. M. nur mit anstehen wollte, dergestalt negotiirt werden sollte, wie es den Satzungen des Reichs gemäss — ist. Wir erinnern uns zwar, dass der Baron de Goess[2]) sich gegenst uns vernehmen lassen, welcher gestalt Ihre Key. M. das mit Chur Sachsen projectirte foedus mit antreten, wie auch wohl erwähnet, dass Sie das mit uns hiebevor getroffene und neulich zu Cleve erneuerte foedus auch wohl auf den Burgundischen Kreis extendiren wollten, dass er uns aber einig anderes foedus angetragen haben sollte, davon ist uns, viel weniger von den Conditionen, so dazu erfordert, nichts bewusst. Nachdem auch Ihre Key. M. noch nicht erkläret, ob Sie sich des Burgundischen Wesens mit annehmen wollen, so ist auch nicht zu vermuthen, dass Sie von solcher Alliance etwas hätten proponiren lassen. Daferne etwas deswegen wiederumb vorkommen möchte, habet Ihr zwar nicht zu bezeigen, als wann wir Aversion dagegen hätten, jedoch habt ihr auch im geringsten keinen Anlass zu geben, dass man etwas diesfalls an uns gelangen lassen möchte, weiln Euch bekannt, in was terminis wir mit Frankreich tractiret. —

---

[1]) Franz v. Giese.
[2]) S. Urk. u. Akt. XIV, 1. S. 365. 367.

v. Blumenthal an den Kurfürsten. D. Warschau 19./9. Januar 1668.

[Audienz beim Kaiser, günstigere Stimmung der Minister für Pfalz-Neuburg. Stellung des Herzogs von Lothringen. Mittheilungen Chavagnacs.]

Er hat vergangenen Montag dem Kaiser Condolenz[1]) abgelegt und darauf 19. Jan.
auch der polnischen Sache und des von dem Kaiser wegen des burgundischen Wesens gewünschten Bündnisses entsprechend den ihm in dem Rescript vom 23. December ertheilten Weisungen Erwähnung gethan. Der Kaiser stellte darauf eine neue Conferenz in Aussicht.

Hiesige ministri seind überaus bekümmert[2]), dass Pfalzgraf zu Neuburg nunmehr ohne Zuthun des Kaisers, allein durch Frankreichs appuy zu der polnischen Krone gelangen dörfte. Den Herzog von Lothringen reserviret man zwar noch in petto, darf aber nicht mit ihm herfür, und kommt er beim keyserlichen Hofe in solche Consideration, dass nach dem Tod des Erzherzogen man sich wohl dürfen verlauten lassen, wenn der Keyser ohne Erben verstürbe, finde man keinen, dem hiesige Lande mehr zu gönnen stünden und der sie besser meritire, als eben besagter Herzog.

PS. Generalmajor Chavaignac[3]), des Herzogs von Lothringen Favorit, hat ihn gestern sondiert, ob denn Kf. mit Pfalz-Neuburg so tief engagiert wäre, dass man nicht von einem andern Subjecto, von dessen Beförderung er zehnmal mehr Avantage zu gewarten hätte, sprechen dürfte. Er hätte auch die Person genannt, wenn sie nicht wären unterbrochen worden. Sicher ist dieses nicht aus seinem eigenen Köcher gekommen, sondern ihm vielmehr durch einen der kaiserlichen ministrorum an die Hand gegeben worden.

---

[1]) Der neugeborene Erzherzog Ferdinand Wenzel war am 3. Januar 1668 gestorben.

[2]) Schon am 2./12. Januar 1668 hatte v. Bl. berichtet, Lobkowitz habe ihn gebeten, zu veranlassen, dass Giese nicht nach Warschau sondern sobald wie möglich nach Wien komme, und geäussert, es sei nunc aut nunquam Zeit, den Kaiser zu pressieren, dass er sich zu Gunsten des Pfalzgrafen erkläre, doch dürfe de Goess davon nichts erfahren. — 5./15. Januar meldet er: „Ferner — schreibet der Conte Galeazzo Gualdo anietzo historiam Leopoldi I. Und weil darin Ew. Chf. D. ruhmwürdigster Actionen gleichergestalt Erwähnung geschehen soll, so bittet er unterthänigst um Communication der hierzu dienlichen Nachrichten.“ Vgl. Droysen, Beiträge zur Kritik Pufendorfs (Berichte der k. sächs. Gesellsch. d. Wissensch. 1864) S. 91.

[3]) S. Hirsch, Zur Gesch. der polnischen Königswahl von 1669 S. 71.

v. Blumenthal an den Kurfürsten. D. Wien 12./22. Januar 1668.

[Uebler Zustand am kaiserlichen Hofe. Negotiation Hammersteins.]

22. Jan. — Auf eine Conferentz habe ich zwar nicht so hart dringen mögen, weil ich besorgete, man würde dadurch Anlass nehmen, des burgundischen Werks halber etwas an Ew. Churf. D. zu bringen. Inmittelst aber thue ich sowohl beim Kaiser und dessen ministris wegen Pfalzgrafen zu Neuburg nötige Erinnerung. Allein[1]), gnädigster Herr, des Kaisers Irresolution und seiner fürnehmsten ministrorum Uneinigkeit ist so gross, dass ich schier nicht mehr weiss, was ich sagen oder schreiben soll. Der Fürst von Auersberg hat izo[2]) beim Kaiser einen solchen Zutritt, dass er alle Abend etliche Stunden lang mit ihm allein redet, dahero viele Leute glauben, er werde den Fürsten von Lobkowitz ehest ausm Sattel heben, geschiehet solches, wird Ew. Churf. D. Recommendation bei währendem ministerio eines so übel gesinnten Dieners Pfalz-Neuburg vielmehr suspect machen als helfen. Des Kaisers Affairen aber kommen, wie man zu sagen pfleget, aus der Triefe in den Platzregen, dann indem derjenige minister, welcher die bourles mehr als serieuse affairen liebet[3]), abgeschaffet wird, nimbt man einen andern an, welcher tausend dubia vermag zu machen, aber keines zu resolviren. Gott bessere es und verleihe gute consilia, dann Menschenhände bemühen sich nicht weiter, dieses aufm Fall stehende Haus zu stützen, sondern man ist vielmehr bedacht, auf was Art ein jeder das Seinige, wann alles über ein Haufen gehet, salviren könne.

Hammerstein[4]) behauptet, bisher nichts geschlossen, sondern vielmehr Ordre bekommen zu haben, sich wieder nach Hause zu begeben, doch Bl. glaubt, dass er seine Principalen gern engagiert sähe und ihnen rathen wird, vielmehr ein geringes avantage zu acceptieren, als stille zu sitzen. Auf Subsidia ist des Hauses Lüneburg Absehen allein gerichtet, und Spanien wird wohl endlich solche hergeben müssen, auch Holland soll solche zu continuieren resolviert sein.

---

[1]) Vgl. Wolf S. 185 ff.

[2]) Ueber die damaligen, hauptsächlich durch Auersperg geführten Verhandlungen, welche zum Abschluss des geheimen Vertrages des Kaisers mit Ludwig XIV. vom 19. Januar 1668 führten, s. Mignet II, S. 343 ff.

[3]) Lobkowitz; vgl. Esaias Pufendorfs Bericht herausg. v. Helbig S. 67.

[4]) S. Köcher I, S. 570.

v. Blumenthal an den Kurfürsten. D. Wien 29./19. Januar 1668.

[Neue Anträge Chavagnacs.]

Cavaignac[1]) hat ihn gestern besucht und abermal mit grossen Empresse- 29. Jan.
ments gefragt, ob denn Kf. mit Pfalz-Neuburg in dem polnischen Werk so tief engagiert wäre, dass er nicht mit Hintenansetzung desselben für Lothringen, von dem er zehnmal mehr avantage zu erwarten hätte, sprechen dürfte. Der Herzog werde die polnische Krone durch Kf. allein zu erlangen suchen, auch dieselbe zu erlangen keine Mühe noch Kosten sparen, sein Oheim hätte ihm die nöthigen Geldmittel zugesagt; sollte Kf. nicht darauf eingehen, so würde er doch mit Hülfe seiner Freunde seine Intention quovis modo zu erreichen suchen; der Herzog würde ihn selbst ersuchen, dieses dem Kf. zu hinterbringen. Um dieses zu verhüten und demselben alle Hoffnung zu benehmen, hat er erwidert, dass Kf. nur für Pfalz-Neuburg sprechen und vermuthlich auf sein Anbringen garnicht antworten würde, er bittet aber Kf. doch, ihn zu instruieren, was er dem Herzoge, wenn dieser ihn anreden sollte, antworten soll. Der Kaiser wird von der Kaiserin heftig geplagt, dem Herzog zur Krone zu verhelfen und ihn durch eine Heirath mit der ältesten Prinzessin vollkommen in sein Interesse zu ziehen. Will Kf., dass man des Herzogs Vorschläge höre und durch dieses Mittel des kaiserlichen Hofes Intention penetriere, so wird dieses leicht zu erreichen sein und Kf. auch anderen Nutzen daraus ziehen können[2]).

Der Kurfürst an v. Blumenthal. D. Cöln an der Spree 24. Januar/[3. Februar] 1668.

[Befehl zu weiterer Beförderung der Sache Pfalz-Neuburgs.]

Nachdem Kf. aus seinen bisherigen Relationen ersehen, dass er in der 3. Febr.
Sache des Herzogs von Neuburg bis jetzt nichts ausgerichtet, befiehlt er ihm, dieses Werk bei dem Kaiser und dessen ministris mit allem Ernst zu poussieren. Kf. hat auch hier mit de Goess[3]) davon reden lassen. Sobald v. Bl. den geringsten Wink erhalten sollte, dass in der Sache dort etwas Gutes auszurichten sei, wird der Pfalzgraf nicht unterlassen, jemand der Seinigen dorthin zu schicken und sich zu allem zu erklären, was zu des Kaisers Gefallen und Dienst gereichen könnte, nur in dem burgundischen Werk sind demselben

---

[1]) S. oben S. 595.

[2]) v. Bl. meldet $\frac{\text{23. Januar}}{\text{2. Februar}}$ 1668, gestern habe der Herzog von Lothringen selbst mit ihm über dieselbe Sache gesprochen, er habe ihm auf dieselbe Weise wie Chavagnac geantwortet. Der kaiserliche Hof bemühe sich, seitdem Frankreich sich für den Pfalzgrafen erklärt habe, den König von Polen zum Heirathen zu bewegen.

[3]) S. Urk. u. Akt. XIV, 1. S. 369 ff.

jetzt die Hände soweit gebunden, dass er neutral bleiben muss. Noch lieber würde es dem Kf. sein, wenn de Goess Vollmacht erhielte, das Werk hier mit dem anwesenden Neuburgischen minister[1]) zu negotiieren.

v. Bl. soll fleissig Acht auf Fürst Auersbergs Actionen geben und zu erfahren suchen, was derselbe von Kf. und dessen Actionen judiciere.

---

v. Blumenthal an den Kurfürsten. D. Wien 16./6. Februar 1668.

[Vergeblichkeit seiner bisherigen Bemühungen für Pfalz-Neuburg. Hoffnungen des Kaisers auf die Tripelallianz. Angeblicher Brief des Königs von Frankreich an den von England. Auftreten Gessmanns gegen Kf. auf dem polnischen Reichstag. Mittheilung Lilienkrons.]

16. Febr. Es thut ihm leid, dass er bisher den hiesigen Hof zu einer guten Erklärung für Pfalz-Neuburg nicht hat disponieren können, er hat es an Mühe und Sorgfalt nicht fehlen lassen, er hat noch vor drei Tagen beim Kaiser um endliche Resolution angehalten, ist auch darauf vertröstet worden, aber er hat Lobkowitz, welcher während des Carnevals den meisten Gesellschaften bis in die späte Nacht beiwohnt, bis jetzt nicht zu einer Conferenz bringen können.

Dass des Herzogen von Neuburg Fürstl. Durchl. in dem Burgundischen Wesen sich neutral halten, wird meinem Ermessen nach nicht viel geachtet, weil dem Kaiser durch die zwischen Engelland, Schweden und Holland gemachte Alliantz[2]) der Muth sehr gewachsen, indeme er dafür hält, es sei dieselbe einig und allein ihme und Spanien zum besten geschlossen, und würde man, imfall der König von Frankreich nicht zu einem raisonnablen Accommodement sich verstehen wollte, ihn lieber dazu zwingen als künftig durch Stillsitzen höchst präjudicirliche Conquesten verhängen. Einmal ist es gewiss, dass diese Alliantz den H. Gremonville nicht allerdings gefället, und ist er sehr ungehalten, dass der Chevalier Tempel nach Schliessung derselben den Herren Staaten des Königs in Frankreich Brief[3]) fürzeigen dörfen, worin er Engelland animiret, den Holländern auf die Haut zu gehen und die Conquesten mit ihm zu theilen. Der Franzosen Fürgeben nach soll dieser Brief zwar ein erdichtetes Wesen und des Herrn Lisola Composition sein, dennoch aber dem König in Frankreich viel geschadet haben. —

---

[1]) Stratmann.

[2]) Die Tripelallianz vom 23. Januar 1668 (Mignet II, S. 549 ff.).

[3]) Vgl. Mém. d'Estrades VI, S. 251. Wirklich hatte Ludwig XIV. durch seinen Gesandten Ruvigny solche Anträge in England machen lassen, s. Mignet II, S. 545.

PS. Ein gewisser Fessmann oder Wessmann[1]) soll gar hart wider Kf. auf dem polnischen Reichstage gesprochen und dessen dessein, den Herzog von Neuburg zur Krone zu befördern, mit gar nachdenklichen Worten improbiert haben. Da derselbe früher viel mit Lisola umgegangen, ja sogar von ihm pensiones empfangen haben soll, ist zu vermuthen, dass andere, denen man es wohl nicht zutrauen sollte, hinter dem Handel stecken und dadurch des Kf. gute intentiones zu traversieren suchen.

Der dänische Resident Lilienkron hat ihm zu verstehen gegeben, sein König würde Pfalz-Neuburgs Interesse zu secondieren kein Bedenken tragen, wenn er nur von Kf. vergewissert werden könnte, dass der Pfalzgraf nicht ihm zum Präjudiz mit Schweden geschlossen habe.

---

v. Blumenthal an den Kurfürsten. D. Wien 19./9. Februar 1668.

[Antrag Grémonville's.]

Gremonville hat ihn ersucht, bei Kf. anzufragen, ob derselbe es gerne 19. Febr.
sehen würde, wenn Frankreich den Kaiser poussierte, sich für Pfalz-Neuburg zu erklären, er hätte zwar von seinem Könige deshalb keinen Befehl, getraute sich aber, solchen zu erhalten[2]). Gr. hat ihn wieder, was er in der polnischen Sache eine Zeit her proponiert, fast von Wort zu Wort lesen lassen.

---

v. Blumenthal an den Kurfürsten. D. Wien 13./23. Februar 1668.

[Kaiserliche Resolution. Der Herzog von Lothringen.]

In der vorgestrigen Conferenz hat er sich darüber beschwert, dass seine 23. Febr.
Propositionen nicht geheim gehalten würden, und dann seine schriftlich abge-

---

[1]) v. Bl. berichtet 16./26. Februar 1668, nach einem italienischen Schreiben aus Warschau solle nicht Gessmann (so nennt er ihn hier) sondern Petrikowski solche Reden auf dem polnischen Reichstage geführt haben, aber $\frac{\text{20. Februar}}{\text{3. März}}$, Gessmann solle noch jetzt Pension vom Hause Oesterreich beziehen, wenn derselbe des Kf. Intention zuwider sein sollte, so thäte er es gewiss dem Kaiser zu gefallen.

[2]) Kf. erwidert darauf (d. Cöln a. d. Spree $\frac{\text{21. Februar}}{\text{[2. März]}}$ 1668), er halte dieses nicht für undienlich, doch müsste es auf solche Weise geschehen, dass der Kaiser dadurch nicht choquiert werde, sondern es so aufnehmen könne, als wenn ihm damit eine Ehre erwiesen würde, v. Bl. berichtet dann aber 5./15. März 1668, es scheine Grémonville kein Ernst damit zu sein, sondern derselbe habe wohl nur zu wissen verlangt, was Kf. auf eine solche Proposition antworten werde. Gr. zweifle übrigens am Success des polnischen negotii.

fasste Proposition verlesen, doch hat man dieselbe nicht einmal ad referendum angenommen, sondern ihm sofort folgende Finalresolution[1]) des Kaisers mitgetheilt:

— Das Wahlnegotium betreffend, stehen Ihre Key. M. wie vormals also auch noch in denen Gedanken, es müsse bei Lebzeiten des jetzt regierenden Königes keiner zur Cron recommendiret, besondern dessen Todesfall oder freiwillige Abdication erwartet, der König aber nicht als ein Pupill, dem man Vormünder setzen müsse, tractiret werden, sollte aber obiger Fall entstehen, wünscheten Ihre Key. Mt. solch einem Subjecto die Cron, welches zuforderst den Polen selbst, dann auch den benachbarten Interessenten anständig, der auch das mit Ihrer Key. Mt. Ertzhause und selbiger Chron stets gepflogenes nachbarliche Vertrauen ferner cultivire. Pfaltz-Neuburgs Qualitäten seien Ihrer Key. Mt. bekannt und vernehmen Sie gern, dass er der Republic angenehm sei, würden auch suo tempore hierauf reflectiren, erinnern sich auch dessen, was Sie kegen ihn sich vormals vernehmen lassen[2]), würden auch in dieser Consideration ihm nicht zuwieder sein, ihm zu gefallen aber von Ihren wolfundirten Maximen und principiis nicht mal à propos abweichen oder dieselbe im geringsten verändern. Gestalt dann Ihre Mt. in diesem dero Fürhaben durch den auf den Semeicken gemachten Schluss, es sei derjenige, welcher vivente Rege nur bloss einen recommendire, pro hoste patriae zu halten, nicht wenig gestärket, und könne man der Polen jetzigen humeur und wie sie leicht zu offendiren sein aus dem, so des Herren von Hoverbecks Secretario, (wiewohl dieses aus einem Irthumb und weder auf Befehl des Königs noch der Senatoren geschehen) neulich begegnet sei, leicht abnehmen. Von dem zwischen der Cron Schweden und Ew. Chf. D. der polnischen affairen halber aufgerichteten foedere sei weiter nichts zu sprechen, weil es sowohl bei dem Adel, als anderen mehr sehr verhasset, Schweden auch nie bezeuget habe, dass es des Keysers Eintretung verlange, so sei man auch in negotio magis arduo, und welches mehrer Eilfertigkeit als das polnische Werk bedürfe, mit Ew. Chf. D. sich zu verbinden gemeinet gewesen, es hätten sich dieselben aber zu nichts verstehen wollen. Solchem nach möchten Ew. Chf. D. diese Ihrer Key. Mt. ertheilte Resolution sich nicht befremden lassen, weil es Ihre Convenienz und Interesse also mit sich bringe, in andern Dingen aber wollten Sie mit Ew. Chf. D. heben und legen, es würde auch viel-

[1]) Vgl. Pufendorf X, § 59 (S. 698), Urk. u. Akt. XIV, 1. S. 377.
[2]) S. oben S. 575.

leicht der Hertzog von Neuburg tractu temporis seine Intention füglicher als jetzo erreichen, gestalt dann der Hoff-Cantzler Hocher expresse sagte, er halte gewiss dafür, der Keyser werde sich auch für Pfaltz-Neuburg erklären, allein man müsse die Zeit erwarten. —

Den Hertzog von Lothringen hab ich dergestalt beschieden, wie mir Ew. Chf. D. durch den Freiherrn von Schwerin gnädigst anbefehlen lassen, es bedankt sich auch derselbe für die obligeante und höfliche Antwort gebührend, bittet aber, von dieser Materie nichts weiter zu melden. —

---

v. Blumenthal an den Kurfürsten. D. Wien 16./26. Februar 1668.

[Vorschlag, durch Bestechung die Geheimnisse des kaiserlichen Hofes zu erfahren; Beabsichtigte Sendung nach Moskau.]

Bei voriger Post hätte ich melden sollen, dass eben den Tag des 26. Febr.
Keysers final Resolution im polnischen negotio erfolget, da dem von Lothringen Ew. Chf. D. Bescheid ertheilet worden, und scheinet fast, der Keyser hab den ihm gegebenen refus revangiren wollen. Hiernegst, gnädigster Herr, ist nunmehr die Intrigue, vermittelst welcher ich die importantesten Affairen penetriren kann, gemacht, allein es werden dazu 500 Rthlr. erfordert; schicken Ew. Chf. D. aber selbige nicht bald, so ist alles umbsonst, und kann mir keine Versaumnus beigemessen werden, dann der Correspondent will dieses commercium länger nicht continuiren, bis er in des Keysers Dienst getreten, worzu ihm bereits Hoffnung gemacht worden. Durch obbesagten Correspondenten erfahre ich bereits so viel, dass, weil man Lothringen zur Polnischen Krohn nicht verhelfen will, der Keyser eher den Mosskowiter als Herzog von Neuburg portiren werde, gestalt dann einer, wiewohl in der Stille, nach Moskau geschickt werden soll, umb Anschläge zu geben, wie man einige senatores corrumpiren und zu Beforderung der Mosskowitischen Intention disponiren könne, worauf dann der Herr Graf Dönhoff[1]) bei seiner Ankunft daselbst genaue Achtung wird geben müssen. —

---

[1]) S. über dessen beabsichtigte Sendung nach Russland oben S. 380.

Der Kurfürst an v. Blumenthal. D. Cöln an der Spree 25. Februar/[6. März] 1668.

[Befehl vorläufig noch dort zu bleiben.]

6. März. — Weil wir aus Euer — Relation ersehen, dass man bei der fürgewesenen Conferentz Euch fast eine abschlägige Antwort ertheilet, so hätten wir zwar woll Ursache, Euch sofort zu avociren, aldieweil aber bei jetzigem Reichstage zu Warschau annoch etwas fürgehen könnte, welches fernere Handlung und also Euere Gegenwart aldorten erfordern möchte, als befehlen Wir Euch gnädigst, nur an gehörigen Orten zu verstehen zu geben, wie Ihr in Befehl habet, Euch wiederumb zurück zu begeben, jedoch habt Ihr keinen Abschied zu nehmen, sondern die von Euch begehrete Reise nacher Hungarn[1]) zu verrichten, und wenn Euch nach Euer Wiederkunft kein ander Befehl zukömbt, Euch alsdann nach genommenen Abscheid anhero aufzumachen. —

Der Kurfürst an v. Blumenthal. D. Cöln an der Spree 16./26. März 1668.

[Befehl sich zu verabschieden.]

26. März. Da er aus seinen Relationen ersehen, dass er jetzt am kaiserlichen Hofe nichts auszurichten vermag, so soll v. Bl. sich verabschieden und abreisen.

Bei dem Abschiede könntet Ihr dieses wohl unter anderm anziehen, dass wir uns versichert halten, Ihre Keys. May. würden aus dem Ausgang verspüren, dass wir keine andere consilia geführet als so zu deroselben und des Reichs Wohlfahrt und Beforderung des Friedens angesehen, und dass es nur einige Uebelwollende dahin gespielet, unsere aufrechte Intention, wovon doch Ihre May. schon gute Effecten gesehen, sinistre auszulegen. Und gleich wie wir nochmahln in getreuer Devotion verharren würden, also ersuchten wir Ihre May., Sie wollten Ihro unser Interesse und unser Haus aufs fleissigste recommendiret sein lassen. —

---

[1]) v. Bl. hatte 12./22. Januar 1668 berichtet, er beabsichtige mit Graf Sinzendorf und Landmarschall Graf Traun auf dessen drei Meilen von Pressburg entferntes Gut zu reisen, 5./15. März aber meldet er, dass er diese Reise unterlassen werde, damit in der polnischen Sache nichts verabsäumt werde.

V. Blumenthal an den Kurfürsten. D. Wien 28. März/7. April 1668.

[Abschiedsaudienz. Verabschiedung von dem spanischen Gesandten und Auersperg.]

Bei der Abschieds Audienz, so ich am verwichenen Donnerstag zu 7. April
Neustadt[1]) erhalten, contestireten Ihre Keys. Mt. vielfältig die Aestime, so Sie von Ew. Chf. D. hohen Meriten machten, und versicherten dabeneben, dass Sie niemaln einigen widrigen Impressionen Raum noch Statt geben würden, weiln Ew. Chf. D. gute intentiones Ihr zur gnüge bekannt und Sie dannenhero veranlasset würden, bei diesen gefährlichen Conjuncturen mit deroselben vertraulich zu correspondiren.

Er hat auch den spanischen Ambassadeur[2]) besucht und ist von demselben, nachdem er zuvor der Reception halber gewaltig mit ihm hat capitulieren müssen, sehr höflich empfangen worden. Derselbe zeigte ihm den von Kf. mit Frankreich abgeschlossenen Tractat und beklagte, dass darin stipuliert sei, Kf. wolle sich der Spanier nicht annehmen, worauf Bl. erwidert hat, dem Kf. könne nicht zugemuthet werden, sich in einen Krieg zu mischen, der ihn nichts anginge, und es sei genug, dass man sich die Beförderung eines raisonnablen Friedens angelegen sein lasse, überdies sei nicht mehr als billig, dass sich ein vornehmes Glied des Reiches nach dem Haupt reguliere und, wenn dieses stillstehe, nichts beginne, wodurch das Reich in weitere Weitläufigkeiten eingeflochten werden könne. Er hatte nämlich erfahren, dass an demselben Tage in consilio beschlossen worden, dem spanischen Gesandten zwei Ursachen vorzustellen, warum der Kaiser sich Spaniens nicht annehmen könne, 1) weil der Friede mit Portugal[3]) nicht zu rechter Zeit und da es der Kaiser gerathen, geschlossen, 2) weil Spanien das Aequivalent[4]) acceptiert, auch das erste membrum bereits erwählt und dadurch bezeugt habe, dass es zum Frieden incliniere.

Vom Fürsten Auersperg hat er Abschied nehmen wollen, ist aber von demselben nicht angenommen worden, in der kaiserlichen anticamera aber hat derselbe ihn angeredet und ihn ersucht, Kf. seiner Dienstwilligkeit zu versichern, er hat dieses Compliment aber gar kurz beantwortet und könnte es nicht schaden, wenn Kf. sich beim Kaiser darüber beschwerte, dass jener seine ministros so indigne tractiere. Sein Credit beginnt ziemlich abzunehmen, da offenbar geworden, dass er zwischen beiden Kaiserinnen Feindschaft zu stiften und dass er den Cardinalshut durch Frankreichs Hülfe zu emportieren gesucht, ferner hat der spanische Gesandte wahrgenommen, dass Gremonville fünf Mal an einem Tage zu ihm gekommen ist, was derselbe gewaltig ausgenutzt hat.

---

[1]) Das Recreditiv des Kaisers für v. Blumenthal ist Neustadt 5. April 1668 datiert.

[2]) Marquis Malagon.

[3]) S. Mém. de Pomponne II, S. 530f.

[4]) S. unten Abschn. 6.

V.

Brandenburg und England.
1664—1669.

Einleitung.

Die Hoffnung, welche Kurfürst Friedrich Wilhelm nach der Wiederherstellung des Stuartschen Königshauses gehegt hatte, mit England, das, wie er meinte[1]), mit ihm in der engsten religiösen und politischen Interessengemeinschaft stand und dessen neuen König er sich zu besonderer Dankbarkeit verpflichtet glaubte, in eine enge Verbindung zu treten, welche gleichsam eine Vormauer für den Protestantismus bilden und ihm selbst eine feste Stütze gegen seine feindlichen Nachbaren gewähren sollte, war nicht in Erfüllung gegangen. Allerdings war zwischen ihm und König Karl II. am 30. Juli 1661 eine Defensivallianz und damit verbunden ein Handels- und Schiffahrtsvertrag abgeschlossen worden[2]), aber es stellte sich bald heraus, dass damit nicht dasjenige erreicht war, was er erstrebt hatte. Die Schwierigkeiten, welche es bereitete, Karl II. zur Uebernahme der Garantie des Olivaer Friedens zu bewegen[3]), zeigten, in einem wie engen Kreise sich die auswärtige Politik der englischen Regierung bewegte, die Plackereien und Gewaltthätigkeiten, welche zu wiederholten Malen aus Preussen kommende Schiffe in England zu erleiden hatten, liessen erkennen, wie wenig Förderung seiner auf die Hebung von Handel und Gewerbe in seinen Landen gerichteten Bestrebungen der Kurfürst von der eigennützigen englischen Handelspolitik zu erwarten hatte, ferner belehrten denselben

[1]) S. die Instruktion für den Fürsten Joh. Moritz von Nassau und D. Weimann vom 1. Februar 1661 (Urk. u. Akt. IX, S. 499 ff.).

[2]) d. Westminster 20./[30.] Juli 1661 (Pufendorf IX, § 27, S. 563 ff.), vgl. Urk. u. Akt. IX, S. 526 ff.

[3]) Kf. hatte schon 1661 durch Nassau und Weimann den König dazu auffordern und dann nach deren Abreise Chr. v. Brandt sich weiter darum bemühen lassen, aber erst, nachdem englischerseits alle möglichen Bedenken erhoben und Schwierigkeiten gemacht waren, verstand sich Karl II. dazu. Die betreffende Urkunde trägt zwar, wie auch Pufendorf IX, § 28, S. 567 und v. Mörner S. 257 anführen, das Datum des 27. Januar 1663, sie ist aber erst Anfang 1665 (s. unten v. Brandts Relation vom 3./[13.] Februar 1665) ausgehändigt worden. Vgl. Urk. u. Akt. IX, S. 694 f.

die sehr eingehenden Berichte, welche er von seinem Residenten am englischen Hofe, Christoph v. Brandt über die Entwickelung der dortigen inneren Verhältnisse erhielt[1]), dass der König und seine Rathgeber es nicht verstanden und auch nicht einmal versuchten, eine Ausgleichung der Gegensätze herbeizuführen und eine auf das Vertrauen der ganzen Nation gestützte Regierungsgewalt zu begründen, dass vielmehr die schlechte und unredliche Verwaltung, die harten Massregeln gegen die Nonconformisten und die sehr bald zu Tage tretenden katholisierenden Neigungen des Königs in weiten Kreisen eine wachsende Unzufriedenheit hervorriefen, welche neue innere Kämpfe befürchten liess.

Zum Theil um dieser inneren Schwierigkeiten leichter Herr zu werden, unternahm Karl II. 1665 den Krieg gegen Holland, dessen ausgedehnter und blühender Handel den Neid und die Eifersucht der englischen Nation herausforderte. Beschwerden[2]), welche von beiden Seiten über ihren Schiffen und Kaufleuten zugefügte Schädigungen erhoben wurden, dann Feindseligkeiten, welche von den beiderseitigen grossen Handelscompagnieen in den streitigen Colonialgebieten, in Nordamerika, Guinea und Indien verübt wurden, erregten im Laufe des Jahres 1664 in beiden Ländern eine solche Erbitterung und veranlassten so bedeutende Rüstungen, dass schon damals, obwohl die angeknüpften Verhandlungen noch weiter geführt wurden, der baldige Ausbruch eines grossen Krieges bevorzustehen schien. Zu der Republik der vereinigten Niederlande stand der brandenburgische Kurfürst, seitdem dort nach der Beseitigung der statthalterlichen Würde die holländische Aristokratenpartei, an ihrer Spitze Johann de Witt, ans Ruder gekommen war, in wenig freundlichem Verhältnis. Zwar hatte er mit derselben zu Anfang des nordischen Krieges, im Sommer 1655, als der Schwedenkönig in seinem ersten Siegeslauf ebenso ihn in dem Besitz seines Herzogthums Preussen wie die Niederlande in ihren Handelsinteressen an der Ostsee bedrohte, ein Bündnis[3]) auf 8 Jahre abgeschlossen, allein dasselbe hatte ihm wenig Vortheil gebracht, da die holländische Regierung im weiteren Verlaufe jenes Krieges so gut wie nichts für ihn gethan, vielmehr durch ihr ebenso ängstliches wie eigennütziges Verhalten seine Erfolge gehemmt hatte, und auch sonst hatte der Kurfürst zu Klagen über dieselbe Grund genug[4]). Trotz seiner Bemühungen zu Gunsten seines Neffen und Mündels, des jungen Prinzen Wilhelm von Oranien, enthielt dieselbe diesem nicht nur jetzt die hohen Würden seiner Vorfahren vor, sondern suchte ihn auch für die Zukunft von denselben auszuschliessen, nach wie vor hielten holländische Besatzungen die clevischen Festungen des Kurfürsten besetzt, am meisten musste denselben das Verfahren der holländischen Regierung in der

[1]) S. Auszüge daraus Urk. u. Akt. IX, S. 693ff.

[2]) Vergl. Ranke, Englische Geschichte IV S. 261ff.; Lefèvre Pontalis, Jean de Witt grand pensionnaire de Hollande I, S. 319ff.

[3]) d. s'Gravenhage 27. Juli 1665 (Aitzema III, S. 1200ff., Londorp III S. 1005ff., Dumont VI, 2. S. 106ff.), vgl. Urk. u. Akt. IV, S. 112ff.

[4]) Vgl. Droysen III, 3. S. 64ff.

Hofeyserschen Schuldsache erbittern. Obwohl die übrigen niederländischen Provinzen, obwohl auch Frankreich und Dänemark seine Forderung, dieselbe durch eine billige Uebereinkunft abzumachen, unterstützten, verweigerte die Provinz Holland, welche jene Schuldforderung an sich gebracht hatte, eine solche auf das hartnäckigste, wollte weder die von dem Kurfürsten geltend gemachten Gegenansprüche anerkennen, noch eine Liquidation zulassen, sie schien die Sache nur immer länger hinziehen zu wollen, bis die ursprünglich geringe, schon jetzt auf mehrere Millionen angewachsene Schuld durch Zins und Zinseszins eine unerschwingliche Höhe erreicht hätte, um dann bei günstiger Gelegenheit sich als Pfandes dafür des ganzen clevischen Landes bemächtigen zu können. Unter solchen Umständen war jenes im Sommer 1663 abgelaufene Bündnis nicht erneuert worden und der Kurfürst suchte nun die durch den drohenden Ausbruch des Krieges mit England ihm gebotene günstige Gelegenheit zu seinem Vortheil zu benutzen. Er hatte keineswegs die Absicht, selbst feindlich gegen die Niederlande vorzugehen, davon hielt ihn schon die Rücksicht auf die Gefahr, in welche er seine clevischen Lande bringen, und auf die Nachtheile, welche daraus der Sache des Prinzen von Oranien erwachsen würden, vor allem aber die Ueberzeugung zurück, dass, welche Streitigkeiten er auch immer mit der niederländischen Regierung haben mochte, dennoch in den grossen politischen und religiösen Fragen die Interessen dieses Staates mit den seinigen zusammenfielen, aber er suchte einen stärkeren Druck auf diese Regierung auszuüben, um dieselbe seinen Forderungen gegenüber gefügiger zu machen, und zur Mitwirkung dazu beschloss er die Freundschaft des englischen Königs in Anspruch zu nehmen. Er schickte daher noch im Sommer 1664 seinen früheren Residenten Christoph v. Brandt, welchen er zu Anfang des Jahres aus England zurückgerufen hatte, aufs neue in ausserordentlicher Gesandtschaft dorthin unter dem Vorwande, einige Handels- und Schiffahrtsangelegenheiten zu regeln, hauptsächlich aber um, falls es wirklich zum Kriege zwischen England und Holland kommen sollte, von dem Könige das Versprechen zu erlangen, nicht eher Frieden zu schliessen, als bis die holländische Regierung sich verpflichtet hätte, die Hofeysersche Schuldsache seinen Vorschlägen gemäss in billiger Weise zu erledigen.

Die Akten dieser ersten Gesandtschaft Chr. v. Brandts, dessen Aufenthalt in England sich bis zum Juni 1665 hingezogen hat, eröffnen die in diesem Abschnitte zur Veranschaulichung der Beziehungen des Kurfürsten zu England während der Jahre 1664 bis 1669 zusammengestellten Documente. Sie zeigen, dass, wenn der Kurfürst sich wirklich der Hoffnung hingegeben hat, König Karl II. könnte durch Freundschaftsrücksichten und dessen leitender Minister Lord Clarendon durch das Anerbieten eines bedeutenden Geldgeschenkes dazu bestimmt werden, Holland gegenüber für seine Interessen einzutreten, ohne dass er selbst dafür etwas weiteres zu leisten brauchte, er sich sehr getäuscht hat. Der König und dessen Minister haben es zwar an Versicherungen ihrer Freundschaft und Dankbarkeit gegen den Kurfürsten nicht fehlen lassen, aber daneben wurden doch wieder zwei Handelsschiffe des Kurfürsten, welche in einen englischen Hafen eingelaufen waren, weil man den Verdacht

hegte, dass sie eigentlich holländisches Eigenthum seien, festgenommen und erst in Folge sehr ernster Reclamationen wieder freigegeben, auf v. Brandts Eröffnungen aber wurde, zumal nachdem im März 1665 wirklich die Kriegserklärung erfolgt war, erwidert, man könne sich der Sache des Kurfürsten Holland gegenüber nur dann annehmen, wenn dieser seinerseits England in dem Kriege gegen dasselbe unterstützte, und zwar in der Weise, dass er sich mit anderen deutschen Fürsten, welche ebenfalls mit den Holländern in Streit lagen, verbündete und mit ihnen zusammen diese angriffe. Aehnliche Anträge gingen dem Kurfürsten auch von anderer Seite zu, nämlich von dem Bischof Christoph Bernhard von Münster, welcher durch die gewaltthätige und übermüthige Behandlung, welche er von den Holländern erfahren, erbittert, ebenfalls die Absicht hegte, diese Gelegenheit zu benutzen, um gegen dieselben vorzugehen, welcher sich aber von vorneherein mit kriegerischen Plänen trug und zur Mitwirkung dabei auch die anderen mit denselben verfeindeten deutschen Fürsten, namentlich den Kurfürsten von Brandenburg und den Pfalzgrafen von Neuburg zu gewinnen suchte. Zu diesem Zwecke hatte der Bischof[1]) schon im Sommer 1664 diesen beiden Fürsten gegenüber sich erboten, die Streitigkeiten, welche zwischen ihnen selbst über das Directorium des Westphälischen Kreises und über die kirchlichen Verhältnisse in den jülich-clevischen Landen schwebten, zu vermitteln und sie zu Verhandlungen darüber sowie über eine zwischen ihnen dreien abzuschliessende Defensivallianz aufgefordert. Beide waren darauf eingegangen und so hatten Ende 1664 und Anfang 1665 Verhandlungen zwischen dem Bischof und den Bevollmächtigten des Kurfürsten und des Pfalzgrafen stattgefunden und es wurden im Februar 1665 die Verträge zu Dorsten[2]) abgeschlossen, in deren drittem Verabredungen wegen eines gemeinsamen Vorgehens gegen Holland zunächst auf dem Reichstage vermittelst einer Reichskommission und, wenn diese Bemühungen vergeblich sein sollten, mit Waffengewalt getroffen wurden. Doch hat sich der Pfalzgraf, durch Rücksichten auf das mit Holland verbündete Frankreich gebunden, von vorneherein von diesem Vertrage fern gehalten und auch der Kurfürst hat demselben die Ratification verweigert. Er wünschte zwar eine Verbindung mit jenen beiden und mit anderen Fürsten, welche sich über Unbilden von Seiten der Holländer zu beklagen hatten, er wünschte auch, dass von Reichs wegen Schritte gethan würden, und hat dafür auf dem Reichstage wirken lassen, damit auf diese Weise die holländische Regierung zu nachgiebigerem Verhalten bestimmt würde, aber er wollte sich nicht in den Krieg gegen dieselbe hineinziehen lassen und am wenigsten das Unternehmen des Bischofs von Münster unterstützen, welchem, wie er argwöhnte[3]), noch weitere, den protestantischen Interessen feindliche Absichten zu Grunde lagen. Er hat so die Verbindung mit dem Bischof wieder gelöst und, als dieser darauf allein vorging, zunächst insgeheim im Juni 1665 mit England ein Bündnis schloss und mit englischem Gelde ein Heer warb, dann im September den

[1]) S. Urk. u. Akt. XI, S. 492 ff.
[2]) a. a. O. S. 535 ff.
[3]) S. Urk. u. Akt. XIV, 1. S. 220 f., vgl. auch oben S. 567 f.

Niederlanden den Krieg erklärte und in die östlichen Provinzen derselben einbrach, diese aber, bei dem schlechten Zustande ihrer Landmacht dadurch schwer bedroht, sich dem Kurfürsten wieder näherten und ihm die Erneuerung der früheren Allianz anboten, da ist er[1]) darauf eingegangen. Er hat bei den darüber geführten Verhandlungen zunächst versucht, sie zur Erfüllung wenigstens eines Theiles seiner alten Forderungen zu bewegen, schliesslich aber, um trotz des Uebelwollens de Witts das Bündnis zu Stande zu bringen, darauf verzichtet und sich begnügt, in dem am 16. Februar 1666 abgeschlossenen Vertrage, durch welchen jene frühere Allianz auf 12 Jahre erneuert wurde, sich seine Rechte auf die clevischen Festungen und weitere Verhandlungen über die Räumung derselben vorzubehalten, während er in dem gleichzeitig abgeschlossenen, speciell gegen den Bischof von Münster gerichteten Bündnisvertrage sich gegen Zahlung von Subsidien verpflichtete, denselben, falls er sich nicht bis zu einer bestimmten Frist zum Frieden bequemen sollte, anzugreifen. Am englischen Hofe war man natürlich über dieses Verhalten des Kurfürsten sehr unzufrieden und man hat einen Versuch gemacht, denselben von der Verbindung mit Holland abzuhalten und vielmehr zum Eingehen eines neuen Bündnisses gegen dasselbe zu bestimmen. Zu diesem Zwecke erfolgte die Gesandtschaft des Sir Walter Vane[2]), der sich vom December 1665 bis gegen Ende Februar 1666 an dem Hoflager des Kurfürsten in Cleve aufhielt und sich bemühte, dessen Besorgnisse wegen der auf die Unterdrückung des Protestantismus gerichteten Absichten des Bischofs von Münster zu beschwichtigen und ihn durch das Angebot von Subsidien zum Eingehen einer Allianz gegen Holland oder schliesslich wenigstens zur Neutralität zu bewegen. Der Kurfürst hat eine Zeit lang geschwankt, wenigstens sich, um von Holland vortheilhaftere Bedingungen zu erlangen, den Anschein davon gegeben und die Unterhandlungen hingezogen, schliesslich aber das englische Anerbieten abgelehnt und das Bündnis mit Holland geschlossen. Dann aber hat er versucht, womöglich ohne Waffengewalt den Bischof zum Frieden zu bewegen, und seinen Bemühungen hauptsächlich ist es zu verdanken gewesen, dass sich dieser entschloss, das Bündnis mit England aufzugeben und den Frieden von Cleve (18. April 1666) einzugehen. Doch hatte der Kurfürst dabei keineswegs die Absicht, nun mit England vollständig zu brechen oder auch nur das freundschaftliche Verhältnis mit demselben aufzugeben, vielmehr hat er sich bemüht, dasselbe aufrecht zu erhalten, um auch für die Beendigung des englisch-holländischen Krieges, welche ihm sowohl im allgemeinen protestantischen Interesse als auch namentlich angesichts der immer mehr zu Tage tretenden ehrgeizigen Absichten Ludwigs XIV. dringend wünschenswerth schien, wirken zu können. Daher wurde Vane mit einer sehr freundlichen Antwort entlassen und mit ihm zusammen der Secretär Lucas von Aken nach England geschickt, welcher bei dem Reichskanzler Clarendon das Verfahren des Kurfürsten rechtfertigen und dessen Vermittlung zur Stiftung des Friedens mit Holland anbieten sollte. Obwohl dieser recht ungnädig beschieden wurde, (die

[1]) S. Urk. u. Akt. III, S. 153 ff., XI, S. 625 ff.

[2]) S. Urk. u. Akt. XI, S. 675 ff., vgl. XIV, 1. S. 236 ff.

auf seine beiden Sendungen bezüglichen Akten sind im Folgenden an zweiter Stelle mitgetheilt) sandte ihn doch der Kurfürst, der inzwischen den Frieden mit Münster zu Stande gebracht und darauf bei einem kurzen Besuche in Holland gute Hoffnungen sowohl inbetreff der Sache des Prinzen von Oranien als auch der Geneigtheit der Holländer zum Frieden geschöpft hatte, Ende Juni 1666 noch einmal nach England, um dem Reichskanzler Mittheilung davon und von seiner Absicht zu machen, aufs neue v. Brandt dorthin zu schicken, um seine Friedensvermittlung anzubieten, und zugleich nochmals sein Verhalten in dem Münsterschen Kriege zu rechtfertigen. Da die Antwort Lord Clarendons nicht gerade ablehnend lautete, so erhielt wirklich im August 1666 v. Brandt den Auftrag, wieder nach England zu gehen, um dort zum Frieden zu mahnen, wenn auch nicht gleich die förmliche Vermittlung des Kurfürsten so doch dessen gute Dienste zur Anbahnung von Friedensverhandlungen anzubieten und nach Möglichkeit dahin zu wirken, dass solche wirklich vorgenommen würden.

Die Akten dieser zweiten Gesandtschaft v. Brandts, welcher sich vom September 1666 bis zum Juni des folgenden Jahres in England und dann noch bis zum August in Holland aufgehalten hat, sind im Folgenden an dritter Stelle mitgetheilt worden. Derselbe fand zu Anfang für seine Friedensbemühungen einen wenig günstigen Boden, da trotz der, zumal nach dem Brande Londons, dessen Zeuge er gleich bei seiner Ankunft in England war, hervortretenden Erschöpfung Englands der englische Stolz doch nur unter für Holland demüthigenden Bedingungen sich zu Verhandlungen bequemen wollte, in Holland aber man um so weniger zu solchen bereit war, als dort inzwischen nach der Entdeckung des Complottes Buats die Partei de Witts um so fester ihr Regiment begründet hatte und nun die äussersten Anstrengungen machte, um einen ehrenvollen und vortheilhaften Ausgang des Krieges herbeizuführen. Englischerseits hoffte man anfangs noch immer darauf, Schweden zum Bundesgenossen zu gewinnen, und man gab sich nun Mühe, den Kurfürsten zu einer engeren Allianz mit dieser Macht zu bewegen, um auf diese Weise auch ihn in ein feindliches Verhältnis zu Holland zu bringen, und da der Kurfürst sich darauf nicht einliess, sondern sich darauf beschränkte nachzuweisen, dass er zu Schweden in freundlichen Beziehungen stehe, so blieb sein Verhältnis zu dem englischen Hofe ein sehr kühles. Allmählich jedoch gestalteten sich die Verhältnisse günstiger, jene Hoffnungen auf Schweden erwiesen sich als eitel, die englische Regierung zeigte sich nachgiebiger und ging auf die von Holland gemachten Friedensanträge ein. Nachdem man sich Ende März 1667 darüber geeinigt hatte, in Breda die weiteren Verhandlungen zu führen, und v. Brandt nun aufs neue die Vermittlung des Kurfürsten angeboten hatte, erklärte man englischerseits, eine förmliche Vermittlerrolle demselben nicht zugestehen zu können, aber man sprach doch den Wunsch aus, dass derselbe den Friedenscongress beschicken und seine guten Dienste zur Herbeiführung des Friedens anwenden möchte. Der Kurfürst hat sich anfänglich trotz des Zuredens v. Brandts nicht darauf einlassen wollen, nachher aber doch sich dazu

verstanden[1]) und zuerst Blaspeil allein, dann aber auch v. Brandt den Befehl ertheilt, sich mit jenem zusammen nach Breda zu begeben, um an den Unterhandlungen Theil zu nehmen und dabei zugleich dahin zu wirken, dass er selbst mit in den Frieden eingeschlossen werde. Brandt ist daher Ende Juni 1667 nach Holland hinübergegangen, doch konnten die Mittel zur Ausrüstung einer solchen feierlichen Gesandtschaft nicht so schnell beschafft werden, er reiste daher zunächst privatim nach Breda und erfuhr dort bald, dass der Abschluss des Friedens unmittelbar bevorstehe. Jene feierliche Gesandtschaft unterblieb daher ganz und v. Brandt sowie die Gesandten des Kurfürsten im Haag beschränkten sich darauf, die Einschliessung des Kurfürsten in den am 31. Juli abgeschlossenen Frieden zu Wege zu bringen, welche auch wirklich nachträglich von Seiten der verschiedenen an diesem Friedensschluss betheiligten Mächte erfolgt ist.

Inzwischen war der Angriff Ludwigs XIV. auf die spanischen Niederlande erfolgt und der Mittelpunkt der politischen Interessen ganz Europas geworden. Der Kurfürst hat erst zu Ende des Jahres, nachdem er, durch üble Erfahrungen gewarnt, seinen anfänglichen Gedanken, in die Aktion gegen Frankreich einzutreten, aufgegeben und sich zum Eingehen auf die von Ludwig XIV. von ihm geforderte Neutralität verstanden hatte, den Entschluss gefasst, aufs neue eine Anknüpfung mit England zu versuchen, und so v. Brandt nochmals dorthin hinübergehen lassen. Die im Folgenden an vierter Stelle mitgetheilten Akten dieser dritten Gesandtschaft desselben (Januar bis September 1668) stehen in engstem Zusammenhange mit den in dem folgenden Abschnitte publicierten anderweitigen Aktenstücken aus dieser Zeit und werden dort ihre weitere Erläuterung finden, ebenso das hier zuletzt mitgetheilte Protokoll über die Verhandlungen mit dem im Juni 1669 in Königsberg erschienenen englischen Gesandten Silvius, welcher, nachdem die Bemühungen der englischen Regierung bei den Verhandlungen mit v. Brandt, den Kurfürsten zum Beitritt zur Tripelallianz zu bewegen, vergeblich gewesen waren, einen neuen ebenso erfolglosen Versuch gemacht hat, denselben dazu zu bestimmen.

Die Relationen v. Brandts enthalten ausser den Nachrichten über die von ihm geführten Verhandlungen sowie über die kriegerischen und diplomatischen Ereignisse auch fortgesetzt sehr eingehende Mittheilungen über die Vorgänge am englischen Hofe und über die inneren Zustände in England. Bei der Beschränktheit des Raumes hat nur sehr weniges davon hier aufgenommen werden können, der Herausgeber hofft aber anderweitig Gelegenheit zu finden, diese sehr interessanten und lehrreichen Schilderungen desselben wenigstens theilweise zu publicieren.

---

[1]) Die von Droysen III, 3. S. 130 (586) angeführte Relation Blaspeils vom $\frac{10.\text{ Mai}}{30.\text{ April}}$ 1667, wonach de Witt den Wunsch geäussert habe, Kf. möchte Gesandte nach Breda schicken, um dort im Interesse Hollands zu wirken, hat der Herausgeber in den Akten nicht finden können.

V. Brandenburg und England. 1664—1669.

a. Erste Sendung Christoph v. Brandts. Juli 1664 — Juni 1665.

Instruction[1]), wornach sich unser — Geheimer Rath Ch. von Brand bei der ihm nacher Engelland aufgetragenen Reise zu achten. D. Cöln an der Spree 8./[18.] Juli 1664.

(Conc. O. v. Schwerin.)

[Handelsangelegenheiten. v. Br. soll sich bemühen, dass Kf. mit englischer Hülfe aus der Hofeyserschen Schuldsache komme. Aufträge an den Präsidenten der Gen. Staaten und die Prinzessin von Oranien.]

18. Juli. Er soll sich förderlichst nach England begeben und, wenn er beim Könige Audienz erlangt, zufolge seiner früheren Negotiation[2]) um Ausfertigung und Extradition der königlichen Guarantie über die Olivischen Friedenstractaten, und zwar so, dass dieselbe dem Tractat ganz conform sei, anhalten.

Betreffend die noch nicht beigelegte Sache der gestrandeten Waaren hat er darauf zu bestehen, dass dieselbe an Kf. verwiesen werde, und auf die Inconvenientien hinzuweisen, welche entstehen würden, wenn dieselbe dort und zwar per modum repressaliorum abgethan würde, Kf. würde dann bei ähnlicher Gelegenheit eodem modo in Königsberg gegen englische Schiffe procedieren müssen.

Da Kf. nicht erlangen kann, dass seine neu erbauten Schiffe in England Fracht einnehmen dürfen, so soll er sich bemühen, dass denselben wenigstens

---

[1]) Vgl. Pufendorf X, § 2 (S. 641).

[2]) Christoph v. Brandt hatte schon von Anfang 1661 an bis zum Januar 1664 sich in England als Resident des Kf. aufgehalten, s. Pufendorf IX, § 28 S. 565f., Urk. u. Akt. IX, S. 693 ff.

ebenso wie den Danzigern verstattet werde, in den Häfen des Königl. Preussen Waaren einzuladen und solche in die englischen Häfen einzubringen.

Kf. wünscht aus der Staatischen Schuldsache[1]), nachdem seine bisherigen Versuche, die Provinz Holland auf raisonnablere Gedanken zu bringen, gescheitert sind, durch den König von England zu kommen. Br. hat seine Negotiation in diesem Punkte nach den Conjuncturen einzurichten. Sollte er merken, dass es zu keinem beständigen Kriege zwischen England und Holland kommen wird, so muss er sich darin so moderieren, dass letzteres nicht auf den Gedanken komme, als wolle Kf. sich auf die andere Seite hangen. Sollte es aber zur öffentlichen Fehde kommen, so soll er sich bemühen, dass dem Kf. versprochen werde, nicht eher mit dem Staat Frieden zu machen, bis derselbe ihm in dieser Sache gerecht geworden, Kf. suche nichts Unbilliges, wolle sich auch dem Sentiment des Königs unterwerfen. Im Fall sonst hierin nichts auszurichten, darf er dem Reichskanzler[2]) eine gute Discretion und Recompens versprechen. Kf. hofft nicht, dass man Gegenprätentionen machen, sondern sich erinnern wird, wie beständig er sich des Königs Interesse angenommen, auf allen Fall kann er vernehmen, was prätendiert wird, und darüber berichten. Nöthige Information in dieser Sache soll er sich von Blaspeil ertheilen lassen.

Auf der Durchreise soll er sich bei dem Präsidenten der Generalstaaten angeben und demselben anzeigen, Kf. wünsche, dass die Misshelligkeiten zwischen England und Holland gütlich beigelegt würden, und lasse anfragen, ob es dem Staat annehmlich, dass Kf. in England deswegen gute officia interponiere, derselbe hoffe, man werde ihm in der Schuldsache keine fernere Beschwerde zufügen, sondern, wenn man gegen die so hell vorgestellte Liquidation noch etwas einzuwenden vermeine, die Sache zum arbitrio unparteiischer Potentaten ausstellen, Kf. wolle nicht länger in dieser Unrichtigkeit stecken.

Was in der oranischen Sache etwa in England zu thun sein sollte, hat er von der verwittweten Prinzessin von Oranien zu vernehmen, zugleich derselben anzuzeigen, dass, wenn die oranischen Räthe fortfahren sollten, dem Kf. Land und Leute abhändig zu machen, derselbe nicht weiter sich des Prinzen werde annehmen können.

Den Duc de York hat er im Namen des Kf. zu complimentieren, ebenso Pfalzgraf Ruprecht, an den ihm ein Schreiben mitgegeben wird.

Da Kf. nicht wünscht, ihn länger dort zu lassen, bis die ihm committierten Sachen zu Ende gebracht sind, so soll er sich dort nach einem Subjectum umsehen, dem Kf. dieselben anvertrauen könnte und der auch bei Hofe einige adresse und Zutritt hätte.

---

[1]) Vgl. über diese Hofeysersche Schuldsache Urk. u. Akt. IV, S. 9 ff., Droysen III, 3 S. 65 ff.

[2]) Lord Clarendon, s. über dessen damalige Stellung Ranke, Englische Geschichte IV, S. 251 ff.

Chr. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Haag 13. August st. vet. 1664.

[Aufträge und Mittheilungen der Prinzessin von Oranien. Gespräch mit de Witt.]

23. Aug. Die Prinzessin von Oranien hat ihm befohlen, Mr. de Zuylichem[1], welcher sich jetzt wegen des Oranischen Gouvernements in Frankreich und der Schuldforderung des Prinzen bei dem Könige von England aufhält, in beiden Stücken Beistand zu leisten und nach dessen Abzuge von dort die Sachen, die sie ihm auftragen würde, zu betreiben. Sie erklärte, weder sie, noch die oranischen Räthe könnten schlechtes Vertrauen zu Kf. tragen, so dass dieser keine Ursache gehabt hätte, ein so scharfes Schreiben hieher abgehen zu lassen, sie hätten nie beabsichtigt, durch verborgene Wege die Geldrische Compromisssache zu treiben.

Mit dem gegenwärtigen Präsidenten der Gen. Staaten, dem Bürgermeister von Gröningen, hat er auf den Rath der Prinzessin nicht geredet, wohl aber mit dem Pensionario Witt. Derselbe erklärte[2], man wüsste zwar noch von keinem Kriege zu sagen, wenn aber England fortfahren würde, diesem Staat über der Linie öffentlichen Abbruch zu thun, so könnten die Sachen leicht zu einer Fehde ausschlagen und man würde auf solchen Fall des Kf. gute officia nicht bei Seite setzen. Goch[3] sollte beauftragt werden, mit ihm in England in guter Correspondenz zu leben. Wegen der Schuldsache liess er sich zwar weitläufig aus, blieb aber ganz bei seinen vorigen und der Provinz Holland Sentimenten.

Chr. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Londen 2./[12.] September 1664[4].

[Audienz beim Könige. Kriegerische Aussichten.]

12. Sept. Er hat noch nicht für rathsam gehalten, mit seiner eigentlichen Negotiation einen Anfang zu machen, sondern hat[5] in der Audienz, die er vor drei Tagen beim Könige gehabt, nur nach den nöthigen Complimenten zu verstehen gegeben, Kf. würde betrübt darüber sein, wenn es zwischen England und Holland zum Kriege käme, sollte ein solcher erfolgen, so wünschte er dem Könige guten Success und hoffte, wenn sich dabei einige gute Gelegenheit ereignen sollte, sein Interesse mit zu befördern und zu verhindern, dass ihm Unrecht zugefügt

---

[1] S. Urk. u. Akt. IX, S. 464.

[2] Vgl. Pufendorf X, § 3 S. 642.

[3] Michael van Goch, holländischer Gesandter in England.

[4] v. Brandt war am $\frac{\text{23. August}}{\text{2. September}}$ in London angekommen, liess sich aber in den ersten Tagen wegen Mangels an guten Kleidern (er hatte Schiffbruch gelitten und dabei sein Gepäck eingebüsst) noch nicht öffentlich sehen.

[5] Vgl. Pufendorf X, § 3 S. 642.

würde, so würde der König dieselbe nicht aus Handen lassen, mit der Bitte ihm zu gestatten, dem Könige an die Hand zu geben, wenn solche Conjunctur eintreten sollte, welches derselbe ihm auch unter Versicherung beständigster Affection zu Kf. freistellte.

Er hat darauf Visiten gemacht und sich auf Kundschaft gelegt und versteht überall, dass so wenig an dem Krieg in Guinea zwischen England und Holland zu zweifeln, als zu glauben stehe, dass die Gen. Staaten zusehen können, dass ihre Westindische Compagnie ganz zu Grunde gerichtet werde. Es ist sicher, dass Cap Verde[1]) und andere Forten eingenommen sind und dass man sie nicht wiedergeben will, ob nun die Holländer das so verdauen werden, davon dependiert der Krieg oder Frieden. Ein Zeichen des Krieges ist auch, dass Pfalzgraf Ruprecht gestern zum General und Admiral in Guinea ernannt worden ist und dass er, wie man sagt, bald mit einer considerablen Force dorthin gehen wird.

Fast überall, wo er hinkommt, fragt man, was Kurfürst mit Holland für Missverständnis habe, woraus er nichts gutes schliessen kann und daher veranlasst wird, desto behutsamer zu gehen.

Chr. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Londen 29. September/[9. October] 1664.

[Mittheilung seines eigentlichen Auftrages an den König und den Herzog von York. Bitte um weitere Verhaltungsbefehle.]

Nachdem er aus der aus dem Haag eingetroffenen Nachricht, dass die Gen. Staaten beschlossen haben, ihre nach Guinea bestimmte Flotte durch den Canal convoyieren zu lassen, und anderen Umständen schliessen müssen, dass die Intriguen und Kriegsverfassungen von beiden Seiten zu nichts friedlichem ausschlagen werden, hat er sich entschlossen, die bewusste Sache nicht länger anstehen zu lassen, und hat[2]) am 21. beim Könige und am 22. bei dem Herzoge von York Audienz gehabt. Dem Könige erklärte er, dass Kf. die zwischen England und Holland entstandenen Misshelligkeiten namentlich deshalb mit Betrübnis vernommen, weil keine bequemere Conjunctur für Frankreich und Schweden sich ereignen könnnte, ihre Absichten auf Flandern und auf die Herrschaft der Ostsee auszuführen. Kf. wünschte gern zur Weghebung dieses Unvernehmens arbeiten zu helfen und bäte den König, bei der Beobachtung seines Interesses wider Holland auch ein Auge auf die Conservation der spanischen Niederlande und der Freiheit der Ostsee zu schlagen. Als der König ihm darauf den Ursprung und Fortgang der Misshelligkeiten mit Holland auseinandergesetzt, sich bei Kf. für sein gutes Erbieten bedankt und gebeten, derselbe möchte im Haag durch seine ministros die Inconvenientien des Krieges 9. Oct.

[1]) S. Lefèvre Pontalis I, S. 326.
[2]) Vgl. Pufendorf a. a. O.; Droysen III, 3. S. 71.

remonstrieren lassen, aber den sinistris interpretationibus, womit man holländischerseits ihn zu beschweren trachte, keinen Glauben schenken, er hoffte, Kf. würde, wenn es zum Kriege käme, ihm besser als dem Gegentheil zugethan verbleiben, hat er erwidert, Kf. müsse beklagen, dass die Sachen zwischen ihm und Holland nicht so ständen, dass der König von ihm viel Wirklichkeiten zu erwarten hätte, und müsse ihn bitten, ihm gegen das Unrecht und die Gewalt, welche ihm von dort her zugefügt würden, beizustehen und ihn so in den Stand zu setzen, dass er künftig England wider die Gen. Staaten Assistenz leisten könnte, und er hat ihm darauf die Schuldsache und das dem Kf. durch Besetzung der clevischen Plätze zugefügte Unrecht auseinandergesetzt, Kf. müsse befürchten, man warte in Holland nur darauf, bis die vermeinte Schuld so hoch gestiegen, dass die Zinsen davon den jährlichen ordinar Gefällen des Herzogthums Cleve gleich kämen, um dann gänzliche Possession dieses Herzogthums zu ergreifen. Kf. ersuche daher den König, falls es zwischen ihm und Holland zum Kriege ausschlagen sollte, nicht eher mit den Gen. Staaten Frieden zu machen, als bis sie dem Kf. Emmerich, Wesel, Rees, Orsoy, Gennep, Bürich und Schenckenschanz wirklich evacuiert und die Provinz Holland ihm eine solenne Declaration, dass sie wegen der 100,000 Rthlr. nichts mehr zu prätendieren habe, ausgestellt hätte. Als weitere Motive hat er angeführt, da Niederland an und für sich nicht reich wäre, sondern nur Butter und Käse hervorbrächte und ohne die Commercien zur See nicht bestehen könnte, so hätte England wie auch alle anderen Nachbaren der Holländer dahin zu sehen, dass jene nicht mehr der angelegenen Provinzen an sich brächten und dadurch zu mächtig würden, ferner, der König hätte sich zu versichern, dass Kf., wenn er des Streits enthoben wäre und die genannten Plätze wieder unter dem Fusse hielte, so bereit und geneigt als mächtig genug sein würde, mit England eine offensive und defensive Allianz zu machen. Der König erwiderte darauf, er wollte sein äusserstes anwenden, Kf. aus diesem embarras zu helfen, es dependierte aber vornehmlich von dem Glück der Waffen und von den französischen Intriguen, er könnte auch nicht absehen, ob ein europäisches Interesse mit auf die Bahn kommen möchte, und wenn solches nicht geschehe, würde es desto schwerer fallen, das Clevische mit einzuschliessen. Er wollte aber sehen, wie die Sachen sich anliessen, und Kf. nicht vergessen, Br. möchte inzwischen ein Memorial aufsetzen und ihm überreichen. Er hat erwidert, er hätte keinen Auftrag, etwas Schriftliches in dieser Sache zu übergeben, wenn dieselbe dadurch auskäme, so wäre es gewiss um Cleve gethan, und hat den König gebeten, nur mit dem Herzoge von York, dem Prinzen Rupert und dem Reichskanzler darüber zu rathschlagen, was derselbe auch versprach.

Der Herzog von York, dem er Tags darauf ähnliche Eröffnungen machte, versprach wegen der clevischen Sache grosse Assistenz und penetrierte in dieselbe weiter als der König.

Br. bittet um Instruktion auf 4 Punkte:

1) ob er wohl gethan, auch wegen Evacution der Plätze anzuhalten, und ob er darin continuieren soll,

2) ob er es wagen soll, ein Memorial in dieser Sache zu übergeben,

3) was er dem Reichskanzler und Milord Cornbury[1]), im Fall die Sache sonst nicht gehen will, offerieren soll,

4) wie er verhüten soll, dass man sich nicht etwa hier dieser Sache bediene, um ihre conditiones besser zu machen, und ihn hernach stecken lasse.

Der Kurfürst an v. Brandt. D. Cöln 26. October/[5. November] 1664.

[auf die Relation vom $\frac{29. \text{ Sept.}}{9. \text{ Oct.}}$ · Verhaltungsbefehle.]

Er ist damit zufrieden, dass Br. seine Negotiation begonnen hat, und mit 5. Nov.
der Art und Weise, wie dieses geschehen. Br. darf in dieser Sache ein Memorial eingeben, doch darf in demselben von Restitution der Städte keine Meldung geschehen und ist auch der Punkt der Schuldforderung so einzurichten, dass, wenn es nicht zur Ruptur kommen oder der Krieg bald niedergelegt werden sollte. die Staaten nicht Ursache bekommen, ihm vorzuwerfen, als hätte er aus dieser ihrer Ungelegenheit lucrieren wollen. Kf. ersuche den König um das Versprechen, diese Sache künftig bei der Friedenshandlung mit unter die Accordspunkte zu stellen und wie seine eigene Sache mit abhandeln zu lassen, im Nothfall ist Kf. auch zufrieden, dass der König erkläre, dass bei der Friedenshandlung die Staaten sich erklären sollen, die Liquidation vor sich gehen zu lassen und über die Differentien arbitros zu leiden. Sollte der König aber das Werk nicht so embrassieren wollen, so bäte Kf. ihn dieses offenherzig wissen zu lassen.

Er soll versichern, dass Kf. zwar dem Könige mit wirklicher Hülfe nicht beispringen könnte, dass er aber überall dessen Sache zu justificieren und dessen Interesse zu befördern sich bemühen, seine Gesandten im Haag dienliche Remonstrationen thun lassen, endlich, wenn dem Könige damit gedient sein sollte, es befördern wollte, dass bei den künftigen Friedenstractaten auch das Reich und in particulari einige Chur- und Fürsten ihr Interesse auf die Bahn brächten. Wegen des Recompenses für den Reichskanzler oder dessen Sohn erwartet er nähere Vorschläge.

Chr. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Londen 28./18. November 1664.

[Absichten und Stimmung in England gegen Holland. Sein vorsichtiges Verhalten. Belohnung für Cornbury.]

Dass man es wegen der Restitution der clevischen Plätze bei der blossen 28. Nov.
mündlichen Erwähnung bewenden lasse, scheint um so rathsamer zu sein, weil mehr und mehr offenbar wird, dass Guinea die Braut ist, worum man tanzt,

[1]) Der Sohn des R. Kanzlers Clarendon.

und dass die Engländer hoffen, dass, wenn nur die Holländer zwei oder drei Bataillen verloren, sie sich der Guineischen Küste und des dortigen Handels begeben werden. Doch besteht eine grosse Verbitterung zwischen beiden Parteien und eine offenbare Animosität und Hass gegen das jetzige Gouvernement in Holland, insonderheit wider den Pensionarium de Witt; sollte deswegen aus diesem Krieg ein Hauptstreich werden und derselbe so glücklich für England ablaufen, dass das Gegentheil zu Kreuze kriechen müsste, kann Kf. sich noch zeitig genug resolvieren, ob er die Restitution nebst Abthuung der Forderung urgieren will, er will deswegen vor seinem Abzuge mit Cornbury solche Abrede nehmen, damit Kf. verständigt werde, wann es Zeit sei von dieser und der andern Sache zu sprechen. Er hat sich bisher sehr vorsichtig gehalten und sich in nichts herausgelassen, woraus man schliessen könnte, was seines Thuns hier sei, obwohl die auswärtigen Ministri, namentlich der holländische und dessen Emissarius Vicquefort sich sehr bemüht, es zu erfahren, er hat allezeit gesagt, Kf. habe ihn nur hieher zurückgeschickt, um einige Sachen, die in seiner Abwesenheit expediert worden, abzufordern und gänzlichen Abschied von diesem Hofe zu nehmen, er hat daher auch dem Könige mitgetheilt, dass Kf. ihn wegen der Sache mit Holland mit einer so schleunigen als gewierigen Antwort zurückerwarte und an seiner Stelle nur einen Agenten hier lassen wolle. Er bittet daher um seine baldige Abberufung und um Zusendung der Bestallung für Amadis v. Wulffen[1]).

Cornbury[2]) wird eine bestimmte Summe semel pro semper angenehmer sein als jährliche Einkünfte eines Amtes, es muss ihm aber nur die Hälfte oder ein Drittel der früher genannten Summe schriftlich versprochen werden, weil die Staatische Schuldsache ohne die Restitution der Städte soviel nicht importiert.

Chr. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Londen 30. December 1664/[9. Januar 1665].

[Audienzen beim Könige und dem Reichskanzler. Gespräch mit Morice, englischer Vorschlag wegen Bildung einer Liga in Deutschland gegen Holland. Bitte um Abberufung.]

9. Jan. In der Audienz, welche er am 7. bei dem Könige hatte[3]), erklärte dieser, es würde ohne einen harten Krieg mit Holland nicht abgehen, er hoffe, das Werk würde ferner so von statten gehen, dass er dem Kf. in dessen Anliegen gegen Holland dienen könnte, er zweifelte nicht, Kf. würde auch seinerseits zu

---

[1]) Kf. hatte denselben zu seinem Agenten in England bestimmt, und derselbe hat dort wirklich in den nächsten Jahren dieses Amt versehen.

[2]) v. Br. hatte $\frac{\text{28. October}}{\text{7. November}}$ vorgeschlagen, Cornbury entweder eine gewisse Summe, etwa 10000 Pfund Sterling (= 45000 Rthlr.), oder eine ansehnliche und nutzbare Charge im Herzogthum Cleve auf Lebenszeit anzubieten.

[3]) Vgl. Pufendorf X, § 5 S. 644.

Beförderung des gemeinen Interesses mit Hand anlegen. Als Br. darauf die Wünsche des Kf. und dessen Erbieten, nach Möglichkeit, wenn auch nicht durch wirkliche Assistenz, das englische Interesse zu befördern, mitgetheilt hatte, befahl ihm der König, den Kf. zu versichern, dass er danach trachten würde, die Waffen gegen Holland so zu führen, dass er bei darauf erfolgender Friedenshandlung dem Kf. aus dieser Unrichtigkeit helfen möchte, weil aber alles vom glücklichen Success des Krieges dependierte und ohne äussersten Zwang von den Gen. Staaten nichts zu erhalten sein würde, so bemühte er sich an den meisten Höfen, ihnen desto mehr zu schaffen zu machen, er hoffte, Kf. würde auch mit Rath und That dazu helfen, derselbe könnte sich ohne Gefahr mit den Kurfürsten und Fürsten sonderlich im Westfälischen Kreise, die mit Holland streitig, verbinden und dieses conjunctis consiliis et viribus angreifen, er wollte diese Liga gern befördern helfen, hätte Downing[1]) schon deswegen Ordre gegeben und verspräche, ohne ihre Inclusion weder zu tractieren noch zu schliessen.

Br. erwiderte darauf, es würde schwer sein, soviel Köpfe unter einen Hut zu bringen, zumal da der Westfälische Kreis in sich selbst uneins, ausserdem könnte Kf. ohne augenscheinliche Gefahr sich keines Krieges unterwinden, die Staatischen Garnisonen in Cleve wären ihm im Wege, er hätte keinen Fuss auf dem Rhein, seine anderen Lande wären zu weit abgelegen, K. Cöln, Neuburg und Münster grenzten nicht so nahe wie er an Holland, könnten daher den Kopf allezeit aus der Schlinge ziehen und ihn das Bad allein ausbaden lassen, dazu fingen auch die Schweden wieder an sich zu movieren; wenn dem Könige aber damit gedient wäre, dass bei dieser Gelegenheit und künftigen Friedenstractaten das Reich und in particulari einige Kurfürsten und Fürsten ihr Interesse auf die Bahn brächten, so wollte Kf. solches befördern. Dieses war dem Könige sehr angenehm und er bat, Kf. möchte sich besonders bei dem Kaiser und dem Westfälischen Kreise dahin bemühen, erbot sich auch, zwischen Kf. und Pfalz-Neuburg ein gutes Vernehmen zu stiften, erkundigte sich auch, ob die Fortification von Calcar schon zu Ende gebracht wäre. Als Br. sich darauf entfernen wollte, rief er ihn zurück und befahl ihm, dem Kf. für gewiss zu versichern, dass er entschlossen wäre, die Waffen mit Gottes Hülfe so lange zu führen, bis er dem Prinzen von Oranien wieder aufgeholfen hätte, puis qu'il estoit engagé par honneur de prendre en ce poinct entierement le contrepied de Cromwel, er hätte dieses dem staatischen Ambassadeur rundaus zu erkennen gegeben, fragte, wie man am besten den Pensionarius de Witt und seinesgleichen beim Volk in Holland verdächtig machen könnte, worauf Br. rieth, den Krieg länger zu continuieren und, wenn es eine Zeit gewährt und die Holländer einige Bataillen und einen guten Theil ihrer Commercien verloren hätten, kund zu machen, dass de Witt und seine Adhärenten aus Hass wider den Prinzen zum Krieg incliniert hätten und an allem Unheil schuldig wären, welchen Vorschlag der König anscheinend approbierte.

[1]) Englischer Gesandter in Holland. Vgl. Urk. u. Akt. XI, S. 515.

Da der König von ihm kein Memorial begehrte und er so die Hoffnung schöpfte, sich vollends mündlich expedieren zu können, so ist er schon am folgenden Morgen zu Cornbury gegangen, hat demselben die Ursachen entdeckt, warum er die ausführliche Unterredung mit dem Reichskanzler jetzt zu halten wünsche, und ihm die bewusste Obligation überreicht, die derselbe aber zurückwies, mit der Entschuldigung, Kf. hätte dem Könige soviel gutes gethan, dass er sich zu gering schätzen müsste, auf solche Art von demselben etwas zu hoffen, er wollte sich in des Kf. Sachen, namentlich in Brandts Abwesenheit, sorgfältig und fleissig zeigen und, wenn dieselben nach Wunsch ausschlügen, dankbar annehmen, was Kf. ihm dann schenken würde. Er beharrte auch, obgleich Br. ihm die Obligation zum öfteren wieder antrug, bei seiner Weigerung, doch will Br. ihm dieselbe noch einmal anbieten und, falls er sich nochmals weigern sollte, dem Reichskanzler davon Mittheilung machen.

Cornbury führte ihn darauf zu dem Reichskanzler, der ihm auch sogleich Audienz ertheilte und, nachdem er die Staatische Schuldsache und Evacuation der clevischen Städte recommendiert hatte, erklärte, er wüsste wohl, was sein König und er dem Kf. schuldig wären, und versicherte, wenn der Krieg nach Wunsch abliefe, so sollte Kf. vollkommene Vergnügung erhalten, er müsste aber demselben zwei Dinge vorhersagen: 1) Kf. würde bei künftiger Friedenshandlung den Sachen, welche die Ehre und das Interesse des Königs, der englischen Nation und des Prinzen von Oranien beträfen, den Vorzug lassen müssen, es müsste womöglich das dominium maris britannici und was daran hinge, der Heringsfang, die Visitation der Schiffe und die Begleitung derselben durch den Canal unter englischer Escorte, behauptet werden, ferner könnte der König ohne Versicherungsplätze und ehe er wegen des Ost- und Westindischen Handels mit Holland Richtigkeit getroffen, keinen Frieden machen; wegen des Prinzen von Oranien müsste der König nicht nur danach trachten, das umzustossen, was Cromwell gestiftet hätte, sondern auch den Prinzen ganz in den Sattel zu setzen; 2) Kf. müsste des Handels zwischen England und Holland sich mit theilhaftig machen, damit der König bei den Tractaten zu Frankreich, dem Parlament und den Gen. Staaten sagen könnte, dass er engagiert wäre, ohne Kf. nicht zu schliessen. Wenn Kf. mit anstehen wollte, so würde der König auch Ehren halber as a king and a gentleman so fest auf des Kf. als auf seinem eigenen Interesse bestehen. Auf Br.'s Frage, was er darunter verstände, Kf. solle sich des Handels mit theilhaftig machen, durch öffentlichen Krieg könne solches nicht geschehen, antwortete er, er wüsste dieses wohl, die Gen. Staaten aber hätten das Reich und etliche Glieder desselben beleidigt, der Bischof von Münster hätte Lust zum Handel, K. Cöln und Pfalz-Neuburg würden auch wohl mit an den Tanz zu bringen sein, wenn Kf. sich mit ihnen conjungieren wollte, würden sie alle gewiss von den Gen. Staaten vollkommene Satisfaction bekommen, Kf. dürfte sich nicht präcipitieren, er könnte warten, bis sich England und Holland wirklich bei den Ohren zögen, alles nach reifer Ueberlegung anfangen und wenigstens sich bemühen, eine Liga gegen Holland zu machen, damit man sehen könnte, dass er die Hand mit im Werke hätte. Br. hat ihm darauf die Gefahr, der Kf. sich so aussetzen würde,

vorgestellt, ihn aber versichert, Kf. würde sonst des Königs Interesse befördern, namentlich sich bemühen, dass das Reich und in particulari einige Stände desselben, die mit Holland nicht wohl ständen, ihr Interesse bei dieser Gelegenheit auf die Bahn brächten und dem Könige recommendierten, worauf jener erwiderte, das wäre der rechte Weg, dadurch könnte der König, der ohne das beabsichtige, einen ministrum nach Teutschland zu senden, desto füglicher mit eintreten und zu Beförderung solcher Verbündnus schreiten. Kf. könnte inzwischen zusehen, wie der Krieg verlaufe, Cornbury solle mit Br. und Downing mit des Kf. Ministern im Haag gute Correspondenz pflegen.

Am folgenden Tage hat er auch den Secretarius Morice besucht, der ihm viel von einem Bündnis des Westfälischen Kreises gegen Holland vorsagte und behauptete, Kf. liesse durch Blaspiel schon daran arbeiten, dem er aber, da er ihm nicht traut, nur geantwortet hat, Kf. würde versuchen es dahin zu bringen, dass diejenigen Stände des Reichs, die mit Holland streitig wären, sich bei dem Könige bei jetziger Conjunctur angeben möchten.

Br. bittet, ihn je eher je lieber von hier abzuberufen, da er doch hier vorläufig nichts weiter wird ausrichten können, und um so zu verhüten, dass die Gen. Staaten Jalousie schöpfen.

Chr. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Londen 23. Januar/[2. Februar] 1665.

[Die angehaltenen Schiffe des Kf.; seine bisherigen vergeblichen Bemühungen um ihre Freilassung.]

Aus beiliegendem Schreiben des Lucas Adrian Bock[1]), das er vorges- 2. Febr.
tern erhalten, wird Kf. ersehen, wie widerlich es demselben mit seinen beiden Schiffen ergeht. Er ist sofort zum Staatssecretär Morice gegangen, weil dieser einer von den Commissaren ist, die über die aufgebrachten Schiffe und Güter sprechen, und hat im Namen des Kf. gegen dieses demselben zugefügte Unrecht

[1]) In demselben (d. Falmouth 15./25. Januar 1665) berichtet derselbe, dass er auf der Fahrt von Norwegen nach Cadix mit den beiden kurfürstlichen Schiffen wegen widrigen Windes und Havarie in den Hafen von Falmouth habe einlaufen müssen, dass aber der dortige Gouverneur in dem Verdacht, dass es holländische Schiffe wären, sie arretiert hätte, bis er an den König und den Herzog von York berichtet und von diesen Antwort erhalten hätte, und bittet, v. Br. möchte sich bei diesen um ihre Freilassung bemühen. — Nach einem von Joachim Hübner verfassten, vom $\frac{23. \text{ April}}{3. \text{ Mai}}$ datierten zusammenfassenden Berichte über die Schicksale der beiden Schiffe waren diese, „das Herzogthum Cleve“ und „die Grafschaft Marck“ unter den Kapitänen L. A. Bock und Lorenz Rock am 20./30. November 1664 von Horn in Holland nach Norwegen gefahren, hatten dort in Trompsund auf Befehl des Kf. 4000 Stück Bretter gekauft und eingeladen, waren dann am 4/14. Januar 1665 nach Spanien abgesegelt und am 13./23. Januar in den Hafen von Falmouth eingelaufen.

protestiert, hat aber von ihm zur Antwort erhalten, man hielte sie für holländische Schiffe, die sich nur mit des Kf. Namen behülfen und ihre Pässe erschlichen hätten, man wäre hier gewaltig kitzlich, und er würde den ordentlichen Process deswegen in der Admiralität abwarten müssen. Da ihm bekannt, dass man hier auch andere neutrale Schiffe aufgebracht und mit was für unerdenklichen Ränken man gegen sie und sonst in allen Dingen verfährt, ist er noch zu einigen gegangen und hat noch härter protestiert. Einige sind ihm ziemlich begegnet, andere aber fielen mit der Thür ins Haus und sagten, sie könnten ihm so schlechter Dinge nicht glauben, weil die Ambassadeurs, Residenten und Agenten sich gar oft in dergleichen Durchstechereien und Unterschleife einmischten; alle wollten schwören, die Holländer steckten drunter und die Sache müsste aus dem Grunde untersucht werden. Er hat heute dem Herzoge von York und dem Reichskanzler die Sache vorgetragen, von dem ersten aber nur eine höfliche dilatorische Antwort erhalten, der R. Kanzler versprach ihm seine Hülfe und rieth ihm, je eher je besser mit dem Könige zu sprechen und ein Memorial einzugeben. Bock und der andere Capitän scheinen sich etwas verschnappt oder in ihren Reden nicht übereingestimmt zu haben, ferner erregt Argwohn, dass die Schiffe in Holland neu gebaut und mit holländischen Bootsleuten besetzt sind, dass sie aus Holland kommen und dass man nicht zusammenreimen kann, dass Kf. sollte Kriegsschiffe bauen lassen, um sich derselben als Kaufmannsschiffe zu gebrauchen, und dass sie noch von keinen k. brandenburgischen Kriegsschiffen gehört haben, man schliesst daraus, es müssten Holländer sein, zumal da diese vielfach versuchen, sich heimlich um Schottland und durch den Canal zu schleichen, um ihre Macht in der mittelländischen See und westwärts zu verstärken. Alle seine Einwendungen dagegen sind umsonst, die Leute sind unglaublich argwöhnisch, daneben ist nicht zu glauben, was für Ungerechtigkeiten und Griffe in dergleichen Sachen vorkommen. Er räth daher, Kf. möchte eigenhändig an den König und Fürst Anhalt an den Herzog von York deswegen mit Benennung der Schiffe und ihres Desseins schreiben, auch durch die geheime Kanzlei Schreiben an Prinz Ruprecht und an den R. Kanzler ergehen lassen [1]).

Chr. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Londen 30. Januar/[9. Februar] 1665.

[Schwierigkeit, die angehaltenen Schiffe des Kf. frei zu bekommen.]

9. Febr. Auf sein Memorial hat er noch keine Antwort erhalten, unter der Hand hört er, dass dieses in des Königs innerstem Rathe werde vorgenommen wer-

[1]) Kf. sendet daraufhin (d. Cöln 11./[21.] Februar 1665) an v. Br. sofort ein, aber der Eile wegen nicht eigenhändiges Schreiben an König Karl, sowie ein Schreiben des Fürsten von Anhalt an den Herzog von York mit dem Befehl, dieselben zu übergeben und zu versichern, dass Kf. diese Schiffe auf seine Kosten habe

den, und ist nur zu wünschen, dass sie von dort nicht an das Gericht der Admiralität transferiert werde. Der Argwohn des ganzen Hofes, dass die Schiffe einigen Holländern gehören, ist so tief, dass es ihm unmöglich ist, denselben zu beseitigen. Wenn er auch auf alles nach seinem besten Wissen geantwortet, fragen sie ihn doch immer, warum Kf. keine Pässe vom Könige auf diese Schiffe begehrt habe. Cornbury hat ihm vertraulich mitgetheilt, man bilde sich am Hofe ein, die Prinzessin von Oranien stecke mit darunter, diese hätte einigen Holländern zu gefallen die Pässe von Kf. zu Wege gebracht, weswegen der König und der Herzog von York übel auf sie zufrieden wären, und er weiss nicht, was er dem entgegen thun soll.

Es ist eine chatouilleuse Sache, er hat mit Leuten zu thun, bei welchen immer ein Argwohn aus dem anderen fliesst, sie sind daneben stolz, aufgeblasen und zugriffisch und das schlimmste ist, dass der Herzog von York darin am meisten interessiert ist, weil die in den Häfen angehaltenen und preil gemachten Schiffe ihm zukommen. Er erwartet daher sehnlichst des Kf. eigenhändiges Schreiben, sollte auch dieses nichts fruchten, so räth er, einen Expressen, etwa M. Pelnizen[1]), zu senden, denn er selbst fürchtet, wenn er zu hart sprechen sollte, sich untüchtig zu machen, dem Kf. in der bewussten Sache Dienste zu erweisen. Er räth ferner, wenn die Schiffe frei kommen sollten, sie hieher kommen, hier ihre Ladung verkaufen und dann nach Pillau sich wenden zu lassen, denn, wenn sie nach der Strasse weiter gehen sollten, so wird man ihnen immer mit Misstrauen nachsehen und sie werden ausserdem in grosser Gefahr von den Türken her sein.

Chr. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Londen 3./[13.] Februar 1665.

[Günstige Aussichten auf Freilassung der angehaltenen Schiffe. Garantie des Olivaer Friedens. Aeusserungen des R. Kanzlers.]

Der König und der Reichskanzler haben sich der Sache angenommen 13. Febr.
und befohlen, dass man ihm mit aller Höflichkeit begegnen und diese Sache schleunig erledigen solle, darauf haben denn die Obercommissarien ihren Untercommissarien und dem Gouverneur von Falmouth den Befehl zugehen lassen, die beiden kurfürstl. Capitains frei zu lassen und ihnen frei zu stellen, hierher zu kommen. Er wird ihnen sogleich schreiben, sie sollten schleunigst mit allen ihren Briefen und Documenten hieher kommen, er kann sie aber nicht eher als in 14 Tagen erwarten und ist die Zeit, der gute Wind und die grossen Kosten, welche die Sache bereiten wird[2]), zu bedauern. Falls er Schadenersatz fordern

---

bauen und mit seinen Waaren beladen lassen und dass sie den Holländern durchaus nicht zukämen; er hoffe, man werde daraufhin mit der Restituierung derselben keine Schwierigkeit machen.

[1]) Der Oberstallmeister des Kf. Gerhard Bernhard v. Pölnitz.

[2]) Nach einer späteren Berechnung v. Br.'s hat derselbe für diese Schiffe 90 Pfund (405 Rthlr.) vorschiessen müssen.

würde, würde man ihn nur auslachen, der französische Gesandte und der dänische Resident haben in ähnlichen Fällen auch nichts erreichen können.

Die Garantie des Olivischen Friedens hat er nun in Händen, er glaubt aber, nachdem er bei gegenwärtiger Conjunctur erkannt, dass man von diesem Hof wenig auf Freundschaft und Dankbarkeit zu hoffen, dass Kf. wenig Staat darauf wird machen können. Auch Dänemark ist darüber, dass dieser Hof jetzt im Gegensatz zu seinen früheren Erklärungen Schweden die Garantie des letzten Kopenhagener Friedens angeboten hat, sehr erbittert.

Ueber den Reichskanzler hat er sich nicht zu beklagen, in seiner letzten Audienz vor 3 Tagen redete derselbe noch ziemlich annehmlich von des englischen Königs und des Kf. gemeinem Interesse wider Holland und bat, Kf. möchte sich namentlich bemühen, dass die Kurfürsten von Mainz und Trier mit dem Westfälischen Kreise anstünden. Pfalz-Neuburg, behauptete er, negociiere hier nichts, es ginge aber ein Gerücht, dass ein envoyé der drei geistlichen Kurfürsten hieher unterwegs sei; auf die Conferenz zu Xanten[1]) schien er stark zu reflectieren.

Der Kurfürst an v. Brandt. D. Cöln an der Spree 15./[25.] Februar 1665.

[Uebersendung eines eigenhändigen Schreibens an den König wegen Freigebung der Schiffe. Androhung von Repressalien.]

25. Febr. Kf. hofft, v. Br. werde sein vor drei Tagen abgelassenes Rescript[2]) nebst dem Schreiben an den König erhalten haben und es werde darauf gute Resolution erfolgt sein, er sendet jetzt zum Ueberfluss noch ein eigenhändiges Schreiben an den König, welches v. Br. übergeben und auf die Restitution der Schiffe dringen soll.

Dafern aber allen Euren Remonstrationen und angewandten Fleiss ungeachtet zur Relaxation unsrer Schiffe man sich nicht verstehen wollte, so könnet Ihr wohl zu verstehen geben, dass wir hieraus nun gnugsam verspürten, wie man unsere Freundschaft aestimirte, und wir dahero veranlasset würden, in unseren consiliis bei itzigen Conjuncturen andere mesures zu fassen und sehen, wie wir anderwerts unserem Schaden nachkämen, gestalt wir dann albereits bei vorgestriger Preussischer Post ordre dahin ergehen lassen, alle englische Schiffe und Waaren in Arrest und Beschlag zu nehmen, welche dann sowohl als die noch künftig da anlangen werden ehe nicht erlassen werden sollen, als bis wir erfahren, dass man uns die unsrige losgegeben habe. —

---

[1]) S. Urk. u. Akt. XI, S. 519.

[2]) S. oben S. 624 Anm. 1.

Chr. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Londen 17./27. Februar 1665.

[Freilassung der Schiffe. Englische Forderung, dass Kf. gegen Holland vorgehe.]

Des Kf. beide neue Schiffe sind nun soweit wieder frei, dass er morgen nur noch um einen Befehl an den Gouverneur von Falmouth, dieselben nicht aufzuhalten, zu bitten braucht. Der König, Herzog von York, Prinz Rupert und Staatssecretär Bennet haben des Kf. Pässe und commissiones selbst vorgenommen, darauf hat der König sogleich befohlen, sie wieder loszugeben, und der Herzog von York hat von selbst gegen ihn in des Königs Antichambre die Sache entschuldigt [1]). 27. Febr.

---

[1]) Die beiden Schiffe haben auch weiter sehr üble Schicksale zu erleiden gehabt. Nach jenem Berichte Hübners (s. oben S. 623) segelten sie, nachdem v. Brandt ihre Freilassung bewirkt, am $\frac{29.\ \text{März}}{8.\ \text{April}}$ 1665 von Falmouth ab, kamen glücklich nach Cadix, verkauften dort die Holzladung, segelten dann nach Alicante, nahmen dort Salz ein und kehrten nach Cadix zurück. Dort durch ungünstigen Wind aufgehalten nahmen sie allerhand spanische und flandrische Waaren (Silber, Cochenille, Indigo und Tabak) von einigen flämischen Kaufleuten ein, um dieselben nach Ostende zu bringen, wurden aber auf der Fahrt dorthin am 21./31. Juni 1665 an der englischen Küste bei Lizard von fünf englischen Kreuzern angehalten und nach Plymouth gebracht. Dort wurden alle Kisten und Kasten versiegelt, die Kapitäne und eine Anzahl Leute verhört und darauf deren Aussagen nebst allen in den Schiffen und bei jenen gefundenen Papieren an den Admiralitätsrath in Salisbury geschickt. Inzwischen hatten sich die beiden Kapitäne, da v. Brandt nicht mehr in England anwesend war, an den dänischen Residenten Simon de Petkum gewendet, dieser nahm sich ihrer eifrig an und bewirkte den Erlass einer königlichen Ordre an die Ober-Commissarien über die Prisen, die Schiffe mit ihrer Ladung frei zu lassen. Trotzdem wurden sie am $\frac{22.\ \text{August}}{1.\ \text{September}}$ von zwei Richtern für gute Prisen erklärt, weil sie in Gesellschaft holländischer Schiffe gesegelt wären und samt den Gütern Unterthanen der Vereinigten Provinzen gehörten. Auf erneute Remonstrationen Petkums am Hofe erging 5./15. September von den Königl. Principal-Commissaren der Prisen an die Unter-Commissare in Plymouth die Ordre, die Schiffe mit dem dem Kf. gehörigen Salze freizulassen, die anderen Waaren aber sollten condemniert bleiben. Diese Ordre aber wurde den Kapitänen zunächst garnicht mitgetheilt und kam, obwohl nun auch der Agent des Kf. Am. v. Wulffen sich ihrer annahm, nicht zur Ausführung, vielmehr erging sogar am 11./21. October ein neues königliches Edict, wonach das Salz in den Schiffen dort in Plymouth meistbietend verkauft werden sollte; dieses wurde allerdings nicht ausgeführt, aber am 5./15. December alle anderen Waaren aus den Schiffen genommen und zwei Prisenverwahrern übergeben. Da nun Kapitän Bock und v. Wulffen einsahen, dass doch in der Sache bei Hofe nichts würde ausgerichtet werden können, da damals der König Sir Walter Vane (s. Urk. u. Akt. XI, S. 675 ff.) an Kf. abschickte „und zuvor erwarten wollen, wie es mit dessen Verrichtung ablaufen würde", so machte sich Bock bereit, falls wirklich das kurfürstliche Salz angegriffen werden sollte, sich davon zu machen und dem Kf. Bericht zu erstatten, am

In der Hauptsache, die er zu negotiieren gehabt, geht man hier weiter als vorher und begehrt von ihm zu wissen, ob Kf. nichts avanciere, ob noch nichts vorgehe, worauf man sich hier zu verlassen, und ob Kf. nicht bald auf einen guten Grund nach Cleve kommen werde, so dass ihm Angst und bange wird. Er bittet um seine schleunige Abberufung, damit Kf. so Zeit gewinne und später durch ihn oder einen anderen dem Könige kund thun lasse, was er bei den anderen zu Wege gebracht, und daneben die schon von ihm vorgebrachten Entschuldigungen und noch andere, Schweden betreffend, allegieren lasse[1]).

---

b. Sendungen Lucas v. Achens. März—Juli 1666.

Lucas von Achen an den Kurfürsten. D. Cleve 8. April 1666.

[Erwiderung des englischen G. Kanzlers auf seine Mittheilungen.]

8. April. Auf Befehl des Kf. vom 10. Februar[2]) hat er sich in der Suite des Chevalier Sir Walter Vane[3]) nach England begeben, durch Vane ist er bei dem G. Kanzler eingeführt worden und hat bei demselben in dessen Gegenwart

---

$\frac{\text{23. December}}{\text{2. Januar}}$ 1666 wurde ihm aber plötzlich jene königl. Ordre vom 15./25. September zugestellt, „vermuthlich darum, dass der Königl. Envoyé einige Vertröstung von Verhinderung der Kurfürstl. Allianz mit den Staaten gegeben, wenn die Schiffe bald relaxiert würden“ (auch die vom Kf. gegen zwei englische Schiffe angewandten Repressalien, s. Urk. u. Akt. XI, S. 677, werden wohl mitgewirkt haben), drei Tage darauf wurden dieselben freigelassen und den Kapitänen gestattet, nach Bezahlung aller Unkosten abzusegeln, was diese auch am 15./25. Januar thaten. Sie langten $\frac{\text{22. Januar}}{\text{1. Februar}}$ 1666 auf der Rhede von Ostende an, wurden aber durch Sturm genöthigt nach Seeland zu segeln, wo sie auf Befehl des kurfürstl. Factors liegen blieben. Der Schaden, den Kf. auf diese Weise durch die Detention und Spoliierung der Schiffe in England erlitten, betrug nach der Berechnung der Kapitäne 237030 Gulden 15 Stüber ohne die aus den Schiffen genommenen spanischen und flämischen Güter.

[1]) Kf. übersendet an v. Br. (d. Cöln an der Spree 7./17. März 1665) zwei Dankschreiben an den König und an den R. Kanzler wegen Freilassung der Schiffe und befiehlt ihm zurückzukehren. Seine Abreise ist dann aber durch Geldmangel bis zum Juni verzögert worden; das Recreditiv König Karls II. für ihn ist datiert Whitehall $\frac{\text{25. Mai}}{\text{[4. Juni]}}$ 1665.

[2]) Dieses Rescript, welches jedenfalls auch die Instruction für Achen enthalten hat, fehlt in den Akten, dieselben enthalten aber ein Schreiben des Kf. an den R. Kanzler Clarendon, worin er bei diesem seinen Sekretär Lucas v. Achen beglaubigt, den er nach England schicke, um, bis er einen seiner Räthe an den König abschicken werde, dem Kanzler die Ursachen seines Tractats mit den Niederlanden mitzutheilen. Vgl. Pufendorf X, § 19 S. 657 f., Urk. u. Akt. II, S. 356.

[3]) S. Urk. u. Akt. XI, S. 675 ff.

Audienz gehabt. Nachdem er auf Grund seiner Instruktion die Ursachen angeführt, warum Kf. nicht länger habe in der Neutralität bleiben können, sondern bewogen worden, die alte Freundschaft und Alliance mit den Gen. Staaten zu continuieren[1]), und des Kf. Mediation zur Hinlegung der Streitigkeiten zwischen der Krone England und den Gen. Staaten präsentiert, erwiderte der G. Kanzler, er könnte nicht verstehen, dass man ihnen schöne Worte gäbe, ihren Feinden aber Hülfe leistete und gleichwohl vorgeben wollte, dass man die bisher gepflogene Freundschaft und Allianz nicht verletzt, dieses wären wider einander streitende Sachen und sollte man die Engländer nicht für so einfältig halten, dass sie solches nicht begreifen könnten. Sein König hätte zu Kf. das festeste Vertrauen gehabt, er glaubte, dass derselbe übel gerathen wäre. Er wünschte, Weimann[2]), der die Alliance[3]) habe machen helfen, lebte noch, er könnte auch wohl spüren, dass Brand nicht bei Hofe wäre, er hätte dieses alles schon gemuthmasst, als derselbe abberufen worden sei und Kf. sich bald darauf nach Cleve erhoben habe, doch hoffte er, Holland würde dereinst Frieden mit England machen, und würden dann die Alliierten der Holländer die Rechnung, die sie sich gemacht, vielleicht nicht finden.

Auf die erste angeführte Ursache, dass Kf. Assistenz zu Unterhaltung seiner Armee nöthig gehabt, erwiderte er nur, es wäre nicht wohl gethan, dass der König von Spanien dem Kf. nicht die zugesagten 100 000 Rthlr. jährlich entrichte[4]).

Was man wegen des Prinzen von Oranien vorgebe, wäre von keinem Gewicht, denn er glaubte, dass diese Allianz mit Holland dem Prinzen mehr schaden als nützen werde.

Die secrete Intelligenz, welche einige Römisch-catholische[5]) gehabt, betreffend sagte er, dass er solche nicht glauben, noch sich einbilden könnte, dass man einen Religionskrieg hieraus sollte haben machen wollen. Zudem hätte nicht sein König den Bischof, sondern dieser den König gesucht und hätte derselbe eine gute und gerechte Sache.

Wenn gesagt würde, wenn Kf. die widrige Partei angenommen, so hätte er in Gefahr gestanden, das Fürstenthum Cleve zu verlieren, so glaube er gerade im Gegentheil, wenn Kf. sich mit England conjungiert hätte, würde er besser sein Land conserviert und leichter seine dortigen Städte recuperiert haben, denn was Holland nun gezwungen nicht thäte, würde es hernach, wenn die Noth vorbei, noch weniger thun.

---

[1]) Die Allianz mit Holland vom 6./16. Februar 1666 (Dumont VI, 3. S. 86 ff.), vgl. Urk. u. Akt. XI, S. 625 ff.

[2]) Der Clevische Kanzler und Geh. Rath Daniel Weimann, den Kf. im März 1661 zusammen mit dem Fürsten Johann Moritz von Nassau nach England geschickt hatte (s. Urk. u. Akt. IX, S. 492 ff.), derselbe war 29. October 1661 (s. ebendas. S. 561) gestorben.

[3]) Die Allianz mit England vom 20. Juli 1661 (Pufendorf IX, § 27 S. 563 ff.), vgl. Urk. u. Akt. IX, S. 537 ff.

[4]) S. Urk. u. Akt. XI, S. 299.

[5]) Vgl. Urk. u. Akt. XIV, 1. S. 221. 224 f.

Vorher mit Kf. zu communicieren, wäre der Bischof nicht obligiert gewesen; er könnte nicht sehen, dass es so bald mit dem Bischof gethan sein würde; man würde die Sache viel schwerer finden, das Reich würde die Unterdrückung des Bischofs nicht zulassen.

Mit der angebotenen Mediation wäre es jetzt, nachdem Kf. Partei genommen und sich zu des Königs Feinden geschlagen, zu spät, er wüsste auch nicht, wie er solches verstehen sollte, doch würde man sich weiter erklären, wenn ein Envoyé des Kf. wieder nach England kommen und dem Könige seine Satisfaction geben würde [1]).

Lucas von Achen an den Kurfürsten. D. Cleve 8. April 1666.

[Aeusserungen Clarendons über die Prinzessin von Oranien.]

8. April. Bei seiner Abschiedsaudienz hat ihm der G. Kanzler noch gesagt, er wäre vom Könige beauftragt mitzutheilen, dass dieser es sehr hoch empfinde, dass die Prinzessin von Oranien [2]) so unfreundlich mit ihm handelte und ohne mit ihm zu communicieren sich allein der Sache des Prinzen annehme, sie würde besser gethan haben, sich mit diesen Händeln garnicht zu befassen, sie würde erfahren, dass sie des Prinzen Sache nur verschlimmert hätte, denn ohne sein Zuthun und ausser künftigen Tractaten mit Holland werde der Prinz schwerlich

---

[1]) Das Recreditiv Lord Clarendons für L. v. Achen (d. London 7./[17.] März 1666) lautet: Litteras, quas ad me scribere dignata est Celsitudo vestra Electoralis die 19° Febru., accepi et, quae Dominus Lucas de Achen Cels. V.rae Secretarius Ejusdem nomine fidei meae commisit, Domino meo Regi diligenter exposui. Sed Cels. V.rae celare non debeo Ma.ti Suae praeter spem et inopinatum accidisse, ut Cels. V.ra Electoralis foedere cum hostibus Belgis jungeretur bellumque inferret confoederato Principi Domino Episcopo Monasteriensi, cujus ope Hollandos ad aequas etiam utilesque Cels.ni V.rae Elect.li conditiones adducere in animo habuit sua Mai.tas, adeoque non solum amicitiae, quam diu cum Cels.ne V.ra Elect.li institutam summa religione colere nunquam destitit Dominus meus Rex, defuerit, sed etiam Tractatus leges, quem cum Eadem habet Sua Ma.tas et Ablegati, qui in hac aula olim versatus est, promissa violaverit. Quod vero allegatur, in rem esse Ser.mi Principis Auriacensis nepotis quae aguntur, id plane secus esse judicat Sua Ma.tas. Sed dudum quae ad Domum Auriacam attinent inconsulta aliquando et abnuente Sua Ma.te transiguntur, nec in ea, quae constituta sunt in Gallia, consensisse Cels.em V.ram Elect.lem existimat Sua Ma.tas. Haec fusius Cels.ni V.rae Elect.li refert praedictus D. Secretarius, cum quo, ut mea fert consuetudo, aperte ingenueque egi, optoque, ut consiliarius, quem ad Dominum meum Regem ablegare constituit Cels.do V.ra Elect.lis, meliora et pristinae conjunctioni magis consentanea apportet, ne Potentissimi Regis Regnique amicitiam fictis et ad tempus compositis confoederatorum Belgarum blanditiis posthabuisse videatur Cels.do V.ra Elect.lis.

[2]) Die Princesse Douarière Amalie, Grossmutter des Prinzen Wilhelm von Oranien. S. über die damaligen Schritte derselben in der Vormundschaftsangelegenheit Aitzema V, S. 790 ff., Wicquefort III, S. 286 ff., Droysen III, 3. S. 98.

hergestellt werden. Der König glaubte nicht, dass Kf. sich sollte persuadieren lassen, de Witt und der Prinz könnten sich jemals gründlich versöhnen, noch dass Kf. in allen Händeln der Prinzessin, welche ihr eigen privat Interesse und nicht das des Prinzen dabei suche, Part hätte oder deren Actionen gänzlich billigte, wiewohl er, der G. Kanzler, sonst glauben müsste, dass sie grosse Influenz in des Kf. consilium hätte, er wünsche, dass sie zu anderen Zeiten dem Kf. heilsamere consilia geben möchte.

Memoriale, wornach unser — Secretarius Lucas von Aken sich zu achten. D. Cleve 25. Juni 1666.

[Dem G. Kanzler zu machende Mittheilungen: Beabsichtigte Sendung v. Brandts nach England, Friedensvermittlung, der Prinz und die Prinzessin von Oranien.]

Er soll sich förderlichst nach England begeben, in London angekommen 25. Juni.
sich um Audienz beim G. Kanzler bewerben, vorher aber sich beim Chevalier Vane angeben, denselben von seiner Commission unterrichten und dessen Unterstützung erbitten.

Dem G. Kanzler hat er Anzeige von dem glücklich abgeschlossenen Frieden[1]) zu machen, durch welchen der Bischof von Münster glücklich den ihm drohenden Gefahren entronnen und das Reich wieder in Ruhe und Sicherheit gebracht sei, und ihm mitzutheilen, Kf. betrübe es sehr, dass England und Holland, die Säulen der wahren reformierten Religion, noch in so heftigem Kriege gegen einander verharrten, Kf. beabsichtigte, jemand seiner Räthe nach England zu schicken, um dem Könige die grosse Gefahr, in welche die reformierte Religion und des gemeinen Wesens Wohlfahrt bei Fortsetzung dieses Krieges gesetzt werde, vorzustellen und seine guten officia anzubieten, v. Brandt, den er dazu bestimmt, sei bisher anderwärts verwendet gewesen, er habe ihn aber nun schleunigst hieher beordert, ihn, den Secretarius, habe Kf. vorausgeschickt, um dort namentlich dem G. Kanzler seine Intention bekannt zu machen. Kf. hätte aus Holland die gewisse Nachricht, dass nach dem letzten Rencontre[2]) sie zwar überaus starke praeparatoria zu Continuation des Krieges machten, er merkte aber, wie insgemein grössere Inclination als jemals zum Frieden wäre. Er soll vorstellen, dass vielleicht niemand ohne weniger Interesse und particular Absehen in dieser Sache arbeiten würde als Kf.

Sollten ihm darauf wie neulich objectiones gemacht und vorgehalten werden, Kf. hätte mit ihren Feinden enge Allianzen aufgerichtet, so hat er auseinanderzusetzen, welche Gründe Kf. zum Abschluss dieser Allianz getrieben hätten, welche nicht im geringsten wider den König, noch zum Präjudiz seiner Allianz

---

[1]) Der Friede von Cleve vom 18. April 1666 (Dumont VI, 3. S. 106ff.). Vgl. Urk. u. Akt. XI, S. 719f.

[2]) Die für die Holländer siegreiche viertägige Seeschlacht vom 11.—14. Juni 1666. S. Aitzema V, S. 698ff., Wicquefort III, S. 249, Lefèvre Pontalis I, S. 376ff.

mit demselben, sondern nur dahin eingerichtet sei, des Kf. Lande gegen [illegible] vermuthete Invasionen zu schützen.

Sollte man bezeugen, dass die beabsichtigte Schickung des Kf. ganz unangenehm und zuwider sein würde, so hat er vorzustellen, Kf. würde zwar wider des Königs und des G. Kanzlers Gutfinden sich in die Sache nicht mischen, er hoffe aber, der König werde seine Offerte nicht ungleich aufnehmen.

Wegen des Prinzen von Oranien hat er zu berichten, dass bald nach geschlossener Allianz alles sich für denselben besser angelassen, Kf. hätte es dahin gebracht[1]), dass derselbe nicht allein, wie der König es gewünscht, zu einem Kinde des Staats angenommen, sondern auch gute Hoffnung vorhanden wäre, dass man ihn in kurzem in den Rath von Staaten bringen und zum Admiral General und General de la Cavallerie machen würde, Kf. hätte deshalb ohnlängst eine kleine Reise nach Holland[2]) und mit dem Prinzen eine Tour in den vornehmsten Staaten gethan, auch die Flotte besichtigt, da er denn allenthalben überaus grosse Inclination und fast unglaubliche Liebe des gemeinen Mannes gegen denselben verspürt, er hätte bei dieser Gelegenheit die dem Prinzen wohlaffectionierte Partei animiert und gemerkt, das dieses alles seinen Feinden sehr verdrossen, und er hoffe, dass, wenn auch der König dessen Interesse secundieren werde, alles weiter wohl gehen und der Prinz in den Stand und die Würden seiner Vorfahren wiederhergestellt werden würde.

Betreffend die verwittwete Prinzessin von Oranien soll er dem G. Kanzler, wenn dieser wieder davon Erwähnung thun sollte, berichten, dass Kf. sich in die Tutel nicht mischte und dahin gestellt sein liesse, wie diese administriert würde, dass die Prinzessin aber sonst mit seinen consiliis nichts zu thun hätte und sich damit nicht bemühte[3]).

---

[1]) S. über die damaligen Bemühungen des Kf. zu Gunsten des Prinzen von Oranien: Aitzema V, S. 783. 1006ff., Wicquefort III, S. 285f., Droysen III, 3. S. 93.

[2]) S. Droysen III, 3. S. 99, oben S. 127.

[3]) L. v. Achen verunglückte auf der Rückfahrt. Ueber den Erfolg seiner Sendung belehrt nur das Recreditiv Clarendons für ihn (d. Londini 3./[13.] Juli 1666), dessen Schluss lautet: Quod vero ad destinatam Cel.^{nis} V.^{rae} Elect. legationem attinet, etsi nihil unquam tam inopinatum Domino meo Regi accidit quam Cels.^{nis} V.^{rae} Elect. cum hostibus suis conjunctio, tamen, si animus est amicitiam nuper violatam instaurare et consilia de publicis commodis conferre, libenter quemcunque delegare visum fuerit Cels.^{ni} V.^{rae} Elect. audiet sua Ma.^{tas} et qua par est benevolentia complectetur, und ein Schreiben Vane's aus London vom 17./[27.] August 1666, in welchem dieser mittheilt, da man hier den Vertrag des Kf. mit Holland als einen Bruch der Allianz ansehe, so habe er nicht wagen dürfen, dem R. Kanzler von der von Kf. angebotenen Mediation zu sprechen, doch werde die Sendung v. Brandts sowohl dem Könige als auch dem R. Kanzler angenehm sein.

c. Zweite Sendung Christoph v. Brandts. August 1666 — August 1667.

Instruction[1]), wornach sich unser — Geheimer Rath und Neumärckischer Cantzler Christoff von Brandt zu achten. D. Cleff 7./17. August 1666.

[Bemühungen um Vermittlung des Friedens zwischen England und Holland. Rechtfertigung der Politik des Kf.]

Er soll möglichst schnell nach England durch Brabant und Flandern, 17. Aug.
damit er die Vereinigten Provinzen nicht berühre, reisen, sobald er am königl. Hoflager angelangt ist, bei dem Könige, dem Herzog von York, dem Reichskanzler und wo er es sonst für nöthig halten sollte, Audienz suchen und dabei vorstellen, Kf. hätte ihn geschickt, um sowohl die grosse Gefahr, worin des protestierenden und gemeinen Wesens Wohlfahrt und die Sicherheit der Commercien durch fernere Fortsetzung des englisch-holländischen Krieges gestürzt werde, vor Augen zu stellen als auch seine guten officia zur Beendigung desselben anzutragen. Er kann dabei soviel rationes als ihm beifallen werden, den englischen Hof zu friedlichen Gedanken zu bewegen, anführen, hat sich aber zu hüten, eine Vergleichung zwischen der englischen und holländischen Macht und wer von beiden den Krieg am besten ausführen werde, anzustellen und überhaupt seine ganze Negotiation so zu führen, dass es bei den Engländern nicht scheine, als wenn Kf. mehr auf die holländische als englische Seite incliniere.

Sollte nun der König darauf einige Begierde zum Frieden spüren lassen und, wie er bisher gethan, die Schuld der Verzögerung desselben auf die Generalstaaten werfen, so soll er nicht offenbar machen, dass Kf. über diese Sache mit den Staaten Correspondenz[2]) gepflogen und bei ihnen Geneigtheit zum

---

[1]) Vgl. Pufendorf X, § 20 S. 658 f., Droysen III, 3. S. 125 ff.

[2]) Kf. hatte (d. Cleve 26. Juli 1666) seinem Residenten im Haag Copes Anzeige von der bevorstehenden Sendung v. Brandts nach England behufs Anbietung seiner Vermittlung gemacht und ihn angewiesen, da er fürchte, dass, wenn derselbe auf der Reise dorthin nach dem Haag käme, dieses in England Verdacht erregen würde, de Witt Mittheilung davon zu machen, von ihm zu vernehmen, ob und was er zu Beförderung dieses Zweckes an die Hand zu geben hätte, namentlich auch, ob nicht Kf. ebenso wie Schweden seine Interposition im Haag öffentlich anbieten lassen sollte und ob derselbe nicht insgeheim mit v. Brandt an einem unverdächtigen Orte zusammenkommen und darüber weiter berathen wollte. Copes hatte darauf (d. s'Gravenhage 18./28. Juli 1666) geantwortet, de Witt hätte sich mit der Mediation des Kf. einverstanden erklärt, eine Unterredung mit v. Brandt aber für unmöglich erklärt, da, wenn er sich nur eine Stunde aus dem Haag entfernte, sofort nachgeforscht würde. Besondere Information sei auch nicht nöthig, da man hier in einem besonderen Schreiben dem Könige von England wessen man resolviert sei mitgetheilt hätte. Er hätte

Frieden gemerkt hätte, noch des Kf. Mediation dem Könige direct ohne Spezialbefehl offerieren, sondern nur vorstellen, dass vielleicht niemand mit freien Händen ohne particulier Absehen in dieser Sache arbeiten könnte als Kf., und bitten, der König möchte sich gegen denselben vertraulich und im geheimen herauslassen, was für Friedensbedingungen er forderte und wie Kf. diese in Holland am besten anbringen könnte. Sollte der König darauf sagen, es stünde den Staaten besser als ihm an, die ersten Avancen zu thun, und er wünsche zu vernehmen, wo sie hinaus wollten, so soll er antworten, Kf. hielte dies für billig, wenn er aber wüsste, wohin der König zielte, so würde er es vielleicht unter der Hand dahin bringen können, dass die Staaten die erste und um desto mehr zum Frieden streckende Proposition öffentlich thäten oder durch ihn thun liessen. Er kann daneben sofort einige Vorschläge, als ob sie vom Kf. herrührten, thun, aber dieselben nach der Erklärung, welche die Staaten den ministris des Kf. im Haag thun werden, einrichten. Sollte er vernehmen, dass man sich dort nicht weiter als jüngsthin geschehen herauslassen wollte, so kann er zwar vernehmen, was der König und dessen ministri von den Vorschlägen hielten, welche die Staaten schriftlich und die französischen extraordinairen Ambassadeurs[1]) mündlich gethan, doch den Schein vermeiden, als ob Kf. dieselben dem englischen Hofe aufdringen wolle. Er hat hauptsächlich dahin zu negociieren, dass man beide kriegenden Theile möglichst bald wegen der Friedensconditionen zusammenbringe und die ganze Sache ohne Weitläufigkeit und womöglich im Pausche hebe, sollte er aber sehen, dass dieses so nicht gehe, sich bemühen, dass wenigstens der König Bevollmächtigte ernenne, einen bequemen unparteiischen Ort (etwa Cleve[2]) oder Hamburg, Lübeck, Antwerpen, Gent, Brügge; auch mit London würde Kf. einverstanden sein) erwähle und einen Waffenstillstand beliebe. Da aber nicht zu zweifeln, dass einige, welche die Continuation dieses Seekrieges wünschen, sich bemühen werden, diese Friedensverhandlung zu hintertreiben, so soll er den englischen Hof deshalb insgeheim warnen und seine Negotiation um so emsiger betreiben, damit jene keine Zeit dazu gewinnen, er soll auch nachforschen, wohin unter andern die Königliche Mutter[3]) sich durch den Abbé Montaigu oder sonst zwischen beiden Kronen bearbeitet.

Da Kf. auch fürchtet, dass zwischen England und Schweden[4]) collusiones zu Continuation des Krieges obhanden und dass man englischerseits bei dieser

---

gerathen, Kf. möchte seine Mediation allen interessierten Mächten zugleich ankündigen und anbieten.

[1]) Ueber die Unterhandlungen, welche Ludwig XIV. 1665 durch den Herzog von Verneuil, Courtin und Comingues in London hatte führen lassen, s. Basnage, Annales des Provinces Unies S. 738 f., Wicquefort III, S. 187 ff.

[2]) S. oben S. 129.

[3]) Die in Frankreich lebende Wittwe König Karl I. von England Henriette Marie. Ueber die unter ihrer Vermittlung in ihrem Palast geführten Verhandlungen s. Mignet I, S. 480 f., Mém. de Pomponne II, S. 162 ff.

[4]) Ueber das damalige Verhältnis zwischen England und Schweden s. Mém. de Pomponne II, S. 15 ff., 91 ff. und oben S. 61 ff.

Gelegenheit versuchen wird, Kf. in solche Partei zu ziehen und von den Friedensgedanken abzulenken, so soll er sich auf dahin zielende Ouverturen garnicht einlassen. Sollte er etwa Kaltsinn oder Misstrauen verspüren, oder man ihm vorwerfen, dass Kf. mit Englands Feinden eine enge Allianz gemacht, so kann er erwidern, er hätte bei Kf. jetzt ebensolche Affection für England wie früher gemerkt und müsste daher schliessen, dass des Kf. Intention nicht gewesen, England böse Dienste zu thun, man müsste einen Unterschied zwischen den Factionen in Holland machen, auf deren eine sowohl der König als auch das Haus Oranien und Kf. zu reflectieren hätte. Ganz Deutschland danke dem Kf. wegen dieses Friedens, wenn derselbe nicht dazwischen getreten wäre, würden die französischen, staatischen und lüneburgischen Truppen den Bischof von Münster über den Haufen geworfen haben, Kf. habe auch fürchten müssen, dass der Bischof die englische Allianz missbrauchen und daraus Nutzen zum Schaden des Kf. ziehen würde. Er kann auch, wenn es sich schickt, weitläufiger des Kf. Verhalten nach der dem Secretarius Lucas von Aken[1]) mitgegebenen Instruktion rechtfertigen.

Falls er sieht, dass diese Unterhandlungen fruchtlos sein sollten, so soll er mit guter Manier seinen Abschied nehmen und zurückkehren[2]).

Chr. v. Brandt an den Kurfürsten. D. London 10./[20.] September 1666.

[Gefahrvolle Ueberfahrt. Der Brand von London.]

Er hat Bedenken getragen, mit Sylvius[3]) in des Königs von England Yacht überzugehen, ist daher am 30. August von Nieuport im Packetboot abgefahren, mit demselben aber französischen Kapern in die Hände gefallen und dann durch Sturm wieder nach der französischen Küste zurückgetrieben worden, so ist er erst am 2. September in Dover gelandet und noch in derselben Nacht hier angekommen. Er ist aber aus dem Wasser ins Feuer gekommen, indem er diese Stadt[4]) in vollen Flammen und in einer unbeschreiblichen Confusion gefunden. Nur mit Mühe hat er sich vor dem Feuer und des Pöbels Tyrannei, 20. Sept.

[1]) S. oben S. 631.

[2]) Kf. weist (d. Cleve 28. September 1666) v. Brandt an, alle seine Relationen in duplo einzuschicken, jedoch die eine immer so einzurichten, dass sie den Gen.-Staaten im Original mitgetheilt werden könnte.

[3]) Gabriel Silvius, Sohn eines reformierten Predigers in Orange, Generalprocurator des dortigen Parlaments, dann in Holland in Diensten der Princesse Douarière, Theilnehmer an dem Complott Buats, später in englischen Diensten s. Wicquefort III, S. 256, Lefèvre Pontalis I, S. 390, Urk. u. Akt. IX, S. 468. 523f.

[4]) Ueber den Brand von London am 12. September und den folgenden Tagen s. Ranke IV, S. 289ff., Diary and correspondence of S. Pepys (ed. Mynors Bright) IV, S. 65ff. v. Brandt giebt in einer Relation vom 14./24. September eine ausführliche Schilderung desselben.

der alle Fremden, in Meinung, dass die Holländer und Franzosen das Feuer angelegt hätten, niederriss und zu Boden schlug, gerettet und er hat sich, wie alle anderen ministri publici, auf das Land retirieren müssen. Man schätzt, dass mehr als 40000 Häuser verbrannt sind, der Jammer, den man hier sieht, ist unaussprechlich, doch hofft er das gute davon, dass London den Kitzel zum Kriege verlieren wird [1]).

Chr. v. Brandt an den Kurfürsten. D. London 27./17. September 1666.

[Absichten des Königs inbetreff der Friedensverhandlungen.]

27. Sept. Er hat den R. Kanzler noch nicht sprechen können.

Weil es aber höchstnöthig und es das Fundament meiner Negotiation ist, dass, eher ich zum Könige und Secretario status Mylord Arlingthon komme, erfahren möge, ob auch der Canzler die Hand mit in des Buats [2]) Sache gehabt, denn ohne das Ew. Chf. D. solches selbst gnädigst rathsam gefunden und mir kurz vor meiner Abreise mündlich anbefohlen, komme ich alhier durch Secretarii Arlingthon Unter-Secretarium, der mich unter dem Schein voriger Kundschaft besuchet hat, in Erfahrung, dass der König in Engelland gänzlich gewiss ist, dass der Pensionarius de Witte pro continuando bello mit Franckreich zusammen halte, und derowegen vermeine, der Friede müsse auf vorigen Fuss, wie Buat thun sollen, in Holland negotiiret werden, sed mutatis personis. Sonsten vernehme ich auch, dass der König gesagt habe, weil er erfahren hätte, dass der Pensionarius de Witte den Frieden nicht anders als in loco tertio, und der König von Franckreich praecise zu Paris tractiren wollte, müsste er die Statische Flotte, ehe er weiter vom Frieden hörete, noch eins schlagen [3]). —

---

[1]) v. Brandt übersendet $\frac{\text{24. September}}{\text{4. October}}$ die Rede, welche der König im Parlament gehalten, und meldet, dass beide Häuser beschlossen hätten, demselben zu danken und ihn mit Gut und Blut zu unterstützen, fügt aber hinzu: „Sonst aber kann ich Ew. Chf. D. unterthänigst versichern, dass sowohl der Hof als das Volk des Kriegs überaus müd ist."

[2]) S. Aitzema V, S. 839 ff., Wicquefort III, S. 255 f., Lefèvre Pontalis I, S. 389 ff.

[3]) v. Br. berichtet 28. September, er habe sicher erfahren, dass die königlichen ministri wegen Buats Sache uneins seien, dass eine Partei der anderen beimesse, dass man französische hitzige Köpfe dazu gebraucht und dieselbe so gespielt hätte, als wenn man express beabsichtigt hätte, die gute Partei zu ruinieren und de Witt

Chr. v. Brandt an den Kurfürsten. D. London 5./15. October 1666.

[Audienz beim Reichskanzler, dessen Forderung, Kf. solle sich zunächst mit Schweden verständigen.]

Er kann über die heute beim R. Kanzler gehabte Audienz vorläufig nur ganz kurz berichten[1]). Derselbe hat ihn sehr höflich empfangen, aber ihm unzähliges vorgeworfen und daraus geschlossen, dass dem Könige nicht zu verdenken wäre, dass er über Kf. Beschwer führte und kein recht vollkommenes Vertrauen in ihn setzte. Wenn aber des Kf. Vorsatz wäre, sich wieder mit dem Könige zu verbinden und das so vielfältig und empfindlicher Weise gebrochene foedus wieder zu seinen vorigen Kräften zu bringen, so müsste er mit der Krone Schweden, die bisher ihre Sachen weislich geführt hätte, in eine nähere Verständnis treten, indessen würden dem Könige des Kf. gute officia zum Frieden angenehm sein, es wäre auch sein eigenes Interesse, dass derselbe befördert würde. Wenn Br. bei dem Könige Audienz gehabt, wollte er weiter mit ihm reden, inzwischen könnte Kf. aus dem Schreiben[2]), das die Gen. Staaten durch einen Trompeter an den König gesendet, urtheilen, wie weit sie noch vom Frieden wären, er hoffte aber, Gott würde Mittel geben, de Witts Hochmuth zu brechen; solange die Gen. Staaten keine Ambassadeurs hieher sendeten, wäre es ganz vergebens, an den Frieden zu denken. Zum Schluss wiederholte er nochmal, wenn Kf. ernstlich begehrte, das Vertrauen des Königs wiederzugewinnen, so könnte das nur durch eine gute Verständnis mit Schweden geschehen. 15. Oct.

Chr. v. Brandt an den Kurfürsten. D. London 8./[18.] October 1666.

[Audienz beim Könige.]

Er hat soeben bei dem Könige Audienz[3]) gehabt. Nachdem er die Complimente abgelegt und die Proposition gethan hatte, hielt sich der König 18. Oct.

---

einen Vortheil zu stiften, Clarendon und Arlington seien hierin einander zuwider, dass auch wegen des Krieges und Friedens keine Einigkeit sei, dass ferner einige königliche ministri es dem Kanzler übel auslegen wollten, dass derselbe den von Kf. hierher geschickten Sekretär [L. v. Achen, s. oben S. 628 ff.] beide Male zu sich allein habe kommen lassen und nicht zum Könige gewiesen habe, da doch dieser damit zufrieden sei. Vermuthlich habe der Kanzler deswegen ihm nicht die versprochene Audienz gegeben, sondern ihn durch Cornbury bitten lassen, sich sofort bei dem Secretario mit seinem Creditiv an den König anzugeben und, wenn dieses geschehen, ihm Nachricht davon zu geben, dann wollte er mit ihm reden.

[1]) Vgl. Pufendorf X, § 21 S. 659. Die ausführliche Relation über diese Audienz vom 8./18. October ist fast ganz in Chiffern geschrieben und nicht dechiffriert.

[2]) d. la Haye 6. September 1666 (Aitzema V, S. 732 f.).

[3]) Vgl. Pufendorf X, § 21 S. 659.

in den Vorwürfen bei weitem nicht so lange auf wie der Reichskanzler, sondern antwortete nur kurz, er hätte sich zu Kf. eines viel besseren versehen, als dass sich derselbe in dem Werke zwischen Holland und dem Bischof dem englischen Interesse so ungeneigt erzeigen sollte, er sehe nicht, wie sich damit und dem noch währenden Bündnisse des Kf. mit den Gen. Staaten reimen könnte, dass derselbe mediator sein und den Frieden machen wollte. Er schwieg darauf und gab so Br. Gelegenheit, des Kf. actiones zu rechtfertigen und ihm zu erkennen zu geben, dass Kf. noch zur Zeit nicht die Mediation sondern nur seine guten officia offerieren liesse, um desto freiere Hand zu behalten. Der König antwortete, in Ansehung dessen, was Kf. für Holland gethan, könnte er zwischen der Mediation und den guten officiis keinen Unterschied machen, er könnte dem Kf. sein Interesse in der Friedenshandlung nicht eher in die Hände stellen, bis derselbe durch eine bessere Verständnis mit der Krone Schweden, die er wegen ihrer aufrichtigen und zwischen Potentaten gewöhnlichen Bezeigungen sehr herausstrich, bewiesen hätte, dass er willig wäre, soviel für England zu thun, als er für Holland gethan hätte; Kf. würde ihn sonderlich obligieren, wenn er sich wider Schweden der Stadt Bremen nicht annehmen wollte. Er bezeugte gar hoch, dass er Frieden mit Holland von Herzen wünschte und dass seine gute Verständnis mit Schweden garnicht zu Verlängerung des Krieges sondern nur, die Gen. Staaten zu raisonnablen Gedanken zu bringen, angesehen wäre, denn bisher hätte de Witt alle Mittel und Gelegenheit zum Frieden wo nicht aus- so doch unterschlagen, und alles, was er vor der Welt wegen des Friedens gethan, absonderlich die Conferenz zu Paris [1]), sei eine Spiegelfechterei gewesen. Wie wenig die Gen. Staaten zum Frieden geneigt wären, zeige sich auch daraus, dass sie zur Beschleunigung desselben nicht einmal einen Ambassadeur hieher senden wollten, da sie es doch für keine bassesse gehalten, zum Protector unterschiedene zugleich und nach einander zu schicken und den Frieden von ihm zu bitten, worauf Br. sich beschränkt hat zu antworten, auch Kf. hielte dafür, dass die Gen. Staaten in dem Fall unrecht hätten und dass sie billig durch ihre Gesandten die ersten avances thun müssten; Kf. würde, wenn seine guten officia dem König nur angenehm wären, sich bemühen, auch durch Drohungen die Gen. Staaten dahin zu bringen. Der König machte darauf umschweifende Discurse von den französischen auf die Continuation des Krieges und Englands und Hollands Abmattung gerichteten Intriguen und de Witts Collusionen mit d'Estrades, woraus Br. schliessen konnte, dass man hier geneigt sei, den Frieden mit den Gen. Staaten à part zu schliessen und Frankreich hernach allein vorzunehmen.

Br. brachte darauf das Gespräch auf Buats [2]) Hinrichtung. Der König bedauerte denselben sehr und sagte: Si ce malheur ne fust pas arrivé nous n'aurions plus besoing de parler de faire la paix, elle serait faite à l'heure que je vous parle, er hätte zu Kiewit [3]), gesagt: ceste cruauté, je ne voy point de moyen

[1]) S. oben S. 634.

[2]) S. oben S. 636.

[3]) Johann Kiewit, Rathsherr von Rotterdam, Schwager des Admirals Tromp.

de faire la paix si ce n'est que nous continuions a nous ruiner jusque à ce que vous soyez bien unis en Hollande. Br. benutzte diese Gelegenheit, um zu erwähnen, Kf. hätte von Sylvii Corespondenz mit Buat vollkommene Nachricht, und bemerkte, dass der König die Friedenspunkte, die Sylvius zuletzt hätte nach Holland bringen sollen, mit besserer Sicherheit und Reputation dem Kf. anvertrauen könnte, worauf derselbe erwiderte, wenn Kf. sich so mit Schweden gesetzt haben würde, dass er hoffen könnte, sie würden mit zusammengesetzter Macht die Gen.Staaten zur Billigkeit zwingen, dann würde er in Kf. vollkommenes Vertrauen setzen.

Chr. v. Brandt an den Kurfürsten. D. London 29. October/[8. November] 1666.

[Englische Absichten inbetreff des Kf. und des Friedens. Aeusserung des Königs über den Erbvergleich mit Pfalz-Neuburg. Berichte Carlingfords.]

Auch die Audienz, welche er am 23. bei dem Herzog von York gehabt, 8. Nov.
hat ihn gelehrt, dass zwischen England und Schweden etwas obhanden sein müsse, worauf Dänemark und Holland billig ein wachendes Auge haben sollen, dass man sich hier mit den schwedischen Gesandten[1]) beredet hat, Kf. von Holland ab und an sich zu ziehen, und dass man daher und nicht wegen Beförderung des Friedens seine Absendung gerne gesehen. Allerdings verlangt der Hof und das ganze Land nach Frieden. Das Parlament ist wegen Anlage der zur Fortsetzung des Krieges bewilligten 180 000 Pfund Sterling in Verlegenheit und Zwietracht, dazu ist grosser Mangel an Schiffsmaterialien, die Seeleute nehmen ab, London ist nicht mehr zu finden und aller Handel und Wandel liegt im ganzen Königreich danieder, trotzdem will die englische humeur und politique nicht leiden, die angebotenen Friedensnegotiationen zu befördern, viel weniger den Frieden zu suchen, sondern man bemüht sich, den Niederlanden einen neuen und stärkeren Feind zu Lande, als der Bischof war, zu erwecken und sie dadurch zu zwingen, den Frieden von England per legatos zu begehren und sich von Frankreich abzusondern.

Als er dem Könige neulich das Schreiben des Kf. wegen des Erbvergleichs mit Pfalz-Neuburg[2]) überreichte, erwiderte derselbe: C'est un grand coup, que jai souhaité d'apprendre il y a longtems et dont ceux qui souhaitent la

---

hatte an Buats Verschwörung Theil genommen und war nach deren Entdeckung zuerst nach den spanischen Niederlanden und dann nach England entflohen, s. Aitzema V, S. 841, Wicquefort III, S. 259, Lefèvre Pontalis I, S. 392.

[1]) Georg Fleming und P. J. Coyet; dieselben hatten seit dem Sommer 1666 die Friedensvermittlung angetreten, s. Wicquefort III, S. 281, Mém. de Pomponne II, S. 161.

[2]) Kf. hatte diesen am 9. September 1666 abgeschlossenen Vergleich (s. Urk. u. Akt. XI, S. 731 ff.) wie anderen Mächten so auch dem Könige von England angezeigt.

desunion du cercle de Westphalie ne seront pas bien aises. J'en felicite M. l'Electeur de tout mon coeur et voudrois que d'autres affaires, qui l'ont obligé à faire le voyage de Cleves, luy eussent esté aussy avantageuses que cet accommodement.

Graf Carlingford[1]) hat von Wien hieher berichtet, der Kaiser hätte[2]) Kf. die Protection der Stadt Bremen und das absolute Commando über seine und andere Reichsvölker durch Graf Sintzendorff anbieten lassen, was man hier ungern vernimmt. Br. räth, falls Kf. etwas wider Schweden vornehmen wolle, so möchte er seine beiden Schiffe nicht auslaufen lassen, denn er hat auf sein deswegen eingegebenes Memorial keine Antwort erhalten und fürchtet, Kf. möchte deswegen wieder einen Verdruss haben.

Der Kurfürst an Chr. v. Brandt. D. Cöln 13./[23.] November 1666.

(Conc. O. v. Schwerin.)

[auf den Bericht vom 18./8. October. Ablehnung der von England verlangten Verbindung mit Schweden, neues Erbieten zur Vermittelung.]

23. Nov. Rechtfertigung[3]) der Friedensvermittlung zwischen den Staaten und dem Bischof von Münster.

Wir sind geneigt, dem Könige bei allen Occasionen, sonderlich bei der Friedenshandlung mit den Staten unsere aufrichtige Freundschaft zu erweisen und können wir uns garnicht darin richten, dass man begehrt, wir sollen zuforderst uns mit Schweden in eine alliance einlassen, da doch dieselbe[4]) neulich geschlossen, ratificiret und ausgewechselt und a parte der Schweden das geringste seiter nicht an uns gesuchet ist, und ob wir zwar auf des Reichs Begehren unsere Creishülfe zu Rettung der Stadt Brehmen zusammen und in Bereitschaft halten müssen[5]), so haben wir uns doch bei solchem Werk dergestalt betragen, dass die Schweden solches bisher selbst gerühmt haben und wir bis auf kegenwärtige Stunde mit ihnen in beständiger vertraulicher Freundschaft leben. Imfall Ihr nun verspüret, dass man hiermit zufrieden und man sich unserer angebotenen Mediation gebrauchen will, so habet Ihr

---

[1]) S. über dessen damalige Thätigkeit am kaiserlichen Hofe O. Klopp, Der Fall des Hauses Stuart II, S. 126 f., 141.

[2]) S. oben S. 97.

[3]) Vgl. Pufendorf X, § 21 S. 660.

[4]) Die Allianz vom 27. März 1666 (Pufendorf IX, § 70 S. 611 ff.), vgl. Urk. u. Akt. IX, S. 819.

[5]) S. oben S. 100 ff.

ferner fortzufahren und allen möglichsten Fleiss anzuwenden, ob Ihr den König dahin persuadiren könnet, dass er sich vernehmen lasse, worauf der Friede zu machen, auf welchen Fall wir uns entbieten, im Haag es dahin zu befodern, dass, wann der König zufoderst sich so weit herausgelassen, ein Gesandter nach Londen geschicket werde. Imfall Ihr aber verspüren werdet, dass man uns in unserem Staat nachtheilige Alliancen verwickeln und dadurch uns unseren Alliirten suspect machen will, so habet Ihr mit guter Manier zu versuchen, dass Ihr dimittiret werdet, und etwan vorzugeben, dass Eure Briefe nicht überkämen und Ihr daher Ursach hättet, selbst überzureisen. —

Der Kurfürst an v. Brandt. D. Cöln 5./15. December 1666.

[Friedensbemühungen.]

Er würde sich gern bemühen, die Gen. Staaten zu einer Abschickung nach England zu disponieren, er hat aber bisher garkeine Apparenz dazu gefunden, dieselben bestehen vielmehr darauf, dass sie von einer solchen Schickung nichts wissen und auch ohne ihre Mitalliierte sich in keine Friedenshandlung einlassen wollen. Trotzdem will Kf. seinen Räthen im Haag befehlen, den Versuch zu machen, die Staaten dahin zu disponieren, dass sie jemand nach England schicken und dem Könige die Ursachen, warum sie dort die Tractaten nicht vornehmen könnten, vorstellen und ihre Bereitwilligkeit erklären liessen, an einen neutralen dritten Ort Gesandte zur Friedenshandlung zu schicken. Sollte dieser Vorschlag dort angenommen werden, so soll Br. den Räthen des Kf. im Haag sofort davon Nachricht geben, er soll auch mit den schwedischen Gesandten hieraus communicieren und sie zur Mitwirkung zu disponieren suchen. 15. Dec.

PS. Kf. wird seinen Schiffen befehlen, da man so grosse Difficultäten macht, sie durch den Canal passieren zu lassen, nach Preussen zu gehen.

Chr. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Londen 2./[12.] Januar 1667.

[Aeusserungen des Reichskanzlers. Grössere Geneigtheit zu Friedensverhandlungen.]

Der Reichskanzler, den er zu Weihnachten auf seinem Landgut besuchte, hat ihn versichert, dass es dem Könige lieb sein würde zu vernehmen, dass Kf. mit Schweden so wohl stände, er wollte das Schreiben Wrangels[1]) im Cabinetsrath in Gegenwart Prinz Ruprechts verlesen, der König aber hätte 12. Jan.

[1]) Kf. hatte v. Br. ein Schreiben Wrangels (d. Habenhausen 6./16. November 1666) zugeschickt, in welchem ihm dieser für die Sendung seiner Räthe und seine guten officia bei den dortigen Tractaten gedankt hatte.

eine neue Jalousie gegen Kf. wegen der neulich mit Dänemark, den Gen. Staaten und Lüneburg geschlossenen Allianz[1]) geschöpft. Als er Kf. deswegen rechtfertigen wollte, bat ihn der Kanzler, sich noch ein paar Stunden in seinem Hause mit ihm lustig zu machen und dann mit ihm zusammen nach London zu reisen, welches der Ort wäre, von Geschäften zu reden, wenn er dort mit dem Könige seinetwegen würde geredet haben, hoffte er ihn wieder zu sehen. Bei der Lustigkeit hat Br. doch soviel herausgebracht, dass man hier, wenn die Staaten nochmals an den König wegen eines neutralen Orts und behäglicher als vorhin schrieben, sehen würde, wie der holländische stylus lautete und ob der König ohne Verletzung seiner Ehre einen neutralen Ort vorschlagen könnte. Es wäre aber zu wünschen, dass des Kf. ministri im Haag es dahin bringen könnten, dass die Staaten deswegen ein sehr höfliches Schreiben an den König, wenn auch nur durch einen Secretarius oder einen sonstigen Expressen, herschickten.

PS. Die Gothenburgische Flotte ist in salvo und, so etwas den Frieden zurückhält, ist es dieses.

Chr. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Londen 18./[28.] Januar 1667.

[Friedensaussichten.]

28. Jan. Das neue Schreiben der Gen. Staaten[2]) an den König, worin demselben die Wahl eines neutralen Ortes zu den Tractaten gelassen wird, soll vom Könige gut aufgenommen und derselbe resolviert sein, einen solchen Ort zu benennen. Er hat sich bei Arlington und Morice erkundigt, auf welchen Ort der König wohl zielen möchte, und gefragt, ob Cleve nicht dazu bequem wäre. Obwohl beide davon nichts wissen wollten, da dort das englische Interesse durch den Frieden mit Münster ruiniert worden wäre, will er doch mit dem R. Kanzler darüber sprechen, um wenigstens so zu erforschen, wie tief diesem Hofe jener Friede noch im Kopfe steckt.

Es ist gut, dass es soweit gekommen ist, und man muss sich bemühen, dass die plenipotentiarii benannt und ein Stillstand der Waffen beliebt werde. So lange aber England sich bei Schweden noch um eine Offensivallianz gegen Holland eifrig bewirbt und Frankreich von Holland zu trennen sucht, welches der Zweck der Sendung des Grafen von St. Albans[3]) nach Paris ist, steht er stets in Sorgen und hat Kf. um so mehr Ursache, die Gen. Staaten warnen zu lassen, dass sie keine Gelegenheit, den Frieden zu suchen, verabsäumen mögen.

---

[1]) Die Quadrupellianz vom 25. October 1666, s. oben S. 136. Kf. hatte (d. Sparenberg 5. November 1666) v. Br. beauftragt, dem englischen Könige von dem Abschluss derselben Anzeige zu machen.

[2]) d. la Haye 13. Januar 1667 (Aitzema VI, S. 4).

[3]) S. Mignet I, S. 519, Ranke IV, S. 293ff., Mém. d'Estrades IV, S. 637.

Chr. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Londen 25. Januar/[4. Februar] 1667.

[Gespräch mit dem R. Kanzler, Widerlegung der Vorwürfe desselben gegen Kf. Das Schreiben der Gen. Staaten.]

Er hat vor 3 Tagen den R. Kanzler, obwohl derselbe noch am Podagra krank ist, aufgesucht und demselben angezeigt, dass Kf. ihm das Original des Schreibens Wrangels[1]) zugesendet habe. Derselbe[2]) wiederholte aber mit ziemlicher Heftigkeit seine früheren Vorwürfe wegen des Friedens mit Münster und der Anhaltung der englischen Schiffe in Pillau und hielt ihm dann die neuliche Allianz des Kf. mit Dänemark, Holland und Lüneburg[3]) vor, aus welchem allen er schliessen wollte, dass Kf. die Hände gebunden wären, etwas für den König zu thun, und dass dieser von Kf. nichts hoffen könnte, so lange die Princessin von Oranien ihre malice nur dahin anwendete, das gute Vernehmen zwischen Kf. und dem Könige zu hintertreiben. v. Br. hat darauf die Allianz betreffend darauf hingewiesen, dass Kf. sich derselben nicht hätte entbrechen können, 1) weil dieselbe ohne ihn würde gemacht sein, 2) weil er sonst nicht hätte die Hand in des Prinzen von Oranien Affairen behalten können, 3) weil dessen Freunde ihn darum dringend gebeten hätten, so zu verhindern, dass de Witt sich nicht ganz in Frankreichs Arme werfe, 4) weil Kf. gesehen, dass diese Allianz England keinen Schaden bringen könnte. Kf. würde so in Holland desto bessere Dienste thun können, wenn er nur hier ein gutes Vertrauen verspürte. Darauf fragte jener wieder, ob, wenn Holland Schweden antasten sollte, Kf. der Schweden Freund sein würde, worauf er erwidert hat, hierauf könnte zur Zeit weder Kf. und noch weniger er antworten, weil man von den Absichten Schwedens in dem Fall noch nicht urtheilen könnte. Schliesslich sagte ihm der R. Kanzler, er könnte ihm zwar jetzt noch nichts sonderliches sagen, forderte ihn aber auf, ihn öfter als bisher zu besuchen und inzwischen dem Kf. zu melden, der König wüsste noch nicht, wessen er sich, weil die Gen. Staaten ihn so verächtlich tractierten, resolvieren würde. Das Schreiben der Gen. Staaten[4]) wegen eines neutralen Orts sei allerdings angekommen, aber, weil eine Bedingung dabei wäre, noch nicht erbrochen worden. In der That hat v. Br. erfahren, dass die schwedischen Gesandten zwar eine Copie übergeben haben, aber das Original nicht eher übergeben wollen, bis der König resolviert, den Gen. Staaten ihre Bitte zu gewähren.

4. Febr.

---

[1]) S. oben S. 641.
[2]) Vgl. Pufendorf X, § 21 S. 660.
[3]) S. oben S. 642.
[4]) S. oben S. 642, vgl. Aitzema VI, S. 4 ff.

Chr. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Londen 8./[18.] Februar 1667.

[Audienz beim Könige, dessen Vorschlag, die Friedensverhandlungen in Holland führen zu lassen.]

18. Febr. Er hat am 4. beim Könige Audienz gehabt, demselben vorgestellt, dass Kf. mit Schweden jetzt in so gutem Vernehmen stände wie je, seitdem die Schweden auf den deutschen Boden gekommen, und durch Wrangels Schreiben, das er aber nicht aus Händen gegeben, bewiesen, dass Kf. in der Bremischen Sache die schwedische Partei gehalten, und darauf in ihn gedrungen, da diese Condition erfüllt wäre, sich herauszulassen, wie Kf. den Frieden mit Holland befördern könnte. Der König erwiderte darauf, er würde ihm in kurzem, wenn er aus Schweden Nachricht hätte, darauf Bescheid sagen. Als v. Br. darauf bemerkte, er hoffe, der König würde sich auf den letzten Brief der Gen. Staaten zu einem neutralen Orte resolvieren, fragte ihn der König, was er davon hielte, wenn er gar seine Gesandten nach Holland[1]) schickte und die Tractaten daselbst vornehmen liesse, und als v. Br. fragte, ob sich der König schon dazu entschlossen hätte, erwiderte er, er wäre desfalls noch nicht schlüssig.

v. Br. hält für nothwendig, dass Romswinckel heimlich bei des Kf. Freunden und de Witts Feinden sich erkundige, ob sie diese Absendung für gut und zuträglich ansehen, und ihm sogleich Nachricht davon gebe, denn, nachdem der König selbst davon ihm Ouverture gethan, hat er gute Gelegenheit weiter zu gehen. Er fürchtet nur, dass man hier nicht etwa dadurch suche Jalousie zwischen Holland und Frankreich oder divisiones in Holland anzurichten.

Chr. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Londen 11./[21.] Februar 1667.

[Verblendung der englischen Regierung inbetreff Schwedens. Sein Verhältnis zu Lisola und Molina.]

21. Febr. Obwohl der Hof wegen einer englischen Ambassade nach Holland deliberiert, bemüht er sich doch, Schweden in eine Defensivallianz gegen Holland zu engagieren, und es ist unbegreiflich, wie man sich durch die schwedischen Gesandten in vergeblicher Hoffnung erhalten lässt. Denn obwohl an der Renovation der Allianz zwischen Frankreich und Schweden[2]), welche, wie man sagt, auf das polnische Wesen eingerichtet ist, nicht zu zweifeln, bleibt man

---

[1]) Vgl. darüber Aitzema VI, S. 9ff., Basnage S. 801, Wicquefort III, S. 299f., Mém. d'Estrades V, S. 43, Mignet I, S. 519, Lefèvre Pontalis I, S. 396.

[2]) Vgl. über die darüber geführten Verhandlungen Mém. de Pomponne II, S. 335ff.

doch dabei, Kf. müsse mit Schweden wohl stehen, und so oft der spanische und oesterreichische Gesandte[1]) auf ein Bündnis zwischen Spanien und England wider Frankreich dringen, wird ihnen zur Antwort, das Haus Oesterreich müsse sich zuvor gegen Schweden recht anschicken und dieses von Frankreich ab und an sich ziehen, damit die dreifache Allianz zwischen Schweden, England und Spanien, weswegen Graf Sandwich[2]) von diesem Hofe nach Madrid gesandt worden, vermöge der von Palbitzki[3]) zu Wien gemachten Ouverture wider Frankreich und Holland förderlichst geschlossen werden möge. Der spanische Ambassadeur und Isola haben daher v. Br. ersucht, ihnen zu helfen, den R. Kanzler wegen der Schweden zu desabusieren, er hält dieses aber nicht für rathsam und hat sie dazu vermocht, sich eine Zeit lang zu stellen, als wenn der Abschluss einer solchen dreifachen Allianz ihnen angenehm sein würde. Beide gehen mit ihm ebenso aufrichtig wie höflich um, letzterer kann nicht genug rühmen, was für Gnade und Ehre er von Kf. empfangen[4]) und wie sehr ihm dessen Person, Gemüth, Conduite und ganzer Hof gefallen.

Chr. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Londen 22. Februar/[4. März] 1667.

[Gespräch mit dem R. Kanzler über Schwedens Haltung in der polnischen Frage. Verhandlungen über den Ort für die Friedenstractaten.]

Er hat erst vorgestern dem R. Kanzler vorstellen können, was ihm Kf. in dem Rescript vom 23. Januar[5]) wegen der polnischen Sache aufgetragen. Derselbe erwiderte, Pfalz-Neuburg hätte dem Könige und ihm angezeigt, dass Kf. versprochen, ihm eintretenden Falls zu der polnischen Krone zu verhelfen, sein König sei darüber sehr erfreut und er selbst bitte Kf., bei diesem dem gemeinen Wesen so zuträglichen Vorsatz zu verharren, man würde hier ihm 4. März.

---

[1]) Graf Molina und Lisola, vgl. über des letzteren damalige Thätigkeit in London Mém. de Pomponne II, S. 367 ff., Klopp I, S. 143 ff.

[2]) Vgl. Mignet I, S. 465 ff., Klopp I, S. 126 f.

[3]) S. oben S. 582.

[4]) Vgl. über die Gesandtschaft Lisola's zu Kf. 1663—1664 Urk. u. Akt. XIV, 1. S. 127 ff., dessen bewunderndes Urtheil über den Kf. S. 172.

[5]) In demselben hatte Kf. ihn angewiesen, mit dem R. Kanzler von der polnischen Sache zu reden, demselben mitzutheilen, dass Schweden, welches sich vorher mit ihm zur Beförderung der Candidatur des Pfalzgrafen von Neuburg verbunden hätte, jetzt (vgl. oben S. 189 ff.) andere Resolution gefasst zu haben und das französische Dessein unterstützen zu wollen scheine. Er solle darauf aufmerksam machen, wie, wenn Frankreich mit demselben durchdringen sollte, niemand mehr demselben werde die Balance halten können, was auch England gewiss nicht gern sehen werde, und darauf dringen, dass englischerseits die dortigen schwedischen Gesandten ermahnt würden, Frankreich darin nicht zu assistieren, sondern den Pfalzgrafen zu unterstützen.

treu darin beistehen. Doch hätte er nicht die geringste Anzeigung, dass das schwedische Absehen auf die Beförderung der französischen desseins in Polen gerichtet sein sollte, er müsste vielmehr das Widerspiel daraus schliessen, dass die hiesigen schwedischen ministri nicht nur vielfältig die Bereitwilligkeit Schwedens sich von Frankreich ab und zu Spanien zu wenden versichert, sondern auch gegen ihn in den polnischen Affairen so erhebliche rationes, warum das schwedische Interesse dort mit dem französischen nicht übereinkäme, vorgebracht hätten, dass er ihnen bisher desfalls hätte Glauben zustellen müssen, doch wollte er dieselben ernstlich warnen und bäte er, Kf. möchte, wenn er etwas in Erfahrung brächte, wodurch man die Schweden überweisen könnte, ihm bei Zeiten davon Anzeige machen, sein König würde es gar übel empfinden, wenn Schweden ein anderes thäte, als es hier an den Tag gebe.

Wegen der Tractaten mit Holland sagte er, sein König hätte, um den Competenzstreit zu töten, durch ein behägliches Schreiben[1]) zur Bezeugung seiner Friedensliebe den Haag selbst dazu erwählt, wenn die Gen.Staaten solches beliebten, würden die hiesigen Gesandten bald dahin aufbrechen, Kf. möchte seine Minister im Haag instruieren, mit denselben gute Freundschaft und Correspondenz zu pflegen und ihnen die Wege zu weisen, wie sie mit den Friedliebenden in Holland und den Freunden des Prinzen von Oranien sichere Communication pflegen könnten, doch hätten die Gesandten expresse Ordre, sich mit der Prinzessin von Oranien garnicht einzulassen. Sollten aber die Staaten auch diese Ehre nicht annehmen wollen, so hoffe er, Kf. werde erkennen, was für friedhässige Alliierte er an denselben hätte, und danach seine mesures nehmen.

PS. Die schwedischen Gesandten haben heute ein Schreiben der Staaten[2]) übergeben, in welchem diese auf einige ihrer Oerter in Brabant zielen und vorwenden, dass ihre Alliierten leichter dazu zu disponieren sein würden. Man legt es am Hofe als eine von de Witt[3]) herrührende politique aus.

Chr. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Londen 22. März/[1. April] 1667.

[Vereinbarung über den Ort der Friedenstractaten. Günstige Aussichten zum Frieden.]

1. April. Das Loos zu den Friedenstractaten ist endlich auf Breda gefallen[4]) und die hiesigen Bevollmächtigten, Mylord Hollis und Sir William Coventry, machen sich bereit, dorthin aufzubrechen. Man wünscht hier sehr, dass durch

---

[1]) d. Whitehall $\frac{31. \text{ Januar}}{10. \text{ Februar}}$ 1667 (Aitzema VI, S. 9).

[2]) d. la Haye 24. Februar 1667 (Aitzema VI, S. 14f.).

[3]) S. Wicquefort III, S. 300f., Mém. d'Estrades V, S. 43, Lefèvre-Pontalis I, S. 396.

[4]) S. Aitzema VI, S. 12, Wicquefort III, S. 303, Mignet I, S. 525f., Mém. de Pomponne II, S. 382.

Kf. in ganz Holland unter den Friedliebenden kund werde, wie sehr England zum Frieden geneigt sei. Je dringender die Ursachen[1]), welche den hiesigen Hof zum Frieden treiben, von Tage zu Tage werden, um so weniger zweifelt er am Zustandekommen desselben, doch fürchtet er, dass derselbe kein dauerhafter sein werde.

Chr. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Londen 29. März/[8. April] 1667.

[Verhandlungen mit den englischen Ministern über Theilnahme des Kf. an den Friedensverhandlungen.]

Man trachtet hier danach, den Pensionarius de Witt bei Kf. schwarz zu machen und sich der guten officia des Kf. mehr gegen diesen und die Friedhässigen als directe zu Beförderung des Friedens zu bedienen. 8. April.

Er hat[2]) gestern und vorgestern dem R. Kanzler sowie den Secretaren Arlington und Morice vorgestellt, nachdem nun der Ort zu den Tractaten festgestellt, möchte man nicht länger anstehen, des Kf. offenbare Wohlmeinung zu embrassieren, falls man demselben nicht Ursache geben wollte, über unverdiente Hintansetzung und Verachtung sich zu beschweren, worauf alle drei erklärt haben, da jetzt hier wenig zu thun sei, sondern entweder zu Breda alles abgethan oder der Krieg desto länger continuiert werden müsste, würde es dem Könige sehr angenehm sein, wenn Kf. seine ministros nach Breda senden und ihnen mitgeben möchte, dass sie mit den englischen Gesandten fleissig communicieren und die englische Geneigtheit zum Frieden überall kund machen sollten. Obwohl darauf nicht instruiert, hat er geantwortet, er könnte nicht sehen, wie Kf. mit Reputation nach Breda senden könnte, wenn seine ministri nicht von allen interessierten Parteien pro commediatoribus erkannt und angenommen würden, es stände bei dem Könige damit den Anfang zu machen, weil Kf. den andern Mächten seine Mediation nicht eher anbieten wollte, bis er verspürt hätte, dass England dieselbe zu acceptieren geneigt wäre, was sie aber aus verschiedenen Gründen (Kürze der Zeit, Besorgnis Schweden zu offendieren, das allezeit präcaviert hätte, dass ihm keine andere mediatores an die Seite gesetzt würden, u. s. w.) verweigerten. Er zweifelt daher, ob es für Kf. reputierlich sein würde, zumal auch die Kosten und die Kürze der Zeit zu berücksichtigen sind.

Chr. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Londen 1./[11.] April 1667.

[Rath, den Congress in Breda zu beschicken, jedenfalls ihn von hier abzurufen.]

Nachdem er der Sache näher nachgedacht, zweifelt er fast nicht, dass Kf. jemand von seinen ministris nach Breda senden werde, da man hinfort alle, 11. April.

[1]) Vgl. Mém. de Pomponne II, S. 373f.
[2]) Vgl. Pufendorf X, § 22 S. 661.

die hier oder in Paris oder im Haag vom Frieden reden sollten, dorthin verweisen wird und, wenn Kf., nachdem man es hier mit Bezeugung so grossen Vertrauens begehrt, es nicht thun sollte, man dieses hier sehr übel empfinden würde. Er hofft, Kf. wird ihm, weil er hier, da die Gemüther noch ganz verbittert waren, wegen des Friedens hat negotiieren müssen, die Ehre gönnen, dass er, nachdem die gute Verständnis zwischen Kf. und dieser Krone wieder in Gang gebracht ist, dem Friedensschlusse in seinem Namen beiwohne. Kf. kann, auch wenn seine Mediation nicht angenommen wird, mit Reputation und zu Beförderung des gemeinen Besten seine ministros daselbst haben, zumal wenn durante negociatione pacis dahin zu bringen stände, dass seine Garantie von allen interessierten Theilen angenommen würde. Dieses ist der vornehmste Punkt, auf welchen des Kf. dahingehende ministri würden instruiert werden müssen, und der nirgends füglicher als in Breda durchgetrieben werden kann.

Auch wenn Kf. Bedenken tragen sollte, jemand dorthin zu schicken, so ist seine Abberufung von hier doch hochnöthig. Blaspeil und Romswinckel schreiben ihm, de Witt glaube, er sei nicht des Friedens sondern anderer auf ein gutes Verständnis des Kf. mit England zielender Angelegenheiten wegen hier. Er kann auch leicht absehen, dass, wenn Kf. ihn, bis etwa die Tractaten fruchtlos abgingen, hier lassen wollte, man ihn hier zu einem engagement gegen Holland zu bewegen suchen und, wenn Kf. ihn dann abrufe, sich sehr beleidigt fühlen wird. Auch wenn, falls die Tractaten glücklich ablaufen, zwischen England und Holland wegen Flanderns etwas geschlossen werden sollte und man Kf. mit hineinziehen wollte, wäre es für Kf. reputierlicher und nützlicher, dass man solches an seinem Hofe suchte, als dass hier davon gesprochen würde.

Chr. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Londen 5./[15.] April 1667.

[Bitte um Abberufung. Audienz beim Könige, dessen Urtheil über Schwedens Politik in der polnischen Frage. Urtheil Lisola's über des Kf. Politik daselbst.]

15. April. Von dem spanischen Gesandten[1]) hat er gehört, dass, obgleich der König von Frankreich die Mediation des Kaisers zurückgewiesen, das Haus Oesterreich doch jemand, vielleicht Isola nach Breda schicken werde, um so mehr würde Kf. es thun können. Jedenfalls wünscht v. Br., dass Kf. ihn von hier abberufe und dies so bald wie möglich den Gen. Staaten mittheilen lasse, da er fürchtet, dass man hier, je nachdem die Tractaten ablaufen, ihm propositiones thun wird, die dem Kf. nicht annehmlich sein würden, und da er aus Blaspeils und Romswinckels Schreiben ersieht, dass man in Holland, besonders de Witt, aus seinem Hiersein schädliche Ombrage schöpft.

Der König, bei dem er gestern Audienz hatte, hat sich wegen dieser Sache ebenso wie der R. Kanzler, Arlington und Morice geäussert; der-

---

[1]) Graf Molina.

selbe machte sich zum Frieden gute Hoffnung und erwiderte auf seine Frage[1]), ob er dem schwedischen Gesandten die Beförderung des französischen Desseins wegen Polen dissuadiert und Pfalz-Neuburgs Interesse recommendiert hätte, es wäre geschehen; soviel er abnehmen könnte, würde Schweden dem Herzog von Anguin nicht zur polnischen Krone verhelfen, in Schweden wäre in Erfahrung gekommen, dass Frankreich dem Kaiser versprochen, wenn er nicht verhinderte, dass Anguin König in Polen würde, ihm hernach das Schwedische Pommern einnehmen zu helfen und ihm dasselbe ganz zu lassen.

Lisola sagte ihm bei der Abschiedsvisite[2]), er hätte erfahren, was Hoverbeck[3]) zu Warschau wegen Pfalz-Neuburgs vorgebracht, und legte es dahin aus, Kf. wolle mit einem Stein drei Würfe thun, die Königin von Polen, welche immer gesagt hätte, Kf. wäre ein Feind der Succession und wollte sich mit dem Grossfürsten von Moskau Polen theilen, widerlegen, den Pfalzgrafen obligieren und gleichwohl dessen Interesse in Polen ruinieren. Nachher sagte er, Kf. hätte[4]), was Hoverbeck darin gethan, desavouiert, welches er mit seiner gewöhnlichen verständigen und vorsichtigen Conduite nicht wohl übereinzustimmen vermeinte.

Chr. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Londen 8./[18.] April 1667.

[Die jetzige englische Politik und ihre Ursachen.]

Die hiesige Eilfertigkeit zum Frieden ist halb willkürlich und halb ge- 18. April.
zwungen, denn der König will[5]) keine Hauptflotte in See bringen, um das ihm neulich vom Parlament bewilligte Geld zu sparen, er kann es auch nicht thun, weil das meiste Schiffsvolk in Kaufschiffen und eine Esquadron von 12 der besten Kriegsschiffe unter dem Viceadmiral Kemphorn abwesend ist, woher man wünscht, dass der Friede in Breda, wenn nicht völlig geschlossen, doch entworfen werden möge, ehe die Flotte von Holland auslaufen, sich vor die englischen Häfen legen und auf jene Ende Mai oder Anfang Juni zurückkommende Esquadron passen könne. Prinz Ruprecht und General Monk fluchen darüber, dass der Friede auf solche Weise gemacht wird und dass man bei währenden Tractaten nicht trachten will, die See zu behaupten; die ministri status aber sagen, jene sprächen als Soldaten und man müsste auf die Consequentien sehen, und ist der R. Kanzler derjenige, welcher das ganze Friedenswerk dirigiert. Zu den Ursachen der jetzigen Lust zum Frieden hieselbst gehört auch, dass derselbe nicht will, dass der Herzog von York in See gehe, die

---

[1]) S. oben S. 645 f.
[2]) Ueber dessen damalige Reise nach Holland s. Klopp I, S. 152 ff.
[3]) S. oben S. 316 ff.
[4]) S. oben S. 319 ff.
[5]) Vgl. Ranke IV, S. 306.

vornehmste aber ist, dass Englands inwendiges Geschwür aufbrechen will, Volk und Parlament so sehr anfangen über Auflagen und Unterdrückungen zu klagen, dass er die vorigen rebellischen Zeiten vor der jetzigen preisen darf, daher würde der König, wenn er die 1 800 000 Pfd. ausgegeben hat, kein Geld mehr von dem Parlament begehren dürfen, und wenn dieses wieder recht aufsätzig würde, dürfte es dem Reichskanzler nicht besser als Strafford ergehen.

Zwischen England und Schweden scheint verabredet zu sein, die schwedische Armee im Fürstenthum Bremen zusammenzuhalten [1]), bis der Friede geschlossen, und Holland dadurch zu intimidieren, wie man auch danach getrachtet hat und noch trachtet, durch Kf. und Schweden zugleich den Gen. Staaten Ombrage zu geben.

Der Kurfürst an v. Brandt. D. Cöln an der Spree 21. April/[1. Mai] 1667.

[auf die Relation vom 1./11. April. Befehl vorläufig dort zu bleiben. Eventuelle Beschickung der Friedenstractaten.]

1. Mai. — Nun gereichet uns zwar Eure hierunter bezeugte Sorgfalt und treuunterthänigster Fleiss zu gnädigstem Gefallen, nachdemmahlen aber Ihre Kön. M. Bedenken tragen, uns bei dieser Handlung als Mediatoren zu admittiren, wir aber auch anstehen müssen, auf andere Weise dabei zu erscheinen, zumalen wir ganz keine Ursach sehen, warumb man uns von der formalen Mediation zu excludiren, denn so wenig Schweden (womit wir in guter Freundschaft und Correspondenz stehen) als jemand anders unsers Ermessens solches begehren wird, so finden wir noch zur Zeit nicht diensamb, Euch von dannen zu avociren, und befehlen Euch demnach gnädigst, dass Ihr aldorten bis zu unserer ferneren und anderweiten Ordre subsistiret; wir wünschen inmittelst, dass es mit den Tractaten zu guter und schleuniger Endschaft gelangen möge, und werden sehen, ob wegen des Kaysers, Spaniens oder einiger ander Potentaten, welcher nicht mediator ist, sich einige ministri dabei einfinden werden, welchenfalls wir auch die unserigen dahin abschicken und ihnen anbefehlen wollen [2]), sich zu denenselben zu halten und ihr comportement

---

[1]) Ueber die damaligen durch den Speckhanschen Handel veranlassten neuen Streitigkeiten zwischen Schweden und der Stadt Bremen, infolge deren die Armee Wrangels bis zum Sommer 1667 in der Nähe der letzteren blieb, s. oben S. 113 ff.

[2]) Kf. hatte (d. Cöln 10./20. April 1667) Romswinckel und Copes beschieden, er halte es nicht für rathsam, eine formale Mediation zu suchen; da er bisher von niemand dazu requiriert sei, wolle er nur wie bisher seine guten officia an beiden Orten interponieren, zu diesem Zwecke solle, wenn die Handlung zu Breda vorgenommen werden sollte, einer von ihnen dorthin gehen, auch v. Brandt, der während der Tractaten in London bleiben sollte, sollte dort in demselben Sinne wirken.

nach ihnen zu richten. Dass wir aber, da wir zur formalen Mediation nicht invitiret worden, unsere Garantie denen partibus paciscentibus offeriren sollten, desfalls tragen wir billig Bedenken[1]). —

Chr. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Londen 3./[13.] Mai 1667.

[Verhalten des österreichischen und spanischen Gesandten.]

Die österreichischen und spanischen ministri haben[2]) sich hier an- 13. Mai.
fangs bemüht, den Frieden zwischen Holland und England zu befördern, nachdem sie aber die Missverständnus zwischen dem König und dem Parlament wahrgenommen und dass dieser Hof dahin trachtet, dass der König des Parlaments nicht bedürfen und daher nach Beendigung dieses Krieges sich in keinen anderen verwickeln möge, ferner dass Spanien entweder garnicht oder doch zu spät von Holland Assistenz bekommen möchte, weil de Witt Frankreich ganz anhängt, suchen sie jetzt auf allerlei Manier den Frieden zu verhindern, indem sie darauf reflectieren, dass, wenn bei continuierendem Kriege England absolute

---

[1]) Kf. theilt Blaspeil, Romswinckel und Copes (d. Cöln $\frac{24.\ \text{April}}{3.\ \text{Mai}}$ 1667) dieses Rescript an v. Br. mit und ordnet an, wenn bei den Tractaten zu Breda von dem Kaiser, Spanien oder anderen Potentaten, die nicht Mediatoren seien, jemand sich einfinden sollte, so könnte auch einer von ihnen dorthin gehen, die anderen aber sollten im Haag bleiben und auf das, was dort vorginge, Acht geben. Darauf schreibt er (d. Lehnin $\frac{30.\ \text{April}}{[10.\ \text{Mai}]}$ 1667) an Blaspeil, er finde es doch rathsam, jemand der Seinigen zu den Friedensverhandlungen nach Breda zu schicken, zumal in England dafür gehalten werde, dass er gute officia zur Facilitierung des Friedens werde leisten können. Bl. solle sich daher als Extraordinargesandter nach Breda begeben, dort mit den englischen und anderen Gesandten vertraulich correspondieren, von allem, was des Kf. Interesse angeht und was er sonst erfährt, berichten, sich die Beförderung des Friedens auf das fleissigste angelegen sein lassen und auch mit v. Brandt und den Gesandten im Haag communicieren. Wenn es zum Schluss komme, solle er sich bemühen, dass Kf. mit allen seinen Landen und deren Commercien so eingeschlossen werde, dass er der Münsterschen Sache halber, die aber nicht genannt zu werden brauche, ungefährdet bleibe. Da Kf. gehört, dass einige in der Provinz Holland dahin inclinierten, dass keine fremden ministri, deren Principalen nicht bei dem Kriege interessiert gewesen, zugelassen würden, so solle er, wenn er sowie Romsw. und Copes es für rathsam halte, ein beiliegendes Schreiben den Gen. Staaten übergeben, inzwischen aber, wenn er vernehmen sollte, dass andere schon in Breda angelangt seien, sich dorthin verfügen. Diese Instruktion für Blaspeil theilt Kf. unter demselben Datum an v. Brandt mit und weist ihn an, die Correspondenz mit demselben sowie mit den Gesandten im Haag zu continuieren. Vgl. Aitzema VI, S. 28.

[2]) Vgl. Pufendorf X, § 22 S. 661. S. auch Urk. u. Akt. XIV, S. 295.

Meister zur See bleibe, Frankreich solches sonder Zweifel empfinden müsste, oder wenn es auch die See nicht ganz behaupten könnte, dass es wenigstens mit Zuthuung der spanischen Gallionen genugsam verhindern könnte, dass die französische Flotte nicht die spanischen Häfen blocquierte, und dass dann auch der König von England Spanien zu Lande assistieren oder wenigstens viele von seinen Unterthanen, namentlich die catholischen, in spanische Dienste treten würden. Beide haben sehr offenherzig mit ihm darüber gesprochen, wollten auch behaupten, des Kf. Interesse erforderte es nicht, dass zwischen England und Holland Friede würde. Jetzt, da der spanische Ambassadeur sieht, dass der Friede nicht mehr zu hindern steht, ist er ziemlich kleinlaut, zumal da die Allianz zwischen Frankreich und Portugal erneuert ist und die französische Macht sich gegen die spanischen Niederlande moviert, er richtet indessen seine Negotiation dahin, damit in den Bredaischen Tractaten nichts eingerückt werde, so England und Holland die Hände binden könne, Spanien in Flandern zu assistieren.

Der Kurfürst an v. Brandt. D. Cöln 7./[17.] Mai 1667.

[Befehl, sich nach Breda zu begeben.]

17. Mai. Wir haben endlich und nach fernerer Ueberlegung der Sachen diensamb und gut gefunden, Euch von dannen zu avociren und nacher Breda gehen zu lassen, zu welchem End wir dann die Vorsehung gethan, dass Euch die nötige Gelder aufs schleunigste — ausgezahlet werden sollen, und übersenden Euch daneben hiebei zwei Schreiben an den König und den Cantzler[1]), nach deren Ueberlieferung Ihr Euren gebührenden Abscheid zu nehmen, uns und unser Interesse aufs beste zu recommendiren, den König unserer beständigen Freundschaft und Dienstfertigkeit zu versichern und darauf Eure Reise nacher Breda furderlichst fortzusetzen, woselbst Ihr von unserm Blaspiel unsere gnädigste Intention und Willensmeinung mit mehrem werdet zu vernehmen haben. Insonderheit habt Ihr fur Eurer Abreise es dahin äusserster Müglichkeit nach zu befordern, damit die englische Gesandte solche Instruction und Befehl bekommen mögen, dass wir und unsere Lande in den Frieden mit includiret werden mögen. —

---

[1]) d. Cöln an der Spree 5./15. Mai 1667.

Chr. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Londen 24. Mai/[3. Juni] 1667.

[Friedensaussichten. Französische Intriguen. Stimmung in England.]

Man beginnt hier auf die Nachrichten von Holland her in der Hoffnung 3. Juni.
auf Frieden zu wanken, trotzdem bleibt es bei der Resolution, keine Flotte in See zu schicken, sondern nur die Kaper um so freier schalten zu lassen. Der König hat den Willen und Ursache alles einzugehen, was den Frieden beschleunigen kann, wenn nur de Witt nicht den Bogen zu hoch spannen möchte. Dann aber dürften die Gen. Staaten sich betrogen finden, und je länger sie trainieren, desto mehr Vortheil spielen sie Frankreich in die Hände, welches auch bei währendem Kriege Mittel genug findet, mit England zu correspondieren, zumal da aus der alten Königin in England, dem R. Kanzler und Graf St. Alban eine Kette worden. Wie Frankreich de Witt mit der Continuation des Krieges flattiert, so caressiert es den Kanzler hier durch die Versicherung, dass es den Frieden zwischen England und Holland wünsche, und hält dadurch beide in seinen Stricken. Der Kanzler fusst sehr auf dem, was St. Alban hieher geschrieben, und auf den Versicherungen, welche die französischen Gesandten den englischen zu Breda neulich gemacht haben, die spanisch gesinnten ministri dagegen glauben, dass Frankreich dadurch England betrüge und mit de Witt wegen Verlängerung des Krieges unter einem Hut spiele.

Des Königs in Frankreich weitaussehendes Dessein[1]) macht hiesigem Hofe nicht geringe Ombrage, er wird sich aber Spaniens nicht annehmen, wenn er dadurch den Frieden mit Holland befördern kann, sollte aber die Negotiation zu Breda fruchtlos sein, würde es nothwendiger Weise auch wider des R. Kanzlers Willen auf eine Allianz mit Spanien auslaufen, und könnte der König die Nation und das Parlament nicht besser als dadurch gewinnen, weil der Hass gegen Holland abnimmt, gegen Frankreich steigt und die Affection zu Spanien täglich grösser wird.

Chr. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Haag 4. Juli st. n. 1667.

[Besprechung mit den englischen Gesandten in Breda.]

Da[2]) er gemerkt, dass der Geldmangel und die Einrichtung der Equipage 4. Juli.
Blaspeil und ihn noch etwas aufhalten werden, so hat er sich[3]) im voraus

---

[1]) Im Mai 1667 hatte Ludwig XIV. (s. unten Abschn. 6) den Angriff gegen die spanischen Niederlande begonnen.

[2]) v. Br. war Mitte Juni von London abgereist (das Recreditiv König Karls für ihn ist Whitehall 3./[13.] Juni, dasjenige Lord Clarendons London $\frac{30.\text{ Mai}}{[9.\text{ Juni}]}$ 1667 ausgestellt), am 11./21. Juni meldet er aus dem Haag, dass er wegen Sturms erst heute hier angelangt sei und sich nun mit Blaspeil bereden wolle, wie ihre Reise nach Breda zu beschleunigen und ihre Subsistenzmittel zu beschaffen seien.

[3]) Vgl. Pufendorf X, § 23 (S. 661), Droysen III, 3. S. 130f.

nach Breda begeben und dort die englischen Gesandten[1]) besucht. Dieselben haben ihm mitgetheilt, sie hätten von ihrem Könige Befehl, den ministris des Kf. alle gebührende Ehre zu erweisen und mit ihnen vertraulich umzugehen, sie wünschten, dass dieselben schon jetzt in Breda wären und dass sie sich ihres Beistandes erfreuen könnten, zumal da ihnen das Friedenswerk[2]) von staatischer Seite ziemlich schwer gemacht würde, indem man eine weitläufige Declaration des Tractats von 1662 begehrte. Sie fingen dann selbst an, von den Vorgängen auf der Themse[3]) zu sprechen, beklagten sehr, dass England solchen Schimpf erlitten, und schien es fast, als ob sie die faute auf den Herzog von Albemarle legen wollten. Obwohl kein Stillstand geschlossen worden, hätte man sich in England, da sich alles so wohl zum Frieden angelassen, eines solchen Angriffs von Seiten der Holländer garnicht versehen, sie hätten daher wohl geglaubt, dass der König die Friedensgedanken fahren gelassen, sie hätten aber noch keinen Befehl abzureisen erhalten. Auf seine Frage wegen der Inclusion des Kf. erwiderten sie, ihnen wäre deswegen nichts in specie anbefohlen, sie glaubten aber, dass die Inclusion nicht abgeschlagen werden könnte.

Chr. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Haag 4./14. Juli 1667.

[Bevorstehender Schluss der Tractaten. Sein Entschluss nicht daran Theil zu nehmen. Der Friede wird nicht lange Bestand haben.]

14. Juli. Da Blaspeil, welcher nach Cleve gereist ist, um dort die Mittel zu ihrer Subsistenz in Breda zu beschaffen, dort erkrankt ist, so ist er noch einmal nach Breda gereist, um sich mit den englischen und dänischen Ministern zu unterreden, hat dort aber gemerkt, dass die Sachen schon soweit avanciert sind[4]), dass der König von England entweder das ihm vor zwei Tagen zurückgeschickte Project pure annehmen oder den Krieg continuieren muss. Sie würden also, um den Frieden zu machen, zu spät kommen und es würde übel stehen, wenn sie, nachdem die Difficultäten aus dem Wege geräumt, dorthin ziehen und ihre Creditive überliefern sollten. Ob die Inclusion des Kf. in den Frieden von solcher Wichtigkeit sei, dass sie deswegen grosse Unkosten anwenden sollten, bezweifelt er auch, er will mit Blaspeil, Romswinckel und Copes es überlegen.

Endlich[5]) sehe ich auch nicht, dass dieser Friede lange Bestand

---

[1]) Hollis und Coventry.

[2]) Vgl. über die Verhandlungen in Breda Aitzema VI, S. 34 ff., Basnage S. 803 f., Wicquefort III, S. 304 ff., Mém. de Pomponne II, S. 433 ff., Lefèvre Pontalis I, S. 397 ff.

[3]) Vgl. Basnage S. 804 f., Wicquefort III, S. 309 ff., Ranke IV, S. 297 f., Lefèvre Pontalis I, S. 400 ff.

[4]) Vgl. J. de Witts Schreiben an Beuningen vom 7. und 14. Juli 1667 (Lettres de Jean de Witt IV, S. 194. 199).

[5]) Vgl. Pufendorf X, § 23 S. 661.

haben werde, denn wie ich an dieser Seiten gewahr werde, dass man aus Unlust zum Frieden den Bogen aufs höchste spannet, also gibet England alles nach, umb quovis modo den Frieden zu machen, und bin ich gewiss, dass es ihn, weil er zu schimpflich und abgedrungen, nicht lange halten könne. Meines Erachtens gehen zwischen Pensionario de Witt und Frankreich pro continuando bello gefährliche Dinge für und ist die einige Ursache, dass die holländische Flotte wieder höher auf in die Themss gehen müssen, das Volk in England zu bewegen, dass es umb Krieg und revanche schreien und fragen möge, warumb das Geld, so es contribuiret hat, nicht darzu angewandt werde? —

Chr. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Breda 22. Juli/1. Aug. 1667.

[Abschluss des Friedens. Die Inclusion des Kf. in denselben.]

Gestern Abend zwischen 6 und 7 Uhr ist der Friede[1]) vollzogen und unterschrieben worden, die Auswechslung der Ratificationen soll bis zum 19. August erfolgen. 1. Aug.

Wegen der Inclusion[2]) haben die französischen Ambassadeurs emportiert, weil sie die dänischen, welche nicht gerne gewollt, dass der Herzog von Holstein und die Stadt Hamburg includiert werden sollten, auf ihre Seite gebracht und dadurch auch die Staaten bewogen, in diesem passu ihrem concluso zuwider nachzugeben, obwohl die Schwedischen sich bemüht haben, dass Kf., K.Pfalz, der Herzog von Holstein und die Hansastädte sofort ebenso wie Schweden selbst includiert würden, wozu auch die Englischen ganz geneigt gewesen. Er hat daher wegen der nachträglichen Inclusion des Kf. ein Project entworfen und wird dasselbe den plenipotentiariis recommendieren, damit sie es nebst den unterschriebenen Friedensartikuln an ihre respectiven Höfe schicken, der K.Pfälzische und andere machen es ebenso[3]).

---

[1]) Der Friedensvertrag vom 31. Juli 1667, abgedruckt Diar. Europ. XV, Append. III, Londorp IX, S. 506 ff., Dumont VII, 1. S. 44 ff. Vgl. Wicquefort III, S. 318 ff., Lefèvre Pontalis I, S. 408 f.

[2]) Vgl. Pufendorf X, § 24 S. 662.

[3]) Kf. schreibt an v. Brandt und die Gesandten im Haag (d. Cöln 7./17. August 1667), ihm komme es nur darauf an, von England und Holland die Inclusion zu erlangen, sie sollten sich darum bemühen.

Chr. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Cleff 1./11. Aug. 1667.

[Die Inclusion des Kf. in den Frieden. Verhältnis Englands zu Frankreich. Rathschläge Clarendons.]

11. Aug. Er hat das Inclusionsproject den englischen, französischen und dänischen Gesandten übergeben, welche sich durchaus dazu bereit erklärten[1]), da aber wenig Aussicht ist, dass die inclusiones schon mit den Ratificationen zusammen einkommen werden, so hat er nicht länger, um das Eintreffen derselben abzuwarten, in Breda bleiben wollen, sondern hat sich hieher begeben, um, nachdem er mit Blaspeil über die Münsterschen Werbungen und die Erneuerung der Rheinischen Allianz conferiert, zu Kf. zurückzukehren.

Von den englischen Gesandten hat er[2]) inbetreff der Absichten Englands wegen der französischen Desseins nur herausbringen können, dass ihr König nichts unlieber sehen würde, als wenn die Spanischen Niederlande Frankreich ganz zutheil würden, welches zu verhindern sie desto mehr zum Frieden mit Holland geeilt hätten, man könnte aber von England nicht verlangen, dass es sofort nach Beendigung des Seekrieges aperto Marte sich in das Flandrische Wesen mische, zumal da Spanien, der Kaiser und ganz Teutschland in diesem Kriege nur spectatores gewesen und für England nichts gethan hätten. Aehnlich haben sich bei seinem Abschiede der König und der Reichskanzler ausgesprochen, ersterer äusserte, Kf. müsste den Anfang zu einer guten Verfassung im Reiche wider Frankreich machen und die protestierenden Stände und Schweden an sich ziehen, dann könnte Holland auch nicht still sitzen, und würde es England nicht zuwider sein, dass Kf. mit den Gen. Staaten ein enges Bündnis gegen Frankreich mache; der Reichskanzler hat ihm im Vertrauen mitgetheilt, sein König habe, weil er gesehen, dass man in Holland den Frieden zu schwer machte, mit Frankreich[3]) unter der Hand agieren müssen und demselben gegen Restitution der Caribischen Inseln versprochen, in gewisser Zeit in das Flandrische Wesen sich nicht zu mischen. Derselbe behauptete, Kf. könnte bei der Sache am meisten thun, rieth sehr, zu versuchen, Schweden von Frankreich vollkommen abwendig zu machen und dem Kaiserlichen Hof beizubringen, Oesterreich und Spanien müssten nur erst trachten, Schweden durch baar Geld zur Neutralität zu bewegen und nach und nach fester zu verbinden.

---

[1]) Die Erklärung König Karl II. von England über die Einschliessung des Kf. in den Frieden von Breda ist vom $\frac{\text{29. Juli}}{\text{[8. August]}}$, diejenigen König Friedrich III. von Dänemark vom 3./[13.] August, der Gen. Staaten vom 25. August, König Ludwig XIV. vom 28. August 1667 datiert; s. Pufendorf X, § 24 S. 662, v. Mörner S. 317f., 320.

[2]) Vgl. Pufendorf X, § 28 S. 665f.

[3]) S. Mignet II, S. 40ff., Ranke IV, S. 293ff.

d. Dritte Sendung Christoph v. Brandts[1]). November 1667 — September 1668.

Instruction, wornach unser — Christoff von Brandt in seiner Verschickung nacher Englandt sich zu achten. D. Cöln an der Spree 13./[23.] November 1667[2]).

[Erklärungen, die er in betreff der Stellung des Kf. in der burgundischen Frage zu machen hat.]

Er soll seine Reise nach England möglichst beschleunigen, bei der ersten 23. Nov.
Audienz dem Könige nur zu dem in Breda abgeschlossenen Frieden gratulieren und mittheilen, dass Kf. ihn gerade jetzt, wo die Sachen ein sehr weites Aussehen gewinnen und es scheint, als wenn es zu einem langwierigen und allgemeinen Kriege ausschlagen wollte, geschickt habe, in der Hoffnung, dass der König um so geneigter zu vertraulicher Correspondenz sein würde, im übrigen aber soll er abwarten, was Kf. ihm, nachdem die Sachen laufen, nach und nach dort zu verhandeln auftragen wird. Sollte aber der König von ihm zu wissen begehren, wie Kf. sich bei dem burgundischen Unwesen zu betragen gedächte, so soll er antworten, Kf. fürchte zwar sehr, es möchte bei diesem Kriege ein oder andere Partei zu sehr prävalieren, und derselbe würde sehr ungern sehen, wenn die spanischen Niederlande gänzlich unter französischen Fuss gebracht werden sollten, weswegen er gern mit anderen, namentlich mit England, am baldigen Zustandekommen eines Friedens arbeiten wollte, sonst aber und in Entstehung eines solchen Friedens hätte Kf. noch keinen Entschluss gefasst und auch nicht fassen können, zumal er bisher nicht habe erfahren können, was England und Holland bei dieser Unruhe zu thun gesonnen, und zu seiner Verwunderung wahrgenommen hätte, dass überall so wenig zur Sache gethan würde, er würde aber, wenn der König ihm seine Sentimente und Intention mittheilen wollte, seine consilia möglichst danach einrichten, namentlich würde ihm lieb sein, wenn der König ihm an die Hand geben wollte, wie der Friede zwischen Frankreich und Spanien am besten zu befördern sein möchte.

Sollten der spanische und oesterreichische Gesandte[3]) wegen des burgundischen Wesens gegen ihn etwas regen, so soll er ihnen anzeigen, dass Kf. sich von Anfang an dieser Sache gar eifrig angenommen habe, alle seine vertraulichen Eröffnungen aber seien[4]) am französischen Hofe wieder er-

---

[1]) Pufendorf hat diese Gesandtschaft v. Brandts garnicht, Droysen III, 3 S. 144f. ganz kurz erwähnt.

[2]) Von demselben Datum sind die Creditive an König Karl II., an den Prinzen Ruprecht und an die Staatssecretäre Arlington und Morice.

[3]) Molina und Lisola, welcher letztere im August 1667 wieder nach England zurückgekehrt war, vgl. Klopp I, S. 182ff.

[4]) Vgl. Urk. u. Akt. II, S. 453f., XIV, 1. S. 341.

fahren worden, so dass der König von Frankreich ihm habe vorhalten lassen, dass er allein den Kaiser und andere wider ihren Willen animierte, auf seine genereuse Erklärung gegen den Markgrafen von Baden[1]) hätte man, statt dasjenige zu prästieren, wozu man sich anfänglich erboten, ihn ganz ohne Antwort sitzen lassen, weswegen Kf. Ursache hätte, in diesem Werke vorsichtig zu gehen. Er hätte bei seiner Abreise gemerkt, dass Kf. alle seine consilia auf Beförderung des Friedens gerichtet und dass alle stattlichen von Frankreich ihm gemachten Offerten dieselben nicht hintertreiben würden. Er kann, wenn die Discurse es mitbringen, wohl zu erkennen geben, Kf. halte es für viel dienlicher mit Abtretung einiger Oerter diesem weitaussehenden Kriege abzuhelfen und sich hernach gegen dergleichen schleunige Ueberfallung besser in Acht zu nehmen, als alles auf einen zweifelhaften Ausgang eines Defensionkrieges in Hazard zu stellen. Sollten sie zu wissen begehren, was des Kf. jetzige Absendung nach Frankreich[2]) bedeute, so kann er ihnen sagen, dass Kf. den burgundischen Frieden und das polnische Werk, wovon v. Blumenthal[3]) in Wien tractiert, zu befördern trachte.

Dem französischen Gesandten, Marquis de Ruvigny, soll er sagen, dass Kf. die neulich von Milet geschehene Proposition[4]) in grosse Consideration ziehe, von ihm sowie von dem spanischen Gesandten hat er zu vernehmen, auf was für conditiones sie meinten, dass der Friede geschlossen werden könnte.

Er soll sich sogleich nach seiner Ankunft in London erkundigen, welche von den ministris jetzt nach der Entsetzung des Grafen von Clarendon[5]) die Affairen in Händen hätten, und falls er erfährt, dass dieses die beiden Staatssecretäre Arlington und Morice wären, sich bei ihnen zu insinuieren und so des Kf. Sachen durch sie desto glücklicher zu treiben suchen, sollte er aber dieses nicht erreichen können, soll er es berichten, damit Kf. danach seine mesures nehmen könne.

Von allem, was dort vorgeht, soll er bei allen Posten berichten, namentlich die Ursachen, Circumstantien und Consequentien der Remotion des Reichskanzlers, soviel er davon in Erfahrung bringen kann, ausführlich melden. Mit den ministris des Kf. zu Paris, am kaiserlichen Hofe, in Schweden und im Haag soll er aus den Sachen, welche das flandrische Wesen betreffen, fleissig correspondieren.

---

[1]) S. unten Abschn. 6.

[2]) Die Sendung v. Pöllnitzs und Meinders', welche eben damals, Ende November 1667, nach Frankreich abgingen, s. unten Abschn. 6.

[3]) S. oben S. 585 ff.

[4]) S. Urk. u. Akt. II, S. 483 ff. und unten Abschn. 6.

[5]) S. Ranke IV, S. 299 ff.

Chr. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Londen 22. Januar/[1. Februar] 1668.

[Mittheilungen der englischen Staatssekretäre. Die Tripelallianz. Der Vertrag des Kf. mit Frankreich. Verhandlungen zwischen England, Schweden und Oesterreich.]

Im Haag hatte er erfahren, dass der Herzog von Buckingham[1]) jetzt der vornehmste minister status wäre und dass alle Gesandten sich bei ihm, wie früher bei dem Reichskanzler, anzugeben hätten. Da derselbe aber wegen eines Duells, in dem er den Grafen von Schrosbery tötlich verwundet, den Hof hat vorläufig verlassen müssen, so hat er sich indessen, dass seine Equipage gegen die königliche Audienz verfertigt wird, bei den beiden Staatssekretären angegeben und ihnen des Kf. Schreiben übergeben, welche sich dafür sehr bedankten und ihn versicherten, dem Könige wäre seine Ankunft bei gegenwärtiger Conjunctur, da man entweder den burgundischen Frieden durch zusammengesetzte consilia machen oder selbigen Krieg durch conjungierte Waffen hemmen müsste, gar angenehm. Sie versprachen, nach seiner Audienz beim Könige sich ausführlicher mit ihm einzulassen, fragten aber gleich, ob er Vollmacht hätte, hier etwas zu schliessen, und wie dem Kf. das Werk gefiele, so neulich durch den Cavalier Tempel im Haag[2]) wäre gemacht worden, worauf er erwidert hat, Kf. hätte ihn abgesendet, um des Königs Sentimente zu vernehmen, und hätte noch nicht wissen können, was im Haag geschlossen wäre. Er fürchtet, dass man ihm den Haagischen Schluss nur zu bald communicieren und dabei fragen wird, ob Kf. seines Tractats mit Frankreich[3]) ungeachtet denselben miteingehen und unterschreiben wolle. Diesen Tractat erwähnten sie nicht, sie haben ihn aber ganz sicherlich; die französischen ministri[4]) haben denselben nicht nur durch die ordinar Posten, sondern auch durch extraordinar Couriers einander zugeschickt. Ob dieses der Abrede mit Milet gemäss ist, weiss er nicht, da aber Frankreich gewusst, was man aller Orten für eine starke Reflexion in dem burgundischen Wesen auf Kf., sonderlich an diesem Hof, der gut spanisch ist, genommen, so ist es den französischen ministris, namentlich dem hiesigen nicht zu verdenken, dass sie geeilt haben, mit diesem Tractat an allen Orten sich zu erheben. 1. Febr.

v. Br. hält es daher für nöthig, dem Könige gleich bei der ersten Audienz den Inhalt dieses Tractats mitzutheilen und zu versichern, dass Kf. noch freie Hände hätte, den burgundischen Frieden zu befördern.

Graf Dohna's[5]) Ordren sind, seitdem der schwedische Senat unter sich

[1]) Vgl. Ranke IV, S. 342 ff.

[2]) Die am 23. Januar 1668 abgeschlossene sogenannte Tripelallianz (Aitzema VI, S. 386 ff., Dumont VII, 1. S. 66 ff., Mignet II, S. 549 ff.), vgl. Wicquefort III, S. 385 ff., Ranke IV, S. 322 ff., Lefèvre Pontalis I, S. 447 ff.

[3]) Der am 15. December 1667 mit Millet zu Berlin abgeschlossene Vertrag (Mignet II, S. 296 ff.), vgl. unten Abschn. 6.

[4]) Vgl. Droysen III, 3. S. 145.

[5]) Christoph Delphicus Graf von Dohna war an Stelle des verstorbenen Coyet

über dem französischen Interesse uneins worden[1]), viel pressanter als vorher gewesen. v. Br. zweifelt nicht, dass das Werk zwischen Schweden, England und Oesterreich nun mit Macht getrieben wird, und fürchtet, dass die dem Kf. aus Schweden zugekommenen Nachrichten nicht allemal einen guten Grund gehabt haben.

Chr. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Londen 31. Januar/[10. Februar] 1668.

[Vorschlag, wie Anträge wegen Beitritts des Kf. zur Tripelallianz zu beantworten wären. Argwohn des Hofes gegen Kf. wegen dessen Verhältnisses zu Frankreich.]

10. Febr. Wenn er gefragt wird, ob Kf. nicht in die neulich im Haag geschlossene dreifache Allianz treten wolle, so würde seiner Meinung nach seine Antwort zu lauten haben, Kf. hätte sich schon längst, bevor er von diesem Bündnis etwas gewusst, bemüht, den König von Frankreich zum Frieden zu bewegen, und wollte damit auch ferner fortfahren, bis man denselben klärlich überweisen könnte, dass er den Frieden hintertriebe, und bis Kf. gesehen, dass andere Potentaten, namentlich England, Schweden und Holland, sich in wirkliche Postur setzten, ihn zum Frieden zu zwingen, er würde alsdann sich mit besserer Reputation erklären können als jetzt in eine Alliance eintreten, von der ihm nicht die geringste Ouverture gemacht wäre. Es könnte auch angeführt werden, wie Oesterreich und Spanien fast 4 Monate Kf. ohne Antwort hätten sitzen lassen, Schweden sich nicht hätte herauslassen wollen und Holland von seiner ersten Intention so weit zurückgekommen sei, dass es eine Zeit lang fast geschienen, als ob es gar mit Spanien zerfallen wollte.

Das übelste ist, dass man hier argwöhnt, Kf. werde es bei der Neutralität nicht lassen, sondern sich mit Frankreich engagieren. Morice sagte ihm vorgestern, der König hätte gehofft, Kf. würde das Band sein, welches den Besen zusammenhalten könnte, und sei nun sehr betrübt, dass er Frankreich die Neutralität zugesagt, hätte auch grosse Ursache zu glauben, dass Kf. sich durch die französischen Promessen noch weiter würde verleiten lassen. Das Gerücht, dass eine Heirath zwischen dem Kf. und Mademoiselle Montpensier[2]) im Vorschlag sei, scheint diesen Argwohn vermehrt zu haben. Er bleibt aber

---

zum schwedischen Gesandten in England ernannt worden, war aber zunächst im März 1667 nach Holland gegangen, hatte dort an den Friedensverhandlungen zu Breda und darauf an den Verhandlungen über die Tripelallianz Theil genommen und war nach Unterzeichnung derselben nach England gegangen, um hier einem ihm schon im October 1667 ertheilten Auftrage seiner Regierung gemäss für den Abschluss einer Allianz zwischen Schweden und England und ebendieser Mächte mit Oesterreich und Spanien zu wirken. S. Carlson, Gesch. Schwedens IV, S. 500. 506 f., Mém. de Pomponne II, S. 441 ff.

[1]) Vgl. Carlson IV, S. 501 ff.; Mém. de Pomponne II, S. 474 ff., oben S. 205.

[2]) Anna Marie Louise von Montpensier, Tochter des Herzogs Gaston von Orléans, des Bruders Ludwig XIII.

hier dabei, dass er solches nicht glaube. Er bittet ihn zu instruieren, was er antworten solle, wenn ihm solche Dinge objiciert werden.

Der Kurfürst an v. Brandt. D. Cöln 8./[18.] Februar 1668.

[auf die Relation vom $\frac{\text{22. Januar}}{\text{[1. Februar]}}$. Rechtfertigung des Vertrages mit Frankreich. Die Verhandlungen zwischen dem Kaiser und Schweden.]

Ihm ist schon vorher berichtet, dass der Vertrag mit Frankreich übel 18. Febr.
ausgelegt worden, obwohl derselbe garnicht so weit geht wie die Haagische Allianz, in der die Satisfaction für Frankreich benannt und versprochen wird, Spanien zu zwingen, dieselbe einzugehen, während er sich nur zur Neutralität verpflichtet hat, falls Frankreich mit billigen Conditionen zufrieden sein würde. v. Br. soll dieses auch ferner aufs beste interpretieren, die contenta des Tractats dem Könige und dessen Ministern mittheilen und darauf hinweisen, wie hoch nicht allein dem Kf. sondern auch allen Benachbarten daran gelegen sei, dass er durch dieses Mittel das französische Dessein in Polen gebrochen habe. Man kann Kf. auch nicht beschuldigen, dass er nicht habe in die Haagische Allianz treten wollen, da ihm diese noch nie in forma communiciert worden ist. Der Tractat zwischen dem Kaiser und Schweden[1]) steht noch in vorigen terminis, er kann nicht vor dem auf den Juni angesetzten Reichstage geschlossen werden.

Chr. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Londen 10./[20.] Februar 1668.

[Audienz beim Könige. Dessen Aeusserungen über das Verhältnis des Kf. zu Frankreich und über die Aussichten auf gütliche Herstellung des Friedens. Geringe Bedeutung der Tripelallianz. Innere Wirren in England.]

Vor einigen Tagen hat er beim Könige Audienz gehabt und demselben 20. Febr.
seiner Instruktion gemäss zum Frieden mit Holland gratuliert, ihm den Wunsch des Kf., wegen Beendigung der Flandrischen Unruhe mit ihm zu communicieren, kund gethan und ihm nähere Mittheilungen über den mit Frankreich abgeschlossenen Tractat gemacht. Der König erklärte, er sei von Anbeginn des Flandrischen Unwesens der Meinung gewesen, dass, so Teutschland zur Hinlegung desselben etwas Nachdrückliches thun sollte, solches nothwendig durch Kf. geschehen müsste, weswegen er besonderes Verlangen getragen hätte, mit Kf. zu überlegen, was für eine Conduite bei diesem Werk zu halten sei, er hoffe, die neulich mit Holland getroffene Allianz[2]) werde etwas wirken. Dass Kf. mit Frankreich tractiert, hätte anfangs ein grosses Gerücht verursacht

[1]) S. oben S. 202 ff.

[2]) Die Tripelallianz.

und ihn selbst ziemlich bestürzt gemacht, nachdem ihm aber die Tractaten communiciert worden, hätte er sich zufrieden gegeben, und ob er wohl wünschte, dass darin der Neutralität, der Erneuerung der Rheinischen Allianz und der Verwehrung des Durchzuges für nach Flandern bestimmte Hülfstruppen nicht gedacht wäre, so hielte er doch dafür, dass diese Tractaten Kf. nicht zurückhalten könnten, in die neulich im Haag gemachte Allianz einzutreten, falls nicht Pelnitz[1]) Ordre hätte, in Frankreich weiter zu gehen und eine nähere Allianz auf die Heirath mit Mademoiselle Montpensier[2]) zu gründen, er glaube aber, que V. Alt. Electorale ne voudroit pas epouser un gensdarme et etablir un autre empire en sa maison outre le sien propre.

Auf v. Br.'s Frage, ob er Hoffnung hätte, dass der Friede zwischen Frankreich und Spanien ohne der Alliierten und Mediatoren Waffen zu machen stünde und ob beide kriegende Parteien sich an die im Haag gemachte Allianz kehren würden, antwortete der König, er zweifelte nicht, der König von Frankreich werde den terminum des letzten Martii bis zum letzten Mai verlängern und Spanien würde sich, nachdem die Grafschaft Burgundien von dem Könige von Frankreich so gefährlich angegriffen worden[3]), zu der Alternative verstehen, und er hoffte so, dass das Werk ohne Zusammensetzung der Waffen geschehen könnte.

Meines Ermessens — wird diese Ligue, wenn ich den hiesigen Zustand betrachte, wenig effectuiren, wie dann auch M. de Ruvigny[4]) mir gesagt hat, dass, wann sein König ohne das keine Lust zum Frieden hätte, diese Ligue ihn schwerlich dazu bewegen würde. Es hat das Ansehen, dass dieser Hof sich selbiger nur bedienen werde, von dem Parlament Geld zu erhalten, umb damit den König aus seiner grossen Schuldenlast zu reissen. — Und ist zwischen dem Hof und Parlament ein so schlechtes Vernehmen[5]), dass ich fürchte, ich werde Ew. Cf. D. künftig unangenehme Dinge berichten müssen, zumahlen da die divisiones und factiones sowohl am Hofe als im Parlament täglich zunehmen. —

[1]) Der Oberstallmeister des Kf., G. B. v. Pöllnitz, der zusammen mit Meinders nach Frankreich geschickt war, s. unten Abschn. 6.

[2]) S. oben S. 660, vgl. Droysen III, 3. S. 145. 588.

[3]) Ueber die damalige Eroberung der Franche Comté durch Ludwig XIV. s. Mignet II, S. 605 ff., Mém. de Pomponne II, S. 517 ff., Lefèvre Pontalis I, S. 462 f., Sandret, La première conquête de la Franche Comté (Revue des questions hist. XXXVIII, S. 166 ff.).

[4]) Der französische Gesandte in London, s. über dessen damalige Thätigkeit Mignet III, S. 9 ff.

[5]) Vgl. Ranke IV, S. 346 ff.

Der Kurfürst an Chr. v. Brandt. D. Cöln 15./[25.] Februar 1668.

(Conc. O. v. Schwerin.)

[auf die Relation vom 31. Januar. Abzugebende Erklärungen inbetreff des Beitritts des Kf. zur Tripelallianz und des Verhältnisses desselben zu Frankreich.]

— Wegen der von Euch angeführten Puncten aber, worüber Ihr 25. Febr.
unsere Erklärung gehorsambst bittet, geben wir Euch hiermit in Gnaden zu vernehmen, dass soviel den ersten anbelanget (was Ihr nämlich zu sagen, wenn man von Euch zu wissen begehrte, ob wir mit in die neulich im Haag geschlossene dreifache Alliance treten wollten), wir uns Euer desfalls von daraus gegebenes unvorgreifliches votum allerdings gefallen lassen, also dass wir Euch gnädigst befehlen, dafern dergleichen Frage an Euch geschehen möchte, auf solche Art und über dem auch dieses zu antworten, dass wir noch bis auf kegenwärtige Stunde hiezu nicht, wie es sich gehöret, invitiret noch uns der tractatus in forma communiciret, viel weniger von einigen subsidiis etwas promittiret worden. Was den andern Punct und dasjenige betrifft, so Euch der Secretarius Status Morice vom Könige gesagt, dass derselbe nicht allein sehr bekümmert wäre, weil wir Franckreich die Neutralität versprochen, sondern auch aus vielen Ursachen glaubete, dass wir uns von demselben zu einem näheren engagement würden verleiten lassen, zumahlen er vernommen hätte, dass unsere Gesandten zu Paris ein mehres als was die Neutralität und Mediation mit sich brächte tractirten, darauf, wie Ihr bereits mit Bestande und unserer Intention gemäss geantwortet, also habet Ihr unveränderlich dabei zu verbleiben, und wenn hiernegst Euch ferner solche Dinge von jemand vorgeworfen würden, ihn gleichermassen zu bescheiden und zu versichern, dass wir uns durchaus nicht weiter engagiren, viel weniger etwas eingehen würden, so die Befoderunge des Friedens verhindern könnte. Für allen Dingen aber habt Ihr Euch äusserst zu bemühen, von demjenigen, was man alda vor consilia führet, zu penetriren, weil fast der ganzen Welt Augen darauf gerichtet seind. Ihr werdet sonsten wohl schon erfahren haben, dass der Marquis de Castel Rodrigo sich noch zur Zeit gar schlecht kegen die Stadische Deputirte erkläret[1]), daher man noch bis jetzt die Schuld auf Franckreich nicht wird wälzen können. —

---

[1]) S. Aitzema VI, S. 769, Wicquefort III, S. 393ff., Lefèvre Pontalis I, S. 468.

Chr. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Londen 6./[16.] März 1668.

[Stand der Friedensangelegenheit. Besprechung mit Arlington und Lisola.]

16. März. Die Nachricht, dass Castel Rodrigo die Alternative angenommen[1], hat hier grosse Freude erregt, doch glaubt niemand, dass Frankreich sich zu dem Frieden ungezwungen und so leichtlich, wie es immer versprochen hat, verstehen werde, sondern dass es trachte, die drei Haagischen Alliierten zu trennen und, wo nicht den Krieg zu continuieren, doch die Alternative nach seinem Sinne zu drehen. Die schwedischen, spanischen und oesterreichischen ministri stecken jetzt immer zusammen, laut gewisser Nachricht will Schweden gegen Frankreich agieren, der schwedische Gesandte aber, ob er es gleich seiner Instruktion gemäss könnte, will nicht schliessen, bis er Briefe aus Schweden bekommen[2].

Arlington und Lisola wollten vorgestern zu ihm kommen, um aber nicht bei dem französischen Gesandten Verdacht zu erregen, ist er ihnen zuvorgekommen und zu Arlington gegangen, wo er auch den anderen fand. Sie erzählten ihm, wie die Sachen zu Brüssel und Paris ständen, deducierten, wie schwach die Liga wider Frankreich ohne Kf. sein würde, und drangen sehr hart darauf, dass Kf. in die Allianz treten möchte. Er hat sich entschuldigt, dass er von Kf. noch keine Antwort hätte.

Chr. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Londen 10./[20.] April 1668.

[Sein Memoire inbetreff des Eintritts des Kf. in die Tripelallianz. Weigerung Lisola's, die Pfalzneuburgische Throncandidatur in Wien zu empfehlen. Friedensaussichten. Rüstungen zur See.]

20. April. Er hat die Antwort auf die Frage, ob Kf. in die Haagische Liga treten wolle, nicht länger zurückhalten können und dieselbe daher jetzt schriftlich übergeben[3].

---

[1] S. Aitzema VI, S. 784, Wicquefort III, S. 397, Mignet II, S. 620, Lefèvre Pontalis I, S. 470.

[2] v. Br. berichtet 9./19. März (vgl. Pufendorf X, § 47 S. 685), Dohna habe ihm mitgetheilt, Biörnclou habe in einem mit letzter Post angekommenen Schreiben gebilligt, dass er die Ligue auf gewisse Maass unterschrieben, und mit nächster Post völlige Approbation und weitere Ordre angekündigt. Derselbe habe versichert, Schweden wolle nebst England, Spanien, Holland und den wohlmeinenden Ständen des Reichs alles thun, um Frankreichs Absicht, diesen Sommer die spanischen Niederlande zu überrumpeln und die interessierten Potentaten durch seine simulierte Begierde zum Frieden einzuschläfern, zu hintertreiben, er habe über Englands Langsamkeit geklagt, dagegen Hollands Eifer gerühmt. Vgl. Carlson IV, S. 507, Mém. de Pomponne II, S. 484. 535 ff., Wicquefort III, S. 430 ff.

[3] In einem Memorial vom 10./[20.] April 1668; darin erklärt er, Kf. halte es

Auf Bitte des Pfalzneuburgischen Gesandten hat der König Lisola aufgefordert, am kaiserlichen Hofe das neuburgische Interesse zu befördern, derselbe hat es aber, so lange der Pfalzgraf in der feindlichen Haltung gegen das Haus Oesterreich verharre, verweigert.

Wie er von dem Könige selbst gehört, hat Castel Rodrigo auf das Drängen der Gen. Staaten das in Frankreich verfasste Friedensproject angenommen. Da auch die zu Paris geführten Unterhandlungen[1]) einen glücklichen Ausgang versprechen, so hat man hier gute Hoffnung zum Frieden. Trotzdem[2]) wird hier die Armatur zur See so stark fortgesetzt, als wenn eine feindliche Flotte vor der Themse läge, und mag wohl die vornehmste Ursache sein, dass der Herzog von York, ehe der Frieden geschlossen, mit einem guten Prätext in See gehen und sich als dominus maris sehen lassen will. Wegen des Friedens macht ihm nur einen kleinen Scrupel, dass Frankreich, weil es Arlington nicht gewinnen kann, die Gräfin von Castelmeanei[3]) mit Geschenken caressiert und ihr sehr nachgeht. Dieses wird auch von anderen für nachdenklich gehalten und urtheilt man, dass es ein schwacher Hof sei, welcher durch Kuppler und Maitressen regiert wird.

Chr. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Londen 27. April/[7. Mai] 1668.

[Anfrage der königl. Societät wegen der von Kf. zu gründen beabsichtigten neuen Universität. Vorschlag, englische Manufacturisten zur Ansiedlung in der Mark zu veranlassen.]

PS. Ferner — erfordert meine unterthänigste Schuldigkeit Ew. Churf. D. zu berichten, dass die hiesige königliche Societät vor wenig 7. Mai.

---

da er nicht zu den Verhandlungen über die Allianz hinzugezogen sei, für angemessen, erst wenn man deutlich sehen werde, ob Frankreich oder Spanien dem Frieden widerstrebe, besondere Verträge oder Allianzen mit England, Holland und anderen an diesem Kriege interessierten Staaten entweder zusammen oder gesondert zu schliessen, zumal da er auf diese Weise Bedingungen und Vortheile werde suchen können, ohne welche er sich nicht in eine Angelegenheit einlassen könnte, welche ihn wahrscheinlich in einen langwierigen Krieg verwickeln und von seinen anderen Interessen, namentlich dem polnischen, abziehen würde. Er habe auch Grund, sich nach dem Verhalten des Kaisers, der bisher ganz neutral geblieben, zu richten, und er wünsche auch erst genau zu erfahren, welche Vereinbarungen man mit Schweden wegen dessen Eintritts in die Ligue getroffen habe. Uebrigens sei er bereit, nicht nur als Vermittler Gesandte nach Aachen zu schicken, sondern auch sonst in seinen Bemühungen für das Zustandekommen des Friedens fortzufahren.

[1]) S. Aitzema VI, S. 770ff., Mignet II, S. 608ff., 626ff., Wicquefort III, S. 422f., Mém. de Pomponne II, S. 540f., Lefèvre Pontalis I, S. 480f.

[2]) Vgl. Pufendorf X, § 47 (S. 685).

[3]) Lady Castelmaine, die Maitresse König Karls II. S. Ranke IV, S. 249.

Tagen zu mir geschicket und mir sagen lassen, sie hätte aus einem gedruckten lateinischen Patent[1]), so unter Ew. Churf. D. hohem Namen vorm Jahre ausgangen, gesehen, wie Sie gesonnen, in ihrer Landen einem eine neue Universität scientiarum artium et gentium aufzurichten und dieselbe, wie auch die frembde daselbst sich niederlassende herrlich zu privilegiiren, und sie fünde dieses Vorhaben so woll eingerichtet, so genereux, rühmlich und nützlich, dass sie ihr vorgenommen hätte, selbiges alhier im Lande kund zu machen, auch woll gar im Parlament ein und anders desfalls vortragen zu lassen, wann sie nur zuvor wüsste, erstlich ob Ew. Churf. D. noch Sinnes wären, dieses Vorhaben werkstellig zu machen, und fürs andere, an welchem Orte diese Universität angelegt werden sollte, mit angehängtem bittlichen Ersuchen, dass ich ihr, was mir davon wissend, entdecken möchte. Ich antwortete nach gebührender Danksagung denen beiden Abgeschickten, dass der Mann, welchem Ew. Churf. D. dieses Werk gnädigst aufgetragen hätten, nicht mehr in Dero Diensten sich befünde und ich nicht wissen könnte, ob Sie selbiges jemand anders anbefohlen, oder ob es noch seinen Fortgang haben würde. Den Ort betreffend, deuchte mich, dass Ew. Churf. D. die Stadt Tangermünde, welcher gute und bequeme Situation ich ihnen beschrieb, dazu destiniret hätten, ich wüsste es aber nicht gewiss und wollte mich ungesäumt wegen beider Puncten erkundigen und der Societät Nachricht davon geben. Wie wir weiter in Discours gerieten, gab ich denen Abgeschickten unter andern auch zu vernehmen, dass Ew. Churf. D. die von der englischen Nation vor allen anderen gerne aufnehmen und sie mit desto bessern Freiheiten und Privilegien versehen würden, wenn man neben denen literatis auch eine gute Anzahl von englischen Weissgerbern, Handschuhmachern, Lederarbeitern, Strumpfmachern, Parfumeurs, Messerschmieden, Tuchmachern, Huetmachern und dergleichen dahin bringen und also die englische Manufacturen daselbst einführen könnte, worauf sie mir antworteten, dass sich solches aufs wenigste mit der Zeit woll würde practisiren lassen. Dann die hiesige Nonconformisten, wodurch sie die eiferige Presbyterianer und Puritaner verstunden, wären des bischöflichen Kirchenregiments so uberdrüssig, dass sie alle begierig

---

Fourneron, Louise de Kéroualle duchesse de Portsmouth (Paris 1886) S. 11 ff., vgl. auch Mignet III, S. 85.

[1]) Fundatio novae universitatis Brandenburgicae gentium, scientiarum et artium d. Coloniae ad Spream 12./[22.] April 1667 (Diar. Europ. XVI, Append. II, S. 11 ff.). Vgl. Erman, Sur le projet d'une ville savante dans le Brandebourg (Berlin 1792) S. 14 ff.

sich in die Frembde zu begeben. Wann nun diese Ew. Cf. D. höchstrühmliche Intention alhier kund gemacht, würden sich ihrer viel miteinander bereden und sonder Zweifel jemand zu Ew. Cf. D. schicken und mit deroselben capituliren lassen, da könnten sie dann bedingen oder mit denen ersten Engländern, so sich nach der Churbrandenburg begeben möchten, abreden, dass solche Handwerker, wie ich oben gemeldet, dahin zu kommen überredet würden, wozu dann auch die Societät alsdann, soviel sie dabei thuen könnte, helfen würde.

Das Exemplar Ew. Cf. D. Patents, wovon ich oben Erwähnung gethan, ist von einem Socinianer zu Hamburg einem alhier sich befindenden ebenmässigen Glaubens communiciret worden, und scheinet es, dass huic haeresi addicti sich mit einzuschleichen ihnen Hoffnung machen, wie dann woll gar in der königlichen Societät einige Sociniani sein mögen, so dieses Werk am meisten treiben. Die beide an mich abgeschickte sagten mir, sie zieleten auf den paragraphum, worinnen stünde, quod in universitate ista recipientur omnes, qui colunt deum trinum et unum, unsere Theologi pflegen sonst wohl triunum zu setzen, umb den Socinianern die aequivocationes und ambiguitates zu benehmen, und dieses wäre leicht zu ändern, wie ich denn auch nicht glaube, dass Ew. Cf. D. gnädigste Meinung seie, dergleichen haereses zu admittiren. Der Schwedische Reichsrath Ben Skit[1]) schrieb vorm Jahre dieses desseings halber an mich, derselbe hat aber auch nicht die beste Religion, soviel ich von ihme, als ich vor acht Jahren in Franckreich mit ihme umbging, vernehmen konnte.

Wann sonst Ew. Cf. D. annoch vorhabens wären dieses Werk fortzusetzen, würde meines unterthänigsten unvorgreiflichen Ermessens rathsam sein, dass Sie das vorige Patent mutatis mutandis in folio umbdrucken und mir ein paar Exemplaria unter Ihrer hohen Hand und Siegel zufertigen liessen.

Unter dem Namen der harten Presbyterianer, Puritaner und Independenten pflegen sich die Quäcker und Anabaptisten alhier zu verstecken, welches Leute sein, so die weltliche hohe Obrigkeit wenig achten[2]).

---

[1]) Bengt Skytte s. Carlson IV, S. 453f., Erman a. a. O.

[2]) Kf. erwidert darauf (d. Cöln 7./[17.] Mai 1668): „Gleichwie sich aber das damals vorgewesene desseing der gemachten Hoffnung nach gar nicht wird practisiren lassen, also habet Ihr nur dieses Werk zu decliniren und dass diese Leute (weil sie zumalen in der Religion gar nicht richtig, sondern unruhig und aufwieglerisch seind)

Chr. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Londen 8./[18.] Mai 1668.

[Abschluss des Friedens. Beitritt Schwedens zur Tripelallianz. Verhandlungen wegen der Garantie des Friedens.]

18. Mai. Auf die wegen grossen Sturmes ziemlich spät eingetroffene Nachricht von der am 2. zu Aachen erfolgten Unterzeichnung des Friedens[1]) redet der König hier vom Frieden als von einer ganz gethanenen und vollzogenen Sache, es wird auch die Seeequipage allmählich eingestellt.

Die beiden holländischen Gesandten[2]) haben ihm solenniter notificiert, dass Schweden nunmehr wirklich in die Haagische Allianz getreten[3]), sie bejahten auch, dass dieser Krone als Subsidien wegen der vergangenen Zeit m./300 Rthlr. und aufs zukünftige, so lange der Frieden zwischen Spanien und Frankreich nicht geschlossen, monatlich m./180 Rthlr. vesprochen seien, weiter aber wollten sie sich nicht herauslassen.

An der Garantie wird hier gearbeitet und man zweifelt nicht, dass Schweden auf dieselben Bedingungen dieselbe miteingehen werde, als es in die Haagische Allianz getreten. Lisola redet noch froidement von dieser Garantie, denn er wollte gern eine Defensivallianz zwischen Oesterreich, Spanien, England, Schweden und Holland machen.

Chr. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Londen 22. Mai/[1. Juni] 1668.

[Verlegung der Verhandlungen über die Garantie des Friedens nach Holland. Tod Dohna's. Bevorstehende Sendung Silvius' zu Kf.]

1. Juni. Die Handlung wegen der Garantie[4]) ist abrumpiert und nach Holland verschoben worden und dürfte hier um so weniger reassumiert werden, weil der schwedische Gesandte Graf Dohna gestern gestorben ist[5]). Sein Tod wird

---

keine Schickung anhero thun möchten, abzurathen. Daferne Ihr aber sonsten einige von allerlei Handwerken, welche aufrichtig in der reformirten Religion und auch von Mitteln wären, dahin disponiren könntet, dass sie sich in diese unsere Lande begeben wollten, würde uns solches sehr lieb sein, denen wir auch einige Freiheit zu gönnen nicht ungeneigt wären."

[1]) Der Friedensvertrag (d. Aachen 2. Mai 1668) gedruckt Diar. Europ. XVII. Append., Aitzema VI, S. 714 ff., Dumont VII, 1. S. 89 ff.; vgl. Wicquefort III, S. 425, Mignet II, S. 659, Lefèvre Pontalis I, S. 482 f.

[2]) Meerman und Boreel.

[3]) S. den Vertrag vom 16. Mai 1668 (Aitzema VI, S. 909 ff.), vgl. Carlson IV, S. 507, Mém. de Pomponne II, S. 538. 544, Wicquefort III, S. 434.

[4]) S. Aitzema VI, S. 402 ff., Wicquefort III, S. 436, Lefèvre Pontalis II, S. 13 ff.

[5]) S. Aitzema VI, S. 418.

wohl eine für Frankreich, welchem diese Garantie garnicht angenehm ist, avantageuse Verzögerung veranlassen.

Die Gesamtschickung von England und Holland an Kf. wegen Eintretung in die Haagische Allianz hat er indirect verhindert, der König hat aber beschlossen, wegen der Garantie jemand an Kf. zu schicken, und dazu Mr. Silvius[1]) erwählt. Da er nicht weiss, was für eine Reflexion Kf. auf diese Garantie macht, so hat er sich soviel als möglich des Hofes enthalten und bei allen Gelegenheiten von derselben froidement gesprochen. Silvius will über Holland reisen, vielleicht wird demselben ein holländischer Gesandter mitgegeben. Lisola treibt sehr auf diese Schickung und sucht von ihm zu erfahren, wodurch man Kf. zu dieser Garantie ziehen könne, er hat aber immer geantwortet, er wisse es nicht.

Chr. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Londen 29. Mai/[8. Juni] 1668.

[Schwierigkeiten inbetreff der Friedensgarantie. Aufschiebung der Sendung Silvius'.]

Er hat erfahren:

1) Spanien besteht fest darauf, ehe Schweden mit dem Hause Oesterreich verbunden und von Frankreich abgewandt, weder die von England und Holland zu behuf des neulich publicierten Friedens versprochenen Subsidien zu geben noch für künftig zu Befoderung der vorhabenden Garantie andere Subsidien zuzusagen, obwohl die Staaten vorgeben, dass Castel Rodrigo, Molina und Gamarra solches mündlich versprochen haben. 8. Juni.

2) Um diese Schwierigkeit zu heben, soll Graf Dohna den Tag vor seiner Krankheit im Werk begriffen gewesen sein, mit den spanischen und oesterreichischen ministris etwas importantes und mit Passerode's Negotiation in Stockholm übereinstimmendes aufzurichten. Pomponne soll sich dort jetzt bemühen, die Ratification alles, was Dohna hier unterschrieben, zu hintertreiben.

3) Der König von England und die Gen.Staaten sollen Schweden durch einen separaten und gar geheimen Artikul die Versicherung gethan haben, dass, wenn Spanien zu Abstattung jener Subsidien nicht zu bringen sein sollte, sie demselben dafür gerecht werden wollten, und soll Arlington als ein sonderbarer Freund des Hauses Oesterreich und der Krone Spanien diesen Artikul Lisola mitgetheilt haben.

4) Sollen die holländischen Gesandten in dem Argwohn stehen, dass Castel Rodrigo dem Könige von England geheim versprochen, wenn die zwischen Oesterreich und Schweden zu Wien und Stockholm schwebende Negotiation nicht den gewünschten Zweck erreichen und daher Holland und England diese Subsidien sollten entrichten müssen, dass dann Spanien England, aber nicht Holland schadlos halten solle.

[1]) S. oben S. 635.

5) Dohna im Verein mit dem österreichischen und spanischen Minister hat darauf gedrungen, dass in der projectierten Garantie nicht nur des letzten, sondern auch des Münsterschen und Teutschen Friedens gedacht werde, wozu sich aber die Gen.Staaten bisher nicht haben verstehen wollen.

6) Der österreichische und spanische Gesandte haben sich des Titels einer Defensivallianz begeben und sind zufrieden, dass eine Garantie aufgerichtet werde, aber unter der Bedingung, dass Spanien und Oesterreich dieselbe mit unterzeichnen und dass darin die casus, in welchen man einander assistieren wolle, specificiert werden, namentlich müsste des Westfälischen Friedens und der beiden Fälle, wenn Frankreich den Pass durch die spanischen Niederlande nach Teutschland oder Holland oder sonst begehren sollte und der König von Spanien mit Tode abginge, Erwähnung geschehen.

In Summa das ganze Werk der Garantie besteht auf der zwischen Oesterreich und Schweden schwebenden Negociation[1]) und auf der Versicherung der schwedischen Subsidien, welche Punkte nunmehr zu Wien, Stockholm, Brüssel und im Haag getrieben werden müssen.

Bei diesen Verhandlungen über die Garantie reflectiert man sehr auf des Königs von Spanien Tod, man glaubt, derselbe, jetzt im siebenten Jahre, könne nicht 10 Jahre alt werden.

Da die Sachen hier ins Stocken gerathen, so wird auch die Absendung an Kf. verschoben, doch redet man noch zu ihm davon. Wenn Silvius fortgeht, wird Lisola seine Instruktion machen, und dürfte er zugleich nach dem Haag, Düsseldorf und Dresden geschickt werden.

Der Kurfürst an v. Brandt. D. Cöln an der Spree 22. Juni/[2. Juli] 1668.

[auf die Relation vom $\frac{\text{22. Mai}}{\text{1. Juni}}$. Befehl zur Heimkehr.]

2. Juli. Da die Verhandlungen über die Garantie des Friedens in London abrumpiert sind und es ungewiss ist, wo dieselben wieder reassumiert werden möchten, so soll v. Br. sich von dem Könige verabschieden und denselben der beständigen Affection des Kf. versichern, auch dem Grafen Arlington ein beifolgendes Schreiben[2]) übergeben und dann mit dem förderlichsten wieder zurückkehren.

---

[1]) Ueber den damaligen Stand derselben s. Carlson IV, S. 551, Mém. de Pomponne II, S. 565, vgl. oben S. 212.

[2]) In demselben (d. Cologne $\frac{\text{22. Juni}}{\text{[2. Juli]}}$ 1668) zeigt er Arlington die Abberufung v. Brandts an, ersucht ihn, denselben genauer inbetreff der Verhandlungen über die Garantie des Friedens zu unterrichten und ihm künftig weitere Mittheilungen durch seinen Agenten A. v. Wulffen zukommen zu lassen.

Chr. v. Brandt an den Kurfürsten. D. Berlin 18./[28.] September 1668.

[Abschiedsaudienz. Gespräche mit dem Könige und Arlington, deren Bestreben, Kf. zur Theilnahme an der Garantie des Friedens zu bewegen.]

Er ist[1]) zwischen Amsterdam und Hamburg durch widrigen Sturm auf- 28. Sept.
gehalten worden, von dort aus aber sogleich mit der Post hieher gereist.

Bei der solennen Abschiedsaudienz[2]) hat er mit dem Könige von keinen Affairen reden können, er hat aber am Tage vor seiner Abreise mit demselben in seiner chambre de lit ausführlich discurriert. Hauptsächlich wünschte der König von ihm, er möchte den Punkt der Eintretung der Garantie secundieren; er werde Silvius absenden, um Kf. zu seiner Heirath nochmals zu gratulieren und ihn einzuladen, in die Garantie einzutreten. Er hat erwidert, Kf. werde grosses Bedenken tragen, dieses zu thun, wenn nicht alle Mediatoren, die an dem Aachenschen Frieden gearbeitet, in dieselbe treten sollten, da eine Particulargarantie wohl mehr Gefährlichkeiten haben würde, als wenn man Frankreich und Spanien mit einander gewähren liesse, ausserdem würde weder das allgemeine noch des Kf. besonderes Interesse leiden, eine Garantie zu machen, wider die Frankreich etwas einzuwenden hätte; solange Kf. in dem polnischen Wesen Frankreichs Assistenz vonnöthen hätte, würde er demselben nichts zuwider thun.

Arlington hat er nach Bristol folgen müssen, derselbe redete inbetreff der Garantie ganz wie der König, bemühte sich nur mehr als dieser zu behaupten, wie unpracticabel es sein würde, alle mediatores in diese Garantie zu ziehen. Dann erzählte er ihm, wie England jetzt mit allen christlichen Mächten stände, Frankreich werde man, wenn Colbert[3]) komme, zu obligieren suchen, Spanien könnte England als dem schwächeren Theile, so lange es Frieden hielte, nicht obliegen, mit Schweden stände es besser als je und er wäre versichert, dass der Reichskanzler[4]) nicht das umstossen könnte, was der schwedische Senat mit England und Holland geschlossen, Dänemark hätte England viel zuwider gethan, man würde es aber um Erhaltung des Friedens nicht rächen, der König hoffte, Kf. werde helfen, dass der Zwist wegen der erhöhten Zölle abgethan würde; mit Holland suchte man englischerseits in ewiger Freundschaft zu bleiben, wenn nur die commercia nicht zu neuen Missverständnissen Anlass gäben, er hoffte, Kf. werde sich bemühen, ein gutes Verhältnis zwischen beiden Mächten zu erhalten. Alle englische reflexiones auf Deutsch-

---

[1]) v. Br. war erst Anfang September von England abgereist, 4./14. September meldet er vom Haag aus seine dortige Ankunft.

[2]) am $\frac{\text{24. Juli}}{\text{3. August}}$ 1668.

[3]) Charles Marquis de Colbert-Croissi, der Bruder des Ministers, erschien Mitte August 1668 als französischer Gesandter in London, s. Mignet III, S. 23 ff.

[4]) M. G. de la Gardie, vgl. Carlson IV, S. 509. 525, Mém. de Pomponne II, S. 552.

land gingen dahin, wie man mit dem Kaiser und Kf. in gutem Vertrauen leben möge, und würde man, wenn Kf. jetzt die Garantie mitbelieben wollte, desto geneigter sein, die zehnjährige Allianz, die Prinz Maurice gemacht[1]), zu verlängern und zu vermehren.

---

e. Gesandtschaft des Gabriel Silvius zum Kurfürsten. Juni 1669.

Protokoll über die mit Silvius geführten Verhandlungen.

17. Juni. Königsberg, 17. Juni Vormittag hat der englische Abgesandte Gabriel Sylvius[2]) öffentliche Audienz bei Kf., gratuliert aber nur zur Heirath und Geburt des Prinzen Philipp Wilhelm[3]).

20. Juni. 20. Juni hat derselbe particuliere Audienz bei Kf., ladet denselben namens des Königs von England zur Eintretung in die Tripelallianz ein, Kf. verweist ihn zur Conferenz und befiehlt dem O. Präsidenten, was er dabei mit ihm reden solle.

26. Juni. 26. Juni Nachmittags stellt sich derselbe zur Conferenz bei dem O. Präsidenten ein. Nachdem er gebeten, Kf. möchte sich erklären, ob er geneigt wäre, in die Tripelallianz einzutreten, antwortet der O. Präsident, Kf. müsste sich vorher informieren, wie die Sache stände, seit der Abreise des Gesandten könnten sich die Sachen geändert haben, zumal da von allen Seiten versichert würde[4]), sein König bliebe zwar bei der Tripelallianz, suche diese aber in vielen Punkten zu restringieren, habe auch neulich mit Frankreich

---

[1]) Die Allianz vom 20. Juli 1661. (Pufendorf IX, § 27 S. 563 ff.)

[2]) S. über denselben oben S. 635. 669, über seine vorhergehende Sendung zu den braunschweigischen Herzogen Köcher, Die Beziehungen zwischen Frankreich u. dem Hause Lüneburg in der Epoche der Tripelallianz (Zeitschr. des histor. Vereins für Niedersachsen Jahrg. 1886) S. 241 f. Vgl. auch Wicquefort III, S. 60. Fürst Johann Georg von Anhalt meldet dem Kf. von Berlin aus am 17./27. Mai 1669, der englische Envoyé Silvius sei gestern angelangt; am 21./31. Mai 1669, derselbe sei an diesem Tage nach Königsberg weiter gereist, ihm habe er erst gestern seine Ankunft und bevorstehende Abreise anzeigen und er habe ihn darauf durch einen Cavalier complimentieren lassen, seine Gemahlin aber habe er besucht und dabei geäussert, er sei beauftragt, Kf. zu gratulieren und ihn zum Beitritt zur Tripelallianz aufzufordern. Vgl. über die Verhandlungen mit S. Urk. u. Akt. XIV, 1. S. 421 f. 424.

[3]) Kf. hatte sich 14. Juni 1668 mit der verwittweten Herzogin Dorothea von Celle vermählt, 19. Mai 1669 war ihm von derselben der Markgraf Philipp Wilhelm geboren worden. Ueber den damaligen Aufenthalt des Kf. in Königsberg s. oben S. 378 ff.

[4]) Vgl. Mignet III, S. 83 ff., Ranke IV, S. 358 ff.

absonderliche Traktaten gemacht, Kf. möchte daher wissen, ob der Gesandte Vollmacht hätte, mit Kf. hier etwas zu schliessen, und ob er die Allianz in forma authentica communicieren könnte. Jener antwortete, diese Gerüchte, dass der König sich geändert hätte und dass nicht mehr Milord Arlington sondern der Herzog von Buckingham bei den Affairen wäre, seien von Frankreich ausgesprengt, er hätte noch mit der letzten Post Zeitung erhalten, dass alles noch im vorigen Zustande wäre. Er hätte keinen Befehl, hier etwas zu schliessen, sondern nur zu vernehmen, ob Kf. in die Allianz treten wollte, die Sache könnte dann im Haag in Richtigkeit gebracht werden; die Communication des foederis wollte er gern thun, de Witt habe aber behauptet, dass dasselbe dem Kf. längst communiciert sei. Der O.Präsident erwidert darauf, de Witt habe zwar[1]) einige Extractus communiciert, man wüsste aber, dass auch secreti articuli[2]) aufgerichtet worden, davon keine Communication geschehen, man hätte auch anderen grosse Subsidia versprochen, als aber des Kf. ministri deswegen Anregung gethan, wäre bei de Witt altum silentium gewesen und er hätte zu denselben immer so geredet, dass man nicht sonderlich daraus hätte schliessen können, dass Holland den Kf. in der Allianz begehrte; Kf. möchte erst wissen, was für Avantage und Zuschub er zu erwarten hätte. Da das Werk vornehmlich Spanien und die unierten Provinzen anginge, beide Theile aber ihn bisher sehr indigne tractiert hätten, so müsste er sich in Acht nehmen. Der Gesandte erwiderte, Kf. möchte nur alles seinem Könige überlassen, der würde schon dafür sorgen, dass ihm alle gebührende Satisfaction widerfahre. Der O.Präsident versprach, alles zu referieren.

2. Juli Martis hora 2 pomeridiana. Nachdem der O.Präsident entschuldigt, dass man wegen Abwesenheit des Kf. nicht eher zur Conferenz gekommen, erklärte er, Kf. könnte sich nicht so ohne weiteres in eine Sache von solcher Wichtigkeit engagieren, davon ihm so wenig die rechten Umstände als auch der eigentliche scopus bekannt wäre, denn, wenn auch der Gesandte die Allianz communiciert hätte, so müsste man auch Communication der geheimen Artikel desiderieren, ferner müsste Kf. wissen, auf welche Weise man ihn zu recipieren gedächte, da er so wenig pars nude accessoria als andere sein würde, und was er für Advantagen, Sicherheit und Subsidien zu hoffen hätte. Da der Abgesandte darauf nicht instruiert wäre, so müsste er sich schon mit der Erklärung des Kf. beruhigen, dass derselbe von allen Sachen fernere Information erwarten und seinen ministris im Haag davon Nachricht und den Befehl geben wollte[3]), dass, wenn es dem Könige gefiele, entweder jemand von ihnen nach London reisen oder dass sie mit Temple im Haag darüber weiter conferieren sollten. Der Abgesandte erklärte sich damit einverstanden, von articulis secretis wüsste er nichts, der scopus der Allianz sei ex ipso tenore bekannt, er könnte sich nicht einbil- 2. Juli.

[1]) S. unten Abschn. 6.

[2]) S. dieselben bei Aitzema VI, S. 394 f., Mignet II, S. 552 ff.

[3]) S. das Rescript an Blaspeil und Romswinckel vom $\frac{25. \text{ Juni}}{5. \text{ Juli}}$ 1669 unten Abschn. 6.

den, dass man im Haag des Kf. Accession nicht gern sähe, Temple habe ihm mit der letzten Post berichtet, de Witt habe ihm gesagt, der Staat würde herzlich gern sehen, dass Kf. und das Haus Braunschweig in die Allianz träten, die Landgräfin von Hessen dependierte von Kf. und würde auch wohl folgen. Wegen der Subsidien meinte er, Holland würde solche wohl geben, wenn es zur Action käme, dagegen aber wurde ihm remonstriert, dass dann die Zeit zu eng fallen würde, erst neue Werbungen anzufangen, man müsste die alten Truppen conservieren, was nicht ohne Subsidien geschehen könnte.

Silvius bat darauf um seine Abfertigung, der O.Präsident versprach dieselbe zu befördern und recommendierte ihm im Namen des Kf. die früher vom Könige versprochene Translation der englischen curt von Danzig hieher, der Abgesandte erwiderte, das hinge vom Gutfinden der englischen Compagnie ab, er wollte aber dazu nach Möglichkeit cooperieren, rühmte dabei des Kf. Gnade und Protection, deren die hier negotiierenden fremden Nationen, besonders die Engländer, genössen.

VI.

Brandenburg und Frankreich.

(Devolutionskrieg und Tripelallianz.)

1666—1669.

Einleitung.

Die Versuche, welche König Ludwig XIV. in den ersten Jahren seiner Regierung gemacht hatte, den Kurfürsten von Brandenburg in ähnlicher Weise, wie ihm dieses mit einem Theile der rheinischen Fürsten und mit Kursachsen gelungen war, in seine Clientel hineinzuziehen, waren wenig erfolgreich gewesen. Die Sendung Lesseins' nach Berlin im Jahre 1662[1]), welcher den Kurfürsten bewegen sollte, der Rheinischen Allianz beizutreten und auch in Polen die französische Thronkandidatur zu unterstützen, war gescheitert, da derselbe diese letztere Zumuthung unbedingt zurückgewiesen hatte. Dann hatte allerdings der Kurfürst, hauptsächlich um der Gegenwirkung Frankreichs gegen seine Bemühungen, von Polen die Erfüllung der ihm in den Verträgen von Wehlau und Bromberg gemachten Zusagen zu erlangen, entledigt zu werden, einen Annäherungsversuch durch die Abschickung v. Blumenthals nach Paris 1663 und 1664 gemacht[2]), derselbe hatte dahin geführt, dass durch den Vertrag vom 6. März 1664 die 1656 mit Frankreich abgeschlossene Defensivallianz erneuert wurde, und gemäss seinem dabei gegebenen Versprechen war der Kurfürst im nächsten Jahre in die Rheinische Allianz eingetreten. Aber dieses Zugeständnis war damals, wo jene Allianz schon in sich gelockert war, wenig bedenklich, weitergehenden Verpflichtungen inbezug auf die deutschen Angelegenheiten, welche man anfangs französischerseits gefordert hatte[3]), war er ausgewichen und in der polnischen Frage hatte er sich völlig freie Hand gewahrt, nach wie vor hat er dort auf das eifrigste den von Frankreich und dem polnischen Hofe verfolgten Plänen entgegengewirkt. Im Münsterschen Kriege hatte er dann im Einvernehmen mit Frankreich gehandelt, Ludwig XIV. hatte[4]) den Abschluss seines Bündnisses mit Holland und nachher das Zustandekommen des Cleveschen Friedens befördert, auch damals aber war die Politik des Kurfürsten eine selbstständige gewesen, hauptsächlich gerade um zu verhüten, dass die von zwei

[1]) S. Urk. u. Akt. II, S. 233 ff., IX, S. 599 ff.
[2]) S. Urk. u. Akt. IX, S. 620 ff.
[3]) S. ebendas. S. 632 ff.
[4]) S. Urk. u. Akt. II, S. 297 ff., XI, S. 619 ff.

Seiten bedrohten Holländer sich vollständig Frankreich in die Arme werfen möchten, war er unter so billigen Bedingungen auf die Seite derselben getreten. Bei allen diesen Gelegenheiten hatte er gezeigt, dass er den Wunsch hege, mit dem mächtigen französischen Könige in Freundschaft zu leben, dass er bei der Dürftigkeit seiner finanziellen Mittel für das Angebot französischer Subsidien durchaus nicht unempfänglich sei, dass er dafür bereit sein würde, den Wünschen und Absichten des französischen Königs sich zu fügen, aber freilich nur soweit, als es ihm seine Würde und die Interessen seines Staates und des deutschen Reiches zu gestatten schienen.

Während jenes Münsterschen Krieges war Ludwig XIV. schon mit einem anderen Unternehmen beschäftigt, in welchem seine ehrgeizigen Pläne deutlich zu Tage getreten sind. Schon bei Lebzeiten König Philipp IV. von Spanien hatte er[1]) den Verzicht, welchen einst seine Gemahlin, dessen älteste Tochter aus erster Ehe, bei ihrer Vermählung auf ihre Erbrechte geleistet hatte, für ungültig erklärt, jetzt, nachdem dieser König (17. September 1665) gestorben und ihm sein unmündiger Sohn aus zweiter Ehe Karl II. auf dem spanischen Thron gefolgt war, machte er für seine Gemahlin auf Grund des in einigen niederländischen Provinzen geltenden sogenannten Devolutionsrechtes Ansprüche auf einen Theil der spanischen Niederlande, und da diese von dem spanischen Hofe nicht anerkannt wurden, so traf er insgeheim Vorkehrungen, um sich mit Gewalt in den Besitz derselben zu setzen. Zu den diplomatischen Vorbereitungen gehörte vor allem der Versuch, unter den deutschen Fürsten Bundesgenossen zu finden, welche einem etwaigen Versuch des Kaisers, Spanien zu Hülfe Truppen nach den Niederlanden zu schicken, entgegentreten sollten. Da die in sich gespaltene Rheinische Allianz, deren Endtermin herannahte und für deren Verlängerung sich bei den Theilnehmern wenig Geneigtheit zeigte, dazu den Dienst versagte, so suchte er durch besondere Verträge diejenigen Mitglieder derselben, deren Gebiete am Rhein und in unmittelbarer Nachbarschaft der spanischen Niederlande gelegen waren, die Kurfürsten von Mainz und Cöln und den Pfalzgrafen von Neuburg, an sich zu ketten und liess zu diesem Zwecke Unterhandlungen mit denselben durch den schon längst in seinem Solde stehenden Grafen Wilhelm von Fürstenberg, den Bruder des leitenden Kurcölnischen Ministers, des Bischofs von Strassburg, Franz Egon von Fürstenberg, anknüpfen. Auch den Kurfürsten von Brandenburg zu gewinnen, wäre ihm sehr erwünscht gewesen, doch ist er diesem gegenüber sehr behutsam und zurückhaltend zu Werke gegangen. Gelegenheit zur Anknüpfung boten ihm die Verhandlungen, welche er in der Münsterschen Angelegenheit mit demselben führen liess. Als er Ende November 1665 du Moulin zu dem Kurfürsten nach Cleve schickte[2]), um denselben nähere Eröffnungen wegen der gegen den Bischof zu ergreifenden Massregeln zu machen, beauftragte er denselben zugleich anzukündigen, dass er

[1]) S. Mignet, Négociations relatives à la succession d'Espagne sous Louis XIV., I, S. 71 ff., Ranke, Französische Geschichte III, S. 310 ff., Legrelle, La diplomatie française et la succession d'Espagne I.

[2]) S. Urk. u. Akt. II, S. 309 ff.

bereit sei, mit dem Kurfürsten ein engeres Bündnis unter vortheilhaften Bedingungen abzuschliessen, der Kurfürst aber ging darauf nicht weiter ein, sondern gab nur im allgemeinen seine Zuneigung für die Person und die Interessen des französischen Königs zu erkennen und stellte das Verlangen, ausser von den Holländern auch von diesem Hülfsgelder für den Münsterschen Krieg zu erhalten. Ludwig XIV. beauftragte darauf Colbert-Croissi, den er im Januar 1666 in derselben Angelegenheit, um den Kurfürsten zum Abschluss des Bündnisses mit Holland zu treiben, ebendorthin schickte[1]), diese Forderung abzulehnen und dem Kurfürsten nur in dem Falle Aussicht auf Subsidien zu eröffnen, wenn er mit Frankreich eine engere Verbindung zu dessen eigenem Vortheil einginge. Der Kurfürst und seine Minister wichen näheren Erörterungen darüber aus, sie erinnerten zur Rechtfertigung jener Geldforderung daran[2]), dass der König von Frankreich schon im nordischen Kriege hätte Subsidien anbieten lassen, und warteten im übrigen ab, ob ihnen von französischer Seite nähere Anträge würden gemacht werden. Dazu schien man dort auch geneigt zu sein, als der Kurfürst bald darauf, Ende Februar 1666, v. Blumenthal nach Paris schickte, um dem Könige zum Tode seiner Mutter zu condolieren, da wurden demselben dort[3]) unter der Hand Eröffnungen von den Absichten Ludwigs auf die spanischen Niederlande gemacht, dem Kurfürsten, falls er ihn dabei unterstützte, der Schutz Frankreichs gegen alle seine Feinde und sogar Antheil an der Beute in Aussicht gestellt und angekündigt, dass Colbert weitere Verhandlungen deswegen führen sollte, zugleich erhielt der Kurfürst[4]) zuerst durch den Kurcölnischen Kanzler Buschmann und dann durch den auch nach Cleve gekommenen Grafen Fürstenberg Andeutungen über die mit Kurcöln, Pfalz-Neuburg und anderen Fürsten wegen Bildung einer Union angeknüpften Verhandlungen. Ende März wurde Colbert von dem Minister Lionne angekündigt[5]), er werde die weitere Aufgabe erhalten, den mächtigsten Kurfürsten des Reichs für die französischen Interessen zu gewinnen, und der Kurfürst selbst hat demselben gegenüber Aeusserungen gethan[6]), welche denselben offenbar zu weiteren Eröffnungen anreizen sollten. Doch hat Ludwig XIV. sich nachher anders besonnen, er rief Anfang Mai Colbert ab, ohne dass derselbe weitere Anträge gemacht hätte, und der Kurfürst hat demselben dann nur, nachdem er sich von ihm verabschiedet hatte, durch den Oberpräsidenten v. Schwerin erklären lassen[7]), wenn er auch nicht in eine engere Verbindung mit dem französischen Könige treten sollte, so würde er doch nie einen den Interessen desselben entgegenlaufenden Vertrag mit irgend einer anderen Macht abschliessen. Längere Zeit hat dann der König sich weiterer Verhandlungen mit dem Kur-

[1]) S. Urk. u. Akt. II, S. 324.
[2]) S. ebendas. S. 337.
[3]) S. Urk. u. Akt. XI, S. 704.
[4]) S. Urk. u. Akt. II, S. 367 f., 404.
[5]) S. ebendas. S. 380.
[6]) S. ebendas. S. 369, 411 f.
[7]) S. ebendas. S. 413.

fürsten gänzlich enthalten. Die Aussicht, denselben dazu zu gewinnen, sich als Werkzeug der französischen Politik gebrauchen zu lassen, war damals um so geringer, als Ludwig XIV. inzwischen auf Grund geheimer Verhandlungen mit dem polnischen Hofe zu dem Entschlusse gekommen war, zugleich mit dem Angriff gegen die spanischen Niederlande auch seinen alten Plan, in Polen[1]) einen französischen Prinzen auf den Thron zu setzen, mit Gewalt durch die Entsendung eines Heeres, welches im Frühjahr 1667 dort angeblich zur Hülfeleistung gegen die aufständischen Unterthanen König Johann Kasimirs oder gegen die Tataren und Kosacken erscheinen sollte, zur Ausführung zu bringen, eben jenen Plan, dem der Kurfürst im Bunde mit der dem Hofe feindlichen Partei in Polen so eifrig und hartnäckig entgegenarbeitete. Hauptsächlich im Hinblick auf dieses polnische Unternehmen hatte Ludwig XIV. die Gewinnung eines anderen Bundesgenossen, Schwedens, in Aussicht genommen, der neue Gesandte Pomponne, welchen er Ende 1666 dorthin schickte, sollte[2]) sich bemühen, das sehr gelockerte Bündnis mit dieser Macht neu zu befestigen und die schwedische Regierung dahin zu bringen, Frankreich sowohl in den Niederlanden als auch in Polen zu unterstützen, zu dem ersteren Zwecke eine Diversion gegen den Kaiser zu unternehmen, zu dem letzteren ihm 3000 Reiter zu überlassen, welche zu seinen nach Polen zu sendenden Truppen stossen sollten. Gelangen diese Unterhandlungen ebenso glücklich wie die mit den rheinischen Fürsten, von denen[3]) Pfalz-Neuburg und Kurcöln noch im Laufe des Jahres 1666, Kurmainz und der inzwischen auch gewonnene Bischof von Münster Anfang 1667 die gewünschten Verträge abschlossen, dann konnte ein Bündnis mit Brandenburg ebenso überflüssig, wie dessen etwaige Gegnerschaft ungefährlich erscheinen.

Die im Folgenden zusammengestellten Akten sind dazu bestimmt, das Verhältnis des Kurfürsten zu Frankreich und zugleich die weitere Politik desselben während des Devolutionskrieges und der durch diesen veranlassten Verwickelungen bis zu Anfang des Jahres 1670 zu veranschaulichen. Der erste Unterabschnitt enthält Ergänzungen zu den oben in Abschnitt III mitgetheilten Dokumenten über seine Thätigkeit in der polnischen Frage. Die Sendung Pomponne's nach Schweden hatte nicht den von dem König gewünschten Erfolg gehabt, derselbe hatte[4]) unerwartete Schwierigkeiten gefunden, in der polnischen Angelegenheit am wenigsten hatte sich die schwedische Regierung bereit gezeigt, die französischen Absichten zu unterstützen, dieselbe war vielmehr, um die Verwirklichung derselben zu vereiteln, mit dem Kurfürsten in Verbindung getreten, hatte selbst[5]) (April 1666) den Vorschlag gemacht, dort einen anderen Throncandidaten, am liebsten den Pfalzgrafen von Neuburg, zu

---

[1]) S. oben S. 308 ff.

[2]) S. Mémoires de Pomponne II, S. 42 ff., Recueil des instructions II, S. 72 ff.

[3]) S. Mignet II, S. 23 ff.

[4]) S. Mém. de Pomponne II, S. 75 ff.

[5]) S. Urk. u. Akt. IX, S. 819.

unterstützen, die Unterhandlungen, welche der Kurfürst, nachdem er sich mit dem Pfalzgrafen verständigt hatte, deswegen durch v. Crockow in Stockholm führen liess[1]), hatten einen günstigen Fortgang genommen, schwedischerseits hatte man sich schon im Sommer 1666 bereit erklärt, über die Beförderung des Pfalzgrafen auf den polnischen Thron einen förmlichen Vertrag mit dem Kurfürsten abzuschliessen, zugleich hatte man vorgeschlagen[2]), beiderseits sowohl in Polen offen für die Sache desselben zu wirken als auch Versuche zu machen, den Kaiser und auch den König von Frankreich für dieselbe zu gewinnen. Der Kurfürst ist trotz anfänglicher Bedenken darauf eingegangen und hat Ende December 1666, zu derselben Zeit, wo er v. Hoverbeck befahl[3]), dem polnischen Hofe geeignete Eröffnungen zu machen, und wo er v. Blumenthal nach Wien abfertigte[4]), auch dem französischen Könige durch den schon seit längerer Zeit[5]) sich in Paris aufhaltenden jüngeren Freiherrn v. Schwerin, den Sohn des Oberpräsidenten, entsprechende Vorstellungen machen lassen. Zwar veranlassten ihn die ungünstigen Nachrichten, welche er unmittelbar darauf durch v. Crockow über die veränderte Haltung der schwedischen Regierung erhielt[6]), noch rechtzeitig diesen Befehl zu widerrufen, aber auf die Kunde von der üblen Aufnahme, welche v. Hoverbecks Mittheilungen am polnischen Hofe gefunden[7]), von den Verdächtigungen, welche von dort her auf Grund derselben gegen ihn ausgestreut wurden, entschloss er sich dennoch, gerade um sich gegen diese Anklagen zu rechtfertigen, dem französischen Könige die beabsichtigten Eröffnungen, nur in noch vorsichtigerer Weise machen zu lassen, und so erhielt v. Schwerin im Februar 1667 neue Weisungen. Wie die Relation desselben vom 11. März zeigt, war dieser Versuch, den König zu einer Aenderung seiner polnischen Politik zu bestimmen, gänzlich erfolglos, derselbe liess ihm durch Lionne antworten, vorläufig scheine es in Polen überhaupt zu keiner Wahl kommen zu sollen, im übrigen hätte er Condé sein Wort gegeben und würde demgemäss nur für diesen oder dessen Sohn wirken, er liess sogar dem Kurfürsten neue Anträge machen, sich mit ihm zur Beförderung der Throncandidatur desselben zu verbinden. Der Kurfürst hat dieselben nicht geradezu zurückgewiesen, er beauftragte v. Schwerin allerdings nochmals vorzustellen, welche Schwierigkeiten der französischen Throncandidatur in Polen, zumal nach den neuesten dortigen Ereignissen entgegenständen, aber er befahl ihm doch anzufragen, ob der König für ihn, der jetzt

[1]) S. oben S. 168 ff.

[2]) S. oben S. 175, 184.

[3]) S. oben S. 311 ff.

[4]) S. oben S. 573 ff.

[5]) Irrig giebt Droysen III, 3 S. 119 an, derselbe sei zu diesem Zwecke im December 1666 nach Paris geschickt worden, er befand sich dort schon im Februar 1666, als sein Schwager v. Blumenthal dort eintraf (Urk. u. Akt. XI, S. 703), im November 1666 erhielt er den Auftrag (oben S. 106 f.), in der bremischen Angelegenheit dem französischen Könige Eröffnungen zu machen.

[6]) S. oben S. 189 ff.

[7]) S. oben S. 316 ff.

heimkehren sollte, weitere Aufträge hätte, und französischerseits hat man sich wenigstens den Anschein gegeben[1]), als ob man darin einen entgegenkommenden Schritt des Kurfürsten erblickte. Ludwig XIV. hatte inzwischen mit dem polnischen Hofe einen neuen Plan verabredet, um die Wahl des Herzogs von Enghien durchzusetzen, derselbe hatte seine Hülfe gegen die in das Reich eingefallenen Tataren und gegen die angeblich mit denselben im Bunde stehenden Türken angerufen, er hatte diese Hülfe zugesagt, unter diesem Vorwande sollte jetzt das nach Polen bestimmte Heer dort erscheinen. An die norddeutschen Fürsten erging die Aufforderung, diesen Truppen den Durchzug durch ihr Gebiet zu verstatten, und der Marschall Millet, welcher[2]) schon zu Ende des vorigen Jahres nach Deutschland geschickt war, um in dem bremischen Streite zu vermitteln, welcher seitdem dort geblieben war und die geheimen Verhandlungen mit dem Bischof von Münster geführt hatte, wurde zuerst zu den braunschweigischen Herzogen und dann zu dem brandenburgischen Kurfürsten geschickt, um auch von diesem den Durchzug zu verlangen und ihn zugleich nochmals aufzufordern, zur Erhebung des französischen Prinzen auf den polnischen Thron mitzuwirken. Aber auch dieses Unternehmen ist nicht zur Ausführung gekommen, die anderweitigen Massregeln, durch welche der Kurfürst dasselbe zu vereiteln gesucht hat, sind oben in Abschnitt III vorgeführt worden, über seine Verhandlungen mit Millet liegen die ausführlichen Relationen desselben im 2. Bande dieser Sammlung vor, im Berliner Geh. Staatsarchiv findet sich nur die Resolution, welche der Kf. demselben am 17. Mai ertheilen liess, und diese ist hier abgedruckt worden.

Der zweite Unterabschnitt behandelt das Verhalten des brandenburgischen Kurfürsten inmitten der durch den Devolutionskrieg im Westen Europas entstandenen Wirren. Derselbe hat[3]) von Anfang an sehr wohl die Gefahren gewürdigt, mit denen die bei dieser Gelegenheit zuerst deutlich hervortretenden ehrgeizigen Bestrebungen Ludwig XIV. ganz Europa bedrohten, und er hat gewünscht, auch seinerseits an der Abwendung dieser Gefahren mitzuwirken. Aber er ist der Meinung gewesen, dass für den Schutz der spanischen Niederlande einzutreten zunächst Sache derjenigen Mächte sei, welche an der Erhaltung derselben das nächste Interesse hatten, Spaniens selbst, des Kaisers und der benachbarten Republik der Vereinigten Niederlande, dass diese daher, wenn sie wünschen sollten, ihn zur Theilnahme an dem Kriege gegen Frankreich zu gewinnen, vor allem selbst energisch gegen dasselbe vorgehen und dass sie ihm als Preis für seine Bundesgenossenschaft besondere Vortheile bieten müssten, dass für ihn selbst die polnische Frage die bei weitem nähere und wichtigere sei und dass sein Verhalten in anderen, und so auch in der burgundischen Frage sich haupt-

[1]) S. die Relationen Millets vom 3. und 11. Mai 1667. (Urk. u. Akt. II, S. 435. 439 f.)

[2]) S. Mignet II, S. 31 ff., oben S. 115.

[3]) Vgl. die sehr richtigen Muthmassungen des kaiserlichen Gesandten de Goess über die voraussichtliche Politik des Kurfürsten in seinen Relationen vom 27. Mai und 17. Juni 1667 (Urk. u. Akt. XIV, 1 S. 306. 310).

sächlich danach zu richten hätte, welche Unterstützung ihm von der einen oder der anderen Seite gewährt werden würde, um das Ziel, welches er dort mit der Beförderung der Throncandidatur des Pfalzgrafen von Neuburg verfolgte, die Erhebung eines neutralen, weder von Frankreich noch von Oesterreich abhängigen Königs, zu erreichen. Er hat daher zunächst abgewartet, wie jene anderen Mächte sich verhalten, ob dieselben seine Bundesgenossenschaft suchen und ob etwa auch Frankreich sich doch noch bemühen würde, ihn auf seine Seite zu ziehen. Er hat darauf ziemlich lange warten müssen. Wie peinlich ihn das damals aller Welt unbegreiflich erscheinende passive Verhalten des kaiserlichen Hofes berührt hat, haben schon die im Abschnitt IV mitgetheilten Documente gelehrt, auch von französischer Seite her aber sind ihm erst ziemlich spät Anträge gemacht worden. Allerdings war Millet in Berlin geblieben und hat dort weiter in der polnischen Sache unterhandelt, der niederländischen Sache aber erwähnte derselbe zunächst mit keinem Worte, bei Beginn des Krieges begnügte sich Ludwig XIV. ihm durch seine Gesandtschaft in Regensburg ein ebensolches Schreiben[1]) wie den übrigen Reichsständen, in dem er sein Unternehmen rechtfertigte und sie unter drohendem Hinweis auf die von ihm getroffenen militärischen Vorkehrungen ermahnte, sich ruhig zu verhalten, zugehen zu lassen. Erst als der Krieg schon im Gange, schon ein Theil der flandrischen Festungen von ihm erobert war, liess er durch Millet dem Kurfürsten ähnliche Anträge machen wie diejenigen, auf welche die rheinischen Fürsten und der Bischof von Münster eingegangen waren, er sollte versprechen, niemanden den Durchzug durch seine Lande nach den spanischen Niederlanden zu gestatten und die Rheinische Allianz zu erneuern. Um ihn dazu bereitwilliger zu machen, hatte Millet zu erklären, sein König habe die Absicht, Truppen nach Polen zu schicken, aufgegeben. Ueber die darauf folgenden Verhandlungen liegen wieder die im zweiten Bande dieser Sammlung herausgegebenen Relationen Millets aus dem Juni bis November 1667 vor, im Berliner Archiv sind weitere Aufzeichnungen darüber nicht vorhanden, nur die dilatorische Antwort, welche der Kurfürst am 30. Juni Millet ertheilt hat, ist hier als Ergänzung zu jenen französischen Berichten abgedruckt worden. Früher hat man von anderer Seite her versucht, mit dem Kurfürsten in Verbindung zu treten, nämlich einerseits eine Anzahl deutscher Fürsten, andererseits die holländische Regierung. Kurfürst Johann Philipp von Mainz[2]) gehörte zwar seit der Begründung der Rheinischen Allianz zu der französischen Clientel im Reiche und hatte auch jetzt auf das Drängen Ludwigs XIV. mit demselben (28. Februar 1667) einen Vertrag[3]) abgeschlossen, in welchem er sich verpflichtete, im Verein mit Kurcöln, Pfalz-Neuburg und Münster kaiserlichen Truppen den Durchzug nach den Niederlanden zu verwehren und zu diesem Zwecke mit Hülfe französischer Subsidien Rüstungen zu veranstalten, aber er war doch, seitdem er bei diesen Verhandlungen die ehrgeizigen Absichten des französischen Königs durchschaut

[1]) S. Mignet II, S. 139 ff.
[2]) Vgl. Guhrauer, Kur-Mainz in der Epoche von 1672 I, S. 93 ff.
[3]) S. Mignet II, S. 35, Guhrauer I, S. 94.

hatte, voll lebhafter Besorgnisse, er wünschte daher, dass der Krieg zwischen Frankreich und Spanien verhütet werde, seine Eitelkeit schmeichelte sich mit der Hoffnung, dass es ihm gelingen könnte, ähnlich wie 1658 bei Gelegenheit der Kaiserwahl Europa den Frieden zu erhalten, und er beabsichtigte einen Vermittlungsversuch, zu welchem sich das ganze Kurfürstencollegium unter seiner Leitung vereinigen sollte. Er wusste für seinen Plan zunächst den in ähnlicher Lage und in ähnlicher Stimmung befindlichen Johann Georg II. von Sachsen[1]), mit dem er im Februar 1667 zu Erfurt eine Zusammenkunft hielt, zu gewinnen, durch diesen, der schon vorher durch die Sendung seines Geheimen Rathes v. Gersdorff nach Berlin[2]) nähere Fühlung mit dem brandenburgischen Kurfürsten gesucht hatte, liess er demselben Anfang Mai davon Mittheilung machen und er ist dann bald darauf unmittelbar mit demselben in Schriftwechsel getreten. Mit ganz anderen Absichten näherte sich diesem der Kurfürst Maximilian Heinrich von Cöln. Dieser von den beiden Fürstenberg geleitete und durch dieselben ganz in das französische Interesse verstrickte Fürst[3]) war schon während des bremischen Krieges mit dem brandenburgischen Kurfürsten in Verbindung getreten und hatte dann im März 1667 mit diesem und den braunschweigischen Herzogen jenes engere Bündnis abgeschlossen, er bemühte sich jetzt, die Mitglieder dieser Allianz auch in die Verbindung mit Frankreich hineinzuziehen, und lud sie[4]) zuerst Anfang Juni zu einer Zusammenkunft nach Hameln, dann statt dessen zur Theilnahme an einem Convent in Cöln ein, welchen er mit Kurmainz, Pfalz-Neuburg und Münster verabredet hatte, um unter dem Vorwande, über das Verlangen Ludwigs XIV., seinen nach Polen bestimmten Truppen den Durchzug zu gestatten, sich schlüssig zu machen, mit denselben ein festes Bündnis behufs gemeinsamer Ausführung der Verpflichtungen, welche sie einzeln in den mit Frankreich eingegegangenen Verträgen übernommen hatten, abzuschliessen, er hoffte so, diesem Bunde eine noch weitere Ausdehnung zu verschaffen. Zugleich aber wandten sich auch Herzog Georg Wilhelm von Celle und dessen Bruder, der Bischof Ernst August von Osnabrück, erschreckt durch das Vorgehen Frankreichs gegen die Niederlande, zugleich in Sorge, dass Schweden diese Gelegenheit benutzen würde, um sich an ihnen für ihr Verhalten im bremischen Kriege zu rächen, und auch beunruhigt durch die Rüstungen, welche ganz in ihrer Nähe der Bischof von Münster veranstaltete, an den brandenburgischen Kurfürsten, um sich mit ihm über ein gemeinschaftliches Handeln zu verständigen. Die Correspondenz und die Verhandlungen mit jenen Kurfürsten sind in der 2., die mit den braunschweigischen Herzogen in der 3. Abtheilung zusammengestellt, darauf folgen in der vierten die Berichte des im Juni 1667 von dem Kurfürsten zu dem Bischof

---

[1]) Vgl. Helbig, Die diplomatischen Beziehungen Johann Georgs II. von Sachsen zu Frankreich (Archiv f. d. sächsische Geschichte I) S. 294 ff., Auerbach, La diplomatie française et la cour de Saxe S. 243 ff.

[2]) S. Auerbach S. 200 f., Urk. u. Akt. XIV, 1 S. 296 ff.

[3]) Vgl. Ennen, Frankreich und der Niederrhein I, S. 182 ff.

[4]) S. oben S. 147.

von Münster geschickten v. Ledebur, welcher denselben, als den Mitdirector des westfälischen Kreises, zur Berufung eines Kreistages und zur Einstellung seiner auch das Misstrauen der holländischen Regierung erregenden Rüstungen auffordern und zugleich versuchen sollte, Näheres über diese Rüstungen und über die Absichten des Bischofs überhaupt zu erkunden, dann in der 5. Abtheilung die Berichte Blaspeils und andere auf die Verhandlungen mit dem Pfalzgrafen Philipp Wilhelm von Neuburg bezügliche Schriftstücke (April bis September 1667). Dieser Fürst, welcher einerseits mit dem Kurfürsten durch ihre gemeinschaftlichen Bestrebungen in der polnischen Sache auf das engste verbunden war, andererseits in der niederländischen Frage sich zum Anschluss an Frankreich hatte bewegen lassen, war bemüht, diese seine beiden Bundesgenossen unter sich und zwar zum Vortheil seiner Sache zu vereinigen, schon Ende April 1667 machte er dem Kurfürsten den Vorschlag, wenn seine damaligen Bemühungen, den Kaiser zur Unterstützung seiner Throncandidatur zu bewegen, nicht glücken sollten, aufs neue zu versuchen, den König von Frankreich, und zwar durch Concessionen in der niederländischen Angelegenheit, für dieselbe zu gewinnen, Mitte Juli theilte er dann dem Kurfürsten mit, dass Ludwig XIV. selbst ihm dahin gehende Anträge habe machen lassen, und suchte ihn zugleich durch die Aussicht auf einen Antheil, den sie beide an der niederländischen Beute erhalten sollten, auf die Erwerbung eines Theiles von Geldern, zur Annahme derselben zu bewegen. Der Kurfürst hat schon damals diesen Vorschlag keineswegs unbedingt zurückgewiesen, er hielt allerdings vor der Hand die französischen Anerbietungen für trügerisch, warnte den Pfalzgrafen davor und weigerte sich vorläufig die Bedingungen, welche Ludwig XIV. von ihm forderte, zu erfüllen, Ende October liess dann [1]) der Pfalzgraf wieder durch seine Bevollmächtigten Giese und Stratman dem Kurfürsten ähnliche französische Anträge hinterbringen und er hat durch seine Bemühungen wesentlich dazu beigetragen, dass endlich die Verständigung desselben mit Frankreich erfolgt ist.

Abtheilung 6 enthält die Verhandlungen mit Holland und zwar gleich bis zum März 1668. Dort hatte der Angriff Ludwigs XIV. auf die benachbarten spanischen Niederlande die grösste Beunruhigung erregt. Allerdings kannte man dort schon längst dessen Absicht, sich dieser Lande zu bemächtigen, 1663 hatte der König selbst [2]) durch seinen Gesandten d'Estrades Unterhandlungen darüber mit dem Leiter der holländischen Politik, dem Rathspensionar Johann de Witt, anknüpfen lassen und der Republik, wenn ihn dieselbe bei dem beabsichtigten Unternehmen unterstützen wollte, einen Antheil an der Beute angeboten, und auf de Witts Veranlassung waren die Generalstaaten wirklich auf solche Unterhandlungen eingegangen. Zwar waren diese zu keinem Abschluss gekommen, doch hatte der König damals durch d'Estrades versichern lassen, dass er nur im Verein mit Holland Versuche, sich in den Besitz der spanischen Niederlande zu setzen, machen werde. Diese Zusage hatte er aber jetzt nicht erfüllt, ohne einen weiteren Versuch zur Verständigung mit der holländischen Regierung zu machen,

[1]) S. Millets Bericht vom 26. October 1667 (Urk. u. Akt. II, S. 487 ff.).
[2]) S. Lefèvre Pontalis, Jean de Witt I, S. 293 ff.

hatte er seine Vorbereitungen getroffen und er begnügte sich dann damit[1]), Anfang Mai, als seine Truppen schon zum Ueberschreiten der Grenze bereit standen, den Generalstaaten seinen Entschluss, die Rechte seiner Gemahlin und seines Sohnes geltend zu machen, anzuzeigen und auf Grund der Allianz von 1662 ihre Mitwirkung in Anspruch zu nehmen, er versicherte allerdings zugleich, dass er nicht der gesamten Niederlande, sondern nur eines Theiles derselben und zwar eines nicht an ihrer Grenze gelegenen Stückes sich zu bemächtigen beabsichtige. Dadurch erschreckt und erbittert, vorläufig allein ausser Stande, der gewaltigen französischen Macht entgegenzutreten, versuchte die holländische Regierung durch Unterhandlungen den König wenigstens zu einer nachträglichen Verständigung zu bewegen, sie traf aber auch zugleich Anstalten, um im Nothfalle im Bunde mit anderen Mächten seinem Ehrgeiz Schranken zu setzen, sie beschleunigte daher den Abschluss des Friedens mit England und suchte Bundesgenossen. Von Anfang an richtete sie ihr Augenmerk auch auf den Kurfürsten, schon Ende Mai 1667 liess de Witt denselben durch seine Gesandten im Haag auffordern, sich mit Holland zu gemeinschaftlichem Handeln zu verbinden und auch Schweden und die braunschweigischen Herzoge heranzuziehen. Der Kurfürst, obwohl gegen de Witt selbst von tiefem Misstrauen erfüllt, ging, freilich vorsichtig, auf diese Anträge ein und zeigte sich bereit, ähnlich wie im Münsterschen Kriege, wenn ihm von Holland die nöthigen Subsidien gezahlt würden, ein grösseres Heer aufzustellen, er wurde dann aber gleich dadurch stutzig gemacht, dass die holländische Regierung, während sie sich bemühte, die Truppen der braunschweigischen Herzoge in ihrem Solde zu behalten, ihm keine Anträge deswegen machte. Erst Mitte Juli knüpfte dieselbe, erschreckt durch die Höhe der Forderungen, welche Ludwig XIV. als Antwort auf ihre Vergleichsvorschläge stellte, und auch besorgt gemacht durch die Rüstungen des Bischofs von Münster, neue Unterhandlungen mit ihm an und suchte ihn zu einem Angriff gegen diesen letzteren, durch welchen derselbe entwaffnet und womöglich selbst gefangen genommen werden sollte, und zu welchem sie ihm jetzt Hülfstruppen und auch Subsidien in Aussicht stellte, zu bewegen, der Kurfürst aber hütete sich wohl, obgleich seine Gesandten im Haag diese Vorschläge lebhaft befürworteten, so leichthin auf dieselben einzugehen und sich so den König von Frankreich zum Feinde zu machen, er forderte daher vor allem Einigung über die Subsidien und Sicherstellung gegen etwaige Gefahren, hielt an dieser Forderung, von Holland Subsidien zu erhalten, auch fest, nachdem ihm von Spanien solche in Aussicht gestellt waren, und zog, da die holländische Regierung zögerte, darauf einzugehen, auch seinerseits die Unterhandlungen in die Länge. Mitte September liess de Witt, dadurch in Sorge gesetzt, dass er von Ludwig XIV. auf seine neuen Vergleichsvorschläge noch keine Antwort erhalten hatte, dem Kurfürsten neue Anträge machen, ihn auffordern, sich mit Holland zur Herstellung eines billigen Friedens unter ähnlichen Bedingungen wie im Münsterschen Kriege zu verbünden. Darauf ging der Kurfürst ein, liess darüber näher verhandeln, Mitte October wurden die Entwürfe

[1]) S. Mignet II, S. 482ff., Lefèvre Pontalis I, S. 426f.

zu den abzuschliessenden Verträgen aufgestellt, aber es kam wieder zu keinem Abschluss, da man beiderseits erst das Ergebnis der gleichzeitig mit Spanien geführten Unterhandlungen abwarten wollte und dann die holländische Regierung, nachdem Ludwig XIV. durch das Anerbieten der Alternative seine Geneigtheit, unter gemässigten Bedingungen Frieden zu schliessen, kundgegeben hatte, wieder wegen der Subsidienzahlung Weiterungen machte. Dem Kurfürsten waren inzwischen durch die Neuburgischen Gesandten und dann auch durch Millet neue Anerbietungen von Frankreich gemacht worden, er sollte sich verpflichten, in dem niederländischen Kriege neutral zu bleiben, niemanden den Durchzug durch sein Gebiet zu verstatten und wieder der Rheinischen Allianz beizutreten, dafür versprach Ludwig XIV., seine früheren Pläne in Polen aufzugeben und dort hinfort für die Wahl des Pfalzgrafen zu wirken. Schon Anfang November giebt der Kurfürst seinen Gesandten im Haag Nachricht von diesen Verhandlungen und kündigt ihnen an, dass er wahrscheinlich darauf eingehen werde, am 15. December schliesst er den Vertrag mit Millet ab, behält sich aber dabei vor, weiter für die Herstellung des Friedens wirken zu dürfen, und lässt darauf hin die Verhandlungen mit Holland weiter fortsetzen, dort aber hat seine Verständigung mit Frankreich den grössten Argwohn erregt, begierig geht de Witt jetzt auf die Anträge ein, welche England durch den nach dem Haag gesendeten Sir William Temple macht, und schliesst, ohne den Kurfürsten zu den Verhandlungen hinzuzuziehen, mit diesem und dem schwedischen Gesandten, dem Grafen Dohna, 23. Januar 1668 die Tripelallianz ab, durch welche Frankreich sowohl als auch Spanien gezwungen werden sollen, den Frieden auf Grund der von den Verbündeten gebilligten Alternative zu schliessen. Erst nachträglich wird der Kurfürst aufgefordert, derselben beizutreten, aber gekränkt durch die ihm gegenüber aufs neue bewiesene Rücksichtslosigkeit und wohl wissend, wie erbittert Ludwig XIV. auf die Holländer wegen dieses Versuches, ihm Gesetze vorzuschreiben, ist, geht derselbe darauf nicht ein.

Abtheilung 7 enthält die auf die Verhandlungen mit dem Statthalter der spanischen Niederlande, dem Marquis Castel Rodrigo, bezüglichen Akten. Schon vor Beginn des Krieges, Anfang Mai 1667, hatte sich dieser an den Kurfürsten gewendet und ihn gebeten, sich der bedrohten Niederlande anzunehmen, der Kurfürst hatte darauf zunächst nur seine Bereitwilligkeit, im Verein mit den übrigen Kurfürsten die Vermittlung zu übernehmen, kundgegeben, hatte dann aber im Juni seinen Cleveschen Regierungsrath Blaspeil, durch den er auch zum grossen Theil die Verhandlungen mit dem Pfalzgrafen von Neuburg und mit der holländischen Regierung führen liess, nach Brüssel gehen lassen, um die dortigen Verhältnisse und die Absichten der spanischen Regierung näher zu erkunden. Castel Rodrigo sprach demselben gegenüber davon, dass der Kurfürst an der Spitze einer spanisch-kaiserlich-braunschweigisch-brandenburgischen Armee gegen Frankreich zu Felde ziehen sollte, seine Aeusserungen waren aber so unbestimmt, dass derselbe garnicht weiter darauf eingegangen ist. Erst als im August der in spanischen Diensten stehende Markgraf Hermann von Baden bei ihm in Potsdam erschien, ihn zur Hülfeleistung aufforderte und bei den weiteren Verhandlungen die Versicherung gab, dass spanischerseits ernstliche Anstalten zum

Kriege getroffen würden, dass auch der Kaiser Hülfe leisten werde, dass Aussicht vorhanden sei, auch Holland, England und Schweden zu Bundesgenossen zu gewinnen, dass dem Kurfürsten von Spanien Subsidien gezahlt und als Pfand für die früher versprochenen aber nicht gezahlten Hülfsgelder ein Stück Landes eingeräumt werden sollte, da zeigte sich der Kurfürst, der eben damals durch die in dem Buche des Parlamentsrathes Aubry enthüllten französischen Absichten auf die Kaiserwürde und die Hegemonie in Deutschland lebhaft beunruhigt war, bereit, falls jene Bedingungen erfüllt würden, als Bundesgenosse Spaniens Frankreich entgegenzutreten, nähere Verabredungen wurden getroffen, der Markgraf übernahm es, dieselben an Castel Rodrigo zu hinterbringen und sich von diesem die Vollmacht zu weiteren Verhandlungen ertheilen zu lassen. Aber erst sehr spät, Anfang October, traf von Brüssel Bescheid ein, der allerdings dahin lautete, dass Castel Rodrigo die Potsdamer Abmachungen billige, aber weitere Verhandlungen darüber durch den kaiserlichen Gesandten de Goess führen lassen wolle, und inbetreff der dem Kurfürsten zu zahlenden Subsidien garkeine sicheren Zusagen enthielt. Obwohl der Kurfürst daraus die Unzuverlässigkeit der spanischen Anerbietungen erkannte, ging er dennoch nicht sofort auf die ihm damals von französischer Seite gemachten neuen Anträge ein, sondern machte zunächst durch die zweite Sendung v. Blumenthals nach Wien[1]) noch einen Versuch, den Kaiser zur Unterstützung seiner polnischen Pläne zu bewegen und Aufklärung über dessen Absichten in der niederländischen Frage zu erhalten, und liess zugleich die Unterhandlungen mit Castel Rodrigo fortsetzen. Aber jene Gesandtschaft war ganz erfolglos, zu Castel Rodrigo begab sich im November wieder Blaspeil und dieser hat sich bewegen lassen, mit demselben eine Allianz abzuschliessen, nach welcher der Kurfürst bis zum nächsten April auf spanische Kosten 12000 Mann rüsten und, wenn binnen 6 Monaten nicht der Friede auf Grundlage des pyrenäischen Friedens, d. h. der Zurückgabe aller französischen Eroberungen in den Niederlanden, zustande käme, mit diesem Heere gegen Frankreich zu Felde ziehen sollte. Doch mahnte ihn der Kurfürst gleich auf die erste vorläufige Anzeige von diesen Verhandlungen zur Vorsicht und erklärte, der pyrenäische Friede könnte nicht als Norm gesetzt, vor allem müsste ihm Sicherheit wegen der Subsidien und der in Aussicht gestellten Satisfaction verschafft und auch Holland zum Bundesgenossen gewonnen werden, und als ihm dann jene Verträge zugestellt wurden, welche nichts von dem allen enthielten, hat er einfach die Ratification derselben verweigert. Nachdem er sich dann entschlossen hatte, auf die französischen Anerbietungen einzugehen und eine Gesandtschaft nach Paris zu schicken, hat er Blaspeil im Januar 1668 nochmals nach Brüssel gehen lassen, um sein Verfahren zu rechtfertigen und die spanische Regierung zum Eingehen auf die von Frankreich angebotenen Friedensbedingungen zu ermahnen.

Die nächsten Abtheilungen 8—10 umfassen die Verhandlungen, welche der Kurfürst, nachdem er durch den Markgrafen von Baden für den Gedanken, gegen Frankreich aufzutreten, gewonnen war, mit anderen deutschen Fürsten

[1]) S. oben S. 585 ff.

geführt hat, zunächst seine Versuche, den Kurfürsten von Sachsen aus der Abhängigkeit, in welcher sich derselbe bisher von Frankreich hatte halten lassen, zu lösen und zu bewegen, mit ihm gemeinsame Sache zu machen, Versuche, welche nach anfänglichen, scheinbar glücklichen Erfolgen auf der Zusammenkunft zu Zinna (Anfang September 1667) schliesslich doch an der Unentschlossenheit und Unbeständigkeit des sächsischen Kurfürsten gescheitert sind, sodann die Unterhandlungen mit den braunschweigischen Fürsten von Celle und Osnabrück, welche, von Holland her zum Auftreten gegen Frankreich aufgereizt, sich ihrerseits bemüht haben, den Kurfürsten und auch den Kaiser zu Bundesgenossen zu gewinnen (die Mitte October mit dem von jenen Fürsten nach Berlin geschickten v. Hammerstein getroffenen Abmachungen und dann die Akten der Gesandtschaft v. d. Gröbens, welchen der Kurfürst im November, nachdem er sich zum Eingehen auf die französischen Anträge entschlossen hat, zu jenen Fürsten und auch zu Wrangel schickt, um den Wechsel seiner Politik anzuzeigen und zu rechtfertigen), endlich den vergeblichen Versuch, welchen der Kurfürst durch die Sendung des baireuthischen Kanzlers v. Stein im November zu dem Kurfürsten Ferdinand Maria von Baiern macht, diesen den französischen Einflüssen zu entziehen und zu gemeinsamem Vorgehen, zunächst auf dem Reichstage, zu bewegen.

Abtheilung 11 veranschaulicht den Antheil, welchen der Kurfürst, nachdem er sich Ende Juli 1667 auf eine erneute Einladung vonseiten Kurmainzs und Kurcölns und auf das Zureden des Pfalzgrafen von Neuburg doch zu der früher abgelehnten Beschickung des Cölner Conventes entschlossen hat, an den Verhandlungen desselben und dem von dort aus gemachten, natürlich ganz wirkungslosen Versuche, den Frieden zwischen Frankreich und Spanien zu vermitteln, genommen hat, Abtheilung 12 die Behandlung, welche die burgundische Frage auf dem Reichstage zu Regensburg gefunden hat, und das je nach den verschiedenen Wendungen seiner Politik wechselnde Verhalten des Kurfürsten dabei.

Abtheilung 13 endlich enthält die Akten der Gesandtschaft v. Pölnitzs und Meinders', welche der Kurfürst, nachdem er sich zur Annahme der französischen Anträge entschlossen hat, Ende November 1667 nach Frankreich abgehen lässt, ursprünglich in der Absicht, durch sie die in Berlin mit Millet begonnenen Unterhandlungen weiterzuführen, welche er dann aber, nachdem diese Verhandlungen inzwischen schon in Berlin Ende December zum Abschluss gekommen sind (Aufzeichnungen darüber sind im Berliner Archiv nicht vorhanden und auch die darauf bezüglichen Relationen Millets haben leider in Band II nicht publiziert werden können), dazu benutzt, um genauere Kunde über die eigentlichen Absichten Ludwigs XIV. sowohl in der polnischen als auch in der niederländischen Frage einzuziehen.

Die letzten drei Unterabschnitte enthalten eine Auswahl aus den im Berliner Archiv befindlichen Materialien, welche das Verhältnis des Kurfürsten zu Frankreich einerseits und andrerseits zu Holland und den mit diesem durch die Tripelallianz verbundenen Mächten von dem Aachener Frieden an bis zum Anfang des Jahres 1670 beleuchten. In dem ersten sind Aus-

züge aus den Akten der Gesandtschaft v. Blumenthals zusammengestellt, welchen der Kurfürst im August 1668 zu längerem Aufenthalte nach Paris schickt, um dort seine Interessen zu vertreten, vornehmlich um sich zu überzeugen, ob die Versprechungen Ludwigs XIV. in der polnischen Angelegenheit ernsthaft gemeint sind und wirklich ausgeführt werden. Derselbe wird, nachdem er anfangs günstige Eindrücke empfangen hat, seit dem März 1669 von immer sich steigerndem Misstrauen gegen die Ehrlichkeit der französischen Politik erfüllt, der Kurfürst aber lässt ihn doch, obwohl seine Befürchtungen durch den Ausgang der polnischen Wahl bestätigt werden, bis zu Ende des Jahres 1669 dort bleiben, um an Ort und Stelle den Gang der französischen Politik, namentlich die wachsende Feindschaft gegen Holland zu beobachten. Der vorletzte Unterabschnitt behandelt die durch wiederholte weitere Versuche Hollands, den Kurfürsten zum Beitritt zur Tripelallianz zu bewegen, veranlassten Verhandlungen, der letzte endlich die leider sehr spärlichen und fragmentarischen Aufzeichnungen über die mit dem Marquis de Vaubrun geführten Verhandlungen, dessen Entsendung Ludwig XIV. schon im März 1669 dem Kurfürsten hatte ankündigen lassen, welcher dann im Mai sich wirklich zu demselben nach Königsberg begeben hat, ihm nachher nach Berlin gefolgt ist und sich bis zum Februar 1670 dort aufgehalten hat. Bei diesen Verhandlungen ist von den feindlichen Absichten Ludwigs XIV. gegen Holland noch keine Rede, sondern derselbe bemüht sich, für den Fall des Todes des spanischen Königs sich die Hülfe des Kurfürsten zur Erwerbung des noch übrigen Theiles der spanischen Niederlande zu sichern, darauf geht der Kurfürst hauptsächlich aus Erbitterung über die Rücksichtslosigkeit, mit welcher er vom kaiserlichen Hofe behandelt wird, ein und schliesst, obwohl ihm nicht in der geforderten Höhe Subsidien bewilligt werden, die Allianz vom 31. December 1669 mit Ludwig XIV. unter den von diesem geforderten Bedingungen ab.

VI. Brandenburg und Frankreich.

(Devolutionskrieg und Tripelallianz.)

1666—1669.

---

a. Verhandlungen wegen der polnischen Angelegenheit.

1. Anbringen des jüngeren v. Schwerin in Paris. März — Mai 1667.

Instruction für den Freiherrn v. Schwerin[1]) zu Paris. D. Cöln a. d. Spree 19./29. December 1666[2]).

(Conc. O. v. Schwerin.)

[Er soll sich bemühen, Frankreich von der Throncandidatur Enghiens in Polen abzubringen und zur Unterstützung derjenigen Pfalz-Neuburgs zu bewegen.]

Er soll bei dem Könige Audienz suchen, demselben vorstellen, dass die 29. De
Unruhen in Polen daher stammten, dass dem Reich wider ihren Willen und dessen constitutiones ein anderer König, nämlich der Herzog von Anguien, aufgedrungen werden sollte, und denselben ersuchen, durch seinen Gesandten in Polen[3]) es dahin zu dirigieren, dass man von solchem Vorhaben abstehe und, falls der König abdicieren oder die Republik vivente rege einen successorem zu benennen Ursache bekommen sollte, den Ständen ein solches subjectum re-

[1]) Otto v. Schwerin der jüngere, Sohn des Oberpräsidenten, der sich damals in Paris aufhielt, s. oben S. 106 f., 187; vgl. über diese demselben anvertraute Unterhandlung Pufendorf X, § 50 (S. 686 f.), Droysen III, 3 S. 319 ff., dessen Darstellung aber hier manche Irrthümer und Ungenauigkeiten enthält; s. auch oben S. 681.

[2]) Die Creditive für v. Schwerin an König Ludwig XIV. und Lionne sind von demselben Datum.

[3]) Pierre de Bonzi, Bischof von Béziers, seit Anfang 1665 Gesandter am polnischen Hofe, s. Recueil des instructions IV, S. 51 ff., oben S. 272 ff.

commendiere, welches ihnen angenehm und wegen dessen die Benachbarten keine Ombrage zu nehmen hätten. Sollte der König ihn deswegen an einige seiner Minister verweisen, so soll er diesen ebendasselbe ausführlicher vorstellen, aber nichts schriftliches von sich geben.

Sollte nun verneint werden, dass der König sich dieses Werkes anmasste, so soll er dieses mit Dank acceptieren und den König ersuchen, durch seinen Gesandten seinen dissensum Jedermann kund zu thun, was um so eher geglaubt werden würde, wenn der König nebst Schweden und Kf. ein solches subjectum, wie oben beschrieben, recommendieren wollte.

Im Fall man sich aber bemühen sollte, Kf. zu persuadieren, den Herzog von Anguien dazu befördern zu helfen, so soll er dieses mit Vorstellung der Unmöglichkeit, aber auf das glimpflichste, sofort ablehnen. Sollte man behaupten, die Sache wäre nicht so schwer, es wären in Polen sehr viele und vornehme Personen, welche das Werk approbierten, und nur wenige, fast nur Lubomirski, demselben entgegen, so soll er erklären, diejenigen, die dem Könige solches aus Polen vorbrächten, berichteten es aus Unerfahrenheit oder eigenem Interesse, Kf. könnte versichern, es wären dafür nur einige wenige am Hofe, die auch nicht beständig bleiben würden, wenn es recht zur Sache kommen sollte, dagegen wäre im ganzen Königreich ein allgemeiner Unwille und Verbündnis gegen dieses Vorhaben, so dass, wenn auch Lubomirski abginge oder zu anderer Meinung gebracht werden könnte, es nicht an anderen Häuptern gegen dieses Wahlwerk fehlen würde.

Sollte dem Kf. vorgeworfen werden, dass er dieses alles nur dem Kaiser zu gefallen thäte und mit demselben bereits concertiert hätte, wer zum Könige gewählt werden sollte, so soll er versichern, dass daran nichts sei, dass Kf. von des Kaisers Intention nichts weiter wüsste, als dass man Vorhabens sei, sich gegen die Wahl eines französischen Königs zu setzen.

Sollte er nun merken, dass man von dem Vorhaben abweichen und zu anderen Gedanken kommen und dagegen begehren würde, dass Kf. sich wegen eines anderen subjecti herauslassen möchte, so soll er dagegen bitten, man möchte ihm des Königs Sentiment eröffnen, sollte dieses aber beständig abgeschlagen und die Benennung von Kf. begehrt werden, so soll er, wenn er verspürt, dass sie es wirklich ernstlich meinen, darauf hinweisen, dass der König vor 10 Jahren durch d'Avautcour[1]) Kf. aufgefordert habe, sich mit dem Herzog von Neuburg zu vergleichen und demselben zur Krone behülflich zu sein, und vorschlagen, der König möchte zu Gunsten desselben seinen Einfluss in Polen geltend machen, zumal er dadurch auch Schweden verobligieren würde. Kf. hielte dieses für das einzige Mittel, alles besorgende Unheil in Polen zu stillen, dem Kaiser die Gelegenheit zu nehmen, einen anderen König seines Gefallens zu befördern, und dem Könige von Frankreich die Ehre zu acquirieren, dem Reiche einen König zu geben. Sollte man sich dazu verstehen, so soll er

[1]) Graf Charles d'Avaugour, 1654—56 französischer Gesandter bei König Karl X. Gustav von Schweden, s. Recueil des instructions II, S. 88 ff., über dessen damalige Verhandlungen mit Kf. Urk. u. Akt. II, S. 59 ff.

im Namen des Kf. fernere vertrauliche Communication anbieten, anderenfalls aber desto behutsamer gehen.

Mit dem schwedischen Sekretär Puffendorff, der dahin beordert ist[1]), alles mit ihm zu communicieren, soll er, sobald er von demselben vernommen, dass er dazu Instruktion bekommen, alles überlegen und sich mit demselben so conformieren, dass ihre Negotiation auf dieselbe Art und zu demselben Zweck erfolge, er soll sich auch fleissig erkundigen, ob derselbe auch die Sache ebenso am Hofe vorstelle und das Werk mit Ernst treibe.

Sollte dort auch ein Gesandter des Herzogs von Neuburg erscheinen, so soll er auch mit diesem communicieren, durch diesen wird er wohl auch am sichersten den Grund der schwedischen Negotiation und die Intention des französischen Hofes erfahren.

Der Kurfürst an den Freiherrn v. Schwerin zu Paris. D. Cöln 9./19. Februar 1667[2]).

[Dem französischen Könige zur Rechtfertigung der polnischen Politik des Kf. zu machende Mittheilungen.]

Er hofft, Schw. werde aus den ihm angedeuteten Ursachen[3]) wegen der in Schweden vorgegangenen Veränderung[4]) noch nichts von dem ihm in dem Rescript vom 19./29. December Aufgetragenen gemeldet haben, nachdem aber v. Hoverbeck[5]) beim König und der Königin von Polen von diesem Werke einige Meldung gethan, solches aber von der Königin sehr wider seine Intention gedeutet und auch nach Frankreich überschrieben worden ist, hält er es für nöthig, dem Könige von Frankreich die Sache, wie sie beschaffen, vorstellen zu lassen. Schw. soll daher Audienz suchen und erklären, Kf. hätte vernommen, dass man zu Warschau überall ausgebe, er beabsichtige den König zur Resignation zu disponieren und sich selbst oder jemand seiner Freunde der Republik zu obtrudieren, Kf. hätte aber nur durch seinen Bedienten dem Könige und der Königin den kläglichen und bedrohten Zustand der Republik vorstellen und ihnen rathen lassen, von der Ursache alles Uebels, dem Versuch, der Republik gegen ihre Constitutionen vivente rege einen anderen König zu obtrudieren, abzulassen, und falls der König nicht zu erbitten sein sollte, die Regierung weiter zu führen, ein solches subjectum ins Mittel zu bringen, welches den Polen nicht unangenehm und gegen welches auch die Nachbaren keine Ombrage zu nehmen hätten, und als ein solches den Herzog von Neuburg zu recommendieren. Zugleich 19. Febr.

---

[1]) S. oben S. 184. 186.

[2]) Die neuen Creditive für v. Schwerin an Ludwig XIV. und Lionne von demselben Datum s. Urk. u. Akt. II, S. 431.

[3]) Ein davon handelndes vorhergehendes Schreiben ist in den Akten nicht enthalten.

[4]) S. oben S. 189 ff.

[5]) S. oben S. 316 ff.

hätte Kf. ihm befohlen, dasselbe auch dem Könige von Frankreich vorzutragen; weil aber in Schweden verabredet worden, dass es zugleich auch von dem schwedischen Bedienten geschehen sollte, dieser aber solches aus dem Kf. unbekannten Ursachen bisher unterlassen, so hätte auch Kf. davon nichts regen wollen. Der König möchte anderen Berichten darüber keinen Glauben schenken und versichert sein, Kf. wolle gern auch ferner mit ihm hieraus vertrauliche Correspondenz unterhalten und keinem Candidaten zu jener Krone beförderlich sein, dem der König entgegen wäre und an dessen Beförderung derselbe nicht Theil hätte.

Sollten der König oder dessen Minister darauf regerieren, sie hätten Nachricht, dass Kf. mit Pfalz-Neuburg der polnischen Krone halber pacta gemacht hätte, so soll er erwidern, dass Kf. zwar über die Krone Polen keine pacta machen könnte, er hätte sich aber gerade in Respect des Königs von Frankreich mit Pfalz-Neuburg der Jülichschen Lande halber verglichen [1]) und wollte diesem, wenn er nach Anleitung der Reichsconstitutionen zur polnischen Krone gelangen könnte, dieselbe nicht missgönnen. Er kann dabei die Ursachen, warum auch der König von Frankreich am besten thun würde, den Pfalzgrafen dazu zu befördern, aus dem vorigen Rescript anziehen. Sollten der König oder dessen Minister vorwenden, sie hätten dem Duc d'Anguien diesfalls Zusage gethan, so soll er erwidern, Kf. habe keine Ursache, demselben die Krone zu missgönnen, befürchte aber, dass solches wegen der Ombrage anderer Benachbarten ohne gefährliche Kriege und Zerrüttungen der Krone Polen schwerlich zugehen könnte, und dieses mit den in eben jenem Rescript enthaltenen Ursachen, aber auf das glimpflichste, behaupten.

Otto v. Schwerin an den Kurfürsten. D. Paris 11. März 1667.

[auf das Rescript vom 9./19. Februar. Audienz bei dem Könige, Conferenz mit Lionne, deren Erklärungen in der polnischen Angelegenheit.]

11. März. Er hat durch Lionne's Vermittlung in St. Germain bei dem Könige Audienz gehabt und hat demselben, was ihm Kf. befohlen, vorgetragen, worauf derselbe erwiderte, er wollte seine Proposition im Rathe erwägen und ihm alsdann Resolution zukommen lassen. Nach geendigtem Rathe ist er dann zu Lionne gegangen und hat demselben die Sache weitläufiger vorgestellt. L. antwortete, der König befinde, dass es unnöthig wäre, vivente rege um einen andern bekümmert zu sein, sonderlich da es nur falsche Gerüchte wären, dass dieser König die Krone deponieren wollte, und würde es also besser sein, den Abgang des Königs zu erwarten. Dass Kf. in seiner Consideration sich mit dem Herzoge von Neuburg verglichen und demselben zur polnischen Krone helfen wollte, wäre dem Könige sehr lieb, er hätte auch keine Ursache, demselben die Krone zu missgönnen, jetzt aber wäre er engagiert, Mr. le Prince oder dem

[1]) S. Urk. u. Akt. XI, S. 762; der vorher mit dem Pfalzgrafen wegen der polnischen Wahl abgeschlossene Vertrag vom 10. Juni 1666 ebendas. S. 748 ff.

Duc d'Anguien beförderlich zu sein, er hätte solches auch bereits dem Herzog von Neuburg wissen lassen, und weil er seine parole von sich gegeben, könnte er dieselbe nicht retractieren. Als er darauf bemerkte, der König hätte früher durch Mr. d'Avaucurt Kf. gebeten, dem Herzog von Neuburg zur Krone zu helfen, und Kf. hätte gemeint, der König würde noch dieselbe Intention haben, erwiderte L. gar kurz: distinguenda sunt tempora, jetzt könnte der König niemand anders als Condé oder Anguien beförderlich sein, und als er darauf die Schwierigkeiten, welche dem entgegenständen, anführte, wusste jener auf alles zu antworten und sagte schliesslich, man müsste die Sache anstehen lassen, bis der König abgegangen wäre, wollte aber Kf. vivente rege Poloniae mit dem Könige tractieren, wem man zur Krone helfen sollte, so würde dieses dem Könige sehr lieb sein. Wenn Kf. sich resolvieren wollte, den Duc d'Anguien zu favorisieren, so könnte er ihm (Schw.) Instruktion schicken und dem Könige wissen lassen, was er für Avantage begehrte, dann würde man Mittel suchen, ihn zu contentieren. Kf. könnte solches ohne Schaden thun, da er hoffentlich die Hände noch nicht gebunden hätte, er hätte bei einem solchen Tractat sehr grosse Avantage zu erwarten, man begehrte nicht, dass er sich in einen Krieg verwickele, sondern dass er nur mit seinem Anhang in Polen sich für Frankreich declariere, so würde es gar leicht angehen können.

Der Kurfürst an den jungen Freiherrn v. Schwerin in Paris. D. Cöln 20./30. März 1667.

[auf die Relation vom 11. März. Erwiderung auf die französischen Anträge.]

Er soll bei Lionne vermittelst beikommenden Schreibens[1]) anderweite 30. März.
Audienz suchen und demselben hinterbringen, dass Kf. zwar allezeit bereit wäre, des Königs Desseins zu secundieren, was aber das polnische Werk anlangte, da wären aufs neue so scharfe oppositiones geschehen, dass man vivente rege moderno von keinem successore handeln oder reden sollte, dass Kf. keine Apparenz sehe, in diesem negotio unter diesen Verhältnissen etwas Fruchtbarliches auszurichten, und da er (Schw.) sonst wieder von dannen ziehen würde, so hätte Kf. ihm befohlen zu vernehmen, ob der König ihm sonst etwas anzubringen befehlen wollte, Kf. versicherte den König, er würde selbst in der That erfahren, dass seine Remonstration, was für grosse Inconvenientien sich bei seinem Vorhaben wegen der Establierung in Polen ereignen würden, nicht ohne gewissen Grund wären.

Schliesslich soll er versuchen, von des polnischen Abgesandten Morstein[2]) Handlung dort etwas zu penetrieren[3])

---

[1]) d. Cöln a. d. Spree 20./30. März 1667.

[2]) S. oben S. 319. 336.

[3]) Weitere Berichte v. Schwerins liegen nicht vor, das Recreditiv Lionne's für denselben d. St. Germain 2. Mai 1667 s. Urk. u. Akt. II, S. 432.

2. Verhandlungen mit Millet in Berlin. Mai 1667.

Resolution des Kurfürsten an Millet[1]). D. 7./[17.] Mai 1667.

[Kf. kann französischen Hülfstruppen den Durchzug nach Polen nur gestatten, wenn alle Reichsstände denselben bewilligen und König und Republik von Polen diese Hülfe verlangen.]

17. Mai. S. Alt. E. de Brandenbourg ayant appris par la proposition de l'Envoyé extraordinaire de France Mons. de Milet que le Roy tres Chrestien — avoit resolu d'envoyer un corps d'armée en Pologne sur la requisition que Mons. de Morstein en avait fait dernierement au nom du Roy et de la Republique de Pologne contre les invasions des Turcs et des infidelles et que pour cet effet Sa Maj. tres Chrestienne demandoit le passage libre par les provinces de S. A. El., Elle ne peut que louer une passion si extraordinaire et si ardante pour la defençe de la Chrestienté, dont Sa Maj. a desja donné cy devant des preuves si evidentes en envoyant un secours si puissant et des forces si considerables en Hongrie, et comme S. A. E. a tousjours souhaité des occasions pour temoigner effectivement à Sa Maj. le desire qu'Elle a de luy rendre services, ainsy Elle manqueroit encore moins de seconder les intentions du Roy dans un dessein si glorieux — mais S. A. El. se trouve obligé de representer à Sa Maj. que ce n'est pas dans son pouvoir d'accorder le passage libre à des trouppes estrangeres par l'empire et que cela depend du consentement de touts les estats de l'empire principalement de ceux qui y sont interessez, avec lesquels S. A. El. a desja communiqué sur ce sujet et en attend au plustost leurs sentiments. S. A. El. pourroit bien alleguer la crainte et l'apprehension qu'elle peut avoir des incommoditez que cette marche fera souffrir ou causera à ses estats, mais Elle se fie en cela à la generosité de sa Maj. et qu'Elle fera exactement payer tout ce dont ses trouppes auroient besoin pour leur subsistence, de sorte que S. A. El. se declare de vouloir accorder tres volontiers ce passage à l'armée de Sa Maj. tres Chrestienne en cas que les autres Electeurs Princes et Estats de l'empire ne le refuseront point et si le Roy et la Republique de Pologne demanderont ce secours, en quoy il y a lieu de douter fort raisonnablement comme le dit Envoyé Extraordinaire pourra voir plus amplement de la teneur d'une nouvelle constitution[2]) que le Roy et la Republique a passé ces jours cur cette

[1]) Vgl. Urk. u. Akt. II, S. 432ff.
[2]) S. Kochowski III, S. 267f.

matiere dont S. A. El. a commendé de joindre à celle cy une copie autant en Polonois comme de la translation qu'on en a fait à Varsouie. S. A. El. ne doute pas que Sa Maj. ne fera les reflexions necessaires sur cet incident et qu'Elle ne voudra pas envoyer ses trouppes en Pologne contre le gré des Polonois principalement puisque S. A. El. auroit alors justement à craindre que la Pologne temoigneroit le premier ressentiment contre les estats de S. A. El. comme ses plus voisins pour avoir accordé le passage a ces trouppes[1]).

---

[1]) Im Concept steht noch folgender, nach einer Kanzleinotiz nachher fortgelassene und Millet nicht mit ausgehändigte Passus: Pour ce qui concerne l'election, Sa. Maj. se peut asseurer que S. A. El. ne noiera point à Sa. Maj. si Elle peut advancer quelqu'un à la couronne avec le consentement de la republique et par les voyes accoutumées et conformes aux constitutions du Royaume, puisque S. A. El. n'a aucun interest dans cet affaire que de souhaiter la conservation de la liberté des estats et l'observation des traittez faits avec la Republique. Au reste Sa Maj. est tres bien informé des dangereuses troubles que cette matiere a jusques icy causé en Pologne, Elle aura sçeu sans doute aussy que depuis peu de jours on a renouvellé les anciennes constitutions du Royaume sur ce sujet qui defendent avec toute sorte de rigueur de penser à aucune election pendant la vie du Roy regnant. Le Roy a esté mesme obligé de casser et annullir touts les escrits qui pourroient estre faits contre cette loix, comme on peut voir assez clairement dans la teneur de la constitution dont il y a une copie cy jointe en Polonois et Francois. Il est bien vray que sa Maj. proteste de ne pretendre à faire aucune chose en cette affaire qu'en cas et à condition que le Roy serait mort, mais S. A. El. a sujet de proceder avec beaucoup de provoyance et avec des soins tres exacts en cette matiere, afin que la Republique n'ait aucun sujet de soupçon ou de deffiance de sa conduite, puis qu'Elle se trouve allié par un traitté eternel et confirmé par des serments avec la Pologne de sorte qu'Elle doive eviter tres soigneusement tout ce qui pourroit avoir la moindre apparence de contrevention ou d'infraction du dit traitté. Sa. Maj. se peut au reste entierement fier à S. A. El. qu'elle ne contribuera jamais le moindre office dans l'election pour qui que ce puisse estre qui pourroit avoir des visées ou des desseins contraires aux interests du Roy lesquels ne luy sont pas moins chers et moins considerables que les siens propres, comme Elle ne manquera pas de témoigner par des preuves essentielles aussy souvent que l'occasion s'y presentera.

b. Der Devolutionskrieg.

1. Verhandlungen mit Millet. Juni 1667.

Anbringen des Frantzosischen Abgesandten Mon. de Milet[1]) den 19./[29.] Junii 1667.

29. 30. Juni. 1. S. Ch. D. mügten niemand den Durchzug durch dero Lande nach Braband verstatten.

Responsum[2]) legato Gallico datum den 20./[30.] Junii mündlich per me Fr. Meinders.

1. Dass bis dato solcher Durchzug von niemand begehret oder gesonnen, S. Ch. D. wüssten auch nicht, ob jemand solchen begehren würde. Sonsten wäre dieses eine Sache, worin S. Ch. D. für sich und allein nichts resolviren könnten, sondern es gehörete dieselbe an das Röm. Reich und die gesambte Stände, woselbst es auch Gravelle gesucht und zu dem End ein memoriale zu Regensburg übergeben. Was nun daselbst verabredet und gutgefunden werden möge, demselben wie auch dem Instr. P. und denen Reichsconstitutionibus wollten S. Ch. D. sich allezeit conformiren und sich sonst bei allen Occurrentzen also comportiren, dass Ihre Kön. M. daraus keine Partialität zu verspüren haben sollten,

[1]) Ludwig XIV. hatte (d. Charleroy 7. Juin 1667) ein neues Creditiv an den Kf. für Millet ausgestellt, „qui vous entretiendra sur d'autres [affaires] de tres grande consideration et qui ont rapport au repos et à la tranquillité de l'Empire et qui concernent l'observation des traitez de Westphalie". Kf. hatte laut Präsentationsvermerk am $\frac{25.\ \text{Mai}}{[4.\ \text{Juni}]}$ das ihm durch die Gesandten in Regensburg (s. unten deren Relation vom 17./27. Mai) zugegangene Circularschreiben Ludwigs an die deutschen Reichsstände vom 13. Mai 1667 (Diar. Europ. XVII, S. 463, XX Append. II S. 334f., Mignet II, S. 139ff.) erhalten, seine Antwort darauf (d. Cöln a. d. Spree 5./[15.] Juni 1667) s. Urk. u. Akt. II, S. 445f.

[2]) Vgl. Mignet II, S. 279, Urk. u. Akt. II, S. 451f., XIV, 1 S. 312f.

wie Sie dann sonst auch nicht hofften dem König zu einiger Diffidentz Ursach gegeben zu haben.

2. Prorogation der Rheinischen Alliantz.

2. S. Ch. D. wären dazu nicht ungeneigt, Sie hätten aber[1]) die Nachricht erlanget, dass die Chron Schweden noch ein und andere Erinnerungen bei der Sache thäte. So wäre auch wegen Proportion des Beitrags und sonsten in andern Punkten noch keine Richtigkeit, sondern die interessirte Stände hätten desfalss noch allerhand zu erinnern.

---

2. Verhandlungen mit den anderen Kurfürsten. Mai — Juli 1667.

Kurfürst Johann Georg von Sachsen an den Kurfürsten. D. Dresden 23. April/[3. Mai] 1667.

[Vorschlag K. Mainzs wegen Vermittlung des Kurfürstencollegs.]

Da Kf. neulich mit seinem Geheimenrath v. Gersdorff[2]) von der burgun- 3. Mai.
dischen Sache geredet hat, so theilt er ihm mit, dass K. Mainz, mit dem er kürzlich Gelegenheit gehabt, sich persönlich zu unterreden[3]), vorgeschlagen, das Kurfürstencollegium sollte Frankreich und Spanien zu gütlicher Beilegung ihres Streites wegen der burgundischen Lande ermahnen und seine Interposition anbieten, zunächst sich aber erboten habe, in der Stille bei K. Trier, Cöln und Baiern zu sondieren, was diese darüber dächten.

Der Kurfürst an den Kurfürsten von Sachsen. D. Cöln 5./[15.] Mai 1667.

[auf das Schreiben vom $\frac{23.\ \text{April}}{3.\ \text{Mai}}$, Zustimmung.]

Er seinerseits ist mit der von K. Mainz vorgeschlagenen Interposition des 15. Mai.
Kurfürstencollegs einverstanden, glaubt aber, dass damit zu eilen sei, da in Frankreich alles zum Marsch und feindlicher Ueberziehung fertig sein solle.

---

[1]) S. Urk. u. Akt. XI, S. 472 f.

[2]) S. über dessen Sendung nach Berlin Anfang März 1667 Urk. u. Akt. XIV, 1 S. 297 ff.

[3]) in Erfurt, s. Auerbach S. 250.

Kurfürst Johann Philipp von Mainz an den Kurfürsten. D. Erfurt 16. Mai 1667.

[Schreiben Castel Rodrigo's. Anfrage wegen der in der burgundischen Sache zu ergreifenden Massregeln.]

16. Mai. Er übersendet die Abschrift eines an ihn gelangten Schreibens Castel Rodrigo's[1]) wegen zu befürchtenden französischen Angriffs auf die Spanischen Niederlande, bittet Kf., mit dem sowie mit ihren anderen Mitkurfürsten er darüber communicieren will, ihm mitzutheilen, was er meine, dass zu Verhütung noch grösserer Weitläufigkeiten und zu fürchtender Kriegsunruhe im Reich hierbei etwa wegen einer gütlichen Interposition oder sonst zu thun sein möchte, und falls er auch dafür halten sollte, dass zu Regensburg im kurfürstlichen Rath davon zu reden sei, seine Gesandten deswegen bei Zeiten zu instruieren.

Der Kurfürst an den Kurfürsten von Mainz. D. Cöln an der Spree 15./[25.] Mai 1667.

[auf das Schreiben vom 16. Mai. Vorschlag, K. Mainz solle vorläufig dem Könige von Frankreich Anzeige von dem Anerbieten des kurfürstlichen Collegs zur Vermittlung machen.]

25. Mai. K. Sachsen wird gewiss mitgetheilt haben, was zwischen ihnen beiden wegen dieser Sache und der Interposition des Kurfürstlichen Collegii für Correspondenz gepflogen ist. Da die Sendung einiger von den in Regensburg befindlichen kurfürstlichen Gesandten etwas langsam von statten gehen und das Werk zu mehrer Verbitterung und Weiterung gerathen möchte, so schlägt er vor, dass vorher durch ein Schreiben des Kurfürstl. Collegii dem Könige von Frankreich die Mediation desselben offeriert werde, dass aber, weil auch dieses viel Zeit erfordern würde, vorläufig K. Mainz an den König von Frankreich schreiben, ihm das Erbieten des Kurfürstl. Collegii kund machen und ihn bitten möchte, indessen von der Invasion abzustehen. Seine Gesandten in Regensburg kann er, da er in der Sache noch nicht informiert ist, vorläufig

---

[1]) d. Bruxelles 2. Mai 1667 (Londorp IX, S. 574). Auch Kf. hatte ein ähnliches Schreiben Castel Rodrigo's (d. Bruxelles 5. Mai 1667) erhalten, in welchem dieser ihm anzeigt, dass Frankreich beabsichtige, das Römische Reich im burgundischen Kreise anzugreifen, und ihn ersucht, sich desselben anzunehmen, namentlich in Regensburg und beim Kaiser dahin zu wirken, dass demselben im Falle der Gewalt die Garantie, zu der alle Kreise des Reiches gegenseitig verpflichtet seien, geleistet werde. Kf. erwidert darauf (d. Coloniae ad Spream 15./[25.] Mai 1667), er habe seine Gesandten in Regensburg beauftragt, dahin zu wirken, dass unter Vermittlung der Kurfürsten sobald wie möglich über diesen Streit gütlich verhandelt werde, und er habe ferner de Goess ersucht, dem Kaiser die Gefahren vorzustellen, welche aus diesen Wirren dem Reiche drohen, und dessen Hülfe zur Schlichtung derselben zu erbitten.

noch nicht darüber instruieren, doch sollen dieselben alles, was zu Erhaltung des Friedens dienen kann, beobachten und befördern[1]).

Kurfürst Johann Philipp von Mainz an den Kurfürsten. D. Erfurt 27. Mai 1667.

[Anzeige der Sendung Jodoci's nach Brüssel und Frankreich.]

Mittheilung eines neuen Schreibens Castel Rodrigo's[2]). Er hat ob summum morae periculum und nachdem er vernommen, dass die französischen Völker wirklich bereits im Anzug begriffen sind, jemand der Seinen[3]) eilig per posta nach Brüssel und dann an den französischen Hof abgeschickt, um die Sache soviel wie möglich zur gütlichen Handlung vermittelst der angeregten Interposition der Kurfürsten und einiger Fürsten des Reiches bringen zu helfen, bittet den Kf., ihm seine Meinung mitzutheilen, wie man sich, wenn es zum wirklichen Congress kommen sollte, zu comportieren hätte[4]). 27. Mai.

O. W. v. Berlepsch[5]) an den Kurfürsten. D. Uhrleben 1./[11.] Juni 1667.

[Bericht über seine Verhandlungen mit K. Mainz.]

Er ist erst am 28. Mai Vormittags in Erfurt angelangt, als K. Mainz schon im Begriff war abzureisen, hat aber doch gleich bei demselben Audienz 11. Juni.

---

[1]) Kf. theilt an K. Sachsen (d. Cöln a. d. Spree 15./[25.] Mai 1667) das Schreiben von K. Mainz und seine Antwort darauf mit, Kurfürst Johann Georg erwidert darauf (d. Dresden 20./[30.] Mai 1667), er sei ganz derselben Meinung und habe dementsprechend an K. Mainz geantwortet und seine Gesandten in Regensburg instruiert. Auch dem Kurfürsten Karl Ludwig von der Pfalz, der ihm (d. Heidelberg 21. Mai 1667) die an ihn ergangenen Schreiben Ludwigs XIV. und Castel Rodrigo's mitgetheilt und ihn um Eröffnung seiner Meinung darüber gebeten hatte, theilt Kf. seine Antworten an diese beiden sowie seinen Schriftwechsel mit K. Mainz mit.

[2]) d. Bruxelles 14. Mai 1667 (Londorp IX, S. 575).

[3]) Den Geheimen Rath Jodoci.

[4]) Kf. erwidert darauf (d. Cöln a. d. Spree $\frac{\text{22. Mai}}{\text{[1. Juni]}}$ 1667), er sei mit der K.-Mainzischen Absendung sehr einverstanden; darüber, wie weiter zu verfahren sei, werde er aber erst, wenn ihm die fundamenta des vermeintlichen Rechts des Königs von Frankreich auf die spanischen Niederlande bekannt sein würden, antworten können.

[5]) Oberst und Schlosshauptmann zu Berlin, s. Urk. u. Akt. XI, S. 367 ff.; das Creditiv für ihn ist Cöln $\frac{\text{24. Mai}}{\text{[3. Juni]}}$ 1667 ausgestellt. Vgl. über seine Sendung Pufendorf X, § 34 (S. 673), Urk. u. Akt. XIV, 1 S. 307 f.

erhalten. K. Mainz theilte ihm, nachdem er das Schreiben des Kf. gelesen, betreffend den ersten darin enthaltenen Punkt, was der nach Frankreich Abgeschickte für Relation abgestattet, mit, er habe seinen Rath Jodoci zunächst nach Brüssel geschickt, um bei dem Gubernator zu vernehmen, ob ihm die Mediation des gesamten Kurfürstl. Collegii anzunehmen beliebig und zu Antretung der Tractaten gnugsame Plenipotenz vorhanden sei, in diesem Falle sollte er weiter nach Paris gehen, wohin er ihm ein Schreiben an Lionne mitgegeben, darin er diesem gemeldet, dass man spanischerseits sich zu allem, was raisonnabel, anerbietig mache, auch die Mediation des Kurfürstl. Collegiums beliebe, und ihn gebeten, falls auch Frankreich diese admittieren könnte, es bei dem Könige so einzurichten, dass zuförderst der Curs der Waffen inzwischen cessieren möchte. Jodoci sei aber zu Brüssel unpass geworden, so dass er dort eine Zeit lang hätte liegen bleiben müssen, und es sei also noch keine Relation zurückgekommen. Betreffend die andere Frage, wie man sich bei den Tractaten, falls solche beliebt würden, zu betragen, erwiderte er, spanischerseits erbiete man sich zu billiger Satisfaction inbetreff der nicht gezahlten Mitgift und auch der Interessen, dieses gebe schon das medium tractationis. Die Frage wegen der prätendierten Provinzen wäre etwas schwer, Frankreich wäre hierunter durch das spanische Testament[1]) sehr irritiert und seine Postulata gingen etwas weit, doch wollte er nicht desperieren, wenn die Mediation acceptiert würde, müsste man den Franzosen tapfer zusprechen lassen und ihnen die Unbilligkeiten unter Augen stellen. Als er (B.) dabei bemerkte, dergleichen Remonstrationen würden einen viel besseren Effect thun, wenn man sich dabei in eine gute Verfassung setzte und so etwas Wasser in den Wein mischen könnte, das Haus Braunschweig hätte[2]) dem Kf. durch einen Expressen andeuten lassen, ihrer Meinung nach sollte sich das ganze Reich in eine considerable Armatur stellen, damit man mit Nachdruck zu dem Handel sprechen könnte, erwiderte K. Mainz, auch seine Meinung wäre immer gewesen, man müsste in armata neutralitate stehen, er wollte auch sofort, soviel das Vermögen seiner Stifter zuliesse, mit Rüstung neuer Truppen einen Anfang machen. Wie man eigentlich die Tractaten mit Frankreich einzurichten und wie weit man demselben Wasser unter den Wein zu mischen, auch sonst allenthalben bei dem Werk zu procedieren, das würde auf Communication mit den anderen Kurfürsten bestehen und daher würde förderlichst, sobald die Antwort aus Frankreich angekommen, eine Zusammenschickung, wozu er Frankfurt a. M. vorschlug, nothwendig sein. Als B. darauf erwiderte, auch des Kf. Gedanken wären dahin gerichtet, dass man mit allen Kräften arbeiten sollte, Friede, Ruhe und Einigkeit im Reich zu erhalten, wenn aber alle gütliche Mittel ausgeschlagen und die bereits grossen postulata bei etwa glücklichem Erfolge der Waffen so enormiter extendiert werden sollten, dass man nicht länger in Ruhe bleiben könnte, so würde die Frage

[1]) Das Testament König Philipps IV. von Spanien vom 14. September 1665 (Mignet I, S. 381 ff.).

[2]) S. Urk. u. Akt. XIV, S. 309. In den Verhandlungen mit Isselstein (s. unten) ist davon nicht die Rede.

sein, was dann zu thun? Hierauf erseufzte er, schlug die Hände zusammen und begehrte zu wissen, was Kf. für Nachricht von Schweden hätte. Auf seine Erwiderung, Kf. hätte ihm ausdrücklich befohlen, im Vertrauen zu hinterbringen, er hätte soviel Sicherheit, dass sich Schweden weder in das Niederländische noch Polnische Wesen für Frankreich interessieren würde, und er wünschte Nachricht zu haben, ob K. Mainz gnugsam versichert, dass die Werbungen des Bischofs von Münster[1]) nur zu solchem Zweck, den man allerseits vorhätte, nicht aber etwa zu Ausübung einiger Privatvindicta intendiert würden, so erwiderte er, er hielte nicht davor, dass dergleichen intendiert würde, der Bischof hätte soviel auf die Finger bekommen, dass er wohl stille sitzen würde, und da Schweden mit so grosser Armatur und auch andere ihm in der Nähe stünden, so sei ihm nicht so gross zu verdenken, dass er auch etwas auf die Beine brächte. Ueber die Nachricht betreff Schwedens zeigte er sich sehr erfreut, doch meinte er, es wäre noch zu besorgen, wenn der Friede zu Breda nicht erfolgte, dass sich Schweden etwa von England gegen Holland möchte aufhetzen lassen, während er sonst gehofft, Holland sollte nebst Schweden von den französischen postulatis Jalousie nehmen und solche soviel wie möglich traversieren helfen. Er bemerkte ferner, er müsste eilen dem Rheinstrom näher zu sein, da die Franzosen ziemlich gegen diesen avancierten, Mainz, das er sonst etlichermassen in Defension gebracht, sei sehr schlecht versehen, er wollte aber ungesäumt dafür sorgen, dass ausser der Bürgerschaft 2—3000 Mann hinein kämen. Trotz der Eile, in der er war, berührte er doch noch die Frage, wie man sich dem Kaiser gegenüber bei begehrtem Durchmarsch für seine Völker zu verhalten haben würde; welches Orts die kaiserliche Armee in einem Corpo durchpassieren wollte, dort würden die Franzosen (so hätte ihm soeben der junge Gravelle[2]) zu verstehen gegeben) sedem belli figieren, es würde daher dem Kaiser vorträglicher sein, wenn seine Truppen nicht in einem geschlossenen Corpo sondern einzeln, gleichsam Compagnieen- und Truppenweise hinunter geschickt würden. Da er (B.) auf diesen Punkt nicht instruiert war, so hat er nur erwidert, man würde bei der Zusammenschickung der gesamten Kurfürsten auch von dieser Materie zu reden haben, worauf ihn K. Mainz mit der Versicherung, dass er ohne vorhergehende Communication nicht das geringste weiter vornehmen wolle, entliess.

Kurfürst Johann Philipp von Mainz an den Kurfürsten. D. Schloss Marienberg ob Würtzburg 28. Juni 1667.

[Bisheriges Ergebnis der Sendung Jodoci's. Aufforderung zur Beschickung der Zusammenkunft in Cöln.]

Jodoci hat ihm berichtet, dass der König von Frankreich selbst, da Lionne krank gewesen, ihm mitgetheilt habe, er sei zu einem Accommodement, 28. Juni.

[1]) S. unten.

[2]) Der Abbé de Gravel, Bruder des französischen Gesandten in Regensburg, seit 1666 französischer Resident bei K. Mainz, s. Guhrauer, Kur-Mainz in der Epoche von 1672, I, S. 94.

wenn Spanien ihm eine raisonnable Satisfaction geben würde, willig und auch geneigt, mit den Spaniern unter Vermittlung einiger Kur- und Fürsten, wenn sie anders aus Spanien hierzu Vollmacht erlangen würden, zu unterhandeln. Er erwartet nun von J. Nachricht, wie sich der spanische Gubernator darauf gegen ihn erklärt haben wird[1]). Da ohnedem die der Gefahr am nächsten gesessenen Kur- und Fürsten beabsichtigen, die Ihrigen in wenig Tagen nach Cöln zusammenzuschicken, um zu conferieren, wie man sich bei diesem Werke zur Erhaltung von Friede und Ruhe im Reich zu verhalten, und den dort wartenden Gaumont[2]) wegen des Durchzugs zu bescheiden, und es nöthig sein wird, dort auch von der Ausführung dieser gütlichen Interposition zu reden, so stellt er anheim, ob Kf. nicht auch jemand der Seinigen dorthin schicken möchte.

Der Kurfürst an den Kurfürsten von Mainz. D. Cöln 7./[17.] Juli 1667.

[auf das Schreiben vom 28. Juni. Drohende Absichten Frankreichs. Ablehnung der Betheiligung an der Zusammenkunft zu Cöln.]

17. Juli. Dank für die Mittheilung der Erklärung des Königs von Frankreich. Bei vielen verursacht es nicht geringes Nachdenken und Beisorge, dass derselbe anfänglich nur ein gewisses Theil der hispanischen Niederlande prätendiert hat, jetzt aber dem Verlaut nach dieselben allesamt und noch wohl andere Provinzen begehren soll. Diese Sorge wird noch dadurch vergrössert, dass man jüngsthin zu Paris einen Tractat[4]) in öffentlichen Druck und zwar cum regio

[1]) K. Mainz übersendet 6. Juli eine Relation Jodoci's (d. Bonn 27. Juni 1667, Londorp IX, S. 576), Castel Rodrigo habe sofort, nachdem er ihm die französische Resolution mitgetheilt, einen Courier nach Spanien geschickt, um sich Vollmacht zum Verhandeln zu erbitten, welche er dann an K. Mainz und K. Cöln zur Mittheilung an den französischen Hof übersenden wolle; Markgraf Hermann von Baden habe ihm mitgetheilt, Spanien wäre resolviert, einige vornehme Plätze in den Niederlanden entweder an die Schweizer oder an einige Kur- und Fürsten des Reiches bis zur gütlichen oder rechtlichen Beilegung der Streitigkeiten mit Frankreich in Sequester zu geben, auf Fürstenbergs Rath, welcher meint, Frankreich würde sich darauf wohl einlassen, habe er an den Markgrafen geschrieben und denselben gebeten, darüber mit Castel Rodrigo zu communicieren und dessen Resolution mitzutheilen.

[2]) S. Mignet II, S. 178, die Aufforderung K. Cölns an Kf. zur Beschickung dieser Zusammenkunft vom 22. Juni und dessen ablehnende Antwort vom $\frac{27. \text{ Juni}}{[7. \text{ Juli}]}$ s. oben S. 147.

[3]) S. oben S. 341.

[4]) Das Buch Aubry's: De jure regis Galliae in totum Imperium, s. über das Aufsehen, welches dasselbe damals verursacht hat, Urk. u. Akt. II, S. 468, XIV, S. 352 f. G. v. Jena, welcher auf einer Urlaubsreise am 16. August nach Potsdam kam und am 17. vom Kf. empfangen wurde, berichtet in seinem Diarium, Kf. hätte mit ihm eine ziemliche Weile von den Affairen geredet und ihm des l'Aubry französischen Tractat, den er aus der Tasche gezogen, gezeigt.

privilegio ausgehen lassen und dadurch der ganzen Welt zu verstehen gegeben, wohin die Intention gerichtet sei.

Nach Cöln wollte er gern einige seiner Räthe schicken, diejenigen aber, welche er in der Nähe hat, sind mit anderen Verrichtungen distrahiert, von hierher aber kann er der Kürze der Zeit wegen sobald niemand senden, zudem wird in wenigen Tagen eine Zusammenschickung in Braunschweig[1]) mit K. Cöln, Braunschweig-Lüneburg und Hessen-Cassel zu diesem Zweck angestellt werden. Er bittet aber um Mittheilung dessen, was in Cöln vorgehen wird.

Kurfürst Maximilian Heinrich von Cöln an den Kurfürsten. D. Bonn 21. Juli 1667.

[auf das Schreiben vom 28. Juni. Mittheilung des auf der Zusammenkunft zu Cöln Vorgegangenen. Drohende Haltung Schwedens.]

Er bedäuert, dass Kf. nicht die Zusammenkunft in Cöln beschickt hat; 21. Juli.
da derselbe einen andern Ort und Zeit dazu vorgeschlagen[2]), so will er Nicolartz dorthin senden. Er theilt mit[3]):

1) Die in Cöln abgelegte Proposition,

2) Das K. Cölnische, nachher insgesamt beliebte votum,

3) Das Project einer engeren Correspondenz, welches auch angenommen worden ist, nur dass K. Trier sich noch einige Erinnerungen vorbehalten,

4) Die Antwort, welche dem französischen Envoyé de Gaumont wegen des gesuchten Durchzugs für Truppen nach Polen und wie man sich, wenn von anderswo her Succurs nach den Niederlanden geschickt werden sollte, zu comportieren, ertheilt worden ist.

Er wünscht des Kf. Gedanken darüber sowie wegen der Armatur der Krone Schweden[4]) zu vernehmen, von der verlautet, dass sie mit dem Haus Oesterreich einen gewissen Vergleich aufgerichtet habe; dafern Schweden in seinen starken und fast schweren praetensionibus gewillfahrt werden sollte, so ist ein offener Krieg im Reiche zu erwarten.

Der Kurfürst an den Kurfürsten von Cöln. D. Cüstrin 27. Juli/[6. August] 1667.

[auf das Schreiben vom 21. Juli. Die Zusammenkunft in Braunschweig, Bitte um nähere Nachrichten über die angebliche feindliche Haltung Schwedens.]

Er hatte eigentlich doch noch D. Beier beauftragt, nach Cöln zu gehen, 6. Aug.
und derselbe würde sich auch dort eingefunden haben, wenn man länger bei-

[1]) S. oben S. 155 ff.

[2]) S. oben S. 147.

[3]) Vgl. Mignet II, S. 178 ff., Köcher I, S. 531 ff. und unten de Beyers Relation vom 2. August 1667.

[4]) Vgl. über diese Gerüchte Urk. u. Akt. II, S. 458.

sammen geblieben wäre. Er schlägt für die Zusammenkunft in Braunschweig[1]) den 12. August als Termin vor. Von dem Dessein der Krone Schweden ist ihm nichts gewisses bekannt, noch weniger von einem zwischen derselben und dem Hause Oesterreich aufgerichteten Vergleich, er bittet um nähere Nachrichten darüber, namentlich über die angeblichen schweren Prätensionen Schwedens[2]).

---

3. Verhandlungen mit den braunschweigischen Herzogen. Juni 1667.

Proposition des Majors v. Isselstein und Resolution auf dieselbe. s. l. et d. [Anfang Juni 1667].

[Der niederländische Krieg. Drohende Haltung Schwedens. Rüstungen des Bischofs von Münster. Zusammenkunft zu Hameln.]

Juni. Der von den Herzogen von Lüneburg Abgeschickte[3]) hat vorgebracht post curialia:

1. Dass Frankreich ihnen die Notification wegen des Krieges in Niederland gethan, und des Kf. Gedanken begehrt.

Darauf wäre zu antworten, Kf. hätte zwar von Frankreich noch keine Notification erhalten, hätte aber trotzdem darüber mit einem Theil seiner Mitkurfürsten communiciert und zugleich an die Hand gegeben, dass im Namen des kurfürstl. Collegii beiden Kronen die Mediation zu offerieren, K. Mainz hätte schon durch einen Expressen angefragt, ob solche Mediation wolle angenommen werden. Zunächst müsste man zu verhüten suchen, dass ohne höchste Noth sich jemand weiter in die Sache einmischte und dieselbe dadurch schwerer gemacht würde. Hoffentlich würden die Staaten über diese Sache, wie der Friede zu erhalten, mit dem Westfälischen und Niedersächsischen Kreise communicieren.

2. Weil vermuthlich die Schweden etwas anfangen möchten, wie man ihnen zu begegnen hätte.

Kf. wäre versichert, dass Schweden hierunter Frankreich nicht assistieren und sich in dieses Werk nicht mischen würde, er könnte auch nicht glauben, dass dasselbe mit dem Hause Braunschweig etwas anfangen wollte, er hätte schon an den Feldherrn deswegen geschrieben, der Resident[4]) ver-

---

[1]) S. oben S. 155 ff.

[2]) K. Cöln theilt dem Kf. 7. August mit, die Zusammenkunft in Cöln solle am 20. August fortgesetzt werden, Nicolartz sei von ihm beauftragt, bei der Zusammenkunft in Braunschweig nähere Apertur zu thun.

[3]) Major v. Isselstein; das Creditiv der Herzoge Georg Wilhelm und Ernst August für denselben ist datiert: Alten Bruchausen 19./[29.] Mai 1667. Vgl. über die Sendung desselben Köcher I, S. 528 und Urk. u. Akt. XIV, 1 S. 308.

[4]) v. Wolffrath.

sicherte hier, dass dergleichen nicht wahr wäre, es würde gut sein, wenn in diesen gefährlichen Zeiten vom Hause Braunschweig Schweden gezeigt würde, dass man zu Unterhaltung guten Verständnisses begierig wäre.

3. Dass der Bischof von Münster wieder würbe[1]), welches wider den Tractat liefe, wie man sich dabei zu verhalten.

Kf. hätte davon keine gewisse Nachricht, sollte es der Fall sein, so hätte sich Holland darüber zu beschweren, jedoch wollte Kf. an denselben schreiben, dass seine Werbungen Ombrage geben, und ihn ersuchen, mit allen guten Frieden und Nachbarschaft zu unterhalten.

4. Dass die Werbungen möchten überall verboten werden.

Kf. hätte dieses schon in seinem Lande gethan und würde seine Gesandten instruieren, dass Reichsmandate abgingen.

5) Zu Hameln[2]) würde eine Zusammenkunft sein, Kf. möchte auch jemand dahin schicken.

Kf. hielte für sehr rathsam, dass Wrangel auch ersucht würde, dahin zu schicken; wenn dann dem Kf. der Tag und materia tractandi notificiert würde, wollte er auch jemand hinschicken und zur Erhaltung des Friedens mitwirken[3]).

---

4. Verhandlungen mit dem Bischof von Münster. Juni 1667.

Instructio für den H. Drosten Ledeburn an den Herrn Bischof zu Münster. D. Cöln 27. Mai/[6. Juni] 1667.

[Westfälischer Kreistag. Die niederländische Sache. Die Werbungen des Bischofs, Mahnung, sich ruhig zu verhalten.]

Er soll sich zu dem Bischof begeben, demselben vorstellen, Kf. hielte bei 6. Juni.
der in der Nachbarschaft sich ereignenden Kriegsunruhe für sehr nöthig, dass sich der Westfälische Kreis in eine Defensionsverfassung setze, und ihn auffordern, mit dem ehesten die Convocation des ganzen Kreises zu befördern, Kf. wäre versichert, K. Cöln, Pfalz-Neuburg und anderen Kreisständen würde dieses sehr lieb sein, und er hätte schon Blaspeil deswegen Instruction gegeben. Ferner wünsche Kf. des Bischofs Sentimente von dem jetzigen Kriege in den spanischen Niederlanden und was die Reichsstände dabei zu thun hätten, zu vernehmen, er soll andeuten, K. Mainz habe zwar Namens des Kurcollegs die Mediation dem Könige von Frankreich angeboten, Kf. wüsste aber

---

[1]) S. Alpen, De vita et rebus gestis Christophi Bernardi episcopi Monasteriensis II, S. 7 ff.; Tücking, Geschichte des Stifts Münster unter Christoph Bernard von Galen S. 160 ff.

[2]) S. oben S. 147.

[3]) Die Akten der Gesandtschaft v. d. Goltzs und Reinhardts an die braunschweigischen Herzoge im Juli 1667 s. oben S. 148 ff.

noch nicht, wie weit solche angenommen worden. Ferner soll er dem Bischof vorstellen, dass von dessen Armatur[1]) unterschiedlich geredet und von französischer Seite selbst behauptet werde, dass dieselbe Frankreich zum besten geschehe, er soll ihn an die Bestimmungen des Clevischen Friedens[2]) erinnern und ihm mittheilen, Kf. zweifle nicht, er würde zu keiner Ombrage weder den G. Staaten noch sonst jemand Ursach geben, noch weniger sich in dieses Werk mischen, sondern vielmehr zur Hinlegung der entstandenen Unruhe beitragen wollen, da sonst der Westfälische Kreis und das ganze Reich mit hineingezogen und aufs neue in Kriegsunruhen verwickelt werden würde. Er soll dieses per gradus, je nachdem sich der Bischof offenherzig äussern wird, anbringen, von dem, was er zur Resolution erhalten wird, auch Blaspeil Nachricht geben und sich mit allem Fleiss erkundigen, was an den Werbungen sei.

---

v. Ledebur an den Kurfürsten. D. Coesfeld 11./21. Juni 1667.

[Erklärung des Bischofs inbetreff des Westfälischen Kreistages, einer Vereinigung des Westfälischen Kreises und seiner Werbungen. Erkundigungen über die letzteren.]

21. Juni. Er hat sich hieher zu dem Bischof begeben und von diesem auf seine Proposition zur Antwort erhalten, er wäre zur Ansetzung eines Kreistages ganz geneigt, Pfalz-Neuburg würde deswegen auch schon an Kf. geschrieben haben, zu der mit diesem auf den 4. Juli nach Neuss[3]) angesetzten Conferenz wolle auch er Gesandte schicken, um dort wegen Berufung des gesamten Kreises, etwa auf den 3. August, Abrede zu treffen. Auch dass der Westfälische Kreis sich bei diesen Conjuncturen in eine Defensionsverfassung setze, halte er für hochnöthig, er selbst habe zu diesem Zwecke und zu Sicherung seiner Lande, sonst aber unter keiner anderen Intention bereits einige Werbungen vorgenommen und seine Resolution sei, sowohl den Franzosen über den Rhein als den Schwedischen durch die Münsterschen Lande zu gehen nicht zu gestatten. Er hielte für das diensamste, dass bei diesem Kriege die benachbarten Fürsten sich neutral hielten, und sei auch dazu entschlossen, zwar stände er mit Frankreich durch die Rheinische Allianz in Bündnis und würde, wenn auf Grund derselben von ihm Werbung einiger Völker oder Sendung von Hülfstruppen verlangt würde, solches wohl nicht abschlagen können, er versichere aber, dass dabei nichts gegen die Reichsconstitutionen vorgenommen werden solle, er hätte auch bisher nur auf wenige Compagnieen für sein eigen Geld zu werben Patente ertheilt und wäre diese Werbung nicht so gross, dass

---

[1]) S. Alpen II, S. 7 ff., Tücking S. 160 ff.

[2]) Nach Art. 7 des Cleveschen Friedens vom 18. April 1666 soll der Bischof seine Truppen entlassen und nur soviel Truppen, als zur Besetzung seiner Festungen und Sicherung seines Landes nöthig sind, höchstens 3000 Mann, behalten und künftig nur dann weitere Rüstungen veranstalten, wenn die Sicherheit des Reiches und der Kreise oder diesem Vertrage nicht entgegenstehende Bündnisse es erfordern sollten.

[3]) Vgl. v. Mörner S. 316 f., Tücking S. 158.

sie bei den Gen. Staaten oder sonst Ombrage verursachen dürfe, er hätte die ihm durch den Frieden gestattete Zahl von 3500 Mann noch bei weitem nicht und würde dieselbe auch nicht überschreiten.

Durch Nachforschungen hat v. L. äusserlich vermerkt, dass die angestellte Werbung vermuthlich Frankreich zum besten gereichen würde, zumal die angenommenen Officiere ihre Werbegelder innerhalb 3 Wochen zu Frankfurt a. M. zu empfangen vertröstet worden. Den Gen. Major Feltberg hat der Bischof zu seinem Gen. Leutnant bestellt, derselbe soll dem Verlaut nach 16 Compagnieen zu werben Patente empfangen, doch hat er vorerst nur auf 2 Compagnieen Werbegelder erhalten, ebenso hat der hier zum Commandanten bestellte Oberst Molle, der ein Regiment zu Fuss werben soll, nur auf eine Compagnie in Hamburg zu werben 1000 Rthlr. empfangen und Oberst Anders, der ein Regiment zu Pferd werben soll, für 2 Compagnieen.

---

v. Ledebur an den Kurfürsten. D. Osnabrück 13./23. Juni 1667.

[Weitere Erklärungen des Bischofs. Dessen Rüstungen und Verhältnis zu Frankreich.]

Er hat noch am 11./21. Juni seine Abfertigung[1]) zu Coesfeld erhalten, den 23. Juni.
Kreistag betreffend hat er bei dem Bischof keine grosse Neigung dazu verspürt, die Werbung belangend, hat er zwar bei der letzten Audienz in den Bischof gedrungen, um zu erforschen, ob derselbe etwa ausser der Rheinischen noch eine neue Allianz mit Frankreich getroffen und dazu die jetzige Werbung angestellt, er hat aber doch von ihm nicht mehr erfahren können, als dass die Werbung zu Bewahrung seines Hauses und seiner Lande angesehen wäre. Er hielte dafür, dass zu mehrerer Sicherheit des Reiches der Kaiser sich des Handels in den spanischen Niederlanden nicht annehmen und die Reichsstände solches nicht gestatten sollten, falls aber ein oder ander Reichsstand Spanien gegen Frankreich Hülfe leisten sollte, würde auch ihm freistehen, Frankreich vermöge der Allianz zu succurrieren. Er klagte darüber, dass die Holländer von seiner jetzigen geringen Werbung ein unnöthiges Geschrei machten und Truppen an seiner Grenze aufstellten, bat, Kf. möchte nicht allem, was von denselben ausgebreitet worden, Glauben schenken, er gedenke darauf zu antworten und auch Kf. davon Mittheilung zu machen[2]).

---

[1]) Das Recreditiv des Bischofs für v. Ledebur ist St. Lüdtgerspurg 19. Juni 1667 ausgestellt.

[2]) Wirklich richtet Bischof Christoph Bernhard (d. Ludgersburg 22. Juni 1667) an Kf. ein Schreiben, in welchem er unter Bezugnahme auf ein in Abschrift beigefügtes Schreiben der Gen. Staaten vom 11. Juni und auf seine Antwort darauf vom 21. Juni sich darüber beklagt, dass diese sich über seine Werbungen, welche nur zur Sicherung seines Landes und des westfälischen Kreises bestimmt seien, ombragierten und an 30 Regimenter in die ihm zunächst gelegenen Orte und Garnisonen gelegt hätten, und Kf. auffordert, denselben alle widrigen Impressionen zu benehmen und ihn im Nothfall die Garantie des Cleveschen Friedens geniessen zu lassen. (S.

Auf seine anderweitigen Erkundigungen hat er erfahren, dass Gen. Leutnant Feltberg 18 Compagnieen z. F. innerhalb 2 Monaten zu werben beauftragt ist, Obrist Molle 1000 Mann z. F., Obrist Anders ein Regiment z. Pf., Obrist Becker ein Regiment z. F., Obr. Leutnant Speckman eine Squadron z. Pf., Ob. Leutnant Schmid etliche Compagnieen z. F., ausserdem sind noch mehrere Capitains und Rittmeister angenommen, welche alle ihre Werbegelder über 3 Wochen zu Frankfurt a. M. zu empfangen hingewiesen worden. Münsterscherseits wird zwar behauptet, diese Officiere sollten nur Compagnieen werben, wenn aber das Geld zu Frankfurt angekommen sein wird, so werden gewiss nicht nur Regimenter aus den Compagnieen gemacht, sondern die Werbung alsdann noch stärker vorgenommen werden, zumal alle Officiere, welche zu dem Bischof kommen, von ihm sofort ohne Unterschied angenommen werden.

So viel sonsten die Werbung anreichet, kann ich vor meine Person nicht anders absehen, als, da Ihr Kön. M. zu Franckreich es bedürfen und erfordern sollten, Ihr Fürstl. Gn. zu Münster alsdann deroselben mit Volk succurriren werden. — Ich habe sonst auch von Ihr Fürstl. Gn. woll können vermerken, dass Borkeloh Ihr annoch im Sinne schwebet und Sie solches gerne wiederhätten, auch zu vermuthen, wie der H. Thumdechen Brabeck gleichfalls der Meinung, dass von Ihr Kön. M. zu Franckreich Ihr Fürstl. Gn. desfalls etwas versprochen sein müsse. —

Aitzema VI, S. 349 ff.) Die Gen. Staaten hatten ihrerseits (d. Hage 11. Juni 1667) bei dem Kf. über die Werbungen des Bischofs Beschwerde geführt und seine Assistenz, um die Einstellung derselben zu bewirken, in Anspruch genommen. Kf. theilt darauf (d. Cöln 13./23. Juli 1667) den Gen. Staaten das Schreiben des Bischofs mit, richtet ferner, auch zugleich im Namen des Herzogs Rudolf August von Wolffenbüttel, der aber (s. oben S. 154) dessen Mitvollziehung ablehnt, ein Abmahnungsschreiben an den Bischof, sowie Schreiben an das Domcapitel und noch besonders an die Domherren Schmising, Brabeck und Torck, ferner an die Mitgaranten des Cleveschen Friedens K. Mainz, K. Cöln, Pfalz-Neuburg, den Bischof von Paderborn und Herzog Johann Friedrich von Hannover, in denen er diese auffordert, den Bischof abzumahnen. Dieselben erklären aber in ihren Antworten alle, sie glaubten nicht, dass die Rüstungen des Bischofs gegen Holland gerichtet seien, sondern nur zur Landesvertheidigung dienen sollten. Wrangel, an den Kf. sich auch deswegen gewendet, erwidert (d. Stade $\frac{\text{24. Juni}}{\text{[4. Juli]}}$ 1667): „Ob auch wohl von des Bischofs von Münster Armatur von allen Orten her ist berichtet worden, dass selbige von französischen Geldern geschehe, ja der Bischof von Münster selbst durch den H. Obersten Molle mir eben selbiges hat notificiren lassen, so muss dennoch bekennen, dass ich mich bis dato noch nicht habe bereden können, solchem Glauben beizulegen, weiln ich gänzlich dafür halte, dass hochged. H. Bischof solches nur zum Praetext gebrauche und dass es viel ehr spanische als französische Gelder sind, womit er seine Werbungen fortsetzet."

v. Ledebur an den Kurfürsten. D. Petershagen 4./[14.] Juli 1667.

[Die Werbungen des Bischofs von Münster, dessen Correspondenz mit Schweden.]

Er hat Nachricht erhalten, dass die Werbung z. Pf. etwas wieder eingestellt, zu Fuss aber noch fortgesetzt werde, jedoch etwas schläfriger wie vorhin, wie man merkt, mangelt es sehr an Gelde. Der Bischof zieht seine meisten Völker jetzt in die Stadt Münster, um die Coadjutorwahl[1]), welche künftigen Dienstag sein soll, desto besser, wie man sagt, nach Willen zu erlangen, daher präsumiert wird, dass theils die Werbung auch darum geschehen sei. Der Bischof correspondiert sonst viel mit den schwedischen ministris, hat neulich den Obristen Molle an Wrangel gesandt und den schwedischen Residenten zu Osnabrück nach Sachsenberg zu sich kommen lassen, zu was Ende, kann man noch nicht erfahren. 14. Juli.

---

5. Verhandlungen mit Pfalz-Neuburg. April — September 1667.

W. W. Blaspeil an den Kurfürsten. D. Cleve 17./27. April 1667.

[Ansichten des Pfalzgrafen über das in der polnischen Angelegenheit einzuschlagende Verfahren. Sendung Fürstenbergs.]

Romswinckel und er werden nebst den Staatischen Deputierten die Acten in der Staatischen Schuldsache[2]) nach Mecheln bringen und dort einen guten Grund zu dem verlangten Ausschlag zu legen sich bemühen. 27. April.

In dem polnischen Werk ist der Pfalzgraf noch wohlgemuth, obgleich er von Leerodt aus Lüttich Nachricht erhalten, dass Schweden sich jetzt in Frankreich erboten, darüber zu verhandeln. Weit mehr fürchtet er, dass der polnische König auf den Todesfall der Königin zu einer zweiten Ehe schreiten und entweder Erben erzielen könnte oder dass dann nach seinem Tode die Polen seine Wittwe an einen verheirathen möchten, dem sie zugleich die Krone auftrügen. Derselbe hofft im übrigen, wenn man am kaiserlichen Hofe nicht zurecht kommen sollte (wie denn Giese's[3]) Berichte noch sehr zweifelhaftig wären), dass bei Frankreich die Sache zu heben und diese Krone zu gewinnen sein würde, insonderheit wenn man derselben in ihren Concepten wegen der spanischen Niederlande etwas einräumen wollte, was seines Ermessens leicht geschehen könnte. Man müsste aber abwarten und sehen, ob man sich nicht am kai-

---

[1]) S. Alpen II, S. 11ff., Tücking S. 147ff.

[2]) Kf. und die Gen. Staaten waren 1. August 1665 (Londorp IX, S. 414ff.) übereingekommen, die Entscheidung der Hoefeyserschen Schuldsache dem Gerichtshofe von Mecheln zu übertragen.

[3]) Der Neuburgische Kanzler Franz v. Giese, der damals nach Wien geschickt war.

serlichen Hofe eines näheren bedenken würde, er hätte bereits durch seinen Residenten Straetman mit Kf. daraus reden lassen, welcher es so gar weit nicht geworfen. Jedenfalls wird dem Pfalzgrafen von Frankreich noch immer gute Hoffnung gemacht, wozu auch ohne Zweifel Fürst Wilhelm von Fürstenberg, den er dort getroffen, geholfen. Derselbe liess sich mit ihm (Bl.) in einen weitläufigen Discurs ein und wusste ihm viele particularia von Blumenthals Negotiation zu Wien[1]) zu sagen, fragte auch, was Schwerin[2]) in Frankreich auf seine Proposition, die er ihm auch ad longum zu erzählen wusste, für eine Resolution erlangt, worauf er in genere geantwortet und versichert hat, Kf. wünschte in dieser Sache mit Frankreich de concert zu gehen. Dieses alles stand Fürstenberg sichtlich sehr wohl an. Die vornehmste Ursache seiner Herkunft war sonst[3]), den Pfalzgrafen zu der vorgeschlagenen engeren Allianz einiger Kur- und Fürsten, keinen Kriegsvölkern Durchzug zu gestatten, zu bewegen; damit der Kaiser nicht vermeinen möchte, dass es auf ihn eben angesehen wäre, sollte man[4]) Frankreich, welches vorhätte, eine Armee von 13000 Mann zum secours nach Polen zu schicken, zuerst den Pass verweigern. Der Pfalzgraf aber, wie er ihm gesagt, habe erklärt, alles in Bedenken nehmen, auch wie es andere machten sehen und sich hernach ferner darauf erklären zu wollen; er werde abwarten, was man am kaiserlichen Hofe ferner machen und endlich Giese für einen Abschied geben werde.

Der Kurfürst an Blaspeil. D. Cöln 5./15. Juni 1667.

[Der Antrag Gaumonts, Blaspeil soll in Breda darüber weiter verhandeln.]

15. Juni. Der Pfalzgraf hat ihm durch Straetman Mittheilung von dem neulich mit dem französischen ministro Gaumont gehaltenen Discurse[5]) machen lassen, wonach der König von Frankreich bei diesem niederländischen Wesen nicht abgeneigt sein würde, von seiner bisherigen Intention, den Prinzen von Condé zur polnischen Krone zu befördern, abzuweichen und für den Pfalzgrafen gute officia in diesem negotio anzuwenden, wenn derselbe sich nur vom kaiserlichen Hof nicht würde verleiten oder amüsieren lassen.

Wann wir nun wenig Apparentz sehen, dass zu Wien was gutes zu verrichten, und wir dannenhero vermuten, Ih. Ld. werden dero p. Gisen von dannen in kurzem avociren, als halten wir dafur, dass zu Erreichung des bekannten Zwecks nichts dienlicher sein würde, als wenn man den König in Franckreich dabei engagyren konnte. Weiln

---

[1]) S. oben S. 573 ff.

[2]) S. oben S. 691 ff.

[3]) Vgl. Urk. u. Akt. II, S. 343.

[4]) Vgl. das Schreiben Beuningens an de Witt aus Paris vom 6. Mai 1667 (Lettres de Jean de Witt IV, S. 132).

[5]) Vgl. oben S. 341.

nun bei der Zusammenkunft zu Breda[1]) von dieser Materie zu reden Gelegenheit fürfallen kann, als habt Ihr zuvorderst von — dem von Lerod Ihrer Ld. eigentliche Intention hierüber zu vernehmen und solchem negst mit guter Manier und Dexterität Gelegenheit zu suchen, bei denen daselbst anwesenden französischen ministris, auch woll gar beim König selbst, wenn er in der Nähe sein möchte, (wozu wir Euch dann hienegst auf Euren einlangenden unt. Bericht mit benotigtem Creditif versehen wollen und fur dessen Empfang Ihr niemand hievon das geringste zu melden) zu vernehmen, ob Ihre K. M. sich bei der jetzigen Veränderung in Polen, und da die Hoffnung für den Printzen von Condé fast geringer als jemals für diesem, nicht resolviren möchte, entweder des H. Pfaltzgrafen Ld. durch dero vielgeltende officia und Recommendation zu solcher Chron zu befordern oder zum weinigsten dabei keine Verhinderung zu thun und von Recommendirung des Printzen de Condé abzustehen, wir wollten uns solchen falls hingegen obligiren, bei dem Niederländischen Werk nichts zu thun und Ihre K. M. in dero habenden Desseinen nicht zu verhindern, wie dann auch Ihre K. M. nicht anders von uns und Ih. Ld. begehret, nur dass auf allen Fall sowoll wir als Ihre Ld. unsere Sicherheit und was dazu requiriret würde finden und erlangen möchten, wesshalb es dann hiernegst fernere Gelegenheit geben wird, unsere Gedanken zu eröffnen.

Weil auch die Könige in Engelland und Schweden das polnische Wesen gern nach des H. Pfaltzgrafen Ld. Intention befordert sehen möchten, als werdet Ihr Euch derselben Abgesandten Cooperation hierunter aufs beste zu bedienen haben, jedoch alles mit solcher Behutsamkeit und Circumspection menagiren, damit die Sache in höchstem Geheimb gehalten und niemanden davon die geringste Suspicion gegeben werden möge. —

W. v. Eller[2]) an den Kurfürsten. D. Düsseldorf 16. Juni 1667.

[Mittheilungen Pfalz-Neuburgs; dessen Vorschlag, Geldern zu erwerben zu suchen.]

Er ist gestern hier angekommen, hat gestern und heute bei dem Herzog 16. Juni.
Audienz gehabt. Derselbe theilte ihn mit, da jetzt keine Zeit verloren werden

---

[1]) Blaspeil hatte von Kf. den Auftrag erhalten, zusammen mit Chr. v. Brandt an dem Friedenscongress zu Breda Theil zu nehmen, s. oben S. 651 ff.

[2]) G. Major Wolfgang v. Eller, Kommandant des Sparenberges, Landdrost von Ravensberg. Weitere Schriftstücke über diese Sendung desselben an Pfalz-Neuburg liegen nicht vor.

dürfte, auch die angrenzenden Staaten, K. Cöln und Münster, stark rüsteten, wolle er auch etliche Tausend zu Fuss und zu Pferd werben, er gebe ihm ein Schreiben an Kf. mit, woraus dieser ersehen könnte, dass es hochnöthig wäre, dass er jemand zu der Conferenz nach Cöln schicke, darauf hat ihm der Pfalzgraf im Vertrauen eröffnet, jedermann könnte sehen, dass am kaiserlichen Hofe wenig Macht und Eifer sei, die spanischen Niederlande zu retten, ob nicht dahin zu denken stünde, dass Kf. und er durch Hülfe von Frankreich das spanische Gelderland[1]) daraus ziehen könnten, solches stände bei dieser Conjunctur leicht zu erlangen, es würde doch sonst alles an Frankreich kommen, und man vergrösserte dadurch auch die Grenzen des Reichs. Wenn des Kf. Gedanken dahin gehen sollten, möchte Blaspeil Befehl erhalten, sich mit Lerod darüber in Breda zu unterreden und nach Befinden mit demselben zum König von Frankreich zu gehen, um diese Sache zu schliessen.

W. W. Blaspeil an den Kurfürsten. D. S'Gravenhage 15./25. Juni 1667.

[auf das Rescript vom 5./15. Juni. Bedenken gegen die französischen Vorschläge.]

25. Juni. Der Pfalzgraf hat ihm ebenmässige Nachricht von Gaumonts Anbringen gegeben und ihn auch wissen lassen, dass er bereits Giese vom kaiserlichen Hof avociert und nach Warschau, die Condolenz abzulegen, verschickt habe. Zu dieser schnellen Entschliessung des Pfalzgrafen hat ohne Zweifel der Domherr v. Lerodt geholfen, welcher nicht allein zumal französisch ist, sondern auch mit Lyonne noch immer sehr vertraulich correspondiert und jetzt nach dem Tode des Kanzlers Winckelhausen niemand am Neuburgischen Hofe hat, der sich ihm, wie jener zu thun pflegte, mit Nachdruck widersetzen kann. Bl. fürchtet, dass, wie Frankreichs Augenmerk, Polen zu brouillieren, nach Graf Wilhelm Fürstenbergs eigener Aussage mehr angesehen gewesen, um den Kaiser, Schweden und Kf. dort zu engagieren als um Condé zu solcher Krone zu verhelfen, worauf auch ohne Zweifel Morsteins[2]) neuliche drohende Proposition angesehen, ebenso auch die Vertröstung, welche Frankreich jetzt dem Pfalzgrafen hat machen lassen, dahin angesehen, dass derselbe bei jetziger Conjunctur nur ferner amüsiert werde und inzwischen der König sein Dessein auf die spanischen Niederlande ungehindert fortsetzen möge. Trotzdem wird Bl. dem Befehle des Kf. gemäss in Breda mit Lerodt und dem französischen Gesandten weiter darüber reden.

Indessen — wird — zu erwägen sein, wann gleich Franckreich dasjenige verspricht, wozu — Gaumont die Hoffnung gegeben, und Ew. Ch. Dchl. sich hingegen obligiren, bei dem Niederländischen Krieg stille zu stehen, ob nicht die conditiones gar zu ungleich sein werden,

---

[1]) Ueber frühere Absichten des Kf. auf Geldern s. Urk. u. Akt. XI, S. 495.

[2]) S. oben S. 340 f.

indeme Franckreich den Effect und Genoss von Ew. Chf. Dchl. Stillestehen alsbald empfinden wird, auch bereits dadurch, dass Ew. Chf. Dchl. und Pfaltz Neuburg seine Proposition in so weit in Consideration gezogen, seinen scopum in Gewinnung der Zeit und Distrahirung deren Consilien zimblichermassen erreichet, hingegen sehr unsicher sein wird, ob Fr. bei den Pohlen, da der französische Name so sehr verhasset ist, hinfort etwas gutes werde thun können, wenn es gleich wollte, ja ob es nicht vielmehr wurde schaden, da man bisher einen andern Weg in Pohlen gehalten, dabei man sich nicht übel gefunden, und ob nicht dannenhero besser sein würde, dass Ew. Chf. Dchl. sich in solcher Positur und Correspondenz setzten, dass Sie des Königs von Fr. gar zu weit gehenden Desseinen stellen oder hindern helfen könnten, wann Sie wollten, welchen falls Ew. Chf. Dchl., wann Ihro genugsame Ursach dazu gegeben oder Sie sonsten ihre Rechnung dabei finden wurden, eben wohl ablassen und stille stehen könnten, und wo es nicht auf solche Art genommen wird, besorge ich sehr, man werde die gute Parthei in diesem Staat, welche auf Ew. Chf. Dchl. bisher geführete Maximen ihre Hoffnung guten Theiles gestellet und in solcher Erwägung bisher sehr offenherzig mit uns umbgangen ist, fur den Kopf stossen und die übelaffectionirte nur desto mehr dadurch in ihrem bösen Vorsatz stärken[1]). —

Der Kurfürst an Blaspeil. D. Cöln an der Spree 10./20. Juli 1667.

[Rathschläge an Pfalz-Neuburg. Befehl, auf die englischen Gesandten einzuwirken.]

Da Kf. merkt, dass der Pfalzgraf sehr zu der französischen Partei incli- 20. Juli.
niere, und fürchtet, dass Gaumonts Anbringen auf keinem rechten Fundament bestehe, so hat er ihm gerathen, Straetmann nach Düsseldorf kommen und sich von demselben über die gegenwärtigen Conjuncturen ausführliche Relation abstatten zu lassen. Auch Bl. soll bei Gelegenheit den Pfalzgrafen warnen, behutsam zu gehen und sich nicht zu übereilen. Er hat das gewünschte Recommendationsschreiben an den König von Frankreich[2]) ausgefertigt, zugleich aber an den Pfalzgrafen geschrieben[3]) und hofft, derselbe wird seinem wohlmeinenden Rath stattgeben. Bl. soll auch dahin wirken, dass die engli-

---

[1]) Kf. erwidert darauf (d. Schönbeck 29. Juni 1667), in der bewussten Sache sei behutsam zu verfahren und nicht zu eilen, er erwarte fernere Relation, und sendet ihm ein besonderes Creditiv an den französischen Gesandten Courtin.

[2]) d. Cöln a. d. Spree 10./[20.] Juli 1667 (Urk. u. Akt. II, S. 456 f.).

[3]) S. oben S. 343.

schen Gesandten, auf welche der Pfalzgraf grosse Reflexion nimmt, von dieser Sache gegen dessen Minister Erwähnung thun und die allzu grosse deference oder liaison mit Frankreich widerrathen.

W. W. Blaspeil an den Kurfürsten. D. Cleve 10. August st. n. 1667.

[Verhandlungen mit Pfalz-Neuburg. Nachrichten aus Holland.]

10. Aug. Er ist bei Pfalz-Neuburg in Hambach gewesen und hat sowohl über verschiedene andere Dinge (das in Cöln Vorgegangene, das polnische Wesen, den obhandenen Westfälischen Kreistag und die Münstersche Coadjutorwahl) mit demselben gesprochen als auch namentlich nach des Kf. Befehl demselben nachzuweisen gesucht, dass er sich etwas zu weit mit Frankreich engagiert, und was für Ungelegenheiten daraus, selbst in der polnischen Sache, zu befahren. Der Pfalzgraf aber sustinierte, dass er bei der Handlung zu Cöln den rechten Weg gehalten und ausser den Limiten der Neutralität nicht geschritten wäre, auch Kf. würde wohl thun, sich damit zu vereinbaren, die spanischen Niederlande gingen doch verloren und thäte man darum am besten, darin so zu verfahren, dass man die Hände mit im Spiel bekäme, die Grandes in Spanien schienen selbst die Niederlande zu abandonnieren, weil sie nichts als Schaden und Ungelegenheit davon hätten, und würden dieselben gegen Roussillon und das Versprechen, ihnen Portugal recuperieren zu helfen, an Frankreich abtreten. Dem Könige von Frankreich wäre es nicht um die Universalmonarchie zu thun, derselbe würde mit einem Theil der Niederlande und dass nur seine Rebellen nicht wie bisher dorthin ihre Zuflucht nehmen könnten, zufrieden sein und im übrigen gerne zugeben, dass auch der Kaiser, England und andere etwas mit davon bekämen, Kf. und er würden hoffentlich das Oberquartier von Geldern, das ihnen doch von Gott und Rechtswegen zukäme[1]), davon profitieren, zumal da, wie er von dem durchreisenden Markgrafen von Baden erfahren, auch die Spanischen dasselbe dem Kf. anpräsentierten[2]). Vor Frankreich würde man sich künftig nicht so sehr zu fürchten haben, der Kaiser nähme sich der Sache wenig an und auch sonst wäre für Spanien keine Hülfe zu erwarten. Bl. hat alles nach Möglichkeit ordentlich beantwortet und angewiesen, dass alle solche Argumente mehr Schein als Grund hätten, man suchte dem Pfalzgrafen durch dergleichen nichtige Hoffnung, als wenn er von der Beute geniessen sollte, nur den Appetit dazu zu machen und ihn dadurch von dem rechten Weg abzuführen, und er hat ihm nachher seine Gedanken schrift-

---

[1]) Nach dem Tode des letzten Herzogs Karl von Geldern (30. Juni 1538) hatte auf Grund eines zu Anfang dieses Jahres abgeschlossenen Erbvertrages Herzog Wilhelm von Jülich und Cleve dort die Regierung angetreten, Kaiser Karl V. aber hatte ihm das Land streitig gemacht und ihn 1543 mit Waffengewalt genöthigt, auf Geldern zu verzichten, s. Wenzelburger, Geschichte der Niederlande I, S. 569 ff.

[2]) Vgl. Urk. u. Akt. XIV, 1 S. 320, Köcher I, S. 533.

lich übergeben. Der Pfalzgraf hat die Schrift gelesen und sich nicht mehr so sehr zuwider sein, sondern endlich vermerken lassen, dass er sich gern auch in dieser Sache mit Kf. vergleichen möchte, es müsste aber mit guter Manier und ohne Abbruch der zu Cöln gutgefundenen näheren Zusammensetzung[1]) geschehen; wenn man über 10 oder 12 Tage dort zusammenkäme, könnte weiter davon geredet werden, Kf. möchte die Seinigen mit darauf instruieren. Die Sache ist fast schwer und sieht fremd aus, die zu Cöln gemachte nähere Zusammensetzung kommt ohne Zweifel von Frankreich her, die beiden Fürstenberg haben die Direction davon geführt, man glaubt auch, dass Frankreich die Werbegelder zu den 20 000 Mann, welche diese Confoederierte zusammenbringen sollen, hergegeben, K. Baiern und K. Trier sollen auch mit eintreten wollen, es steht nur zu bedenken, was Schweden, Kf., die Häuser Braunschweig und Hessen und andere Evangelische dabei thun wollen.

PS. Soeben erhält er Nachricht, dass Frankreich den Staaten habe anbieten lassen, die spanischen Niederlande nach Inhalt des Vertrages von 1636[2]) zu theilen, dass Holland nicht ungeneigt dazu sei und dass man schon im Haag zu deliberieren anfange, ob man nicht in die nächstgelegenen spanischen Frontierplätze und namentlich in das Oberquartier von Geldern staatische Völker legen lassen solle.

W. W. Blaspeil an den Kurfürsten. D. Hambach 20./30. August 1667.

[Eröffnungen des Pfalzgrafen. Der Westfälische Kreistag.]

Er ist gestern hier angekommen und hat den Pfalzgrafen, dem sowohl 30. Aug.
Lerodt über seine französische Negotiation als auch Straetman von seiner Verrichtung an des Kf. Hof Bericht erstattet haben, in allen Sachen sehr wohl disponiert gefunden. Derselbe meinte zwar anfangs, dass, um Frankreich einigermassen zu obligieren, das nächste sein würde, dass Kf. auf gewisse Maass und Weise in die Cölnische Confoederation mit eintrete[3]) und die Rheinische

---

[1]) Der Vertrag zwischen K. Mainz, K. Cöln, Münster und Pfalz-Neuburg d. Cöln 2. August 1667 (Köcher I, S. 619f.), vgl. Köcher S. 533ff. und unten de Beyers Relation vom 2. August 1667.

[2]) Holland hatte mit Frankreich 8. Februar 1635 eine Allianz gegen Spanien abgeschlossen (Aitzema II, S. 94ff.), in welcher eine Theilung der spanischen Niederlande verabredet wurde, dieselbe wurde im Mai 1636 erneuert; s. Wenzelburger II, S. 930f., 937.

[3]) Blaspeil hatte schon 7./17. August dem Kf. berichtet, aus ihm von dem Pfalzgrafen mitgetheilten Berichten Lerodts sei zu ersehen, dass der König von Frankreich den Eintritt des Kf. in das Cölnische foedus wünsche, er hatte um schleunigen Bescheid deswegen gebeten und bemerkt, wenn das, was bei diesem foedus anstössig und anderen Bündnissen des Kf., namentlich mit den Gen. Staaten, zuwider sei, hinweggenommen und alles so eingerichtet werden könnte, dass der als Vorwand hingestellte, an und für sich sehr gute Zweck wirklich erreicht werden könnte, so wäre es

Allianz nebst anderen prorogiere, zuletzt aber meinte er, man werde französischerseits auch mit der Neutralität zufrieden sein. Bl. glaubt, es würde practicabel sein, falls nicht mit dem Markgrafen von Baden etwas dem hinderliches vorgegangen sein sollte, dass man bei gegenwärtiger Kreisversammlung zu Cöln[2]) es dahin zu richten suche, dass der gesamte Westfälische Kreis sich mit zur Mediation erbiete, deren Verrichtung den directoribus aufgetragen und zugleich festgesetzt werde, dass zu Conservierung der Neutralität niemanden, so lange die Tractaten dauern, Werbungen oder Durchzüge gestattet werden sollen, jedenfalls müssten des Kf. Abgeordnete mit der nöthigen Ordre versehen werden. Auch der Pfalzgraf ist der Meinung, dass, wenn die Münsterschen sich noch länger zu suchen machen, der Kreistag doch eröffnet und zur Proposition geschritten werde.

Der Kurfürst an Blaspeil. D. Cöln 27. August/6. September 1667.

[auf die Relation vom 20./30. August. Misstrauen gegen die französischen Anerbietungen, Bedingungen, unter denen sich Kf. zur Verweigerung des Durchzuges verstehen will. Verträge von Zinna und Braunschweig. Westfälischer Kreistag.]

6. Sept. Er glaubt nicht, dass Frankreich dem Pfalzgrafen in Polen zur Erreichung seiner Intention wirkliche Dienste zu leisten vermöge, sondern dass ihm solche vielmehr schädlich sein werden und dass man durch die vorgeschlagene Heirath nur intendiere, die Polen, namentlich die wohlaffectionierten, irre zu machen und den Pfalzgrafen in das französische Interesse bei diesen Conjuncturen zu ziehen, welches auch die Polen genugsam merken. Um aber dem Pfalzgrafen möglichst zu Willen zu sein, ist Kf. bereit, niemanden, wer er auch sei, den Durchzug zu verstatten, falls der König von Frankreich sich zu einem armistitium, etwa bis gegen das Frühjahr, verstehen und dabei keine raisonnablen Friedensbedingungen ausschlagen will. Auf die Weise, wie man es in Cöln gemacht, wird nicht der Friede sondern die völlige Subjugation der spanischen Niederlande und die Ausführung der weitaussehenden französischen Desseins befördert.

---

wohl räthlich, dass Kf., nachdem die jetzigen Confoederierten sich Frankreich zu gefallen, wie es scheine, etwas zu weit eingelassen und daher dieses Bündnis nicht aufzuheben vermögen, sich mit einlassen zu wollen erklärte, zumal die Concepte, welche ein Theil der Confoederierten ursprünglich gegen die Evangelischen, namentlich gegen Holland gehabt, nachgehends durch den Frieden mit England und die Vereinigung mit Schweden grösstentheils verschwunden seien. Wenn Kf. mit den Gen. Staaten und anderen Alliierten hieraus communicieren lassen wollte, so würden diese gewiss damit einverstanden sein und dadurch auch die engere Verfassung, welche mit den Staaten zu machen man jetzt in Arbeit sei, nicht zurückbleiben.

[2]) S. Diar. Europ. XVIII, S. 439, Alpen II, S. 34 ff., Tücking S. 158, unten v. Spaens und Blaspeils Schreiben vom 12. u. 13. September 1667.

PS. Kf. hat sich zu Zinna mit K. Sachsen[1]) unterredet und hofft denselben auf bessere consilia und Gedanken gebracht zu haben, übersendet die Notul der dort abgeredeten Punkte, dieses ist aber sorgsam zu menagieren, damit es nicht vor der Zeit esclatiere. Er übersendet auch das zu Braunschweig sub spe rati abgeschlossene foedus[2]), von dem er aber noch nicht weiss, ob er es ratificieren wird. Bl. soll mit den anderen zum Kreistage verordneten Räthen des Kf.[3]) daraus communicieren, auch es dahin zu befördern suchen, dass man trotz der Verzögerungen Münsters zur Proposition schreite.

W. W. Blaspeil an den Kurfürsten. D. Cöln am Rhein 6. September st. n. 1667.

[auf das Rescript vom 11./21. August. Verhandlungen mit Pfalz-Neuburg, dessen Vorschläge.]

Das Rescript hat er erst später erhalten und ist es ihm, als er zu Hambach 6. Sept.
bei Pfalz-Neuburg gewesen, noch nicht bekannt gewesen, er glaubt aber, dass das, was dort vorgefallen, dem Zweck des Kf. nicht zuwiderläuft. Der Pfalzgraf hat ihm zunächst die Gründe angegeben, welche ihn zur Sendung Lerodts nach Frankreich veranlasst, und ihm erzählt, der König hätte sich nochmals erboten, in dem polnischen Werk alles, was man nur begehren würde, zu thun, Kf. möchte nur sagen, wie er es desiderierte, der König begehrte nichts mehr, als dass der Pfalzgraf den Kf. bewegen möchte, in die Cölnische Verbündnis oder Synceration (wie sie genannt wird) mit einzutreten. Bl. hat darauf ebenso, wie schon vorher Straetman gethan, ihm vorgestellt, warum es Kf. bedenklich falle, in diese Verbindung mit einzutreten und die begehrte Prorogation der Rheinischen Allianz zuzugestehen, schliesslich sind sie auf den Gedanken gekommen, um Frankreich etwas contento zu geben und andererseits sich nicht zu engagieren, müsste man es auf gegenwärtigem Westfälischen Kreistage dahin zu richten suchen, dass dieser Kreis, als meist interessierter und nächstgelegener, die Mediation zwischen beiden streitenden Kronen mit annehme und in Ansehung, dass der Winter herannahe, in dem der Kaiser doch schwerlich Hülfe für Spanien schicken könnte, concludierte, niemand Durchzug, Quartier oder Werbung zu gestatten. Wenn securitas publica es erfordern sollte, dass Kf. sich des niederländischen Wesens annehme, so würde er dadurch nicht gehindert, da der Winter herannahte, wo die Mediation tentiert werden sollte, qua non succedente könnte Kf. thun, was er wollte. So könnte man Frankreich endormieren, inzwischen in Polen es dahin bringen, dass Kf. und der Kaiser dort einen freien Rücken und nicht nöthig hätten, wegen Polen so viel Volk zu haben. Das beste würde sein, dass Frankreich seinen Gesandten aus

[1]) S. unten.

[2]) S. oben S. 157 ff.

[3]) Die Bevollmächtigten des Kf. auf diesem Kreistage waren der G. Wachtmeister v. Spaen, Blaspeil, de Beyer und Pagestecher.

Polen abriefe, dann würde es dort mit der französischen Faction aus sein. Kf. würde auch unter dem Vorwand der Kreisverfassung sich den Winter durch in Postur setzen können. Auch dem Kaiser und Spanien könnte dieser Kreisbeschluss nicht missfallen. Der Pfalzgraf gab dabei genug zu verstehen, dass er, wenn man Frankreich so aus Polen bringen könnte, nach Verlauf des Winters, und wenn die Mediation keinen Effect hätte, sich mit Kf. in allem conformieren wollte, doch bat er, dass diese seine Intention wohl mesnagiert würde, er wollte auch seinem Kanzler davon nichts sagen.

Er erwartet des Kf. Ordre, welche er so einzurichten bittet, dass er das Original dem Pfalzgrafen vorzeigen kann, inzwischen wird er sowohl hier als auch im Haag bei den negotiationibus sich nach dem Rescript vom 11./21. August richten, er fügt seine Gedanken darüber schriftlich bei.

Der Pfalzgraf meint, dass man de Goess ebenso wenig wie Milet von der Intention, warum der Kreis seine Mediation offerieren sollte, Mittheilung machen dürfte, er selbst glaubt aber, mit de Goess müsse darüber communiciert werden, aber lieber nur mündlich, da, wie ihm Graf Sinzendorf hier gesagt, Frankreich alle consilia des Kaisers erfährt und es sehr nöthig ist, dass dasselbe wenigstens vorläufig desabusiert werde.

O. v. Schwerin an den Kurfürsten. D. Alt Landsberg 3./[13.] September 1667.

[Rath, auf die Vorschläge des Pfalzgrafen einzugehen.]

13. Sept. E. Chfl. D. gnädigstem Befehl zu gehorsambster Folge habe ich H. Blasbiels Relation nebenst seinem Bedenken verlesen und erwogen und befinde anfänglich unvorgreiflich, dass dem H. Baron de Goes nur generalia aus der Relation communiciret und etwan dieses angezeiget werde, dass man vorhabe, umb die Sachen in Pohlen in besseren Stand zu setzen, Frankreich auf die vorgeschlagene Art etwas zu abusiren, mit Versicherung, dass es nicht weiter gemeint sein sollte. Mir däucht auch, E. Chfl. D. haben schon von Zinna aus diesen Vorschlag etzlicher massen in einem Rescript an H. Blasbielen approbiret, welches nachgesehen werden kann. Ich halte auch nicht davor, dass dieses schaden könne, aber ich besorge, Frankreich werde darauf nicht trauen und seine consilia desfals in Pohlen nicht änderen, viel weiniger den Gesandten avociren. E. Chfl. D. seindt ohne das nicht gemeinet gewesen, vor künftigem Sommer sich des Werks anzunehmen, und weil ich aus dem intercipirten, so der H. von Blumenthal E. Chfl. D. gezeiget haben wird, nicht anders schliessen kann, dann dass Frankreich Frieden machen und sich mit einem Theil vergnügen wird,

so däucht mir, E. Chfl. D. thäten nicht übel ihre consilia also zu dirigiren, dass Sie nicht gar irreconciliabel alda und nicht inutil bei den Tractaten würden.

Er wird an Blaspeil schreiben, doch wird es auch nöthig sein, dass Kf. denselben seine Willensmeinung über alles wissen lasse. Was dieser in seinem Bedenken erinnert, ist zum Theil schon in Acht genommen, das übrige kann künftig beobachtet werden.

Der Kurfürst an Blaspeil. D. s. l. 15./[25.] September 1667.

(Conc. v. Somnitz.)

[Kf. kann in das Cölnische Bündnis nicht eintreten.]

Eure unt. Relation sub dato Cöln den 6. September nebst dem 25. Sept.
beigefügten Bedenken ist uns wohl zugekommen und sollte uns lieb sein, wann ein Mittel erfunden werden könnte, dadurch wir dieses erlangen könnten, dass wir bei itzigen Occurrentien auf das polnische Wesen nicht reflectiren und also des R. Reichs Angelegenheit ohne einige Hinderung der Gebür respiciren könnten. Als aber bei dem von Euch wohlmeinentlich fürgeschlagenen modo agendi sehr viel bedenklich und zu befahren, wann man selbigen beliebte, das Hauptwerk im Reich auf viele Wege einen Anstoss leiden würde, so sehen wir nicht, wie wir darin allerdings gehehlen können. Ihr wisset, wie etliche correspondirende Chur und Fürsten zue Cöln über sich genommen, auch mit gewapneter Hand zu verwehren, dass aus dem Reich kein Succurs in den Burgundischen Kreis gehe. Was uns von dergleichen pacto abhalte und wie es wieder die Reichs-Verfassungen, auch der Fürsten des Reichs privilegia anlaufe, ist Euch woll bekannt. Sollten wir nun darin gehehlen, würden wir bei vielen anderen ungleiche Gedanken erwecken, schädliche Consequentien im Reiche verhängen, auch selbst nicht absehen, wie es gegen der Posterität als itzlebenden zu verantworten. Und wie wir nun ausser solchen Dingen, so dem Vaterlande schädlich, uns zu halten entschlossen, so werden wir uns auch zue Franckreich nicht nötigen, sondern wünschen, dass der König billige conditiones admittiren und es zu keiner Weiterung kommen möge. Nach solcher Intention und Absehen haben wir auch die Instruction, so wir an unsere Hagesche Räthe — senden werden, gerichtet und sehen wir gerne, wenn Ihr ehist möglich Euch bei ihnen auch einfinden könntet.

6. Verhandlungen mit Holland. Mai 1667—März 1668.

Romswinckel und Copes an den Kurfürsten. D. Hage 10. Mai/30. April 1667.

[Besorgnisse in Holland vor Frankreich, R. soll die Absichten Englands zu ergründen suchen.]

10. Mai. — Einige wollen, dass zu Breda [1]) nicht viel zu tractiren und zu bemitteln übrig, sondern alles schon ajustirt sein solle. Gewiss aber ist es, dass die französische Desseinen von vielen sehr apprehendirt werden, und damit Ew. Churf. D. davon einige nähere Umstände wissen mögen, haben wir nötig erachtet, die Copey des Herrn von Beuningen letzten Briefs [2]) hiebei zu übersenden. Ich, Romswinckel, bin alhier in Vertrauen ersucht, durch H. Canzler von Brandt zu penetriren, wie der König von England die französische Desseines aufnimbt und ob er nicht geneigt sei, dieselbe zu helfen contreminiren, oder ob sie mit einander in dem Stuck auch einig sein. —

Blaspeil, Romswinckel und Copes an den Kurfürsten. D. Hage 14./24. Mai 1667.

[Einschliessung des Kf. in den Bredaer Frieden. Eröffnungen de Witts inbetreff des französischen Angriffs gegen die Niederlande und der Aussöhnung Schwedens mit Holland und Lüneburg.]

24. Mai. Sie haben wegen Inclusion des Kf. und seiner Lande in den Bredaischen Frieden [3]) mit de Witt und einigen anderen aus dem Staat geredet und alle sehr geneigt dazu gefunden, dieselben wollen die Sache heute in der Versammlung der Staaten von Holland vortragen.

Im übrigen hat [4]) vorerwähnter de Witt uns die Ungelegenheit, so aus den französischen Waffen zu befahren, mit mehreren sorgfältig vorgestellet und gefraget, ob wir nicht wüssten, was Ew. Churf. D., welche seines Ermessens vor allen andern Chur- und Fürsten des Römischen Reichs bei dieser Sache interessiret wären, dabei thun würden, uns versichernd, dass der Staat die Hände davon nicht abziehen

---

[1]) S. oben S. 650f.

[2]) d. St. Germain en Laye 29. April 1667, vgl. Lettres de Jean de Witt IV, S. 116ff.

[3]) S. oben S. 655f.

[4]) Vgl. Urk. u. Akt. XIV, 1 S. 308.

würde, es wäre denn, dass die Crone Franckreich ein unstreitiges Recht zu den Hispanischen Niederlanden hätte, welchenfalls dieser Staat in kraft der französischen Allianz zur Assistenz verbunden sein wurde, ferner dabei fügend, was desfalls Herrn von Beuningen zu Paris wegen dieses Staats aufgegeben[1]), und dass man zu Befoderung des Friedens mit England alle Facilität beibringen und diese Cron dadurch auf ihre eigene Wohlfart etwas besser, als anitzo geschähe, zu reflectiren verhoffentlich bewegen wurde. Wir verspurten, dass es ihme recht zu Herzen ging und antworteten darauf — in specie zu sagen, wohin Ew. Churf. D. Gedanken gehen möchten, wäre unmuglich, weilen dieselbe noch kaum wissen könnten, was — Graf d'Estrades alhie vortragen, oder worauf die Sache eigentlich beruhete, unsere Vermuthung nach aber wurden wohl Ew. Churf. D. nebens andern Interessirten auf ein Accomodement bedacht sein. — Er de Witt stellete hierauf weiter vor erstlich, obs nicht dienlich, dass wir oder andre von Ew. Churf. D. in Zeiten mit notturftiger Instruction und Vollmacht versehen wurden, umb, wenn es die Sache also erfordern möchte, mit hiesigem Staat wegen ihrer beiden gemeines Interesse daruber zu concertiren — und zweitens, ob man sich bei dieser Gelegenheit der Cron Schweden nicht zu versichern, welches dann niemand besser als Ew. Churf. D. wurden thun können. Er wüsste, dass Franckreich sich darumb bemühete, bishero aber noch nichts erhalten hätte. Er kam bei dieser Materie auf die Differentien, welche zwischen Schweden und diesem Staat annoch schweben, sagte aber, dass derselben postulata bisher dermassen unbillig gewesen, dass man damit nicht fortkommen können, und wollte der Staat seinen Alliirten die Sache zu dijudiciren gerne in Hände geben, wenn nur Schweden dazu Lust hätte. Die Gemüther zwischen Schweden und Lüneburg dieneten auch reconciliiret — zu werden, und vermeinte er, Ew. Churf. D. wurden in ein und anderm viel gutes thun können, wir möchten es doch in unserm Berichtschreiben gedenken. —

[1]) S. de Witts Schreiben an Beuningen vom 19. Mai 1667 (Lettres IV, S. 144).

Der Kurfürst an Blaspeil, Romswinckel und Copes. D. Cöln 22. Mai/[1. Juni] 1667.

[auf die Relation vom 14./24. Mai. Geneigtheit zu einer Verständigung mit Holland, Wunsch, dass dieses sich auch mit Schweden verständige.]

1. Juni. — So ist uns auch sehr lieb, dass gedachter Rhat Pensionarius wegen der jetzigen Conjuncturen so vertraulich mit euch communiciret. Aldieweilen[1]) derselbe aber für diesem so grosse Ursach gegeben, dass man in dergleichen Dingen woll einige Diffidentz in ihn zu setzen, so habt ihr euch gleichwoll hierunter etwas in Acht zu nehmen, damit nicht alles, was man mit ihm redet, an Franckreich wieder gebracht werde. Sollte es ihm aber ein rechter Ernst sein, das jetzige weitaussehende frantzösische Dessein also zu begreifen, dass man sich aller Orten in Acht zu nehmen und die balance, woran allen statibus so viel gelegen, zu halten hätte, solchen Falls könnt ihr ihn und andere vom Staat unserer aufrichtigen Intention versichern und dass, ob wir mit Franckreich zwar in gutem Vernehmen und Alliantz stünden, auch nicht Ursach hätten, demselben etwas zu missgönnen, wir uns doch ohne dessen Offension mit andern Benachbarten gern zusammenthun und de mediis deliberiren wollten, wie der Friede zu unterhalten und zu verhindern, dass nicht eine so grosse Macht zusammengebracht werde, die Chron Schweden finden wir in dieser Sache gar woll intentioniret und wird dieselbe zum weinigsten dieses Dessein nicht befordern, wie uns deswegen starke Versicherung geschehen ist[2]). Damit man aber mit denselben hieraus desto vertraulicher communiciren könne, würde gut sein, wenn ihnen vom Staat einige bessere Satisfaction als bishero gegeben werden könnte — wie ihr denn ferner desfalls alle gute officia anzuwenden und dergestalt darin euch zu bearbeiten habet, dass die schwedische ministri alda unsern Ernst hierunter verspüren mögen[3]). —

---

[1]) Vgl. Urk. u. Akt. XIV, 1 S. 308f.

[2]) S. oben S. 193.

[3]) Kf. theilt (d. Cöln $\frac{22. \text{ Mai}}{[1. \text{ Juni}]}$ 1667) Wrangel die Aeusserungen de Witts zu seinen Gesandten und dessen Erbieten, mit ihm und anderen zu concertieren, wie man sich dem französischen Dessein auf die spanischen Niederlande gegenüber zu verhalten habe und wie diese Unruhe gestillt werden könne, mit, und erklärt, er habe sich dazu zwar willig erklärt, aber dabei vorgestellt, dass vor allem auch mit Schweden darüber zu communicieren und diesem alle billige Satisfaction zu leisten sein werde, und bittet um Nachricht, was er dem Staat für Hoffnung machen und Schwedens halber versprechen könne und wie der König dieses Werk consideriere.

Zu Hinlegung der Missverstände zwischen Lünenburg und Schweden thun wir[1]) alles, was möglich ist, hoffen auch, dass solche nicht weiter einreissen werden, sonderlich da es mit der Bremischen Sache nunmehr zur Richtigkeit gekommen. —

Blaspeil, Romswinckel und Copes an den Kurfürsten. D. Hage 4. Juni st. n. 1667.

[Reise nach Mecheln. Rüstungen in Holland, Verhandlungen mit den braunschweigischen Herzogen wegen weiterer Ueberlassung von Truppen. Anfrage wegen der Zahl der Truppen des Kf. und der braunschweigischen Herzoge.]

Sie sind mit den Deputierten des Staats endlich in der Hoffeyserschen 4. Juni.
Schuldsache soweit einig geworden, dass sowohl sie als die beiden Pensionarien von Harlem und Leyden heute nach Mecheln reisen werden. Ueber die französischen Fortschritte in den Niederlanden ist man hier sehr bekümmert und es mag wohl sein, dass die beiden Pensionarien auch deswegen die Reise nach Brabant unternehmen, um in loco den Zustand des Landes kennen zu lernen. Die Nachrichten Beuningens aus Paris haben Anlass gegeben, nicht allein die neugeworbene Miliz noch ferner in Dienst zu continuieren, sondern auch in Deliberation zu ziehen, ob man nicht die Lüneburgischen Truppen weiter beibehalten und denselben neue subsidia zulegen solle[2]). Doch hat man zunächst nur beschlossen, sich zu erkundigen, wie stark dieselben noch sind. Müller[3]) giebt an, dass sie ohne die Mannschaft der Herzoge von Hannover und Wolffenbüttel 10 000 Mann betragen. Obwohl jetzt, wo die Geldmittel hier so abgenommen, wenig Apparenz ist, dass der Staat neue Subsidien geben sollte, wenn nicht die äusserste Noth ihn dazu drängt, wollen sie doch ein wachendes Auge darauf halten und zu hindern suchen, dass auf das Haus Braunschweig mehr Reflexion als auf Kf. genommen werde; dazu müssen sie specifice wissen, was Kf. für Völker hat oder haben kann, davon sie den Staat auf einen oder andern Fall versichern könnten, auch wieviel die Lüneburgischen wirklich in Dienst haben.

Der Kurfürst an die Gesandten. D. Cöln 5./15. Juni 1667.

[auf die Relation vom 4. Juni. Bestand der Armee des Kf.]

— habt Ihr aus beikommendem Aufsatz zu ersehen, was wir 15. Juni.
ohngefähr an Völkern alsofort ohne unsere ordinari Garnisonen aufbringen können, wobei Ihr aber zu erwähnen, dass wir im Fall der Noth in gar

---

Wr. erwidert darauf (d. Stade $\frac{27.\ \text{Mai}}{[6.\ \text{Juni}]}$ 1667), er müsse sich erst in Schweden danach erkundigen.

[1]) S. oben S. 148 ff.

[2]) Vgl. Aitzema VI, S. 350, Köcher I, S. 542 ff.

[3]) Lorenz Müller, lüneburgischer Gesandter im Haag.

schen Gesandten, auf welche der Pfalzgraf grosse Reflexion nimmt, von dieser Sache gegen dessen Minister Erwähnung thun und die allzu grosse deference oder liaison mit Frankreich widerrathen.

W. W. Blaspeil an den Kurfürsten. D. Cleve 10. August st. n. 1667.

[Verhandlungen mit Pfalz-Neuburg. Nachrichten aus Holland.]

10. Aug. Er ist bei Pfalz-Neuburg in Hambach gewesen und hat sowohl über verschiedene andere Dinge (das in Cöln Vorgegangene, das polnische Wesen, den obhandenen Westfälischen Kreistag und die Münstersche Coadjutorwahl) mit demselben gesprochen als auch namentlich nach des Kf. Befehl demselben nachzuweisen gesucht, dass er sich etwas zu weit mit Frankreich engagiert, und was für Ungelegenheiten daraus, selbst in der polnischen Sache, zu befahren. Der Pfalzgraf aber sustinierte, dass er bei der Handlung zu Cöln den rechten Weg gehalten und ausser den Limiten der Neutralität nicht geschritten wäre, auch Kf. würde wohl thun, sich damit zu vereinbaren, die spanischen Niederlande gingen doch verloren und thäte man darum am besten, darin so zu verfahren, dass man die Hände mit im Spiel bekäme, die Grandes in Spanien schienen selbst die Niederlande zu abandonnieren, weil sie nichts als Schaden und Ungelegenheit davon hätten, und würden dieselben gegen Roussillon und das Versprechen, ihnen Portugal recuperieren zu helfen, an Frankreich abtreten. Dem Könige von Frankreich wäre es nicht um die Universalmonarchie zu thun, derselbe würde mit einem Theil der Niederlande und dass nur seine Rebellen nicht wie bisher dorthin ihre Zuflucht nehmen könnten, zufrieden sein und im übrigen gerne zugeben, dass auch der Kaiser, England und andere etwas mit davon bekämen, Kf. und er würden hoffentlich das Oberquartier von Geldern, das ihnen doch von Gott und Rechtswegen zukäme[1]), davon profitieren, zumal da, wie er von dem durchreisenden Markgrafen von Baden erfahren, auch die Spanischen dasselbe dem Kf. anpräsentierten[2]). Vor Frankreich würde man sich künftig nicht so sehr zu fürchten haben, der Kaiser nähme sich der Sache wenig an und auch sonst wäre für Spanien keine Hülfe zu erwarten. Bl. hat alles nach Möglichkeit ordentlich beantwortet und angewiesen, dass alle solche Argumente mehr Schein als Grund hätten, man suchte dem Pfalzgrafen durch dergleichen nichtige Hoffnung, als wenn er von der Beute geniessen sollte, nur den Appetit dazu zu machen und ihn dadurch von dem rechten Weg abzuführen, und er hat ihm nachher seine Gedanken schrift-

---

[1]) Nach dem Tode des letzten Herzogs Karl von Geldern (30. Juni 1538) hatte auf Grund eines zu Anfang dieses Jahres abgeschlossenen Erbvertrages Herzog Wilhelm von Jülich und Cleve dort die Regierung angetreten, Kaiser Karl V. aber hatte ihm das Land streitig gemacht und ihn 1543 mit Waffengewalt genöthigt, auf Geldern zu verzichten, s. Wenzelburger, Geschichte der Niederlande I, S. 569ff.

[2]) Vgl. Urk. u. Akt. XIV, 1 S. 320, Köcher I, S. 533.

lich übergeben. Der Pfalzgraf hat die Schrift gelesen und sich nicht mehr so sehr zuwider sein, sondern endlich vermerken lassen, dass er sich gern auch in dieser Sache mit Kf. vergleichen möchte, es müsste aber mit guter Manier und ohne Abbruch der zu Cöln gutgefundenen näheren Zusammensetzung[1]) geschehen; wenn man über 10 oder 12 Tage dort zusammenkäme, könnte weiter davon geredet werden, Kf. möchte die Seinigen mit darauf instruieren. Die Sache ist fast schwer und sieht fremd aus, die zu Cöln gemachte nähere Zusammensetzung kommt ohne Zweifel von Frankreich her, die beiden Fürstenberg haben die Direction davon geführt, man glaubt auch, dass Frankreich die Werbegelder zu den 20 000 Mann, welche diese Confoederierte zusammenbringen sollen, hergegeben, K. Baiern und K. Trier sollen auch mit eintreten wollen, es steht nur zu bedenken, was Schweden, Kf., die Häuser Braunschweig und Hessen und andere Evangelische dabei thun wollen.

PS. Soeben erhält er Nachricht, dass Frankreich den Staaten habe anbieten lassen, die spanischen Niederlande nach Inhalt des Vertrages von 1636[2]) zu theilen, dass Holland nicht ungeneigt dazu sei und dass man schon im Haag zu deliberieren anfange, ob man nicht in die nächstgelegenen spanischen Frontierplätze und namentlich in das Oberquartier von Geldern staatische Völker legen lassen solle.

W. W. Blaspeil an den Kurfürsten. D. Hambach 20./30. August 1667.

[Eröffnungen des Pfalzgrafen. Der Westfälische Kreistag.]

Er ist gestern hier angekommen und hat den Pfalzgrafen, dem sowohl Lerodt über seine französische Negotiation als auch Straetman von seiner Verrichtung an des Kf. Hof Bericht erstattet haben, in allen Sachen sehr wohl disponiert gefunden. Derselbe meinte zwar anfangs, dass, um Frankreich einigermassen zu obligieren, das nächste sein würde, dass Kf. auf gewisse Maass und Weise in die Cölnische Confoederation mit eintrete[3]) und die Rheinische 30. Aug.

[1]) Der Vertrag zwischen K. Mainz, K. Cöln, Münster und Pfalz-Neuburg d. Cöln 2. August 1667 (Köcher I, S. 619f.), vgl. Köcher S. 533ff. und unten de Beyers Relation vom 2. August 1667.

[2]) Holland hatte mit Frankreich 8. Februar 1635 eine Allianz gegen Spanien abgeschlossen (Aitzema II, S. 94ff.), in welcher eine Theilung der spanischen Niederlande verabredet wurde, dieselbe wurde im Mai 1636 erneuert; s. Wenzelburger II, S. 930f., 937.

[3]) Blaspeil hatte schon 7./17. August dem Kf. berichtet, aus ihm von dem Pfalzgrafen mitgetheilten Berichten Lerodts sei zu ersehen, dass der König von Frankreich den Eintritt des Kf. in das Cölnische foedus wünsche, er hatte um schleunigen Bescheid deswegen gebeten und bemerkt, wenn das, was bei diesem foedus anstössig und anderen Bündnissen des Kf., namentlich mit den Gen. Staaten, zuwider sei, hinweggenommen und alles so eingerichtet werden könnte, dass der als Vorwand hingestellte, an und für sich sehr gute Zweck wirklich erreicht werden könnte, so wäre es

Allianz nebst anderen prorogiere, zuletzt aber meinte er, man werde französischerseits auch mit der Neutralität zufrieden sein. Bl. glaubt, es würde practicabel sein, falls nicht mit dem Markgrafen von Baden etwas dem hinderliches vorgegangen sein sollte, dass man bei gegenwärtiger Kreisversammlung zu Cöln[2]) es dahin zu richten suche, dass der gesamte Westfälische Kreis sich mit zur Mediation erbiete, deren Verrichtung den directoribus aufgetragen und zugleich festgesetzt werde, dass zu Conservierung der Neutralität niemanden, so lange die Tractaten dauern, Werbungen oder Durchzüge gestattet werden sollen, jedenfalls müssten des Kf. Abgeordnete mit der nöthigen Ordre versehen werden. Auch der Pfalzgraf ist der Meinung, dass, wenn die Münsterschen sich noch länger zu suchen machen, der Kreistag doch eröffnet und zur Proposition geschritten werde.

Der Kurfürst an Blaspeil. D. Cöln 27. August/6. September 1667.

[auf die Relation vom 20./30. August. Misstrauen gegen die französischen Anerbietungen, Bedingungen, unter denen sich Kf. zur Verweigerung des Durchzuges verstehen will. Verträge von Zinna und Braunschweig. Westfälischer Kreistag.]

6. Sept. Er glaubt nicht, dass Frankreich dem Pfalzgrafen in Polen zur Erreichung seiner Intention wirkliche Dienste zu leisten vermöge, sondern dass ihm solche vielmehr schädlich sein werden und dass man durch die vorgeschlagene Heirath nur intendiere, die Polen, namentlich die wohlaffectionierten, irre zu machen und den Pfalzgrafen in das französische Interesse bei diesen Conjuncturen zu ziehen, welches auch die Polen genugsam merken. Um aber dem Pfalzgrafen möglichst zu Willen zu sein, ist Kf. bereit, niemanden, wer er auch sei, den Durchzug zu verstatten, falls der König von Frankreich sich zu einem armistitium, etwa bis gegen das Frühjahr, verstehen und dabei keine raisonnablen Friedensbedingungen ausschlagen will. Auf die Weise, wie man es in Cöln gemacht, wird nicht der Friede sondern die völlige Subjugation der spanischen Niederlande und die Ausführung der weitaussehenden französischen Desseins befördert.

---

wohl räthlich, dass Kf., nachdem die jetzigen Confoederierten sich Frankreich zu gefallen, wie es scheine, etwas zu weit eingelassen und daher dieses Bündnis nicht aufzuheben vermögen, sich mit einlassen zu wollen erklärte, zumal die Concepte, welche ein Theil der Confoederierten ursprünglich gegen die Evangelischen, namentlich gegen Holland gehabt, nachgehends durch den Frieden mit England und die Vereinigung mit Schweden grösstentheils verschwunden seien. Wenn Kf. mit den Gen. Staaten und anderen Alliierten hieraus communicieren lassen wollte, so würden diese gewiss damit einverstanden sein und dadurch auch die engere Verfassung, welche mit den Staaten zu machen man jetzt in Arbeit sei, nicht zurückbleiben.

[2]) S. Diar. Europ. XVIII, S. 439, Alpen II, S. 34 ff., Tücking S. 158, unten v. Spaens und Blaspeils Schreiben vom 12. u. 13. September 1667.

PS. Kf. hat sich zu Zinna mit K. Sachsen[1]) unterredet und hofft denselben auf bessere consilia und Gedanken gebracht zu haben, übersendet die Notul der dort abgeredeten Punkte, dieses ist aber sorgsam zu menagieren, damit es nicht vor der Zeit esclatiere. Er übersendet auch das zu Braunschweig sub spe rati abgeschlossene foedus[2]), von dem er aber noch nicht weiss, ob er es ratificieren wird. Bl. soll mit den anderen zum Kreistage verordneten Räthen des Kf.[3]) daraus communicieren, auch es dahin zu befördern suchen, dass man trotz der Verzögerungen Münsters zur Proposition schreite.

W. W. Blaspeil an den Kurfürsten. D. Cöln am Rhein 6. September st. n. 1667.

[auf das Rescript vom 11./21. August. Verhandlungen mit Pfalz-Neuburg, dessen Vorschläge.]

Das Rescript hat er erst später erhalten und ist es ihm, als er zu Hambach 6. Sept.
bei Pfalz-Neuburg gewesen, noch nicht bekannt gewesen, er glaubt aber, dass das, was dort vorgefallen, dem Zweck des Kf. nicht zuwiderläuft. Der Pfalzgraf hat ihm zunächst die Gründe angegeben, welche ihn zur Sendung Lerodts nach Frankreich veranlasst, und ihm erzählt, der König hätte sich nochmals erboten, in dem polnischen Werk alles, was man nur begehren würde, zu thun, Kf. möchte nur sagen, wie er es desiderierte, der König begehrte nichts mehr, als dass der Pfalzgraf den Kf. bewegen möchte, in die Cölnische Verbündnis oder Synceration (wie sie genannt wird) mit einzutreten. Bl. hat darauf ebenso, wie schon vorher Stractman gethan, ihm vorgestellt, warum es Kf. bedenklich falle, in diese Verbindung mit einzutreten und die begehrte Prorogation der Rheinischen Allianz zuzugestehen, schliesslich sind sie auf den Gedanken gekommen, um Frankreich etwas contento zu geben und andererseits sich nicht zu engagieren, müsste man es auf gegenwärtigem Westfälischen Kreistage dahin zu richten suchen, dass dieser Kreis, als meist interessierter und nächstgelegener, die Mediation zwischen beiden streitenden Kronen mit annehme und in Ansehung, dass der Winter herannahe, in dem der Kaiser doch schwerlich Hülfe für Spanien schicken könnte, concludierte, niemand Durchzug, Quartier oder Werbung zu gestatten. Wenn securitas publica es erfordern sollte, dass Kf. sich des niederländischen Wesens annehme, so würde er dadurch nicht gehindert, da der Winter herannahte, wo die Mediation tentiert werden sollte, qua non succedente könnte Kf. thun, was er wollte. So könnte man Frankreich endormieren, inzwischen in Polen es dahin bringen, dass Kf. und der Kaiser dort einen freien Rücken und nicht nöthig hätten, wegen Polen so viel Volk zu haben. Das beste würde sein, dass Frankreich seinen Gesandten aus

---

[1]) S. unten.

[2]) S. oben S. 157 ff.

[3]) Die Bevollmächtigten des Kf. auf diesem Kreistage waren der G. Wachtmeister v. Spaen, Blaspeil, de Beyer und Pagestecher.

französischen König zu persuadieren, als wenn er demselben seine Freunde und Alliierte zu debauchieren suche und in Verhinderung seiner Desseins mehr Eifer als die interessierten Parteien zeige, wie ihm solches schon in Wien[1]) und anderen Orten imputiert wird und auch Milet[2]) hier darüber Beschwerde geführt hat. Sie sollen also das Werk nicht so sehr ihrerseits treiben, sondern sich mehr von der anderen Seite suchen lassen, damit, wenn es dem Staate ein Ernst ist, man Ursache habe, gute und ihm annehmliche Bedingungen einzugehen. Zunächst haben sie zu remonstrieren, dass die Staaten bei dieser Sache viel mehr interessiert seien als Kf., zum andern muss Kf. noch zur Zeit anstehen, ob man gnugsame Ursache habe, den Bischof ex capite fractae pacis anzugreifen; falls Frankreich hinter dem Handel steckt, so wird der König, wenn man auch den Bischof in Zeiten angreift, sich doch seiner annehmen, und würde derjenige, welcher den Bischof angegriffen, die Ruptur mit Frankreich oder wenigstens bei dem glücklichen Progress der französischen Waffen allerlei Widerwärtigkeiten zu befahren haben. Im Reich ist man auch auf solchen Fall keiner Assistenz versichert, es scheinen vielmehr viele Stände mit Münster gleichmässige Intention zu haben. Kf. aber muss absonderlich auf das polnische Wesen Acht haben und muss darauf sehen, dass seine Kräfte nicht anderwärts gar zu sehr distrahiert werden.

Er meint daher, dass bei der öffentlichen Ruptur noch erhebliche Bedenken sind, doch sollen angesichts der jetzigen motus die im Haag angefangenen Consultationen fortgesetzt werden, wobei sie die Nothwendigkeit einer guten Verfassung auf allen Seiten, wie auch einer vertraulichen festen Zusammensetzung vorzustellen und zu erklären haben, dass Kf. sich mit einigen vornehmen und wohlintentionierten Reichsgliedern in solch Vernehmen, sich selbst auch in solche Postur zu setzen gedenke, dass die etwa vorseienden schädlichen consilia und Desseins leichtlich hintertrieben werden können. Dazu bedarf er aber der Subsidien, und es würde vor allen Dingen nöthig sein darauf zu gedenken, wie ihm hiermit an die Hand gegangen werde; doch haben sie es so zu menagieren, dass er dadurch nicht sofort zur Ruptur mit Münster verbunden werde. Wegen der Secretierung wird vor allem im Haag Erinnerung zu thun sein. Was vom Haupt geredet wird, zielt wohl dahin, dass Kf. selbst dieses Werk führen solle, da er aber leicht, namentlich durch das polnische Wesen, verhindert werden könnte, sich derends hin zu begeben, so muss davon geredet werden, wie es alsdann zu halten. Ein Ersuchungsschreiben vom Staat müsste nothwendig ergehen, doch damit Kf. nicht allein in Frankreich in Offens gerathe, nicht nur an ihn, sondern auch an das Haus Braunschweig.

Die Subsidien müssten von jetzt an erfolgen, damit Kf. sich in Verfassung stellen kann. Wegen der vollkommenen Garantie muss das nöthige festgesetzt werden. Mittheilung von diesem Werke an den kaiserlichen Hof hält Kf. vorläufig nicht für rathsam, Gelder zu erlangen ist von daher wenig, von Castel Rodrigo garkeine Aussicht.

---

[1]) S. Urk. u. Akt. II, S. 453, oben S. 590.
[2]) S. Urk. u. Akt. II, S. 458.

Romswinckel und Copes an den Kurfürsten. D. Hage 30. Juli/9. August 1667.

[auf das Rescript vom 13./23. Juli. Absichten der Staaten von Holland, Hochmuth der dortigen Regenten.]

So viel sie unter der Hand verspüren können, wollen die Staaten von 9. Aug.
Holland nur die Halbscheid der vorigen Subsidien ohne Werbegelder offerieren, dagegen aber versichert sein, dass des Kf. Armee in des Bischofs Land agiere, denn dieses solle ihr mouvement zu den Tractaten und Subsidien sein. Diese Herren, sonderlich de Witt, sind, obwohl der König von Frankreich ihnen so nahe kommt, ebenso hochmüthig, wiewohl gegen sie jetzt viel freundlicher, so dass sie sich von allen königlichen und fürstlichen ministris viel mehr suchen lassen, als dieselben suchen wollen. Danach wird Kf. seine mesures zu nehmen haben. Wenn sie dieses Werk nicht sollten facilitieren helfen, so möchte man dasselbe hier leicht stecken lassen und auf andere Mittel und Allianzen reflectieren, wiewohl die recht affectionierten solches ungern sehen würden.

Der Kurfürst an Blaspeil. D. Potstam 11./21. August 1667.

(Conc. O. v. Schwerin.)

[Mittheilung der mit dem Markgrafen von Baden geführten Verhandlungen. Verlangen, auch von Holland Subsidien zu erhalten. Einzuschlagendes Verfahren gegen Münster.]

— Auch lassen wir euch hiemit gnädigst wissen, dass der Marquis 21. Aug.
de Castel Rodrigo den Marggrafen von Baden[1]) zu uns geschicket und bei uns sehr inständig umb Assistenz wieder Franckreich angehalten. Wir haben nicht unterlassen, demselben weitläuftig zu repraesentiren, in was schlechtem Zustand Ihre Sachen stünden und wie grosse Ursach wir hätten, behutsamb in diesem Werk zu procediren. Endlich ist unsere Erklärung dahin gangen, dass wir mit einem corpo von 12 ad m/15 Mann der Chrone Hispanien assistiren wollten, jedoch mit diesem austrücklichen Beding, 1) dass eine Alliantz zwischen Hispanien, dem Kayser und uns deswegen aufgerichtet und 2) von Hispanien ehe und bevor wir das geringste thäten mit Werbegeldern und Subsidien zum Unterhalt unserer armée an Hand gangen, auch 3) finito bello uns einige Ergetzlichkeit und Satisfaction gegeben, wie nicht weiniger 4) bei Holland, Engelland und denen Reichs Chur und Fürsten, insonderheit beim Fürstl. Hause Braunschweig fleissig negotiiret werde, damit solche alle dieses Werk mit embrassiren und zu Rettung der Hispanischen Provincien concurriren. Endlich und fur allen Dingen möchten wir von der Chron Schweden versichert sein, dass

[1]) S. unten.

wir von derselben (wofern sie ja nicht wieder Franckreich würcklich agiren wollten) nichts wiedriges zu befahren oder auf allen Fall uns mit solchen Mitteln und Subsidien an Hand gegangen werden solle, damit wir wieder allen feindlichen Angriff und Ueberfall uns und unsere Lande schützen könnten.

Alle diese conditiones und was wir sonsten dabei weitläuftig erinnert, hat gedachter Marggraff approbiret und dabei nichts irraisonables und unbilliges befunden, ist auch damit per posta zum Marquis vereiset, damit er sich hierüber weiter instruiren lassen könne, und wird man hiernegst von fernerer Einrichtung des Werkes zu reden haben. Inmittelst ist gutgefunden und verabredet worden, dass man die Sache in höchstem geheim halten und der Marggraff fürgeben soll, dass er nichts bei uns verrichtet und wir ihn mit keiner cathegorischen Erklärung versehen. Wir aber haben über uns genommen, dahin bemühet zu sein, damit einige andere Chur und Fürsten bonis modis mit zum Handel gebracht und insonderheit das Haus Braunschweig, welches bereits gute consilia und Intention desfalls führet, mit engagyret werden möge. Wegen der Rheinischen Chur und Fürsten vermeint der Marggraff, dass es Hispanien fürträglich sein möchte, dass selbige sich nicht ins Werk mischten, wofern sie nur eine perfecte und unpartheiische Neutralität halten würden. —

Weil nun zu Befoderunge dieses Werks, und damit wir desto mehr Mittel haben mögen, solches wohl auszuführen, gut sein würde, dass ohne die Subsidien, so wir von Spanien zu gewarten, wir auch etwas von den Staden erlangten, so werdet Ihr solches nunmehr mit desto grösserm Fleiss zu beobachten und es auf allen Fall dahin zu bringen beflissen sein, damit wir uns von dorten auch einiger Subsidien zu erfreuen haben mögen, gleichwohl auch dahin sehen, dass wir nicht verbunden werden, ehe kegen den Bischoff etwas zu tentiren, bis derselbe entweder sich feindlich kegen Holland oder Spanien erweisen, oder man aufs weinigste mehr Ursache zu ihm habe als anjetzo.

Wegen des Bischofs zu Münster ist auch weitläuftig geredet, und vermeinet der Marggraff, es würden noch Mittel vorhanden sein, denselben zu gewinnen, weswegen er sich en passant beim Bischof von Paderborn angeben und uns von seiner Verrichtung Information geben wird, auf allen Fall aber wird man Wege und Mittel finden, sich desfalls dermaleins in Sicherheit zu setzen, wozu denn der Staat aldorten gern, wie euch wissend, contribuiren wird.

Endlich hat der Marggraff erinnert, dass man von diesem Werk nichts mit Stephano de Gamarra[1]) communiciren möchte, und konnte der Tractat hiernegst etwan zu Antwerpen unterm Praetext, dass man wegen des Compromisses in der Schuldsache daselbst zu negotiiren hätte, ferner fortgesetzt werden, und wenn auch in Holland zwischen uns und dem Staat einige Tractaten vorgingen, wobei jemands von Spanischer Seite erfodert würde, so hättet Ihr solches nur dem Marquis auf Brüssel zu schreiben, welcher alsdann ins geheim jemand hinschicken würde. —

Romswinckel und Copes an den Kurfürsten. D. Hage 20./30. August 1667.

[Verhandlungen mit den staatischen Deputierten.]

Sie haben am 25. mit de Witt und den anderen Deputierten der Gen. Staaten eine neue Conferenz gehalten, dort die Bedenken des Kf. gegen ein bewaffnetes Vorgehen gegen Münster vorgestellt und mitgetheilt, dass derselbe sich in dieser bedenklichen Sache nicht entschliessen könnte, bevor er von der Contravention des Bischofs, von der Intention des Kaisers und des Hauses Braunschweig und was für Subsidien und Assistenz sowie Garantie die Gen. Staaten prästieren wollten, versichert wäre. Schliesslich haben sie die zwei Fragen gestellt, ob nicht die Gen. Staaten für rathsam erachteten, dass Kf., wenn die zu Cöln gemachten Tractaten nach seinem und ihrem Interesse redressiert würden, sich darein begebe, um desto capabler zu sein, zu der gemeinen Sicherheit zu contribuieren, und falls nicht, was sie meinten, dass sie beiderseits bei diesen gefährlichen Conjuncturen thun sollten. Nachdem die Deputierten darauf unter sich deliberiert hatten, erwiderte de Witt, sie könnten nach wie vor nicht anders urtheilen, als dass Kf. sowohl als auch den Gen. Staaten zum höchsten daran gelegen, dass die vorgeschlagene Execution gegen den Bischof aufs schleunigste fortgesetzt würde, nicht nur darum, damit man nicht abermal von ihm erst bekriegt, sondern auch, damit gegen Frankreich eine Diversion gemacht werde. Dass der Bischof contraveniere, sei notoir aus seiner exorbitanten Armatur, die er in seinen Antworten an Kf. und die Gen. Staaten selbst zugestehe, auch aus der gegenwärtigen Liga zu Cöln, welche sicherlich Frankreich zum besten angesehen sei. Auf die beiden Fragen gaben sie diese resolutiones, dass 1) Kf. in die zu Cöln gemachte Liga nicht eingehen könne, wenn sie schon die conditiones nach seinem Gutfinden redressieren sollten, schon der einzige Artikul, der den Pass und Repass allen interdiciere, sei sufficient, um Frankreich zu den spanischen Niederlanden zu verhelfen, 2) kein besseres Expediens wäre, um diese Liga zu resolvieren, als dass Kf. sich mit den Gen. Staaten verbinde, den Bischof ex capite contraventionis et fractae pacis anzugreifen, 30. Aug.

[1]) Spanischer Gesandter im Haag.

sie zweifelten nicht, der Kaiser und das Haus Lüneburg würden ihnen beiden in diesem Stück beifallen. Die Gen. Staaten würden dazu ein billigmässig subsidium, gebührende Assistenz und Guarantie nicht verweigern, sie müssten aber vor allem wissen, was Kf. praetendiere. Sie haben dieses ad referendum genommen, bei den folgenden Discursen aber nur diese kategorische und beharrliche Erklärung erhalten, so lange Kf. sich nicht zu einer wirklichen Action wider den Bischof oder sonst resolviere, könnten die Gen. Staaten kein subsidium geben. Sonst haben sie wohl vermerkt, dass, ob man wohl das subsidium nicht höher als auf zwei Monate setzen wolle, die Gen. Staaten dennoch wohl etwas mehr thun würden, wenn sie im übrigen ihre Satisfaction haben könnten.

Der Kurfürst an Blaspeil, Romswinckel und Copes. D. Cöln 27. August/6. September 1667.

[auf die Relation vom 20./30. August. Bedingungen, unter denen er sich mit den Staaten zum Vorgehen gegen Münster verbinden will.]

6. Sept. Er ersieht aus allem, dass man ihn gegen ein paar Monat Subsidien in eine öffentliche Ruptur mit dem Bischof von Münster und consequenter in einen Krieg zu verwickeln und solchergestalt sich an dem Bischof zu rächen suche. Trotz aller Bedenken dagegen erbietet er sich doch, was der Staat begehrt unter folgenden Conditionen zu thun:

1) dass der Bischof einer rechten Contravention wider den Clevischen Tractat zur gnüge überführt werden könne,

2) ihm zur Armatur und Unterhalt einer Armee mit nöthigen Subsidien an Hand gegangen werde,

3) einige von den Mitgaranten, namentlich der Kaiser, das Dessein approbieren, oder es sich nicht zuwider sein lassen,

4) er von Schweden nichts widriges zu befahren, sondern deshalb ausser aller Sorge sein könne,

5) man auch des Hauses Braunschweig genugsam versichert sei,

6) endlich ihm eine vollkommene Garantie und Schadloshaltung in optima forma und auf alle Fälle verspreche.

In das jüngst zu Cöln gemachte foedus einzutreten ist Kf. zwar noch nicht resolviert, zumal er hofft, seine Sicherheit bei diesen gefährlichen Conjuncturen durch gute Correspondenz mit dem Staat und sonst zu finden, sollte er aber einigen Fehler oder Mangel verspüren, so wird ihm nicht verdacht werden können, wenn er alsdann seine Sicherheit auf alle zulässige Mittel und Wege sucht und nicht wohl von seinen benachbarten Kur- und Fürsten absetzen, am wenigsten deren Feindschaft auf sich allein laden will.

Romswinckel und Copes an den Kurfürsten. D. Hage 7./17. September 1667.

[Holländische Anträge inbetreff bewaffneter Vermittlung zwischen Frankreich und Spanien und gewaltsamen Vorgehens gegen Münster.]

Sie werden jetzt mehr und mehr von einem und anderen der Gen. Staaten sondiert, ob sie von Kf. nicht Ordre erhalten, mit ihnen zu concertieren, wie die gemeinen Interessen erhalten und die spanischen Niederlande gerettet werden möchten. Gestern Abend spät hat der Pensionarius de Witt sie deswegen besucht und ihnen den Vorschlag mitgetheilt, Kf. möchte sich mit den Gen. Staaten und anderen friedliebenden Potentaten in eine considerable Verfassung setzen und beide streitenden Kronen zu einem Waffenstillstand von einigen Monaten, um sich darin mit Recht und Billigkeit zu vergleichen, verobligieren, mit dem Bedinge, wofern eine oder andere Krone sich dazu nicht einlassen wolle, alsdann der willigen so lange, bis ein christlicher Frieden gemacht, beizustehen, er hätte mit einigen der vornehmsten Glieder von Holland insgeheim davon geredet und diese hätten seine Discurse so aufgenommen, dass, wenn Kf. sich resolvieren möchte, diese Sache auf die erwähnte Weise, etwa so wie früher gegen den Bischof von Münster, in die Hand zu nehmen und mit einer Armee von m/12 Mann effectuieren zu helfen, Holland geneigt sein würde, darauf, einzugehen und das dazu erforderte subsidium herzuschiessen, in Meinung, über dessen Restitution mit Spanien zu handeln. Sie haben zwar erwidert, nicht instruiert zu sein, sich auf solche Tractaten einzulassen, aber ihm doch die considerationes und conditiones, welche in dem Rescript des Kf. vom 6. enthalten, so weit sie diensam und applicabel, zu Gemüth geführt. de Witt erwiderte darauf, dass der Bischof den Clevischen Tractaten notorie contraveniere und es überflüssig wäre, deswegen besondere verificationes beizubringen, 2) sei der Staat genugsam versichert, dass der Kaiser, Schweden und das Haus Braunschweig sich des Bischofs nicht annehmen, sondern vielmehr etliche davon Kf. und den Gen. Staaten helfen würden, 3) versprächen die Gen. Staaten dem Kf. eine vollkommene Garantie, 4) wollten sie ihm mit einem nöthigen subsidio (wovon sie wissen, dass es nicht mehr als zwei Monate sein wird) an Hand gehen. Fagel[1]) hat ihnen mitgetheilt, die schwedischen ministri hätten sich unter der Hand vernehmen lassen, zu Rettung der spanischen Niederlande für ein billiges subsidium Succurs zu senden. Sie haben alles ad referendum genommen und bitten um des Kf. ordres; die Gen. Staaten werden unzweifelhaft, wenn Kf. nicht darauf eingehen sollte, andere Engagements suchen oder annehmen, was viele Wohlintentionierte nicht gern sehen würden. 17. Sept.

W. W. Blaspeil an den Kurfürsten. D. Cöln am Rhein 10./20. September 1667.

[Aufforderung seitens Hollands zu Unterhandlungen. Absichten de Witts.]

Nachdem auf seine Veranlassung des Kf. Räthe im Haag mit de Witt und 20. Sept.

[1]) Gaspar Fagel, Griffier der Gen. Staaten.

anderen wegen einer Verbindung des Kf. mit den Gen.Staaten behufs Rettung der spanischen Niederlande geredet, haben jene darüber mit ihnen zu tractieren verlangt und auch ihn ersucht, daran Theil zu nehmen, er wird daher, obwohl er noch keine Resolution des Kf. auf seinen Bericht vom 6. September erhalten, sich heute aufmachen und über Bensberg und Cleve nach dem Haag reisen. de Witt wünscht die Tractaten so einzurichten, dass dadurch die Allianzen des Kf. und der Gen.Staaten mit Frankreich nicht gebrochen würden, daher dieselben zu nehmen 1) auf einen 5 oder 6 monatlichen Waffenstillstand, zu dem man beide Kronen zu disponieren hätte, damit die vorhabende Mediation desto besser befördert werden möge, 2) Kf. und die Gen.Staaten sollten eine Armee an den Grenzen der spanischen Niederlande aufstellen, 3) mit dieser erst, wenn während des Waffenstillstandes kein Friede zustande gekommen, und zwar gegen denjenigen, welcher den Frieden auf billige conditiones nicht annehmen werde, operieren, 4) so lange, bis derselbe sich zu einem solchen Frieden bequemt haben würde. Wenn Kf. damit einverstanden sein und seine Armee wie im Münsterschen Kriege auf m/12 Mann nehmen wollte, so stünde in Holland zu versuchen, dass die Staaten ihm die Werbegelder und auch ebensolche Subsidien wie damals gleichsam als Vorschuss zum besten Spaniens hergeben. Da, wie er hört, Holland beabsichtigt, solchen Vorschuss aus den spanischen Indien wiederzubekommen, so würde es vermuthlich desto liberaler mit ihnen handeln, während von Spanien, selbst wenn es Kf. noch so viel Geld zusagt, doch nichts zu bekommen sein wird, auch K.Sachsen würde vielleicht, wenn derselbe 3000 oder 4000 Mann unter Kf. stellen wollte, zu ebensolchen Subsidien verholfen und derselbe desto beständiger bei dieser Partei engagiert werden können.

Der Kurfürst an Blaspeil, Romswinckel und Copes. D. [s. l.] 15./[25.] September 1667.

(Conc. v. Somnitz.)

[Bereitwilligkeit zu einer Verbindung mit Holland.]

25. Sept. Eure unterthänigste Relation vom 7. dieses ist uns woll zukommen und haben daraus ganz gerne vernommen, dass man daselbst mit uns sich über diesem Wesen in engere Verständnus einlassen will. Ihr habet dem Pensionario de Witte, absonderlich auch Fagel und denen woll affectionirten anzuzeigen, dass wir dazu auch woll geneigt, nur dass die Sache 1) in secreto gethan, 2) dazu Vollmachten produciret [werden] möchten, damit wir euch auch versehen wollen, indessen würde man gleichwoll wegen eines subsidii, wozu wir sofort zu greifen und das wir zur Werbung anwenden könnten, zu reden und sich zu erklären haben. Wir zweifeln nicht, die HH. Staten werden nicht unterlassen zue Defension der Oerter, daran ihnen zumahlen gelegen, dem Könige in

Spanien einige Völker sub quocunque titulo zu überlassen, wobei ihr denn die woll affectionirte woll versichern könnet, dass, wann man uns wegen des beregten subsidii Versicherung gebe, wir einige unser Truppen der Endes hinauf wollten marchiren lassen, damit sie auf allen Fallen denen HH. Staaten im Fall der Noth zur Hand stehen möchten. Im übrigen wollen wir euch mit ehistem mit vollkommener Instruction und Vollmacht versehen. —

Blaspeil, Romswinckel und Copes an den Kurfürsten. D. s'Gravenhage 17./27. September 1667.

[Verabredungen mit den staatischen Deputierten über das abzuschliessende Bündnis. Friedensbedingungen. Subsidien.]

Da dieser Staat beständig resolviert bleibt, den französischen Desseins sich mit anderen zu widersetzen, zwar wegen ihres Retardierens mit Schweden und Lüneburg[1]) darüber in Handlung zu treten einen Anfang gemacht, nichtsdestoweniger aber am liebsten mit Kf. vorher etwas beständiges schliessen wollte, so haben sie mit de Witt und den anderen Deputierten von Holland darüber weiter im geheimen conferiert und folgende Ingredientien des abzuschliessenden Bündnisses verabredet: 27. Sept.

1) dass die Confoederierten sich zunächst bemühen sollen, beide Kronen gütlich zu vergleichen,

2) dieselben zum alsbaldigen Abschluss eines Waffenstillstandes zu bewegen,

3) dass die von ihnen vorzustellenden Friedensbedingungen so beschaffen sein sollen, dass beide Theile sie ohne Nachtheil ihrer Reputation eingehen können,

4) dass sie demnächst auf eine solche Garantie bedacht sein und dieselbe helfen machen sollen, dass beide Kronen sich inskünftig ruhig und friedlich mit einander begehen,

5) dass sie während dieser Verhandlungen sich neutral halten,

6) wenn aber eine der Kronen sich unwillig erweisen und solche raisonnablen articulos einzugehen difficultieren sollte, sie dem willigen Theile so lange beistehen sollen, bis guter und beständiger Friede wird gemacht sein,

7) dass zu solchem Ende Kf. eine Armee wenigstens von m/12 und die Staaten von m/18 Mann, davon ein Drittel Reiterei, während dieses Winters auf den Grenzen der spanischen Niederlande, aber auf ihrem eigenen Boden in guter Bereitschaft halten und damit, wenn es die Noth erfordern sollte, aber nur zur Beförderung des Friedens, de concert agieren sollen,

8) durch diese Soldaten soll niemand sonst der geringste Schaden zugefügt werden,

[1]) S. Köcher I, S. 544 ff.

9) Sollte es zur Action kommen, so werden sie sich zuförderst vergleichen, wie die Kriegsoperationen geschehen sollen, und die consilia dahin richten, damit dennoch der Friede so bald wie möglich befördert werde.

Ein solches foedus, glauben sie, könnte männiglichen vorgezeigt werden, ohne dass der König von Frankreich befugte Ursache haben würde, sich darüber zu beschweren, als wenn der Allianz, in welcher er mit Kf. und auch mit den Staaten steht, zu nahe getreten würde und die Confoederierten der spanischen Partei gar zu sehr zugethan wären.

Sie haben aber noch bisher nichts festgesetzt, sondern haben verabredet erst, wenn sie des Kf. nähere Ordre empfangen haben werden, wieder zusammen zu kommen und einen Schluss zu machen.

Die Deputierten meinen, dass, wenn das foedus zustande kommt, es sich nicht schicken würde, sich in eine Mediation zu engagieren, sondern man es bei blosser Offerierung der Officien bewenden lassen müsste.

Die Friedensbedingungen haben sie zwar vermeint unter sich festzusetzen, sie aber bisher noch nicht finden können. Sie wünschen des Kf. Intention darüber zu wissen, da sie verspürt, dass man von seiten der Staaten der gänzlichen Meinung ist, dass es Frankreich gar zu disreputierlich sein würde, da es so grosse advantage hat, nicht etwas davon zu tragen. Sonst sind sie einig darüber, dass diese Bedingungen nicht in das foedus gesetzt und vorläufig, bis ein Waffenstillstand zustande gekommen und mit den Friedenstractaten ein guter Anfang gemacht sein wird, anderen nicht offenbart werden sollen.

Wegen der Subsidien und Werbegelder, glauben sie, wird das beste sein, darüber absonderlich mit den Gen. Staaten als auch mit Spanien auf dieselben conditiones, wie früher gegen den Bischof von Münster, sich zu vergleichen, so dass Kf. das volle Werbegeld von m/160 Rthlr. (den Lüneburgischen sind nur m/112 Rthlr. zugestanden worden) und das ganze subsidium, und zwar auf 8 Monate (ob vielleicht so viel Zeit, die Güte zu tentieren, nöthig wäre) und die weiteren Conditionen erhielte. Die holländischen Deputierten finden solches nicht unbillig und erbieten sich, dem Kf. solches Werbegeld und Subsidium, falls Holland an Spanien einige Millionen vorschiessen sollte, worüber man jetzt verhandelt[1]), daraus zu entrichten und bei Spanien gute officia deswegen anzuwenden. Sie glauben nicht, dass es von spanischer Seite deswegen Schwierigkeiten geben wird, da der Markgraf von Baden bereits versprochen, Kf. damit an Hand zu gehen, sie wollen auch nicht eher, bis es wegen dieser Werbegelder und Subsidien seine Richtigkeit hat, das foedus abschliessen, auch versuchen, sich mit dem Markgrafen deswegen in loco tertio zu abbouchieren. Sie wollen auch versuchen es dahin zu bringen, dass Kf. das, was ihm Spanien bereits schuldig, erhalte, ferner hören, was Kf., wenn die Sache wohl ausschlagen sollte, für eine Ergötzlichkeit zu erwarten, und vorschlagen, dass Spanien auch K. Sachsen und Hessen-Cassel für drei- oder viertausend Mann Subsidien zahle, welche dem Commando des Kf. mit untergeben würden. Sie haben

[1]) Vgl. Mém. d'Estrades VI, S. 63, Mignet II, S. 490. 496. 501 f., Wicquefort III, S. 335 ff., 461.

auch die holländischen Deputierten dazu persuadieren wollen, dass die Gen.-Staaten dem Kf. auch ihrerseits mit einem subsidium an Hand gehen sollten, dieselben erklärten aber dazu ausser Stande zu sein, da sie, wenn es dazu käme, nicht allein ihre Landmiliz, sondern auch eine mächtige Flotte würden halten müssen [1]).

Der Kurfürst an Blaspeil, Romswinckel und Copes. D. Wollup 22. September/[2. October] 1667.

(Conc. v. Somnitz.)

[Instruktion für die Verhandlungen mit Holland.]

Sie sollen die Verhandlung fortsetzen.

Ihr habt aber dabei zuförderst in Acht zu nehmen 1) wegen der 2. Oct.
Subsidien zuer Werbung, dass dieselbe ehist lieber gezahlet würden, und lassen wir es anfänglich bei der summa, so zur Zeit des Münsterischen Wesens verglichen worden, also m/160 Rthlr. bewenden.

2) Das übrige könnte auch nach dem itzterwähnten Tractat eingerichtet werden, jedoch was die officia anbelanget und Friedenshandelung, könnte es dahin gerichtet werden, dass die General-Staaten dieselbe mit auf sich nehmen, auch könnten die Kriegsoperationes für dem Frühlinge nicht angetreten werden.

3) Weil wir auch mit Spanien in Handelung stehen und darauf billig ein Absehen haben, allermassen wir von Stadischer Seiten nur die Hälfte des Unterhalts für die Soldatesque bekommen, so werdet ihr bei der Stadischen Handelung hierauf dergestalt reflectiren, dass in dem Tractat mit den HH. Staden nichts komme oder fliesse, so jenem mit Spanien nachteilig sei oder denselben hebe, 2) dass alles in grosser geheim gehalten werde, denn sollte auskommen, dass wir mit Holland etwas geschlossen, würde Spanien die Last auf uns und die Staden ankommen lassen und sich, so gut es könnte, der Subsidien entbrechen, und ist 3) demnach mit Holland nicht zu schliessen, bis wir mit Spanien richtig.

Im übrigen werdet ihr den von Beverning oder wer nach Engelandt gehet ersuchen, dass er mit euch und unserem Cantzler Brandt,

[1]) Die Gesandten melden 20./30. September, sie hätten mit de Witt, welcher schon mehrmals bei ihnen angefragt, ob sie noch keine Ordre erhalten hätten, verabredet, da es hauptsächlich auf die Subsidien ankomme, nach Brabant zu reisen und deswegen mit dem Markgrafen von Baden zu reden, dann aber ehestens sich hier wieder einzufinden und, falls sie noch keine Ordre von Kf. vorfinden sollten, gleichwohl sub spe rati abzuschliessen.

welchen wir ehistens dahin zu schicken gesonnen, vertraulich correspondire, auch werdet ihr euch erkundigen, was der Staat mit den Braunschweigischen handele, wie auch, wohin die Tractaten mit Schweden angesehen, unser Interesse dabei in Acht nehmen und von allem unterthänigste Relation nach und nach abstatten. —

Der Kurfürst an Blaspeil, Romswinckel und Copes. D. Cöln 1./[11.] October 1667.

(Conc. v. Somnitz.)

[auf die Relationen vom 17./27. und 20./30. September. Nähere Instruktion inbetreff der mit Holland und Spanien abzuschliessenden Verträge.]

11. Oct. Er sendet ihnen eine Vollmacht zu den Tractaten mit den Gen. Staaten.

Er hält für nöthig, dass zwei Tractate, davon der eine geheim zu halten wäre, gemacht würden. Der Ingress zu der ersten Alliance könnte so eingerichtet werden, dass, nachdem in dem burgundischen Kreise ein öffentlicher Krieg entstanden, die Alliierten sich zu Beschützung ihrer Lande zu verbinden nöthig erachtet hätten und auch andere Potentaten dazu invitieren wollten.

Darauf wäre zu setzen: 1) man wollte in allen dieses Werk angehenden Dingen nach gemeinem Rathe verfahren, 2) alle guten officia und möglichen Mittel anwenden, damit zwischen beiden kriegenden Theilen Frieden gestiftet werde, 3) dazu womöglich ein armistitium zu Wege bringen, 4) auch darauf bedacht sein, dass der Tractat unverbrüchlich künftig gehalten werde, 5) indessen, da sie nicht wissen können, wie solche ihre gute Intention ausschlagen möchte, hätten sie zu ihrer und ihrer Lande Sicherheit sich entschlossen, ein corpus von m/30 Mann (Kf. m/12 und die Gen. Staaten m/18) innerhalb 8 Monaten zusamenzubringen, welche zum obigen Zweck gebraucht und dazu an die Oerter geführt werden sollten, wo sie zu Erreichung desselben stehen müssten, 6) beide Theile wollten dieses foederis halber einander eine sichere Gewähr sein und die Gen. Staaten, wenn Kf. bei dieser Zeit im Reich oder in Preussen sollte feindlich angegriffen werden, ihm assistieren.

Diese Punkte könnten in den einen Tractat gebracht — werden. Denn dass man darin setzete, man wolle die kriegende Theile zum armistitio oder gewisse conditiones anzunehmen mit den Waffen bringen, solches möchte nicht sowoll von dem einen als dem andern kriegenden Theil wie auch von menniglich nicht woll genommen werden. So wäre auch unnötig und undienlich ferner in diesem Tractat von der Assistenz, so einem oder andern Theile zu leisten sein möchte, von Verwehrung der marches etc. etwas zu gedenken, besondern solches alles und was zu den Kriegsoperationen gehöret, müsste in die secret Articul gebracht werden. Und weil dann solche Articul einen Tractat mit Spanien

präsupponiren, so wurde die Nothurft erfordern, dass man darüber entweder coniunctim oder ein jedes Theil à part mit Spanien vorhero richtig wäre, und hielten wir dafür, weil hierunter die interesses nicht alle gleich, dass ein jeder Theil für sich tractirete. Der Tractat mit Spanien würde nun den Kriegsoperationibus zuförderst Maass geben, also dass man danach die secrete Articul einzurichten hätte.

Weil aber diesen Punct belangend des eines oder anderen Theils oder auch beider Theile interesse und dero Lande Defension erforderen könnte, dass, unangesehen man mit Spanien nicht allerdings richtig, das Werk angetreten werden möchte, so wären auf solchen Fall und in dem reguard auch die conditiones wegen der Kriegsoperationen zu verabreden und nach obangeregtem Münsterischen Vergleich einzurichten. Wobei dann der Punct der Subsidien zuvorderst abzuhandeln.

Es ist den Gen. Staaten nochmals vorzustellen, dass sie bei diesem Werk weit mehr als Kf. interessiert seien, auch dass dieser Krieg, wenn es zur Action käme, weit mehr an Volk und Geld erfordern würde, als der Münstersche. Wenn es schon bei den m/12 Mann bliebe, so würde der Unterhalt derselben monatlich m/80 Rthlr. kosten, es ist also wenigstens auf den Münsterschen Fuss zu richten und dahin zu sehen, dass die m/160 Rthlr. Werbegelder chestmöglich ausgezahlt werden, die aber doch nicht zur Hälfte, um m/12 Mann zu werben, reichen können.

Wenn aber über allen angewandten Fleiss nicht zu erhalten, dass die Staaten de proprio was thäten, so könnten wir doch den Tractat deswegen nicht fahren lassen.

Der Mediation kann sich Kf., nachdem davon zu Cöln lange verhandelt, nicht entziehen, sonst würde er bei männiglich gross Nachdenken verursachen und sich zu zeitig bei Frankreich verdächtig machen, er will hierin aber nach den Conjuncturen verfahren.

W. W. Blaspeil an den Kurfürsten. D. s'Gravenhage 1./11. October 1667.

[Verhandlungen mit de Witt, dessen Mittheilungen über den Stand der Verhandlungen mit den Lüneburgern und Schweden. Angebliche französische Anerbietungen an Holland.]

Romswinckel ist in Privatgeschäften auf einige Tage nach Cleve gereist; 11. Oct.
inzwischen sind gestern de Witt und ein anderer der Staatischen Deputierten bei ihm gewesen und haben ihm angedeutet, dass man begierig wäre, sich mit Kf. zu vereinigen, um den französischen Desseins und hohen Concepten zu begegnen, und angefragt, ob sie beauftragt wären, darüber mit ihnen in Verhandlung zu treten. Als Bl. erklärte, er möchte zunächst gern wissen, was für

Werbegelder und Subsidien der Staat dem Kf. geben würde, wenn er eine Armee ins Feld bringen sollte, erklärten jene, nicht der Staat, sondern Spanien hätte diese Kosten zu tragen, sie hätten dieses auch schon den spanischen ministris, welche hier gewesen, um eine ansehnliche Summe Geldes zu creditieren[1]), gesagt und ihnen bedeutet, sie würden solche Gelder nur zu Bezahlung der Subsidien an die schwedischen, k. brandenburgischen und lüneburgischen Truppen, wenn sich diese zur Rettung der spanischen Niederlande gebrauchen lassen sollten, vorschiessen und, dass sie dazu verwendet würden, selbst mit zusehen, worauf einer derselben, Baron Bergeyck, nach Brüssel gereist, um von Castel Rodrigo Resolution zu holen, Bl. hat ihnen aber erklärt, der Staat müsste dabei auch etwas thun. Auf seine Frage, ob der Staat auch mit Schweden und den Lüneburgern in Handlung stände, erwiderten jene, man habe sich bisher nur bemüht[2]), die braunschweigischen Truppen an Hand zu halten, mit dem schwedischen Gesandten Grafen Dohna hätten die Deputierten der Provinzen vor einigen Wochen darüber gesprochen, wie man sich Frankreich gegenüber zu verhalten habe, da man dann beiderseits dafür gehalten, dass man die französischen Desseins zu behindern hätte, und Graf Dohna versichert hätte, Schweden wünsche hierüber mit den Staaten zu tractieren, worauf man beiderseits verabredet, Vollmacht dazu einzuholen, worauf es noch beruhe.

Beuningen wird morgen hier erwartet. Sowohl d'Estrades als auch Courtin sollen dem Staat Hoffnung gemacht haben, dass Frankreich ihnen, wenn sie es mit demselben halten wollten, auch ein mehreres von den spanischen Niederlanden, als ihre partage bei dem Tractat von 1635[3]) hätte sein sollen, zulegen würde, ihnen soll aber darauf geantwortet sein, Frankreich müsste ihnen etwas von dem Seinigen, als Dünkirchen, Gravelingen und Calais präsentieren, dann möchte damit zu handeln sein.

Inmittels finden sich unter den Staaten verschiedene, welchen dergleichen propositiones von Frankreich so übel nicht gefallen, und möchte es die Sache wohl etwas verstellen, wenn der von Beuningen einige Versicherung davon mitbrächte. Ich kann nicht anders verspüren, als dass der Rath Pensionarius de Witt in dieser Sache aufrichtig und mit grosser Vorsichtigkeit procediret, und glaube gänzlich, er werde sich durch gute Worte und grosse Promessen von Frankreich nicht bewegen noch von dem Weg, darauf er anitzo ist, abführen lassen. —

[1]) S. oben S. 738.
[2]) S. Aitzema VI, S. 350f., Köcher I, S. 546ff.
[3]) S. oben S. 717.

W. W. Blaspeil an den Kurfürsten. D. s'Gravenhage 5./15. October 1667.

[Mit de Witt verabredete Vertragsprojecte.]

Von Brüssel ist noch niemand hier gewesen, der Markgraf von Baden 15. Oct.
aber hat ihm geschrieben, er würde bald Castel Rodrigo's Resolution erhalten, inzwischen möchte er stille stehen und sich hier in weitere Tractaten nicht einlassen. Auf de Witts Wunsch aber hat er mit diesem und dem auch dazu deputierten Tengnagel zu Gellickum gestern aufs neue conferiert und sie haben einige Punkte, darauf die Tractaten zu machen, entworfen[1]), ein Project, das den Provinzen, auch anderen, ja Frankreich vorgezeigt werden kann, und ein anderes, das zu secretieren und hernach durch einen Nebenartikul zu vollziehen. Das erstere geht dahin, dass man beide Kronen zu einem sechswöchentlichen Waffenstillstand vom 1. November an obligieren und sich inzwischen mit einer guten Armee versehen, auch bei den Königen suchen soll, in solcher Zeit sich in der Güte zu vergleichen. Um dem Röm. Reich und auch dem Kf. freie Hände zu lassen, hat er beifolgende zwei Artikel[2]) hineingebracht. Die meiste Bedenklichkeit dabei ist wohl die, dass die Gen. Staaten nicht wohl sehen, wie man Frankreich ohne höchsten Offens zum Stillstand wird bringen können, nachdem es nunmehr conditiones zum Frieden vorgeschlagen.

Das andere Project[3]) geht weiter, soll aber secretiert werden. Bl. räth, davon Schweden und Braunschweig Eröffnung zu machen, da de Witt ihn ersucht hat, mit deren hiesigen ministris daraus zu communicieren, und auch selbst willens ist, dieses zu thun.

---

[1]) Vgl. Köcher I, S. 555.

[2]) Art. 1: Kf. und die Gen. Staaten werden, um niemand Ombrage zu geben, ihre Armeen auf ihrem eigenen Gebiet an bequemen, beiderseits concertierten Orten halten und niemand mit Durchzügen, Einlogierung oder sonst Schaden zufügen.

Art. 2: Es soll hiedurch nicht im geringsten der Punkt derogiert werden, ob die entstandenen Streitigkeiten über die spanischen Niederlande an das Röm. Reich verwiesen werden sollen, sondern es soll hierin weder dem Kf., noch andern Gliedern desselben, auch nicht den beiden Kronen irgendwie präjudiciert werden.

[3]) Nach demselben sollen, falls der Frieden innerhalb 6 Monaten nicht erfolgt, 1) die Alliierten die Sache weiter überlegen, sich dahin vergleichen, wie die noch übrigen Discrepantien am füglichsten zu dirimieren, dann bei beiden Theilen darauf dringen, dass sie darin condescendieren, so dass demjenigen Theile, der die von ihnen vorgeschlagenen Bedingungen refüsieren und dabei bestehen sollte, alle weiteren guten officia und Bezeugungen der Freundschaft entzogen, dem anderen Theil dagegen, welcher sie annehmen würde, alle Favor und Assistenz zugebracht werde, 2) der Waffenstillstand, so lange sich die Alliierten um Herstellung des Friedens bemühen, fortdauern und bei dessen Entstehung derjenige von beiden, welcher sich dazu geneigt erweisen wird, auf die in der Hauptallianz festgesetzte Weise assistiert werden.

W. W. Blaspeil an den Kurfürsten. D. s'Gravenhage 8./18. October 1667.

[Die französischen Vergleichsvorschläge, Aufnahme derselben in Holland. Aeusserung de Witts.]

18. Oct. Die Proposition, welche Beuningen von dem französischen Könige mitgebracht[1]), soll lauten, derselbe sei, um nicht anderen Ursache zur Eifersucht zu geben, entschlossen, sich mit demjenigen, was er erobert, zu begnügen und auf das übrige zu verzichten, oder, wenn wegen der Situation einige Bedenklichkeit dabei sein sollte, Aequivalente, nämlich die Franche Comté oder das Herzogthum Luxemburg nebst den Städten und Oertern Chambray, Air, St. Omeer, Charleroy, Winoxbergen, Dornick und einige andere dafür anzunehmen. Wenn dem Staate dieses annehmlich, möchte er Spanien dazu disponieren, solche redliche Offerte anzunehmen, auch zugleich darauf bedacht sein, wie es im Falle des Todes des jetzigen Königs von Spanien zu halten, damit man alsdann keine neue Unruhe zu befahren haben möge, inzwischen wolle der König bis zum 1. März 1668 stille sitzen und keine Oerter mehr occupieren. Ein jeder urtheilt über diesen Vorschlag nach seinen Affecten und es ist zu verwundern, dass sich so viele, auch aus dem Staat selbst finden, welche öffentlich sustinieren, dass es besser sein würde, Spanien zu Annehmung solcher Bedingungen quovis meliori modo zu obligieren als etwas vorzunehmen, wodurch dieser Staat mit Frankreich zerfallen könnte.

Ich will ja nicht hoffen, dass diejenige, welche die Sachen alhie vornemblich maniiren und sich äusserlich von den französischen hohen Desseinen sehr alien erweisen, dergleichen verborgene Gedanken bei sich haben und solche Sentimenten und Gerüchte nur sollten ausstreuen, zu tentiren, wo die Gemüther liegen, und, wann sie dieselbe darnach beschaffen finden, ihre mesures in favor von Frankreich nehmen wollen.

PS. De Witt, mit dem er heute über die französischen Vorschläge gesprochen, sagte ihm, wenn man seinem Rath folgen wollte, so würde man Frankreich so lange mit guten Worten und generalen Vertröstungen aufhalten müssen, bis die vorhabenden Tractaten richtig und sie allerseits imstande wären, mit Nachdruck zu reden, so lange solches nicht geschehen, hätte man sich zu Frankreich nicht zu versehen, dass es von seinen praetensionibus desistieren würde, man hätte sich einmal mit guten Worten verführen lassen, müsste aber nicht abermal solche Thorheit begehen.

---

[1]) Vgl. Mignet II, S. 492ff., Mém. d'Estrades VI, S. 46ff., Wicquefort III, S. 350, Lefèvre Pontalis I, S. 434f.

Blaspeil und Copes an den Kurfürsten. D. s'Gravenhage 12./22. October 1667.

[Zögerung von spanischer Seite.]

Des Kf. Rescript vom 1. October[1]) haben sie am 8./18. erhalten, danach 22. Oct.
discrepieren die angefangenen praeparatoria zur Handlung gar wenig von des Kf. Intention und wird der Tractat leicht auf solchen Fuss, wie Kf. vorgeschrieben, zu bringen sein. Es haftet aber das ganze Werk an der Approbation, welche die Staaten nun in die dritte Woche auf die geschehene Negociation etlicher Gelder von Brüssel erwarten, und ist sehr fremd, dass, da die Spanier diese Negociation so eifrig gesucht und die Staaten von Holland sich so wohl darauf erklärt haben, jetzt Castel Rodrigo so zurückhält und ebenso auch der Markgraf von Baden sie nichts weiter wissen lässt und man so die köstlichste Zeit hinstreichen lässt und nur Frankreich dadurch Anlass giebt, hier solchen Handlungen entgegen zu arbeiten.

Sie bitten, es bei der in dem von ihnen eingeschickten Project enthaltenen Festsetzung, dass die Truppen zwei Monate nach Zahlung der Werbegelder zusammengebracht werden sollen, zu lassen, ausser anderen Gründen deshalb, weil die Opinion, welche man hier von Kf. hat, dass er in so kurzer Zeit eine gute Armee auf die Beine bringen könne, das vornehmste Fundament ist, auf dem sie hier bauen und wodurch sie hier Kf. die meisten Dienste thun.

Blaspeil, Romswinckel und Copes an den Kurfürsten. D. s'Gravenhage 19./29. October 1667.

[Schwierigkeit inbetreff der Subsidien.]

Sie haben sich auf das äusserste bemüht, bei der jetzigen Versammlung 29. Oct.
der Staaten von Holland wenigstens vorerst die zwei Monate Subsidien zu erhalten, aber ausser den schon vorher berichteten Schwierigkeiten noch diese gefunden, dass, wenn man jetzt Kf. ein subsidium würde zukommen lassen, England und Spanien sich danach richten und bei der Sache wenig thun würden, man hat daher Bl. beauftragt, dem Markgrafen von Baden alle Hoffnung zu benehmen, dass die Staaten das geringste an Subsidien geben würden, bis man sehe, wo Spanien hin wolle. Dazu fürchtet Holland, dass, wenn es an Kf. in Respect der jetzigen Conjuncturen solche geben würde, auch Schweden und Lüneburg, wenn mit ihnen gehandelt wird, ebendasselbe praetendieren würden.

---

[1]) S. oben S. 740.

Der Kurfürst an Blaspeil. D. Cöln 22. October/[1. November] 1667.

[Französische Eröffnungen. Bedenken gegen dieselben, Vortheile, welche sie darbieten. Geneigtheit des Kf., darauf einzugehen.]

1. Nov. Der unlängst hieher zurückgekehrte Straetmann und der auch jüngst aus Polen hier angekommene Giese haben[1]) ihn im Namen Pfalz-Neuburgs ersucht, demselben zu gefallen und zu desto besserer Ausführung des bekannten polnischen Desseins sich gegen den König von Frankreich dahin zu erklären, 1) dass er die Rheinische Allianz gleich allen anderen Contrahenten auf 3 Jahre prolongieren. 2) sich bei dem jetzigen Kriege zwischen Frankreich und Spanien in ebenderselben Weise, wie die am Rhein correspondierenden Fürsten neulich zu Cöln gegen Gaumont erklärt, neutral erklären und halten, nämlich dem Kaiser und sonst niemand einige Durchzüge, Quartiere oder Musterungen in seinen Landen gestatten, 3) die Mediation zur Erlangung des Friedens übernehmen und befördern wolle. Dagegen wolle der König des Pfalzgrafen Dessein in Polen auf jede Weise, wie dieser und Kf. es wünschen würden, befördern und Kf. daneben ohne sein Zuthun wieder zu Geldern auf die Weise verhelfen und auch dabei garantieren, wie er es selbst begehren möchte. Auch der französische Gesandte Milet[2]) hat Kf. versichert, dass dieses alles seines Königs Intention und Willen gemäss und dass er Ordre hätte, darüber neben den Neuburgischen Deputierten mit Kf. zu tractieren.

Kf. findet allerdings verschiedene obstacula und Ursachen, welche ihn hierunter etwas in suspenso halten, 1) betreffend die Rheinische Allianz, dass er bisher so beständig erklärt, dieselbe nicht prorogieren zu wollen, auch dem Kaiser dazu einige Hoffnung gemacht, und dass er wahrgenommen, wie diese Allianz von Frankreich gemissbraucht und extendiert wäre.

2) Betreffend die Neutralität hat Kf. bis dato an den Rheinischen correspondierenden Fürsten desideriert, dass sie dieselbe durch die Verpflichtung, dem Kaiser oder wer sonst Truppen nach Niederland schicken wollte, transitum innoxium contra ius gentium et clarissimas imperii constitutiones zu verwehren, verletzten, er muss auch besorgen, dass dadurch die gute Confidenz, die bisher der Kaiser, Spanien, Schweden, das Haus Braunschweig und die Staaten zu ihm getragen, geschwächt, die mit den Staaten und Spanien geführten Tractaten und die von dort zu erwartenden Subsidien retardiert, wo nicht abgebrochen werden.

Mit der Mediation möchte es wohl so viel Difficultäten nicht geben und Kf., obwohl die Staaten von ihm begehrt, sich derselben zu begeben, sich dazu resolvieren, desfalls eine Schickung sowohl nach Brüssel als nach Paris zu thun.

Trotzdem findet Kf. verschiedene Ursachen, warum er diese Gelegenheit

---

[1]) S. Urk. u. Akt. II, S. 487 f., oben S. 352 f., vgl. Droysen III, 3 S. 143.

[2]) S. Urk. u. Akt. II, S. 485, 490.

dem Pfalzgrafen und dem Könige von Frankreich einige Gefälligkeit zu erweisen, nicht zu verabsäumen hätte:

1) er kann diesen dadurch einen sonderbaren Dienst und Freundschaft erweisen,

2) das polnische Werk dadurch befördern, so dass dieses bis nächsten Ostern in völlige Richtigkeit kommen kann, dabei auch seine Ansprüche auf Draheim und Elbing geltend machen und mit dem Pfalzgrafen die Sache wegen Ravenstein in einen besseren Stand zu setzen suchen.

Es kann auch nicht schaden, dass durch dieses Mittel des Kf. Alliierte und Freunde, von denen er keineswegs abzusetzen oder sonst in anderen Dingen seine consilia zu ändern gemeint ist, etwas mehr excitiert werden, ihn und seine Freundschaft besser zu considerieren und ihm mit mehrerer Willfährigkeit und Wirklichkeit als bisher an Hand zu gehen. Am kaiserlichen Hofe, wo man bisher alles, was er dort hat negotiieren lassen, so schwer gemacht, wird er jetzt durch v. Blumenthal[1]) nochmals die polnische Sache urgieren und zugleich vorstellen lassen, wie er sich gegen Frankreich erklären werde, damit man nicht unbegründete Ombrage von ihm nehme. Bei Hispanien hat Kf. bisher nichts gespürt als magnifica verba, in Brüssel geht alles so langsam und schwer zu und ist auf das, was dort versprochen wird, wenig Staat zu machen. In Holland zeigt man zwar grosse Begierde, Kf. in die Gefahr zu engagieren, erklärt sich aber wegen der Mittel und Subsidien so karg und schlecht, dass man ihm noch keinen Heller zur Ausführung dieses für sie so wichtigen Werkes offeriert hat, zu geschweigen, dass noch in allen Provinzen so viele Leute sind, welche Frankreich nicht offendieren wollen, ja man de Witts selbst hierin nicht genügend versichert ist. Schweden wird jedenfalls gern sehen, dass Frankreich sich für Pfalz-Neuburg in der polnischen Sache erkläre, und werden dadurch gewiss dort die Tractaten mit Pfalz-Neuburg zum endlichen Schluss befördert werden.

Kf. könnte auch durch die niederländische Unruhe verhindert werden, in Polen mit Nachdruck sein Interesse zu respicieren, er ist daher, wiewohl er noch nichts gewisses determiniert, viel weniger gegen Milet sich erklärt hat, fast resolviert, hierin dem Pfalzgrafen zu fügen und mit dessen sowie dem französischen Gesandten in Handlung zu treten.

Wegen Prorogation der Rheinischen Allianz hat Kf. kein sonderbares Bedenken, wenn diese nur nicht so weit ausgedehnt wird, was bei Einrichtung des Tractats erinnert und clausuliert werden kann, und wird er dieses auch gegen den Kaiser rechtfertigen können. Die Neutralität gedenkt Kf. nur auf eine gewisse Zeit, bis gegen den nächsten Sommer, zu restringieren, bis wohin er doch nichts Wirkliches würde anfangen können, durch die Mediation würde er sich auch keineswegs so binden, dass er nicht nach Ablauf jenes Termins freie Hand haben sollte zu thun, was die Sicherheit des Reichs und seines Staats sowie die Conjuncturen der Zeit und sein Interesse ihm an die Hand geben wird.

---

[1]) S. oben S. 585 ff.

Das meiste und vornehmste, was Kf. noch zu bedenken hat und ihm vorgeworfen werden könnte, möchte sein, wenn er von Spanien Subsidien empfinge. Es würde dem dadurch begegnet werden können, dass dieselben durch die Staaten gezahlt würden, doch könnte ihm dieses auch sonst ebensowenig wie K. Cöln und anderen, welche von Frankreich Subsidien empfangen und sich dadurch doch nicht zur Mediation und Neutralität incapabel gemacht, verdacht werden, zumal da ihm Spanien noch ansehnliche Summen schuldig ist.

Bl. hat dieses alles vorläufig aufs höchste zu secretieren und bei der jetzigen Handlung dort gebührend zu menagieren.

Der Kurfürst an die Haagischen Räthe. D. Cöln 23. October/[2. November] 1667.

[auf die Relationen vom 1./11., 5./15. und 8./18. October. Die Subsidienfrage, Bedenken des Kf., Mahnung zu vorsichtigem Verhalten.]

2. Nov. Vor allem muss der punctus subsidiorum zur Richtigkeit gebracht und daneben sofort Anstalt zur Zahlung derselben getroffen werden; sollten ihm diese nicht bei Zeiten gegeben werden, damit er noch diesen Winter die Werbung fortsetzen und sich in gebührende Postur stellen kann, so kann er künftigen Sommer mit Nachdruck wenig thun. Falls die Staaten die Werbegelder von der Summe, welche sie dem Könige von Spanien etwa vorstrecken würden, decourtieren sollten, so würde Kf. von Spanien wenig zu hoffen haben, er hofft aber, die Staaten werden wohl bedenken, wie viel mehr sie als er bei dieser Sache interessiert sind; die Ges. sollen dieses alles de Witt und anderen gebührend remonstrieren, etwas an sich halten und nicht allzu grossen Eifer und Inclination bei der Sache verspüren lassen, dann werden wohl bessere Erklärungen von jenen erfolgen. Das quantum betreffend will Kf. zufrieden sein, dass dasselbe auf den Fuss des Münsterschen Tractats gerichtet werde, aber unter der Voraussetzung, dass er von Spanien wenigstens ebensoviel erhält, denn er kann keinen Reuter unter 60 und keinen Fusssoldaten unter 20 Rthlr. auf den niederländischen Grenzen montiert und zum Kriegsdienst geschickt stellen, da die Werbungen hier in diesen weit abgelegenen Landen angestellt werden müssen, die Sistierung einer Armee von m 12 Mann kommt ihm also auf m 400 Rthlr. zu stehen, die monatlichen Ausgaben für eine solche aber auf m 100 Rthlr., welche Gelder er aus seinen hiesigen fast erschöpften Ländern nicht ziehen kann.

Für die Aufstellung der Armee muss eine solche Frist bedungen werden, in welcher es Kf. möglich sein wird, dem Versprochenen nachzukommen, er braucht wenigstens 2 Monate, um die Soldatesque auf die Beine zu bringen, und wenigstens einen Monat zum Aufbruch und Marsch, die zwei ersten Monate können auch nicht eher gerechnet werden, bis er die Subsidien wirklich empfangen hat. Die Subsidien müssen wenigstens zur Hälfte in Hamburg oder in Gold gezahlt werden.

PS. Betreffend die übersandten projectierten Artikel so findet Kf. die jetzigen von den vorigen s. d. 17./27. September übersandten[1]) einigermassen discrepant, auf letztere möchte eher zu handeln und zu schliessen sein, nur dass die Garantie für Preussen etwas besser und deutlicher ausgedrückt werden müsste. Jedenfalls haben sie bei diesem ganzen negotio sich wohl in Acht zu nehmen, dass nicht Kf. durch diese Handlung gefährdet oder solche von de Witt zu einem ganz anderen Zweck mit ihm vorgenommen werde. Ihm muss dabei grosses Nachdenken verursachen, 1) dass sie selbst de Witts nicht gnugsam versichert und über seine Intention in Zweifel sind, 2) dass, wie dieser selbst zugestanden, viele in den Niederlanden für Annahme der französischen Proposition sind, 3) dass weder England noch Schweden ihre eigentlichen Intentionen kund geben, 4) dass man auch der Inclination im Reich nicht versichert ist, 5) noch weniger, ob und was der Kaiser bei dieser Sache mit Nachdruck thun wird, 6) Kf. kann daher, zumal so lange er nicht bei dem Staat und Spanien einiger Subsidien sicher ist, nicht den anderen weit mehr als er bei der Sache interessierten Parteien vorgreifen und ihnen die Bahn brechen, auch consequenter alle Missgunst und Gefahr auf sich laden, 7) zumal gegenüber der Macht Frankreichs. Sie sollen daher behutsam in der Sache gehen und Kf. nicht temere engagieren, zwar die Tractaten fortsetzen und womöglich zum Schluss bringen, aber dabei seine Sicherheit genügend beobachten und sich so betragen, dass man ihn mehr suchen als auf seiner Seite das Werk poussieren möge.

Mit den schwedischen und braunschweigischen ministris sowie mit v. Crockow in Schweden sollen sie wegen dieser Sache vertraulich communicieren.

Blaspeil, Romswinckel und Copes an den Kurfürsten. D. s'Gravenhage 9./19. November 1667.

[Verdächtiges Verhalten Hollands. Verabredungen mit Waldeck.]

In ihrer Opinion, dass man dieserseits Frankreich in seinem Vorhaben auf die spanischen Niederlande zu favorisieren suche, sind sie dadurch nicht wenig bestärkt worden, dass de Witt[2]), nachdem er am 6./16. fast drei Stunden mit Estrades zusammengewesen, dem spanischen Gesandten erklärt hat, dieser Staat würde sich bemühen, den Frieden zwischen beiden Kronen zu befördern, Spanien müsste aber an Frankreich nicht nur die bereits occupierten Oerter sondern auch noch einige mehr zukommen lassen, oder im Weigerungsfall zusehen, dass der Staat, um zum Frieden zu gelangen, Frankreich hiebei an die Hand ginge. Witt hat zwar den Grafen Waldeck, welcher sich hier incognito aufhält, persuadieren wollen, dass er es gethan, um die Spanischen etwas besser aufzumuntern, sie glauben aber nicht, dass dieses der Weg dazu 19. Nov.

[1]) S. oben S. 737 f.

[2]) S. Estrades' Bericht vom 17. November 1667 (Mémoires VI, S. 110 ff.).

sei, sondern dass die Spanischen dadurch zur Desperation gebracht und bewogen werden dürften, die Niederlande ganz an Frankreich und England gegen andere Aequivalente abzutreten. Sollten deswegen zwischen Estrades und Witt, wie Milet zu verstehen gegeben, absonderliche Handlungen vorgehen, so dürfte es wohl auf die 1635 zwischen Frankreich und diesem Staat berahmte partage abgesehen sein. Bl. hat mit Waldeck, der zu ihm sehr offenherzig war, ausführlich darüber geredet, wie das Werk am besten anzugreifen sei, und haben sie beschlossen darauf zu bestehen: 1) Wenn Kf. und die Herzoge von Lüneburg sich der Sache annehmen sollten, so müsste ein jeder nicht weniger als m/12 Mann zusammenbringen, 2) sie müssten fest zusammenhalten, 3) wenigstens einer von beiden, entweder Spanien oder dieser Staat, müsste ihnen, und zwar bald, zu jenen Truppen die vollen Werbegelder und hernach die richtigen monatlichen Subsidien geben, 4) die Friedensbedingungen würden billig mit dem, welcher Subsidien giebt, zu überlegen sein.

Dieselben an den Kurfürsten. D. s'Gravenhage 12./22. November 1667.

[Conferenz mit den schwedischen Gesandten, günstige Aeusserungen derselben.]

22. Nov. Sie haben am 9./19. auch mit den schwedischen ministris[1]) conferiert und dabei verspürt, dass Schweden der französischen Partei garnicht zugethan ist, sondern die Progressen und hohen Desseins Frankreichs fast mehr als jemand anders apprehendiert. Die schwedischen ministri haben den mit Waldeck gemachten Schluss approbiert und darüber sowohl an Wrangel als auch nach Schweden selbst zu berichten versprochen. Sie glauben daher, dass, wenn Kf. sich mit Schweden und dem braunschweigischen Hause auf die früher vorgeschlagene Weise zu setzen resolvieren sollte, er unschwer dazu gelangen würde. Graf Dohna erklärte sich mit Graf Waldeck ganz einverstanden darin, dass die Rheinische Allianz nicht zu prorogieren sei und dass man vor allem danach trachten müsse, Frankreich zu bewegen, dass es alles in dem Stande, wie es vor der Ruptur gewesen, herstellte. Schweden werde seinen Kräften nach dazu mitwirken, dass gemäss dem Instr. pacis der burgundische Kreis als Glied des Reiches anerkannt werde. Wenn Frankreich nur das geringste von seinen jetzigen Conquesten gelassen würde, würde es künftig einen Titul haben, um auch ebenso den Rest zu praetendieren.

Blaspeil und Romswinckel an den Kurfürsten. D. s'Gravenhage 19./29. November 1667.

[de Witts Vorschlag wegen der Subsidien. Mittheilungen der Wohlaffectionierten.]

29. Nov. de Witt hat bei den Staaten von Holland darauf gedrungen, dass, weil Spanien die einmal angebotenen Städte jetzt nicht abtreten wollte, die Staaten

[1]) Graf Dohna und Fleming.

ihnen auch kein Geld vorstrecken, indessen aber, um sich Schwedens, des Kf. und der Lüneburgischen zu versichern, darauf bedacht sein müssten, diese durch Subsidien zu devincieren und so an der Hand zu halten. Doch wissen sie nicht, ob es ihm damit ein rechter Ernst ist oder ob er sie nicht unterm Prätext der Tractaten aufzuhalten sucht. Als sie zuletzt mit de Witt zusammen waren, war dessen Meinung, dem Kf. nur 2 Monate Subsidien zukommen zu lassen, soviel aber hoffen sie auch sonst durch die Wohlaffectionierten zu erlangen. Diese versichern ihnen, so bald Kf. nur sich mit anderen gesetzt und seine Truppen zusammen habe, werde sich alles wohl schicken und de Witt, dessen Autorität und Macht man zu beschneiden gedenke, wenig zu sagen haben, dann werde auch den Spanischen das Nöthige zu Zahlung der Subsidien an Kf. und andere auf genugsame Unterpfänder nicht verweigert werden, Amsterdam würde nimmer die Partei von Frankreich embrassieren und andere derselben folgen, und die Staaten würden gern sehen, dass alles in den Stand, wie es vor der Ruptur gewesen, wiederhergestellt werde.

PS. Angabe des Inhalts eines ihnen insgeheim mitgetheilten Projectes (d. Paris 18. November 1667) eines Tractats zwischen Frankreich und diesem Staat wegen Herstellung des Friedens[1]).

Blaspeil, Romswinckel und Copes an den Kurfürsten. D. s'Gravenhage 9. December st. n. 1667.

[Eröffnungen der Deputierten der Gen. Staaten.]

Die Deputierten der Gen. Staaten zu den secreten Sachen sind bei dem schwedischen Gesandten, bei ihnen und den lüneburgischen ministris gewesen, haben die Verzögerung der mit ihnen wegen Hinlegung des Krieges zwischen Frankreich und Spanien angefangenen Unterhandlung damit entschuldigt, dass die Spanischen daran schuldig, indem sie den Staat aufgehalten und endlich abusiert hätten, dass sie jetzt die Städte und Plätze, welche sie anfänglich für die von dem Staat ihnen vorzuschiessenden Gelder in Pfandschaft einzuräumen sich willig erklärt, nicht abtreten, sondern an deren Stelle andere, dem Staat unannehmliche Unterpfänder vorgeschlagen hätten, der Staat wollte sich daher mit Spanien nicht weiter einlassen, sondern mit seinen Alliierten auf andere Mittel, um aus dieser schweren Sache zu kommen, bereden, und die Deputierten haben sie darauf gefragt, ob sie ihnen einige andere Expedientien vorschlagen könnten. Als sie darauf ihr Befremden über dieses Verfahren kund gegeben 9. Dec.

[1]) Der nächsten Relation vom 6. December liegt der Wortlaut desselben (s. Mém. d'Estrades VI, S. 132ff.) bei. Die Gesandten vermuthen, dass de Witt, nachdem er ihre und anderer, namentlich Schwedens Gesinnung ausgeforscht, aber seine Rechnung dabei nicht gefunden, die Verhandlungen mit ihnen hingezogen und inzwischen den Staat durch allerhand Umwege mit Frankreich engagiert habe, dass es auf die Theilung der spanischen Niederlande abgesehen sei und dass schon jetzt die Gemüther in Holland unter der Hand darauf vorbereitet würden.

und erklärt haben, ohne Befehl des Kf. nichts Neues ins Mittel bringen zu können, schlugen jene, angeblich aus sich selbst, ohne Ordre dazu zu haben, vor, ob nicht auf dieses fundamentum, dass an Frankreich alles dasjenige, was es jetzt possidiere, gelassen oder ein Aequivalent dafür gegeben werde, den Frieden zu machen Kf. und andere Potentaten sich mit diesem Staat verbinden möchten. Sie haben es ad referendum angenommen und bitten Kf. um Ordre, wie sie sich auf diese Proposition erklären und ob und worauf sie ihre hiesige Negotiation mit dem Staat und anderen ministris eigentlich nehmen und continuieren sollen.

Romswinckel und Copes an den Kurfürsten. D. Hage 7./17. December 1667.

[Mittheilungen eines Wohlaffectionierten über angebliche Verständigung des Kf. mit Frankreich und über die holländischen Absichten.]

17. Dec. Ein Freund aus der Holländischen Provinz, dem sie ein Memorial, um Subsidien zu erhalten, communiciert, hat ihnen mitgetheilt, er habe gewisse Nachricht, dass Kf. in die französische Partei getreten sei, und auf ihre Remonstrationen erwidert, die Absicht des Staates wäre keineswegs, aparte Tractaten ohne seine Bundesgenossen, namentlich Schweden, Kf. und das Haus Lüneburg mit jemand an die Hand zu nehmen, auch bei sich selbst keine Friedensbedingungen festzusetzen, sondern dieselben mit ihren Alliierten gesamter Hand zu concertieren, sie hätten auch ihr Absehen mehr auf diese als auf Frankreich, dessen Macht, Nachbarschaft und Progressen sie billig suspectieren und sich dagegen versichern müssten. Man werde suchen, das Werk mit den Alliierten auf vorigen Fuss zu reassumieren, sich mit denselben in die Waffen zu setzen, über den Unterhalt der Völker zu accommodieren, unterdessen den Stillstand der Waffen zu befördern, die Sache so gut man können werde zu accordieren und gegen den Unwilligen nach Befinden zu verfahren; falls Kf. sich von ihnen separieren und lieber apart mit Frankreich setzen wollte, so müssten sie es leiden. Sie haben erwidert, sie könnten sich in diese Rede nicht finden, bitten Kf. um Ordre, wie sie sich verhalten sollen, wenn solche reproches von anderen vorkommen und sie mit dem Staat und anderen Alliierten auf die erwähnte Weise zu tractieren veranlasst werden sollten.

Der Kurfürst an die Gesandten im Haag. D. Cöln 17./[27.] December 1667.

(Conc. O. v. Schwerin.)

[auf die Relation vom 7./17. December. Rechtfertigung des Vertrages mit Frankreich.]

27. Dec. Durch ihre einander widersprechenden Berichte wird Kf. nicht wenig irre gemacht[1]). Zwar sind ihm durch den mit Frankreich gemachten Tractat[2])

[1]) Vgl. Urk. u. Akt. XIV, 1 S. 362 und unten das Schreiben O. v. Schwerins an Meinders vom 10. Januar 1668.

[2]) Der Vertrag vom 15. December 1667 (Mignet II, S. 296 ff.).

die Hände nicht gebunden, den Frieden auf billige gute conditiones zu befördern, noch weniger hat er sich mit dem einen oder anderen Theil verbunden, sich der Sachen mit anzunehmen, er wird sich auch nichts mehr als die Beförderung des Friedens angelegen sein lassen, hofft dagegen aber, dass sich der Staat nicht darüber formalisieren und sein Vertrauen gegen ihn verändern werde, dass er mit Frankreich über gewisse Dinge, welche dem Staat und niemand präjudicieren können, sondern aus denen dem publico etwas erspriessliches zuwachsen soll, sich verglichen. Sie sollen daher bei Gelegenheit anfragen, wie und auf was für Bedingungen man vermeine, dass der Friede befördert werden könne, Kf. wollte sich mit ihnen zu solchem Zweck conformieren und sich inzwischen wohl hüten, dass er mit Fug keiner Unbeständigkeit in seinen consiliis beschuldigt werden könne.

Das Memorial sollen sie nicht übergeben, da doch schwerlich subsidia zu hoffen und dadurch nur bei anderen Misstrauen würde erweckt werden, wenn aber der Staat solche Tractaten sollte eingehen wollen, dass Kf. Subsidien zur Erhaltung der Völker und Beförderung des Friedens erhalten könnte und sich nicht parteiisch machen dürfte, so sollen sie es nicht ausschlagen, aber nicht durch memorialia dergleichen suchen.

Blaspeil und Copes an den Kurfürsten. D. s'Gravenhage 7. Januar st. n. 1668.

[Holländisches Friedensproject; Rath, auf Grund desselben sich mit Holland zu einigen.]

Am 4. Januar haben namens der zu den secreten Sachen verordneten Staa- 7. Jan.
tischen Deputierten von Beuningen und Unckel beifolgendes Concept[1]) betreffend die Beförderung des Friedens Copes eingehändigt, mit welchem 5 Provinzen einig wären (Seeland und Utrecht, die bisher noch abweichender Meinung wären, würden sich unzweifelhaft auch dazu bequemen) und welches auch anderen Alliierten des Staates mitgetheilt sei oder werden würde. C. hat mit den übrigen ministris des Kf., welche damals abwesend waren, darüber conferiert und sie haben ihre Gedanken zur Erläuterung in margine notiert. Sie meinen, da die Zeit so sehr verläuft, so müsse man nothwendig zur Sache thun,

[1]) Nach diesem zwischen de Witt, Estrades und Fürstenberg verabredeten Project (s. Mém. d'Estrades VI, S. 192f., 207f., 211ff.) sollte Frankreich das Versprechen geben, Frieden zu schliessen unter Beibehaltung der jetzt von ihm in den Niederlanden besetzten Plätze oder eines ihm von Spanien dafür zu gebenden genügenden Ersatzes, nämlich der Städte und Plätze, mit deren Abtretung sich der König Beuningen gegenüber erklärt hatte zufrieden sein zu wollen. Die Staaten und ihre Bundesgenossen sollten dem Könige die Versicherung geben, auch Spanien zur Annahme dieser Bedingungen bewegen zu wollen, dagegen sollte der König von Frankreich in einen Waffenstillstand willigen und versprechen, die Waffen nur, wenn man nach gemeinsamer Uebereinstimmung es nöthig finde, zu erheben. Alles dieses sollte sowohl bei Frankreich, als auch bei Spanien und Castel Rodrigo wohl vorbereitet werden.

und da Frankreich selbst vorgeschlagen, dass es mit dem, was es in der Campagne des vorigen Sommers erobert, zufrieden sein will, so müsse man diese als Fundament setzen und Kf. nebst anderen Alliierten sich mit diesem Stat, welcher aller Apparenz nach dazu zu bringen sein oder aber die Maske abzuthun genöthigt sein wird, vereinbaren, 1) dass sie Spanien durch allerhand zulängliche Mittel den Frieden solchergestalt einzugehen und hernachmals unverbrüchlich zu halten bewegen und 2) auch dafür sorgen wollten, dass Frankreich es dabei bewenden lasse, welches nicht nur durch einige beide Kronen astringierenden conditiones sondern auch durch kräftige Garantie versichert werden könnte. Falls nun Schweden, Dänemark, die Kurfürsten und die Häuser Braunschweig, Hessen-Cassel und andere hierin mit einstimmen und Deputierte dazu bevollmächtigen wollen, so ist nicht zu zweifeln, dass das ganze Werk sich wohl schicken und bald auf einen anderen Fus kommen wird. Da nach den Versicherungen von K. Mainz, Pfalz-Neuburg und des Bischofs von Strassburg auch der Kaiser nur einen erträglichen Frieden verlangt, so würde auch dieser wohl damit zufrieden sein. Diejenigen, welche ganz die französische Partei halten, scheinen damit umzugehen, dass die Zusammenkunft der Mediatoren möglichst lange zurückgehalten werde.

Der Kurfürst an Blaspeil, Romswinckel und Copes. D. Cöln 7. Januar st. v. 1668.

[auf die Relation vom 7. Januar. Bereitwilligkeit auf Grund des holländischen Friedensprojects an den Unterhandlungen Theil zu nehmen.]

17. Jan. Falls die Mittheilungen Beuningens und Onckels wirklich im Namen des Staats gemacht sind, sollen sie erklären, dass Kf. über die friedliebende Intention desselben sehr erfreut und dazu mitzuwirken bereit sei. Da sie auf eine Zusammenkunft einiger in dieser Sache Correspondierender und deren Versehung mit genügender Vollmacht zielen, so schickt Kf. zwei Blanquette zu solchen Vollmachten für den Cleve- und Märkischen Regierungsrath und Amtskammerpräsidenten Johann Arnold Freiherrn von Quadt zu Wickradt, Blaspiel und Romswinckel, welche sie selbst abfassen sollen. Kf. fürchtet zwar[1]), der Kaiser und Spanien werden es übel nehmen, dass man ihnen so gleichsam conditiones obtrudieren wolle, sie sollen auch versichern, dass es durchaus nicht des Kf. Intention sei, Spanien Offens zu geben, er hoffe aber,

[1]) An Wrangel, dem er dieses seinen Ministern im Haag zugestellte Friedensproject mittheilt, schreibt Kf. (d. Cöln 8./[18.] Januar 1668), er fürchte zwar, dass Spanien es empfinden werde, wenn man ihm so die Friedensbedingungen aufdringen wolle, er hoffe aber doch, da nicht abzusehen sei, wie es sonst aus diesem Kriege gelangen könnte, dass es sich fügen werde. Wrangel erwidert (d. Stade 16./[26.] Januar 1668), er glaube, dass diese Bedingungen Spanien sehr hart vorkommen und dass dasselbe lieber die ganzen Niederlande verlieren als sich zur Dismembrierung derselben verstehen werde.

bei der Beschaffenheit der Sachen werde Spanien, wenn nicht jetzt so doch künftig erkennen, dass die, welche ihm dazu gerathen, es gut gemeint, durch die vorgeschlagene Garantie auch, zu der Kf. nebst den anderen sich erkläre, ihrem Zweifel, als wenn sie hinfort keines Friedens gesichert sein könnten, genugsam abgeholfen werden könnte. Da nach K. Mainzs Mittheilung Spanien Aachen zu den Tractaten beliebt hat und Castel Rodrigo dorthin schicken will, so hofft er, man werde desto eher zu dieser Zusammenkunft gerathen können, will auch durch seine Gesandten in Frankreich sich darum bemühen[1]).

Romswinckel und Copes an den Kurfürsten. D. Hage 11./21. Januar 1668.

[Die geheimen Unterhandlungen Temple's. Mittheilungen Dohna's. Misstrauen gegen Kf.]

Der etwa vor vier Wochen hier gewesene Sir William Tempel ist[2]) 21. Jan.
Dienstag aus England hier wieder angelangt, hat vorgestern öffentliche Audienz bei den Gen. Staaten, gestern aber mit einigen Deputierten des Staats eine secrete Conferenz gehabt. Es wird alles geheim gehalten, soviel sie unter der Hand haben penetrieren können, soll er beauftragt sein, mit diesem Staat eine nähere Defensivallianz und zugleich eine absonderliche Verbindung zu Erreichung eines beständigen Friedens zwischen beiden streitenden Kronen auf Grund der Alternative, jedoch, so viel möglich, Spanien zum besten, einzugehen, und soll es in der gestrigen Conferenz schon so weit gekommen sein, dass man in kurzem einen gewissen Schluss erwartet.

Der schwedische Gesandte, Graf Dona, der heute oder morgen zusammen mit v. Brandt nach England zu reisen gedenkt, hat ihnen gegenüber beim Abschied contestiert, dass sein König ohne engagement sei und sehr gern bei diesen gefährlichen Läuften sich mit Kf., dem Hause Braunschweig und anderen wohlintentionierten Fürsten des Reiches zu verbinden und darauf einen raisonnablen Frieden zwischen beiden Kronen zu vermitteln wünsche, doch gab er zu verstehen, dass man am schwedischen Hofe von des Kf. Absendung nach Paris und den mit Frankreich aufgerichteten Tractaten ganz ombrageux wäre, und auch sonst verspüren sie je länger je mehr, dass trotz aller ihrer Remonstrationen man mit ihnen nicht mehr so vertraulich wie früher umgeht und ihnen reprochiert, dass Kf. sich mit Frankreich engagiert haben solle. Das frühere Vertrauen wird auch schwerlich zu restabilieren sein, wenn nicht der Vertrag mit Frankreich candide communiciert und ebenso, wie von England, Schweden und anderen geschieht, vorgestellt wird, wie Kf. sich über das Friedenswerk mit diesem Staat und anderen zu alliieren oder zu verhalten gesinnt sei.

---

[1]) S. unten das Rescript des Kf. an v. Pöllnitz und Meinders vom 7./17. Januar 1668.

[2]) S. Aitzema VI, S. 385 ff., Wicquefort III, S. 385 ff., Mignet II, S. 546 ff., Lefèvre Pontalis I, S. 447 ff.

Romswinckel und Copes an den Kurfürsten. D. Hage 14./24. Januar 1668.

[Abschluss der Tripelallianz, Anfrage der holländischen Deputierten wegen des Beitrittes des Kf.]

24. Jan. Nachdem die Deputierten dieses Staats, welche mit Temple in Conferenz gewesen, Samstag Rapport gethan, haben die Gen. Staaten ohne Einholung der Provinzialen Advisen sofort beschlossen, mit demselben eine Defensivallianz und daneben eine absonderliche Verbündnus zu Erhaltung des Friedens zwischen beiden streitenden Kronen aufzurichten. Darauf hat Graf Dona auf Ansuchen sowohl Temple's als auch dieses Staats sich bewegen lassen, seine Reise nach England einige Tage einzustellen, um nicht allein dem Schluss jenes Tractats beizuwohnen und mit anzutreten, sondern auch, wie es scheint, um einige aus dem Bredaischen Tractat herrührende Differenzen ajustieren zu helfen, und hat Herr v. Gellicum, premier von jenen Deputierten, auch Romswinckel veranlasst, noch einige Tage hier zu bleiben, sagend, man würde ihnen von allem part geben, auch gerne sehen, dass Kf. mit in diese Verbindung eintrete, was auch Temple ebenso wegen seines Königs ihnen zu verstehen gegeben. Gestern Abend sind v. Gellicum und Onckel zu ihnen gekommen, haben ihnen angezeigt, dass beide Tractaten[1]) denselben Tag geschlossen und unterschrieben worden, von denen sie ihnen eine Abschrift versprochen, und gefragt, ob sie namens des Kf. dieselben mit eingehen könnten. Sie haben erklärt, des Kf. Ordre einholen zu wollen, inzwischen wird Romsw. heute nach Mecheln reisen. So viel sie über den Inhalt der beiden Tractaten haben erfahren können, ist der erste eine Defensivallianz absque circumscriptione loci, temporis et personarum, das andere ist eine absonderliche Verbindung, um den Frieden zwischen beiden Kronen nebst anderen Alliierten, welche sich dazu und in jene Allianz mit einlassen wollen, zu befördern, und zwar auf das Fundament der bekannten Alternative, doch unter Prorogation des termini compositionis bis auf den letzten Mai.

Der Kurfürst an die Extraordinairdeputirten im Haag. D. Cöln 21./[31.] Januar 1668.

(Conc. O. v. Schwerin.)

[auf die Relation vom 14./24. Januar. Kf. will Mittheilung der Tripelallianz und nähere Erklärungen abwarten; Eröffnungen, die sie Estrades zu machen haben.]

31. Jan. — Ob[2]) wir auch woll wünschen mögen, dass sie euch etwas eher, weil man schon längst hierüber in Engelland gearbeitet, hiervon com-

[1]) S. die beiden Verträge vom 23. Januar 1668 (die sogen. Tripelallianz): Diarium Europ. XVIII. Append. S. 94 ff., Londorp IX, S. 647 ff., Wicquefort III, S. 467 ff., Mignet II, S. 549 ff.; vgl. Ranke, Französ. Geschichte III, S. 326 f., Englische Gesch. IV, S. 339 ff., Lefèvre Pontalis I, S. 458.

[2]) Vgl. Droysen III, 3 S. 146.

municiret, auch jetzt vollkommentliche Nachricht gegeben hätten, so wollen wir dennoch dessen ohnerachtet die aufgerichteten Bündnusse in copia erwarten und uns alsdann also erklären, dass Engelland und der Staht daraus urtheilen werden, dass wir nicht weniger als sie den Frieden zu befordern wünschen, gestalt dann dasjenige, was wir bisher mit Franckreich tractiret, zu solchem Zweck zielet, und haben wir solchen Tractat nach Anleitung desjenigen, was ihr ex ore der Herren Staaten anhero zu unterschiedenen Malen berichtet, dass dieselbige eben dergleichen visées hätten, eingegangen. Wegen Communicirung des besagten Tractats wollen wir euch mit ehistem Ordre schicken, was wir desfalls an unsere Abgesandte nach Paris geschrieben[1]) — ist aus dem Beischluss zu ersehen, und könnet ihr indessen dem Comte d'Estrades in euerem Namen anzeigen, dass dergleichen Eintretung an uns gesonnen würde, weil ihr nun wüsstet, was wir vor Tractaten mit Franckreich aufgerichtet, so würde hierunter nichts ohne Communicirung mit ihnen und unsere expresse Ordre geschehen, welche ihr noch nicht haben könntet, weil das foedus in copia noch nicht communiciret worden. Ihr hieltet aber davor, dass, weil Franckreich die alternativam beliebet und also nichts wider dessen Willen hierin geschehen könnte, so würde es Franckreich dienlicher sein, wenn wir mit eintreten und demselben zum besten die conditiones mit behandeln hülfen, als wenn wir durch die Exclusion incapable gemachet würden, Franckreich hierunter nützliche Dienste zu thun. —

J. Copes an den Kurfürsten. D. Hage 4. Februar/25. Januar 1668.

[Antrag wegen des Beitrittes des Kf. zur Tripelallianz.]

Vorgestern kam H. Onckel im Auftrage der Gen. Staaten zu ihm mit der 25. Jan.
Aufforderung, Kf. möchte der zwischen dem Staat, England und Schweden abgeschlossenen Defensionsligue beitreten, auch den König von Dänemark und die Herzoge von Lüneburg und Osnabrück hätten sie dazu aufgefordert, und sie würden auch die am Rhein wohnenden Kur- und Fürsten dazu einladen. Er hat es ad referendum angenommen.

---

[1]) S. unten das Rescript an v. Pöllnitz und Meinders von demselben Datum.

Der Kurfürst an Blaspeil, Romswinckel und Copes. D. Cöln 11. Februar 1668.

[auf Copes' Relation vom 4. Febr. Kf. will Mittheilung der Tripelallianz und nähere Erklärungen abwarten, Rechtfertigung seines Verhältnisses zu Frankreich.]

11. Febr. Da ihm weder die Allianz selbst in forma, wie es sich gebührt, communiciert, noch angezeigt worden, ob man ihm zur Unterhaltung seiner Völker Subsidien geben wolle, so will er erst die Communication der Allianz und ein eclaircissement über andere Dinge mehr erwarten. Sie sollen jedermann versichern, dass er sich gegen Frankreich zu nichts obligiert, das seinen Alliierten irgend ein Präjudiz oder Jalousie erwecken könnte, noch weniger, dass er gegen jemand etwas thätliches thun wolle. Sollten von der Regierung dergleichen Beschuldigungen geschehen, so haben sie sich darüber in seinem Namen formaliter zu beschweren.

J. Copes an den Kurfürsten. D. Hage 31./21. März 1668.

[Kriegerische Aussichten, Verhandlungen Hollands mit Spanien. Misstrauen gegen Kf.]

31. März. Obwohl[1]) d'Estrades versichert, dass sein König, wenn die Königin-Regentin von Spanien am 15. Mai die von Castel Rodrigo geschehene Option der Alternative approbiere und ratificiere, bei seiner Proposition verbleiben, den Frieden machen und selbst die Franche Comté restituieren werde, glaubt man hier doch nicht daran, weil der König keinen Waffenstillstand zugestehen will, seine Kriegsmacht zusammenbringt, am 15. April ins Feld gehen und am 20. persönlich im Lager sein will, und man glaubt, die Ruptur der Unterhandlungen und also ein unvermeidliches Engagement mit England und hiesigem Staate und zwar für Spanien vor Augen zu sehen, daher man[2]) über das Oberquartier von Geldern, Rurmund ausgesondert, und Einräumung aller Forteressen im Land

---

[1]) Vgl. Mém. d'Estrades VI, S. 362ff., Wicquefort III, S. 398f., Lefèvre Pontalis I, S. 472. Copes schreibt dem Freiherrn v. Schwerin 21./31. März 1668: „Nunmehr lässt es sich hie, wo Gott es nicht sunderlich vorsehet, zur Ruptur ansehen. Der Status setzet sich in Positur, lässt Regimenter nach den Flandrischen auch Münsterischen und Mastrichtschen Frontieren gehen, formirt auch ein ansehentliches corpo zur Campagne. Die General Staaten gedenken an unsern gnädigsten Herrn, meine hienebenst gehende Relation zeiget der Republicq Ombrage sonderlich wegen die Rheinische Allianz. Mit dem König in Schweden wird geschlossen, dass er solle bringen 12 tausend, wovon Keyser, Spanien, Engelland, General Staaten jeder den vierten Theil bezahlen wolle, sollen aber anstund müssen agiren dès que l'argent sera conté. Wenn der Churfürst zu Brandenburg also gedächte einzutreten, möchten mit der Zeit bessere conditiones erfolgen, worzu Schweden, Brandenburg, Lüneburg müssten cooperiren. Die Zeit wird hie so kurz und kostbar nunmehr geachtet, dass man schwerlich eine vierzehen Tage für Franckreich secur stehet."

[2]) S. Mém. d'Estrades VI, S. 360f., Mignet II, S. 620, Wicquefort III, S. 399.

und auf der Maas jetzt absolute handelt und bei der Ratification 4 Millionen Florinen zu erlegen sich veraccordiert hat, welcher Tractat vorgestern schon dem Marquis nach Brüssel zugesandt worden ist. Man lässt auch[1]) 7—8 Regimenter z. F. nach Bergen op Zoom und ebensoviel nach Zütphen, Wesel und Mastricht gehen, um allerseits ein wachendes Auge zu haben und auf die erste Nothwendigkeit mit einem Lager im Feld zu stehen. Die Unterhandlungen[2]) in England über die schwedischen Subsidien und Schwedens Eintritt in die Tripelallianz dauern fort und nicht ohne Hoffnung auf guten Erfolg.

Es gehen hie die Gedanken ebenso uff Ew. Churf. D., als welche sie ihren sichersten und negstangelegenen auch in der gemeinen Ruhe und Unruhe viel interessirten Alliirten und Freund ersehen. Es ist aber uff gestern in der Staatischen Versamblung Ew. Churf. D. mit Franckreich geschlossenes Tractat verlesen und wie weit es Ew. Churf. D. freie Hände lasse, überleget worden, da dann der letzte Artikel der anstösslichste geurtheilt, so wegen der Ligue des Rhein meldet und wodurch Ew. Churf. D. dieselbe Chur- und Fürsten würden müssen helfen defendiren, deren man sich alhie in soweit misstrauet, dass ihrer etzliche schon würklich dem Könige von Franckreich Völker zugeschicket haben und noch ferner, wenn's zum Brechen käme, assistieren würden. Wegen der Verweigerung des Passes und Werbung der Miliz vermeinet man, dass Ew. Churf. D. reservationes sie wohl dispensiren würden.

Der Staat hat nun auch erklärt, seine Confoederierten, Dänemark, Kf. und die Herzoge von Lüneburg und Osnabrück schriftlich zum Eintritt in die Tripelallianz zu invitieren[3]). Beverning ist gestern als Plenipotentiarius nach Aachen gereist, ebenso Herr v. Bergeyck aus Brüssel und auch H. Colbert wird schon hin sein.

Die fernere Werbung der 12 000 Mann ist nun hier auch angeordnet worden, 4600 sollen die Lüneburger[4]) stellen.

---

[1]) Ueber die holländischen Rüstungen s. Aitzema VI, S. 569 ff., Mém. d'Estrades VI, S. 267 ff., 290, 338 ff., Wicquefort III, S. 400 ff., Lefèvre Pontalis I, S. 477 f.

[2]) S. Carlson IV, S. 507, Mém. de Pomponne II, S. 535 ff., Lefèvre Pontalis I, S. 475 f.

[3]) Das Einladungsschreiben an Kf. (d. Haag 30. März 1668) s. Aitzema VI, S. 860 (von demselben Datum auch an die braunschweigischen Herzoge, s. Köcher I, S. 591), eine Antwort des Kf. darauf liegt nicht vor.

[4]) S. Köcher I, S. 582 f., 588 ff.

7. Verhandlungen mit Castel Rodrigo. Juni 1667 — Februar 1668.

Blaspeil und Romswinckel an den Kurfürsten. D. Hage 14./24. Juni 1667[1]).

[Besuch bei Castel Rodrigo; dessen Anträge. Mittheilungen Marsins.]

24. Juni. Sie sind unter dem Prätext, einen Auftrag des Prinzen von Oranien auszuführen, am 2./12. von Mecheln nach Brüssel gereist, haben anfangs Castel Rodrigo wegen dessen Krankheit nicht sprechen können und sind wieder nach Mecheln zurückgereist, infolge einer besonderen Aufforderung desselben aber ist Blaspeil am 5./15. wieder nach Brüssel gereist und hat bei Castel Rodrigo Audienz gehabt. Er hat demselben mitgetheilt, Kf. wünsche, dass der zwischen Frankreich und Spanien ausgebrochene Streit in Zeiten und gründlich accommodiert werde, sei selbst bereit dazu zu contribuieren und wünsche daher von der Beschaffenheit der Sachen gründlich informiert zu werden, nämlich 1) ob und wie weit Frankreich in seinen Prätensionen auf die spanischen Niederlande gegründet, 2) ob und wie weit die Niederlande sich selbst helfen und retten könnten, 3) was für Hülfe sie von anderen erwarteten, 4) wie sie mit England und Schweden ständen. Hoffentlich würde jetzt der Westfälische Kreis zusammenkommen, Kf. bemühe sich auch, das Missverständnis zwischen Schweden und Lüneburg beizulegen, habe ihnen auch befohlen, im Haag mit denen, die auf das gemeine Beste sähen, daraus vertraulich zu communicieren. Damit im Westfälischen Kreise die Sache desto besser beherzigt werde, wäre zu wünschen, dass der Kaiser Pfalz-Neuburg zu devincieren suche und dass auch der geringe Missverstand des Marquis mit demselben aus dem Wege geräumt werde. Castel Rodrigo antwortete ihm sehr weitläufig, liess ihm seine Erklärung auch nachher schriftlich geben. Sein Discours ging in der Hauptsache dahin, dass diejenigen, welche die Sache zu accommodieren sich bemühen wollten, wohl einig und in Postur sein müssten, um mit Nachdruck zu reden und mit der That zu Wege zu bringen, was mit Worten nicht zu erhalten. Wenn Kf. sein Interesse bei der Sache finden könnte und die Truppen, welche man zusammenbringen würde, als Oberhaupt commandieren wollte, so würde der Sache bald Rath sein, es würde dann leicht dahin zu bringen sein, dass der Kaiser und der König von Spanien dem Kf. ihre Truppen, welche in 40 Mann ausmachen könnten, untergeben, und wenn er von seinen eigenen und den Lüneburgischen Völkern noch einige dabei hätte, so könnte er alles wieder in eine gute Balance bringen. Vor wenigen Tagen wären insgeheim Deputierte aus Frankreich bei ihm gewesen, die gewünscht, dass ein solches Haupt wie Kf. mit einer Armee erschiene, dann könnte sowohl den von dem Könige unterdrückten Ständen als auch den Hugenotten geholfen werden. Der Marquis erklärte zum Schluss, es wäre fast keine Hoffnung, die

[1]) Vgl. Pufendorf X, § 30 (S. 669).

Sache in der Güte zu finden, da dem Könige von Frankreich garnicht zu trauen sei.

Da Castel Rodrigo noch unpässlich war, so hat ihn der Graf v. Marzyn[1]) zu Tische gebeten, derselbe gestand, wenn Frankreich nicht gezaudert, sondern sein Dessein sogleich ausgeführt hätte, so würde es keinen Widerstand sondern alles verschlagen, perplex und in der grössten Confusion gefunden haben, jetzt aber hätte es soviel Zeit gelassen, dass man Muth geschöpft und alles so eingerichtet, dass man einen förmlichen Krieg würde zu führen haben.

Protocollum[2]) von der mit dem Marggraffen von Baden gehaltenen Conferenz. [Potsdam 16.—19. August 1667.]

Ao. 1667 den 6. August kam der Marggraff von Baden[3]) nacher 16. Aug.
Potstamb geschickt von Don Castel Rodrigo[4]). Die Proposition bestund hauptsachlich darin, dass S. Ch. D. bei dem jetzfürgangenen frantzösischen unvermuthlichen Einfall in die Niederlandische Provincien der Chron Spanien zu deren Rettung Hülf und Assistenz leisten möchte. S. Ch. D. liessen darauf den Freiherrn von Schwerin eilig von Landsberg, da er mit den Prinzen war, verschreiben und überlegten die Sache mit demselben, welcher S. Ch. D. weitleuftig furstellete, dass es 18. Aug.
ein Werk von grosser Importanz — wäre, worin billig S. Ch. D. mit aller Behutsambkeit zu procediren hätten, damit Sie nicht mal à propos und wieder dero Interesse in dieses Unwesen mit impliciret werden möchten. Dann ob zwar S. Ch. D. so woll als dem ganzen Röm. Reich und allen benachbarten Potentaten daran zum höchsten gelegen wäre, dass Frankreich sein Intent nicht erreichete und seine bereits habende formidable Macht noch mehr vergrössere, so wäre doch bei so gestalten Sachen Hispanien dem Ansehen nach in schlechter Postur, der Frantzosen Desseine zu hindern oder zu brechen, zu dem hätten S. Ch. D. woll zu

[1]) Marsin, s. Mignet II, S. 227f.

[2]) von Meinders' Hand.

[3]) Hermann von Baden, jüngerer Sohn des Markgrafen Wilhelm, von der katholischen Linie Baden-Baden, geb. 12. October 1628, ursprünglich für den geistlichen Stand bestimmt, seit 1661 in spanischen Diensten, hatte 1663 die Hülfstruppen des burgundischen Kreises im Türkenkriege befehligt und 1665 5000 Mann österreichische Truppen nach den Niederlanden geführt (s. Allgem. Deutsche Biographie XII, S. 121f.). Vgl. über diese Sendung desselben Pufendorf X, §§ 30. 32 (S. 669ff.), Droysen III, 3 S. 134, Urk. u. Akt. II, S. 466, XIV, 1 S. 319ff.

[4]) Das Creditiv desselben für den Markgrafen ist Brüssel 14. Juli 1667, das Recreditiv des Kf. Potsdam 10./[20.] August 1667 ausgestellt.

bedenken, wie Sie ofters von dem Allerhöchsten mit Leibes Indisposition heimbgesucht würden und also dem Werck jedesmal nicht den gebührenden Nachtruck würden geben können. Sollten Sie nun einmal engagiret sein und Ihro dergleichen Krankheit oder sonst etwas Menschliches zustossen, so würde alsdann Ihr Estat und Posterität in die höchste Gefahr gerathen können. Er bat ferner S. Ch. D., weil es ihm öfters so unglücklich bei theils seiner Collegen gangen, dass, wenn er gethan, was S. Ch. D. befohlen, ob er schon wiederrathen, ihm dennoch desfalls alles imputiret, ja auch diejenige Dinge, so S. Ch. D. mit grossem Ruhm und advantage ausgeführet, dennoch übel ausgelegt worden, und bat, S. Ch. D. möchten aufs weinigste mehr von dero Rhäten hiezu gebrauchen, insonderheit diejenige, von welchen er versichert wäre, dass sie dieses Werck wiederrathen würden, damit S. Ch. D. deren rationes hören möchten.

S. Ch. D. resolvirten dem allem ohnerachtet endlich, dass er, der Freiherr von Schwerin, nebst mir, Meinders, mit dem Marggraffen in Conferenz treten, ihm alle bei der Sache furfallende Difficultäten und Bedenken umbständlich furstellen, und wie er solche ablehnen und beantworten würde, vernehmen sollte, versprachen ihm dabei, dass Sie ihn gegen alle diejenige, so ihn hierunter blasmiren, schützen wollten. —

Eodem die den 8. August Nachmittags hor. 4 verfügte sich der Freiherr von Schwerin neben mir zum Marggraffen in sein Gemach und proponirte demselben anfanglich die grosse Gefahr, worin die Hispanische Niederlanden stunden, weil

1) Hispanien in ganz schlechter oder gar keiner Verfassung begriffen,

2) keine oder weinig Alliirte hätte, worauf es sich zu verlassen,

3) mit Portugal in einem beschwerlichen Kriege begriffen wäre, —

4) Der König noch minderjährig, und hätte deswegen ein und ander desto mehr Bedenken, sich in dieses Werck zu mischen,

5) Ihre Key. M. wären bishero ganz still gesessen und hätte man noch keine Nachricht, ob und was Sie bei der Sache thun wollten,

6) in Hispanien selbst wären interna dissidia, wie man sagte, und unter denen ministris differente visées und allerhand jalousie,

7) die meisten Chur und Fürsten des Reichs wären gut frantzosisch oder gegen die frantzosische Parthei doch incliniret.

Hingegen hätte sich Franckreich zu diesem Werck mit Geld, Volck, Alliantzen und allen dergleichen nötigen requisitis furlängst

praepariret und thäte fast alles nach Belieben, S. Ch. D. begehrten demnach einige Information von der Sache und ob Ihre Fürstl. Gn. über diese Difficultäten ihro einig esclaircissement geben könnten, item wie lang man die Hispanische Provincien noch ohne alle frembde Hülfe zu mainteniren getraute, damit das Werck nicht irremediabel werden möchte?

2. Weil auch S. Ch. D. nicht zweifelten, man würde an anderen Orten auch negotiiren lassen, als verlangten Sie zu vernehmen, was sie desfalls für Hoffnung hätten und in specie, ob man nicht mit Engelland, Holland und Schweden wegen einiger Assistenz tractirete?

3. S. Ch. D. Hülfe würde bei so gestalten Sachen und so lang das Werck nicht anderergestalt gefasset, denen Hispanischen Provincien weinig Nutzen schaffen, ihro aber nur grossen Präjuditz, Schaden und jalousie verursachen, deswegen S. Ch. D. sich versehen thäten, dass sie solche noch zur Zeit nicht begehren würden.

4. Auf allen Fall möchten S. Cf. D. woll gern wissen, was Sie von Hispanien, imfall Sie sich der Sache annehmen möchten, zu gewarten hätten, und ob Ihre Fürstl. Gn. deswegen etwas in mandatis?

5. S. Ch. D. hielten auch sehr nötig, den keyserlichen Hof dahin zu bewegen, dass man daselbst das Werck mit grosserm Eifer und Ernst embrassirte.

6. Insonderheit aber an Schweden fleissig arbeitete und keine Mühe noch Kosten sparete, dieselbe Chron zu gewinnen. Sollte mans dahin nicht bringen können, dass Schweden etwas wieder Franckreich thäte, so möchte man doch zum weinigsten versichert sein, dass sie sich neutral und aus der Sache hielten.

7. S. Ch. D. hätten auch nicht unterlassen, sobald dieses Feuer angangen, in Holland fleissig zu negotiiren, woselbst Sie dann auch bereits einige Inclination pro Hispanis und dass sie nicht gern die Niederlande unter Franckreich gebracht sehen möchten, verspüret, S. Ch. D. hielten für sehr nötig, dass man bei ihnen fernern Fleiss thäte und sie in ein und andern Dingen zu obligiren suchte. —

8. So würde auch des Fürstl. Hauses Braunschweig Affection, welche man bishero daselbst verspüret, beizubehalten sein und solches von Hispanien bei diesen Conjuncturen menagiret werden müssen, wie denn auch S. Ch. D. desfalls bis dato und noch immermehr sich fleissig bemüheten.

9. S. Ch. D. verlangten zu vernehmen, ob man kein Mittel hätte,

Chur Meyntz und Ch. Collu auf andere consilia und Wege zu bringen, sonderlich Chur Meyntz, welcher S. Cf. D. deshalber noch allezeit gute Hoffnung gemacht.

10. Endlich ward gebeten um fleissige Secretirung des ganzen negotii. —

Des Herrn Marggraffen Fürstl. Gn. antworteten hierauf, dass die Gefahr, worin die Hispanische Niederlanden stunden, freilich sehr gross und dorfften dieselbe, wofern keine Hülfe geschehe, endlich von Franckreich subjugiret werden. —

2. Zu Alliantzen hätten sie bis dato nicht gelangen können, es würde aber anitzo darin fleissig gearbeitet,

3. Der Krieg mit Portugal wäre freilich sehr beschwerlich und erforderte grosse Spesen, wenn man offensive gehen wollte, man würde aber zu deren Ersparung defensive gehen — oder vielleicht gar Friede machen.

4. Des Königs Minderjährigkeit würde nicht verhindern, dass man derselben ohngeachtet nicht gute consilia und resolutiones führen und nehmen sollte.

5. Ihre Key. M. hätten anfangs Bedenken gehabt, sich ins Werck zu mischen, weil sie in keiner Verfassung gestanden, anitzo aber würden sie thun, was immer müglich, sonderlich wenn S. Cf. D. sich woll erkläreten.

6. In Hispanien wären zwar keine sonderliche dissidia, sondern nur einige differente opiniones gewesen, auf was Weise man das Werck führen sollte, einige, sonderlich die bloss auf der Reiche Spanien Interesse gesehen, hätten zuträglich erachtet, dass man die Niederlanden, welche doch der Chron keinen Vortheil brächten, ganz den Frantzosen zu abandonniren und mit denselben hingegen wegen Portugal und Rouissillon gute Tractaten zu machen hätte, die andere Parthei aber, welche auf des Hauses Wohlfarth und das gemeine Interesse ihr Absehen genommen, hätten das contrarium und dass man die Niederlanden nach äusserster Müglichkeit zu conserviren geflissen sein müsste, sustiniret, deren Meinung dann auch praevaliret und desfalls eine beständige Resolution genommen.

7. Man könnte endlich die Rheinische Chur und Fürsten in der Neutralität bleiben lassen, und hielten Sie solches fast besser, als dass sie sich pro Hispanis erkläreten, wofern sie nur auch die Neutralität recht observirten und dem Reich inmittelst die Decision heimgestellet sein liessen, die keyserliche Trouppen durften eben durch ihre Lande den Pass nicht nehmen, sie begehrten auch vom Keyser keine Operation in Braband, woselbsten es ihnen auch an Beischaffung der

Unterhaltungsmittel ermangeln möchte, es könnte aber die keyserliche armée ohne Berührung einigen frembden Landes nacher Burgund marchiren und recta von dannen in Franckreich gehen, auch daselbst eine notabele Diversion machen. — Man wäre auch am key. Hofe ausser aller Furcht vor den Türken, welche hingegen von denen weitläuftigen frantzösischen Desseinen grosse ombrage und jalousie bezeugten. Wie dem allen, so wäre ihnen ein prompter Succurs sonderlich gegen das Vorjahr sehr hoch von nöthen, dann sonsten die Niederlande in grosser Gefahr stehen würden, bis dato hätten die Franzosen nichts occupiret, so sie würden mainteniren können, wenn sie, Hispanien, nur eine Armee ins Feld zu bringen vermöchten, zu dem wärens grosse Städte, welche grosse und starke Garnisonen erforderten und ihre armée sehr schwächen würden.

2. Es würde fleissig so woll mit Schweden, als Engelland und Holland tractiret und hofften sie wegen der gleichmässigen Interessen guten Effect. Engelland hätte schon 3000 Mann gegeben und wäre woll intentioniret, wohin denn auf des Königs Begehren der Baron de l'Isola verreiset[1]), und hofften sie gute Verrichtung. Von Holland würden sie nur Hülfe an Geld begehren, weil auf ihre Landmiliz kein sonderbarer Staat zu machen, zu Wasser aber könnte von ihnen neben Engelland eine grosse Diversion in Franckreich gemacht werden.

3. S. Ch. D. Hülfe allein würde Hispanien woll nicht retten können, ihr dessein und Meinung aber wäre, dass sie, der Keyser und S. Ch. D. ein foedus aufzurichten hätten, dabei dann ein jeder sein bestes thun würde, diese oder jene Parthei herbeizubringen. S. Ch. D. hätten ausser Cleff (an dessen Conservation die Herren Staaten nicht weiniger als S. Ch. D. selbsten interessiret wären) nichts von den Frantzosen zu befürchten.

ad 4. Sie hofften, S. Ch. D. würden wegen dero bei der Sache concurrirenden Interessen sich damit vergnügen, wenn Sie ausser Schaden blieben. I. F. Gn. hielten dabei für raisonnable, dass S. Ch. D. nichts thun müssten, Sie hätten dann würckliche Mittel von Hispanien dazu in Händen, welche nach Proportion der Hülfe reguliret werden müssten, und würde man sich desfalls, wenn quaestio an resolviret, nach Billigkeit und zu S. Ch. D. Satisfaction erklären. Sie vermeinten sonsten, wenn S. Ch. D. neben Braunschweig ohngefähr ein corpus ad m/15 Mann zusammenbrächten, wobei Hispanien etwan m/5 Mann geben wollte, und könnte man damit per Limburg nacher Metz wärts agiren, auch auf allen Fall mit dem keyserl. corpo sich conjungiren, doch würde sich

[1]) S. Klopp, Der Fall des Hauses Stuart I, S. 182f.

solches alles und wie die operationes fürzunehmen, hiernegst woll finden und müsste davon a parte geredet und gehandelt werden.

ad 6. Wegen Schweden hielten Ihre F. Gn. für allem Ding billig, dass S. Ch. D. sich desfalls in vollkommene Sicherheit setzten, welche sie auch bemühet sein müssten, S. Ch. D. zu verschaffen und es dahin zu bringen, dass sie Schweden gewinnen könnten, woran sie kein Geld sparen würden, damit man zum weinigsten sich von ihnen nichts wiedriges zu befahren. — Auf allen Fall und wenn Schweden nicht vollkommen zu gewinnen, so möchte Hispanien oder der Keyser in dieser Gegend ein solches corpo lassen oder soviel Geldmittel als nötig hergeben, dass, wofern Schweden sich moviren sollte, S. Ch. D. denselben solche force entgegensetzen könnten, welche zu Defension dero Landen zureichend wäre.

ad 7. Holland würde seines eigenen Interesse halber nicht stille stehen, und würde man denselben auch in allen Dingen nach Möglichkeit fügen, auch es an fleissiger Handlung nicht mangeln lassen, S. Ch. D. möchten Ihre gute officia auch continuiren.

ad. 8. Das Fürstl. Haus Braunschweig wäre auf gutem Wege und würde S. Ch. D. nicht aus Handen gehen, wie Ihre F. Gn. dann auch in der Rückreise Ihr bestes thun würden, und von ihren Gesandten zu Colln gute consilia gemerket hätten.

ad. 9. Man würde hierin das beste thun, auf allen Fall aber vergnügte sich Hispanien, wenn sie nur, wie vorgedacht, eine rechte vollkommene Neutralität hielten.

ad 10. An Secretirung des Werkes wäre Hispanien selbsten am meisten gelegen, I. Fürst. Gn. würden Ihres Orts alles geheimb halten und sich keines Dinges merken lassen, sondern sich vielmehr beschweren, dass S. Ch. D. sich zu nichts cathegorice erklären wollen und alles in suspenso gelassen.

19. Aug. Veneris 9. August hora 9. ante meridiem. Als nun des H. Oberpräsidenten Exc. von diesem allen S^r. Ch. D. unterthänigstes Rapport gethan, sein dieselbe darauf wieder neben mir, Meinders, zu des H. Marggraffen Frst. Gn. gangen und deroselben wegen S. Ch. D. nachfolgende Resolution hinterbracht:

1. Es hätten S. Ch. D. so woll die frantzosische Irruption als die Gefahr, worin die Niederländische Provincien begriffen, ganz ungern vernommen. So bald Sie auch die geringste Nachricht davon empfangen, hätten Sie nicht unterlassen absque ulla requisitione an verschiedenen

Orten, insonderheit aber in Schweden und Holland, wie auch im Reich pro Hispanis — aller Müglichkeit nach arbeiten zu lassen, worin Sie ferner auch continuiren würden.

2. S. Ch. D. wollten nochmahlen treulich geraten und erinnert haben, dass man sich auf eine gute Summe Geldes gefasset hielte, denn sonsten nirgends etwas gutes auszurichten, sonderlich bei Schweden, wofern es aber an den benotigten Geldmitteln nicht ermangelte, würde noch was gutes zu thun und zu hoffen sein.

3. S. Ch. D. wollten von nun an mit allem Fleiss und Eifer ihre consilia dahin richten und insonderheit mit dem Keyser, dann ferner mit Holland und Braunschweig überlegen, wie die Hispanische Niederlanden gerettet und denselben Assistenz gegeben werden könnte, Sie wären schon mit zimblicher Anzahl Volk versehen und könnten deren bald mehr schaffen, wann es nur an den dazu benotigten Mitteln nicht ermangelte.

4. Und weil dieses ein Werk von grosser Wichtigkeit und Importanz wäre, woraus vielleicht ein Krieg von vielen Jahren entstehen könnte, dazu dann ansehnliche Spesen und Geldmittel erfordert würden, der Gefahr, worin S. Ch. D. sich dadurch setzten, zu geschweigen, so hofften S. Ch. D., man würde sich hierin specialiter erklären, worin sowoll S. Ch. D. Satisfaction und Ergetzlichkeit post bellum als die subsidia durante bello bestehen sollen?

5. Und müssten endlich S. Ch. D. nochmahlen austrücklich Ihro reserviren, dass dieses alles unverfänglich und nur auf den Fall gemeinet, wenn auch andere neben S. Ch. D. das Werk embrassiren und S. Ch. D. wegen Schweden vollige Sicherheit haben würden.

Responsio Marchionis:

Ad 1 per curialia. —

ad 2. Auf Geldmittel wollten Sie bedacht sein, und repetirten Ih. F. Gn. wegen Schweden dasjenige, was bereits vorhin erwähnet.

ad. 3. agendo gratias und wüssten Sie, dass S. Ch. D. bereits in guter Verfassung stünden, auch solche leicht verstärken könnten. Er verlangte aber, ob S. Ch. D. sich nicht erklären wollten zum foedere zwischen dem Keyser, Hispanien und S. Ch. D., worauf sie dann ihre meiste Hoffnung setzten.

S. Ch. D. würden alsdann bemühet sein, Braunschweig mit dazu zu bewegen, jedoch dieses alles sub conditione subsidiorum et securitatis wegen Schweden.

ad 4. Ih. F. Gn. wären de subsidiis durante bello informiret und müssten solche billig nach Proportion der Hülfe gegeben, auch alles anticipando füraus gezahlet werden, ehe S. Ch. D. etwas thäten, man konnte desfalls ein Project aufsetzen und es etwan auf den hollandischen Fuss nehmen, welche S. Ch. D. auch subsidia bezahlet.

Der Freih. v. Schwerin replicirete, dass man so praecise auf das hollandische Werk nicht gehen könnte, weil

1) die Hollander als Kaufleute genau handelten, Könige und grosse Herrn nehmen es aber nicht so genau,

2) unter denen Feinden wäre ein grosser Unterscheid, damahlen hätte man mit einem geringen Bischof zu thun gehabt, anitzo aber wäre es auf einen mächtigen König gemeinet.

3) S. Ch. D. hätten mit dem Staat Alliantzen gehabt und wären ihnen ex foedere zu assistiren schuldig gewesen, dahero Sie auch nicht mehr als die Hälfte der Unkosten von ihnen empfangen, welches auf diesen casum nicht appliciret werden könnte.

Man übergab dabei Ihrer F. Gn. ein Project[1]), was eine armée von

[1]) „Ohngefährer Ueberschlag (auch von Meinders' Hand), was eine Armee von m/12 Mann kosten wird:

Werbegeld:

Auf einen jedweden Reuter, ehe und bevor derselbe zu wurcklichen Diensten mit gebührlicher Montirung und Gewehr sistiret werden kann, muss zum weinigsten gerechnet werden 60 R. Macht auf 4000 Reuter	240000 R.
Ein jedweder Musquetirer an Werbegeld und mit Gewehr und Liberey kostet zum weinigsten 20 R. Macht auf 8000 Gemeine	160000 -
Summa der Werbegelder	400000 R.

Unterhalt:

Monatlich. Der Generalstab		5000 R.
Artillerie		4000 -
Cavallerie 4000 Gemeine in 5 Regimenter, jedes ad 8 Compagnien von 100 Gemeinen Einspännern.	5 Regiments Stäbe, jeden ad 300 R. . . .	1500 -
	40 Prima Planen a 200 R.	8000 -
	4000 Gemeine Reuter a 7 R.	28000 -
Infanterie 8000 Gemeine in 8 Regimenter, jedes ad 8 Compagnien von 125 Gemeinen.	8 Regiments Stäbe a 250 R.	2000 -
	64 Compagnien, jede Primeplan a 150 R. .	9600 -
	8000 Gemeine, jeder a 3 R.	24000 -
Ad Cassam zu täglichen Ausgaben, Schickungen, Kundschaften, Munition, Gewehr, Recruten etc. zum weinigsten		5000 -
	Summa des monatlichen Unterhalts	87100 R.

Macht in einem Jahr 1045200 R."

15000 Mann an Werbegeldern und monatlichem Unterhalt ohngefähr würde zu stehen kommen, so dieselbe an sich nahmen und versprachen, zu Brüssel es weiter zu überlegen und hiernegst fernere Erklärung darüber zu thun. Was die Satisfaction finito bello betrifft, hofften Ih. F. Gn., S. Ch. D. würden solche so hoch nicht spannen, weil Sie pro honore et commodo mit interessiret wären. Vielleicht liefe der Krieg auch so, dass man ab hoste einige Satisfaction erlangen könnte. Auf allen Fall aber hätten S. Ch. D. bereits ein ansehnliches an rückständigen Subsidien [1]) zu fordern, solche konnten in eine Sum gebracht, etwas dazu gesetzet und dafür ein Stück Landes loco hypothecae zur Versicherung S. Ch. D. eingeräumt werden, wozu man in Hispanien sich ehender verstehen würde als zu einer rechten Alienation.

Wobei man es dann für diesesmahl bewenden liesse, bis Ihre F. Gn. weitere Instruction über ein und anderes erlanget, zu welchem End Sie schleunigst nacher Brüssel reisen wollten. S. Ch. D. versicherten endlich Ih. F. Gn., dass Sie sich zu einer Alliantz zwischen dem Keyser, Hispanien und Ihr verstehen wollten, wenn nur der punctus subsidiorum zur Richtigkeit gebracht und wegen Schweden Ihro vollenkommene Sicherheit auf die vorangeregte Manier gegeben würde. Bei Braunschweig wollten Ih. F. Gn. en passant zwar Ihr bestes thun, weil sie sich aber vermuthlich nicht cathegorice erklären würden, so baten Sie, dass S. Ch. D. daselbst die Handlung bestermassen befordern und dieses Haus auf gute consilia zu bringen bemühet sein wollten, welches S. Ch. D. also zu thun versprochen.

Wegen des Bischofs zu Münster ward gut gefunden, dass man nochmahlen sein bestes zu thun hätte, umb denselben zu gewinnen, und wollten Ih. F. Gn. zu solchem End en passant den Bischof zu Paderborn zusprechen und Ihr bestes desfalls thun. Sollte aber solches fehlen, so müsste man sehen, wie mans mit demselben zu machen, ob man ihn etwan beim Kopf nehmen oder ihm sonsten auf die Haut gehen könnte idque sub auspiciis et auctoritate imperii et imperatoris.

Ihre F. Gn. erinnerten endlich, dass den Räthen im Haag befohlen werden möchte, wenn etwas in Holland fürginge, solches an Castel Rodrigo zu communiciren, damit Sie eine Person in secreto verordnen und alles, was tractiret würde, de concert fürgenommen werden möchte. Dem Stephano de Gamarra hätten Sie Bedenkens in dieser Sache vollig zu trauen. Dieses letztern Puncts halber und was sonsten passiret,

[1]) S. Urk. u. Akt. XI, S. 298f.

ward alsofort an H. Blaspielen summarie geschrieben, wie das Concept vom 11./21. Aug.[1]) mit mehrem nachweiset.

Der Kurfürst an v. Jena und v. Somnitz. D. Potstam 11./[21.] August 1667[2]).

[Aufforderung zur Abfassung eines Gutachtens.]

21. Aug. Wir lassen Euch hiemit gn. wissen, dass des H. Marggrafen von Baden Ld. wegen des Marquis de Castel Rodrigo bei uns gewesen und bei uns sehr inständig angehalten, wir mügten uns doch des Burgundischen Werks für Hispanien mit annehmen und solche Provincien mainteniren und retten helfen. Wie nun dieses ein ganz wichtiges Werk ist, worin wir uns nicht gern übereilen, sondern mit aller Behutsamkeit gehen müssen, dannenhero wir auch gn. gutgefunden, von einigen unsern vertrausten Räthen ihr schriftliches unt. Bedenken zu erfordern, als befehlen wir Euch gn., uns solches auf nachgesetzte puncta gehorsambst zu eröffnen:

1) wer unter denen beiden Königen die gerechteste Sache habe, und ob die frantzosische Praetensiones wieder Spanien fundiret oder nicht?

2) was das ganze Röm. Reich bei dieser Sache für Interesse habe und was für consilia man desfalls zu Regensburg führen müsse.

3) ob das Reich befugt oder schuldig sei, sich in die Sache zu mischen und den Burgundischen Creis als ein membrum imperii zu garantiren?

4) was unserm und unsres Hauses Interesse gemäss sei, und ob wir bei der Sache stille zu sitzen oder uns derselben anzunehmen hätten, auch welchergestalt, für wen und wie weit? —

Friedrich von Jena an den Kurfürsten. D. Braunschweig 17./[27.] August 1667[3]).

[auf das Rescript vom 21. August. Gutachten über die von dem Kf. vorgelegten Fragen.]

27. Aug. ad 1) Ihm sind die fundamenta, welche Spanien und Frankreich gegen einander führen, nicht bekannt, er hat auch die von beiden Theilen

[1]) S. oben S. 731 ff.

[2]) Vgl. Pufendorf X, § 31 (S. 670), Droysen III, 3 S. 134.

[3]) Ueber Fr. v. Jena's damalige Anwesenheit bei der Zusammenkunft in Braun-

herausgegebenen Schriften nicht gelesen, er glaubt aber nicht, dass es darauf viel ankomme und dass ein tertius allemal darauf zu sehen, welches Theil Recht oder Unrecht, sondern welches seinem Interesse, Sicherheit und Staat am meisten Schaden, Gefahr und künftigen Präjudiz zuziehen kann oder auch bereits zuzieht.

ad 2) Das Reich hat zu seinem grossen Schaden erfahren, wie ihm ein herrlich Stück nach dem andern entzogen und dadurch ein Nasenband über das andere angelegt, dasselbe sollte einmal aufwachen und nicht zugeben, dass ein oder der andere Nachbar gar zu mächtig würde. Wenn man aber in dieser Sache das wahre Interesse des Reiches sieht, wer nimmt sich dessen an? Verschieden sind die Interessen, keiner will den Anfang machen, in summa auf das Reich ist wenig Staat zu machen. Die Zerrissenheit desselben hat sich schon in dem Kriege gegen den Türken gezeigt, mit dem kein Stand Correspondenz oder einige Räthe pensiones und Geschenke genossen, was wird es für consilia geben, da vornehme Kur- und Fürsten auf etwas andres ihr Absehen richten und diejenigen, welche an manchen Höfen die Rathschläge regulieren sollen, grosse pensiones geniessen und auf grössere Geschenke vertröstet werden? Wenn auch die Sache auf dem Reichstage zur Umfrage kommen sollte, so werden die meisten dahin votieren, weil die Güte ins Mittel kommen, so müsste man den Ausgang erwarten, unterdessen wäre kein armistitium und die Gefahr nähme nicht ab sondern zu. Es würde aber doch nicht schaden, wenn der Kaiser diese Sache mit allen Umständen dem Reich recommendierte und man es zur Umfrage brächte, wenigstens würde man hinter eines und des anderen Meinung kommen und vielleicht wenigstens mit einigen etwas gutes für des Reichs Sicherheit machen können.

ad 3) Wann der Burgundische Kreis ein membrum imperii und gleich anderen membra des Reichs in instrumento pacis begriffen, so ist kein Zweifel, dass er auch des Reichs und anderer Mitpaciscenten Garantie geniessen soll.

ad 4) Ob Kf. bei der Sache stille sitzen oder die Hand mit anschlagen soll, darüber kann er nicht urtheilen, ehe er mehrere Information erhalten hat, denn, obgleich das allgemeine und das eigene Interesse Kf. dazu verbünden, so könnte er doch nach dem, was bei Punkt 1 erinnert, nicht rathen, sich zu engagieren, ehe er die Mittel und consortes wüsste, und wenn er auch diese wüsste und dafür hielte, dass dann etwas zu wagen, so würde die Sache doch so zu mesnagieren sein, dass das Interesse die vornehmste Ursache in des Kf. Cabinet wäre und bliebe. Kf. wird sich bei einem Theil müssen necessair machen und ohne gute und grosse conditiones einzusteigen verweigern. Auch bei der Mediation wird Kf. Behutsamkeit gebrauchen müssen, denn, wenn er sich des Werkes mit mehr Nachdruck anzunehmen gedächte, so würde die Mediation zwar von selbst fallen, gegen Kf. aber ein und andere Imputation verursachen.

---

schweig s. oben S. 156 ff. Er hatte das Rescript des Kf. erst am 16./[26.] August erhalten, antwortet darauf in aller Eile.

L. Ch. v. Somnitz an den Kurfürsten. D. Berlin 21./[31.] August 1667.

[auf das Rescript vom 21. August. Gutachten über die von dem Kf. vorgelegten Fragen.]

31. Aug. ad 1) Die französischen Scribenten[1]) haben in ihren Schriften nur zweierlei hauptsächlich tractiert, 1) was für Recht die Königin auf einige niederländische Provinzen hätte, 2) ob sie und der König demselben mit Bestande hätten renuntiieren können, und, da sie beiderseits eidlich renuntiiert, ob sie solchen Eid zu halten schuldig? Es kommen aber hierbei sehr viele streitige Punkte ins Mittel, womit er jedoch Kf. nicht aufhalten will, zumal dieses alles nicht ohne genügende Information erörtert werden könnte. Das aber hält er für offenbar und zu dieser Sache für genug, dass die französischen Scribenten nicht behaupten können, 1) dass Könige und hohe Potentaten bei ihren Erbtheilungen oder Aussteuer ihrer Princessinnen eben das Recht, so unter Privatleuten gilt, in Acht nehmen müssen, so dass sie durch pacta davon nicht abschreiten könnten, 2) daher bestehen die renunciationes, welche nicht nur Princessinnen sondern auch Brüder und Vettern auf Lande und Leute thun, auf gutem Grunde, sind auch in und ausserhalb dem Reiche gebräuchlich und in den Rechten gegründet und werden 3) insonderheit für gültig geachtet, wenn sie mit einem körperlichen Eide bestätigt sind. Was modum procedendi des Königs von Frankreich anbetrifft, so ist offenbar, dass eine Königl. Witwe, ein minderjähriger König, ein naher Blutsfreund, unschuldige Lande und Leute unverwarneter Sache (welches auch nach dem Recht der Völker nicht sein soll) überzogen sind.

ad 2) Das Reichsinteresse ist: 1) Dass es mit den jetzt von Frankreich überzogenen Landen in dem vorigen Stande bleibe, denn, wenn dieselben noch zu Frankreich kämen, so würde eine solche Macht allen Nachbaren noch formidabler sein, als sie schon ist. — 2) Der evangelischen Reichsstände Interesse ist dahin zu sehen, dass die catholischen Kur- und Fürsten sich nicht mit Frankreich absonderlich verbinden. 3) Das Interesse besteht darin, dass diese Unruhe möglichst bald durch gütliche Mittel beigelegt werde und zwar so, dass das beim 1. Punkt erörterte Interesse erhalten werde. 4) Ist dahin zu sehen, dass die Reichsstände sich nicht trennen, und wäre demnach den Cölnischen Correspondierenden wohl vorzuhalten, was an dieser französischen entreprise hinge. 5) Absonderlich haben die Stände zu Regensburg zu bedenken und den Cölnischen Correspondierenden vorzustellen, wie es wider das Instr. pacis liefe, dem Reiche schimpflich und den Fürsten in ihren Rechten nachtheilig sei, dass der König in Frankreich und dessen Residenten mit einem Einfall ins Reich drohen, wenn jemand Spanien zu Hülfe kommen wollte, da solche Hülfeleistung im Instr. pacis den Reichsfürsten zugelassen und auch sonst ihren Rechten gemäss ist. 5) Namentlich ist den Cölnischen Correspondierenden vorzuhalten, dass sie wider das Reich und ihre eigene Freiheit handelten, wenn

[1]) Vgl. die im Diar. Europ. XX, Append. II zusammengestellten französischen und spanischen Streitschriften.

sie mit Frankreich paciscieren, dass sie ohne Unterschied die Spanien zu Hülfe gehenden Völker repoussieren wollten. 6) Da das Reich sein Interesse mit blossen Consultationen und Remonstrationen nicht erhalten kann, so ist dahin zu sehen, dass wo möglich namens aller Stände armiert werde, um das Resultat der Consultationen behaupten und des Reichs Wohlfahrt erhalten zu können.

ad 3) In dem Instr. pacis steht nirgends, dass die Verträge des Reichs mit Burgundien aufgehoben, oder dass der burgundische Kreis aus der Garantie sollte ausgeschlossen sein. Als vor diesem im burgundischen Kreise Krieg geführt wurde, suchte Frankreich Spanien in anderen streitigen Dingen zur raison zu bringen, es wurden aber nicht die Provinzen gar oder zum grössten Theil gesucht oder erblich prätendiert wie jetzt, es ist also das, was jetzt vorgeht, ein ganz anderer Fall, worauf bei dem Friedensschluss nicht gedacht ist, und würde man sonst nicht darein gewilligt haben. Seiner Meinung nach also ist dem Reich nicht verboten in einem solchem Falle, wie dem jetzigen, wo Frankreich die Niederlande erblich prätendiert, sein Interesse mit Rath und That zu maintenieren.

ad 4) Kf. hat 1) mit dem Reich dasselbe Interesse, dass alles in vorigem Stande bleibe und möglichst verhindert werde, dass eine auswärtige Macht so hoch getrieben werde, dass sie des Reichs und des Kf. Freiheit nachtheilig sein könne. Daher wird 2) nöthig sein, die Einigkeit der Stände zu befördern zu suchen, 3) wenn dieses nicht geschehen kann, mit den Wohlgesinnten sich näher zu verbinden, 4) namentlich mit England, Schweden und Dänemark de concert zu agieren, 5) was für eine Verfassung bei solchen consiliis nöthig sein würde, braucht er nicht zu erinnern. 6) In Polen würde gut sein es dahin zu richten, dass gutes Vertrauen allenthalben restabiliert würde und in der Wahlsache keine ernstliche Aenderung eintrete. 7) Da Kf. von Spanien und Oesterreich gesucht wird, so hat man sich zu versichern, ob Castel Rodrigo und die spanische Regentschaft auch befugt sind, bei des Königs Minderjährigkeit etwas beständiges abzuhandeln, und dass die Subsidien wirklich erfolgen, ferner würden alle Compaciscenten sich gegen Kf. zur Indemnisation verpflichten müssen und wäre bei Abhandlung der Subsidien auf Sublevation der geldarmen Lande des Kf. zu sehen, Kf. dürfte auch weder mit dem Reich noch anderen zu einer öffentlichen Declaration oder feindlichen Handlung schreiten, ehe er mit den nöthigen Mitteln versehen ist. Der Zweck alles Fürnehmens müsste sein, das beim 2. und 4. Punkt angezeigte Interesse zu behaupten, so gut die Mittel dazu reichen können.

Die Rechtsgelehrten behaupten zwar, man dürfe nicht aus Furcht, dass ein Nachbar zu mächtig werden möchte, Jemand bekriegen, in diesem Falle aber sind wir nicht in terminis simplicis metus, sondern Frankreich hat vieles vorgenommen, das viel weiter geht, so dass die Zergliederung des Reichs schon wirklich angefangen hat und das befürchtete Unglück zum Theil schon vorhanden ist.

Markgraf Hermann von Baden an den Kurfürsten. D. Brüssel 22. September 1667[1]).

[Anzeige, dass die mit ihm getroffenen Abmachungen gebilligt und de Goess zu weiteren Verhandlungen bevollmächtigt ist. Sein Besuch bei den lüneburgischen Herzogen.]

22. Sept. Ich hätte zwar von Herzen gewünschet und verlanget, dass ohne Zeit Verlierung, so bald nur alhier angelanget, Ew. Gnd. die mit dieser ordinari sowohl an sie als H. Baron de Goes einkommende expeditiones[2]) überschicken mögen, so hat es aber ehender theils wegen Indisposition hiesigen General Gubernatoren, Herrn Marquesen de Castel Rodrigo, theils auch weil der Feind, so ein Zeithero mit seiner ganzen Armee hier fast vor den Thoren gestanden, uns so viel Zeit nicht zugelassen. Nun aber werden dieselbe sowohl aus dem an Ew. Gnd. von wohlbesagtem H. Marquesen abgelassenen Schreiben als erwehendem H. Baron de Goes, deme dessentwegen ausführlich zugeschrieben und Commission gegeben worden, ersehen und verspüren können, dass man diesseits, was mit Ew. Gnd. ich abgeredet und verglichen, nicht allein approbiere, sondern auch mit allem Eifer und Ernst zu schliessen, zum Stand und in eine rechte Form und Effect zu bringen verlange. Man erkennet alhier gar wohl, gleich nicht zweifle am Kay. und Königl. Hof selbsten darfur gehalten wird, dass man Ew. Gnd. mehr als keinem andern in der Welt obligiert ist, und dass alle gute Freund und Effecten, so wir, bevorab vom Reich, zu gewarten, von deroselben guten, löbl., patriotischen, genereusen Exempel und consiliis ihren Ursprung nehmen. Desgleichen werden Ew. Gn. auch gewisslich sehen, dass man syncere in allem mit deroselben handeln und Mittel suchen werde, damit nicht allein das allgemeine und unser sondern auch Ihr particular Interesse dardurch befördert werde.

Der Feind hat seit der Eroberung von Lille und dem Rencontre mit ihrer Cavallerie[3]) unter Marcin und Ligne nichts weiter tentiert und es scheint, als ob in diesem Jahre beiderseits nichts weiter gesucht, sondern die Winterquartiere werden bezogen werden. Ihr Verlust in jenem Rencontre ist bei weitem nicht so gross, wie die Franzosen ihn machen, es ist allein ein grosses Ueber-

---

[1]) Vgl. Pufendorf X, § 32 S. 672.

[2]) In einem beiliegenden Schreiben (d. Brüssel 21. September 1667) dankt Castel Rodrigo dem Kf. für die ihm durch den Markgrafen von Baden gemachten Mittheilungen und zeigt an, dass er ihm weiteres darüber durch de Goess werde zukommen lassen.

[3]) S. Diar. Europ. XVIII, S. 397 f., Mignet II, S. 227 f.

sehen und Fehler von ihren Generalen gewesen, wie viele andere Sachen mehr, so diese Campagne geschehen, er zweifelt daher nicht, dass man künftig andere Anstalt und Commando einführen werde, er freut sich, dass die teutschen und in specie sein und des Herzogs von Holstein Regiment sich so wacker gehalten haben.

P.S. Bei meiner Rückreis bin abgeredetermassen bei denen Herrn Hertzogen von Lünnenburg, so ungefähr 3 Stund weit von Magdenburg auf einem Lusthaus sich divertiret, gewesen, dieselbe in bewusster Sachen ausführlich informiret und für unsere party wohl disponiret gelassen[1]).

Blaspeil und Romswinckel an den Kurfürsten. D. s'Gravenhage 8. October st. n. 1667[2]).

[Gespräch mit dem Markgrafen von Baden.]

Sie sind in Mecheln mit dem Markgrafen von Baden zusammengekommen; 8. Oct.
derselbe theilte ihnen mit, Castel Rodrigo hätte die in Potsdam vorgeschlagenen Bedingungen gebilligt und vor ungefähr 10 Tagen zwei Couriere an den Kaiser und an Kf. geschickt, dieselben zu ersuchen, Deputierte zu bestellen, um die zu Potsdam vorgeschlagenen Tractaten zwischen dem Kaiser, Spanien und Kf. zu adjustieren, er meinte, vom Kaiser würde wohl Montecuculi kommen, um zugleich auch über die Kriegsoperationen zu deliberieren. Sie haben darauf bemerkt, zunächst müsste vorher ein sicherer Grund gelegt werden und vor allem Kf. sich mit den Gen. Staaten setzen, der Markgraf wollte davon aber nichts hören, verlangte, das Röm. Reich müsste über die Differenzen zwischen beiden Kronen erkennen, auch Frankreich werde zwar ungern sich dessen Spruch unterwerfen müssen, der Kaiser werde dann die Execution dessen, was vom Reich erkannt worden wäre, dem Kf. auftragen und demselben die Hand darunter so bieten, dass Kf. das Werk ohne seinen Schaden werde ausführen können, erst müssten aber jene Tractaten eine Richtigkeit haben und Kf. eine Armee von 20 oder 25 tausend Mann beisammen haben; man müsste Frankreich, ebenso wie dieses es gethan, mit dem Schlag warnen. Sie erwiderten, das würde schwer möglich sein, inhaerierten dem, was sie vorher vorgestellt, und übergaben ihm einen Aufsatz darüber, um ihn Castel Rodrigo vorzulegen, der ihnen seine Resolution nach dem Haag zusenden sollte. Sie

[1]) In einem Schreiben an den Freiherrn v. Schwerin von demselben Datum verweist der Markgraf auf das Schreiben Castel Rodrigo's an den Kf. und fügt in einem Postscript hinzu: „Was mir der Herr vor meiner Abreis in particular wegen eines Vorschusses an Geld, so Ihro Gn. dem H. Churfürsten man dieserseits thun sollte, vermeldet, darvon habe bei wohlgemeltem H. Marquisen Erinnerung gethan, der ebenmässig resolvirt, eine ansehnliche somme Gelds bei Ankunft ihrer HH. Commissarien hiesiger Orten deswegen schiessen zu lassen."

[2]) Vgl. Pufendorf X, § 40 S. 677.

haben mit dem Markgrafen auch wegen des Werbegeldes geredet, aber gemerkt, dass man spanischerseits nicht sehr liberal sein und es damit schwerlich höher zu bringen sein wird, als die Gen. Staaten vor einem Jahre an Kf. gegeben. Von dem Bischof von Münster, meinte er, hätte man nichts zu befahren. Derselbe hat Bl. ersuchen lassen, ihm bei seiner Rückreise nach Cöln zuzusprechen, er wird darüber des Kf. Befehl erwarten.

Der Kurfürst an Blaspeil, Romswinckel und Copes. D. Potstam 8./[18.] October 1667[1]).

(Conc. v. Somnitz.)

[auf die Relation vom 8. October. Bemerkungen über die Aeusserungen des Markgr. v. Baden; vor allem muss wegen der Subsidien Sicherheit geschafft werden.]

18. Oct. Der Markgraf von Baden scheint sich daran gestossen zu haben, dass man den Tractat zwischen Kf. und den Staaten als ein Principalwerk alle Wege vorgeschützt. Künftig sollen sie sich den spanischen ministris gegenüber so declarieren, dass Kf. zwar mit dem Kaiser und Spanien sich zu verbinden entschlossen, jedoch würde man ohne Zweifel allerseits nöthig achten, mit den Gen. Staaten gleichfalls zu tractieren.

Ihn befremdet nicht wenig, dass der Markgraf vorgegeben, Castel Rodrigo habe das zu Potsdam Vorgegangene gebilligt, und dass dennoch die Subsidien difficultiert werden. Ohne den Vorschuss zur Werbung ist ihm das geringste anzufangen unmöglich und muss er auch inskünftig der Subsidien versichert sein, sie sollen daher darauf zuförderst die Handlung richten.

Dass man unter sich paciscieren wollte, eine Judicatur unter den streitigen Parteien zu üben, lässt sich garnicht thun, officia kann man anwenden und, wenn die nicht verfangen, so versteht sichs was weiter zu thun, und damit solches recht gethan werde, werden die Interessierten Geld an die Hand zu schaffen haben.

Bl. kann wohl dem Bischof von Münster zusprechen und seine Intentionen zu erkunden suchen, von des Kf. consiliis aber hat er ihm nichts zu entdecken, als was die Mediation anlangt.

W. W. Blaspeil an den Kurfürsten. D. Brüssel 5. November st. n. 1667[2]).

[Abmachungen mit Castel Rodrigo.]

5. Nov. Auf Aufforderung des Markgrafen von Baden hat er, um mit diesem und mit Castel Rodrigo selbst zu conferieren, sich nach Brüssel begeben.

---

[1]) Vgl. unten S. 791 ff. das Schreiben O. v. Schwerins an den Kf. vom 7./17. October 1667.

[2]) Vgl. Pufendorf X, § 40 S. 677, Droysen III, 3 S. 138.

Wir sein nun schon vier Tage in der Arbeit und hoffe ich, dass wir morgen damit werden fertig sein. Man will an Holland solche Unterpfande geben, daraus sie sich selbst können bezahlt machen, ihnen aber Städte einzuräumen oder auch einige Trouppen von ihnen zu nehmen, findet man alhier sehr bedenklich. Man ist zufrieden, dass nicht allein an Ew. Churf. D. sondern auch mehr andere subsidia gegeben werden, als an Schweden, Sachsen, Pfaltzgrafen zu Neuburg, Haus Braunschweig und Hessen, man will aber auch wissen, was Spanien dahingegen soll zu hoffen haben, und sein wir darinnen so weit einig worden, dass Frankreich erst in der Güte oder, wann es darzu nicht verstehen will, durch die Waffen bewogen werden soll, die Pirenaeische Tractaten zu redintegriren, und dass, wann Frankreich in der Güte darzu zu bringen, Spanien den erlittenen Schaden vorlieb nehmen, sonsten aber ihm vorbehalten haben will. Hievon aber sollte man einen absonderlichen Articul machen und denselben bis zu seiner Zeit secretiren. Kompt also das ganze Werk darauf vornehmlich an, dass Ew. Chf. D. von nun an darauf bedacht sein, wie man es bei den andern Alliirten dahin richten, sonderlich bei Schweden und den Fürsten von Lüneburg, dass sie auch gutfinden und zusagen, mit ihren Armeen solange cooperiren zu helfen, dass die vorgemelte Tractaten zwischen Spanien und Frankreich redintegrirt werden. — Bei den Staaten davon zu reden würde noch zu praematur sein und nicht verschwiegen werden können, auch möchte woll daran zu zweifeln sein, ob ihre Gedanken dahin gehen. Wann wir aber in das Werk selbst erst hinein kommen und die Staaten sehen, dass die andere Alliirte (welche die stärkste sein werden) da hinaus wollen, wird es mit ihnen wohl wenig Difficultät geben. —

P.S. Die Tractaten werden darauf genommen, dass Ew. Chf. D. mit ihrem armirn allererst im Martio bedürfen fertig zu sein, gegen welche Zeit aber sie im Clevischen würden stehen müssen[1]).

---

[1]) Bl. stattet (d. Hage 5./15. November 1667) dem Kf. ausführlichen Bericht über seine Verhandlungen mit Castel Rodrigo ab und sendet ihm die mit demselben getroffenen Vereinbarungen zur Ratification zu, nämlich einen Vertrag in 11 Artikeln (1. Kf. soll, um einen dauernden und ehrenhaften Frieden herbeiführen zu helfen, 4000 Reiter und 8000 Fussoldaten bis Ende April zusammenbringen, 2. er soll diese Truppen 6 Monate, bis Ende October 1668 unterhalten, 3. er wird dieselben in seine cleve-märkischen Lande führen, wo sie gemustert werden und von wo sie nach Bedürfnis sogleich ins Feld sollen geführt werden, 4. der König von Spanien wird ihm

Der Kurfürst an Blaspeil. D. Cöln 6./16. November 1667[1]

(Conc. O. v. Schwerin.)

[auf die Relation vom 5. November. Vorschriften für die weiteren Verhandlungen mit Spanien.]

16. Nov. Kf. kann aus seiner Relation nicht abnehmen, dass er das Rescript vom 22. October[2]) erhalten, nach diesem hat er sich bei den künftigen Negotiationen zu achten. Die Sache selbst anbetreffend, so wünscht zwar Kf. Herstellung des Friedens zwischen den beiden kriegführenden Kronen, Bl. hat sich aber rationi conditionum wohl vorzusehen, denn, wenn Spanien darauf bestehen sollte, dass alles nach Anleitung der pyrenäischen Tractaten auf den vorigen Stand gesetzt werde, worauf Frankreich schwerlich eingehen wird, so würden dadurch die Friedenstractaten nur schwerer gemacht und leicht das ganze Reich in einen neuen Krieg verwickelt werden, zumal da auch nach seinem Bericht die Staaten wohl dahin nicht gehen möchten und dieses ebensowenig von anderen, namentlich K. Sachsen und Schweden zu erwarten ist. Er soll vor-

---

dafür dieselbe Summe wie die Gen. Staaten im vorigen Jahre nach dem Vertrage vom 16. Februar 1666 zahlen, 5. die Zahlung soll in Holland oder Antwerpen erfolgen, für prompte monatliche Zahlung wird Satisfaction und Sicherheit gegeben werden, das Werbegeld wird gleich nach Auswechslung der Ratificationen, der Sold des ersten Monats sobald das Heer versammelt ist, bezahlt werden, nachher erfolgt die Zahlung monatlich praenumerando, 8. wenn es innerhalb der 6 Monate nicht zum Frieden kommt, so ist Spanien verpflichtet, die Subsidien weiter auf 6 Monate und so lange der Krieg dauert zu zahlen, 10. Spanien und Kf. können auch andere Fürsten und Reichsstände zum Beitritt auffordern, die Beitretenden sollen nach Proportion der zu stellenden Truppen ebensolche Subsidien erhalten, 11. die Ratificationen sind in 6 Wochen auszuwechseln) und 6 Geheimartikel (1. Kf. darf bis zum April sich weiter um den Frieden bemühen, wenn derselbe bis dahin nicht zustande kommt, ist er verpflichtet, mit seiner Armee gegen Frankreich zu Felde zu ziehen, 2. Spanien willigt in Wiederherstellung des status vor dem Pyrenäischen Frieden, wenn aber Frankreich daraufhin nicht Frieden schliessen will und man die Waffen gebrauchen muss, so verlangt es für sich und seine Bundesgenossen Ersatz der Kriegskosten, 3. wenn andere Fürsten diesem Vertrage beitreten, sollen sie entsprechende Subsidien erhalten, 4. der Unterhalt der Truppen soll monatlich bezahlt werden, 5. beide Theile verpflichten sich, keine Separatverhandlungen mit Frankreich einzugehen, 6. Spanien behält sich vor, zwei Monate vor Ablauf der 6 Monate die Subsidien kündigen zu dürfen) d. Bruxelles 6. November 1667, von Castel Rodrigo und Blaspeil unterschrieben, und 3 nur von dem ersteren unterzeichnete Schriftstücke: 1. Zusicherung der Zahlung der dem Kf. schon früher versprochenen jährlichen Pension von 100 000 Thalern, 2. Freistellung für den Kf., auch mit anderen, namentlich mit den Gen. Staaten, über die Beförderung des Friedens zu verhandeln, 3. Vorbehalt weiterer Verhandlungen über Punkte, welche etwa den Intentionen der Principalen nicht entsprechen sollten. Vgl. Pufendorf X, § 41 S. 678.

[1]) Vgl. Pufendorf X, § 40 S. 678.

[2]) S. oben S. 746 ff.

schlagen, dass zwar die pyrenäischen Tractaten redintegriert, jedoch ein und andere Oerter für gewisse Geldsummen Frankreich gelassen werden sollen.

Die Subsidien dürfen nicht auf ungewisses verwiesen, sondern muss ihm deswegen ganz gewisse und unfehlbare Versicherung gegeben werden. Da Kf. daneben an den Markgrafen von Baden auch andere postulata, namentlich wegen einiger Satisfaction gestellt, Bl. davon aber nichts gemeldet hat, so hat er bei der Handlung desfalls das Interesse des Kf. zu beobachten.

Dass Kf. mit seiner Armee schon im März im Clevischen stehen soll, ist eine reine Unmöglichkeit, er braucht dazu wenigstens 3—4 Monate von Empfang der Subsidien an.

Bl. hat sich im übrigen in Acht zu nehmen, mit Spanien das geringste zu schliessen, wenn nicht vorher oder wenigstens zugleich alles mit den Staaten adjustiert wird.

Der Kurfürst an Blaspeil. D. Cöln an der Spree 12./[22.] November 1667[1]).

[Verwerfung der Ratification der abgeschlossenen Verträge. Ankündigung der Absendung einer Gesandtschaft nach Frankreich. Befehl, aufs neue nach Brüssel zu gehen.]

Wir haben Euer unterthänigstes Berichtschreiben vom 5./15. Novem- 22. Nov.
ber nebenst demjenigen, so Ihr mit dem Castel Rodrigo zu Brüssel gemachet, zwar wohl empfangen, uns aber dabei nicht wenig verwundert, wie Ihr Euch zu einem dergleichen importirenden Dinge ohne unseren Befehl induciren lassen. Wir können uns desselben nicht theilhaftig machen, viel weniger es approbiren, sondern lassen es billig noch zur Zeit dahin gestellet sein, und dieweil wir danebenst sehen, dass aus der Sache mit Schweden und Kuhrsachsen zu communiciren, Kuhrsachsens Ld. aber sich ehester Tage bei uns einfinden wird[2]), so wollen wir uns mit derselben unterreden und Euch sodann darauf unsere Meinung ferner wissen lassen, unterdessen habet Ihr Euch nach unsern Befehlen, welche wir an Euch nach und nach überschicket und künftig überschicken werden, eigentlich und gehorsamlich zu richten.

Und demnach, wie Euch bekannt, unser einziger Zweck ist, den Frieden zu befodern, bishero aber wahrgenommen, dass es mit der zu Cöln eingerichteten Mediation wohl ziemlich langsam daher gehen

---

[1]) Vgl. Pufendorf X, § 41 S. 679, Droysen III, 3 S. 141, Urk. u. Akt. XIV, 1 S. 358ff.

[2]) Kurfürst Johann Georg kam Anfang December 1667 mit seiner Gemahlin zur Theilnahme an der Leichenfeier der Kurfürstin Luise Henriette nach Berlin, s. Auerbach S. 288ff., Urk. u. Akt. XIV, 1 S. 361f.

möchte und dass ein und der ander Cuhrfürst und Fürst nichts desto weniger vor sich absonderliche Schickungen sowohl an den König in Franckreich als auch nacher Brüssel gethan, so werden wir auch mit dem förderlichsten unsern Fh. von Polnitz und unsern Meinderss in Gottes Namen nacher Franckreich abschicken mit diesem Befehl und Instruction, dass sie unsertwegen bei dem Könige das Friedenswerk nicht allein in gemein bestermassen recommandiren, sondern auch alle Mühe und Fleiss anwenden sollen, damit man nicht wie bis dato in blossen contestationibus verharren, besondern sich etwas specialius herauslassen und dergestalt einen rechten Anfang zum Werk machen möge. Weil wir aber auch nötig erachten, dass von dieser Schickung und derselben scopo Castel Rodrigo Nachricht habe, als befehlen wir Euch hiermit, dass Ihr Euch förderlichst nacher Brüssel begebet, ihme unsertwegen von diesem allen part gebet, Euch auch zugleich bei demselben erkundiget, was denn Spanien eigentlich bei denen vorstehenden Tractaten und Friedensnegotio für conditiones zu bedingen und auf welche es etwa beständig zu verharren gemeinet, indem wir nicht dafür halten könnten, dass diejenigen, welche er Euch angezeiget, zulanglich und dass es des Königs in Spanien Ernst, darauf zu bestehen, hiernegst so habt Ihr ihme zugleich zu entdecken, was wir bei dem mit Euch gemachten Aufsatz zu Brüssel für Gedanken führeten und dass wir bei des Herrn Cuhrfürsten zu Sachsen Ld. Anwesenheit mit deroselben aus der Sache reden und im übrigen die Handlung mit Spanien nicht abrumpiren, sondern ferner continuiren lassen wollten. —

23. Nov. P.S. Cöln 13./23. November 1667. Auch haben wir bei der Cleffischen Post vorgestern die articulos secretos empfangen. Nun ist Euch gnugsamb bekannt — dass unsere Gedanken einzig und bloss zu Beforderung eines billigmässigen raisonnablen Friedens gerichtet und wir keinesweges et non nisi extrema urgente necessitate uns in einige Kriegstroublen zu verwickeln gemeinet. — Dannenhero Ihr wohl besser gethan, dass Ihr so weit, als geschehen, nicht gegangen wäret, zumahlen in denen secret Articuln wir gegen negstkünftigen Monat Majum würklich zu agiren und den Frieden auf keine andere Condition, als dass Frankreich alle occupata restituire, zu schliessen engagiret werden, beide Dinge sein für uns sehr gefährlich —. Die Zusage wegen fernerer Subsidien und Zahlung desjenigen, so uns rückständig ist, befinden wir in dem Nebenarticulo mit so generalen und schlechten Worten abgefasset, dass wir uns davon geringen Effect promittiren, welches doch alles wieder dasjenige läuft,

dessen der Marggraff von Baden uns alhie so ausführlich und festiglich versichert. —

Wir finden daneben desto grössere Bedenken uns in dieser Sache zu übereilen, weiln die Herren Staten sich noch nirgends hin erkläret und Eurem eigenen Bericht nach geringe Apparenz und Hoffnung zu Erlangung einiger Subsidien von denselben vorhanden ist. —

Dieweiln wir nun bei solcher Beschaffenheit die projectirte conditiones und Articulen noch zur Zeit zu approbiren und zu ratificiren Bedenken tragen, jedoch aber die Handlung mit Spanien — zu continuiren gemeint sein, als wollet Ihr alsofort nach Empfang dieses Eure Reise auf Brüssel fortsetzen — und die Notification unser Schickung nacher Frankreich in solchen terminis zu thun, damit der Marquis keine jalousie oder ombrage daraus zu schöpfen Ursach habe, gestalt wir dann auch nichts zu Paris werden handeln lassen, als was zu Beforderung des Friedens und also zu der Spanier eigenen Interesse gereichet. Weil wir auch gut gefunden unsern Abgeordneten zu befehlen, dass sie über Düsseldorf ihre Reise fortsetzen sollen, als hättet Ihr Euch von Brüssel dorthin zu begeben oder zu Cleff gewisse Nachricht von ihnen zu gewarten, zu welcher Zeit sie zu Düsseldorf werden anlangen können, woselbst Ihr Eure Unterredung am besten werdet anstellen können. —

W. W. Blaspeil an den Kurfürsten. D. Cleve 18./28. December 1667.

[Besprechung mit Pöllnitz und Meinders. Anfrage wegen der Castel Rodrigo zu übergebenden Proposition.]

Er ist[1]) mit Pölnitz und Meinders in Düsseldorf zusammengekommen 28. Dec.
und sie haben dort von dem, was Kf. ihnen beiderseitig aufgetragen, ausführlich geredet, namentlich haben sie überlegt, wie der Kaiser am besten bewogen werden könnte, Pfalz-Neuburgs Beförderung zur polnischen Krone zu unter-

[1]) Vgl. unten v. Pöllnitzs und Meinders' Relation vom 16./26. December 1667. — Bl. hatte schon vorher in einem ausführlichen Schreiben an den Kf. (d. s'Gravenhage 3. December 1667) sein bisheriges Verhalten bei den Verhandlungen zu rechtfertigen gesucht. Kf. erwidert darauf (d. Cöln 2./[12.] Januar 1668): „Gleichwie wir uns nun wohl erinnern, dass bei damaligen Conjuncturen und Beschaffenheit der Affairen Ihr Befehl gehabt, dasjenige, was der Margraff von Baden mit uns zu Potstam angefangen, fortzusetzen, die Handelung auch unserer damals geführten Intention nicht entgegen gewesen, also seind wir auch damit gn. zufrieden und habet Ihr Euch an dem, was andere, denen solches unbekannt ist, etwa davon sagen möchten, nicht zu kehren."

stützen; Bl. schickt nach Verabredung eine Denkschrift deswegen mit. Ferner haben sie es als sehr wünschenswerth erkannt, dass der König von Frankreich zu Beilegung der Unruhe in den spanischen Niederlanden eine solche Erklärung, wie in dem mit Milet gemachten Vertrag enthalten, schriftlich von sich gäbe, und glaubt er, dass, wenn eine solche Erklärung nur auf schriftliches Anhalten der Gesandten zu erlangen wäre, es nicht bedenklich sein würde, desfalls etwas Schriftliches zu übergeben. Da auch er zu Brüssel auf das, was dort vorgetragen ist, namentlich wegen fördersamer Antretung des Congresses und Adjustierung der vorgeschlagenen Conditionen, eine schriftliche Erklärung Castel Rodrigo's nöthig haben wird, so fragt er an, ob er nicht auch die Substanz seines Vortrags nach Anleitung des Miletschen Tractats schriftlich übergeben darf.

W. W. Blaspeil an den Kurfürsten. D. Brüssel 17./27. Januar 1668.

[Verhandlungen mit Castel Rodrigo, dessen Aeusserungen inbetreff der Mediation und der veränderten Politik des Kf.]

27. Jan. Er ist am Abend des 10./20. hier angekommen, hat am 12./22. bei Castel Rodrigo Audienz gehabt und demselben vorgetragen, Kf. hätte auf die Versicherung des Königs von Frankreich hin, dass er zum Frieden bereit wäre, eine Gesandtschaft an denselben geschickt, um eben darauf bei demselben zu urgieren, ebendeshalb aber auch ihn an den Marquis geschickt, um denselben namentlich zu ersuchen, es zur Mediation kommen zu lassen, die mediatores, welche sich dazu offerierten, anzunehmen, Ort und Zeit des congressus zu benennen, auch, wenn man zusammen wäre, die Friedensbedingungen, welche vorgestellt werden sollten, seinerseits adoucieren zu helfen. Er hat dem Marquis ferner die schädlichen Folgen vorgestellt, welche die Fortsetzung des Krieges nach sich ziehen würde, sowie die Uebermacht Frankreichs und dass es daher unter solchen Umständen am dienlichsten sein würde, wohin auch verschiedene Kur- und Fürsten des Reichs, wie auch Holland zu collimieren schienen, dass dieser Krieg durch Abtretung einiger Oerter an Frankreich beigelegt würde. Castel Rodrigo erwiderte, nachdem er des Kf. Sorgfalt und Eifer für das gemeine Beste hoch gerühmt, Spanien hätte sich von den Kur- und Fürsten am Rhein eines ganz anderen versehen und könnte nicht begreifen, dass sie zu Rettung der Niederlande, der Vormauer des Reichs, nicht nur nichts thäten, sondern sogar noch Frankreich in seinem Vorhaben favorisierten. Frankreichs Betheuerungen seiner friedfertigen Gesinnung seien nur Worte, die mit der That nicht übereinkämen, das zeigten schon die conditiones, welche es praescribierte, es suche nur dadurch die Interessierten in Schlaf zu wiegen und ihre Vereinigung zu hindern, um so seinen Intent ungehindert zu erreichen. Er wäre sonst willig, die Mediatoren anzunehmen, spanischerseits seien der Papst und England, womit auch Frankreich zufrieden wäre, bereits acceptiert und würde man auch gern sehen, dass das römische Reich, welches jetzt zu

Regensburg beisammen wäre, diese Mediation mit antrete, sollte dasselbe den Kf. nicht deputieren, so wollte er denselben insbesondere mit dazu ersuchen, eine grössere Zahl Mediatoren würde das Friedenswerk mehr hindern als befördern. Als Ort habe er bereits Aachen erwählt, auch dem Könige von Frankreich bereits vor 4 oder 5 Wochen angezeigt, dass er, wenn derselbe eine Person gleicher Qualität hinschicken wolle, persönlich dorthin gehen wolle, aus der darauf erfolgten Antwort aber sei auch abzunehmen, dass es dem Könige mit dieser Handlung kein rechter Ernst sei. Auf seine Frage, ob Spanien nicht auch die schon von Frankreich angenommene Mediation der zu Cöln versammelten correspondierenden Kur- und Fürsten annehmen wollte, erwiderte er, er wüsste von keiner Zusammenkunft im Reich als der zu Regensburg, auf seine weitere Frage wegen der Bedingungen entgegnete er, wenn es zur Mediation käme, dürfte ebensowenig Frankreich wie Spanien solche vorschreiben, die Alternative wäre so beschaffen, dass Spanien ebenso nützlich auch den Rest der Niederlande an Frankreich übergeben könnte, doch würde davon zu reden Zeit sein, wenn die Mediatoren beisammen wären.

PS. Castel Rodrigo hat mit ihm auch von dem zwischen ihnen beiden concertierten Tractat gesprochen und gefragt, weshalb Kf. seine dem Markgrafen von Baden gegebene Resolution so schleunig und ohne Warnung geändert. Als er, Bl., erwidert, nicht Kf., sondern der kaiserliche Hof und Spanien selbst wären daran Schuld, dass die Sachen nicht auf den Fuss, wie man anfänglich beabsichtigt gehabt, genommen wären, Kf. bliebe sonst nach wie vor resolviert, den Frieden zwischen beiden Kronen nach Möglichkeit zu befördern, erwiderte er, das Augenmerk sei allerdings dahin gegangen, man hätte aber doch nicht den modum auf die Weise, nach Wunsch und in Favor Frankreichs, ändern sollen, spanischerseits sei keine Schuld dazu gegeben, jedenfalls hätte das polnische Werk dazu geholfen. Er könnte aber nicht glauben, dass Kf. ganz die französische Partei angenommen hätte, er nähme sich daher immer des Interesses desselben an, hätte auch jetzt in Mecheln dem Hohen Rath die Sache desselben recommendiert.

W. W. Blaspeil an den Freiherrn v. Schwerin. D. Brüssel 5./15. Februar 1668.

[Ungünstige Aussichten zum Frieden.]

Er hat sich bemüht, den rechten Grund der Sachen, namentlich ob Spa- 15. Febr.
nien Frieden oder Krieg haben wolle, zu ergründen, kann dazu aber nicht gelangen, da er keine Nachricht von v. Brandt hat und so nicht weiss, wie England gesinnt ist. Hier glaubt man, dass England den Krieg gegen Frankreich gern fortgesetzt sähe und den neulichen Tractat mit Holland nur darum gemacht habe, damit die Gen. Staaten sich nicht mit Frankreich verbinden möchten, inzwischen sei der Tractat so eingerichtet, dass man Frankreich leicht ins ungleich stellen und selbigem Könige die Ursache sowohl der Continuation als des Beginns des Krieges imputieren könne. Daher werden die consilia

hier mehr zum Kriege als Frieden gerichtet und bleibt man noch immer in dem Gedanken, auch Kf. zu gewinnen, welchem er wegen des Processes zu Mecheln nicht sehr widerspricht.

Ich meinestheils halte den Frieden vor desperat, wo der Friede mit Portugal gemacht wird. Allem Ansehen nach wird man den Marggraf von Baden annoch nach unserm Hofe schicken. Mein geringer Rath ist und bleibet, dass Ihre Ch. D. — nur mit Schweden, Chur Sachsen und Braunschweig steif zusammen halten und den Hagischen Tractat annehmen, wann und wie Schweden thun werden, inmittelst aber Ihr Interesse in Polen so weit poussiren als thunlich und Frankreich zwar mesnagiren aber nicht zuviel einräumen. —

---

8. Verhandlungen mit K. Sachsen. August — November 1667.

Carl von Stein[1]) an den Kurfürsten. D. Freiberg 5./[15.] August 1667.

[Bereitwilligkeit K. Sachsens zu einer Zusammenkunft mit Kf.; Nothwendigkeit spanischer Subsidien.]

15. Aug. Er ist am 3. in Dresden angekommen, ist auf die Nachricht, dass der Kurfürst sich hier befinde, demselben hieher nachgereist, heute hier angelangt und hat des Kf. Verlangen wegen einer Zusammenkunft und vertraulichen Unterredung demselben mitgetheilt, der Kurfürst hat sich dazu ganz geneigt erklärt und als Ort des Kf. Amtshaus Zinne, als Zeit aber den 22. hujus st. v. bestimmt, jedoch erklärt, wenn Kf. die Zusammenkunft noch früher wünschte, seine anderen Affairen abbrechen und sich einstellen zu wollen. Er hat auch mit dem Geh. Rath Heinrich v. Friesen in Dresden davon gesprochen, der auch diese Zusammenkunft für gut und nothwendig hielt und sie zu beschleunigen rieth, da von hiesigem Hofe ehestens eine Abordnung an den König von Frankreich geschehen solle, wozu v. Burckersroth und Obrister Kanne deputiert seien.

Sonsten scheint das ganze Werk und die Inclination dieses Hofes darinnen zu bestehen (so gegen Ew. Churfl. Dchl. in unterthänigstem Vertrauen melde), dass, wann Spanien den Beutel aufthun (wie man denn hoc rerum statu mit dem Geld nicht karg oder sparsam sein soll)

---

[1]) Kanzler des Markgrafen Christian Ernst von Baireuth, welcher als ehemaliges Mündel des Kf. und Schwiegersohn des Kurfürsten von Sachsen dem brandenburgischen und sächsischen Hofe gleich nahe stand und sich damals schon seit dem März 1667 (s. Urk. u. Akt. XIV, 1 S. 299; II, S. 475. 483) an dem ersteren aufhielt.

und Chur Sachsen mit ein Tonnen Goldes wird an Hand gehen, die Partie gar bald gemacht sein dürfte, denn ex parte Frankreich dergleichen offerta auf dreimal so viel geschehen sein und zu diesem Ende ist auch die Abordnung angesehen, worauf Ew. Chfl. Dchl. sicherlich Reflexion nehmen können, weil ichs von gar gewissen Leuten, denen zum theils das ganze negotium bekannt, theils auch selbst drin employret werden, habe.

PS. K. Sachsen hat von ihm begehrt, er solle sich in seiner Suite nach Zinne begeben, er wird aber erst die Ordre seines Fürsten einholen[1]).

Protocollum[2]) was bei Anwesenheit Chur Sachsens und Chur Brandenburgs zu Zinna vorgangen Mense Augusti, Anno 1667.

Sabbati die 24. Aug. 1667 hora 5 pomeridiana proponiert v. Schwerin, 3. Sept.
Kf. hielte vieler Ursachen halber den jetzigen Zustand für viel gefährlicher als er bei dem 30jährigen Krieg gewesen. Die Ursachen zu diesem seien 1) causa religionis, 2) dass man sich der besorgenden spanischen Monarchie opponieren wollen, gewesen, in dem 1. Punkt schiene jetzt nichts zu besorgen zu sein, betreffend des 2. so sei zwar die spanische Macht so gedämpft, dass man von derselben keine Monarchey oder Apprehension zu besorgen, doch würden diejenigen Kur- und Fürsten, welche ihre Libertät liebten und sich nicht einer andern Direction ergeben wollten, ebenso grosse Ursache haben dahin zu sehen, dass nicht eine andere aufsteigende Macht ihnen gefährlich würde, Kf. wäre in desto grösseren Sorgen, weil er sehe, dass ein Theil der Kur- und Fürsten im Reich selbst solche gefährlichen Desseins befördern wollten, er hätte zwar gern hieraus mit etzlichen anderen vertrauliche Correspondenz pflegen wollen, aber verspürt, dass die, welche die Affairen dirigieren, eben diejenigen gewesen, die Ursach dazu gegeben, und man bei ihnen oft heftigere passiones gefunden, als an dem Orte selbst, von wannen dieses alles entsteht. Er wollte doch den Muth darum nicht sinken lassen, hätte auch jetzt um so mehr Ursach, das Werk in Consideration zu ziehen, weil man jetzt in Frankreich die Masque ganz abgethan, indem dieser Krone weitaussehende Desseins mit des Königs privilegio in offenem Druck ausgegeben[3]), woraus leicht zu sehen, was

[1]) Kf. schreibt an den Hofmarschall v. Canstein (d. Potsdam 9./[19.] August 1667), er gedenke am 17./27. den Kastellan von Posen Grzymultowski in Zehden zu sprechen und acht Tage später mit K. Sachsen in Zinna zusammenzutreffen, v. C. solle die dazu nöthigen Anstalten treffen; vgl. auch Urk. u. Akt. II, S. 469.

[2]) Vgl. Pufendorf X, § 35 S. 673; Droysen III, 3 S. 135f.; Urk. u. Akt. II, S. 471f., 491f., XIV, 1 S. 333ff.; Helbig, Die diplomatischen Beziehungen Johann Georgs II. von Sachsen zu Frankreich (Archiv f. Sächsische Geschichte I) S. 299f.; Auerbach, La diplomatie française et la cour de Saxe 1648—1680 S. 272ff.

[3]) S. oben S. 704.

man künftig zu gewarten. Kf. ersuchte demnach K.Sachsen, mit ihm vertraulich zu überlegen und sein Sentiment zu eröffnen, was bei so weit aussehendem Werk der Kron Frankreich zu thun. Es sei ihm zwar bekannt, dass K.Sachsen mit Frankreich in Allianz[1]) begriffen, allein wie er ebenso mit Frankreich alliiert sei[2]) und nicht die geringste Passion gegen dasselbe habe, so hoffe er auch, K.Sachsen werde non obstante illo foedere solche consilia ergreifen, wodurch das Römische Reich und andere benachbarte Potentaten bei ihrem statu erhalten und die balance, worum man es soviel kosten lassen, beibehalten werde. Er hätte allerdings in der Allianz einige bedenkliche Punkte gefunden, 1) dass[3]) der König von Frankreich K.Sachsen und dessen ganzes Haus in Protection genommen, 2) dass[4]) K.Sachsen sowohl im Allianz- als Staatsrath solche ministros setzen sollte, die dem König angenehm; das erste hielte er für contra dignitatem, das zweite contra securitatem; wenn K.Sachsen das oben Angeführte zu Herzen fassen und sich der bevorstehenden Gefahr des Reichs treulich mit annehmen wollte, so wollte er ihm an Hand geben, wie er mit gutem Glimpf und so, dass der König von Frankreich keine rechtmässige Ursache der Offens nehmen könnte, sich aus solchem Werk wickeln und wieder freie Hände bekommen möchte.

H. Frise[5]) dankt für die vertrauliche ouverture, namentlich dass Kf. ihn zu dieser Conferenz desideriert habe, er wollte alles seinem Herren referieren. Gott wäre billig zu danken für diese Zusammenkunft und er wünschte, dass derselbe dieser beiden Potentaten Herz ferner fest verknüpfen und ihnen heil-

[1]) K.Sachsen hatte mit Ludwig XIV. zu Regensburg 16./26. April 1664 eine geheime Allianz abgeschlossen, der zu Zwickau 7./17. September 1665 einige Artikel hinzugefügt worden waren (Dumont VI, 3 S. 7. 53), vgl. Helbig S. 293f., Auerbach S. 147. 190.

[2]) Die Allianz vom 6. März 1664, s. Urk. u. Akt. IX, S. 692.

[3]) Art. 1 der Regensburger Allianz lautet: Il y aura à l'avenir une intime, ferme et constante amitié et une étroite confédération entre Sa Majesté et Son Altesse Electorale en conséquence de laquelle Sa Majesté s'oblige et promet en foi et parole de Roi d'assister de tout son pouvoir, protéger et défendre la personne, les états, pays et peuples de Son Alt. Elect. toutes les fois qu'elle en sera recherchée dudit Seigneur Electeur contre tous ceux (sans nul excepter), qui les voudraient attaquer, troubler etc.

[4]) In den Zwickauer Zusatzartikeln verpflichtet sich K.Sachsen: Comme il est tout à fait important pour le bien de ladite alliance, que les ministres lesquels y seront employés soient des personnes bien intentionnées dans lesquelles Sa Majesté très Chrétienne et Son Alt. Elect. puissent prendre une entière confiance, Sadite Alt. Elect. veut bien et promet en foy et parole de Prince n'employer dorénavant dans tout ce qui regardera ladite alliance que des ministres, qui seront agréables à Sa Majesté T. Chr. et bien portés à soutenir et à procurer autant qu'il dépendra d'eux les avantages de ladite alliance. Son Alt. Elect. s'oblige aussi de former et d'établir un conseil particulier pour y régler et conclure toutes les affaires soit celles qui regarderont ladite alliance soit d'autres, qui se traiteront dans les diètes et autres assemblées de l'Empire où Sa Maj. T. Chr. se trouvera intéressée. Vgl. Auerbach S. 200ff.

[5]) Heinrich v. Friesen, K.Sächsischer Geh.Rath.

same consilia inspirieren wolle. Sie müssten sich beiderseits recht ausbeichten, ausserdem könnte man keine rechte Resolution fassen, er hoffe, sein Herr würde offenherzig bekennen, wie weit er mit Frankreich engagiert wäre. Er für seine Person wäre bisher von allen solchen consiliis excludiert gewesen, weil aber K. Sachsen ihm jetzt befohlen, mit Schwerin diese Conferenz allein zu halten, so hätte er um desto mehr zu hoffen, derselbe würde offenherzig gegen ihn herausgehen.

25. August kommen zwar, da es Sonntag ist, Nachmittags die sächsischen Räthe Friesse und Wolff Ramstorff[1]) mit v. Schwerin zusammen, da sie aber melden, dass sie noch nicht alles K. Sachsen hätten referieren können, so wird die Conferenz auf den folgenden Tag verschoben. 4. Sept.

26. August. Baron de Friese proponiert: K. Sachsen wollte über seine consilia lieber von anderen urtheilen lassen als selbst davon sprechen, wäre sonst in seinem Gewissen versichert, dass er dieselben nie den fremden Kronen zum besten eingerichtet, wäre auch nochmalen der Intention, alles befördern zu helfen, was zu Frieden und Sicherheit der teutschen Freiheit und beständigem Vertrauen mit den Nachbaren dienlich sein möchte. Sein Bündnis mit Frankreich, hoffte er, könnte nicht übel ausgelegt werden, weil es nur auf das Instr. pacis gerichtet und sonst weder zu des Kaisers noch irgend eines Standes Offension angesehen wäre, in diesen Schranken gedächte er auch zu bleiben. Als er die neue Unruhe in den Spanischen Niederlanden gesehen und vorher mit K. Mainz und K. Brandenburg Schreiben gewechselt[2]), wie durch gütliche Mittel dieselbe gehoben werden könnte, hätte er beschlossen, eine Abschickung[3]) an den König zu thun, um seine Interposition anzubieten und ihn zum Frieden zu disponieren; falls K. Brandenburg hierüber andere Mittel beiwohnten, wollte er darüber gern vertraulich communicieren. Für die zwei Erinnerungen zur französischen Allianz bedankte er sich, müsste aber zur Information berichten, dass er gar nicht gemeint wäre, sich in französische Protection oder gar Dependenz zu begeben, das Wort bedeute hier nur, dass, wenn K. Sachsen in seinen Landen angefochten werden sollte, Frankreich schuldig wäre ihm zu assistieren. Den zweiten Punkt betreffend hätte er bald gemerkt, dass sich derselbe nicht würde practicieren lassen[4]), K. Mainz hätte es auch erinnert, daher er seinen Gesandten anbefohlen, solches dem Könige von Frankreich zu remonstrieren und es dahin zu vermitteln, dass dieser Punkt geändert würde, dabei wollte er auch beständig verharren und hoffte, K. Brandenburg würde glauben, dass er so tief mit Frankreich nicht engagiert wäre, als es etwa von anderen ausgesprengt würde, und sich seiner aufrechten treuen Freundschaft ferner versichert halten. 5. Sept.

---

[1]) v. Wolframsdorff, K. Sächsischer Geh. Rath, s. über ihn Auerbach S. 143.

[2]) S. oben S. 699 ff.

[3]) S. über die Sendung v. Burkersrode's und v. Kanne's Helbig S. 298 f., Auerbach S. 270 ff.

[4]) Der Allianzrath war allerdings formell eingerichtet, aber nie zu wirklicher Thätigkeit gekommen. S. Auerbach S. 200 ff.

Ferner proponiert er, durch ein Schreiben von K. Mainz sei K. Sachsen zu der Zusammenkunft zu Cöln a. R. eingeladen worden, da auch K. Brandenburg dieselbe beschickte, bäte er um Information, was daselbst bereits vorgegangen und wohin Kf. seine Gesandten instruiert hätte. Endlich bittet er, da auf dem jüngsten Probationstage ihnen beiden zuwider viel Präjudicierliches in dem Münzwesen vorgegangen, dass man sich einerlei Meinung und einerlei Art zu münzen vergleichen möchte.

v. Schwerin übernimmt alles an Kf. zu referieren. Betreffend das Hauptwerk, wie bei jetzigen Conjuncturen aller Gefahr vorzukommen, hätte Kf., da K. Sachsen ihn inständigst ersucht, sich specialius darüber herauszulassen, ihm folgendes vorzustellen befohlen:

1) Da er schon mit K. Mainz und K. Sachsen concertiert, wie durch gütliche Mittel und durch Interposition des kurfürstl. Collegii oder einiger Kurfürsten dieser Krieg gehoben werden könnte, dieses auch am französischen Hofe bekannt sei, ob nicht K. Sachsen seine Gesandten so lange wollte stille stehen lassen, bis er die seinigen zugleich mit denselben an den König abschicken könnte, da solches das Vertrauen zwischen ihnen beiden zeigen und desto mehr Anlass geben würde, die offerierte Mediation zu acceptieren.

2) Da zu fürchten sei, dass Frankreich die gesamten Niederlande unterwerfen könnte, ehe man zu den Tractaten schritte, ob K. Sachsen nicht für gerathen hielte, dass man bei solcher Abschickung ausdrücklich begehre, dass Frankreich gegen eine Versicherung, dass man ihm dasjenige, wozu es von Rechtswegen befugt, verschaffen wollte, mit den Waffen stille stehe und keine ferneren Progressen mache, mit dem Anhang, das Reich wäre dergestalt dabei interessiert, dass es widrigenfalls dem Opprimierten die schuldige Hülfe nicht versagen könnte.

3) Ob K. Sachsen nicht rathsam hielte, damit dieses mit desto mehrer Sicherheit geschehen könnte, dass ein starkes Bündnis zwischen Kaiser, Schweden, K. Sachsen, Brandenburg und dem Hause Braunschweig aufgerichtet würde, Kf. erbiete sich solches zu befördern und halte nicht dafür, dass dieses dem von ihnen beiden mit Frankreich aufgerichteten Bündnis zuwiderlaufe, da ein solches Bündnis nur darauf zielen würde, den Frieden zu erhalten, nicht aber, Frankreich etwas wegzunehmen.

Nachdem beiderseits Räthe ihren Herren Relation abgestattet, kommen sie nach einer Stunde wieder zusammen. Baron Friese proponiert, der erste Vorschlag gefalle K. Sachsen nicht übel, da er aber fürchte, dass seine Gesandten schon weg wären, so schlage er vor, Kf. möchte die seinigen nachschicken, er wolle den seinigen befehlen, mit den Gesandten des Kf. das Werk unanimiter zu befördern. Auch den zweiten Vorschlag wegen des Stillstandes halte K. Sachsen für sehr gut und hoffe, wenn die Versicherung hinzukäme, dass dieses zu Facilitierung der Sache helfen würde. Wegen des Anhangs aber müsste er etwas anstehen, er besorgte, es möchte zu zeitig sein und mehr zu Hinderung als Beförderung des Werkes ausschlagen. Seines Ermessens nach wäre zuförderst die Interposition allein zu urgieren, alsdann stände es noch allezeit frei, dergleichen zu thun.

3) Wegen des Bündnisses könnte er sich erst näher herauslassen, wenn er darüber informiert würde, auf was conditiones dasselbe gerichtet werden sollte; er glaubte nicht, dass ihm von jemand verdacht oder gar verwehrt werden könnte, dergleichen foedera zu des Reichs und seinem eigenen Besten einzugehen, da er als ein freier Kurfürst des Reiches solches gar wohl befugt wäre.

v. Schwerin hat dieses ad referendum angenommen und dabei wegen der Cölnischen Zusammenkunft hinterbracht, bei der vorigen Zusammenkunft sei daselbst nichts geschlossen, weil sich die meisten gar partial dabei erwiesen und allein dahin getrachtet, ein solches Bündnis zu machen, dass weder dem Kaiser noch jemand anders vergönnt werden möchte, den Spaniern Hülfe zu schicken. Kf. hätte jetzt die Seinigen wieder abgeschickt, jedoch ausdrücklich instruiert, dass dergleichen Partialität verhindert und weder dem Kaiser noch einem anderen Stande des Reichs seine gebührende Freiheit beschränkt werde; es würde ihm sehr lieb sein, wenn K. Sachsen die Seinigen mit gleicher Instruktion auch dahin abfertigen wollte.

Hierauf[1]) ist nach gethaner Relation von beiderseits Chfl. Dchl. ein Interimsproject aufgesetzet, so von beiden Churfürsten unterschrieben werden sollen, und denen Chursächsischen zugestellet worden, dieselbige haben solches des folgenden Tages als den 27. Aug. früe wiedergebracht, 6. Sept. einige Erinnerungen hinzugethan und ist solches endlich von beiden Churfürsten in des Churfürsten von Sachsen Kammer unterschrieben und gesiegelt, wie solches hiebeigeleget ist[2]). Darauf ist eine Ordre ausgerichtet an die Chur S. Abgesandte, dass sie subsistieren sollten, hiernegst seind Sie zum Früestücke gegangen und hernach in grosser Vertraulichkeit geschieden.

Vertrag[3]) zwischen den Kurfürsten Johann Georg von Sachsen und Friedrich Wilhelm von Brandenburg. D. Zinna 26. August/[5. September] 1667.

Zwischen beiderseits Churfürstlichen Durchleuchtigkeiten zu Sachsen 5. Sept. und Brandenburg ist bei itziger Anwesenheit folgendes beliebet und beschlossen worden:

---

[1]) von O. v. Schwerin hinzugefügt.

[2]) S. unten.

[3]) Schon gedruckt Urk. u. Akt. XIV, 1 S. 335f., vgl. Auerbach S. 280. 286; der ebendaselbst abgeschlossene Vertrag über die Ausmünzung der Scheidemünze (d. Zinna $\frac{\text{27. August}}{\text{[6. September]}}$ 1667) bei Dumont VII, S. 58 (v. Mörner S. 320).

1. Erstlich wollen Se. Churf. Durchlt. zu Sachsen dero nach Franckreich destinirten Gesandten Befehl thun, dass wo selbiger sie annoch zu Cöln am Rhein oder der Oerter antreffen würde, doselbst so lange zu subsistiren, bis Se. Churf. Durchlt. zu Brandenburg auch die Ihrige mitschickten und die Interposition offeriren lassen könnten.

2. Zum andern erbieten sich beiderseits Churf. Durchleuchtigkeiten anfänglich den Stillstand der Waffen zu befordern und darbei Frankreich zu offeriren ihm, wozu es mit Recht befugt, zu verhelfen.

3. Und damit drittens beiderseits Churfürstliche Durchleuchtigkeiten die itzige Gefahr desto besser abwenden und selbst deswegen keine Wiederwertigkeiten zu besorgen haben mögen, so wollen sie unter sich ein Bündnus aufrichten, dessen Zweck fürnehmblich sein soll die Beobachtung des Instrumenti Pacis, die Erhaltung der Chur- und Fürstl. Freiheit und Sicherheit, auch sonderlich dass das Heil. Röm. Reich bei seiner löblichen Harmoni, Integrität und Verfassung, auch dessen Glieder bei Dignität und Würde conserviret werden möchten, welches Bündnus ehistens in extensa forma aufgesetzt, mit Chur Sachsen projectsweise vertraulich communicirt und dero wohlmeinenden Erinnerungen darbei zu thun Ihr allerdings freigelassen werden solle. Wann nun von beiderseits Churfürstl. Durchlt. die Conditionen und Puncten allenthalben richtig gemachet, so soll der Röm. Keysl. Mait., Krohn Schweden und dem Fürstl. Hause Braunschweig wie auch andern mehr, so solche Intention haben und des Heil. Röm. Reichs Consistenz und Ruhestand erhalten helfen wollen, mit darzu zu treten frei und offen gelassen werden.

Signatum unter beider hochstgedachter Churf. Durchleuchtigkeiten Unterschrift und vorgedruckten Insiegeln zu Zinna den 26. Augusti Ao. 1667.

Johann Georg Churfürst. Friderich Wilhelm Churfürst.

O. v. Schwerin an den Kurfürsten. D. Alt Landsberg 6./[16.] September 1667.

[Mittheilungen v. Friesens, Weisung an v. Mahrenholtz.]

16. Sept. v. Friesen hat abermal an ihn geschrieben, er versichert, dass sein Herr beständig bei den Verabredungen von Zinna verbleibe, und begehrt, die Gesandten des Kf. möchten angewiesen werden, mit den ihrigen in dem burgundischen Werk vertraulich zu communicieren. Er hat deswegen an Marenholtz geschrieben. Friesen wünscht auch, dass man sich bemühen möge, K. Baiern auf

einen bessern Weg zu bringen; er hat deshalb auch an Marenholtz geschrieben, soviel möglich bei den K. Bairischen zu tractieren, doch ohne dass es der Französische erfahre.

Kurfürst Johann Georg von Sachsen an den Kurfürsten. D. Dresden 9./[19.] September 1667.

[Anzeige der Beschickung des Cölner Conventes.]

Da K. Mainz, bei welchem seine Gesandten eingesprochen, gemeint, dass 19. Sept.
jetzt mit Particularschickung an sich zu halten, weil vor allen Dingen der Kur- und Fürsten Gedanken wegen einer allgemeinen Schickung durch ihre zu Cöln anwesenden Gesandten zu vernehmen seien, und ihn nochmals ersucht hat, den Convent zu beschicken, auch K. Baiern Gesandte dorthin geschickt und ihn um Sendung der seinigen ersucht hat, so hat er heute an seine Gesandten den Befehl abgehen lassen, an dem Convent Theil zu nehmen und mit den Gesandten des Kf. vertraulich zu communicieren [1]).

O. v. Schwerin an den Kurfürsten. D. Alt Landsberg 7./[17.] October 1667.

[Vorschläge inbetreff des K. Sachsen, K. Mainz, Holland und Spanien gegenüber einzuhaltenden Verfahrens. Blaspeils Reise zu Münster. Angebliche aus Spanien in Wien angekommene Geldsummen.]

Weil E. Chf. D. selbst gnädigst erinnert, dass man bei Chur 17. Oct.
Sachsen öfters anklopfen müsste, so stelle zu deroselben gnädigstem Gefallen, ob Sie dessen Handbrieflein etwan auf solche Art als ich unmassgeblich hier beigeleget [2]), beantworten wollen. An den H. Friesen

---

[1]) Kf. schreibt an O. v. Schwerin 16./[26.] September 1667, er sollte an Friesen schreiben, derselbe möchte es dahin richten, dass die K. Sächsischen Gesandten in Cöln der zu Zinna genommenen Abrede gemäss instruiert würden und dass K. Sachsen sich bemühe, K. Baiern zu guten consiliis zu disponieren, ferner seine Vettern, welche auf dem Reichstage in der burgundischen Sache für Neutralität gestimmt, veranlassen, dort pro integritate imperii zu stimmen. — Der baireuthische Kanzler v. Stein, welcher Anfang Oktober wieder nach Dresden gereist war und dem auch Kf. Aufträge dorthin ertheilt hatte, bringt ein eigenhändiges Schreiben des Kurfürsten Johann Georg an Kf. (d. Dresden 1./11. Oktober 1667) zurück, in welchem dieser auf dessen Bericht verweist und hinzufügt: „versichere E. L., dass ich jederzeit beharrlichen als ein treuer Churfürst dem Römischen Keyser und der Churfürstlichen Verein, so ich eidlichen beschworen, steif halten und ohne Falsch treu verbleiben werde. E. L. lassen sich nicht irren, sondern trauen mir und meinen Worten."

[2]) Fehlt in den Akten.

habe ich geschrieben, dass E. Chf. D. schicken werden[1]), und weil Chur Sachsen ein gutes Vertrauen auf Chur Maintz setzet, auch nicht zu vermuthen, dass Chur M. die jetzige consilia aus Affection, besondern vielmehr aus Furcht führe, so würde sehr gut sein, dass man auch fleissig mit demselben correspondire, würde es ihn nicht gänzlich abziehen, so würde es doch noch viel, welches sonst erfolgen könnte, verhindern. Diejenige, gnädigster Herr, so von E. Chf. D. und Chur Sachsen nach Franckreich geschicket werden sollen, werden im Namen aller der Chur- und Fürsten geschicket, welche jetzt zu Cöln sein, daher wird von ihnen insgesambt müssen beschlossen werden, wie sie sich in den Ceremonialibus verhalten sollen, weiln sie aber nur Ablegati sein werden, können sie nicht leicht verkürzet werden. In des H. Blasbiels und H. Romswinckels Relation[2]) finde ich grosse Difficultät, dass man an spanischer Seite ein Misstrauen kegen die Staaten setzet und E. Chf. D. gleichwohl ohne diese das Werk mit keiner Sicherheit antreten können. Würde demnach im Haag dahin zu arbeiten sein, dass sie von solchen Conditionen abstünden, welche gar zu praejudicirlich vor Spanien sein, und gleichergestalt müsste zu Brüssel remonstriret werden, dass sie auf alle conditiones nicht so genau reflectiren müssten, wenn sie nur ihre Intention, das ist E. Chf. D. und der Staden Assistenz erhielten. Ich kann aber nicht wohl zusammenreimen, dass sie schreiben, der Marquis de C. R. habe alles gebilliget, was zu Potstam verabredet, und dennoch wegen der Mittel, welches doch das nötigste ist, so grosse Difficultät gemachet werde, E. Chf. D. haben nicht zu viel begehret, man weiss wohl, was zum Kriege gehöret, und würden E. Chf. D. Lande doch noch genug dazu thun müssen, daher ich nicht sehe, wie E. Chf. D. hievon etwas remittiren können. Wann der Marquis de C. R. weggehen und ein ander in seine Stelle kommen sollte, der noch nicht informiret und des Landes kundig ist, wird es gewiss nicht ohne Nachtheil und Hinderunge des vorhabenden Werkes zugehen, wann er aber auch so schlecht alda geliebet und estimiret wird, möchte sein Verbleiben auch wohl nicht erspriesslich sein. Jedoch

[1]) Schon 6./16. Oktober schlägt v. Schwerin dem Kf., um die Gegenbemühungen des französischen Residenten in Dresden zu vereiteln und zu bewirken, dass das zu Zinna Verabredete zu mehrerer Verbindlichkeit gebracht werde, eine Conferenz von Ministern beider Kurfürsten vor und beantragt, da er selbst jetzt nicht gut die Prinzen verlassen könne, v. Somnitz unter dem Vorwande, die Leipziger Messe zu besuchen, dahin gehen zu lassen.

[2]) S. oben S. 775.

däucht mir könnte es nicht schaden, wann E. Chf. D. an den Keyser schrieben, dass solche Veränderunge schädlich, und Sie daher am spanischen Hofe machen möchten, dass C. R. seinen Abschied nicht erhielte, es würde doch wohl geschehen, was sie erspriesslich hielten, und E. Chf. D. hätten ihn hiedurch obligiret und dero Vorsorge zugleich an Spanien bezeuget, und weil man zu Brüssel mit dem Bischof zu Münster so wohl zufrieden, so könnten E. Chf. D. dem H. Hammerstein[1]) solches zu verstehen geben, damit er desto ehe von seiner Meinunge ablasse, und däucht mich, es werde gut sein, dass E. Chf. D. den H. Blasbiel erlauben dahin zu gehen. Weil aus Wien auch berichtet wird, dass aus Spanien so grosse Wechsel angekommen, habe ich an H. B. de Goes geschrieben, er möchte doch erinnern, dass E. Chf. D. auch ein Theil davon bekommen möchten, habe ihm neulich desfals die Nothwendigkeit weitläufig vorgestellet. —

Instruction, womit wir Friderich Wilhelm — unsern Geheimen Rath — Lorenz Christoff von Somnitz — nacher Leipzig abgefertiget, daselbst mit demjenigen, so von Chur Sächsischen Räthen daselbst erscheinen wird, in Conferenz zu treten. D. Potstam 9./[19.] October 1667.

[Abzuhaltende Conferenzen über das brandenburgische Bündnisproject; Beitritt des Kaisers, Bemühungen bei K. Mainz, K. Baiern und Münster; Vorsicht gegenüber K. Mainz; Verhalten gegen Frankreich; Nothwendigkeit einer Kriegsverfassung.]

Nachdem auf der Zusammenkunft zu Zinna mit K. Sachsen eine wiewohl 19. Oct.
kurze doch verbindliche Abrede wegen eines engeren Bündnisses zu Papier gebracht, dabei aber beliebet, dass dieses weiter extendiert und auf diese Occurrentien eingerichtet werden sollte, von Kf. auch schon ein Project[2]) dazu eingesandt worden, soll er mit den K. Sächsischen Deputierten über fernere Adjustierung desselben conferieren. Er soll sich bemühen, dass es bei dem Project in substantialibus verbleiben möge, sollten aber Schwierigkeiten bei den Haupt-

[1]) S. unten S. 797.

[2]) S. Urk. u. Akt. XIV, 1 S. 344. v. Friesen schreibt an O. v. Schwerin aus Schönfeld $\frac{21.\ \text{September}}{1.\ \text{October}}$, er werde bei seiner morgenden Rückkehr nach Dresden das ihm zugesandte Vertragsproject seinem Kurfürsten vorlegen; $\frac{27.\ \text{September}}{7.\ \text{October}}$ meldet er, er habe das Project erst heute dem Kurfürsten vorlegen können, derselbe wünsche Zusammenschickung von Räthen aber, um Aufsehen zu vermeiden, in der Stille, vielleicht bei Gelegenheit der bevorstehenden Leipziger Michaelismesse.

punkten hervortreten und bei der Conferenz nicht gehoben werden können, so hat er darüber zu berichten und fernere Erklärung abzuwarten.

2. Dass der Kaiser erklärt hat[1]), wie das Haupt des Reiches so auch gerne in dieser Confoederation sein zu wollen, davon ist nicht eher Erwähnung zu thun, als wenn man unter einander richtig ist, und kann diese Clausel dabei gesetzt werden, man wolle dem Kaiser alles hinterbringen, nicht zweifelnd, dass er als das Haupt des Reiches nicht allein darin gehelen sondern sich auch zur Assistenz verstehen werde.

3. Es ist auch zu überlegen, wie man zu Folge des 3. Artikels einige Reichsstände, wie besonders K.Mainz, K.Baiern und Münster, zu erspriesslichen und einmüthigen consiliis bringen könnte. Da eine von Kf. gewünschte[2]) Zusammenkunft einiger Kurfürsten nicht zu hoffen ist, so wünscht er zu wissen, was K.Sachsen hierunter für consilia führe.

4. Da, wie bekannt, K.Mainz und andere, etwa aus Furcht, andere Sentimente führen, als das gemeine Interesse erfordern möchte, so wäre zu bedenken, wie man sich in consiliis zu ihm zu verhalten habe, und auf das Directorium, damit es dem Collegio und Publico nicht präjudicierte, desto fleissiger Acht zu haben, namentlich möchte nicht dienlich sein, ihm Specialvollmachten aufzutragen. K.Sachsen könnte dort und bei K.Baiern durch Remonstrationen viel gutes schaffen.

5. Da Kf. auch vermeint, dass K.Sachsen erinnern werde, das Absehen auf Frankreich nicht fahren zu lassen, so soll S. bezeugen, dass auch Kf. den König nicht gern choquieren wolle.

6. Daher sei zunächst die Güte zu versuchen, Kf. sei bereit, jemand der Seinigen nebst K.Sachsen nach Frankreich abzufertigen, wie solches auch in Cöln ins Mittel gekommen, doch sei

7. nöthig, sich in Verfassung zu setzen, S. soll vernehmen, wohin man hierunter von jener Seite incliniere, der Haupttractat deswegen aber kann auf eine anderwärtige Handlung verschoben werden.

L. Ch. v. Somnitz an den Kurfürsten. D. Leipzig 13./[23.] October 1667.

[Verhandlungen mit v. Friesen über das projectierte Bündnis.]

23. Oct. Er hat gestern H. Heinrich von Friesen hier vorgefunden und hat heute mit ihm über das Project Conferenz gehalten[3]). Fr. wünschte, damit weniger Nachdenken und Aufsehen erregt würde, möchte in dem künftigen Recess die Convention statt Bündnis eine „nähere vertrauliche Zusammentretung" genannt werden, ferner zwei Recesse, einer inbetreff der Mediation, vertraulichen Correspondenz und Einmüthigkeit in den consiliis und ein anderer geheimer von der

[1]) S. Urk. u. Akt. XIV, 1 S. 339.

[2]) S. ebendaselbst S. 338.

[3]) Vgl. Auerbach S. 284; Urk. u. Akt. XIV, 1 S. 349.

Verfassung und Operation der Waffen gemacht werden. Betreffend den 1. Artikel, meinte er, wäre zu überlegen, wie man die consilia so zu führen hätte, dass bei Frankreich nicht unnöthiger Weise Jalousie erweckt würde. Er hätte daher seinem Kurfürsten gerathen, es in Regensburg bei seinem früher im kurfürstlichen Collegium abgegebenen Votum bleiben zu lassen, doch dabei eine Declaration zu thun, die des Kf. Meinung zustimmig wäre, er wüsste aber nicht, was Kf. hierunter thun würde. S. erwidert darauf, wenn K. Sachsen fernerhin in Regensburg so votieren liesse, wie in des Kf. Namen votiert würde, so könnte das nicht als eine Aenderung seines früheren voti genommen werden, zumal wenn er declarierte, dass er auf diese Weise dahin wirken wolle, dass das Kurfürstliche und Fürstliche Collegium zu einerlei Meinung und conclusum gelangen möchten, womit Fr. sich einverstanden erklärte.

Zu Art. 3 erinnerte Fr., sein Kurfürst wollte zwar mit seinen Vettern aus der Sache communicieren, könnte aber nicht eine gänzliche Conformität verheissen, worauf S. erwiderte, der Artikel rede auch nur davon, dass man allen Fleiss anwenden wollte, und dabei erinnerte, K. Sachsen werde bei K. Mainz viel Gutes schaffen können.

Der 4. Punkt, sagte Fr., käme seinem Herrn fast bedenklich und unmöglich vor, Frankreich hätte viele Oerter im burgundischen Kreise weg, die würde es nicht abtreten ohne Cession eines anderen Theiles von selbigem Circul, und zu solchem Kriege sich zu obligieren, dadurch alles in den vorigen Stand gesetzt würde, wäre nicht thunlich. Es wurde ihm gezeigt, dass in diesem Articul nichts gesetzt, als was zu Zinna schon beliebet, wo man sich verglichen, die Integrität des Römischen Reichs zu maintenieren, und dass andere, die an der Sache höher interessiert, die Sache mit angreifen würden. Darauf wurden zwei Vorschläge gemacht, 1) „so gut möglich" hinzuzusetzen, 2) den Punkt so zu setzen, dass die Alliierten dahin sehen wollten, dass der burgundische Kreis in solchen Stand gesetzt würde, der dem R. Reich an seinen juribus und Hoheiten unschädlich. Bei dem ersten fand Fr. keine Schwierigkeit, bei dem zweiten dagegen, der von ihm selbst herrührte, meinte er, man dürfe sich nicht zu einer solchen Clausul engagieren, die Oestreich dahin ziehen könnte, dass man wider Willen im Kriege bleiben müsste. Es steht also zu des Kf. Erklärung, was hierunter zu thun sei. Der Sächsische meinte übrigens, dass dieser 4. und die folgenden Punkte in den secreten Tractat zu bringen seien.

Der 5. Artikel des Projects, sagte Fr., liefe wider die Allianz seines Herrn mit Frankreich, doch gestand er, dass diese nicht wider das Reich und das Vaterland anzuziehen wäre, und meinte, dieser Punkt müsste auch sehr geheim gehalten werden. Wegen der Zeit, wann die Truppen parat sein müssten, war er mit dem vorgeschlagenen Vorjahr einverstanden, wegen des Quantum schlug er zufolge der früher zu Torgau[1]) getroffenen Abrede für jedes Theil 2000 zu Fuss und 1000 zu Ross vor. Betreffend die Frage der Subsidien erklärte Fr., sie müssten wenigstens Werbegelder erhalten, und verlangte deswegen Gewiss-

[1]) S. Urk. u. Akt. XI, S. 262ff. Doch waren damals (December 1663) 3000 zu Fuss und 1000 zu Pferd festgesetzt worden.

heit zu erlangen. Hieran hängt das Werk. Wer K. Sachsen von Frankreich abziehen will, muss dasjenige thun, wozu sich Frankreich erboten, und wenn man am kaiserlichen Hofe etwas thun will, ist es hohe Zeit, denn, wie er versteht, lässt Frankreich an diesem Herrn immerzu arbeiten.

Die Erinnerungen zu den übrigen Artikeln waren unerheblich.

Als er nun vernahm, dass es mit Adjustierung dieses Projects keine Schwierigkeit haben würde, und vorschlug, diese gleich vorzunehmen, sagte Fr., er wäre dazu nicht beauftragt, sein Herr meinte, wenn man länger zusammenbliebe, würde der Prätext eines zufälligen Zusammentreffens auf der Messe cessieren, man sollte demnächst wieder zu Wittenberg oder Annaberg zusammenkommen und das Werk vollends ausmachen. S. will daher morgen die Rückreise antreten.

Kurfürst Johann Georg von Sachsen an den Kurfürsten. D. Dresden 28. October/[7. November] 1667.

[Schwedischer Antrag auf Theilnahme an den Bündnisverhandlungen.]

7. Nov. Der hiesige schwedische Resident[1]) hat beantragt, nachdem er gehört, dass zu Zinna zwischen ihnen beiden eine nähere Vereinigung zu Erhaltung des Instr. pacis und des Friedensstandes im Römischen Reich beredet und auch bedacht sei, dem Kaiser und Schweden den Beitritt freizustellen, es möchte von diesem Werk seinem Herrn in Zeiten Apertur geschehen, damit derselbe noch vor gänzlichem Schluss seine auf den gleichen Zweck zielenden Gedanken beibringen könne. Er ist damit einverstanden, fragt aber an, ob auch bei Kf. der schwedische Resident ein gleiches Anbringen gethan und was Kf. dazu meine[2]).

Der Kurfürst an den Kurfürsten von Sachsen. D. Cöln 13./[23.] November 1667.

[Anzeige der Absendung einer Gesandtschaft nach Brüssel und Paris.]

23. Nov. Da er aus dem, was zu Cöln wegen der Mediation vorgegangen, ersehen hat, dass solches wohl sehr langsam und spät einen erspriesslichen Effect nach

[1]) Grave.

[2]) Kf. erwidert (d. Cöln 4./14. November 1667), auch bei ihm habe der schwedische Resident [v. Wolffrath] dasselbe angebracht, er halte auch dafür, dass vor dem Schluss der Verhandlungen mit dem Kaiser und Schweden darüber communiciert werde, und stellt K. Sachsen anheim, ob dieses durch ein Gesamtschreiben und Mittheilung an den bei ihm befindlichen schwedischen Residenten geschehen, oder ob ihre beiderseitigen Gesandten in Schweden damit beauftragt werden sollten. — Ueber die weiteren Verhandlungen s. Urk. u. Akt. XVI, 1 S. 361. 366. 376 f., Auerbach S. 288 ff. Zwischen Kf. und K. Sachsen wird die Korrespondenz über das abzuschliessende Bündnis bis zum Aachener Frieden fortgeführt, nach demselben schreibt v. Friesen an v. Schwerin (d. Dresden 12./22. Juni 1668), die Aufrichtung eines Bündnisses scheine vorläufig nicht nöthig.

sich ziehen möchte, so hat er sich nach dem Beispiel anderer Reichsstände entschlossen, eine Schickung[1]) nach Brüssel und Paris zu thun, zumal da er gehört, dass auch K. Sachsen unlängst jemand nach Paris geschickt; er wird mit ihm darüber weiter communicieren[2]).

---

9. Verhandlungen mit den braunschweigischen Herzogen. October — December 1667.

Promemoria [v. Hammersteins[3])] dessen, so zu Wien communi nomine zu erinnern, auch daselbsten sonst etwa vorkommen möchte s. l. et d. [October 1667].

1. Vor allen Dingen würde es nöthig sein, dass gleich wie man dafür hält, dass mit Kf. bereits geschehen sei, auch mit den Fürsten von Osnabrück und Lüneburg daselbst in bewusster Sache ein Tractat ehest geschlossen und die Beschleunigung desselben vom k. brandenb. Gesandten[5]) am kaiserlichen Hofe secundiert würde.

ist[4]) noch nicht geschehen.

placet.

2. Nach Abschluss eines solchen Tractats wäre communi nomine vorzustellen, dass dem Kaiser und den Alliierten zum höchsten daran gelegen sei, dass nicht Frankreich und dessen Alliierte sich im Winter in Teutschland an Mannschaft zu stark machten, dass man daher von dem Kaiser Vorschläge vernehmen wolle, wie dem Werk am besten abzuhelfen.

placet.

Falls der Kaiser das im Haag unlängst vorgekommene Münstersche Dessein[6]) billigen und, wenn es mit demselben zur Ruptur kommen und etwa Frankreich und andere sich des Bischofs annehmen würden, seine Assistenz versprechen sollte, ob man nicht, um die Gen. Staaten in das Hauptwerk mit zu ziehen und so einen billigen Frieden desto eher zu befördern, das Werk zu unternehmen dort versprechen wollte.

placet praesupposito tractatu cum Caesarea Majestate et ordinibus Belgii.

---

[1]) Ueber die Gesandtschaft v. Pöllnitzs und Meinders' s. unten.

[2]) Kf. schreibt an K. Sachsen (d. Cöln $\frac{24.\ \text{December } 1667}{[3.\ \text{Januar } 1668]}$) auf die Anzeige von der Sendung v. Gersdorffs und Kanne's über Mainz nach Paris (s. Auerbach S. 308), er habe Joh. de Beyer dorthin bestimmt, derselbe könne, um nicht einen Umweg zu machen, nicht auch über Mainz reisen, solle sich aber jedenfalls in Paris mit jenen vereinigen, und bittet zu veranlassen, dass in Mainz dessen Namen mit in die Instruktion gesetzt werde. Vgl. unten die Berichte de Beyers.

[3]) Das Creditiv der Herzoge Georg Wilhelm und Ernst August für den Geh. Rath und Hofmarschall Franz Christoph v. Hammerstein ist Ebstorff 18./28. September 1667 ausgestellt; vgl. über dessen Sendung nach Berlin Köcher I, S. 548 ff.

[4]) Die Randbemerkungen von v. Somnitzs Hand.

[5]) C. C. v. Blumenthal s. oben S. 585 ff.

[6]) S. oben S. 727 ff.

Sollte man aber am kaiserlichen Hofe hiezu keine Lust haben und andere Vorschläge zu machen Bedenken tragen, ob dann nicht communi nomine dort in Vorschlag zu bringen, der Kaiser möchte durch Patente alle fremde Werbungen im Reich, besonders solche zu Präjudiz des Reiches verbieten und überdies an einige Wohlintentionierte, darunter an K. Brandenburg und an die Herzoge Georg Wilhelm und Ernst August commissiones ertheilen, auf alle fremde Werbungen, besonders im Niedersächsischen und Westfälischen Kreise ein wachsames Auge zu haben und solche quovis modo zu verhindern, dann hätten sie einen titulum und würde in ihrem arbitrio allein stehen, ob sie jemand, den sie wegen Werbungen für verdächtig hielten, auf die Haut gehen wollten. Sollte man deswegen mit anderen in Krieg verfallen, so hätte der Kaiser Hülfe zuzusagen.

placet.

placet.

Diese puncta gehören ad tractatum, belangend die Operation der Waffen, weswegen man sich absonderlich in geheim und zwar in Beisein der vornehmsten Generals-Personen zu vergleichen.

3. Wenn von der Kriegsoperation, auch der Zeit des Losbruchs zu Wien geredet würde, was zu antworten?

4. Was wegen des Commando, wenn etwa die Armee bei einander, wegen des kaiserlichen Generalats zu statuieren,

5. Was endlich wegen der Quartiere, Recruiten und Contributionen zu stabilieren sein möchte?

Ob es nicht an Seiten des Kf. in folgenden Punkten die Meinung habe:

placet.

1) dass die beiderseitigen Gesandten in Regensburg angewiesen würden, gemeinschaftlich sowohl in der burgundischen als auch Mediationssache zu handeln,

placet.

2) abweichende Instructionen an dieselben dem anderen Theile zunächst mitzutheilen,

placet.

3) dass die Gesandten dort in der burgundischen Sache sich vorläufig nicht weiter herausliessen.

placet, jedoch dass er mit guter Manier dissolviret werde.

4) Ob nicht der Kreistag zu Cöln so lange zu continuieren, bis man sehe, ob das Kreisoberstenamt und die der Nach- und Zugeordneten an Evangelische falle, und solchenfalls dessen Schluss omnimodo zu befördern, sollten aber Catholici solche advantage davonziehen, man bedacht sein sollte, dass derselbe dissolviert oder verschoben würde [1]).

---

[1]) Ueber den Verlauf der Verhandlungen v. Hammersteins in Berlin s. Köcher I, S. 555 ff. Dem mit demselben vereinbarten Allianzproject (d. Potsdam 8./[18.] October 1667, s. ebendas. S. 557 f.) ist folgende Bemerkung v. Somnitz' (Potsdam 9./[19.] October 1667) beigefügt: „Dieses obstehende Project ist mit dem braunschweigischen Abgesandten H. von Hammerstein verabredet und concertiret. Wie solches geschehen, hat er erinnert, dass der Tractat mit I. Kaiserl. M. zuförderst richtig sein müsste, und weil er izzo an den Kaiserl. Hof ginge, S. Chf. D. auch dahin schicketen, so wollte er interim dieses Project seiner Herrschaft zusenden und könnte man zu gänzlicher Vollenziehung etwa bei dem Churf. Begräbnus ferner schreiten. Sonsten hat er auch S. Chf. D. ein Memorial praesentiret, so hierbei lieget, worauf Sie resolviret, wie die marginalia ausweisen."

Georg Wilhelm und Ernst August, Herzoge zu Braunschweig-Lüneburg an den Kurfürsten. D. Ebstorff 13./[23.] October 1667.

[Die abzuschliessenden Verträge, die Subsidien, Bedenken gegen die vorgeschlagene kaiserliche Kommission, Bereitwilligkeit zum Zusammengehen mit Kf. in Regensburg und Cöln.]

Sie sind erbötig den zu Potsdam verabredeten Recess zu ratificieren, so- 23. Oct.
bald sie nur erfahren, wie die Negotiation am kaiserlichen Hofe verlaufen und dass die Sache dort auch ihre Richtigkeit haben wird. Weil aber folgends zwischen dem Kaiser, Kf., den Gen. Staaten und ihnen das Hauptwerk wird in eine verbindliche Form gebracht werden müssen, so haben sie v. Hammerstein befohlen, sich deswegen und wegen Ort und Zeit der Zusammenkunft mit dem Gesandten des Kf. und den kaiserlichen Ministern zu verständigen; auch was mit Oesterreich namentlich der Subsidien halber verhandelt werden wird, ist in eine förmliche Punctation zu tragen. Sie danken Kf. dafür, dass er sich gegen v. H. erboten, zu Wien für sie zu Erlangung der Subsidien cooperieren zu wollen, dass aber die Subsidien nur so lange, bis man zur Action in Feindes Landen komme, gereicht werden und nachmals bis man wieder in die Quartiere ginge cessieren sollen, ist nicht zureichend.

Betreffend die in Vorschlag gebrachte kaiserliche Kommission zu Abstellung der fremden Werbungen, so zweifeln sie, ob solche von dem Kaiser ohne Präjudiz der Reichsstände und künftige böse Consequenz zu begehren oder von dem Kaiser für sich allein auszufertigen sei.

Im übrigen haben sie ihre Gesandten in Regensburg und Cöln instruiert, in der burgundischen und Mediations-Angelegenheit sich mit denen des Kf. zu conformieren, sind auch damit einverstanden, dass künftig Aenderungen in den Instructionen oder sonstige wichtige Resolutionen von dem einen Theile dem andern vertraulich mitgetheilt werden mögen.

Georg Wilhelm und Ernst August, Herzoge von Braunschweig-Lüneburg an den Kurfürsten. D. Ebstorff 15./25. October 1667.

[Wunsch einer Verständigung inbetreff des Vorgehens im Haag und in Cöln.]

Nachdem sie aus dem Haag die Nachricht erhalten, dass man dort[1]) auf 25. Oct.
Seiten der Gen. Staaten mit dem, was neulich zwischen ihnen in Potsdam verabredet worden, fast gleichstimmig und begierig sei, deswegen mit Kf. und ihnen einen Tractat zu schliessen, und dass des Kf. Abgesandter Blaspeil auch dazu schon mit Vollmacht versehen sei, bitten sie Kf. um besserer Conformität willen ihnen mitzutheilen, wie Blaspeils Instruction und Vollmacht

[1]) S. oben S. 741 ff.

eingerichtet sei, ferner wie Kf. meine, dass man sich zu Cöln wegen der dort beschlossenen Absendung an den Kaiser und die beiden kriegführenden Kronen verhalten solle, damit man nicht contraria und auf widrige Manier in derselben Sache negotiieren lasse, endlich wie der Tractat zwischen Kf. und Spanien eingerichtet sei oder er denselben einzurichten vermeine[1]).

Instruction, wornach sich unser — Geheimer Rath und lieber Getreuer Hans Ludewig von der Gröben in seiner Schickung nacher Zell an Herrn Hertzogs George Wilhelms zu Braunschweig und Lüneburg Ld. zu achten. D. Cöln an der Spree 2./[12.] November 1667[2]).

(Conc. v. Somnitz.)

[Zu machende Mittheilungen über die französischen Anträge und des Kf. Meinung darüber.]

12. Nov. Er soll dem Herzoge und event. dem dort befindlichen Osnabrückschen Deputierten mittheilen, der König von Frankreich hätte durch Milet dem Kf. vorstellen lassen[3]), er möchte 1) die Prorogation der Rheinischen Allianz nicht länger difficultieren, 2) sich verpflichten, in dem gegenwärtigen Kriege in den spanischen Niederlanden neutral zu bleiben und ebenso wie die zu Cöln versammelt gewesenen Rheinischen Fürsten Einquartierung, Sammelplätze oder Durchzüge in seinen Landen nicht zu verstatten, 3) seine officia zur Herstellung des Friedens anzuwenden, der König in Frankreich sei zum Frieden geneigt und werde keine aequas pacis conditiones ausschlagen, dagegen wollte er von den officiis, welche er bisher dem Prinzen von Condé und Herzog von Anguyen in Polen geleistet, abstehen und solche dort für Pfalz-Neuburg so, wie man es selbst begehren würde, employieren. Kf. müsste auch im Interesse des Reichs auf die Verhältnisse in Polen besondere Rücksicht nehmen und hielte dafür, dass, wenn Frankreich sich nach seinem Erbieten bei dem Wahlwerk ferner erzeigen und dazu im burgundischen Wesen aequas pacis conditiones belieben wollte, dass dann es allenthalben zu einem gewünschten Zustande gelangen würde. Kf. bäte den Herzog, ihm seine Meinung darüber zu eröffnen, seine eigenen Gedanken wären betreffend die Rheinische Allianz, man könnte

---

[1]) Kf. erwidert darauf dem Herzoge Georg Wilhelm (d. Cöln a. d. Spree 29. October / [8. November] 1667, er beabsichtige gegen den 11. November einen Gesandten zu ihm zu schicken, und übersendet ihm vorläufig eine Abschrift der seinen Gesandten im Haag ertheilten Vollmacht (oben S. 740).

[2]) Die Creditive für v. d. Gröben an die Herzoge Georg Wilhelm und Ernst August sowie an Graf Waldeck sind Cöln 2./[12.] November 1667 ausgestellt; vgl. über seine Sendung Köcher I, S. 569.

[3]) S. Mignet II, S. 290, Urk. u. Akt. II, S. 490, oben S. 746f.

sich dazu verstehen, das foedus der Gebühr nach einzurichten und anzunehmen, wobei dahin zu sehen sein würde, dass nichts darein gesetzt würde, das dem evangelischen Wesen, dem Reiche und dessen Ständen nachtheilig sein oder sie in diese oder eine andere Unruhe verwickeln könnte, 2) betreffend die Neutralität und Verwehrung der marches, so hätte es, wenn der Vergleich hierüber dem Instr. pacis gemäss eingerichtet werde, garkein Bedenken, dieses pactum de neutralite würde um des gehofften armistitii willen desto eher beliebt und auf eben einen solchen Termin wie das armistitium determiniert werden können. Da aber jedermann sich in Verfassung stellt, so würde zu bedingen sein, dass auch Kf. sich dessen nicht wolle begeben haben, wie er denn entschlossen sei, die Correspondenz mit dem Kaiser, Schweden, England, K. Sachsen, Braunschweig, Holland und auch die mit letzterem angefangene Handlung zu continuieren, noch auch sonst von seiner bisherigen Conduite und dem rechten Scopo sich divertieren zu lassen, auch die Verhandlungen mit den beiden Herzogen, sobald nur der Kaiser und die Gen. Staaten sich erklärt hätten, fortzusetzen, da diese nur auf den Zweck des Friedens zielen und zuförderst dahin gehen, dass derselbe durch mediationes und officia solle befördert werden. Auf dem Reichstage wollte er künftig, da jetzt mehr Hoffnung zum Frieden als sonst sei, dahin stimmen, dass die dazu nöthigen officia mit allem Fleiss angewendet würden.

Sollte man dort an der Aufrichtigkeit der französischen Erklärungen zweifeln, so hat er anzuführen, dass man allewege auf seiner Hut stehen und der angeführten Sicherungsmittel sich keineswegs begeben dürfe.

Kf. stimmt damit überein, dass mit dem Vorschlage wegen der kaiserlichen Kommission[1]) zur Hinderung fremder Werbungen angestanden werde.

Er hat auch mit Graf Waldeck von dieser Sache zu reden oder, wenn dieser nicht anwesend ist, ihm durch einen der Cellischen Räthe davon Mittheilung zu machen.

H. L. von der Gröben an den Kurfürsten. D. Cöln an der Spree 30. November 1667.

[Verhandlungen mit den Herzogen und den Cellischen Ministern, ihm ertheilte Resolution.]

Er ist am 14. November in Celle angelangt und hat am folgenden Tage 30. Nov
bei Herzog Georg Wilhelm und dessen Bruder Ernst August Audienz gehabt. Auf seine Proposition erwiderte ersterer:

1) Die Rheinische Allianz wäre bereits lange expiriert, wäre auch nichts nütze gewesen und reimte sich ad statum praesentem nicht mehr, er hielte für gut, Milet noch etwas aufzuhalten und diesen Punkt anstehen zu lassen, 2) er hielte für unnöthig, dem Könige von Frankreich zu gefallen eine Neutralität zu machen oder neutral zu verbleiben, sondern wenn ein jeder

[1]) S. oben S. 798f.

auf seiner Hut stehen und liberas manus behalten könnte, damit wären er und sein Bruder wohl zufrieden, der König von Frankreich suche nur Zeit zu gewinnen, bis das armistitium zu Ende und er mit einer starken Armee im Felde stehen und nach seinem Gefallen aller Orten frei agieren könnte.

3) Er hielte für nöthig, dass der Abrede nach gewisse Personen zur Mediation abgeschickt würden, an ihnen sollte es auch nicht fehlen, er zweifelte aber, ob der König von Frankreich wirklich so friedensbegierig wäre.

Der Bischof von Osnabrück sagte, es wäre zwar sehr gut, wenn man die Schwierigkeit in Polen wegen der Königswahl durch Frankreich heben und Pfalz-Neuburg zur Krone befördern könnte, er fürchtete aber, dass derselbe bei den Polen weniger angenehm sein würde, wenn er durch französische officia dazu sollte gebracht werden. Nachmittags hat er dann noch mit dem Präsidenten v. Bülow und dem Grossvoigt Grapendorff conferiert, ersterer brachte ihm dann am 15. Morgens ultimam resolutionem seines Herrn, dass nämlich er und sein Bruder dafür hielten, die Rheinische Allianz sei expiriert, und wenn man schon zu Regensburg die quaestio an resolvierte, so würde man doch bei Prüfung der quaestio quomodo sehen, dass es nicht an der Zeit wäre, doch trüge er Bedenken, sich darüber so pure gegen Kf. herauszulassen, er müsste nach den Familienpacten die Sache erst mit Hannover und Wolffenbüttel überlegen, seine Gesandten könnten, wenn man zu Braunschweig am 28. zusammenkäme, die Resolution mitbringen und man könnte dort weiter die Sache überlegen. Auch mit dem Punkt wegen der Neutralität stehe es ebenso und könne darüber ebenfalls zu Braunschweig mit mehrerer Gewissheit geredet werden. Die Mediation halte er nicht für undienlich, seine Deputierten seien theils schon fort, theils reisefertig.

Was der kaiserliche Gesandte, der Graf von Zinzendorf[1]), dem Herzog wegen der beiden ersten Punkte für Sentimente inspiriert, war bei den Conferenzen allenthalben zu spüren.

Graf Waldeck war nicht anwesend, das Creditiv für denselben hat er v. Bülow übergeben, der es auch übernommen, demselben mitzutheilen, was in dieser Sache vorgelaufen[2]).

H. L. v. d. Gröben an den Freiherrn von Schwerin. D. Hamburg 22. November/[2. December] 1667.

[Wrangels Warnungen vor den französischen Anträgen.]

2. Dec. Er hat Wrangel[3]) am 20. gesprochen und demselben die ihm aufgetra-

[1]) S. Kocher I, S. 558.

[2]) Das Recreditiv Herzog Georg Wilhelms für v. d. Gröben ist Celle 15./25. November 1667 ausgestellt.

[3]) In einer besonderen Instruction (d. Cöln $\frac{30.\ \text{October}}{[9.\ \text{November}]}$ 1667) war v. d. Gröben beauftragt worden, sich auch zu Wrangel zu begeben, demselben die

genen Punkte vorgetragen. Derselbe erklärte[1]), er könnte nicht absehen, wozu die Rheinische Allianz jemals gedient hätte oder wozu sie hoc rerum statu nützen könnte; er wünschte, dass sie nicht weiter gesucht würde; dass sie von französischer Seite so sehr begehrt würde, mache ihn besorgt, dass darunter etwas Gefährliches stecken müsste, zwar würde Schweden, wenn zu Regensburg die quaestio quomodo von Snolsky mit den brandenburgischen Abgesandten modificiert wäre, sich endlich gern conformieren und von Kf., wenn sie ja nöthig befunden würde, nicht absetzen, aber sie würden eine solche nachdenkliche Allianz nicht leicht suadieren, viel weniger urgieren, sondern möglichst ungerührt lassen, 2) eine Neutralität hielte er auch nicht für nöthig, denn wenn dieselbe nach den von Kf. vorgeschlagenen Bedingungen, dass ein jeder liberas manus behalten sollte, eingerichtet würde, so hätte man dieses schon und dürfte dem Kaiser, Spanien und anderen Ständen keine suspiciones machen. Aus dem armistitio würde schwerlich etwas Wirkliches werden oder es würde doch so terminiert sein, dass man nur soviel Zeit gewinne, damit der Mai herbeikommen und der König von Frankreich pro lubito agieren könnte, denn es würden in Frankreich starke Armaturen gemacht, Condé richte ein besonderes corpus, dessen Intention man nicht wüsste, es solle auch eine Flotte von 80 Schiffen segelfertig gemacht werden, er könne sich schwerlich einbilden, dass man das polnische Werk so würde fahren lassen, er traue den französischen Sincerationen nicht, man suche nur Zeit zu gewinnen. 3) Die Mediationsofficia wären hochnöthig je eher je lieber vorzunehmen, ihn dauerte nur, dass die Zeit sich verliefe, und er wünschte, dass Kf. dieselben mit rechtem Nachdruck anfangen und zum Effect bringen möchte.

Graf Georg Friedrich von Waldeck an den Kurfürsten. D. Wildungen 29. November/[9. December] 1667.

[Warnung vor einer Aenderung der Politik des Kf.]

Weil ich vernehme, dass E. Chf. D. gnädigst begehren, meine 9. Dec.
Gedanken zu wissen über der von Mons. Milet gethanen Proposition — Worauf ich nichts anders sagen kann, als wenn E. Chf. D. sicher gehen wollen, dass sie vorerst sich in Stand zu setzen Ursach haben, dass Sie ohne Sorge des widrigen Ausgangs der Friedenshandlung gewärtig sein können, und wenn das Fundament der Evangelischen und

französische Proposition mitzutheilen, dessen Gedenken darüber zu vernehmen und, wenn derselbe es wünsche, ihm die Gedanken des Kf. darüber in ähnlicher Weise wie den braunschweigischen Herzogen darzulegen, doch wird ihm aufgetragen, behutsam vorzugehen, die erste Proposition in ganz generalen terminis zu halten, nur, wenn Wr. sich vertaulich auslassen würde, desgleichen zu thun, sonst nur zu versuchen, wegen der Rheinischen Allianz von ihm eine Erklärung zu erhalten.

[1]) Vgl. Urk. u. Akt. XIV, 1 S. 360f.

vieler anderer Sicherheit im Reich, als der Münsterische Friede bestehen soll, dass keine Infraction dargegen zu approbiren, ja wenn die Gründe gut gewesen, darauf E. Chf. D. die Verthätigung des Burgundischen Kreises vor nutz und nöthig erachtet, dass keine Alliance wie die Rheinische ist einzugehen, dardurch andere gehindert würden die Niederlande zu secouriren, wenn des Reichs und E. Chf. D. neben der ganzen Nation Ehre und Nutz daran gelegen, dass dasselbe nicht geschmälert werde, und dass man vor Traiwungen keine Forcht bezeuge, auch durch leere Worte sich nicht verführen lasse, ja wenn die Schuldigkeit es erfordert, den Weg, so E. Chf. D. mit dero Freunden angefangen zu gehen, anzutreten, so ist kein anderer zu wählen zulässig, auch kein sicherer zu finden, denn ob schon sich Difficultäten vortringen, seind sie doch mit Gott durch Fleiss zu überwinden, wenn auf guten Grund mit beständiger Embsigkeit wird gearbeitet, so ist Hoffnung zu gutem Ausgang, so aber auf Muthmassungen die consilia geführet werden, ist der Zweifel des Successes zu gefährlich, die Effecten der vorigen Friedensvertröstungen sollen von künftigen urtheilen machen, wenn E. Chf. D. die noch apparente gute consilia in Holland neben ihren Freunden zu verstärken sich angelegen sein lassen und die Armatur widrigen Desseinen zu können begegnen anstellen und die Complimenta von Mons. Milet mit gleicher Münz bezahlen, so wird Ehre, Nutz und Gottes Segen daraus erfolgen. Ich rede wie ein ehrlicher, nicht aber weltweiser Mann. —

PS. Auch — teucht mich, E. Chf. D. vorträglich zu sein, in Polen die consilia, wie sie bishero gethan, zu continuiren, damit Sie nicht ihren Freunden Jalousie und anderen Muth verursachen[1]).

---

10. Verhandlung mit K. Baiern. November 1667.

Carl v. Stein[2]) an den Kurfürsten. D. Regensburg 7./[17.] November 1667.

[Bericht über seine Sendung zu K. Baiern, seine vergeblichen Bemühungen, denselben umzustimmen, Einfluss der französischen Partei.]

17. Nov. Er ist am 2./12. zu Geisenfeld, wo sich der Kurfürst von Baiern aufhielt, angekommen und hat bei seiner Ankunft erfahren, dass der hiesige französische

[1]) Vgl. das Schreiben Waldecks an Kf. ganz ähnlichen Inhalts (d. Arolsen 11./21. December 1667) bei Köcher I, S. 569f.

[2]) S. oben S. 784. Kf. schreibt an den Kurfürsten von Baiern (d. Potsdam 8./[18.] October 1667), durch de Beyer habe er aus Cöln erfahren, dass nach den

Gesandte Gravel sich auch dort eingefunden. Da der Kurfürst den ganzen Tag auf der Jagd war, so konnte er erst am folgenden Tage morgens 8 Uhr Audienz erhalten. Als er vor dem Zimmer des Kurfürsten aufwartete, sah er, dass Gravel aus demselben herauskam und zu der Kurfürstin ging, um sich zu verabschieden. Nachdem er in seiner Proposition vorgestellt, Kf. hielte zur Beruhigung der im burgundischen Kreise entstandenen Unruhe für gerathen, dass die von etlichen Kur- und Fürsten bereits übernommene Interposition um mehrerer Autorität und Nachdrucks willen durch einen allgemeinen Reichsschluss confirmiert und dass deshalb in Regensburg ein solcher einmüthiger Reichsschluss zustande gebracht werde, ferner aber, dass diese Interposition nicht nur in Worten sondern auch in effectu bestehe, dass dem Theile, der schon eine ziemliche avantage vor sich habe, zugesprochen werde, dass er der Billigkeit und Raison nach seine Prätensionen dem arbitrio judicis untergeben und sich nicht selbst Recht zusprechen möchte, da man sonst den beleidigten und gewaltleidenden Theil bei dem Seinigen zu schützen und sich seiner nachdrücklich anzunehmen gehalten sein würde, wozu nothwendig sei, dass man sich bei Zeiten in Postur stelle, auch die Kreisverfassungen anordne, erwiderte der Kurfürst, auch seine consilia seien darauf gerichtet, dass der Friede im Reich und die allgemeine Securität erhalten werde, das burgundische Wesen betreffend wäre abzuwarten, was die zu Cöln beschlossene Abschickung an beide Höfe ausrichten würde, der französische Gesandte hätte so grosse Contestationen von der Friedensbegierde seines Königs gemacht, dass demnach der Frieden durch diese Mediation, wenn dieselbe nur beschleunigt und das Werk mit Ernst und ohne Partialität ergriffen und der andere Theil mehr Inclination zum Frieden als zum Kriege verspüren lassen würde, gar bald stabiliert werden könnte. Er hielte es für sehr gefährlich, wenn man sich von Reichswegen in den Krieg einmengen wollte, vielmehr hätte man darauf zu denken, wie der Krieg vom Reich abzuhalten sei, und sich daher in Postur zu setzen. Von Verhandlungen in Regensburg sei wenig gutes zu erwarten. Die Remonstrationen, die v. St. dagegen machte, waren vergebens, schliesslich, nachdem die Unterredung zwei Stunden gedauert, brach der Kurfürst sie ab mit der Erklärung, es würde noch besser, als man verhoffte, ablaufen, er zweifelte am Frieden nicht, man müsste sich nur inmittels vor dem Krieg hüten und zusehen, dass man sich in die burgundische Unruhe nicht einflechte, er beabsichtige dieses nicht, wohl aber den Krieg von den Reichsständen abzuhalten, zu diesem Zwecke hätte er die Werbungen angestellt. Am Abend liess ihn der am Nachmittag angekommene Cardinal-Erzbischof von Salzburg[1]) zu sich rufen, erkundigte sich nach seiner Verrichtung und erzählte ihm, zu Gravel, den er unterwegs auch getroffen,

---

Aeusserungen seines dortigen Gesandten v. Kleist derselbe geneigt sei, mit ihm bei diesen Conjuncturen einmüthige consilia zu führen, er sei dazu bereit und habe den Culmbachischen Kanzler v. Stein, welcher demselben aufwarten wolle, beauftragt, ihm seine Intentionen näher zu entdecken. Vgl. Pufendorf X § 34 S. 673.

[1]) S. über diese Reise desselben zu K. Baiern Meineke, Der Regensburger Reichstag u. der Devolutionskrieg (Hist. Zeitschr. N. F. XXIV, S. 213 f.)

sei der k. bairische Gesandte Mayer, der[1]) sich bisher in den französischen Intriguen ebensoviel wie Gravel selbst habe gebrauchen lassen, gekommen, beide würden zusammmen über Nacht in Neustadt verbleiben, woraus er für sich selbst und ebenso für v. St. eine schlechte Expedition prognosticierte. Wirklich hat er, obwohl er auch am folgenden Tage sowohl bei dem Kurfürsten als auch bei dem Oberhofmarschall Grafen Fürstenberg weitere Instanz that, nichts ausgerichtet, bei der letzten Audienz, die er am 5. hatte, ertheilte ihm der Kurfürst die finale Resolution, man sollte der Mediation, in welche er eine starke Confidenz setzte, ihren Fortgang lassen und des Ausgangs erwarten, da es sich dann zeigen würde, wer Lust zum Frieden hätte oder nicht, dann wollte er seine Mesure auch danach zu nehmen wissen. Er hat sich darauf verabschiedet und ist mit dem Erzbischof zusammen hieher zurückgereist.

Weiter ist es nicht zu bringen gewesen, denn[2]) die Impressionen, welche von der Kurfürstin, die sich hauptsächlich bei dem Werk interessiert, und von dem Grafen von Fürstenberg gemacht werden, sind so stark, dass alle anderen Remonstrationen dagegen nichts verfangen, doch hat dieses Anbringen ein ziemliches Nachdenken gemacht. Ein Minister, der mit den französischen consiliis nicht einstimmig ist, hat ihm im Vertrauen gesagt, wenn es zum rechten ernstlichen Handel kommen und der Kaiser wirklichen Succurs schicken sollte, dann würde die ganze Landschaft nachdrückliche Erinnerung thun und dem Kurfürsten den unfehlbaren Ruin des Landes vorstellen, worauf hoffentlich bessere Gedanken und Resolution erfolgen würden.

---

11. Der Convent zu Cöln. Gesandtschaft de Beyers nach Frankreich. Juli 1667—Juni 1668.

Instructio für H. Beyern[3]) nach Cölln am Rhein. D. Cöln 10./20. Juli 1667.

(Conc. v. Somnitz.)

[Auftrag, nach Cöln sich zu begeben, dort abzugebende Erklärungen und zu beobachtendes Verhalten.]

20. Juli. K. Cöln hat Kf. jüngst aufgefordert[4]), die von ihm und einigen anderen Kur- und Fürsten am Rhein verabredete Versammlung zu Cöln, wo berathen werden sollte, wie das in der Nachbarschaft entstandene Feuer in Zeiten gedämpft und verhütet werden könne, dass das Römische Reich darein verwickelt

---

[1]) Vgl. Mignet II, S. 255.

[2]) Vgl. über die damaligen Verhältnisse am K. bairischen Hofe Recueil des instructions VII, S. 76f., s. auch Mignet II, S. 621.

[3]) Johann de Beyer, Clevischer Regierungsrath. Vgl. über seine Sendung Droysen III, 3 S. 133.

[4]) S. oben S. 147.

werde, zu beschicken, er hat aber den ihm notificierten Termin der Zusammenkunft so kurz befunden, dass es keine Möglichkeit gewesen, von hier aus dazu jemand abzuschicken, und er hat daher K. Cöln ersucht, auf der nach Hameln oder Braunschweig angesetzten Zusammenkunft mit den Häusern Braunschweig und Hessen-Cassel auch darüber verhandeln zu lassen. Nachdem ihn aber jetzt K. Mainz[1]) und K. Cöln aufs neue zur Beschickung dieses Tages invitiert haben, hat er beschlossen, Beyer dorthin abzufertigen. Derselbe soll sich daher sofort nach Cöln begeben und den dortigen Conferenzen in seinem Namen beiwohnen. Kf. kennt zwar die proponenda und deliberanda nicht, auf jene beiden Hauptpunkte aber hat er zu erklären, dass dem Kf. sehr lieb sein würde, wenn der in den spanischen Niederlanden entstandene Krieg durch gütliche Interposition je eher je lieber gestillt und desfalls beiden Parteien die Mediation angetragen würde, ferner dass man unter allen Umständen sich zu bemühen habe, dass das Vaterland nicht in diese Unruhe mit eingeflochten, sondern der Friede erhalten werde, von Mitteln dazu hielte der Kf. die am besten, welche in den Reichsconstitutionen und dem Instrumento pacis an die Hand gegeben würden, über andere Particularsachen wäre er nicht instruiert, wollte aber alles ad referendum nehmen.

Sollte etwas de prorogatione foederis Rhenani vorkommen, so hat er zwar der anderen Sentimente zu vernehmen, aber sich defectu mandati zu entschuldigen.

Er soll absonderlich mit dem Neuburgischen Gesandten dort vertraulich gehen und alles mit demselben in Confidenz communicieren.

Johann de Beyer an den Kurfürsten. D. Cöln am Rhein 2. August 1667.

[Vorgänge auf der Conferenz in Cöln, Verlegung derselben, Sondervertrag zwischen K. Mainz, K. Cöln und Pfalz-Neuburg.]

Er ist Sonnabend den 30. Juli hier angelangt und hat die K. Mainz- 2. Aug.
Trier- und Cölnischen, auch den Pfalz-Neuburgischen Gesandten noch beisammen gefunden, der Münstersche aber und der Lüneburgische (der ebenso wie er mit Creditiven versehen, aber zu näherer Conföderation noch nicht instruiert gewesen) waren schon abgereist, ebenso der französische Envoyé Gaumont; der spanische, der Markgraf von Baden, war noch hier, aber schon reisefertig, sich zu Kf. zu begeben. Von diesem sowie bei den sonstigen Visiten hat er erfahren, worauf die bisherigen deliberationes und consilia bestanden[2]). Gestern ist man wirklich zur Conferenz geschritten; von den bei Eröffnung dieser Conferenzen proponierten drei membra 1) Forderung Frank-

[1]) S. oben S. 703 f.

[2]) Vgl. über diese Cölner Zusammenkunft Pufendorf X, § 34 (S. 673), Mignet II, S. 178 ff., Ennen, Frankreich und der Niederrhein I, S. 188 f., Köcher I, S. 531 ff.

reichs, ihm den Pass nach Polen zu gestatten und zum spanischen Secours keinen Durchzug zu gestatten, 2) vorgeschlagene Mediation zur gütlichen Hinlegung der nachbarlichen Unruhe, 3) Securität für die nächstangelegenen kur- und fürstlichen Länder, war betreffend das erste schon dem französischen Gesandten auf sein Ersuchen und ebenso dem Markgrafen von Baden eine von dem K. Mainzischen Directorium nomine aliorum ausgefertigte Declaration[1]) gegeben worden, wegen der Mediation war schon vorlängst, auch von dem Lüneburgischen Gesandten die quaestio an bejaht und inbetreff der quaestio quomodo provisionaliter beschlossen worden, dass an den kaiserlichen, spanischen und französischen Hof namens der correspondierenden Kur- und Fürsten je eher je lieber zu schicken wäre, auch die Instruktionen für die Deputierten waren schon provisionaliter entworfen worden, ferner von der Vertheilung derselben, wohin die einzelnen zu schicken haben würden, ein Ueberschlag gemacht und beschlossen worden, dass ein jeder die Spesen dazu für seinen minister selbst zu beschaffen habe und dass die Instruktionen und Credentialen namens sämtlicher von dem K. Mainzischen Directorium allein zu unterschreiben seien. Die Deliberation darüber ist gestern in seiner Gegenwart resumiert und von ihm alles ad referendum angenommen worden.

Betreffend das dritte membrum securitatis hat Kf. das anfängliche von K. Cöln entworfene Project und das K. Cölnische votum samt der anfänglichen Proposition schon von dem Bischof von Strassburg, wie ihm dieser erzählt, zugeschickt erhalten[2]), er sendet die Pfalz-Neuburgischen und Münsterschen Monita dazu mit. Der Pfalz-Neuburgische hat gestern erinnert, dass die prorogatio foederis Rhenani von hiesigen Tractaten ganz abstrahiert und zu Regensburg beim Allianzrath gelassen werden möge, K. Trier und auch der Lüneburgische haben sich in puncto foederis arctioris super quaestione an bisher defectu mandati noch nicht resolviert, sonst wird es nebst der Prorogation vom Bischof von Strassburg stark getrieben, auch eine Quotisation der Verfassung ist schon ins Mittel gebracht worden, Pfalz-Neuburg aber verlangt, dass die Proportion nach der Matrikul genommen werde. Da K. Trier auf seinem votum bestand und auch er alles nur ad referendum angenommen, so wurde beschlossen, am 20. August, zu welcher Zeit der hiehin ausgeschriebene Westfälische Kreistag stattfinden würde, wieder zusammenzukommen und inzwischen die Resolution der Principalen einzuholen. Doch ist von den anderen Gesandten gestern beschlossen worden, inzwischen einen Interimsrecess pro mutua defensione aufzurichten, worüber heute noch Conferenz gehalten werden wird.

Der kaiserliche Gesandte, Graf von Sinsendorf[3]), ist zwar hier, hält sich aber en privé unterm Vorwand, auf seine Relation neue Ordre zu erwarten, ohne Zweifel um das Auge auf die hiesigen Deliberationen zu haben.

PS. In der heutigen Conferenz haben[4]), obwohl K. Trier gern gesehen,

[1]) d. 16. Juli 1667 (Londorp IX, S. 577, Mignet II, S. 178).

[2]) S. oben S. 705.

[3]) S. Mignet II, S. 174 ff., Köcher I, S. 558.

[4]) Vgl. Köcher I, S. 533 f.

dass mit Adjustierung des Hauptrecesses bis zu der Wiederzusammenkunft am 20. August angestanden und unter ihnen inmittelst ein Nebenrecess super mutua defensione simpliciter abgefasst würde, doch K.Mainz, K.Cöln und Pfalz-Neuburg beschlossen, den Hauptrecess unter sich mit den monitis zu adjustieren und zu unterzeichnen, haben aber auf seine Remonstration, dass, wenn K.Trier und Kf. sich super quaestione an resolvieren und monita aufgeben sollten, diese doch dem bereits unterzeichneten Recess nicht inseriert noch demselben angehängt werden könnten, von der Unterzeichnung abgestanden und inzwischen unter sich einen Nebenrecess[1]) aufgerichtet, in welchem sie sich hinc inde des also beliebten Hauptrecesses und der darin zugesagten mutuellen Assistenz versichert und erklärt haben, gegen den 20. August wieder zusammenkommen und dann mit der Accession und den monitis, welche von K.Trier, K.Brandenburg, dem Hause Braunschweig und anderen etwa vorkommen möchten, denselben völlig zu adjustieren. Darauf sind sie unter der Verabredung, gegen den 20. hier wieder zusammenzukommen, von einander geschieden, auch er wird vorläufig heimkehren.

Instructio für H. Dr. Beyern nacher der Zusammenkunft zu Cöln am Rhein. D. Potstam 7./[17.] August 1667.

(Conc. v. Somnitz.)

[Abzugebende Erklärungen inbetreff der Verfassung, der Mediation und der Verlängerung der Rheinischen Allianz.]

Er soll sich gegen den 10./20. wieder in Cöln einfinden und den dortigen ferneren Verhandlungen beiwohnen. 17. Aug.

1) Betreffend die Verfassung, so hat Kf. in eine solche Verbindung, wie sie zu Cöln veranlasst, einzutreten grosses Bedenken, da man, um den Zweck der Negotiation, Erhaltung des Friedens im Reiche und Dämpfung der burgundischen Unruhe, zu erreichen, in terminis instrumenti pacis bleiben, die Controversen über dasselbe ratione des Succurses an das Reich verweisen und indessen keinem Theile zu nahe treten darf. In der zu Cöln veranlassten Verbindung ist zwar dieser Streit an das Reich verwiesen, daneben aber festgesetzt, dass die correspondierenden Kur- und Fürsten mit gewehrter Hand die Decision, die sie unter sich darüber gemacht, bevor deswegen eine Declaration auf dem Reichstage ergangen, maintenieren sollen, und es ist zu besorgen, dass darüber nicht allein die Correspondierenden, sondern auch das ganze Reich in die Unruhe mitgezogen werden und darüber auch die Mediation zerfallen möchte. Er soll daher vor der Gesamtconferenz sich mit den Braunschweigischen und Hessen-Casselschen Deputierten zusammenthun, vernehmen, wohin deren Committenten Intention hierunter gerichtet, ihnen des Kf. Gedanken darüber eröffnen und erklären, er hielte zwar eine engere Zusammensetzung bei diesen Läuften für

[1]) d. Cöln 2. August 1667 (Köcher I, S. 619f.).

nöthig, doch dürfte man sich nicht so, wie zu Cöln intendiert worden, einlassen, gerade zu diesem Zwecke würde Kf. die Zusammenkunft zu Braunschweig[1]) beschicken und hielte fürs beste, ehe man zu Cöln etwas thäte, das Ergebnis derselben abzuwarten. Er zweifelt nicht, dass jene Gesandten sich hierunter mit ihm fügen werden, auch mit den K. Trierschen und Pfalz-Neuburgischen soll er, wenn er discursweise vernimmt, dass ihre Principalen darin mit Kf. übereinstimmmen, communicieren. Bei der öffentlichen Conferenz mit den Correspondierenden hat er zu erklären, dass er zwar wegen Enge der Zeit nicht völlig instruiert, aber anzuzeigen befehligt sei, Kf. halte zwar eine gute vertrauliche Zusammensetzung für höchstnöthig, da aber diese Sache das ganze Reich anginge und mit den gesamten Ständen nicht so schleunig abgehandelt werden könne, so müsste man billig auf andere kur- und fürstliche Häuser reflectieren, und da gerade solcher Reichsangelegenheit halber die Zusammenkunft zu Braunschweig zwischen K. Cöln, Kf., den fürstlichen Häusern Braunschweig und Cassel, auch möglich anderen, als Schweden, stattfinde, so hätte man zunächst, ehe man weiter ginge, die Gedanken dieser Stände zu vernehmen. Dabei hat er zu bestehen und sich in diesem Punkt nicht weiter auszulassen.

2) Betreffend den Punkt der Mediation, so sieht Kf. nicht ein, da er von Anfang an die Meinung gehabt, dass das ganze Kurfürstencolleg die Mediation übernehmen sollte, wie Baiern, Sachsen und Pfalz vorbeizugehen. Da der König von Frankreich in beikommendem Schreiben an ihn vom 19. Juli[2]) wohl leiden will, dass auch andere Fürsten des Reichs sich des Werkes unterziehen, so hat es deswegen keine Schwierigkeit. Beide kriegführende Theile sind zunächst durch Schreiben aufzufordern, die Friedenshandlung zu belieben und dazu Zeit und Ort zu benennen oder ministros zu Abhandlung solcher Präliminarien zu committieren, um dieses zu befördern, könnten von allen correspondierenden Fürsten je ein oder zwei Gesandte an Spanien und an Frankreich gesandt werden, an den Tractaten selbst aber hätte ein jeder derselben einen der Seinigen Theil nehmen zu lassen, die aber de concert nach einer von allen beliebten Instruktion zu agieren hätten, u. s. w.

3) Betreffend die Rheinische Allianz, so hat er nach wie vor diesen Punkt nach Regensburg zu verweisen.

Vor allem hat er darauf zu sehen und dahin zu stimmen, dass die an die kriegführenden Parteien zu schickenden Gesandten sich aller Partialität enthalten und dass dieses mit nachdrücklichen Worten in ihre Instruktion gesetzt werde. Bei Prorogation der Rheinischen Allianz findet Kf. mehr und mehr Bedenken, er kann sich daher zur Zeit darüber noch nicht weiter erklären.

---

[1]) S. oben S. 155ff.

[2]) S. Urk. u. Akt. II, S. 462.

Freiherr A. v. Spaen[1]) an den Oberpräsidenten v. Schwerin. D. Cöln a. Rhein 12. September 1667.

[Verzögerung des Kreistages, Vorschlag, gegen den Bischof von Münster mit Gewalt vorzugehen. Die französischen Fortschritte in den Niederlanden. Der Bischof von Strassburg.]

— Die Münsterischen Gesandten[2]) continuiren noch immerfort 12. Sept. in ihren unbefugten Proceduren, die Creisproposition durch allerhand Mittel, die sie erdenken können, aufzuhalten, und geben zu verstehen, dass sie darzu gar nicht kommen wollen, es sei dann, dass man ihnen Gehmen abtrete. — Ich persistire noch dabei, was ich in meinem vorigen geschrieben, nämlich dass es der Bischof zu Münster zu grob mache und solches zur bösen Consequenz gereichen könne. Der Bischof zu Münster wird S. Chf. D. in allen dero Desseinen zuwider sein, er ist ein Feind von S. Chf. D. und wird keine Ruhe haben noch halten, so lange er lebet oder Macht hat. Derohalben wäre meine Meinung, dass man ihm also, gleich wie dem Herzogen von Lothringen[3]) geschehen ist, behorete zu verfahren, solchergestalt würde man sich dieses unruhigen Herrn entschlagen und sicher seine Trouppes an uns bringen, und würde das Stift Münster uns gute Quartier und Contribution geben können. Dieses wäre gar woll zu practiciren, und ob ich woll weiss, dass Ew. Exc. vielleicht werden urtheilen, solches sein extreme und vehemente Vorschläge, welches ich dann auch selbst bekennen muss, allein hierbei ist zu consideriren, dass wir auch wunderliche Zeiten erleben und in denselben allerhand gefährliche und fremde Proceduren sehen müssen, welchen dann auch durch vorangeregte und dergleichen extreme Mittel in Zeiten muss vorgebauet werden, sonsten möchte zu befahren sein, dass die Contagion so weit einreissen dürfte, dass sie uns ganz verzehren und wegnehmen möchte und wir also an den Franzosen würden sterben müssen. Wann man aber eine solche Resolution nehmen wollte, so würde es mit Communication der Herren Staten geschehen müssen, auch, sobald dieser Anschlag ins Werk gerichtet wäre, dem Keyser umbständlich davon Notification gethan werden.

---

[1]) Derselbe war nebst Blaspeil, de Beyer und Pagestecher von Kf. zu dem in Cöln abzuhaltenden Westfälischen Kreistage (s. oben S. 719) deputiert worden.

[2]) S. Alpen II, S. 34ff., Tücking S. 158.

[3]) Vgl. Erdmannsdörffer, Deutsche Geschichte vom Westfälischen Frieden bis zum Regierungsantritt Friedrichs des Grossen I, S. 184f.

Ich halte für gewiss, dass solches, wofern wir uns wegen Schweden nicht zu fürchten haben, zu practiciren und hiedurch auch der Friede zwischen dem König in Spanien und dem König in Franckreich ver hoffentlich desto eher zu machen. — Dieses sind also meine unvorgreiflliche Gedanken und ist der Herr Blaspeil mit mir hierin einig Schliesslich, wie es in Brabant und Flandern zustehet, davon will ich nichts mehr als dieses melden, dass, wenn der König in Franckreich also fortgehet, wir denselben auch bald zum Nachbar haben werden. Ist es denn noch nicht Zeit im Reich aufzuwachen? —

PS. — Der Bischof von Strassburg ist gut französisch und wird auf allerhand Mittel gedenken, die französischen Desseine zu secundiren.

W. W. Blaspeil an den Kurfürsten. D. Cöln am Rhein 3./13. September 1667.

[Nachrichten aus Holland. Der Kreistag und der Convent zu Cöln. Befremdliche Aeusserung des Bischofs von Strassburg.]

13. Sept. Aus dem Haag erhält er Nachricht, dass sowohl 813[1]) als auch de Witt begehren, Kf. möchte sich hier nicht in die Cölnische Allianz einlassen und nicht in der Mediation so engagieren, dass er wider Frankreich nichts sollte thun können, wenn er gleich wollte, die Gen. Staaten würden deswegen die Mediation auch declinieren, dazu sie sonst unter der Hand veranlasst würden. Er hat darauf Romswinckel und Copes angewiesen, zu fragen, was die Staaten bei Kf. thun wollten, wenn er die Partei von Spanien nehmen würde.

In dem Kreiswesen ist es noch nicht zur Proposition gekommen, die Münsterschen halten immerhin zurück und machen es ziemlich grob mit ihnen, ihr Herr scheint Kf. wenig zu considerieren. Auch die Handlung der hier anwesenden Kur- und Fürstlichen Abgesandten wird sehr schläfrig fortgesetzt. Der Bischof von Strassburg sagte ihm neulich in halbem Rausche, er würde in kurzen Tagen von einer grossen Veränderung hören. Da derselbe mit dem Kurfürsten über 8 Tage nach Lüttich will, so weiss Bl. nicht, was er daraus schliessen soll. Münster soll mit Schweden wohl stehen.

---

[1]) unaufgelöste Chiffer.

Joh. de Beyer[1]) an den Kurfürsten. D. Cöln am Rhein 13. September 1667.

[Conferenzen am 7. u. 10. Sept. Eröffnungen des K. Trierschen Gesandten u. des Bischofs v. Strassburg.]

In einer Conferenz[2]) am Mittwoch den 7. hat er, was Kf. ihm in puncto se- 13. Sept.
curitatis und mediationis aufgetragen, den anwesenden Deputierten eröffnet, das gleiche geschah in einer neuen Conferenz am 10. vonseiten des K. Trierschen Dr. Buschmann und wurde darauf das Concept eines Schreibens an Spanien zur Dictatur gebracht. Der Triersche sagte in der öffentlichen Conferenz, was er ihm schon privatim mitgetheilt, K. Cöln und der Bischof von Strassburg hätten seinem Herrn geschrieben, der punctus mediationis sollte hier allein vorgenommen werden, so dass vielleicht auf die engere Verbündnis so stark nicht mehr gedrungen werden dürfte, derselbe hat ihm vertraulich eröffnet, dass K. Trier[3]) bei seiner Intention, in das projectierte foedus nicht einzutreten, beharre und dass er beauftragt wäre, mit ihm vertraulich zu correspondieren; K. Baiern wäre durch K. Cöln schon eingenommen und K. Mainz würde vielleicht trachten, auch K. Sachsen auf seine principia zu bringen, wenn nicht das jüngste Abbouchieren[4]) dem vorgebaut hätte. Der Bischof von Strassburg hat sich ihm gegenüber mit dem Auftrage, es dem Kf. zu hinterbringen, darüber beklagt, dass aus den spanischen Quartieren und den Niederlanden her spargiert

---

[1]) Laut Relation vom 23. August war derselbe zusammen mit Blaspeil und Pagestecher am 18. in Cöln des Kreistages wegen angekommen, hatte dort die neue Instruction des Kf. vom 7./17. August (oben S. 809) erhalten, aber noch keinen von den anderen Deputierten vorgefunden.

[2]) Anwesend sind in dieser Conferenz für K. Mainz v. Schönborn und Bertram, für K. Cöln der Bischof von Strassburg, für Münster Wiedenbrück, für Pfalz-Neuburg V. Kanzler Schnell. Vgl. über diese neuen Verhandlungen Köcher I, S. 539f.

[3]) Kurfürst Karl Kaspar von Trier hatte (d. Coblenz 5. August 1667) bei Kf. angefragt, was derselbe von dem zu Cöln vorgeschlagenen Bündnis halte, und gebeten, ihre beiderseitigen Gesandten dort vertraulich communicieren zu lassen. Kf. hatte (d. Potstam 7./[17.] August 1667) dieses zugesagt und auf die erste Anfrage erwidert: „Und halten wir sonst dafür, dass nöthig sein werde, die consilia und actiones also einzurichten, damit nicht einem oder andern Theil Ursach zur Jalousie oder Offension gegeben werden möge, — solchem nach fällt uns nicht wenig bedenklich, dass man sofort den Pass vor den Succurs nach den Niederlanden mit Gewalt zu verwehren sich verbinden wollte, angesehen dieselbe Sache den burgundischen Kreis betreffend vor das ganze Reich gehörig und also billig zu verwarten, auch nicht wohl von einiger Stände wegen statuiret werden kann, ehe die Sache auf dem Reichstage debattiret. Inzwischen hätte man sich in den terminis Instrumenti pacis zu halten und zuzusehen, dass durch das Mittel, so man zu Erhaltung Friedens anzuwenden gemeinet, nicht Unruhe verursachet werden möge."

[4]) Die Zusammenkunft zwischen Kf. und K. Sachsen zu Zinna s. oben S. 785 ff.

werde, K. Cöln hätte sich mit Frankreich derartig verbunden, dass er nicht mehr könne für unpartheiisch erachtet und daher nicht zur Mediation zugelassen werden, was durch ein aufgefangenes Memorial Lionne's bewiesen werde. K. Cöln stände allerdings mit Frankreich in Allianz, diese sei aber schon im April 1666[1]) abgeschlossen und sei eine blosse Defensivallianz, er, der Bischof, habe sich erboten, dieselbe einem Bevollmächtigten Castel Rodrigo's mitzutheilen, erbiete sich ebenso gegen Kf. Der König von Frankreich hätte ihnen zwar seitdem grosse Offerten gemacht, sie hätten sich aber in keine weitere Verbindung mit demselben eingelassen. Sie hätten das, was jetzt in den Niederlanden vorgehe, ein ganzes Jahr aufgehalten, der Bruder des Bischofs sei schon 1665[2]) am kaiserlichen Hof gewesen und hätte dort gute und ehrliche Bedingungen zu Verhütung der jetzigen Weiterung vorgeschlagen, der Kaiser hätte dieser Proposition auch anfänglich das Ohr geliehen, sei aber nachher von der Kaiserin wieder davon abgebracht worden. Ihre Absicht sei den Frieden durch die Mediation zu befördern, um dieser Nachdruck zu geben, müsste man eine ziemliche Anzahl Völker auf den Beinen haben. Auch andere Kur- und Fürsten, z. B. Kf., Schweden, Holland und England ständen mit Frankreich in Allianz und würden darum bei der Mediation nicht refusiert. Wenn man zu besserer Subsistenz in der Verfassung von einem oder anderen Subsidien erlangte, so wäre auch dieses nicht zu improbieren, wenn man sie ohne Gegenobligation annehme. Aehnlich hätte auch Münster auf die Remonstrationen des Kf. wegen seiner mit französischem Gelde gemachten Werbungen geantwortet.

Da die erwarteten K. Trierschen, Braunschweigischen und anderen Gesandten jetzt hier sind und so die von ihm in puncto securitatis vorgeschobenen Dilationen aus dem Wege geräumt sind, so bittet er um Ordre, wie er sich in hoc passu publice ferner erklären solle.

W. W. Blaspeil an den Kurfürsten. D. Cöln am Rhein 10./20. September 1667.

[Mittheilungen des Bischofs von Strassburg zur Rechtfertigung der Politik K. Cölns; dessen Absichten. Die K. Sächsischen Gesandten.]

20. Sept. Der Bischof von Strassburg, den er auf seine Veranlassung am 16. aufgesucht, hat ihm mitgetheilt, K. Cöln wünsche in der früheren Vertraulichkeit mit Kf. zu continuieren, demselben werde ungerechter Weise vorgeworfen, dass er sich zu Nachtheil des R. Reiches engagiert hätte, Castel Rodrigo hätte aus diesem Grunde dessen Mediation zurückgewiesen auf Grund von intercipierten

---

[1]) In Wirklichkeit war 22. October 1666 ein geheimes Bündnis zwischen K. Cöln und Frankreich geschlossen worden, s. Mignet II, S. 28 ff., Ennen, Frankreich und der Niederrhein I, S. 185.

[2]) S. über diese Sendung des Grafen Wilhelm von Fürstenberg, welche aber Anfang 1667 stattgefunden hatte, Mignet II, S. 324 ff., Ennen S. 190

Schreiben, diese müssten aber untergeschoben sein, K. Cöln hätte an seinen Agenten in Brüssel geschrieben, Castel Rodrigo möchte durch eine vertraute Person ihn die Originale derselben sehen lassen, dafür würde er demselben auch das Original seiner Tractaten mit Frankreich zeigen. Auch der Markgraf von Baden hätte am braunschweigischen Hofe und an anderen Orten trefflich losgezogen und würde vermuthlich auch bei Kf. K. Cöln und ihn selbst nicht verschont haben, wie er denn von allem, was er wüsste, gern redete, auch bei seiner Rückkunft sich der bei Kf. gehabten guten Expedition gerühmt und vorgegeben hätte, Kf. würde sich bald mit einer ansehnlichen Armee für Spanien zeigen. K. Cölns Gedanken und Bemühungen wären hauptsächlich dahin gegangen, dem Kriege in den spanischen Niederlanden zuvorzukommen und das Feuer in der Asche zu dämpfen, er hätte auch dasselbe fast ein Jahr lang durch seine guten consilia zurückgehalten und würde wohl sein Ziel erreicht haben, wenn man nur spanischerseits gutem Rath hätte folgen wollen. Sein Bruder, Landgraf Wilhelm von Fürstenberg, sei deswegen im verwichenen Vorjahr zu Wien gewesen [1]), mit dem Kaiser zu tractieren, und hätte proponiert, Frankreich würde sich aller seiner Praetensionen begeben und das Haus Oesterreich sich keiner Widerwärtigkeiten davon in den Niederlanden oder sonst zu befahren haben, wenn man nur demselben auf den Fall des Todes des jetzigen Königs von Spanien die Franche Comté lassen und dessen durch einen besonderen Vertrag versichern würde. Nur 3 oder 4 am kaiserlichen Hofe hätten von dieser Negotiation gewusst, man hätte sich mit dem Grafen auch, obwohl man ihm anfangs nicht recht getraut, einzulassen angefangen und es würde sich alles sehr wohl geschickt haben, wenn nicht der spanische Gesandte und die Oberkämmerin die ganze Handlung umgestossen und den Kaiser divertiert hätten. K. Cöln hätte natürlich auch auf seiner Lande und Leute Sicherheit gedacht und ginge dasjenige, was er mit Frankreich tractiert, hauptsächlich dahin. Er zeigte ihm die Unterschriften des vom April 1666 datierten Vertrages und erklärte, K. Cöln wäre erbötig, den ganzen Inhalt dieses Tractates dem Kf. bekannt zu machen, wenn derselbe einer vertrauten Person diese Commission auftragen und ihn zugleich versichern wollte, dass dieselbe es bei sich behalten und ausser Kf. niemand davon etwas offenbaren wolle. Dieser Tractat könnte nicht hindern, dass K. Cöln alle consilia, welche zum besten des R. Reiches gefasst werden sollten, mit amplectieren sollte.

Bl. hat darauf in genere und mit aller möglichen Behutsamkeit geantwortet, Kf. würde gern in dem Vertrauen mit K. Cöln continuieren und nicht sowohl auf die ihm über denselben zukommenden Berichte als auf den Grund der Sachen sehen, den Markgrafen von Baden hätte Kf. nach seiner Gewohnheit mit aller Civilität dimittiert, auf seine Proposition aber keine cathegorische Resolution gegeben, sondern freie Hände bisher behalten.

Der Bischof gestand, dass Frankreich zu den Werbungen der K. Cölnischen Völker Subsidien gegeben, doch ohne Condition, so dass K. Cöln die Völker auch gegen Frankreich, wenn es nicht aequas pacis conditiones annehmen wollte,

[1]) S. S. 814.

gebrauchen könnte. Spanien thäte nichts, um die Niederlande zu conservieren, solchen Leuten wäre schwerlich zu helfen, welche nicht sich selbst helfen wollten, Frankreichs Intention wäre garnicht, die Niederlande alle an sich zu ziehen, sondern es würde mit einem Theil davon zufrieden sein und andere mit geniessen lassen. Da man nun endlich sehen sollte, dass die Niederlande nicht zu retten wären, hätten billig die nächst angelegenen, Kf. und andere, dahin zu sehen, dass sie nicht ausgeschlossen würden, man könnte dann dem Könige von Frankreich terminos stellen und darüber eine solche Garantie machen, dass er dieselben zu überschreiten und seine Nachbaren zu beunruhigen sich wohl hüten werde. Doch würde das beste sein, wenn man beide Kronen vergleichen könnte, die Mediation müsste nur bald fortgesetzt werden.

Bl. meint, es würde gut sein, wenn Kf. aus dieser Veranlassung an K. Cöln ein freundliches Schreiben richtete und ihn darin ermahnte, nicht nur wie bisher des Reiches Wohlstand zu beherzigen, sondern auch wohl zuzusehen, dass nicht die Mittel, welche er dazu ergreife, widrige Effecte thun mögen.

Des Bischofs von Strassburg Absehen bei dieser Unterredung schien dahin zu gehen: 1) K. Cöln den Weg, um sich mit Kf. zu setzen, falls seine bisherigen consilia nicht succedieren sollten, offen zu halten, 2) sich selbst bei K. Cöln, der glaubt, dass die mit Frankreich geschlossenen Tractaten zu seinem und des Reiches Besten angesehen, aus allem Verdacht zu halten und denselben in diesem Glauben zu stärken. Der Bischof scheint selbst keine grosse Hoffnung auf die hier entworfene Confoederation zu setzen, da K. Mainz ohne Zweifel mehr aus Furcht als aus Affection für Frankreich sich mit dahin erklärt und vermuthlich, wenn das Werk sich anders schicken sollte, auch andere Gedanken fassen dürfte; so wird er seinen meisten Rücken an K. Baiern suchen müssen, dessen Abgesandter v. Kleist heute hier erwartet wird.

PS. Die K. Sächsischen Gesandten v. Burckersrode und Hofmarschall v. Kanne, die nach Frankreich gehen sollen, halten sich hier noch auf, leben mit ihnen in gutem Vertrauen, erwarten nähere Ordre und wollten gern wissen, ob Kf., wen und wie bald nach Frankreich schicken werde, verlangen sonst wieder nach Haus.

Joh. de Beyer an den Kurfürsten. D. Cöln am Rhein 10./20. September 1667.

[Bericht über die Conferenzen am 15., 16. u. 17. September.]

20. Sept. In den letzten Conferenzen am 15., 16. und 17. ist nur das Mediationswerk vorgenommen worden, es sind dort die Schreiben an den Kaiser, Spanien und Frankreich adjustiert und Vorschläge wegen der Subscription und Besiegelung sowie der Versendung derselben gemacht worden, auch wegen Errichtung einer gemeinen Casse zur Bestreitung der durch diese Mediationssache verursachten Kosten.

Von dem Hause Braunschweig sind jetzt auch einige Deputierte er-

schienen[1]), einer von K.Baiern wird auch erwartet. Zwei k.sächsische Gesandten sind vor einigen Tagen hier angekommen, anfänglich mit Ordre nach Frankreich zu gehen, wegen erhaltener anderer Ordre aber halten sie sich noch hier auf[2]).

Derselbe an den Kurfürsten. D. Cöln am Rhein 17./27. September 1667.

[Conferenz am 20. Sept. Vorschlag Fürstenbergs wegen der Gesandtschaften. v. Kleist.]

Am 20. hat eine neue Conferenz stattgefunden, an der auch der k.bai- 27. Sept.
rische Deputierte v. Kleist sowie die Zellischen, Calenbergischen und Wolffenbüttelschen Theil genommen haben, man hat über die Instruktionen und andere dazu gehörige Sachen berathen, dieselben sind aber noch nicht adjustiert und über die Subscription ist Streit zwischen den Geistlichen und Weltlichen. Der Bischof von Strassburg, der mit K.Cöln zusammen nach Lüttich abgereist ist, hat ihm gegenüber den Vorschlag gemacht, K.Cöln und K.Mainz möchten an den Kaiser, K.Trier und K.Baiern nach Spanien, Kf. und K.Sachsen nach Frankreich schicken und es könnte an jeden Hof ein Fürstlicher adjungiert werden.

Der K.Bairische v. Kleist hat sich ihm gegenüber zu vertraulicher Correspondenz erboten und seine Devotion gegen Kf. bezeugt.

O. v. Schwerin an den Kurfürsten. D. Alt Landsberg 20./[30.] September 1667.

[Die Eröffnungen Fürstenbergs, darauf zu ertheilende Antwort. Nothwendigkeit einer Gesandtschaft nach Wien. Billigung der Vorschläge de Witts.]

PS. — halte unmasgeblich davor, dass, weil der Bischof von Stras- 30. Sept.
burg sich so vertraulich herausgelassen[3]) und, wie er auch sonst gesinnet sein mag, dennoch viel gutes an die Hand gegeben, solche Correspondenz zu mesnagiren sei und ihm hinwiederumb einige Confidenz zu bezeugen, welches durch ein Schreiben vorgeschlagener massen an den Bischof und den Churfürsten mit Bezeugung, dass E. Chf. D. die gethane ouverture sehr angenehmb wäre, geschehen könnte, und weil er sich zu der Communication des foederis mit Frankreich erboten, könnten E. Chf. D. begehren, dass es deroselben in copia zu dero eigenen

[1]) S. Köcher I, S. 539.

[2]) K. beauftragt (d. Massin 16./[26.] September 1667) Beyer, mit den K.Sächsischen vertraulich zu communicieren.

[3]) S. oben S. 814 ff.

Hände addressiret würde, mit Versicherunge, dass es niemand communiciret werden sollte, damit auch E. Chf. D. ihnen destomehr Anlass zu einigem Vertrauen geben, könnten Sie gar wohl ein Misgefallen bezeugen, dass man Spanischer Seiten die Churcölnsche Mediation ausgeschlagen, wie mir dann auch nicht deucht, dass Sie hierunter gar wohl gethan, es würde Frankreich auf solche Art auch anderer Mediation refusiren und also die Tractaten immerhin verhindern können. Indessen, damit man desto besser wissen könnte, ob auf des Bischofs Anbringen auch einiges Fundament zu setzen, könnten[1]) E. Chf. D. am Keyserlichen Hofe bekannt machen, was der Graf Wilhelm sich von seiner Negotiation daselbst rühmet und dass er sich erboten, durch die Franche Comté die ganze Sache beizulegen, und vernehmen, ob solches sich also verhalte. Dass der Markgraf von Baden etwas laut gegangen, habe ich auch von anderen Orten vernommen und laufet solches ausdrücklich kegen die Abrede und seine Zusage. Wann aber E. Chf. D. solches durch Schreiben an ihn ressentirten und man solches vorzeigete, würde es noch ärger sein und seine Aussage bestärken, deren doch jetzt von allen nicht mag getrauet werden, daher ich unmasgeblich gnugsamb ermesse, dass man sich alhie bei dem Baron de Goes desfals mündlich beschwere, der mir neulich gesagt, dass seine Relation nacher Spanien geschicket und von dannen Resolution erwartet würde. Wegen Abschickung nacher Wien seind allerhand Bedenklichkeiten, sonderlich dass der Keyser, den es doch hauptsachlich betrifft, so gar kühl in der Sache ist, wie ich solches noch neulich von dem Baron de Goes gespüret, und anstatt dass er E. Chf. D. suchen und urgiren sollte, darauf wartet, dass es von deroselben geschehe. Jedennoch wann E. Chf. D. das Werk anzutreten resolviret sein, sonderlich auf solche Art wie von dem H. de Witte vorgeschlagen[2]), so würde es doch wohl sein müssen, damit man so viel Vortheil als immer müglich am Keyserl. Hofe davon ziehe, denn werden E. Chf. D. vorher im Haag schliessen, so haben Sie hernach alda nichts zu hoffen. Ich wollte doch unterthänigst rathen, dass unter anderm Prätext hingeschicket, der Abgesandte aber dennoch auf diese Sache instruiret würde, der Person halber, so hiezu zu gebrauchen, will E. Chf. D. ich meine Gedanken mündlich eröffnen. Dass mit dem Feldherrn Wrangel die vertrauliche Correspondenz fortgesetzet werde, finde ich sehr rathsamb, denn so viel ich aus

[1]) S. Urk. u. Akt. XIV, 1 S. 346.
[2]) S. oben S. 735.

allen Dingen absehen kann, führet derselbe gar gute consilia, hiezu könnte derselbe gebrauchet werden, welcher nach Franckreich gehen soll. Sonsten, Gnädigster Herr, gefällt mir der Vorschlag, den der H. de Witte gethan, wie man das Werk angreifen soll, sehr wohl, können E. Chf. D. nur die nöthige Subsidia von ihnen erhalten, so könnte ich nicht widerrathen, dass E. Chf. D. sich mit ihnen einlassen, denn der Zweck ist löblich, die Art zu procediren billig und kann von keiner Partei getadelt werden, und würden E. Chf. D. im Reich grossen Beifall erlangen. —

Der Kurfürst an den Kurfürsten von Cöln. D. [s. l.] 23. September/[3. October] 1667.

[Erwiderung auf die Eröffnungen Fürstenbergs.]

Durch Blaspeil hat er erfahren, was der Bischof von Strassburg dem- 3. Oct.
selben wegen K. Cölns aufrichtiger Bemühungen in der burgundischen Sache und Ungegründetheit der Nachrede wegen seiner Allianz mit Frankreich sowie wegen seines Wunsches, mit ihm weiter vertrauliche Correspondenz zu unterhalten, eröffnet hat.

Ohne ist zwar nicht, dass wegen der mit Frankreich aufgerichteten Alliantz wie auch wegen dessen, so anfangs zue Cöln in puncto securitatis ins Mittel gekommen, hin und her viel ausgesprenget, auch uns zu Ohren gekommen. Nach dem aber zue E. Ld. gesetzten aufrechten Vertrauen haben wir uns doch allewege versichert gehalten, E. Ld. keine andere als dem Vaterlande erspriessliche consilia führen würden. Stellen auch zu E. Ld. — Gefallen, ob sie uns, wie des H. Bischoffen Ld. auch erwähnet, von dem mit Frankreich geschlossenen Tractat in gutem Vertrauen Nachricht geben und eine Abschrift erteilen wollen. Wir versichern E. Ld., dass wir selbige dergestalt secretiren, wie sie es selbst begehren, und blos zue Hintertreibung der oberwähnten Nachrede gebrauchen werden. Sonsten wollen wir gleichwoll nicht hoffen, dass an Spanischer Seiten man gesinnet sei, bei der Mediation E. Ld. einige Difficultät und in dem Churf. collegio eine Trennung zu machen, gestalt wir dann auch deswegen an gehörigen Ort nötige und dienliche Erinnerung thuen werden. —[1])

---

[1]) Unter demselben Datum richtet Kf. auch ein ähnliches Schreiben an den Bischof von Strassburg und beauftragt Blaspeil, dieses Schreiben zu bestellen und die Correspondenz mit dem Bischof fortzusetzen.

Joh. de Beyer an den Kurfürsten. D. Cöln am Rhein 4. October 1667.

[Bericht über die letzten Conferenzen. Die K. Sächsischen Gesandten. Betrag des von Kf. zu zahlenden Beitrages.]

4. Oct. In[1]) der Conferenz am 27. September ist die Schwierigkeit wegen der Subscription ausgeglichen und dann am folgenden Tage über die Eintheilung der Schickung an die drei Höfe berathen worden. Dem Beschluss, dass je zwei Kurfürsten und ein Fürst an jeden Hof schicken sollten, gegenüber verlangten die Fürsten, Münster, Pfalz-Neuburg, Celle, Calenberg und Wolffenbüttel[2]), entsprechend dem anfänglichen Vorschlag, dass ebensoviel Fürsten wie Kurfürsten, nämlich je zwei, an jeden Hof schicken sollten, namentlich die Braunschweigischen haben sich stark dafür interessiert und ist schliesslich am 30. dieser Vorschlag ad referendum angenommen worden, ebenso der wegen der gemeinen cassa, wogegen auch Widerspruch erhoben wurde. Vorgestern sind die Schreiben an die drei Höfe nebst den Instruktionen und Credentialen für die Gesandten[3]) an allerseits Principalen zur Subscription zugesandt worden. Dieselben sollen zugleich auf einem Zettel die Namen der Gesandten, welche sie schicken wollen, um diese den Credentialen einzuverleiben, an K. Mainz zurückschicken und sich darüber erklären, ob sie nach der Reichsmatrikul zu der cassa beitragen und ihren Beitrag hieher an die K. Mainzische Gesandtschaft anschaffen lassen wollen. An der letzten Sitzung haben auch die K. Sächsischen auf Grund besonderer Vollmacht ihres Herrn Theil genommen. Zu Folge dem kurfürstlichen Rescript vom 16./26. September ist er gestern bei denselben gewesen, hat ihnen den Befehl, mit ihnen in vertrauliche Correspondenz zu treten, bekannt gemacht und, wohin sie incliniert seien, zu sondieren gesucht, dieselben erklärten, die Rückkehr eines nach Dresden geschickten Kammerdieners zu erwarten.

PS. Als Beitrag zu den auf 2000 Rthlr. angeschlagenen Spesen für die Couriere soll jeder der correspondierenden Kur- und Fürsten ein Achtel eines einfachen Römermonats, also Kf. 228½ Rthlr. zahlen[4]).

Joh. de Beyer an den Kurfürsten. D. Cöln am Rhein 11. October 1667.

[Versicherungen v. Kleists über die Haltung K. Baierns. Die K. Sächsischen Gesandten u. deren Aeusserungen.]

11. Oct. Der k. bairische Gesandte v. Kleist, der nach der Aussage des kaiser-

[1]) Vgl. den Bericht Gaumonts vom 3. October 1667 (Mignet II, S. 269).

[2]) S. Köcher I, S. 539.

[3]) S. alle diese vom 5. October 1667 ausgestellten Schriftstücke bei Londorp IX, S. 578 ff.

[4]) Kf. erklärt sich (d. Cöln 1./11. October 1667) dazu bereit und weist das Geld an.

lichen Gesandten zur französischen Partei gehören soll und den er darauf hin sondiert hat, behauptet, seinem Herrn geschehe darunter gar ungütlich, und, nachdem er ihm über die Intention des Kf. auf Grund der Rescripte desselben vertrauliche Mittheilung gemacht, alles käme mit den consiliis seines Herrn überein, derselbe wäre noch mit keiner Partei engagiert und er selbst wollte sich bemühen, dass derselbe auch ferner mit Kf. gleiche consilia führe. Die K. Sächsischen berichteten Nachricht zu haben, Castel Rodrigo habe Befehl erhalten, nach Spanien zurückzukehren, und Don Juan d'Austria sollte an seiner Stelle nach den Niederlanden kommen. Dieselben haben ihm mitgetheilt[1]), Burckersrode beabsichtige auf erhaltenen Befehl die Rückreise anzutreten, Marschall v. Cahn werde vielleicht nach Frankreich gehen und bis zu solcher Ordre eine Reise nach Holland machen, hier wollten sie die K. Mainzischen ihnen substituieren. Sie behaupteten, von dem, was bei dem Abbouchement zwischen ihrem Herrn und Kf. vorgefallen, noch keine völlige Information zu haben, meinten, man müsste darauf, dass der Kaiser sich so wenig movierte, ein besonderes Absehen haben und es dürfte wohl bedenklich sein, dass einige Kur- und Fürsten ohne denselben sich movieren wollten. Nachdem er auf Grund der Rescripte des Kf. sie auch mit dessen Intention bekannt gemacht, findet er sie auf denselben principiis, Burkersrode äusserte sogar die Absicht, nach seiner Rückkehr mit Kf. unter einem Prätext davon weiter zu reden, doch hat er davon nachher wieder abstrahiert, bis er seines Herrn Intention vernommen hätte. Gaumont ist wieder hieher zurückgekehrt, hat dieses aber weder ihm noch den K. Sächsischen angezeigt.

Joh. de Beyer an den Kurfürsten. D. Cöln am Rhein 17. October 1667.

[Weitere Berathungen, Vorschlag, den Congress vorläufig zu vertagen.]

Am 12. wurde über den Extract der spanischen Vollmacht berathen und endlich beschlossen, vorläufig noch hier zu bleiben und den punctum armistitii bei der Instruktion zu lassen, K. Cöln könnte unter der Hand ferner sondieren oder man möchte sehen, wie man es en privé anbrächte. Allerlei Gedanken und Speculationen waren privatim über dieses Werk, über jenen Extract und die proponierte Frage, als ob vielleicht dadurch der Mediation neue obstacula gemacht werden wollten. Einige meinten, um dieses zu declinieren, sollte man sich eine Zeit lang, wenn nicht alle, doch die meisten, trennen und abwarten, was inzwischen mit den Schreiben und Gesandtschaften ausgerichtet werden würde[2]). 17. Oct.

[1]) Vgl. Auerbach S. 303.

[2]) Kf. erklärt sich (d. Cöln 15./[25.] October 1667) damit einverstanden, dass die Gesandten sich vorläufig trennten und Beyer nach Cleve zurückkehre, er bedauert, dass der von dem Markgrafen von Baden gemachte Vorschlag (s. oben S. 704),

Joh. de Beyer an den Kurfürsten. D. Cöln am Rhein 4. October 1667.

[Bericht über die letzten Conferenzen. Die K. Sächsischen Gesandten. Betrag des von Kf. zu zahlenden Beitrages.]

4. Oct. In[1]) der Conferenz am 27. September ist die Schwierigkeit wegen der Subscription ausgeglichen und dann am folgenden Tage über die Eintheilung der Schickung an die drei Höfe berathen worden. Dem Beschluss, dass je zwei Kurfürsten und ein Fürst an jeden Hof schicken sollten, gegenüber verlangten die Fürsten, Münster, Pfalz-Neuburg, Celle, Calenberg und Wolfenbüttel[2]), entsprechend dem anfänglichen Vorschlag, dass ebensoviel Fürsten wie Kurfürsten, nämlich je zwei, an jeden Hof schicken sollten, namentlich die Braunschweigischen haben sich stark dafür interessiert und ist schliesslich am 30. dieser Vorschlag ad referendum angenommen worden, ebenso der wegen der gemeinen cassa, wogegen auch Widerspruch erhoben wurde. Vorgestern sind die Schreiben an die drei Höfe nebst den Instruktionen und Credentialen für die Gesandten[3]) an allerseits Principalen zur Subscription zugesandt worden. Dieselben sollen zugleich auf einem Zettel die Namen der Gesandten, welche sie schicken wollen, um diese den Credentialen einzuverleiben, an K. Mainz zurückschicken und sich darüber erklären, ob sie nach der Reichsmatrikul zu der cassa beitragen und ihren Beitrag hieher an die K. Mainzische Gesandtschaft anschaffen lassen wollen. An der letzten Sitzung haben auch die K. Sächsischen auf Grund besonderer Vollmacht ihres Herrn Theil genommen. Zu Folge dem kurfürstlichen Rescript vom 16./26. September ist er gestern bei denselben gewesen, hat ihnen den Befehl, mit ihnen in vertrauliche Correspondenz zu treten, bekannt gemacht und, wohin sie incliniert seien, zu sondieren gesucht, dieselben erklärten, die Rückkehr eines nach Dresden geschickten Kammerdieners zu erwarten.

PS. Als Beitrag zu den auf 2000 Rthlr. angeschlagenen Spesen für die Couriere soll jeder der correspondierenden Kur- und Fürsten ein Achtel eines einfachen Römermonats, also Kf. 228½ Rthlr. zahlen[4]).

Joh. de Beyer an den Kurfürsten. D. Cöln am Rhein 11. October 1667.

[Versicherungen v. Kleists über die Haltung K. Baierns. Die K. Sächsischen Gesandten u. deren Aeusserungen.]

11. Oct. Der k. bairische Gesandte v. Kleist, der nach der Aussage des kaiser-

---

[1]) Vgl. den Bericht Gaumonts vom 3. October 1667 (Mignet II, S. 269).

[2]) S. Köcher I, S. 539.

[3]) S. alle diese vom 5. October 1667 ausgestellten Schriftstücke bei Londorp IX, S. 578 ff.

[4]) Kf. erklärt sich (d. Cöln 1./11. October 1667) dazu bereit und weist das Geld an.

lichen Gesandten zur französischen Partei gehören soll und den er darauf hin sondiert hat, behauptet, seinem Herrn geschehe darunter gar ungütlich, und, nachdem er ihm über die Intention des Kf. auf Grund der Rescripte desselben vertrauliche Mittheilung gemacht, alles käme mit den consiliis seines Herrn überein, derselbe wäre noch mit keiner Partei engagiert und er selbst wollte sich bemühen, dass derselbe auch ferner mit Kf. gleiche consilia führe. Die K. Sächsischen berichteten Nachricht zu haben, Castel Rodrigo habe Befehl erhalten, nach Spanien zurückzukehren, und Don Juan d'Austria sollte an seiner Stelle nach den Niederlanden kommen. Dieselben haben ihm mitgetheilt[1]), Burckersrode beabsichtige auf erhaltenen Befehl die Rückreise anzutreten, Marschall v. Cahn werde vielleicht nach Frankreich gehen und bis zu solcher Ordre eine Reise nach Holland machen, hier wollten sie die K. Mainzischen ihnen substituieren. Sie behaupteten, von dem, was bei dem Abbouchement zwischen ihrem Herrn und Kf. vorgefallen, noch keine völlige Information zu haben, meinten, man müsste darauf, dass der Kaiser sich so wenig movierte, ein besonderes Absehen haben und es dürfte wohl bedenklich sein, dass einige Kur- und Fürsten ohne denselben sich movieren wollten. Nachdem er auf Grund der Rescripte des Kf. sie auch mit dessen Intention bekannt gemacht, findet er sie auf denselben principiis, Burkersrode äusserte sogar die Absicht, nach seiner Rückkehr mit Kf. unter einem Prätext davon weiter zu reden, doch hat er davon nachher wieder abstrahiert, bis er seines Herrn Intention vernommen hätte. Gaumont ist wieder hieher zurückgekehrt, hat dieses aber weder ihm noch den K. Sächsischen angezeigt.

Joh. de Beyer an den Kurfürsten. D. Cöln am Rhein 17. October 1667.

[Weitere Berathungen, Vorschlag, den Congress vorläufig zu vertagen.]

Am 12. wurde über den Extract der spanischen Vollmacht berathen und 17. Oct.
endlich beschlossen, vorläufig noch hier zu bleiben und den punctum armistitii bei der Instruktion zu lassen, K. Cöln könnte unter der Hand ferner sondieren oder man möchte sehen, wie man es en privé anbrächte. Allerlei Gedanken und Speculationen waren privatim über dieses Werk, über jenen Extract und die proponierte Frage, als ob vielleicht dadurch der Mediation neue obstacula gemacht werden wollten. Einige meinten, um dieses zu declinieren, sollte man sich eine Zeit lang, wenn nicht alle, doch die meisten, trennen und abwarten, was inzwischen mit den Schreiben und Gesandtschaften ausgerichtet werden würde[2]).

[1]) Vgl. Auerbach S. 303.

[2]) Kf. erklärt sich (d. Cöln 15./[25.] October 1667) damit einverstanden, dass die Gesandten sich vorläufig trennten und Beyer nach Cleve zurückkehre, er bedauert, dass der von dem Markgrafen von Baden gemachte Vorschlag (s. oben S. 704),

Joh. de Beyer[1]) an den Kurfürsten. D. Cöln 17./27. December 1667.

[Verzögerung der Gesandtschaft nach Spanien. Verdächtiges Verhalten Fürstenbergs und Schönborns im Haag. Aeusserungen Gaumonts.]

27. Dec. Er hat mit v. Pelnitz, Blaspeil und Meinders zu Düsseldorf[2]) geredet. Hier ist nur eine Conferenz vorm Fest gehalten worden. Die spanische Gesandtschaft kann noch nicht von der Stelle kommen, da der Osnabrückische noch erwartet wird und die übrigen erst darüber, ob unterwegs erst Castel Rodrigo begrüsst werden solle, bei ihren Principalen angefragt haben. Verschiedene der hier anwesenden Gesandten haben allerlei Absehen, dass[3]) der Bischof von Strassburg und v. Schönborn so lange im Haag gewesen und dass auch Prinz Wilhelm aus Frankreich dort angelangt sei, ohne dass dem Convent angezeigt werde, ob und was da etwa die hiesigen Mediationsaffairen betreffend verhandelt werde. Gaumont ist mit Schönborn sehr familiär und logiert in des Bischofs von Strassburg gewöhnlichem Quartier, in der Propstei zu St. Gereon, er hat zu einigen Gesandten gesagt, sein König hätte aus dem Römischen Reich nichts zu fürchten, nachdem auch Kf. ihm nun nicht mehr zuwider sein würde. Da der K.Sächsische Gesandte schon in Paris sein soll, vielleicht auch der Pfalz-Neuburgische sich schon dort eingefunden hat, so bittet er um Ordre, ob er allein dorthin nachreisen soll[4]).

---

[1]) Kf. hatte (d. Cöln 13./[23.] November 1667) denselben angewiesen, sich fertig zu halten, um mit den K.Sächsischen zusammen die Gesandtschaft nach Frankreich anzutreten.

[2]) S. oben S. 781.

[3]) S. Mém. d'Estrades VI, S. 178ff., 205. Auch Kurfürst Karl Ludwig von der Pfalz beschwert sich bei Kf. (d. Heidelberg $\frac{28.\text{ December }1667}{[7.\text{ Januar }1668]}$) darüber, dass von K.Cöln und K.Mainz particulare Handlungen in diesem Mediationswerk ohne Mittheilung an den Convent getrieben seien, namentlich über die Verhandlungen der beiden Fürstenberg und Schönborns in Holland und ersucht Kf., darüber auch in Cöln Beschwerde führen zu lassen. Kf. sagt 8./18. Januar 1668 dieses zu und theilt mit, dass er deswegen auch an K.Mainz geschrieben habe.

[4]) Kf. theilt $\frac{24.\text{ December }1667}{3.\text{ Januar }1668}$ B. mit, was K.Sachsen wegen der Reise seiner Gesandten ihm mitgetheilt (s. oben S. 797), und befiehlt ihm, den geradesten Weg nach Paris zu gehen und es so einzurichten, dass er sich mit den K.Sächsischen unterwegs oder wenigstens in Paris vereinige, 7./17. Januar 1668 wiederholt er den Befehl, dass Pagestecher während Beyers Abwesenheit seine Stelle in Cöln vertreten solle, und verlangt, dass in Frankreich auf den Waffenstillstand gedrungen werde.

Kurfürst Maximilian Heinrich von Cöln an den Kurfürsten. D. Bonn 13. Januar 1668.

[auf das Schreiben vom 23. September 1667. Vorschlag zur Reassumierung der Zusammenkunft in Cöln.]

Des Kf. Schreiben[1]) ist ihm erst vor wenigen Tagen durch den Bischof 13. Jan.
von Strassburg, dem es auf seiner Durchreise von Holland her in Cleve Blaspeil übergeben, zugekommen. Versicherung seiner guten Absichten für die Wohlfahrt des Reichs.

Da zu fürchten ist, dass Spanien sein Intent, das Reich mit in diesen Krieg zu ziehen, erreichen könnte, so muss man auf nachdrückliche Mittel bedacht sein, zu einem gütlichen Vergleich zwischen beiden Kronen zu gelangen, dazu würde sehr dienlich sein, wenn die Versammlung zu Cöln reassumiert würde, um ferner zu deliberieren, nachdem Frankreich auf den Vorschlag Castel Rodrigo's Aachen zum Ort der Verhandlungen bestimmt[2]), ob man sich nicht dort zusammen thun solle. Durch Spaniens Weigerung, eine andere Mediation als die des Papstes zuzulassen, braucht man sich nicht irre machen zu lassen, sondern man hat in loco tractatuum allerseits sich einzufinden und inmittelst in Cöln zu überlegen, was, falls es zu keinen Tractaten kommen oder diese unfruchtbar ausschlagen sollten, vonseiten des Reichs oder der benachbarten Kur- und Fürsten für Mittel zu ergreifen, damit man in diesen Krieg nicht mit involviert werde.

Joh. de Beyer an den Kurfürsten. D. Cöln am Rhein 6./16. Januar 1668.

[Bevorstehende Abreise. Die Gesandtschaften nach Wien und nach Spanien.]

Er wird heute nach Cleve reisen, um mit v. Spaen wegen Fournierung 16. Jan.
der Spesen Abrede zu treffen, und er gedenkt Ende dieser oder Anfang der nächsten Woche über Lüttich nach Sedan zu reisen[3]).

Es gehen 1) nach Wien: wegen K. Mainz v. Greiffenclau, wegen K. Cöln Dr. Aldenhoven, wegen Münster v. Smiesing, wegen Braunschweig-Calenberg Dr. Witte,

2) nach Spanien: wegen K. Trier Freiherr v. Orssbeck, vielleicht auch Dr. Buschmann, wegen K. Baiern v. Kleist, wegen K. Pfalz Freiherr v. Degenfeld, wegen Osnabrück v. Paland, wegen Wolffenbüttel v. Münnighausen[4]).

---

[1]) oben S. 819.

[2]) Vgl. Mém. d'Estrades VI, S. 201.

[3]) B. meldet 21./31. Januar 1668 von Sédan aus, er sei am 14./24. von Cleve abgereist und heute hier angekommen, unterwegs seien die Wege schlecht und unsicher gewesen, namentlich zwischen Lüttich und hier, er sei auch von spanischen Parteien angehalten aber auf seine Pässe hin losgelassen worden, von den K. Sächsischen habe er keine Nachricht.

[4]) Die Gesandtschaft nach Frankreich besteht ausser de Beyer aus den K.-

A. G. Paghstecher an den Kurfürsten. D. Düsseldorf 31./21. Januar 1667.

[Die neuen Verhandlungen in Cöln.]

31. Jan. Er hat sich, nachdem Beyer am 6./16. Januar abgereist, nach Cöln begeben. Da dort aber nur wegen K. Mainz Dr. Bertram, wegen K. Cöln Dr. Quentel und wegen Pfalz-Neuburg Dr. Hermanni anwesend sind, dies nur wöchentlich einmal zusammenkommen und wenig Wichtiges zur Deliberation kommt, so ist er vorläufig wieder zurückgereist[1]).

Joh. de Beyer an den Kurfürsten. D. Paris 31. Januar/10. Februar 1668.

[Anwesenheit der übrigen Gesandten ausser den K. Sächsischen, Abwesenheit des Königs von Frankreich, Schwierigkeiten bei der Unterhandlung.]

10. Febr. Er ist am 28. Januar/6. Februar [sic!] hier angekommen, die übrigen Deputierten von K. Pfalz, Pfalz-Neuburg und Braunschweig-Zelle sind schon einige Zeit hier anwesend, nur die K. Sächsischen fehlen noch, sie sind am 24. von Mainz abgereist und wollen sich hier mit ihm vereinigen[2]). Der König von Frankreich ist vor 8 Tagen nach der Franche Comté aufgebrochen, soll aber Lionne Befehl zurückgelassen haben, die affaires mit ihnen provisionaliter zu entamieren. Die hauptsächlichste Schwierigkeit bei den Präliminarien wird in dem armistitio und Prolongation des vorigen termini bestehen, darauf die im Haag neulich geschlossenen Tractaten[3]) nicht weniger reflectieren, wozu jedoch der König wenig Inclination haben soll.

Derselbe an den Kurfürsten. D. Paris 14./24. Februar 1668.

[Audienz bei Lionne, die Frage des Waffenstillstandes.]

24. Febr. Sie haben[4]) alle zusammen am 10./20. bei Lionne Audienz gehabt und ihm die Intention ihrer Principalen auch in specie in puncto armistitii ihrer

Sächsischen v. Gersdorf und v. Kanne, dem K. Pfälzischen v. Spanheim, dem Pfalz-Neuburgischen v. Lerodt und dem Celleschen v. Platen.

[1]) Kf. beauftragt (d. Cöln 18./[28.] Februar 1668) auf Vorschlag der clevischen Regierung, um die Zehrungskosten für Pagestecher und eine Kutsche für denselben zu sparen, seinen Residenten in Cöln Rupert Weiler, sich mit P. zusammen an den Conferenzen zu betheiligen, derselbe nimmt wirklich zusammen mit dem am 27. Februar auf Aufforderung des K. Mainzischen Directoriums nach Cöln zurückgekehrten Pagestecher an den weiteren Conferenzen bis Ende März Theil, auf denen aber nichts Erhebliches vorkommt, Anfang April reist P. wieder nach Düsseldorf zurück.

[2]) Dieselben trafen am 3./13. Februar in Paris ein, s. Auerbach S. 311.

[3]) Die Tripelallianz, s. oben S. 756.

[4]) Vgl. Auerbach S. 311 f.

Instruktion gemäss eröffnet. Derselbe erwiderte, der König nehme die offerierte Mediation willig an, sehe ihre Ankunft gern und wolle die Erklärung, welche er vor angetretener Expedition nach der Franche Comté gethan, auch nach Eroberung dieser Provinz wiederholen und bei der vorgeschlagenen Alternative bis ad ultimum Martii verbleiben. Die vorgeschlagene Suspension der Waffen aber erachte er mehr für schädlich als vorträglich, weil die Abhandlung eines Waffenstillstandes mehr Zeit als die Friedenstractaten selbst erfordern würde. Zu den Tractaten sei Mr. Colbert determiniert, der zu seiner Abreise nichts als einen Pass aus Niederland erwarte, der König wolle an keinem anderen Ort als in Deutschland tractieren, obgleich vorgegeben würde, Spanien wollte es nur in Rom geschehen lassen. Er erwähnte ferner, er hätte aus Madrid Nachricht, dass dort auf das aus Cöln abgelassene Schreiben declinando geantwortet und die angebotene Mediation höflich abgelehnt wäre, ferner dass die Alternative nicht von dem Könige, sondern von den Gen. Staaten herkäme. Der König habe aber die Erklärung, bei der Alternative bis Ende März verbleiben zu wollen, von sich gegeben, bevor er von der Haagischen Allianz etwas gewusst, und jene Allianz sei dem Könige nicht so gar angenehm. Sie werden also bei der künftigen Audienz vom König dessen Resolution vernehmen. Einige seiner Collegen sind der Meinung, falls die surseance der Waffen, wie zu vermuthen, difficultiert werden sollte, sei dieselbe nicht stark zu urgieren sondern zu übergehen, und auch er hat angestanden, dieselbe gemäss dem Rescript vom 8./18. Januar zu urgieren, da die anderen hier anwesenden Gesandten des Kf.[1]) dieser Meinung sind, ausserdem die zu erwartende Antwort des Königs deliberanda geben und ihnen inzwischen hoffentlich aus Cöln nähere Instruktion darüber zukommen wird.

Joh. de Beyer an den Kurfürsten. D. Paris 28. Februar/9. März 1668.

[Audienz beim Könige, Verzögerung der Resolution desselben.]

Am 22./3. haben sie[2]) beim Könige in Saint Germain Audienz gehabt. 9. März.
Derselbe hörte stehend und mit entblösstem Haupt ihre Proposition an und erwiderte auf französisch, sie wären ihm willkommen, er nehme die Mediation ihrer Principalen herzlich gern an, da aber die vorgetragenen Sachen von mehrem Nachdenken wären, müsste er sich ein wenig Zeit nehmen und würde ihnen entweder selbst oder durch Lionne Antwort zukommen lassen. Auf solche aber haben sie bisher vergeblich gewartet, was sie um so mehr befremdet, da der holländische und englische Gesandte[3]), die erst nach des Königs Rückkehr hier angekommen sind, schon eine Resolution erhalten haben und

[1]) v. Pöllnitz und Meinders.

[2]) Vgl. Auerbach S. 312 f.

[3]) Beuningen und Trevor, s. Mignet II, S. 608 ff., Lefèvre Pontalis I, S. 480 f.

ihnen ein armistitium bis Ende März vom Könige bewilligt sein soll. Von dem Cölnischen Convent haben sie weder nähere Instruktion über den desiderierten punctum armistitii noch sonst ein Schreiben erhalten. B. bittet um Ordre, wie er sich verhalten solle, wenn einige von den Deputierten absonderlich revociert werden sollten, die K. Sächsischen haben ihm mitgetheilt, in Dresden sei von einem Mitglied des Cölnischen Convents Instanz gethan, sie zu revocieren[1]).

Derselbe an den Kurfürsten. D. Paris 13./23. März 1668.

[Verhandlungen mit Lionne über den Waffenstillstand.]

23. März. Ueber das armistitium haben sie nur mit Lionne vorgestern zu conferieren Gelegenheit gehabt, derselbe hat ihnen ausführlich mitgetheilt, was in der letzten Conferenz mit dem englischen und holländischen Gesandten vorgegangen[2]), wie der König sich dort erboten, den Termin zur Annahme der Alternative bis zum 15. Mai zu verlängern, dass er zwar kein weiteres armistitium bewilligt, aber sich erboten hätte, alle etwa nach Ende März bis zum 15. Mai eroberten Oerter, wenn Spanien bis dahin den Frieden ratificiert haben würde, wieder zurückzugeben. Als L. dabei zu verstehen gab, dass der König weder ratione prolongati termini noch sonst den contenta der Haagischen Allianz folgen wollte, damit man nicht meine, dass er dadurch zu seinen Erklärungen bewogen sei, und sie darauf Instanz machten, dennoch möchte ihren Principalen zu gefallen das armistitium prorogiert werden, hat er dazu nochmals alle Hoffnung benommen, ihnen aber auf ihre Bitte versprochen, dass sie in absonderlicher schriftlicher Resolution[3]) alle substantialia der Erklärung des Königs an die alliierten ministros erhalten sollten[4]).

Derselbe an den Kurfürsten. D. Paris 10./20. April 1668.

[Abschiedsaudienzen.]

20. April. Die Aussichten für den Frieden sind günstig. Beim Könige haben sie am

---

[1]) Kf. theilt (d. Cöln a. d. Spree 4./[14.] März 1668) B. seinen Schriftwechsel mit K. Sachsen wegen Rückberufung der Gesandten aus Paris mit und befiehlt ihm, wenn die anderen sich von dort entfernen sollten, ebenfalls abzureisen.

[2]) S. Mignet II, S. 622f., Wicquefort III, S. 391f., Lefèvre Pontalis I, S. 480f.

[3]) Diese von Lionne ausgestellte Resolution (d. St. Germain 22. März 1668, abgedruckt Mém. d'Estrades VI, S. 347ff.) sendet B. 14./24. März ein.

[4]) Kf. hatte schon (d. Cöln a. d. Spree 15./[25.] März 1668) an B. geschrieben, da der König sich wegen des Waffenstillstandes ganz favorabel erklärt habe, so bedürfe es keines weiteren Sollicitierens deswegen, er solle sogleich nach erhaltener Demission abreisen, 21./[31.] März theilt er ihm mit, er halte für rathsam, dass die Gesandten aus Paris zurückgefordert, dagegen eine Abordnung von dem Cölner Convent nach Aachen beschlossen werde, und ertheilt unter demselben Datum Pagestecher die betreffende Ordre.

7./17. Abschiedsaudienz[1]) gehabt, derselbe empfing sie aber diesmal sitzend und mit bedecktem Haupt wie andere königliche Envoyés, angeblich weil der dänische Resident ein gleiches Tractament, wie ihnen zu Anfang widerfahren, verlangt hat. Auf ihren in französischer Sprache gehaltenen Vortrag antwortete der König, dass er aus sonderbarer Consideration und Ansehen der Kur- und Fürsten und deren ihm zu danknehmenden Gefallen gereichenden Mediation demjenigen, was er zu Beförderung des Friedens versprochen, festiglich nachzukommen, sein eigenes Interesse dabei zurückzusetzen, der Christenheit den Frieden zu verschaffen und den Kur- und Fürstlichen Häusern alle angenehme Freundschaft zu bezeugen niemals unterlassen wolle. Desselben Nachmittags haben sie auch bei der Königin und dem Dauphin das Compliment abgelegt und sich auch von Lionne und le Tellier verabschiedet, dagegen haben sie Colbert dieses Mal nicht sprechen können. Von der Gesandtschaft nach Spanien haben sie Nachricht vom $\frac{\text{5. April}}{\text{26. März}}$, dieselbe wird dort ihre erste Audienz wohl zu der Zeit gehabt haben, wo hier alles soweit resolviert worden ist[2]).

A. G. Paghstecher an den Kurfürsten. D. Düsseldorf 14./24. April 1668.

[Beschickung des Friedenscongresses zu Aachen.]

Der Bischof von Strassburg und Herr v. Schönborn[3]) sind schon nach Aachen abgereist und es ist in Cöln proponiert worden, dass auch die anderen dort anwesenden Deputierten sich dahin begeben sollten. Da er aber zu Cleve vernommen, dass Kf.[4]) bereits einige Mitglieder der Clevischen Regierung dorthin bestimmt habe, so hat er seine Rückreise nach Cöln vorläufig noch aufgeschoben. 24. April.

[1]) Vgl. Auerbach S. 316.

[2]) B. meldet aus Wesel 13./23. Mai 1668, dass er zusammen mit den K. Sächsischen am $\frac{\text{29. April}}{\text{9. Mai}}$ von Paris abgereist ist.

[3]) Diese nebst dem Münsterschen Gesandten v. Schmising haben als Vertreter der vermittelnden Reichsfürsten an dem Aachener Friedenscongress Theil genommen und sie haben auch das Friedensinstrument mit unterzeichnet.

[4]) Kf. hatte $\frac{\text{29. März}}{\text{[8. April]}}$ 1668 v. Creutzburg, Blaspeil, Romswinckel und de Beyer beauftragt, sich nach Aachen zu dem Friedenscongress zu begeben und ihnen eine Instruktion und Creditive an die Gesandten der Principalparteien zugeschickt. Auf die Nachricht von dem inzwischen schon erfolgten Zustandekommen des Friedens befiehlt er Blaspeil, der nebst den anderen nach Aachen bestimmten Gesandten von Düsseldorf aus, wohin sie sich zunächst begeben und wo sie den Abschluss des Friedens erfahren hatten, ihm (16./26. April) dieses gemeldet und um weitere Ordre gebeten hatte, es sollten nur zwei von ihnen nach Aachen gehen, um

A. G. Paghstecher an den Kurfürsten. D. Düsseldorf 2./12. Juni 1668.

[Verhandlungen zu Cöln wegen der Friedensgarantie.]

12. Juni. Man hat sich zu Cöln[1]) wegen der Garantie nicht einigen können. Einige haben gemeint, dieser Punkt sei bei dem dortigen Convent nur praeparatorie vorzunehmen und dann an den Kaiser und diē gesamten Reichsstände nach Regensburg zu remittieren, andere, derselbe sei nicht in Cöln sondern sofort in Regensburg zu proponieren, daher ist alles bis zu eines jeden Kur- und Fürsten näherer Erklärung[2]) in suspenso gelassen worden, er ist deshalb wieder abgereist[3]).

12. Der Reichstag zu Regensburg. Mai 1667 — Mai 1668.

v. Mahrenholtz und v. Jena an den Kurfürsten. D. Regenspurg 3./13. Mai 1667.

[Polnisches Hülfsgesuch.]

13. Mai. Die K. Mainzischen Directores zeigten vor etlichen Tagen dem Kurfürstencolleg an, dass der polnische Envoyé[4]) bei ihnen gewesen, die dem Königreiche von den Türken und anderen barbarischen Völkern drohenden Gefahren, die dasselbe bei seiner inneren Zerrüttung nicht auszuhalten imstande sei, vorgestellt und vom Römischen Reiche kräftige Assistenz gebeten, und dass er

„an der Subscription der Tractaten Theil zu nehmen und was zur gänzlichen Vollziehung des Friedensnegotii desideriret werden möchte, zu befördern". Auch dieses ist aber jedenfalls nicht geschehen, da schon am $\frac{24.\text{ April}}{4.\text{ Mai}}$ dort die Friedensurkunden ausgewechselt waren und darauf der Congress sich aufgelöst hatte.

[1]) P. nimmt seit Anfang Mai wieder an den Verhandlungen zu Cöln Theil, bei welchen ausser ihm Deputierte von K. Mainz, K. Trier, K. Cöln, K. Baiern, Pfalz-Neuburg und Osnabrück zugegen sind.

[2]) Kf. schreibt an K. Pfalz (d. Cöln $\frac{29.\text{ Juni}}{9.\text{ Juli}}$ 1668) auf eine Anfrage desselben vom 16. 26. Juni, auch er halte eine abermalige Zusammenschickung der bisher correspondierenden Fürsten für unnöthig und habe Pagestecher beauftragt, dahin zu wirken, dass der Punkt der Garantie nach Regensburg verwiesen werde.

[3]) R. Weiler meldet (d. Cöln 31. Juli 1668), seit seiner Relation vom 24. Juli habe keine Conferenz mehr stattgefunden und es werde vermuthlich auch keine mehr gehalten werden, da K. Baiern seinen Gesandten abgerufen habe und auch v. Schönborn in kurzem nach Mainz abreisen werde.

[4]) S. Gemeiner, Geschichte der öffentlichen Verhandlungen des zu Regensburg noch fortwährenden Reichstages III. S. 1, der aber irrthümlich angiebt, dass der Erzbischof von Gnesen dort als polnischer Gesandter erschienen sei, vgl. oben S. 315.

ihnen anstatt eines Creditivs ein Schreiben an das Kurfürstliche Colleg übergeben hätte. Da die Titulatur desselben aber unrichtig war und das Creditiv, da Polen von dem ganzen Reiche Hülfe begehrt, dem entsprechend eingerichtet werden müsste, so wurde das Directorium beauftragt, solches dem Envoyé mit guter Manier zu hinterbringen[1]).

v. Mahrenholtz und v. Jena an den Kurfürsten. D. Regenspurg 24. Mai/3. Juni 1667.

[Erfolglosigkeit des polnischen Hülfsgesuchs. Des Kf. Gedanken wegen Vermittlung zwischen Frankreich und Spanien finden Billigung.]

Der polnische Envoyé hat wegen Ermangelung gnugsamer Vollmacht 3. Juni.
seine Werbung nicht ablegen können, ist auch bereits gestern unverrichteter Dinge abgereist, hat sich auch dem Ansehen und Verlaut nach von den allermeisten Ständen keiner Hülfeleistung zu getrösten gehabt.

Von der Ruptur zwischen Frankreich und Spanien[2]) ist in den Collegiis öffentlich nichts geredet, sie merken aber, dass des Kf. auf Interposition zielende Gedanken[3]) von theils andern gleichfalls für das beste angesehen werden.

v. Mahrenholtz und v. Jena an den Kurfürsten. D. Regenspurg 31. Mai/10. Juni 1667.

[K. Baierns Verlangen, der Kaiser solle sich neutral halten.]

Von den in den niederburgundischen Landen sich hervorthuenden ge- 10. Juni.
fährlichen Conjuncturen ist hier in den Collegiis nichts vorgekommen. Aus den Privatdiscursen lassen sich, wie in Teutschland gebräuchlich, die studia

[1]) Kf. schreibt an die Gesandten (d. Cöln 13./23. Mai 1667), da er höre, dass eine polnische Gesandtschaft sich dort angegeben habe und vom Reiche Assistenz suche, so schicke er ihnen, obwohl er meine, dass diese Hülfe nicht mehr nöthig sei, die von ihm dem bei ihm erschienenen polnischen Gesandten ertheilte Resolution (s. oben S. 327) zu.

[2]) Die Gesandten hatten 17./27. Mai gemeldet, Gravel habe ihnen ein Schreiben des Königs von Frankreich an Kf. (d. St. Germain 13. Mai 1667, s. oben S. 698, Mignet II, S. 139) samt der gedruckten lateinischen Deductio jurium Christianissimae Reginae in ducatum Brabantiae und dem Briefe des Königs an die Königin von Spanien zur Beförderung an Kf. zugeschickt.

[3]) Kf. hatte (d. Cöln a. d. Spree 15./[25.] Mai 1667) den Gesandten die Schreiben von K. Mainz und K. Cöln wegen der den burgundischen Landen von Frankreich angedrohten Gefahr und seine Antwort darauf (s. oben S. 700) mitgetheilt und sie angewiesen, seine daraus zu ersehende Resolution dort an allen Orten befördern zu helfen.

partium spüren. Der K. Bairische Gesandte[1]) hat vorgestern den Oesterreichischen, die es ad referendum genommen, angezeigt, sein Herr halte, damit nicht zu mehrer Weitläufigkeit Anlass gegeben werde, für nöthig, dass der Kaiser sich in dieses Werk nicht mesliere, viel weniger Spanien Assistenz leiste, hingegen würde Frankreich auch nicht die nahe dem Rheinstrom gelegenen österreichischen Landschaften incommodieren[2]).

Der Kurfürst an die Gesandten. D. [s. l.] 4./[14.] Juni 1667.

[Befehl, für Vermittlung des Kurfürstencollegs und Erhaltung des Friedens für das Reich zu wirken.]

14. Juni. — Wann der in Brabandt entstandenen Unruhe wegen etwas in Deliberation kommen sollte, welches Ihr dann auch zu befördern habet, so habet Ihr nicht allein zur Mediation des Churf. Collegii zu stimmen, sondern auch alle fügliche Mittel und Wege, so zu Beibehaltung des R. Reichs Ruhe und jenes Unwesen zu stillen dienlich sein möchten, mitzubelieben[3]). —

---

v. Mahrenholtz und v. Jena an den Kurfürsten. D. Regenspurg 2./12. Juli 1668.

[Ankunft der burgundischen Gesandten. Aeusserungen der Lüneburger.]

12. Juli. Wegen der niederländischen Unruhe ist noch nichts proponiert. Inzwischen sind vorigen Sonntag die burgundischen Gesandten, H. Baron de Soye, ein Abt und Dr. Philippi, Senator des Parlaments zu Dole, angekommen.

Die Lüneburgischen[4]) haben ihnen und anderen, zu denen sie ein gutes Vertrauen haben, vorgestellt, wie ihre Herren erwogen, dass, gleichwie

---

[1]) Meyer, s. Meineke, Der Regensburger Reichstag und der Devolutionskrieg (Hist. Zeitschr. N. F. XXIV) S. 202, oben S. 806.

[2]) Der Relation vom 7./17. Juni liegt das von Gravel an die Reichsstände gerichtete Memorial vom 25. Mai 1667 (Diar. Europ. XX, S. 319 ff., Londorp IX, S. 551 ff., vgl. Mignet II, S. 165 f.), der Relation vom $\frac{28. \text{ Juni}}{8. \text{ Juli}}$ die von Speidel verfasste Gegenschrift (Refutatio scripti Gallici etc.) nebst Beilagen (Diar. Europ. XVI, S. 1 ff., Londorp IX, S. 556 ff.) bei.

[3]) Kf. schreibt den Gesandten 15./[25.] Juni 1667, auf die von Gravel übergebene Deduction, worin behauptet werde, dass das Reich nicht befugt sei, sich des jetzigen brabantischen Wesens oder des burgundischen Kreises anzunehmen, und auf das Schreiben Ludwigs XIV. wegen der marches würden sich wohl die burgundischen Gesandten vernehmen lassen und würde wohl, bevor dieses geschehen und die anwesenden Gesandten darüber Instruction erhalten, darauf nichts Hauptsächliches resolviert werden können, sie sollten darüber berichten und seine Resolution erwarten.

[4]) S. Köcher I, S. 529 f., Meineke S. 201.

die burgundischen Lande einen Kreis des Reichs constituierten und man daher den darin entstandenen Krieg in Consideration ziehen und sich des Wesens mehr annehmen müsste, man zum wenigsten an die Könige in Frankreich und Spanien wie auch an Castel Rodrigo zu schreiben und sie zu ermahnen, von den Thätlichkeiten ab- und sich in gütliche Tractaten einzulassen, auch den Kaiser zu ersuchen hätte, Spanien dazu zu disponieren, hiebei würden sich auch die Kreise und das Reich in Verfassung und zulängliche Bereitschaft zu setzen haben.

Der Kurfürst an die Gesandten. D. s. l. 9./19. Juli 1667.

[Befehl, die Meinungen inbetreff der niederländischen Sache und des Cölner Convents zu sondieren.]

— Bei dem Brabantischen Wesen habt Ihr der Mediation zu 19. Juli.
inhaeriren, im übrigen aber Euch fleissig zu erkundigen, wohin eines und anderen Meinung sowohl wegen Verstattung oder Verweigerung der Durchzüge für einen oder anderen von den kriegenden Theilen als der von dem burgundischen Kreise gesuchten Assistenz wegen gehe. —

Weil auch über wenig Tagen eine Zusammenkunft etlicher Cuhr- und Fürsten oder deren Deputierten itzangeregter Sachen halber in Cöllen[1]) soll gehalten werden, so werdet Ihr Euch bemühen, von den consiliis, so des Orts von einem und andern geführet, dann auch was zue Regenspurg davon geurteilet werden will, [Nachricht] einzuziehen. —

---

v. Mahrenholtz und v. Jena an den Kurfürsten. D. Regenspurg 19./29. Juli 1667.

[Aeusserung des Cardinals von Salzburg. Meinungen inbetreff der Frage des Durchzuges. Antrag K. Baierns. Die kaiserliche Politik.]

Des burgundischen Wesens halber ist dato nichts proponiert, inzwischen 29. Juli.
sondiert der Cardinal zu Salzburg[2]) die Gemüther und Instruktionen hiesiger Gesandten. Auch mit ihnen hat er vor einigen Tagen davon geredet, er meinte, dass, ehe man nicht versichert sei, per majora einen guten zulänglichen Schluss zu machen, es besser sei zurückzuhalten und an die Collegia nichts zu bringen. Von dem Convent zu Cöln weiss man noch nichts Näheres. Betreffend die Verweigerung der Durchzüge so wird der der französischen Völker nach Polen von den meisten improbiert, von dem der Kaiserlichen nach Brabant meint ein Theil, dass er mit Fug und Recht nicht zu versagen sei, etliche wenige meinen,

[1]) S. oben S. 806 ff.

[2]) S. Mignet II, S. 256, Meineke S. 200 f.

es habe sich weder der Kaiser noch das Reich der burgundischen Unruhe anzunehmen, und werden die in den französischen und burgundischen Schriften enthaltenen Fragen je nach Inclination und Interesse disputiert.

Der K. Bairische Gesandte Meyer hat[1]) den Ständen der drei correspondierenden, des Fränkischen, Bairischen und Schwäbischen Kreises vorgeschlagen, mit Zuziehung des Oberrheinischen schriftlich den Kaiser zu ersuchen, keine Assistenzvölker nach den Niederlanden zu schicken und durch diese Kreise marschieren zu lassen, und vorgeschlagen, auf eine Verfassung in diesen Kreisen bedacht zu sein, damit man mit Durchzügen verschont bleibe, doch ist bisher weder das eine noch das andere zum Effect gekommen, die Stände sind deswegen noch nicht versammelt gewesen.

Dieses hören wir oft, wie sich die Leute, dass Key. M. so lange stille sitzen und dem Dinge von ferne zusehen, hin und wieder verwundern und auf allerhand Suspicion gerathen[2]). —

---

v. Mahrenholtz[3]) an den Kurfürsten. D. Regenspurg 23. August/2. September 1667.

[Vorsichtige Behandlung der Frage, ob der burgundische Kreis ein Glied des Reiches sei.]

2. Sept. Ew. Churf. D. gnädigstem Befehl vom 14/24.[4]) dieses will ich gehorsambst nachkommen und, wann von der Assistence, so der Burgundische Kreis von dem Reich als ein Glied desselben anjetzo verlanget, in denen Collegiis deliberiret werden sollte, meine vota mit solcher Behutsamkeit und Circumspection einrichten und führen, dass die Krone Frankreich keine Ombrage daher nehmen könne.

Die burgundische Gesandtschaft hat ihm dieser Tage die erste solenne Visite gegeben und ihn gebeten, ihr Anliegen dem Kf. zu recommendieren.

---

[1]) Vgl. Meineke S. 202.

[2]) G. v. Jena giebt in seinem Diarium mehrfach seiner Verwunderung über die Unthätigkeit der Bevollmächtigten des Kaisers Ausdruck, so 15./[25.] Juli: „Kais. Maj., als scheinet, mögen sich in das burgundische Wesen offentlich und mit der That zu mischen, ehe Sie einen beliebigen anständigen Reichsschluss haben, anstehen, welcher weil er langsam erfolgen dürfte, es vor Frankreich gut sein würde, indem Hispania so geschwinde und allein zu resistiren schwerlich genug ist," vgl. Meineke S. 200.

[3]) G. v. Jena hatte $\frac{\text{24. Juli}}{\text{3. August}}$ eine Urlaubsreise nach Frankfurt a. O. angetreten, um dort seine Privatangelegenheiten zu ordnen, und ist erst Anfang Oktober wieder nach Regensburg zurückgekehrt.

[4]) Derselbe ist in den Akten nicht vorhanden.

v. Mahrenholtz an den Kurfürsten. D. Regenspurg 6./16. September 1667.

[Berathungen über die burgundische Sache auf dem Reichstage.]

Das burgundische Memorial[1]) ist dermaleins, nachdem der Erzbischof von Salzburg als kaiserlicher Kommissarius dieserwegen ein Decret[2]) an das K. Mainzische Directorium ertheilt, in Umfrage gestellt und fast in einer Session absolviert worden[3]). Er hat seine vota in beiden Collegien wie Kf. befohlen besage der beikommenden Protokolle abgelegt, heute wird über die conclusa re- und correferiert werden[4]). 16. Sept.

Aus den Protokollen.

Sitzung des Fürstenraths. Montags den 2./12. September 1667.

Salzburg proponiert, die Ansage enthielte allerdings sowohl den 2. und 11. Punkt in materia commerciorum als auch das am verwichenen Samstag dictierte kaiserl. Decret wegen der burgundischen Sache, das Fürstl. Directorium hielte aber dafür, da die letztere materia von mehrer Importanz, dass diese jener vorzuziehen und jetzt darüber zu deliberieren sei. 12. Sept.

Ehe das Aufrufen erfolgt, verliest zunächst Burgund eine lateinische Ansprache[5]) betreffend die bei dieser Sache zu berücksichtigenden Erwägungen, dann begab sich der Burgundische heraus und wurde aufgerufen:

Salzburg: hielte dafür, dass der burgundische Kreis als ein membrum imperii zu considerieren, man sich auch desselben von Reichs wegen anzunehmen und auf Mittel und Wege zu gedenken sei, damit forderist der cursus armorum beiderseits sistiert, besagter Kreis wiederum in vorigen friedlichen Stand gesetzt und das Reich von aller Jalousie befreit bleiben möge.

Bayern, obwohl darauf noch nicht instruiert, erklärt doch, sein Kurfürst werde zu dem, was dem Instr. pacis gemäss und zur Erhaltung von Friede und Ruhe im Reich gedeihlich, cooperieren; falls die Nachstimmenden oder Kur-, Fürsten und Stände insgesamt für ein zulängliches Mittel hielten, dass per amicabilem compositionem oder mediationem der Ruhestand im Reich zu conservieren, so würde er gern dazu helfen.

Oesterreich schliesst sich dem Salzburgischen votum an.

Magdeburg: Sein Herr wünsche, dass Mittel und Wege gefunden würden, diesen motibus bei Zeiten abzuhelfen, halte daher dafür, dass von dem Röm.

---

[1]) d. Regensburg 5. Juli 1667 (Diar. Europ. XVI, App. S. 19ff., Londorp IX, S. 556ff.).

[2]) S. Pachner v. Eggenstorff I, S. 297.

[3]) Vgl. Gemeiner III, S. 22f., Mignet II, S. 257ff., Meineke S. 204ff., Auerbach S. 304f.

[4]) Beiliegend Gravels Schrift: Ulterior ex parte Galliae diluitio etc. (Diar Eur. XVI, Append. S. 57ff., Londorp IX, S. 565ff.).

[5]) S. Diar. Europ. XVI, Append. S. 48ff., Londorp IX, S. 567f.

Reich an den König von Frankreich ein bewegliches Schreiben abzugeben, in welchem dieses zugleich seine Mediation offerieren könnte.

Pfalz-Lautern: K. Pfalz meine, da K. Mainz schon die Interposition des Kurfürstencollegs vorgeschlagen, wäre die Erklärung darauf abzuwarten, doch wollte er sich mit dem Magdeburgischen votum conformieren, was sonst von Salzburg und Oesterreich deswegen vorkommen, wolle er referieren und was ihm darauf befohlen würde, eröffnen.

Bisanz per omnia ut Salzburg et Oesterreich.

Pfalz-Simmern wie Pfalz-Lautern.

Hoch- und Teutschmeister conformiert sich mit Magdeburg und reserviert fernere Nothurft.

Pfalz-Neuburg: Es sei auf alle Wege auf eine Interposition zu gütlicher Hinlegung der Differentien zu gedenken, ehe sich das Werk noch mehr erweitere, zumal aus den Deductionen zu vernehmen, dass der König von Frankreich zu gütlichen Tractaten nicht ungeneigt wäre, sollten von den Nächststimmenden noch einige gute Mittel in Vorschlag kommen, so wolle er referieren.

Bamberg conformiert sich dem Vorschlage der Mediation und Ablassung eines Schreibens an den König in Frankreich.

Bremen: Wenn man a parte imperii sich der Sache insoweit anzunehmen gemeinet, um selbigen circulum als ein von streitigen Parteien, wiewohl diverso respectu angegebenes und agnoscierendes Mitglied des Reichs wieder in friedlichen Stand zu bringen, könne er, obwohl auf diese importante Materie nicht mit specieller Instruction versehen, versichern, dass sein König neben anderen Mitständen mit allen guten officiis treulichst dazu cooperieren zu lassen nicht ermangeln werde.

Wormbs: Obwohl nicht specialiter instruiert, wisse er doch, dass sein Kurfürst gern sehen würde, dass die Differentien je eher je lieber in Güte beigelegt würden.

Pfalz-Zweybrück: Sei auch nicht instruiert, zweifele jedoch nicht, sein Fürst werde sich alle güt- und dienliche Mittel mit gefallen lassen, ulteriora reservando.

Würzburg wie Wormbs. Idem suo loco et ordine wegen Speyer und Weyssenburg.

Pf.-Veldenz, noch ohne Specialbefehl, sein Fürst werde sich aber ohne Zweifel dem Vorschlag der Offerierung der Interposition des Reichs conformieren.

Eichstett wie Salzburg und Oesterreich. p. Speideln.

S. Altenburg: Wie sich das Reich hiebevor bei dergleichen in den burgundischen Landen vorgegangenen motibus neutral gehalten, so hätte es auch jetzt zu verbleiben, doch daneben zu trachten, durch Interposition das Feuer zu dämpfen, vorläufig halte er dazu nicht undienlich, dass die Gemüther durch Schreiben an beide Kronen präpariert würden.

Speyer tacebat.

S. Coburg wie S. Altenburg.

Strassburg per Nasslern: Müsse sich defectu instructionis entschuldigen.

S. Gotha: Eine Mediation solle vom gesamten Reich zwischen beiden Kronen unternommen werden, was mehr Respect geben würde, als wenn nur ein und ander Kur-, Fürst und Stand sich interponierte.

Costnitz: Sein Fürst hielte dafür, dass der burgundische Kreis als ein membrum imperii zu considerieren und sich dessen anzunehmen, auch alle Mittel anzuwenden, damit der cursus armorum sistiert und die Sache in der Güte beigelegt werde.

S. Weymar: Man hätte sich hierin so zu gouvernieren, dass das Reich nicht in neue Kriege impliciert werde, demnach könnte eine Mediation von dem gesamten Reich vorgeschlagen oder dem Kurfürstl. Colleg überlassen werden, dieselbe mit Zuziehung einiger Fürsten und Stände zu übernehmen. Wenn dieselbe nicht verfangen wollte, so könnte beiden Parteien ein compromisslicher Austrag ins Mittel gebracht werden.

Augsburg wie Costniz.

S. Eisenach wie S. Gotha u. Weymar.

Hildesheimb wie Strassburg.

Brandenburg-Culmbach: Sei noch ohne Instruktion, halte aber dafür, sein Fürst werde sich mit denjenigen conformieren, welche dafür halten, dass man diesen Reichskreis nicht ganz abandonnieren, sondern sich interponieren, an beide Kronen schreiben, die Mediation zwischen denselben versuchen, inmittelst aber bei den anderen Kreisen zu einer eventualischen Verfassung alle nothwendige Anstalt machen, die Kreisämter, wo es noch nicht geschehen, völlig ersetzen und vornehmlich dahin trachten solle, dass zuförderst ein Waffenstillstand erhandelt werde.

Paderborn: Sei nicht instruiert, reserviere die Nothdurft.

Brandenburg-Onoltzbach: Sei gleichfalls noch nicht instruiert, erinnere sich aber aus früheren Rescripten, dass sein Herr Beilegung dieser Differentien durch eine Interposition wünsche.

Freysingen: Sei auch nicht instruiert, behalte sich also die Nothdurft vor.

Braunschweig-Zell: Er sei nur in antecessum so instruiert, dass sein Fürst dafür hielte, der Krieg würde nicht allein in einem zu dem Röm. Reich gehörigen Kreis geführt, sondern könne auch leicht die benachbarten Kreise und Stände mit ergreifen, Kur-, Fürsten und Stände hätten daher grosse Ursache danach zu trachten, dass solche Kriegsflamme bei Zeiten gedämpft werde. Er habe deswegen schon vor einigen Monaten bei Kur- und Fürsten erinnert, dass im Namen des gesamten Reichs an die Könige von Frankreich und Hispanien bewegliche Schreiben abzulassen und sie darin zu gütlicher Hinlegung sowohl der Waffen als auch der Hauptstreitigkeiten angemahnt würden, ferner dass der Kaiser von Reichs wegen ersucht werde, die Krone Spanien zu bewegen, sich zu billigen Vergleichsmitteln mit Frankreich zu bequemen, dabei aber die Reichssicherheit nicht gänzlich aus den Augen zu setzen, sondern danach zu trachten sei, dass die gesamten Kreise sich in gute Verfassung stellen und dadurch alle Gefahr besser abwenden auch sonst mit gehörigem Respect und Erspriesslichkeit sich bei beiden Parteien des Werks annehmen mögen. Dass daneben das gesamte Reich sich der Vermittlung zwischen beiden Kronen unterziehe, würde nicht undienlich sein, da aber jetzt

summum periculum in mora und solche gemeine Reichshandlung gar zu grosser Langwierigkeit unterworfen wäre, so erachte er für rathsamer, zunächst nebst einigen anderen Kur- und Fürsten diese Mediation, falls beide Kronen dazu geneigt seien, mit zu übernehmen, wozu schon ein Anfang gemacht sei. Er behalte sich im übrigen vor, nach erhaltener Instruktion die fernere Nothdurft anzuzeigen, empfehle nochmals die Nassausche Restitutionssache.

Regensburg wie Salzburg.

Braunschweig-Calenberg: Sein Fürst hätte ihn gleich bei Beginn der burgundischen Unruhe dahin instruiert, im Namen des gesamten Reichs möchten Schreiben an die Könige von Frankreich und Spanien und an Castel Rodrigo abgelassen und dieselben zu gütlicher Beilegung der Streitigkeiten ermahnt, ferner der Kaiser ersucht werden, Spanien zu ersuchen, sich zu gütlichen Vergleichungsmitteln zu bequemen, ferner müsste die Reichssicherheit nicht ausser Augen gesetzt werden, sondern die gesamten Kreise sich in gute Verfassung stellen. Sein Herr hätte auch nicht für undienlich gehalten, wenn das gesamte Reich sich der Vermittlung unterzöge, weil aber damals keine apparence dazu gewesen und gleichwohl periculum in mora, so hätte er für rathsam erachtet, zunächst neben einigen Kur- und Fürsten diese Mediation mit zu übernehmen, doch sei ihm darüber noch weitere Nachricht und Instruction in Aussicht gestellt.

Passau conformiert sich mit Salzburg.

Braunschweig-Grubenhagen wie Calenberg.

Trient wie Salzburg und Oesterreich.

Braunschweig-Wolffenbüttel wiederholt die von dem gesamten Braunschweigischen Hause gleich zu Anfang ertheilte, von den beiden vorsitzenden braunschweigischen Gesandten proponierte Instruction.

Brixen ist mit Oesterreich und Salzburg dahin einig, dass der burgundische Kreis als membrum imperii anzusehen und man sich daher dessen anzunehmen habe, er halte aber dafür, dass vor allem dahin zu sehen, dass durch Mediation des Reichs die Sache in der Güte beigelegt werde, dass daher an beide Kronen geschrieben und der Kaiser ersucht werde, die spanische Regierung auf billige Wege zu leiten; er sei auch mit Vorstimmenden, namentlich mit Oesterreich und Salzburg einig, dass in dem Schreiben an Frankreich specialiter zu gedenken, die Waffen zu sistieren, und mit Br. Culmbach und Braunschw. Wolffenbüttel, dass auch auf die Verfassung in den Kreisen zu gedenken.

Halberstadt: Kf. apprehendierte auch diese im burgundischen Kreise entstandene motus und hielte dafür, dass das Reich bei dieser Occasion des burgundischen Kreises sich billig anzunehmen, damit derselbe als dessen Glied conserviert, durch Interposition und Mediation der cursus armorum beider Theile sistiert und Friede und Ruhe gestiftet werde.

Idem wegen Hinterpommern, Minden und Cammin suo loco et ordine.

Basel wie Strassburg.

Vorpommern wie Bremen, gedachte auch der Nassauschen Restitution.

Münster: Müsse defectum instructionis allegieren, wegen Johanniter-meister vergleiche er sich mit Salzburg und Oesterreich.

Hinterpommern vid. Halberstadt.

Ossnabrück wie Zell und Gleichstimmende.

Verden wie Bremen und Vorpommern.

Lüttich wie Strassburg.

Meckelnburg-Schwerin wie Neuburg und Gleichstimmende.

Chur wie Salzburg.

Meckelnburg-Gustrov vacat.

Fulda: Halte dafür, man habe sich des burgundischen Kreises als eines membri imperii anzunehmen, ratione modi aber erwarte er von den Vorstimmenden mehre Specialitäten.

Würtenberg stimmt für unverzügliche Offerierung der Interposition des Reichs.

Kembten wie Salzburg.

Baden-Baden in simili.

Elwangen wie Costniz und Augspurg.

Baden-Durlach, obwohl nicht speciell instruiert, conformiert sich mit denen, die ihr Absehen darauf richten, dass das Reich aus den gefährlichen motibus frei behalten, die Unruhe in Güte beigelegt, danebenst auf die Stände, die an der Grenze der Gefahr am nächsten, Reflexion genommen werde, begehrt im übrigen den Sachsen-Altenb. votis anzuhängen, was in den Braunschw. votis wegen eines Schreibens an den Kaiser gedacht worden.

Johannitermeister tacebat.

Hochberg wie Baden-Durlach.

Murbach und Luders wie Strassburg.

Hessen-Darmstadt ohne specielle Instruction, für gütliche Interposition.

Berchtesgaden wie Strassburg.

Hessen-Cassel, auch ohne Specialinstruction, für gütliche Mediation, zweifele nicht, seine Fürstin werde sich die dazu vorgeschlagenen media nicht entgegen sein lassen.

Weissenburg wie Speyer.

S. Lauenburg conformiert sich der von den meisten vorgeschlagenen gütlichen Reichsinterposition.

Prüm allegierte defectum instructionis.

Minden vid. Halberstadt.

Stablon wie Strassburg.

Savoy p. Bayern, sei nicht instruiert, meine aber, man werde sich die Mediation nicht entgegen sein lassen.

Corvey wie Münster.

Leuchtenberg wie Bayern, die Mediation als das beste Mittel sei in den abgehenden Schreiben zu offerieren.

Henneberg, obwohl ohne Specialinstruction, stimmt doch für die vorgeschlagene gütliche Interposition.

Schwerin wie Meckelnburg-Schwerin, conformiert sich sonst dem Vorschlage wegen der Verfassung im Reich und recommendiert die Nassausche Restitutionssache.

Ratzeburg wie vorhin.
Hirschfeld wie Hessen-Cassel.
Numeny vacat.
Arenberg wie Salzburg.
Hohenzollern in simili.
Eggenberg wie Salzburg und Oesterreich.
Salm aberat.
Nassau-Hadamar und Siegen aberat.
Nassau-Siegen-Dillenburg und Dietz aberat.
Auersperg wie Lobkowitz.
Schwäb. Prälaten wie Costnitz.
Schwäb. Grafen in simili.
Rheinische Prälaten wie Münster.

Wetterauische Grafen, obwohl nicht speciell instruiert, stimmt für di gütliche Interposition, unterstützt das Braunschw. Zellische votum wegen de Nassauschen Sache.

Fränkische Grafen wie Henneberg.

Westfälische Grafen, obwohl nicht instruiert, conformiert sich doch der Auftrag auf Interposition.

Salzburg: Weil die materia wichtig und delicat, wolle man die vota z Hause fleissig überlegen und das conclusum danach abfassen.

Sitzung des Kurfürstenraths. Mittwoch den 4./14. Septembe 1667. Praesentibus omnibus legatis Electoralibus excepto Coloniensi.

14. Sept. Chur Mainz proponierte: Demnach der Erzbischof von Salzburg vermöge des am 7. st.n. an das K. Mainzische Reichsdirectorium ergangenen und darauf den 10. zur Dictatur gegebenen Decrets das neulich von den burgundischen Gesandten eingekommene und per dictaturam communicierte Memorial in den Reichscollegien vorzustellen erinnert, proponiert man dieses und stellt anheim. ob den Gesandten sich darüber herauszulassen beliebe.

K. Trier: Obwohl hierauf nicht specialiter instruiert, wüsste er doch, dass seines Kurfürsten Meinung dahin gerichtet wäre, dass derselbe nichts mehr verlangte, als dass durch gütliche Composition die Differentien zwischen beiden kriegenden Theilen ehest beigelegt würden, welches er in antecessum in Erwartung ferneren Befehls eröffne.

K. Cöln[1]), obwohl auf das burgundische Memorial ohne Specialinstruction. versichert doch, sein Kurfürst wünschte herzlich, es wäre zwischen beiden Kronen nicht zu Extremitäten gekommen und es wäre zu deren Verhütung bei Zeiten gütliche Handlung angetreten worden; dafern auch bei jetzigem Zustande zu einem Vergleich zu gerathen, werde derselbe alles Fördersame gern beitragen, was aber in specie vorzunehmen, darüber müsse er Befehl desselben erwarten. Erinnerte im übrigen an das, was jüngst occasione der in Proposition gebrachten Legationskosten von ihm erinnert worden, dass nicht allein darüber

[1]) Das schriftliche Votum desselben wird von dem K. Bairischen verlesen.

auf diesem Reichstage die bekannte gehörige Verordnung ergehe, sondern auch Vorsehung geschehe, dass die zu höchstnöthiger Landesdefension erforderlichen Mittel von den Landständen und Unterthanen beigeschafft würden, und bat, diese Sache je eher je lieber in Proposition zu bringen.

K. Baiern, obwohl auch ohne Specialinstruction, erklärt doch, sein Kurfürst sei der Meinung und Intention, dass die Unruhe in den Niederlanden durch gütliche Mediation und Tractaten beizulegen, dass dieses zu Abschneidung aller Weiterung dem Werk am dienlichsten sein und dass derselbe alles hierin thun und sich so erweisen würde, wie es dem Instr. pacis gemäss und zur Conservation der Ruhe im Reich dienlich sein möge.

K. Sachsen: Da die Vorstimmenden noch ohne Specialinstruction zu sein erklärten, so hätte er keine Ursache denselben vorzugreifen, sondern wollte warten, wohin diese Specialinstructionen gerichtet sein würden, doch könnte er versichern, dass sein Kurfürst nichts mehr wünschte, als dass diese Unruhe durch gütliche bequeme Mittel beigelegt würde.

K. Brandenburg: Ohne Wiederholung der Proposition hätte man diesseits vorzustellen, dass gleich wie Kf. für die Wohlfahrt, Ruhe und Sicherheit des Röm. Reichs sich allezeit sorgfältig erwiesen, also apprehendierte er auch die in dem burgundischen Kreise enstandenen motus nicht ohne Ursache und hielte unvorgreiflich davor, dass das Reich bei dieser Occasion des burgundischen Kreises, damit derselbe als dessen Glied conserviert, durch Interposition und Mediation des Churf. Collegii der cursus armorum beiderseits sistiert und Friede, Ruhe und gutes Verständnis daselbst wieder gestiftet werden möchte, sich billig anzunehmen, wozu er dann das Seinige gern beitragen und treulich cooperieren würde.

K. Pfalz: Sein Kurfürst hätte unlängst vernommen, dass K. Mainz schon an beide kriegende Parteien eine Abschickung werkstellig gemacht und die Interposition des Kurfürstl. Collegii vorgeschlagen, wollte zuerst erwarten, wie sich Frankreich desfalls resolvieren und die jetzt noch nicht specialiter instruierten Vorstimmenden sich erklären würden. Zugleich hätte er Befehl vorzustellen, dass K. Mainz sich geweigert hätte, ein von ihm in seiner particulier, gleichwohl in die allgemeine Reichssicherheit mit einlaufenden Angelegenheit eingegebenes Memorial anzunehmen und den Reichsständen zu eröffnen, dass er daher dieses Memorial habe drucken und unter die Gesandten austheilen lassen und jetzt das Kurfürstl. Colleg bitte, dass dasselbe in Umfrage gestellt, darüber ein Conclusum gemacht und dem Kaiser vorgetragen und der darauf folgende Reichsschluss dem Reichsabschied einverleibt werde.

K. Mainz, obwohl auch auf das burgundische Memorial nicht in specie instruiert, erklärt doch, sein Herr wünschte nichts mehr, als dass die zwischen beiden Kronen entstandenen Differentien je eher je besser in Güte beigelegt würden, was aber dabei für ein modus zu ergreifen, darüber wollte man der Vorstimmenden Gedanken erwarten. Betreffend den Anhang im K. Pfälzischen votum so sei das K. Pfälzische Memorial nur deswegen zurückgewiesen worden, weil der Ingress desselben viele Anzüglichkeiten und Invectiven gegen K. Mainz die Wildfangsstreitigkeiten betreffend dem im Compromiss ausgesprochenen

Laudo, durch welches alles aufgehoben, zuwider enthalte und die K.Pfälzischen sich geweigert hätten, denselben zu ändern.

K.Pfalz erwidert darauf, das K.Mainzische Directorium sei verpflichtet, alles, was von den Ständen einkäme, dictieren zu lassen und zu proponieren, wiederholt daher seine Forderung.

K.Mainz erklärt dagegen, die Sachen, die nicht ad rem gehörten und contra compromissum liefen, müssten aus dem Memorial gelassen werden. K.Pfalz bestreitet, dass etwas derartiges darin enthalten, K.Mainz beharrt auf seiner Forderung.

K.Sachsen und K.Brandenburg sagten hiebei contra ordinem, ihre Herren sähen gern, dass die Sache proponiert werde, auch K.Baiern und K.Trier meinten, K.Mainz gebührte, das Memorial vorzustellen, doch dass dasselbe zuvor geändert und der Eingang, weil odiosa narratio praeteritorum, ausgelassen werde.

K.Pfalz priora ut et K.Mainz und verlas das Kurfürstl. Conclusum, welches nach einigen Erinnerungen für diesmal dahin eingerichtet wurde:

Conclusum[1]): „Demnach im Churf. Collegio das von denen Burgundischen Herrn Gesandten übergebene und den 5. verwichenen Monats Augusti st. n. per dictaturam publicam communicierte Memoriale proponiert worden, so hat man dafür gehalten, dass denen zwischen beiden Kronen entstandenen Differentien durch gütliche Mediation und Tractaten abzuhelfen am besten sein werde. So viel aber den modum anbetrifft, ist solcher zu weiter Deliberation ausgestellet verblieben."

Womit sich der K.Mainz. Director Herr Höttinger hinaus auf den grossen Saal begab und brachte von da an die HH. Gesandten wiederumb zurück: die Fürstl. Herrn Stände hätten wegen ihres Conclusi sich noch nicht verglichen, sondern erst Communication begehret.

Sitzung des Fürstenraths: Mittwoch den 4./14. September 1667[2]).

14. Sept. Das Conclusum[3]) in der Burgundischen Sache wurde publiciert:

„Demnach in dem Fürstl. Collegio das den 5. Augusti nechsthin per dictaturam communicierte Burgundische Memorial in die Proposition und Umbfrage kommen, hat man erachtet, dass gleichwie dem Heyl. Röm. Reich daran gelegen sei, dass die in dem Burgundischen Kreise entstandene motus je eher je besser wieder gelegt werden, also man sich auch dieses als ein membrum betreffendes Werks von Reichs wegen billich anzunehmen habe, gestalt dann für gut befunden und concludiert worden ist, vermittels einer bei denen interessierten Kronen nomine imperii anzubieten habenden Reichsinterposition und Mediation dahin zu gedenken und Fleiss anwenden zu lassen, damit forderist der cursus armorum zu beiden Theilen sistiert, die obschwebende Differentien freundlich beigelegt und gedachtem Burgundischen Kreis sein Ruhe- und Friedenstand wiederbracht

[1]) S. Pachner v. Eggenstorff I, S. 299.
[2]) Vgl. Gemeiner III, S. 23.
[3]) S. Pachner v. Eggenstorff I, S. 299.

werden möge. Wie aber solche jetztmahlige Reichsinterposition und Mediation würcklich einzurichten, davon ist noch weiter zu reden."

Freitag den 6./16. September 1667[1]).

Nachdem inzwischen dieses Conclusum per dictaturam communiciert worden, 16. Sept.
frägt Salzburg, ob etwas dabei zu erinnern sei.

Magdeburg verlangt, dass der passus: „man sich auch dieses als ein membrum imperii betreffenden Werks von Reichs wegen billich anzunehmen habe" ausgelassen und dafür „als ist für gut befunden und geschlossen worden," ferner dass statt „Reichsinterposition" „gütliche Reichsinterposition" gesetzt und, weil die majora auf Ablassung eines Schreibens ausgefallen, dass auch dieses mit anzuführen.

Salzburg repliciert darauf und schlägt vor, man solle suchen noch heute zur Re- und Correlation zu gelangen, dann würde man sehen, wessen die Kurfürstlichen entschlosssen, und Gelegenheit haben, von einem und anderen noch weiter zu reden.

S. Altenburg inhaeriert der Magdeburgischen Erinnerung. Strassburg repetiert sein voriges votum und meint, man müsse in terminis generalissimis verbleiben, ulteriora reservando, Hessen-Cassel schlägt eine andere Fassung des Passus vor, Brandenburg-Culmbach, Halberstadt und Braunschw.-Zelle aber erklären, nichts bei dem Conclusum zu erinnern zu haben, Salzburg geht darauf zur Ostfriesländischen und Fürstenbergischen Introductionssache über.

Ueber eine Weile wird man zur Re- und Correlation in der burgundischen Sache berufen, beide Conclusa werden publiciert, darauf auf Wunsch des K. Mainzischen Directoriums beschlossen, beide zu dictieren.

Sonnabend den 7./17. September 1667[2]).

Im Fürstenrath wird auf Salzburgs Antrag beschlossen, da das Fürstl. 17. Sept.
Conclusum weitläufiger und von mehreren Specialitäten sei, zu erwarten, wessen sich die Kurfürstlichen darüber erklären würden. Sachsen-Altenburg wiederholt seine gestrigen Erinnerungen, Salzburg aber repliciert wieder darauf, schliesslich wird dem Vorschlage der Kurfürstlichen entsprechend die Re- und Correlation auf Montag vertagt[3]).

---

[1]) Vgl. Gemeiner III, S. 23, Mignet II, S. 258, Meineke S. 210. Im Kurfürstenrath fragt an diesem Tage K. Mainz, ob, bevor zur Re- und Correlation geschritten werde, gegen das gestrige Conclusum etwas zu erinnern sei. Obwohl K. Baiern beantragt, dasselbe etwas ausführlicher zu machen und zu Anfang einzurücken, man sehe gern, dass das Reich bei diesem burgundischen Wesen ausser aller Gefahr und Unruhe verbleibe und in keinen Krieg impliciert werde, und der K. Mainzische Director Höttinger sich damit einverstanden erklärt, wird es doch bei dem Aufsatz gelassen. Darauf erfolgt in einer Zusammenkunft mit den Fürstlichen gegenseitige Mittheilung der Conclusa.

[2]) Vgl. Gemeiner III, S. 23f., Meineke S. 210f.

[3]) Im Kurfürstenrath erklären an diesem Tage auf die Frage K. Mainzs, ob

Montag den 9./19. September 1667[1])

19. Sept. treten beide höheren Collegia in dem grossen Saal zusammen, K. Mainz meldet dort namens des Kurfürstencollegs, man sei beiderseits in genere dahin einig, dass die Güte zu versuchen, die Fürstlichen hätten zwar mehr Specialitäten, worauf aber die Kurfürstlichen sich noch zur Zeit nicht instruiert befänden, hielten gleichwohl dafür, wenn das quomodo vorkommen würde, dass man aus der Sache gelangen könne. Von den Fürstlichen wird darauf beschlossen, die Sache bis zur nächsten Sitzung zu vertagen[2]).

Der Kurfürst an die Gesandten zu Regensburg. D. Schönebeck 8./[18.] September 1667.

[Befehl zu vertraulicher Communication mit den K. Sächsischen, Sondierung der anderen Gesandten.]

18. Sept. Demnach bei gegenwärtigen Conjuncturen die Nothurft erfordert, dass das burgundische Werk in mehrere Consideration gezogen werde, als befehlen wir Euch hiemit gnädigst, mit denen Chursächsischen daselbst subsistirenden Gesandten deshalb vertraulich zu communiciren, gestalt dann auch dieselbe von Churs achsen Ld. Befehl haben[3]), dass sie dergleichen mit Euch thun sollen. So habet Ihr auch der anderen Fürsten und Stände Gesandten zu sondiren, wie etwa einer und der andere solches Werk begreife und was sie für Sentimenten führen, dass etwa bei der Sache zu thun sei, und uns desfalls ausführlichen Bericht abzustatten, gestalt Ihr dann inmittels mit denen, die Ihr dem Werke affectioniret zu sein befindet, vertrauliche Communication zu pflegen[4]). —

---

man gemeint sei, sich mit dem Fürstlichen Conclusum zu vergleichen, Trier, Cöln, Baiern, Pfalz und Mainz, man könne jetzt aus Mangel an Instruktion nicht weiter, als in dem Kurfürstl. Conclusum enthalten, gehen, Sachsen, den Vorstimmenden nicht vorgreifen zu wollen, Brandenburg, es trüge kein Bedenken, sich dem Fürstlichen Conclusum zu conformieren. „War also der Schluss per majora, dass man bei dem vorigen Kurfürstlichen Concluso verbliebe." Vgl. Mignet II, S. 259.

[1]) Vgl. Meineke S. 212.

[2]) v. Mahrenholtz meldet dem Kf. (d. Regenspurg 13./23. September 1667), die zu verschiedenen Malen gemachten Versuche, bei der Re- und Correlation sich zu vergleichen, seien ohne Erfolg gewesen, da jedes Collegium auf seinem Conclusum bestanden.

[3]) Vgl. Auerbach S. 307.

[4]) Kf. schreibt an dieselben (d. Wolup $\frac{23. \text{ September}}{[3. \text{ October}]}$ 1667), da ihm berichtet werde, der französische Gesandte bemühe sich, dass das Fürstliche Conclusum geän-

v. Mahrenholtz und v. Jena an den Kurfürsten. D. Regenspurg 11./21. October 1667.

[Hinziehung der burgundischen Sache. Verlangen des Kaisers, als König von Böhmen an den Schlussverhandlungen über die Wahlcapitulation Theil zu nehmen.]

Betreffend die Verzögerung der burgundischen Sache[1]) hat ihnen der Cardinal von Salzburg vor etlichen Tagen zu verstehen gegeben, er dürfte dieses Werk nicht eher poussieren, bis er von K. Sachsen und K. Pfalz, an die er deshalb geschrieben, gute Resolution, die er hoffte, bekommen hätte, man müsste sich zuvor der Majorität im Kurfürstencolleg zu vergewissern suchen. 21. Oct.

Der K. Sächsische hat zwar neulich Befehl erhalten, mit ihnen wegen des burgundischen Wesens vertraulich zu communicieren, ist aber bisher noch nicht mit Instruction versehen.

Der Kaiser hat[2]) an das Kurfüstencolleg (d. Wien 6. October 1667) gelangen lassen, dasselbe werde sich erinnern, wie es 1664 bei Verfassung einer beständigen Capitulation für nothwendig erachtet hätte, ehe diese den übrigen Fürsten und Ständen communiciert werde, sie ihm als König von Böhmen vorzulegen. Da nun verlaute, dass man in dem Capitulationswesen nahe am Schluss stehe, der Kaiser in Sachen, die eine Röm. Königswahl berührten, als König von Böhmen und Mitkurfürst in dem Kurfürstlichen Rath auch zu erscheinen habe, so hätte er in dieser Electionssache Graf Weissenwolff und Lic. Speidel bevollmächtigt.

Es wurde per majora beschlossen, diese Böhmische Gesandtschaft, da es nur eine Continuation dessen, so a. 1664 geschehen, sitzend et loco competente anzuhören und für diesmal mit einer dilatorischen Antwort, ihr Begehren sollte den Principalen hinterbracht werden, zu versehen.

Der Kurfürst an die Gesandten. D. Cöln 16./[26.] October 1667.

[Uebertragung der Friedensvermittlung an das ganze Reich.]

Wenn im Fürstenrath deliberiert werden sollte, ob die zu Cöln getriebene 26. Oct.

dert werde, so lasse er es bei seiner früheren Instruktion bewenden, und (d. Cöln a. d. Spree 1. [11.] October 1667), obwohl zu verspüren sei, dass man zu der burgundischen Sache viel zu sagen sehr frembden sei, so müsse doch die Nothdurft geredet werden, aber in solchen Fürwaden [sic] dass dadurch niemand offendiert werden könne.

[1]) v. Mahrenholtz und v. Jena gemeldet, von dem burgundischen Wesen sei in den obigen beiden Punkten vorgekommen, und 4./14. October, der französische Gesandte zeige sich sehr eifrig und wolle den Gesandten sehr operos, das Fürstliche Consilium zu [illegible] es sei etwa bei den Collegien von der Sache nichts vorgekommen. Vgl. Mauvillon X, 1.

[2]) s. Gemeiner III, 2. 228.

Negotiation wegen der Mediation nicht nach Regensburg gezogen und die Mediation namens des ganzen Reiches den kriegenden Theilen offeriert werden sollte, so sollen sie solches aufs beste secundieren, jedoch davon vorher gegen niemand etwas vermerken lassen.

---

v. Mahrenholtz und v. Jena an den Kurfürsten. D. Regenspurg 18./28. October 1667.

[Unthätigkeit Oesterreichs.]

28. Oct. Das burgundische Wesen beruht hier noch in vorigen terminis. Wohl- und Uebelaffectionierte wundern sich, dass Oesterreich sich der Sache nicht eifriger annehme; so lange es sich nicht regte und das Werk mit Ernst angriffe, wäre anderen in Teutschland nicht zu verdenken, wenn sie nicht die ersten sein wollten [1]).

Der Kurfürst an die Gesandten. D. Cöln 23. October/[2. November] 1667.

2. Nov. Sie sollen sich in der burgundischen Sache nicht weiter herauslassen, sondern der übrigen Meinung vernehmen und darüber referieren.

---

v. Mahrenholtz und v. Jena an den Kurfürsten. D. Regenspurg 22. November/2. December 1667.

[Neue Verzögerung der burgundischen Sache.]

2. Dec. Obgleich [2]) vor 8 Tagen beschlossen war, das burgundische Werk zu reassumieren, hat doch der Cardinal und das Oesterreichische und Salzburgische Directorium für zuträglicher erachtet, damit zurückzuhalten, zumal sie bei den eifrigen Bemühungen des französischen Gesandten [3]) fürchten, es möchte das

---

[1]) Dieselben melden $\frac{\text{25. Oktober}}{\text{4. November}}$, der Cardinal von Salzburg habe an den Kaiser geschrieben, wenn er verlangte, dass sich die Stände des Reichs der burgundischen Sache mehr annehmen sollten, so müsste er selbst einen rechten Ernst verspüren lassen und sich movieren.

[2]) Schon 1./11. November hatten die Gesandten gemeldet, da die burgundische Gesandtschaft eine neue Antwortschrift auf das französische Anbringen (d. 4. November 1667, Diar. Europ. XVI, App. S. 57 ff.) übergeben, so dürfte die burgundische Sache wohl reassumiert werden. Ueber die Sitzungen vom 18./28. und 19./29. November s. Gemeiner III, S. 37 ff., Mignet II, S. 261 ff., Meineke S. 214 ff.

[3]) Gottfr. v. Jena erzählt in seinem Reichstagsdiarium 14.[24.] November 1667. Gravel habe ihn besucht und vorgebracht, nach Millets Mittheilungen habe Kf. erklärt, seine hiesigen Gesandten instruieren zu wollen, dass sie nicht wie zuvor votieren sollten. Gr. habe abermal seines Königs Ernst zum Frieden contestiert, auf die Billig-

ihnen ziemlich anständige im Fürstenrath gemachte Conclusum in Zweifel gezogen werden. Der Kaiser soll Bedenken tragen, sich des Werks nachdrücklich anzunehmen, bevor er, was die Reichsstände dabei thun wollen, versichert ist, diese wieder warten, dass der Kaiser eine den Conjuncturen gemässe Resolution fasse, und wundern sich, dass solches nicht vorlängst geschehen.

v. Mahrenholtz und v. Jena an den Kurfürsten. D. Regenspurg 27. December 1667/6. Januar 1668.

[Neue Aussichten zur Vornahme der burgundischen Sache. Gesandtschaft an den Kaiser.]

Sie theilen[1]) ein Schreiben des Königs von Spanien[2]) wegen eiliger Hülfeleistung für die burgundischen Lande an die Reichsstände mit. 6. Jan.

keit der dem Kf. schon mitgetheilten Friedensbedingungen und darauf, dass diesem in allem, in specie in rebus polonicis Statisfaction geschehen sei, hingewiesen und verlangt, dass es bei dem in der burgundischen Sache gemachten Kurfürstlichen Concluso verbleiben und dieses nicht nach dem Fürstlichen eingerichtet werden sollte. Er ersuchte ihn auch, befördern zu helfen, dass im Fürstenrathe eine neue Umfrage angestellt werde, damit sich diejenigen, welche neulich nicht instruiert gewesen, vernehmen lassen könnten, er hoffte, die majora würden nach seinem Verlangen ausfallen. (Vgl. Gravels Relation vom 30. November 1667, Mignet II, S. 265, und dazu Meineke S. 218f.). J. fügt hinzu, Gravel besuche jetzt fast alle Gesandten und bemühe sich, nachdem er erfahren, dass die burgundische Sache reassumiert werden solle, dass das Fürstliche Conclusum geändert werde, die Oesterreicher dagegen sässen still, nähmen sich der Sache lange nicht so eifrig an, unterbauten dieselbe nicht auch so, wie Frankreich, an den Höfen, gäben niemandem, auch ihnen nicht Satisfaction und mit Werbungen und Rüstungen zum Kriege kein Exempel. „Und lauten unsere gnädigste Instructiones bei 14 Tagen auch etwas anders als vorhin.“ 15./25. November berichtet er, er sei nur mit den Oesterreichischen bei dem Cardinal zur Tafel gewesen, derselbe hätte viel von der burgundischen Sache, den Bemühungen Gravels und dass viele Gesandten auf eine neue Umfrage im Fürstenrath dringen würden, geredet und ihn gefragt, ob er die Sache morgen, wie angesagt sei, vornehmen sollte. Er hätte erwidert, die Directoren könnten eine neue Umfrage leicht hindern und es sei besser, wenn man sich eines anderen und widrigeren zu befahren hätte, alles in statu quo zu lassen, womit der Cardinal sehr zufrieden gewesen sei. „Die Herren Austriaci sagten, Gravel laufe herum als ein brüllender Löwe, aber warum thun sie es nicht auch? — Die Reichsstädte haben mit den Fürstlichen geschlossen, die Kurfürstlichen aber bleiben bei der gütlichen Interposition, damit Frankreich, aber nicht der Kaiser vergnüget.“

[1]) Der Relation vom 6./16. December liegt eine Anzahl von K. Mainz zur Dictatur gegebener Actenstücke betreffend die vermittelnde Thätigkeit desselben und des Cölner Conventes (abgedruckt Diar. Europ. XVI App. S. 62 ff., Londorp IX, S. 574ff.), der vom 20./30. December die neue Gegenschrift Gravels gegen die spanische Schrift vom 4. November (d. 16. December 1667, Diar. Europ. XVI, App. S. 70ff., Londorp IX, S. 570ff.) bei.

[2]) d. Madriti 24. October 1667 (Londorp IX S. 581).

Wie sie vernehmen, ist der Cardinal von Salzburg und die oesterreichische Gesandtschaft nicht ungeneigt, dieses Werk von neuem, weil unterschiedliche darauf gedrungen, im Fürstenrath in Umfrage zu stellen.

Dr. Witte ist als Calenbergischer Gesandter hier angelangt, um zusammen mit einem K. Mainzischen und dem K. Cölnischen Dr. Aldenhoven nach Wien zu gehen, um[1]) dem Kaiser die Beförderung des Friedens zwischen Frankreich und Spanien einzurathen.

Der Kurfürst an die Gesandten. D. Cöln 30. December 1667/9. Januar 1668.

[Beschwerde Millets über ihre Abstimmung.]

9. Jan. Nach Milets Bericht hat Gravel geschrieben, sie hätten beiderseits contraria vota geführt und insonderheit im Fürstenrath wäre wegen des burgundischen Kreises nicht so votiert werden, wie Kf. sich hier erklärt hätte. Sie sollen darüber berichten und, falls es nur ein Missverstand ist, Gravel darüber informieren.

---

v. Mahrenholtz und v. Jena an den Kurfürsten. D. Regenspurg 10./20. Januar 1668.

[auf das Rescript vom 30. December. Rechtfertigung gegen Millets Beschwerde.]

20. Jan. In der burgundischen Sache ist nur eine einzige Session am 2./12. September gehalten worden; da sonst weder ordentlich noch in circulo darüber votiert worden ist, so können contraria vota darin überhaupt nicht erfolgt sein. Sollten sie auch nicht in Conformität dessen, so Kf. sich gegen Milet mündlich erklärt, gestimmt haben, so würden sie doch darum, indem sie solches nicht gewusst, losgesprochen werden, und wenn auch Gravel dergleichen an sie gebracht, so hätten sie doch sich nicht danach sondern nach den Rescripten des Kf. achten müssen. Sie haben auch mit Gravel darüber geredet, der ihm dieses gar leid sein liess und es mit einem Missverstand, der zwischen ihm und Milet vorgegangen, entschuldigte, sich auch erbot, deswegen an denselben zu schreiben. Der Missverstand ist daher entstanden, dass Milet die abgelegten vota von den zukünftigen nicht genügend unterschieden hat.

---

v. Mahrenholtz und v. Jena an den Kurfürsten. D. Regenspurg 28. Februar/9. März 1668.

[Absicht, die burgundische Sache wieder vor den Reichstag zu bringen, Auftrag des Cardinals von Salzburg.]

9. März. Der Cardinal von Salzburg hat ihnen mitgetheilt, dass er es dahin zu richten beabsichtige, dass materia securitatis samt den burgundischen Angelegen-

[1]) S. oben S. 825.

heiten vorgenommen werde, und hat sie beauftragt zu berichten, er trüge zu Kf. das Vertrauen, derselbe werde, wie bisher, die Erhaltung der Integrität des Reichs und was zu des Vaterlandes gemeinem Besten, Ehre und Reputation gereiche, sich angelegen sein lassen, und er sei versichert, sie würden wenigstens die am 12. September 1667 abgelegten vota nicht verändern, worauf sie aber nichts geantwortet haben [1]).

---

13. Gesandtschaft v. Pölnitzs und Meinders' nach Paris. November 1667 — April 1668.

Instruction vor den Herren Oberstalmeister Pelnitz und H. Rath Meinders nacher Paris [2]). D. Cöln an der Spree 11./[21.] November 1667.

[Forderungen des Kf. in der polnischen Sache, Gegenanerbietungen desselben. Das Angebot Gelderns. Subsidien.]

Sie haben bei der Audienz dem Könige vorzustellen, dass Kf., nachdem 21. Nov.
ihm durch den Pfalzneuburgischen Gesandten [3]) und durch Millet versichert worden, der König würde, nachdem Kf. sich des burgundischen Werkes halber auf die von jenen vorgestellten Punkte herauslassen und resolvieren würde, sofort und pari passu dessen Absichten in Polen, namentlich die Wahl Pfalz-Neuburgs zum Könige befördern, sich zu dieser Absendung entschlossen habe, um dem Könige sein Freude darüber contestieren und einige Punkte, auf welche Millet specialiter und vollkommentlich zu instruieren wäre, vorstellen zu lassen. Sie sollen den König bitten, jemand zu verordnen, welcher mit ihnen darüber conferiere, falls er aber selbst gleich Nachricht davon begehren sollte, ihm je nach seinem Wunsche und den Umständen summarie oder ausführlich Mittheilung davon machen.

Die Punkte, worüber sie des Königs Erklärung und Instruktion an Millet begehren sollen, sind:

1) Der König möge sofort seinen Gesandten in Polen Beziers beordern, nicht nur seine bisherige Negotiation für Condé oder wer es auch sonst sei

[1]) Kf. erwidert darauf (d. Cöln a. d. Spree 7./[17.] März 1668), da Castel Rodrigo die Alternative angenommen habe, so sei zunächst abzuwarten, wie sich Frankreich ferner darauf bezeigen werde, und unterdessen zu einer Resolution im Römischen Reich nicht zu eilen. Je nachdem sich diese Tractaten weiter einlassen würden, werde er sie mit fernerem Befehl versehen. Die Gesandten melden dann $\frac{\text{24. April}}{\text{4. Mai}}$, dass sie von Gravel vor drei Tagen Anzeige von der Unterzeichnung des Friedens in Aachen erhalten hätten.

[2]) Vgl. über diese Gesandtschaft Mignet II, S. 195f., Urk. u. Akt. XIV, 1 S. 354 ff.

[3]) Giese, vgl. Urk. u. Akt. II, S. 488 ff.

einzustellen, sondern auch mit Worten und vor allen Dingen mit der That für des Kf. und des Pfalzgrafen Interesse der Wahl halber zu arbeiten.

2) Der König möge alles anwenden, damit der jetzige König sich der Krone begebe und diese durch ordentliche Wahl an den Pfalzgrafen komme.

3) Der König solle nicht nur selbst von der Negotiation für andere abstehen, sondern auch keinem französischen Prinzen gestatten, dieses Werk selbst oder durch andere zu hintertreiben oder schwer zu machen.

4) Beziers solle mit den ministris des Kf. und des Pfalzgrafen in Polen vertraulich communicieren und mit und neben ihnen das Werk betreiben.

5) Der König möge sofort an diesem Werk die Hand dergestalt schlagen und halten, damit die That und Wirklichkeit zu verspüren und keine Verzögerung dabei vorgehen möge.

6) Millet solle alsobald hierüber Vollmacht und Instruction erhalten, an des Kf. Hofe darüber schleunig zu tractieren und zu schliessen.

7) Der König möge sich deutlich gegen den König und die Republik sowie gegen die senatores und ministros regni, deren er bisher in dieser Sache versichert gewesen, erklären, dass er sie ihrer früheren Zusagen wegen Beförderung eines französischen Fürsten lossprechen und nicht gestatten wolle, dass ein französischer Prinz sich auf dergleichen Verpflichtungen beziehe, sich derselben gebrauche, oder deswegen das geringste gegen die Republik oder jemand vornehme.

Kf. seinerseits dagegen erbietet sich:

1) sich aus dem burgundischen Werke zu halten und sowohl für sich als auch nebst anderen dahin zu wirken, dass dasselbe noch vor angehender Campagne in der Güte beigelegt werde, und sich dabei zu bemühen, dass der König von Frankreich eine billigmässige Satisfaction erhalte.

2) Die Rheinische Allianz zu prorogieren und sich wieder mit in dieselbe zu begeben, doch dass man sich der Artikel halber vergleiche und darüber handle, er wolle alles eingehen, was nicht dem Instr. pacis und den Reichsconstitutionen entgegen. Das erste Anerbieten dürfe aber nicht auf den Fall gezogen werden, wenn etwa auf dem jetzigen Reichstage zu Regensburg beschlossen werden sollte, dass sich das Reich des burgundischen Kreises annehmen sollte.

Damit Kf. bei der von ihm übernommenen Mediation mit mehr Nachdruck sprechen und des Königs Intention und zugleich den Frieden befördern könne, so möchte der König ihm an die Hand geben, worin eigentlich seine desideria bei der Handlung beständen und was er endlich für sich begehrte und wie Kf. sich bei der Friedenshandlung zu seinem Besten und zur Wiederherstellung der Ruhe betragen sollte.

Sollte französischerseits der Vorschläge, welche dem Kf. hier von dem Pfalzneuburgischen und von Millet wegen Geldern geschehen, und dass er keinen Durchzug verstatten möchte, gedacht werden, so sollen sie erklären, das erste wäre eine Sache, wovon, falls es nicht zum Frieden kommen sollte, zu reden wäre, jetzt möchte davon Abstand genommen werden, zumal da Kf. keine Conquesten sondern nur einen beständigen Frieden begehrte, sollte sich

Spanien opiniatrieren und wider Billigkeit und der Mediatoren Rath den Krieg continuieren wollen, so würde man sich weiter zu besprechen und andere zureichende Mittel zu Beförderung des Friedens an die Hand zu nehmen haben, wollte aber der König dem Kf. ohne Obligation einige Geldsubsidien reichen lassen, so würde er sie mit Dank annehmen. Wegen der Durchmärsche müsste Kf. der Reichsverfassung nachleben, er würde dieselben durch seine Lande nicht gestatten, sondern, soviel möglich, hindern.

Da im Januar in Polen ein Reichstag gehalten werden sollte, so müsste der König, was er in dem Wahlnegotio des Kf. Begehren gemäss zu thun gedächte, bald thun; Beziers wäre, da die meisten von der anderen Partei grosses Misstrauen gegen ihn bezeugten, abzurufen, sollte gegen Hoverbeck das gleiche eingewendet werden, so sollen sie erwidern, sie wüssten es zwar nicht, sie wären aber versichert, Kf. würde alle Hinderungen aus dem Wege räumen.

Da Kf. sehr viel daran gelegen, so bald wie möglich von ihrer Negotiation Nachricht zu erhalten, so sollen sie mit allen Posten sowohl über Holland als auch über Strassburg berichten, mit des Kf. ministris im Haag und in England fleissig correspondieren, sich in nichts einlassen, was nicht in dieser Instruktion ausdrücklich enthalten, sonst aber so viel immer möglich mit allem Fleiss und Behutsamkeit in die Desseine und Resolutionen zu penetrieren suchen.

Neben-Memorial. D. Cöln 22. November/2. December 1667.

[An Pfalz-Neuburg zu machende Mittheilungen. Erläuterung einzelner Punkte.]

Sie sollen unterwegs in Düsseldorf den Pfalzgrafen aufsuchen, dem- 2. Dec.
selben ihre Instruktion communicieren, etwaige Erinnerungen, welche derselbe machen sollte, dem Kf. mittheilen und dem Pfalzgrafen rathen, mit aller Macht das Werk in Schweden zu treiben.

Des Kf. Erklärung, er wolle sich aus dem burgundischen Wesen halten, können sie, wenn es vonnöthen, so explicieren, dass Kf. sich dabei das Wort Neutralität nicht zuwider sein liesse und dabei kein ander Bedenken hätte, als dass es das Ansehen gewinnen könnte, als wäre er bereits im Kriege engagiert gewesen oder gedächte Hostilitäten vorzunehmen. Im Falle eines einmüthigen Reichsschlusses könnte sich Kf. einem solchen nicht entziehen, er wollte aber dazu keine Ursache geben und hätte demgemäss schon seine Gesandten in Regensburg instruiert.

Sie sollen den König ersuchen, seine früher versprochenen officia wegen Elbing und Draheim nochmals zu reiterieren, ferner, wie die polnische Republik wünsche, dahin zu wirken, dass die französischen Garnisonen aus Preussen abgeführt und die wegen der Wahl Condé's gegebenen Versicherungen cassiert und zurückgegeben würden.

Sie haben dort nichts schriftlich zu tractieren und weder ihre Proposition noch sonst etwas schriftlich zu übergeben.

Mit den zu Paris befindlichen schwedischen, englischen und holländischen Gesandten sollen sie vertraulich communicieren.

Sie sollen auch erinnern, dass der französische Gesandte zu Stockholm[1]) Befehl erhalte, in diesem Werk dort alle möglichen officia anzuwenden, ferner haben sie darauf zu dringen, dass Millet nicht nur sofort die nöthige Vollmacht und Instruction wegen Schliessung des Tractats erhalte, sondern dass demselben auch die gewünschte Originalordre an Beziers mitgeschickt würde, wenn nicht anders so mit dem Befehl, dieselbe nicht eher fortzusenden, bis Kf. auch seinerseits den Tractat zur Richtigkeit gebracht und ihm genugsame Prouven seiner beständigen Resolution gegeben hätte.

---

v. Pölnitz und Meinders an den Kurfürsten. D. Düsseldorf 26./16. December 1667.

[Mittheilungen Pfalz-Neuburgs.]

26. Dec. Sie sind am 10./20. hier angelangt und haben, nachdem der Pfalzgraf am 13./23. von Hambach hieher zurückgekehrt, am 14./24. bei demselben Audienz gehaht.

Der Pfalzgraf, welcher sich dem Kf. namentlich auch wegen des, auch ihnen inzwischen durch den Freih. v. Schwerin communicierten Tractats mit Milet[2]) aufs höchste zur Dankbarkeit verpflichtet erklärte, hat ihnen mitgetheilt, was der König und Lionne an Beziers geschrieben, sowie die für denselben hier von dem Pfalzgrafen und Gaumont abgefasste Instruction[3]), welche er schon durch einen Expressen nach Berlin geschickt hätte. Da sowohl in dieser als in dem zu Berlin mit Milet aufgerichteten Tractat fast alles enthalten, was sie in der polnischen Sache zu Paris negotiieren sollten, und fast nichts ausser der Auswechslung des Tractats übrig ist, so vermuthen sie, des Kf. Ratification desselben in Paris zu empfangen.

Kanzler Giese wird gleich nach dem Fest nach Warschau abreisen, Graf Krinsky[4]) ist schon nach Grosspolen voran, nach Schweden will der Pfalzgraf auf ihr Zureden nochmals Dr. Ehrmann[5]) schicken.

Kanzler Leerod wird nach Paris gehen, um dort des Pfalzgrafen Affairen zu beobachten. Betreffend Beziers' Abforderung berichtete der Pfalzgraf, der König von Frankreich hätte sich dazu pure bereit erklärt, Lionne aber hätte erinnert, man hätte grosse Ursache sich darin nicht zu übereilen, da B. grosses Vertrauen bei denen von der französischen Partei und namentlich bei dem Könige besitze und derselbe sonst vielleicht aus Unmuth über seine Abberufung

---

[1]) Pomponne.

[2]) Der inzwischen am 15. December zu Berlin unterzeichnete Tractat (Mignet II, S. 296ff., v. Mörner S. 321ff.).

[3]) S. Droysen III, 3 S. 147, 580, vgl. oben S. 357.

[4]) S. oben S. 250.

[5]) S. oben S. 204.

vor seiner Abreise von dort noch unter der Hand das Werk erschweren möchte. Der Pfalzgraf meinte, Hoverbeck und Giese würden wohl merken können, ob Beziers noch ferner in Warschau nützliche Dienste werde leisten können, im Nothfall könnte man allezeit seine Abberufung betreiben.

PS. Sie haben mit Blaspeil[1]) weitläufig geredet, derselbe wird morgen nach Brüssel reisen und meint, Castel Rodrigo werde bei des Kf. Conduite nicht das geringste zu desiderieren haben und er werde, da seines Wissens noch niemals an Spanien eine solche Ouverture vom Vergleich gebracht, desto willkommener sein.

Der Pfalzgraf hat ihnen im tiefsten Vertrauen mitgetheilt, der König von Polen hätte gegen Beziers contestiert und durch diesen seinem Könige hinterbringen lassen, dass ihm unmöglich wäre, die Last der Regierung länger zu tragen, und er entschlossen sei, die Abdication höchstens bis zu künftigem April zu verschieben, und hat sie aufgefordert, da man sich doch dieser gleichsam de roi à roi geschehenen Declaration nicht gut contra invitum regem bedienen könnte, sie möchten dem französischen Könige vorstellen, dass er gnugsamen Fug hätte, daraufhin den König von Polen auf den Effect dieser Declaration zu poussieren.

O. v. Schwerin an Meinders. D. Berlin 30. December 1667/[9. Januar 1668.]

[Bescheid an Copes. Forderung französischer Subsidien. Klagen Grémonville's über v. Blumenthal. Nachrichten aus Polen und Schweden.]

— Ich schicke ihm hiebei Abschrift eines Schreibens, so H. Copes 9. Jan.
an mich gethan, auf Befehl S. Chf. D. habe ich darauf geantwortet[2]), dass Sie sich zu nichtes resolviren könnten, bis sie alda im Haag etwas Beständiges arrestiret hätten, dieweil sie ihre Sentimenten so ofte verändert und dadurch S. Chf. D. nicht wenig wären brouilliret worden. Er würde wissen, in was terminis S. Chf. D. sich mit F. verglichen. Wann Hol. die condit. mit Fr. concertiret hätte, und dieselbige raisonnabel gefunden, dann das hätte S. Chf. D. in dem Tractat zum Fundament gesetzet, dass Fr. nichts Unbilliges und Uebermässiges begehren sollten, so könnten S. Chf. D. sich resolviren, dem Staat zu helfen, dass die Partie obligiret würde, solche conditiones einzugehen, dann der Friede wäre so notig und die Anstalt an spanischer Seite so schlecht, dass man vielleicht einen schlechteren Dienst an Franckreich thäte als an Spanien, wann man den Frieden auf solche Art machete. Insonderheit wann es wahr wäre, was die Spanier sagen, dass Franckreich keine

[1]) S. oben S. 781.
[2]) Vgl. oben S. 752f.

Friede begehret und alles conqueriren wolle. W[illegible] ditiones mit Fr. nicht concertiret wären, so hätten S. Chf. [illegible] gebundene Hände, weil Sie die Neutralität versprochen. Ueberdem habe ich an H. Milet sagen müssen[1]), er möchte nach Hofe schreiben, umb zu wissen, dass wann S. Chf. D. sich mit dem Staat und anderen alliireten die mit Fr. concertirte conditiones durchzutreiben verbunden, was S. Chf. D. desfals von Fr. zu gewarten haben sollte, und ob der König wol eine gewisse Sum Geldes in etzlichen Jahren zu bezahlen davor versprechen wollten. S. Chf. D. befahlen, dem H. v. Pelnitze und Ihm solches auch zu schreiben, damit sie auf allen Fall solches behandelten. Ich glaube, wann man m/400 Rthlr. in vier Jahren zu zahlen verspreche, S. Chf. D. würden sich contentiren. Mons. Gremonville hat[2]) H. v. Blumenthal gedräuet, nach Paris zu schreiben, dass er alda anders negotiire als wie man hier pacisciret, Mons. Milet spricht besser davon und urtheilet, dass man nicht tout à la fois habe changiren wollen, und so ist es auch. Wann da etwas vorkommt, muss man sie auf die Werke weisen, die wir thun, und dass sie sich nicht an die Worte eines oder andern Ministri zu kehren haben.

H. Hoverbeck[3]) hat den Tag, wie die Post abgegangen, Audientz haben sollen. Indessen klaget Beziers sehr über ihn, dass er alles traversire. Ich hoffe, S. Chf. D. werde jetzt einen andern nebenst ihm schicken. In Schweden ist[4]) über das französische Werk in Senatu grosser Streit gewesen und zwischen dem H. Reichscanzler und Bierenklow zu Extremitäten ausgeschlagen, aber durch die Königin wieder beigeleget und wird sehr heimlich gehalten. —

Der Kurfürst an v. Pölnitz und Meinders. D. Cöln 7./[17.] Januar 1668.

[Das holländische Friedensproject. Nachricht aus Polen.]

17. Jan. Er sendet ihnen das seinen ministris im Haag überreichte Project und seine darauf ertheilte Antwort[5]), sie sollen sich bei dem Könige oder bei Lionne erkundigen, ob der König mit diesen Conditionen, welche mit dem übereinstimmen, was Milet hier angebracht, einverstanden ist. Kf. glaubt, dass es zu

[1]) Vgl. Mignet II, S. 292.
[2]) Vgl. v. Blumenthals Relation vom 4./14. December 1667 oben S. 589f.
[3]) S. oben S. 360.
[4]) S. Carlson IV, S. 500ff., Mém. de Pomponne II, S. 474ff.
[5]) S. oben S. 753f.

Beförderung des Friedens gereichen würde, wenn seine Räthe bevollmächtigt würden, sich hierin den anderen Alliierten zu conformieren, und er hofft, dass der König, wenn auch von Spanien nicht alles und jedes sollte oder könnte eingegangen werden, darum doch nicht den Frieden zerschlagen lassen sondern in einem und andern nicht so genau auf den postulatis bestehen wird. Jedenfalls haben sie zu beobachten, was ihnen v. Schwerin in Ziffern geschrieben.

Beziers hat sich ernstlich bemüht[1]), Hoverbeck wieder Audienz beim Könige von Polen zu verstatten, sie sollen des Kf. Dank dafür bezeugen[2]).

---

v. Pölnitz und Meinders an den Kurfürsten. s. l. et d. [Paris 10./20. Januar 1668.]

[Visite bei Lionne. Audienz beim Könige und der Königin. Der braunschweigische Gesandte v. Platen.]

Sie sind Sonnabend den 4./14. hier angelangt und haben am 6./16. bei Lionne die Visite abgelegt, der sie mit der grössten Civilität empfing. Derselbe erklärte ganz deutlich, der König wollte noch einen Weg wie den anderen gern Frieden machen, wenn nur, was freilich nicht der Fall zu sein schiene, Spanien Lust dazu hätte. 20. Jan.

Schliesslich kamen sie auf die polnische Sache und sie nahmen dabei Gelegenheit zu remonstrieren, wie nöthig und des Königs eigenem Interesse gemäss es sein würde, die Abdication quovis modo zu befördern und sich der Freundschaft Schwedens zu versichern. Sie wiesen darauf hin, dass Kf., wenn er nicht von dort her gesichert wäre, weder in dieser noch in anderen Sachen frei agieren könnte, zumal auf der anderen Seite Oesterreich sowohl sein als auch Polens Nachbar sei, welches des Kf. jetzige consilia auf das äusserste improbierte und es sehr ungern sehen würde, wenn Pfalz-Neuburg durch Frankreich befördert werden sollte. Sie stellten dieses alles so weitläufig vor, um hiernächst mit desto besserer Manier wegen der Subsidien Anregung zu thun, begnügten sich aber diesesmal damit, in genere des Kf. Interessen und die gemeine Wohlfahrt zu recommendieren.

PS. D. ut in litteris Paris 10./20. Januarii 1668. Gestern zwischen 9 und 10 Uhr haben sie bei dem Könige Audienz gehabt, sie wurden durch den Introducteur des ambassadeurs Bonoeil und dessen aide Girault in des

---

[1]) S. oben S. 360.

[2]) Kf. beauftragt 19./29. Januar 1668 die Gesandten, sie sollen Anzeige davon machen, dass Kf., um den Kaiser zur Unterstützung Pfalz-Neuburgs zu bewegen, eine Gesandtschaft an denselben geschickt habe (s. oben S. 573ff.), und versichern, dass dabei nichts, was Frankreich zum Nachtheil gereichen könnte, versprochen werden solle; ferner sollen sie zu erwirken suchen, dass der König für den Fall, dass es in Polen zu einer Doppelwahl kommen sollte, zur Unterstützung Pfalz-Neuburgs eine beträchtliche Geldsumme in Danzig bereit halte, wovon etwa 8000 Mann unterhalten werden könnten.

Königs und der Königin Kutschen aufs Louvre geholt, auf [illegible] erwiderte der König mit wenigen Worten, dass er gern ve[illegible] Kf. solche Affection und Aestime gegen ihn bezeuge und sie hieher geschickt hätte, sie würden aus seinen Actionen nichts andres verspüren, als dass er den Frieden verlangte, er wollte des Kf. Schreiben lesen und ihnen eine Zeit bestimmen, um ihm mit mehreren Umständen des Kf. Sentimente zu entdecken. Nachmittags hatten sie bei der Königin Audienz und praesentierten derselben neben des Kf. Schreiben das Cabinet von Bernstein, welches sehr gefiel, dann begrüssten sie auch den Dauphin und die kleine madame.

Der König wird Montag abreisen, wohin, weiss niemand, einige sagen nach Metz, andere nach der Franche Comté. Bonoeil erzählte ihnen, er hätte neulich auf Befehl des Königs dem Braunschweigischen Envoyé v. Platen[1]) anzudeuten gehabt, dass der unter dem Vorwand der Gratulation nach Wien geschickte Hammmerstein dem Kaiser wegen der Herzoge zu Braunschweig 12 000 Mann zur Defension. der spanischen Niederlande angeboten habe, was mit seiner Proposition und Offerten wegen der Mediation garnicht übereinkäme, der König begehrte zu wissen, was eigentlich die Intention der Herzöge wäre, damit er seine mesures danach nehmen könnte; falls Hammersteins Anerbieten ernstlich wäre, würde er es ressentieren, sollte er auch 16 Millionen daran wagen. v. Platen hat erwidert, er wüsste davon nichts, es müsste ein Verstoss sein, er hätte von den Herzogen und ihren Intentionen ganz andere Nachricht. Nachher ist er bei Lionne gewesen, der ihm etwas gelinder zugeredet haben soll.

---

v. Pölnitz und Meinders an den Kurfürsten. D. Paris 15./25. Januar 1668.

[Die Audienz beim Könige, Anregung der Subsidienfrage. Besuche bei Turenne, Lionne und Colbert. Lionne's Beschwerden über Holland und die braunschweigischen Herzoge, Erklärungen inbetreff des Friedens.]

25. Jan. In der Audienz am Sonnabend stellten sie dem Könige, als dieser nochmals seine Friedensliebe versicherte, vor, er möchte dem Kf. eine schriftliche, von ihm unterzeichnete Declaration desfalls ertheilen, damit Kf. so um so mehr Gelegenheit erhielte, jedermann von dieser seiner Intention zu versichern und gegentheilige Gerüchte zu widerlegen. Der König erwiderte, es wäre eine Sache von grosser Consequenz, er wollte darüber nachdenken und ihnen später seine Erklärung zugehen lassen. Sie kamen dann auf die polnische Sache. Damit, dass die Abdication des polnischen Königs möglichst bald zu erfolgen habe, war der König ganz einverstanden und versprach auch, die vom Pfalzgrafen und Gaumont zu Hambach aufgesetzte Instruction für Beziers[2]) auszufertigen. Sie rühmten dabei die guten officia, welche Kf. für Beziers in Polen thun liesse, und stellten vor, wie grosse Spesen dem Kf. die kostbare Armatur ver-

---

[1]) S. Köcher I, S. 565 ff.

[2]) S. oben S. 852.

ursachte, welche er jetzt um so mehr continuieren müsste, da Oesterreich und Schweden jedenfalls die Abdication und den glücklichen Success dieser Sache nicht gern der Interposition des Königs zuschreiben, sondern auch ihrerseits daran ihre Gloria und ihr Privatinteresse suchen würden; falls der König dem Kf. dazu mit Subsidien an die Hand gehen wollte, würde er diesen um so mehr capabel machen, für den vorgesetzten gemeinen Zweck zu wirken, sie hofften, Kf. würde darin um so mehr Willfährigkeit verspüren, weil er dergleichen Offerten von anderen ausgeschlagen. Der König antwortete darauf mit Lächeln, er wüsste wohl, wie reich und liberal die Spanier immer in Promissen wären, was aber die wirkliche Zahlung anginge, darin komme ihnen Frankreich wohl gleich, er wollte auch hierüber ihnen seine Resolution mittheilen lassen. Wegen Elbings und Draheims erbot er sich, des Kf. Interesse zu secundieren; er erklärte schliesslich, er werde Lionne auftragen, ferner mit ihnen zu reden.

Sonntag besuchte v. P. allein (da M. krank war) Turenne, welcher sich erbot, ihre Negotiation aufs beste zu recommendieren, und versicherte, die jetzige Reise des Königs werde das Friedenswerk keineswegs verhindern, man werde bis zum 1. März bei den offerierten conditionibus, wenn auch Spanien dieselben noch nicht acceptiert, verbleiben. Montag, den 12./22. besuchten sie Lionne, derselbe wiederholte die Versicherung wegen des Friedens; mit den Staaten hätte man die Bedingungen nicht nur concertiert, sondern dieselben hätten auch versprochen, ihre Waffen mit den französischen zu conjungieren, um die Spanier zur Annahme dieser Bedingungen zwingen zu helfen. Er rühmte dabei des Kf. gute Conduite und franchise und erklärte, der König habe garkeine Bedenken, dessen Mediation zu acceptieren, die Staaten aber könnten nicht mediateurs sein, sondern wären vermöge der Allianz obligiert, alle jura des Königs zu garantieren und so auch jetzt Frankreich gegen Spanien, falls es von ihnen begehrt würde, Assistenz zu leisten, dawider sie keine exceptiones hätten, als dass sie etwa sagen könnten, die jura wären nicht klar genug; falls sie solches allegierten, würde der König aber anders sprechen und wären Mittel genug, die Commercien von ihnen aus Frankreich und England zu wenden. Man hätte auch sonst Ursache genug, sich über ihre Proceduren zu beschweren, da sie einerseits die Bedingungen mit dem Könige concertiert, bald darauf aber mit Spanien in eine damit ganz incompatible Handlung getreten und denselben ansehnliche Geldmittel zu Fortsetzung des Krieges angeboten. Sie haben es des Kf. Interessen für zuträglich gehalten, diese Klagen und Beschwerden wider Holland nicht sonderlich zu refutieren, und haben zu verstehen gegeben, dass man mit anderen, ja vielleicht mit Kf. auch dergleichen wider einander laufende Handlung gepflogen und ihn gern mit in diese Unruhe hätte implicieren wollen, jetzt hätten sie, als man ihnen von Schliessung des Tractats und Schickung hieher Ouverture gethan, ihre Displicenz darüber bezeugt, ja sich dessen gar, wie Blaspeil gemeldet, gegen andere zu des Kf. Präjudiz missbraucht. L. improbierte dieses alles sehr und sprach auch seine Unzufriedenheit mit dem Verhalten der Herzoge von Braunschweig aus. Er kam dann wieder auf den Frieden und versicherte, nach des Königs Meinung sollte allen Potentaten und

namentlich den Fürsten des Reiches freistehen, [illegible] und nieren und dieselbe zu garantieren, doch müsste [illegible] und sowohl auf Frankreich als auf Spanien gerichtet sein, die spanische Conduite aber liesse wenig Inclination zum Frieden erkennen. Als sie dann wegen Ertheilung einer schriftlichen Declaration in negotio pacis Anregung thaten, erwiderte er, sie sollten alles dieses dem Kf. kühnlich überschreiben und dieser es an jedermann als eine beständige und aufrichtige Intention des Königs bringen. Es wäre allerdings noch eine Condition, ohne welche der König den Frieden nicht machen könnte, nämlich wegen Portugal, dass Spanien damit de roi à roi tractieren müsste, damit stände es aber so, dass man deswegen an gutem Success des Friedens nicht zweifeln dürfte.

Sie kamen endlich auf die Brüsseler Tractaten[1]), davon er ausführliche Wissenschaft zu haben vorgab, lobte aber dabei des Kf. Sincerität, dass er, sobald solche Tractaten zu Berlin angekommen, Millet davon Mittheilung gemacht habe mit Versicherung, dass Blaspeil, als er den Tractat unterschrieben, seine Ordre noch nicht gehabt und dass er denselben keineswegs ratificieren werde. Schliesslich versicherte er ihnen im Auftrage des Königs, dass dieser trotz seiner jetzt bevorstehenden Reise bei der ihnen einmal erklärten Intention inbetreff des Friedens und den desfalls offerierten Conditionen verbleiben würde.

Sie verfügten sich dann zu Colbert und machten demselben ein Compliment. Sie erachteten diese Visite für um so nöthiger, da man dieses Mannes Freundschaft sehr nöthig hat, wenn es auf das Geldgeben ankommt.

Der Kurfürst an v. Pölnitz und Meinders. D. Cöln 21./[31.] Januar 1668.

[Die Tripelallianz. Angeblicher Vertrag zwischen Frankreich und Holland.]

31. Jan. Sie sollen sich erkundigen, ob es Frankreich genehm sein würde, wenn Kurfürst, wie er im französischen Interesse für gerathen hält, dem zwischen England und Holland aufgerichteten Bündnisse[2]), wozu dem Verlaut nach auch Schweden treten will, falls er dazu aufgefordert wird, beitrete.

PS. Sie sollen sich auch erkundigen, wie es mit einem angeblichen geheimen Tractat zwischen Frankreich und den Niederlanden stehe, wonach, wenn Spanien nicht auf die Friedensbedingungen eingehen sollte, Frankreich sich gegen Italien wenden, der Staat aber das übrige in den Niederlanden occupieren wolle, und sie sollen dahin trachten, dass darin nichts geschlossen werde.

---

[1]) S. oben S. 777 f.

[2]) Die Tripelallianz vom 13./23. Januar 1668, s. oben S. 756 f.

v. Pölnitz und Meinders an den Kurfürsten. D. Paris 3. Februar/24. Januar 1668.

[Auswechslung der Ratificationen. Die Tripelallianz. Günstige Erklärungen Lionne's. Aeusserungen Pufendorfs.]

Nachdem Leerod hier angekommen und ihnen das Rescript des Kf. 3. Febr.
vom 13. December[1]) sowie den ratificierten Tractat eingeliefert, haben sie am 31. Januar in St. Germain mit Lionne die Ratificationen des Berliner Tractats ausgewechselt. Es war eben bei dieser Post aus Holland die Nachricht eingekommen, dass Tempel mit den Staaten eine Defensivallianz zu Beförderung des Friedens so schleunig beschlossen, welches Lionne, wie er äusserlich bezeugte, wohl gefiel. Er las ihnen das Schreiben der Staaten[2]), in welchem sie dem König den Schluss dieses Tractats notificiert, vor, welches sehr höflich und wohl eingerichtet war; L. behauptete, wegen der Alternative hätte es noch seine Richtigkeit, die Prorogation bis zum 1. Mai werde auch keine Schwierigkeit machen, wenn nur von Spanien eine zureichende Erklärung inmittels erfolgte. Wegen der Garantie wird es auch keine Schwierigkeit haben, ob aber der König sich zum projectierten Waffenstillstand entschliessen wird, steht dahin. Dass sonst in England von Ruvigni[3]) dergleichen propositiones, wie Temple im Haag vorgegeben und dadurch den Schluss dieses Tractats so geschwind befördert, geschehen sein sollten, wird hier nicht gestanden und dergleichen spargement von Lionne aux artifices der Spanier zugeschrieben.

Dass die Friedensbedingungen zwischen Frankreich und den Staaten vorlängst concertiert worden, ist ausser Zweifel, sie haben daher Lionne eröffnet[4]), Kf. hätte sich gegen die Staaten erklärt, ihnen zu Beförderung des Friedens auf solche Bedingungen Assistenz zu leisten, auch im Fall der Noth die andere Partei dazu obligieren zu helfen, womit er sich durchaus einverstanden erklärte. Auch ihre Mittheilungen wegen v. Hoverbecks und v. Blumenthals nahm er sehr günstig auf. Sie empfahlen ihm dann den Punkt der Subsidien und haben ihm wegen dieses und der übrigen Materien ein Memorial zugesandt.

PS. Sie haben dem hiesigen schwedischen Ministro Puffendorffen die Visite gegeben, der sie versicherte, Graf Dohna hätte den im Haag zwischen Holland und England gemachten Tractat mit unterschrieben, man würde sich in England de modo agendi und anderen specialibus ferner vereinigen und gern sehen, dass auch andere Potentaten mit dazu treten. Er theilte ihnen ferner mit, dass ihm aus England geschrieben worden, der dortige König hätte ganz unvermuthlich und ungern vernommen, dass Kf. mit Frankreich in eine neue Allianz getreten wäre. Sie haben darauf den mit Frankreich geschlossenen Vertrag[5]) näher erläutert und gerechtfertigt, ihm mitgetheilt, dass Brandt des-

[1]) Dasselbe befindet sich nicht in den Akten.
[2]) d. 26. Januar 1668 (Mém. d'Estrades VI, S. 246f.)
[3]) S. Mignet II, S. 504ff.
[4]) Vgl. die Rescripte des Kf. vom 7./17. und 19./29. Januar 1668 oben S. 854f.
[5]) P. hatte ihnen eine mit dem Original durchaus übereinstimmende Copie des-

wegen an den König von England abgeschrieben worden, Vorbericht auf das, was ihm zugeschrieben worden, [illegible] dann mit ihm näher von der polnischen Sache geredet, er erklär[illegible], Schweden würde in seinen Sentimenten darüber nicht changieren. Lionne hätte ihm allerdings vor 3 Tagen vorgehalten, als ob Schweden, seitdem Frankreich sich für Pfalz-Neuburg erklärt, sich dem äusseren Ansehen nach etwas verändert hätte, er hätte aber darauf geantwortet, ihm wäre davon nichts bekannt und wofern ja was sein werde, möchte es vielleicht mehr in modo rei als in re ipsa sein.

---

v. Pölnitz und Meinders an den Kurfürsten. D. Paris 7./17. Februar 1668.

[Lionne's Aeusserungen in betreff des Beitrittes des Kf. zur Tripelallianz, des Verhaltens Hollands und der Veröffentlichung des mit Kf. abgeschlossenen Vertrages.]

17. Febr. Meinders ist gestern allein, da v. Pölnitz einen Podagraanfall gehabt, bei Lionne gewesen und hat demselben auf Grund des Kurfürstl. Rescriptes vom 21. Januar mitgetheilt, dass Kf. glaube, es würde dem Könige lieb sein, wenn er in den Haagischen Tractat mit eintrete. L. antwortete [1]), wenn in demselben nichts anderes begriffen wäre, als die Satisfaction, die der König prätendierte, so würde derselbe freilich gern sehen, dass Kf. sich mit darein begebe, weil aber auch manche Dinge darin enthalten, die der König noch nicht approbiert und worüber er seine Erklärung noch nicht gegeben hätte, so würde es ihm lieb sein, wenn Kf. unter leicht zu findenden Praetexten der Sache einen Anstand gebe, bis Beuningen herkommen und man dessen Anbringen vernommen haben würde, vielleicht würde der König alsdann es gern sehen, wenn Kf. sich mit in dieses Bündnis begebe, ja denselben gar darum ersuchen. Von dem geheimen Tractat zwischen Frankreich und Holland, dessen Kf. in jenem Rescript gedacht, betheuerte L., dass ein solcher nicht vorhanden sei.

Mit der Proposition, welche die Staaten in Brüssel wegen des armistitii gethan [2]), erklärte er sich nicht zufrieden, da Castel Rodrigo dasselbe annehmen und daraus Anlass nehmen würde, gegen des französischen Königs jetzige Conduite auch weiter ungleiche Spargemente zu verbreiten, die Staaten hätten auch kein Recht sich zu rühmen, dass sie die ersten wären, die sich dieses Unfugs annähmen.

Dass die Communication des zu Berlin geschlossenen Tractats von Frankreich gekommen, wollte er durchaus nicht gestehen, er erklärte sich eifrig danach erkundigen zu wollen, sollte ein französischer Bedienter es gethan

---

selben gezeigt, die ihm aus England mitgetheilt sei. Vgl. v. Brandts Relation vom 22. Januar / 1. Februar 1668 oben S. 659.

[1]) Vgl. Lionne's Schreiben an Estrades vom 3. Februar 1668 (Mém. d'Estrades VI, S. 263.)

[2]) S. Lefèvre Pontalis I, S. 468ff.

haben, so sollte an ihm ein solches Exempel statuiert werden, dass sich andere daran spiegeln würden, obwohl an der Sache wenig gelegen und weder der König noch Kf. wegen der Publication des Tractats einige Scheu zu tragen hätten.

Der Kurfürst an v. Pölnitz und Meinders. D. Cöln 8./[18.] Februar 1668.

[auf die Relation vom 3. Febr. Des Kf. Beitritt zur Tripelallianz. Weitere Verhaltungsbefehle.]

Da Lionne bezeugt, dass die im Haag geschlossenen Tractaten nach des 18. Febr.
Königs Intention eingerichtet sind und ihm auch nicht entgegen sein würde, dass sich Kf. mit in die Allianz begebe, so hätte Kf. darauf pure seinen ministris im Haag deswegen Befehl ertheilen können, da er sich aber bei diesem ganzen Werk so betragen will, dass der König nichts an seinen Actionen zu desiderieren haben möge, so will er dessen Resolution hierüber erwarten.

Die Subsidien zu erlangen, würde ihm zwar lieb sein, sollte man aber deswegen ein mehres, als wozu er sich in dem Tractat verbunden, begehren, so sollen sie dieselben nicht annehmen.

Was Puffendorf gegen sie erwähnt und was er von dem Tractat judiciert, das hat er auch an andere Oerter gelangen lassen und auch der hiesige schwedische Resident[1]) hat gleiche Beschwerde geführt, sie sollen fortfahren, ihn darüber richtiger zu informieren.

Die Festsetzung eines bestimmten Termins, innerhalb dessen Frankreich erhalten wollte, dass der König von Polen abdicierte, würde sehr wünschenswerth sein.

Auf eine besondere schriftliche Declaration des Königs wegen des burgundischen Friedens brauchen sie nicht zu dringen, dagegen erwartet Kf., dass sie die ordres wegen Elbing und Draheim erhalten werden.

---

v. Pölnitz und Meinders an den Kurfürsten. D. Paris 15./25. Februar 1668.

[Unzufriedenheit in Frankreich mit der Tripelallianz.]

Man hat ihnen hier genugsam zu verstehen gegeben, dass man mit der im 25. Febr.
Haag geschlossenen Liga sowohl ratione formae und modi tractandi als materiae ganz nicht wohl zufrieden ist, und man hat sehr wohl aufgenommen, dass Kf. Milet erklärt, die Staaten wären zu weit gegangen, und dass er die Secretarticuln[2]), welche man ihm zugemuthet, nicht approbiert hat, Milet hat sie Lionne mitgetheilt, der grosses Misfallen darüber bezeugte. Sein König hätte die

[1]) v. Wolfradt, vgl. Urk. u. Akt. XIV, 1 S. 375.
[2]) S. Mignet II, S. 551 f.

höchste Ursache sich darüber zu formalisieren, man würde es aber für diesmal dahingestellt sein lassen und ohne alle Animosität und Bitterkeit auf die Sache selbst und des gemeinen Wesens Wohlfahrt sehen, das übrige würde sich zu seiner Zeit finden, es wäre dieses nicht das erste Mal, dass dieselben Herren zu Frankreich manquiert hätten [1]).

---

v. Pölnitz und Meinders an den Kurfürsten. D. Paris 3. März 1668.

[Unterredung mit Beuningen.]

3. März. Beuningen [2]) hat ihnen heute von seiner gestrigen Unterredung mit Lionne berichtet; er meinte, falls Frankreich jetzt nicht bei der Alternative bleiben, sondern dieselbe amplieren und mit neuen conditionibus limitieren sollte, so würde dieses ein gewisses Zeichen sein, dass sie ihre Conquesten weiter zu poussieren trachten und zum Frieden keine Lust haben, welches er fast fürchten müsste, nachdem der König sich mit so weniger Mühe zum Meister der Franche Comté gemacht [3]), ferner nach Discursen Telliers und Turenne's und bei den fortgesetzten französischen Rüstungen. Sie haben geantwortet, dass sie nach den gemachten Erklärungen das nicht glauben könnten, sie würden Montag oder Dienstag zu St. Germain auf die ihnen versprochene schriftliche Declaration dringen und hofften bald zu penetrieren, was man desfalls für Intention hätte. Die Sachen stehen also wie vorher. Beuningen fing auch von der Ligue [4]) an, alle Kur- und Fürsten des Reichs und besonders Kf. hätten alle Ursache, in dieselbe zu treten, Kf. würde auch zur Beförderung des Friedens wohl thun, sich etwas mehr in Postur zu setzen. Sie antworteten, Kf. wäre bereits in solcher Verfassung, dass er nach gebührender Besetzung seiner Garnisonen 8—10 000 Mann allezeit ins Feld bringen und solche innerhalb 2 Monaten noch eins so hoch verstärken könnte, Kf. aber hätte gar keine Ursache, sich dieses Unwesens wegen in Unkosten zu stürzen; es hätte auch an

---

[1]) Kf. erwidert (d. Cöln $\frac{29.\ \text{Februar}}{[10.\ \text{März}]}$ 1668), er verspüre aus allen Umständen, dass der König in der polnischen Sache rechten Ernst zeige, sie sollen dafür danken und bitten, dass derselbe Pfalz-Neuburg auch mit Geld schleunigst unterstützen möge. Da er wünsche, dass wenigstens einer von ihnen ihm schleunige Relation abstatte, so soll, falls Pölnitz nicht bald gesund werden sollte, Meinders nach erhaltener Finalresolution auf das schleunigste zurückkehren.

[2]) Vgl. über die Sendung Beuningens und Trevors nach Paris Mignet II, S. 608 ff., Wicquefort III, S. 422 ff., Lefèvre Pontalis I, S. 471. Meinders hatte, wie er am 2. März berichtet, den am 26. Februar in Paris angekommenen, aber sich noch incognito haltenden Beuningen besucht und demselben auf seinen Wunsch Mittheilungen über den Stand der Dinge, namentlich über die Ursachen der Unzufriedenheit Frankreichs mit der Tripelallianz gemacht.

[3]) S. oben S. 826.

[4]) der Tripellianz.

ihm nicht gemangelt, dass die Sachen nicht in anderem Zustand wären, was B. zugestand und bekannte, man hätte zu sehr auf die Börse gesehen.

v. Pölnitz und Meinders an den Kurfürsten. D. Paris 28. Februar/9. März 1668.

[Audienz beim Könige, Unterredung mit Lionne.]

Sie haben heute bei dem Könige Audienz gehabt, demselben zu seinen 9. März.
glücklichen Progressen gratuliert und erklärt, Kf. sei versichert, dass er sich dadurch von seinem einmal gegebenen königlichen Wort und der bisher bezeigten Moderation nicht werde abbringen lassen. Der König antwortete darauf mit grosser Civilität, er freue sich, dass Kf. so gute Sentimente von ihm hätte, seine actiones und conduite würden denselben allezeit conform sein, sie möchten sich nicht irre machen lassen, wenn er sich gegen andere Leute, als den von Böningen und dergleichen nicht so offenherzig erklärte, denn dieselben brächten allerhand ungereimte Zumuthungen auf die Bahn und wollten alles nach ihrem Sinn bald auf diese, bald auf jene Manier eingerichtet haben, worin er sich so nicht schicken könnte, namentlich prätendierte man die von ihm in seinen Offerten mit höchster Moderation determinierte Zeit nach Belieben zu ändern und zu prorogieren, er würde zwar allezeit zum Frieden geneigt sein, keineswegs aber sich von diesen Leuten Ordre und Gesetze vorschreiben lassen und noch weniger pour duppe passieren. Sie haben für diesen Beweis der Confidenz des Königs gegen Kf. gedankt und dann kurz dessen Particularinteresse recommendiert und um Beschleunigung ihres Abschieds gebeten.

Lionne, bei dem sie Nachmittag waren, gab dieselben Versicherungen, erzählte ihnen aber, dass er Fürstenberg und Beuningen gegenüber sich über die Spanier, dass dieselben so geringen Ernst bei Beförderung des Friedens bezeugten, beschwert und diese dadurch sehr allarmiert hätte. Auch wegen der polnischen Sache haben sie mit ihm geredet und ihm vorgestellt, dass, wenn man zu solchen Thätlichkeiten, wie ohnlängst in Warschau vorgegangen [1]), schreiten wollte, es nöthig sein würde, sich mit Volk und Geld in der Nachbarschaft so gefasst zu halten, dass man allen unvermutheten Schimpf gebührend vindicieren und den König sowie die Wohlaffectionierten schützen, auch das bekannte Dessein desto nachdrücklicher ausführen könnte. Er stimmte damit überein, rieth aber, erst weitere Nachrichten abzuwarten. Mit ihrer Abreise rieth er nicht so sehr zu eilen, sondern erst den Ausgang des Werkes, welches nun im höchsten crisi bestände, abzuwarten [2]).

[1]) S. oben S. 362f.

[2]) Kf. weist darauf (d. Cöln a. d. Spree 15./[25.] März 1668) die Gesandten an, dem Könige für die bewiesene Confidenz zu danken und vorläufig noch dort zu bleiben und sich zu bemühen, dass das, wozu der König sich erboten, auch wirklich prästiert werde, damit auch ein jeder sehe, dass Kf., obgleich er nicht in die Haa-

v. Pölnitz und Meinders an den Kurfürsten. D. Paris 20./30. März 1668.

[Abschiedsaudienzen. Erklärungen Lionne's wegen der Subsidien und etwaiger weiterer Verbindung mit Kf.]

30. März. Sie haben vorgestern bei dem Könige Abschiedsaudienz gehabt, der sie sehr gnädig dimittiert hat, und darauf auch von der Königin, vom Dauphin, der kleinen Madame, von Turenne, le Tellier, Colbert und Lionne sich verabschiedet. Letzterer versicherte wiederum, dass man es mit dem Frieden aufrichtig meine und diesen alle Stunde zu schliessen bereit sei, wenn man dazu von der anderen Seite gleiche Begierde merken liesse, Holland und England aber machten das Werk nur schwer und verwirrt, indem sie[1]) von dem König ein armistitium nach dem anderen forderten und von ihm verlangten, mit seiner kostbaren Armee in infinitum stille zu sitzen und gegen Spanien nichts Feindliches vorzunehmen, wodurch Spanien nur Gelegenheit erhalten, sich zu verstärken und consequenter zu opiniatrieren. Sie schliessen aus allen Umständen, dass man hier wirklich zum Frieden geneigt ist, haben deswegen auch eine schriftliche, der den englischen und holländischen Ministris sowie denen der Cölnischen correspondierenden Fürsten[2]) conforme Declaration[3]) erhalten.

PS. Nachdem sie Lionne vor ihrem Abschied wegen der Subsidien für Kf. nochmals Vorstellungen gemacht, hat derselbe ihnen beim letzten Abschiede erklärt, es ermangele desfalls dem Könige nicht an gutem Willen, der jetzige Krieg nöthige ihn aber zu grossen Ausgaben, unterdessen würde man ihnen ein kleines Präsent[4]) für Kf. zum Zeichen der sonderbaren Aestime, welche der König zu dessen Person trüge, mitgeben und daneben dem Kf. in diesem Jahre 50 000 Thaler auszahlen lassen. Sollte es zum Frieden kommen und der König dadurch von den so schweren Ausgaben befreit werden, so würde er nicht unterlassen, bessere und fernere Proben von seiner Freundschaft an Kf. zu geben, sollte man aber zur Fortsetzung des Krieges gezwungen werden, so könnte es auch zu weiteren liaisons zwischen dem König und Kf. kommen, dabei Kf. sowohl an Land und Leuten als auch sonst sein Interesse finden würde. Man wollte eines so geringen halber nicht mit Kf. marchandieren, versicherte sich aber seiner beständigen Freundschaft und hoffte, er würde in die Haagische Liga nicht treten, sondern bei der einmal desfalls gethanenen Erklärung verbleiben.

PS. 2. Lionne hat sie versichert, sollte Spanien sich opiniatrieren, es zu ferneren Weiterungen gelangen und die spanischen Niederlande getheilt

---

gische Ligue getreten, dennoch und zwar mit besserm Erfolg das Friedenswerk zu befördern sich bemühe.

[1]) Vgl. über die damaligen Verhandlungen Mignet II, S. 611 ff., Wicquefort III, S. 391 ff., Lefèvre Pontalis I, S. 471 ff.

[2]) S. oben S. 828.

[3]) d. St. Germain en Laye 21. März 1668.

[4]) Dasselbe bestand in einem kostbaren Degen, s. Urk. u. Akt. XIV, 1 S. 284.

werden, so würde der König nur soviel davon praetendieren, als zur nöthigen Sicherheit seines Königreichs und der Grenzen desselben erfordert würde, das übrige wollte er England, Holland und anderen Nachbarn überlassen und er würde niemand lieber als dem Kf. und Pfalz-Neuburg ein Stück von Geldern, so ihnen anständig und wohlgelegen, gönnen.

---

c. Gesandtschaft v. Blumenthals. August 1668 bis December 1669.

Instruction[1]), wornach sich unser — Geheimer Rath und Envoyé extraordinaire nacher Franckreich Christoff Caspar Freyherr von Blumenthal — zu achten. D. Cüstrin 13./[23.] August 1668.

[Glückwunsch zum Frieden, Erinnerung wegen der versprochenen 50,000 Thaler und Beantragung weiterer Subsidien. Die polnische Angelegenheit, Gefahr vor dem Moskowiter.]

Er soll seine Reise nach Frankreich mit dem förderlichsten fortsetzen, in 23. Aug.
Paris angekommen zunächst Turenne und Lionne von der Ursache seiner Schickung informieren und ihnen des Kf. Interesse recommendieren, bei erlangter Audienz dem Könige des Kf. Freude über den Friedensschluss aussprechen und anführen, Kf. hätte geglaubt, durch die beschehene schriftliche Congratulation[2]) seiner Schuldigkeit kein volles Genügen gethan zu haben, sondern hätte zu Contestierung seiner Freude darüber dem Könige durch ihn desfalls nochmals gebührend congratulieren lassen wollen. Und weil er befehligt wäre, eine Zeit lang mit des Königs Erlaubnis sich an dessen Hofe aufzuhalten, damit die so nützliche Correspondenz und Communication auch ferner unterhalten werde, so bäte er, ihm Access bei Hofe und beim Könige zu gönnen und von dem, was passierte und des gemeinen Wesens Wohlfahrt und Interesse concernierte, vertraute Communication geben zu lassen.

Da die 50,000 Rthlr., welche der König durch Milet, sowie durch die vorige Gesandtschaft des Kf.[3]) diesem gleichsam motu proprio und ohne einzige Obligation offeriert, noch nicht gezahlt sind, so soll er bei Lionne und Milet deswegen mit guter Manier und Glimpf Erinnerung thun, auch, da der König

[1]) Vgl. Pufendorf X, § 80 (S. 713). Auch über diese Gesandtschaft v. Blumenthals liegt ein ähnliches sorgfältig ausgearbeitetes Journal desselben (24. September 1668—19. Januar 1670) wie über seine früheren Gesandtschaften (s. Urk. u. Akt. IX, S. 568) vor. Das Creditiv des Kf. für ihn ist Königsberg 6. September 1668 ausgestellt. Für diese Gesandtschaft werden ihm jährlich 5000 Thaler aus den Legationsgeldern angewiesen.

[2]) Das Schreiben vom 18./[28.] Mai 1668 s. Urk. u. Akt. II. S. 499f.

[3]) S. oben S. 864.

ihm auf eine grössere Summe nach Beendigung des spanischen Krieges Aussicht gemacht, bei Gelegenheit deswegen bei ebendenselben Anregung thun und es dahin zu bringen suchen, dass ihm in gewissen Jahren eine sichere Summe Geldes, welche nicht geringer als etwa m/400 Rthlr. und in 3 oder 4 Jahren zu bezahlen sein müsste, gegeben würde. Er kann dabei darauf hinweisen, Kf. habe bisher zu Regensburg, in Polen, in Holland und an anderen Orten des Königs Intention secundiert, namentlich sei er trotz aller ihm bis jetzt offerierten Advantagen und dringender Einladung nicht in die Tripelallianz getreten, habe auch andere, welche darein treten wollen, abgehalten; weil auch Schweden ein nachdenkliches foedus mit Oesterreich geschlossen[1]), so erfordere sowohl des Königs als auch sein eigenes Interesse, dass Kf. stark armiert bliebe. Kf. habe auch dem ihm durch Milet mitgetheilten Wunsche des Königs gemäss K. Sachsen durch eine vertraute Schickung[2]) davon divertiert, nicht in die jüngstgemachte österreichische Allianz zu treten, K. Sachsen habe ihm auch schriftliche Versicherung gegeben, in dieser Sache nicht anders als praevia communicatione mit ihm zu verfahren.

Die polnische Sache hat er mit besonderem Fleiss zu beobachten, das meiste müsste noch zur Zeit mit Geld ausgerichtet werden und der König den Pfalzgrafen, dessen Mittel dazu nicht ausreichten, damit unterstützen. Da aus verschiedenen Orten, namentlich von Warschau geschrieben wird, dass man noch immer unter der Hand für Condé in Polen arbeite, so soll er sich danach mit allem Fleiss erkundigen, doch so, dass man nicht Ursache habe, Kf. zu imputieren, dass er die Versicherungen des Königs in Diffidenz und Zweifel ziehe, auch soll er zu penetrieren suchen, was man wegen des Moskowiters für Gedanken habe, und darauf dringen, dass der Bischof von Beziers wieder, sobald die Zeit es erfordert, als Gesandter nach Polen geschickt werde.

Er hat bei allen Posten fleissig zu berichten, dabei aber nur dasjenige zu referieren, was in facto vorgeht, mit Anhängung seines iudicii aber behutsam umzugehen, weil die Erfahrung bezeugt, dass die Briefe oft in Paris selbst intercipiert und geöffnet werden, und zu geheimen Sachen sich der ihm mitgegebenen Ziffer zu bedienen.

P.S. Da der Moskowiter[3]) grossen Anhang in Polen hat und dem gemeinen Ruf nach wohl mit einer grossen Armee nach Polen gehen möchte, um sein Dessein auszuführen, so hat er vom Könige zu vernehmen, wie dieser meine, dass man einem so gefährlichen competitori mit Nachdruck begegnen möchte, Kf. zweifelte nicht, der König werde zu diesem Zwecke den Interessierten mit erklecklicher Hülfe an Hand gehen.

---

[1]) S. oben S. 212f.

[2]) Vgl. über die Sendung v. Berlepschs nach Dresden Anfang August 1668 Auerbach S. 326.

[3]) S. oben S. 378f.

v. Blumenthal an den Kurfürsten. D. Paris 2. November/23. October 1668.

[Abreise Beziers', Uebertritt Turenne's. Die französischen Gelder. Günstige Aussichten in Polen für Condé.]

Da[1]) der König mit dem ganzen Hofstaat künftigen Mittwoch sicher von St. Germain zurückkehren wird, so wird er bis dahin hier warten. 2. Nov.

Der Bischof von Beziers ist vor ungefähr 14 Tagen von hier aufgebrochen und abbouchiert sich zu Neuburg mit dem Herzog. Dass Turenne[2]) sich nunmehr zur päpstlichen Religion bekennt, wird Kf. bereits wissen. Er soll zu einem seiner Confidenten dieser Tage gesagt haben, er wünsche, dass Kf. dieser Sache wegen, wozu er durch Antrieb seines Gewissens veranlasst worden, keine Diffidenz in ihn setzen, sondern vielmehr glauben wollte, dass gleichwie durch dieses Mittel des Königs Confidenz gegen ihn vermehrt worden, so er sich derselben zu des Kf. und seines Hauses Dienst und Besten zu praevalieren gemeint sei.

Die Gelder, welche der König in Frankreich durch den Kaufmann Formont[3]) nach Königsberg übermachen lassen, werden E. Churf. D. zweifelsohne sein ausgezahlet worden, und will ich bemühet sein, dass auch der Nachstand mit ehestem erfolge. —

PS. Nachdem der Streit zwischen des Patzen, Sobieskj und Dönhofs Gemahlin durch den Erzbischof beigeleget worden, sollen vermelte Weiber einmüthig vor den Prinzen von Condé sich bearbeiten, auch so gar, dass ermelter Prinz mit seiner Intention woll durchdringen dürfte, ob es aber mit des Königs in Frankreich Vorbewusst geschehe, weiss man noch zur Zeit nicht. Es scheint fast, als komme diese Nachricht von hoher Hand her, darf mich aber nicht erkühnen, mein Sentiment sicher zu entdecken.

---

v. Blumenthal an den Kurfürsten. D. Paris 8. November/29. October 1668[4]).

[Frankreich scheint sich aufrichtig für Pfalz-Neuburg zu bemühen. Umtriebe zugunsten des Herzogs von Baiern.]

Bis dato muss ich davor halten, es sei Frankreich mit Pfalz-Neuburgs Befoderung zur polnischen Kron ein rechter Ernst, denn 8. Nov.

[1]) v. Bl. war $\frac{\text{22. October}}{\text{1. November}}$ 1668 in Paris angekommen.

[2]) Vgl. Ramsay, Histoire du Vicomte de Turenne I, S. 422f.

[3]) S. Pagès, Les frères Formont et les relations du Grand Electeur avec la cour de France (Revue hist. 46, S. 288ff.).

[4]) Vgl. Pufendorf X, § 80 S. 713.

einmal ist Herren Lionne vom Könige fest eingebunden worden, alles dasjenige zu thun, was der Baron de Lerode für nöthig und rathsamb halten wird, und dann auch ist der Euesque de Bezieres beordert, demjenigen, was Pfalz-Neuburg und Ew. Churf. D. ihm suggeriren werden, in allem nachzuleben. Dieses ist aber höchst zu beklagen, dass der König zum Furschub der zweimalhunderttausend Thaler nicht disponiret werden kann. Allein auch hieraus ist nicht eben eine Aenderung der guten Intention für den Pfalzgrafen abzunehmen, sondern man muss vielmehr dergleichen retenue Herrn Colbert, welcher durch Retranchirung ein und anderer, wiewoll zuweilen hochnöthigen Ausgaben sich beim Könige beliebt zu machen suchet, beimessen.

Beziers' Instruktion verspricht, soviel er hat erfahren können, alles Gute; da nun auch des Kaisers[1]) aufrichtige Intention daraus hervorzugehen scheint, dass er dem Cardinal von Hessen, Protectori der deutschen Nation in Rom, anbefohlen, den Papst durch alle nur ersinnliche Mittel dazu zu bewegen, dass er den Herzog von Neuburg der polnischen Republik à l'exclusion aller anderen recommendiere, so ist guter Erfolg zu hoffen, auch Lionne soll sich gar wohl und aufrichtig erweisen. Gewiss ist, dass der Polen Correspondenz mit Condé eine Zeit hero cessiert hat und dass ihm zum besten keine Wechsel dahin übermacht worden. Sollte man aber aufs neue damit continuieren, so will er dieses durch eine Person, die er an der Hand hat und die mit dem Kaufmann, der die Remissen thut, vielfältig umgeht, leicht erfahren. Inzwischen muss Pfalz-Neuburg sich wenigstens stellen, als setzte er in Beziers vollkommenes Vertrauen. Derselbe hat zwar Lionne zu verstehen gegeben, er sähe gern, dass Gaumont geschickt würde, L. aber zeigt auch darin seine Aufrichtigkeit, dass er ihm geschrieben, er habe sich wohl in Acht nehmen müssen, dass Beziers von diesem Vorschlage nichts erfahren habe, puis que ce seroit ruiner les affaires sans ressource.

Die Kurfürstin von Baiern hat vor einiger Zeit an Gremonville geschrieben, er möchte sich doch nicht eben so sehr angelegen sein lassen, den Tractat zwischen dem Kaiser und Pfalz-Neuburg zu befördern, bevor er versichert sei, dass der König für den Herzog aus Baiern, der die Mademoiselle de Boullion geheiratet[2]), etwas zu thun recusiert hätte, und soll dieses auf Turenne's Anstiften geschehen sein. Nachdem aber der König es rund abgeschlagen und ihm alle Hoffnung benommen, wird er wohl nichts weiter dem Pfalzgrafen zum Nachtheil brigieren.

---

[1]) Vgl. Krebs, Vorgeschichte und Ausgang der polnischen Königswahl von 1669 S. 173, Urk. u. Akt. XIV, 1 S. 389f.

[2]) Herzog Maximilian Philipp von Baiern, Bruder des Kurfürsten Ferdinand Maria, seit 24. Mai 1668 mit Mauritia de la Tour d'Auvergne, Tochter des Herzogs von Bouillon vermählt.

v. Blumenthal an den Kurfürsten. D. Paris 9. November/30. October 1668.

[Conferenz mit Lionne, dessen Versicherungen zugunsten Pfalz-Neuburgs, Besorgnisse wegen des Herzogs von Lothringen. Aeusserungen Turenne's.]

Lionne, mit dem er vorgestern conferiert, versicherte, sein König wolle 9. Nov.
alles, wozu ihn seine kürzliche parole verbände, adimplieren, Beziers sei anbefohlen worden, des Pfalzgrafen Interesse in allem zu befördern, ja man habe Sobieski, um ihn für den Pfalzgrafen zu gewinnen, alle Advantagen, die er begehrt, bewilligt[1]), aber zu dem Gelde, das der Pfalzgraf begehrte, wüsste er nicht Rath zu schaffen, er habe zwar früher dazu Hoffnung gemacht, allein man gebe ja zuweilen solche Vertröstungen zu dem Ende, damit man nicht gar trostlos gelassen werde. Er sagte weiter, der Herzog von Lothringen[2]) mache ihm jetzt den meisten Kummer, denn derselbe habe, wie Gremonville erkundet, eine grosse Summe Geldes beisammen und vermeine dadurch in Polen zu reüssieren. Ob er dasselbe von Holland, Oesterreich oder einigen Fürsten des Reiches erhalten, wisse er nicht, jedenfalls aber habe der Herzog mit Baron de Goes unfern Baden lange conferiert. Bl. hat erwidert, er könnte nicht absehen, wer demselben mit so vielem Gelde assistierte, als der Herzog Karl von Lothringen, allein demselben brauche Frankreich nur zu verbieten, seinem neveu hierunter zu assistieren, so habe man deshalb weiter nichts zu besorgen.

Dreierlei könnte Lerod an Frankreichs guter Intention zweifeln machen: 1) dass man dem Herzoge mit Geld nicht assistieren, 2) Gaumont, in den er das meiste Vertrauen setzt, nicht nach Polen schicken will, 3) des Herzogs Karls Briguen scheut, da es doch nur von Frankreich abhängt, demselben zu untersagen, seinen Neffen in dem polnischen Successionswesen zu appuyieren.

Turennę, den er heute besucht, hat auch gute Vertröstung gegeben, derselbe wollte auch den Holländern imputieren, sie portierten Lothringen, überhaupt scheint man sich eifrig zu bemühen, den Kf. gegen dieselben zu echauffieren.

---

v. Blumenthal an den Kurfürsten. D. Paris 16./6. November 1668.

[Audienz beim Könige, dessen Bedenklichkeit, Pfalz-Neuburg mit Geld zu unterstützen, sonstige gute Aussichten.]

Am $\frac{31.\text{ October}}{10.\text{ November}}$ hat er bei dem Könige Audienz gehabt, Nachmittags 16. Nov.
wurde er zur Königin, dem Dauphin und dem Herzog von Anjou geführt, zur kleinen Madame aber konnte er ihrer Unpässlichkeit halber nicht kommen.

---

[1]) Vgl. Krebs S. 178.

[2]) Prinz Karl von Lothringen, Neffe des Herzogs Karl IV. von Lothringen, s. Krebs S. 170, oben S. 377.

1./11. November hat er bei dem Könige secrete Audienz gehabt, derselbe antwortete auf seine Proposition, von Anbeginn seiner Regierung hätte er sich nichts eifriger angelegen sein lassen, als Erfüllung seiner parole und seiner Alliierten Wohlfahrt, so hätte er auch eine geraume Zeit Pfalz-Neuburgs Interesse in Polen befördert, wovon seine Instruktionen und Befehle an Beziers Zeugnis ablegten, aber demselben von neuem mit einer considerablen Summe Geldes zu assistieren, dazu könnte er sich erst nach reiflicher Erwägung entschliessen. Bl. erwiderte, die Sachen in Polen ständen jetzt in crisi, so dass deren glücklicher oder unglücklicher Success sich nun in kurzem äussern müsste, das letztere könnte der König dadurch hindern, dass er dem Pfalzgrafen, der dazu allein nicht im Stande sei, jetzt schleunigst unter die Arme griffe. Er hätte selbst früher solches zu thun versprochen, wenn der Krieg gegen Spanien cessierte, und Kf. hoffte, seiner Bitte werde um so eher deferiert werden, wenn der König considerierte, wie er sich eine geraume Zeit her gegen ihn betragen. Der König erwiderte, er müsste gestehen, dass an des Kf. bisheriger Bezeigung nichts im geringsten zu desiderieren gewesen, zu mehrerem Gelde aber könnte er sich so bald nicht resolvieren, doch möchte Bl. ein Memorial übergeben, was er auch, nachdem er es mit Leerodt concertiert, gethan hat.

Sehr gut wäre es, wenn der König dem Herzog von Lothringen verböte, seinem neveu Geld vorzuschiessen, dem Prinzen von Condé aber, nichts in Polen zu briguieren, obwohl dazu nicht grosse Apparenz ist, indem der Prinz noch neulich einen Kaufmann, der einige Gelder a 2 per conto nach Danzig zu übermachen erbötig gewesen, abgewiesen. Ermuthigend ist auch Lionne's Aeusserung zu Leerodt, wenn nur Lothringen nicht König würde, sollte man alle Schuld Frankreich beimessen und dieses vor der ganzen Welt blamieren, wenn es der Pfalzgraf nicht würde.

PS. Frankreich fürchtet den Muskowiter im geringsten nicht, sondern meint, die Polen, die von Natur jaloux von ihrer Libertät seien, würden sich von dem Sohn eines so formidablen Potentaten, zumal da er noch Kind sei, nicht gouvernieren lassen.

---

v. Blumenthal an den Kurfürsten. D. Paris 30./20. November 1668.

[Verdächtigungen gegen Holland. Sendung Vaubruns.]

30. Nov. — Im übrigen habe ich vermerket, dass man Ew. Churf. D. gegen Holland dadurch zu eschauffiren suche, dass es Lothringen zur polnischen Krone verhelfen will, weshalb ich dann Mr. de Lionne zu erkennen gegeben, wie ich ebenmässige Zeitung von verschiedenen Orten erhalten, aber nicht absehen könnte, was hierunter andres gesuchet werde, als dem König in Frankreich zu missfallen und nicht zu verstatten, dass ein Fürst, welcher Frankreich affectioniret ist, zur polnischen Kron gelange. Der König habe umb so viel mehr Ursach hieraus

ein poinct d'honneur zu machen und Pfalz-Neuburg mit Gelde und andern dienlichen officiis ohne weitern Verzug zu secundiren, damit Holland zu Frankreichs höchster Beschimpfung nicht zu seiner Intention gelange. —

Den 23./13. dieses ist resolviret worden, den Marquis de Vaubrun an Ew. Churf. D. abzuschicken, gestalt er dann künftigen Montag von hinnen über Amsterdam und Hamburg nacher Königsberg gehet. Wie Mr. de Lionne saget, hat man darumb auf seine Person reflectiret, weil er von Condition und Ew. Churf. D. schon bekannt ist. Sobald ihm die restirenden Gelder werden zugestellet sein, will ich von ferneren Subsidien sprechen, man wird aber schwerlich reussiren, es sei dann, dass Ew. Churf. D. resolviren, mit Holland zu brechen[1]). —

---

v. Blumenthal an den Kurfürsten. D. Paris 27. November/7. December 1668.

[Bescheid auf seine Forderungen. Einfluss der Nachrichten von Holland her. Rath, wie Kf. sich dort zu verhalten habe. Brief Auerspergs.]

Endlich ist ihm der Bescheid sowohl auf sein übergebenes Memorial als 7. Dec.
auch auf die begehrte Assistenz wider Moscau und wegen Condé's Declaration durch Lionne überbracht worden, des Inhalts, der König könne sich zu dem Vorschuss der 300000 Rthlr. nicht verstehen, weil er hiebevor grosse Spesen auf das polnische Werk verwendet, auch von des künftigen Jahres Intraden bereits 4 Millionen consumiert hätte, selbige aber durch eine gute mesnage ersetzt werden müssten. Es habe auch der Pfalzgraf des Königs Affection so vielfältig genossen, dass es scheine, als wenn er selbst ein mehres zu begehren Scheu trüge und daher sich des Kf. Intercession bediene. Zudem restierten nach Beziers' calculo dem Pfalzgrafen 7—800000 Rthlr., womit er allemal Lothringen bei der bevorstehenden Wahl zurücksetzen könnte. Des Moskowiters Dessein auf die polnische Krone, sagte Lionne, würde der König suchen zu verhindern. Weil aber dadurch leicht ein kostbarer Krieg entstehen könnte, müsste das Geld gespart und hiernächst denen, die an der Beruhigung Polens interessiert wären, zum besten angewendet werden. Inmittelst würde man sehen, was andere bei dem Werk thäten, und seine mesures danach nehmen. Die Condésche Declaration würde der König zweifelsohne jetzt von dem Prinzen zu Versailles begehren.

Bl. hat dagegen remonstriert und ein neues Memorial eingegeben.

Was nun zu dergleichen mehrentheils auf Schrauben gestelleten Antworten Anlass gegeben hat, kann ich nicht wissen, aus Lionne's

[1]) v. Bl. meldet 18./28. December 1668, Vaubruns Absendung werde von einer Woche zur anderen verzögert, obwohl er mit seiner Equipage längst fertig sei.

Discursen aber merkte ich, man habe Nachricht von der Proposition, so der Baron de Gent[1]) Ew. Chf. D. Ministris im Hage gethan, und wer weiss, ob nicht Pensionarius de Witte selbst sich unter der Hand bemühet, dem König in Frankreich die Impression zu geben, sambt würden Ew. Chf. D. endlich in die Triple Allianz treten, dafür man sich aber alhier sehr fürchtet, und sprach Herr Lionne gestern schon von einem foedere, so der Tripel Allianz entgegen gesetzet und zwischen dem König in Frankreich, Daenemarck, Ew. Chf. D., Pfalz Neuburg, Hessen Cassel und denen Fürstl. Lüneburgischen Häusern geschlossen werden könnte, worauf ich antwortete, man müsste seine Alliierte zuforderst in solchen Stand setzen, dass man hiernächst ihrer Freundschaft fruchtbarlich geniessen könnte, —. Ich glaub aber nicht, dass das Geld erfolge, sondern man wird es anders worauf leihen müssen. Dafern aber Ew. Chf. D. Pfalz-Neuburg durch Frankreichs Hülfe zur Krone helfen wollen, werden der Holländer Propositiones wegen Eintretung in die Triple Allianz verworfen, Ew. Chf. D. Ministris auch im Haag verboten werden müssen, dergleichen Fürtrag weiter anzunehmen. Sollte es auch mit den Franzosen und Holland zur Ruptur kommen, ehe und bevor das polnische Successionwesen ausgeführet ist, wird man alhier müssen zu verstehen geben, dass man sich zum wenigsten neutral halten wolle, geschieht solches nicht, wird alhier die Diffidenz continuiren, das polnische Successionwesen protrahiret und dadurch Zeit und Occasion verloren werden, Pfalz-Neuburgs Interesse zu poussiren. —

PS. Auch — kommt hierbei die Abschrift eines Schreibens vom Fürsten von Auerssberg[2]) an des Pfalz-Neuburgs Beichtvater, woraus der Effect dessen, was ich ehemals bei meiner Zurückkunft von Wien Ew. Chf. D. zu Potstam unterthänigst berichtete[3]), erhellet, dass nemblich ermelter Fürst des Herrn Gremonville grosser Freund sei, gestalt er denn anitzo will, dass Monsieur Bezieres, dem, wann das polnische Successionwesen, wie zu hoffen stehet, woll ablauft, der Ruhm und Dank allein gebühret, selbigen mit Monsieur Gremonville theile. Wollte

---

[1]) S. unten die Relation der kurfürstlichen Gesandten im Haag vom 3. November 1668.

[2]) Derselbe räth darin, anstelle Béziers', dessen Rückkehr nach Polen nur üble Folgen für die Sache des Pfalzgrafen haben würde, Grémonville nach Polen gehen zu lassen.

[3]) Vgl. oben S. 603.

Gott, der Fürst von Auerssberg wäre damal, als ich zu Wien war, so gut Pfalz-Neuburgisch gewesen, als er ietzo zu sein scheinet, so hätte man viel praestiren können.

Der Kurfürst an v. Blumenthal. D. Königsberg 21. December 1668.

[auf die Relation vom 20./30. November. Kf. wünscht nähere Auskunft über eine Aeusserung des Königs.]

— Und weil Ihr in Eurer letzten Relation berichtet, der König 21. Dec.
würde sich anderer gestalt zu einigen Subsidien nicht resolviren, als wann wir mit Holland brechen würden, solches aber eine Sache von hochster Wichtigkeit ist, weshalb uns niemalen einige Proposition geschehen, wir auch des Königs Intention ganz und gar dabei nicht wissen, Ihr auch im geringsten nicht gedenket, wie und durch wen Euch solches angebracht, so konnet Ihr leicht ermessen, dass wir in einem so weitaussehenden Werk, so wir unsers bestens halber vielmehr zu hindern als zu befodern Ursache haben würden, uns nicht übereilen auch nicht ehe erklären können, bis man uns von allen Umbständen der Sache ausführlichen Bericht gebe[1]). —

---

v. Blumenthal an den Kurfürsten. D. Paris 21./11. December 1668.

[Audienz beim Könige, dessen Erklärungen in der pfälzisch-lothringischen Angelegenheit und auf sein Anbringen. Mittheilungen Pufendorfs. Beim Kaiser zu machende Vorstellungen. Erklärung Condé's.]

Bei der secreten Audienz, die er am 16./6. erhalten, hat er dem Könige 21. Dec.
das Schreiben des Kf.[2]) in der Pfälzisch-Lothringischen Sache übergeben und denselben gebeten, durch seine Intervention diesen Streit beizulegen. Der König erwiderte, er habe es an Bemühungen deswegen nicht fehlen lassen, alles käme darauf an, dass K. Pfalz sich nicht zur Abdankung der Truppen ver-

---

[1]) v. Bl. erwidert (d. Paris 1./11. Januar 1669), die Aeusserung rühre von Turenne her, welcher ihm, als er ihn sondiert, ob Subsidien zu erhalten sein würden, geantwortet habe, der König würde sich dazu nur verstehen, wenn sich Kf. so wie früher Schweden verpflichte, für Frankreich contra quoscunque zu agieren, zumal bei jetziger Conjunctur, da sich Holland gegen Frankreich so undankbar und feindlich zeige, was man bei gegebener Occasion zu revanchieren nicht ermangeln würde.

[2]) d. Königsberg 23. November 1668 (Urk. u. Akt. II, S. 501 f.). Vgl. über diese Streitigkeiten Häusser, Geschichte der rheinischen Pfalz II, S. 624.

stehen wollte, wenn diese erfolgte, so wäre nichts leichter als Lothringen zur raison zu bringen und alles in ruhigen Stand zu setzen.

Darauf übergab er dem Könige sein Memorial und machte ihm noch einmal wegen der Geldassistenz an Pfalz-Neuburg, der Hülfe gegen den Moskowiter und der von Condé auszustellenden Declaration Vorstellungen. In betreff des letzteren wies er darauf hin, dass Condé noch immer unter der Hand brigiere und seine Partei verstärke, der Erzbischof habe sich verlauten lassen, wenn er auch die Krone im Himmel holen sollte, wollte er keinen damit krönen als allein Condé. Der König erwiderte darauf, er müsste den Vorschub des Geldes ein für alle Mal abschlagen (es wird daher mit Leerodts Gutfinden deswegen keine weitere Instanz geschehen, zumal K. Baiern 200 000 Gulden und dessen Bruder Herzog Maximilian 100 000 Gulden gegen Verpfändung zweier Aemter hergeben und so dieser Mangel einigermassen ersetzt wird), die Extradierung der Condéschen Declaration versprach der König inständigst zu urgieren, sagend, er hätte Ursache, auf Condé dieser Sache halber gewaltig ungehalten zu sein. Endlich hat Bl. noch auf Begehren der Landgräfin von Hessen die Zahlung der restierenden Pensionen und Subsidien (1 100 000 Gulden), wenigstens allmähliche Abzahlung derselben verlangt, worauf der König spätere Resolution versprach.

Der schwedische Resident Puffendorff hat ihm den Vortrag, welchen er Lionne wegen der polnischen Sache gethan, und dessen Antwort (Versicherung, dass der König den Pfalzgrafen totis viribus zur Krone befördern wolle) mitgetheilt. Die Jalousie aber, welche bei Frankreich jetzt gegen Schweden wegen dessen enger Verbindung mit Spanien, England und Holland herrscht, macht ihn fast glauben, die schwedische Recommendation werde hier und anderswo Pfalz-Neuburg mehr schaden als nützen.

Er und Leerodt haben überlegt, ob es nicht zu practicieren sei, dass der König dem kaiserlichen Residenten[1]) hier reprochieren liesse, dass Oesterreich dem gemachten Tractat zuwider Lothringen unter der Hand portiere und dadurch Frankreichs gute officia für Pfalz-Neuburg eludiere, sie haben aber dafür gehalten, dass es besser sei, Gremonville thue dergleichen in Wien. Dessen Relationen sind sonst noch alle gut und zur Beförderung der Intention des Pfalzgrafen der Apparenz nach eingerichtet, obgleich derselbe sonst der verwittweten Kaiserin und per consequens Lothringen sehr zugethan ist.

PS. Beifolgend Abschrift der Declaration Condé's[2]), welche Beziers in Polen allen denen, die Kf. und der Pfalzgraf benennen werden, bekannt machen

---

[1]) J. F. v. Wicka.

[2]) In einem Briefe an Béziers: „Je prends aussitost la plume pour obeyr a Sa Mté et vous déclarer par ces lignes, que je n'aspire pas à la couronne de ce royaume là et que me conformant aveuglement aux intentions de Sa Mté non seulement je trouve bon mais mesme je prie tous mes amis de tourner en faueur et à l'avantage de M. le Duc de Neubourg toutes les pensées qu'ils pourroient encore conserver pour moy ou pour ma famille."

soll. Mehr ist nicht zu erhalten gewesen, Condé hat sehr fulminiert und Lionne sagt, es sei ihm sein Lebtage nichts saurer als diese Negotiation worden.

Der Kurfürst an v. Blumenthal. D. Königsberg 17./27. December 1668.

[auf die Relation vom 7. December. Kf. ist der Tripelallianz nicht beigetreten, verlangt französische Subsidien, mahnt Bl. zur Vorsicht.]

Er hofft, der König werde sich inbetreff der Geldhülfe an Pfalz-Neuburg günstiger erklären. 27. Dec.

Bl. soll Lionne mittheilen, dass Kf.[1]) von dem Staat und von anderen stark angemahnt würde, in die Tripelallianz zu treten, dass er aber trotz der ihm angebotenen grossen Advantagen nur aus Rücksicht auf den König darauf nicht eingegangen sei, sondern desfalls noch ganz freie Hände habe. Da aber die durch die Tripelallianz Verbundenen sich in starke Verfassung setzten, sich auch des Kaisers und Spaniens versichert hielten, auch fast alle mit Kf. und dessen Landen benachbart seien und er fast mit allen nicht geringe Interessen hätte, so hoffte er, der König werde ihm nicht nur seine Gedanken über diese perplexe Conjuncturen eröffnen, sondern ihm auch so zur Hand gehen, dass er sich in gehörige Postur wider alle befahrende Fälle setzen könne. Auch das Haus Braunschweig[2]) werde wegen der Tripelallianz sehr gesucht, es sei daher nöthig, bei Zeiten zu vigilieren, wenn man es davon abzuhalten gedächte, wozu Kf. gute Dienste zu leisten wohl Gelegenheit haben würde.

Ihr werdet dieses alles gebührend zu mesnagiren und also fürzustellen wissen, dass der König Ursach haben und gewinnen möge, uns mit Geld beizuspringen, wenn wir ihm schon auf allen Fall nicht würklich assistiren möchten, welches auch unser Staat gegen die Vereinigte Niederlanden nicht zulassen will, wie der König solches selbsten woll urtheilen kann und sich daran vergnügen wird, dass wir uns nicht in die Triple Allianz begeben, weil I. K. M. daraus gar gewiss einigen Nachtheil auch wider unsern Willen empfinden würden, weil aufs weinigste auch andre Häuser mehr unserm Exempel folgen möchten. Weil wir aber gleichwoll nicht ganz ausser aller Verfassung bleiben können, so habet Ihr allen Fleiss anzuwenden, dass der König in Betrachtung obangeführten uns mit Gelde beispringen wollte. —

Im übrigen[3]) wollet Ihr Euch mit Uebergebung Eurer Memorialien

---

[1]) S. unten.

[2]) Vgl. Köcher I, S. 591ff.

[3]) Schon 1./11. December 1668 hatte Kf. v. Bl. ermahnt, sich in der Sache Condé's vorzusehen und dieselbe mehr durch Leerodt treiben zu lassen, damit der

an M. de Lionne etwas besser fürsehen und in Acht nehmen, dann dasjenige, davon Ihr uns die Copey zugeschicket, also eingerichtet ist, dass, wenn es die Polen zu sehen bekämen, solches der Sache sehr schaden würde. —

---

v. Blumenthal an den Kurfürsten. D. Paris 18./28. December 1668.

[Erbitterung Frankreichs gegen Schweden. Lionne's Vorschlag, Wrangel zur Empörung aufzureizen.]

28. Dec. Man bereuet, wie woll zu spät, dass man Schweden aus Handen gelassen und dadurch zur Liaison mit Spanien, Engelland und Holland Anlass gegeben hat. Die Unmöglichkeit aber, dem Werke zu remediren, gebieret eine grosse Verbitterung gegen selbige Kron, gestalt mich der Herr Lionne gestern fragte, ob denn die übeln Tractamenten, welche der Feldherr Wrangel von den Schweden auf Biörenklau's Anstiften erlitten, einige Begierde erwecken könnten, sich zum souverainen Herrn in Pommern zu machen, und wann solches nicht wäre, ob Ew. Chf. D. ihn nicht auf dergleichen Gedanken bringen könnten. Ich sagte, ich hielte an meinem Orte dafür, der Feldherr werde seine der Kron geleistete nützliche Dienste lieber unbelohnet dahin fahren lassen und daneben noch etwas erdulden als seines Königs Estat dergestalt brouilliren. Zu dem stünden Ew. Chf. D. mit der Kron in guter Freundschaft und hätten nicht Ursache, dergleichen extrema zu fomentiren. Monsieur Lionne sagte: Ja, verlasset euch auf der Schweden Freundschaft, sie haben gewiss schon alles vorige vergessen, sie werden euch abaisiren, wann sie nur können. —

---

v. Blumenthal an den Kurfürsten. D. Paris 1. Februar/22. Januar 1669.

[Beendigung des pfälzisch-lothringischen Streites. Unzufriedenheit mit K. Mainz. Auszahlung der französischen Gelder.]

1. Febr. In dem Kurpfälzisch-lothringischen Streit[1]) hat der König K. Pfalz nicht allein wider den Ueberfall der lothringischen Alliierten garantiert, sondern auch

Prinz nicht Ursache habe, alles dem Kf. zu imputieren, und die Polen, die ihm schon vorwürfen, er unterfinge sich, den Vormund der Republik zu spielen, nicht ihm solches noch mehr reprochierten, wenn er der Republik nicht allein einen candidatum recommendieren, sondern ihr auch gleichsam per indirectum Ziel und Maass setzen wollte, wen sie nicht wählen sollte.

[1]) S. oben S. 873.

den Herzog von Lothringen zur Abdankung forciert. K. Pfalz kann Kf. nimmer genug Dank sagen, dass er ihm aus einem so schlimmen Handel mit solcher Reputation geholfen, denn, wenn es noch vier Wochen angestanden, hätte Lothringen ihn, welcher nicht mehr als 1000 Pferde und dazu kein Geld zu Unterhaltung der Truppen übrig gehabt, vollends zu Grunde gerichtet. Derselbe erkennt dieses auch gar wohl und hat sowohl durch Graf Königsmarck als durch seinen hiesigen Residenten[1]) begehren lassen, Kf. dafür zu danken. Verschiedene Kur- und Fürsten haben dem Könige gratuliert, dass er diesen Krieg, welcher das ganze Reich in neue Unruhe hätte setzen können, sopiert habe, er merkt wohl, dass es dem Könige nicht unlieb sein würde, wenn Kf. desgleichen thäte.

K. Mainz beginnt[2]) hier in Misscredit zu gerathen, weil er so stark auf die Reichsverfassung, die zu Regensburg resolviert wird, gedrungen hat; Greiffenclau soll nach Wien abgeschickt sein, um den Kaiser zu bestimmen, im polnischen negotio für Pfalz-Neuburg nicht weiter zu agieren.

Des Kf. Gelder hat er nun an eitel escus blancs, welches die beste und gangbarste Münze ist, erhoben und davon Beeck[3]) 5000 Rthlr. gezahlt, das übrige wird mit grosser Sorgfalt beisammen gehalten; er wird nun in ganz kurzem anfangen, die Subsidien zu sollicitieren.

Der Kurfürst an v. Blumenthal. D. Königsberg 25./15. Februar 1669.

[Befehl, nicht weiter auf Subsidien zu dringen. Die Tripelallianz.]

— Von den Subsidien habt Ihr nun nichts weiter zu gedenken. 25. Febr.
Und weil wir aus dem Haag die gewisse Nachricht erlanget, dass es mit der triplen Alliantz nunmehr in kurzem zu volliger Richtigkeit kommen dürfte, indem[4]) die Kron Spanien über sich genommen, der Kron Schweden m/480 R. Subsidia zu bezahlen, und wir dann auch zu dieser Alliantz, wie bereits geschehen, gewisslich ferner werden invitiret werden, so habt Ihr solches alles an gehörigen Orten anzubringen und nach Erheischung der Conjuncturen Euch dessen zu unserer advantage aufs beste zu bedienen. —

---

[1]) Pawel von Rammingen.

[2]) Vgl. Guhraurer, Kur-Mainz in der Epoche von 1672. I S. 95ff., 114; Huhn, Geschichte von Lothringen, II, S. 296.

[3]) Jean Beck, Agent des Kf. in Paris, s. Urk. u. Akt. IX, S. 588.

[4]) Vgl. Wicquefort III, S. 5ff., Lefèvre Pontalis II, S. 16f.

v. Blumenthal an den Kurfürsten. D. Paris 1. März / 19. Februar 1669.

[Misstrauen gegen Béziers.]

1. März. — Alhier sinceriret man noch immerhin, dass mans mit Neuburg aufrichtig meine, zu wünschen aber wäre es, dass Monsieur de Beziers dem Herzog so viel Freunde acquirirte, als er wohl ehermal dem Prinz von Condé gethan, wie er dessen Interesse in Polen negotiieren müssen. So nimbt mich auch nicht wenig Wunder, dass er in seinen Relationen nicht wichtigere Dinge meldet, denn wenn er seinem Könige keine andern relationes thut, als welche ich zu sehen bekomme, darf er ihm gewiss den Kopf nicht sehr darüber zerbrechen. —

Der Kurfürst an v. Blumenthal. D. Königsberg 8. März 1669.

[Zu machende Mittheilungen über das Verhalten Hollands gegen Kf.]

8. März. Die unfreundlichen Bezeigungen der Staaten sowohl in der Hofeyserschen Schuldsache als in der Geldrischen Compromisssache[1]) zeigen, dass sie Kf. per indirectum zu der Tripelallianz gleichsam zu forcieren und von der Freundschaft mit Frankreich abzuziehen suchen. Bl. soll dieses dort mit guter Manier an dienlichen Orten gleichsam von selbst vorbringen und dabei bemerken, Kf. zweifle nicht, der König werde ihn auf einen oder anderen Fall hierunter mit Nachdruck unterstützen. Die Gesandten im Haag sind angewiesen, mit ihm jedesmal aus diesen Sachen zu communicieren.

---

v. Blumenthal an den Kurfürsten. D. Paris 15./5. März 1669.

[Vorschlag eines Bündnisses zur Vereitelung der Wahl des Moskowiters. Mittheilungen Pufendorfs.]

15. März. Auf Grund eines Schreibens des Pfalzgrafen an Leerodt hat er anstelle des letzteren, der durch Krankheit behindert ist, Lionne ersucht, dahin zu wirken, dass im Fall einer Doppelwahl Frankreich sich mit dem Kaiser, Schweden und Kf. fest verbinde, um so die gefährlichen Pläne des Moskowiters zu hintertreiben, und dass der König denjenigen, auf die er sich in Polen verlassen könne, beweglich zuschreibe, die Faction Condé's zu verlassen, da dieser die Krone nicht mehr ambiere und es gern sehen würde, wenn seine bisherigen Anhänger sich dem Pfalzgrafen zuwendeten. Lionne antwortete, über eine solche Verbindung habe man schon den Kaiser sondiert, aber ihn bisher dazu nicht disponieren können, was er für ein Zeichen hielte, dass

[1]) Vgl. Wicquefort III, S. 60f.

man noch immer den Prinzen Charles portiere. Auf seine Erwiderung, wenn der Kaiser sich darauf nicht einlassen wollte, so müsste der König mit Schweden und Kf. hoc in passu bei Zeiten gewisse mesures nehmen, haben sowohl Lionne als auch Turenne dieses zu befördern versprochen, aber zu verstehen gegeben, dass, wenn der König sich des Handels wider Moskau annehme, der Succurs nicht in Geld sondern in Mannschaft bestehen würde. Der zweite Punkt ist sogleich bewilligt und beschlossen worden, dem Erzbischof, Paz, Sobieski, Morstein und anderen die Ursachen vorzustellen, welche sie bewegen sollten, für Pfalz-Neuburg zu operieren.

Den schwedischen Ministrum hat er auch sondiert, ob sein König zu diesem foedere stimmen würde, und wahrgenommen, dass Schweden Moskau's Wahl auf jede Weise zu verhindern suchen wird, dass, wenn diese aber nicht zu befahren, es ihm gleich sein wird, ob Lothringen oder Neuburg König werde, manche glauben sogar, dass es Lothringen vorziehen würde.

Gremonville versichert, dass des Pfalzgrafen Affairen von Tage zu Tage in besseren Stand gerathen, und behauptet, der Kaiser procediere candide in dem polnischen Successionswesen. Der Pfalzgraf tröstet Leerodt, der eine Zeit lang an Frankreichs Intention sehr gezweifelt, und sagt, er sei Frankreichs und des Kaisers genugsam versichert. Auch Bl. muss bekennen, man habe die Apparencen dergestalt eine Zeit lang salviert, dass, wenn das Werk übel ausschlagen sollte, man werde gestehen müssen, man sei scharfsinnig und subtil betrogen worden.

Pufendorf hat ihm berichtet, er hätte mit Lionne wegen der Moskowitischen Angelegenheit gesprochen und dieser hätte erklärt, Frankreich dürfe nicht eher gegen den Moskowiter agieren, bevor nicht dem Prinzen Charles perpetua exclusiva gegeben worden, P. aber meint, eine solche exclusiva werde den Polen grosse Ombrage geben, und er fragte, ob sich nicht Kf. mit Schweden allein vergleichen wollte, dem Moskowiter zu resistieren, beide würden auch ohne Frankreichs Zuthun demselben genugsam gewachsen sein. Derselbe erzählte auch, Lionne habe zu ihm gesagt, Frankreich werde eher des Moskowiters als Prinz Charles' Promotion befördern.

v. Blumenthal an den Kurfürsten. D. Paris 22./12. März 1669.

[Lionne's Aeusserungen in betreff der Subsidien, Sendung Vaubruns an Kf., Gerüchte darüber, dass Frankreich Pfalz-Neuburg nicht ehrlich unterstütze.]

Lionne hat ihm dieser Tage inbetreff der Subsidien gesagt, der König 22. März.
würde dergleichen nicht eben gänzlich abschlagen, wenn er zuvor wüsste, was er hinwieder von Kf. zu hoffen hätte, um dieses und andere Dinge zu adjustieren, sollte Marquis de Vaubrun in 8 Tagen seine Reise antreten. Als er darauf erwidert, er könnte nicht absehen, wie man mit Fug von Kf. mehr fordern könnte, als er bereits geleistet hätte, und das angeführt, was Kf. neuerdings zu des Königs Dienst geleistet, mit der hinzugefügten Bemerkung, Kf. lebte dagegen

der Zuversicht, der König werde bei vorfallender Occasion solche gute Bezeigung nicht unerkannt lassen, ihn seinem Versprechen gemäss in nichts gefährliches engagieren und er hoffte jetzt, dass der König die Beförderung Pfalz-Neuburgs wirklich zur Ausführung werde zu bringen wissen, überging L. alles das, woraus er ein meritum machen konnte, fein mit Stillschweigen und versicherte nur wieder, dass man es mit Pfalz-Neuburg aufrichtig meine und sein Interesse hautement portieren werde.

Dieser Tage versicherte mich ein fürnehmer Cavalier, Frankreich meine es mit Pfalz-Neuburg nicht aufrichtig, sondern werde ihn gewiss betriegen. Wann ich aber frage, wodurch man solches behaupten will, weiss man mir andres nichts zu sagen, als dass der gemeine Ruf also gehe. Ich muss aber besorgen, dass diejenigen Leute, welche mir dergleichen advertissement geben, nicht recht mit der Sache heraus dürfen. Der Beziers soll mit dem Prinz von Condé vor seiner Abreise von hinnen verschiedene lange Conferenzen gepflogen haben und sagt man, dass, wenn des Patzen wieder den Beziers bezeugete Animosität cessire, sei es ein gewisses Zeichen, dass man ihn für Prinz von Condé und nicht Pfalz-Neuburg zum besten gewonnen habe. Es wird aber in diesem ganzen negotio nicht darauf ankommen, was Frankreich will, sondern was die Polen selbst wollen, und zweifele ich nicht, Ew. Chf. D. werden bereits in Polen dergestalt unter der Hand das Werk unterbauen lassen, dass, wenn uns schon Frankreich düppiren wollte, dennoch Ew. Chf. D. ohne dieser Kron Zuthun vermittelst Assistenz der guten Patrioten in Polen mit ihrer Parthei durchdringen können. —

---

v. Blumenthal an den Kurfürsten. D. Paris 29./19. März 1669.

[auf das Rescript vom 8. März. Anerbieten französischen Schutzes gegen Holland. Graf Harrach. Aeusserungen Lionne's.]

29. März. — obwohl die Hagischen Ministri von der Herren Staaten unfreundlichen Bezeigen bis dato nichts gemeldet, hab ich dennoch den Prinz de Turenne gleichsamb als von mir selbst remonstriret, dass durch dergleichen Proceduren nichts anders intendiret werde, als Ew. Chf. D. gleichsam per indirectum zu der Triple Allianz zu forciren und von der guten Correspondenz mit Frankreich abzuziehen, weil aber vermuthlich Ihre May. nicht gestatten würde, dass dero Alliirten umb ihrentwillen ungütlich geschehe, so zweifelte ich nicht, man werde Ew. Churf. D. gegen die Staaten, im Fall die raison und Billigkeit bei ihnen keine Stat mehr finden sollte, auf ein oder andern Fall mit Nachdruck appuyren, dessen

mich auch der Herr Turenne versicherte. Herr Lionne hat dergleichen im Namen des Königs gethan und zwar mit diesen Worten: Man werde nimmer zugeben, dass Holland Ew. Chf. D. auf die Füsse trete, sollte es aber geschehen, möge man Frankreich nur den geringsten Wink geben, so sollte schon kräftiger Schutz wieder Unrecht und Violenz geleistet werden. Ferner sagte er (Lionne): Euer gnädigster Herr muss bei Gott seine Städte (in Cleve) wieder haben und wir müssen den Prinz von Oranien suchen gross zu machen.

Er hat dem Könige das Schreiben des Kf.[1]) überreicht und ihm für Beförderung des Friedens zwischen K.Pfalz und Lothringen gedankt, auch wegen des Prinzen Charles und dass man Kf. imputieren wollen, er würde, wenn er mit Neuburg nicht sollte durchdringen können, Lothringen portieren, mit ihm geredet und ihm alle widrige Impressionen benommen.

Der Graf von Harrach[2]) hat mir eine Zeit hero nicht wenig Kummer gemachet, indem er den König sollte versichert haben, Printz Charles wolle seine Praetension auf Lottringen renuniciiren, wenn man ihm zur polnischen Kron verhelfe. Ich bin aber numehr ausser Sorge, denn er hat dergleichen Fürtrag nie gethan, aber wohl an des Marechal de Bellefond Tafel öffentlich gesagt: Der Kayser werde auf Lottringens Promotion stets bedacht sein und davon nicht ablassen, da ihm doch dieses Hofes übele Inclination für Lottringen wohl wissend ist. Weil dieser Grat beim Kayser in grossen Gnaden ist, sollte man wohl glauben, dass ihm dergleichen Discurse von hoher Hand suggeriret worden. Ich will aber vielmehr glauben, dass er übel von den Affairen informiret und vielleicht mehr nach seiner Inclination geredet habe. Andere sagen, es hab ermelter Graf mit dem Könige einen provisional Vergleich wegen Succession der Spanischen Lande getroffen. Allein er ist, so ein importantes Werk auszuführen, nicht lange genug hier gewesen und hat mit denen Ministris nicht gnugsame Gemeinschaft gehabt.

Nach Lionne's Bericht haben die Schweizer[3]) schriftlich versprochen, sich mit Holland in keine Allianz einzulassen. L. sagte heute, er wolle 100 000 Rthlr. wetten, England, Schweden und Holland sollten nicht drei Monate in Allianz begriffen oder so uneins unter einander sein, dass man von ihnen nichts widriges befahren dürfe.

Graf Harrach nahm gestern vom Könige Abschied und reist künftigen Montag wieder ab.

---

[1]) d. Königsberg 15./25. Februar 1669 (Urk. u. Akt. II, S. 503f.).

[2]) Graf Ferdinand Bonaventura Harrach, Oberstallmeister des Kaisers.

[3]) Vgl. Wicquefort IV, S. 30f., Lefèvre Pontalis II, S. 9.

v. Blumenthal an den Kurfürsten. D. Paris 26. März/5. April 1669.

[Anbringen Montaigu's. Erklärungen Lionne's und des Königs inbetreff der von den Holländern besetzten clevischen Plätze.]

5. April. Der englische Gesandte Montaigu, welcher sich hier noch incognito aufhält, hat den König gestern zum ersten Mal gesprochen. Er dringt sehr auf die Auswechslung der flandrischen Plätze und begehrt, dass bis dahin die Befestigung derselben cessiere, da zu befürchten steht, der König von Frankreich werde unter dem Prätext der zum Bau aufgewendeten Spesen die Städte in so hohen Preis setzen, dass es Spanien am Aequivalent ermangeln werde, um sie wieder an sich zu bringen. Es aigriert aber diese Forderung Frankreich nicht so sehr gegen England als gegen die Holländer, denen man alles imputiert und es gewiss nicht schenken wird.

Der H. Lionne wiederholte dieser Tage abermal dasjenige, wovon in meiner unterth. Relation vom 19./29. März gemeldet worden, und gab zu verstehen, wenn Ew. Churf. D. Ihre Städte mit Gelde wieder an sich bringen könnten, würde man sechs Tonnen Goldes nicht ansehen, welches nicht zu verwerfen stünde, wenn man des Effects, sonder sich in etwas gefährliches zu engagiren, geniessen könnte. Es scheinet, als verhänge Gott diese der Franzosen Verbitterung gegen den Staat zweierlei Ursachen halber, einmal, dass dadurch das polnische Successionwesen einen guten Success erlange, indem Frankreich, welches izo keinen considerablen Freund als Ew. Churf. D. hat, dero Affection mesnagiren muss und sie schwerlich düppiren darf. Zweitens, dass Ew. Churf. D., wenn Sie schon mit Frankreich sich in nichts feindliches wieder Holland engagiren wollen, dennoch gegen die unbillige praetensiones, so von den Staaten angestrenget werden, sich Frankreichs kräftigen appuy praevaliren und durch solches Mittel die so längst erwünschte Hinlegung dieser Streitigkeiten — erleben sollen. —

Chur Mainz soll bereits von Frankreich sein sondiret worden, ob er mit in eine Alliantz treten wolle, welche der triplen Ligue entgegen gesetzet werden könnte, insonderheit wann Ew. Churf. D. mit von der Partey wären, er soll aber geantwortet haben: Una hirundo non facit ver. — Nachdem ich dieses geschrieben, komme ich von Hofe, da mich der König unter währenden Ankleiden zu sich gerufen und befohlen, zweierlei Ew. Churf. D. zu berichten, einmal, dass Ihro May. deroselben hohen Dank sagten, dass sie dero Gesandten zu Regenspurg in puncto der begehrten Inclusion des Burgundischen Circuls in die Reichsguarantie

dergestalt gnädigst rescribiren wollen[1]), wie es der König verlangt hätte. Zweitens dass Ihre May. alles dasjenige, so Herr Lionne wegen der Holländer mit mir vor 8 Tagen geredet, hiermit nochmals confirmiren.

Der Kurfürst an v. Blumenthal. D. Königsberg 26./16. April 1669.

[Die holländischen Garnisonen in den clevischen Festungen. Mahnung zu vorsichtigem Verhalten.]

— haben wir aus dem Discours, welchen Ihr mit Mr. de Lionne 26. April.
wegen unsrer von den Niederländischen Vereinigten Provincien besetzten Städte gehalten, ersehen, dass man dorten in denen Gedanken stehet, als ob solche unsere Städte mit gewissen Geldern vom Staat belegt wären und ihnen zur Hypothek hafteten. Es hat aber damit eine ganz andere Beschaffenheit, allermassen wir denn unserm — Blaspiel gst. anbefohlen, Euch das ganze Werk mit allen Umbständen ausführlich zu überschreiben. Sonsten habt Ihr Euch in Euren Discursen woll in Acht zu nehmen, damit wir in keine Weitläuftigkeit engagiret werden. Zwar könnet Ihr für Euch woll erwähnen, dass Ihr gnugsamb versichert wäret, wir würden alles, was in unserm Vermögen wäre, zu Ihrer K. M. Diensten gern anwenden, Ihr wäret aber sonsten nicht instruiret und müsstet solchem nach alles nur ad referendum annehmen, dannenhero Ihr auch desto mehr Ursach eigentlich zu fragen, was man von uns praetendire? —

---

[1]) v. Bl. hatte 5./15. Februar 1669 berichtet, Lionne habe ihm gesagt, die burgundischen Gesandten hätten zu Regensburg bei Gelegenheit der Verhandlungen über die Reichssecurität (vgl. Gemeiner III, S. 148ff.) aufs neue darum angehalten, dass der burgundische Kreis in die Reichsgarantie genommen werde, und als man solches difficultiert, behauptet, das Reich sei zur Inclusion desselben durch einen Reichsschluss von 1523 verbunden, wogegen aber Baiern und Pfalz-Neuburg remonstriert hätten, dass heute nicht allein die Reichsabschiede, sondern das Instrumentum pacis tanquam basis et fundamentum allegiert werden müsste, und habe gebeten, Kf. möchte seine Gesandten in Regensburg anweisen, sich auch nicht zu einem mehreren zu verstehen, als der Münsterische Friedenschluss in hoc passu besage. Kf. hatte d. 5./15. März dieses zugesagt und unter demselben Datum seine Gesandten in Regensburg beauftragt, ihre vota darin so, wie es dem Instr. pacis gemäss sei und die Pfalzneuburgischen Gesandten votiert hätten, einzurichten und dem französischen Gesandten Anzeige davon zu machen.

Der Kurfürst an v. Blumenthal. D. Königsberg 26. April 1669.

(Conc. O. v. Schwerin.)

[Condé's Umtriebe in Polen, der König soll dagegen mit Entschiedenheit auftreten. Befehl, in vorsichtiger Weise die französischen Absichten zu ergründen. Kf. wird Condé's Wahl aufs äusserste bekämpfen.]

26. April. Kf. wird von verschiedenen Orten gewarnt[1]), dass die Partei Condé's sich täglich verstärke und die considerabelste sei, dass die Aussichten für denselben günstig seien und dass er noch vom französischen Hofe unter der Hand favorisiert werde. Bl. soll dieses in geschickter Weise dem König und Lionne gegenüber erwähnen und erklären, Kf. zweifle zwar nicht an des Königs aufrichtiger Intention, aber die Noth erfordere, bei diesen Conjuncturen der ganzen Welt dieses so zu demonstrieren, dass der gewünschte Effect darauf erfolgen möchte, Kf. hielte dazu für diensam, dass der König beim Papst wider Condé's Beförderung seine Displicenz bezeige und dagegen des Herzogs von Neuburg Wahl recommendiere, dass er ferner Condé selbst untersagen liesse, die Sache nicht weiter zu poussieren, auch deshalb von ihm eine noch positivere und specialere Erklärung begehre, sodann, dass der König der ganzen Republik und daneben einigen unter den Vornehmsten mit etwas nachdenklich vigoureusen terminis zu verstehen gebe, dass er gegen Condé's Wahl wäre und demselben diese Krone, wenn sie ihm auch offeriert würde, nicht gestatten könnte. Der König würde selbst am besten wissen, wie er seinen in den Berlinischen pactis eingegangenen Verpflichtungen am kräftigsten Nachdruck geben könne. Es versiere hierunter seine eigene hohe Reputation, denn, wenn Condé zur Krone gelangen sollte, so würde sich niemand anders einbilden, als dass es durch des Königs Beförderung geschehen.

So befehlen wir Euch hiemit — alles Ernstes, ohne einzigen Zeitverlust Euer Aeusserstes zu thun, damit das Werk mit Nachdruck poussiret und zum gewünschten Ausgang beforderet werden möge, insonderheit aber habt Ihr nach aller Müglichkeit Euch zu befleissigen, dass Ihr den eigentlichen Grund der Sache erfahren möget, wie Ihr denn auch des Prinzen de Condé und seiner Leute menées und comportement zu observiren und was Ihr in Erfahrung bringet sowoll uns als dem Kantzler Leerod und von dorten aus directo an des H. Pfalzgrafen Ld. mit allen Umbständen und Gründen zu berichten, daneben Euch woll in Acht zu nehmen, dass Ihr nicht Ursach gebt zu glauben, als ob wir in des Königs oder seiner ministrorum Aufrichtigkeit die geringste Diffidenz setzten, wobei Ihr aber zu Eurer Nachricht in Acht zu nehmen, dass, es laufe die Sache wie sie wolle, wir doch nimmermehr in des Prinzen de Condé Interessen condescendiren noch dessen Wahl

[1]) S. oben S. 394 ff.

einigermassen befordern können, sondern solche vielmehr so viel uns möglich behindern werden. —

---

v. Blumenthal an den Kurfürsten. D. Paris 30. April/10. Mai 1669.

[Mittheilungen Lionne's. Unzufriedenheit mit Beuningen. Geringe Aussichten Condé's. Berathung in St. Germain.]

Lionne hat ihm gestern gesagt, es wären bei letzter Post von Beziers keine Schreiben eingekommen, er meint aber, derselbe werde bereits le fer au feu gelegt haben und zu des Pfalzgrafen avantage alles ausführen. Andere sustinieren das contrarium, man werde zwar zum Schein das Pfalzneuburgische Interesse appuyieren, wenn man aber damit nicht durchzudringen vermöchte, Condé zur Krone befördern, damit Lothringen nicht dazu gelange. 10. Mai.

Mit Beuningen ist man hier sehr übel zufrieden, weil ihm imputiert wird[1]), er habe eine Medaille machen lassen, auf deren einer Seite sein Bildnis, auf der anderen zwei Armaden, welche einander Battalie liefern wollen, nebst einer Sonne, deren Lauf durch Josuam gehemmt wird, geprägt sein soll, mit der Inschrift: Et stetit sol ad vocem hominis. Lionne soll gesagt haben: Si le roy mon maistre sçauoit que von Beuningen en fust l'auteur, il le feroit rouer à coup de bastons, mais la medaille n'a jamais esté faite, quoique d'ailleurs je le croy assez Bavare pour avoir dit le contenu de la devise. Beuningen aber hat gegen Pomponne betheuert, dergleichen sei ihm nicht in den Sinn gekommen.

Jedermann erwartet mit Verlangen den Ausgang der polnischen Wahl. Von Condé scheint nichts zu befahren zu sein, denn, da der König von Polen bei währender Regierung nebst der Königin und Beziers damit nicht durchzudringen vermocht, was wird jetzt geschehen, wo der König abdiciert, die Königin gestorben, Beziers Credit merklich abgenommen hat, denjenigen auch, welche des Condéschen Interesses halber ehemals viel erduldet, es vielleicht bei dieser Conjunctur sich zu rächen weder am Willen noch an Gelegenheit ermangeln dürfte? Inmittelst versichert Schweden Pfalz-Neuburg immerhin, er werde von Frankreich betrogen.

PS. Nach Leerods Bericht hat man vorigen Dienstag zu St. Germain mit Condé und Turenne überlegt, was zu thun sei, wenn in Polen eine doppelte Wahl entstehen und ein Theil Condé, ein anderer einen anderen Fürsten wählen sollte. Turenne soll sich auf das äusserste bemühen, Condé's Promotion zur Krone zu befördern, nur um ihn von hinnen zu bringen und künftig des Königs Gnade und Estime mit ihm nicht theilen zu müssen.

---

[1]) Vgl. Mignet III, S. 589 ff.

v. Blumenthal an den Kurfürsten. D. Paris 17./7. Mai 1669.

[auf das Rescript vom 26. April. Mittheilungen an Lionne, dessen Versicherungen. Bl. ist überzeugt, dass Frankreich für Condé's Wahl wirke u. sich bemühe, Kf. mit Holland zu entzweien. Nähere Nachrichten über Condé's Treiben.]

17. Mai. Er hat Mittwoch im Beisein Leerodts Lionne die befohlenen Mittheilungen in der polnischen Angelegenheit gemacht und denselben gebeten, ein darauf bezügliches Memorial, das er mit Leerodt concertiert hat, dem Könige zu überreichen.

Lionne erwiderte, es sei falsch, dass man für Condé briguiere, den Erzbischof könne man nicht verhindern zu sagen und zu thun, was er wollte, des Königs Intention aber sei sincer: le Roi mon maistre observera inviolablement le traité fait avec M. l'Electeur et ne cessera pas d'apuyer sincerement les interests du Duc de Neubourg, et quand son Alt. Elect. croyra cela, elle croyra juste, mais je ne sçay si le Roy pourra obliger Mr. le Prince à la declaration que vous me venez de demander, wogegen er aber remonstriert hat. Den König hat er nicht sprechen können, man wünscht Zeit zu gewinnen und zuzusehen, was etwa künftigen Montag die Post aus Polen bringt; um nichts zu verabsäumen, hat er Lionne das Memorial hinterlassen und gebeten, darauf eine schleunige und gewierige Resolution zu befördern. Er ist überzeugt, dass man Leerodt und ihm nicht alle Schreiben Beziers' mitgetheilt hat.

Soviel sich anitzo äussert, wird Frankreich dem Ansehen nach Pfalz-Neuburg, in der That aber Prinz von Condé appuyren, bis man die Unmüglichkeit siehet, mit dieses letzten Partei durchzudringen. Man setzet ein gewisses Vertrauen in den Erzbischof, Paz, Morstein und Sobieski, besorget aber dabei, ihre consilia dörften durch den gemeinen Adel gewaltig traversiret und ihrer etliche woll gar die Hälse entzwei geschlagen werden.

Der König caressiert jetzt Condé sehr, ruft ihn während des Ankleidens oft zu sich und redet mit ihm heimlich. Vorigen Mittwoch geschah dieses wieder, der Prinz aber schien sehr melancholisch zu sein. Mr. le Duc[1]) kam auch dem Könige aufzuwarten, stellte sich vor Bl. und unterhielt sich mit dem Commandeur du Jar, der Discurs aber hörte bald auf, weil ihm Mr. le Prince einen Wink gab, da er denn Bl. gewahr wurde und bald auf die andere Seite trat. Des Prinzen Domestiquen lassen sich auch verlauten, es sei am glücklichen Success der polnischen Wahl für ihren Herren nicht zu zweifeln. Dessen Intrigue wird jetzt dem Abt le Paulmyer anvertraut, mit dem Bl. früher zu Hannibal Seestets[2]) Zeit, weil er ihm bedient war, grosse Gemeinschaft gehabt, jetzt aber meidet derselbe seine Conversation gewaltig, obwohl er des öfteren Gelegenheit gesucht, ihn zu sprechen.

---

[1]) Der Herzog von Enghien.

[2]) Dänischer Gesandter in Frankreich 1662—1663, s. Urk. u. Akt. IX, S. 661ff., 725.

Von Blaspeil hat er Nachricht wegen der von den Holländern besetzten Plätze erhalten, Kf. kann versichert sein, dass er durch seine Discurse in nichts gefährliches engagiert werden soll; freilich hat er diesen Hof bereits vorlängst disponiert gefunden, Kf. mit den Staaten zu brouillieren, er hat aber die extrema decliniert und nur sondiert, ob man auf einen oder anderen Fall Kf. appuyren wolle, darauf ist des Königs Erbieten erfolgt. Ohne Zweifel wird Vaubrun[1]) allen Fleiss anwenden, Kf. mit den Staaten zu brouillieren, schon die geschriebene Gazette meldet davon. Auch den Bischof von Münster wird man zu echauffieren suchen, Schmising soll schon hier gesehen worden sein.

PS. Auch sagt man mir gleich itzo, der König in Frankreich habe mit Prinz von Condé den bei Lebzeiten der Königin in Polen projectirten Tractat nunmehr geschlossen und darin stipuliret, ihm die Kron zu Wege zu bringen und alle darzu benöthigte Spesen herzugeben. Prinz von Condé hergegen verspricht, Chantilly, l'Isle Adam, Momorancy und Domartin, so seine Erbgüter sein, dem König in Frankreich einzuräumen. So sollen auch des Prinz de Condé Freunde sich bemühet haben, ihm das emploi, die bretanische Stände zu assembliren, zu Wege zu bringen, wobei m/750 Rthlr. zu acquiriren sein, ermelter Prinz aber hat zu verstehen gegeben, er würde — gegen die Zeit wichtigere Sachen zu thun bekommen. —

Jemand hat Bl. mitgetheilt, es befremde den König sehr, dass er (Bl.) Pfalz-Neuburgs Interesse mehr als dieser selbst poussiere, er ziehe sich dadurch grossen Hass zu.

---

v. Blumenthal an den Kurfürsten. D. Paris 21./11. Mai 1669[2]).

[Trügerisches Verhalten Frankreichs. Resolution des Königs. Lionne's Aeusserungen über Vaubruns Mission.]

— Vermeine ich Ew. Chf. D. bereits in meinen vorhergehenden 21. Mai.
Relationen auf einen französischen Betrug praepariret zu haben und werde damit dem Ansehen nach leider forthin continuiren müssen. Gestalt ich denn solches zu behaupten nurt dieses anziehen darf, dass man dasjenige, wodurch Ew. Chf. D. Meinung nach das Pfaltz Neuburgische Interesse bei itziger Conjunctur am meisten befodert werden kann, difficultiret und mich mit dilatorischen Antworten, da doch das polnische Successionwesen in summa crisi stehet, aufzuhalten gedenket, die Prinz Condéischen menées in Polen auch, welche so hell und klar

[1]) S. oben S. 871. 879. v. Bl. meldet 16./26. April 1669, Vanbrun sei heute endlich abgereist, derselbe gehe über Würzburg und Leipzig, solle K. Mainz zur Prorogierung der Rheinischen Allianz zu bewegen suchen.

[2]) Vgl. Pufendorf X § 81, S. 715.

zu Tage scheinen, in faciem leugnet, drittens auch grosse Geldsummen nach Polen übermachet, welches, wenn es Pfalz Neuburg zum besten geschehe, weder mir noch Leerod verholen werden dürfte. Und dann suchet man auch Ew. Chf. D. mit Pfalz Neuburg durch diese Impression zu brouilliren, sambt trachteten Sie selbst nach der Kron, welches nie geglaubet worden, so lang man dabei gesagt hat, Ew. Chf. D. erböten sich päbstisch zu werden. Nun man aber sagt, Sie ambiren die Kron und suchen zugleich ihre Religion beizubehalten, glaubt es ein jetweder beständig. Das Pfalz Neuburgische Interesse wird man nicht eher sincere beforderen, bis alle Hoffnung in Polen für Prinz von Condé erloschen ist, und es indessen dahin zu richten suchen, dass die Lothringische Partei der Pfalz Neuburgischen eine Zeit lang überlegen zu sein scheine, damit man Ursache habe zu brechen und zu sagen, so lange Lothringen ohnmächtig zu sein geschienen, haben wir gleiches Interesse candide befordert, nun wir aber zu befahren haben, dass ein Fürst, welchen Frankreich apprehendiret, zur Kron gelangen dörfte, müssen wir nolentes volentes Prinz von Condé portiren.

24. Mai. PS. D. Paris 24./14. Mai 1669. Auch — ist endlich heute des Königs Resolution erfolget und dieses der Inhalt: Es solle Mr. de Bourlemont des Pfalzgrafen Interesse am päpstlichen Hofe dergestalt schleunig, wie desideriret worden, recommendiren. Die Declaration könnten Ihre May. vom Prinz von Condé nicht begehren, er werde sich auch dazu nimmer verstehen. Der polnischen Republic aber notificiret[1]) man bei dieser Post (gestalt ich dann das Schreiben gelesen), dass, wenn sie schon Condé erwählen, der König doch nimmer zugeben könne, dass er die Kron annehme, ja er werde ihn auf solchen Fall nicht ausm Königreich lassen. Hierbei aber ist eine Ordre, die ist nichts nutze, nämlich es solle Herr Bezieres das Schreiben eher nicht übergeben, bis er sehe, dass man Prinz Condés Promotion nicht mehr zu befahren hab, welche zu verhindern der König le tout pour le tout sein wolle. Ich begehrte hierauf copiam obgemelten Schreibens, welches Herr Lionne rund abschlug, sagende, es müsse ihm vom Könige erst befohlen werden.

Als er heute Lionne was in den geschriebenen Zeitungen von Vaubruns Negotiation gemeldet wird[2]), zeigte, erwiderte derselbe lachend, Pomponne schriebe dergleichen aus dem Haag, Bl. dürfte nun schon glauben, Frankreich publiciere selbst solche Zeitungen, um Kf. mit den Staaten zu brouillieren und

[1]) Vgl. Pufendorf X, § 86 S. 718.

[2]) S. oben S. 887.

dadurch von dem polnischen Successionswesen abzuziehen. Auf seine Frage, was denn Frankreich bei diesem Handel begehre, dass Kf. thun solle, erwiderte L., der König habe bei dem, was er durch Bl. bei dessen Principalen anbringen lassen, kein Absehen auf sein Interesse gehabt, sondern nur auf des Kf. Satisfaction und dass er dasjenige recuperiere, was ihm mit Unrecht und Gewalt vorenthalten werde.

Der Kurfürst an v. Blumenthal. D. Königsberg 28. Mai 1669.

[auf die Relation vom $\frac{30.\ \text{April}}{10.\ \text{Mai}}$. Befehl weiterer Bemühungen im Interesse Pfalz-Neuburgs. Der wahre Sinn des mit Frankreich abgeschlossenen Vertrages.]

— Ihr habt demnach bei M. de Lionne mit guter Manier und 28. Mai.
behöriger Dexterität, jedoch ohne Bezeugung des geringsten Misstrauens jedesmal zu erinnern, dass Ihre K. M. und er selbst von Zeit zu Zeit den Evesque de Bezieres ermahnen möge, mit allem Eifer und Ernst des Pfalzgrafen bestes zu beobachten, damit der Herzog in Lothringen nicht endlich praevaliren oder sonst eine unangenehme Parthei zur Kron gelangen möge. Welchergestalt die Condaeische Faction am nachtrücklichsten zurückzuhalten, solches würden Ihre K. M. am besten wissen, wir wären noch immerhin der Meinung, dass sie nimmermehr, sonderlich da Ihre K. M. sich wieder dieselbe erkläret, reussiren und diejenige menées und briguen, welche die Condaeischen Affectionirten einen Weg als den andern machinirten, nicht so sehr dem Prinzen von Condé als dem Herzog zu Lothringen zu statten kommen würden, welcher sich derselben artig zu gebrauchen und seine Parthei zum Präjudiz der Pfalzneuburgischen Interessen bishero dadurch zu stärken wüsste. Sonsten hoffen wir, Ihr werdet denjenigen, welche sustiniren, dass der neulich zwischen Ihrer K. M. und uns gemachte Tractat[1]) Frankreich zu nichts andres engagyre, als was der Polnischen Freiheit gemäss sei, und der König freie Hände habe, wofern Pfalzneuburg nicht durchdringen möchte, den Prinzen de Condé zur Kron zu befordern, diese und dergleichen Gedanken mit gnugsamen Fundament zu benehmen und aus dem klaren Einhalt des Tractats — zu remonstriren wissen, dass man zwar beiderseits die iura et libertatem Poloniae nicht zu kränken gedächte, keinesweges aber zugeben, sondern es vielmehr durch allerhand Mittel behindern wollte, dass einiger französischer Fürst

[1]) Der Vertrag vom 15. December 1667.

und in specie der Prinz de Condé oder dessen Herr Sohn, der Duc d'Anghien zur Kron Polen befordert werden sollte[1]). —

v. Blumenthal an den Kurfürsten. D. Paris 7. Juni/28. Mai 1669.

[Mittheilungen du Moulins. Aeusserung Pufendorfs.]

7. Juni. Man glaubt, England werde die französische Flotte, im Fall sie nach Polen geht, nicht durchlassen, sondern sich mit derselben erst herumschlagen. Der englische Secretaire du commerce du Moulin hat dieser Tage Leerodt sondiert, ob man seinem Principalen dadurch einen Dienst leisten würde, du Moulin ist auch bei ihm gewesen, er hat ihn aber nicht ungestört sprechen können. Puffendorff macht so wenig Difficultät, den französischen Betrug zu verhüten, dass er dem Lionne dieser Tage, als er über die kaiserlichen Minister, und dass sie nicht candide procedieren, Klage führte, zur Antwort gab: „Es sein Eure Affen, sie haben es von Euch gelernt[2])."

Der Kurfürst an v. Blumenthal. D. Königsberg 15./25. Juni 1669.

[Der Ausfall der Königswahl in Polen. Ursachen derselben. Bemühungen des englischen Gesandten, Kf. zum Beitritt zur Tripelallianz zu bewegen.]

25. Juni. Man wird nunmehr ausser Zweifel schon aldorten wissen[3]), was

[1]) Kf. befiehlt (d. Königsberg 7. Juni 1669) v. Bl., da er grosse Ursache zum Misstrauen gegen Béziers habe, deswegen bei Lionne zu remonstrieren und bei diesem oder dem Könige selbst darum anzuhalten, dass Béziers ernstlichen Befehl erhalte, mehr für Pfalz-Neuburg und gegen Condé zu arbeiten. Zugleich theilt er ihm mit, bei seinen Gesandten (S. oben S. 403 f.) sei ein Anwurf gethan, man würde dem Pfalzgrafen die angewandten Kosten und ausgelegten Gelder, wenn er von seiner Prätension abstehen und man Condé befördern helfen würde, erstatten, und beauftragt ihn, sich zu erkundigen, ob dem französischen Gesandten dergleichen anbefohlen sei. v. Bl. erwidert (d. Paris 16./26. Juni 1669), auf seine und Leerodts Remonstrationen sei vom Könige die Antwort erfolgt, derselbe könne nicht glauben, dass Béziers solche Discurse geführt, an diesen solle aufs neue die Ordre ergehen, sich mit aller nur ersinnlichen Dexterität zu bemühen, dass der Pfalzgraf zur Krone gelange. Dass Béziers befehligt sei, dem Pfalzgrafen Erstattung seiner aufgewendeten Kosten anzubieten, wolle man nicht gestehen, trotzdem aber sei deutlich, dass Béziers die Pfeile fiedere, der Erzbischof aber, als dessen andere Hand, sie verschiesse.

[2]) v. Bl. meldet 21./31. Mai 1669: „Lionne ist bei den meisten Conferenzen so beschambt und embarassirt, weil er wahrnimmt, dass man den Betrug merkt, dass er bisweilen sich nicht zu finden weiss".

[3]) v. Bl. meldet $\frac{25.\text{ Juni}}{5.\text{ Juli}}$, dass er soeben von Lionne, den er zufällig

massen die Polnische Wahl[1]) auf einen Piastum namens Fürst Michael Korybutum Wisniowiesky gefallen und derselbe durch einhelligen Consens zu solchem Thron erhoben. Negst der göttlichen Providenz kann man diese ganz unvermuthliche Wahl keiner andern Ursach zuschreiben, als dass die Condeische und lothringische factiones alles in solche Verwirrung gesetzet, dass dadurch die Neuburgische Parthei zu ihrem Zweck zu gelangen verhindert und im Senat nichts anders seiter 7 Wochen fürgangen, als dass man die Zeit mit unnötigen Zänkereien zugebracht, dannenhero auch derselbe folglich an der Election weinig Part gehabt und der Generalaufbot oder der Adel das ganze Werk fast allein befordert und den König gewählet hat. Der Evesque de Bezieres hat zwar äusserlich von seiner guten Intention allerhand Versicherung gegeben, aber dabei nicht die geringste Realität erwiesen, weiniger einen einzigen Condeisch gesinnten zur Neuburgischen Partei gebracht, gestalt dann noch ipso die electionis die Condeische Faction neuen Muth und Hoffnung geschöpfet, dass weder Lothringen noch Neuburg zur Kron gelangen und dadurch Condé wieder aufs Brett würde gebracht werden. Was man nun von dieser Wahl aldorten judiciret und wie man insonderheit mit Bezieres Comportement zufrieden, solches alles wollet Ihr mit Fleiss ad notam nehmen und zu penetriren geflissen sein, — wie Ihr denn auch einem und anderem, insonderheit dem de Lionne zu vernehmen zu geben, dass der englische Abgesandte[2]) bei uns sehr inständig anhielte, wir mügten uns in die triple Alliantz begeben, und uns desfalls allerhand advantageuse Conditionen anböte, Ihr wäret aber versichert, dass wir uns in Consideration des Königs darin nicht übereilen, auch nicht unterlassen würden, dem Marquis de Vaubrun davon Nachricht zu geben, item dass Eurem Vermuten nach wir Euch ausser Zweifel nunmehr in kurzem von dannen avociren würden. —

---

v. Blumenthal an den Kurfürsten. D. Paris 12./2. Juli 1669.

[Aeusserungen Lerodts. Fürstenbergs Bemühungen, eine Gegenliga gegen die Tripelallianz zustande zu bringen. Bemühen, König Michael mit einer französischen Prinzessin zu vermählen. Münze Condé's.]

— werden Ew. Chf. D. nun selbst zweifelsohne wahrgenommen haben, 12. Juli.

getroffen, die am 19. Juni erfolgte Wahl Michael Wisniowiecki's erfahren habe.

[1]) S. oben S. 413f.

[2]) Silvius, s. oben S. 672ff.

wie durch betriegliche negotiationes erwähnten Bischofs des Herzogen von Neuburg Interesse, da es gleichsam ausser Gefahr zu sein geschienen, zu Grunde gerichtet worden. An diesem Orte ist nun mein bestes Labsal ein gutes Gewissen, indem ich dasjenige, so ich gewusst, unverholen von mir geschrieben und zum wenigsten denen Condaeischen machinationibus soviel möglich im Wege gestanden bin.

Er hat Leerodt gebeten, an sich zu halten, aber derselbe erklärte, er wolle eher seines Herren Dienst quittieren, als den französischen Betrug verhehlen. Neulich hat derselbe zu Fürstenberg gesagt, Beziers habe nicht allein viele Unwahrheiten hieher geschrieben, sondern auch seines Herrn Bestes vielmehr gehindert als befördert, darüber brauchte man nur die brandenburgischen und neuburgischen Gesandten zu vernehmen. Als Fürstenberg erwiderte, wenn man den brandenburgischen ministris allemal glauben wollte, hätte man viel zu thun, weil keinem mehr frei stehe ihrem Herrn zu schreiben, was sie wollten, als eben ihnen, davon der meiste Theil Frankreich zuwider sei, sagte er, er wisse solches eben nicht, wolle aber lebenslang rühmen[1]), mit welcher Generosität sich Kf. seines Herrn angenommen habe, derselbe sei sein einziger treuer Freund gewesen, während alle anderen ihn verrathen und verkauft hätten. Fürstenberg ist darauf auf die Tripelallianz gerathen und hat geforscht, ob nicht Kf. und der Pfalzgraf disponiert werden könnten, in eine Gegenligue[2]) zu treten, worauf Leerodt erwiderte, er sei darauf nicht instruiert, weil man sich aber in dem polnischen Werke so übel und unverantwortlich betragen, habe sein Herr nicht Ursache, zu der begehrten Ligue zu stimmen. Gourville[3]), der früher am Hannoverschen Hofe gewesen, führte neulich gegen Haxthausen, der jetzt abgereist ist, ebensolchen Discurs und gewiss wird auch Vaubrun damit aufgezogen kommen. Wenn Kf. Lust hat, Frankreich zu mortificieren, darf er nur diese Verbindung entweder ganz abschlagen oder wenigstens differieren, welches bei dieser Conjunctur, da man Holland mit Gewalt in die Haare will, übel genug wird zustatten kommen. Ein treuer Diener des Kf. sagte ihm dieser Tage, es käme gewiss in ganz kurzem zum Kriege mit Holland, Kf. möchte nach den Clevischen Landen kommen, daselbst würde er als ein mächtiger Herr sich entweder zu dieser Partei schlagen und dabei grosse Avantagen finden oder vom Gegentheil recherchiert werden und Frankreichs grossen und weitlaufenden Desseins mit um so mehr Nachdruck sich widersetzen können.

Seit eingelaufener Zeitung von der Wahl ist er nicht mit Leerodt an den Hof gekommen, theils damit sich das Werk verblute, theils auch, weil ihm des

[1]) S. das Schreiben des Pfalzgrafen an Kf. oben S. 417. Vgl. Pufendorf X, § 81 S. 715.

[2]) Vgl. Urk. u. Akt. XIV, 1 S. 439.

[3]) Vgl. Köcher, Geschichte von Hannover und Braunschweig I, S. 574 ff. und Köcher, Die Beziehungen zwischen Frankreich und dem Hause Braunschweig in der Epoche der Tripelallianz (Zeitschr. des Histor. Vereins f. Niedersachsen, Jahrg. 1886) S. 236 ff.

Kf. Intention bei dieser unvermutheten Conjunctur nicht bekannt ist. Man soll sich bereits bemühen[1]), dem neuen Könige eine französischen Dame, die Tochter der Princesse palatine, zu verheirathen, und in diesem Falle die noch in Polen vorhandenen Gelder zu Contentierung der Armee und Einwechslung der schlimmen Münze verwenden wollen.

PS. Condé hat so gewisse Hoffnung zur polnischen Krone gehabt, dass er bereits eine Medaille, bei der Krönung auszutheilen, hat anfertigen lassen. Sie werden jetzt alle supprimiert, doch wird Bl. suchen, eine zu bekommen.

---

v. Blumenthal an den Kurfürsten. D. Paris 31./21. Juli 1669.

[Zurückhaltung Lionne's. Polnische Angelegenheiten. Béziers.]

— Ich erwarte immerhin Ew. Chf. D. gn. ordre, ob ich von hinnen 31. Juli.
reisen oder zu dero Dienst noch etwas alhier verrichten solle. Herr Lionne sagt mir wegen der Triplen Allianz nicht ein Wort, viel weniger, dass man gesonnen sei, durch Subsidien Ew. Chf. D. daraus zu halten. Ob solches daher rühre, dass Frankreich die Eintretung in selbiges Foedus für impracticabel hält, weil es ihme einbildet, Ew. Chf. D. dürften dabei Ihr Conto nicht finden, weiss ich nicht, denn dass es diesen Leuten indifferent sein sollte, kann ich mir nicht einbilden, sondern glaube vielmehr, der Geiz verursache diese Kaltsinnigkeit. Wie ich vernehme, soll das Fürstl. Haus Lüneburg[2]) dem König zu erkennen gegeben haben, es werde in die Triple Allianz treten müssen, wenn es von hier aus keine Subsidien bekomme, man hat aber zu verstehen gegeben, dass man es wenig achte. —

Soviel die polnische Affairen betrifft, gereuet es Frankreich nicht, dass Pfalz Neuburg nicht König in Polen worden, des Bezieres Conduite aber und dass er die Apparencen nicht besser salviret, wird improbiret[3]). So hat man auch gehoffet, er werde durch Geld und Intrigues den neuen König in Polen auf französische Seite bringen und

---

[1]) Vgl. oben S. 429.

[2]) Dieses ist irrig, vielmehr haben die braunschweigischen Herzoge die ihnen durch Gourville gemachten französischen Anträge nicht angenommen, s. Köcher a. a. O. S. 238 ff.

[3]) v. Bl. meldet 3./13. September, Béziers sei so empfangen worden, als wenn er Pfalz-Neuburg zum König von Polen gemacht hätte, er sollte jetzt nach Spanien geschickt werden, und 11./21. September, Béziers sei eine Abtei von 16000 Gulden Rente conferiert worden, dieses alles aber vergnüge ihn nicht, weil er noch immer mit dem Cardinalat schwanger gehe, endlich 3./13. December 1669, B. sei Erzbischof von Toulouse geworden. Vgl. Pufendorf X, § 81 S. 715.

die Heirat mit einer Princessin ausm Hause Oesterreich hindern können. Anitzo aber zweifelt man am Succes dieses Desseins. —

v. Blumenthal an den Kurfürsten. D. Paris 22./12. November 1669.

[Bevorstehende Sendung Fürstenbergs zu Kf. Feindliche Absichten gegen Holland.]

22. Nov. Der Prinz von Fürstenberg reiset[1]) mit ehestem über Bonn nach Berlin; soviel ich penetrire, hat ihm Frankreich committiret, Ew. Chf. D. gegen Holland zu engagiren. Sollte aber dieses nicht zu erhalten sein, wird man den Bischof von Münster suchen zu gewinnen und ihnen denselben über den Hals schicken, gestalt man bereits Graf Königsmarcken sondiret, ob er sich zu solcher Commission wolle gebrauchen lassen. In summa man will Holland gern in die Haare und bemühet sich der Marschalck de Bellefond gewaltig, den König in Frankreich zu eschauffiren, weil er durch solches Mittel verhoffet employret zu werden. Meines Theils bin ich froh, dass der Prinz de Fürstenberg von seiner Negotiation ein mysterium machet und mir davon nicht die geringste Apertur gethan hat[2]). —

v. Blumenthal an den Kurfürsten. D. Paris 27./17. December 1669.

[Mittheilungen des Pfalzgrafen von Sulzbach über Kf.]

27. Dec. Ob ich zwart[3]) vom Herrn Lionne, Prince de Turenne und anderen mehr auf grosse Geheimnisse vertröstet worden, ist dennoch die Entdeckung derselben nicht erfolget, weil der Pfalzgraf von Sulzbach[4]),

[1]) Ueber diese Sendung Fürstenbergs zu Kf. s. Pufendorf XI, § 16 (S. 750f.), Droysen III, 3 S. 220f., Urk. u. Akt. XIII S. 5, XIV, 1 S. 439ff.

[2]) Kf. befiehlt (d. Cöln 14./24. November 1669) v. Blumenthal abzureisen und sendet ihm sein Abberufungsschreiben an den König (Urk. u. Akt. II, S. 504) zu.

[3]) v. Bl. hatte schon am 11. December bei König Ludwig XIV. Abschiedsaudienz gehabt, wurde dann aber noch aufgehalten, am 20. erhielt er das Präsent des Königs bestehend in dessen mit Diamanten besetzten Contrefait, am 28. sein Recreditiv (d. St. Germain en Laye 20. December 1669), noch an demselben Tage trat er seine Rückreise an und traf 19./29. Januar 1670 in Berlin ein.

[4]) Christian August. v. Bl. hatte 10./20. December 1669 gemeldet, derselbe solle von Frankreich Werbegelder auf 2500 Pferde und 1500 Mann z. F. erhalten haben, die er in den Landen der geistlichen Kurfürsten werben und nachher dem

so mit der Zeit einen zweiten Prince de Fürstenberg abzugeben vermeinet, denen ministris die Impression gegeben, sambt würde man Ew. Chf. D. zu keinem engagement, ja nicht einmal zur Neutralität, imfall Frankreich kegen die bewussten Leute etwas tentiren sollte, disponiren können, und weil solches beständig geglaubt wird, zweifele ich, dass der Prince de Fürstenberg nach Berlin komme, weil Herr Lionne als sein grosser Freund ihn gerne einer vergeblichen Commission wird überhoben sehen.

---

d. Verhandlungen über den Eintritt des Kurfürsten in die Tripelallianz. November 1668 — April 1670.

Blaspeil, Romswinckel und Copes an den Kurfürsten. D. Hage 3. November 1668.

[Holländischer Antrag wegen Beitretens des Kf. zur Tripelallianz.]

Vor drei Tagen hat ihnen Baron de Gent wegen des Staats zu verstehen 3. Nov.
gegeben, seine Principalen wären über die hohen und weitaussehenden Desseins, welche je länger je mehr bei der Krone Frankreich zu Erweiterung ihrer Grenzen und Unterdrückung der protestantischen Religion verspürt würden, nicht wenig bekümmert und wünschten, zumal da Frankreich und Spanien sich mit einander zu setzen schienen[1]), worauf ohne Zweifel Pimentels Negotiation in Frankreich zielte, Hinzuziehung noch anderer protestierender Potentaten zu der Tripelallianz, sie hätten bereits die schweizerischen Cantons[2]) dazu ersucht, an deren Willfährigkeit fast nicht zu zweifeln, und auch beschlossen, die Lüneburgischen Minister, welche selbst zu verstehen gegeben hätten, dass ihre Principalen sich gern mit dazu einlassen würden, zu ersuchen, desfalls alle gute officia anzuwenden, sonderlich aber reflectierten sie auf Kf., als ihren ältesten Alliierten, nächsten Nachbar und mächtigsten unter den Protestierenden im Reich, er wäre beauftragt, mit ihnen darüber zu reden und zu vernehmen, ob Kf. zum Eintritt geneigt sein würde. Sie haben erwidert, darüber nicht instruiert zu sein, wenn sie dem Kf. rathen sollten, müssten sie erst genauer über die eigentlichen Absichten des Staats, ob derselbe wirklich mit rechtem Ernst des Kf. Freundschaft begehrte, unterrichtet sein, dabei haben sie einiges angeführt, was ihnen daran zu zweifeln Ursache gegeben, namentlich

Bischof von Münster zuführen solle. Vgl. über denselben Urk. u. Akt. II, S. 504, XIV, 1 S. 442.

[1]) Ueber die damaligen Versuche Ludwigs XIV., sich mit Spanien und auch mit dem Kaiser zu verständigen und ersteres zur Abtretung der Niederlande, welche gegen andere an seiner Grenze gelegene Landschaften eingetauscht werden sollten, zu bewegen s. Mignet III, S. 402 ff., Lefèvre Pontalis II, S. 22 f.

[2]) S. Wicquefort IV S. 30 f., Lefèvre Pontalis II, S. 9.

die nach und nach empfundenen fremden Begegnungen, und darauf hingewiesen, wenn man rechte Freundschaft unterhalten wollte, so müsste man ihnen ein wenig civiler als vorhin begegnen und die etwa noch übrigen Differentien aus dem Wege zu räumen suchen. Jener entschuldigte darauf das Passierte, betheuerte die aufrichtige Intention seiner Principalen und bat sie, dem Kf. seinen Vortrag favorabiliter zu hinterbringen.

Der Kurfürst an die Gesandten. D. Königsberg 10./20. November 1668.

[auf die Relation vom 3. November. Bedenken gegen den Eintritt in die Tripelallianz.]

20. Nov. Sie sollen durch Gent oder jemand anders den Staaten mittheilen lassen, auch er würde nicht unterlassen, alles, was in seinen Kräften stände, zur Erhaltung der evangelischen Religion und des Friedens beizutragen, wozu ihn auch seine zweifache Allianz mit den Staaten und seine Bündnisse mit England und Schweden verpflichteten, er wäre auch trotz aller darüber verbreiteten Gerüchte mit Frankreich ausser einer generalen Defensiv- und der sogenannten Rheinischen Allianz und einem pactum, dass der König von Frankreich von der Praetension auf die Krone Polen für einen französischen Fürsten abstehen möchte, im geringsten nicht engagiert. Ob aber die Tripelallianz so beschaffen, dass man hoffen könnte, dadurch jene Ziele zu erreichen, darüber müsste er noch zur Zeit sein judicium suspendieren, denn erstlich wäre ihm nicht bewusst, wohin dieselbe eigentlich gerichtet sei und was ihre conditiones und puncta in sich begriffen, ferner wären die Dinge, welche zu derselben die Ursache gegeben, nunmehr, nachdem der Friede zwischen Frankreich und Spanien zustande gekommen, in ganz anderen Zustand gerathen, drittens fürchte er, dass durch eine solche Liga zwischen den Evangelischen mit gänzlicher Ausschliessung aller Katholischen diesen letzteren nur unnöthige Jalousie und Veranlassung zu Gegenbündnissen gegeben werde. Die Gefahr einer Verbindung zwischen Frankreich und Spanien zum Präjudiz der evangelischen Religion würde durch die Tripelallianz, welche auf solche Fälle nicht eingerichtet ist, keineswegs divertiert werden können, sondern man würde desfalls, wenn dergleichen vorhanden, auf andere Mittel bedacht sein müssen. Endlich müsste man ihm rechte Preuven einer beständigen und aufrichtigen Freundschaft erweisen, die noch zwischen beiden Theilen sich befindenden obstacula aus dem Wege räumen, namentlich aber sich erklären, da ihn dergleichen foedera zu starker und kostspieliger Kriegsrüstung obligierten, was er auf allen Fall dagegen von den Staaten für Sublevation und Subsidien zu Unterhaltung der Soldatesque zu gewarten haben sollte.

Sie sollen auch mit v. Blumenthal in Paris aus der Sache correspondieren.

Romswinckel und Copes an den Kurfürsten. D. Hage 11. December 1668.

[Ihr abwartendes Verhalten. Verhandlungen wegen eines neuen Bündnisses zwischen Holland, England, Schweden und Spanien.]

Sie gedenken mit der Beantwortung der Aufforderung zum Eintritt in die 11. Dec.
Tripelallianz so lange, bis man sie suchen wird, einzuhalten und dann darauf zu bestehen, dass, bevor Kf. sich darüber erklären könne, ihnen alles, was desfalls zwischen England, Schweden und diesem Staat verhandelt worden ist und noch wird, mitgetheilt werde, zumal sie unter der Hand vernehmen, dass England, Schweden und dieser Staat[1]) sich noch näher und fester verbinden und, um Spanien zu den Subsidien zu obligieren und in ihre Sentimente zu bringen, nicht allein die Aachenschen sondern auch die Pyrenäischen Tractaten garantieren wollen.

PS. Sie haben die secreten Artikel[2]) bekommen, senden sie mit. Nachdem der Gubernator[3]) der spanischen Niederlande hier angezeigt hat, dass er Vollmacht erhalten, über die Tripelallianz zu unterhandeln, und darauf Temple nach Brüssel gereist ist, wird hier die Confoederation zwischen Spanien, England, Schweden und diesem Staat gleichsam für fest und abgeschlossen gehalten, man zweifelt aber nicht, dass Frankreich eine Gegenconföderation veranstalten wird. Sie hoffen nicht übel zu thun, dass sie sich weiter still halten, zumal da sie nicht mehr gesucht werden.

Ob die Fürsten von Celle und Osnabrück in jene Confoederation mit eintreten werden, darüber haben sie noch keine Gewissheit.

Blaspeil und Romswinckel an den Kurfürsten. D. Cleve 6./16. Januar 1669.

[Beschlüsse der Staaten von Holland, Urtheil über dieselben.]

Aus beifolgender geheimer Resolution der Staaten von Holland[4]), welche 16. Jan.
Copes sich verschafft hat, geht hervor:

1) dass dieselben beabsichtigen, sich mit dem Hause Braunschweig näher zu verbinden und dieses dadurch zur Garantie des Aachenschen Friedens zu verpflichten,

---

[1]) Vgl. über diese neuen Verhandlungen Altzema VI, S. 422ff., Wicquefort IV, S. 14ff., Lefèvre Pontalis II, S. 16f.

[2]) Das Project, wie die Ausführung der Garantie des Aachener Friedens gesichert werden sollte, d. Haag 15. October 1668 (Altzema VI, S. 862f.), vgl. Wicquefort IV, S. 14, Lefèvre Pontalis II, S. 17.

[3]) Der Connetable von Castilien Don Juigo Melchior Fernandez de Velasco s. Wicquefort IV, S. 5, Lefèvre Pontalis II, S. 24.

[4]) vom 20. December 1668, s. Wicquefort IV, S. 5.

2) dass sie auch alle Schweizer Cantons, sowohl catholische als evangelische, zur Garantie dieses Friedens und desfalls zum Bündnis mit England, Schweden und dem Staat zu gewinnen suchen,

3) dass ein Bevollmächtigter des Staats nach Brüssel zum Gouverneur abgefertigt werden soll, um mit demselben wegen der an Schweden zu zahlenden Subsidien zu verhandeln,

4) dass England, Schweden und der Staat von nun an durch einen gemeinen concert die Sachen bei Frankreich dahin zu dirigieren suchen sollen, dass man auch im Falle des Todes des jetzigen spanischen Königs ohne Hinterlassung von Descendenten der Ruhe und des Friedens in den spanischen Niederlanden versichert sei,

5) dass diese drei Staaten von nun an unter sich festsetzen sollen, wie in solchem Falle allen Thätlichkeiten und Feindseligkeiten in den spanischen Niederlanden gesteuert werden könne.

Das erste rührt jedenfalls daher, dass die jetzt in Holland prädominierende Partei ungern sieht, dass so viele Provinzen, ja die meisten Eingesessenen in Holland selbst auf Kf. noch immer ihr vornehmstes Absehen und Vertrauen setzen, und daher andere Potentaten, sonderlich das Haus Braunschweig, in Consideration zu bringen und dadurch vielleicht eine Trennung zwischen diesem und Kf. herbeizuführen beabsichtigt; Kf. würde daher Ursache haben, desto fester mit dem Hause Braunschweig zusammen zu halten, wozu die Tripelallianz selbst, sonderlich die ihnen beiden angemuthete Eintretung in dieselbe, guten Anlass geben könnte.

Der dritte Punkt bereitet ihnen die meiste Bekümmernis, da der Abgesandte des Staats (wahrscheinlich Beverning) ohne Zweifel beauftragt sein wird, sich dieser Gelegenheit gegen Kf. zu gebrauchen und die Hofeysersche Schuldsache bei dem jetzigen neuen Gubernator, dem die Sache und sie selbst noch ganz unbekannt sind, zu verwirren.

Dass der vierte Punkt einem Monarchen wie dem König von Frankreich, welcher aller Welt Gesetze geben, aber keine empfangen will, sehr empfindlich sein wird, ist sicher. Auch für das Römische Reich wäre es sicher das vortheilhafteste, wenn die Niederlande in spanischen Händen blieben und Frankreich bono modo dazu bewogen werden könnte, dagegen nichts zu attentieren, dieser und der fünfte Punkt könnte sonst dem Kf. und anderen, welche, wenn sie wegen Eintretung in die Tripelallianz belangt werden, Bedenken tragen sollten, als Entschuldigung dienen.

Der Kurfürst an Blaspeil und Romswinckel. D. Königsberg 25. Juni/5. Juli 1669.

[Die Verhandlungen mit Silvius.]

5. Juli. Er übersendet ihnen eine Abschrift des Protokolls der mit Sylvius[1]) geführten Verhandlungen, damit sie sich danach richten. Wenn sie mit dem eng-

[1]) S. oben S. 672 ff.

lischen Gesandten darüber conferieren, so sollen sie in gleichen terminis generalibus bleiben und sich vorsehen, dass Kf. nirgends engagiert werde, sondern freie Hand behalte.

Blaspeil und Romswinckel an den Kurfürsten. D. Cleve 7./17. Juli 1669.

[auf das Rescript vom $\frac{25. \text{ Juni}}{5. \text{ Juli}}$. Schwierigkeit mit Temple zu verhandeln.]

Romsw. wird auf Veranlassung des Prinzen von Oranien noch diese Woche nach dem Haag reisen und dann sich dem Befehle des Kf. gemäss verhalten. Temple ist de Witts familiarissimus, es darf ihm also nichts anvertraut werden, als was man will, dass dieser wisse. Da Temple bisher mit ihnen keine Communication gehalten, sie sich auch bei ihm wegen Ceremonialstreitigkeiten nicht anmelden können, so müssten, wenn sie mit ihm conferieren sollen, Temperamente aufgefunden werden. 17. Juli.

Das Anerbieten des Sylvius, sein König wolle dafür sorgen, dass dem Kf. von Spanien und Holland Satisfaction widerfahre, halten sie für annehmbar und schlagen vor, Chr. v. Brandt dazu zu gebrauchen.

M. Romswinckel an den Kurfürsten. D. Hage 3./13. August 1669.

[Verhalten Temple's. Holländische Gesandtschaft nach Polen.]

Er hat sich wegen der Affairen des Prinzen von Oranien noch hier aufhalten müssen. Wegen der Tripelallianz ist er noch von niemand angesprochen worden, vielmehr hat der englische Gesandte Temple, der mit dem Rathspensionär de Witt sehr vertraulich correspondiert, neulich sich gegen den Prinzen von Oranien geäussert, er hätte gewisse Nachricht, dass Kf. sich in die Tripelallianz nicht begeben werde, da er zu nahe mit Frankreich engagiert sein solle, was mit de Witts Ausstreuen übereinkommt. Er hat dem Prinzen erwidert, jene Tractaten würden dem Kf. keineswegs im Wege stehen, sich zu Conservation der gemeinen Sicherheit mit anderen Potentaten zu vereinigen, und wenn er darum der Gebühr belangt und gleich wie andere wäre freundnachbarlich tractiert worden, so würde er vielleicht mehr als jemand anders dazu contribuiert haben. In Temple's Reden könnte er sich nicht finden, da der bei Kf. gewesene englische envoyé Sylvius auf die mit ihm betreffend die Tripelallianz zu Königsberg gehaltenen Conferenzen einen solchen Abschied genommen, dass er nicht allein seinem König davon referieren, sondern auch mit des Kf. ministris im Haag nähere Communication pflegen und zu Erhaltung der desideria des Kf. alle gute officia anwenden wollte, ohne dass darauf während seiner hiesigen Anwesenheit weder von Temple noch von de Witt ihm der Tripelallianz wegen das geringste zugemuthet oder gemeldet worden. 13. Aug.

Zu der Gesandtschaft nach Polen[1]) soll unter anderen Johann de Witt von Dordrecht in Vorschlag kommen.

Blaspeil und Romswinckel an den Kurfürsten. D. Hage 28. September/8. October 1669.

[Verzögerung der Verhandlungen über die Tripelallianz.]

8. Oct. Wegen der Tripelallianz können sie noch nichts Beständiges berichten. Allerdings sollen[2]) die Gelder, welche Spanien an Schweden für den ersten Termin zu entrichten schuldig ist, zu Amsterdam bereit liegen und sollen auch wegen der Garantie des Aachenschen Friedens und der von Spanien desiderierten Versicherung, dass ihm, im Fall der Friede von Frankreich gebrochen werden sollte, von England, Holland und Schweden mit gewissen forces assistiert werden solle, einige sehr gute und annehmliche Expedientien in Vorschlag gekommen sein, worauf auch Baron d'Isola[3]) namens des Kaisers mit in die Tripelallianz sich einzulassen verlauten lässt, doch wird die Vollziehung dieser wichtigen Sache von Tage zu Tage, jetzt unter dem Vorwande der Abwesenheit Temple's ausgestellt.

W. W. Blaspeil an den Kurfürsten. D. Cleve 20./30. October 1669.

[Holländische Besorgnisse vor Frankreich, Rüstungen, Intriguen de Witts.]

30. Oct. Ein Bedenken über des Kf. noch ausstehende Differentien mit dem Staat wird schwerlich eher gegeben werden können, bevor man nicht weiss, was Kf. wegen der Tripelallianz resolvieren werde. Der Staat ist vor einigen Monaten in grosser Furcht wegen der starken französischen Armatur zur See unter dem Duc de Beaufort gewesen, die nachher verschwunden, als diese Flotte mit den Völkern nach Candia gegangen. Nachdem aber der Duc de Navaille mit dieser Flotte wieder zurückgekommen und daneben noch eine andere unter dem Maréchal de Bellefonds gerüstet wird, ist man in noch grösserer Sorge. Da aber die Holländer eine Attaque zu Wasser, sonderlich von den Franzosen, nicht gross achten würden, wenn sie nicht auch zugleich zu Lande attaquiert

[1]) S. oben S. 477 f. Schon 20./30. Juli 1669 hatte R. gemeldet, die Staaten von Holland hätten bei der Generalität eine Sendung nach Polen, um König Michael zu beglückwünschen, beantragt, und $\frac{27.\text{ Juli}}{6.\text{ August}}$, die Gesandtschaft nach Polen sei auch von den anderen Staaten gutgefunden, aber noch keine bestimmte Persönlichkeit dazu ernannt worden.

[2]) Vgl. Mignet III, S. 282 f., Wicquefort IV, S. 16 ff., Lefèvre Pontalis II, S. 17 f.

[3]) S. Grossmann, Der kaiserliche Gesandte Franz von Lisola im Haag (Archiv f. österr. Geschichte LI, 1873) S. 8.

würden, und wohl wissen, dass ihre Miliz nicht am besten bestellt ist, so suchen sie sich mit dem Bischof von Münster[1]), den sie für den einzigen halten, dessen sich Frankreich gegen sie bedienen könnte, zu befreunden und eine Armee von guten teutschen Knechten zur Hand zu haben. Daher haben sie sich gegen den Bischof so nachgiebig gezeigt und deliberieren jetzt, ob sie ihm nicht eine Allianz und Subsidien anbieten sollen. Eine gute Armee zur Hand zu haben bemüht sich besonders de Witt[2]); da die jetzige Miliz dem Prinzen von Oranien zugethan bleibt, den Feldmarschall Würtz dagegen, den er als ein oppositum des Prinzen befördert hat, hasst, so sucht er fremde Officiere und Soldaten an sich zu ziehen und en campagne zu gebrauchen, hat sich daher selbst Commission ertheilen lassen, mit denselben zu capitulieren, und bereits Chouet, der die k. pfälzischen Truppen gegen Lothringen commandiert hat, den Grafen von Nassau, der in Lüneburgischen Diensten gestanden, und andere Officiere, die in Deutschland einige Reputation haben, nach dem Haag berufen; er soll auch bereits mit etlichen eine Eventualcapitulation geschlossen haben, um in gewisser Zeit eine benannte Anzahl teutscher gedienter Knechte beizuschaffen. So hofft er eine gute Armee zusammenzubringen, welche von ihm dependiert, und nicht nöthig zu haben, bei Lüneburg oder anderen gegen Subsidien Assistenz zu suchen. Kf. wird gut thun, sich mit den Herzogen von Lüneburg, welche gleiches Interesse hiebei haben, einerlei Meinung zu vergleichen. De Witt caressiert nur die Lüneburger des Kf. halber, welchen er fürchtet, und hält ihren Gesandten Müller trefflich bei der Hand, jene erwähnten consilia aber zeigen, was sie davon gutes zu erwarten haben werden.

M. Romswinckel an den Kurfürsten. D. Hage 9./19. November 1669.

[Falsche Zeitungsnachricht über von ihm gemachte Eröffnungen betreffend die Friedensgarantie.]

Die aus dem Haag 18. October verbreitete Zeitung, er sollte hier Ouverture gethan haben, dass Kf. mit gutem Vorbedacht resolviert hätte, die generale Garantie des Friedens mit anzunehmen, ist vollständig aus der Luft gegriffen. Er hat dazu weder Ordre gehabt, noch auch ist ihm eine geraume Zeit her dazu der geringste Anlass gegeben worden, die Unterhandlungen, welche hier eine geraume Zeit gepflogen sind, um eine beständige Garantie des Friedens einzugehen, sind auch bis jetzt keineswegs zur Perfection gebracht, da der spanische Gesandte Gamarra noch nicht die desiderierte Satisfaction mitgebracht hat. Er bedauert um so mehr, in die Hände eines so übel informierten oder intentionierten Correspondenten gefallen zu sein, da bei diesen verdorbenen Conjuncturen die Lügen mehr fautores als die Wahrheit finden, und will sich erkundigen, woher diese Nachricht stammt. 19. Nov.

[1]) Vgl. Wicquefort IV, S. 32ff., Lefèvre Pontalis II, S. 158.
[2]) S. Lefèvre Pontalis II, S. 192ff.

Blaspeil will diese Woche hieher kommen, um mit ihm zu überlegen, wie neuen Verschleppungsversuchen der Hofeyserschen Schuldsache von Seiten der Staaten zuvorzukommen sei, sie werden dann auch sich zusammenthun, um dem Befehl des Kf. gemäss über die Differentien zwischen dem Kf. und dem Staat einen Bericht abzufassen und die Praetensionen des Kf. an den Staat und deren Fundamente darzulegen.

M. Romswinckel an den Freiherrn von Schwerin. D. Hage 30. October/9. November 1669.

[Mittheilungen Lisola's über günstigen Stand der Verhandlungen über die Tripelallianz und den bevorstehenden Beitritt des Kaisers, K. Mainzs u. a. zu derselben.]

9. Nov. Der kaiserliche Abgesandte Baron d'Isola hat ihm vor drei Tagen positive versichert und an v. Schw. in specie zu berichten aufgetragen: 1) dass nunmehr[1]) die Tripelallianz nach der Rückkehr des spanischen Gesandten von Brüssel sicherlich geschlossen und vollzogen werden solle, 2) dass er, sobald solches geschehen, bevollmächtigt sei[2]), namens des Kaisers darüber gleichfalls mit dem Staat zu tractieren, 3) dass auch K. Mainz[3]) und einige andere Fürsten des Reiches sich mit darein begeben und mit dem Kaiser eine absonderliche be-

---

[1]) Vgl. Wicquefort IV, S. 18f., Lefèvre Pontalis II, S. 18f.

[2]) S. Grossmann, S. 8.

[3]) Vgl. über K. Mainzs damalige Haltung Guhrauer I, S. 100f. Kf. schreibt an denselben (d. Cöln 8./18. November 1669), von verschiedenen Seiten her verlaute, er sei gänzlich entschlossen, in die Tripelallianz einzutreten und auch andere Reichsfürsten dazu zu disponieren, und bittet ihn, ihm von seiner Intention und seinen Sentimenten wegen der Tripelallianz Nachricht zu geben. Kurfürst Johann Philipp erwidert darauf (d. Marienberg ob Würzburg 4. December 1669), er erwarte zunächst nähere Nachricht darüber, worauf die Tripelallianz, von der er glaube, dass sie nur auf Maintenierung und Garantierung des pyrenäischen und aachenschen Friedens ziele, eigentlich conditioniert sei, durch den an ihn und andere Reichsfürsten unterwegs befindlichen staatischen Abgesandten H. Brünig zu erhalten, werde dann mit Kf. weiter darüber communicieren. Darauf schreibt Kf. (d. Cöln 11./[21.] December 1669), wenn die Tripelallianz nur auf Erhaltung des pyrenäischen und aachenschen Friedens zielte und zu beider Contrahenten reciproquer Sicherheit angesehen wäre, so hätte jeder Friedliebende Ursache, in dieselbe einzutreten, ihm scheine es aber ein einseitiges und, wie man französischerseits behaupte, ausdrücklich gegen Frankreich gerichtetes Werk zu sein, so dass man Ursache hätte, in einer so wichtigen Sache behutsam zu sein, übrigens scheine aus der Tripelallianz, da Spanien die Zahlung der Subsidien an Schweden verweigere, nichts zu werden, er habe noch freie Hand und werde sich ohne vorhergehende Communication mit K. Mainz in weitaussehende Handlung nicht einlassen, worauf jener 8. Januar 1670 erwidert, sollte sich befinden, dass die Tripelallianz nicht, wie auch Brüning ihn neuerdings versichert, zur Aufrechthaltung des Friedens nach beiden Seiten hin gerichtet, sondern zu Offension Frankreichs gemeint sei, so glaube auch er, dass man damit behutsam zu gehen habe.

ständige Verbündnis für die gemeine Sicherheit eingehen würden. Falls Kf. sich in diese Tractaten und Verbündnisse miteinzulassen geneigt sein sollte, so wollte er dessen Interesse gern dabei in Acht nehmen und, wie die Formalia waren: qu'il vouloit tenir une porte ouverte pour Sa Ser.té El. afin d'y pouvoir entrer. Er fügte hinzu, man hätte das Werk mit Schweden entamieren und dieses devincieren müssen, um sowohl es selbst, als auch andere, welche darauf ihr Absehen haben, zu gewinnen [1]).

Hier wird öffentlich debitiert, Kf. habe sich mit Frankreich in eine nähere Verbündnis eingelassen.

Er wünscht, dass von Kf. an Stelle des abgelebten Copes [2]) ein anderer Minister hier angeordnet und er zugleich von den hiesigen Affairen und von dem grossen Vorschuss der aufgehenden Kosten, den er aus eigenen Mitteln hat beitragen müssen, verschont werde, bittet um einige baare Geldmittel zu Bezahlung seiner Schulden.

Der Kurfürst an Blaspeil und Romswinckel. D. Cöln 19./29. März 1670.

[Verweigerung des Eintritts in die Tripelallianz.]

— Wegen der triplen Alliantz [3]) ist uns, wie euch bekannt, nie- 29. März.
malen einige ausführliche Communication noch rechte Proposition geschehen, ihr wisset auch, was wir für Bedenken getragen, uns darin zu engagiren, deswegen ihr bei denen desfalls fürkommenden Discursen euch wohl in Acht zu nehmen und zu unserer Eintretung nicht die geringste

---

[1]) Kf. schreibt an Blaspeil und Copes (d. Cöln 2./[12.] November 1669): „habet Euch wohl fürzusehen, dass Ihr wegen unserer Eintretung in die triple Alliantz niemanden die geringste Hoffnung machet, weiniger einige Zusage oder Vertröstung desfalls gebet, sondern Euch dabei dergestalt bezeuget, damit niemand einige affirmative oder negative Resolution daraus nehmen möge", und 8./[18.] November 1669, sollte Lisola ferner der Sache Erwähnung thun, so möchten sie ihn fragen, ob er vom Kaiser dazu Befehl und Vollmacht hätte, woran Kf. um so mehr zweifle, da de Goess von dieser Sache niemals das geringste angebracht hätte.

[2]) Schon $\frac{\text{27. April}}{\text{7. Mai}}$ 1669 hatte Romsw. dem Kf. angezeigt, dass er von den Erben des verstorbenen Copes die den Kf. betreffenden Akten abgefordert habe.

[3]) Romsw. hatte (d. Haag 8./18. März 1670) dem Kf. angezeigt, nachdem jetzt die Tripelallianz soweit vollzogen sei, dass (vgl. Dumont VII, S. 130) Spanien an Schweden nicht nur den ersten Termin der Subsidien (200000 Rthlr.) sondern auch noch zur Ergänzung des streitigen Bankgeldes 20000 Gulden gezahlt, hätte der Präsident der Gen. Staaten ihm angezeigt, der Staat werde dem Kf., dem König von Dänemark und den Herzogen von Lüneburg alles, was wegen der Tripelallianz geschlossen, communicieren und dieselben miteinzutreten invitieren. Der kaiserliche Resident Cramprich habe ihm mitgetheilt, dass er und Lisola die Verhandlungen wegen der Tripelallianz mit den staatischen Deputierten begonnen hätten.

Hoffnung zu machen, auch wenn ihr verspüren würdet, dass der Staat dieser Ursach halber eine Schickung an uns zu thun geneigt sein und resolviren möchte, solches nur für euch bonis modis zu divertiren, weil wir doch nunmehr in dieses foedus salva reputatione nicht eintreten könnten und ihnen also eine abschlägige Antwort geben und dadurch anderweit dem Staat habenden Angelegenheiten und Handlungen präjudiciren möchten[1]). —

Blaspeil und Romswinckel an den Kurfürsten. D. Hage 21./31. März 1670.

[Mittheilung des Vertrages über die Ausführung der Garantie des Aachener Friedens. Rath, deswegen mit den anderen Mitgliedern der Quadrupelallianz zu communicieren. Abzuhaltende Conferenz.]

31. März. Am 15./25. haben vier Deputierte der Gen. Staaten in einer Conferenz Romswinckel proponiert, sie wären beauftragt, ihm die zwischen den Königen von England und Schweden und dem Staat zu Conservation des Aachenschen Friedens geschlossenen, von der Krone Spanien angenommenen und gänzlich perfectionierten Tractaten[2]) mitzutheilen und ihn zu ersuchen, seine guten Devoiren dazu anzuwenden, dass Kf. sich in dieselben mit einlassen möchte. Er hat sich dafür bedankt und erklärt, zusammen mit Blaspeil, der nächstens herkommen würde, Kf. alles hinterbringen zu wollen. Sie beide haben dann die Tractaten zusammen verlesen und dieselben für Spanien viel beständiger eingerichtet gefunden, als sie zu Anfang entworfen gewesen. Sie schlagen vor, Kf. möchte mit Dänemark und den Herzogen von Lüneburg, deren hiesigen Ministern die Tractaten ebenso und zu demselben Ende mitgetheilt worden, und mit denen er noch in der Quadrupelallianz begriffen ist, aus der Sache communicieren[3]) und es so einzurichten suchen, dass sie drei

[1]) Kf. wiederholt (d. Cöln $\frac{22. \text{ März}}{[1. \text{ April}]}$ 1670) seine Ordre wegen der Tripelallianz und weist sie an, den Gerüchten von dem Abschluss eines Bündnisses seinerseits mit Frankreich gegenüber dem Staat zu versichern, dass er weder mit Frankreich noch mit sonst jemand Tractaten oder Bündnisse gemacht habe noch zu machen gedenke, welche wider seine Allianz mit dem Staat und die nachbarliche Freundschaft laufen würden.

[2]) Der Vertrag vom 7. Mai 1669 (Dumont VII, S. 107f.), vgl. Mignet III, S. 284, Wicquefort IV, S. 20, Lefèvre Pontalis II, S. 19f.

[3]) Kf. schreibt (d. Cöln $\frac{30. \text{ März}}{9. \text{ April}}$ 1670) an den Kurfürsten von Cöln, den König von Dänemark, die Herzoge von Braunschweig und den Bischof von Münster, bittet sie, ihm ihre Sentimente inbetreff des Beitritts zur Tripelallianz zu eröffnen, und theilt ihnen mit, er habe erhebliche Bedenken deswegen und werde sich nicht ohne Communication mit seinen Alliierten resolvieren, zumal ihm von dieser Sache nicht die geringste Communication gemacht sei, ferner diese Allianz von ver-

sich zuvörderst einer Meinung verglichen, damit sowohl Frankreich als auch der Staat um soviel mehr Reflection auf sie nehmen möge. Inzwischen wollen sie den Staatischen Deputierten für morgen eine Conferenz vorschlagen und sie bitten, ihnen die Motive, welche sie, um Kf. dazu zu inducieren, gebrauchen könnten, an die Hand zu geben, wobei sie wohl Gelegenheit finden werden, von der Evacuation der Clevischen Städte und anderen Prätensionen des Kf. zu reden und so zu erfahren, wohin der Staat ziele und was davon Gutes zu hoffen.

Der Kurfürst an Blaspeil und Romswinckel. D. Cöln 30. März/9. April 1670.

[auf die Relation vom 21./31. März. Missbilligung des Verhaltens der Gesandten. Weigerung, sich in Unterhandlungen über Beitritt zum Garantietractat einzulassen.]

— Da Ihr doch aus unsern verschiedenen — rescriptis Euch er- 9. April.
innern sollen, dass wir vieler Ursachen halber diese Eintretung declini-
ren, weshalber Euch gebühret hätte, solche sofort denen Deputirten
des Staats fürzustellen, nicht aber denselben einige Hoffnung zu unserer
Eintretung und viel weniger einigen Anlass zu ferneren Conferenzen und
Fürstellung der Motive, welche uns dazu bewegen konnten, zu machen.
Wie Ihr nun hierin zu weit gangen, also werdet Ihr dahin zu sehen
haben, auf was Art und Weise es aufs beste zu redressiren, und unter
andern dem Staat zu remonstriren, dass wir zwar die mit demselben
habende Allianz sancte observiren und in aller freundnachbarlichen
Correspondenz und gutem Vernehmen wie bishero also auch ferner mit
ihnen zu leben gemeinet, wir müssten aber sehr anstehen und gross
Bedenken haben, uns in eine Sache zu engagiren, daraus bis dato die
geringste Communication mit uns nicht gepflogen, anitzo aber allererst,
da sie zu volliger Richtigkeit gebracht, uns communicieret und wir als

---

schiedenen, namentlich von Frankreich, für ein wider diese Krone directo gerichtetes foedus gehalten werde, worüber er um so weniger mit Bestand urtheilen könnte, da ihm verschiedene Separatartikel, welche neben dieser Allianz geschlossen sein sollten, ganz unbekannt seien. Darauf erwidert König Christian V. von Dänemark (d. Kopenhagen 9. [19.] April 1670), er theile die Bedenken des Kf und könne daher ebenso wenig einen bestimmten Entschluss fassen, Herzog Georg Wilhelm von Celle (d. Celle 7. [17.] April 1670), er werde nach Uebersendung mit seinen Räthen und Vettern eine Gesammtantwort ertheilen, Kurfürst Maximilian Heinrich von Cöln (d. Schloss Brühl 25 April 1670), auch er halte mit Kf dessen Eintritt in die Allianz für bedenklich, Bischof Christoph Bernhard von Münster (d. Münster 12 Mai 1670), er trage Bedenken, in diese Allianz zu treten, zumal er sie nicht für beständig halte, und er habe demgemäss den zu ihm gesandten staatischen Kommissar Montaigue beschieden.

eine pars nude accessoria dabei consideriret werden wollten. Es wäre bekannt, was Franckreich[1]) dieses foederis halber für Beschwerde führe und es dahin deute, dass es gleichsam wieder sie directo gemacht, so würde auch von verschiedenen secret Articulen viel geredet, welche uns nicht communiciret worden, und endlich führet Ihr selbsten an, dass die Tractaten für Hispanien viel beständiger eingerichtet sein, woraus dann deren Partialität und dass sie mehr die Garantie der Spanischen Niederlande als des Aachischen Friedensschlusses begreifen, gnugsam erhellet. Wir wünschen zwar nichts hoher, als dass der gemachte Friede — beständig bleiben und es zu keiner neuen Ruptur geraten möge, finden aber keine Ursach, uns umb der Hispanischen Interessen willen in solches Engagement so temere einzulassen, noch ohne einzige Noth uns die Chron Franckreich, womit wir auch bekannter massen in foedere begriffen und in guter Freundschaft und Vernehmen zu leben Ursach, mit dergleichen Sachen uns zuwieder zu machen. Wornach Ihr dann hinfüro Eure mesures zu nehmen und inskunftige Euch besser furzusehen, auch unsere an Euch ergangene rescripta fleissig zu beobachten, keines weges uns aber in dergleichen Sachen ohne ja wieder habenden austrucklichen Befehl zu engagyren habt[2]). —

e. Gesandtschaft Vaubruns. April 1669—Februar 1670.

König Ludwig XIV.[3]) an den Kurfürsten. D. Paris 15. April 1669.

[Anzeige der Sendung Vaubruns. Freundschaftsversicherung.]

15. April. Mon frere. Ayant choisy le marquis de Vaubrun[4]) mar.[al] de mes

[1]) S. Mignet III, S. 606.

[2]) Romsw. entschuldigt darauf (d. Haag 12./22. April 1670) ihr Verhalten, sie hätten durch die Conferenz einige gute Gründe legen wollen, worauf Kf. mit gutem Glimpf die Eintretung in die Tripelallianz würde excusieren können, sie hätten auf dieser Conferenz auch nur die Evacuation der clevischen Plätze und andere Prätensionen des Kf. vorgebracht, jetzt wollten sie sich angelegen sein lassen, die Sache aufs beste zu redressieren, er hätte dazu schon einen Anfang gemacht und seinen vertrautesten Freunden einige Ursachen, warum Kf. sich nicht in die Tripelallianz werde begeben können, vorgestellt.

[3]) eigenhändig.

[4]) S. oben S. 871. 887. Das Creditiv Ludwigs XIV. für Vaubrun ist Paris 21. April 1669 ausgestellt. Fürst Johann Georg von Anhalt meldet dem Kf. aus

camps et armées et gouuerneur de Philippeuille pour lenuoyer aupres de uous sur les occurrences presentes, je luy ai commandé si expressément de uous asseurer de lestime et de la consideration que jai pour uotre personne que ie pouvois m'en reposer entierement sur luy mais jai bon uoulu uous confirmer moymesme par cette lettre civile de ma propre main quil ny a rien de plus solide que ces sentimens là et que uous pouues en faire estat comme de ma part ie ueux prendre toute confiance en uotre amitié et laissant le surplus a la uiue uoix dudit marquis lequel ie me promets que uous entendres avec pleine créance je prie dieu quil uous ayt mon frere en sa ste et digne garde.

Protokoll über die mit dem Marquis de Vaubrun abgehaltenen Conferenzen s. l. et d. [Cöln an der Spree 16./26. September —21. September/1. October 1669.]

Den[1]) 16. September 1669 hora 3 pomer. S. Chf. D. gne- 26. Sept.
digsten Verordnunge zu folge seindt der H. Cantzler Jehna und ich mit dem frantzösischen Abgesandten le Marquis de Vaubrun zusammen gekommen, da er dann nach Anleitung dessen, was S. Chf. D. mit ihm zu Königsberg geredet und reden lassen und er darauf an seinen König geschrieben, hat er proponiret:

1) Wann S. Chf. D. mit dem Könige eine feste und beständige Freundschaft und Bündnusse eingingen, auf 20 Jahr,

2) Sich aller andern begeben, die da wieder liefen,

3) Sich der triplen alliance enthielten,

4) Die Rheinische alliance weiter befoderten,

5) Verhinderten, dass der König von Behmen nicht in die Chfl. Verein genommen werde,

6) Auf den Fall, dass der König von Spanien stürbe, dem Könige mit einer considerablen armee assistirten in Person,

---

Berlin s. d. [Mai 1669], der französische Envoyé Vaubrun sei vergangenen Montag den 18./[28.] Abends 7 Uhr angekommen, derselbe habe ihn zu sprechen gewünscht, als er ihm aber durch v. Berlepsch habe anzeigen lassen, er dürfe auf Befehl des Kf. als dessen Statthalter keinem königlichen envoyé cedieren, habe er davon Abstand genommen und sei schon am nächsten Morgen über Stettin nach Königsberg weitergereist. Vgl. über seine Sendung Droysen III, 3 S. 177f., Urk. u. Akt. XIV, 1 S. 424. 445.

[1]) Dieser erste Theil von O. v. Schwerins Hand.

7) So wollten Sie bis solcher casus existirete deroselben jährlich m/40 Rthlr., mit welcher Benennung der Sum er lange nicht heraus wollte, auch indem ers sagte ganz roth wardt, assistiren.

8) Post casum wollte der König die ganze armée unterhalten.

9) Indessen S. Chf. D. überall in ihrem Interesse assistiren und, wenn Sie dieser Sache halber gefehret werden sollte, mainteniren.

Hierauf ist ihm mit vielen rationibus gezeiget worden, dass die Sum garnicht der Last, dem Hasse und der Gefahr, worin S. C. D. sich stecken würden, proportioniret, auch dem Könige und S. C. D. disreputirlich wäre über eine solche geringe Sum zu tractiren. Allein wir haben ein mehrers nicht von ihm erhalten können und hat er immer vermeinet, S. C. D. sollten die grösseste advantage in des Königs Freundschaft und nicht in dieser Sum suchen. Wir haben wieder weitläuftig darauf remonstriret, dass S. C. D. nicht angemuthet werden könnte, umb dieser Sache willen die Völker zu unterhalten, welche Sie jetzt, weil es Friede wäre, woll gar abschaffen wollten, und noch dazu den Hass und Missgunst aller Potentaten auf sich zu laden. Es ist endlich diese Sache bis auf den folgenden Tag differiret.

Nachdem[1]) der Französische Gesandte ungeachtet alles geschehenen Remonstrirens sich nicht besser erklären wollen und wir daher ohne Ihrer Chf. D. ferneren gnädigsten special Befehl in der Sache weiter nicht fortgehen können, so ist gut gefunden, dass ich Friderich von Jena zu Ihrer Chf. D. reisete und deroselben von allem was passiret
29. Sept. unterthänigste Nachricht gebe. Als ich nun den 19. Septembris zu Zechlin bei derselbigen angelanget und nicht allein dasjenige, was vorhergehend des H. Oberpräsidenten Excellentz geschrieben, gehorsambst vorgelesen, sondern auch unterthänigst vorgestellet, welchergestalt des Königs von Frankreich Erbieten der Gefahr und denen Spesen, worinnen Ihre Churf. D. Dero Staat setzeten und über sich nehmen, garnicht proportioniret, auch das Werk an sich selbst von grosser Importanz wäre, so haben Sie jedennoch die vorstehende und von deroselbst eigenhandig unterschriebene Resolution aufzusetzen befohlen mit dem Andeuten, dass Sie auf das Geld nicht zu sehen hätten, sondern sich des Königs in Frankreich Freundschaft recht versichern müssten, zumahl der Kayser[2]) alles vergessen, was Sie an denselbigen gethan,

[1]) Das Folgende von Fr. v. Jena's Hand.

[2]) Vgl. über die Beschwerden des Kf. über den Kaiser Urk. u. Akt. XIV, 1 S. 408. 428 f. und unten das Schreiben des Kf. an O. v. Schwerin vom 23. März/[2. April] 1670.

tort zufugete und Deroselbigen in keiner Sache Satisfaction geben wollte. Des andern Morgens fruhe haben Sie alles nochmals erwogen, 30. Sept. seind bei dero Meinung beständig geblieben und dasjenige, was von deroselben nicht unterschrieben, noch hinzugethan und alles zu secretiren gnädigst befohlen, den 20 Septembris.

Resolution des Kurfürsten. D. Zechlin 19./[29.] September 1669.

Ihre Chf. D. zu Brandenburg — erklären sich auf vorher gesatzte 29. Sept. Sache und puncta dahin: Erstlich dass der König in Frankreich sehen möge, dass Ihre Chf. D. desselben Freundschaft allen anderen fürzögen, so wären Sie nochmals gemeinet, mit derselben in nähere Verbündnus zu treten, und zwar auf negst folgende zehn Jahr.

2) Andere Bundnisse, welche beide Theile aufgerichtet, sollen dieser gegenwärtigen, so weit sie derselben zuwieder, nichts überall praejudiciren;

3) Ihre Chf. D. wollten dem Könige zu gefallen in die triple Alliantz nicht eintreten,

4) Die Rheinische Alliantz, so viel an Ihr, befodern,

5) Ingleichen dass der König in Böhemb nicht mit in die Churfürstliche Verein genommen würde,

6) Auf den Fall, da der König in Spanien stürbe, und der König in Frankreich sein Recht mit Waffen ausführen wollte, wollen Ihre Chf. D. demselben mit zehntausend Mann assistiren, auch da der König mit zufeld gehet und Ihre Chf. D. ihres Zustandes halber nicht verhindert werde, auch selbst Ihre Armee ins Feld führen,

7) Damit auch der König sehe, dass Ihre Chf. D. desselben Freundschaft hoher als Geld achteten, so wollten Sie zufrieden sein, wenn der König so bald bei der Ratification dieses Tractats hundert oder auch endlich achtzig tausend Thaler zahle, die kunftige Jahr aber bis zu dem Fall jedes Jahr viertzigtausend Rthaler ohne Aufenthalt erlege, wenn aber der Fall, dass Ihre Chf. D. die würckliche Hülfe leisten müssen, entstehet, alsdann begehren Ihre Chf. D. anstatt der Werbegelder nicht mehr als 100000 Rthlr. und dass der König Ihrer Chf. D. auxiliar Armee den gewehnlichen Unterhalt und den Sold, so lange Sie in wurcklicher Assistenz stehen, unweigerlich und richtig reichen lassen.

8) Und weil der König siehet, wie genereux Ihre Chf. D. sich in allen bezeugen, so begehren Ihre Chf. D., die Sache zwischen Spanien,

Oesterreich und dem König werde durch die Güte oder durch Krieg und darauf erfolgenden Frieden gehoben, dass der König keinen Tractat eingehe oder Frieden mache, es sei denn Ihrer Chf. D. und deroselben Staats Sicherheit vollkommentlich beobachtet und dass auf beide Falle der König Ihr Chf. D. das negst an dero Clevischen Lande gelegenes Gelderland, als welches ohnedem[1]) vor diesem zu Cleve gehöret und de facto genommen, zu Wege bringen und sich ratione quanti in dem Tractat deutlich erklären und verbünden, wie nicht weniger, dass Ihre Chf. D. von dem Keyser als Könige in Behemb Ihr Herzogthumb Jägerndorf oder doch ein rechtmässiges und billiges Aequivalent und Satisfaction an Land und Leuten vor dasselbe und den bisher entbehrten Nutzen überkommen.

9) Dass der König Ihrer Chf. D. Interesse, Recht und Befugniss an allen Orten, es sei wo es wolle, beobachten und deroselben auf allen Fall wurcklich assistiren, auch absonderlich, da Sie dieses Tractats halber, welcher doch secret gehalten würde, angefochten werden sollten, getreulich und wurcklich mainteniren wollen. Signatum Zechlin den 19./[29.] Septembris 1669.

Friderich Wilhelm.

30. Sept. Dieweil auch daran zum höchsten gelegen, dass auf solchen Fall Ihre Chf. D. einen Pass über den Rhein, der Staat aber annoch Höchstgedachter Ihrer Chf. D. Vestungen am Rhein inne hat, dieselbige aber wiederabzutreten schuldig, solchem nach wollen Ihre Chf. D. so bald von dem Staat derselbigen Restitution und zum wenigsten der Stadt und Vestung Orsoy begehren. Weil nun solches auch mit zu des Königs Bestem gereichete, so möchte er Ihre Chf. D. darinnen mit Nachdruck assistiren und auch solches seinem im Haag subsistirenden Ambassadeur eigentlich befehlen. Das Geld, welches der König Ihrer Chf. D. bei der Ratification geben würde, wollten Ihre Chf. D. gleichfalls zu keinem andern Ende als zu des Königs besten mit anwenden und in dem Clevischen Calcar und was sonst mehr notig in so einen Stand bringen, damit man sich auf allen Fall darauf recht zu verlassen. Dat. ut supra.

Es würde dieses alles auch darumb müssen secretiret und in höchster Geheim gehalten werden, damit niemand etwas davon erfahre, dann sonsten wurde man an der andern Seite nicht allein dieser Sache auf allerlei Weise contreminiren, besondern auch Ihrer Chf. D. absonderlich

[1]) Vgl. oben S. 716.

in der Compromisssache schaden, und demnach Ihre Chf. D. sich in jetzt gemelter Sache eines guten Urtheils getrösteten, so würde auch der König auf solchen Fall Ihrer Chf. D. getreulich assistiren, damit das Urtheil wirklich exequiret und was daraus Ihrer Chf. D. gebühret, dieselbe darzu auch in der That gelangen mögen. Zechlin den 20./[30.] Septembris des Morgens fruh.

Als[1]) der Herr Cantzler Jehna den 21. Sept. von S. Chfl. D. mit vorhergesetzter Resolution zurücke gekommen, haben wir darauf den frantzösischen Gesandten veranlasset, sich mit uns im Felde Nachmittage umb 2 Uhr, da die Printzen auf der Jagd gewesen, zu rencontriren, welches auch geschehen, wir haben anfänglich anstatt den m/40 Rthlr. m/50 R. begehret, nachdem aber er sowohl wegen solcher Verhöhung als auch wegen der m/100 R. zum ersten Termin und der m/150 R. Werbegelder so überaus grosse Difficultäten gemachet, dass er deutlich gesaget, wann wir darauf bestünden, so würde garnichts aus der Sache werden, und dass S. C. D. wohl mehr Advantagen aus diesem Tractat haben würde als sein König, so haben wir declariret, dass S. C. D. mit 40000 R. zufrieden sein wollte, von dem anderen aber könnten wir nicht abstehen, die andere conditiones hat er alle beliebet, ausser dass er gesaget, wegen Gelderland wäre er nicht instruiret, welches wir also vorgestellet, dass der König solches S. C. D. schon hiebevor[2]) auf solche Art offeriren lassen. Er hat begehret, ein Project aufzusetzen, welches beliebet, und seind darauf von einander geschieden. 1. Oct.

Des[3]) H. de Vaubrunn Erinnerungen bei dem lateinischen Project[4]).

1. Zu setzen, dass, wann gleich einer oder der ander, welcher vor

Ihrer Churf. D. zu Brandenburg — darauf erfolgete gnädigste Resolution.

Diesen Punct haben Ihre Chf. D. Ihro gnädigst gefallen lassen[5]). 26. Oct.

[1]) Der Schluss wieder von O. v. Schwerins Hand.

[2]) S. Mignet II, S. 282f., Urk. u. Akt. II, S. 468, oben S. 850.

[3]) von Fr. v. Jena's Hand.

[4]) Es liegen zwei verschiedene lateinische Entwürfe zu dem Vertrage vor, schon der frühere enthält Aenderungen und Zusätze, welche auf Grund dieser Resolutionen des Kf. hinzugefügt sind.

[5]) Dem entsprechend ist in dem 4. Artikel des Vertrages der letzte Passus: Quamvis etiam — protestantibus hinzugefügt worden.

diesem in der Rheinischen Alliantz gewesen, dieselbe nicht wieder renoviren wollte, dass doch Ihre Chf. D. dessen ungeachtet dieselbige wieder erneuern wollten.

2. Dass die Hülffe, welche Ihre Chf. D. versprechen, wieder alle diejenigen gemeinet sei, welche dem Könige in Frankreich sich opponiren, dass er nicht zu seinem Recht und zu den ihm zustehenden Spanischen Provintien kommen möge.

2. Diesen Punct haben Ihre Chf. D. auch gnädigst placitiret.

3. Die Summa, nämlich die m/80 Rthlr., welche begehret würden, dass sie sollten zugleich bei der Extradition der unterschriebenen Tractate gezahlet werden [1]), wäre zu hoch und würde von denen jährlichen m/40 Rthlr. müssen abgezogen werden.

3. Ihre Chf. D. seind mit denen gebotenen jährlichen m/40 Rthlr. zufrieden, doch dass das erste Jahr dieselbe doppelt erleget und nicht abgerechnet werden.

4. Die hundertundfünfzigtausend Rthlr., welche auf den entstehenden Fall zur Werbung gefodert werden, könnten nicht begehret werden, weil eben darumb der König jährlich die m/40 Rthlr. verspreche, damit Ihre Chf. D. dafür werben könnten, weil Sie doch zum wenigsten 6000 Mann

4. Von diesem Punct können Ihre Chf. D. nicht abstehen, zumal Sie doch das Geld zu des Königs Nutzen anwenden, und könnten vor die summa nicht 3000 Pferde und 1000 Mussquetirer geworben werden.

[1]) In dem ursprünglichen Entwurfe lautete der letzte Theil von Art. 7: Vicissim hoc ipso promittimus, eo ipso die, quo hic praesens tractatus confectus et subscriptus invicem extradetur, Nos heredes et successores nostros Serenissimo Electori eiusdem heredibus et successoribus soluturos summam octuaginta millia Imperialium beneficio litterarum cambii vel Hamburgi vel Lipsiae prout Nobis visum fuerit. Insuper promittimus Serenissimo Electori eius heredibus et successoribus singulis annis quamdiu foedus hoc durat a Nobis heredibus et successoribus nostris quadraginta millia Imperialium absque ulla frustratione et mora vel Hamburgi vel Lipsiae vel, si Serenissimus Elector voluerit, Parisiis bona fide solutum iri, cum vero, ut in praecedente articulo habetur, statim cum extraditione tractatus octuaginta millia Imperialium Serenissimo Electori solvi debeant, ideo primo hujus foederis anno ad solvenda illa quadraginta millia, quae singulis annis promissa sunt, non tenebimur.

unterhalten und nur noch drei oder viertausend Mann zu werben hätten.

5. Dass Ihrer Chf. D. Armee sich vergnügen liesse, wann sie ebensoviel Proviant und Sold bekäme als die Franzosen, und sollten auch in den Quartieren gleich gehalten werden. Ihre Chf. D. möchten versprechen, dass Sie Ihre Armee nicht ehender abfodern wollten, bis der König zu demjenigen Recht, so ihm an die Spanische Niederlande zustehet, vollkommentlich gelanget.

5. Ihre Chf. D. seind damit zufrieden, nur dass es allemal richtig geliefert und gegeben werde.

2. Das foedus wurde nur auf 10 Jahr aufgerichtet und stunde zu beider Theile Gefallen, ob sie vor Ablauf der 10 Jahr sich weiter vergleichen wollten.

6. Dass ihm möchte communiciret werden, wie es mit dem Könige in Schweden gehalten, wann Ihrer Chf. D. Armee mit desselbigen conjungiret gewesen, damit sich der König darauf erklären könne.

6. Das lassen Ihre Chf. D. gnädigst geschehen.

7. Ihre Chf. D. möchten deutlicher ihr Recht, so sie in Gelderland praetendiren, anzeigen und die Oerter, so Sie begehren, specificiren.

7. Der König könnte ihm refereiren lassen, dass Geldern[1]) vor diesem Ihrer Chf. D. Vorfahren zugehöret und von Carolo V. de facto genommen, dahero Sie wohl das ganze alsogenannte Oberquartier begehren könnten, Sie wollten sich aber vergnügen lassen, wann Sie Geldern, Venlo und Ruhrmund cum omnibus pertinentiis bekämen.

8. Ihre Chf. D. möchten allen Fleiss anwenden und sich bemühen, damit das Haus Braunschweig und die Frau Landgräfin mit die Rheinische Allianz renovireten.

8. Das wollen Ihre Chf. D. thun.

9. Der König und Ihre Chf. D. möchten gegeneinander versprechen,

9. Damit seind Ihre Chf. D. auch zufrieden.

---

[1]) S. oben S. 716.

dass einer dem andern vertraulich entdecken wolle, was etwa Könige, Fursten und Republiquen proponiren möchten, so des Königs oder Ihrer Chf. D. Interesse entgegen wäre.

10. Ihre Chf. D. möchten versprechen, dass Sie auf dem Reichstag des Königs Interesse so viel an Ihr befodern wollten.

11. Dass Ihre Chf. D. niemals willigen wollten, dass das Cuhrfurstliche Collegium mit dem Könige in Böhemb kein Bündnis eingehe oder aber derselbe in die Cuhrfurstliche Verein genommen werde.[1])

10. Vermöge des instrumenti pacis und so weit es des Reichs Interesse nicht zuwider, weil doch der König paciscens und Guarant, auch vice versa das Reich.

11. Ihre Chf. D. würden und wollten niemals willigen, dass das Cuhrfurstliche collegium ein foedus mit dem Könige in Böhemb machete, oder dass er mit in die Cuhrfurstliche Verein genommen werde.

Potstamb d. 16./[26.] October 1669.

Friderich Wilhelm.

Lionne an O. v. Schwerin. D. St. Germain 24. Januar 1670.

[Bewilligung einer nachträglichen Forderung wegen Gelderns, Interpretation einer Stelle des Vertrages.]

24. Jan. J'ay receu la lettre dont il a plu à V. E. de me favoriser le 28e de l'autre mois st. vet. avec la copie de la lettre qu'elle avoit escrite a M.r le Marquis de Vaubrun. J'auray le bien de luy dire sur le

---

[1]) Das Ergebnis der Verhandlungen mit Vaubrun, über welche sonst keine Aufzeichnungen von Wichtigkeit vorliegen, ist der am 4. Januar 1670 abgeschlossene, vom 21./31. December 1669 antedatierte Vertrag, jetzt gedruckt bei v. Mörner S. 691 ff. (vgl. dort S. 335f., Mignet III, S. 286, Droysen III, 3 S. 177, Pagès, Les frères Formont in Revue hist. XLVI, S. 292). Die dort nicht mit abgedruckten, in einem besonderen Dokumente enthaltenen Secretartikel lauten:

Serenissimus Elector Brandeburgensis promittit se operam omnem daturum, quo Duces Brunswicences et Lüneburgenses necnon Hassiae Landgravia foedus Rhenanum renovent.

Porro Serenissimus Elector vi Instrumenti pacis in Comitiis Imperii Christianissimae Regiae Maiestatis res omni favore promovebit.

Neque consentiet Serenissimus Elector, ut Collegium Electorale Regem Bohemiae in Unionem Electoralem recipiat vel foedus commune cum eo ineat.

Das Recreditiv des Kf. für Vaubrun vom Februar 1670 s. Urk. u. Akt. II, S. 505.

premier point qu'elle contient, qu'encore qu'il ny ait peut estre point d'exemple qu'apres des conditions entierement ajustées et un traité signé on y ayt retouché et particulierement en un point qui se trouve de pure grace et qui a esté accordé comm'on le demandoit, et qu'encore que Sa M.té ayt pu facilement cognoistre que quand elle refuseroit l'execution de cette grace, S. A. E. n'auroit pas voulu pour un si leger interest arrester et bien moins rompre une affaire de si grande consideration, neanmoins sad.e M.té a voulu passer par dessus toutes ces raisons pour obliger surabondamment sad.e A. E. et a fait adjouster une clause[1]) à sa ratification par laquelle elle luy accorde aux cas mentionnés dans l'article 11e outre les trois places et leurs dependances tout ce qui se trouvera estre de la Gueldre Espagnole au dela de la riviere de Meuse, ne se reservant plus pour elle que Stevansvest et ce qui se trouvera au deca de la riviere que lon scait estre tres peu de chose.

Quant au second point dont V. E. fait encore mention dans sa lettre, qui est ce mot de totum Belgium[2]) qui fait de dela quelque peine, led. S.r Marquis luy aura souvent dit les raisons invincibles pour lesquelles par consequent on n'y peut rien changer. J'y adiousteray seulement sur le doute ou elle tesmoigne d'estre, que si le Roy par exemple cedoit a d'autres Potentats comme elle fait aujourdhuy a M. l'El. quelque portion petite ou grande des Pays bas, Sa M.té ne se crut desgagée parla de son obligation envers s. A. E. par la raison qu'elle ne possederoit pas totum Belgium, Sad.e M.té n'a pas cette intention la et n'en useroit pas dans ce cas la de la maniere que V. E. tesmoigne de le craindre, mais au contraire executeroit le traité de bonne foy et sans chicaner de la mesme sorte que si au lieu de la clause qua totum Belgium dominationi Gallicae accedat il y avoit qua totum Belgium e dominatione Hispanica subtrahatur. —

F. Meinders an Lionne. D. s. l. 6. April/27. März 1670.

[Klagen über mangelhafte Zahlung der Subsidien. Bitte um Abhülfe.]

Antwort auf ein Schreiben inbetreff des Prinzen von Sulzbach[3]). Man hofft, dass die, welche von dem Interesse des Kf. an allem, was nur den ge- 6. April.

---

[1]) S. den Zusatz in der Ratification Ludwigs XIV. (d. St. Germain 24 Janvier 1670) bei v. Mörner S. 696.

[2]) Art. 11 des Vertrages ebendas. S. 695.

[3]) S. oben S. 894 f.

ringsten Anschein haben kann, die Fortsetzung seiner Freundschaft mit dem Könige zu unterbrechen, andere Impressionen sei es aus Unwissenheit, sei es aus Bosheit zu machen suchen, bei ihm keinen Glauben finden werden.

Der erste Termin des zu zahlenden Geldes ist nicht mit der von dem Könige befohlenen Genauigkeit bezahlt, die Wechsel Vaubruns an die Herren Fromont[1]) in Danzig waren nur angenommen worden unter der Bedingung, dass die Bezahlung in Reichsthalern oder Ducaten und nicht in polnischer Münze erfolge. Die Fromonts aber wollen nur polnisches Geld geben, was einen Verlust von 12—13 pC. verursachen würde. Bitte, andere Befehle deswegen zu geben, das beste wäre, das Geld nach Hamburg zu schicken oder es Nicolas Fromont zu übergeben, welcher auch im vergangenen Jahre die Hälfte der damals bezahlten Summe erhalten und hieher geliefert hat[2]).

---

[1]) S. Pagès, Les frères Formont et les relations du Grand Electeur avec la cour de France (Revue hist. XLVI, S. 288 ff.).

[2]) Auch die weitere Zahlung der Subsidiengelder ist unpünktlich und unter mannichfachen Schwierigkeiten erfolgt, worüber zahlreiche Schriftstücke von Meinders' Hand, dem diese ganze Angelegenheit übertragen war und der auch diese Gelder in Empfang nahm und zu verwalten hatte, vorliegen. (Vgl. Pagès a. a. O.) Nach einer von ihm im Januar 1672 dem damals in Berlin befindlichen französischen Gesandten St. Géran übergebenen Abrechnung waren die beiden ersten Termine (10. Februar und 10. August 1670 je 100000 Livres) bezahlt worden, von dem nächsten am 10. Februar 1671 fälligen Termin von 100000 Livres nur 50000 Livres und zwar in einem erst nächste Ostermesse zu Leipzig zahlbaren Wechsel. Weitere Zahlungen sind nicht erfolgt. Nach der Schlussabrechnung Meinders' vom 30. April 1673 hat er empfangen die beiden ersten Termine 200000 Fl. = 66666 Rthlr. 16 Gr. und in Abschlag des dritten 50000 Fl. = 16666 Rthlr. 16 Gr., zusammen 83333 Rthlr. 8 Gr., davon sind (laut specificierter Rechnung) ausgegeben 78906 Rthlr. 11 Gr., den Rest von 4426 Rthlr. 21 Gr. liefert er damals an den Kf. ab.

VII.

Eigenhändige Briefe des Kurfürsten an den Oberpräsidenten Otto v. Schwerin. 1668—1671.

VII. Eigenhändige Briefe des Kurfürsten an den Oberpräsidenten Otto v. Schwerin. 1668—1671.

Die nachfolgenden 44 bisher ungedruckten Schreiben, welche der Kurfürst an den Oberpräsidenten Otto v. Schwerin während der Jahre 1668—1671 in Zeiten, wo beide sich nicht an demselben Orte befanden, gerichtet hat, sind in demselben Bande des Geh. Staatsarchivs enthalten, welchem die im 8. und 9. Band dieser Sammlung abgedruckten Briefe an ebendenselben aus den Jahren 1656—1657 und 1661—1663 entnommen sind und über welchen in Band 9 S. 823 sich nähere Nachrichten finden. Auch diese Briefe, in welchen der Kurfürst seinem vertrautesten Rathgeber gegenüber ebenso seine häuslichen und Privatangelegenheiten wie die verschiedenartigsten Fragen der äusseren und inneren Politik zur Sprache bringt, sind von hohem Interesse. Dieselben sind in der unveränderten Orthographie der Originale mitgetheilt. Leider ist ein Theil nicht datiert und ist bei einigen eine genauere chronologische Fixierung nicht möglich gewesen, dieselben erscheinen hier an der Stelle, welche sie im Original einnehmen.

s. l. et d.

[Ausbleiben der Briefe aus Cassel. Aufzusetzender Revers.] 1668.

Lieber H. Schwerin, von Cassell hab ich diesses mall keine [Anfang.] Schreiben bekommen vndt vermeindt man, dass wegen des streits So der Postmeister von Cassell mitt dem von Braunsweig hatt, Selbige zu Braunsweig sein ligen geblieben, Wan Ihr den Revers aufsetzen woltet, So bewuste Persohn [1]) wegen der Religion mir geben solte, konte ich

[1]) Dorothea von Holstein-Glücksburg geb. 9. October 1636, Wittwe des 25. März 1665 verstorbenen Herzogs Christian Ludwig von Braunschweig-Celle. Vgl. Pierson, Kurfürstin Dorothea, die Gründerin der Dorotheenstadt zu Berlin (Berlin 1886).

selbigen mitt der Mitwochischen post schicken, derhalben begere ich ahn Euch dass Ihr solchen aufsetzen wollet.

Collen ahn der Spree den 24. Januarii/[3. Februar] A° 1668.

[Millets Mittheilungen über die Allianz zwischen England und Holland.]

1668. 3. Febr.

Lieber H. von Schwerin[1]). Ich vberschicke Euch hie bey die Relation von dem von Pelnitz vndt Menertzen[2]), es ist gleich itzo Mons: Millet[3]) bey mir gewessen, vndt mir des von Strades[4]) Schreiben gewissen, vndt gehet das gantze Werck der alliance zwischen Englandt vndt Hollandt[5]) auff die Alternatief, Wie Ihme solches Dewitte versichret hatt, hoffe also es werde baldt Fride werden, welches Gott geben wolle, in dessen bewahrung ich Euch empfelle, vndt verbleibe

Ewer Alzeitt gnediger
Friderich Wilhelm Churfurst.

Collen ahn der Sprew den 21./[31.] Martii A° 1668.

[Relation v. Brandts. Das gegen Frankreich einzuhaltende Verfahren.]

1668. 31. März.

Lieber Herr von Schwerin[6]), Ich vberschicke euch des von Brandts[7]) Schreiben, daraus Ihr ersehen werdet, was für iudicia von Franckreich gefeldt werden, es scheindt das isola[8]) seinem alten Gebrauch nach suchen wirdt, die Sachen zu verwirren vndt dass er den Engelischen Hoff anmahne ahn mich zu schreiben, ob ich mich mitt in die Liga begeben wolte, So lange Franckreich bey einmall gegebener paroll beharret kan Ich nicht ersehen, worumb man Mistrauen noch zur Zeitt auf Ihn setzen solle, solte aber, welches ich nicht hoffe, auch glaube, Franckreich gegen seine getahne contestation vndt parolle zu weitt

---

[1]) Nach Schwerins Tagebuch reiste derselbe am 3. Februar nach seiner Besitzung Alt-Landsberg ab und kehrte am 5. von dort nach Berlin zurück.

[2]) S. oben S. 855.

[3]) Jeure Millet, Mai 1667—Juni 1668 französischer Gesandter in Berlin, s. oben S. 682.

[4]) Graf d'Estrades, französischer Gesandter im Haag.

[5]) Die Tripelallianz vom 23. Januar 1668, s. oben S. 859.

[6]) Sch. war mit den Prinzen am 29. März nach Alt-Landsberg gereist, wo er mit denselben bis zum 6. April geblieben ist.

[7]) S. oben S. 664.

[8]) Franz v. Lisola, damals kaiserlicher Gesandter in England.

gehen vndt den Krieg continuiren wollen, müste man alsdan andere consilia ergreiffen vndt nebenst anderen Reichsstenden diesses Werck schleunig vberlegen, vndt das jenige resolviren was zu beruhigung des reichs dienlich. brandt hatt sehr woll geandtworttet, dass mir das Schreiben vom Konige nicht vnangenem sein wurde, hidurch wirdt zeitt gewunnen vndt wir werden inmittels sehen wo das Werck hinnaus lauffen wirdt. hiemitt Gott befollen, vndt verbleibe etc.

Collen ahn der Sprew den 22. Martii/[1. April] A° 1668.

[Befehl an Schwerin, der geheimen Angelegenheit wegen nach Berlin zu kommen.]

1668. 1. April.

Lieber Herr Schwerin, Ewer Schreiben ist mir heutte morgen woll zukommen, werde den Dechandt Groben[1]) daferne er alhie zu mir kommen lassen, sonsten werde ich den Landt Rendtmeister[2]) zu mir kommen lassen, gestern abendt ist etwas furgelauffen wegen bewuster geheimen sache vndt der persohn, so ich der feder nicht vertrauen darff, vndt begere dass Ihr morgen euch alhie bey mir einfinden wollet, auf das ich euch dauon pardt geben konte, Ihr wollet es so anstellen auf das Ihr in einem tage hin und her kommen moget, hiemitt Gott befollen, vndt verbleibe etc.

Schonebeck[3]) den 31. Martii/[10. April] A° 1668.

[Die Schreiben der Prinzessin von Oranien und der Gen. Staaten. Abreise nach Oranienburg.]

1668. 10. April.

Lieber Herr Schwerin, Ich vberschicke Euch hiebey das Schreiben von meiner Schwigerfraw Mutter der Princessin von Oranien, darauss Ihr ersehen werdet, was Sie wegen der Heiradt mitt einer franschosischen Dame[4]) meldet, Auch hab Ihr zu ersehen wie man wegen der Alliance so ich mitt Franckreich gemacht, im hage nicht allerdings zufriden ist. Wie Ich vermeine dass das schreiben So die Staadt von

---

[1]) Hans Ludwig v. d. Gröben, Dechant des Stiftes Brandenburg, kurfürstl. Geh. Rath, s. Urk. u. Akt. X, S. 353ff.

[2]) Der Landrentmeister der märkischen Stände v. d. Linde, s. Urk. u. Akt. X, S. 356. 403ff.

[3]) Kf. war am 5. April nach Schönebeck gereist, hielt sich dann in und bei Potsdam auf und kehrte erst am 2. Mai nach Berlin zurück.

[4]) Vgl. über diese Gerüchte v. Orlich, Friedrich Wilhelm der grosse Kurfürst S. 51 und oben S. 660. 662.

Hollandt ahn mich abgehen lassen[1]), wider beandtworttet werden soll, solches wirdt der von Somnitz Euch berichten, mitt welchen Ich desswegen abrede genommen habe, morgen gehe ich geliebts Gott von hinnen nach Oranienburg, hiemitt thu ich Euch Gottlicher bewahrung empfellen vndt verbleibe etc.

Potzdam den 7./[17.] Aprilis A° 1668.

1668. [Günstige Nachrichten in der Heirathsangelegenheit, darüber umherlaufende Gerüchte.]

17. April. Lieber Herr von Schwerin, Ich vberschicke euch hiebey ein Schreiben von meiner Schwester der Landt Greffin, darauss Ihr sehen werdet, das die bewuste persohn einig vndt allein den scruppell wegen des Nachtmahls hatt, hoffe also es werde Sich zu meinen contento alles woll schicken, Sie werden beiderseits schon beisammen gewessen sein, vndt werde ich mitt Verlangen der zukunftigen post erwahrtten, Wen Ihr mitt den hessischen Secretario[2]) hettet geredet, wie ich zu die brieffe von meiner Fraw Schwester der Landt Greffin gelangen kontte, damitt selbige nicht erst nach Berlin vndt dan wider nach Nellin[3]) gebracht, sonderen dass ich Sie von Brandenburg auss recta auf Nellin bekommen moge. Ich hab diesse post vorbei gehen lassen, das ich ahn meiner Schwiger Fraw Mutter wegen meiner heiradt nichts hab gedencken wollen, werde es aber mitt negsten thun, auch Ihr die persohn namkundig machen, den ich besorge es wirdt in der lenge nicht mehr so verschwigen gehalten werden konnen, Ihr könt mir euere gedancken hiruber zu wissen thun, Man ist sehr courios alhie gewessen, ob man mich hette aussfragen konnen, Ich bin aber allzeitt dabey geblieben, dass in Franckreich viell geldt zu bekommen were, daruber ist man sehr in pein, D. Bergius[4]) hatt gegen Martits[5]) gedacht er konne nummer nicht glauben, dass ich eine Cattollische gemallin nehmen wurde, den dadurch wurde die Kirche leiden, es ist schade dass es nicht den 1. Aprill gewessen, dass die hofmeisterin[6]) vndt D. Bergius diesses aufgebunden worden ist, das beste ist, dass Sie es nicht alleine sein, Ich hoffe Pelnitz vndt Meiners werden baldt nun

---

[1]) Das Schreiben der Gen. Staaten vom 30. März 1668, worin dieselben Kf. zum Beitritt zur Tripelallianz einladen (Aitzema II. S. 880), s. oben S. 759.

[2]) Lincker.

[3]) Besitzung des Kf. in der Nähe von Potsdam.

[4]) Der Hofprediger Dr. Bergius.

[5]) Johann Martitz, kfl. Kammerdiener und Geh. Kammersekretär.

[6]) Frau v. Götzen.

baldt wider hie sein, hiemit thu ich Euch Gottlicher bewahrung getreulich befellen, und verbleibe etc.

Potzdam den 8./[18.] Aprilis A° 1668.

[Antwort an die Prinzessin von Oranien. Briefbeförderung.]

1668. 18. April.

Lieber Herr Schwerin, Ewer Schreiben habe ich heutte woll empfangen vndt bedancke mich gegen euch wegen des Wunsches so Ihr mir thut, Ich hab ein Schreiben aufgesetzet ahn meine Fraw Schwieger Mutter, dauon ich euch das concept hiebey vberschicke, Ihr kondt dazu thun was euch deucht, Ich werde aber wartten das schreiben nicht eher abgehen zu lassen, biss ich bey negster post vollkommene nachricht von meiner Schwester der Landt Gräffin werde bekommen haben, So begere Ich auch zu wissen ob Ich den nahmen der person im Schreiben setzen solle oder nicht, den Fursten von Anhaldt vndt Seine gemallin[1]) werde ich noch ein Zeit lanck bey den glauben lassen, Das der Secretarius Linker selbst seine brieffe von Brandenburg abhollen vndt nach Nellin bringen werde, ist mir lieb dan mich fangt ahn ein wenig zu verlangen, wie es mitt aussgebung des Revers abgelauffen sein moge. hiemitt thu ich Euch Gottlicher bewahrung getreulich befellen, vndt verbleibe etc.

Ihr wollet mir das Schreiben von meiner Fraw Schwester der Landt Gräffin wider zuschicken.

Nellin den 10./[20.] Aprilis A° 1668.

[Schreiben der Prinzessin von Oranien, Intriguen des Fürsten von Anhalt, zu ertheilende Antwort.]

1668. 20. April.

Lieber Herr Schwerin, gleich itzo diessen abendt spette bekomme Ich diesses einligendes Schreiben von meiner Fraw Schwiger Mutter, welches mich den nicht wenig befrembdet, vndt sehe ich woll das diesses Schreiben nicht von Ihr als woll von den Fursten von Anhaldt herruren thut, vndt es Ihme verdriest, das ich In bey der erofnung des Testamendts[2]) aussgeschlossen hab, vndt nicht anders sich zu revangiren weis, als durch meine Schwiger Mutter, Diesses ist nun zu schlissen, dass Sie alle gerne die hande in diesser sache haben wollen, vndt mich

[1]) Henriette Katharina von Oranien, Schwester der verstorbenen Kurfürstin, zu deren Leichenbegängnis sie mit ihrem Gemahl Anfang December 1667 nach Berlin gekommen war.

[2]) Vgl. das Schreiben der Prinzessin von Oranien an Schwerin vom 13. April 1668 (v. Orlich III, S. 521). Droysen, Das Testament des Grossen Kurfürsten S. 19.

gleichsam vnmundig machen wollen, als ob ich meine Kinder nicht liebtte, vndt Ihnen das Ihrige verbrechte, Ich werde wider antwortten, vndt kein bladt fur das maull nehmen, vndt bitten, dass man durch solche leutte so Sich nur vmb das Ihrige bekummeren solten, keine bosse impressiones von mir machen lassen wolle, auch Ihnen kein gehor geben, weill das es solche leutte weren, die nur Ihren nutzen hirin suchten, vndt ohne das wenig oder gar nichts auff den meinen sehen, Ihr kundt hiraus leicht erachten, wie mir diesse Schreiben anstendig gewessen, vndt was fur anschlege alda fur lengst mussen gemacht sein, hiemitt thu ich euch Gottlicher bewahrung getreulich befellen vndt verbleibe etc.

Nellin den 12./[22.] Aprilis A° 1668.

[Günstiger Stand der Heirathsangelegenheit. Antwort an die Prinzessin von Oranien.]

1668. 22. April.

Lieber Schwerin Ich hab gleich itzo von meiner Fraw Schwester der Landt Greffin, durch Mon: Groben[1]) empfangen, die andtwordt, die ich nun so verlangt habe, schicke euch hiebey den Revers[2]), wie auch meiner Schwester Schreiben, was fur furschlege geschehen, wollet Ihr vberlegen vndt Ewre gedancken mir alsofordt zu Schreiben, der Revers ist zwahr nicht wie ich begeret habe, aber Ihr werdet sehen was Sie Sich gegen meine Schwester apardt erkleret hatt, Darauss ich mutmassen mus dass Gott der der Menschen Hande in seiner Hand hatt vndt selbige regiret, er das Ihrige auch zur Wahrheitt vndt rechten erkendtnis bringen werde, Es wird nuhmer nottig sein alle anstaldt zu machen damitt es vollendt zur richtigkeitt gelangen moge. Wan die Churfurstin von Heidelberg[3]) mittkommen solte, so muste man alle anstaldt auch darzu machen, bitte auch mir Ewere gedancken auffenhertzig hiruon zu

---

[1]) S. oben S. 921.

[2]) Ein solcher Revers ist nicht erhalten, er ist vielleicht, nachdem die Kurfürstin schon im October 1668 zum reformierten Glauben übergetreten war, cassiert worden. In den Ehepacten d. Grüningen 14./[24.] Juni 1668 (Kgl. Hausarchiv) bestätigt dieselbe „was wir noch neulicher Zeit zu Allendorff in Soden bey vorkommenden Religionsunterschied zu mehrer Befestigung ehelicher Liebe und bestendigen guten Vertrawens uns derenthalben in einem und anderm, zumahln aber, dass, imfall dem Allerhöchsten gefällig, uns beyderseits mit Leibeserben zu segenen, solche in keiner andern als der reformirten Religion auferzogen werden sollten, absonderlich und in Schriften erkleret".

[3]) Charlotte, Schwester des Landgrafen Wilhelm IV. von Hessen-Cassel, Gemahlin des Kurfürsten Karl Ludwig von der Pfalz, welche, von diesem getrennt, 1663 nach Cassel zurückgekehrt war. S. Urk. u. Akt. XI, S. 71ff.

wissen thun, das Schreiben an meiner Schwiger Mutter hab ich 8 tage zuruck gedattiret, vndt schicke solches an Copes vndt lass Ihm Schreiben, es were bey der post vergangen liegen blieben, hiemitt Gottlicher bewahrung befollen vndt verbleibe etc.

Groben kam eben wie Ich bey der Taffell wahr da die Furstin von Anhaldt Sich daruber entsetzte vndt erst gans bleich vndt nachmals rodt wahrdt, ich halte dafur dass Sie etwas mercken, vndt nicht eigendtlich wissen, Ich bleibe bey meiner vorigen Aussage, nach verlessung wollet Ihr mir diese beyligende Schreiben wider schicken.

Nellin den 13./[23.] Aprilis A° 1668.

[Antwort an die Prinzessin von Oranien. Vorbereitungen zur Heirath, zu verschenkendes Portrait des Kf.]

1668. 23. April.

Lieber Herr Schwerin, Ewer Schreiben hab ich nehbenst den anderen Schreiben woll empfangen, Ihr hab sehr woll meiner Schwiger Mutter geantworttet[1]), beide Schreiben kommen nicht aus Ihren Kocher, sonderen sein vielleicht hie concipiret worden, Ich will Ihr andtwortten, aber mit aller bescheidenheitt, Ihr wollet nachsehen lassen, wie viell personen meiner gemallin laudt den epacten sein gehalten worden, vndt solches mir zuschicken, meine Schwester Schreibt mir, dass Sie der bewusten person Ihr conterfeitt durch Ihren prediger musquelum schicke, es ist der so des D. Crellii[2]) tochter trauet, Ihr wollet solches von ihn abforderen, vndt da es versigeldt mir zuschicken, Sie verlangt nun bey mir zu sein vndt ich nach Ihr, ahn meine Schwester hab ich geschriben, das ich gewis den 9. Junii zu Groningen sein wurde, es muss nun bei zeitt anstaldt dazu gemacht werden, ob es Cansteinen[3]) zu offenbahren stehe ich sehr ahn, den der wurde es furchte ich lautbahr machen, Ich bitte Euch auch Ihr wollet den maller blocken zu euch kommen lassen vndt von Ihn vernehmen, ob er das kleine conterfeitt von mir noch bey Sich habe, So er dem von Nuernberg, so die Stemppell zur Muntze geschnitten, geligen hatt, welches Ihr von Ihm abforderen konnet vndt da rup[4]) noch zu Berlin ein Cristall daruber machen vndt mitt Demanten vmb-

[1]) Das Schreiben Schwerins an die Prinzessin von Oranien vom 26. April 1668, Erwiderung auf ein Schreiben derselben vom 13. April in der Testamentsangelegenheit, abgedruckt bei v. Orlich III, S. 522f.

[2]) Der Hofprediger Dr. Wolfgang Crellius.

[3]) Der Hofmarschall u. Kammerpräsident Raban v. Canstein.

[4]) Der Hofjuwelier Ewald Rupe.

fassen lassen, damit man es zum Arrembandt gebrauchen konne, die bewuste person hatt sehr instendig meine Schwester die Landt Greffin darumb ersuchet, wan Rup nicht da were so wollet Ihr bei Menlinck vernehmen, [ob[1])] er steine darzu habe, So bitte ich [sie] alsovordt zu bestellen den ich M[usculus] gerne damitt abferttigen wol[te], hiemitt thu Ich Euch Göttlicher [be]wahrung getreulich befellen vndt verbleibe Allzeitt etc.

Gleich wie ich diesses schon zu gesigeldt habe bekomme ich Ew. Schreiben, bedancke mich wegen des Wunsches So Ihr mir zu beforstehender hayradt thut, der hochste erfulle eueren wunsch. Lieb sollte mir sein dass Ihr auff ein Tag oder etliche anhero kommen konttet, den eine vndt andere sachen vorfallen, daruber ich euer guttachten gerne vernehmen wolte, wegen der estiftung werde ich ahn meine Schwester schreiben, damit solche mir zugeschickt werden moge. D. 14. Junii acceptire ich gern, werde auch schreiben, dass man es in geheim mitt den Bruderen communicire.

Nellin den 15./[25.] Aprilis A° 1668.

[Musculus' Ankunft. Intrigue des Fürsten von Anhalt. Das Armband. Friedenshoffnungen.]

1668.
25. April. Lieber Herr Schwerin, Ewer Schreiben hab ich gesteren spette empfangen, nehbenst der liste der bedientten, So meiner Gemallin seligen sein gehalten worden, Ich halte dafur dass musculus nuhmer zu Berlin wirdt ankommen sein, vndt wolt Ihr das gemelte mitt bringen, Ich erwahrtte auffen den Sonnabendt Ewer vndt die kinder mitt. Weill Ihr vermeinet, das es nocht zu fruhe sey einige anstaldt zu Groningen machen zu lassen, als kan man noch etwas darmitt verziehen, Das meine Schwiger Fraw Mutter gegen Colombell[2]) wegen erofnung des testaments geklagt, da ist niehmandt andres schuldt ahn, als der Furst von Anhaldt, den ich kan ahn seinen gesichte erkennen, dass er auch Schreiben hiruber empfangen hatt, der Pfaltz Graff[3]) ziehet diesse Woche von hin. alhie fengt man ahn etwas nachdenckens von der heiradt zu be-

---

[1]) Das Blatt ist am Rande beschädigt.

[2]) Gabriel Colombel, kurfürstl. Hofmaler.

[3]) Pfalzgraf Moritz Ludwig Heinrich von Simmern, seit 23. September 1666 Gemahl der Prinzessin Marie von Oranien, Schwester der Kurfürstin, war auch Anfang December 1667 zur Theilnahme an dem Leichenbegängnisse mit seiner Gemahlin nach Berlin gekommen und reiste erst 28. April 1668 von dort wieder ab.

kommen, in sonderheitt weill Musculus gekommen ist, dennoch seindts mutmassungen. Wegen des Arrembandes, sehe ich gerne dass es hupsse reine dicke steine weren, oder facett steine weren, Ihr konnet es lassen machen von solchen preis, als da steine zu vorhanden sein. Das Mons. Milet gutte hofnung zum friden macht, dessen erfreue Ich mich, Ich hab auch auss des D. Beiers[1]) Relation gutte hofnung geschopffet Gott verleihe seine gnade darzu. hiemitt thu ich euch Gottlicher bewahrung empfellen, vndt verbleibe etc.

---

s. l. et d.

[Der Fürst und die Fürstin von Anhalt.]

1668. [c. Mai.]

Lieber herr Schwerin, Was mir die Furstin von Anhaldt antworttet auf mein ahn Ihr abgelassenes Schreiben[2]) hab Ihr auss beikommenden zu ersehen, wie auch was der Furst von Anhaldt schreibet, es scheindt er will Sich wider insinuiren, Ich werde aber auff mittell bedacht sein, damitt Ich seiner loss werde, Seine gemallin scheindt ist nicht sehr woll damit zufriden, weill Sie so kurtz druber hin gehet, Ich achte es aber nicht, das vngegonntte brott schmeck ahm besten, ist das alte spruchwordt.

Schonebeck den 15./[25.] Maij A° 1668.

[Schwedens Beitritt zur Tripelallianz, Millet zu machende Mittheilungen. Bevorstehende Ankunft Burkersrode's.]

1668. 25. Mai.

Lieber Herr von Schwerin Ich vberschicke Euch was mir heutte durch die post zu kommen ist, darauss Ihr werdet zu ersehen haben, welcher gestaldt die Chron Schweden[3]) mitt in die Alliance mitt Engelandt und Hollandt getretten Sein, wie auch was der Schwedische vndt Hollendische Resident fur discurssen zu Coppenhagen gefuhrtt hatt, Ich iudicir hieuon dass weill Schweden itzo weis dass ich mitt Franckreich in gutten vernehmen bin, Sie desswegen Diesse Aliance ingangen haben, vndt Ihre Schwacheitt da durch bewissen, Darumb wirdt nottig

---

[1]) S. oben S. 828.

[2]) Dasselbe enthielt wahrscheinlich die Anzeige von der bevorstehenden neuen Vermählung des Kf. Die Fürstin von Anhalt war auch am 28. April von Berlin abgereist.

[3]) Ueber den Beitritt Schwedens zur Tripelallianz s. oben S. 756 ff.

sein, mit Mons. Milet hirauss zu communiciren vndt zu begeren, da etwa mir hierauss einige vngelegenheitt entstehen solte, Ich resolvirdt were mich ahn des Koniges paroll zu halten, welche ich so hoch als eine Armee estimirte, vndt auff sothanen fall dero Hulffe gewerttig sein wolte, Was Berlips[1]) ahn mich Schreibet, wegen Burckerstroda[2]) hab Ihr auss selbigen schreiben zu vernehmen, Ich Schreibe vndt befell Ihn weill er incognito sein will, das er Ihn anhero bringen solle, Ich werde Ihme von den 72[3]) Antwortten auf seine commission geben, mich wundert nicht wenig, Das Pfalz Neuburg sich schon mitt Sackssen wegen der Succession ingelassen vndt mir hie von keine Nachricht gegeben, Ich halte auch dafur dass es den Churfursten lieber sein wirdt dass ich in selbst horen werde, als durch einen anderen, hiemitt thu ich Euch etc.

Schonebeck den 17./[27.] Maij A° 1668.

[Beabsichtigte Reise des Fürsten von Anhalt, dessen Bereitwilligkeit, während der Abwesenheit des Kf. in Preussen die Statthalterschaft zu übernehmen. Schreiben der Prinzessin von Oranien.]

1668.
27. Mai. Lieber Herr Schwerin, Ewer Schreiben hab ich heutte woll empfangen, vndt darauss ersehen, wie dass der Furst von Anhaldt ahn Euch geschriben, das er eine reisse vorhabe[4]) mitt der von Simmeren nach der Pfaltz zu gehen, auch begert zu wissen ob ich seiner bey dem beilager von notten hette, Nun kan solches woll ohne seiner verrichtet werden weill es mir alleine angehet, vndt ich seiner hulffe nicht nottig habe, Er hat auch gefraget ob ich begertte dass er mir alda aufwartten solte, darauf ich Ihme geantworttet, dass ich es in seinen belieben gesteldt sein liesse, weiss also nicht, ob er dahin kommen wirdt oder nicht, sonsten bericht ich Euch das ich es schon mitt Ihn so weitt gebracht, dass er alhie verbleiben will bis ich Ihn aus Preussen schreiben werde, das er zu mir kommen solle, Ich gedachte gegen Ihn dass der Pfalss Graff von Neuburg[5]) wan ich in Preussen ziehen werde diesser ortten kommen

---

[1]) Der Schlosshauptmann Otto v. Berlepsch.

[2]) Der kursächsische Geh. Rath v. Burkersrode, s. über dessen damalige Sendung nach Berlin Auerbach S. 320.

[3]) unaufgelöste Chiffer.

[4]) S. das Schreiben des Kf. an den Fürsten von Anhalt vom 4./[14.] Juni 1668 (v. Orlich III, S. 174f.).

[5]) S. oben S. 400. 417.

wurde, vndt ich verlegen were, wer Ihn alhie aufwahrtten vndt bewirtten solte, zu deme ginge ich itzo nach Preussen, Spahr[1]) were todt, die milice vndt vestungen musten in acht genommen werden. So erbott er Sich alsofordt vmb alhie zu verbleiben, diesses ist der anfang, vndt werde woll weitter kommen, Das meine Kinder nach Tessau gehn solten finde ich auss gewissen Vrsachen welche ich Euch ins kunftige sagen werde nicht dienlich, zu deme wurden Sie zu viell ahn Ihren studiis verabsäumen[2]), Das meine Schwieger Mutter wider so ein hardt Schreiben[3]) ahn Euch gethan, ersehe ich auss Ewerer relation, Ich glaube nicht das es auss Ihren Kocher herkommen, sonderen, das es von Furst von Anhaldt herruhre, welche gerne die handt mitt ins spiell gehatt hetten, hiemitt thu ich euch etc.

Ich bin fro das meine Kinder Sich so woll befinden, wollet Sie meinetwegen grussen.

---

s. l. et d.

[Mahnung Millets wegen der Zahlung an Dönhoff. Abreise Béziers'.]

1668. [Juni.]

Mons. Milet; hatt mir heutte berichtet, das daferne, der Ober Cammerer Denhoff[4]) die verwilligte gelder vom Pfaltz Graffen bey der babigation nicht bekommen wurde, zu besorgen stunde, dass aus dem wercke schwerlich so balde etwas geschehe, sonderen dem Pfaltz Graffen schedlich sein mochte, derhalben mich ersucht, das ich desshalben ahn den Pfaltz Graffen schreiben mochte, dass er solche gelder zallen mochte, auch vermeinet Mons: besisers[5]), das es besser sein wurde das die gesantten von dannen gingen, Mons: Milet vermeinet auch das der Bischoff von Besiers nottwendig einen Postridt vber Dusseldorf nehmen vndt von dannen auff Paris vmb den Konig von allen wie das werck itzo bestunde rapordt zu thun. Daferne Ihr vermeinet konten solche Schreiben ahn Ouerbeck ergehen.

---

[1]) Gen. Feldmarschall Otto Christoph v. Sparr war 9. Mai 1668 gestorben.

[2]) Die Prinzen Karl Emil und Friedrich haben die Zeit vom 18. Mai bis 28. Juni 1668 zu Alt-Landsberg zugebracht.

[3]) S. v. Orlich III, S. 523f.

[4]) S. oben S. 374.

[5]) Pierre de Bonzi, Bischof von Béziers, französischer Gesandter in Polen, s. oben S. 367.

Lebuss den 9./[19.] August A° 1668.

1668. [Ein aus Warschau angelangtes, v. Hoverbeck verdächtigendes Schreiben.]

19. Aug. Lieber Herr von Schwerin[1]), Ewer Schreiben hab ich woll erhalten, nebenst den in gelegtten Schreiben auss Warschau, welches ich euch hiebey wider vberschicke, Ich halte dafur Das Diesses ein poll sey, so solches geschriben, vndt durch den Kayserlichen Meiersberg[2]) practicirt sey, erstlich zwischen Euch vndt dem von Ouerbecken Unwillen zu stiften, zum anderen, auff dass Ouerbeck bey den Pollen destomehr verdechtig gemacht werden moge, drittens wegen der heiradt, in bey mir in vngnadt zu bringen, auf dass ich iemanden anderes dahin schicken mochte, dem der Polnische Staadt nicht so bekandt sey als Ihme, Ihr kontt euch erkundigen wer der sey so diesses geschriben, alssdan wirdt man sehen ob es ein gemachtes Werck sey oder nicht, hiermitt thu ich Euch etc.

---

s. l. et d.

[Bestellung des Vormundschaftsraths.]

1668. Lieber H. Schwerin, Den eidt So die vormundtsrahtte[3]) schweren sollen solchen hab durchlessen vndt befinde selbigen sehr woll eingesteldt,

---

[1]) Der Kurfürst und die Kurfürstin waren auf der Reise nach Preussen am 7. August von Berlin aufgebrochen und trafen am 11. September in Königsberg ein, Schwerin blieb vorläufig wegen Krankheit seiner Frau in Berlin zurück und kam am 17. September in Königsberg an, s. sein Tagebuch (v. Orlich I, S. 618).

[2]) Augustin Freiherr v. Mayernberg, kaiserlicher Gesandter in Polen.

[3]) Aus der Zeit zwischen dem Tode der Kurfürstin Luise Henriette und der Wiedervermählung des Kf. sind mehrere Testamentsentwürfe des letzteren (im Kgl. Hausarchiv) vorhanden. In dem ersten wird im Fall der Minderjährigkeit des Kurprinzen die Vormundschaft und Regentschaft dem Statthalter der Kurmark, Fürsten Johann Georg von Anhalt, und einigen Räthen, welche Kf. in einem besonderen verschlossenen Zettel benennen wolle, übertragen, diese Stelle ist aber nachher geändert und die Vormundschaft „einigen unsren Rhäten, so wir in einem absonderlichen verschlossenen Zettel benennen wollen" zugesprochen worden. Dem Testament vom 27. Januar 1670 (s. Droysen S. 107) hat Kf. folgendes eigenhändiges Codicill hinzugefügt:

„Wan mich der liebe Gott Abforderen wurde, ehe mein Eltister Sohn Regieren konnte, So hatt meine Gemahlin Als Vormunderin dieienige Rhätte so mir bis an mein Ende wurcklich gedienett haben, Als Vormundschaft Rähtte zu gebrauchen, welche Ich dan dazu hiemitt will benandt haben, als wan Sie mitt nahmen genandt weren, vndt vermahne Sie nochmals auf meiner kinder vndt meines hauses beste Ihren pflichten nach zu sehen, Auch Sich vntereinander fridtlich zu verhalten, damitt meinen Kinderen zu schaden wegen Ihrer etwa habenden streittigkeitten kein nachtheill zuwackssen moge, Aldieweill aber bey solchen verenderungen zum hochsten nottig ist, das alle Gouverneurs in den vestungen sein, vndt auff alles gute achtung

wegen der benennung der Rahtte, will ich morgen gelibts Gott, selbst mitt euch darauss reden, welche vndt auffen falle, da ein oder der ander abgehen mochte, wider in die Stelle kommen solle, vndt kan solches alzeitt dabey gelegt werden, Ich hab bedencken einigen Lutterischen darzu zu nehmen, Ich werde also auff leutte die von der religion sein gedencken, welches ich euch hinwider zur nachricht hiemitt hab geben wollen, vndt verbleibe etc.

Grönhoff[1]) den 5. October A° 1668.

[Rathschläge Niemirycz's. Sendung nach Grosspolen. Geldzahlungen.] 1668.

Lieber H. Schwerin, Es hat mir H. Nimritz[2]) diese vier persohnen[3]) recommendiret, vndt danehbenst versichert, dass selbige, alles dassienige thun wurden fur die interesse des hertzogs von Neuburg, vermeinet aber darbey, dass man einen ieden 1000 fl. Polnischer gulden geben mochte, diesses ist nun ein geringes, also habt Ihr mitt Stratmannen[4]) zu reden, damitt man diessen leutten solches itzo geben mochte, es sein leutte die grossen anhang haben, vndt derhalben nicht negligiret werden mussen, H. Nimritz rattet auch dass ich einen in Gross Pollen Schicken solle, So sich nicht fur meinen Diener declarire oder aussgebe, er will im ein Schreiben ahn ob gemelte mitt geben, damitt Sie wissen mogen wer er sey, Ich hab im vermocht dass er die instruction aufsetze, welche Ihr durchsehen vndt da etwas dabey zu Dienst des Hertzogen von Neuburgs Euch infallen dabey anhengen, Ihr habt Euch vmb ein subiectum vmb zu sehen, welchen man trauen, vndt darzu geschickt sey, die kosten will ich darzu anweissen lassen, er muss aber noch gegen aussgang des 15. diesses in Possen sein, den alsdann die zusammenkunft alda der Gross Polnischen Stenden sein wirdt, Mitt H. Stratman must Ihr reden, 5. Oct.

---

haben sollen, So soll der Graff von Donah alzeit in Custrin verbleiben, vndt solchen ohrdtt woll in acht nehmen, den anderen Gouverneren muss eben dasselbe anbefollen werden, in allen landen, vndt pletzen, wo garnisonen sein. Datum wie im Testament, Friderich Wilhelm Churfurst."

Demselben liegt auch die Eidesnotul für die Räthe bei.

[1]) Grünhof in Preussen. Kf. hatte (nach Schwerins Tagebuch) mit seiner Gemahlin 19. September Königsberg verlassen, um an verschiedenen Orten zu jagen, kehrte am 14. October nach Königsberg zurück.

[2]) Stephan Niemirycz, U. Kämmerer von Kiew, s. oben S. 248. 384.

[3]) Auf einem beiliegenden Zettel: Mr. Czarnkowski Starosta Osiecki, M. Smogulecki Starosta Lipinski, M. Pogorzelski Starosta Lowiecki, M. Zaleski chorazy Lenzycki.

[4]) Der pfalzneuburgische Geh. Rath Theodor Stratmann, s. oben S. 381.

damitt dass dass ienige So dem Sobeiesky[1]) versprochen gegeben werde, haben wir den vndt die Gross Polner, darnach wirdt Sich das andere alles woll schicken, itzo ist die Zeitt dass man den beuttell ofne, den sonsten schwerlich solche gelegene zeitt wider kommen mochte, ich liege noch zu bette hoffe aber es werde Sich baldt besseren, hiemit thu ich euch etc.

Nachdem ich alles mitt H. Nimritzen woll vberleget, so finden wir nicht rahdtsam eine instruction dem ienigen mitt zu geben so nach Possen verschickt werden solle, nur allein dass er bei obgenantten vieren personen anhalte das die election ehist geschehen moge, kein creditif darff man ihme geben, weill Sie solches nicht annehmen durffen, H. Nimritz, will durch denselben Schreiben vndt kan derselbe anhero kommen, damitt er in desto besser informire.

Wir halten auch dafur dass es besser sey das die election im Wintter als gegen den Sommer geschehe, weill im Sommer alles was reitten kan alda zu Warschau sein werde.

Grunhoff den 6. October A° 1668.

[Sendung Gelhars nach Grosspolen.]

1668, 6. Oct. Lieber H. Schwerin, gleich itzo ist gelhar vndt Kirschenstein von Soldo burttig alhie angelangt, Ich hab gelharen die commission aufgetragen vndt in informiret, dass er sich nicht fur meinen Diener aussgeben solle, sondern dass er zufelliger geschefte ha[l]ben alda zu verrichten hette, vndt were Ihme aufgetragen worden, zu vernehmen wie euer Sohn[2]) Sich in seinen studiren verhielte, dass der Neuburgische Resident die 4000 fl. zahlen will ist mir lieb, vndt kan gelhar selbige mitt nehmen vndt sie vnter den vieren theillen, wegen der Reisekosten hab ich schon verordenung gemacht, dass daran kein mangell sein wirdt, H. Nimritz gibet Ihme einige Schreiben mitt ahn die viere, es sein leutte die einen grossen anhang in Gross Pollen vnter dem Adell haben, vndt viell guttes thun konnen, hiemitt thu ich Euch etc.

---

[1]) Der polnische G. Feldherr Johann Sobieski, s. oben S. 384, Krebs, Vorgeschichte und Ausgang der polnischen Königswahl i. J. 1669 (Zeitschr. d. histor. Gesellsch. f. d. Provinz Posen III) S. 178 ff.

[2]) Vermuthlich Schwerins dritter Sohn Friedrich Heinrich, geb. 14. Juli 1654, welcher später in polnische Dienste trat.

s. l. et d.

[Sendung Blaspeils nach Amsterdam. Conferenz mit dem englischen Gesandten.] 1669.

Lieber herr von Schwerin, Meine Gemahlin dringt sehr auff die [Juni.] abschickung von Blaspeill nach Ambsterdam, vndt sehe gerne das noch heutte eine conferens mit den Englichen[1]) gehalten wurde, auff dass man Blaspeillen desto besser informiren kontte, Ich werde dem abgeschickten sagen lassen, dass er frey mitt euch auss der sache conferiren solle, weill ich versichert were das solches verschwigen verbleiben wurde.

Ruderstorff den 8./[18.] September A° 1669.

[Rückkehr nach Berlin. Das Schuldenwerk der Landschaft.] 1669.

Lieber herr von Schwerin, Diessen abendt bin ich alhie glucklich 18. Sept. angelangt[2]), welches Ich euch hiemitt hab zu wissen thun wollen, vndt werde morgen glibts Gott erst alhie fruhestucken, Auff dass Ich gegen drey oder halb 4 in Berlin sein konne, ob nun meine kinder vnterwegenss oder zum fruhestuck alhie kommen konnen, vndt ob euer Zustand zu geben wirdt, solches wollet Ihr mir durch einen expressen zu wissen thun, Ich vberschicke Euch was auss Pollen mir zukommen ist, wegen des schuldenwercks der Landschaft[3]) werde ich mich mitt euch mundtlich besprechen vndt Euren vorschlag wie man die obligationes in lossen konne vndt woher die mittell zu nehmen sein vernehmen, hiemitt Gott befollen etc.

Ruderstorff den 9./[19.] September A° 1669.

[Ursache der schleunigen Rückkehr nach Berlin. Zusammentreffen mit den Kindern.] 1669.

Lieber herr von Schwerin, Ewre beide Schreiben hab ich woll 19. Sept. erhalten, dass ich meine reisse so schleunig nach Berlin thue, ist die vrsache dass mein Vetter der Marggraff[4]) wie auch der Pfaltz Graff von Sulsbach[5]) zu Berlin sein, Weill der weck fur die Pferde bis anhero zu weitt feldt, so werde ich die kinder bey dem Buxhagen ein stundt

---

[1]) Gabriel Silvius, s. oben S. 672 ff.

[2]) auf der Rückreise von Preussen, Schwerin war mit den Prinzen vorausgereist.

[3]) Vgl. Urk. u. Akt. X, S. 410 ff.

[4]) Markgraf Christian Ernst von Baireuth.

[5]) Pfalzgraf Christian August von Sulzbach, s. oben S. 894.

fur der Stadt finden, was euere persohn betrift, werde ich zu Berlin erwahrtten, da ich dan wegen des So Ihr ahn mich begeret, mundtlich mitt euch reden will, inmittels kunnet Ihr Euere communion abwahrtten, Wo mitt ich Euch etc.

Potzdam den 17./[27.] October A° 1669.

[Besuch der Kinder. Weinlese. Fischerei.]

1669.
27. Oct. Lieber herr von Schwerin

Ich hoffe das diesses euch bey gesundheitt finden werde, wen meine kinder fleissig gestudiret hetten, solte es mir lieb sein vndt erinnere Ich mich der zusage so ich Ihnen gethan Sie anhero kommen zu lassen, derhalben so Ihr es rahdtsam befindet, konten Sie auff zukunftigen Dienstag anhero kommen, Ich hab mitt der weinlesse noch nicht ferttig werden konnen, vndt haben mehr als wir vermuttet haben, auss des Eppingers Teich hab ich 1200 schock setzlinge gefischet, ich hab aber keine kaufleutte, kontte Ihr mir etliche zu weissen wurde es mir sehr lieb sein, hiemit thu ich euch etc.

Meine kinder wollet Ihr meinetwegen grussen.

Potzdam den 23. Martii/[2. April] A° 1670[1]).

[Unwillen über ein kaiserliches Schreiben. Rode. Die polnischen Forderungen sind zurückzuweisen.]

1670.
2. April. Lieber H. von Schwerin, Ich vberschicke Euch hiebey, das Kayserliche handt Schreiben[2]), vndt muss gestehen, dass ich mir nich-

---

[1]) Schon von v. Orlich III, S. 207, aber irrthümlich als vom 23. März 1673 mitgetheilt.

[2]) Kf. hatte sich (d. Königsberg 24. Juni 1669) bei Kaiser Leopold darüber beschwert, dass dessen Gesandter in Polen, Graf Schaffgotsch, seinen nach demselben dort angelangten Gesandten v. Hoverbeck und Jena die erste Visite sowie die Oberhand in seinem Logement und das Prädicat Excellenz verweigert habe, (s. Pufendorf X, § 85 S. 717 f., vgl. oben S. 402) und hatte auch bei den übrigen Kurfürsten über diese Verletzung des durch Kaiser Ferdinand III. eingeführten Cerimoniells Beschwerde geführt. Der Kaiser erwiderte darauf (d. Wien 10. November 1669), nach einem beifolgenden Berichte Schaffgotschs könne er nicht finden, dass derselbe ungebührlich gehandelt hätte, und beklagte sich seinerseits darüber, dass des Kf. Gesandte in Regensburg von seinem neuen Principalcommissarius daselbst, dem Bischof Marquard von Eichstädt, wider das Reichsherkommen die Oberhand und das Prädicat Excellenz verlangt und, da ihnen dieses nicht bewilligt worden, demselben die Visite verweigert hätten. Der Kurfürst übersandte darauf (d. Cöln 3./[13.] Fe-

mals ein so harttes Schreiben eingebildet hette, den da ich sattisfaction wegen des Graff Schafkutzen begert, wie vnbillig, man mich solcher gestaldt begegenet, der Teuffell muss alda gantz loss sein, in Vngern stehen Ihre sachen sehr schlim, vndt mich disiustirt man, lest mich Gott leben vndt gesundtheitt darbey, So werde ich suchen solches zu revansiren, denn es ist zu grob, Das ist der danck dass ich Ihme die Chron aufgesetz habe, die zeitt kan kommen das ich Ihn die ab vndt einen anderen, der es besser meritirt als er, wider aufsetze, Was Brandt wegen des Rodens Schreibet[1]) so muss Ihm befollen werden, dass er Ihme noch dem Konige keine hofnung mache, dass ich den Vatter losslassen werde, Ich sehe auch man will praetensiones ahn mir bey beschwerung der pacten machen, welches man auch bei zeitten abschlagen muss, den in den pactten von keiner compensation gedacht wird, hiemitt thu ich Euch etc.

Potzdam den 19./[29.] Aprilis A° 1670.

[Relation v. Crockows. Zusammenkunft mit K. Sachsen in Leipzig.]

1670. 29. April.

Lieber Herr Schwerin, Ich vberschicke Ihn hiebey des von

---

bruar 1670) dem Kaiser einen Gegenbericht v. Hoverbecks und Jena's, erklärte, Schaffgotsch hätte „seine unverantwortlichen Proceduren colorieren wollen", verlangte Satisfaction für den ihm durch denselben zugefügten Tort und forderte, der Kaiser möchte künftig seinen Gesandten anbefehlen, seinen Gesandten dergleichen Controversen nicht zu movieren. Darauf erfolgte ein neues Schreiben Kaiser Leopolds (d. Wien 16. März 1670), welches den Kf. so in Harnisch versetzt hat: „Mir ist Ew. Ld. Schreiben vom 3. Februarii nechsthin sambt dem dabei gefuegten Gegenbericht des Freiherrn von Hoverbeck wohl eingeliefert worden. Und muess zwar meines Orts hinwiderumb dahin gestellt sein lassen, auf was für einem Fundament und Grund gedachtes von Hoverbecks Relation beruhen mag, will auch darauf nit so hoch reflectiren, weilen unsere Gesandten gegen einander in contradictoriis bestehen und das uhralte Reichsherkommen in dieser Differenz zwischen beeden Theilen den Entscheid ohne einzigen Theiles Offension gar klar geben kann." Darauf beklagt er sich aufs neue über das Verhalten der Gesandten des Kf. in Regensburg gegen den Bischof von Eichstaedt und bemerkt zum Schluss: „Also lebe ich der beständigen Zuversicht, Ew. Ld. werden vorbesagte Ihre Gesandten dahin gemessen instruiren und anweisen, dass sie sich in diesem Fall dem kundbaren Reichsherkommen und mithin auch andern Churfürstlichen Gesandten allerdings conformiren, mit der Ihnen von meinentwegen gebenden Gegenversicherung, dass von meinen Kaiserlichen Commissariis ihnen hinwiederumb dem üblichen stylo imperii gemäss mit behöriger Civilet begegnet werden solle, wie Ich mich dann auch, wann mir hierinnen gebührende Satisfaction beschehen sein wird, wegen Ew. Ld. Verlangens solcher Gestalt erklären will, dass Sie sich zu beschweren nicht Ursach haben werden."

[1]) S. oben S. 438 f.

Krokau[1]) Relation, vndt werde ich mitt Euch wan wir zusammen kommen darauss reden, Ich hab gestern von hertzogen von Holstein in vertrauen verstanden, dass der Baron von Goss auch nach Leiptzig[2]) gehen werde, es scheindt das man alda mich zur tripel Alliance zu bewegen suchen werde, oder dass der Kayserliche alda zu penetriren suchen werde was zwissen Chur Sackssen vndt mir furgehen werde, hiemitt thu ich Euch etc.

Grimnitz den 10./[20.] Maij A° 1670.

[Aussicht zu gütlichem Ausgleich mit Wolffenbüttel. Sistierung des Marsches der Truppen.]

1670. 20. Mai. Lieber Herr Schwerin, Aus des hertzogen von Wolffenbuttels Schreiben hab ich ersehen, dass Sie zwahr zum vergleich[3]) incliniren, auch die interposition von Chur Sackssen annehmen wollen, iedoch Sich bey der possession manuteniren wollen, Ich hoffe aber sie werden noch mehr wasser in Ihren wein thun, vndt weill ich sehe, dass mitt dem marsch der truppen in etwas verzogen werden muss, so bin ich auch der meinung dass man Sie beordere, auff ienseitt der oder biss fernere ordre komme zu verbleiben, vndt sich von einander zu logiren dan wan sie bey sammen stehen wurde es ohne beschwer des landes nicht zugehen, es konnte der Generall Adiutant Kallenberg Ihnen entgegen geschickt werden, welches Ihr Ihn in meinen nahmen zu befellen habt, die guttliche handtlung werde ich nicht aussschlagen, wan man wegen des schimpfs nur sattisfaction thut. Ich gehe heutte nach Schonebeck, hiemitt thu ich Euch etc.

Beiliegendes so in zieffern von Krakau wollet Ihr deciferiren lassen vndt mir alssdan zuschicken.

---

[1]) L. G. v. Crockow war Februar 1670 als Gesandter nach Frankreich geschickt worden, s. Urk. u. Akt. XIII, S. 12.

[2]) Ueber die im Mai 1670 zwischen Kf. und dem Kurfürsten Johann Georg von Sachsen zu Leipzig abgehaltene Zusammenkunft s. Auerbach S. 344, Urk. u. Akt. XIV, 1 S. 452f.

[3]) Ueber die damaligen Streitigkeiten des Kf. mit den braunschweigischen Herzogen über die Grafschaft Reinstein s. Steinhoff, Gesch. der Grafschaft Blankenburg, der Grafschaft Regenstein und des Klosters Michaelstein (Blankenburg u. Quedlinburg 1891) S. 156f. Vgl. Urk. u. Akt. XIV, 1 S. 453f. und oben S. 451.

Potzdam den 17./[27.] Maii A° 1670.

[Ueberschickte Schreiben, die polnische Angelegenheit.]

1670. 27. Mai.

Lieber Herr Schwerin, Ich vberschicke euch hiebey die zwey schreiben ahn meinen vetter den Marggraffen welche Ihr alda vberschreiben lassen wollet, die andere schreiben ahn Krakau vndt Rumbswinckell seindt mitt hiebey geschlossen, Carrellen[1]) wolt Ihr sagen dass ich es ihn verzeihe, vndt hoffe er werde inskunftige sich enderen, Die polnische sache ist von grosser wichtigkeitt vndt bedarf woll nachgedacht zu werden derhalben man sich nicht vbereillen muss, wen ich wider nach Berlin komme, wollen wir dar von reden, hiemitt Gott befollen etc.

Potzdam den 8./[18.] Junii A° 1670.

[Rechnung Battiers und deren Prüfung durch einen Juden.]

1670. 18. Juni.

Lieber herr von Schwerin, Mitt dem concept ahn den hertzogen von Croy bin ich gantz einig vndt habe nichts darbey zu erinneren, hiebey vberschicke ich euch die rechnung so Battir[2]) dem Juden zuzustellen verwegert hatt, welche Ihr dan dem Juden zustellen konnet, damitt er sehe ob mer gelder darauss gefallen sein, als Battier berechnet hatt, er diesse rechnung meiner gemallin zugeschickt, welche mir selbige gegeben, Ich vernehme auch dass Battier willens ist, dass er abdancken wolle, vndt heldt es fur einen schimpf das der Jude seine rechnung durchsehen solle, ich hab darauff geantworttet, dass wan ich ahn seiner stelle were, wolte ich, wan ich in meinem gewissen versichert were, dass ich nichts veruntreuet hette, zulassen das man nicht allein Juden sonderen auch andere leutte zu abstattung der rechnung verordnen mochte, hiebey habt Ihr auch ein Schreiben vom Konige von Dennemarck zu empfangen, welches mir H. Lincker vberreichet hatt, hiemitt thu ich Euch etc.

Potzdam den 6./[16.] Julii A° 1670.

[Die polnische Angelegenheit, keine Nachgiebigkeit. Untersuchung des Tumultes in Berlin.]

1670. 16. Juli.

Lieber herr von Schwerin, Ich vberschicke euch hiebey die Re-

[1]) Der Kurprinz Karl Emil.

[2]) Peter Battier, von Kf. April 1668 zum Amtskammerrath bestellt.

lation auss Warschau [1]), darauss Ihr ersehen werdet wie die sachen stehen, Ihr wollet eine andtwort darauff abfassen lassen, vndt darin muss Ihnen aussdrucklich befollen werden [2]), das Sie keines weges das aller geringste nicht nachgeben vndt allein vndt bloss bey die Brombergische pacten verbleiben, denn wo nur das geringste geendert wirdt, So werden Sie nach meinem Tode meinem Sohne noch mehr zusetzen, vndt von Ihn forderen, von der ersten belenung so der hertzog von Preussen bekommen, kan man klerlich sehen wie Sie alzeitt weitter gangen sein, vndt daferne Sie grosse difficulteten machen mochten ist es besser das Sie die gesantten cum protestatione dauon ziehen, den tumult so in Berlin gewesen hab ich befollen zu vntersuchen, denn es kan keiner richter von sich selbst sein, haben Sie zu klagen, so suchen Sie es bey mir, den ich hab niehmanden meines wissens recht versagt, auss solchen tumult kuntte mir selbst vngluck zu wackssen, hiemitt thu ich euch etc.

Potzdam den 29. Decemb. A° 1670/[8. Januar 1671].

[Feindliches Verhalten des Königs von Polen. Croy's Intercession für Kalckstein.]

1671.
8. Jan. Lieber H. von Schwerin, Ich habe gesteren gar spette die preussische post empfangen vndt des Birnhauers Schreiben durchlessen vndt darin befunden dass der Konig [3]) einge Schreiben ahn die Stende in Preussen abgehen lassen wolle, vmb selbige gegen mich zu animiren, auch Ihnen hulffe verspricht, ob nun diesses gewis stelle ich ahn seinen ohrdt, es muss aber dem Stadthalter [4]) geschriben werden darauff ein wachendes auge zu haben, das die geuatterschaft so vbell aufgenommen wirdt, ist auch kein zeichen von freundtschaft, Ihr wollet der sache weitter nachdencken, auffen Sonnabendt werde ich wider reinkommen, da ich dan das werck erwegen werde, wie man Sich gegen den Konig daferne er aus einer mucken einen Elefanten machen will, verhalten soll, Ich halte festiglich dafur, dass der kayser in diessen werck mitt spillet, ich hoffe aber das der Turkische krieg werde meine Sachen

---

[1]) Gemeint ist wahrscheinlich die Relation v. Hoverbecks und v. Ostau's vom 1. Juli 1670 (oben S. 457 ff.).

[2]) S. das Rescript vom 13./23. Juli 1670 (oben S. 465).

[3]) König Michael von Polen.

[4]) Der preussische Statthalter Herzog Ernst Bogislav von Croy.

wieder gutt machen, der hertzog von Chrau intercediret[1]) fur Kalcksteinen, welches mich sehr verwundert, da er den Menschen so woll kennet, hiemitt etc.

Potzdam den 7./[17.] Januarii A° 1671.

[Bevorstehende Ankunft in Berlin.]

1671. 17. Jan.

Lieber H. von Schwerin, Ew. Schreiben hab ich gleich itzo empfangen vndt weill H. Schmissing[2]) zu Berlin ankommen, vndt der Polnische gesantter[3]) alda in zwey tagen erwarttet wirdt, So bin ich willens Montag geliebts Gott nach Berlin zu gehen vndt darff also Meinerts nicht hiher kommen, man wirdt auch befellen mussen das die post nicht hiher sondern nach Berlin komme, hiemitt Gott befollen etc.

s. l. et d.

[Schreiben der Herzogin von Kurland, Krankheit Schwerins.]

1671.

Lieber H. von Schwerin

Ich vberschicke Ihme hiemitt die andtwort auff meine beide Schreiben so ich ahn meine Schwester in Churlandt abgehen lassen, darauss Ihr sehen werdet, dass man den Landtgraffen[4]) keine satisfaction zu thun willens ist, vndt es auff mich ankommen lassen will, den Landt Graffen zu befridigen, welches mein wille garnicht ist, Ihr wollet selbige sch[r]eiben durchlessen, vndt ia in acht nehmen, dass Sie in keine andere hande gelangen, weill es nicht dienet, dass es ausskomme, es ist mir leidt dass Ihr euch so vbell befindet, sonsten hette ich hiraus mitt euch geredet, so bald Ihr wider besser werde ich solches mitt euch vberlegen.

[1]) S. v. Orlich III, S. 348.

[2]) Der Münstersche Domdechant Matthias Korff v. Schmising, vgl. über dessen damalige Sendung nach Berlin Urk. u. Akt. XIV, 1 S. 470f.

[3]) Opacki s. oben S. 496 ff.

[4]) Landgraf Friedrich von Hessen-Homburg, der sich 23. October 1670 mit der Nichte des Kf., der Prinzessin Luise Elisabeth von Kurland, vermählte, damals in den Dienst des Kf. trat und von diesem 9. December 1670 zum General der Cavallerie ernannt wurde, s. Jungfer, Der Prinz von Homburg (Berlin 1890) S. 40ff.

Potzdam den 4./[14.] Feb. A° 1671.

[Hoffnung auf Beendigung des Höxterschen Streites. v. Kreutzberg. Die Cölner Angelegenheit.]

1671. 14. Febr.

Lieber Herr von Schwerin, gestern spette hab ich Ewer Schreiben empfangen, vndt ist mir lieb dass Hochster[1]) evaquiret wirdt vndt die tractaten angehen sollen, Ich hoffe es werde dass diesses neue angefangene feuer bey zeitten werde geleschet werden, Crakauen[2]) sein Schreiben habt Ihr hiebey zu empfangen wie auch des Geriken[3]) relation auss Hamburg, auss beigelegtten Schreiben des von Knisebeck werdet Ihr ersehen wie es in Francken bey den Marggraffen zugehet, Euere Relation den von Creutzberg[4]) betreffendt halte ich dafur das besser sey,

---

[1]) Ueber den damaligen Streit des Bischofs Christoph Bernhard von Münster mit der Stadt Höxter und den braunschweigischen Herzogen, welche letztere unterstützten, s. Tücking, Geschichte des Stifts Münster unter Christoph Bernard von Galen S. 163ff., Urk. u. Akt. XIV, 1 S. 470ff.

[2]) Lorenz Georg v. Crockow, damals Gesandter in Paris.

[3]) Otto v. Guericke der jüngere, Resident des Kf. in Hamburg.

[4]) Johann Arnold Freiherr von Quadt zu Kreuzberg, Clevischer Amtskammerpräsident. — Da durch den Erbvergleich vom 9. September 1666 die kirchlichen Verhältnisse in den jülich-clevischen Landen nicht vollständig geordnet und von den Evangelischen in Jülich und Berg weitere Klagen über Bedrückung vonseiten der pfalzneuburgischen Regierung erhoben waren, so hatte Kf. (s. Lehmann, Preussen u. die katholische Kirche I, S. 69ff.) zu Anfang des Jahres 1670 neue Verhandlungen mit dem Pfalzgrafen Philipp Wilhelm beginnen lassen. Eine Conferenz hatte in Duisburg stattgefunden, gegen eine dort verabredete Vereinbarung inbetreff der Immunität der Geistlichen aber hatten zuerst die clevischen und nachher auch die märkischen Stände einen Protest eingereicht (Lehmann a. a. O. S. 241f.). Kf., sehr ungehalten über diese Einmischung der Stände, hatte dieselbe nicht nur zurückgewiesen (ebendas. S. 243) sondern auch die clevische Regierung angewiesen, eine Untersuchung der Sache anzustellen, und der von dieser vernommene Landsyndicus Niess hatte angegeben, dass ihm von Kreuzberg die Materialien zu jenem Protest an die Hand gegeben seien. Doch hatte er nachher diese Aussage wieder zurückgenommen, Kr. selbst dieselbe für unrichtig erklärt und Kf. darauf (d. Potsdam 2./12. August 1670) die Regierung angewiesen, um Weiterungen zu verhüten, die Sache abzuthun, Kr. zu versichern, dass „er ihn ausser allem Verdacht und sich seiner Treue und Devotion versichert halte", und Niess wegen seiner Unvorsichtigkeit einen Verweis zu ertheilen. Kreuzberg aber hatte sich dabei nicht beruhigt, sondern eine neue Rechtfertigungsschrift eingegeben, durch welche sich der Statthalter Fürst Moritz von Nassau und der G. Major v. Spaen schwer beleidigt fühlten. Auf die heftigen Beschwerden derselben hatte darauf Kf. (d. Cöln 9./19. November 1670) die clevische Regierung beauftragt, Kreuzberg anzuweisen, jenen beiden völlige Satisfaction zu geben, ihn inzwischen aber von allen seinen Chargen zu suspendieren und ihm zu verbieten, sich an einem Ort, wo der Statthalter anwesend sei, aufzuhalten. Kr. war darauf zu Ende des Jahres nach Berlin gekommen, um sich wegen dieser Sache und anderer Anklagen, welche Fürst

dass er furst Moritzen erst satisfaction thue, vndt wirdt es Sich nicht schicken dass er ehe audientz habe, insonderheitt weill ihm verbotten nicht ahn den ohrtt zu kommen wo furst Moritz ist, zu deme wirdts besser sein, dass er Sich, wan Furst Moritz alhie sein wirdt, verantt-wortte, alssdan kan man Sie beide gegen einander horen, Mich verwundert, dass Crakau in allen Seinen relationen nicht gedencket ob er mitt Ligene[1]) wegen der Stadt Collen[2]) geredet habe, vndt wirdt Ihme nochmals befollen werden mussen, dass er dauon gedencke, vndt dass es ein grosses aufsehen bey freunden vndt feinden geben werde, hiemitt Gott befollen etc.

Potzdam den 8./[18.] Februar A° 1671.

[Unwillen über die preussischen Stände und die zur Untersuchung der Kalcksteinschen Sache bestellten Kommissare. Befehl, die Tortur vorzunehmen.]

1671. 18. Febr.

Lieber H. von Schwerin, bey inkommender Preussischen post hab ich so viell ersehen, Das man[3]) nur auff gutte wortte bestehe, im vbrigen aber nichts williegen wolle, derhalben befinde ich fur rahdesam dass man den Lantag aufhebe vndt die Stende von ein ander gehen lasse, in betrachtung dass solche widerwerttigkeitten mir nuhr von etlichen leutten welche sich nur damitt herfurthun wollen, herruret, vndt Sich dadurch grossen creditt bei den stenden machen wollen, Ich werde von tage zu tage in meiner meinung gestercket, wen ich ansehe dass comportement der bossen leutte, Ich protestire fur Gott vndt begere nochmals dass Ihr Sie fur Ihren vngluck warnen damitt Sie denen die daran schuldt nicht folgen, den ich solche zu seiner zeitt schon zu finden vndt exemplarisch zu straffen wissen werde, Ihm mittels will ich das ahn die Ober-Rette

---

Nassau und v. Spaen gegen ihn erhoben hatten, zu rechtfertigen. Zwar hatte er keine Audienz erlangen können, doch eine Resolution des Kf. (d. Cöln 2./[12.] Januar 1671) erhalten, er solle in seiner schriftlich einzugebenden Verantwortung gebührend gehört werden, im übrigen aber solle es bei der Verordnung vom 19. November verbleiben, falls er nicht beweisen könnte, dem Inhalt derselben nachgelebt zu haben. Darauf gab Kr. eine Rechtfertigungsschrift ein, in der er behauptete, jene Verordnung nicht übertreten zu haben, und um Restitution und Gewährung einer Audienz bat, welche Schrift die Geh. Räthe dem Kf. am 12. Febr. einsandten.

[1]) Der französische Minister Lionne.

[2]) Ueber die damaligen Streitigkeiten des Kurfürsten von Cöln mit der Stadt Cöln s. Ennen, Frankreich u. der Niederrhein I, S. 196ff., Urk. u. Akt. XIV, 1 S. 470ff.

[3]) Ueber die damaligen preussischen Landtagsverhandlungen s. v. Baczko, Gesch. Preussens V, S. 397ff.

vndt Stadthalter geschriben werde, das Ich als ein Erb vndt Ober herr solche verordnung thun werde wie es des Landes zustandt vndt meines hausses beste erfordert, vndt Ich fur Gott vndt der posteritet verantwortten kan, derhalben ich fur gutt ansehe, auch schon die orderen abgehen lasse dass einige volcker vorahn nach Preussen gehen, damitt Sie die nottige execution verrichten, auch das die Milice wegen vnterhaltung nicht ruiniret werde, In der Kalcksteinischen[1]) sache, sehe Ich gnugsahm das die Preussen der Katzen die schelle nicht anhengen wollen, vndt hette Ich mich von Ober Burggraffen[2]) vndt D. Lauen[3]) fur anderen solches nicht versehen, auff diesse ahrdt vndt weisse hab ich Dieners so vber meine actiones sich gewissen machen vndt mir nicht gehorchen wollen, da ich doch von Ihnen gehorsahm haben will, Ich begere nicht, dass Sie wider gewissen handellen sollen, aber was ich im geheimen Rahtte geresolviret vndt wollbedechtlich geschlossen, will ich exequiret haben, Ich sehe auch dass Sie die commissarien so von hinnen gangen[4]) ins Buckshorn getriben haben, auch dass der Generall Maior Gotzke[5]) irre gemacht worden ist, wie auss beiderseits Schreiben zu ersehen, Ich lasse es noch bey voriger verordenung bewenden, vndt muss ein harttes schreiben[6]) sowoll ahn die commissarien als ahn G. maior Gortzky abgehen, darin wegen der tortur Ihnen nochmals befollen werde zu verfahren, den Preussischen sowoll als den anderen wirdt auch in gesambt schreiben ein scharffer verweiss gegeben werden mussen, vndt dass Ich Ihnen einmahll vndt fur alle mahl nochmals befelle, die execution vngeseumbt zu verrichten, hiemitt thu Ich euch etc.

---

[1]) Vgl. Paczkowski in Forschungen III S. 419ff.

[2]) Der preussische Oberburggraf Albrecht v. Kalnein, s. über dessen Verhalten in dem Kalcksteinschen Processe Paczkowski S. 421ff.

[3]) Dr. Philipp Laue, Advocatus fisci zu Königsberg. Derselbe hatte den früheren Process gegen Kalckstein 1667—1668 geführt, war 12. December 1670 vom Kf. zum Mitglied der Kommission ernannt, welche gegen den jetzt verhafteten K. aufs neue die Untersuchung führen sollte, war auch mit den übrigen Kommissaren nach Memel gegangen, hatte aber von dort aus 8. Februar 1671 den Kf. gebeten, ihn von dieser Aufgabe zu entbinden, da ihn „qualitas accusatoris a iudicio et qualitate iudicis cognoscentis et exequentis inhabil mache."

[4]) Der Hof- und Kammergerichtsrath Adam Hasso v. Wedell und der Consistorialrath Georg Wilhelm Scharden.

[5]) Der Gen. Major Joachim Ernst v. Görtzke, Gouverneur von Memel, ebenfalls Mitglied der Untersuchungskommission.

[6]) Ein solches Schreiben erging d. Potsdam 10./[20.] Februar 1671, s. Paczkowski S. 426f.

Ihr kunet diesse meine letzte resolution den alda anwesenden Rähtten auch communiciren.

Potzdam den 22. Februar/[4. März] A° 1671.

[v. Kreuzberg sind bei seiner Verhaftung alle seine Papiere abzunehmen.] 1671.

Lieber herr von Schwerin, Es ist mir nach Ewerer weckreise in- 4. März.
gefallen, das zu besorgen stehen mochte, dass der von Kreutzberg[1]), seine meiste Schreiben bey sich im sacke haben mochte, Also were dahin zu sehen, dass man selbige von Ihme nehme, den ich befurchte er mochte selbige in seinen losament nicht gelassen, sonderen bey sich tragen, Dahero nottig dass bey seiner verarrestirung man alle brieffe vndt zedell so er bey sich hatt von Ihme nehme, vndt abfordere, welches ich euch hiemitt zu wissen thue vndt verbleibe etc.

Potzdam den 24. Februar/[6. März] A° 1671.

[Pabst soll die Ziffern herausgeben, Battiers Flucht nach England.] 1671.

Lieber herr von Schwerin, Ewer Schreiben hab ich diessen morgen 6. März.
woll empfangen vndt darauss ersehen, welcher gestaldt D. Pabst[2]) furgibet, ob hette er die ziefferen verbrandt, welches mir eine grosse mutmassung verursachet, Als ob ein mehres im Schreiben enthalten, als er

---

[1]) S. oben S. 940. Inzwischen hatte Kf. ein Schreiben des Fürsten Moritz von Nassau (d. Wesel 15./25. Februar 1671) erhalten, in welchem ihm dieser mittheilte, zufällig sei ein Schreiben Kreuzbergs an seine Frau in seine Hände gerathen, welches zeige, dass derselbe seine, des Fürsten, Reise nach Berlin vermittelst seiner Freunde in den Niederlanden zu verhindern suche, ferner dass derselbe dort einen gefährlichen Anhang habe und auch mit den clevischen Papisten in geheimem Verkehr gestanden habe. Daraufhin befahl Kf. der Clevischen Regierung, alle Papiere Kreuzbergs mit Beschlag zu belegen, liess diesen selbst verhaften und nach der Festung Spandau bringen, theilte den Geh. Räthen in Berlin am 4. März diese Anordnungen mit und beauftragte sie, alle in dessen Wohnung befindliche Papiere aufs Schloss in die Kanzlei bringen zu lassen.

[2]) Dr. Hermann Pabst, clevischer Justizrath, damals als Bevollmächtigter der clevischen Stände in Berlin. Fürst Moritz von Nassau hatte zusammen mit dem Schreiben Kreuzbergs an seine Frau auch einen zum Theil chiffrierten Brief Pabsts betreffend Kr. und Niess in die Hände bekommen und davon dem Kf. Anzeige gemacht. Derselbe schreibt (d. Wesel 11. März 1671): „Dr. Pabst zu Berlin ist des Freiherrn v. Winnenthal wohlbestellter espion, selbiger hat ihn gegen Wille der Städte mit ungestümen Worten durchgedrungen, wozu der Bürgermeister Diest nicht wenig geholfen hat."

aussaget, derhalben were ihme nochmals zu befellen, dass er die ziefferen ausshandige, zumallen man solche woll dissiferiren wurde, vndt wen ein mehres darin gefunden wurde, er eine schwere verantworttung bekommen wurde, Ich vermuhtte gar gewiss, dass in solchen Schreiben viell nachricht sein wirdt, Ich schicke euch hiebey die zieffer nehbenst seinem Schreiben wider. Batteier[1]) ist nach Engelandt gangen, were also gutt dass ahn Konige ein Schreiben gemacht werden moge, ob man ihn alda aussgeandtwort bekommen konne, mich verlangt was in den Schreiben so Kreutzberg bey Sich gehabt sein werde, Ihr wollet mir solches zu wissen thun, hiemitt Gott befollen etc.

Potzdam den 25. Februar/[7. März] A° 1671.

[Instruktion für Butendach. Das niedersächsische Kreisoberstenamt. Münzangelegenheit. Magdeburger Zoll. v. Kreuzberg.]

1671. 7. März. Lieber Herr von Schwerin, Ich hab die instruction des Budendags[2]) nach luneburg verlessen, auch vberschicke ich solche volzogen wider, bey dem Creis Obristen Ambtte hab ich diesses nur zu erinnern dass es gutt were dass ein ander als Braunsweig darzu gelangen mochte, in betrachtung dass die hausser Braunsweig vndt Luneburg solches so lange zeitt besessen haben, vndt dahero geleichsam ein recht machen, als ob es zu Ihren hausse erblich gehortte, Ich pretendire es nicht, nur halte ich dafur, dass wan Budendach Hertzogen Georg Wilhelm mein votum gebe, er dabey anfugen solte, dass hiedurch Ihnen kein recht gegeben wurde, solches bei Ihren hausse stetz zu haben. Auch hette er zu ahntten, dass man mir das Kayserliche Schreiben so ahn Creisse abgangen nicht vorhero communiciret hette, damitt Ich meine gesantten desto besser hette informiren konnen, vndt dass man verhofte dass es ins kunftige geschehen wurde, Was die verhohung des Reichsthll. betrift, konte man diese reson beifugen, dass wan der thll. in so gutten wehrt geschlagen wurde, selbiger aussen reiche verfuhret, hergegen wan

[1]) S. oben S. 937.

[2]) Johann Butendach, Halberstädtischer Vicekanzler. Derselbe war, nachdem König Karl XI. von Schweden und Herzog Georg Wilhelm von Celle als ausschreibende Fürsten des niedersächsischen Kreises (d. 17./[27.] Januar 1671) den Kf. zur Beschickung eines auf den 6./16. März zu Lüneburg angesetzten Kreistages eingeladen hatten, zum Bevollmächtigten auf diesem ernannt worden und die Geh. Räthe hatten am 6. März die für denselben entworfene Instruktion dem Kf. zugeschickt. Ebendieselben theilen B. am 7. März zugleich mit der Instruktion die obigen Erinnerungen des Kf. zur Nachachtung mit.

er mehr gelten, wir gutte Rthll. ins Reich bekommen wurden. Wegen der Zollsache ist es gantz vnuerfenglich, mich wundert aber sehr, worumb Michell Matteis[1]) wegen der 4 grossen, so die Stadt Magdeburg mir von Ihren thll. so sie kraft fridensschlusses vom wiespell nimbt geben, so grosse difficultet machet weill solches auch ein altes herkommen ist, Ich halte aber dafur dass die Cammer solche inkunft gerne in handen haben wollen, herren Cöppen[2]) wolt Ihr andeutenn, dass er articullen auss des von Creutsbergs schreiben aufsetze, welche Ihr als dan im geheimen Rahdtt durchsehen vndt mir Sie anhero zu durchsehen zuschicken wollet, hiemitt thu ich euch etc.

Potzdam den 26. Martii/[5. April] A° 1671.

[Köppens Bericht in der Kreuzbergschen Sache. Klage über Mangel an Verschwiegenheit.]

1671. 5. April.

Lieber herr von Schwerin, Was mir H. Koppen[3]) fur einen bericht in der Kreutzbergischen sache thut, solches habt Ihr auss beigelechten seinen Schreiben zu vernehmen, gleichfals auch werdet Ihr ersehen, wer der gewesen, so dem von Kreutzberg alles kundt gethan, vndt ist ein H. vbell dran, wan man dassienige so im rahtte geredet vndt auss bracht wirdt erofnet, wie Ihr den auss des Kreutzbergs Schreiben so er ahn mich thutt solches mit meren werdet vernehmen kunnen, es scheindt auch das noch mehre sein mussen welche Ihn alle nachrichtunge gegeben haben, hiemitt Gott befollen etc.

Potzdam den 20./[30.] Aprilis A° 1671.

[Ankunft des französischen Gesandten, Schwierigkeit seiner Einquartierung.]

1671. 30. April.

Lieber herr Schwerin, Gleichitzo kumpt der Franschosische amvoie[4]) mitt einer mitt kutzen[5]) anhero, er hatt Sich aber bey mir noch

[1]) Michael Matthias, Hofrentmeister und Hofpostdirektor.

[2]) Der Geh. Rath Dr. Johann Köppen.

[3]) Kf. hatte (d. Potsdam 24. März [3. April]) Köppen sowie die Kammergerichtsräthe D. Esich, v. Brechem und Almerschen zu Kommissaren ernannt, um den in Spandau gefangen gehaltenen Kreuzfeld auf gewisse Artikel zu befragen. Das Verhör hatte am 4. April begonnen.

[4]) Louis de Verjus, s. über dessen damalige Sendung an Kf. Pufendorf XI, § 18 (S. 752f.), Urk. u. Akt. II, S. 507, XIV, S. 479ff., Droysen III, 3 S. 242f.

[5]) Miethskutsche.

nicht angeben lassen, es feldt itzo eben in die feiertage da wir vnsere devotion alhie verrichten werden, Ich wolte woll dass er hie were, vndt dass der Obermarschalck[1]) anhero keme, wegen des losaments bin ich bekummeret, in der Stadt ist es sehr schlegt, aufs haus zu legen ist bedencklich, wollet mir euere gedancken zu wissen thun, daferne er audience begertte wie man Sich zu verhalten habe, thutt mir solches sofordt zu wissen, hiemitt Gott befollen etc.

Potzdam den 21. Aprilis/[1. Mai] A° 1671.

[Proposition des K. Cölnischen Gesandten, mit demselben abzuhaltende Conferenz.]

1671. 1. Mai. Lieber herr von Schwerin, Ich vberschicke euch hiebey, das ienige proiect der Alliance, vndt wirdt nottig sein, dass Ihr mitt dem Colnischen[2]) eine conferentz haltet, man muss sich aber hutten dass man sich nicht angasire, es ist ein wichtig werck, es gemandt mir ahn die Berenhaudt die geteiltt wirdt, vndt der behr ist noch nicht gefangen, ich wolte woll dass man die sache noch aufhalten kuntte, zweifelle aber sehr daran, so baldt Ihr die conferentz werdet gehalten haben, so wollet Ihr anhero kommen, der Colnische hatt zwey Punckten darnehben proponiret, erstlich wegen der Stadt Collen[3]), der Churfurst will Sich nicht inlassen fur die commissarien so vom Kayser verordnet, biss die Stadt belobe die Volcker herauss zu schaffen, vndt dan dass Sie die neuen fortificationes instellen vndt Ihme was Sie fur Alters schuldig sein prestiren, zum anderen wegen des was zu Regenspurg wegen der collecten[4]) so man von den Stennen nehmen soll, furgefallen, diese zwey letzt puncten will er dass man sie den Kayserlichen recommendire, hiemitt Gott befollen etc.

Potzdam den 27. Aprilis/[6. Mai] A° 1671.

[Dem französischen Gesandten zu ertheilende Antwort, keine Neutralität, womöglich ist der Gesandte aufzuhalten, Schw. u. Somnitz sollen zur Berathung nach Potsdam kommen.]

1671. 6. Mai. Lieber herr Schwerin, ich hab gestern spette euer Schreiben er-

[1]) Raban v. Canstein.

[2]) Franz Nicolartz, Hildesheimscher Vicekanzler, vgl. über dessen Sendung Pufendorf XI, § 17 (S. 751f.), Urk. u. Akt. XIV, S. 479ff., Droysen III, 3 S. 242 f.

[3]) S. oben S. 941.

[4]) S. Pachner v. Eggenstorff I, S. 512ff., Urk. u. Akt. XIV, S. 472. Vgl. Droysen III, 3 S. 232ff.

halten, vndt darauss ersehen, welcher gestaldt die conferentz mitt dem franschosischen abgeschicktten[1]) abgangen, vndt dass er mitt meiner resolution nicht fridlich gewessen, sonderen wegen der Neutralitet tractiren wolte, Ich sehe hierauss so viell, das er entlich auff eine cattegorische erklerung dringen wirdt, vndt mich zu binden durch die Neutralitet dass ich keine freie hande behalten soll, Was[2]) Neutral zu sein ist hab ich schon vor diessen erfahren, vndt wan man schon die allerbesten conditiones hatt, wirdt man doch vbel tractiret, ich hab auch verschworen mein lebenlang nicht neutral zu sein, vndt wurde mein gewissen damitt beschweren, Ich hab diesse gantze nacht wegen diesser wichtigen sache nicht schlaffen können, vndt hab Gott fleissig angeruffen, mir im sin zu geben was ich zu thun vndt zu lassen hette, vndt halte dafur, dass am besten were, den gesantten aufzuhalten, vndt dadurch zeitt zu gewinnen, vndt zu sehen wie der anfang des krieges ablauffen werde, inmittels muste man freie hande behalten, vndt in Schweden schicken, mitt dem Feldtherrn Frangellen erst hirauss communiciren, vndt der Chron gedancken vernehmen wohin Sie inclinirten, den ich gewis dafur halte, das Sie gleichwoll dahin sehen werden, dass der Staadt nicht gantz vberhauffen geworffen werde, sonderen das Evangelische interesse mitt beobachten werden, wen aber nun der abgeschickte sich nicht aufhalten lassen will, wirdt die frage sein was zu thun sey, Ich befinde dahero nottig das Ihr anhero kommen, auch woll H. Somnitzen mittbringen kunnet, vmb diesses hohe werck desto besser zu vberlegen, Sumnitz ist mitt vns einig, dass man Sich in den krieg nicht angasiren solte, vndt keine pure abschlegige antwortt zu ertheillen, das were woll gutt, wen man solche finden kuntte, aber Ich sorge er werde sich solchergestaldt nicht abferttigen lassen, vndt wirdt noch mehres in commissione haben, Ich werde dem Wercke noch ferners nachdencken, vndt euerer alhie erwahrtten, wan Carrell[3]) gegen Dienstag herkommet, ist es noch zeitt genug, aldan kan er donnerstag wider nach Berlin gehen, hiemitt Gott befollen etc.

---

[1]) Verjus.

[2]) Diese Stelle ist schon abgedruckt bei v. Orlich, Friedrich Wilhelm der Grosse Kurfürst S. 118, s. auch Droysen III, 3 S. 243.

[3]) Der Kurprinz Karl Emil.

Potzdam den 13./[23.] Maii A° 1671.

[Die holländische Proposition, die Frage der Evacuation der clevischen Festungen. Befehl, mit Pfalz-Neuburg abzuschliessen.]

1671.
23. Mai. Lieber herr Schwerin, Das Schreiben von H. Rumbswinckell[1]) hab Ich durchlessen, wie auch Ewere antwordt, dabey ich nichts zu erinneren habe, dieweill es nur eine vorantwort ist, ob man bey itzigen zustandt von evacuation der Stette gedencken solle, bedarf woll einer sonderbahren deliberation, Ich erinnere mich das bey den tractaten so zu Cleue furgingen[2]), Ich vmb orssau anhielte, da batten Sie auch, ich mochte doch bey der coniunctur nichts dauon gedencken, wen Sie wider ruhe hetten, wolten Sie mir volkommene satisfaction thun, wie Sie sich aber gegen mich nach der zeitt bedragen, solches wirdt Euch annoch wissendt sein, vndt kumpt mir solche proposition sehr befrembdet fur, vndt nehme es also als wen es Ihnen nunmero gelegen were dauon zu gedencken, vndt ist dieses kein mittell sich mitt mir in besseren vernehmen vndt alliance zu setzen, Ich vberschicke euch hiebey auch das Schreiben vom Pfaltz Graffen von Neuburg[3]), wen wir Evangelische von beiden Religionen alles erlangen was wir begeren vndt wünschen mochten, worumb sollen wir den Romisch Cattollischen nicht auch was gonnen, zumallen weillen Sie das exercitium religionis frey haben, was Ihr wolt das euch die leutte nicht thun sollen, das solt Ihr Ihnen auch nicht thun, derhalben befelle ich euch mitt dem wercke fordt zu fahren, vndt zu schliessen, welches Ihr denen anderen Rahtten sagen kunnet, den ich fur Gott solches verandtwortten will, weill Ich sehe das seiner kirche nichts dauon abgehet, sondern viell mehr zuwackssen thutt. hiemit thu ich euch etc.

Potzdam den 20./[30.] Maii A° 1671.

[Von dem Markgrafen von Baireuth zu fordernde Satisfaction. Niemiryczs Nachrichten aus Polen. Besorgnis vor einem Angriff gegen Reinstein. v. Kreuzbergs Frau.]

1671.
30. Mai. Lieber herr von Schwerin, Ich hab gestern abendt Ewer Schreiben

---

[1]) Matthias Romswinckel, clevischer Vicekanzler, Gesandter im Haag.

[2]) S. Urk. u. Akt. XI, S. 626ff.

[3]) Vgl. über die damaligen Verhandlungen mit demselben über die Ordnung der kirchlichen Verhältnisse in den jülich-clevischen Landen M. Lehmann I, S. 72ff.

nehbenst des Marggraffen[1]) empfangen, des von Knessebecks[2]) schreiben aber ist nicht dabey gewessen, Auss des Marggraffen Schreiben sehe ich das er noch recht haben will, dass er euch so hardt angegriffen, vndt kan ich darauss nicht sehen, dass es ihm leidt, oder durch eine vbereillung hergekommen, weill er vermeindt dass er solches gegen einen privaten woll hette thun kunnen, Ich will nicht allen satisfaction von Ihm haben, sonderen er muss gestehen dass er euch auch zuviell gethan habe,

---

[1]) Markgraf Christian Ernst von Baireuth, das frühere Mündel des Kf., war, nachdem seine erste Gemahlin Erdmuthe Sophie, Tochter des Kurfürsten Johann Georg II. von Sachsen, 22. Juni 1670 gestorben war, bevor er eine nach Paris beabsichtigte Reise antrat, zum Besuch bei Kf. gewesen und hatte hier den Wunsch, sich mit einer Verwandten desselben wiederzuvermählen, kund gegeben. Kf. hatte ihm seine Nichte, die zweite Tochter des Herzogs Jacob von Kurland, Charlotte Sophie (geb. 1. September 1651) vorgeschlagen und hatte es auf seinen Wunsch übernommen, einleitende Schritte in dieser Sache zu thun. Den Markgrafen scheint aber seine Zusage bald gereut zu haben, schon von Magdeburg aus schrieb er dem Kf., er beabsichtige nicht, die ihm vorgeschlagene Prinzessin „an ihrem anderweiten Glück und Vermählung zu hindern", und auf der Weiterreise bei Gelegenheit eines längeren Besuches in Stuttgart verlobte er sich Anfang November daselbst mit der ältesten Tochter Herzog Eberhards von Würtemberg, Sophie Luise (geb. 18. Februar 1642). Kf. fühlte sich dadurch sehr gekränkt, theilte dem Herzoge Eberhard auf dessen Anzeige von der Verlobung das Vorgefallene mit, liess sich auch durch ein Entschuldigungsschreiben des Markgrafen nicht begütigen, weigerte sich, als dieser nach seiner 8. Februar 1671 zu Stuttgart erfolgten Vermählung von dort aus seinen Sekretär Fabri mit einem neuen Schreiben zu ihm sendete, dasselbe anzunehmen und sandte ihm eine, von diesem Fabri geschriebene, von dem O.Präsidenten v. Schwerin beglaubigte Erklärung zu, in welcher er mit den schärfsten Worten sein Verhalten tadelte und die Hoffnung aussprach, er werde sich nie wieder bei ihm sehen lassen. Der Markgraf, dadurch seinerseits auf das tiefste beleidigt, liess jenen Fabri, weil er sich zum Niederschreiben jener Erklärung hatte gebrauchen lassen, verhaften und schickte Schwerin eine Erklärung zu, in welcher dieser mit den ärgsten Schimpfworten belegt wurde. Kf. schrieb darauf (d. Potstam 27. Februar 1671) an den Herzog von Würtemberg, theilte diesem mit, dass er jene beleidigende Erklärung, da Schwerin nur in seinem Auftrage gehandelt, als gegen ihn selbst gerichtet ansehen müsse und dafür Satisfaction verlange. Der Markgraf richtete darauf an Herzog Eberhard ein Schreiben (d. Stuttgart 14./[24.] März 1671), in welchem er erklärte, es sei durchaus nicht seine Absicht gewesen, den Kf. zu beleidigen, er hoffe, derselbe werde, was er zu Rettung seines Respects nothgedrungen gegen Schwerin und Fabri habe vornehmen müssen, nicht wider seine Intention auf sich selbst beziehen und bedenken, „dass er sich nicht mit dergleichen Verschimpfung, zumal von Privatpersonen belegen zu lassen schuldig" sei. Dieses Schreiben, welches Herzog Eberhard dem Kf. zusendete, ist hier gemeint. Kf. hat sich nachher doch begütigen lassen, der Markgraf dankt ihm (d. Baireuth 12./[22.] Juni 1671) für ein eigenhändiges Schreiben, durch welches er ihn wieder zu Gnaden angenommen habe.

[2]) Thomas v. Knesebeck, baireuthischer Geh. Rath.

den Ihr nichts als mitt meinen willen vndt vorbewust vndt befell gethan habet, Desswegen trage ich noch zur zeitt bedencken an Ihn zu schreiben. Wegen Jagerendorff habt Ihr dem Kayserlichen gesantten[1]) woll beantworttet, den ich niehmals geldt dafur acceptiren, sondern landt vndt leutte begert habe, wegen Collen vndt der Stadt Essen habt Ihr sehr woll geantworttet, Was Nimritz[2]) mir schreibet hab Ihr auss bey gelegten Schreiben zu ersehen, dass polnische wollet Ihr verdeutschen lassen vndt mir wider zuschicken, es wirdt nottig sein, bey negster post ahn Furst von Crau[3]) vndt Gortzken[4]) zu schreiben auff die festen ortter ein gutt wachendes auge zu haben, vndt wurde nottig sein in Gross Pollen ahn vnsere gutte freunde zu schreiben, dass man nicht verhofte, dass die Republick verstatten wurde das gegen mich so vngebuhrlich verfahren wurde, den da es geschehen solte wurde gross Pollen in eusserste gefahr gesetzet werden, Den ich zu rettung meiner landen das ienige thun wurde, so mir Gott vndt die natur zugeben wurde, vndt kunte gross Pollen gar daruber in feuer aufgehen, Das die hertzogen von Braunsweig, Braunsweig belagert[5]) haben, ist gar gewis, Ich sorge Sie werden hernach auff Reinstein gehen, zu besserer Versicherung des ohrts lasse ich behorige ordren abgehen, hiebey vberschicke ich eine schrift[6]) so des von Kreutzberg Frau vbergeben hatt, selbige wirdt dem Fürsten Moritz vndt Spahnen communiciret werden mussen, die Fraw ist gar des teuffels, vndt sucht nur alles alhie zu brulligiren, hiemitt thu ich euch etc.

---

[1]) J. de Goess, s. Urk. u. Akt. XIV, S. 482.

[2]) S. oben S. 284, vgl. 506 ff.

[3]) Herzog Ernst Bogislav von Croy, Statthalter von Preussen.

[4]) G. Major Joachim Ernst v. Görtzke, Gouverneur von Memel.

[5]) S. Havemann, Gesch. der Lande Braunschweig und Lüneburg II, S. 140 f.

[6]) Nicht bei den Akten. Fürst Moritz von Nassau hatte (d. Wesel 25. März 1671) dem Kf. mitgetheilt, dass Frau v. Kreuzberg, obwohl hochschwanger, nach Berlin gereist sei. Der Fürst war dann selbst nach Berlin gekommen und hatte dort (Protokoll vom 8./18. April 1671) neue schwere Anklagen gegen Kr. erhoben, daraus hatte die von dem Kf. eingesetzte Kommission, zu der auch die beiden clevischen Regierungsräthe Joh. de Beyer und Joh. Dietrich Jhewen hinzugezogen waren, neue Verhöre mit Kr. abgehalten, doch kam dabei nichts Erhebliches heraus, Kf. verwies (d. Cöln a. d. Spr. 10./[20.] Mai 1671) die ganze Sache an das Cleve-Märkische Hofgericht, und Kreuzberg wurde, nachdem er sich zur Ausstellung eines Reverses bequemt hatte, aus der Haft entlassen, erhielt aber seinen Abschied.

Potzdam den 9./[19.] Junii A° 1671.

[Hülfsgesuch der braunschweigischen Herzoge.]

1671. 19. Juni.

Lieber herr Schwerin, Gleich itzo bin ich alhie wieder angelangt, vndt hab den von Wulffen alhie fur mich gefunden, welcher im nahmen der hertzogen von Braunszweig[1]) 500 Pferde gleich itzo nehbenst leutte so die Artolerie verstehen begeret, wegen des Chreis Obristen Ambt im Westpfellischen Kreisse, sagt der abgeschickte, hetten S. H. Ihren gesantten volkommene folmacht aufgetragen, wofur Ich mich bedancktte, wegen der Grafschaft Reinsten begertte er im nahmen seiner H. das ich leutte schicken vndt den ordt benennen mochte wo Ich es ahm bequemsten halten wurde, so wurden Sie Sich also erkleren, dass ich darauss ein satsames verg[n]ugen haben wurde, Ich replicirte hirauff, dass es itzo am fuglichsten sein wurde, da alle die hertzogen beisammen dar zur stelle, er aber vermeinte, dass itzo so vielle verhinderungen wegen der belegerung von Braunszweig weren, vndt vermeinten S. H. das es im Augusto ahm fuglichsten sein konte, Ich antwortte hirauf dass mir die zeitt inmittels lang fallen wurde, die sache were So weitleuftig nicht, wen man nur mitt claren augen mein recht ansehen wurde, so kuntte man leicht auss der sache kommen, hiraus nehme ich, dass die hertzogen meine hullfe zwahr gerne haben, aber die Reinsteinische sache treniren, vndt mir nicht gerecht werden wollen, dahero woll zu vberlegen, ob man Ihnen hulffe thun solle oder nicht, vndt ob man H. Kansteinen nehbenst noch einen andern gleich itzo zu Ihnen schicken solte, vndt zu begeren die sache erst richtig zu machen, den ich be-

[1]) Gleich bei Beginn des Unternehmens gegen Braunschweig hatte Herzog Georg Wilhelm von Celle (d. 19./[29.] Mai 1671) dem Kf. Anzeige davon gemacht, um seine Assistenz gebeten und die Abschickung eines Gesandten angekündigt. Kf. hatte darauf (d. Potsdam $\frac{23.\text{ Mai}}{[2.\text{ Juni}]}$ 1671) sich zur Hülfeleistung erboten und, um nähere Verabredungen zu treffen, obwohl als Gesandter der drei braunschweigischen Herzoge der Kammerrath Hacke bei ihm erschien, seinen Kammerherrn, den Freiherrn Friedrich v. Heyden in das Lager derselben vor Braunschweig geschickt, derselbe sollte zugleich auf Beilegung des Reinsteinschen Streites dringen und die Herzoge bitten, auf dem bevorstehenden Westfälischen Kreistage dahin zu wirken, dass Kf. zum Kreisobersten und Pfalzgraf Philipp Wilhelm von Neuburg zum Zu- oder Nachgeordneten gewählt oder dass ein jährlicher Wechsel beider Kreisämter zwischen ihnen beiden eingeführt werde. Die Herzoge gaben in beiden Punkten günstige Erklärungen ab und baten Kf., ihnen 400—500 Reiter und gute Artilleriebediente zu schicken, doch kam es nachher zu der Sendung derselben nicht, da schon am 23. Juni die Stadt sich den Herzogen ergab.

sorge dass Sie, wen die Stadt baldt vbergehen mochte, alssdan fur fur [sic!] Regenstein zu gehen, vndt denselben ohrdtt mitt gewaldt weck zu nehmen suchen wurde[n], Ihr woldt mir Ewere vndt der anderen Rähdte gedancken daruber zu wissen thun[1]), was sonsten die Rahte fur gedancken bey diesser Braunschweigischen sache haben, solches habt Ihr auss in ligenden Ihren Schreiben zu ersehen, hiemitt Gott befollen etc.

Ich werde Euere auff den mittwoch oder donnerstag alhie erwahrtten.

---

[1]) O. v. Schwerin erwidert darauf (d. Wulfshagen den ersten Pfingsttag [11./21. Juni] 1671): „Nun muss ich wol bekennen, dass es vor E. Chf. D. zuträglicher wäre, wann die Hertzogen diese Stadt nicht hätten, als dass dadurch ihre Macht zunehme, dass aber E. Chf. D. desfals ihre Freundschaft hindansetzen sollten, kann ich nicht rahten, denn so gross ist die Ungelegenheit nicht, die E. Chf. D. zu besorgen haben, wann die Hertzogen die Stadt besetzen, wodurch ihre Macht auch wohl in etwas getheilet wird, als E. Chf. D. vor sich und denen Evangelischen billig zu befahren haben, wann sie mit diesem benachbarten considerablen Hause zerfallen oder auch nur in Misstrauen leben sollten. Aufs weinigste, Gnädigster Herr, kann ich nimmer rathen, dass E. Chf. D. das principium defendiren sollten, so in dem Gutachten [der anderen Geh. Räthe vom 8./18. Juni] angezogen wird, als wären die Hertzogen nur beschrenckete Obrigkeit der Stadt, denn E. Chf. D. wissen sich gnädigst zu erinnern, dass in unserem Raht allezeit sustiniret worden, dass denen Unterthanen nicht gebuhre, dergestalt wieder ihre Obrigkeit zu erhärten. Die Stadt Braunsweig gestehet gerne, dass sie Unterthanen sein, gehuldiget haben, auch noch ferner huldigen wollen, nur allein dass sie es nur auf gewisse Maasse sein. Dieses ist es, Gnädigster Herr, welches E. Chf. D. wehrender dero Regierunge von vielen dero Unterthanen und einigen Städten vorgehalten worden und fast auf dieselbige Art noch in Preussen geschiehet, daher dann E. Chf. D. wieder ihr eigenes interesse thun wurden, wann Sie das vertheidigen helfen wollten, dass die Hertzogen nur beschrenckete Obrigkeit sein. Kann es aber dahin gebracht werden, dass sich die Hertzogen des praesidii in so weit begeben, dass sie sich dessen ohne Ursache nicht gebrauchen wollen, so ist es so viel besser. Dass aber E. Chf. D. die würckliche Hülfe schicken sollten, ehe und bevor sie sich wegen Regenstein anschicken, habe ich nimmer gerathen und kann es auch nicht rathen, und ist E. Chf. D. gnädigste intention sehr gut, dass, weil die Hertzogen zusammen, Sie alsofort jemands dahin schickten und die conditiones, worauf der Vergleich zu machen, mitgeben, indessen könnten E. Chf. D. Anstalt zu der Assistenz machen. Ist es ihnen ein Ernst, dass sie mit E. Chf. D. sich vergleichen wollen, so könnten sie leicht dazu kommen und dörffen sich mit der Belägerung nicht excusiren." —

Personenverzeichnis.

v. Achen, Lucas, brandenb. Sekretär. 611. 628—632. 635. 637.
Adelaide, Kurfürstin v. Baiern. 806. 868.
Adolf Johann, Pfalzgraf von Zweibrücken. 211.
Akakia, franzōs. Agent. 447. 448. 454.
St. Albans, Graf, englischer Gesandter. 642. 653.
Albemarle, Herzog. 654.
Aldenhoven, Dr. Joh. Christ., k. cölnischer Gesandter. 825. 848.
v. Alefeld, Detlev, dänischer Gesandter. 67. 68. 117. 122. 123.
Alemann, Joh. Friedr., Magdeb. Bürger. 33.
— Martin, Magdeb. Rathmann. 33.
Alexei Michailowitsch, Zar v. Moskau. 206. 213. 237. 263. 356. 361. 379. 380. 415. 557. 577. 601. 866. 870. 871. 874. 878. 879.
Almerschen, Kammergerichtsrath. 945.
v. Alvensleben, Magdeb. Geh. Rath. 23.
Amalie, Prinzessin v. Oranien. 615. 616. 625. 630. 632. 643. 646. 921. 923—929.
Amerongen, G. Adrian, staatischer Deputierter. 129. 132.
Anders, Oberst. 709. 710.
Anna Gonzaga, Pfalzgräfin. 893.
Appelbom, schwedischer Gesandter. 95. 132. 135.
Arciszewski. 380.
Arlington, englischer Staatssekretär. 636. 637. 642. 647. 648. 657. 658. 664. 665. 669—671. 673.
v. Asseburg, Magdeb. Landrath. 29. 53.
Aubry, Parlamentsrath. 688. 704.
Auersperg, Fürst Johann W., österr. Minister. 577. 580. 585. 588. 589. 596. 598. 603. 872. 873.
August, Herzog v. Braunschweig-Wolffenbüttel. 5. 6. 26. 27. 40. 90. 127.
August, Herzog v. Holstein, brandenb. G. Wachtmeister. 7. 38. 51—56. 936.
August, Herzog v. Sachsen, Administrator v. Magdeburg. 3—7. 9. 11—24. 26—32. 35—39. 44. 48—56. 59. 149. 154. 584.
Avaugour, Charles, Graf, franzōs. Gesandter. 692. 695.

Badenhausen, R., hessischer Gesandter. 137. 140. 144. 145. 161. 165.
Bakowski, Ignatius, Woiwode v. Pommerellen. 315. 366. 370. 378. 379. 384. 388. 393. 397—399. 419. 429. 430. 505. 508. 516. 543. 545. 548. 555.
Barthels, Martin, Magdeb. Bürger. 34.
Basserode, kaiserl. Gesandter. 193. 198. 199—201. 213. 592. 669.
Battier, Peter, Amtskammerrath. 937. 944.
Baumgart, poln. Fähndrich. 488. 492. 497. 500.
Beaufort, Duc de, franzōs. Admiral. 900.

Beck, Jean, brandenb. Agent. 877.
Becker, Obrist. 710.
Bellefond, Marschall. 881. 894. 900.
v. Bendleben, Obristlieutenant. 113.
Benedicta Henriette, Herzogin v. Hannover. 337.
Bennet, engl. Staatssekretär. 627.
Berendts, poln. Obristlieutenant. 387. 394. 396.
v. Bergeyck, spanischer Diplomat. 742. 759.
Bergius, Dr., Hofprediger. 922.
v. Berlepsch, Otto, brandenb. Schlosshauptmann. 16. 44. 213. 701—703. 866. 928.
Bertram, k. mainzischer Gesandter. 813. 826.
Beuningen, Conrad, holländ. Gesandter. 82. 125. 127. 128. 712. 722—725. 742. 744. 753. 754. 827. 828. 860. 862. 863. 885.
Beuteler, Berend, Magdeburger. 25.
v. Beverning, Hieronymus, holländ. Gesandter. 68. 125. 126. 128. 739. 759. 898.
de Beyer, Johann, Clevischer Regierungsrath. 66. 67. 84—89. 91. 92—97. 102. 104—106. 108—112. 705. 717. 719. 797. 804. 806—817. 820—829. 927. 950.
Bialozor, Bischof v. Wilna. 334.
Bielke, Steen, schwedischer Reichsrath. 46. 47. 192. 199. 207. 209. 213.
Biörnclou, Matthias, schwedischer Reichsrath. 62. 172—175. 180. 184. 190. 192—195. 197. 199. 207. 209. 212. 213. 664. 854. 876.
Birnhauer. 938.
Blaspeil, Werner Wilhelm, brandenb. Geh. Rath. 310. 353. 381. 587—590. 612. 615. 623. 651—656. 673. 685. 687. 688. 707. 708. 711—761. 770. 775—784. 792. 793. 799. 811—816. 819. 824. 825. 829. 853. 857. 858. 883. 887. 895—906. 933.
Block, Oberstlieutenant. 515. 537.
— Maler. 925.
v. Blumenthal, Carl Caspar, brandenb. Geh. Rath. 51. 52. 101—104. 117. 122. 123. 149. 154. 189. 281. 312. 352. 566. 567. 573—603. 658. 677. 679. 681. 688. 690. 712. 720. 747. 797. 854. 859. 865—896.
v. Blumenthal, Joachim Friedrich, kaiserl. Kommissar. 3.
Brabeck, Münsterscher Domherr. 710.
Brahe, Peter, schwedischer R. Truchsess. 192.
v. Brandt, Christoph, Neumärkischer Kanzler, Geh. Rath. 187. 213. 225. 607—628. 631—671. 713. 722. 739. 755. 783. 859. 860. 899. 920. 921.
— Eusebius, brandenb. Resident. 225—408. 421—497. 500. 509. 525. 538. 539. 935.
Branicki, Clemens, polnischer Hofmarschall. 244. 329. 377. 410.
v. Brechem, Kammergerichtsrath. 945.
Brion, polnischer Oberst. 272.
Broniowski. 545.
Brostowski, littauischer Referendarius. 457.
Brüning, H., holländ. Gesandter. 902.
Buat, Henri. 612. 636—639.
Buckingham, Herzog von. 659. 673.
Bülking, Niclas, Magdeb. Bürger. 33.
v. Bülow, P. J., cellischer Geh. Rath. 41. 137. 144. 145. 150. 161. 802.
v. Burckersrode, k. sächsischer Geh. Rath. 201. 584. 784. 787. 816. 821. 928.
v. Burgsdorf, Conrad, brandenb. Oberkämmerer. 4. 149. 154.
Buschmann, k. cölnischer Geh. Rath. 100. 137. 679.
— Dr., k. trierscher Gesandter. 825.
Butendach, Johann, halberstädt. Regierungsrath. 70. 136—146. 162—166. 944.
Buzinski, polnischer Kanzlist. 470. 471.
Boccum, polnischer G. Major. 457. 489.
Bock, Conrad, Magdeb. Bürger. 30. 33.
— Lucas Adrian, Schiffscapitain. 623. 624. 627.
Boeckell, Martin Dr., schwedischer Gesandter. 162.
Boesecke, Jacob, Magdeburg. Bürger. 30. 34.

Boetticher, Dr., Magdeb. Prediger. 50.
Bojanowski. 389.
Bonde, Gustav, schwedischer K. Truchsess. 173. 192.
v. Bonin, Georg, brandenb. Geh. Rath. 218. 238—263.
Bonoeil, Introducteur des ambassadeurs. 855. 856.
Bonzi, Pierre de, Bischof v. Béziers, franzōs. Gesandter. 205. 223. 272. 280. 290. 293. 294. 308—314. 319. 323. 338. 339. 346. 353—374. 387. 392. 397—415. 691. 849—893. 929.
Boratini, Titus Livius, polnischer Münzmeister. 429.
Boreel, holländ. Gesandter. 668.
v. Borgsdorff, Magdeb. Domherr. 29.
v. Borstell, Erbschenk. 224. 384.
Bouillon, Herzog von. 868.
Bourlemont, franzōs. Gesandter. 888.
v. Boyneburg, Johann, pfalzneuburg. Gesandter. 371. 393. 397. 399—413.

Caesari, Domherr. 457.
v. Canstein, Raban, brandenb. Amtskammerpräsident u. O. Hofmarschall. 52. 53. 283. 785. 925. 946. 951.
Capauni, Gerhard, Hauptmann. 16. 25.
Carlingford, Graf, englischer Gesandter. 640.
Castelmaine, Lady. 665.
Castel Rodrigo, Marquis, Statthalter der span. Niederlande. 587. 589. 590. 663—665. 669. 687. 688. 700—704. 729—733. 742. 743. 745. 753. 755. 758. 760—770. 773—783. 792. 793. 814. 815. 821. 822. 824. 825. 833. 849. 853. 860.
Charlotte, Kurfürstin v. d. Pfalz. 924.
— Sophie, Prinzessin v. Kurland. 949.
Chavagnac, Graf Gaspard, kaiserl. Generalmajor. 595. 597.
Chouet, k. pfälzischer General. 901.
Christian V., König v. Dänemark. 904. 905.
— August, Pfalzgr. v. Sulzbach. 894. 915. 933.
— Ernst, Markgraf v. Baireuth. 784. 933. 937. 949.
Christian Louis, Herzog v. Mecklenburg-Schwerin. 298.
— Ludwig, Herzog v. Braunschweig-Celle. 60. 919.
Christoph Bernhard (v. Galen), Bischof von Münster. 60—62. 75. 96. 134. 148. 149. 150. 153. 154. 155. 156. 165. 166. 185. 207. 290. 317. 591. 610. 611. 622. 630. 631. 635. 640. 680. 682. 684. 686. 703. 707—711. 714. 719. 726—736. 738. 769. 776. 793. 794. 811. 812. 814. 820. 887. 894. 901. 904. 905. 940.
Clarendon, Lord, englischer Reichskanzler. 609. 611. 612. 615. 618. 619. 622. 624—626. 628—656. 658.
Claudia Felicitas, Erzherzogin v. Tirol. 337.
Colalto, polnischer Officier. 219. 279—288. 297. 301.
Colbert, Jean Baptiste, franzōs. Minister. 829. 858. 864. 868.
— Croissi, Charles, franzōs. Gesandter. 219. 294. 295. 339. 671. 679. 759. 827.
Colombel, Gabriel, Maler. 926.
Comingues, franzōs. Gesandter. 634.
Condé, Louis, Prinz. 180. 221. 264. 269. 279. 314. 319. 333. 336. 341. 343. 348. 351. 354. 355. 357. 362. 365. 369. 379. 386. 389. 394. 398. 400. 402—409. 418. 420. 508. 533. 549. 576. 582. 591. 592. 681. 695. 712—714. 800. 803. 849. 851. 866. 867. 868. 870. 871. 874. 875. 878. 880. 884—893.
Copes, Johann, brand. Resident. 69. 70. 103. 124. 126. 129—134. 633. 650. 651. 654. 722—759. 776. 812. 853. 895—903. 925.
Cornbury, Lord. 619. 620. 622. 623. 625. 637.
Cosimo, Prinz v. Toscana. 361. 377. 379.
Courtin, franzōs. Gesandter. 633. 714. 742.
Coventry, William, englischer Gesandter. 646. 654.
Coyet, P., spanischer Gesandter. 639. 659.

Cramprich, kaiserl. Resident. 903.
Crellius, Wolfgang, Hofprediger. 925.
v. Crockow, Lorenz Georg, brandenb. Gesandter. 6. 16. 17. 71. 79. 82. 83. 90. 162. 167—213. 220. 224. 237. 241. 263. 265. 269. 297. 310. 311. 320. 384. 681. 749. 936. 937. 940. 941.
Cromwell, Oliver. 621. 622.
Croy, Ernst Bogislaw, Herzog v., Statthalter in Preussen. 233. 488. 490. 492. 495. 500. 512. 515. 516. 519. 524. 535. 536. 538. 547. 550. 552. 554. 557. 558. 560. 561. 937—939. 950.
Cuno, Hermann, Magdeb. Bürger. 30. 33.
Czarbocki. 370.
Czarnecki, Stephan, Woiwode von Reussen. 244. 255. 258. 262. 263. 290.
— Stephan, poln. Feldschreiber. 545. 550.
Czarnkowski, Starost v. Osieck. 931.
Czartoryski, Florian, Bischof v. Cujavien. 348. 349. 366. 385. 386. 430. 440. 481. 554.
— Karl, U. Kämmerer v. Cracau. 362. 366. 546.

v. Degenfeld, k. pfälzischer Gesandter. 825.
Delvig, schwedischer Oberst. 79.
Dembicki, Martin, Sendomirscher Fähndrich. 474. 475. 479. 481. 482.
Dennemarck, polnischer Oberst. 470.
v. Derfflinger, Georg, brandenburg. G. Feldmarschall. 515. 726.
Diest, Heinrich, clevischer Bürgermeister. 943.
Dieterichs, Heinrich, cellischer Geh. Rath. 165.
v. Dobrzenski, Joh. Ulrich, brandenb. Geh. Rath. 255.
Dönhoff, Graf Ernst, G. Major. 370. 554.
— Graf Friedrich, brandenb. Oberst. 234. 235. 380. 536. 537—550. 554. 555. 558. 601.
— Graf Theodor, polnischer O. Kämmerer. 243. 336. 344. 345. 360. 361. 365. 374. 382. 386. 470. 867. 929.
— Gräfin, O. Kämmerin. 360. 361. 374. 867.
Dohna, Christoph Delphicus, Graf, schwedischer Gesandter. 78. 180. 204. 205. 659. 664. 668. 669. 670. 688. 742. 750. 755. 756. 859.
Dorfler. 488.
Doroszenko, Kosakenhetman. 233.
Dorothea, Kurfürstin v. Brandenburg. 672. 919—926.
Downing, Georg, englischer Gesandter. 621. 623.
Dürfeldt, Heinrich, Dr., Magdeb. Geh. Rath. 28. 35—39.
Dzialinski, Stanislaus, Woiwode v. Marienburg. 370.

Eberhard, Herzog v. Würtemberg. 949.
Eden, B., Bremer Syndicus. 83. 111. 174.
Ehrmanns, Tilemann, Pfalz-Neuburg. Hofrath. 192. 204. 209. 852.
Eleonore, Wittwe Kaiser Ferdinand III. 337. 351. 399. 588.
— österreich. Erzherzogin, Königin v. Polen. 434—448. 457. 467. 473. 483. 518. 531. 561.
— Magdalene, Pfalzneuburgische Prinzessin. 335. 336. 416. 431.
Elisabeth Amalie, Pfalzgräfin v. Neuburg. 335.
v. Eller, Wolfgang, brandenb. Gen.-Major. 93. 713. 714.
v. Elst, hannoverscher Gesandter 93.
Enghien, Herzog v. 180. 186. 217. 219. 250. 254. 257. 259. 260. 267. 274. 276. 279. 341. 354. 357. 575. 580. 582. 649. 682. 691—695. 800. 886. 890.
Erdmuthe Sophie, Markgräfin v. Baireuth. 949.
Ernst, Herzog v. Sachsen-Gotha. 149.
— August, Herzog v. Braunschweig, Bischof v. Osnabrück. 6. 10. 41. 66. 69. 70. 89. 100. 124. 130. 134. 136. 148. 150. 151. 154. 157. 159. 164. 684. 689. 706. 757. 759. 797—802. 897.
Esich, Dr. Kammergerichtsrath. 945.
d'Estrades, Graf, französ. Gesandter. 107. 125. 127. 128. 130. 638. 685. 723. 742. 750. 751. 753. 757. 758. 860. 920.

Fabri, baireuthischer Sekretär. 949.
Fagel, Gaspar, Griffier der Gen. Staaten. 735. 736.
Fargel, Johann, brandenb. Oberst. 400. 726.
Fehr, brandenb. Rath. 488.
Feltberg, Gen. Major. 709. 710.
Ferdinand II., Kaiser. 27.
— III., Kaiser. 59. 934.
— II., Grossherzog v. Toscana. 361.
— (v. Fürstenberg), Bischof v. Paderborn. 710. 732. 769.
— Maria, Kurfürst v. Baiern. 689. 717. 790. 791. 794. 804—806. 813. 816. 822. 868. 874.
— Maximilian, Markgraf v. Baden-Baden. 298.
— Wenzel, österr. Erzherzog. 585. 595.
Fleming, Georg, schwedischer Gesandter. 639. 750.
v. Flemming, Heinrich, brandenb. Oberstlieutenant. 515. 537.
Formont (Fromont), Pariser Banquier. 867. 916.
Francken, Bartholomäus, Danziger Syndicus. 428.
Franz Erdmann, Herzog v. Sachsen-Lauenburg. 576.
Fredro, Alex. Maximilian, Kastellan v. Lemberg. 386. 389. 390. 410.
Friedrich III., König v. Dänemark. 67. 68. 81. 116—123. 656. 757. 759.
— brandenb. Prinz. 515. 929.
— Landgraf von Hessen-Homburg, brandenb. General. 939.
— Wilhelm, Herzog v. Sachsen-Altenburg. 23.
v. Friesen, Heinrich, k. sächsischer Geh. Rath. 784. 786—788. 790. 791. 793—796.
Friquet, kaiserl. Resident. 575. 581.
Fromhold, Johann, brandenb. Geh. Rath. 4.
Fuchs, Paul, brandenb. Cabinetssecretär. 556.
Fürstenberg, Franz Egon, Graf, Bischof v. Strassburg, k. cölnischer Minister. 110. 678. 684. 717. 754. 808. 812—819. 824. 825. 829.
Fürstenberg, Wilhelm, Graf, k. cölnischer Gesandter 183. 678. 679. 684. 704. 712. 714. 717. 753. 814. 815. 818. 824. 863. 892. 894. 895.
— Graf, k. bairischer Oberhofmarschall. 806.

Galecki, Franz, Schenk v. Kiew. 393. 394. 396. 397. 408. 432. 476. 516.
v. Galen, k. pfälzischer Hofrath. 823.
Gamarra, Don Estevan, spanischer Gesandter 669. 733. 769. 901.
de la Gardie, Magnus, schwedischer Reichskanzler. 62. 171—175. 180. 181. 183. 184—186. 189. 190. 192. 194. 197. 203. 205—207. 671. 854.
Gaumont, französ. Gesandter. 341. 345. 357. 369. 704. 705. 712. 714. 715. 746. 807. 808. 821. 824. 852. 856. 868. 869.
Gehl, schwedischer Oberst. 79.
Gelhar. 932.
Gembicki, Johann, Bischof v. Plock. 392. 461.
de Gent, Baron, holländ. Deputierter. 872. 895. 896.
Georg Wilhelm, Herzog v. Braunschweig-Lüneburg. 6. 10. 41. 66. 69. 70. 73. 74. 76. 77. 84. 89. 92. 103. 124. 126—128. 134. 136. 139. 146. 148. 149. 150. 151. 154. 157. 159. 164. 179. 334. 684. 689. 706. 757. 759. 797—802. 820. 897. 905. 944. 951.
St. Géran, Graf, französ. Gesandter. 916.
Gericke, Sebastian, Magdeb. Bürger. 33.
v. Gersdorff, k. sächsischer Geh. Rath. 684. 699. 797. 826.
Gessmann, poln. Landbote. 599.
v. Giese, Franz, pfalzneuburg. Kanzler. 223. 345. 346. 350. 351. 357. 364. 367—369. 371. 376. 377. 382. 594. 595. 685. 711. 712. 714. 746. 849. 852. 853.
Girault. 855.
Gninski, Johann, C. Kämmerer v. Pommerellen, später Woiwode v. Culm. 193—195. 244. 321. 325—329. 337. 366. 390. 463. 467. 556.

van Goch, Michael, holländ. Gesandter. 616.
de Goess, Joh., kaiserl. Gesandter. 6. 45. 80. 81. 101. 102. 117. 127. 129. 141. 177. 219. 261. 264. 267. 268. 270. 286. 334. 337. 340. 348. 349. 352. 397. 539. 558. 560. 561. 565—573. 575. 582. 584. 591. 594. 597. 598. 682. 688. 700. 720. 727. 774. 793. 818. 869. 903. 936. 950.
Görling, brandenb. Archivar. 6.
v. Görtzke, Joachim Ernst, brandenb. G. Major. 445. 536. 560. 942. 950.
Götling, Barthol., Magdeburg. Bürger. 31. 33.
v. Götzen, Frau, Hofmeisterin. 922.
Goinczewski. 390.
v. d. Goltz, Joachim Rüdiger, brandenb. Gen. Lieutenant. 70. 148—150. 154. 250. 296. 707. 726. 728.
— grosspolnischer Edelmann. 390.
Gonsiewski, littauischer U. Feldherr. 244.
Gonzaga, Fürst Hannibal, kaiserl. Minister. 573. 577. 580. 581. 585. 589.
Gorecki. 389.
de Gourville, hannoverscher Kammerherr. 892. 893.
de Grana, Marquis. 590.
v. Grapendorf, H., cellischer Hofmarschall. 41. 93. 161. 164. 165. 802.
Gratta, Franz, polnischer Postmeister. 376.
Grave, schwedischer Resident. 796.
Gravel, Robert, französ. Gesandter. 10. 806. 831. 832. 835. 846—849.
— Abbé, französ. Gesandter. 698. 703.
v. Greiffenclau, k. mainzischer Gesandter. 825. 877.
Grémonville, Jacques Brethel, französ. Gesandter. 459. 581. 582. 587. 589. 590. 598. 599. 854. 868. 869. 872. 874. 879.
v. d. Gröben, Hans Ludwig, brandenb. Geh. Rath. 689. 800—803. 921. 924. 925.
Grothausen, schwedischer Oberst. 79.
Grudzinski, Andreas, Woiwode v. Posen. 386. 390. 397. 403. 450.
Gruzewski, Samaitischer Landfähndrich. 376.
Grzymultowski, Christoph, Castellan v. Posen. 222. 271—282. 303. 306. 311. 322. 323. 329. 331. 333. 334. 341. 347. 348. 350. 353. 354. 366. 384—387. 389—394. 397. 398. 406. 408. 413. 415. 419. 449—452. 462. 473—480. 484. 485. 508. 511. 513. 516. 519—521. 526. 533. 545. 548—552. 577. 785.
Gualdo, Galeazzo, Geschichtsschreiber. 595.
v. Guericke, Otto, Bürgermeister v. Magdeburg. 26. 29. 30. 37. 39. 42. 43.
— — d. jüng., brandenb. Resident. 42. 940.
Guidobald (v. Thun), Erzbischof v. Salzburg. 805. 806. 833. 835—849.
Guldenstern, Johann, schwedischer Hofkanzler 184. 209.
— (Gyllenstierna), Castellan v. Danzig. 274.

Habbäus, Christian, schwedischer Resident. 197. 198. 204.
Hacke, braunschw. Kammerrath. 951.
Hackeberg, Julius. 177. 220. 297—304. 351. 575. 576.
Haersolte, holländ. Gesandter. 87.
v. Hammerstein, Georg Christian, osnabrückscher Hofmarschall. 92. 161. 586—589. 596. 689. 793. 797—799. 856.
v. Hardenberg, braunschw. Geh. Rath. 40. 137.
Harrach, F. B. Graf, kaiserl. O. Stallmeister. 881.
v. Haxthausen, cellischer Stallmeister. 102. 103. 892.
Hedwig Eleonore, Königin v. Schweden. 337.
— Sophie, Landgräfin v. Hessen-Cassel. 70. 101. 124. 132. 139. 142—144. 146. 148. 154. 157. 159. 164. 674. 874. 913. 914. 922—926.
Hegerlingen, Jörgen, Magdeburger. 25.
v. Heimburg, wolffenbüttelscher Geh. Rath. 40. 93. 94. 125. 126. 150.

Hell, k. cölnischer Oberst. 104.
Hellwig, Mathias, Magdeburg. Bürger. 26. 31.
Henriette Katharine v. Oranien, Fürstin v. Anhalt. 923. 925. 927.
— Marie, Königin v. England. 634. 653.
Hermann, Markgraf v. Baden. 574. 586. 591. 658. 687. 688. 704. 716. 718. 731—733. 738. 739. 743. 745. 761—770. 774—784. 807. 808. 815. 818. 821.
Herrmann, Dr., pfalzneub. Gesandter. 826.
Hermes, bremischer Rathsherr. 109. 137.
Hessen, Cardinal von. 868.
Heydekampf, Chr. Sigismund, brandenb. Geh. Kämmerer. 537. 557.
v. Heyden, Friedr., brandenb. Kammerherr. 66. 91—94. 103. 951.
Heymann, G., cellischer Vicekanzler. 137.
Hirschenstierna, Stephan Gambrotius, schwedischer Hofrath. 209.
Hlebowicz, Generalstarost in Samaiten. 334.
Hocher, Paul, österr. Gesandter. 584. 601.
Höttinger, k. mainzischer Gesandter. 842.
Hollis, Lord, englischer Gesandter. 646. 654.
Horda, Castellan v. Samaiten. 334.
Horn, Bengt, schwedischer Reichsrath. 192.
— schwedischer Oberstlieutenant. 79.
Horst, pfalzneuburg. Resident. 575.
v. Hoverbeck, Johann, brandenb. Gesandter. 176. 178. 218—227. 229. 234. 238. 240—275. 284. 288—297. 302. 304—307. 310—370. 373—383. 386. 390. 391. 395—422. 424. 425. 427. 443. 445. 455—471. 519. 522—531. 533. 536. 538. 539. 561. 578. 581. 589. 593. 600. 649. 681. 693. 851. 853. 854. 855. 859. 929. 930. 934. 935.
Hübner, Joachim. 623. 627.
Hugo, L., hannoverscher Hofrath. 137.
Hyöen, Eberhard, brandenb. Gen. Auditeur. 51.
Jablonowski, Stanislaus Johann, Woiwode v. Reussen. 387. 388. 394. 396. 419. 464. 516.
Jacob, Herzog v. Kurland. 410. 446. 577. 949.
— Herzog v. York. 615. 617. 618. 624. 625. 627. 633. 639. 649. 665.
du Jar, Commandeur. 886.
Iden, Petrus Dr., Magdeb. Gesandter. 26.
v. Jena, Friedrich, brandenb. Geh. Rath. 6. 8. 13. 16. 20. 22—24. 26—32. 34—39. 48. 50. 52. 53. 65. 73. 74. 101—104. 117. 122. 123. 128. 155. 156. 161. 162. 170. 174. 224. 226. 227. 283. 395—422. 550. 770. 771. 830. 907—911. 934. 935.
— Gottfried, brandenb. Gesandter in Regensburg. 704. 830—834. 845—848.
Ihewen, Joh. Dietrich, clevischer Regierungsrath. 950.
Joachim Friedrich, Kurfürst von Brandenburg. 30.
Jodoci, k. Mainzischer Geh. Rath. 701—704. 822.
Johann Adolf, Herzog v. Holstein-Plön. 199—203.
— — Herzog zu Sachsen. 18.
— Friedrich, Herzog v. Hannover. 41. 90. 103. 127. 136. 142. 150. 154. 161—163. 298. 337. 356. 574. 710. 820.
— Georg, Fürst v. Anhalt. 52—54. 226. 267. 283. 337. 400. 405. 624. 672. 906. 923—930.
— — II., Kurfürst v. Sachsen. 5. 6. 10. 13. 16. 17. 23. 24. 44. 46. 199—203. 248. 254. 258. 264. 265. 306. 579. 582—584. 684. 689. 699—701. 719. 736. 738. 777—780. 784—797. 813. 822. 824. 828. 844. 866. 928. 936. 949.
— — Prinz v. Mecklenburg. 49.
— Kasimir, König v. Polen. 147. 176. 186. 208. 210. 217—224. 236—381. 388. 390. 392. 401. 422. 423. 428. 504. 582. 693. 711. 853. 856.
— Philipp (v. Schönborn), Kurfürst v. Mainz. 10. 16. 61. 147. 151. 155. 156. 166. 171. 271. 334. 371. 626. 678.

680. 683. 699—704. 706. 707. 710. 754. 755. 764. 787. 788. 791. 792. 794. 795. 807—809. 813. 816. 820. 822—824. 831. 877. 882. 887. 902.
Isbrand, holländ. Gesandter. 180.
v. Iselstein, braunschw. Obrist-Wachtmeister. 148. 702. 706.
Juan d'Austria, Don. 821.
Julius Franz, Herzog von Sachsen-Lauenburg. 576. 584.

v. Kalckstein, Albrecht, General. 458.
— Christian Ludwig, Oberst. 226—232. 289. 438—454. 458. 466. 474—510. 513. 519. 521. 523. 524—527. 531. 537. 538. 939. 942.
Kallenberg, General Adjutant. 936.
v. Kalnein, Albrecht, Oberburggraf. 456. 942.
v. Kanne, k. sächs. Hofmarschall. 23. 24. 784. 787. 797. 816. 821. 826.
v. Kannenberg, Christoph, Gen. Lieutenant. 49. 50.
Karl V., Kaiser. 716. 913.
— II., König v. England. 371. 607—674. 722.
— Herzog v. Geldern. 716.
— IV., Herzog v. Lothringen. 298. 811. 869. 870. 874. 877. 881.
— (V.), Herzog v. Lothringen. 177. 298. 300. 377. 379. 388. 389. 391. 392. 397—410. 567. 574. 582. 595. 597. 601. 869. 870. 875. 879. 881. 885—891.
— X. Gustav, König von Schweden. 5. 60.
— XI., König v. Schweden. 11. 60. 165. 166. 196. 208. 237—239. 758. 944.
— II., König v. Spanien. 426. 670. 678. 760. 762. 764. 833. 847.
— Emil, brandenb. Kurprinz. 929. 937. 947.
— Kaspar, Kurfürst v. Trier. 147. 155. 626. 705. 717. 808. 809. 813.
— Ludwig, Kurfürst v. d. Pfalz. 93. 171. 179—181. 655. 701. 823. 824. 873. 876—881.
v. Katte, Hans, Magdeb. Geh. Rath. 23. 28. 29. 35—39. 48. 51—54. 56.
v. Katte, Magdeb. Landrath. 29.
Kemphorn, englischer Admiral. 649.
Kerski, grosspolnischer Edelmann. 521.
Kierdey, Joh. Kasimir, Marschall v. Grodno. 436.
Kiewit, Johann, Rotterdamer Rathsherr. 638.
Kind, Peter, Magdeb. Bürger. 26. 43.
Kinsky, Graf, kaiserl. Gesandter. 268. 269. 272. 274.
Kirschenstein, littauischer Schatzmeister. 496. 932.
Kleihe, Dietr. Schweder, schwedischer Regierungspräsident. 41. 47. 65. 66. 74. 78. 81. 82. 96. 97. 105. 127. 168.
v. Kleist, k. bairischer Gesandter. 816. 817. 820. 825. 830.
Klingenberg, dänischer Gesandter. 130—132. 135.
v. Knesebeck, Thomas, baireuthischer Geh. Rath. 940. 949.
Koch, Dietrich, Magdeb. Consiliarius. 26. 28. 43. 53.
— Valentin, Magdeb. Bürger. 30.
— schwedischer Oberst. 79.
— Magdeb. Obristlieutenant. 25. 26.
Kochanowski, Starost v. Radom. 435. 436. 440. 464. 472. 479. 483.
— Culmischer Fähndrich. 422.
Köling, Heinrich, Magdeburg. Bürger. 31. 33.
Königsmarck, Graf Otto Wilhelm, schwedischer Gen. Major. 79. 110. 180. 182. 305. 580. 877. 894.
Köppen, Johann, Dr., brandenb. Geh. Rath. 945.
Koniecpolski, Alexander, Woiwode v. Sendomir. 402.
— Stanislaus, Starost v. Dolina. 402.
Kopei, Woiwode v. Plock. 334.
Kramer, Hans, Magdeb. Bürger. 33.
Krause, Matthias, Magdeb. Bürger. 33.
Krenski, Graf, pfalzneub. Kammerherr. 250. 303. 304. 330. 336. 349. 852.
v. Kreuzberg, Quadt-Wickrath, Joh. Arnold, clevischer Amtskammerpräsident. 754. 829. 940—945. 950.
Krumhausen, Gabriel, Danziger Bürgermeister. 428.

Krzycki, Stanislaus, U. Kämmerer v. Kalisch. 389. 398. 426. 479. 521. 529.
Kühlewein, Kilian, Magdeb. Bürger. 34.

Lamberg, Graf Joh. Maximilian, österr. Minister. 577. 580. 581.
v. Landsberg, k. cölnischer Landdrost. 104.
Landskoronski, Starost v. Nowosicli. 479.
Langenbeck, hannoverscher Kanzler. 137. 139. 144.
Lasky, polnischer Oberst. 482—484.
Lattermann, schwedischer Gen. Adjutant. 79.
Laue, Philipp Dr., Advocatus fisci. 942.
v. Ledebur, Gerhard Joh., brandenb. Gesandter. 17. 40. 41. 66. 67. 84—89. 91. 92—97. 102. 104—106. 108—112. 149. 707—711. 726.
v. Lehndorf, Ahasver, poln. Obristlieutenant. 224. 388. 389. 408. 434. 438. 442. 444. 448. 450. 488.
Lente, Hugo, dänischer Sekretär. 122. 123.
— Johann, Magdeb. Bürger. 37.
Leopold I., deutscher Kaiser. 6. 10. 11. 12. 16. 19. 22. 44. 45. 60. 64. 66. 69. 72. 74. 83. 90. 92. 97. 98. 102. 103. 107. 149. 169. 175. 177. 179. 184. 185. 188—190. 202. 206. 212. 213. 220. 256. 264. 270. 277. 289. 300—302. 310. 312. 316. 321. 323. 329. 350—352. 355. 361. 399. 415. 532. 557—560. 565—603. 621. 640. 650. 661. 692. 700. 703. 716. 720. 727. 729. 731—735. 746. 749. 754. 760. 762. 764. 767. 769. 771. 775. 781. 788. 793. 794. 796. 798. 801. 811. 814. 815. 818. 833. 845. 847. 855. 868. 878. 881. 895. 908. 910. 934. 935.
v. Lerodt, pfalz-neuburgischer Gesandter. 372. 711. 713. 714. 717. 719. 826. 852. 859. 868—870. 874. 875. 878. 879. 884—892.
de Lesseins, französ. Gesandter. 338. 677.
Leszynski, Johann, poln. U. Kanzler, dann K. Grosskanzler. 218. 222. 234. 235. 238. 247—249. 252. 256. 268. 280. 282. 289. 290. 299. 300. 308. 317. 325. 328. 329. 334. 335. 341. 345. 347—355. 361. 366. 370. 384. 385. 389—394. 398. 408. 412. 413. 419. 420. 423. 425. 427. 430. 431. 433—435. 447. 453. 472. 506—508. 510. 511. 513. 516. 519. 526—528. 530—532. 541—543. 548. 550—552. 574. 577.
— Wenzel, Erzbischof v. Gnesen. 221. 243. 258. 274. 289. 292.
Lezenski, Thomas, Bischof v. Chelm. 278. 307. 450. 548.
Ligne, Fürst von. 774.
Liliehöck, schwedischer Gesandter. 178. 184. 299. 300. 304. 305. 313. 314. 316. 320.
Liliencron, dänischer Resident. 599.
Lincker, hessischer Sekretär. 922. 923. 937.
v. d. Linde, Adrian, Danziger Kaufmann. 374.
— märkischer Landrentmeister. 921.
Lindemann, Berthold, Magdeb. Bürger. 33.
Lionne, Hugues, französ. Minister. 106. 107. 357. 372. 679. 691. 693—695. 702. 703. 714. 814. 826—829. 852. 854—895. 914. 915. 941.
— Louis, französ. Gesandter. 429. 467.
Lipski, polnischer Kanzleibeamter. 530.
v. Lisola, Franz, kaiserl. Gesandter. 267. 397. 565. 575. 581. 598. 599. 645. 648. 657. 664. 665. 668—670. 765. 900. 902. 903. 920.
Lobkowitz, Wenzel, Fürst, kaiserl. Minister. 45. 182. 310. 573. 577. 580. 581. 585. 591. 592. 595. 596. 598.
Longueville, duc de. 234. 259. 447. 549.
Los, Wladislaus, Truchsess v. Plock. 167. 168. 171. 299. 300. 302. 303. 308. 406.
Lubomirski, Alexander, polnischer K. Stallmeister, Woiwode v. Cracau. 274. 333. 365. 369. 383. 447. 448. 544. 577. 578.
— Georg, polnischer G. Marschall. 167

—169. 171. 177—179. 218—222. 245—323. 329. 384. 392. 394. 395. 574—584. 589. 692.
Lubomirski, Hieronymus, Malteserritter. 329.
— Stanislaus, Starost v. Zips. 276. 473.
Lubowiecki, Joh. Franz, Castellan v. Wolhynien 542.
Ludwig, Markgr. v. Brandenburg. 53. 306.
— XIV., König v. Frankreich. 10. 11. 61—63. 67. 69. 78. 81. 106—108. 110. 115. 125. 128. 130. 146—148. 149. 151. 175. 178. 182. 186. 207. 220. 222. 223. 242. 248. 259. 262. 269. 271. 280. 285. 292. 294. 295. 316. 318. 320. 336. 339—341. 343. 351. 353. 354. 357. 358. 362. 383. 420. 566. 567. 576. 580. 598. 612. 634. 636. 653. 656. 658. 662. 677—916.
— Dauphin. 829. 856. 864. 869.
Lüdecke, R., Magdeb. Bürger. 33.
v. Lützow, schwedischer Marschall. 183.
Luise Charlotte, Herzogin v. Kurland. 416. 939.
— Elisabeth, Prinzessin v. Kurland. 337. 416. 939.
— Henriette, Kurfürstin v. Brandenburg. 53. 344. 779. 930.
de Lumbres, Antoine, franz. Gesandter. 242. 251. 259.
Lupini, Canonicus. 532. 533.
Lybinsky, Starost. 403.

Machowski, polnischer General. 315.
v. Mahrenholtz, Kurt Asche, brandenb. Gesandter. 790. 791. 830—848.
Malachowski, polnischer K. Referendarius. 375.
Malagon, Graf, spanischer Gesandter. 603.
v. Manteuffel. 390.
Margaretha Theresia, Kaiserin. 573. 578. 588. 814.
Marie von Oranien, Pfalzgräfin v. Simmern. 926. 928.
— Louise, Königin v. Polen. 217—336.
Maria Theresia, Königin v. Frankreich. 829. 856. 864. 869.
Marquard, Bischof v. Eichstädt. 934. 935.
v. Marschalck, Georg, schwedisch-bremisch. Regierungsrath. 86. 164. 165.
Marsin, Graf, 761. 774.
Martitz, Johann, Kammerdiener und Geh. Kammersekretär. 923.
Marustewicz, littauischer U. Kanzler. 334.
v. d. Marwitz, brandenb. Oberstlieutenant. 515.
Matthias, Michael, Hofrentmeister u. Hofpostdirector. 995.
Mauritia de la Tour d'Auvergne, Herzogin v. Baiern. 868.
Maximilian Heinrich, Kurfürst von Cöln. 10. 64. 66. 70. 94. 96. 98. 100. 103. 104. 106. 110. 136. 141—143. 147. 149. 153—158. 164—166. 181. 207. 334. 622. 678. 680. 684. 704—707. 710. 714. 764. 806—809. 813—816. 819. 821. 824. 825. 831. 904. 905. 941. 946.
— Philipp, Herzog v. Baiern. 574. 868. 874.
Mayer, k. bairischer Gesandter. 806. 832. 834.
v. Mayernberg, Augustin, kaiserl. Gesandter. 268. 351. 373. 376. 377. 383. 460. 462. 516. 930.
Meerman, holländ. Gesandter. 668.
Megelin, polnischer Capitain. 433. 474. 482—484.
Meinders, Franz, brandenb. Geh. Sekretär. 41. 309. 560. 593. 658. 662. 689. 698. 752. 755. 757. 761. 762. 766. 768. 780. 781. 797. 824. 827. 849—865. 915. 916. 920. 922. 939.
Menlinck, Juwelier. 926.
Michael Wiszniowiecki, König v. Polen. 218. 224—235. 413—562. 891. 900. 938.
Mierzynski, Johann, Hofrath. 265.
Millet, Marschall, französ. Gesandter. 108. 113. 115. 146—148. 150. 151. 194. 195. 202. 203. 206. 223. 333. 336. 337—339. 342. 343. 346. 354.

357. 358. 360. 369. 658. 659. 687. 800—804. 846. 848—850. 852. 854. 858. 861. 865. 866. 920. 927. 929.
Mleczko, Emerich, Woiwode v. Podlachien. 463.
v. Mörner, Oberförster. 50.
Molina, Graf, spanischer Gesandter. 645. 648. 657. 658. 669. 670.
Molle, Oberst. 576. 709—711.
v. Moltcke, lüneburg. Gardecapitain. 103.
Monk, englischer General. 649.
Montaigu, Abbé, englischer Gesandter. 634. 882.
Montecuccoli, Graf Raimund, kaiserl. F. Marschall. 573. 585. 775.
Montgommeri, Rittmeister. 230. 232. 445. 488. 490. 492. 497. 500.
Montpensier, Anna Marie Louise, Herzogin v. 660. 662.
Morice, englischer Staatssekretär. 623. 642. 647. 648. 657—660. 663.
Moritz, Fürst v. Nassau, Statthalter in Cleve. 53. 607. 629. 672. 940. 941. 943. 950.
— Ludw. Heinrich, Pfalzgr. v. Simmern. 926.
Morstein, Andreas, polnisch. K. Schatzmeister. 195. 196. 224. 258. 274. 307—310. 319. 322. 336. 340. 341. 347. 374. 379. 387. 394. 397. 408—411. 447—451. 473—475. 487. 489. 505. 513. 527. 548. 558. 695. 696. 714. 879. 886.
— Felix, littauischer U. Stallmeister. 229. 235. 261. 302. 412. 447. 452—457. 461. 463. 467—471. 486. 511. 535. 539. 556—562.
du Moulin, franzõs. Gesandter. 678.
— englischer Sekretär. 890.
Müller, P., kaiserl. Beichtvater. 583.
— Lorenz, cellischer Gesandter. 124—126. 130. 131. 133—135. 725. 901.
— Matthias, Magdeb. Bürger. 26. 31.
— Sebastian, Magdeb. Bürger. 34.
v. Münchhausen, B., wolffenbüttelscher Gesandter. 825.
Mummend, Christoph, Magdeb. Bürger. 33.
Musculus, hessischer Hofprediger. 925—927.
Mussynski, Albert, grosspoln. Edelmann. 521.

Naruszewicz, littauischer U. Kanzler. 390.
Nasczokin, Afanas Laurentewicz, russischer Gesandter. 380.
Neuhausen, Magdeburger Bürger. 51.
Neumann, Andreas, brandenb. Resident. 19. 44—46. 565. 575. 576.
Nicolai, schwedisch-bremisch. Kanzler. 86. 95. 108.
Nicolartz, hildesheimsch. Vicekanzler. 100. 137. 142. 156. 157. 161. 164. 165. 705. 706. 946.
Niemirycz, Stephan, U. Kämmerer v. Kiew. 224. 248. 249. 254. 257. 260. 265. 276—278. 281. 288. 299. 300. 322. 324. 355. 384. 408—410. 931. 932. 950.
Niess, Johann, clevischer Landsyndicus. 940.
Niewiarowski. 244.
Noaille, Duc de, franzõs. Admiral. 900.
v. Nolde, Levin, brandenb. Oberst. 537.
Nolte, Dietrich, Magdeb. Rathmann. 33.
Nostiz, Graf, böhmischer Kanzler. 46.

v. Oelsnitz, Karl Friedr., brandenb. Geh. Rath. 265.
Oernsted, Franz Joel, schwedischer Staatssekretär. 184. 209.
Oesterreich, Michael, Magdeb. Bürger. 30. 33.
Oettingen, Graf Wolfgang, Reichshofrathspräsident. 590.
Oginski, littauischer Landbote. 436.
Olizar, polnischer Landbote. 430. 431.
Olszowski, Andreas, Bischof v. Culm, polnischer K. Unterkanzler. 222. 227. 229. 325. 328. 329. 337. 338. 344. 377—389. 391. 393. 410. 417—448. 452—530. 544. 546. 561. 562.
Opacki, Albert, U. Kämmerer v. Warschau. 231—233. 496—506. 512—515. 519. 527. 530. 534. 542. 559.

Opalinski, Johann, Woiwode v. Kalisch. 390. 392. 393.
— Abt v. Blesen. 347. 349. 378.
v. Orssbeck, k. trierscher Gesandter. 825.
v. Ostau, Albrecht, preussischer Hofrichter. 229. 455—471.
Ostrogska, Theophila. 512.
Ostrogski, Fürst Alexander. 356.
Otto I., Kaiser. 3.

Pabst, Hermann, Dr., clevischer Justizrath. 943.
Pac, Christoph, littauischer G. Kanzler. 227. 258. 266. 269. 274. 278. 283. 294. 334. 335. 344. 350. 361. 376. 377. 379. 389. 390. 393. 396. 397—399. 408. 410. 419—422. 435. 436. 441. 444. 450. 453. 485. 489. 507. 516. 524. 529. 544. 867. 879. 880. 886.
— Michael, littauischer G. Feldherr. 258. 334. 361. 376. 390. 398. 399. 408. 410. 547. 577.
— Nicolaus Stephan, Woiwode v. Trocky. 397.
— littauische G. Kanzlerin. 367. 496. 867.
Pagestecher, Arnold, brandenb. Resident. 719. 811. 813. 822. 824. 826. 828—830.
v. Paland, osnabrückscher Gesandter. 825.
Palbitzki, Mathias, schwedischer Gesandter. 46. 92. 177. 182. 237. 243. 251. 258. 265. 269. 274. 289. 302. 582. 584. 645.
Pancratz, kaiserl. Courier. 45.
St. Paul, duc de. 441. 443.
le Paulmyer, Abbé. 886.
Pauschner, kaiserl. Gesandter. 300. 301. 304.
Pawel v. Rammingen, k. pfälzischer Resident. 877.
Pazzi, florentinischer Edelmann. 377.
Pcejazecky, Bartholomaeus. 220. 308—310.
v. Petkum, Simon, dänischer Resident. 627.
Petrikowski, poln. Landbote. 599.
v. Pfuhl, G. A., brand. G. Wachtmeister. 48—50.
Philipp IV., König v. Spanien. 264. 678. 702.
— Wilhelm, brandenb. Markgraf. 672.
— — Pfalzgraf v. Neuburg. 67. 71. 90. 134. 147—155. 169—178. 181. 184. 186. 188. 190. 193—212. 219—224. 243. 250. 255. 260. 296—335. 341—418. 441. 566. 567. 575—601. 610. 622. 626. 639. 645. 649. 678. 680. 685. 692—695. 707. 708. 711—720. 746. 747. 754. 760. 777. 781. 800. 802. 808. 809. 813. 820. 849—893. 928. 929. 931. 940. 948. 951.
Piaseczynski, Starost v. Braclaw. 412.
Pieniazek, Joh. Odrowaz, Starost v. Oswiecim. 289. 333. 393.
Piestrzycki. 377. 581.
Pimentel, spanischer Gesandter. 895.
Plantin, schwedischer Oberst. 79.
v. Platen, Claus Ernst, brand. Geh. Rath u. G. Kriegskommissarius. 6. 11. 13. 14. 16. 20. 22—39. 42. 50. 56. 170. 174.
— F. E., osnabrückscher Geh. Rath. 150. 179. 188. 199. 826. 856.
v. Plettenberg, kaiserl. Kommissar. 3. 4. 44. 46.
v. Podewils, Georg Wilhelm, brandenb. Kammerjunker. 16. 17. 47. 65. 75. 77. 80.
v. Pöllnitz, Gerh. Bernhard, brandenb. Oberstallmeister. 593. 625. 658. 662. 689. 755. 757. 780. 781. 797. 824. 827. 849—864. 920. 922.
Podlodowski, Starost v. Radom. 264. 265. 282. 308. 310. 311. 324. 381. 382. 412. 420. 435.
Pogorzelski, Starost v. Lowicz. 931.
Polanowski, Alexander, Fähndrich v. Sanek. 382. 390. 398. 399.
Polubinski, Hilarius, littauischer Feldschreiber. 334. 390. 577.
Pomponne, Arnauld, Marquis de, französ. Gesandter. 62. 162. 184. 186. 188. 190. 192. 194—198. 201. 203—206. 280. 669. 680. 852. 885. 888.
Potocki, Andreas, Woiwode v. Kiew. 394. 402. 412. 464. 546.

Potocki, Felix, K.U.Truchsess. 329. 333. 350. 366. 381—383. 393. 402. 412. 437. 447. 577.
— Johann, Woiwode v. Braclaw. 402. 412.
— Stanislaus, polnischer K.Grossfeldherr. 221. 241. 245. 278. 295. 304. 306. 308. 328.
— K. Fähndrich. 350. 464.
Pradel, französ. General. 292.
Prazmowski, Franz, Abt v. Sieciechow. 401.
— Nicolaus, polnischer K.Grosskanzler, später Erzbischof v. Gnesen. 222. 224. 238. 243. 247. 248. 250. 252. 254. 255. 257. 258. 266. 269. 289. 292. 307. 346—351. 365—369. 377—383. 385—414. 419. 422. 425. 435—478. 483—485. 494. 507. 508. 510. 511. 516—518. 527. 532. 533. 542. 545—554. 830. 867. 874. 879. 886. 890.
Preite, David, Danziger Rathmann. 428.
Preussen, Gottfr., brandenb. Kriegs-Secretarius. 50.
Przedbereski, Woiwode v. Smolensk. 334.
Przysinski, Posenscher Landfähndrich. 398.
Pufendorff, Esaias, schwedischer Sekretär. 184. 186. 693. 859. 861. 874. 879. 890.

v. Quadt s. Kreuzberg.
Quentel, Dr., k.cölnischer Gesandter. 826.

Radzieowski, Hieronymus, K.U.Kanzler. 269.
Radziwill, Fürst Bogislav, Statthalter in Preussen. 242. 243. 257. 261. 264. 265. 302. 303. 319. 335. 340. 382. 383. 385. 394. 396. 403. 405. 406. 408. 412. 417. 502. 574. 577. 726.
— Fürst Michael, Woiwode v. Wilna, littauischer U.Feldherr. 366. 382. 390. 399. 405. 406. 408. 512.
v. Rautenstein, pfalz-neuburgischer Gesandter. 167.
v. Reiffenberg, k. mainzischer Gesandter. 271. 273.
Reinhardt, Joh. Georg, brandenb. Hof- u. Kammergerichtsrath. 70. 148—150. 154. 707.
Rey, Wladislaus, Hofschatzmeister, Woiwode v. Lublin. 254. 258. 387. 463. 505.
Richter, Melchior, Magdeb. Bürger. 30.
Rock, Lorenz, Schiffscapitain. 623. 624.
Rode, (Roth) Hieronymus, Königsberger Schöppenmeister. 227. 243. 250. 252. 253. 263. 264. 289. 421. 423. 531. 935.
— d. jüngere, poln. Kammerherr. 227. 289. 293. 394. 396. 420—425. 438. 439. 467. 469. 470. 493. 935.
Romswinckel, Matthias, clevischer Vice-Kanzler, brandenb. Gesandter. 69. 70. 103. 124. 126. 129—135. 644. 648. 650. 651. 654. 673. 711. 722—760. 775. 776. 792. 812. 829. 895—906. 937. 948.
Rosenstock, Gottfried, Magdeb. Bürgermeister. 26. 38. 43. 51. 53.
Rudolf August, Herzog v. Wolffenbüttel. 41. 103. 148. 150. 151. 154. 157. 159. 162—164. 710. 820. 936.
Rudolph, Heinrich, Magdeb. Bürger. 31.
Rupe, Ewald, Juwelier. 925. 926.
Ruprecht, Pfalzgraf. 615. 617. 618. 624. 627. 641. 649. 657.
Ruvigny, Marquis de, französ. Gesandter. 658. 662. 859.

Sandwich, Graf, englischer Gesandter. 645.
Sapieha, Paul, littauischer G.Feldherr. 259. 282. 334. 406.
Sarnowski, Stephan. 378.
Schaffgotsch, Chr. Leopold, Graf, kaiserl. Gesandter. 351. 393. 399. 402. 404. 405. 417. 420. 424. 585. 589. 934. 935.
Scharden, Georg Wilhelm, Consistorialrath. 942.
Schincke, Moritz, Magdeb. Bürger. 33.
Schlüter, Matthias, Magdeb. Bürger. 33.

Schlüter, Zacharias, Magdeb. Bürger. 34.
Schmid, Johann, brandenb. Oberst. 38. 39. 46. 51. 52.
— Johannes, Magdeb. Kämmerer. 26. 33. 38. 43.
— münsterscher Oberstlieutenant. 710.
Schmidt, Michael Matthias, brandenb. Hofbaumeister. 15.
v. Schmising, Matthias, münsterscher Domherr. 710. 825. 887. 939.
Schnell, Heinr., pfalz-neub. Vicekanzler. 813.
Schnolski, schwedischer Gesandter. 162. 199. 803.
v. Schönborn, k. mainzischer Gesandter. 171. 813. 824. 829. 830.
v. Schöning, Hans Adam, brandenb. Oberst. 488. 515. 557. 558. 561.
Schröder, Adam, Magdeburg. Bürger. 31. 33.
— Christian, Magdeb. Bürger. 33.
v. Schulenburg, Magdeb. Landrath. 29.
v. Schwarzenberg, Graf Joh. Adolf, österr. Minister. 577. 580. 581.
v. Schwerin, Bogislav, brandenburg. G. Major. 536. 726.
— Friedr. Heinrich. 932.
— Otto, brandenb. Oberpräsident. 6. 53. 68. 89. 126—129. 267. 283—288. 294. 297. 309. 344. 352. 353. 358. 370. 452. 453. 465. 495. 505. 513. 556—558. 568. 570. 573. 601. 614. 672—674. 679. 720. 728. 729. 752. 758. 761—770. 775. 776. 778. 785—790. 796. 814. 817—819. 852—855. 902. 907—911. 914. 915. 919—952.
— Otto, d. jüngere. 106. 107. 187. 220. 323. 339. 681. 691—695. 712.
Scultetus, Joachim, brandenb. Geh. Sekretär. 222. 224. 232. 234. 235. 275. 304. 347. 348. 353—355. 370. 385—395. 413. 414. 421. 472. 506. 507. 511. 513. 516—522. 526. 527. 531—533. 538. 541—543. 548—553.
Sehestedt, Hannibal, dänischer Gesandter. 886.
Shrewsbury, Graf. 659.
Sieniawski, Nicolaus, poln. K. Fähndrich. 394. 464. 546.
Siesicki, littauischer Küchenmeister. 334.
Sigismund III., König v. Polen. 208.
Silvius, Gabriel, englischer Gesandter. 612. 635. 639. 669—674. 891. 898. 899. 933.
Sinzendorf, Graf Georg Ludwig, österr. Hofkammerpräsident. 577. 580. 581. 583. 584. 585. 602.
— Graf Rudolf, österr. Gesandter. 101. 105. 107. 111. 583. 640. 720. 802. 808.
Skoroszewski, Posenscher Landfähndrich. 521.
Skytte, Bengt, schwedischer Reichsrath. 667.
Smogulecki, Starost v. Lipnik. 398. 931.
Söhlen, J. F., wolffenbüttelscher Geh. Rath. 137. 161.
Sobieski, Johann, K. Grossfeldherr. 221. 224. 235. 244. 292. 308. 328. 366—369. 372. 379. 383. 384. 387. 388. 393. 394. 397. 398. 400—414. 419. 427. 431. 440. 441. 443. 462. 464. 509. 512. 516. 524. 527. 542. 544—555. 867. 869. 879. 886. 932.
v. Somnitz, Lorenz Christoph, brandenb. Geh. Rath. 5. 496. 501. 729. 770. 772. 773. 792—798. 922. 947.
Sonnemann, Ludw., Magdeb. Hauptmann. 26. 33.
Sophie Luise, Markgräfin v. Baireuth. 989.
de Souches, Ludwig Graf, kaiserl. General. 585.
de Soye, spanischer Gesandter. 823.
v. Spaen, Alexander, brandenb. Gen. Major u. Geh. Rath. 718. 719. 811. 825. 940. 941. 950.
v. Spanheim, k. pfälzischer Gesandter. 826.
v. Sparr, Otto Christoph, brandenb. G. Feldmarschall. 6. 13—15. 17. 18. 23. 37. 38. 42. 46—51. 55. 296. 929.
Spekhan, Statius, schwedischer Rath. 67. 113—116. 138. 143. 147. 188. 650.
Speckman, münsterscher Oberstlieutenant. 710.

Speidel, Lic., österr. Gesandter. 832. 845.
Spörcke, braunschweig. Gesandter. 80.
v. Stein, Karl, baireuthischer Kanzler. 689. 784. 791. 804—806.
Stenbock, G. O., schwedischer R. Admiral. 173.
Stodert, Adrian, Danziger Sekretär. 364. 383. 385. 447. 462. 463. 465. 475—480. 486. 490. 496.
Stokowski, Castellan v. Oswieczim. 315.
Strafford, Thomas, Graf. 650.
Stratmann, Theodor, pf. neuburgischer Geh. Rath. 330. 334. 357. 381. 384. 598. 685. 712. 715. 717. 719. 746. 931.
v. Stum, kaiserl. Gesandter. 532. 533. 539.
Swidersky. 545.
Syri, poln. Resident. 542.
Szcoracewski, Posenscher Fähndrich. 413.

Tamson, Gastwirth. 488.
Tarlo, Johann, Woiwode v. Sendomir. 463. 467. 537. 544.
le Tellier, französ. Minister. 829. 862. 864.
Temple, William, englischer Gesandter. 598. 659. 674. 755. 756. 859. 897—899.
Tengnagel v. Gellicum, holländischer Deputierter. 743. 755.
Terlon, französ. Gesandter. 62.
Tetera, Kosackenhetman. 273.
v. Tettau, Daniel, Hauptmann v. Lötzen. 234. 522—531.
Thin, englischer Gesandter. 196. 197. 199.
Thomas, Pascha, Magdeburger Bürger. 26. 43.
Tonski, Johann, Instigator regni. 428. 478.
Torck, münsterscher Domherr. 710.
Tornow, Johann, brandenburg. Geh. Rath. 5.
Tott, Claudius Graf, schwedischer Gesandter. 192. 305. 405. 407. 411.
Traun, Graf, österr. Landtagsmarschall. 602.
Trevor, englischer Gesandter. 827. 828. 862.
Trombzinski. 462. 478.
Trzebicki, Andreas, Bischof v. Krakau. 259. 260. 278. 280. 307. 335. 348. 349. 355. 366. 383. 385—387. 394. 430. 440. 480. 481. 484. 510. 516. 527. 529.
Tucholka, Kämmerer v. Marienburg. 378. 379.
Turenne, Prince de, französ. Marschall. 108. 857. 862. 864. 865. 867. 869. 873. 879—881. 885. 894.

v. Uffeln, G. Wachtmeister. 4. 97. 181. 183.
v. Ulefeld, Corfitz, dänischer Reichshofmeister. 249.
Unckel, holländischer Deputierter. 753. 754. 756. 757.

Vane, Henry. 631.
— Walter, englischer Gesandter. 611. 627. 628. 632.
Vaubrun, Marquis de, französ. Gesandter. 402. 408. 690. 871. 879. 887. 888. 891. 892. 906—916.
Velasco, Don Inigo, Connetable v. Castilien, Statthalter der span. Niederlande. 897. 898.
v. Velbrück, pfalzneuburg. G. Wachtmeister. 189. 192.
de Verjus, Louis, französ. Gesandter. 634.

Wachmann, Johann Dr., bremischer Syndicus. 64. 72. 73. 75. 108. 137.
Waldeck, Georg Friedrich, Graf. 41. 78. 90. 95. 96. 130. 183. 587. 749. 750.
Walderode, österr. Geh. rats-Sekretär. 577. 581. 590.
v. Waldersdorf, R. Vicekanzler. 46.
Warszycki, Stanislaus, Castellan v. Krakau. 282. 397. 545. 577.
v. Wedell, Adam Hasso, Kammergerichtsrath. 331. 332. 390. 391. 942.
Weger, brandenburg. Gesandtschaftskassierer. 423.

Weiler, Ruprecht, brandenb. Resident. 826. 830.
Weimann, Daniel, brandenb. Geh. Rath, Clevischer Kanzler. 607. 629.
Weissenwolff, Graf, österr. Gesandter. 845.
Wichert, Christoph, brandenb. Agent. 230. 325. 496. 511.
v. Wicka, J. F., österr. Resident. 874.
Wicquefort, Abraham, cellischer Resident. 130. 293. 339. 620.
Wider, Reinhold, Danziger Sekretär. 447. 449. 451. 458.
Wiedenbrück, münsterscher Gesandter. 813.
Wielopolski, Johann, K. O. Truchsess. 365. 473. 545.
Wierzbowski, Stephan, Bischof v. Posen. 258. 413. 414. 482. 488. 490. 493. 526. 548.
Wilhelm, Markgr. v. Baden. 761.
— Herzog v. Jülich-Cleve-Berg. 716.
— III., Prinz v. Oranien. 606. 609. 621. 622. 629. 630. 632. 643. 646. 760. 881. 899. 901.
Wilke, Joachim, Magdeb. Bürger. 31. 33.
Winckelhausen, Joh. Heinrich, pfalzneub. Kanzler. 714.
v. Winnenthal, Dietr. Karl. 943.
Wiszniowiecki, Demetrius, Fürst, poln. K. U. Feldherr. 221. 223. 303. 328. 331. 332. 336. 365. 366. 373. 376. 385. 386. 401. 402. 405. 410. 432—434. 443. 448. 474. 475. 480. 482. 484. 512. 544. 577.
de Witt, Johann, holländ. Rathspensionär. 68—70. 82. 125. 127—135. 608. 611. 612. 616. 620. 621. 631. 633. 636—638. 643—648. 651—656. 673. 674. 685—687. 712. 722—753. 812. 818. 819. 872. 899. 920.
— — holländ. Deputierter. 133. 477. 478. 486. 900. 901.
Witwiecki, Gnesner Domherr. 512.
Wladislaw IV., König v. Polen. 208.
Woiakowski. 348. 352. 370. 389.
v. Wolffrath, schwedischer Resident. 197. 198. 203. 706. 796. 861.
v. Wolframsdorf, k. sächs. Geh. Rath. 787.
Wolfsberg, schwedischer Gesandter. 5.
v. Wolzogen, k. pfälz. Gesandter. 95.
Wotocki. Canonicus. 467.
Wrangel, Karl Gustav, schwedischer R. Feldherr. 16. 17. 24. 47. 61—69. 73—116. 124—126. 137. 138. 143. 163. 173. 174. 179—183. 185. 187. 194. 199. 203. 212. 213. 303. 334. 557. 584. 641. 643. 644. 650. 689. 707. 710. 711. 724. 725. 749. 754. 803. 804. 818. 876. 947.
— Waldemar, schwedischer Oberst. 79.
Wrede, Matthias, Magdeburg. Bürger. 31. 34.
Würtz, schwedischer Feldmarschall. 311. 901.
v. Wulffen, Amadis, brandenb. Agent. 620. 627. 670.
— braunschw. Gesandter. 951.
Wydzga, Joh. Stephan. Bischof v. Ermland. 258. 371. 388.
Wyzycki, Stanislaus, Kiewscher Fähndrich. 524.

Zabokrcziky, polnischer Landbote. 442.
Zaleski, Johann, Starost v. Bromberg. K. Jägermeister. 393. 545.
— Lentzizscher Landfähndrich. 398. 931.
Zaluski, Alexander, U. Kämmerer v. Rawa. 528.
— Andreas, Geschichtsschreiber. 528.
Zamoyski, Johann, Woiwode v. Sendomir. 282.
Zboski, Prälat. 526.
Zebrzydowski, K. Schwertträger. 244. 328.
— Cracauer Domherr. 457. 458.
Zegocki, Christoph, Woiwode v. Innowladislaw. 390. 393.
Zochowski, Adrian, Castellan v. Wisna. 530.
Zuylichem, Constantin Huygens. 616.

Stanford University Libraries
3 6105 124 413 860

DD491
B91347
V.12

Stanford University Libraries
Stanford, California

Return this book on or before date due.